1 9 3 3: Das Entscheidungsjahr

1. Januar 1933:

Simon Schöffel: Die evangelische Kirche an der Jahreswende (DED 1/1933)

Joachim Hossenfelder: Zum neuen Jahre!:

„Mit dem Anbruch des neuen Jahres 1933 beginnt für die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ die Arbeit in der Kirche. Ich wünsche jedem unserer Mitarbeiter nicht nur Kraft, sondern auch Freudigkeit dazu und schließlich volle Befriedigung in all seinen Werken. Ich weiß, dass jeder, der sich zu uns bekannt hat, seine Pflicht in der Kirche tun und die Aufgaben lösen wird, die ihm auf seinem Arbeitsfeld gestellt werden.

Darüber aber stellt die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ sich für das kommende Jahr ein gemeinsames Ziel: Die Bekämpfung des Freidenkertums. Der Kampf gegen die Gottlosigkeit ist für uns die augenblicklich wichtigste Frage. Wir wissen, dass die organisierte Gottlosigkeit machtvoll ihr Haupt erhebt und zu einem gewaltigen Schlage gegen die Kirche ausholt. Wir werden diesen Schlag nicht nur auffangen, sondern den Gegenstoß führen. In der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ ist dem Freidenkertum ein Gegner erwachsen, der gewillt ist, auf Tod und Leben den Kampf auszufechten. Genaue Anweisungen werden noch ausgegeben. Fürs erste ist es Pflicht eines jeden Mitglieds unserer Glaubensbewegung, im Jahre 1933 einen von Gott und seiner Kirche Abgefallenen der Kirche Christi wiederzugewinnen. Damit hinein in den Kampf für das neue Jahr! (EDR 1/1933)

4. Januar 1933:

Hitler und von Papen vereinbaren bei dem Kölner Bankier Schröder eine NS geführte Koalitionsregierung (UF VIII, 740 ff)

8. Januar 1933:

Tilemann: „Dienst, den die Kirche dem Staat leistet“ (DED 2/1933)

Gespräche von Hitler mit Albert Vögler, Emil Kirdorf, Fritz Springorum

11. Januar 1933:

Empfang des Präsidenten des Reichslandbundes durch Hindenburg

„Wort und Bekenntnis Altonaer Pastoren in der Not und Verwirrung des öffentlichen Lebens“ (KJ 17 ff; HH IV, 823 ff), enthält Positionen und Reflexionen über:

Artikel 1: Von der Kirche

Artikel 2: Von den Grenzen des Menschen

Artikel 3: Vom Staate

Artikel 4: Von den Aufgaben des Staates

Artikel 5: Von den Geboten Gottes

15. Januar 1933:

Wahlsieg der NSDAP in Lippe (GB 23)

Wieneke: „Theologie und Politik“ (EDR 3/1933)

19. Januar 1933:

Aufruf der GDC in Württemberg (Schäfer 1, 257 ff):

„…Unsere Kampfziele sind:

1. Wir „Deutschen Christen“ bekennen den Gott, der in seiner Schöpfung die Grundlagen alles Lebens ordnete. Solche Naturordnungen sind Ehe, Familie, Rasse und Blutsgemeinschaft. Die Heiligung und Erhaltung dieser Grundlagen soll unserem Volk und seiner Jugend zu einer unverletzlichen Christenpflicht gemacht werden.

2. Wir „Deutschen Christen“ bekennen den wirklichen Christus, der als der Herr der Geschichte und als der König der Wahrheit die Lüge des jüdischen Marxismus entlarvt und die Scheinkultur einer gottesfremden, liberalen Humanität zu Scherben schlägt, dafür aber Kreuz und Kampf für Volk und Vaterland gebietet.

3. Wir „Deutschen Christen“ bekennen uns im Dienst des göttlichen Schöpfers und seines Herrn Christus zu einer großen, starken evangelischen Volkskirche, die den deutschen Menschen zu einem glaubensstarken, opferwilligen, gewissenhaften, verantwortungsbewussten und mutigen Volksgenossen erzieht.

4. Wir wollen keine neue Kirchenpartei in dem bisher üblichen Sinne. Die Zeit des Parlamentarismus in der Kirche hat sich überlebt. Wir wollen eine starke Bewegung sein, die Kirchenvolk und Kirchenführung mit neuen Lebenskräften erfüllt.

5. Wir wollen eine kämpfende und glaubensmutige Kirche, die im Kampf um die seelische Befreiung und Wiedergeburt unseres Volkes an erster Stelle steht und allen zersetzenden Mächten und Gruppen unerbittlichen Kampf ansagt, dem deutschen Menschen der neuen Zeit Kraft und Trost, Freude und Freiheit bringt, die mit unserem Volkstum und seiner Innerlichkeit fest verbunden ist, die wir lieb haben, und die uns lieb hat.

Unsere Losung ist Luthers Wort: „Für meine Deutschen bin ich geboren, ihnen will ich dienen." Unsere Politik ist Deutschland. Unsere Kultur ist Rasse. Unsere Religion ist Christus. Ohne ihn können wir nichts tun; mit ihm aber alles! Mit ihm reißen wir unser Volk vom Abgrund fort. Deutsche Christen wollen wir sein, die in ihrer von Gott geschaffenen Art Gott suchen und um Gott ringen , die als Menschen dieser Welt sich vom Evangelium erfassen und sich und ihr Volkstum heiligen lassen wollen.

Deutsches, evangelisches Volk! In letzter Stunde rufen wir dich zu mannhaftem Entschluß und mutiger Tat auf. Es muss Schluß gemacht werden mit allen falschen und angsterfüllten Neutralitätserklärungen und Kompromissen. Der Herr der Kirche fordert in solchen Sturmeszeiten ein offenes, freies Bekenntnis und Kampfeswillen für seine Sache. Die deutsche Christenheit hat in den letzten Jahren versagt, sonst hätte das Volksleben nicht den verderblichen Mächten des Judentums und Antichristentums, des Liberalismus und Marxismus ausgeliefert werden können. Wir sind lau und unentschieden geworden und buhlten um die Gunst der Masse.

Eine Reformation der deutschen Christenheit an Haupt und Gliedern ist das Gebot der Stunde. Luthergeist, Luthermut und Lutherkraft muss in deutschen Christenherzen wieder lebendig werden. Schließet euch zusammen zur Kampffront!"

22. Januar 1933:

Geheimes Treffen von Oscar von Hindenburg und Staatssekretär Meißner mit Hitler, Franz von Papen und Hermann Göring im Hause Ribbentrops

Gedenkfeier für Horst Wessel auf dem Nicolai-Friedhof in Berlin, SA-Aufmarsch vor dem Karl-Liebknecht-Haus

23. Januar 1933:

Zur Haltung der Württembergischen Landeskirche: verschiedene Anfragen und Antworten (Schäfer 1, 424 ff)

28. Januar 1933:

Rücktritt des General von Schleicher als Reichskanzler (UF VIII, 756)

30. Januar 1933:

Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg (UF VIII, 762f)

Hitler leistet Eid auf die Weimarer Verfassung

Großer Fackelzug der „nationalen Verbände“

Die 1. Regierung:

- **Franz von Papen: Stellvertreter des Reichskanzlers, Reichskommissar für das Land Preußen (kath.)**
- **Wilhelm Frick, Reichsminister des Innern (NSDAP)**
- **Alfred Hugenberg, Reichswirtschaftsminister und Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft (DNVP)**
- **Franz Seldte, Reichsarbeitsminister (Stahlhelm)**
- **Werner von Blomberg, Reichswehrminister**
- **Hermann Göring, Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Reichskommissar für den Luftverkehr (NSDAP, evgl.)**
- **Konstantin Freiherr von Neurath: Reichsminister des Auswärtigen**
- **Ludwig Graf Schwerin von Krosigk, Reichsminister der Finanzen**
- **Paul Freiherr von Eltz-Rübenach: Post- und Reichsverkehrsminister**
- **Franz Gürtner. Reichsminister der Justiz**

Aufruf von Hitler an seine Gefolgsleute:

„…An Euch, meine Parteigenossen, richte ich nur die eine große Bitte: Gebt mir Euer Vertrauen und Eure Anhänglichkeit in diesem neuen und großen Ringen genauso wie in der Vergangenheit – dann wird uns auch der allmächtige Gott seinen Segen zur Wiederaufrichtung eines Deutschen Reiches der Ehre, der Freiheit und des sozialen Friedens nicht versagen,“ (Friedrichs 1, 4f)

Aufruf der Kommunistischen Partei zum Generalstreik (UF IX, 7f)

Aufruf des Vorstandes der Reichstagsfraktion der SPD (ebd. 8f)

Verhaftung von Julius Leber (SPD)

Vortrag von Emanuel Hirsch (Göttingen) in Berlin über „Luther und die Politik“ (DEB Nr. 6/1933)

Ende Januar/Anfang Februar 1933:

Tagung des Exekutivausschusses des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit (WFK) und des Verwaltungsausschusses von Life and Work in Berlin

31. Januar 1933:

Verhandlungen Hitlers mit dem Zentrum (UF IX, 9 ff)

Von Papen zum Reichskommissar für Preußen ernannt,

Göring zum kommissarschen Innenminister Preußens mit Befehlsgewalt über die Polizei,

Aufruf Hitlers an die NSDAP (Friedrichs 1, 4f):

„Nationalsozialisten! Nationalsozialistinnen! Meine Parteigenossen und –genossinnen!
Ein vierzehnjähriges, in der deutschen Geschichte wohl beispielloses politisches Ringen hat nunmehr zu einem großen politischen Erfolg geführt. Herr Reichspräsident von Hindenburg ernannte mich, den Führer der nationalsozialistischen Bewegung, zum Kanzler des Deutschen Reiches.
Nationale Verbände und Parteien schlossen sich zum gemeinsamen Kampf für Deutschlands Wiederauferstehung zusammen.
Die Ehre vor der deutschen Geschichte, nunmehr an diesem Werke führend teilnehmen zu dürfen, verdanke ich neben dem großherzigen Entschluss des Generalfeldmarschalls Eurer Treue und Anhänglichkeit, meine Parteigenossen.
Dass Ihr mir in trüben Tagen genauso unerschütterlich gefolgt seid wie in den Tagen des Glücks und treu geblieben seid nach schwersten Niederlagen, dem allein verdanken wir diesen Erfolg.
Ungeheuer ist die Aufgabe, die vor uns liegt. Wir müssen sie lösen, und wir werden sie lösen.
An Euch, meine Parteigenossen, richte ich nur die eine große Bitte: Gebt mir Euer Vertrauen und Eure Anhänglichkeit in diesem neuen und großen Ringen genau so wie in der Vergangenheit, - dann wird uns auch der

Allmächtige seinen Segen zur Wiederaufrichtung eines deutschen Reiches der Ehre, der Freiheit und des sozialen Friedens nicht versagen.“

1. Februar 1933:

Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk, von Hitler im Rundfunk verlesen

(UF IX, 15 ff; Friedrichs 5 ff):

„Über 14 Jahre sind vergangen seit dem unseligen Tage, da, von inneren und äußeren Versprechen verblendet, das deutsche Volk der höchsten Güter unserer Vergangenheit, des Reiches, seiner Ehre und seiner Freiheit vergaß und dabei alles verlor.
Seit diesem Tage des Verrats hat der Allmächtiger unserem Volk seinen Segen entzogen.
Zwietracht und Hass hielten ihren Einzug. In tiefster Bekümmernis sehen Millionen bester deutscher Männer und Frauen aus allen Lebensständen die Einheit der Nation dahin sinken und sich auflösen in ein Gewirr politisch-egoistischer Meinungen, wirtschaftlicher Interessen und weltanschaulicher Gegensätze.
Wie so oft in unserer Geschichte bietet Deutschland seit diesem Tage der Revolution das Bild einer herzzerbrechenden Zerrissenheit. Die versprochene Gleichheit und Brüderlichkeit erhielten wir nicht, aber die Freiheit haben wir verloren. Denn dem Verfall der geistigen und willensmäßigen Einheit unseres Volkes im Innern folgte der Verfall seiner politischen Stellung in der Welt.
Heiß durchdrungen von der Überzeugung, dass das deutsche Volk im Jahre 1914 in den großen Kampf zog, ohne jeden Gedanken an eine eigene Schuld und nur erfüllt von der Sorge, das angegriffene Reich, die Freiheit und Existenz des deutschen Menschen verteidigen zu müssen, sehen wir in dem erschütternden Schicksal, das uns seit dem November 1918 verfolgt, das Ergebnis unseres inneren Verfalls. Allein, auch die übrige Welt wird seitdem nicht minder von großen Krisen durchrüttelt. Das geschichtlich ausgewogene Gleichgewicht der Kräfte, das einst nicht wenig beitrug zum Verständnis für die Notwendigkeit einer inneren Solidarität der Nationen, mit all denen daraus resultierenden glücklichen wirtschaftlichen Folgen, ist beseitigt. Die Wahnidee vom Sieger und Besiegten zerstört das Vertrauen von Nation zu Nation und damit auch die Wirtschaft der Welt.
Das Elend unseres Volkes ist aber entsetzlich! Dem arbeitslos gewordenen, hungernden Millionen-Proletariat der Industrie folgt die Verelendung des gesamten Mittel- und Handwerkerstandes. Wenn sich dieser Vorfall auch im deutschen Bauern endgültig vollendet, stehen wir in einer Katastrophe von unübersehbarem Ausmaß. Denn nicht nur ein Reich zerfällt dann, sondern eine zweitausendjährige Erbmasse von hohen und höchsten Gütern menschlicher Kultur und Zivilisation.

Drohend künden die Erscheinungen um uns den Vollzug dieses Verfalls. In einem unerhörten Willens- und Gewaltansturm versucht die kommunistische Methode des Wahnsinns das in seinem Innersten erschütterte und entwurzelte Volk endgültig zu vergiften und zu zersetzen, um es einer Zeit entgegen zu treiben, die sich zu den Versprechungen der kommunistischen Wortführer von heute noch schlimmer verhalten würde als die Zeit hinter uns zu den Versprechungen derselben Apostel im November 1918.
Angefangen bei der Familie, über alle Begriffe von Ehre und treue, Volk und Vaterland, Kultur und Wirtschaft hinweg, bis zum ewigen Fundament unserer Moral und unseres Glaubens, bleibt nichts verschont von dieser nur verneinenden, alles zerstörenden Idee. 14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert. Ein Jahr Bolschewismus würde Deutschland vernichten. Die heute reichsten und schönsten Kulturgebiete der Welt würden in ein Chaos und Trümmerfeld verwandelt. Selbst das leid der letzten anderthalb Jahrzehnte könnte nicht verglichen werden mit dem Jammer eines Europas, in dessen Herzen die rote Fahne der Vernichtung aufgezogen würde.
Die Tausende von Verletzten, die unzähligen Toten, die dieser innere Krieg schon heute Deutschland kostet, mögen ein Wetterleuchten sein der Warnung vor dem Sturme.
In diesen Stunden der übermächtig hereinbrechenden Sorgen um das Dasein und die Zukunft der deutschen Nation rief uns Männer nationaler Parteien und Verbände der greise Führer des Weltkrieges auf, noch einmal, wie einst an den Fronten, nunmehr in der Heimat in Einigkeit und Treue für des Reiches Rettung unter ihm zu kämpfen. Indem der ehrwürdige Herr Reichspräsident uns in diesem großherzigen Sinne die Hände zum gemeinsamen Bunde schloss, wollen wir als nationale Führer Gott, unserem Gewissen und unserem Volke geloben, die uns damit übertragene Mission als nationale Regierung entschlossen und beharrlich zu erfüllen.

I. Das Erbe, das wir übernehmen, ist ein furchtbares.
Die Aufgabe, die wir lösen müssen, ist die schwerste, die seit Menschengedenken deutschen Staatsmännern gestellt wurde. Das Vertrauen in uns allen aber ist unbegrenzt, denn wir glauben an unser Volk und seine unvergänglichen Werte. Bauern, Arbeiter und Bürger, sie müssen gemeinsam die Bausteine liefern zum neuen Reich.
So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wiederherzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. Sie wird über Stände und Klassen hinweg unser Volk wieder zum Bewusstsein seiner volklichen und

politischen Einheit und der daraus entspringenden Pflichten bringen. Sie will die Ehrfurcht vor unserer großen Vergangenheit, den Stolz auf unsere alten ´Traditionen zur Grundlage machen für die Erziehung der deutschen Jugend. Sie wird damit der geistigen, politischen und kulturellen Nihilisierung einen unbarmherzigen Krieg ansagen. Deutschland darf und wird nicht in Anarchismus und Kommunismus versinken.
Sie wird an Stelle turbulenter Instinkte wieder die nationale Disziplin zum Regenten unseres Lebens erheben. Sie wird dabei all der Einrichtungen in höchster Sorgfalt gedenken, die die wahren Bürgen der Kraft und der Stärke unserer Nation sind.

II. Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen: Rettung des deutschen Bauern zur Erhaltung der Ernährungs- und damit Lebensgrundlage der Nation, Rettung des deutschen Arbeiters durch einen gewaltigen und umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit.
In 14 Jahren haben die November-Parteien den deutschen Bauernstand ruiniert. In 14 Jahren haben sie eine Armee von Millionen Arbeitslosen geschaffen.
Die nationale Regierung wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen: Binnen 45 Jahren muss der deutsche Bauer der Verelendung endgültig entrissen sein. Binnen 4 Jahren muss die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein. Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.
Mit dieser gigantischen Aufgabe der Sanierung unserer Wirtschaft wird die nationale Regierung verbinden die Aufgabe und Durchführung einer Sanierung des Reiches, der Länder und der Kommunen in verwaltungsmäßiger und steuertechnischer Hinsicht.
Damit erst wird der Gedanke der föderativen Erhaltung des Reiches blut- und lebensvolle Wirklichkeit.
Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht und der Siedlungspolitik.
Die Sorge für das tägliche Brot wird aber ebenso die Sorge sein für die Erfüllung der sozialen Pflichten bei Krankheit und Alter.
In der Sparsamkeit ihrer Verwaltung, der Förderung der Arbeit, der Erhaltung unseres Bauerntums sowie der Nutzbarmachung der Initiative des einzelnen liegt zugleich die beste Gewähr für das Vermeiden jedes Experimentes der Gefährdung unserer Währung.

III. Außenpolitisch wird die nationale Regierung ihre höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes sein. Indem sie entschlossen ist, den chaotischen Zuständen in Deutschland ein Ende zu bereiten, wird sie mithelfen, in die

Gemeinschaft der übrigen Nationen einen Staat gleichen Wertes und damit allerdings auch gleicher Rechte einzufügen. Sie ist dabei erfüllt von der Größe der Pflicht, mit diesem freien, gleichberechtigten Volke für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor. Möge auch das Verständnis all der anderen mithelfen, dass dieser unser aufrichtigster Wunsch zum Wohle Europas, ja der Welt sich erfüllt.

So groß unsere Liebe zu unserem Heere als Träger unserer Waffen und Symbol unserer großen Vergangenheit ist, so wären wir doch beglückt, wenn die Welt durch eine Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen würde.

Soll aber Deutschland diesen politischen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg erleben, und seine Verpflichtungen den anderen Nationen gegenüber gewissenhaft erfüllen, dann setzt dies eine entscheidende Tat voraus: die Überwindung der kommunistischen Zersetzung Deutschlands.

Wir Männer dieser Regierung fühlen uns vor der deutschen Geschichte verantwortlich für die Wiederherstellung eines geordneten Volkskörpers und damit für die endgültige Überwindung des Klassenwahnsinns und Klassenkampfes. Nicht einen Stand sehen wir, sondern das deutsche Volk, die Millionen seiner Bauern, Bürger und Arbeiter, die entweder gemeinsam die Sorgen dieser Zeit überwinden werden oder ihnen sonst gemeinsam erliegen.

Entschlossen und getreu unserm Eide, wollen wir damit angesichts der Unfähigkeit des derzeitigen Reichstages, diese Arbeit unterstützen, dem deutschen Volke selbst die Aufgabe stellen, die wir vertreten.

Der Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg hat uns berufen mit dem Befehl, durch unsere Einmütigkeit der Nation die Möglichkeit des Wiederaufstiegs zu bringen.

Wir appellieren deshalb nunmehr an das deutsche Volk, diesen Akt der Versöhnung selbst mit zu unterzeichnen.

Die Regierung der nationalen Erhebung will arbeiten, und sie wird arbeiten. Sie hat nicht 14 Jahre lang die deutsche Nation zugrunde gerichtet, sondern will sie wieder nach oben führen. Sie ist entschlossen, in 4 Jahren die Schuld von 14 Jahren wieder gutzumachen.

Allein sie kann nicht die Arbeit des Wiederaufbaus der Genehmigung derer unterstellen, die den Zusammenbruch verschuldeten.

Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben 14 Jahre lang Zeit gehabt, ihr Können zu beweisen. Das Ergebnis ist ein Trümmerfeld. Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von 4 Jahren und dann urteile und richte uns!

Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschall wollen wir beginnen: Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen unseres

Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland!“

Aufruf von Reichswehrminister von Blomberg an die Wehrmacht bei der Übernahme des Reichswehrministeriums :

„Das Vertrauen unseres Oberbefehlshabers, des Herrn Reichspräsidenten und Genaralfeldmarschalls von Hindenburg, hat mich an die Spitze der Wehrmacht berufen. Ich übernehme das Amt mit dem festen Willen, die Reichswehr nach dem Vermächtnis meiner Amtsvorgänger als überparteiliches Machtmittel des Staates zu erhalten, sie durch Förderung aller auf die Wehrertüchtigung des Volkes hinzielenden Bestrebungen zu unterbauen und sie in absehbarer Zeit zum vollwertigen Bürgen der nationalen Sicherheit des Vaterlandes zu machen.“

Auflösung des Reichstags durch Hindenburg, Neuwahlen am 5. März (Friedrichs 1, 9)

Aufruf der SPD (UF IX, 9 ff)

Stimmen aus dem Lager der „Deutschen Christen“ 1933:

Friedrich Wieneke: Die Theologie der Gegenwart (vN, 151 ff):

„Die Theologie der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ richtet sich somit zu allererst auf die Erkenntnis, dass Gott der Herr in der Natur, in Art und Rasse, eine für alle Menschen und Völker gültige ewige Verpflichtung kundgetan hat…“

Siegfried Nobiling: Kirchliches Führertum (ebd. 160 ff):

„1. These: Wir fordern die sinngemäße Gleichschaltung der empirischen Kirche mit dem Volksstaat der nationalen Revolution und damit eine Reform der Ev. Kirche an Haupt und Gliedern…
Das nationale Kirchenvolk kann sich keine Führer gefallen lassen, die sich ablehnend gegen die im Volke geschaffenen Verhältnisse einstellen. Es hat ein Recht darauf, solche Führer zu haben, die nicht abseits stehen und das verneinen, was das Volk innerlich erlebt hat und als Gottes Willen an sich bejaht. Es muss daran gearbeitet werden, dass der Gleichklang zwischen Führern und Volk herbeigeführt wird. Daher die zweite These: Wir fordern von den kirchlichen Führern die positive Stellung zu der durch die nationale Revolution geschaffenen politischen Lage in Deutschland.“

Flugblatt Hossenfelder (ebd. 165f):

„Deutsche Volks- und Glaubensgenossen! Die Stunde ist da, dem herrlichen Reiche Adolf Hitlers die Kirche des Evangeliums zu geben, die das deutsche Volk lieb hat und vom deutschen Volk geliebt wird. Gott segne unseren Kampf.“

Richtlinien vom 16. Mai (ebd. 167 ff):

„In der nationalen Erhebung hat in unserem Vaterlande in einzigartiger Weise der Staat den Weg zum deutschen Volke und das deutsche Volk wieder den Weg zum Staat gefunden.Es sieht so aus, asl wollte das deutsche Volk in der Besinnung auf die teifsten Quellen seines Lebens und seiner Kraft auch wieder den Weg zur Kirche finden. Die deutschen Kirchen haben darum alles zu tun, dass dieses geschehen könne. Denn eiune deutsche Kirche neben dem deutschen Volke ist nichts als eine leere Institution. Christliche Kirche im deutschen Volk ist sie nur, wenn sie Kirche für das deutsche Volk ist, wenn sie dem deutschen Volke in Selbstlosen Dienst dazu hilft, dass es den von Gott ihm aufgetragenen Beruf erkennt und erfüllen kann. Dies ist nach wiederholten Äußerungen des Herrn Reichskanzlers das letzte Ziel auch für die heutige Staatsleitung.
Ihr Verhältnios zur Kirche ist darum ein ganz anderes, als das desjenigen Staates gewesen ist, der in unglaublicher Verblendung die letzten Wahrheiten und teifsten Kräfte des Lebens als für den Staat nicht in Betracht kommend behandelte. Der neue Staat will die Kirdche. Nicht um an ihr ein gefügiges Werkzeug zu haben, sondern weil er weiß, wo eines Volkes Fundamente liegen. Mit den Aufgaben des Staates sind darum die Aufgaben der Kirche ins Ungeheure gewachsen. In der Gestalt, die die deutschen Kirchen heute haben, sind sie zur Erfüllung dieser Aufgaben nicht imstande. Den deutschen Kirchen eine Gestalt zu geben, die sie fähig macht, dem deutschen Volke den Dienst zu tun, der ihnen durch das Evangelium von Jesus Christus gerade für ihr olk aufgrtragen ist, ist das Ziel der Glaubensbewegung `Deutsche Christen`.
Zur Erreichung dieses Ziels fordern wir:

1. ***Eine neue Kirchenverfassung, welche die Organe kirchlichen Lebens micht nach dem demokratischen Wahlsystem bestellt, sondern nach der Eignung, die sie im Dienst an der Gemeinde bewiesen haben.***
2. ***Eine geistliche Spitze, die die maßgebenden Entscheidungenpersönlich zu treffen und zu verantworten hat.***
3. ***Vereinigung der evangelischen Landeskirchen zu einer deutschen evangelischen Kirche bei pietätvoller Wahrung geschichtlich begründeter Sonderrechte.***

Wir treten ein:

1. ***Für die völlige Wahrung des Bekenntnisstandes der reformation, verlangen aber eine Weiterbildung des Bekenntnisses im Sinne scharfer Abwehr aller modernen Irrlehren, des Materialismus, Mamminismus, Bolschewismus und des unchristlichen Pazifismus. Die Kirche soll in ihrer Sendung als deutsche reformatorische Kirche uns die Waffen für den Kampf gegen alles unchristliche und volksverderbende Wesen liefern. Die ewige Wahrheit Gottes, wie sie uns in jesus Christus geschenkt ist, soll in einern dem deutschen Menschen verständlichen Sorache und Art verkündet werden. Die Ausbildung und Führung der Pfarrer bedarf einer gründlichen Umgestaltung im Sine größerer Lebensnähe und gemeindeverbundenheit. Der Wortverkündigung durch erwecktre, nicht akademisch vorgebildete Glaubensgenossen soll der Weg frei gemacht werden.***
2. ***Für das Werk der deutschen evangelischen Heidenmission, das der Missionswille Christi von uns fordert, und das wir als ein heiliges Erbe von den Vätern übernehmen. In der Anerkennung der Verschiedenheit der Völker und Rassen als eine von Gott gewollte Ordnung für diese Welt fordern wir, dass auch durch die Heidenmission das Volkstum fremder Völker nicht zerstört werde. Wir sehen n der deutschen evangelischen Mission als Kind der deutschen reformation den berufenen Anwalt für diese Erkenntnis innerhalb der protestantischen Weltmission. Aus diesem Verständnis der Mission erblicken wir in ihr `die Bekenntnishandlung der Kirche in Lapidarschrift` (Martin Kähler)***
3. ***Für kirchenordnungsmäßig verankerte Pflichten und Rechte aller Gläubigen im Sinne Joh. Hinrich Wicherns, des Vaters der Inneren Mission.***
4. ***Für durchgreifende Maßnahmn, die es den arbeitswilligen, fleißigen und strebsamen Volksgenossen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt ehrlich zu erwerben und beizeiten einen deutschchristlichen Haushalt zu gründen, in dem die Freude an dem Aufwachsen einer fröhlichen Kinderschar Glück und Segen verbürgt. Auch muss die Kirche den Geist guter kameradschaftlicher Volksgemeinschaft pflegen, weil wir vor Gott nicht nur für uns selbst, sondern auch für unsern Nachbarn die Verantwortung tragen.***
5. ***Darum auch für kräftigen Ausbau der christlichen Liebestätigkeit innerhalb der Kirche; alle damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Unternehmungren müssen unter ausreichende kirchenbehördlicher Aufsicht stehen.***
6. ***Für christliche Schulen und erziehung der gesamten Jugend in einem geist, der im Volkstum und heimat uns geschenkten Güter dankbar aufnoimmt, treulich pflegt und als heiliges Vermächtnis an das nächste Geschlecht weitergibt.***
7. ***Überhaupt für kirchliche deutsche Sitte und Zuchtin Stadt und Dorf, für Sonntagsheiuligung und Pflege jeglichen in unserer Rasse und***

unserem Volkstum verankerten guten, frommen deutschen Brauchtums.

Wir verpflichten uns - und verlangen diese Verpflichtung nicht nur von den beauftragten Organen der Kirche, sondern darüberhinaus von allen evangelischen Männern und Frauen – zum Diesnt in unseren gemeinden.
Dienen wollen wir durch unermüdliche Werbung für unsere Gottesdienste, durch ritterliches Eintreten für die Armen und Hilfsbedürftigen, durch Verteidigung unseres Glaubens, wo er angegriffen oder in Frage gestellt wird; durch treues evangelisches Bekenntnis auch in aller Öffentlichkeit, durch unsere Kirche unserm Gott und eben deswegen unserem Vaterland."

Emanuel Hirsch im Völkischen Beobachter: Um die Berufung des ev. Reichsbischofs (ebd. 169f)

Bericht über die Amtsübernahme des Staatskommissars Dr. Krummacher in Koblenz (ebd. 170 ff; Rede: ebd. 172ff)

„Das Gebäude des Konsistoriums war beflaggt mit der Hakenkreuz- und schwarz-weißroten Fahne. Vor dem Eingang hatten SA-Männer vier hohe Masten aufgestellt und ein SA-Sturm und eine SA-Kapelle waren angetreten. Die Beamten und Angestellten des Konbsistoriums und eine große Volksmenge hatte sich versammelt. Als der Staatskommissar mit seinen Mitarbeitern in Parteiuniform auf die Treppe des Konsistoriums trat, wurde unter Klängen des Präsentiermarsches die Flagge gehisst."

Der Staatskommissar brachte ein Sieg-Heil auf Reichspräsident und Führer aus.
„Nach dem Deutschlandlied und dem Horst-Wessel-Lied wies der Oberkonsistorialrat Siebert darauf hin, dass ein neues Blatt evangelischer Kirchengeschichte aufgeschlagen sei.
Eine Angestellte des Konsistoriums überreichte dem Staatskommissar einen Rosenstrauß. Mit dem gemeinsamen Lied „Ein feste Burg ist unser Gott" schloss die erhebende Feier."

Was wollen die DC? (ebd. 178 ff):

„Die `Glaubensbewegung Deutsche Christen` ist aus dem Nationalsozialismus aufgebrochen und verhält sich zu ihm wie die Schwester zum älteren Bruder. Beide haben einen gemeinsamen Muterboden, das Volk oder noch besser, das völkische Erleben….
Das Zeitalter des Ìch` ist abgeschlossen, herauf steigt ein neues Zeitalter, das Zeitalter des `Wir´. Das Volkstum muss durchflutet sein mit den Lebensfluten

evangelischen Glaubens. In diesem Sinne gehören Hakenkreuz und Christuskreuz zusammen.“

Das kirchliche Wollen der Deutschen Christen. Zur Beurteilung des Angriffs von Karl Barth (Theologische Existenz heute) (Ebd. 182 ff)

Die fünf Thesen der Deutschen Christen Hannovers: Mit Luther und Hitler für Glaube und Volkstum (Klügel 12):

„1. (Ausgang): Das nationalsozialistische Deutschland ist Volk geworden. Fundament der Volksseele und des Volkslebens ist nach Punkt 24 des nationalsozialistischen Parteiprogramms ein positives, artgemäßes Christentum. Hier liegt Pflicht und Aufgabe der Kirche zum Dienst am Volke.

2. Die „Deutschen Christen“ greifen diese Aufgabe an; sie wissen sich dabei getragen vom Christus-Glauben, geleitet vom Gottes-Wort, und zwar im Sinne und Geiste Martin Luthers.

3. Die „Deutschen Christen“ kommen her vom Erlebnis des gewaltigen Ringens um den Durchbruch des Nationalsozialismus; sie bejahen diesen Staat Hitlers nicht nur loyal und verstandesmäßig, sondern tragen ihn im Herzen als heiliges Lebensgut, für das sie sich verantwortlicu und dem sie sich um des deutschen Volkes willen auf Tod und Leben verpflichtet fühlen. Die „Deutschen Christen“ stehen darum dem Kämpfer für das Dritte Reich nicht freundlich gegenüber, sondern als Kamerad an seiner Seite.

4. Die „Deutschen Christen“ ringen daher um jeden Nationalsozialisten, damit die Kämpfer und Träger des nationalsozialistischen Staates, d. h. die wirklichen Glieder des im Nationalsozialismus werdenden deutschen Volkes aus dem weltüberwindenden und weltdurchdringenden Christusglauben heraus dem Volke dienen. So wollen sie das Dritte Reich mitbauen helfen im Gehorsam gegen die göttliche Schöpfungsordnung zur Ehre Gottes und damit auch zum wahrhaft dauernden Segen unseres deutschen Volkes.

5. Volk und Kirche müssen und sollen eins werden und nicht nebeneinander oder gar gegeneinander stehen. Es ist das Anliegen der „Deutschen Christen“, dass ein deutsches Volk werde, in dem unter dem Zeichen des ewigkeitsweisenden Christuskreuzes und des volksgebundenen Hakenkreuzes ganze deutsche Christenmenschen ihre heilige Pflicht Gott und dem Volk gegenüber erfüllen.“

Martin Wagner: Die „Deutschen Christen“ im Kampf um die innere Erneuerung des deutschen Volkes

Friedrich Wieneke: Die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“

Gottfried Feder, Ferdinand Werner, Graf E. zu Reventlow u. a.:
„Das neue Deutschland und die Judenfrage“, Leipzig 1933

Andere Stimmen:

Rundfunkvortrag von Dietrich Bonhoeffer. „Wandlungen des Führerbegriffs in der jungen Generation“ (DWB 12, 240 ff)

Predigt Breit: „Staat und Kirche“. Eine Predigt zur nationalen Revolution (in: Wort und Tat 5, 1933)

Der Bund der religiösen Sozialisten zur Reaktion in der Kirche (Der religiöse Sozialist, H. 7 /1933)

2. Februar 1933:

Brief von Heinrich Rendtorff an Wurm (Schäfer 1, 234f)

3. Februar 1933:

Erste geheime Besprechung Hitlers mit den Befehlshabern der Reichswehr:

Er verspricht, dass die Reichswehr der einzige Waffenträger der Nation bleibt, dass keine Verschmelzung von Heer und Parteiformation beabsichtigt ist. Weiter: Beseitigung aller Beschränkungen durch das Versailler Diktat, Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht, Wiedererrichtung des Generalstaates, allseitge Aufrüstung und Beseitigung jeder Kontrolle der Militärausgaben durch nationale oder internationale Instanzen (Domarus 197 ff)

Dankgottesdienst mit Joachim Hossenfelder in der Berliner Marienkirche (vN 147 ff):

Die Predigt, die Joachim Hossenfelder am 3. Februar 1933 als Dankgottesdienst in der St. Marien-Kirche in Berlin gehalten hat, spiegelt ein geschichtliches und gegenwärtiges Verständnis wider, das weit über die Kreise der organisierten Deutschen Christen hinausging. Sein Thema: Gott in der deutschen Geschichte:

„Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!“. Das war das Teklegramm des greisen Königs an seine Gemahlin nach dem Sieg von Sedan. Das war die inerste Meinung des ganzen deutschen Volkes während des Krieges 1870/71 und nach seinem ruhmvollen Ende: Gott hat geholfen. Das war die Glaubensüberzeugung der deutschen Prediger auf deutschen Kanzeln, und so verkündigten sie: Gott hat uns den Sieg gegeben durch unseren Herrn Jesum Christum. Unvergeßlich jene frommen königlichen Wortedie das Erlebnis für alle Zeiten formte und unvergesslich die gewaltigen Worte des Dichters:
Nun lasset die Glocken von Turm zu Turm
Durchs Land frohlocken den Jubelton,
Ehre sei Gott in der Höhe!
Erntetag war damals, und die Verrpflichtung zum Erntedank lebte in allen Herzen. Es gibt im Leben der Völker Saat – und Erntzeiten. Vor 62 Jahren war für uns Deutsche solche Saat- und Erntezeit heraufgekommen, wie sie glückerfüllter, stolzer und sonniger nicht sein konnte. Das deutsche kaiserreich wurde von der Gesamtheit des deutschen Volkes gewollt. Hatten vorerst nur die Dichter davon gesungen, jetzt hoben Siege ohnegleichen diesen Willen zum Reich aus dem Gebiet der Wünsche auf die Höhe der Tat. Ein staatsmännisches Genie, wie es die Geschichte aller Völker und Zeiten nur je und dann aufsteigen sieht, hob diesen Willen. Wie Grillparzer Radetzky zurufen lässt: in deinem Lager ist Österreich, so konnte man Bismarck zurufen: in deinem Herzen ist Deutschland. Neben diesem Mann stand eine Herrscherpersönlichkeit: denkwürdig schlicht, ein Fürst ohne jede Geste, ein Mensch mit einem wahrhaft königlichen Willen. Es war ein Tag der Erfüllung und das, was er brachte, war das Deutsche Reich. Und Herrscher und Volk bekannten: Gott hat uns dies gegeben durch unsern Herrn Jesum Christum.
Christus war der Herr dieser Geschichte und ist der Herr aller Geschichte. Wo Gott immer mit Völkern und Menschen handelt, handelt er durch Christus. Christus macht Geschichte durch Männer, die er beruft. Immer hat er unserem deutschen Volke in der Not Männer geschenkt, die dem Volke wie eine wunderbare Sendung erschienen und die selbst von dem Gottesgeheimnis etwas wussten, das in ihnen war und durch sie geschah.“

Nach Deutschlands großer Zeit kommt Deutschlands Niedergang:

„Ein Wort sagt alles, was über diese Jahre zu sagen ist: Vom Reich, das Bismarck schmiedete und für das Hindenburg vier Jahre das Schwert schwang, ist aller Glanz gewichen und heruntergeschlagen.
Wieder geht ein Raunen durch Deutsachlands Wälder, laut stöhnt die wunde Seele des deutschen Volkes. Feinde schwer bewaffnet an unseren grenzen, im Lande eine Pestwolke von Lügen, Gemeinheiten und fremdländischem Schiebertum, ein Sumpf, der tausend todbringende Bakterien und Bazillen ausatmet. Eine Not ohnegleichen regiert in unserem Lande, und der Glaube

an das Leben zerbrochen ist, da ist alles aus, da herrscht der Glaube an den Tod, da ist Tod. Der Glaube an den Tod ist eine verführerische Macht. Er nimmt dem Leben jeden Ernst und jede Verantwortung, einem Volke jede Zukunft. Ist der Tod die letzte Wahrheit, d. h ist das Letzte auf der Welt dein Sarg und gibt es hinter deinem Sarge und hinter deinem Tode kein Leben, dann hat es keinen Sinn mehr, sich mit aller Kraft einzusetzen für das, was sein soll und was bleibt. Ist der Tod die letzte Wahrheit, dann wird einem das Schicksal des anderen und das der Volksgenossen gleichgültig, dann denkt man nur an sich, genießt man, was man genießen kann, errafft man, was man erraffen kann. Ist der Tod die letzte Wahrheit, dann stirbt der Mut, das Heldentum, der Glaube, die Liebe, die Arbeit. Der Glaube an den Tod hat uns beherrscht und die international gebundenen Mächte, die bisher in Preußen und in Deutschland regierten, haben ihn verkündigt, da sie selbst nur leben können, solange Deutschland krank ist. Der Glaube an den Tod schuf Gottlosigkeit, Ehrlosigkeit, Arbeitslosigkeit.

In dieser Not – in der es nicht nur um das nackte Dasein ging, sondern um weit mehr, um die Seele des deutschen Volkes – formte sich Gott einen Mann, einen von den Millionen des Weltkrieges und gab ihm die größte Sendung unserer Geschichte: das deutsche Volk aus der Verzweiflung zu reißen und ihm den Glauben an das Leben wiederzuschenken. Denn ist das Leben die letzte Wahrheit, dann lebt die Verantwortung auf zum Volk, zur Ehe, zum Kinde, dann lebt der Mut, das Heldentum, Glaube und Liebe, dann ist Arbeit und Zukunft. Im Gefühl seiner Sendung wagt er das Große und macht aus Verzweifelten, Verzagten wieder glaubende Menschen. Eine Millionen-Armee sammelt er um sich, die nur das eine von ihm wissen: dich hat uns Gott gesandt. Weil du glaubst, wollen auch wir wieder glauben, weil du kämpfst, wollen auch wir kämpfen, damit die Sonne über Deutschland aufgehe…

Noch vor wenigen Tagen konnte man die bange Frage hören: Wann ist Deutschlands Prüfungszeit zu Ende, wann greift Gott ein? Und mit der Frage das Gebet: Herr, hilf uns! Dann endlich am 30. Januar die Stunde: der greise Marschall Hindenburg ruft den Führer des jungen kämpfenden Deutschlands an die Spitze der Reichsregierung. Wie einst sein Kaiser ihn in großer Not rief, so ruft er heute den denkbar besten Mann, einen Mann aus einem Guss, gegossen aus Reinheit, Frömmigkeit, Energie und Charakterstärke, unseren Adolf Hitler. Es war ein Tag der Erfüllung und eine glückhafte Stunde, als die Bataillone der braunen Armee im Verein mit den alten Frontsoldaten durch das Brandenburger Tor einzogen, um den Marschall des Weltkrieges und den Schmied des Dritten Reiches zu grüßen. Der Glaube an das Leben hat gesiegt.

Die deutschen Bauern des Bauernkrieges, die deutschen Burschen der Wartburg zogen unverrichteter Sache heim, ihr Haus zerfiel; aber der Glaube an den Geist und der Glaube, dass es die Enkel besser ausfechten würden, lebte fort. Noch einmal gibt uns Gott Gelegenheit, ein stattliches Haus zu bauen, noch einmal ruft Gott das deutsche Volk in seine Geschichte. Gebe

Gott, dass wir alle diesen Ruf hören und uns unter seinen Ruf stellen! Wir haben viel verloren, eigentlich alles; aber dreierlei können wir noch haben: uns selbst, die Zukunft und Gott.
Zuerst uns selbst. Nur dann und da haben wir uns, wo wir innerlich frei sind. Wir sind unser nicht mächtig, wo die Selbstsucht regiert. Die Zeit fordert von uns unerhörtes Heldentum. Helden werden erzogen, Heldentum fordert Freiheit vom Ich. Das erfordert Maßnahmen, die tief in unser Leben greifen. Deutschlands Erneuerung, wenn sie von Gott gewollt ist, fängt nicht irgendwo an, sondern bei mir und bei dir, und sie beginnt mit dem Kampf gegen die Selbstsucht in jeder Form. Wir können erst recht heute nicht jener Wirklichkeit entraten, die im Fronterlebnis lebt, der Wirklichkeit des Opfers – und überall, wo geopfert wird, ist Heldentum. Im Opfer und im Dienst vollendet sich die Lebensaufgabe unseres Geschlechtes. Wer sein Leben liebt, ist noch immer darum betrogen worden.
Sodann die Zukunft. Wir sagen es noch einmal: schenk uns Gott ein neues Blatt, schenk uns noch einmal Leben und land, das wir für Kinder und Kindeskinder bestellen dürfen! Die Gestaltung des Heute ist uns auf die Seele gelegt. Wir tragen dafür Verantwortung. Wir haben in den Acker unseres Volkes die beste Saat gelegt, die wir hatten: Die Helden des Weltkrieges, die Helden der SA und SS. Diese Saat wird aufgehen. Wir sind Wächter der deutschen Saat.
Und dann Gott. Wer Gott hat, hat den Glauben an eine sittliche Weltordnung, dass nicht aufhören wird Saat und ernte und dass der Herr der Geschichte dem Tod alle Macht genommen hat und damit den Mächten des Todes und den unreinen Geistern der Unterwelt. Es wird uns nirgends verheißen, dass das Recht siegen müsse. Aber die große sittliche Kraft überwinden immer von innen heraus, und zuletzt ist ist doch Gott durch Christus der Anfang und das Ende der Geschichte. Auch der Geschichte unseres Volkes. Und wo Gott ist, fallen in der Durchheiligung der Menschen auch die beiden innersten Feinde des Heldentums und der deutschen Zukunft: Die Lüge und die Angst. Heldentum zerstört sich, wenn es lügt; nur der Wahrhaftige kann ein Held sein. Und wo Heldentum ist, ist kein Platz für die Angst, die Angst in jeder Form. Die Furchtlosigkeit des tapferen Gewissens ist die Grundlage allen deutschen Heldentums.
Solches Heldentum hat der Führer von uns gefordert in dem Kampf der letzten 13 Jahre, solches Heldentum fordert er als Reichskanzler jetzt von jedem deutschen Mann und von jeder deutschen Frau. War der Krieg heilig, den wir führten, so ist die Stunde heilig, die Gott uns geschenkt hat. Ihm gebührt Ehre, Preis und Lob. Wir könen nichts anderes als ihm danken und ihn bitten, über uns zu wachen.
Es ist preußischer und deutscher Geist, den Sieg aus Gottes Hand zu nehmen, und auch diesen Sieg über die Mächte des Todes nehmen wir aus Gottes Hand und sagen ihm Dank in unserem Text: Gott aber sei Dank, der uns den Sieg gegeben hat durch unseren Herrn Jesum Christum!“ (vN 147 ff)

Kontroverse zwischen dem Ev. Volksbund Württemberg und der NS-Presse (Schäfer 1, 269 ff)

3. – 4. Februar 1933:

Tagung des Verwaltungsausschusses des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum in Berlin (ÖRPC)

4. Februar 1933:

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des Deutschen Volkes:

„§ 1: Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens achtundvierzig Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden.

Sie können aufgelöst werden, wenn zum Ungehorsam gegen Gesetze oder Verordnungen aufgefordert wird, wenn Staatsorgane Behörden oder Beamte beschimpft, wenn Religionsgesellschaft öffentlichen Rechts verächtlich gemacht und wenn zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wird.“ (Münch 64 ff)

Druckschriften, die die öffentliche Sicherheit gefährden, können beschlagnahmt werden,

Verbote gegen Zeitungen und Versammlungen der KPD, der SPD und anderer Organisationen

5. Februar 1933:

„Des Volkes Stunde“: Aufruf der Reichsleitung der Glaubensbewegung Deutsche Christen“ GDC zur Übernahme der Kanzlerschaft Hitlers:

„Einsam und selten, aber erhaben und ehrfurchtheischend ragen die großen Stunden aus den Zeitläuften empor. Sie rütteln an den Seelen, sie rufen die Geister wach. Auf den Blättern der Geschichte schreibt die göttliche Fügung ihren Willen nieder. Wer liest die Zeichen recht? Wer deutet die Schrift? Wer spricht das Erhabene aus? Wem ward das Weistum, dass er sage und künde, was über alle kam, die von der Seltenheit der großen Stunde ergriffen wurden? Nur der bewegte Glaube mag an das Letzte, an das Geheimnis zu rühren. Er fragt in die Stunde hinein. Sein Herz bebt wohl dabei, es klopft in

heißen Schlägen, aber ihm wird Antwort. Und der da antwortet, ist Gott. Ach dass wir Gottes Wort hörten aus der Stunde, die Gott am 30. Januar 1933 über dem Volk der Deutschen aufgehen ließ. Wind jagt im kalten Geäst. Bleigrau lagert der Winter auf dem Land. Frost schauert durch Stadt und Dorf. Aber denen, die da glauben, grünt und blüht es im Herzen. Die Sonne geht auf. – Es nahet gen den Tag! Gott will zu uns reden. – Land, Land höre des Herrn Wort! Wenn du es jetzt nicht hörst, wehe dir. Gottes Mund könnte sich dir verschließen auf ewig. Nüchtern ist die große Zeile, die die Fügung von oben in die Blätter der deutschen Geschichte schrieb. Nüchtern, aber für den, welcher der inneren Gesetze deutschen Geschehen wissend werden durfte, wird sie zur Offenbarung:
`Der greise Marschall Hindenburg ruft den Führer der Deutschen Arbeiter Adolf Hitler an die Spitze der Reichsregierung.
Was dieser Satz einschließt, ist heute und jetzt nicht auszusagen. Das Gewicht seines Sinnes war so groß, dass ein ganzes Volk aufstand. Und nun wartet dieses Volk auf das andere, auf das, was deutsche Sehnsucht sang und sagte. Wartet, dass der Sinn der Deutschen neu werde über Elend und Verzweiflung hinweg. Wartet, dass die starke Hand den ersten Baustein setze auf dem Grunde, der das Gebäude des Dritten Reiches tragen soll.
Deutsche Christen, das ist eure Stunde! Kniet nieder und dankt. Dankt dem Herrn und Vater unseres Herrn Jesu Christi, dem Herrn beider Welten. Lobt seinen Namen und lasst euer Lob ausströmen zu der nun nie mehr ermüdenden Bitte: „Herr, recke deine Hand gnädig aus über dem Volk der Deutschen. Wache du selbst über dem Heiligtum der großen Stunde." (vN 147)

Brief der Christlich-Deutschen Bewegung an ihre Anhänger (Schäfer 1, 267 ff):

„Der 30. Januar wird, so hoffen wir, ein Markstein in deutscher Geschichte bleiben. Nach Tagen und Monaten geringer Dinge ist wieder einmal etwas hervorgebrochen, was wie ein Wunder vor unseren Augen dasteht: Hindenburg-Hitler grüßen miteinander in Berlin das begeisterte Volk! Nach unseligem Hader hat sich die nationale Front – Nationalsozialisten, Deutschnationale, Stahlhelm zusammengeschlossen. Ein nationales Kabinett, in dem Hitler und Hugenberg sich die Hände reichen, gibt einmütig und kraftvoll einen Aufruf an das deutsche Volk hinaus mit Worten, die die Herzen aller Deutschgesinnten vor Freude höher schlagen lassen. Draußen horcht die Welt auf. Ein anderes Deutschland reckt sich wieder empor. Wir vergessen das Danken nicht: Welch eine Wendung durch Gottes Fügung! Zum erstenmal wieder seit Bismarck haben sich führende Männer Deutschlands als Werkzeuge in Gottes Gnade und Führung befohlen. Solchen

Männern schenken wir gern unsere ganze Liebe, unser rückhaltloses Vertrauen. Das schließt auch hoffentlich denen den Mund, die bisher nur Kritik hatten und gar von „Antichristentum“ redeten.
Aber dieser Aufruf an das Volk soll uns nun auch bereit finden! Die Aufgabe, die sich die Männer der Regierung gestellt haben, ist eine ungeheure. Schande über alle, die ihre Vaterlands- und Freiheitsliebe damit beweisen wollen, dass sie auch jetzt noch alles besser wissen wollen. Schande auch über die, die allezeit und auch jetzt mit jenem vornehm sein sollenden „Abwarten“ beiseite stehen, wie wir`s zur Genüge kennen gelernt haben in dem Kampf der vergangenen Jahre. Diese Leute haben gerne auf unser Bemühen verächtlich herabgeschaut, freilich ohne eine Ahnung gehabt zu haben, dass unser Dienst - so gering er gewesen sein mag- Dienst um Gottes und der Brüder willen war. Und wenn wir auch von frommer Seite gar manchmal grob und fein angegriffen wurden, als ob wir etwas täten, was nicht unseres Amtes sei, so haben wir auch da ein gar gutes Gewissen vor Gott. Wenn wir es noch eiunmal zu tun hätten, so würden wir doch wieder nicht anders handeln können als unserem Volk in seinem Elend zu dienen. Der Priesrter und der Levit, die nicht rasch genug an dem unter die Mörder Gefallenen vorüber eilen konnte, ist allerdings nicht unser Frömmigkeitsideal. Aus eben diesem Grunde können wir uns auch nicht zu „überparteilicher Neutralität“ bekennen, obwohl das auch für unser Fleisch sehr viel bequemer wäre. Diejenigen, die meinen, wir hätten unsere Lust am „fleischlichen Eifern“ und Parteipolitisieren, haben keine Ahnung von unserem innersten Ringen. Man sei aber in jenen Kreisen unbesorgt und lasse uns unserem Herrn stehen und fallen!
Auch in dem bevorstehenden Kampf werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht. Wir werden diesmal Schulter an Schulter stehen mit der „Glaubensbewegung deutscher Christen“, in der sich entschieden evangelische Männer und Frauen zu Dienst und Zeugnis innerhalb der nationsalsozialistschen Freiheitsbewegung zusammengeschlosen haben.
Wir haben bereits am 2. Februar ein gemeinsames Telegramm je an den Reichspräsidenten Hindenburg unbd an den Reichskanzler Adolf Hitler gesandt, in dem wir Freude und Dank, aber auch Treuegelöbnis und Dienstbereitschaft zum Ausdruck brachten. … Die Fronten sind klar wie nie zuvor. Wir wollen, so viel an uns ist, das evangelische Volk aufrütteln! Der Bolschewismus, ein von Gott gelöstes Judentum und Freidenkertum und der Jesuitismus wünschen ein Versagen dieses letzten großen nationalen Einsatzes. Hier geht es nicht um Arbeit und Brot, um Ehre und Freiheit der Nation, sondern um Gottesbejahung und Gottesverneinung. Darum entziehen wir uns dem Kampfe nicht….Im Namen des großen Gottes, der uns eben erst seine Wunderhand schauen ließ, vorwärts! Beten! Arbeiten!“

<u>6. Februar 1933:</u>

Verordnung des Reichspräsidenten zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen (Friedrichs 10)

Von Papen wird Reichskommissar für Preußen, Göring kommissarischer Innenminister mit Befehlsgewalt über die Polizei

Entlassung von Otto Braun als Preußischer Ministerpräsident durch von Papen

Erstes Treffen der Reichsleitung der GDC

Telegramme der GDC und der Christlich-Deutschen Bewegung an Hindenburg und Hitler

(Schäfer 1, 259 ff):

An Hindenburg:

„Voll Dank gegen Gottes Führung, durch die Ihr gesegnetes Lebenswerk in Krieg und schwerer Nachkriegszeit seine Krönung erfährt, grüßen wir vom Süden des Reichs in Liebe und Ehrfurcht. Wir glauben zuversichtlich, dass der 30. 1. 1933 als Markstein in der Geschichte unseres Volkes dastehen wird. Ein gewaltiger Aufbruch der Nation hat begonnen. Noch ist der Kampf schwer gegenüber allen Feinden von innen und außen. Aber es gibt für uns nur noch ein Vorwärts im Namen des lebendigen Gottes. Das Feld muss Er behalten.“

An Hitler:

„Tief ergriffen von dieser Wendung durch Gottes Fügung wie von Ihrem Aufruf an die deutsche Nation können wir nicht anders, als Ihnen herzlich danken für Ihren Heldenkampf bis anher, den Gott sichtbar gesegnet hat, so dass jetzt auch viele Zaghafte und Zweifler Ihren Weg als richtig erkennen müssen. Die Gleichgesinnten werden sich durch das ganze Volk hindurch erneut und unzertrennbar zusammenschließen und unter Ihrer Führung den Kampf vorwärts tragen. Millionen von Betern und Beterinnen umgeben Sie mit Ihren Mitarbeitern wie eine Mauer. Großer Gott wir loben Dich – Ein feste Burg ist unser Gott!

Wir werden auch in dem bevorstehenden Wahlkampf mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln und mit aller Tatkraft mitanstehen in der Erkenntnis, dass in dem ungeheuren Kampf, der in der Gegenwart ausgekämpft wird, es nicht nur um Arbeit und Brot, Ehre und Freiheit der Nation, sondern um Glauben und Unglauben, um Gottesbejahung und Gottesverneinung geht, und dass das deutsche Christenvolk in einem solchen Kampf unmöglich in „überparteilicher Neutralität“ tatenlos zuschauen kann, es wäre denn seiner innersten Wesenheit und Überzeugung untreu. Wie werden, so viel an uns ist, das Christenvolk aufrufen zu tapferem Glauben und Handeln, damit nicht eine große Gottesstunde uns feig oder schlafend finde.“

Totenehrung für SA-Sturmführer Hans Maikowski und Polizei-Oberwachtmeister Zauritz im Berliner Dom mit Predigt von Hossenfelder im Beisein von Hitler und Göring, Staatsbegräbnis auf dem Invalidenfriedhof (Nic I, 2 ff; EDR 8/1933)

7. Februar 1933:

Programmatische Rede von Bernhard Rust „Unser Bεkenntnis zum Christentum“:

„Die Veränderungen in der Reichsregierung bedeuten mehr als ein Kabinettswechsel. Das Reichskabinett unter Führung Adolf Hitlers bedeutet eine weltgeschichtliche Wende…

Heute stehen wir im erbitterten Existenzkampf gegen den Bolschewismus. Ich werde die christlichen Kirchen beider Konfessionen aufrufen, die in ihr lebenden Werte von Glaube und Sitte gemeinsam mit uns im Kampf gegen diesen Ferind einzusetzen…“ (Nic I,4 ff)

Es ist der Pfarrer Dr. Friedrich Wieneke aus Soldin, der in einem längeren Aufsatz die historische Herkunft und die wesentlichen theologischen und politisch-ethischen Inhalte der Glaubensbewegung skizziert. Sein Fazit am Schluss:

„Die Theologie der deutschen Christen ist somit ganz alt und will nichts anderes als eine tiefere Erfassung des positiven Glaubens der alten Christenheit. Aber sie ist doch auf der anderen Seite ganz neu, denn sie spürt das Walten unseres Gottes im Geschehen der Gegenwart an unserem deutschen Volke und wagt es aus Glauben heraus, in die alten Formen einen neuen Inhalt hineinzugießen. So ruft sie den zur Freiheit erwachenden Volksgenossen die tiefste Wahrheit zu:
„So euch der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei!“ (vN 151 ff)

Politisch ganz konkret wird der Berliner Sozialpfarrer Karl Themel in seinem Beitrag „Die Vernichtung der Gottlosenbewegung“ (vN 156 ff). Dort heißt es:

„Der neue Staat führt einen kraftvollen Kampf gegen Organisation und Geist der Gottlosenbewegung. Wir danken es ihm und wir deutschen Christen stehen vorbehaltlos und freudig hinter ihm. Der Staat von 1918 hat nebeneinander wachsen lassen den Bolschewismus, die Sozialdemokratie, das Zentrum und die nationale Freiheitsbewegung. Er hat alle diese Bewegungen als gleichwertig und in gleichem Range abgesehen, ja er hat die nationale Bewegung unterdrückt und den Bolschewismus gefördert. Er hat zwischen gut und böse nicht gewertet und Entscheidung getroffen, er war weltanschaulich neutral. Die Folge war, dass der Bolschewismus den Körper und die Seele des Volkes zersetzt und zerstört hat; der Reichstagsbrand sollte auch dem letzten Christen das Auge geöffnet haben um zu sehen, wie furchtbar nahe wir am Abgrund des Bolschewismus vorübergegangen sind. Wir wären alle in den Kellern des Karl-Liebknecht-Hauses geendet. Die Obrigkeit des Dritten Reiches ist echte Obrigkeit, die zwischen gut und böse sich entscheidet. Sie ist nach Römer 13 „Gottes Dienerin uns zugut; sie trägt das Schwert nicht umsonst, eine Rächerin zur Strafe über den, der Böses tut.“ Wir Christen unterstützen darum die Reinigungs- und Säuberungsaktion des Staates, wo sie auch vor sich geht: auf dem Schulgebiet, im Kampf gegen Schmutz- und Schundliteratur, gegen den Sexualbolschewismus, in der Überwachung der Reste der Gottlosigkeit, in der christlich-deutschen Schulung, die der Staat um seines Charakters willen aufnehmen muss. Dabei übersehen wir nicht, dass das Judentum in Presse, Kunst und Recht die Gottlosigkeit weithin gefördert und unterstützt hat.“

Und am Ende formuliert er im Blick auf die Aufgaben der Kirche im neuen Staat:

„Unsere Kirchengemeinden sollen Zellen der Gesundung im kranken Volkskörper sein, dazu müssen sie aber wirklich Gemeinde sein und ihre Glieder sich der großen Verantwortung bewußt werden, Träger des neuen Deutschland und seines Reiches zu werden. Gott ruft die Kirche in dieser Zeit und sie hat gehorsam diesem Ruf zu folgen.“ (vN 156 ff)

Die volle Identifizierung der Glaubensbewegung mit der praktischen Politik des neuen Staates wird überdeutlich. Man will zugleich Nationalsozialist und Deutscher Christ sein.

Der Pfarrer Siegfried Nobiling wird in seinem Beitrag „Kirchliches Führertum“ sehr konkret. Er spricht zunächst von einer

„Wiederauferstehung der deutschen Volksseele durch Gottes gnädige Führung. … Gott redet wieder mit dem deutschen Volke und das Volk findet

wieder zu seinem Gott zurück. Es ist der Aufbruch der Nation zu Gott hin und die bewusste Abwendung des Volkes von der antigöttlichen Weltanschauung.“

Seine Konsequenz:

„Wir fordern die sinngemäße Gleichschaltung der empirischen Kirche mit dem Volksstaat der nationalen Revolution und damit eine Reform der Ev. Kirche an Haupt und Gliedern.“

Das bedeutet:

„Das nationale Kirchenvolk kann sich keine Führer gefallen lassen, die sich ablehnend gegen die im Volke geschaffenen Verhältnisse einstellen….- Wir fordern von den kirchlichen Führern die positive Einstellung zu der durch die nationale Revolution geschaffenen politischen Lage in Deutschland.“

Und Nobiling skizziert nun, wie der Kirchenführer der Zukunft auszusehen hat. Es ist die Übertragung des nationalsozialistischen Führerprinzips auf das kirchliche Leben. Es gilt nun:

„Alles kirchliche Führertum steht auf Kampf, Dienst und Opfer im Sinne Christi, der deutschen Reformation und der völkischen Weltanschauung.
Dabei muss der kirchliche Führer immer zwei große Ziele im Auge haben, um die es bei aller Arbeit in der Kirche geht. Das eine Ziel ist die Erfüllung des Volkstums mit den erlösenden und heiligenden Kräften des Evangeliums. Evangelium im Dritten Reich, das ist die eine Parole. Dabei hat er den einen großen Unterschied von Volksreligion und Evangelium sich immer vor Augen zu halten. Religion – Frömmigkeit – mag sie geartet sein, wie sie will, auch die deutsche Artreligion ist immer nur das Fragen des Menschen nach Gott. In diesem Sinne ist Evangelium keine Religion, sondern das Antwortgeben Gottes auf das Fragen der Menschen. Die absolute Antwort auf alles Fragen des Menschen nach Gott gegeben in Christus, dem gekreuzigten und auferstandenen Gottessohn. Darum stehen wir nicht auf der Verabsolutierung der Rasse, sondern auf der Heiligung und Reinigungn der Rasse durch die erlösenden Kräfte des Evangeliums. Alle kirchliche Führerarbeit istz in diesem Sinne zu leisten. Dann aber das andere Ziel. Wir sind geschworene Feinde der sog. Kirchtumspolitik. Wollen wir wirklich dem Ziele einer einigen deutschen Reichskirche näher kommen, so müssen vorerst und vrallem die kirchlichen Führer von diesem Ideal der kommenden Reichskirche durchdrungen sein und alle Arbeit auf dies Ziel hin tun.
Darum: Das Ziel aller kirchlichen Arbeit ist ideell die Erfüllung des Volkstums mit den erlösenden und heiligenden Kräften des Evangeliums und

empirisch die endliche Schaffung und Erhaltung der deutschen Reichskirche.“ (vN. 163f)

Und: Für die Erneuerung der Kirche ist die Stärkung des Laienelementes unentbehrlich:

„Für die Führung der Kirche sind geschulte Kräfte aus dem Kirchenvolk unentbehrlich als wertvolles Mittel gegen einen Rückfall in die Pastorenkirche.“

Und schließlich gilt:

„Wir gestehen es keinem Fremdblütigen, insbesondere keinem Juden zu, das Ehrenamt eines Kirchenältesten oder Gemeindeverordneten zu bekleiden… Ein kirchliches Ehrenamt kann nur bekleiden, wer kein artfremdes Blut in sich hat … Zum Pfarramt ist nur zuzulassen, wer rein arischen Blutes ist.“

Und:

„Wir lehnen für die praktische Führung der Kirche den Parlamentarismus ab, bejahen aber das Synodalsystem.“ (vN 160 ff)

Die Deutschen Christen Hannovers formulieren „fünf Thesen“ mit der Überschrift

„Mit Luther und Hitler für Glaube und Volkstum“:

„1. Das nationalsozialistische Deutschland ist Volk geworden. Fundament der Volksseele und des Volkslebens ist nach Punkt 24 des nationalsozialistischen Parteiprogramms ein positives, artgemäßes Christentum. Hier liegt Pflicht und Aufgabe der Kirche zum Dienst am Volke.
2. Die „Deutschen Christen“ greifen diese Aufgabe an; sie wissen sich dabei getragen vom Christus-Glauben, geleitet vom Wort Gottes, und zwar im Sinne und Geiste Martin Luthers.
3. Die „Deutschen Christen“ kommen her vom Erlebnis des gewaltigen Ringens um den Durchbruch des Nationalsozialismus; sie bejahen diesen Staat Hitlers nicht nur loyal und verstandesmäßig, sondern tragen ihn im Herzen als heiliges Lebensgut, für das sie sich verantwortlich und dem sie sich um des deutschen Volkes willen auf Tod und Leben verpflichtet fühlen. Die „Deutschen Christen“ stehen darum dem Kämpfer für das Dritte Reich nicht freundlich gegenüber, sondern als Kamerad an seiner Seite.
4. Die „Deutschen Christen“ ringen daher um jeden Nationalsozialisten, damit die Kämpfer und Träger des nationalsozialistischen Staates, d. h. die

wirklichen Glieder des im Nationalsozialismus werdenden deutschen Volkes aus dem weltüberwindenden und weltdurchdringenden Christusglauben heraus dem Volke dienen. So wollen sie das Dritte Reich mitbauen helfen im Gehorsam gegen die göttliche Schöpfungsordnung zur Ehre Gottes und damit auch zum wahrhaft dauernden Segen unseres deutschen Volkes.
5. Volk und Kirche müssen und sollen eins werden und nicht nebeneinander oder gar gegeneinander stehen. Es ist das Anliegen der „Deutschen Christen", dass ein deutsches Volk werde, in dem unter dem Zeichen des ewigkeitsweisenden Christuskreuzes und des volksgebundenen Hakenkreuzes ganze deutsche Christenmenschenohre heilige Pflicht Gott und dem Volk gegenüber erfüllen." (Klügel 12)

Massenkundgebung der „Eisernen Front" im Lustgarten mit Rede von Otto Wels

8. Februar 1933:

Amtsantritt von Rust als Kultusminister. Aus seiner Rede:

„Ich weiß, dass für viele von Ihnen die Übernahme der Kulturabteilung durch einen NS nicht leicht empfunden wird. Wenn diese Empfindungen entstehen sollten, aus dem unbegründeten Verdacht kulturkämpferischer Neigungen meiner Bewegung, so kann ich diese Bedenken sogleich zerstreuen. In fast 150 jährigem Konfessionskriege sind wir als Reich und Volk fast zugrundegegangen. Heute stehen wir in erbittertem Existenzkampf gegen den Bolschewismus. Ich werde die christlichen Kirchen beider Konfessionen aufrufen, die in ihr lebenden Werte von Glaube und Sitte gemeinsam mit uns gegen diesen Feind einzusetzen."

Rede Hitlers vor leitenden Männern der deutschen Presse (Domarus 202f)

9. Februar 1933:

Presseberichte über Kirchgänge von Parteiverbünden der NSDAP (Nic I, 6 ff)

Massentrauungen (Past.blätter 33/34, 287 ff)

Aus „Licht und Leben":

„Wir bitten Gott, Er wolle es der neuen Regierung gelingen lassen, und wolle uns wieder erfreuen, nachdem Er uns so lange geplagt hat, nachdem wir

solange Unglück leiden. Der Herr, unser Gott, sei uns freundlich und fördere das Werk unserer neuen Regierung.“ (Ausgabe vom 7. 2.1933)

In der Ausgabe vom 28. 2. steigert sich diese Zeitschrift:

„Für einen Vaterlandsfreund ist es eine Freude, wahrzunehmen, dass die NS und der so genannte Block Schwarzweißrot nicht gegeneinander sind bei der Wahl, freilich auch nicht miteinander, aber doch in einem sich gegenseitig anerkennenden Nebeneinander. Ein neuer, frischer Wind saust durch Deutschland und verweht die böse Stickluft. Die frühen Gegner, Hitler und Hugenberg, sitzen an einem Tisch, an dem Regierungstisch, und ihre Namen kann man nebeneinander lesen unter Aufrufen und Erlassen der Reichsregierung. An Herkommen und Anschauungen sind sie verschieden, aber geeint sind sie in der Liebe zum Vaterland und der Sorge für dessen der Vergangenheit würdige Zukunft.“

<u>10. Februar 1933:</u>

Eröffnung des Wahlkampfes der NSDAP durch Hitler im Berliner Sportpalast unter dem Motto: „Der Marxismus muss sterben“:

„… Die Parteien dieser Klassenspaltung (gemeint sind SPD und KPD) aber mögen überzeugt sein, solange der Allmächtige mich am Leben lässt, wird mein Entschluss und mein Wille, sie zu vernichten, ein unbändiger sein. Niemals, niemals werde ich mich von der Aufgabe entfernen, den Marxismus und seine Begleiterscheinungen aus Deutschland auszurotten, und niemals will ich hier zu einem Kompromiss bereit sein.
Einer muss hier Sieger sein: entweder der Marxismus oder das deutsche Volk! Und siegen wird Deutschland!
Indem wir diese Versöhnung der Klasen herbeiführen, direkt und indirekt wollen wir weitergehen, dieses geeinte deutsche Volk wieder zurückführen zu den ewigen Quellen seiner Kraft, wollen durch eine Erziehung von klein an den Glauben an einen Gott und den Glauben an unser Volk einpflanzen in die jungen Gehirne…
Am 30. Januar haben wir eine Regierung übernommen. Schlimmste Zustände sind in unser Volk hereingebrochen. Wir wollen sie beheben. So wie wir trotz allem Höhnen diese Gegner beseitigten, so werden wir auch die Folgen ihres Regimentes beseitigen. Um Gott und dem eigenen Gewissen Genüge zu tun, haben wir uns nun noch einmal an das deutsche Volk gewandt. Es soll nun selbst mithelfen…“

Und am Schluss seiner mehrstündigen Rede sagt Hitler im fast religiösen hymnischen Stil:

„… ich kann mich nicht lösen von der Überzeugung, dass diese Nation wieder einst auferstehen wird, kann mich nicht entfernen von der Liebe zu diesem meinen Volk und hege felsenfest die Überzeugung, dass eben doch einmal die Stunde kommt, in der die Millionen, die uns heute hassen, hinter uns stehen und mit uns dann begrüßen werden das gemeinsam geschaffene, mühsam erkämpfte, bitter erworbene neue deutsche Reich der Größe und der Ehre und der Kraft und der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit. Amen!“ (Friedrichs 11 ff; Domarus 203 ff))

Treffen von Hossenfelder mit Robert Ley (Reichsorganisationsleiter der NSDAP)

11. Februar 1933:

Erscheinen des Buches von Hans Asmussen „Politik und Christentum“ in der Hanseatischen Verlagsanstalt Hamburg

12. Februar 1933:

Pfarrer Praetorius: Verkündigung und Politik (DED 7, 8 u. 9/1933)

Kommentar des „Sonntagsgrußes“ (Evangelisches Gemeindeblatt für Rheinland) über Hitlers Aufruf an das deutsche Volk (vN 36f)

„Und unsere evangelische Kirche?“

Kirchliche Rundschau für Rheinland und Westfalen, Jg. 48, Nr. 4, S. 25f; vN 37 ff:

„… Die Kirche kann die Ereignisse der Gegenwart, die große Wende in der Geschichte nicht leugnen und nicht verleugnen. Sie ist Gottes Dienerin und hat im Sinne des ersten Glaubensartikels unser gottgegebenes, von Gott gestraftes und lang genug irrendes Volk gestalten und regieren zu helfen. Über dieses Volk und sein wirtschaftliches und gesellschaftliches Zusammenleben war der Geist des Erfurter Programms der Marxismus gekommen. Der hatte sich gepaart mit dem jesuitischen Geist des Ultramontanismus, wobei auch der moderne liberale Geist des Judentums seinen starken, goldenen Einfluss zu nehmen wusste. Und der deutsche Protestantismus und der deutsche Nationalismus war gespalten und zerbrochen.

Und nun soll die Zwietracht begraben sein! Die Not hat das national denkende Deutschland zusammengeschweißt. Die Not umschlingt sie wie ein Band von Eisen, das bei der Charakterlage der Deutschen erst notwendig ist. Und nun erhebt sich das nationale Deutschland, sagen wir richtiger, das gegen Ultramontanismus und Marxismus und Materialismuws protestierende Volk und fordert zunächst im gewaltigen politischen Ringen die Macht für sich, fodert das Urteil der Masse des deutschen Volkes für sich, dass die Reichsregierung auf legalem Wege zu ihrem Werk autorisiert werde. Wir rufen Deutschland! Deutschland, Heil! …"

Entgegnung der religiösen Sozialisten auf Hitlers Regierungserklärung (Der religiöse Sozialist , H. 7/1933)

14. Februar 1933:

Erscheinen von Karl Jaspers: „Die geistige Situation der Zeit"

15. Februar 1933:

Buch von Konrad Heiden „Geschichte des Nationalsozialismus – Die Karriere einer Idee"

Wurm an Kapler (Schäfer 1, 235f)

Wurms erster Entwurf zum Wort der Kirche zur Reichstagswahl (ebd. 236 ff), der zweite Entwurf (ebd. 238f):

„Die Stellung der evangelischen Kirche zum gegenwärtigen Wahlkampf

1. Die evangelische Kirche nimmt nicht bloß an allen das Volk und Vaterland bewegenden Fragen lebendigen Anteil, sondern die ihr aufgetragene Verkündigung des Gotteswortes erstreckt sich auch auf das öffentliche Leben.

2. Es sind vor allem drei Forderungen, die die Kirche im Blick auf Volk und Staat zu vertreten hat: Liebe, Gerechtigkeit und Reinheit.

3. Die Liebe erfordert nicht bloß die Bekämpfung der großen Volksnot mit den Mitteln der Barmherzigkeitsübung, sondern auch den Kampf um die Befreiung von den drückenden Fesseln des Versailler Vertrags als einer Hauptursache der gegenwärtigen Zustände.

4. Die Gerechtigkeit drängt auf eine gerechte Verteilung der öffentlichen Lasten, ausgleichende Berücksichtigung der verschiedenen schaffenden Stände in der Wirtschaftspolitik und Schaffung neuen Lebensraums.

5. Die Sorge um die Reinheit verlangt Säuberung der öffentlichen Darbietungen , der Literatur und Kunst von den zersetzenden und

vergiftenden Einflüssen des Kulturbolschewismus und Säuberung des öffentlichen Dienstes von Korruption jeglicher Art.

6. Da die wichtigsten dieser Forderungen nicht bloß von einer Partei oder Parteigruppe vertreten werden und da die technische Durchführung dieser Forderungen im einzelnen auch von Gleichgesinnten auf verschiedenen Wegen erstebt werden, so kann die Kirche ihre Glieder nicht an eine konkrete Partei binden, sondern muss ihnen die Freiheit lassen, die Gruppe zu unterstütze, von der sie die wirksamsten Maßnahmen in dieser Richtung erwarten.

7. Ihren unmittelbaren Dienern gewährt die Kirche das Recht der politischen Meinungsfreiheit und des Eintretens für die oben bezeichneten Grundgedanken. Falls sie glauben, dieses Recht im Rahmen eines politischen Verbandes ausüben zu sollen, erwartet sie von ihnen, dass ihre amtliche Verkündigung von parteipolitischen Ausführungen frei bleibt und dass auch ihre Äußerungen außerhalb des Gottesdienstes stets von der Rücksicht auf die überparteiliche Art ihres Dienstes getragen sind."

Briefwechsel über den Entwurf (ebd. 240 ff)

Ein Entwurf von Pechmann (ebd. 243f):

„I. Die Deutschen Evangelischen Landeskirchen haben keine Wahlparole auszugeben. Ihre Mitglieder sind auf eine Mehrzahl von Parteien und Richtungen verteilt, die Kirchen selbst aber sind so wenig gewillt wie berufen, die ihnen anvertraute Autorität für kirchenfremde Zwecke oder Ziele einzusetzen.

II. Doch gibt die Wahl den Kirchen Recht und Pflicht zu seelsorgerlichen Mahnungen, welche sich ohne Unterschied der Partei an alle wahlberechtigten Kirchenglieder richten:

1. Je mehr des Hasses, desto mehr Liebe! Röm. 12, 21!

2. Je mehr Lüge, desto strengere Wahrhaftigkeit!

Nehmet es ernst mit dem 8. Gebot!

3. Je mehr des selbstischen Wesens, deste mehr selbslose Hingebung an das, was des Nächsten ist, und an das, was über allem steht: an das ganze Volk, an das ganze Vaterland!

III. Darüber hinaus ist es, zumal jetzt, Sache der Kirchen, mit seelsorgerlichem Rat denen zu dienen, die in dieser Zeit heil-und hoffnungsloser Verwirrung sich nicht mehr zurecht finden und des Rates der Kirche begehren.

1. Vergesset nicht die vierte Bitte des Vaterunsers noch ihre Auslegung durch Martin Luther! Betet! Betet um Gut Regiment, um fromme und getreue Oberherren!

2. Betend ringet um Klarheit darüber, was Ihr, jeder mit seiner Stimme, dazu tun könnt, dass durch fromme und getreue, durch erfahrene und bewährte Führer ein Gut Regiment aufgerichtet und erhalten werden könne.

3. Betend bedenket die innere und äußere Not unseres Volkes und die tödlichen Gefahren, von welchem beide, Volk und Kirche, durch entschlossene Feinde bedroht werden: durch Feinde, die nicht ablassen wollen, bis sie, die einem dem Deutschen Volkstum in aller Welt, die anderen auch auf deutschem Boden der Kirche Christi und allem Gottesglauben das Grab gegraben haben.

4. Betend ohne Unterlass werdet Ihr stille werden inmitten aller Stürme und allen Streits, werdet lernen, die Geister zu unterscheiden, und werdet an dem entscheidungsvollen Wahltage so wählen, dass Ihr auch in dieser wichtigen Stunde das Beste erlanget und bewahret: gutes evangelisches Gewissen!"

16. Februar 1933:

Rede Hitlers in Stuttgart: „Das falsche Christentum des Zentrums":

„Heute sagen sie, das Christentum sei in Gefahr, der katholische Glaube bedroht. Darauf habe ich zu erwidern: Zunächst stehen heute an der Spitze Deutschlands Christen und keine internationalen Atheisten.

Ich rede nicht vom Christentum, sondern ich bekenne, dass ich mich auch niemals verbinden werde mit solchen Parteien, die das Christentum zerstören wollen. Vierzehn Jahre lang sind sie mit dem Atheismus Arm in Arm gegangen. Dem Christentum ist niemals größerer Abbruch getan worden als in der Zeit, da diese theoretisch christliche Partei mit den Gottesleugnern in einer Regierung saß! …

Wir wollen unsere Kultur wieder mit christlichem Geist erfüllen, nicht nur in der Theorie. Nein, ausbrennen wollen wir die Fäulnis-Erscheinungen in der Literatur, im Theater, in der Presse, kurz in unserer ganzen Kultur, ausbrennen dieses ganze Gift, das in diesen 14 Jahren in unser Leben hineingeflossen ist." (Nic I, 8f)

Erlass von Göring zur „Sicherung" der Wahlvorbereitungen: Schutz der Unterkünfte nationaler Organisationen gegen Überfälle (UF IX, 38)

17. Februar 1933:

Erlass Görings zur Förderung der nationalen Bewegung, sog. Schießerlass:

„Ich glaube, mir einen besonderen Hinweis darauf ersparen zu können, dass die Polizei auch nur den Anschein einer feindseligen Haltung oder gar den Eindruck einer Verfolgung gegenüber nationalen Verbänden (SA, SS und Stahlhelm) und nationalen Parteien unter allen Umständen zu vermeiden hat. Ich erwarte vielmehr von sämtlichen Polizeibehörden, dass sie zu den genannten Organisationen, in deren Kreisen die wichtigsten staatsaufbauenden Kräfte enthalten sind, das beste Einvernehmen herstellen und unterhalten. Darüber hinaus ist jede Betätigung für nationale Zwecke und die nationale Propaganda mit allen Kräften zu unterstützen. Von polizeilichen Beschränkungen und Auflagen darf insoweit nur in dringendsten Fällen Gebrauch gemacht werden. Dafür ist dem Treiben staatsfeindlicher Organisationen mit den schärfsten Mitteln entgegenzutreten. Gegen kommunistische Terrorakte und Überfälle ist mit aller Strenge vorzugehen und, wenn nötig, rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen. Polizeibeamte, die in Ausübung dieser Pflichten von der Schusswaffe Gebrauch machen, werden ohne Rücksicht auf die Folgen des Schusswaffengebrauchs von mir gedeckt. Wer jedoch in falscher Rücksichtnahme versagt, hat dienststrafrechtliche Folgen zu gegenwärtigen.

Der Schutz der immer wieder in in ihrer Betätigung eingeengten nationalen Bevölkerung erfordert die schärfste Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen gegen verbotene Demonstrationen, unerlaubte Versammlungen, Plünderungen, Aufforderung zum Hoch- und Landesverrat, Massenstreik, Aufruhr, Pressedelikte und das sonstige strafbare Treiben der Ordnungsstörer.
Jeder Beamte hat sich stets vor Augen zu halten, dass die Unterlassung einer Maßregel schwerer wiegt als begangene Fehler in der Ausübung.
Ich erwarte und hoffe, dass alle Beamten sich mit mir eins fühlen in dem Ziel, durch die Stärkung und Zusammenfassung aller nationalen Kräfte unser Vaterland vor dem drohenden Verfall zu retten.“
(UF IX,38f)

Letzte Generalversammlung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ mit Massenaufmarsch im Berliner Lustgarten

Besetzung und Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses (KPD) in Berlin

18. – 25. Februar 1933:

Plan eines Bittgottesdienstes vor den Reichstagswahlen (Nic I, 11 ff)

20. Februar 1933:

Rede Hitlers vor Vertretern der Industrie (UF IX 34 ff)

Dankesworte von Gustav von Krupp von Bohlen und Halbach an Hitler (ebd. 37):

„Dem Reichskanzler Hitler habe ich am 20. d. M. den Dank der anwesenden etwa 25 Herren aus der Industrie zum Ausdruck gebracht dafür, dass er uns ein so klares Bild seiner Gedankenwelt gegeben habe. Ich habe dabei betont, dass es nicht angebracht sein würde, in eine Diskussion im einzelnen einzutreten, dass ich aber gerne 3 Punkte hervorheben möchte, in denen wohl alle Anwesenden ihm beistimmen würden:

1. **dass es höchste Zeit sei, endlich einmal in Deutschland Klarheit in den innerpolitischen Fragen zu schaffen,**
2. **dass wir gleich ihm die Aufgabe jeder Regierung darin sähen, das Gesamtinteresse des deutschen Volks zu fördern, nicht dasjenige einzelner Berufe oder Stände,**
3. **dass auch unserer Überzeugung nach nur in einem politisch starken, unanhhängigen Staate Wirtschaft und Gewerbe zur Entwicklung und zur Blüte kommen könnten.“**

Bereitstellung von 3 Millionen RM für den Wahlkampf der NSDAP und der DNVP

21. Februar 1933:

Rede von Goebbels im Berliner Sportpalast zur Wahl am 5. März (Friedrichs 1, 18 ff):

„Ich glaube, es befindet sich heute in Deutschland niemand mehr im Zweifel darüber, dass mit dem 30. Januar eine neue Epoche der deutschen Geschichtsentwicklung begonnen hat. Denn der Nationalsozialismus hat die Macht nicht zum Spaß übernommen, er wird sie zu gebrauchen wissen.

Der Nationalsozialismus ist eine Weltanschauung, und es geht darum, seine Theorien, die wir 14 Jahre lang in der Opposition verfochten haben, nun auch zu verwirklichen. Früher kamen Minister und sie gingen wieder. Denn sie alle standen auf der gleichen Grundlage. Der Nationalsozialismus aber verkündet eine neue Weltanschauung. Er ist nicht gewillt, auf die Schäden der Zeit ein Pflaster zu legen, sondern die Wunde radikal auszubrennen. Wir wollen einen grundsätzlichen Wechsel vornehmen und sind bereit, eine Reform an Haupt und Gliedern vorzunehmen. Wir werden unser Werk vollenden….."

Aufruf der Führung der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot an das deutsche Volk (UF IX, 32):

„Eine Regierung der nationalen Erhebung ruft das deutsche Volk am 5. März zur Wahl, auf dass es die Bahn frei mache für die rettende Tat.

Die Regierung ist kein Parteiregiment, sondern der im Angesicht Hindenburgs feierlich beschworene Bund aller nationalen Kräfte.

Wir Führer der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot haben von jeher für das fruchtbare Zusammenwirken aller Deutschen und gegen den Herrschaftsanspruch selbstsüchtigen Parteigeistes gekämpft. Auch in diesem Wahlgang ringen wir nicht um die Ausdehnung der eigenen Macht innerhalb der Regierung, sondern allein um die Vertiefung und Befestigung der nationalen Einheit. Wir sind aber entschlossen, diese mühsam errungene Einheit gegen jeden erneuten Angriff des Parteigeistes bis zum Äußersten zu verteidigen. Denn das deutsche Volk will Führer, denen das Vaterland über der Partei steht.

Es fordert Männer, die sich in Demut beugen vor der Größe der Verantwortung, die sie vor Gott und dem Vaterland tragen.Leuchtendes Vorbild solchen selbstlosen Dienstes an der Gesamtheit ist uns allen der Generalfeldmarschall von Hindenburg. In seinem Namen und in seinem Sinne führen wir den Wahlkampf, auf dass sein Wort wahr werde:

„Ich will von den Parteien nichts wissen, das ganze Deutschland soll es sein!"

Deutsches Volk, entscheide Dich!

Du willst keinen Rückfall in Parteiherrschaft, sondern Bewahrung und Vertiefung der endlich errungenen nationalen Einigung. Folge uns!

Unter Schwarz-Weiß-Rot mit Hindenbeug für ein neues Deutschland!

Generalfeldmarschall von Mackensen, v. Papen, Hugenberg, Franz Seldte."

<u>22. Februar 1933:</u>

Erlass über die Einberufung und Verwendung von „Hilfspolizei“

(UF IX 39f):

„Die zunehmenden Ausschreitungen von linksradikaler, insbesodenre kommunistischer Seite haben zu einer unerträglichen ständigen Bedrohung der öffentlichen Sicherheit wie des Lebens und Eigentums der staatsbewußten Bevölkerung geführt. Die vorhandenen Polizeikräfte, deren ausreichende Vermehrung zur Zeit nicht angängig ist, werden seit langenm über ihr Leistungsvermögern beansprucht und durch die häufige Notwendigkeit des Einsatzes außerhalb der Dienstorte ihrem eigentlichen Tätigkeitsgebiet oft zur Unzeit entzogen. Auf die freiwillige Unterstützung geeigneter, als Hilfspolizeibeamte zu verwendenden Helfer kann daher nicht mehr verzichtet werden.“

Aufstellung einer Hilfspolizei von ca 50.000 Mann

Aus den Durchführungsbestimmungen vom 22. Februar:

„Es dürfen nur ehrenhafte, wahlberechtigte auf nationalem Boden stehende Deutsche
verpflichtet werden, die
a) 21-45 Jahre alt sind,
b) 1 Jahr ortsansässig sind,
c. Schußwaffenkenntnis nachweisen, entweder einer Organisation oder Partei angehören, die ihre Bereitschaft zur Unterstützung der Regierung klar zu erkenenen gegebn hat oder Per5sonen, die glaubhaft nachweisen, dass sie dazu bereit sind.
d. Entweder einer Organisation oder Partei angehören, die ihre Bereitschaft zur Unterstützung klar zu erkennen gegeben hat oder Personen, die glaubhaft nachweisen, dass sie dazu bereit sind.
Bis auf weiteres kommen nur Angehörige der SS, SA, des Stahlhelms und des deutschnationalen Kampfrings in Betracht. Bei diesen ist die Voraussetzung der einjährigen Ortsansässigkeit nicht erforderlich …“

Wahlaufruf des Evangelischen Bundes:

„Die neue Reichsregierung, die zu den Wahlen im März aufruft, ist aus der völkischen Neuordnung hervorgegangen; sie will mit den noch vorhandenen starken nationalen Kräften des eigenen Volkes in bewusstem Gottesglauben auf dem Trümmerfeld der unseligen Novemberrevolution des Jahres 1918 ein neues, freies, geeintes Deutschland aufbauen. 14 Jahre lang haben die international gebundenen Mächte Zentrum, Sozialdemokratie und Kommunismus der deutschen Politik und dem kulturellen Leben unseres

Volks das Gepräge gegeben. Nun soll im Kampf gegen sie die Erneuerung Deutschlands von innen heraus beginnen.

Evangelische Christen, erkennt den Ernst und die Verheißung dieser Wahlentscheidung. Es geht bei ihr nicht um Einzelparteien und ihre mehr oder weniger berechtigten Bestrebungen, sondern um eine politische Geisteswende. Lasst deshalb alle Bedenken fahren und kämpft durch eure Stimmen mit dafür, dass die nationale gegenrevolutionäre Bewegung auf gesetzlichem Wege zum Sieg kommt. Tretet hinter die Männer der gegenwärtigen Regierung, um ihnen Gelegenheit zu schöpferischer Arbeit zu geben. Seid eurer Verantwortung eingedenk: es geht um Deutschlands Rettung!“ (vN 40)

(Austritt aus dem Bund von Wilhelm von Pechmann und Hermann Mulert)

23. Februar 1933:

Vortrag von Bonhoeffer in der Technischen Universität Berlin über „Der Führer und der Einzelne in der jungen Generation“ (DBW 12, 242 ff), Wiederholung in der Hochschule für Politik

24. Februar 1933:

Wahlrede Hitlers in den Münchener Ausstellungshallen zum 14. Jahrestag der ersten Massenversammlung der NSDAP (Domarus 214f)

Josepf Goebbels und Prinz August Wilhelm als Redner im Sportpalast

Denkschrift betreffend die Aufgaben des Evangelischen Bundes gegenüber dem Nationalsozialismus (Fleischmann-Biesten 558 ff):

„1. Man muss unterscheiden zwischen derjenigen Haltung, welche die nationalsozialistische Partei als solche zu Religion und Kirche einnimmt und der sie tragenden weltanschaulichen Bewegung. Die Partei verfolgt rein politische Ziele. Darum lehnt Hitler jeden Eingriff in das innerkirchliche Leben ab. Seine maßgeblichen Äußerungen lauten (Mein Kampf, S. 124 ff):

„Wer über den Umweg einer politischen Organisation zu einer religiösen Reformation kommen zu können glaubt, zeigt nur, dass ihm auch jeder Schimmer vom Werden religiöser Vorstellungen oder gar Glaubenslehren und deren kirchlichen Auswirkungen abgeht.“

S. 127: „Dem politischen Führer haben religiöse Lehren und Einrichtungern seines Volkes immer unantastbar zu sein, sonst darf er nicht Politker sein, sondern soll Reformator werden, wenn er das Zeug hierzu besitzt.“ Hitler will und muss in der gegenwärtigen Lage die gesamte Kraft der Partei auf die Erreichung seiner großen politischen Ziele zusammenfassen. Es ist anzunehmen, dass diese von ihm vorgezeicnete Linie auch innegehalten wird.

2. Die politische Partei ist unlöslich verbunden mit einer weltanschaulichen Bewegung, die bisher in Alfred Rosenbergs „Mythos des 20. Jahrhunderts“ ihren stärksten gedanklichen Ausdruck gefunden hat. Sie lässt sich kennzeichnen durch die Stichworte: Erkenntnis der im Wesen der Rasse liegenden Höchstwerte, deren Schutz und Entfaltung als höchstes Anliegen der völkischen Ehre, Aufbau von Religion, Erziehung, Staatsform, Recht, Wirtschaft, Kunst von jenen aus dem Wesen der Rasse abgeleiteten Höchstwerten aus zur Gestaltung eines lebendigen Volkstums.

3. Von dem verschiedenen Wollen der politischen und weltanschaulichen Bewegung aus ergeben sich zwei verschiedene Grundhaltungen gegenüber den Kirchen:

A. Die politische Bewegung erkennt die Kirche in ihrem Wesen und Bestande an. Dadurch ist die Möglichkeit gegeben, dass

a) auch Katholiken unbeschadt ihres Glaubens der politischen Bewegung angehören,

b) dass bei dem starken Vorwiegen von Katholiken in der Parteiführung katholische Kräfte auf die Bewegung Einfluß gewinnen können,

c) dass dem evangelischen und norddeutschen Volksteil an der Sicherung seiner Belange und der Auswirkung der in ihm vorhandenen Kräfte gelegen sein muss.

d) Abgelehnt wird von der politischen Bewegung jegliches Eingreifen kirchlicher Kräfte in die Tagespolitik, also vornehmlich der konfessionellen Parteien, Zentrum und christlich-sozialer Volksdienst.

B. Ganz andere Auswirkungen hat die weltanschauliche Bewegung. Sie führt

a) zu einer scharfen Ablehnung des gesamten römischen Katholizismus als Religion,

b) zu einer Würdigung der Reformation als einer Tat deutschen Geistes gegenüber dem universalistischen Katholizismus, aber auch zu einer scharfen Kritik an der evangelischenKirche, soweit sie am Alten Testament, an den israelitischen Grundlagen ihres Wesens und an dem Anspruch einer missionarischen Aufgabe nicht nur gegenüber dem deutschen Volkstum, sondern gegenüber der ganzen Welt festhält. Ein wirkliches Verständnis für die eigentlichen schöpferischen Grundkräfte evangelischen Glaubens ist nur sehr teilweise vorhanden. Die Möglichkeiten, gerde diese Kräfte für den

Wiederraufbau eines deutschen Volksstaates nutzbar zu machen, sind noch keineswegs richtig erkannt.

c) Stattdessen versucht die weltanschauliche Bewegung des Nationalsozialismus – wenn auch mit aller Vorsicht –den Aufbau einer eigenen religiösen Gedankenwelt, die sich gründet auf eine Ablehnung alles Nichtdeutschen, das als geschichtliches Erbe in der evangelischen Kirche vorhanden ist , auf die übliche nicht sehr tief gehende rationalistische Kritik an den Inhalten des evangelischen Glaubens, auf eine Weiterführung gewisser Ansätze in der Frömmigkeit der deutschen Mystik.

Sogar der Gedanke einer eigenen religiösen Gemeinschaft auf dieser Grundlage ist erwogen worden, wenn auch zur Zerit niemand an seine Verwirklichung denkt. Dass eine solche Gemeinschaft als religiöse niemals lebenskräftig wäre, lehrt ein Blick in die Kirchengeschichte.

4. Die Gesamtbedeutung der nationalsozialistischen Bewegung für die Geschichte unseres Vaterlandes ist für den nicht zu verkennen, der die Geschicke seines Volkes auf einem vor Gott verantwortlichen Herzen trägt. Das gilt für den Nationalsozialismus

a) als Bewegung, welche rücksichtslos den Gedanken des Volkstums gegenüber jeder Form von internationalistischer Auflösung der Volkseinheit vertritt,

b) als Bewegung, die für die völlige Wiederherstellung der deutschen frteiheit inpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht kämpftund weiß, das wir kein Recht haben, in der Geschichte erworbenen Volksboden preiszugeben,

c) für das Bestreben einer Neugestaltung unseres Staatslebens in organischer Verbindung der schöpferischen Kräfte unseres Volkstums,

d) für die soziale Bewegung, welche bei aller Unfertigkeit ihres Wirtschaftsprogramms an einer Neugestaltung der Wirtschaftsordnung arbeitet und den sozial verheerenden Auswirkungen des internationalen Kapitalismus abhelfen soll,

e) für die Kraft, welche das politisch erstarrende Leben der Gegenwart in Bewegung erhält.

5. Aus alledem ergibt sich für die Stellung des bewusst evangelischen Volksteils zum Nationalsozialismus folgendes:

a) Wir müssen das Wollen des Nationalsozialismus in seinen tiefsten Antrieben um ihrer Bedeutung für unser Volksschicksal willen sehr ernst nehmen.

b) Das gilt ebenso für die politischen Ziele, so vor allem auch für den Kampf gegen die zersetzenden Erscheinungen in unserem Kulturleben mit all seinen sichtlichen Verfallszügen , die der Nationalsozialismus bekämpft.

c) Vom evangelischen Glauben her lässt sich gegen das grundsätzliche politische und kulturelle Wollen der Bewegung nichts einwenden, abgesehen von jener warnenden Kritik, die ein lebendiges evangelisches Gewissen gegenüber einem einseitigen Parteistreben und seinen Auswüchsen stets zu erheben hat.

d) Den evanglischen Volksteil verbindet mit dem Nationalsozialismus die Frontstellung, welche beide um unseres Volkstums willen gegen den Katholizismus in seinen gefährlichen politischen Auswirkungen einnehmen.

e) Wir müssen lernen aus der Kritik an der evangelischen Kirche. Vor allem können wir daraus ersehen, auf welchen Wegen vielleicht das ewige Evangelium noch unmittelbarer an die in der heutigen Not des Volkes stehenden Menschen heranzutragen ist. Der Nationalsozialismus zeigt ja, wie scheinbar völlig verhärtete Klassenfronten allmählich aufgelockert werden können. Es ist eine ernste Frage, ob die evangelische Kirche die ihr in dieser Stunde gegebenen Möglichkeiten zu nutzen versteht.

f) Auf der anderen Seite haben wir die Pflicht, an der geistigen und religiösen Vertiefung einer so mächtiogen Volksbewegung zu arbeiten. Auch da darf die evangelische Kirche die große Stunde nicht versäumen. Wir müssen den sich neu die Fragen des evangelischen Glaubens mühenden Menschen zeigen, wo ihre Kritik sachlich verfehlt ist, wo sie ins Leere geht und wo sie ihre notwendigen Schranken hat. Wir müssen ihnen deutlich machen, wo die religiöse Not der Gegenwart nur von der Botschaft des Evangeliums aus, wenn wir es in der Weise Luthers recht verstehen lernen, überwunden werden kann. Wir müssen den Reichtum sichtbar machen, der von da aus in unser Volkstum hereingeströmt ist und gerade jetzt,wo unser Volkstum sich wieder auf sich selbst besinnt, hineinströmen kann. Die größte geschichtliche Tatsache der Gegenwart, das Selbstopfer der Hunderttausende im Weltkrieg, lässt sich nur dann für die Gegenwart fruchtbar machen, wenn es vom Sinn des weltüberwindenden Opfertodes her verstanden wird. Hier liegt die brennendste geschichtlkiche Aufgabe der Gegenwart.

g) Es muss mit allem Nachdruck betont werden, dass gerade um der Sache willen die Freiheit und Selbständigkeit der evangelischen Kirche unangetastet bleiben muss. Die Entwicklung der Kirche kann nur von innen heraus weitergetrieben werden und nur von Menschen, die von den Voraussetzungen des Evangeliums aus um dessen immer tiefere Erfassung und Gestaltung ringen. Die Verquickung des rein Religiösen mit irgendwelchen von außen herangetragenen Bestrebungen muss grundsätzlich abgelehnt werden. So berechtigt das Bestreben der nationalsozialistischen Geistesbewegung ist, an die Stelle eines verschwommenen Universalismus eine auf dem Boden des Volkstums gewachsene und in seiner Eigenart gemäße Geisteskultur zu setzen, so sehr muss betont werden, dass echter Glaube auf die Wahrheit und auf die Ewigkeit geht, die über allen völkischen Wesenseigenheiten stehen,

wenn wir auch immer von diesen aus um sie ringen werden. Die evangelische Kirche wird noch das Evangelium verkünden, wenn der Nationalsozialismus längst der geschichtlichen Vergangenheit angehört.

6. Als Folgerung aus diesem Tatbestand ergibt sich:

a) Die evangelische Kirche als solche muss der nationalsozialistischen Bewegung ein nicht kritikloses, aber warnendes und auf die sachlichen Antriebe horchendes Verstehen entgegenbringen. (vgl. die Verlautbarung des Landesbischofs von Mecklenburg-Schwerin). Dabei ist zu beachten, dass sie ihrem Wesen als evangelischer Kirche gemäß nicht in die politischen Entwicklungen hineinzureden, sondern nur in verantwortlicher Form Gottes Willen aus seinem Wort für die Fragen der Gegenwart deutlich zu machen hat.

b) Der einzelne Christ hat gegenüber der nationalsozialistischen Partei die volle Freiheit der eigenverantwortlichen Entscheidung. Seine Haltung der Bewegung gegenüber wird dabei von der Tatsache bestimmt sein müssen, dass es sich beim Nationalsozialismus nicht nur um eine politische Partei handelt, sondern um einen starken Ausdruck unserer Not und des Willens, sie aus deutscher Wesensart heraus zu überwinden. Dass gerade bewusst evangelische Männer und Frauen auch dieser Bewegung gegenüber die Pflicht haben, die Stimme des Gewissens in den Kampf des Alltags hineinklingen zu lassen, liegt inder Aufgabe des evangelischen Christentums.

c) Der Evangelische Bund hat in dieser Lage eine besondere Aufgabe. Hat er doch den Zusammenhang zwischen Evangelium und deutschem Volkstum bereits betont, lange ehe es eine nationalsozialistische Bewegung gegeben hat. Es ist auch jetzt seine Pflicht, die lebendige Berührung zwischen der evangelischen Kirche und der neuen großen politischen Bewegun zu suchen und aufrecht zu erhalten. Er verfolgt daher die politische Entwicklung aus der gleichen heißen Sorge um das Schicksal unseres Volkes, wie er sie in jener Bewegung spürt. Er ist bereit, durch Fühlungnahme der zuständigen Persönlichkeiten auf beiden Seiten dafür zu sorgen, dass der Fortgang unserer Geschichte für unser Volk in seiner Staatsgestaltung und in seinem Glaubensleben fruchtbar wird."

Aufruf des NS-Pfarrerbundes an die evangelischen Geistlichen

(Schäfer 1, 262 ff):

„Der Entscheidungsernst der bevorstehenden Reichstagswahlen veranlasst uns, wieder mit einem Rundschreiben an Sie heranzutreten. Sie werden mit uns darin einig sein, dass die Ereignisse des 30.1.1933 für unser Volk eine Wendung durch Gottesfügung waren. Der nationalsozialistische Pfarrerbund darf feststellen, dass dadurch ein wesentlicher Schritt zur Erreichung seiner Kampfziele geschehen ist. Der zerstörende und zersetzende Einfluss des

Gesamtmarxismus auf dem politischen, wirtschaftlichen und sittlich-religiösen Gebiet ist grndsätzlich beseitigt. Die Kirche wird es bald dankbar anerkennen müssen, dass ihr hierdurch für ihre seelsorgerliche Arbeit am deutschen Volk wesentliche Hindernisse beseitigt worden sind. Der immer stärker voranschreitenden politischen und kulturellen Bolschewisierung Deutschlands ist nunmehr ein unerschütterlicher Damm entgegengesetzt. Der verderbliche Einfluss des Zentrums ist ebenfalls gebrochen worden. Das Zentrum ist endgültig aus der Rolle des „Züngleins an der Waage" geworfen. Die Zeit ist beendet, in welcher durch die Ausnützung der politischen Macht des Zentrums eine großzügige Gegenreformation in Deutschland getrieben werden konnte. Die evangelische Kirche darf nun hoffen, endlich von Staats wegen paritätisch und gerecht behandelt zu werden, was in den letzten 14 Jahren nicht der Fall war.

Jeder evangelische Pfarrer sollte nun endlich die Zeichen der Zeit erkennen. Er dürfte keine Sehnsucht nach der Rückkehr des rot-schwarzen Diktatursystems haben, das die evangelische Freiheit weitgehendst eingeschränkt hat. Er wird sich nicht durch das Geschrei der aus dem Sattel gehobenen Systemparteien, welche jetzt plötzlich für Freiheit, Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich und inneren Frieden eintreten, irreführen lassen. In 14 Jahren haben diese Parteien die höchsten Güter des deutschen Volkes geflissentlich zerstört. Kein Pfarrer wird auch die Behauptungen der konfessionellen Interessenparteien – des Zentrums und des Christlichen Volksdienst – glauben, dass durch die Regierung Hitler Religion und Glaube gefährdet sei. Der Trick dieser Parteien ist bekannt, dass sie immer von der Gefährdung der Religion und des Glaubens reden, wenn ihre Parteimandate in Gefahr sind. Wir legen in diesem Zusammenhang auch dagegen ernste Verwahrung ein, dass christliche Persönlichkeiten die religigiösen Erklärungen im Aufruf Adolf Hitlers als „Missbrauch Gottes" oder als Heuchelei erklären, wie das von Seiten des Volksbundgeschäftsführers Springer und des christlich-sozialen Abgeordneten Rippel geschah. Jeder evangelische Pfarrer sollte von Herzen dafür dankbar sein, dass endlich an der Spitze des deurtschen Volkes keine Atheisten, sondern Christenmenschen stehen. Wir wollen uns davor hüten, eine große Stunde Gottes in unserem Volk zu verkennen, das verlangt von uns unser christlich deutsches Gewissen.

Es geht aber auch darum, dass die neue Regierung durch die Durchführung der nationalsozialistischen sozialen Forderungen die innere Aussöhnung des deutschen Volkes schafft. Gerade vom christlichen Standpunkt aus ist es deshalb unerlässlich, am 5. März Adolf Hitlers Nationlsozialisten die Stimme zu geben. Die vielfachen Verdächtigungen, als ob der Nationalsozialismus zentrums- und romhörig sei, dürften durch die vernichtende Abrechnung, welche Hitler in Stuttgart und in Köln mit dem Zentrum und in Sonderheit mit dem Staatspräsidenten Bolz vorgenommen hat, erledigt sein.

Christentum oder Antichristentum

Nationalismus oder Internationalismus

Sauberkeit oder Korruption

Volksaussöhnung oder Klassenkampf

Aufstieg oder Untergang

Nationalsozialismus oder Bolschewismus

Darum geht am 5. 3. 1933 die Entscheidung. Der nationalsozialistische Pfarrerbund kann mit Genugtuung heute darauf zurückblicken, dass trotz vieler Angriffe, die er erfahren hat, der von ihm begangene Weg der richtige war. Er darf deshalb mit Recht vor diesen Wahlen an alle württembergischen Kollegen die Aufforderung und Bitte richten: Wählt Nationalsozialisten, Liste 1! Sagt euch los von den nutzlosen, kleinen konfessionellen oder wirtschaftlichen Interessenparteien. Welche bei der heutigen Lage der Dinge nichts anderes mehr sind als Apparate zur Erreichung von Reichstagsmandaten für etliche ehrgeizige Männer. Große Stunden verlangen eine klare, ganze Entscheidung!

Möge die württembergische Pfarrerschaft sich ihrer historischen Verantwortung an dieser Schicksalswende bewusst sein und auch dafür Sorge tragen, dass unser evangelisches Volk in entscheidender Weise zum Neuaufbau des Reiches mithilft. 14 Jahre kämpft Hitler für Christentum und Kirche, verkannt und bekämpft von vielen Christen. Die Kirche und Christenheit verdankt ihre Existenz gegenüber den Angriffen des Bolschewismus nächst Gott dem nationalsozialistischen Führer Adolf Hitler. Er hat feierlich versprochen, dass er den Christenglauben in seinen festen Schutz nehmen werde. Nun helfen Sie ihm ihrerseits, sein Werk zur Vollendung zu bringen.

Mit deutsch-evangelischem Gruß! Nationalsozialistischer Pfarrerbund Württemberg“

26. Februar 1933:

Pressebericht über die polizeiliche Durchsuchung des Karl-Liebknecht-Hauses

(UF IX 47f)

Aufruf der GDC zur Wahl am 5. März (EDR 2/9)

Fritz Loerzer: „Durch Kampf zum Sieg“ (ebd. 9/1933)

27. Februar 1933:

Karl-Marx-Feier der SPD im Sportpalast

Reichstagsbrand, Verhaftung von rund 4000 Funktionären der KPD, von Sozialdemokraten und Linksintellektuellen (Urteil im Reichsbrandprozess am 23. Dezember 1933: UF IX 70 ff)

Zwischen dem 27. Februar und dem 14. Juli 1933 Zerschlagung des Parteienstaates (Friedrichs 1, 62 ff)

28. Februar 1933:

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat (Münch 69 ff): Aufhebung der Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung:

Artikel 114: „Die Freiheit der Person ist unverletzlich“
Artikel 115: „Die Wohnung jedes Deutschen ist für ihn eine Freistätte und unverletzlich“
Artikel 117: „Das Briefgeheimnis sowie das Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis sind unverletzlich“
Artikel 118: „Jeder Deutsche hat das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern“
Artikel 123: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis zu versammeln“
Artikel 124: „Alle Deutschen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwider laufen, Vereine oder Gesaellschaften zu bilden“
153: „Das Eigentum wird von der Verfassung gewährleistet. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen“.

Schutzhaft von ca 7700 Personen (Kommunisten, Sozialdemokraten, Reichsbannerleute und andere politische Gegner, Einrichtung von „wilden Konzentrationslagern“)

Aufruf von Goebbels zum „Tag der erwachenden Nation“ am 4. März, (Friedrichs 1, 22 ff):

„… Am Sonnabend, den 4. März, werden sich mit beginnender Dunkelheit durch ganz Deutschland in Nord und Süd und Ost und West Fackelzüge unerer SA., SS. und politischen Organisationen bewegen. In Stadt und Land, wie in Berlin so im kleinsten Dorf, wird sich das nationale

Deutschland auf die Straße begeben, wird machtvoll und mutig sein Bekenntnis ablegen für den Glauben an die deutsche Zukunft und seine unerschütterliche Entschlossenheit bekunden, komme, was da kommen mag, für Deutschland zu leben und zu kämpfen…

Es ist die letzte große Entscheidung, die vor dem Anbruch einer neuen historischen Epoche in Deutschland gefällt wird. … Und so rüsten wir denn zum großen Tag. Der Mann, der vor vierzehn Jahren mit einer kleinen Sekte den Kampf um Deutsdchland begann, wird unsichbar über dem ganzen Volke stehen. Und seine Stimme wird der deutschen Nation aus der Trübsal und Verzweiflung der Gegenwart den Weg weisen in eine bessere Zukunft hinein.“

Februar 1933:

Kommentare von Gauger:

- Über den Januar 1933 (GB 17 ff)

- „Was tue ich am Großwahltag des 5. März?“ (ebd. 30 ff)

- „Die große Wendung“ (ebd. 33 ff):

„Was keine Weimarer Verfassung erlaubt, das ist jetzt selbstverständlich: die schwarz-weiß-rote Flagge weht über Deutschland.“

Febr./März 1933:
Zahlreiche Gewaltakte von Mitgliedern der NSDAP gegen einzelne Juden und Geschäfte

Im Februar und März: Werbung für die Parteien der „nationalen

Konzentration“ in den meisten evangelischen Kirchenzeitungen:

Im „Evangelischen Monatsblatt für Westfalen“, ein konfessionell lutherisches und politisch nationalkonservatives Blatt schreibt der Herausgeber:

„Das ist der Sinn dieser Wahl. Auf der einen Seite steht nun der Wille zu nationaler und sozialer Volksgemeinschaft in drei Kolonnnen: die Hitler-Bewegung, die Bewegung der schwarz-weiß-roten Kampfgemeinschaft um Hugenberg (DNVP), v. Papen (zentrumsfreie Katholiken), Seldte (vaterländische Wehrverbände) und die allerdings nur spärlichen Reste der

bürgerlichen Mitte (DVP, Christl.-sozialer Volksdienst). Auf der anderen Seite stehen die Gruppen der Volkszerreißung und des Internationalismus: Zentrum (Gegenreformation), SPD (Klassenkampf), KPD (Alleinherrschaft des bolschewistischen Proletariats). Hier hat sich jeder zu entscheiden. Die Fronten sind klar. Der 5. März und nach ihm auch der 12. März soll ein weithin hörbares Bekenntnis werden: Wir wollen Deutschland und nicht eine goldene, nicht eine schwarze, nicht eine rote Internationale; wir wollen Volksgemeinschaft und nicht Klassenkampf; wir wollen Gewissensfreiheit und im Lande der Reformation freie Bahn für das Evangelium; nicht aber Geistesknechtung durch Marxismus, Jesuitismus und Semitentum.“

„Ein ungeheures Geschehen ist in diesen Wochen über uns dahingegangen; so ungeheuerlich, das man es noch nicht in seinem ganzen Umfang zu ermessen vermag. Jedenfalls ist der 30. Januar 1933 als ein Wendepunkt in der neuesten Geschichte des deutschen Reiches zu gelten haben..“

Und vor den Wahlen vom 5. und 12. März heißt es:

„Die Fronten sind klar. Der 5. März und nach ihm auch der 12. soll ein weithin hörbares Bekenntnis werden:

Wir wollen Deutschland und nicht eine goldene, nicht eine schwarze, nicht eine rote Internationale; wir wollen Volksgemeinschaft und nicht Klassenkampf; wir wollen Gewissensfreiheit und im Lande der Reformation freie Bahn für das Evangelium; nicht aber Geistesknechtung durch Marxismus, Jesuitismus und Semitentum.“

Und im April heißt es:

„Ach ja, es ist wie eine große Reinigung, die wir erleben...“ „Die schwarz-rote Herrschaft über Deutschland ist zusammengebrochen! Unter die Revolution von 1918 ist der Strich gezogen; die nationale Erhebung hat gesiegt!“

Und bei einer Vorstellung der „neuen Männer“ heißt es im Juni zu Hitler:

„An der völligen Lauterkeit seines Wollens hat außerhalb der verhetzten Kreise des Marxismus noch niemand zu zweifeln gehofft...“

1. März 1933:

Rede Hitlers in der Jahrhunderthalle in Breslau

Rede von Göring im Rundfunk über den kommunistischen Aufstandsversuch (Friedrichs 1, 25 ff):

„Sie sehen also aus diesen wenigen Beispielen allein schon, wie notwendig es war, gerade die Dinge unter die schwersten Strafen zu stellen, wie notwendig es war für eine pflichtbewußte Regierung, die Verordnungen vom Reichspräsidenten zu erbitten, die erforderlich sind, um das deutsche Volk vor dieser gewaltigen Gefahr schützen zu können. Wir haben keine Lust, durch die koomunistische Bestie das deutsche Volk zerfleischen und zerreißen zu lassen.

Meinen Gegnern, den Kommunisten, aber darf ich sagen: Meine Nerven sind bisher noch nicht durchgegangen. Ich fühle mich stark genug, ihrem verbrecherischen Treiben Paroli zu bieten.“

<u>2. März 1933:</u>

Rede von Wurm in der Sonderkommission des DEKA (Schäfer 1, 248 ff)

Entwurf des Freiherrn von Pechmann (ebd. 243f)

Im „Evangelium im Dritten Reich“ heißt es in Nr. 9:

„Adolf Hitler, der deutsche Reichskanzler hat, wie wir wiederholt zum Ausdruck gebracht, das ihm vom Reichspräsidenten von Hindenburg übertragene Amt aus Gottes Hand empfangen. Als der berufene Führer des deutschen Volkes hat er von uns allen gefordert, uns am 5. März zu dem Aufbau der Nation, wie Hitler ihn mit der Sammlung seiner Millionenbewegung begonnen, zu bekennen.
Adolf Hitler hat bewiesen, dass er Führer ist. Unsere christliche Weltanschauung bekennt sich zum Führergedanken. Wiederum lehren uns sowohl das Evangelium wie die Geschichte unseres Volkstums, das zum Führer die Gefolgschaft gehört.
Die Mächte der Zersetzung, die auch unsere Kirche bedrohen, weil sie unserem Volk die Seele rauben wollen, können nur niedergerungen werden durch ein starke, volksverbundene, Gott gehorsame Staatsführung. Die wirtschaftliche Not als Quelle millionenfacher Verzweiflung kann nur gebannt werden, wenn die Kräfte des Teufels: Mammonismus und marxistischer Materialismus durch einen auf allen Lebensgebieten wirkenden, von Gott gegebenen Idealismus angefasst und überwunden werden. Deshalb soll den Führer und das Volk ein unzerreißbares Band des Vertrauens verbinden.

Die Kraft der Liebe, die Adolf Hitler unserem Volke so mächtig erweckt, dass Hunderte ihr leben gaben für die Zukunft der Nation, wird die Macht sein, die Deutschland aus dem Blute seiner Besten auferstehen lässt.
Gott hat Deutschland gerufen. Am 30. Januar wurde ein neues Blatt unserer Geschichte aufgeschlagen. Auf seiner ersten Seite soll das Bekenntnis unserer Treue stehen. In diesem Sinne sagen wir der Volkszerreißung, dem Volksbetrug, der Schändung des Gottesgeschenkes an uns, unseres Volkstums, unseren Kampf an und bekennen uns am 5. März als Deutsche zum Deutschen Führer Adolf Hitler."

3. März 1933:

Verhaftung von Ernst Thälmann

10 Thesen von Wurm und Schoell über die Stellung der Kirche zum Staat (Gegen das Winkelchristentum) (Schäfer 1, 245 ff):

„1. Die Kirche ist keine Partei und hält es mit keiner Partei. Sie hält es mit jedem gleichviel welcher Partei, der das Wort Gottes als maßgebend für Glauben und Leben anerkennt. Sie hat auch nicht die Aufgabe, politische Losungen und Ratschläge zu geben. Ihre Aufgabe ist die Verkündigung des Evangeliums. Dieses nimmt aber nicht bloss den inneren Menschen, sondern den ganzen Menschen in Anspruch in all seinen Beziehungen und Betätigungen. Es will und soll sich auch nicht bloß im Einzelleben, sondern auch im Gemeinschaftsleben und all seinen Ordnungen auswirken. Demgemäß hat die Kirche die Pflicht, zum gesamten öffentlichen Leben vom Evangelium aus Stellung zu nehmen,. Zustände und Richtungen am Maßstab des Wortes Gottes zu messen und und die unverbrüchlichen Forderungen Gottes im öffentlichen Lebven zu vertreten. Dies gilt wie von ihren eigenen Einrichtungen und allem Gemeinschaftsleben, so insbesonderre auch vom Staat.

(Gegen Anarchie und Utopie)

2. Der Staat ist Gottes Ordnung. Er gründet sich auf schöpfungsmäßige Notwendigkeiten und Bedürfnisse und lebt trotz aller Verzerrung durch menschliche Sünde zuletzt doch nur aus sittlichen Kräften. Seine Ausgestaltung im Einzelnen ist wandelbar, abhängig von Art, Geschichte und geistiger und sittlicher Reife eines Volkes. Einen für alle Völker und Zeiten passenden Musterstaat gibt es nicht. Es ist auch nicht so. dass man den bestehenden Staat ohne Rücksicht auf das geschichtlich Gewordene willkürlich nach Vernunftprinzipien oder bloßen Klugheitsregeln umgestalten könnte. Der deutsche Staat muss deutscher Art und deutschen Verhältnissen und der gegenwärtigen deutschen Lage entsprechen.

(Für den autoritären, gegen den totalen Staat)

3. Wesensmerkmale des Staates sind Souveränität und Autorität. Zur Wiedererlangung seiner vollen Souveränität hat der deutsche Staat der Gegenwart Recht und Pflicht, die Aufhebung der ihm durch Diktat auferlegten Einschnürungen seiner Handlungsfreiheit mit allem Nachdruck zu betreiben. Seine Autorität muss so stark sein, dass die Staatsmacht allen iunnerstaatlichen Mächten und Machtgruppen überlegen und und nötigenfalls imstande ist, diesen den das Gesamtwohl vertretenden Staatswillen aufzuzwingen. Eine Staatsallmacht gibt es jedoch nicht. Die Staatsmacht hat ihre Grenze an der Gedanken-, Gewissens- und Glaubensfreiheit; sie darf auch die bürgerliche Freiheit nur insoweit einengen und das bürgerliche Leben nur insoweit regulierten, als dies um des Gesamtwohls willen nötig ist.

(Gegen den Partei- und Klassenstaat)

4. Oberste Richtschnur für alles staatliche Handeln darf nur das Gesamtwohl sein. Einem Staat, der einseitig die einen begünstigt und andere benachteiligt, fehlt die sittliche Grundlage und droht die Zersetzung. Daraus folgt, dass die Staatsgewalt über den Interessengegensätzen stehen und auch von Geld- und anderen Mächten unabhängig sein muss, auch nicht zur eigensüchtigen Parteiherrschaft werden darf.

(Für gerechte Rechtspflege, gegen Partei und Klassenjustiz)

5. Der Staat als Rechtsstaat hat die Aufgabe, das ‚gerechte, für alle gleiche Recht zu schaffen, es unparteiisch, ohne Ansehen der Person und den etwa dahinter stehenden Machtgruppen zu handhaben und den Rechtsbruch mit Ernst zu strafen.

(Für staatliche Wohlfahrtspflege, aber gegen den Versorgungsstaat)

6. Der Staat als Vertreter des allgemeinen Wohles hat seinen Bürgern die Möglichkeit zu schaffen und zu gewährleisten, dass sie ihrer Arbeit ungefährdet nachgehen können; er hat die Lasten gerecht zu verteilen; die Einzel- und Gruppenselbstsucht in Schranken zu halten; die wirtschaftlichen Gegensätze auszugleichen, insbesondere den wirtschaftlich Schwachen, gleichviel welcher Art, Arbeit, Brot und menschenwürdiges Dasein zu sichern. Eine staatliche Fürsorge freilich, die die Selbstbetätigung und Selbstverantwortung lähmt, stiftet nur Schaden.

(Für den „christlichen“ Kulturstaat, gegen den weltlichen Staat)

7. Der Staat als Kulturstaat muss sich bewusst bleiben, dass wahre Kultur nur auf dem Boden einer umfassenden Lebens- und Weltanschauung möglich ist, und das ist uns die christliche. Der Staat mag religionslos sein in dem Sinn, dass er die staatsbürgerlichen Rechte nicht von Annahme oder Ablehnung religiöser Überzeugungen, von der Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer religiösen Gemeinschaft abhängoig macht, aber nicht in dem Sinne, dass er die sittlichen und religiösen Kräfte des Christentums unbeachtet lässt

oder gar absichtlich ausschaltet und gewaltsam unterdrückt. Ein weltlicher Staat dieser Art würde nur sich selber und das Volk schädigen.

(Gegen Untergrabung der Staatsautorität von oben und unten)

8. Wahrung der Staatsautorität ist Pflicht. Sie leidet von oben her not, wenn sich ihre Vertreter durch ihr persönliches Verhalten und ihre Amtsführung als vertrauensunwürdig erweisen; sie wird gestärkt, wenn diese einwandfrei, verantwortungsbewusst, selbslos und sachkundig ihr Amt führen. Von unten her wird sie untergraben, wenn Missachtung des Gesetzes, Verächtlichmachung der Staatseinrichtungen, persönliche Verunglimpfung der verantwortlichen Männer um sich greifen und ohne Widerspruch und Ahndung bleiben.

(Für das Recht politischer Parteibildung, gegen politische Verrohung)

9. Parteien als Ausdruck verschiedener Meinungen über das, was dem Volk und Staat frommt, haben ihr Recht, nicht aber als eigensüchtige Interessengruppen. Unverantwortlich ist es, wenn der politische Kampf in rohe Gewalttätigkeiten ausartet.

(Für staatsbürgerliche Gesinnung, gegen politische Interessenlosigkeit)

10. Zu den staatsbürgerlichen Pflichten gehören das Bewusstsein der Mitverantwortung für die Volksschäden und Volkssünden, Wille zum Staat, Gehorsam gegenüber dem Gesetz, Bereitwilligkeit zum Opfer und zum Verzicht, wo das Gesamtwohl dies fordert, Mitarbeit nach dem Maß der jeweils gegebenen Möglichkeiten. Für den Christen kommt dazu die Pflicht zum Gebet für Volk und Vaterland und die mit besonderer Verantwortung belasteten Führer.“

Kundgebung des DEKA (Schäfer 1, 253, vN 44f):

„Die evangelische Kirche, von jeher mit Wesensart und Geschick des deutschen Volkstums auf innigste verbunden, hat den Beruf, unabhängig vom Wechsel der politischen Lage nicht einzelnen Volksgruppen, sondern dem ganzen Volk zu dienen. Ihre Mittel sind die Verkündigung des göttlichen Worts, das ihr anvertraut st, und der Dienst der Liebe, zu dem sie ihre Glieder aufruft und den sie ihnen ohne Unterschied der politischen Haltung anbietet.

Daher hat die Kirche Recht und Pflicht zu seelsorgerlichen Mahnungen, welche sich ohne Unterschied der Partei an alle Kirchenglieder richten:

1. Je mehr des Hasses, desto mehr Liebe! Röm. 12,21!
2. Je mehrt der Lüge; desto strengere Wahrhaftigkeit!

Nehmt es ernst mit dem achten Gebote!

3. Je mehr des selbstischen Wesens, desto mehr selbstlose Hingebung an das, was des Nächsten ist, und an das, was über allen steht: an das ganze Volk, an das ganze Vaterland!“

4. März 1933:

Otto Braun emigriert in die Schweiz

Entschließung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses (DEKA) zur Wahl

(Schäfer 1, 251 ff)

„Die evangelische Kirche, von jeher mit Wesensart und Geschick des deutschen Volkstums auf innigste verbunden, hat den Beruf, unabhängig vom Wechsel der politischen Lage nicht einzelnen Volksgruppen, sondern dem ganzen Volk zu dienen. Ihre Mittel sind die Verkündigung des göttlichen Worts, das ihr anvertraut st, und der Dienst der Liebe, zu dem sie ihre Glieder aufruft und den sie ihnen ohne Unterschied der politischen Haltung anbietet.

Bei aller Einordnung in das Staatswesen sind der Kirche unentbehrlich innere Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss empfiehlt den Landeskirchen nach folgenden Richtlinien zu verfahren:

1. In einer Zeit politischer Entscheidungen, die das gesamte Leben der Nation in Anspruch nehmen, ist es ein besonderes Erfordernis, dass die Wahrheit des Evangeliums nicht verkürzt und der Ernst der göttlichen Gebote nach allen Seiten hin geltend gemacht wird. Pflicht der Geistlichen ist die volle Ausrichtung der reformatorischen Botschaft bei allen Anlässen, wo ihr Dienst begehrt wird oder irgend möglich ist, auch bei Begräbnissen, an Gedenktagen und bei gottesdienstlichen Feiern besonderer Verbände.

2. Soll die Kirche den großen ihr befohlenen Dienst zum Wohl des ganzen Volkes leisten können, so muss sie auf ein Verhältnis vollen Vertrauens sowohl innerhalb der Pfarrerschaft als auch zwischen dieser und den Gemeinden bedacht sein. Die Wahrung dieses Vertrauensverhältnisses muss besonders den Pfarrern aufs Gewissen gelegt werden, die an Organisationen mitarbeiten, deren Anteilnahme an den Fragen der Kirche von außerkirchlichen Gesichtspunkten bestimmt ist. Die Verpflichtung eines Pfarrers gegen einen politischen Verband darf niemals seinem Treueverhältnis zur Kirche übergeordnet werden.

3. Die Kirche ruft seit langem auf zur Reinigung und Erneuerung des Volkslebens; sie begrüßt es, dass sich nun auch die Staatsgewalt die gleichen Ziele gesetzt hat, und wird immer an der Seite einer Staatsgewalt stehen, soweit sie sich mit ihr in diesem Wollen begegnet. Aus dieser Bereitschaft und

der damit gegebenen Verantwortung heraus fordert sie, dass die Staatsbehörden, insbesondere bei ihren kulturpolitischen Maßnahmen, die Kirchenleitungen rechtzeitig hören und ihren berechtigten Wünschen Raum geben.“

Aufruf des Evangelischen Bundes (Mitgliederblatt März/April 1933)
Kanzelabkündigung des Landeskirchenamtes Hannover (DED 11/1933)

Bedenken von Hermann Mulert gegen die nationalsozialistischen Wahlkampfmethoden (vN 42):

„Die politischen Gegensätze in Deutschland haben sich bis heute unheilvoll verschärft. Fast scheint es, als könnten Viele sich gar nicht mehr in die Denkweise der Anderen hineinversetzen. Die meisten Leser der CW (=Christliche Welt) gehören „bürgerlichen“ Parteien an; darum sollten wir uns fragen: wie muss es auf unsere sozialistischen Volksgenossen wirken, wenn viele Zeitungern wegen Beleidigung von Behörden verboten werden, aber diejenigen Blätter, die offen den Verfassungsbruch ankündigen, unverboten bleiben? Und müssen die neueren Polizei- und Hilfspolizei-Erlasse nicht in verhängnisvollster Weise den Schein von zweierlei Recht schaffen? Der vom 22. Februar beruft sich auf Gewalttaten von links; wären nicht solche Tätlichkeiten, wie die in Krefeld von Nationalsozialisten gegen den Zentrumsführer und früheren preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald verübten, Anlaß genug, auch nach rechts hin vor Verrohung des politischen Kampfes zu warnen und solche allseitig zu bekämpfen? Endlich: vor dem Weltkrieg fragten unsere Sozialisten meist nicht viel danach, ob man ihnen die nationale Gesinnung absprach. Im Kriege aber hat dann die deutsche Arbeiterschaft so für Deutschland gekämpft und gelitten, dass, wenn jetzt bürgerliche Politiker und Regierungsvertreter glatt allen Marxisten die nationale Gesinnung absprechen, das Verbitterung und Empörung erzeugen muss. Ist unser Volk noch nicht zerrissen genug?
Möge es gelingen, die Wiederkehr solcher unsinniger und verbrecherischer Taten wie die Brandstiftung im Reichstag zu verhüten! Möchten aber auch die Machthaber der Versuchung widerstehen, von der Bekämpfung solcher Verbrechen überzugehen zur Unterdrückung auch der gesetzmäßigen Opposition!“

4. März 1933:

Rede Hitlers in Königsberg:

„… Ich lese hier in einem Flugblatt, herausgegeben von der Zentrumspartei: „Wir wissen, wenn der Herr das Haus nicht baut, bauen die Bauleute umsonst. An Gottes Segen ist alles gelegen."
Wenn wir von dem Spruche aus das Haus ansehen, dass im November 1918 gegründet wurde, dann müssen wir die Bestätigung dieses Spruches sehen. Gottes Segen ist ihnen dabei nicht zuteil geworden und das Haus haben sie daher schlecht gebaut, 14 Jahre lang haben sie gearbeitet, sich wohl auch vielleicht bemüht und dennoch, das Ergebnis ihres Bauens ist für das deutsche Volk entsetzlich. 14 Jahre lang Unsegen über Unsegen, Unheil über Unheil. Sie können sich heute nicht irgendwie lösen von dieser furchtbaren Tat, die im November 1918 begann und seitdem fortzeugend immer Böses über Deutschland gebracht hat. Und sie konnten keinen Segen bei ihrem Beginnen und bei ihrem späteren Bauen besitzen, denn der Beginn ihres Werkes baute sich nur auf eine Lüge, auf Meineid und Treubruch auf. Das Schicksal hat nur vollzogen, was im Sinne einer höheren Vorsehung an den Völkern immer noch vollzogen war… Das eigene Volk musste man so anklagen, dass man die eigene Meineidstat rechtfertigen konnte. Und aus dieser Quelle der Lüge (gemeint ist die sog. Kriegsschuldlüge) kam die Tat des Verrats, des Meineids. Und wenn nun ein Staat aus einer solchen Quelle das Recht seiner Geburt schöpft, dann kann der Segen des Herrn nicht dabei sein. … (Hitler kommt dann auf die Arbeitslosigkeit zu sprechen) Es ist so, als ob eine allgewaltige Geißel des Herrn unser Volk züchtigen würde… Nicht die Welt hilft, das Volk muss sich helfen. Gott ist die Hilfe nur für den, der die Hilfe verdient, weil er selbst sich müht, selbst arbeitet, selbst sich helfen will. Die eigene Kraft ist die Quelle des Lebens. Der Allmächtige gibt sie einem Volk nur dann, wenn es begreift, dass überall, was das Leben sonst auch zerteilen mag, etwas Gemeinsames sein muss… Was die Wirtschaft und die Herkunft, die Berufe, die Lebensstellungen, die Bildungsgrade, Konfessionen, Stamm-Verranntheiten im Laufe der Zeit bei uns zerrissen haben, das kann man nicht in wenigen Wochen wieder zusammenfügen… Unser Volk hat von der Vorsehung seine Mission auch zugewiesen bekommen, und wir wollen sie in Frieden und in der Liebe zum Frieden, aber auch in der Kraft der Selbstbehauptung wahren…
Und so trete ich heute vor die deutsche Nation, nachdem das Schicksal mich nach 14 jährigem Kampf vom deutschen Musketier zum deutschen Kanzler empor geführt hat… Ich sehe es als eine Fügung an, dass es ein deutscher Musketier ist, der wiederherstellen will die Ehre des deutschen Volkes, die Ehre der deutschen Nation … Wir alle sind stolz, dass wir durch Gottes gnädige Hilfe wieder zu wahrhaften Deutschen geworden sind."

Aufruf im „Evangelium im Dritten Reich":

„Das Hakenkreuz auf der Brust und das Christuskreuz in der Brust erfüllen wir am 5. März unsere Pflicht für Volk und Kirche und wählen die Liste 1 der Hitlerbewegung.

Deutscher Christ! Deine Kirche ist bedroht von der großen internationalen Front der Gottlosen. Denke an ihre niedrigen Schmähungen alles dessen, was uns heilig ist! Denke daran, wie sie in Russland Kirchen zu Kinos, Getreidespeichern, Viehställen gemacht haben, wie sie herrliche alte kirchliche Bauwerke in hasserfüllter Zerstörungswut in die Luft sprengten! In Deutschland hat die braune Front durch Hunderte von Opfern auch die Kirchen vor den Gottlosen geschützt. Dein Dank besteht darin:

Du wählst am 5. März Liste 1

Wer hat die weltlichen Schulen aufgehoben, so dass Deine Kinder wieder etwas von Religion hören und lernen werden? Der Nationalsozialismus! Wer macht die Schulen frei von den jüdisch-marxistischen Experimenten der Herren Löwenstein, Karsen (- lies Krakauer –) und ähnlicher Größen? Der Nationalsozialismus! Wer kämpft für neuen Familiensinn und für reine deutsche christliche Sitte? Der Nationalsozialismus! Wer hilft Deinen Kindern wieder eine Zukunft bereiten? Der Nationlsozialismus! Darum gibt es für Dich nur eine Pflicht:

Du wählst am 5. März Liste 1.“

<u>5. März 1933:</u>

Reichstagswahlen : 43,9 % NSDAP (288 Abgeordnete), 8 % Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (DNVP) 53 Abgeordnete), SPD 18,3 % (119 Abgeordnete), KPD 12,3 % (81 Abgeordnete), Christlich-sozialer Volksdienst 1 % (4 Abgeordnete), Deutsche Staatspartei 0,9 % (6 Abgeordnete) .

Große Mehrheiten für die „nationalen Parteien“ in den „protestantischen Stammlanden“ Nord- und Mitteldeutschlands

(Friedrichs 1, 31; UF IX, 76 ff)

(Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 31. Juli 1932, vom 6. November 1932 und vom 5. März 1933 in: GB 148 ff)

Gottesdienst am Buß- und Bettag von Paul Althaus

(Pastoraltheologie 5/6, 1933)

Kommentar von Gauger: Die große Wendung (GB 33 ff)

Kommentar der AELKZ:

„Wie soll sich die Kirche zu dem nationalen Umschwung in Deutschland stellen? Das „Evangelische Deutschland“ schreibt dazu: „Die mit Spannung erwartete politische Entscheidung ist mit dem Wahlgang am vergangenen Sonntag gefallen. Die evangelische Kirche, die ihren Dienst der Verkündigung dem ganzen Volke schuldet, kann als Kirche in den Kämpfen dieser Tage nicht Stellung nehmen. Sie muss mit letztem Ernst darauf bedacht sein, über den Austrag der politischen Kämpfe hinweg den Weg für ihr heiligendes und erneuerndes Wort zu allen Volksgliedern offen zu halten, wie dies auch in mehreren kirchlichen Kundgebungen dieser Tage ausgesprochen worden ist. Darin liegt es begründet, dass die verantwortlichen Stellen der Kirche Bedenken trugen, ihre Einrichtungen (wie etwa das da und dort beantragte Glockengeläut) für Veranstaltungen, die dem Wahlkampf dienten, zur Verfügung zu stellen. Andererseits muss auch das deutlich ausgesprochen werden, dass es einer Kirche nicht gleichgültig sein kann, ob eine Staatsmacht das Steuer führt, die den religiösen und kirchlichen Anliegen in Gleichgültigkeit oder Ablehnung gegenübersteht oder eine andere, die, wie es die gegenwärtige Regierung tut, ihren Willen bekundet, „das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz zu nehmen“.- Mit diesem „einerseits- und andererseits“ scheint uns in dieser entscheidungsvollen Zeit wenig gedient. Man übersieht, dass bei der großen Wahlschlacht am 5. März es sich nicht nur um einen bloßen Parteienkampf, sondern um einen Kampf des Volkes um seine Freiheit handelte, um Untergang oder Aufstieg. Hier war für die Kirche kein Platz zum Auf-der-Seite stehen, sondern zum Mittun. Nicht der „Parteiführer“ Hitler hielt in der Nacht zuvor seine große Rede an ganz Deutschland durch Rundfunk. Und Millionen deutscher Christen hörten mit und sangen das Lied „Wir treten zum Beten“ mit, und als die Königsberger Glocken läuteten, stiegen in gleicher Stunde weithin Gebete zum Himmel auf, wie wohl nie in der Geschichte Deutschlands geschah.“ (WNH 71)

6. März ff 1933:

Übergriffe gegen Juden auf dem Kurfürstendamm in Berlin

Beginn des Verbots der „Eisernen Front“ und des „Reichsbanners“ in den Ländern

6. – 10. März 1933:

Ökumenische Tagung in Dassel

8. März 1933:

Vertrauliches Hirtenschreiben von Otto Dibelius:

„Es werden unter uns nur wenige sein, die sich dieser Wendung nicht von Herzen freuen". Aber auf der anderen Seite müsse es sich jetzt zeigen, „ob unsere Kirche in der bitteren Schule von einundeinhalb Jahrzehnten gelernt hat, Kirche zu sein. Darin müssen und werden wir einig sein, dass das Evangelium nicht den eigenmächtigen Menschen, sondern den gerechtfertigten Sünder kennt, dass es nicht den Haß, sondern die Liebe predigt, dass nicht das Volkstum, sondern das Gottesreich Gegenstand evangelischer Verkündigung ist. Wir werden darin einig sein, dass das Evangelium im Gegensatz zu jeder menschlichen Ideologie steht, sie mag nationalsozialistisch oder sozialistisch, liberal oder konservativ sein, dass das Evangelium den Menschen in seinen selbstischen Wünschen nicht bestätigt, sondern richtet, und dass erst von der Beugung unter das Evangelium her der Aufbau erfolgen kann, in dem Volk und Staat, Tradition und Freiheit und alle die anderen menschlichen Dinge ihr christliches Recht gewinnen." (GB 68; Hermelink 31; Scholder 293f)

Proteste des Führers der Preußenfraktion der NSDAP Wilhelm Kube und vieler DC- Gruppen gegen Dibelius

Brief von Innenminister Wilhelm Frick an den Präsidenten des EOK Hermann Kapler über einen Gottesdienst am 21. März zur Eröffnung des Reichstags (Nic I, 21)

9. März 1933:

Schreiben des Dr. Lammers an den Reichsminister des Innern Dr. Frick (UF IX, 383)

Annullierung der Reichstagsmandate der KPD, dadurch NSDAP und Gruppe der alten DNVP zusammen mit absoluter Mehrheit im Reichstag

Aufruf des Reichskommissars General von Epp in Bayern (Friedrichs 1, 32 ff)

Ernennung von Heirich Himmler zum Polizeikommissar für München

10. März 1933:

Aufruf Hitlers an die NSDAP (UF IX 82):

„Parteigenossen, SA.- und SS. Männer!
Eine ungeheure Umwälzung hat sich in Deutschland vollzogen. Sie ist das Ergebnis schwerster Kämpfe, zähester Ausdauer, aber auch höchster Disziplin.
Gewissenslose Subjekte, hauptsächlich kommunistische Spitzel, versuchen, die Partei durch Einzelaktionen zu kompromittieren, die in keiner Beziehung zum großen Werk der nationalen Erhebung stehen, sondern höchstens die Leistungern unserer Bewegung belasten und herabsetzen können. Insbesondere wird versucht, durch Belästigen von Ausländern in Autos mit ausländischen Fahnen die Partei bzw. Deutschland in Konflikt mit dem Ausland zu bringen. SA.- und SS.- Männer, ihr müsst solche Kreaturen sofort selbst stellen und zur Verantwortung ziehen. Ihr müsst sie weiter unverzüglich der Polizei übergeben, ganz gleich, wer sie auch sein mögen.
Mit dem heutigern Tag hat in ganz Deutschland die nationale Regierung die vollziehende Gewalt in den Händen. Damit wird der weiterte Vollzug der nationalen Erhebung ein von oben geleiteter, planmäßiger sein. Nur dort, wo diesen Anordnungen Widerstand entgegengesetzt wird, oder wo aus dem Hinterhalt, wie früher, Angriffe auf einzelne Männer oder marschierende Kolonnen erfolgen, ist dieser Widerstand sofort und gründlich zu brechen. Belästigungen einzelner Personen, Behinderungen von Autos oder Störungen des Geschäftslebens haben grundsätzlich zu unterbleiben.
Ihr müsst, meine Kameraden, dafür sorgen, dass die nationale Revolution 1933 nicht in der Geschichte verglichen werden kann mit der Revolution der Rucksack-Spartakisten im Jahre 1918. Im übrigen lasst Euch in keiner Sekunde von unserer Parole abbringen:
Sie heißt: Vernichtung des Marxismus.“

Rede Görings in Essen (ebd. 82 ff)

Einsetzung von Reichskommissaren in den meisten Ländern

11. März 1933:

Kanzlerrede in den Berliner Ausstellungshallen zu den preußischehn Gemeindewahlen

Beginn der Ereignisse gegen jüdische Juristen in Breslau (Scholder 323f)

12. März 1933:

Volkstrauertag

Erlaß des Reichspräsidenten über die vorläufige Regelung der Flaggenhissung

(Friedrichs 1, 34):

„Am heutigen Tage, an dem in ganz Deutschland die alten scharz-eiß-roten Fahnen zu Ehren unserer Gefallenen auf Halbmast wehen, bestimme ich, dass vom morgigen Tage bis zur endgültigen Regelung der Reichsfarben die schwarz-weiß-rote Fahne und die Hakenkreuzfahne gemeinsam zu hissen sind. Diese Flaggen verbinden die ruhmreiche Vergangenheit des Deutschen Reiches und die kraftvolle Wiedergeburt der Deutschen Nation. Vereint sollen sie die Macht des Staates und die innere Verbundenheit aller nationalen Kreise des deutschen Volkes verkörpern! Die militärischen Gebäude hissen nur die Reichskriegsflagge.“

Rundfunkerklärung Hitlers zum Flaggenerlaß (Friedrichs 34 ff):

„…Mit dem heutigen Tage, da nun auch symbolisch die gesamte vollziehende Gewalt in dfie Hände des nationalen Deutschland gelegt wurde, beginnt der zweite Abschnitt unseres Ringens. Von nun an wird der Kampf der Säuberung und Inordnungbringung des Reiches ein planmäßiger und von oben geleiteter sein. Ich befehle Euch daher von jetzt ab strengste und blindeste Disziplin! Alle Einzelaktionen haben von jetzt ab zu unterbleiben.“

Preußische Landtags- und Kommunalwahlen (Ergebnisse UF IX, 98 ff)

Wurms erstes Wort zur Lage am Landesbußtag: „Kirche, Volkstum und Staat“ (Schäfer 1, 361 ff):

„…. Dreierlei ist es, was gerade vom kirchlichen Standpunkt aus an der jetzt zum Sieg gelangten Bewegung anzuerkennen ist. Sie hat zunächst in ihren Reihen die in der deutschen Geschichte so oft verhängnisvoll wirkenden Klassen- und Kastenvorurteile beiseite geschoben und ihren Gliedern das beglückende Erlebnis einer lebendigen Gemeinschaft zwischen Menschen

ganz verschiedener Lebensstellung vermittelt. Sie hat die infolge unsrer Verarmung immer drohender werdende Gefahr einer Bolschewisierung des deutschen Volkes mit großen Opfern abgewendet, indem sie eine Jugend, deren Aussichten immer trostloser wurden, mit der Erkenntnis füllte, dass nicht die Nachahmung russischer Gewaltmethoden, sondern eine dem Wesen des deutschen Volkstums entsprechende Reorganisation von Staat und Wirtschaft eine Gesundung der Verhältnisse herbeiführen könne. Und sie hat endlich richtig erkannt, dass der Niedergang Deutschlands nicht bloß auf politischen und wirtschaftlichen Versäumnissen beruhe, sondern seinen letzten Grund in einer materialistischen, d. h nur Genuß erstrebenden, den Kampf und das Opfer scheuenden Denkweise habe. Von da aus hat sie all den zersetzenden und vergiftenden Einflüssen auf kulturellem Gebiet, wie sie sich insbesondere in den Großstädten bemerklich machen, den Krieg erklärt. Jeder, der weiß, was an körperlicher und geistiger Gesundheit, an Lebens- und Familienglück durch das Gewährenlassen der Verführungsmächte vernichtet wird, wird einen Umschwung in dieser Hinsicht besonders begrüßen. Durch nichts hat die liberalistische Denkweise der vergangenen Jahrzehnte verhängnisvoller gewirkt als dadurch, dass sie zwischen echter Geistesfreiheit und Duldsamkeit und der Schwäche gegenüber zweifellosen Fäulniserscheinungen die Grenze nicht zu ziehen verstand.

Steht die Kirche in all den angedeuteten Richtungen dem Nationalsozialismus sympathisch und erwartungsvoll gegenüber, bereit zur Mitarbeit an der Reinigung und Erneuerung des Volkslebens mit den ihrem Wesen entsprechnden Mitteln, so muss sie als Kirche unbeschadet der persönlichen Stellungnahmen der einzelnen Glieder doch Abstand halten von den rein politischen Maßnahmen und Methoden dieser Bewegung und der von ihr getragenen Regierung.“

Kanzelerklärung von Frankfurter Pfarrern (Schmidt 1, 26):

„Die Kirche ist berufen, dem g a n z e n V o l k e zu d i e n e n, unabhängig von Parteien und Weltanschauungen. Wohl hat jeder Christ die Aufgabe, am Leben des Volkes und Staates mitzuarbeiten und gegebenenfalls auch Partei zu nehmen. Die Kirche aber ist unabhängig. Die Richtschnur ihres Handelns ist allein das Wort Gottes, wie es in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testamentes bezeugt ist.
Wir erkennen Volkstum, Rasse und Staat als von Gott gesetzte Lebensordnungen an, die zu erhalten wir berufen sind. Wir wissen aber, dass in einer Welt der Sünde all diese Ordnungen keine ausschließliche Gültigkeit und keine erlösende Kraft haben. Die Kirche hat das Wort Gottes als allein maßgebend für alles menschliche Gemeinschaftsleben zu bezeugen.
Alle Erneuerung, die wir für unser Volk sehnlichst erhoffen, kann nur gewirkt werden durch den Geist Gottes. Ihm zu gehorchen in den uns gesetzten Ordnungern des Lebens ist darum die erste Forderung der Kirche.

Der Ungehorsam der Gottlosigkeit ist der Tod allen Lebens im Großen wie im Kleinen. Indem wir gehorsam gegen Gottes heiligen Willen fordern, sagen wir der Gottlosigkeit i n und a u ß e r uns zugleich den stärksten Kampf an.
Wir lehnen es ab, eine vollkommene irdische Welt zu verheißen, weil alles Leben unter dem Kreuze steht. Das Ziel, auf das die Kirche hinlebt, hinarbeitet, hinleitet, ist das Reich Gottes. Die gewisse Hoffnung auf das Kommen des Reiches gibt uns die Kraft zu opfervollem und freudigem Dienst in und an der Welt. Wir rufen alle Glieder der Kirche zu diesem Dienst und zu treuem Festhalten an dem Bekenntnis des Glaubens.“

13. März 1933:

Erlass Hindenburgs über die Errichtung eines Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (UF IX 428),

15. März: Gründung mit Rede von Goebbels (UF IX 429 ff; Friedrichs 1, 289 ff)

Reichsinnenminister: „Zur Einleitung einer völkischen Politik ist erforderlich:

1. Die Zuwanderung von Ostjuden abzuwehren

2. Ostjuden, die ohne Aufenthaltserlaubnis in Deutschland sind, zu entfernen

3. Ostjuden nicht mehr einzubürgern.“ (Walk 4)

Erlaß des Reichspräsidenten an die Wehrmacht über den Flaggenerlass:

„…Die deutsche Reichswehr hat trotz aller Fesseln durch schwere Nachkriegsjahre im deutschen Volk den Wehrgedanken erhalten. Mögen diese äußeren Zeichen innerer Verbundenheit dem ganzen Volk stets vor Augen führen, dass eine bessere Zukunft nicht ohne den Willen zur Verteidigung der Heimat errungen werden kann. Im Dienste alter soldatischer Tugenden, getragen vom einheitlichen Willen des Volkes, soll die Wehrmacht auch künftighin Sinnbild und Stolz der Nation bleiben.“

Artikel von Friedrich Römer „Zur neuen Lage“ (Schäfer 1, 353 ff)

16. März 1933:

Hjalmar Schacht wird Reichsbankpräsident

Memorandum des deutschen Vatikan-Botschafters (Nic I, 14 ff)

Brief von Martin Rade an seinen Nachfolger Hermann Mulert in der Schriftleitung der „Christlichen Welt“ (vN 43f):

„Lieber Freund! Ich beneide Sie nicht um Ihren jetzigen Beruf. Der Hemmungen, inneren und äußeren, sind zu viele, die Verantwortungen der Kirche, dem Staat, dem Volke gegenüber kaum zu übersehen und zu tragen. Und da alles, das Heutige und das Vergangene, innig unlösbar zusammenhängt, fühle ich ein gut Teil Ihrer Verantwortung mit auf mir lasten. Aber auch unser weiterer Kreis, der Mitarbeiter und der Leser, der „Freunde“ und Freundinnen, trägt daran.

Um was handelt es sich für uns? Wir haben den aufkommenden Nationalismus nicht ernst genug genommen. Oder ich will lieber sagen: nicht früh genug ernst genommen. Wenn er uns gelegentlich in idealen Vertretern begegnete, Ihnen wie mir gewiß innerhalb unserer akademischen Jugend, so war uns der Weg wiederum verbaut durch eine unabsehbare Folge hässlicher Vorkommnisse. Inzwischen hat der Erfolg gesprochen. Und es ist nicht nur unser aller demokratische Gewöhnung, dass wir die wachsenden Minderheiten und die endliche Mehrheit der Volksabstimmung verfassungsrechtlich anerkennen, es ist die seelische und moralische Einstellung zu revidieren. Mehr noch. Konnten wir in der ersten Zeit des Nationalsozialismus als rein politische, nur allzu profane Bewegung aus unserem nächsten Interessenkreise ausschalten, abwartend nur, was daraus werden würde, so ist durch die religiös-kirchliche Schilderhebung, die innerhalb seines Anhangs erfolgt ist, die bloß beobachtende, abwartende, kritische Haltung für uns unmöglich geworden.Denn mag dass Auftreten der Deutschen Christen nach Ort und Gegend noch recht begrenzt sein, so ist die Leidenschaft, mit der sie sich auf das Christenvolk werfen, anderwärts umso beträchtlicher und hat für Tausende geradezu etwas Überwältigendes an sich.

Was wir da erleben, wird uns von Berufenen als Revolution vorgestellt, ja als eine solche, wie sie das deutsche Volk bisher noch nicht gekannt hat. Revolution ist immer nach ihrer Ursachenseite betrachtet Reaktion. Es tut sich hier für jeden besinnlichen Deutschen, vor allem für jeden christlichen Deutschen die Frage auf, wogegen diese Revolution reagiert. Um Verfassung, Recht, Gerechtigkeit mit ihr zu streiten, hat keinen Zweck, denn es regiert Macht und Gewalt. Sie schafft neues Recht. Das gehört zum Wesen der Revolution. Auch einzelnen Vorg#ngen gegenüber sind wir einfach machtlos. Aber in dem Maße, als die revolutionäre Reaktion nicht nur politischer Art ist, als es nicht nur um Macht und Gewalt geht, in dem Maße, als sie zugleich und vielleicht im tiefsten Kerne eine moralische und kirchliche Bewegung ist, geht sie uns von der `Christlichen Welt` und gesinnungsverwandte Kreise viel an. Ich kann nur sagen: seit ich diese Erscheinung ernst nehme, beschäftigt mich vor allen andern Gedanken im tiefsten Innern der: Was müssen wir in politicis et ecclesiasticis , in Staat und Kirche, gefehlt und versäumt haben,

dass eine solche Reaktion über uns gekomen ist? (Diesen Satz habe ich mündlich und brieflich schon oft ausgesprochen). Inwieweit Sie nun unsere Christliche Welt zu einem Organ dieser Gewissenserforschung gestalten wollen, das it ganz Ihre Sache. Und ich habe jedenfalls nicht die Absicht, mich hier mit eiligen Worten an einer gar nicht so einfachen Untersuchung zu beteiligen.

Nun hat eine Revolution aber selbstverständlich ihr Angesicht auch der Zukunft zugewandt. Aktion, nicht nur Reaktion. Da kann Niemand einfach auf dem Bisherigen verharren. Vetgangenes ist vergangen, Verfehltes nicht wiederzuholen: „Den verlorenen Augenblick bringt kein Gebet, kein Flehn zurück." Lernen können wir nach wie vor aus der Vergangenheit, und gerade wir werden das auch immer tun; fast hätte ich gesagt: mit Vorliebe. Aber die Zukunft liegt fürs erste nicht in unsrer Hand. Lassen wir den Herrgott eine Weile aus dem Spiele; sie liegt in der Hand der heutigen Gewaltinhaber; vom Reichskanzler bis zu den „Deutschen Christen". Da wird zwar durch den ganzen Hergang eine kritische Haltung für uns gegeben sein. Beobachtend, kontrollierend, konservierend und protestierend. Aber ich habe Ihnen schon vor Wochen geschrieben, was Sie unter dem sich überstürzenden Verlauf der Ereignisse nicht drucken konnten: sie sollen fair play haben. Sie sollen zeigen, was Sie können. Sie sollen Ihre Erfahrungen machen und wir unsere Erfahrungen mit Ihnen. Aber Sie sollen ihr Gutes, das sie haben, hergeben! Wir wollen es nicht verschmähen, wir wollen es mit Freuden annehmen, wo es ist! Freilich sind wir dabei abhängig von den Formen, in denen sie es uns bieten. Wir können auch nicht dulden, dass Sie uns mit der einen Hand mehr nehmen, als Sie mit der andern uns geben. Wir haben Erbe zu wahren. Urchristliches, urevangelisches. Auch deutsches. Idealistisches. Wege der Brutalität können wir nicht mitgehen. Auch nicht im Kampf gegen die Gottlosenbewegung. Predigt man uns einen neuen Kreuzzug, er darf dem alten nicht ähneln. Wir können nicht vergessen, dass am Kreuze Christus hing und so siegte. Dass der Auferstandene eben der Gekreuzigte war. Also Vorsicht mit dem bracchium säkulare, dem weltlichen Arm! – Aber ich lasse mich schon zu viel auf die Sache ein. Auf Auseinandersetzungen, die kommen müssen. Aber heute unsere Aufgabe: jene ernst nehmen, sie zeigen lassen, was sie können, aber dabei strenge, unbestechliche Beobachter bleiben, um Gottes und seines heiligen Evangeliums willen, und tapfer Widerstand leisten, wenn etwa der Versucher sich wieder hervorwagt und zur Kirche spricht: „Das alleswill ich dir geben, so du niederfällst und mich anbetest." In herzlicher Gemeinschaft Ihr Martin Rade".

Aufruf des Oberkirchenrats der ev.-lutherischen Landeskirche von Mecklenburg-Schwerin (ebd. 45):

„Das deutsche Volk erlebt eine Stunde der Entscheidung. Eine starke, entschlossene Reichsregierung ruft alle Kräfte zur Sammlung. Eine tiefgreifende Volksbewegung kommt ihrem Ruf entgegen. In dieser Stunde sollen die evangelischen Gemeinden Mecklenburgs wissen, dass ihre Landeskirche von ihrem Glauben her ein freudiges, starkes Ja sagt: zum deutschen Volkstum, dass wir seine Reinheit und Lebenskraft wahren und erneuern, zur deutschen Nation, dass wir für ihre Freiheit und Ehre einstehen, zum Deutschen Reich, dass wir ihm in Treue und Opferwilligkeit dienen…

Unser deutsches Volk braucht heute seine Kirche! Damit ist uns eine Verantwortung auferlegt, die wir demütig und freudig auf uns nehmen. Wir rufen alle Glieder unserer evangelischen Landeskirche auf, nun erst recht mit aller Kraft zu ringen um eine Erneuerung unserer evangelischen Kirche und Gemeinde aus den Kräften des alten Evangeliums, dass sie immer mehr eine echts Volkskirche werde, unserem deutschen Volke zum Dienst, unserem Gott zur Ehre.

Jedem einzelnen Deutschen wollen wir den Weg des Glaubens weisen, der zugleich der Weg zu Treue und Wahrheit und Liebe ist. Den noch durrch Misstrauen getrennten Gruppen unseres Volkes wollen wir den Boden der Gemeinsamkeit in unserer Kirche bereiten, auf dem sie zu neuer Bruderschaft sich finden können. Dem ganzen deutschen Volke wollen wir die Verkündigung nicht schuldig bleiben, dass es unter der Herrschaft Gottes steht, der uns unser Volk und Vaterland anvertraut hat, der von uns Rechenschaft fordert, der uns aber auch segnen will, wenn wir ihm die Treue halten.“

Aufruf der Thüringer Kirche (ebd. 46f):

„Volk und Volkskirche sind aufs engste miteinander verbunden. In Vergangenheit und Gegenwart trägt die Kirche mit an der schweren Last und dem harten Geschick, die unserm Volk auferlegt sind. Ebenso aber blickt sie hoffnungsfreudig mit in die Zukunft, wenn die Zeichen der Zeit darauf deuten, dass ein Umschwung zum Besseren kommt. Wir alle sehnen uns aus der Tiefe deutscher Not nach dem deutschen Aufstieg. Christen aber ist es gewiß, dass ein deutscher Aufstieg nur kommen kann nach einer religiösen und sittlichen Neugeburt unseres Volkes, die Gott selbst wirkt. Wir Menschen aber sollen seine Diener und seine Werkzeuge sein … Die Kirche begrüßt es aufs freudigste, dass jetzt die Staatsgewalt Maßnahmen trifft zur Reinigung und Erneuerung unseres Volkslebens und zur Erhaltung der Ehrfurcht vor dem, was unserem Volke heilig bleiben muss…

Gewiß bedarf der lebendige Gott keines staatlichen Schutzes. Sein Name ist an sich selbst heilig, sein Reich kommt von ihm selbst, sein Wille geschieht von ihm aus – so haben wir es schon aus Luthers Katechismus gelernt. Aber ein Volk bedarf des Schutzes gegen zersetzende und zerstörende Mächte. Hierbei kann der Staat der Arbeit der Kirche nicht entraten. Die Kirche aber muss wirken, selbständig und unabhängig, nur ihrem Gottesauftrag gehorsam.
Wir müssen alle viel mehr als bisher gerade jetzt ein Christentum der Tat beweisen, in Zucht und Sitte, in Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit, den Geboten Gottes gemäß. Nur so werden wir das Unsere zum Wiederaufbau von Staat und Volk leisten können.“

17. März 1933:

Bildung der SS-Leibstandarte Adolf Hitler unter Sepp Dietrich

Verhaftung von KPD- und SPD Mitgliedern, Verbot ihrer Presse

18. März 1933:

Jüdische Rechtsanwälte und Notare dürfen nicht mehr in Rechtsangelegenheiten der Stadt Berlin tätig sein (Walk 5)

19. März 1933:

Adolf Ehrt: „Kirche, Staat und Bolschewismus“ (vN 47f):

„Durch die Ereignisse der letzten Wochen ist der Kommunismus als Hauptfeind der Nation in den Brennpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit und der staatlichen Maßnahmen gerückt worden. Auch dem Fernstehendsten und Gleichgültigstem unter den deutschen Bürgern ist durch die Massenverhaftungen, die Beschlagnahme Hunderter von Zentnern Zersetzungsmaterial, duch die Entdeckung von Geheimdruckereien, durch die Aushebung zahlreicher Waffenlager und Sprengstoffverstecke demonstriert worden, dass es sich bei der vielberufenen Bolschewisierung Deutschlands nicht um ein Angstphantom, sondern um eine furchtbare Realität handelt. Die Mächte und Organisationen, deren Geist und Gestalt, Wirken und Wollen vor fast einem Jahr in der „Entfesselung der Unterwelt“ aufzuzeigen gesucht wurde, sind jetzt zum Gegenstande der intensivsten Aufklärung und der durchgreifendsten Polizeiaktionen geworden. Heute vermag niemand mehr dem Staat auf diesem Gebiet eine säumige Untätigkeit vorzuwerfen. Die Ergebnisse der theoretischen Untersuchung sind durch die Praxis des

staatlichen Vorgehens leider nicht nur bestätigt, sondern noch übertroffen worden ….

Wir haben von vornherein das Phänomen des Bolschewismus nicht als eine Erscheinung des politischen und wirtschaftlichen Lebens betrachtet, sondern als einen totalen Zustand des natürlichen Menschen, dessen Wirkungen sich dann natürlich auch im Raum der Politik und Wirtschaft offenbaren. Der Bolschewismus kann vielleicht als eine Pervertierung des Gott-Mensch-Verhältnisses angesehen werden, die zwangsläufig ein Verderben der Verhältnisse vom Ich zum Du und zum Wir nach sich zieht. Als Massenerscheinung entsteht die Bolschewisierung immer im Zusammenhange mit einer gegebenen geschichtlichen Lage, deren Druck der Mensch nicht mehr aushalten zu können meint. So kann es durchus einen individuellen, einen klassenmäßigen und einen nationalen Bolschewismus geben, wie es die Geschichte beweist. Der Anspruch auf Absolutheit, Göttlichkeit, unbedingte Geltung und unbegrenzte Werthaftigkeit ist den Ideen des proletarischen Marxismus, des radikalen völkischen Nationalismus und des kapitalitischen Individualismus gemeinssam. Keiner von ihnen vermag daher als Überwinder des Bolschewismus aufzutreten. Sie alle werden von dem Richterspruch Gottes getroffen und in ihrer Selbstüberhebung offenbar. Die Verkündigung dieses Wortes erfahren sie von der Kirche, die daher von ihnen mit Recht als der entscheidende Gegner, zumindest aber als eine unbequeme Durchbrechung des Systems empfunden wird.

Der Standort der Kirche in den Macht- und Geisteskämpfen der Gegenwart wird durch diesen ihren Auftrag der Verkündigung festgelegt, den sie dem ganzen Volke, dem Staate und jedem Einzelnen schuldet und den sie dann nicht zu erfüllen mag, wenn sie eine andere Abhängigkeit eingeht als die Abhängigkeit von ihrem Herrn und Meister Jesus Christus. Die Erkenntnis dieses Tatbestandes ist auch für den Staat in seinemKampf gegen den Bolschewismus von entscheidender Bedeutung. Gewiß kann er und soll er als Obrigkeit die Anwendung von Gewalt im Rahmen der Gerechtigkeit nicht scheuen; er vermag es auch, durch seine Unterorgane einen geistigen, ideologischen Kampf zu führen und das Volk über den bolschewistischen Kommunismus aufzuklären. Mit all diesem bleibt er indessen im Vorhof der bolschewistischen Festung. Er schlägt das kommunistische Haupt der bolschewistischen Hydra, aber das Herz dieses Ungetüms kann nur von dem Wort Gottes getroffen werden.“

Evangelisches Gemeindeblatt für Rheinland (vN 49 ff):

„Bolschewismus über Deutschland – Die Pläne der Kommunisten – Die Abwehr der Regierung – Unser geistiger Kampf gegen den Bolschewismus – Erneuerung aus dem Geist des Christentums, das Gebot der Stunde:

Die Woche vor der Reichstagswahl, der unser Bericht gilt, war eine der aufregendsten Wochen der letzten Jahre. Deutschland stand vor einer neuen Revolution. Mord und Brandstiftung, Plünderung und Massenstreik hieß die Losung, die von den bolschewistischen Bürgerkriegshetzern verwirklicht werden sollte. ….

Die nationale Regierung hat das drohende Unheil, von dem man sich eim einzelnen keine Vorstellung machen kann, durch schnelles Zupacken im Keime erstickt….

Indessen mit polizeilichen Maßnahmen und der staatlichen Unterdrückung des Kommunismus allein ist es nicht getan, so sehr den bolschewistischen Verbrecherbanden gegenüber äußerste Strenge am Platze ist, es gilt noch ein anderes zu tun. Das gesamte Bürgertum muss wieder ganz anders als bisher sich auf die innersten Kräfte besinnen, ohne die ein Volk mit oder ohne ohne Bolschewismus dem Untergang geweiht ist. Das Bürgerum muss wieder ein neues, starkes Verhältnis zu den Kräften der Religion und der Sittlichkeit gewinnen. Glaube und Frömmigkeit, Zucht und Sitte, Anstand und Sauberkeit müssen wieder die Grundlagen unseres Volkslebens werden … Vor allem auch die sogenannten Gebildeten, die die Führer des Volkes sein wollen, dürfen nicht länger so tun, als seien das Christentum und seine Lebenskräfte eine überwundene Sache. Das muss grundsätzlich anders werden. Jetzt wird ein neuer Anfang gemacht. Die nationale Regierung hat die ersten Schritte zur Erneuerung der Grundlagen unseres Volkslebens getan. Sie bekennt sich zum Christentum als eine der Säulen des Staates; sie sorgt für den Religionsunterricht in den Berufsschulen und baut die weltlichen Schulen ab; sie nimmt den Kampf mit dem Schmutz in Wort und Bild auf und will das Animierkneipenwesen beseitigen; für Ordnung, Sauberkeit und Reinheit setzt sie sich ein. Kurzum – es geht wieder vorwärts. Zum Zeichen dessen soll die erste Sitzung des neuen Reichstags in der Potsdamer Garnisonkirche abgehalten werden. Hier, wo das Grab Friedrichs des Großen ist, reden alle Steine vom altpreußischen Geist der Pflichterfüllung dem Staate gegenüber. Eine Kirche ist`s, wo der neue Reichstag zum ersten Mal zusammentreten soll; das weist darauf hin, dass es der nationalen Regierung Ernst ist mit der Rückkehr zum Christentum und damit zu den Lebenskräften, die einst unser Vaterland groß gemacht haben. Aber aller guter Wille der Regierung allein tut es nicht; - wir alle müssen vom gleichen Geist beseelt sein; es bedarf einer Erneuerung, einer Wiedergeburt an Haupt und Gliedern aus dem Geist des Christentums. Es ist wahrlich kein Rückschritt, sondern der beste Fortschritt, den wir machen köännen, wenn wir wieder zurückkehren zu den lebendigen Quellen des Christentums, von dem sich noch kein Volk ungestraft entfern hat.“

Aufruf der Bischöfe von Schleswig-Holstein (ebd. 46):

„Aus deutscher Not ist in nationaler Besinnung eine deutsche Freiheitsbewegung erwachsen … Die führenden Männer haben offen bekannt, dass nur auf christlicher Grundlage ein gesundes Staatswesen sich entwickeln kann. Das ist eine Wendung, für die wir Gott von Herzen danken… Die Kirche ist weder parteipolitisch noch wirtschaftlich gebunden. Sie hat mit dem Evangelium dem Volksganzen zu dienen. Je treuer sie Licht und Kraft des Evangeliums hineinträgt in alle Kreise des Volkes, umso mehr tut sie auch den vaterländischen Dienst, der von ihr erwartet und gefordert werden kann. Die Kirche muss Kirche bleiben. Alle ihre Glieder haben in ihr Heimatrecht und allen ist sie zu Dienst verpflichtet. Sie muss die Stätte der Gemeinsamkeit bleiben. Sie stellt ihre Glieder vor das Angesicht des Gottes, vor dem kein Ansehen der Person gilt; so hilft sie, dass wir wieder werden „ein einig Volk von Brüdern". Heiligende Kraft geht von dem Evangelium aus. So wird auch der irdische Beruf Gottesdienst: so regiert in allem die Liebe, die den Haß überwindet; denn wir leben alle nur von Gottes Gnade. Wir wollen Gott bitten um gut Regiment, um fromme und getreue Oberherren, um Frieden nach außen und Einigkeit im Innern. Gott segne unser deutsches Volk und Vaterland!"

20. März 1933:

Errichtung des Konzentrationslagers Dachau durch Heinrich Himmler

21. März 1933:

Der Tag von Potsdam (s. Hans Hupfeld: Reichstagseröffnungsfeier in Potsdam, Potsdam 1933) (UF IX 133 ff; Friedrichs 36 ff)

Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung (Münch 90f):

„§ 3: Wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reichs oder eines Landes oder das Ansehen der Reichsregierung oder einer Landesregierung oder der hinter ihnen stehenden Parteien oder Verbände schwer zu schädigen, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und, wenn er die Behauptung öffentlich aufstellt oder verbreitet, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Ist durch die Tat ein schwerer Schaden für das Reich oder das Land entstanden, so kann auf Zuchthausstrafe erkannt werden."

Predigt von Otto Dibelius in der Nicolaikirche in Potsdam (vN 52 ff):

„Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?“ (Römer 8, 31): ***„Über diesen Text hat D. von Dryander bei der Eröffnung des Deutschen Reichstages am 4. August 1914 gepredigt. Es war ein Tag, an dem das deutsche Volk das Höchste erlebte, was eine Nation überhaupt erleben kann: einen Aufschwung des vaterländischen Gefühls , der alle mit sich fortriss; ein Aufflammen neuen Glaubens in Millionen Herzen; eine heiße Bereitschaft, das eigene Leben zu opfern, damit Deutschland lebe – ein Reich, ein Volk, ein Gott! An einem solchen Tage gemeinsamer Erhebung drängte dies Wort sich auf, dies Wort voll Glaubenstrotz und Siegeszuversicht: Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?***

***Der heutige Tag ist jenem Tag ähnlich und ist doch wieder anders. Durch Nord und Süd, durch Ost und West geht ein neuer Wille zum deutschen Staat, eine Sehnsucht, nicht länger, um mit Treitschke zu reden, „eine der erhabensten Empfindungen im Leben eines Mannes“ zu entbehren, nämlich den begeisterten Aufblick zum eigenen Staat. Noch sind wir nicht wieder ein einiges Volk. Das weiß niemand so gut wie die Kirche, die das Evangelium allen Gliedern des Volkes zu bringen hat. Aber das Verlangen ist doch da bei Ungezählten, sich aus Klassenhass und Parteizerklüftung in das zu retten, was uns alle eint: dass wir Deutsche sind! Noch ist der Glaube in deutschen Landen nicht wieder die große, bewegende Kraft, die er einstmals war. Aber eine Bereitschaft zu neuem Glauben ist bei Hunderttausenden da. Vielleicht noch mehr als Bereitschaft! Gustav Schmoller hat einmal gesagt: alle großen Entscheidungen der deutschen Geschichte seien begleitet von einer neuen, tieferen Erfassung unserer evangelisch-protestantischen Grundlagen. Gibt es nicht zu denken, dass der neue Anfang in der deutschenpolitischen Geschichte zusammen fällt mit jenem neuen Ringen um das rechte Verständnis des Evangeliums in unserer Kirche, as wir alle kennen? Wollen Ulrich von Hutten und Martin Luther sich wieder die Hand reichen und das deutsche Volk in neuem Glauben vor Gottes Angesicht stellen?*

Ein Reich, ein Volk, ein Gott – ist es noch nicht wieder Erfüllung, so ist es doch Sehnsucht. Vielleicht dass diese Sehnsucht, in anderthalb Jahrzehnten der Not in der Seele angesammelt und jetzt hervorgebrochen, mehr

Verheißung hat als die Erfüllung von damals, die aus dem gewitter des Krieges wie mit einem Schlage entsprang!

Sehnsucht und Erfüllung aber ruhen in derselben Wahrheit des ewigen Gottes. So sei denn der Reichstag von 1933 mit demselben Wort begrüßt wie damals der Reichstag von 1914: Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?

Das Wort kommt aus dem Zentrum evangelischen Glaubens.

Das war es, dass Martin Luther in der einsamen Turmstube des Wittenberger Augustinerklosters blitzartig erkannte: Gott ist nicht gegen die Menschen, wie er in jahrelanger Verzweiflung gemeint hatte. Er ist nicht der ewig Fordernde, nie Zufriedengestellte, der mit den Menschen handelt Auge um Auge, Zahn um Zahhn. Gott spricht am Kreuz von Golgatha: Für Euch! Was ich tue und was ich offenbare – es ist für euch! Das war es, was dem Geschlecht der Freiheitskriege wieder in Flammen aufgegangen war: Gott hat die Welt nicht, wie die Aufklärung meinte, als eine Maschine geschaffen, die er nun ablaufen lässt. Gott handelt! Er handelt in der Geschichte. Er handelt in jedem menschenleben. Er ist persönlicher Gott – für uns!

Das ist es, was die Menschen unserer Tage wieder anfangen zu begreifen: In der Welt der Religionen gelten allein die Tatsachen Gottes, nicht die Einfälle der Menschen. Religionen, die sich die Menschen konstruieren, eseien mystische oder völkische oder zusammen gemischte Allerweltsreligionen, sibnd kraftlose Hirngespinste. Gott handelt. Gott offenbart. Und seine Offenbarung ist Jesus Christus, der gekreuzigt ist für uns!

Das ist die Wahrheit, die unsere Kirche bezeugt.

Diese Wahrheit aber wird nur verstanden, wenn man begreift, dass sie Gnade ist! Nicht deshalb ist Gott für uns, weil wir darauf einen Anspruch hätten, oder weil es seine Pflicht und Schuldigkeit wäre, die Verdienste eines Volkes zu belohnen. Gott ist für uns – aus unbegreiflicher Gnade!

Freunde, wenn der innere Umschwung im deutschen Volk kommen soll, auf den wir warten, dann muss neben manchem anderen auch der törichte Protest moderner Menschen gegen das Wort Gnade verschwinden. Gnade, so sagen sie, mache knechtische Seelen! Mag sein, dass Gnade, die Menschen üben, Knechte macht. Aber Gnade von Gott. Von dem Apostel an, der von sich sagte: Von Gottes Gnade bin ich, was ich bin! – bis zu den preußischen Königen, die sich Könige `von Gottes Gnaden` nannten – bis zu Bismarck, der nach der Abendmahlsfeier bei seinem 70. Geburtstag dem geistlichen die Hand reichte mit dem Wort: Ja, es war viel Gnade! – es ist eine einzige Kette von Menschen, die es beweisen: die Gnade Gottes demütigt, aber sie macht Männer. Sie beugt unter das Gericht, aber sie gibt königliche Freiheit den Menschen und dem Schicksal gegenüber. Aus der Erfahrung der Gnade: Gott ist für uns! Steigt die trotzige Siegeszuversicht empor: Wer mag wider uns sein! Weil Gott für uns ist, darf der Mensch das Wort sprechen, das ohne

diese Tatsache der Gnade Vermessenheit und Frevel wäre: Gott wird mit uns sein!

Damit aber ist die Losung gegeben, die an eiuem neuen Abschnitt unserer inneren Geschichte die Herzen erfüllen muss: Mit Gott zu neuer Zukunft!

Ja, mit Gott zu neuer Zukunft! Wir wollen wieder frei werden von dem geist, der nur das Materielle kennt, der die Wirtschaft für das Schicksal hält, der den Menschen der Maschine unterordnet, der von den Wolkenkratzern Neuyorks bis zu den Kraftwerken Südrußlands nur noch diesen einen Typ des mechanisierten Menschen anerkennen will! Wir wollen wieder sein, wozu uns Gott geschaffen hat. Wir wollen wieder Deutsche sein! Und wir werden es nur sein, wenn der Glaube an Gott, den Vater unseres Herrn Jesu Christi, der Pulsschlag unseres Lebens wird. Es ist nicht wahr, dass das Evangelium etwas Fremdes in die deutsche Art hinein getragen habe und dass eine Erlösung von Jesus Chrístus, statt einer Erlösung durch Jesus Christus nötig sei, damit wir wieder Deutsche werden. Das Gegenteil ist wahr. Erst durch das Evangelium finden die Völker, ebenso wie die einzelnen Menschen, ihr wahres Selbst. Das Evangelium schablonisiert nicht und nivelliert nicht. Schiller lässt den jungen Piccolomini in jugendlichem Überschwang von seinem Feldherrn sagen:

Jedwedem zieht er seine Kraft hervor,

die eigentümliche, und zieht sie groß,

lässt jeden ganz das bleiben, was er ist;

er wacht nur drüber, dass er`s immer sei

am rechten Ort; so weiß er aller Menschen

Vermögen zu dem seinigen zu machen.

Genau das ist es, was – freilich auf ganz anderer Ebene – die Menschen zu allen Zeiten an ihrem Herrn Jesus Christus erfahren haben. Das ist es, was die Völker erfahren, wenn sie zum christlichen Glauben kommen: Gott lässt jedes von ihnen ganz das bleiben, das es ist – nur dass sie erst jetzt in Klarheit und Zucht zu sein vermögen! Deutsche Zukunft ist nur möglich im Glauben an Gott! Das ist es, was wir in dieser Stunde ersehnen: Durch Gottes Gnade ein deutsches Volk!

Mit Gott zu neuer Zukunft! Ein neuer Anfang staatlicher Geschichte steht immer irgendwie im Zeichen der Gewalt. Denn der Staat ist Macht. Neue Entscheidungen, neue Orientierungen, Wandlungen und Umwälzungen bedeuten immer den Sieg des einen über den anderen. Und wenn es um Leben und um Sterben der Nation geht, dann muss die staatliche Macht kraftvoll und durchgreifend eingesetzt werden, es sei nach außen oder nach innen.

Wir haben von Dr. Martin Luther gelernt, dass die Kirche der rechtmäßigen staatlichen Gewalt nicht in den Arm fallen darf, wenn sie tut, wozu sie

berufen ist. Auch dann nicht, wenn sie hart und rücksichtslos schaltet. Wir kennen die furchtbaren Worte, mit denen Luther im Bauernkrieg die Obrigkeit aufgerufen hat, schonungslos vorzugehen, damit wieder Ordnung in Deutschland werde. Aber wir wissen auch, dass Luther mit demselben Ernst die christliche Obrigkeit aufgerufen hat, ihr gottgewolltes Amt nicht zu verfälschen durch Rachsucht und Dünkel, dass er Gerechtigkeit und Barmherzigkeit gefordert hat, sobald die Ordnung wiederhergestellt war.

Das muss die doppelte Aufgabe der evangelischen Kirche auch in dieser Stunde sein. Wenn der Staat seines Amtes waltet gegen die, die die Grundlagen der staatlichen Ordnung untergraben, gegen die vor allem, die mit ätzendem und gemeinem Wort die Ehe zerstörten, den Glauben verächtlich machen, den Tod für das Vaterland begeifern – dann walte er seines Amtes in Gottes Namen. Aber wir wären nicht wert, eine evangelische Kirche zu heißen, wenn wir nicht mit demselben Freimut, mit dem Luther es getan hat, hinzufügen wollten: staatliches Amt darf sich nicht mit persönlicher Willkür vermengen! Ist die Ordnung hergestellt, so müssen Gerechtigkeit und Liebe wieder walten, damit jeder, der ehrlichen Willens ist, seines Volkes froh sein kann.

Die beiden Reiche, die Luther so sorgfältig auseinander hielt, das Reich der weltlichen Gewalt und das göttliche Reich der Gnade, werden eins in der Person des Christen.

Das ist unser heißes Anliegen, dass eine neue deutsche Zukunft heraufgeführt werde von Männern, die aus Dank für Gottes Gnade ihr Leben heiligen in Zucht und in Liebe und dass der Geist solcher Männer dann das ganze Volk durchdringe! Herr, lass uns wieder werden was unsere Väter waren: durch Gottes Gnade ein geheiligtes Volk! Und zum letzten Mal: Mit Gott zu neuer Zukunftz! In Millionen von Hertzen glüht die Hoffnung, dass diese Zukunft eine Zukunft neuer deutscher Freiheit werde! Noch liegen auf uns die Lasten der Vergangenheit! Noch seufzen Hunderttausende von Brüdern und Schwestern, die Gott zu Gliedern eines freien Volkes berufen hat, unter fremder Knechtschaft. Es ist des deutschen Volkes Schicksal stets gewesen, sich die Freiheit immer aufs Neue erkämpfen zu müssen. Und es hat die Freiheit jedes Mal wieder gewonnen, wenn eine neuer Pulsschlag des Glaubens durch seine Glieder ging. Wer den Tod nicht fürchtet, ist schwer zu erschrecken – das ist ein altes Wort. Wer des ewigen Lebens gewiß ist, weil er erfahren hat, dass Gott für ihn ist – dert steht unerschrocken wider alle Feinde, draußen und drinnen. In dem lebt eine Kraft des Sieges. Ein Volk, von solchem Glauben beseelt, qird durch Gottes Gnade noch einmal ein freies Volk!

Das Gotteshaus, in dem wir feiern, ist zweimal geweiht worden. Das erste Mal, als die Mauern standen und ein Notdach sie überdeckte. Das zweitemal, als die Kuppel gewölbt war, die die Blicke und Herzen gewaltig nach oben zieht.

Das Deutsche Reich ist zum ersten Mal geweiht worden, als vor 62 Jahren die Mauern aufgeführt waren, die Nord und Süd zusammenschlossen. Der zweiten Weihe harren wir entgegen. Das ist heute unser Gebet: dass Gottes Gnadenhand über dem Bau des deutschen Reiches die Kuppel wölbe, die einem deutschen, einem geheiligten, einem freien Volk den Blick für immer nach oben zieht. Deutschland wieder und für immer: ein Reich, ein Volk, ein Gott! –

Laß mich`s einmal noch erleben,

Laß mich`s einmal, Herr, noch sehn.

Und ann will ich`s ohne Grämen

Meinen Vätern melden gehen!“ (vN 52 ff)

Das anschließende Gebet:

„Segne und behüte unsern Reichspräsidenten, den Vater des Vaterlandes und erhalte ihm die Kraft Deines heiligen Geistes für sein höchstes Amt: Herr, erhöre uns!

Lenke und erleuchte alle, die unser Volk regieren und führen: schenke ihnen große Gedanken und ein weises Herz. Setze sie uns allen in Glaube und Liebe zur christlichen Obrigkeit, zu schützen die Frommen und zu steuern die Bösen: Herr, erhöre uns!

Segne die Beratungen des neugewählten Reichstages, der heute in unserer Stadt an geweihter Stätte zusammentritt: lass seine Arbeiten gedeihen zum Wohle des gesamten Volkes und lass durch sie ein Neues beginnen in unserm schwergeprüften Vaterland: Herr, erhöre uns!

Ja, Dir, o Herr der Welten, befehlen wir unsere ganze deutsche Nation! Kehre Dich doch wieder zu uns und sei unserem Volke gnädig! Erfreue uns nun wieder, nachdem Du uns so lange plagest, nachdem wir so lange Unglück leiden. Ach, wir möchten jetzt sehen, dass unserem lieben Vaterland sein Morgenrot käme. Geht es aber noch durch manche Not hindurch, so stärke uns den Glauben und lass die heiligen Not an uns ihr Werk vollbringen: Herr erhöre uns!“

Schlussstrophe:

„Wir loben dich oben, du Lenker der Schlachten

Und flehen, mögst stehen uns fernerhin bei,

Dass deine Gemeinde nicht Opfer der Feinde.

Dein Name sei gelobt. O Herr, mach uns frei!

Herr, mach uns frei.“

Staatsakt in der Potsdamer Garnisonskirche:

Ansprache von Hindenburg (Friedrichs 37f):

„…Der Ort, an dem wir uns heute versammelt haben, mahnt uns zum Rückblick auf das alte Preußen, das in Gottesfurcht durch pflichttreue Arbeit, nie verzagenden Mut und hingebende Vaterlandsliebe groß geworden ist und auf dieser Grundlage die deutschen Stämme geeint hat. Möge der alte Geist dieser Ruhmesstätte auch das heutige Geschlecht beseelen, möge es uns frei machen von Eigensucht und Parteizank und uns in nationaler Selbstbesinnung und seelischer Erneuerung zusammenführen zum Segen eines in sich geeinten, freien, stolzen Deutschlands!“

(Friedrichs 1, 37f)

Ansprache Hitlers (ebd. 38 ff):

„…Wir wollen wiederherstellen die Einheit des Geistes und des Willens der deutschen Nation!

Wir wollen wahren die ewigen Fundamente unseres Lebens; unser Volkstum und die ihm gegebenen Kräfte und Werte.

Wir wollen die Organisation und die Führung unseres Staates wieder jenen Grundsätzen unterwerfen, die zu allen Zeiten die Vorbedingung der Größe der Völker und reiche waren.

Wir wollen die großen Traditionen unseres Volkes, seiner Geschichte und seiner Kultur in demütiger Ehrfurcht pflegen als unversiegbare Quellen einer wirklichen inneren Stärke und einer möglichen Erneuerung in trüben Zeiten.

Wir wollen das Vertrauen in die gesunden, weil natürlichen und richtigen Grundsätze der Lebensführung verbinden mit einer Stetigkeit der politischen Entwicklung im Innern und Äußern.

Wir wollen an die Stelle des ewigen Schwankens die Festigkeit einer Regierung setzen, die unserm Volke damit wieder eine unerschütterliche Autorität geben soll.

Wir wollen alle die Erfahrungen berücksichtigen, sowohl im Einzel – und im Gemeinschaftsleben, wie aber auch in unserer Wirtschaft, die sich in Jahrtausenden als nützlich für die Wohlfahrt der Menschen erwiesen haben.

Wir wollen wiederherstellen das Primat der Politik, die berufen ist, den Lebenskampf der Nation zu organisieren und zu leiten.

Wir wollen aber auch alle wirklich lebendigen Kräfte des Volkes als die tragenden Faktoren der deutschen Zukunft erfassen, wollen uns redlich bemühen, diejenigen zusammenzufügen, die eines guten Willens sind und diejenigen unschädlich zu machen, die dem Volke zu schaden versuchen.

Aufbauen wollen wir eine wahre Gemeinschaft aus den deutschen Stämmen, aus den Ständen, den Berufen und den bisherigen Klassen. Sie soll zu jenem gerechten Ausgleich der Lebensinteressen befähigt sein, den des gesamten Volkes Zukunft erfordert. Aus Bauern, Bürgern und Arbeitern muss wieder werde4n ein deutsches Volk. Es soll dann für ewige Zeiten in seine eigene treue Verwahrung nehmen unseren Glauben und unsere Kultur, unsere Ehre und unsere Freiheit.

Der Welt gegenüber aber wollen wir, die Opfer des Krieges von einst ermessend, aufrichtige Freunde sein eines Friedens, der endlich die Wunden heilen soll, unter denen alle leiden…“

(s. Hans Hupfeld (Hg.): Reichstags-Eröffnungsfeier in Potsdam. Das Erlebnis des 21. März in Wort und Bild):

Aus dem Vorwort:

„… Heute künden von den Gotteshäusern der Stadt Potsdam die Glocken neue Hoffnung für deutsches Land. Frühlingstag, Auferstehen aus harten Banden!

Noch ist es der erste Schritt zur Befreiung – aber der größte, weil ihn der Freiheitswlle einer ganzen Nation gebot. Das Schwerste ist der Entschluss zu Handeln, was kommt, muss sich folgerichtig ergeben.

Deuschland hat gehandelt. Es hat den undeutschen Knechtsgeist abgeschüttelt, es hat Potsdam, die Kernstadt des alten Preußentums, das Symbol soldatischer Pflichterfüllung, zum Ausgang einer neuen Epoche der Reichsgeschichte gewählt. Deutsche Männer und Frauen sind heilig entschlossen, den Neubau des Reiches, dessen Grundstein heute durch unseren verehrungswürdigen Reichspräsidenten von Hindenburg in der Garnisonkirche gelegt wurde, zu Ende zu führen.

Dieses neue, bessere Deuitschland hat die Begeisterung der Jugend, hat ihren frühlingsjungen Glauben, ihre unerschütterliche Hoffnung. Die Arbeit dieser Jugend muss es aus einem Ideal zur starken Wirklichkeit machen.“

Große Parade der Reichswehr und zahlreicher nationaler Verbände nach dem Staatsakt

Erklärung von Hitler zu seinem Fernbleiben vom katholischen Gottesdienst (Nic I, 22f):

„Die katholischen Bischöfe von Deutschland haben in der jüngsten Vergangenheit in einer Reihe von Erklärungen, nach denen in der Praxis seitens der katholischen Geistlichkeit gehandelt wurde, Führer und Mitglieder der NSDAP als Abtrünnige der Kirche bezeichnet, die nicht in den Genuß der Sakramente kommen dürften. Diese Erklärungen sind bis heute noch nicht widerrufen, und es wird auch seitens der katholischen Geistlichkeit weiterhin danach gehandelt.
Infolgedessen sah sich der Kanzler zu seinem Leidwesen nicht in der Lage, am katholischen Gottesdienst in Potsdam teilzunehmen. Der Kanzler hat während der Zeit des offiziellen Gottesdienstes zusammen mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Prppaganda Dr. Goebbels, auf den dasselbe zutrifft, die Gräber seiner ermordeten SA-Kameraden auf dem Luisenstädtischen Friedhof in Berlin besucht. Er legte dort einen Kranz nieder mit der Inschrift: Meinen toten Kameraden.“

<u>22. März 1933:</u>

Erste Einweisungen in das KZ Oranienburg und in andere durch die SA und SS eingerichteten Konzentrationslager, zuvor Einweisungen in „wilde KZs“

Preußische Landtagsfraktion unter Wilhelm Kube nimmt geschlossen am Gottesdienst von Hossenfelder teil:

„Wir begrüßen es besonders, dass mit feinem Bedacht für diese Feierlichkeit gerade der Dienst des Leiters unserer Glaubensbewegung erbeten wurde. Es ist ein Beweis dafür, dass die politische Freiheitsbewegung und die kirchliche Glaubensbewegung aus e i n e m Geist heraus denken, fühlen und arbeiten, jede in ihrer Weise und an der ihr von Gott gesetzten Stelle. Die Übertragung des Dankgottesdienstes in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche auf den Rundfunk bedeutet ebenfalls für unsere Glaubensbewegung einen Schritt voran… Wir sprechen die begründete Hoffnung aus, dass in Zukunft unserer Glaubensbewegung wegen ihrer überragdenen Bedeutung für Volk und Kirche der Rundfunk offen stehen möge.“ (GB 69)

In Sachsen Verbot des Schlachtens ohne Betäubung (Walk 5)

Bildung eines Referats „Rassenhygiene“ beim Reichsministerium für Inneres

23. März 1933:
Konstituierende Sitzung des Reichtags in der Kroll-Oper

In der Reichstagssitzung in der Berliner Kroll-Oper am 23. März unterbreitet Hitler ein „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“. In seiner langen Regierungserklärung begründet er die Notwendigkeit dieses „Ermächtigungsgesetzes“ und geht auch auf die Rolle von Religion und die Rolle der beiden Konfessionen ein (Friedrichs 41 ff):

„Indem die Regierung entschlossen ist, die politische und moralische Entgiftung unseres öffentlichen Lebens durchzuführen, schafft und sichert sie die Voraussetzungen für eine wirklich tiefe, innere Religiosität. Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen die wichtigsten Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums. …. Ihre Rechte sollen nicht angetastet werden. Sie erwartet aber und hofft, dass die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erneuerung unseres Volkes, das sich die Regierung zur Aufgabe gestellt hat, umgekehrt die gleiche Würdigung erfährt. Sie wird allen anderen Konfessionen in objektiver Gerechtigkeit gegenübertreten. Sie kann aner niemals dulden, dass die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession oder einer bestimmten Rasse eine Entbindung von allgemeingesetzlichen Verpflichtungen sein könnte oder gar ein Freibrief für straflose Begehung oder Tolerierung von Verbrechen.

Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluss einräumen und sicherstellen. Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben von Staat und Kirche. Der Kampf gegen eine materialistische Weltanschauung und für die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft dient ebenso den Interessen der deutschen Nation wie denen unseres christlichen Glaubens.“ (Friedrichs 46f)

Rede von Otto Wels (SPD) (Friedrichs 1, 54 ff; UF IX, 146 ff)

Erklärung des Prälaten Dr. Kaas (Zentrum) (ebd. 148f)

Antwortrede von Hitler gegen Wels (Friedrichs 1, 56 ff; UF IX, 151 ff)

Verordnung des Reichspräsidenten über die Gewährung von Straffreiheit (Münch 89f)

Verordnung der Reichsregierung über die Bildung von Sondergerichten (Münch 99f)

Loyalitätserklärung des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie

Bericht des britischen Botschafters an seinen Außenminister (UF IX, 399 ff)

Treuekundgebung für Abt Schachleiter in Bad Aibling (Nic I, 25 ff)

Ermächtigungsgesetz: Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Münch 21f):

„Art. 1. Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. …

Art. 2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.“

24. März 1933:
Schreiben des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten an die Botschaft der USA (UF IX, 383f):

„Wir erhielten Kenntnis von der Propaganda, die in Ihrem Lande über die angeblichen Gräueltaten gegen die Juden in Deutschland gemacht wird. Wir halten es für unsere Pflicht, nicht nur im vaterländischen Interesse, sondern auch im Interesse der Wahrheit zu diesen Vorgängen Stellung zu nehmen. Es sind Misshandlungen und Ausschreitungen vorgekommen, die zu beschönigen gerade uns bestimmt fern liegt. Aber derartzige Exzesse sind bei keiner Umwäzung vermeidbar. Wir legen Wert auf die Feststellung, dass die Behörden in allen uns bekannt gewordenen Fällen energisch gegen Ausschreitungen vorgegangen sind, wo immer die Möglichkeit des Eingreifens vorlag. Die Ausschreitungen wurden in allen

Fällen von unverantwortlichen Elementen unternommen, die sich im Verborgenen hielten. Wir wissen, dass die Regierung und alle führenden Stellen die vorgefallenen Gewalthandlungen auf das schärfste missbilligen.

Es ist aber auch unseres Ermessens an der Zeit, von der unverantwortlichen Hetze abzurücken, die von sogenannten jüdischen Intellektuellen im Auslande gegen Deutschland unternommen wird. Diese Männer, die sich zum überwiegenden Teil nie als Deutsche bekannten, ihre Glaubensgenossen im eigenen Lande, für die sie Vorkämpfer zu sein vorgaben, im kritischsten Augenblick im Stich ließen und ins Ausland flüchteten, haben das Recht verwirkt, in deutsch-jüdischen Angelegenheiten mitzureden. Ihre aus sicherem Versteck abgeschossenen Pfeile schaden wohl Deutschland und den deutschen Juden, aber sie dienen den Schützen selbst gewiß nicht zur Ehre. Ihre Berichte strotzen von Übertreibungen. …"

Erklärung des Exekutivkomitees des Bundesrates der Kirchen Christi in Amerika gegen die Judenverfolgung in Deutschland (Boyens 290, 440):

„Auf ihrer turnusmäßigen Sitzung in New York am 24. März bringen die Mitglieder des Exekutivkomitees des Bundesrates der Kirchen Christi auf die dringenden Bitten vieler Menschen in den Mitgliedskirchen des Bundes ihre Überzeugung zum Ausdruck, dass die berichtete schwere Verfolgung von Juden in Deutschland alle Menschen brüderlicher Ideale, besonders die Anhänger Jesu Christi betrifft. Wir hoffen zutiefst, dass solche Ausbrüche rassischen Antagonismus, wie sie berichtet werden, weniger verbreitet sind, als dies jetzt der Fall zu sein scheint. Andererseits haben unsere Mitchristen in Deutschland schon seit einiger Zeit uns mit Sorge von der anhaltenden Kampagne von Verleumdung und Hass berichtet, die jetzt in Gestalt von Diskriminierung und Ungerechtigkeit bittere Früchte trägt.

Wir sollten nicht unser eigenes Versagen oder die zu oft bei uns praktizierte rassische Diskriminierung und Ungerechtigkeit vergessen. Ebenso können wir als amerikanische Christen nicht den Dank vergessen, den wir zusammen mit der ganzen Menschheit deutschen Exponenten der Gewissens- und Religionsfreiheit schulden. Gerade dieses Erbe des christlichen Deutschland lässt uns glauben, dass unsere Brüder in den Kirchen jenes großen Landes den gegenwärtigen Antisemitismus innerhalb ihrer Grenzen zurückweisen und bekämpfen werden.

Aus christlicher Überzeugung protestieren wir gegen alle Formen rassischer und religiöser Intoleranz und bringen unsere tiefe Sympathie mit ihren Opfern zum Ausdruck. Im Namen unseres gemeinsamen himmlischen Vaters bitten wir dringend die Christen überall, ihre eigenen rassischen Einstellungen und Beziehungen mit dem Ziel zu überprüfen, dass Hass und

Streit durch die Kraft jener Barmherzigkeit überwunden werden, die allein den drohenden Zusammenbruch der westlichen Zivilisation abwenden kann."

Artikel in der AELKZ zum Potsdamer Tag (WNH 71f):

„Ist der 21. März ein Symbol für die große Wende in Deutschland und ein Festtag für das ganze nationale Deutschland, so hat doch auch die praktisch-politische Arbeit des Werktags seit den denkwürdigen Wahlen des 5. März nicht stillgestanden. Schier unübersehbar ist die Fülle der sich drängenden Ereignisse. Und jeden Tag von neuem wird es uns klar: wir sind bewusst Zeugen großer werdender Geschichte…

Die ganze Welt sieht heute mit höchster Spannung auf Deutschland. Keine Hand hat sich erhoben, um sich in die innerdeutschen Verhältnisse einzumischen. Die Zeiten sind vorbei, wo wir uns von Fremden vorschreiben lassen mussten, wie wir unser Haus im I n n e r n einzurichten hätten. Aber bei aller Freude über die Wendung im Innern dürfen wir keinen Tag vergessen, dass die außenpolitisvche Befreiung noch erkämpft werden muss! Hier liegt die Meisteraufgabe der nationalen Regierung, die Meisteraufgabe, die zugleich ihre höchste Bewährungsprobe sein wird."

25. März:

Die preußischen Minister legen ihre Ämter nieder

Telegramm von Kapler nach New York (vN 322f):

„Presse berichtet über Beteiligung kirchlicher Kreise Amerikas an Protesten gegen angebliche Judenverfolgungen in Deutschland. Erbitte dringend, Ihren Einflss, dass nicht auf falsche Berichte Kundgebungen gegen Deutschland erfolgern, die schweren Schaden auch kirchlicher Zusammenarbeit bringen. Reichsregierung gewährleistet Ordnung und Sicherheit. Unparteiische Augenscheinnahme hiesiger Verhältnisse jederzeit möglich und erwünscht."

Telegramm der deutschen Gruppe des Prot. Weltverbandes an amerikaniswche Kirchenleute:

„ Wir erklären auf Ehre und Gewissen, dass Judenpogrome nicht erfolgt sind. Wir bitten dringend, bei geplanten Kundgebungen Fälschung der öffentlichen Meinung durch irrtümliche Gräuelpropaganda zu verhindern und die christliche Gerechtigkeit und Wahrheitsliebe zu achten."

Dibelius und der methodistische Bischof Nuelsen wandten sich in einer Rundfunkveranstaltung über den deutschen Kurzwellensender gegen die Gräuelpropaganda über die Lage der Juden in Deutschland (vN 323)

26. März 1933:

Tagebucheintragung von Goebbels über antijüdischen Boykott (UF IX, 387):

„Wir werden gegen die Auslandslüge nur ankommen, wenn wir ihre Urheber oder wenigstens Nutznießer, nämlich die in Deutschland lebenden Juden, die bisher unbehelligt blieben, zu packen bekommen. Wir müssen also zu einem groß angelegten Boykott aller jüdischen Geschäfte in Deutschland schreiten. Vielleicht werden dann die ausländischen Juden eines Besseren belehrt, wenn es ihren Rassegenossen an den Kragen geht.“

Theophil Wurm: Wort an die Pfarrer: Kirche im neuen Staat

(Schäfer 1, 364 ff; vN 56 ff):

„Wie die biblische und reformatorische Heilserkenntnis der Kirche Zurückhaltung in den Fragen der Staats- und Wirtschaftsordnung auferlegt, so gibt sie ihr doch ganz klare Weisung für ihre Stellung zu dem Volkstum, mit dem sie schöpfungsgemäß verbunden ist und den in ihm durch göttliches Walten geschaffenen Verhältnissen und Ordnungen. Das alttestamentliche „Suchet der Stadt Bestes“ und das neutestamentliche „Jedermann sei untertan der Obrigkeit“ bleibt allezeit in Geltung. Wenn Deutschland heute einer belagerten Stadt gleicht, in der nach einer höchst gefährlichen Zeit der Verwirrung und Spaltung eine einheitliche zielbewusste Führung durch das Zusammenwirken verantwortungsbewusster Männer zustande gekommen ist, der die Volksvertretung in ihrer überwältigen Mehrheit eine weitgehende Vollmacht erteilt hat, so liegt für die evangelische Kirche wahrhaftig kein Grund vor, abseits zu stehen; vielmehr darf und muss sie dafür danken, dass durch diese Einigung der völlige Zusammenbruch von Volk und Staat und der Sieg zerstörender Mächte im letzten Augenblick verhindert worden ist. Das Schicksal der organisierten evangelischen Kirche in Russland, die … aufgehört hat zu existieren, spricht eine sehr deutliche Sprache.

Diese Anerkennung und Zustimmung bedeutet nicht die Aufgabe des Rechts und des Auftrags der Kirche, den Ruf zur Buße, die Mahnung zum Gehorsam gegen das göttliche Gebot und den Hinweis auf die jenseits alles menschlichen Tuns stehende Erlösungskraft des gekreuzigten und auferstandenen Herrn in ihrer Verkündigung zum Ausdruck zu bringen….

Mit Freuden darf sie (die Kirche) feststellen, dass von der heutigen Regierung eine dringend erwünschte Reinigung der öffentlichen Zustände erstrebt wird, die sie mit ihrer Zustimmung begleiten und der sie mit ihrem Rate gern dienen wird.“

Predigt von Dr. Lempp: „Unsere Kirche in der neuen Zeit“ (Schäfer 1, 370 ff)

Aufruf des sächsischen Landesbischofs D. Ihmels (WNH 72f; vN 58f):

„Die Kirche will Volkskirche sein. Als Volkskirche durchlebt sie die tiefsten Nöte des Volkes. Als Volkskirche aber darf und soll sie sich auch all der Freude mitfreuen, die Gott ihrem Volke schenkt. Wie sollte sie dann nicht in ehrfürchtiger Dankbarkeit die ungeahnte Wandlung begrüßen, die sich vor ihr vollzogen hat. Sie kann nur den Versuch machen, diese Wandlung durch die Predigt, die ihr befohlen ist, in der Tiefe, - in Gott selbst zu verankern. Darum darf es ihr eine besondere Freude sein, dass jene Bewegung selbst schon den Zusammenhang mit Gott sucht und bewusst pflegt. Wir begrüßen mit besonderer Dankbarkeit, dass sie daran arbeitet, den Kindern im Unterricht von frühe an den Weg zum Glauben der Väter zu zeigen. Wir können nur bitten, darin fortzufahren und überhaupt alles zu tun, wodurch das heutige Geschlecht den heiligen Willen Gottes und seinem seligen Evangelium die Bahn frei gemacht werden mag. Die Kirche kann nur mahnen: Fröhlich, tapfer vorwärts, dass das alte Evangelium eine neue Macht im Volksleben werde…Zu den allerdunkelsten Blätttern der Geschichte gehört, was bis auf die jüngste Vergangenheit an Bruderhaß unter uns erlebt ist. Die Kirche will, soviel an ihr ist, alle ihre Glieder zu heiliger Gemeinschaft rufen. Wie sie ihre Glieder zu gemeinsamer Liebe zu unserem Volk rufen möchte, so möchte sie gerade auch denen, die heute zur Seite stehen, sagen, dass sie auch zu ihrem Dienst bereit ist. Die Kirche will nach jenem Wort der Schrift eine Stätte sein, da man „zusammenkommt“. Ich möchte wohl in größtem Ernst bitten, dass alle Glieder unseres Volkes die Kirche in diesem Punkt auf die Probe stellen. Es kann und es soll von allen erlebt werden: In der heiligen Gemeinschaft der Kirche gibt es auch wirkliche Gemeinschaft untereinander.“

Kolumne von Otto Dibelius im „Berliner Tag“ gegen die US-Kirchen

<u>27. März 1933:</u>

Übernahme des Stahlhelms in die SA (UF IX 231)

Telegramm der deutschen Gruppe des Protestantischen Weltverbandes:

„Wir erklären auf Ehre und Gewissen, dass Judenpogrome nicht erfolgt sind. Wir bitten dringend, bei geplanten Kundgebungen Fälschung der öffentlichen Meinung durch irrtümliche Gräuelpropaganda zu verhindern und die christliche Gerechtigkeit und Wahrheitsliebe zu achten.“ (ebd. 323)

Bischof Ihmels:

„Bitte, der Lügenpropaganda gegen Deutschland entschieden entgegen zu treten.“ (DED 118)

Reichswart Stange an christlichen Jungmännerweltbund (vN 324):

„Aufs Neue geht in diesen Tagen eine Welle von schmutziger Verleumdung über Deutschland durch die Presse weiter Teile der Welt. Aus freier Erfindung oder aus trüben Quellen schöpfend, vergiftet sie in unerhörter Weise das Vertrauen der Völker untereinander. Man verleumdet ein Staatswesen und eine Regierung, zu der sich die evangelischen Kirchen und die evangelische Jugend Deutschlands in öffentlichen Erklärungern dankbar und freudig bekannt haben...“

Stadtverwaltung Köln: Juden nicht zu berücksichtigen bei der Vergabe von Aufträgen (Walk 6)

28. März 1933:

Bericht des britischen Botschafters über die Judenfrage in Deutschland
(UF IX, 384 ff)

Parteiaufruf der NSDAP zum Abwehrkampf gegen die „Gräuelhetze“ des Judentums (Friedrichs 1, 188 ff; UF IX, 387f):

„… Nationalsozialisten, Ihr habt das Wunder volbracht, in einem einzigen Angriff den Novemberstaat über den Haufen zu rennen, Ihr werdet auch diese zweite Aufgabe genau so lösen. Das soll das internationale Judentum wissen: Die Regierung der nationalen Revolution hängt nicht im luftleeren Raum, sie ist der Repräsentant des schaffenden deutschen Volkes. Wer sie angreift, greift Deutschland an! Wer sie verleumdet, verleumdet die Nation! Wer sie bekämpft, hat 65 Millionen den Kampf angesagt! Wir sind mit den marxistischen Hetzern in Deuschland fertig geworden; sie werden uns nicht in die Knie beugen, auch wenn sie nunmehr vom Ausland aus ihre volksverbrecherischen Verrätereien fortsetzen. Nationalssozialisten! Samstag, Schlag 10 Uhr, wird das Judentum wissen, wem es den Kampf angesagt hat.“

Anordnung der Parteileitung der NSDAP zum Judenboykott (UF IX, 387f)

In Punkt 1 heißt es:

„In jeder Ortsgruppe und Organisationsgliederung der NSDAP sind sofort Aktionskomitees zu bilden zur praktischen, planmäßigen Durchführung des Boykotts jüdischer Geschäfte, jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte. Die Aktionskomitees sind verantwortlich dafür, dass der Boykott keinen Unschuldigern, umso härter aber die Schuldigen trifft.“ (UF IX, 387f)

Kapler erstattet dem Auswärtigen Amt, dem Reichsinnenministerium und dem Reichspropagandaministerium Bericht über seine Telegrammaktionen

(Dankschreiben von Staatssekretär Dr. Lammers am 8. April für den kirchlichen Protest gegen die ausländische jüdische Gräuelhetze)

Rede des Präsidenten der Oberkirchenrates der Ev.-lutherischen Landeskirche von Oldenburg D. Dr. Tielemann (WNH 73 ff: vN. 62 ff):

„Wir haben allen Grund dankbar zu sein, dass die neue Regierung die ihr verliehene Macht eingesetzt hat, um dem politischen Verbrechertum einen Riegel vorzuschieben und das zu tun, was nach urchristlicher Auffassung die erste Pflicht des Staates ist, nämlich der Bosheit zu wehren.

Gefährlicher als der schlagende Bolschewismus ist der schleichende Bolschewismus… Zu diesem schleichenden Bolschewismus gehört ja vor allem auch der sogenannte Salonbolschewismus und im weiteren die ganze Zersetzungsarbeit auf kulturellem und die Zügellosigkeit auf parteipolitischem Gebiete. Mit Recht konnte von einer entfesselten Unterwelt gesprochen werden, die das wirtschaftliche Elend unseres Volkes und die weit verbreitete innere Zermürbung benutzte, um tödliches Gift in den Volkskörper zu spritzen.

Von keiner Stelle ist so unaufhörlich und mit solchem Ernst dieser Kulturbolschewismus als der gefährlichste Feind gekennzeichnet worden als von der Kirche.

Mit Genugtuung haben wir daher feststellen können dass während der letzten Wochen ein Anfang gemacht worden ist, mit eisernem Besen der Verschmutzung des Lebens, der Bolschewisierung unserer kulturellen Einrichtungen, der Korruption ein Ende zu machen. Immer wieder haben die Organe der Kirche, z. B. der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss oder

auch freie Verbände wie der Evangelische Reichselternbund, darauf aufmerksam gemacht, dass die sogenannten Sammelschulen jeder verfassungsrechtlichen Grundlage entbehren, dass jede Karl-Marx-Schule eine Schändung deutschen Erziehungswillens sei und dergleichen."

Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz zum neuen Verhältnis von Kirche und Nationalsozialismus (UF IX 538f)

Hirtenbrief von Prälat Kühlewein, Karlsruhe (Gesetzes- und Verordnungsblatt Nr. 6, 1933)

Hossenfelder über „Rasse als Schöpfungsgabe Gottes" in: Unser Kampf (vN 320 ff):

„Das, was die Rasse schafft, ist das Volk. Volk ist nicht die Summe von Menschen, die auf einem bestimmten Lebensraum wohnen, sondern die Gemeinschaft derer, die desselben Blutes sind und dieselbe Geschichte haben. Das war mit das größte Erlebnis unserer Zeit, dass Gott Volk werden ließ. Dem Staate Freidrichs des Großen und dem Reiche eines Otto von Bismarck schenkte er den köstlichen Inhalt: das Volk. Und das hat Gott durch Adolf Hitler getan, den wir deshalb getrost den größten Mann nach Martin Luther nennen können. Nun haben wir ein deutsches Volk, und aus Glauben heraus sagen wir, dass dieses Volk Wille und Ordnung Gottes sei. Wir reden davon, dass die Rasse ihren bestimmten Geltungsanspruch hat. Der Geltungsanspruch der Rasse weist den Begriff vom Menschen als utopisch, als widergöttlich zurück. Der Schöpferwille Gottes wird neu erkannt, Gott will Völker und Rassen und will, dass die Menschen in ihrer Art bleiben, in dieser wachsen und durch sie wertvoll werden. Gott spricht in Blut und Volkstum seine gewaltige Sprache, gewaltiger als in dem Begriff Menschheit. Gott legt in Unterschiedlichkeit und Mannigfaltigkeit größere Schönheit und größeren Wert als in Eintönigkeit und Gleichheit. Wohl wissen wir, dass unser Volk nicht reinrassig ist, wie es nicht ohne Sünde und weil es nicht ohne Sünde ist. Aber wir wissen, dass es Gottes Wille ist, dass wir für Erhaltung der Rasse und Art zeugen und kämpfen…

Wir wollen uns selbst und und unser Volkstum mit gesammelten Willen und mit heiligem Blut. Wir ziehen gegen Schmarotzer und Bastarde in den Kampf, als einen heiligen Krieg, den Gottes heiliger Wille fordert. Die objektive Macht der Rasse bricht durch, wir wissen etwas davon, und wir stellen uns in ihr Licht und in ihren Diesnt, wir kämpfen für sie unter dem Zeichen des Hakenkreuzes. Damit bekommt der Glaube eine neue Sinngebung…

Wir kennen nicht die Religion des einzelnen Menschen, auch nicht die der Menschheit. Wir kennen aber Religionen der Völker und wissen deshalb, dass sie mit Rasse und Volkstum eng verbunden, also artgemäß sind. Die Haltung Gott gegenüber und die Frage nach Gott sind bei einzelnen Völkern

verschieden und bleiben verschieden. Anders ist die religiöse Haltung des Inders, anders die des Chinesen, anderes die des Negers, anders die des Semiten, anders die des nordischen Menschen. Das ist in der Schöpfungsordnung so gewollt, und jeder Nivellierungsversuch verstößt gegen Gottes Willen und endigt mit der Entseelung des Volkes. Ist die Frage nach Gott unter den Völkern der Erde verschieden, so ist die Antwort Gottes einmalig und absolut. Gott antwortet allen Völkern im Evangelium. Jesus verpflichtet seine Jünger, das Evangelium allen Völkern zu bringen und sein großer Apostel hat bei der Verkündigung des Evangeliums gewusst, dass er das Volkstum des betreffenden Volkes nicht zerstören darf und an der religiösen Haltung des Volkes anknüpfen muss. Wie kann ein Volk die Antwort Gottes verstehen, wenn man es lehrt, seine eigene Frage nach Gott zu vergessen und seine Haltung gegenüber Gott aufzugeben. Das ist die Tragik in unserem Volke, dass wir bei der Verkündigung des Evangeliums, als der Macht aller Lebensmächte, in deutschen Kirchen und Schulen immer wieder anknüpfen bei der religiösen Frage der Juden. Wir bringen unsere Kinder und die Menschen unter unseren Kanzeln erst in die fremdartige Lebens- und Glaubenshaltung des jüdischen Volkes und dürfen uns nicht wundern, wenn unser Volk, der artgemäßen Frage und Glaubenshaltung entwöhnt, die Antwort Gottes nicht versteht und das Evangelium nicht ernst nimmt. Wir verlangen und sehen eine Differenzierung von Neuem und Altem Testament. Was im Alten Testament Volksreligion und Volksgeschichte ist, gehört nicht in unsere evangelische Kirche und in unsere deutsche Schule, was in ihm aber Prophetie und Gottes Antwort ist, ist ewiges Gut aller Völker, auch unseres Volkes. Wir müssen lernen, Kultus und Lebenshaltung eines Volkes zu vergessen, das in diesen Dingen tief unter unserem Volke steht, dessen Kultus sich an das Körperliche, Geschlechtliche bindet. Bundeszeichen und Eidesabgabe des jüdischen Volkes sind mit dem Geschlechtlichen verbunden.“

Fritz Kessel: Appell an die Pfarrer (vN 356):

„Judenstämmlinge dürfen auf Kanzeln und in höheren kirchlichen Ämtern nicht länger geduldet werden. In einem Augeblick, wo der Staat mit dem Aufgebot aller Machtmittel gegen die verderblichen Folgen des jüdischen Giftes ankämpft, darf die Kirche nicht die Hand dazu bierten, dass der Gedanke der großen Volksabwehr irgendwie beeinträchtigt wird.. Jüdische Pastoren sollten lieber im Gehorsam gegen den Missionsbefehl des Heilandes das Evangelium verkündigen dem unerlösten Judentum in unauslöschlicher Liebe zu ihrem Fleisch und Blut. Ich bitte aus allen Gauen um baldmöglichsten Bericht, wo in den Gauen Judenstämmlinge als Pfarrer oder in höheren kirchlichen Ämtern tätig sind.“

Bekanntmachung des Bayrischen Kultusministers Hans Schemm über die religiöse und nationale Haltung der Lehrkräfte an den Schulen (Nic I, 28f):

„1. Unsere Schulen, ebenso wie unser Staat, stehen auf nationaler und christlicher Grundlage.

2. Da auf den Schultern der Lehrer und Erzieher unseres bayrischen Volkes das Schicksal Bayerns für die Zukunft ruht, will das Ministerium eine Erzieherwelt in Bayern schaffen, die jeglichem Marxismus und Freidenkertum feindlich gegenübersteht und deren Stützen zerbricht.

3. Lehrer, deren freidenkerische und marxistische Grundsätze in der Schule sich auswirken, können für die Zukunft mit einer Ausübung ihrer Lehrtätigkeit an bayrischen Schulen nicht mehr rechnen.

4. Es ist fernerhin das Ziel des Kultusministeriums, dass jedes Kind an bayrischen Schulen mit den Grundsätzen des christlichen und nationalen Staates vertraut gemacht wird. Es richtet deshalb an die gesamten Erziehungsberechtigten und an die Erzieherwelt unseres Landes den ernsten Appell, dass dieses Ziel: „Kein Kind in Bayern ohne nationale und christliche Erziehung" baldmöglichst verwirklicht wird.

Bayern! Wendet euch ab vom Freidenkertum – hin zum Christentum.

Bayern! Wendet euch ab vom Internationalismus – hin zu Volk und Vaterland.

5. Der Staat wird mit allen Machtmitteln die Grundfesten unseres Staatslebens: Die Wehr, die Ehre, die Vaterlandsliebe, den Gottesglauben, die Vater- und Mutterliebe im Kinde zu verankern wissen.

6. Der Unterricht hat in allen Lehranstalten Bayerns mit Gebet zu beginnen und zu schließen.

7. Im Schulgebet soll die Bitte um das Gelingen der Arbeit unseres Volks, um den Wiederaufstieg des geknechteten Vaterlandes, die Fürbitte für die verantwortlichen Männer der Nation, mithin für Reichspräsident und Reichskanzler, und endlich der Dank an den Schöpfer und Erhalter der Völker für die Hilfe an unserem Volk tagtäglich zum Ausdruck kommen. Im Übrigen wird es dem religiösen und nationalen Lehrer gelingen, das Schulgebet nicht zu einer inhaltslosen Formel herabsinken zu lassen.

8. Aus dem Religionsunterricht ist aller intellektualistischer Betrieb fernzuhalten. Religionsunterricht ist nichts anderes als Dienst an der Seele des Kindes. Der Gottesglaube und der Persönlichkeitswert des Lehrers und Erziehers müssen in einem lebenswahren, von religiöser Innigkeit erfüllten Unterricht zum Ausdruck kommen.

9. Bei der Unterrichts- und Erziehungsarbeit hat sich gebührend der hohe Wert der beiden christlichen Konfessionen, ihre Bedeutung für das bayrische und deutsche kulturelle und religiöse Leben der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auszuwirken.

10. Gemäß unserer Parole: „Unsere Religion heißt Christus, unsere Politik heißt Deutschland“ reichen sich in christlichem Sinne beide Konfessionen die Hand zu gemeinsamer kultureller Aufbauarbeit und zum Dienen für das Ganze, für Gott und Volk, und damit im Kampf gegen den gott – und volkszerstörenden Marxismus und Bolschewismus.

Christentum und Deutschtum sind die obersten Gesetze eines jeglichen Unterrichts.“

29. März 1933:

Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe (Münch 91f)

Kundgebung des Hessischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes:

„Evangelischer Glaube und Vaterlandsliebe sind die beiden starken Triebkräfte des sittlichen Handelns, die leuchtenden Sterne unseres Lebens. Es ist die geschichtliche Bedeutung der Reformation, dass sie die unzertrennliche Verbundenheit beider dargetan hat. Evangelischer Glaube gibt uns das getroste Gewissen, unser deutsches Volk aufs innige zu lieben; und wahres Volkstum erneuert sich immer wieder aus den Tiefen echter Frömmigkeit. Darum bekennen wir uns freudig zu der völkischen Neugeburt. Denn wir litten darunter, dass undeutscher und unchristlicher Geist dem Volkstum geschadet und den Glauben zersetzt hat. Jetzt aber haben wir das heiße Sehnen, dass sich mit der deutschen Volksgemeinschaft auch das Glaubensleben der deutschen aus dem Geist der Reformation verjünge und zu neuer verantwortungsbewusster Gemeinschaft führe.

Wir wollen, dass über der gewaltigen Volksbewegung unserer Tage nicht vergessen wird: Was jetzt gebaut wird, kann nur gebaut werden im Anschluss an die gewaltigste deutsche Volksbewegung, die deutsche Reformation, im Geiste des größten deutschen aller zeiten: Martin Luthers.“ (WNH 75)

Aufruf zum planmäßigen Boykott jüdischer Waren, jüdischer Ärzte und jüdischer Rechtsanwälte durch die Parteimitglieder

(Walk 6)

Vorausgegangen waren eine Reihe von Verordnungen, die das Ziel hatten, Juden aus dem gesellschaftlichen Leben auszugrenzen:

- **Jüdische Rechtsanwälte und Notare dürfen nicht mehr in öffentlichen Rechtsangelegenheiten tätig sein**

- **Juden sind nicht mehr berechtigt, Geschwisterermäßigungn in Anspruch zu nehmen**
- **Jüdische Firmen sind nicht mehr bei Erteilung von öffentlichen Aufträgen zu berücksichtigen**
- **Auszuschalten sind jüdische Einflüsse in der Presse und im Anzeigenteil**
- **Zu entlassen sind sämtliche jüdische Wohlfahrtsärzte**
- **Jüdische Richter und Staatsanwälte sind zu entlassen**
- **Jüdischen Schulärzten ist zu kündigen**
- **Städtische Spiel-und Sportplätze dürfen von Juden nicht benutzt werden**
- **Jüdische Lehrer sind zu beurlauben**

<u>30. März 1933:</u>

Boykottaufruf des „Zentralkomitees zur Abwehr der jüdischen Gräuel und Boykotthetze“ durch Julius Streicher (UF IX, 389 ff), in dem es zum Schluss heißt:

„Mit den Glocken von Potsdam wurde ein neues Deutschland eingeläutet. Ein Deutschland, das die Hoffnung der Juden zerbrach, ihr Drohnen- und Blutsaugerleben im deutschen Volk ungehindert weiterführen zu können. Die marxistischen und bürgerlichen Judenschutzparteien liegen zerschlagen am Boden, und damit ist zerbrochen die jüdische Hoffnung, die verlorene Herrschaft über das deutsche Volk von innen her zurückerobern zu können. Darum die jüdische Wut. Darum der jüdische Haß. Darum die jüdische Gräuel- und Boykotthetze im Ausland.

Aber auch diese letzte Hoffnung soll zuschanden werden! Millionen deutsche haben mit Sehnsucht auf den Tag gewartet, an dem das deutsche Volk in seiner Gesamtheit aufgerüttelt würde, auf dass es endlich im Juden den Weltfeind erkenne. Alljuda wollte dem deutschen Volk Böses und hat das Gute geschafft. Am Samstag, dem 1. April, vormittags 10 Uhr, beginnt des deutschen Volkes Abwehraktion gegen den jüdischen Weltverbrecher. Ein Abwehrkampf hebt an, wie er durch all die Jahrhunderte herauf nie zuvor gewagt worden war. Alljuda hat den Kampf gewollt, es soll ihn haben! Es soll ihn solange haben, bis es erkannt haben wird, dass das Deutschland der Braunen Bataillone kein Deutschland der Feigheit ist und der Ergebung. Alljuda soll den Kampf solange haben, bis der Sieg unser ist! Nationalsozialisten! Schlagt den Weltfeind! Und wenn die Welt voll Teufel wäre, es muss uns doch gelingen.“ (ebd. 390f)

Telegramm der methodistischen Kirche nach England und USA über die angeblichen Gräueltaten gegen Juden in Deutschland (WNH 376f)

Wort der israelitischen Gemeinde Frankfurt a. M.:

„Nichts kann uns unsere tausendjährige Verbundenheit mit unserer deutschen Heimat rauben, keine Not und Gefahr kann uns den von unseren Vätern ererbten Glauben abspenstig machen… So gedenkt der Worte, die wir am bevorstehenden Pessach-Fest, dem Fest der Befreiung, von alters her sprechen: Von Geschlecht zu Geschlecht sind sie gegen uns aufgestanden, um uns zu vernichten, aber der Heilige. Gelobt sei Er, hat uns aus ihrer Hand errettet.“

Telegramm der“ Reichsvertretung der deutschen Juden“ an den EOK (RTh 141f):

„Die deutschen Juden erhoffen gegenüber den gegen sie gerichteten Bedrohungen ein baldiges Wort, das im Namen der Religion von der evangelischen Kirche in Deutschland gesprochen wird.“

Telephonischer Protest von Pechmann beim DEKA:

„Kirche soll ein ernstes und entscheidendes Wort gegen die jetzt inszenierte Boykottierung der Juden in Deutschland sprechen.“ (Scholder 338f)

31. März 1933:

„Erstes Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“

(Friedrichs 181 ff; Münch 41 ff: UF IX, 107 ff)

Erlass des Reichskommissars für das preußische Justizministerium Hanns Kerrl an die Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsanwälte (UF IX, 391f)

Rede von Goebbels in den Berliner Tennishallen (in: Revolution der Deutschen, 155 ff)

Telegramm von Pechmann an das Kirchenbundesamt (RTh 144):

„Nachträglich erfahre ich, dass die hervorragenden Kreise, welche die beiden christlichen Kirchen bitten, in gefahrvoller Stunde ihre Stimme zu erheben,

sich schriftlich auch an den Herrn Reichspräsidenten und den Herrn Reichskanzler wenden. Dies zur Ergänzung meiner telephonischen Vorstellung. Im übrigen sei mir gestattet, auch an dieser Stelle eindringlich und mit allem, was mir an innerster Überzeugung zu Gebote steht, die Erklärung zu wiederholen, dass ich es für verhängnisvoll halten werde, wenn unsere Kirche in solcher Stunde schweigen wollte – Verehrungsvoll Baron Pechmann"

Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft für Albert Einstein, der am 5. April an die Preußische Akademie der Wissenschaften schreibt:

„Ich erkläre… den Zustand im jetzigen Deutschland als einen Zustand psychischer Erkrankung der Massen … In einem Schriftstück, das ich der internationalen Liga zur Bekämpfung des Antisemitismus zu Werbezwecken überließ, … forderte ich ferner alle besonnenen und den Idealen einer bedrohten Zivilisation treu gebliebenen Menschen auf, alles daran zu setzen, dass diese in Deutschland in so furchtbarer Weise sich äußernde Massen-Psychose nicht weiter um sich greift."

In Preußen Ende März etwa 10.000 Personen in Schutzhaft

Ausscheiden sämtlicher jüdischer Wohlfahrtsärzte aus dem städtischen Dienst (Walk 7)

Beurlaubung jüdischer Richter und Staatsanwälte in Bayern und Preußen, Verbot des Betretens der Gerichtsgebäude (Walk 7

Kündigung jüdischer Schulärzte in Bayern (Walk 7)

Köln verbietet Juden die Benutzung städtischer Spiel- und Sportplätze und verbietet die Beschäftigung von Juden, auch von getauften Juden und von Nichtjuden, die mit Juden verheiratet sind (Walk 7)

<u>1. April 1933:</u>

Gespräch des Kirchenpräsidenten Kapler mit dem Innenminister Frick (Schäfer 2, 52 ff)

Beurlaubung aller jüdischen Lehrkräfte in den Berliner Schulen (Walk 9)

<u>1. – 3. April:</u>

Von der Partei organisierter „Judenboykott" gegen jüdische Geschäfte, Ärzte, Juristen und Studenten

Rundfunkrede von Goebbels gegen die Gräuelhetze des Judentums
(Friedrichs 1, 193 ff)

Alfred Rosenberg an der Spitze des Außenpolitischen Amtes der NSDAP

Vertraulicher Brief von Kapler an die Obersten Kirchenbehörden des Evangelischen Kirchenbundes über die Bildung einer Deutschen Evangelischen Reichskirche

(Schäfer 2, 32 ff)

Kritischer Brief von Wilhelm Menn an Stoltenhoff (Scholder, 340)

Protest von Pechmann (ebd. 338f):
„Aber so sehr all diese Stimmen auch drängten: die Kirche als ganze blieb stumm. Kein Bischof, keine Kirchenleitung, keine Synode wandte sich in den entscheidenden Tagen um den 1. April öffentlich gegen die Verfolgung der Juden in Deutschland."

2. April 1933:

Artikel von Wilhelm Kube im „Märkischen Adler": „Das wahre Gesicht des Generalsuperintendenten" (gegen Dibelius) (GB 68)

Arthur Bach: „Evangeliumsbotschaft in der seelischen Zeitnot" (ebd. 15/1933)
Paul Le Seur: „Von der Verantwortung der Kirche" (DED 147/1933)

Prälat Schoell: „Gebt dem Staate, was des Staates und der Kirche, was der Kirche ist!"

Ein kirchliches Wort zur Zeitlage (DEB 14/1933)

Anfang April 1933:

Stellungnahme der reformierten Kirchenzeitung zum Judenboykott

(vN 324 ff):

„…Zur Auswanderung werden nur die Ostjuden gezwungen, die sich ohne Erlaubnis in Scharen bei uns eingenistet haben, und freiwillig wandern nur solche Juden aus, die merken, dass sie in einem wieder anständig werdenden

Deutschland keine Wirksamkeit mehr entfalten können, wie Emil Ludwig, geb. Cohn, L. Feuchtwanger, Einstein und ähnliche.“

Der Niederstettener Pfarrer Hermann Umfrid nimmt Stellung zum örtlichen Judenpogrom (RTh 118 ff)

Briefwechsel zwischen Hindenburg und Hitler über die Entlassung jüdischer Beamter (UF IX, 393 ff)

Brief des Schwedischen Erzbischof Eidem an den Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss (DEKA) (Boyens, 290f):

„Der Schwedische Ökumenische Ausschuss – eine Vertretung schwedischer kirchlicher Gemeinschaften – der falsche Nachrichten über die gegenwärtigen Verhältnisse in Deutschland und den Boykott deutscher Waren im Ausland aufrichtig bedauert, hegt ernste Besorgnis wegen der antisemitischen Aktion in Ihrem Land, wie sie in offiziellen Kundgebungen und Maßnahmen vorliegt. Wir beten und hoffen, dass es den deutschen evangelischen Kirchen mit Gottes Hilfe möglich sein wird, für die echtchristlichen Grundsätze erfolgreich zu wirken, für die Sie in Ihrer Kunggebung vor den letzten Wahlen eingetreten sind, „Je mehr des Hasses, desto mehr Liebe!“

Aus brüderlicher Gesinnung liegt es uns daran, in dieser Sache Fühlung mit Ihnen zu haben und Ihre Gedanken weiter zu hören.“

Jüdische Rechtskandidaten nicht mehr zum Referendariat zugelassen (Walk 9)

Jüdische Ärzte in Münchener Krankenhäuser dürfen nur noch jüdische Patienten behandeln (Walk 10)

Der deutsche Boxer-Verband schließt Juden von der Beteiligung an Wettkämpfen aus (Walk 10)

Die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ hält vom 3. – 5. April 1933 ihre erste Reichstagung in Berlin ab, *s. „Volk und Kirche.“ Die amtlichen Berichte der ersten Reichstagung 1933 der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, Heft 4 der Schriftenreihe der „Deutschen Christen“; KJ 23 ff)*

Im Ehrenausschuss sind Hermann Göring und Wilhelm Frick. Die Eröffnungsrede von Wilhelm Kube und die Rede von Wilhelm Frick werden im Rundfunk übertragen.

Aus der Eröffnungsrede von Kube:

„ … Wenn ich hier weniger in meiner Eigenschaft als Oberpräsident von Berlin und Brandenburg, sondern vielmehr als Führer der Preußischen Landtagsfraktion der NSDAP und damit der Mehrheit des Parlaments in Preußen das Wort zur Begrüßung an Sie richte, darf ich vorweg sagen: Ich fühle mich Ihnen und Ihrer Arbeit von Anfang an verbunden und Sie dürfen die Gewissheit entgegennehmen, dass die Preußische Landtagsfraktion der NSDAP rücksichtslos mit allen ihr zu Gebote steh3enden Mitteln des Etatsrechts und der durch den Kirchenvertrag uns gegebenen Personalpolitik mder Umstellung in unserem Volke auch auf dem Gebiete der Kirchenpolitik Rechnung tragen wird.

Darum weise ich an dieser Stelle den unerhörten Angriff des Generalsuperintendenten der Kurmark, Dr. Dibelius, gegen unsere Bewegung zurück.

Sie, meine Freunde, werden die 211 Mann der Preußenfraktion als Ihren Schutz und als Ihre Vorkämpfer sehen bei dem Bestreben, die deutsche Revolution im Sinne martin Luthers auch im20. Jahrhundert voran zu tragen“ (Nic 29f)

<u>Programm der Reichstagung (in: Volk und Kirche):</u>

Joachim Hossenfelder: Begrüßung

- *Friedrich Wieneke: Theologie und Hochschule (10-14) (vN 151 ff)*
- *Ders.: Die Deutschen Christen und die Theologie der Gegenwart (14-15)*
  Ders.: Theologie und Politik (16f) (Dazu kurze Aussprachen)
- *W. Hoff: Was erwartet die Kirche von der theologischen Jugend und was erwartet die theologische Jugend von der Kirche? (17-19)*
- *Friedrich Peter: Die organisierte Jugend im neuen Reich (19-24)*
- *Alfred Bierschwale: Kultur und Zivilisation (24f)*
- *Guida Diehl: Der Dienst der deutschen Frau am Christsein (25-32)*
- *Dr. Friedrich Werner: Die Rechtsgrundlage der kommenden Reichskirche (32f) (vN 158f)*
- *Schulrat Freitag: Religionsunterricht und Schule (33-35)*
- *Karl Themel: Die Vernichtung der Gottlosenbewegung (35-39) (vN 156 ff)*
- *Superintendent Grell: Agende und Gesangbuch (39-42)*
- *Siegfried Nobiling: Kirchliches Führertum (43-48) (vN 160 ff)*
- *Pfarrer Dr. Thom: Die deutschen Christen im Ausland (48-50)*
- *Pfarrer Heidenreich: Reich Gottes und Vaterland (50-52)*
- *Pfarrer D. Freitag: Presse und Propaganda (52f)*
- *Pfarrer Fritz Kessel: Appell an die Pfarrer (52-55)*
- *Schulrat Freitag: Organisationsgrundsätze der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ (56f)*

Hossenfelders Begrüßung:

„Nach jenen glücksvollen Tagen, dem 30. Januar und dem 5. März, wissen wir deutschen Menschen wieder, was eine Zeit der Erfüllung ist. Durch Gottes Fügung ist ein urmächtiger Wille der Besten des Deutschen Volkes aus dem Bereich des Wunsches in den der Wirklichkeit gehoben. In seiner Mehrheit bekannte sich das deutsche Volk zu einer Freiheitsbewegung, die unter der Führung eines der Großen deutscher Geschichte den Willen nach Freiheit, Ehre, Sittlichkeit und Religion in sich verkörpert. Die Maßnahmen, die unsere Regierung auf allen Gebieten nationalen Lebens trifft, zeigen, dass jene Männer, die jetzt die höchsten Ämter des Staates bekleiden, das Vertrauen rechtfertigen, das ihnen eine sich im Aufbruch befindende Nation schenkte. Die zahllosen Opfer des Weltkrieges und der letzen 14 Jahre, die Toten der feldgrauen und braunen Armeen, bekommen ihren eigentlichen Sinn als Saat für einen Erntetag, der sonnig und stolz anbricht. Was in der Seele des deutschen Volkes vorgeht, bringt kein anderes Lied so zum Ausdruck als der Choral von Leuthen: „Nun danket alle Gott!“

Voll Achtung und Stolz schauen wir auf den hinter uns liegenden gewaltigen Kampf. Es ging nicht um Wirtschaft und Politik, um Kunst und Kultur, es ging um das Volk schlechthin. Dem Staate friedrich des Großen, dem Reiche des eisernen Kanzlers, sollte der Inhalt gegeben werden – das Volk. Im Weltkriege und in den Kämpfen der Nachkriegszeit, in der feldgrauen Uniform und in dem braunen Rocke Adolf Hitlers, erlebten wir die Wirklichkeit des Volkes. Das war kein Rausch, keine Begeisterung, die schnell verfliegt, kein Sonntagsglaube oder Paradepatriotismus, sondern das war tiefstes Erleben des jungen Geschlechtes.. Gott sprach: Es werde Volk und es ward Volk.“

Damit bekommt der Glaube eine neue Sinngebung. Bisher gab allenfalls das Ìch` dem christlichen Glauben noch einen Sinn. Das Ìch` mit seiner Not und seiner Schuld, mit seinem Verlangen nach Erlösung und Heiligung stand im Mittelpunkte. Vom Ich her, von der Aufklärung her kamen unsere kirchenpolitischen Parteien und mussten so unschöpferisch werden und mit ihnern die Kirche , die sie mit sich selbst identifizierten.

Vom Volk her bekommt der Glaube der Gegenwart seinen eigentlichen Sinn. Dem deutschen Volke, in dem einer sich an den anderen verliert, der gliedhaften Einordnung aller deutschen Menschen, dem will Christus begegnen.

Wo das geschieht, ist Kirche und gemeinde. Das ist das hohe Ziel der Glaubensbewegung „Deutsche Christen, dass Christus und Volkstum sich begegnen, dass Kirche und Volk zusammenklingen. Es wird uns dieses Ziel gelingen, wenn wir Christus und Volkstum in ihrer eigentlichen Wirklichkeit ganz ernst nehmen. Wir werden das tun,
um unserer Väter willen,

um unserer Brüder willen,
und um unserer Kinder willen.“ (5)

Friedrich Peter: Kirche und Volk (6-10):

Anfangs bekennt er, dass die GDC auf den Grundlagen des apostolischen

Bekenntnisses und der reformatorischen Sicht der Offenbarung steht.

Deshalb gilt:

„Die Kirche ist und bleibt die Gemeinschaft all der Menschen auf Erden in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, die Jesus Christus als den Mittler zwischen Gott und Mensch erkannt und im Glauben erlebt haben. Wer sich von dieser Erkenntnis und diesem Glaubenserlebnis trennt, ist zum mindesten nach seiner Lehre kein Christ mehr. Ein Mensch kann ohne die gläubige Anerkennung dessen, was Christus durch sein Leben und durch sein Opfer für ihn und das Heil seiner Seele getan hat, kein Christ genannt werden. Man braucht wahrhaftig kein Theologe zu sein, um diese einfache und schlichte Wahrheit klar zu vertreten und zu bezeugen. Ein Christ hat eben einen Heiland, und es ist sein ineres größtes Glück, dass er einen solchen Heiland hat. Es soll uns nicht belanglos sein, dass unsere Reichstagung just in die Zeit des Kirchenjahres fällt, in der die Passionsglocken uns daran erinnern, dass ein Erlöser sich für uns am Kreuz verblutet hat. Denn auch wir glauben an diesen Erlöser und wissen, dass er heute noch Frieden und Heil in die Menschenseele bringt, die sich ihm gläubig auftut. Hier heißt es auch für uns: Einen anderen Grund kann niemand legen, außer dem, der gelgt ist – Jesus Christus. Und dieser Grund ist jedem Menschen im Glauben zugänglich, wo immer er auch geboren werde auf Erden.Er kann mit auf diesen Grundtreten, aus welcher Rasse er stammen und welche Sprache er sprechen möge. Christus ist tatsächlich aller Menschen Heiland, die an ihn glauben. Es gibt also eine heilige, allgemeine, christliche Kirche.“ (6f)

Aber es gibt „Schöpfungsordnungen“ (Familie, Sippe, Stamm, Volk), in die Gott die Menschen einbindet. Es gibt also einen doppelten Ruf Gottes: in die Kirche und zum Volk. Die Kirche hat in der jetzigen Situation die Aufgabe, die Kirche und das Volk zu einem neuen Bund aufzurufen. Und sie muss der Anwalt der sozialen Gerechtigkeit sein und die „heilige Selbstlosigkeit“ predigen und leben:

„Denn um das Heer der Gottlosen zu besiegen, um die Millionen der Arbeitslosen zur Tat zu führen, brauchen wir eine Armee der Selbstlosen. In der Kirche schlummert das Geheimnis, solch eine Armee auf den Plan zu

bringen. Sie stelle sich heraus. Und wir wollen uns verpflichten, mitten in ihr drin zu stehen.
Dann möge das Große geschehen, was wir vom Herrn aller Herren erbitten. Dann möge das Volk zur Kirche kommen und die Kirche zum Volke.“ (10)

In allen folgenden Reden wird immer wieder Bezug genommen auf die „Die

Richtlinien der Glaubensbewegung Deutsche Christen“ vom 26. Mai 1932

Auf der Reichstagung wird am 5. April 1933 dieses Bekenntnis beschlossen:

„Gott hat mich als Deutscher geschaffen. Deutschtum ist Geschenk Gottes. Gott will, dass ich für mein Deutschtum kämpfe. Kriegsdienst ist in keinem Falle Vergewaltigung des christlichen Gewissens, sondern Gehorsam gegen Gott. Der Gläubige hat einem Staate gegenüber, der die Mächte der Finsternis fördert, das Recht der Revolution; dieses Recht hat er auch einer Kirchenbehörde gegenüber, die die nationale Erhebung nicht vorbehaltlos anerkennt. Die Kirche ist für einen Deutschen die Gemeinschaft von Gläubigen, die zum Kampf für ein christliches Deutschland verpflichtet ist. Das Ziel der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ ist eine evangelische deutsche Reichskirche. Der Staat Adolf Hitlers ruft nach der Kirche, die Kirche hart den Ruf zu hören.“ (vN 165)

Bericht von Karl Themel „Kirche in der Zeitenwende“ (DEB 144f)

Schairer: „Revolution in der Kirche?“ (Schäfer 2, 19f)

Weitere Stellungnahmen (Schäfer ebd. 20 ff)

Ein offenes Wort an Herrn Generalsuperintendent D. Dr. Dibelius von einem deutschen Christen

Protest des EOK gegen Rede von Kube (GB 69 ff)

<u>4. April 1933:</u>

Erklärung der Reichsregierung über den Abbruch des Boykotts gegen die jüdischen Geschäfte (UF IX, 392):

„Die Reichsregierung hat mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, dass der Abwehrboykott gegen die deutschfeindliche Hetze seine Wirkung

im Ausland nicht verfehlt hat. Abgesehen von kleineren Überbleibseln der Greuelhetze gegen Deutschland ist im übrigen die Hetze vollkommen abgestellt worden. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, dass es keinen Zweck hat, gegen diese Überbleibsel im Wege des Boykotts weiter vorzugehen, zumal es sich hier um eine Hetz handelt, die ihren Ausgang bei den Kommunisten hat. Der deutsche Abwehrboykott wird also am Mittwoch vormittag (5. April 1933) nicht mehr aufgenommen, da er überflüssig geworden ist.

Die Reichsregierung betont jedoch, dass die Abwehrorganisation der Nationalsozialistischen Partei noch aufrechterhalten bleibt, so dass für den Fall eines Wiederauflebens der Hetze der Abwehrkampf jederzeit wieder einsetzen könne."

Brief von Hindenburg an Hitler (UF IX, 393)
Antwort Hitlers (ebd. 393 ff)

Gesetz zur Abwehr politischer Gewalttaten (Münch 92)
Gesetz über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereine (UF IX, 625 ff)

Ansprache von Dibelius über Kurzwellensender an die amerikanischen Christen

(Ökumenisches Archiv in Genf, Scholder 341f):

„Die Kirche kann und darf den Staat nicht daran hindern, mit harten Maßregeln Ordnung zu schaffen. Aber sie hat den dringen Wunsch, dass bald die Stunde schlagen möchte, in der die Gewalt nicht mehr nötig ist, sondern eine neue, gefestigte Ordnung im Staatsleben Raum lässt für Liebe und Gerechtigkeit. Das wird davon abhängen, ob draußen in der Welt die Agitation gegen Deutschland aufhört oder nicht…Sie werden es erleben, das das, was jetzt in Deutschland vor sich geht, zu einem Ziele führen wird, für das jeder dankbar sein kann, der deutsches Wesen liebt und ehrt! "

<u>6. April 1933:</u>

Kundgebung der Hessischen Kirchenleitung (vN 67f):

„Die evangelische Kirche bekennt sich heute so gut wie in den Tagen der Väter in Treue zur deutschen Heimat, in der sie nach Gottes Willen gewachsen ist. Evangelischer Glaube ist aufs engste verbunden mit deutschem Volkstum, das seine Eigenart, seine Seele, sein Denken, seinen treuen und tapferen Sinn weithin aus den ewigen Quellen der Reformation empfangen hat. Protestantisches Denken bejaht die deutsche Nation, die vom Herrn aller Geschichte geschaffen ist und aus Not und Trübsal ihren Weg zu Recht und

Freiheit in der Welt gehen will. Deutsches evangelisches Christentum steht zum Deutschen Reiche, zu dessen Dienst es sich von Gott durch das Evangelium berufen weiß. Diese hohen Güter der Nation hat die evangelische Kirche durch alle Zeiten durch Krieg und Revolution in treuen Händen gepflegt. Sie braucht sich also hier nicht umzustellen…"

Aufruf der evangelischen Arbeitervereine (ebd. 68f):

„… Wir rufen unsere evaangelischen Arbeitervereine auf! Die neue Lage schafft auch für uns neue Aufgaben, die es klar zu erkennen gilt: Wir müssen aus der äußeren Zertrümmerung des Marxismus eine innere Überindung und Gewinnung der Menschen machen. Laßt uns mit dem freudigen Ja zum neuen Reich den verstärkten Willen verbinden, unsere Sendung zu erfüllen."

Hitler über das Christentum im Gespräch mit Hermann Rauschning

(Nic I, 31 ff)

Verbot, Hochschulassistentenstellen mit Juden zu besetzen (Walk 11)
Keine Zulassung mehr für Juden als Steuerberater (Walk 11)

7. April 1933:

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Münch 29 ff):

„§ 3: Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.

Das gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen sind.."

Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich: „Reichsstatthaltergesetz" (UF IX, 111f)

Rücktritt von Papens im Brief an Hitler

Gespräch Kaplers mit Vertretern der großen Landeskirchen

(Einladung: Schäfer 2, 37)

In Bayern keine Zulassung mehr für jüdische Medizinstudenten (Walk 13)

Im April 1933:

Kundgebung des Alten Verbandes deutscher evangelischer Lehrer und Lehrerinnen (vN 69):

„Der Alte Verband deutscher evangelischer Lehrer und Lehrerinnen bekundet seine große Freude und Genugtuung, dass eine nationale Regierung die Leitung des Staates übernommen hat, um Volk und Vaterland dem drohenden äußeren und inneren Untergang zu entreißen.

Es erfüllt den Verband mit ganz besonderer Freude, dass die führenden verantwortlichen Staatsmänner offen und klar gelobten, den Wiederaubau auf christlich-nationaler Grundlage durchführen zu wollen.“

Erklärung der evangelischen Jugend (ebd. 70):

„Eine neue Stunde deutscher Geschichte schlägt. Hart am Abgrund des Bolschewismus wurde Deutschlands Schicksal noch einmal zurückgerissen. Eine starke Staatsführung ruft alle Deutschen zu letzter Verantwortung. Die gottgesetzten Grundlagen von Heimat, Volk und Staat werden wieder neu erkannt. Das Volk steht auf. Eine Bewegung bricht sich Bahn, die eine Überbrückung der Klassen, Stände und Stammesgegensätze verheißt…
Darum kann die Haltung der jungen evangelischen Front in diesen Tagen keine andere sein als die einer leidenschaftlichen Teilnahme an dem Schicksal unseres Volkes und zugleich eine radikale Entschlossenheit, wie sie das Wort Gottes fordert.“

Erklärung des Reichsverbandes deutscher evangelischer Schulgemeinden (ebd. 70f):

„In herzlicher Freude über den Aufbruch der deutschen Nation und über die Wendung der Verhältnisse in Volk und Vaterland wird er, seinem alten Programm getreu, sich einsetzen für eine christlich-nationale Erziehung in Schule und Elternhaus und für die Gesundung der deutschen Familie, der Keimzelle des Volkstums, und der Nation. Der Reichsverband gibt dabei seiner Überzeugung Ausdruck, dass dem deutschen Volke nichts notwendiger ist als seine Durchdringung mit den Lebenskräften des reichen biblisch-reformatorischen Evangeliums!... “

Erklärung des Reichselternbundes (ebd. 71):

„Die …evangelische Elternbewegung Deutschlands steht, getreu ihrer Vergangenheit, zu dem durch die nationale Erhebung geborenen neuen Staat. Sie begrüßt die von den Führern der Regierung festgelegten Grundsatz der

Erziehung und vertraut darauf, dass von der Regierung das gottgegebene Erziehungsrecht der deutschen Familie anerkannt wird.“

Erklärung der Pfarrervereine (ebd. 71f)

„Es ist der geschichtliche Beruf des evangelischen Pfarrerstandes, den er auch in schwersten Zeiten mit Treue erfüllt hat, die deutsche Volksgemeinschaft durch die ewige göttliche Botschaft des Evangeliums zu wahren und zu pflegen. In bewusstem freudigen Anschluss an die Bewegung der nationalen Erneuerung werden wir auch dem neuen Reich mit dieser uns anvertrauten Gabe in Treue dienen.“

Kundgebung des Ev. Frauenbundes (ebd. 72):

„Der Deutsch-Evangelische Frauenbund bekennt sich zu Gott als den Herrn der Zeiten. Er nimmt die nationale Erhebung, die wir erleben durften, mit tiefem Dank aus seiner Hand.
Der Kirche verantwortlich zugeordnet, steht der Deutsch-Evangelische Frauenbund mit ihr freudig hinter der nationalen Regierung. …
Als Frauenbund sucht er Verständnus für die besondere Sendung der Frau zu erwecken. Er weiß ihr Wesen als Gott gegeben und ihre Aufgaben bestimmend. In Ehe und Familie, in Beruf, Volk, Kirche und Staat hat die mütterliche Frau neben der Arbeit des Mannes wesenseigene Werte zu schaffen…“

Kundgebung des Gnadauer Verbandes (ebd. 72f):

„Gottes hohe Hand hat durch den nationalen Aufbruch gewaltig in unser Volk eingegriffen. Durch den Sturmwind der nationalen Bewegung hat er es von den glaubens- und vaterlandslosen Strömungen losgerissen und zurckgeführt zu den gottgegebenen Grundlagen in Ehe, Familie, Volk und Staat….“

Entlassungen aus dem Staatsdienst: Prof. Karl Ludwig Schmidt, Lic. Ernst Fuchs, Prof. Otto Pieper

8. April 1933:

Rede Hitlers auf Massenappell der SA in Berlin: „Deutschland ist nun erwacht“

(Völkischer Beobachter v. 11. April 1933)

In Baden Beurlaubung aller jüdischen Dozenten und Assistenten (Walk 13)

Stadt Köln: Rechnungen von jüdischen Ärzten werden nicht mehr vergütet (Walk 13)

10. April 1933:

Göring Preußischer Ministerpräsident und Justizminister

Einsetzung des Staatsrates mit Fahnenweihe der Polizeitruppen

Gesetz über die Einführung eines Feiertages der nationalen Arbeit (UF IX , 628):

„§ 1 Der 1. Mai ist der Feiertag der nationalen Arbeit."

Runderlass des Preußischen Innenministers an die staatlichen Polizeibehörden betr. Polizeiseelsorge (Nic I, 35f)

11. April 1933:

Osteransprache des Evangelischen Oberkirchenrats der Altpreußischen Union (vN 60f):

„Die Osterbotschaft von dem auferstandenen Christus ergeht in Deutschland in diesem Jahr an ein Volk, zu dem Gott durch eine große Wende gesprochen hat.

Mit allen evangelischen Glaubensgenossen wissen wir uns eins in der Freude über den Aufbruch der tiefsten Kräfte unserer Nation zu vaterländischem Bewusstsein, echter Volksgemeinschaft und religiöser Erneuerung.

Schon im Jahre 1927 hat die Evangelische Kirche in ihrer Königsberger Botschaft feierlich erklärt: „Wir sind deutsche und wir wollen Deutsche sein. Unser Volkstum ist uns von Gott gegeben. Christentum und Deutschland sind mehr als ein Jahrtausend eng miteinander verwachsen." Die Kirche hat schon damals zum Kampf und zum Einsatz aller Kräfte für die Durchdringung des Volkslebens mit den Kräften des Evangeliums aufgerufen.

In der Überzeugung, dass die Erneuerung von Volk und Staat nur von diesen Kräften getragen und gesichert werden kann, weiß die Kirche sich mit der

Führung des neuen Deutschland dankbar verbunden. Sie ist freudig bereit zur Mitarbeit an der nationalen und sittlichen Erneuerung unseres Volkes. Zur Ausrichtung dieses Dienstesbedarf die Kirche voller Freiheit für die Entfaltung ihres Lebens und ihrer Arbeit. Sie vertraut der Regierung, die uns die feierliche Zusicherung dieser Freiheit gegeben hat.

Wir rufen alle Glieder, Diener und Körperschaften der Kirche auf, ihr ganzes Leben unter das Evangelium zu stellen. Nur wenn wir selbst uns wieder von Gott ergreifen und leiten lassen, darf unser Volk auf Gottes Segen für das schwere Werk der Wiederaufrichtung hoffen. Wir bitten die gemeinden, alle Gegensätze zurückzustellen und sich zu brüderlicher, vertrauensvoller Arbeit zu verbinden, damit in unserer Kirche alle Kräfte und Gaben wirkungsvoll zusammengefasst werden. Wenn dieser Dienst allen unseren Glaubensgenossen in Treue geleistet wird, kann unsere Kirche durch die Kräfte versöhnender und verbindender Nächstenliebe dem großen Werk der Volksgemeinschaft die Wege ebnen, das sich die Führer unseres Volkes als hohes Ziel gesetzt haben.

Die Losung für diese Arbeit bleibt die Verkündigung des unverkürzten, laueren Evangeliums von dem gekreuzigten und auferstandenen Herrn. Im Glauben an ihn schließen wir uns mit allen Gliedern unserer Kirche in der Fürbitte zusammen: Gott schütze Kirche, Volk und Vaterland!“

(In 10.000 Exemplaren an die Superintendenten zur Verteilung verschickt)

Entwurf einer Fürbitte des EOK zum 2. Ostertag (17. 4.):

„Herr, allmächtiger Gott, der Du lenkest die Völker nach Deinem Rat, behüte in Gnaden das Deutsche Reich. Segne den Reichspräsidenten. Lass Deinem Schutz und Schirm den Kanzler des Deutschen Reiches befohlen sein. Rüste ihn in seinem neuen Lebensjahr aus mit Kraft aus der Höhe. Hilf ihm die Bürde der Verantwortung im Regiment tragen und lege Deinen Segen auf das schwere Werk der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes zum Wohle des ganzen Volkes und zur Ehre Deines Namens.“ (WNH 76f)

Wurm zur Frage des Gottesdienstbesuchs in Uniformen und der Beflaggung von Pfarrhäusern (Schäfer 1, 436 ff)

Gedicht von Georg Wehnert „Deutsche Ostern 1933“ (EDR 15/ 1933)

D. Freitag: Christi Auferstehung in der deutschen Schicksalswende (ebd.)

<u>12. April 1933:</u>

Preußische Studentenrechtsverordnung (Friedrichs 1, 301 ff)

Pfarrer Rehm (DC) im NS-Kurier: „Nationale Revolution und Kirche“ (Schäfer 1, 376 ff):

Kritik an der Kirche:

„..Sie hat nie vom Boden des Evangeliums her ein Wort gegen die völkermordende Lehre des Marxismus und Liberalismus gesprochen. Gegen das Verbrechen der Inflation, gegen die staatliche Hochzüchtung von Korruption und Betrug, gegen die schamlos überall bekannte Mißwirtsdchaft der letzten Jahre hat sie nie autoritativ Stellung genommen, obwohl es sich dabei nicht um speziell politisch-wirtschaftliche Fragen handelte, sondern um solche der öffentlichen Moral und Sitte. Sie hat uns Nationalsozialisten unseren Kampf allein kämpfen lassen, und wenn wir nicht gewesen wären, wäre heute schon die Kirche, nicht ohne ihre eigene Schuld, vom Blutrausch des Bolschewismus weggefegt.“

13. April 1933:

Mitteilung über die Beurlaubung von Hochschullehrern (UF IX, 453f)

Aufruf von Wilhelm Zoellner „An alle Lutheraner“ (vN 55f):

„….Die Arbeit an der neuen Gestaltung der Verfassung ist das Höchste. Wir brauchen Bischöfe an der Spitze und keine Kirchenparlamente. Die falsche Angleichung an das demokratische Prinzip des Staates von Weimar muss fallen. Die synodalen Körperwschaften müssen Arbeitsorgane am Gliedbau des Ganzen werden. Die glaubende und betende Kirche kann nur dann arbeiten, wenn sie eine entschlußkräftige Führung hat“)

Seine Interpretation in der Kreuzzeitung vom 21. April (DEW 79)

Kundgebung des Bayrischen Landeskirchenrates für Ostern 1933 (vN 59f):

„Ein Staat, der wieder anfängt, nach Gottes Gebot zu regieren, darf in diesem Tun nicht nur des Beifalls, sondern auch der freudigen und tätigen Mitarbeit der Kirche sicher sein. Mit Dank und Freude nimmt die Kirche wahr, wie der neue Staat der Gotteslästerung wehrt, der Unsittlichkeit zu Leibe geht, Zucht und Ordnung mit starker Hand aufrichtet, wie er zur Gottesfurcht ruft, die Ehe heilig gehalten und die Jugend christlich erzogen wissen will, wie er der Väter Tat wieder zur Ehre bringt und heiße Liebe zu Volk und Vaterland nicht mehr verfehmt, sondern in tausend Herzen entzündet. Mit besonderem Dank begrüßen wir es, dass der neue Staat sein Werk durch Schaffung einer echten

Volksgemeinschaft krönen will und dass vor allem die, für welche das Herz der Kirche von jeher besonders warm geschlagen hat, die Notleidenden und Bedrückten, die Geringen und Darbenden, der Sorge des ganzen Volkes befohlen sein sollen. Wir können unsere Gemeinden nur bitten, sich ernstlich und willig dafür einzusetzen, dass die starken, aufbauenden Kräfte, welche die neue Bewegung in sich trägt, zum vollen, ungehinderten Siege kommen.

Ist so der Boden zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche geschaffen, so verliert die Kirche doch nicht aus dem Auge, dass sie selbst einer anderen Ordnung als der Staat entstammt. Der Staat ist eingebettet in die natürliche Schöpfungsordnung Gottes, die Kirche verdankt ihre Entstehung Gottes pfingstlichem Tun. Ordnet der Staat die Verhältnisse des natürlichen Lebens, übt er Macht und führt das Schwert: der Kirche Auftrag ist es, die Botschaft von dem gekreuzigten und an Ostern siegreich erstandenen Herrn zum Heil der Welt zu verkündigen. Diese Botschaft wird von keiner politischen Wandlung berührt und kein Wechsel der Lage kann die Kirche hindern, unbeirrt und in eigener Verantwortung ihren Auftrag zu erfüllen…Der Kirche Evangelium ist ein ewiges Evangelium. Es gilt allen und ruft alle zur Gemeinschaft. Ist es uns ein Anliegen, dass unsere Gemeinden ihre Dienst am Volk und Vaterland redlich und treulich erfüllen, so liegt uns nicht minder am Herzen, dass sie über allem, was jetzt die Gemüter bewegt, nicht das Eine vergessen, was not ist, dass sie ihrer Kirche die Treue halten und sich dessen bewusst bleiben. Das größte Geschenk für unser Volk bleibt das Evangelium. Unserem Volke mit dem Evangelium zu dienen, heißt es zu wahrer Auferstehung führen."

„Kreuz und Hakenkreuz". Thesen des Protests, der Frage und der Bitte an die GDC von Heinrich Vogel (vN 242 ff):

„Vorwort. Nicht abseits von unserem Volk und seinem Aufbruch, weder aus einer politischen noch aus einer klerikalen Sonderstellung heraus, sondern in der mithoffenden und fürhoffenden Solidarität mit dem Kampf, den der deutsche Nationalsozialismus Adolf Hitlers um unser Volk geführt hat und führt, erhebe ich durch das Evangelium, dessen Prediger und Theologe ich bin, gezwungen, Protest gegen die Vermengung von Göttlichem und Irdischem, von Evangelium und Politik, wie sie in der „Glaubensbewegung Deutsche Christen" das Wesen nicht nur der Kirche, sondern auch des Staates und des Volkes verkennt und im Fundament bedroht."

Es folgen 65 Thesen:

1. Mit allen deutschen Christen, die die Ohnmacht und Schuld unserer evangelischen Kirche als ihre eigenen Ohnmacht und Schuld bekennen, erwarten und erbitten wir eine Reformation unserer evangelischen Kirche.

2. Die Reformation der Kirche erwarten wir nicht von unserem Volkstum her, sondern vom Evangelium, nicht vom Hakenkreuz, sondern vom Kreuz.

3. Der Nationalsozialismus ist eine politische Reformation; die Reformation der Kirche besteht nicht in der Gleichschaltung mit der politischen Reformation.

4. Eine Glaubensbewegung ist entweder eine Bewegung, deren Schöpfer und Herr das Wort vom Kreuz ist, oder sie ist keine Glaubensbewegung.

5. Eine Glaubensbewegung ist nicht auf einer politischen Organisation aufgebaut, sondern auf dem Wort der Heiligen Schrift.

6. Eine Glaubensbewegung kämpft mit nichts anderem als dem Worte Gottes.

7. Eine Glaubensbewegung protestiert um der Freiheit des Evangeliums willen gegen einen Staatskommissar in der Kirche.

8. Kein Zeichen dieser Welt hat neben dem Kreuz Platz und Recht.

9. Die Zeichen dieser Welt sind alle unter dem Kreuz.

10. Wir protestieren nicht gegen das Hakenkreuz, das wir vielmehr als das Zeichen unseres deutschen Volkstums anerkennen, sondern wir protestieren gegen jede Vermengung oder Gleichordnung des Hakenkreuzes mit dem Kreuz….

63. In der Einführung des Führerprinzips in die Ordnung der Kirche erkennen wir die Auflösung der wahren kirchlichen Autorität, die nicht auf einem religiösen Führerprinzip, sondern auf der Unterwerfung unter Gottes Wort beruht.

64. Das Führerprinzip ist kein kirchliches, sondern ein politisches Prinzip

65. Deutsche sind wir als Glieder an dem irdischen Leibe unseres Volks; Christen sind wir als Glieder an dem himmlischen Leibe unseres für uns gekreuzigtem und auferstandenen Herrn.“

Wilhelm Schubring: Die Kirche in der nationalen Revolution (vN 274 ff)

13./15. April 1933: Zwölf Sätze der deutschen Studentenschaft (UF IX, 486 ff):

„1. Sprache und Schrifttum wurzeln im Volke. Das deutsche Volk trägt die Verantwortung dafür, dass seine Sprache und sein Schrifttum reiner und unverfälschter Ausdruck seines Volkstums sind.
2. Es klafft heute ein Widerspruch zwischen Schrifttum und deutschem Volkstum. Dieser Zustand ist eine Schmach.

3. Reinheit von Sprache und schrifttum liegt an Dir!Dein Volk hat Dir die Spracxhe zur treuen Bewahrung übergeben.
4. Unser gefährlichster Widersacher ist der Jude und der, der ihm hörig ist.
5. Der Jude kann nur jüdisch denken. Schreibt er deutsch, dann lügt er. Der deutsche, der deutsch schreibt, aber undeutsch denkt, ist ein Verräter. Der Student, der undeutsch spricht und schreibt, ist außerdem gedankenlos und wird seiner Saufgabe untreu.
6. Wir wollen die L´üge ausmerzen, wir wollen den Verrat brandmarken., wir wollen für den Studenten nicht Stätten der Gedankenlosigkeit, sondern der Zucht und der politischen Erziehung.
7. Wir wollen den Juden als fremdling achten, und wir wollen das Volkstum ernst nehmen.
Wir fordern deshalkb von der Zensur:
Jüdische Werke erscheinen in hebräischer Sprache. Erscheinen sie in deutsch, sind sie als Übersetzung zu kennzeichnen. Schärfstes Einschreiten gegen den Missbrauch der deutschen Schrift. Deutsche Schrift steht nur deutschen zur Verfügung. Der undeutsche Geist wird aus öffentlichen Büchereien ausgemerzt.
8. Wir fordern vom deutschen Studenten Wille und Fähigkeit zur selbständigen Erkenntnis und Entscheidung.
9. Wir fordern vom deutschen Studenten den Willen und die Fähigkeit zur Reinerhaltung der deutschen Sprache.
10. Wir fordern vom deutschen Studenten den Willen und die Fähigkeit zur Überwindung des jüdischen Intellektualismus und der damit verbundenen liberalen Verfallserscheinungen im deutschen Geistesleben.
11. Wir fordern die Auslese von Studenten und Professoren nach der Sicherheit des Denkens im deutschen Geiste.
12. Wir fordern die deutsche Hochschulke als Hort des deutschen Volkstums und als Kampfstätte aus der Kraft des deutscehn Geistes....

An allen Hochschulen wird am 10. Mai 1933 das zersetzende Schriftum den Flammen überantwortet…“

15. April 1933:

Dietrich Bonhoeffer: Die Kirche vor der Judenfrage, veröffentlicht erst im Juni

(vN 351 ff):

„Die in der Geschichte einzigartige Tatsache, dass der Jude unabhängig von seiner Religionszugehörigkeit allein um seiner Rassenzugehörigkeit willen vom Staat unter Sonderrecht gestellt wird, gibt dem Theologen zwei neue, getrennt zu behandelnde Problem auf. Wie beuteilt die Kirche dies staatliche Handeln und welche Aufgabe erwächst ihr daraus? Was ergibt sich für die Stellung der Kirche zu den getauften Juden in den Gemeinden? Beide Fragen können allein von einem rechten Kirchenbegriff her beantwortet werden.

Zweifellos ist die reformatorische Kirche nicht dazu angehalten, dem Staat in sein spezifisch politisches Handln direkt hineinzureden.Sie hat staatliche Gesetze weder zu loben noch zu tadeln, sie hat vielmehr den Staat als Erhaltungsordnung Gottes in der gottlosen Welt zu bejahen, sie hat sein – vom humanitären Gesichtspunkt aus gesehen: gutes oder schlechtes – Ordnungsschaffen anzuerkennen und zu verstehen als begründet in dem erhaltenden Willen Gottes mitten in der chaotischen Gottlosigkeit der Welt. Die Beurteilung des staatlichen Handelns durch die Kirche steht jenseits jedes Moralismus und unterscheidet sich vom Humanitarismus jederlei Schattierung duch die Radikalität der Trennung des Ortes der frohen Botschaft und des Ortes des Gesetzes. Das staatliche Handeln bleibt frei vom kirchlichen Eingriff. Es gibt hier keine schulmeisterliche oder gekränkte Einrede der Kirche. Die Geschichte wird nicht von der Kirche gemacht, sondern vom Staat; aber freilich nur die Kirche, die vom Kommen Gottes in die Geschichte zeugt, weiß, was Geschichte und daher auch, was der Staat ist. Und eben aus diesem Wissen heraus gibt sie allein Zeugnis von der Durchbrechung der Geschichte durch Gott in Christus und lässt den Staat weiter Geschichte machen. Ohne Zweifel ist eines der geschichtlichen Probleme, mit denen unser Staat fertig werden muss, die Judenfrage, und ohne Zweifel ist der Staat berechtigt, hier neue Wege zu gehen. Es bleibt die Sache der humanitären Verbände und einzelner sich dazu aufgerufen wissender christlicher Männer, dem Staat die moralische Seite seiner jeweiligen Maßnahmen zu Gesicht zu bringen, d. h. gegebenenfalls den Staat des Verstoßes gegen die Moral zu verklagen. Und jeder starke Staat braucht solche Verbände und solche einzelnen Persönlichkeiten und wird ihnen eine gewisse reservierte Pflege angedeihen lassen. Es ist die Einsicht in die feinere Staatskunst, die sich diese Einrede in ihrer relativen Bedeutung zunutze zu machen weiß. Ebenso aber wird eine Kirche, die wesentlich als eine

Kulturfunktion des Staates betrachtet wird, jeweils dem Staat mit derartigen Einreden ins Handwerk fahren und das umso mehr, je fester der Staat sich die Kirche eingliedert, d. h. ihr wesentlich moralisch-pädagogische Aufgaben zuschreibt.

Die wahre Kirche Christi aber, die allein vom Evangelium lebt und um das Wesen des staatlichen Handelns weiß, wird dem Staat nie in der Weise ins Handwerk greifen, dass sie dessen geschichtsschaffendes Handeln vom Standpunkt eines irgendwie gearteten, sagen wir: humanitären Ideals her kritisiert. Sie weiß um die wesenhafte Notwendigkeit der Gewaltanwendung in dieser Welt und um das mit der Gewalt notwendig verbundene „moralische" Unrecht bestimmter konkreter Akte des Staates. Die Kirche kann primär nicht unmittelbar politisch handeln; denn die Kirche masst sich keine Kenntnis des notwendigen Geschichtsverlaufes an. Sie kann also auch in der Judenfrage heute nicht dem Staat unmittelbar ins Wort fallen, und von ihm ein bestimmtes andersartiges Handeln fordern. Aber das bedeutet nicht, dass sie teilnahmslos das politische Handeln an sich vorüberziehen lässt; sondern sie kann und soll, gerade weil sie nicht im Einzelfall moralisiert, den Staat immer wieder danach fragen, ob sein Handeln von ihm als legitim staatliches Handeln verantwortet werden könne, d. h. als Handeln, in dem Recht und Ordnung, nicht Rechtlosigkeit und Unordnung, geschaffen werden. Sie wird diese Frage mit allem Nachdruck dort zu stellen aufgerufen sein, wo der Staat gerade in seiner Staatlichkeit, d. h. in seiner mit Gewalt Recht und Ordnung schaffenden Funktion bedroht erscheint. Sie wird diese Frage heute in bezug auf die Judenfrage in aller Deutlichkeit stellen müssen. Sie greift damit gerade nicht in die Verantwortlichkeit des staatlichen Handelns ein, sondern schiebt im Gegenteil dem Staat selbst die ganze Schwere der Verantwortung für das ihm eigentümliche Handeln zu. Sie befreit den Staat so von jedem moralisierenden Vorwurf und weist ihn eben hierdurch in seine ihm vom Erhalter der Welt angeordnete Funktion. Solange der Staat Recht und Ordnung schaffend handelt – und sei es auch neues Recht und neue Ordnung -, kann sich die Kirche des Schöpfers, Versöhners und Erlösers nicht unmittelbar politisch handelnd gegen ihn wenden. Sie vermag freilich den einzelnen sich dazu aufgerufen wissenden Christen nicht daran zu hindern, den Staat gegebenenfals als „unhuman" anzuklagen, aber sie wird als Kirche nur danach fragen, ob der Staat Ordnung und Recht schafft oder nicht.

Hierbei sieht sie den Staat nun freilich in doppelter Begrenzung. Sowohl ein Zuwenig an Ordnung und Recht als auch ein Zuviel an Ordnung und Recht zwingt die Kirche zum Reden. Ein Zuwenig ist dort vorhanden, wo eine Gruppe von Menschen rechtlos wird, wobei es in concreto jeweils außerodentlich schwierig sein wird, wirkliche Rechtlosigkeit von einem wenigstens formaliter zugebilligten Minimum von Recht zu unterscheiden. Auch in der Leibeigenschaft war ein Minimum von Recht und Ordnung gewahrt und doch würde eine Wiedereinführung der Leibeigenschaft

Rechtlosigkeit bedeuten. Es ist immerhin beachtlich, dass christliche Kirchen achtzehnhundert Jahre lang die Leibeigenschaft ertragen haben und erst in einer Zeit, bei der die christliche Substanz der Kirche in Frage gezogen werden könnte, mit Hilfe der Kirchen (aber doch nicht wesentlich oder gar allein durch sie) neues Recht geschaffen wurde. Dennoch wäre ein Rückschritt in dieser Richtung heute für die Kirche der Ausdruck eines rechtlosen Staates. Daraus folgt, dass der Begriff des Rechtes geschichtlichen Wandlungen unterworfen ist, was aber seinerseits gerade den Staat wieder in seinem eigentümlichen geschichteschaffenden Recht bestätigt. Nicht die Kirche, sondern der Staat schafft und wandelt das Recht. Dem Zuwenig an Recht und Ordnung steht das Zuviel an Ordnung und Recht gegenüber. Es besagt, dass der Staat seine Gewalt so ausbaut, dass er der christlichen Verkündigung und dem christlichen Glauben (nicht dem freien Gewissen – das wäre die humanitäre Version, die darum illusiorisch ist, weil jedes staatliche Leben das sogenannte „freie Gewissen" zwingt) sein eigenes Recht raubt – eine groteske Situation, da ja der Staat erst von dieser Verkündigung und von diesem Glauben her sein eigentümliches Recht erhält und sich somit selbst entthront. Diesen Übergriff der staatlichen Ordnung muss die Kirche zurückweisen, eben aus ihrem besseren Wissen um den Staat und die Grenzenb seines Handelns. Der Staat, der die christliche Verkündigung gefährdet, verneint sich selbst.

Das bedeutet eine dreifache Möglichkeit kirchlichen Handelsn dem Staat gegenüber:

Erstens (wie gesagt) die an den Staat gerichtete Frage nach dem legitim staatlichen Charakter seines Handelns, d. h. die Verantwortlichmachung des Staates. Zweitens der Dienst an den Opfern des Staatshandelns. Die Kirche ist den Opfern jeder Gesellschaftsordnung in unbedingter Weise verpflichtet, auch wenn sie nicht der christlichen Gemeinde angehören. „Tut Gutes an jedermann." In beiden Verhaltensweisen dient die Kirche dem freien Staat in ihrer freien Weise, und in Zeiten der Rechtswandlung darf die Kirche sich diesen beiden Aufgaben keinesfalls entziehen. Die dritte Möglichkeit besteht darin, nicht nur die Opfer unter dem Rad zu verbinden, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu fallen. Solches Handeln wäre mittelbar politisches Handeln der Kirche und ist nur dann möglich und gefordert, wenn die Kirche den Staat in seiner Recht und Ordnung schaffenden Funktion versagen sieht, d. h. wenn sie den Staat hemmungslos ein Zuviel oder ein Zuwenig an Ordnung und Recht verwirklichen sieht. In beiden muss sie dann die Existenz des Staates und damit auch ihre eigene Existenz bedroht sehen. Ein Zuwenig läge vor bei der Rechtlosmachung irgendeiner Gruppe von Staatsuntertanen, ein Zuviel läge dort vor, wenn vom Staat her in das Wesen der Kirche und ihre Verkündigung eingegriffen werden sollte, d. h. etwa in dem zwangsmäßigen Ausschluß der getauften Juden aus unseren christlichen Gemeinden, in dem Verbot der Judenmission. Hier befände sich die christliche Kirche in statu

confessionis und hier befände sich der Staat im Akt der Selbstverneinung. Ein Staat, der sich eine vergewaltigte Kirche eingliedert, hat seinen treuesten Diener verloren. Aber auch dieses dritte Handeln der Kirche, das gegebenenfalls in den Konflikt mit dem bestehenden Staat führt, ist nur der paradoxe Ausdruck ihrer letzten Anerkennung des Staates, ja die Kirche selbst weiß sich hier aufgerufen, den Staat als Staat vor sich selbst zu schützen und zu erhalten. In der Judenfrage werden für die Kirche die beiden ersten Möglichkeiten verpflichtende Forderungen der Stunde. Die Notwendigkeit des unmittelbar politischen Handelns der Kirche hingegen ist jeweils von einem „evangelischen Konzil" zu entscheiden und kann mithin nie vorher kasuistisch konstruiert werden.

Die staatlichen Maßnahmen gegen das Judentum stehen für die Kirche aber noch in einem ganz besonderen Zusammenhang. Niemals ist in der Kirche Christi der Gedanke verlorengegangen, dass das „auserwählte Volk", das den Erlöser der Welt ans Kreuz schlug, in langer Leidensgeschichte den Fluch seines Tuns tragen muss.

„Juden sind die ärmsten Leute unter allen Völkern auf Erden, werden hie und da geplaget, sind hin und her in Landen zerstreuet, haben keinen gewissen Ort, da sie gewiß könnten bleiben und müssen immer besorgen, man treibe sie aus…" (Luther Tischreden)

Aber die Leidensgeschichte dieses von Gott geliebten und gestraften Volks steht unter dem Zeichen der letzten Heimkehr des Volks Israel zu seinem Gott. Und diese Heimkehr geschieht in der Bekehrung Israels zu Christus…

Die Bekehrung Israels, das soll das Ende der Leidenszeit des Volkes sein. Von hier aus sieht die christliche Kirche die Geschichte des Volkes Israel mit Schaudern als Gottes eignen, freien, furchtbaren Weg mit seinem Volk. Sie weiß, dass kein Staat der Welt mit diesem rätselhaften Volk fertig werden kann, weil Gott noch nicht mit ihm fertig ist. Jeder neue Versuch, die „Judenfrage" zu lösen, scheitert an der heilsgeschichtlichen Bedeutung dieses Volks; dennoch müssen immer wieder solche Versuche unternommen werden. Diese Wissen der Kirche um den Fluch, der auf diesem Volke lastet, hebt sie weit hinaus über jedes billige Moralisieren, vielmehr weiß sie sich selbst als immer wieder ihrem Herrn untreue Kirche mit gedemütigt beim Anblick jenes verstoßenen Volkes, und sieht sie voll Hoffnung auf die Heimgekehrten vom Volke Israel, auf die zum Glauben an den einen wahrhaftigen Gott in Christus Gekommenen, und weiß sich diesen als Brüdern verbunden. Damit sind wir bei der zweiten Frage anbelangt.

II. Die Kirche kann sich ihr Handeln an ihren Gliedern nicht vom Staate vorschreiben lassen. Der getaufte Jude ist Glied unserer Kirche. Damit stellt sich die Judenfrage für die Kirche anders als für den Staat.

Judentum ist von der Kirche her gesehen niemals ein rassischer, sondern ein religiöser Begriff. Nicht die biologisch fragwürdige Größe der jüdischen

Rasse, sondern das „Volk Israel“ ist gemeint. Das „Volk“ Israel aber ist konstituiert durch das Gesetz Gottes; man kann also Jude werden durch Annahme des Gesetzes. Rassejude aber kann man nicht werden. Es gab in der Zeit der großen jüdischen Mission in der Heidenwelt verschiedene Stufen der Zugehörigkeit zum Judentum. Ebenso aber ist auch der Begriff des Judenchristentums religiös, nicht biologisch bestimmt. Die judenchristliche Mission erstreckt sich auch auf heidnische Gebiete (Gegner des Paulus im Galaterbrief). Es gab heidnische Judenchristen und jüdische Heidenchristen.

Zum Judentum gehören also von der Kirche Christi her gesehen nicht die christlich getauften Menschen jüdischer Rasse, sondern Judenchrist im Sinne der Kirche ist der, der die Zugehörigkeit zum Volke Gottes, zur Kirche Christi bedingt sein lässt durch die Beobachtung eines göttlichen Gesetzes. Demgegenüber kennt das Heidenchristentum keine Voraussetzung für die Zugehörigkeit zum Volke Gottes, zur Kirche Christi, als den Ruf Gottes durch sein Wort in Christus.

Allein dieser Unterschied im Verständnis der Erscheinung Christi, des Evangeliums, hat zu der ersten Spaltung in der Kirche Christi in Heidenchristentum und Judenchristentum geführt (Apostelkonzil). Diese Spaltung ist gegenseitig teilweise als unerträgliche Häresie, teilweise als erträgliches Schisma verstanden worden.

Ein analoger Vorgang läge heute dort vor, wo eine kirchliche Gruppe innerhalb der Reformationskirche die Zugehörigkeit zur Kirche bedingt sein ließe durch Beobachtung eines göttlichen Gesetzes, also z. B. der rassischen Einheit der Gemeindeglieder. Dann ist der judenchristliche Typus dort realisiert, wo diese Forderung gestellt wird, gleichgültig, ob ihre Verteter zur jüdischen Rasse gehören oder nicht. Dann ist ferner die Möglichkeit gegeben, dass der modern judenchristliche Typus sich von der heidenchristlichen Gemeinde zurückzieht und eine eigene gesetzlich gebundene Kirchengemeinschaft begründet. Kirchlich unmöglich aber ist es dann, den Teil der Gemeinde, der der jüdischen Rasse zugehört, weil er den gesetzlich-judenchristlichen Anspruch stört, aus der Gemeinde auszuschließen. Denn damit würde beansprucht, die heidenchristliche Gemeinde judenchristlich zu machen, welchem Anspruch sich diese mit Recht versagen muss.

Die Ausschließung der rassischen Juden aus unserer deutschstämmigen Kirche würde diese letztere dem judenchristlichen Tupus zuführen. Ein solcher Ausschluss bleibt also eine kirchliche Unmöglichkeit.

Aus dem Vorhandensein fremdstämmiger französischer, englicher usw. Gemeinden in Deutschland ist allein der Schluss zulässig, dass einem freiwilligen Zusammenschluss der judenstämmigen Christen zu einer Gemeinde kirchlich nichts im Wege steht (wie es etwa in der judenchristlichen Allianz 1925 in London geschah). Es ist aber in keinem Fall die erzwungene Ausweisung der der heidenchristlichen deutschstämmigen Gemeinde bereits

zugehörenden heidenchristlichen Juden zulässig, ganz abgesehen von der Schwieirigkeit des Nachweises, dass diese Juden keine Deutsche seien (vgl. Stoeckers These, dass der Jude durch seine Taufe Deutscher werde). Eine solche erzwungene Ausweisung würde – auch wenn sie rein korporativ-organisatorischen Charakter haben sollte – doch immer eine wirkliche Kirchenspaltung bedeuten, eben weil sie die rassische Einheit der Kirche zum Gesetz erheben würde, das als Voraussetzung für die Kirchengemeinschaft erfüllt sein müsste. Mit ihr würde sich also die ausschließende Kirchengemeinschaft als judenchristlich konstituieren.

Es geht auch keinesfalls um die Frage, ob unsere deutschstämmigen Gemeindeglieder heute die kirchliche Gemeinschaft mit den Juden noch tragen können. Vielmehr ist es Aufgabe christlicher Verkündigung zu sagen: hier, wo Jude und Deutscher zusammen unter dem Worte Gottes stehen, ist Kirche, hier bewährt es sich, ob Kirche noch Kirche ist oder nicht. Es kann keinem, der sich nicht in der Lage fühlt, die kirchliche Gemeinschaft des judenstämmigen Christen zu tragen, verwehrt werden, selbst aus dieser kirchlichen Gemeinschaft auszuscheiden. Es muss ihm aber dann mit letztem Ernst klar gemnacht werden, dass er sich damit von dem Ort lossagt, an dem die Kirche Christi steht, und dass er damit selbst den judenchristlichen Gedanken einer Gesetzesreligion verwirklicht, d. h. modernem Judenchristentum verfällt. Es bleibt dann immer noch neine offene Frage, ob eine solche Trennung als erträgliches Schisma angesehen werden kann oder nicht. Im übrigen müsste man einen außerordentlich befangenen Blick haben, um nicht zu sehen, dass ein anderes als das eben gekennzeichnete Verhalten unserer Kirche gegenüber den grtauften Juden bei unserem Kirchenvolk auf weitgehende Verständnislosigkeit stoßen würde."

16. April 1933:

Osterkundgebung des Landeskirchenrats in Bayern (vN 59f):

„Ein Staat, der wieder anfängt, nach Gottes Gebot zu regieren, darf in diesem Tun nicht nur des Beifalls, sondern auch der freudigen und tätigen Mitarbeit der Kirche sicher sein. Mit Dank und Freude nimmt die Kirche wahr, wie der neue Staat der Gotteslästerung wehrt, der Unsittlichkeit zu Leibe geht, Zucht und Ordnung mit starker Hand aufrichtet, wie er zur Gottesfurcht ruft, die Ehe heilig gehalten und die Jugend christlich erzogen wissen will, wie er der Väter Tat wieder zu Ehren bringt und heiße Liebe zu Volk und Vaterland nicht mehr verfehmt, sondern in tausend Herzen enzündet. Mit besonderem Dank begrüßen wir es, dass der neue Staat sein Werk durch Schaffung einer echten Volksgemeinschaft krönen will und dass vor allem die, für welche das Herz der Kirche von jeher besonders warm geschlagen hat, die Notleidenden und Bedrückten, die Geringen und Darbenden, der Sorge des ganzen Volkes

befohlen sein sollen. Wir können unsere Gemeinden nur bitten, sich ernstlich und willig dafür einzusetzen, dass die starken, aufbauenden Kräfte, welche die neue Bewegung in sich trägt, zum vollen, ungehinderten Siege zu kommen…"

Paul Althaus*: Stellvertretung. Zum Karfreitag 1933 (DEB 141f)*

Leonhard Fendt*: Die Gemeinde des Auferstandenen im deutschen Volke (DED 16/1933)*

Friedrich von der Ropp*: Die Kirche ist gerufen (ebd.)*

<u>17. April 1933:</u>

Hitler empfängt Königsberger Wehrkreispfarrer Ludwig Müller in Berchtesgaden

<u>18. April 1933:</u>

Im NS „Niederdeutschen Beobachter" erscheint ein Aufsatz „Bauern, erobert die Kirche":

„Es besteht die Gefahr, dass die Reaktion sich im Kirchenregiment festsetzt, genau so, wie das Kirchenregiment bisher mit den von uns niedergeschlagenen Regierungen der Liberalen und Gottlosen paktiert hat. Wir lesen in der Presse, dass uns eine Priesterherrschaft droht, dass der freie evangelische Christ, der selbst verantwortlich vor Gott steht, unter die Herrschaft von Bischöfen gebeugt werden soll, von Bischöfen, die sich das Recht des Krummstabes den Gemeinden und den Landeskirchen gegenüber anmaßen wollen. Mit keinem Wort schelten wir die kath. Hierarchie und in Ehrfurcht beugen wir uns vor dem Glauben unserer katholischen Mitchristen. Und wir vertrauen unserem Führer, dass er nötigenfalls durch Konkordat mit dem römischen Papst die Gleichschaltung des hierarchischen Kirchenregimentes hinsichtlich aller Dinge, die Staat und Reich angehen, erreichen wird. Aber im eigenen Hause, Bauern, wollen wir selbst die Herren sein! Wir wollen keine Priesterherrschaft, wir wollen keinen Krummstab im Kirchenregiment der ev. Kirche! …Der Heiland ist auf die Straßen und Märkte gegangen unter das Volk und ist gestorben für die Menschheit. Unsere Prediger sind aber nicht unter das Volk gegangen. Sie haben sich zu gelehrten Kanzelrednern entwickelt. Sie haben wie öffentliche Notare in ihren Kanzleien gesessen. Sie haben wie Zeremonienmeister ihres hohen Amtes gewaltet, bei Taufen, Trauungen und Beerdigungen. Und sie haben immer wieder mit den Gottlosen paktiert. Einige wenige nur sind zu uns gekommen, haben sich in die Reihen des kämpfenden Volkes gestellt, und wir erkennen ihren Opfermut aufs höchste an … Aber abgesehen von diesen wenigen rühmlichen Ausnahmen haben die Prediger unserer Landeskirche im Kampfe

um unsere Freiheit, im Kampfe um den Weg des deutschen Volkes zu Gott versagt… Bauern, kein Mensch verträgt es, schon vom Kandidatenexamen an auf Lebenszeit sichergestellt und allem Kampf und aller Not des Lebens enthoben zu sein. Auf die bisherige Weise bekommen wir den Predigerstand nicht, den wir brauchen… Bauern, übernehmt selbst das Kirchenregiment und alle kirchenregimentlichen Funktionen bis herab in die Gemeinde.“

<u>18./19. April 1933:</u>

Bericht von Henriod, Generalsekretär des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirche über seinen Besuch in Berlin am 18./19. April (Boyens 291 ff; 440 ff; Scholder 329f):

„Streng vertraulich.

In der Anlage erhalten Sie die von mir angeforderte Denkschrift anlässlich meiner Deutschlandreise. Sie ist zu Ihrer persönlichen Information bestimmt. Wenn Sie es für angebracht halten, kann sie all den Personen weitergegeben werden, die nach Ihrer Meinung von dieser Denkschrift richtigen Gebrauch zu machen wissen. Wesentlich ist, dass weder irgendeiner der unten erwähnten Namen noch mein eigener wiedergegeben wird. Es wäre unnütz, diese Namen der schwarzen Liste in Deutschland unerwünschter Personen hinzuzufügen.

Der Unterzeichnete hat in Begleitung seines Kollegen, Herrn Schönfeld, zwei Tage in Berlin verbracht (18. u.19. April). Unsere Absicht war, mit führenden Persönlichkeiten des ÖRPC und des WFK in Deutschland Kontakt aufzunehmen und auch andere Persönlichkeiten in Deutschland zu sprechen, die uns aus erster Hand über bestimmte Elemente der nationalsozialistischen Revolution, über deren Auswirkung auf die Kirchenund über die Einstellung der Christen Deutschlands angesichts der Ereignisse, die die christliche öffentliche Meinung außerhalb Deutschlands bewegen, Auskunft geben könnten.

Mein Kollege und ich hatten weder bei der Einreise noch unterwegs noch bei der Ausreise aus Deutschland irgendwelche Schwierigkeiten. Wir konnten mit allen, bei denen wir angemeldet waren, frei sprechen.Von Berlin aus begab ich mich nach Paris, während Herr Schönfeld über das Rheinland, wo er zusätzliche Informationen erhielt, in die Schweiz zurückgekehrt ist. Während unseres Besuches sind wir von Dr. Kapler, von den Mitarbeitern des Kirchenbundesamtes und von Dr. Burghart empfangen worden, der mehrere Persönlichkeiten aus Kirche und Universität bei sich versammelt hatte. Generalsuperinttendent Dibelius und Reichsgerichtspräsident Simons empfingen uns ebenfalls. Alle haben uns eine oder mehrere Stunden des Gesprächs gewidmet. Herr Schönfeld und ich haben außerdem zusammen oder jeder für sich eine Reihe von Pastoren und Laien verschiedener

Richtungen sowie einige in Berlin lebende Ausländer (von denen einer im Gefängnis gewesen, dann aber von den Behörden entlassen war) und den Schweizer Gesandten und Konsul in Berlin gesprochen….

Die Denkschrift:

„Eindrücke in Deutschland, wie ich sie im Verlauf eines kurzen Besuchs in Berlin um den 15. April 1933 herum im Verlauf privater Gespräche mit einer Reihe von besonders qualifizierten Christen Deutschlands und einigen Ausländern empfangen habe.

1. Beim Gang durch die Straßen und über die Plätze Berlins weist auf den ersten Blick nichts auf die ernsten Geschehnisse der letzten Wochen hin. Der Verkehr erscheint normal. Ich habe kein Polizeiaufgebot gesehen, bin keinen Patrouillen von „Braunhemden“ begegnet und keinen Posten vor den jüdischen Kaufhäusern der Hauptstraßen, in denen man dem Anschein nach ungehindert ein- und ausgeht. Die Zeitungskioske legen neben genehmigten deutschen Zeitungen, die die Wohltaten des neuen Regimes preisen, ausländische Zeitungen aus, die nicht verboten worden sind.

2. Hinter diesem äußeren Bilde eines normalen Lebens herrscht trotz Ordnung und Disziplin überall große Unsicherheit.

Die Revolution geht weiter. Nach Meinung der einen hat sich diese Revolution bisher in Ordnung und ohne Blutvergießen vollzogen. (Nichtsdestoweniger erkennen sie jedoch den Tatbestand von Ausschreitungen und Grausamkeiten gegenüber zahlreichen Einzelpersonen an). Beim Vergleich der gegenwärtigen Revolution mit derjenigen von 1918 wird gelobt und begrüßt, dass sie so würdevoll durchgeführt worden sei. Die Situation bessere sich von Tag zu Tag. Die Ära des Dritten Reiches kündige sich als der Beginn eines herrlichen nationalen Aufbruchs, einer glücklichen und notwendigen Reaktion an. Die nationale Revolution sei das Instrument der Rettung Deutschlands gewesen, das von einer schrecklichen, unmittelbar bevorstehenden kommunistischen Revolution bedroht war, deren Ausbruch im letzten Moment verhindert worden sei.

„Gott hat es vergönnt, dass Deutschland sich mit ganzer Kraft gegen die aus Osteuropa ihm entgegenbrandende Woge des Bolschewismus erhebt. Wir haben nicht auf eine so kraftvolle Reaktion zu hoffen gewagt. Die westliche Welt sollte uns ihre Dankbarkeit ausdrücken, keine skeptische Haltung einnehmen, sondern den Stoßtruppen im Kampfe gegen den zerstörerischen Kommunismus ihre Unterstützung leihen und Sympathie bezeugen.“

Nach Meinung anderer war die kommunistische Bedrohung nicht so ernst und unmittelbar. Selbst wenn die Gefahr so ernst gewesen wäre, wie die Presse behauptet, so sind sie der Meinung, dass man ihr mit anderen Maßnahmen und Methoden hätte begegnen können. Die Reichswehr war

verlässlich und schlagkräftig – Diese Meinungsverschiedenheiten über die nationale Revolution zwischen den Chjristen Deutschlands machen die Haltung noch schwieriger, die die Kirche Deutschlands als ganze einnehmen soll.

Für mehrere unserer Gesprächspartner hat die Revolution ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Den gegen die Kommunisten ergriffenen radikalen Maßnahmen würden noch andere Maßnahmen folgen, die alle diejenigen treffen würden, die sich den Anordnungen der machthabenden Partei nicht eindeutig fügen.

Es gibt keine Pressefreiheit mehr, Kritik ist verboten, die machthabende Partei hat den Rundfunk in der Hand, Telefongespräche werden überwacht, das Briefgeheimnis ist nicht mehr garantiert. Alle in der Reichsverfassung enthaltenen Rechte auf Freiheit der deutschen Staatsbürger sind suspendiert. Wo mehr als zwei Personen zusammen sind, lastet auf dem Meinungsaustausch ein Druck. Die Ungewissheit über den morgigen Tag beherrscht alle, die bisher eine offizielle Funktion oder eine öffentliche Verantwortung wahrgenommen haben.

3. Der Tag des Judenboykotts. Warum dieser Boykott? Hat die Kirche ihre Stimme in dieser Frage erhoben? Der Boykott war von der Regierung nicht gewollt. Er ist von ihr als Sicherheitsventil gestattet worden, da er die am wenigsten gefährliche Aktionsform war, die der SA und allen, die den Aufrufen der Führer der nationalsozialistischen Partei folgten, erlaubt wurde. Die Gemüter waren durch die Revolution und auch durch die Übertreibungen der ausländischen Presse überreizt.

Aller Pressefreiheit beraubt, haben die kirchlichen Stellen bisher in der Frage des Boykotts, der Gefangensetzung oder der Amtsenhebung von Juden oder aller einflussreichen Personen in den Linksparteien nicht öffentlich handeln können.

Jeder Ausdruck der Missbilligung, jede Kritik oder Opposition inmitten einer Revolution, die sich die ausländische Presse zunutze machen würde, um gegen Kirche und Revolution zu opponieren, würde – wie man uns in zuständigen Kreisen versichert hat – unweigerlich ein Anwachsen der Gewalttätigkeiten provozieren und die bisher ergriffenen Maßnahmen noch radikaler machen. Jede öffentliche Einmischung würde darüber hinaus diejenigen Maßnahmen zunichte machen, die ergriffen worden sind, um die Unabhängigkeit der Kirche, die diese unter dem neuen Regime zu erlangen sich bemüht, sicherzustellen.

4. Ausnahmebestimmungen gegen die Juden. Was denken die Kirchenführer darüber? Welche Haltung wird die deutsche Christenheit im Blick auf sie einnehmen? Das Problem des Antisemitismus ist in Deutschland nicht neu. Während und vor allem nach dem Weltkrieg hat es eine besondere Verschärfung erfahren. Seit 1918 sind galizische Juden in großer Zahl nach

Deutschland eingereist. Viele unter ihnen haben in den kommunistischen und sozialistischen Parteien rasch großen Einfluss gewonnen. In einer Anzahl von Stellen des öffentlichen Dienstes haben sie Posten erhalten,, deren Zahl im Missverhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung steht (Gerichte, Krankenhäuser, Unterrichtswesen, Sozialdienst des Staates). Juden beherrschen die bürgerliche ebenso wie die linksgerichtete Presse. Der Film war in ihrer Hand, und sie profitierten von dem seit Kriegsende vorherrschenden Einfluss der sozialistischen Partei. In Berlin waren z. B. von 3500 Rechtsanwälten und Notaren 2400 Juden. Sie stellten mehr als 90 % der Ärzte in bestimmten Krankenhäusern, während die Juden nicht mehr als 0,9 % der Gesamtbevölkerrung Deutschlands ausmachten. Sittenverfall und Bestechlichkeit im öffentlichen Dienst waren zu einem großen Teil dem zerstörenden Einfluss der Juden, des Sozialismus und Kommunismus, wo sie eine beherrschende Rolle spielten, zuzuschreiben. Die Führer der Kirche, die sich des Ernstes der dem christlichen Gewissen gestellten Frage bewusst sind, werden, sobald die Situation der Kirche geklärt ist und die verantwortlichen Gremien haben zusammentreten können, Stellung nehmen.

Einzelne haben bereits Erklärungen abgegeben. So gabe es eine Anspielung von Generalsuperintendent Dibelius in seiner Predigt zur Eröffnung des Reichstags und seinen Brief an die Pastoren seines Bezirks vom 8. März, der von der Täglichen Rundschau am 6. April veröffentlicht wurde …

Dank persönlicher Interventionen von Pastoren oder Vertretern kirchlicher Behörden konnten Freilassungen Gefangener, Erleichterungen und Hilfe für Juden bewirkt werden. Man hat uns einstimmig versichert, dass im Bereich der Kirche Personen jüdischer Rasse, die Glieder der christlichen Kirche sind, weiterhin von ihrem Glaubensbrüdern deutscher Rasse als absolut gleichberechtigt behandelt werden würden.

Viele Christen in Deutschland wären durch die schweren Rechtsbrüche, wie sie diese Maßnahmen gegen die Juden illustrierten, betroffen und bedrückt.

5. Rückwirkungen der nationalsozialistischen Revolution auf die Kirche. Der Regierungswechsel hat bereits die Verabschiedung zahlreicher Beamter und ihre Ersetzung durch Parteigänger des neuen Regimes zur Folge gehabt. Die kommunistische Partei darf rechtlich nicht mehr existieren, die sozialistische Partei ist abgewürgt worden und wird vielleicht dasselbe Schicksal erleiden.Die Begriffe „international“ , „Pazifismus“, „Antimilitarismus“ und die Organisationen, die sich ihrer bedienen, werden als Feinde des neuen Regimes behandelt oder sind zumindest völlig in Verruf gebracht. Der Föderalismus ist durch eine Zentralisierung und eine Vereinheiutlichung des deutschen Staates ersetzt worden. Die Idee des „Deutschtums“ ist allmächtig. An die Stelle der Freiheit des Einzelnen ist die Pflicht des Einzelnen getreten, sich rückhaltlos dem Dienst des Vaterlandes hinzugeben. Universität, Oberschule sowie die Volksschule müssen der nationalen Idee dienen. Aus

der Universität werden daher alle diejenigen von ihren Lehrstühlen ausgeschlossen, die die neue Ideologie nicht teilen oder sich ihr nicht unterwerfen. Jede Intervention von Außen oder sogar jeder Blick auf im Ausland bekannte Professoren gestellte Frage kann nur die Liste derer verlängern, die bereits ihres Lehrauftrags beraubt sind.

Die Reorganisation der Kirchen und ihrer Beziehungen zum Staat sind Gegenstand einer doppelten Pression: 1. Druck von Außen: Anpassung der kirchlichen Kader an die neue Situation, d. h. Ersetzung der 29 Landeskirchen mit ihrem synodalen System und ihren 1918 eingeführten demokratischen Methoden und ihrem Kirchenbund durch eine vereinheitlichte kirchliche Organisation, deren Leiter nach einem neuen Prinzip ernannt werden , eine Kirche, die eng mit dem Schicksal der Nation verbunden ist. 2. Druck aus den eigenen Reihen der Kirche, in der die einen eine Kirche fordern, deren alleinige Autorität das Evangelium von Jesus Christus ist, eine nationale Kirche zwar, die aber dem Staat nicht zu Lehen gegeben wird. Andere in der Kirche wollen aus ihr ein religiöses Werkzeug des Staates machen. Sie haben in der Kirche selber eine Partei gebildet, die „Deutschen Christen", die überzeugte Anhänger des Nationalsozialismus sind. Diese Partei hat seit 1932 1/3 der Sitze der Presbyterien inne. Ihre Führer lassen sich durch die Press, die ihnen weit offen steht, vernehmen. Bestimmte Leute unter ihnen fordern wie in Braunschweig, dass der Staat die gewählten kirchlichen Amtsträger durch kirchliche Diktatoren ersetzt und dass bestimmte gegenwärtige Kirchenführer durch neue Männer abgelöst werden. Man fordert neue kirchliche Wahlen in der Hoffnung, dass sie dieser Partei die Mehrheit der Glieder der protestantischen Kirche, seien sie lutherisch, reformiert oder uniert, verschaffen werden. Eine Sektion der Partei der „Deutschen Christen" verlangt von der Kirche, sie solle die Aktion der Laien einen größeren Platz einräumen und das Werkzeug einer geistlichen und sittlichen Erweckung der dem christlichen Glauben entfremdeten Massen sein. Die „Deutschen Christen" haben keine Theologie und noch keine theologischen Interpreten.

Die nationale Revolution zwingt so die Kirche, 1. ihre äußere Struktur zu modifizieren, 2. dasWahlverfahren ihrer Leitungsgremien zu bestimmen, 3. ihre Beziehungen zum Staat einzurichten, 4. zu entscheiden, ob sie ihrem Glaubensbekenntnis des 16. Jahrhunderts treu bleiben oder ob sie ein neues Bekenntnsi annehmen will, und 5. ihre gegenwärtigen Führer zu behalten oder sie durch jüngere Kräfte zu ersetzen. (Das Durchschnittsalter der kirchlichen Leitungsgremien in Deutschland ist besonders hoch: 64 Jahre nach dem Urteil bestimmter Personen).

Herr Kapler, Präsident des DEKB und Präsident der altpreußischen Landeskirche, hat in den letztren Tagen die Spitzenvertreter der Kirche zusammengerufen. In dieser Zusammenkunft will man über die Freiheit oder die Unterwerfung der protestantischen Kirche unter den Staat entscheiden

müssen. Er hat soeben erweiterte Vollmacht erhalten, wobei ihm eine lutherische und eine reformierte Persönlichkeit zur Seite stehen. Die protestantische Bevölkerung beträgt etw 40 Millionen, von denen nicht mehr als 15 % reformiert sein sollen.

Diese besonders wichtigen Umstände sowie die Unterdrückung aller Freihei und die Gefahr irreparabler Maßnahmen, die von den staatlichen Behörden ergriffen werden oder zu ergreifen sind, erklären zu einem großen Teil das gegenwärtige Schweigen der protestantischen Kirchen Deutschlands.

Über die Zukunft der römisch-katholischen Kirche haben wir keinerlei Auskunft erhalten.

Die antinatinalsozialistische Einstellung der deutschen katholischen Bischöfe ist unter dem Druck der Ereignisse aufgegeben worden. Bestimmte Bischöfe (die im Namen ihrer Kirche sprechen können, während die Leiter der protestantischen Kirche gegenüber ihren Gläubigen nicht dieselben Rechte besitzen) haben Erklärungen abgegeben, die öffentlich von ihren Gläubigen desavouiert worden sind.

Angesichts einer sich täglich ändernden Lager der Dinge, während die politische und nationale Situation noch keine Stabilität erlangt hat, sind auch keine klaren Hinweise darauf vorhanden, wie die neue Gesetzgebung Deutschlands sein wird.

Während die Christen Deutschlands von der nationalen Erneuerung beeindruckt sind und für ihr zerrissenes, in seinem innersten Leben bedrohtes Vaterland eine bessere Zukunft erhoffen, fragen sie sich aber gleichzeitig, ob die Konsequenzen der Revolution sie nicht vor schwere Gewissensprobleme stellen werden. Angesichts der Gefahr von Repressalien und von im Siegesrausche einer Revolution, wie sie in Deutschland noch nicht da gewesen ist, diktierten Maßnahmen scheint uns die vordringliche Aufgabe der Christen und christlichen Kirchen anderer Länder zu sein: 1. kein rasches Urteil über das Geschehen in Deutschland und besonders über das gegenwärtige Schweigen der Kirchen Deutschlands zu fällen, die sich mitten in einer Revolution befinden; 2. den Christen Deutschlands zu vertrauen, die unter anormalen Umständen, aller elementaren Freiheit beraubt, gerufen sind, Entscheidungen zu fällen, die ihre persönliche Zukunft und diejenioge ihrer Kirche betreffen können; 3. große Zurückhaltung in der gesamten Korrespondenz mit Deutschland zu üben; 4. „jede öffentliche Erklärung", die aus Gewissensgründen abzugeben genötigt sind, nur auf bewiesene und sichere Tatsachen zu gründen.

Ein Angriff auf die Revolution in Deutschland oder die Kirche in Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt könnte in Deutschland nur störende und negative Rückwirkungen haben. Die dringendste Aufgabe zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint mir zu sein, die christlichen Prinzipien zu bekräftigen, indem man sein eigenes Versagen im Blick auf die Prinzipien demütig zugibt

und sie vor allem dadurch in die Tat umsetzt, dass man denjenigen zu Hilfe eilt, die die unschuldigen Opfer neuer Verhältnisse in Deutschland sind und sein werden. Die vordrnglichste Aufgabe: für und mit unseren Brüdern in Deutschland beten.“

Bekenntnis des Gesamtvorstandes des Martin-Luther-Bundes zu Hitler und

Forderung nach einer evangelisch-lutherischen Bekenntniskirche auf

Reichsebene

<u>19. April 1933:</u>

Ansprache von Wurm bei der Tagung des Pfarrvereins und Entschließung

(Schäfer 1, 327 ff):

„Als deutsche evangelische Pfarrer stehen wir in selbstverständlicher Treue zu unserem Volk, Staat und Reich. In tiefer Dankbarkeit gegen Gott und Menschen für die Bewahrung von Volk und Kirche in größter Not begrüßen wir es mit Freuden, dass die neue deutsche Regierung die Kräfte, die im Evangelium liegen, erkennt und dem entscheidenden Dienst, den die evang. Kirche für den Wiederaufbau des deutschen Volkes zu leisten hat, Raum zu geben entschlossen ist. Wir sind bereit, in Verantwortung vor Gott mitzuarbeiten an der Erneuerung, Einigung und Stärkung von Volk und Vaterland; heute wie immer muss dafür das Evangelium Leitstern bleiben.“

Prof. Adolf Faut*: Über die historischen Hintergründe der Nationalen Revolution*
(ebd. 385f)

Glückwunschtelegramm von Kapler an Hitler:

„Hochzuverehrender Herr Reichskanzler!

Die Feier ihres morgigen Geburtstages trifft zusammen mit einer Schicksalswende des deutschen Volkes. Aus diesem Anlass haben die im Deutschen Ev. Kirchenbund geeinten Landeskirchen in den Gottesdiensten des zweiten Osterfeiertages fürbittend den Kanzler des deutschen Volkes, sein Regiment und Werk dem Schutz und Schirm des allmächtigen Gottes befohlen. Als ein Symbol des Segens, den die deutsche evangelische Kirche für die Wiederaufrichtung des Reiches erfleht, wird an Ihrem Geburtstag die Flagge des Deutsczhen Evang. Kirchenbundes von Turm zu Turm in allen deutschen Landen wehen.

Die evangrelische Kirche hat seit den Tagen der Reformation Amt und Würde der Obrigkeit in Ehren gehalten und den Gehorsam gefordert, der um Gottes Willen den Ordnungen gebührt. Die evangelische Kirche hat vor über 100 Jahren zur religiösen Wiedergeburt des geknechteten deutschen Volkes aufgerufen. Kämpfend gegen die Mächte der Finsternis erhebt sie in der Stunde der nationalen Erhebung mit neuer Freudigkeit den Schild des Glaubens und das Schwert des Wortes für den Beruf der deutschen Nation. „Wohl dem Volk, des Gott der Herr ist" – das ist die Losung, auf dass wieder ein mannhaftes und gottesfürchtiges Geschlecht heranwachse. Echte Volkserhebung schöpft Kraft und Bestand aus der demütigen Beugung unter Gottes heiligen Willen. In diesem Sinne ihren Dienst am deutschen Volk auszurichten, wird der beste Dank der Kirche für Ihr Kanzlerwort in Potsdam und vor dem Reichstage sein.

Der Deutsche Evangelische Kirchenbund ist auch der Treuhänder für das echte Volksdeutschtum in aller Welt. Die deutschen evangelischen Kirchengemeinden des Ostens, voran die evangelische Kirche Österreichs, die deutschen evangelischen Synode in Brasilien, die deutschen evangelischen Gemeinden in Süd- und Südwestafrika, in den Welt-, Haupt- und Handelsstätten sind mit der Mutterkirche der Reformation und durch sie mit dem deutschen Volkstum eng verbunden.

Der Weg des Volkes zum Reich hat die gesamte volksdeutsche Erlebnisgemeinschaft neu gestärkt und ermutigt. Schwere Not liegt über den volksdeutschern Gruppen. Die elementarsten Rechte der Schöpfung sind geächtet. Aber was das Recht nicht eint und die Gewalt verweigert, das bleibt in Kraft des Glaubens und der Liebe verbunden. Die evangelische Kirche ist mit ihrem Dienst am volksdeutschen Gedanken ein Wegbereiter des neuen Reiches.

Im Namen des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes und seiner deutschen evangelischen Auslandsdiaspora bringe ich Ihnen, hoch verehrter Herr Reichskanzler, zum Beginn Ihres neuen Lebensjahres die wärmsten Segenswünsche dar. Was der deutschen evangelischen Kirchen Herz bewegt, bringe ich zum Ausdruck mit den Worten der Fürbitte, die an Ostern vor Gottes Thron gebracht wurde:

Lass Deinem Schutz und Schirm den Kanzler des Deutschen Reiches befohlen sein. Rüste ihn in seinem neuen Lebensjahr aus mit Kraft aus der Höhe. Hilf ihm die Bürde der Verantwortung im Regiment tragen und lege Deinen Segen auf das schwere Werk der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes zum Wohle des ganzen Volkes und zur Ehre Deines Namens." (vN 76f)

<u>19. – 22. April:</u>

Reichselterntag des Reichselternbundes in Eisenach

20. April 1933:

Friedrich Peter: „Adolf Hitler und die „Deutschen Christen“ an seinem 44. Geburtstag (EDR 15/1933)

Berufung Hossenfelders zum Hilfsreferenten im Preußischen Kultusministerium

21. April 1933:

Kundgebung des Kirchensenats der Altpreußischen Union (WNH 78f; vN 61):

***„Der altpreußische Kirchensenat hat in eingehenden Verhandlungen zu der gegenwärtigen Lage und zu den Aufgaben Stellung genommen, die den deutschen Evangelischen Kirchen durch die auch von ihm mit tiefer Freude und Dankbarkeit gegen Gott begrüßte gewaltige Bewegung erwachsen, die die Seele unseres Volkes ergriffen hat. Er bekennt sich einmütig zu folgenden Grundsätzen für das Verhalten und für die Arbeit der Kirche in dieser entscheidungsvollen Stunde der deutschen Geschichte. Die deutschen evangelischen Kirchen wissen sich nach ihrer ureigenen Art dem deutschen Volk und Volkstum verbunden und verpflichtet. Sie weisen deshalb den Vorwurf mangelnden oder lauen Eintretens für vaterländische Gegebenheiten und Notwendigkeiten, woher er auch komme, mit Entschiedenheit zurück. Die Kirche darf und wird sich unter keinen Umständen von der Verantwortung abdrängen lassen, die sie vor ihrem Gott und Herrn hat: Unserem deutschen evangelischen Volk, Männern und Frauen, den Dienst zu leisten, dass sie sie in allem irdischen Geschehen und Streben ohne Ansehen der Person unter Gottes Wort und Wahrheit stellt, wie sie uns in Jesus Christus, unserem lebendigen Herrn und Heiland, auf Herz und Gewissen gelegt ist. Sie weiß, dass nur in dieser Ehrfurcht vor Gott und seinem heiuligen Willen die sittliche Gesundung unseres Volkes sich gründet. Ohne sie muss alles äußerlich Erstrebte und Erreichte sinn- und wurzellos bleiben.*

An organisatorischen Aufgaben der Gegenwart erscheint der Umbau des bestehenden Bundes der deutschen evangelischen Landeskirchen zu einheitlichem Aufbauwillen unter Wahrung des geschichtlich gewordenen Bekenntnisstandes von besonderer Dringlichkeit. Der Kirchensenat wird mit allem Nachdruck dafür eintreten, dass der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss in kürzester Frist die Arbeit des engen Zusammenschlusses durchführt…“

Mahnung an die evangelische Christenheit Deutscher Nation. Wort der Sydower Bruderschaft (WNH 77):

„1. Gott hat für die Kirche eine Stunde der Entscheidung heraufgeführt. Wird die Kirche sich von den Kräften der Erneuerung, die seit dem Geschehen des Weltkrieges zu neuem Aufbruch in evangelischem Geiste drängen, bestimmen lassen oder nicht?
Es ist Grund zur Buße, dass sie nicht gehorsamer der Stimme Gottes gefolgt ist.
2. Die Bewegung unseres Volkes zum Ordnungsstaat bejahen wir; denn wir wissen von Martin Luther um das Wesen des Staates als Obrigkeit. – Mit Luther lehrt uns die Kirche die Hoheit und die Begrenztheit des Staates innerhalb der sündigen Welt.
3. Ein Neubau der Kirche ist nur möglich im Geiste der Reformation Martin Luthers. Sein Glaube war der Verlass auf die die Wirklichkeit gestaltende Kraft des biblischen Wortes. Deshalb muss evangelische Christlichkeit die Anwendung von Gewalt bei diesem Werke mit Luthers Weisung ablehnen: „Ich will nicht, dass für das Evangelium mit Gewalt gekämpft wird….mit dem Wort ist die Welt überwunden, mit dem Wort die Kirche geschaffen worden, mit dem Wort wird sie auch wieder hergestellt werden.“
4. Die kommende Kirche gründet sich auf die Autorität des apostolischen Wortes, d. h. auf den Befehlsgeist Christi. Sie kann ihr Bekenntnis nur in diesem Geiste und deshalb in dem ihrer Väter erneuern. Ihr wesentliches Handeln liegt in Verkündigung und Unterweisung. –Diese können nicht Ausdruck der persönlichen religiösen Meinung des Predigers sein, sondern müssen Darstellung und Anwendung des in der Bibel offenbarten Gotteswillens auf Mensch und Zeit sein.
Folgende Grundforderungen ergeben sich für den Charakter und Aufbau der Kirche:
Freiheit der Verkündigung und Unterweisung im kirchlich geordneten Amt und geistliche Führung.
Nach langjähriger Arbeit in der Pfarrerschaft und den Gemeinden wenden wir uns an die evangelische Christenheit Deutscher Nation, an die Gemeinden, an die Pfarrer, an die Einzelnen: „Unterscheidet die Geister und setzt euch mit aller Kraft dafür ein, dass wir, die wir ein Volk ohne Gott geworden waren, nicht ein Volk über Gott, sondern ein Volk unter Gott werden.“

Aufruf des Vorstandes der Evangelischen Arbeitervereine (vN 68f):

„Wir begrüßen mit dankbarer Freude die große Wendung in unserem Volke, die der Tag von Potsdam deutlich gemacht hat. Damit ist eine neue machtvolle Staatsführung gegeben, die Möglichkeiten für eine bessere Zukunft unseres Volkes bietet:

- *Sie knüpft an an die ruhmreiche Vergangenheit der preußisch-deutschen Geschichte*
- *Sie wird getragen von einer starken Wandlung, die die Volksseele erlebt: Das Volk will wieder Nation sein und wieder einen starken Staat mit stetiger Führung haben.*
- *Sie bekennt sich rückhaltlos zur Bedeutung des religiösen Lebens für den Neuaufbau in Staat und Volk.*
- *Sie ist unter Verzicht auf billige Rachegefühle aufgeschlossen für die große Zukunftsaufgabe der Gewinnung der Arbeiterschaft für den nationalen Staat.*

Damit sind Ziele, die wir von jeher erstrebt haben, in ihren grundlegenden Anfängren erreicht. Jetzt
kommt es darauf an, dass man an ihnen festhält und ihre Weiterführung sichert:

Es muss endlich ernst gemacht werden mit der Überwindung der Kluft zwischen dem Arbeiterstand und dem übrigen Volkstum, mit der Lösung der Arbeiterfrage als dem brennendsten Problem der Gegenwart. Es müssen die Formen gefunden werden für die volle Einschaltung der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft. Wenn jetzt nicht wirkliche Volksgemeinschaft wird, dann wird auch der neue Staat den Nährboden für Klassenkampf und Klassenhass in sich tragen und schließlich daran zerschellen.

Ebenso muss entscheiden ernst gemacht werden mit dem religiösen Wollen des Staates: Das Volk muss durch die Kräfte des Evangeliums, wie sie die Kirche darbietet, zu echtem Gehorsam unter den Allmächtigen in Glaube und Liebe geführt werden. Die deutsche Geschichte zeigt auf all ihren Blättern, dass nur durch eine Vermählung der nationalen Erhebung mit der inneren Erneuerung aus evangelisch-reformatorischem Geist echte und bleibende Wirkungen erzielt worden sind.

Wir rufen unsere evangelischen Arbeitervereine auf! Die neue löage schafft auch für uns neue Aufgaben, die es klar zu erkennen gilt:

Wir müssen aus der äußeren Zertrümmerung des Marxismus eine innere Überwindung und Gewinnung der Menschen machen.

Lasst uns mit dem freudigen Ja zum neuen Reich den verstärkten Willen verbinden, unsere Sendung zu erfüllen.“

Gesetz über das Schlachten von Tieren. Das Schlachten nach jüdischem Ritus ist verboten (Walk 15)

22. April 1933:

Ernennung von Bernhard Rust zum Preußischen Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung

Ernennung von Dr. Hans Frank zum Reichsjustizkommissar

Gesetz über die Bildung von Studentenschaften an den wissenschaftlichen Hochschulen (Friedrichs 1, 304; UF IX, 456)

Verordnung des Reichsarbeitsministers Seldte über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen (UF IX, 395 ff)

Erklärung des Präsidiums des Evangelischen Bundes (Wartburg 5/1933)

Ausschluss von Juden aus den Lehrervereinigungen und aus dem Apothekerverein,
Entziehung der Waffenscheine (UF IX, 395f; Walk 16f)

22. – 27. April 1933:

Einsetzung eines Staatskommissars (Walter Bohm) in der Kirche von Mecklenburg-Schwerin durch Ministerpräsident Walter Granzow (Nic I, 37 ff)

Brief des Landesbischofs Heinrich Rendtorff an den Ministerpräsidenten Granzow von Mecklenburg:

„An dem Willen der Führung unserer Landeskirche, an der nationalen Erneuerung unseres Volkes unter vollem Einsatz ihrer Kräfte mitzuarbeiten, ist unter allen, die Mecklenburg kennen, kein Zweifel. Auch unser Wille, um des Volkes willen an einer Erneuerung unserer Kirche zu arbeiten, ist weithin im Lande bekannt und anerkannt. Wenn Sie als verantwortlicher Leiter unseres Staatswesens sich für eine innere Erneuerung der Kirche interessieren wollen und für sie kämpfen wollen, so werden Sie an uns die besten Bundesgenossen finden. Bisher haben Sie unsere Mitarbeit nicht begehrt. Aber kann die Staatsregierung aus eigenen Kräften das Leben einer Kirche erneuern? Der Kanzler Adolf Hitler schreibt: „Auch wenn an der einzelnen Konfession noch so viel wirklich auszustellen wäre, so darf die politische Partei doch nicht einen Augenblick die Tatsache aus dem Auge verlieren, dass es nach allen bisherigen Erfahrungen der Geschichte noch niemals einer rein politischen Partei in ähnlichen Lagen gelungen war, zu einer religiösen Reformation zu kommen.“ Glaubt die mecklenburgische Staatsregierung, von dieser unverbrüchlichen Regel der Geschichte eine Ausnahme machen zu können? Und kann die Erneuerung eines so feinen und empfindlichen Körpers, wie es eine Landeskirche ist, mit einer Gewalttat beginnen?“ (GB 70 ff)

23. April 1933:

Aufruf Kaplers für eine Reform der Verfassung des deutschen Protestantismus
(Hermelink 35f):

„Die Stunde gebietet, unverzüglich eine Reform der Verfassung des deutschen Protestantisamus einzuleiten. Das Ziel der Reformist die bündische Deutsche Evangelische Kirche, errichtet auf der Grundlage und unter voller Wahrung des Bekenntnisses. Aus lebenskräftigen Landeskirchen erwachsen, soll sie alle Vollmachten erhalten, deren sie zur Pflege des gesamtdeutschen evangelischen kirchlichen Lebens und seiner Beziehung zu Volk und Staat im In- und Ausland bedarf.“

Erklärung des Reichsverbandes deutscher evangelischer Schulgemeinden (vN 70f):
„In herzlicher Freude über den Aufbruch der deutschen Nation und über die Wendung der Verhältnisse in Volk und Vaterland wird er, seinem alten Programm getreu, sich einsetzen für eine christlich-nationale Erziehung in Schule und Elternhaus und für die Gesundung der deutschen Familie, der Keimzelle des Volkstums und der Nation. Der Reichsbund gibt damit seiner Überzeugung Ausdruck, dass dem deutschen Volke nichts notwendiger ist als eine Durchdringung mit den Lebenskräften des reinen biblisch-reformatorischen Evangeliums!“

Forderungen der „Christlichen Kampfschar“ von Friedrich von der Ropp (DEB 151)

Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen
(Friedrichs 304f)
(Begrenzung der Juden auf 1,5%)

24. April 1933:

Aufruf von Goebbels zum „Tag der nationalen Arbeit“ (UF IX, 630f):

„Die Regierung der nationalen Revolution hat den 1. Mai zum Feiertag der nationalen Arbeit erhoben. Sie will damit zum Ausdruck bringen, dass die Verbundenheuit des ganzen deutschen Volkes mit der nationalen Arbeit,

ihren Schöpfern und Trägern eine unlösliche und schicksalsgegebene ist. Zum ersten Mal wieder seit Jashrzehnten innerer Zerklüftung und parteipolitischer Zerrissenheit erhebt sich über Zank und Hader der unsterbliche Geist deutschen Volkstums, verklärt und geläutert durch den Segen der schaffenden Arbeit.
Der Marxismus liegt zertrümmert am Boden. Die Organisationen des Klassenkampfes sind zerschlagen. Nicht aus reaktionärem oder gar volks- und arbeiterfeindlichen Beweggründen haben wir den Kampf gegen die kulturbedrohende Gefahr des Bolschewismus geführt.Der Marxismus musste sterben, damit der deutschen Arbeit ein Weg zur Freiheit gebahnt werden konnte. Die Schranken von Klassenhaß und Standesdünkel wurden niedergerissen, auf dass Volk wieder zu Volk zurückfand. Nun stehen wir vor der schweren und verantwortungsvollen Aufgabe, nicht nur das deutsche Arbeitertum zum sozialen Frieden zurückzuführen, sondern es als vollberechtigtes Mitglied in den Staat und in die Volksgemeinschaft mit einzufügen. ..

Deutsche aller Stände, Stämme und Berufe, reicht Euch die Hände! Geschlossen marschieren wir in die neue Zeit hinein! Es lebe unser Volk und unser Reich!“

Rundschreiben des Preußischen Ministers des Innern über die Notwendigkeit von Schutzhaftanordnungen (UF IX, 363f)

Erklärung des Führerrates der Evangelischen Jugend Deutschlands (vN. 70):

„Eine neue Stunde deutscher Geschichte schlägt. Hart am Abgrund des Bolschewismus wurde Deutschlands Schicksal noch einmal zurückgerissen. Eine starke Staatsführung ruft alle Deutschen zu letzter Verantwortung. Die gottgesetzten Grundlagen von Heimat, Volk und Staat werden wieder neu erkannt. Das Volk steht auf. Eine Bewegung bricht sich Bahn, die eine Überbrückung der Klassen, Stände und Stammesgegensätze verheißt.

In dieser Stunde soll die evangelische Jugend wissen, dass ihre Führerschaft Ja zum Aufbruch der Nation sagt Die Erkenntnis, dass es um eine Erneuerung der Lebensgrundlagen allen Volkstums geht, trifft das evangelische Jugendwerk ins Herzstück seiner geschichtlichen Sendung und ruft es zum Einsatz von Gut und Blut. Eine evangelische Jugend weiß, dass in dieser Stunde die die lebendigen Kräfte des Evangeliums allein Rettung und Erneuerung aus Verfall und Untergang bringen können. So treten wir als evangelische Jugend erneut unter Gottes Befehlsgewalt und Verheißung .Der Heilige Geist richtet Zersetzung und Zerfall in Sitte, Beruf, Familie und Staat.

Darum kann die Haltung der jungen evangelischen Front in diesen Tagen keine andere sein als die einer leidenschaftlichen Teilnahme an dem

Schicksal unseres Volkes und zugleich eine radikale Entschlossenheit, wie sie das Wort Gottes fordert.“

Entschließung des Evangelischen Reichselternbundes (ebd. 71):

Er steht „zu dem durch die nationale Erhebung geborenen neuen Staat. Sie begrüßt die von den Führern der Regierung festgelegten Grundsätze der Erziehung und vertraut darauf, dass von der Regierung das gottgegebene Erziehungsrecht der deutschen Familie anerkannt wird. Auf der Glaubensgrundlage der evangelischen Kirche stehend, will sie mit aller Kraft mitarbeiten am Aufbau des christlich-nationalen Erziehungswerkes und an der Festigung der inneren Einheit unseres Volks. Für die Gestaltung der deutschen Schule hält die evangelische Elternschaft unerschütterlich fest an der evangelischen Bekenntnisschule, in der die beste Gewähr für die Erziehung unserer Kinder zu Volksgemeinschaft, Dienst am Vaterland und Kirche und zu lebendigem Christentum gegeben ist.“

<u>25. April 1933:</u>

Aufruf von Goebbels an das deutsche Volk zum „Tag der deutschen Arbeit“ (Friedrichs 1, 156)

„Männer und Frauen! Wir rufen Euch auf in Stadt und Land! Deutsche Jugend! An dich vor allem geht unser Appell! Der 1. Mai soll das deutsche Volk einig und geschlossen sehen und ein Zeichen sein für die ganze Welt, dass Deutschland erwacht ist und den Weg zu Freiheit und Brot sucht und findet.

Das ganze Volk ehrt sich selbst, wenn es der Arbeit die Ehre gibt, die ihr gebührt. Deutsche aller Stände, Stämme und Berufe reicht Euch die Hände! Geschlossen marschieren wir in die neue Zeit hinein!“

Gesetz gegen die Überfüllung von Schulen und Hochschulen: Begrenzung der Juden auf 1,5 % (Friedrichs 1, 304f; UF IX, 456f)

Erstes Gespräch zwischen Kapler und Hitler (Nic 39; Scholder 384 ff)

Bekanntmachung des Staatskommissars in Schwerin (Nic I, 40)

Kundgebung des Drei-Männer-Kollegiums (Kapler, Marahrens, Hesse):

„Eine mächtige nationale Bewegung hat unser deutsches Volk ergriffen und emporgehoben. Eine umfassende Neugestaltung des Reiches in der erwachten deutschen Nation schafft sich Raum. Zu dieser Wende der Geschichte sprechen wir ein dankbares Ja. Gott hat sie uns geschenkt. Ihm sei die Ehre!

In Gottes Wort gebunden, erkennen wir in dem großen Geschehen unserer Tage einen neuen Auftrag unseres Herrn an Seine Kirche. Es geht um die Verkündigung des lebendigen Gottes, der uns geschaffen hat und der uns noch erhält und regiert, - von dem Herrn und Heiland Jesus Christus, der für uns gestorben und auferstanden ist – von dem Heiligen Geist , der allein wahren Glauben und rechte Erneuerung schenkt. Es geht um eine gegenwärtig-lebendige Bezeugung der reformatorischen Bekenntnisse.

Es geht um die Neuordnung der Kirche aus den unvergänglichen Kräften dieser auf Gottes Wort gegründeten Bekenntnisse.

Große und schwere Verantwortung liegt auf uns. Verpflichtet unserer Kirche, verbunden unserem Volk, rufen wir alle auf, in fester Geschlossenheit zu uns zu stehen. Jeder trage unsere Last mit in Fürbitte und Gebet. Gott ist unsere Zuversicht und Stärke.

D. Dr. Kapler – D. Marahrens – D. Hesse (WNH 79; vN 77f)

Nicht akzeptierter Vorschlag für eine Kundgebung aus 8 Thesen von Marahrens
(WNH 79f):

These 8 : „Wir entrollen das Banner Jesu Christi über unserem Volke und rufen alle, die mit uns einig sind, vor allem die jungen vorwärtsdrängenden Kräfte auf zum Zusammenschluss unter diesem Panier und zu entschlossenem Kampf gegen alle der Königsherrschaft sich widersetzenden Gewalten. Unsere Parole heißt: Deutschland für Christus!“

Besprechung der katholischen Bischöfe Berning und Kaller mit Vizekanzler von Papen (Nic I, 44 ff)

<u>25./26. April 1933:</u>

Sitzung des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses (DEKA) unter Hermann Kapler, einziger Tagungspunkt: die Judenfrage (Niederschrift in: Boyens 295 ff; HH IV, 833 ff):

„Auf Einladung seines Präsidenten trat der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss am 25. April 1933 nachmittagsw n3 Uhr im Situngssaal des Kirchenbundesamts in Berlin-Charlottenburg zu einer außerordentlichen Tagung zusammen…

(An der Sitzung nahmen außer den im folgenden Text Genannten u. a. teil: Oberdomprediger Burghart (Berlin), Landesbischof Marahrens (Hannover), Kirchenpräsident Wurm (Stuttgaert), OKR Meiser (Bayern), Senior Horn (Hamburg), Reichsgerichtspräsident i. R. Simons, vom Kirchenbundesamt die OKR Hosemann, Scholz, Besig, Schreiber, Troschke, Gustavus und Heckel. Die Verhandlungsniederschrift führte Konsistorialrat Dr. Wahl)

„Den Teilnehmern liegt anliegender Abdruck einer von theologischer Seite zur Verfügung gestellten Privatarbeit „Die Kirche und die Judenfrage in Deutschland“ vor, ferner eine ebenfalls anliegende der badischen evangelischen Landeskirche zur Verfügung gestellte Ausarbeitung „Die evangelische Kirche und ihre Judenchristen“.

Das Wort erhält zunächst Geheimer Hofrat D. Freiherr von Pechman. Redner schildert einleitend, wie ihm Hilferufe von Männern jüdischer Abstammung, die mit Überzeugung Christen geworden seien, nahe gebracht worden seien und welche Seelennot ihm dabei begegnet sei. Er sei davon durchdrungen, dass wir diesen Gliedern unserer Gemeinden und unserer Kirchen Schutz schuldig sind. Wir dürfen sie nicht dem Gefühl überlassen, dass sie von der Kirche, der sie seit langem angehören, in der Zeit der fürchterlichsten Not wort- und lautlos im Stich gelassen werden. Redner äußert sich weiter über die Wirkungen der einschlägigen Vorgänge und Maßnahmen auf das Ausland und insbesondere auf das Verhältnis zu dem mit dem Kirchenbund in ökumenischer Gemeinschaft stehenden ausländischen Kirchen. Unsere Kirche schuldet ihren eigenen treuen Mitgliedern endlich das tröstende, aufrichtende Wort des Schutzes. Weder in der Kundgebung des Evangelischen Oberkirchenrats-Berlin noch in der Kundgebung unseres Landekirchenrates in München habe er in dieser Richtung gefunden, was er so dringend gewünschrt hätte. Wir können es nicht verantworten, wenn der Kirchenausschuss auseinanderginge, ohne ein solches Wort zu sagen.

Kirchenpräsident D. Wurth legt anhand der Anlage 3 den Standpunkt der badischen Landeskirche dar. In Baden habe man sich gefragt, was die Kirche innerhalb ihres kirchlichen Bereichs zu tun und ob sie nicht ihren evangelischen Judenchristen etwas zu sagen habe. Einserseits stehe man vor der Tatsache, dass eine Überfremdung fürchterlicher Art in einzelnen Berufen eingesetzt habe; andererseits würden hier Elemente, die den christlichen Glauben angenommen haben, aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen. Innerhalb ihres Bereichs könne die Kirche vielleicht zum Ausdruck bringen, wie in dem Entwurf geschehen sei, dass die Judenchristen unsere Brüder seien und Anspruch auf das Neue Testament hätten. Es bestehe aber das Bedenken, dass einzelne Sätze des Entwurfs, aus dem Zusammenhang gerissen, gegen die Kirche verwendet werden können. So hätte man die Erklärung nicht herausgegeben. Es wäre aber immerhin die Frage, ob man nicht Einzelnen, die kämen, im Sinne der Erklärung antworten könne.

Konsistorialrat Dr. Wahl macht Mitteilung über die beim Präsidenten des Kirchenausschusses eingegangenen Schreiben aus ländischen Kirchen, kirchlicher Stellen und einzelner Persönlichkeiten zur Judenfrage. Die Schreiben wiesen von einer bloßen Anfrage über den Stand der Sache und von einer bloßen Wiedergabe der Stimmung im eigenen Land bis hinauf zu mehr oder weniger deutlichen Protesten ungefähr alle Nuancen möglicher

Meinungsäußerung auf. Es sei beabsichtigt, den ausländischen Stellen ein Memorandum zu übersenden, in dem nach einer kurzen Schilderung der allegemeinen Lage Ursprung und Lösung des Judenproblems in Deutschland in ganz objektiver Form dargestellt werden solle. Referent macht ferner Mitteilung über die mündlichen Informationen, die einer Reihe von kirchlichen Persönlichkeiten des Auslandes (z. B. Generalsekretär P. Henriod-Genf, Generalsekretär MacCrea Cavert vom Fedral Counci, Prfessor Knut Westmann (Schweden)) bei ihren Besuchen in Berlin gegeben worden sind.

Geheimer Konsistorialrat Professor Titius stimmt der Sache nach D. Freiherr von Pechmann zu, hat aber Zweifel, ob sich etwas tun lasse. Auf die anscheinend so verschiedene Stellungnahme des Auslandes solle man keine Rücksicht nehmen, sondern erst nach einem eigenen Standpunkt suchen. Das Bekanntwerden von Zahlen über die jüdische Überfremdung in Deutschalnd habe bei ihm, dem Redner, der keineswegs antisemitsch eingestellt sei, eine starke innere Wandlung hervorgerufen. Redner würde daher nicht in der Lage sein, Erklärungen zuzustimmen, die sich gegen gesetzgeberische Maßregeln zur Lösung des Problems richteten. Etwas anderes sei das ungeordnete Verfahren. Ein Wort über die Christen jüdischer Abstammung zu sagen, sei auch schwierig. Insbesondere sei es schwierig, einer besonderen Behandlung der Judenchristen das Wort zu reden, da dann der Zustrom zum Christentum in verhängnisvoller Weise verstärkt werden könnte. Ein öffentliches Eintreten für eine andere Behandlung des Judentums hält Redner für außerordentlich schwierig, zumal kaum etwas gesagt werden könne, das unangefochten bleiben würde. Andererseits sei es selbstverständlich, dass man den Judenchristen nach Möglichkeit entgegenkommen und dass man Liebe üben solle im Sinne von Freiherrn v. Pechmann.

Vizepräsident D. Hundt hat ebenfalls Bedenken gegen eine Aktion in der Öffentlichkeit. Er bezweifelt auch die Kompetenz der Kirche hierzu. Die Stellungnahme des Auslandes könnte nicht ausschlaggebend sein, zumal berevchtigte Zweifel an der selbslosen Ehrlichkeit des Auslands bestünden. Eine Kundgebung werde von den Feinden im Auslande gegen Deutschland missbraucht werden.

Präsident D. Dr. Kapler: Zweifellos ist der Staat angesichts der seit 1918 immer ernster gewordenen Gefährdung des deutschen Volkstums durch das Vordringen des Judentums auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellen Gebiet zu Schutzmaßnahmen für unser Volkstum berechtigt und verpflichtet. Aber bei manchen der getroffenen Maßnahmen habe ich doch einen schweren Gewissensdruck empfunden und die Angelegenheit bei manchen verschiedenen Besprechungen mit den politischen Stellen zur Sprache gebracht. So bei meiner Unterredung mit Reichsminister Frick am 1. April, die am Tage des Judenboykotts stattfand. Ebenso bei meinem Besuch bei

Staatssekretär Landfried (damls im Preuischen Staatsministerium), der mich in Vertretung des durch seine Romreise verhinderten Herrn von Papen empfing, und endlich bei dem Staatssekretär Lammers (Reichskanzlei). Bei der Unterredung mit dem Reichskanzler habe ich die Judenfrage als solche nicht namentlich erwähnt. Ich habe aber im Zusammenhang mit der Zusage, dass die Kirche mit dem Staat zum Wiederaufbau unseres Vaterlandes zusammenarbeiten wolle, ausgeführt, dass, wenn der Staat seinem Wesen nach mit Maßnahmen des Rechts, des Zwanges und unter Umständen mit Härte vorgehe, die Kirche natürlich den innigen Wunsch habe, dass bei Durchführung alles dessen, was die Staatsleitung zur Sicherung von Volk und Staat für unerlässlich erachte, jede mit diesem Ziel vereinbare Milderung von Härten ins Auge gefasst werde; und die Kirche bitte Gott, dass Er in Gnaden bald die Zeit kommen lassen möge, wo in unserem Vaterlande Kampf undHärte durch Frieden und Versöhnung abgelöst werden. Mehr zu sagen, hielt ich bei dieser ersten offiziellen Begegnung nicht für ratsam. In einer Reihe von Einzelfällen ist auf meine Veranlassung versucht worden, für Christen jüdischer Abstammung Milderungen zu erreichen, allerdings teils ohne Erfolg, teils noch mit ungewissem Ergebnis. In einer öffentlichen Kundgebung zur Judenfrage liegt die Gefahr, dass durch ihre missbräuchliche Verwendung der Propaganda des Auslandes gegen das neue Deutschland Vorschub geleistet wird. Der badische Entwurf scheint mir nicht geeignet, zumal eine Beschränkung auf die Judenchristen dem Problem nicht ganz gerecht wird. Unbedingt müsse die Kirche sprechen müssen, wenn etwa der Versuch gemacht werrden sollte, judenchristliche Kinder aus den christlichen Schulen fernzuhalten. Andererseits ist mir aber durchaus fraglich, ob die Kirche unter religiösen Gesichtwspunkten das Recht hat, den Staat zu veranlassen, zugunsten der Judenchristen bei Staatsanstellungen von Rassegesichtspunkten abzusehen.

Pastor D. Michaelis führt aus, dass nach seinem persönlichen Standpunkt, den er aus der Heiligen Schrift schöpfe, es nicht wider Gottes Wort sei, wenn Juden in ihren Beziehungen zum Staat anders behandelt würden als deutsche. Die Nationen hätten den Rat Gottes über dieses Volk missverstanden, als sie ihm volle Staatsbürgerrechte verliehen. Dass die Juden nach der Bibel das auserwählte Volk Gottes seien, schaffe ihnen nicht eine Zensur für ethische und moralische Qualitäten, keine besondere Gerechtigkeit. Vielmehr entspringe dies dem freien Willen Gottes und begründe keinen Anspruch gegenüber Gott. Es sei eine Schuld der kirchlichen Verkündigung, dass diese Gesichtspunkte vergessen worden seien. Daher könne das christliche Gewissen in der gegenwärtigen Lage nicht beschwert sein und lediglich besorgen, dass die Menschlichkeit leiden möchte. Im Übrigen sei der Kirche bei der ungeheuren Gefahr, in der sie sich z. Zt. befinde, der Mund gebunden. Es sei nicht richtig, in jedem Augenblick alles zu sagen.

Landesbischof Ihmels ist mit D. Morehaid in Verbindung getreten, um der Gräuelehetze entgegenzutreten. Morhead habe zurückgefragt, wie es mit der Judenfrage in Deutschland stehe. Eine allgemeine Erklärung zur Judenfrage hält Redner für bedenklich und bittet, von ihr abzusehen.

Geheimer Hofrat D. Freiherr von Pechmann trägt anliegenden Entwurf einer Resolution vor und führt dazu aus: Es wird ein dankbares Aufatmen durch viele Christenhäuser gehen, wenn der Kirchenausschuss ein mutiges Wort aus dem Gewissen heraus spricht. Überwiegen die Bedenken, dan bleibt mir nur die Bitte, dass wir meine Gedanken in dieser und oder in einer anderen Fassung in die Hände des Präsidenten legen mit der Ermächtigung, in der ihm geeignet erscheindenden Art und in dem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt der Regierung und dem Auslande gegenüber davon Gebrauch zu machen.

Landesbischof D. Bernewitz stimmt den theologischen Ausführungen von D. Michaelis zu.

Landesbischof D. Rendtorff bittet, vorläufig von einer öffentlichen Stellungnahme abzusehen. Nicht aus Bedenklichkeit, sondern aus grundsätzlichen Glaubenserwägungen. Die Öffentlichkeit höre nur das Ja oder Nein zu den staatlichen Maßnahmen. Alles andere sei völlig belanglos. Es müsse daher genauer gesagt werden, was im Einzelnen gemeint sei. Die Kirche habe mit Dank begrüßt, dass endlich wieder eine Obrigkeit vorhanden sei. Wenn das so liegt, dann verstoße es gegen den Glauben, dem weltlichen Schwert in den Arm zu fallen, zumal es sich für die Regierung nicht um eine periphere Sache, sondern um einen zentralen Punkt ihres Programms handle. Redner warnt, die jetzt allegemeine Beurtelung der Judenfrage unevangelisch zu nennen. 1700 Jahre hätten die Juden unter Ausnahmerecht gestanden unter völliger Billigung der Kirche. Ihre Befreiung stehe im Zusammenhang mit dem Fortschreiten der aufklärerischen Denkweise. Die Fortschrittsgedanken dürften nicht mit evangelischen Normen identifiziert werden. Es handele sich heute um eine geistige Auseinandersetzung zwischen zwei völlig verschiedenen Lebensgefühlen: einerseits demjenigen, das das Vorrecht der freien Persönlichkeit betone und andererseits demjenigen, das die Präponderanz des Staates als des Vertreters der Gesamtheit in den Vordergund rücke. Redner lehnt es ab, als Theologe sich in diesem Streit festzulegen und die eine der beiden Auffassungen als speziell christlich (sic) zu bezeichnen. Er persönlich neige stark zur zweiten Auffassung, die nach seiner Meinung der Bibel näher sei. Er bitte daher, von einer öffentlichen Äußerung abzusehen und in der bisherigen Linie weiterzugehen, insbesondere auch von Fall zu Fall Härten zu mildern.

Prälat D. Dr. Schoell hält ebenfalls eine Kundgebung nicht für möglich, wirft aber die Frage auf, ob nicht auf Grund eines pro memoria ein offiziöser

Artikel geschrieben werden könne. Der Entwurf von D. Freiherrn v. Pechmann könne als Material dem Präsidenten überwiesen werden.

Geheimer Kirchenrat Prof. D. Dr. Rendtorff fürchtet, dass unter dem Einfluss der Behandlung der Juden in Deutschland im Ausland ein neues Minderheitenrecht entstehe. Die Folge werde sein, dass der Kirchenbund und der Gustav-Adolf-Verein in ihrer Auslandsarbeit mit den allerschwersten Gefahren zu rechnen haben werde. Deshalb fällt es dem Rewdner außerordentlich schwer, nicht für ein öffentliches Auftreten zu stimmen. Vielleicht sei der Ausweg möglich, den Entwurf dem Herrn Präsidenten zu treuen Händen zu überweisen, ohne ihm freilich Richtlinien für den Gebrauch zu geben. Gegen den Schoellschen Vorschlöag eines offiziösen Artikels hat Redner Bedenken.

Pfarrer D. Herz betont insbesondere dem Ausland gegenüber den Gesichtspunkt, dass es in der Welt niemals Alleinschuld, sondern nur Gesamtschuld gebe und weist auf die Behandlung des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit hin.

Hierauf wird Schluss der Debattte beantragt und beschlossen. Sachlich wird beschlossen, den Antrag von D. Freiherrn v. Pechmann und die Aussprache im Sinne von Geheimen Kirchenrat D. Dr. Rendtorff als Material dem Präsidenten zu überweisen.“

Ein Wort des Kirchenausschusses für den Präsidenten des Kirchenauschusses (Boyens 299):

„Der Kirchenausschuss dankt Herrn Präsidenten D. Dr. Kapler für alles, was zur Abwehr der Gräuelpropaganda mit Umsicht und erfolgreicher Tatkraft von ihm geschehen ist.

Der Kirchenausschuss richtet an die Auslandskirchen die ernste Bitte um Zurückhaltung gegenüber den Vorgängen im Rahmen der deutschen Revolution, die nur auf Grund genauer Vertrautheit mit den besonderen deutschen Verhältnissen – vor allem, wenn auch nicht allein den Verhältnissen der Nachkriegszeit zutreffend gewürdigt werden können.

Zugleich aber nimmt der Kirchenausschuss Anlass auszusprechen, dass die evangelische Kirche ihre eigenen Angehörigen jüdischen Stammes nach wie vor als die ihrigen ansieht, mit ihnen fühlt und in den Grenzen des praktisch Möglichen für sie eintritt. Auch fühlt sich der Kirchenausschuss gedrungen, an die öffentlichen Gewalten ein Wort christlicher Mahnung zu richten, auch bei noch so berechtigter Korrektur von Missständen die Gebote der Gerechtigkeit und der christlichen Liebe nicht außer Acht zu lassen.“

Resolution des Freihern von Pechmann:

(s. Brakelmann: Evangelische Kirche und Judenverfolgung, 13 – 29)

Ausschluss jüdischer Mitglieder aus den Sport- und Turnvereinen (Walk 18)

26. April 1933:

Reichskonferenz der SPD in Berlin

Gründung der „Geheimen Staatspolizei“ auf Betreiben von Göring (UF IX, 348 ff)

Berufung von Ludwig Müller durch Hitler zum „Bevollmächtigten für die Angelegenheiten der Evangelischen Kirche“ (Nic I, 42f)

Kundgebung von Wehrkreispfarrer Ludwig Müller:

„Das Vertrauen des Reichskanzlers hat mich zu einer großen und schweren Arbeit berufen. Mit Gottvertrauen und im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott gehe ich ans Werk. Das Ziel ist die Erfüllung evangelischer deutscher Sehnsucht seit den Zeiten der Reformation. – Die Lage ist zurzeit folgende:

Die „Deutschen Christen“ wollen eine evangelische deutsche Reichskirche. Sie haben das Kirchenvolk stark aufgerüttelt.

Die Kirchenregierungen wollen ebenfalls eine große „Evangelische Kirche deutscher Nation“.

Diese Kirche muss jetzt gebaut werden. Die reformatorischen Bekenntnisse unserer Väter sollen uns dabei den Weg weisen.

Es ist der Wunsch und Wille des Reichskanzlers, dass die evangelische Christenheit das große Werk mit fröhlichem Gottvertrauen beginne und in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit dem Reich vollende. So soll die evangelische Kirche auch im Deutschen Reich ihren göttlichen Dienst an Seele und Gewissen des deutschen Volkes wohl ausrichten.

Im Namen des Reichskanzlers fordere ich alle Beteiligten zu ehrlicher Mitarbeit auf.

Der Herr der Kirche schenke uns allen den Geist der Einmütigkeit, dass wir gemeinsam und voller Zuversicht ans Werk gehen; er gebe uns auch die Kraft, alle Störungsversuche unerbittlich niederzuhalten.

Die evangelischen Gemeinden im ganzen deutschen Vaterland aber bitte ich, unsere Arbeit auf fürbittendem Herzen zu tragen." (WNH 80f; vN 78; HH IV, 828))

Kundgebung des Evangelischen Bundes (in: Wartburg, H. 5, 1933):

„Die zur Führertagung aus allen deutschen Gauen versammelten Vertreter des Evangelischen Bundes erklären:

1. Wir begrüßen es mit dankbarer Freude, dass durch das Zusammenwirken einer besonnenen Reichsführung und einer sich ihrer Aufgabe klar bewußten Kirchenleitung der Konflikt in Mecklenburg-Schwerin beigelegt worden ist. Wir haben daraus die Zuversicht gewonnen, dass damit die Gefahr staatlicher Eingriffe in das innerkirchliche Leben ein für allemal gebannt ist. Wir weisen zugleich erneut darauf hin, dass ein solches einseitiges Vorgehen gegen die evangelische Kirche den Forderungen der Parität im Hinbllick auf die katholische Kirche aufs schärfste widerspricht.

2. Eine zu ihrerm Werk und zu ihrer Eigengestaltubng freie evangelische Kirche wird gemäß ihrer in der Geschichte bewährten Verbundneheit mit dem Schicksal des deutschen Volkes dem Staat, in dem sie steht, den ihr von Gott in der Reformation anbefohlenen Dienst tun, den ein wahrer deutsdcher Staat nicht entbehren kann

3. Wir setzen uns gemäß dem Programm und der bisherigen Arbeit des Bu8ndes einfür die Einheit der evangelischen Kirche deutscher Nation und begrüßen es dankbar, dass mit der neu gewonnenen Einheit des Reiches auch dieses von Millionen ersehnte Ziel in der Verwirklichung begriffen ist.

4. Wir verwahren uns aber aufs schärfste dagegen, dass diese Bewegung gegen ihren Sinn zur Neuschafffung konfessioneller Sonderbünde benutzt werden soll; das würde statt Einigung Spaltung bedeuten.

5. Dabei stehen wir ein für die Freiheit der reformatorischen Bekenntnisse und für die Wahrung des Bekenntnistandes auf der gemeinsamen Grundlage des Evangeliums.

6. Insbesondere treten wir dafür ein, dass die Union erhalten bleibt, die für die Mehrzahl der deutschen Evangelischen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen Lebensnotwendigkeit und Lebensgemeinschaft geworden ist.

7. Bei dem Eingungswerk darf die Rücksicht auf das gesamte evangelische Auslandsdeutschtum niemals aus dem Auge gelassen werden.“

(Dazu: „Zur kirchlichen Lage“ von Hermann Wolfgang Beyer, ebd.)

Erklärung des Kirchenpräsidenten Wurm (WNH 81)

Aktennotiz über die Besprechung Hitler-Berning (UF IX, 53)

Schreiben Hitlers an Kardinal Bertram (Nic I, 50 ff)

26. – 28. April 1933:

1. Frauentagung der Deutschen Christen in Berlin (Guida Diehl)

(Einladung EDR-Berlin, 62)

27. April 1933:

Unterstellung des Stahlhelms unter Hitler durch Franz Seldte

Hans Frank II wird Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung

Rücktritt des Staatskommissars W. Bohm in Schwerin (Nic I, 41):

„Dem Herrn Ministerpräsidenten (Granzow) melde ich hiermit meinen Rücktritt vom Amt des Staatskommissars vom heutigen Tege.“

Das Osnabrücker Bekenntnis, Entwurf von Karwehl (Schmidt 1, 26f):

„ 3. Um in dieser Welt der Sünde dem Kampf aller gegen alle zu steuern, hat Gott feste Ordnungen gegeben, vor allem die Ordnung der Staatsgewalt – nach Luther das große Gnadengeschenk Gottes an die Menschheit. Zu den Aufgaben der Kirche gehört die Stärkung der Staatsgewalt. Alle Kirchenglieder sind zum Gehorsam gegenüber der Obrigkeit anzuhalten. Die Kirche unterstützt die Bemühungen der Regierung, Freiheit, Ehre, Macht und Wohlfahrt des deutschen Volkes, sowie Zucht, Ordnung und Gemeinsinn wiederherzustellen, zu sichern und zu fördern. Wir verwerfen aber andererseits jede Vergötzung des Staates. Würde die Staatsgewalt sich zum Herrn über die Gewissen aufwerfen, so wäre sie widerchristlich. Herr über die Gewissen ist allein Christus, der Herr der Kirche.

4. Wir bekennen uns zum deutschen Volkstum als dem natürlichen Wurzelboden unseres Daseins. Wir bejahen daher den Willen der nationalen Bewegung, die Werte des Volkstums und der Nation den Deutschen mit großem Ernst einzupägen. Wir betonen jedoch anderseits, dass auch das Volkstum zu der in Sünde und Tod gefallenen Schöpfung gehört und daher der Erlösung durch Jesus Christus bedarf…
6. Der Prediger der evangelisch-lutherischen Kirche ist nicht der Exponent einer religiösen Volksbewegung und nicht Beauftragter des Staates. In der Verkündigung ist er angewiesen auf den Befehlsempfang aus dem lebendigen Wort des erhöhten Herrn der Kirche. In der Behauptung der Freiheit, der Gemeinde dieses Wort unverkürzt zu sagen. darf er unter keinen Umständen zurückweichen.“

Pfarrer D. Gottfried Traub zum Verhältnis der Kirche zu nationalen Strömungen (Schäfer 1, 387f):

„…Wir sind der festen Überzeugung, dass die Botsdchaft der christlichen Kirche nicht überwunden wird, auch wenn wir Deutsche alle sie verlassen würden. Aber eine andere Frage ist es, wie weit wir uns vor unserer eigenen deutschen Geschichte und Zukunft schämen müssten, wenn wir die Verantwortung für das Wesen der Kirche vergessen wollten. Politische Parteien haben in der Kirche keine Heimat. Auch sind die kirchlichen Wahlen keine parlamentarische Angelegenheit, sie sind herausgewachsen aus den Synoden, die einst „unter dem Kreuz“ , d. h. um der Verfolgung ihres evangelischen Glaunbens willen, zusammentraten als Männer des Bekenntnisses. Im Unterschied von der römisch-katholischen Kirche liegt die Verantwortung für das evangelische Glaubensgut nicht einseitig beim Pfarrer. Die Gemeinde hat im Protestantismus eine andere Stellung.Aber auch sie will und kann nicht durch Mehrheitsverhältnisse etwas ändern an dem gemeinsamen Gut. Darum ist es nicht der leiseste Protest gegen die nationale Erhebung, wenn man diese Andersartigkeit klar herausstellt. Wir können einfach nicht verstehen, wie man in einer Betonung dieser kirchlichen Eigenart einen staatsfeindlichen Akt sehen oder uns verdächtigen oder gar die evangelische Kirche verdächtigen will, dass sie Staatsfeinden zum Deckmantel oder Unterschlupf dienen wollte. Wer so denkt, bewegt sich eben bloß im politischen Gedankenkreis. Die Kirche hat das Recht, als eine Macht der Seele und des Gewissens und als eine Hoffnung auf eine Ewigkeit außerhalb des politischen Kreises zu stehen.
Wenn heute die „Deutschen Christen“ als eine geschlossene, nationalsozialistische Gruppe in der Kirche auftreten, so dürfen sie nicht überrascht sein, wenn wir erstaunte Gesichter machen und sagen: wir sind von jeher deutsche Christen gewesen und brauchen es nicht zu werden. Wir erinnern nicht an den Mut, mit dem im Gefolge von Luthers Art Hofprediger und einfache Pfarrer auch gegen hohe Fürsten und Herren aufgetreten sind,

wenn es galt, für deutsches Gewissen zu kämpfen; wir erinnern nicht an das, was die deutsche evangelische Kirche im Krieg draußen und daheim geleistet hat; wir erinnern überhaupt nicht.. Wir sind nun einmal keine deutschen Christen zweiter Ordnung. Als Volk der Reformation sind wir mit dem Deutschtum so verwurzelt, dass man uns gar nicht auseinanderreißen kann…. Wenn in der Kirche etwas geändert werden soll, dann habe man Vertrauen, dass sie das von sich aus tut, statt sie durch Polizeimaßregeln regulieren zu wollen. Auf solches Vertrauen hat sie ein Recht. Wir Politiker haben die Pflicht, das Vertrauen in die nationale Erhebung zu gewinnen und es nicht durch Gewaltmaßregeln in geistigen Dingen auf die Probe zustellen. Über eines muss man sich gegenseitig vorher vergewissern: Veränderungen in der kirchlichen Rechtslage dürfen nicht ein neues Recht schaffen, das man dann von staatlicher Seite als Anlaß zu neuen Eingriffen nehmen könnte, da ja die jetzige Rechtsgrundlage von dem Herrn Reichskanzler Adolf Hitler feierlich anerkannt ist.“

Dekan Faber über „Unsere Stellung zur heutigen politischen Lage“

(ebd. 388 ff)

Fakultätentag in Berlin: die Professoren Karl Fezer, Arthur Weiser, Emanuel Hirsch, Heinrich Bornkamm, Friedrich Karl Schumann, Wilhelm Goeters, Johannes Hempel und Hermann-Wolfgang Beyer als Berater von Müller

Unterredung zwischen Generalsuperintendent Weirich, OKR Hymmen und vier deutschchristlichen Pfarrern über die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit

29. April 1933:

„Rüstfeier zum Tag der nationalen Einheit“ im Berliner Dom

Verordnung über politische Betätigung der Pfarrer durch den Landeskirchenrat Eisenach (WNH 81):

„Der Kampf der politischen Parteien ist zu Ende. Jetzt geht es im wesentlichen nur noch darum, sich zum neuen Deutschland, das die erwachte Nation sich schafft, zu bekennen oder es abzulehnen. Die Thüringer evangelische Kirche hat sowohl durch den Landeskirchenrat wie den Landeskirchentag bekundet, dass sie das Zusammenwachsen des deutschen Volkes zu einer von christlichen Männern geführten wahren Volksgemeinschaft freudig begrüßt und ihre Aufgabe, in enger Volksverbundenheit den göttlichen Auftrag der Evangeliumsverkündigung zu erfüllen, erkennt und tatkräftig fortzuführen bereit ist….“

30. April 1933:

Otto Dietrich wird Präsident des Reichsverbandes der deutschen Presse

Aufruf von Hossenfelder an die Glaubensbewegung Deutsche Christen (vN 165f):

„Unsere Bewegung ist hervorgewachsen aus dem gewaltigen Geschehen der deutschen Volkwerdung .Nun sollen auch die, die nie zu sagen wagten, wo und wie Gott wirkend erkannt werden könnte, endlih den Mut fassen zu dem Bekenntnis, dass Gott die ungeheure Gefahtr des Bolschewismus durch jenes gewaltige Geschehen gebannt hat.
Wir „Deutschen Christen“ ertheben den Anspruch, obwohl unsere Glaubensbewegung etwas anderes als die Erweckungsbewegungen füherer Zeiten, eine B e w e g u n g v o n o b e n her zu sein. Jetzt kommt es darauf an, dass das gesamte evangelische Kirchenvolk diesem unüberhörbaren Gottesruf Gehorsam schenkt. Darum, deutsche Christen,klärt auf, sagt es von Mund zu Mund, was wir wollen, treibt jetzt die Bewegung dem endgültigen Ziele zu. Gott ist mit uns. Unsere Reichstagung, zu der Ihr aus allen deutschen Gauen kamt, war die Mobilmachung. Sie hat im ganzen Lande und weit über die grenzen deutschlands hinaus wie ein Sturm gewirkt. Während Tausende, von allen Bedenken befreit, sich freudig unseren Reihen anschließen, fehlt es selbstverständlich nicht an Nörgeleien und ernster Feindschaft. Die Feinde des Dritten Reiches verstecken sich hinter der Kirche. Wir setzen ihnen ein gläubiges Dennoch entgegen.
Aber noch mehr müsst ihr beobachten: Plötzlich schießen lauter Pläne und Wünsche für eine Reichskirche wie Pilze aus der Erde. Demgegenüber rufe ich Euch zu: Jetzt fest und kalt in der gegebenen Richtung marschieren. Ohne unsere Glaubensbewegung bleibt die Neuordnung der Kirche ein Projekt in der Schublade. Die Kirchenfrage in deutschland kann nicht ohne und noch weniger gegen das erwachte Volk gelöst werden.
Und, deutsche Volks- und Glaubengenossen, das erwachte, nationalsozialistische, christliche Volk seid Ihr.
Ich stelle noch einmal heraus: Die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ steht in Lehre und Verkündigung zum Bekenntnis der Väter lutherischer und reformierter Prägung. Die Glaubensbewegung wird aber nie und nimmer zulassen, dass das Kirchenvolk mit dem theologischen Streit vergangener Jahrhunderte ùm die reine Lehre oder mit den Verirrungen unbiblischer Romantik unserer Tage belastet wird. Wir scharen unbs als evangelische Menschen zusammen, wir wollen nicht, dass die Kirchge mit ihren Behörden und Ämtern so tut, als könne sie sich dem Schicksal ihres Volkes entziehen. Wir wollen, dass sie das Schicksal des Volkes und das wagnis seines

geschichtlichen Lebens mutig teilt. Wir wollen eine Kirche der Deutschen. Wohl werden wir hingewiesen auf die Kundgebung des Königsberger Kirchentages. Kundgebungen haben für uns aber nur Wert, wenn ihnen Taten folgen.
Darum soll die Kirche das reich als die Grundlage ihrer kirchenrechtlichen Gestalt annehmen. Ein Festhalten an überlebten partikularen Kirchenformen ist ein Widerspruch gegen das walten Gottes in der Gegenwart.
Ihr deutschen Glaubensgenossen im Auslande, sorgt Euch nun nicht! Wohl wird die kommende Reichskirche nur die Evangelischen im Reiche umfassen, aber sie wird es an echter und lebendiger Verbindung mit Euch nicht fehlen lassen.
Deutsche Volks- und Glaubensgenossen! Die Stunde ist da, dem herrlichen Reiche Adolf Hitlers die Kirche des Evangeliums zu geben, die das deutsche Volk lieb hat und vom deutschen Volk geliebt wird. Gott segne unseren Kampf.“

30. April 1933:
Hossenfelder, Reichsleiter der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ und Sachbearbeiter der NSDAP für Kirchenfragen wird Hilfsreferent im preußischen Kultusministerium

Wurm: „Auf dem Wege zur deutsch-evangelischen Kirche“ (DED 18/1933)
Vortrag von Wilhelm Vischer in Lemgo: „Hat das Alte Testament für die Christen in der Gegenwart noch richtungweisende Bedeutung?“

April 1933:

Kirchlich-Theologische Arbeitskreise in Württemberg an die Pfarrer: „Kirche und Staat“ (Schäfer 2, 70 ff)

Lohmann, Ernst: Deutscher Staat und Deutsche Kirche (GB 49 ff)

Gauger: Der Aufbruch zum neuen Reich (ebd. 49 ff; 77 ff)

Die Rheydter Sätze der Reformierten (Schmidt 1, 142)

Mai 1933:

- *Johannes Lorentzen (Kiel): Bekenntnis eines Nationalsozialisten (Schmidt 1, 38 ff)*
- *Friedrich Peter: 18 Thesen zur Gleichschaltung des theologischen Denkens (ebd. 40 ff)*
- *Müller-Fezer: Ziel der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ (ebd. 143f)*

- ***Düsseldorfer Thesen (Barth u. a.) (ebd. 149f)***
- ***Martin Gauger: „Aus Welt und Zeit“ (GB 77 ff)***
- ***Joseph Gauger: „Aus Welt und Zeit“ (ebd. 93 ff)***
- ***„Deutscher Frühling“ – Gedicht von August Martin (ebd. 113)***
- ***Drei Entschließungen des Hannoverschen Pfarrvereins (Klügel 18)***

Aus der Christlich-Deutschen Monatsschrift „Glaube und Volk“, hg. von Landesbischof Heinrich Rendtorff gemeinsam mit Paul Althaus, Emanuel Hirsch und Walter Wilm, Küstrin 1933:
Januar 1933:

- ***Emanuel Hirsch: Vom verborgenen Souverän***
- ***H. Rendtorff: Unsere Stellung zum Nationalsozialismus:***
  „Der Beruf der evangelischen Kirche ist es, jedem ihr erreichbaren Menschen die Botschaft von Gott zu sagen: „ Gott will, dass allen Menschen geholfen werde“. Viele Glieder der evangelischen Kirche leben heute mit ihrem ganzen Denken und Fühlen in der nationalsozialistischen Bewegung. Die Kirche ist also durch ihren Beruf, den Einzelnen zu suchen und ihm zu dienen, verpflichtet, sie in ihrem Lebenskreise zu suchen, d. h. eben in der nationalsozialistischen Bewegung.“

Februar 1933:

- ***Paul Althaus: Gustav Adolf***
- ***Hirsch: Brief an einen Schüler im Pfarramt über Evangelium und Politik***
- ***Heinz Pflugk: Zur Frage „Politik und Christentum“***
- ***Kommentar von G.: „Der Jubel der hunderttausend Fackelträger vor Hindenburg und Hitler begrüßte in stürmischer Hoffnung den Anbruch eines neuen politischen Zeitalters…“***

März 1933:

- ***Rendtorff: Die Nation vor der Kirche***
- ***Walter Wilm: Evangelium, Kirche, Freiheitsbewegung***
- ***Pflugk: Politik und Christentum***
- ***Eberhard Kautter: Wirtschaftsuntergang oder Wirtschaftsneugestaltung***

April 1933:

- ***Rendtorff: Mit Gott***
- ***Gerhard May: Staat, Volk und Glaube bei den Auslandsdeutschen***
- ***Carl Schneider: Neues Testament und Deutschtum***

Mai 1933:

- *Rendtorff: An der Quelle der Kraft*
- *Walter Grundmann: Gott und Nation*
- *J. B. Schairer: Volk – Blut – Gott*

Juni 1933:

- *Rendtorff: Die Christlich-Deutsche Bewegung zur kirchlichen Lage*
- *Hermann Wolfgang Beyer: Um die wirkliche Neugestaltung der Kirche*
- *Walter Machleidt: Der verlorene Hauf. Eine politische Antwort an Pastor Hans Asmussen*

Juli 1933:

- *Rudolf Günther: Das Christentum der neu bekehrten Germanen und der alte Glaube*
- *Hans Schomerus: Jakob oder Esau?*
- *Machleidt: Der verlorene Hauf (Fortsetzung)*

August 1933:

- *Rendtorff: Gottes Statthalter*
- *Rezension von Wilhelm Stapel „Die Kirche Christi und der Staat Hitlers*
- *Grundmann: Führer-Erlebnis und Priestertum*
- *Gerhard Kittel: Die Judenfrage im Lichte der Bibel*
- *Günther: Fortsetzung*

September 1933:

- *G.: Das rote Imperium*

- *May: Glaube, Volk und Staat bei den Auslandsdeutschen*

Oktober 1933:

- *Beyer: Gegenwartssendung und Zukunftsgestalt der deutschen evangelischen Kirche*
- *Luther der Prophet. Rezension von Preuß „Martin Luther der Prophet“*

Dezember 1933:

- *Rendtorff: Glaube und Volk*
- *Ders.: Der Nächste. Du sollst nicht töten*
- *Ders.: Kirche im Kampf*
- *Machleidt: Geschichte und Politik*
- *Gerhard Günther: Rückblick und Ausblick*

(Die Zeitschrift stellt ihr Erscheinen ein)

Aus: „Grüne Blätter. Zeitschrift für persönliche und allgemeine Lebensfragen“ Hg. von Johannes Müller-Elmau:

- *Eine Elmauer Bilanz*
- *Der Glaube als Wesenselement und Lebenshaltung*
- *Die nationale Revolution und das deutsche Schicksal*
- *Der Sieg des Lebens*
- *Nationale Zeitfragen*
- *Kosmische Ereignisse*
- *Teilnahme am Geschehen und Dienst am Werk in dieser Zeit*
- *Adolf Hitler und seine Gegner*
- *Die Botschaft des Führers an die Völker*
- *Die schöpferische Wirkung der nationalsozialistischen Bewegung*
- *Die nationalsozialistische Bewegung und die christliche Kirche*
- *Die Deutschen Christen*
- *Das göttliche Evangelium*

„Adolf Hitler ist Organ und Werkzeug Gottes in dieser Zeitenwende, der von Gott bevollmächtigte Führer, der das deutsche Volk vor dem Untergang retten und seinen Bestand neu begründen soll, damit das deutsche Wesen genesen und sich schöpferisch entfalten und der Volkskörper in lebendiger Verfassung seiner Glieder nach den Gesetzen der Natur und der Wahrheit gesunden, wachsen, blühen und gedeihen kann und das deutsche Volk so seiner herrlichen Heimat froh werde. Das ist das, was Hitlers Grundlage und Haltung, Art und Richtung gibt, was ihn empfänglich macht und befähigt, Klarheit und Weisheit von Gott zu empfangen und ursprünglich. D. h. in Kraft des Urhebers seiner Sendung das ihm anvertraute Werk zu vollbringen.“ (152f)

1. Mai 1933:

„Tag der nationalen Einheit“ (gesetzlicher Feiertag): Ansprache von Hindenburg an die deutsche Jugend im Berliner Lustgarten (Friedrichs 1, 157f):

„Herzlich begrüße ich die deutsche Jugend aus Schule und Hochschule, aus Werkstaat und Schreibstube, die heute hier versammelt ist , um sich zum gemeinsamen Vaterland, zur pflichttreuen Hingabe an die Nation und zur Achtung vor der schaffenden Arbeit zu bekennen. Ihr seid unsere Zukunft! Ihr müßt einst das Erbe der Väter auf Eure Schultern nehmen, um es zu erhalten, zu festigen und auszubauen. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muss die Jugend Ein- und Unterordnung und hierauf gründend

Verantwortungsfreudigkeit lernen. Nur aus Manneszucht und Opfergeist, wie solche sich stets im deutschen Heere bewährt haben, kann ein Geschlecht erstehen, das den großen Aufgaben, vor welche die Geschichte das deutsche Volk stellen wird, gewachsen ist. Nur wer gehorchen gelernt hat, kann später auch befehlen! Und nur wer Ehrfurcht vor der Vergangenheit unseres Volkes hat, kann dessen Zukunft meistern. Wenn Ihr in Eurem täglichen Wirkungskreis rückblickend wieder einmal des heutigen Tages gedenkt, erinnert Euch dieser meiner Mahnung!

Dieser Tag soll dem Bekenntnis der Verbundenheit aller schaffenden Kräfte des deutschen Volkes mit dem Vaterland und den großen Aufgaben der Nation dienen und zugleich ein Denkstein des hohen sittlichen Wertes jeder Arbeit – der der Faust und der des Kopfes – sein. Aus treuem Herzen gedenke ich daher in dieser Stunde der deutschen Frauen und Männer, die in fleißiger Tagesarbeit ihr Brot verdienen, und in tiefem Mitempfinden der großen Zahl all derer, die durch die Wirtschaftsnot unserer Zeit von der Arbeit und ihrem Segen noch ferngehalten sind. Dass Mittel und Wege gefunden werden, um dem Heer der Arbeitslosen wieder Arbeit und Brot zu schaffen, ist mein sehnlichster Wunsch und eine der vornehmsten Aufgaben, die ich der Reichsregierung gestellt habe.

Die Zeit, in der wir leben, ist ernst und schwer. Aber wenn wir alle zusammenhalten und in Einigkeit mit festem Mut und unbeirrbarem Glauben zusammenstehen, dann wird Gott uns auch weiterhelfen! In diesem Willen lasst uns zusamen rufen: Deutschland, unser geliebtes Vaterland, Hurra!“

Tagesbefehl des Reichswehrministers von Blomberg an die Wehrmacht (ebd. 158):

„Der 1. Mai als Tag der nationalen Arbeit soll auch für die deutsche Wehrmacht ein Tag der Feier und der Besinnung sein.
Wie wir Soldaten von jedem Deutschen Verständnis für unsere soldatische Arbeit erwarten, die dem ganzen Volk dient, so ist für uns die hohe Wertung aller nicht soldatischen deutschen Arbeit selbstverständliche Pflicht.
Ein starkes Deutschland muss wehrhaft sein. Ein wehrhaftes Deutschland aber ist nicht zu denken ohne tiefe innere Verbundenheit zwischen der Wehrmacht und dem ganzen Volk und ohne tätige Mithilfe des deutschen Arbeiters. Was der deutsche Arbeiter schafft, wird der deutsche Soldat schützen, und beide sind einig in ihrem Ziel: Alles für Deutschland!“

Maikundgebung Hitlers auf dem Tempelhofer Feld (ebd. 158 ff):

Am Ende sagt er:

„Wir wollen uns den Wiederaufstieg unsres Volkes durch unseren Fleiß, unsere Beharrlichkeit, unseren Willen ehrlich verdienen. Wir bitten nicht den Allmächtigen:
„Herr, mach Du uns frei!“ – wir wollen tätig sein, arbeiten, uns brüderlich vertragen, miteinander ringen, auf dass einmal die Stunde kommt, da wir vor ihn hintreten können und ihn bitten dürfen: „Herr, Du siehst, wir haben uns geändert, das deutsche Volk ist nicht mehr das Volk der Ehrlosigkeit, der Schande, der Selbstzerfleischung„ der Kleinmütigkeit und Kleingläubigkeit, nein, Herr, das deutsche Volk ist wieder stark geworden in seinem Geiste, stark in seinem Willen, stark in seiner Beharrlichkeit, stark im Ertragen aller Opfer.
Herr, wir lassen nicht von Dir, nun segne unseren Kampf um unsere Freiheit und damit unser deutsches Volk und Vaterland.“

Zahlreiche Sondergottesdienste zum 1. Mai (DEB Nr. 19)

„Arbeit als Gottesdienst“ (DED 18/1933)

Semestereröffnungsgottesdienst mit Reichspräsident Hindenburg (DEB 177):

„Es sind nun schon vertraute Bilder und feste Formen, die sich für den Semesteranfangsgottesdienst der Studentenschaft in der Dreifaltigkeitskirche herausgebildet haben, und doch erlebt man jede Feier von neuem mit innerer Bewegung. Ein neuer Klang wurde laut bei dem ersten Studentengottesdienst seit der nationalen Wende. Der Sprecher der evangelischen Studentenschaft, cand. Iur. Leppin, gab diesemn Neuen, das die Studenten bewegte, in seiner Ansprache an den Reichspräsidenten Ausdruck: „Unser heißes Sehnen ist Erfüllung geworden dank des hochherzigen Bundes zwischen dem Reichspräsidenten, dem Hüter und Wahrer der deutschen Tradition, und Adolf Hitler, dem Führer des jungen Deutschland. Die Jugend ist zum Durchbruch gekommen. Der unbändige heilige Wille zum Aufbau eines neuen Reiches ist Herr aller innerdeutschen Feinde und Sieger über alle Intrigen geblieben. Ein großer Schritt ist getan. Aber nur ein Anfang! Die schwerste Arbeit liegt noch vor uns: nach der äußeren Revolution muss nun auch die seelische Erneuerung zum Durchbruch kommen. Darin sehen wir evangelischen Studenten unsere heiligste Verpflichtung, dem entfremdeten deutschen Bruder den Weg zu Gott und Volk zu zeigen, zu dem Gott, der uns diese große Zeit in seiner unermesslichen Gnade schenkte. Wir werden diesen

unseren Kampf um die deutsche Seele führen in leidenschaftlicher Liebe zum Volk und in leidenschaftlichem Bekenntnis zu unserem Gott und zu unserer Kirche, im Geiste Martin Luthers und im Blick auf die Männer, die der Herr zur Rettung unseres Volkes berief.“

Es war ein feierlicher Augenblick, als der Reichspräsident dieses Bekenntnis der studentischen Jugend entgegennahm. Aufrechter noch als sonst erschien die ehrwürdige Gestalt, lebendiger seine Gebärde, fester seine Stimme, als er für den ihm dargebrachten Gruß dankte, und dann mit innerer Bewegung fortfuhr: „Halten Sie, meine jungen Freunde, auch im späteren Leben daran fest, mit Gott zu arbeiten, das wird Sie über manche schwere Stunden, die jeder einmal im Leben durchmachen muss, hinwegführen. Und immer wieder stellen Sie hoch über die Parteien das Vaterland, dann werden wir auch wieder zur Ehre kommen.“
Durch die geöffneten Türen der Taufkapelle drang die feste Stimme des Reichspräsidenten bis zu der Gemeinde, die das weite Rund der Kirche bis auf den letzten Platz füllte. Von der Kanzel, auf der einst Schleiermacher, der große Lehrer der studentischen Jugend stand, hielt der Studentenpfarrer Bronisch-Holtze die Predigt. Das heiße Sehnen und den vorwärtsdrängenden Willen der studentischen Jugend stellte er unter das Wort der Bergpredigt: „Ich bin nicht gekommen aufzulösen, sondern zu erfüllen.“

Nach Schluss des Gottesdienstes sammelten sich vor der Kirche inmitten einer großen Schar von Professoren und Studenten die Chargierten mit ihren Fahnen. Vor dem Denkmal Schleiermachers verlas cand. jur. Leppin in einen Aufruf an die evangelische Studentenschaft: „Mit der Revolution muss die Reformation Hand in Hand gehen und zur neuen Tatsache unseres Lebens werden. Volk und Kirche gehören zusammen. Die evangelische Kirche der einigen deutschen Nation muss und wird kommen. So ergeht nun an die gesamte evangelische Studentenschaft der Ruf: Brecht mit den alten Vorurteilen einer vergangenen Zeit und lasst dem Wirken des Geistes Gottes freien Raum in euren Herzen. Bekennt euch zur Kirche der deutschen Reformation und nehmt lebendigen Anteil an dem Geschehen, das sie heute erfüllt!“

Rücktrittsschreiben von Wilhelm von Pechmann (vN 276f)

Ein Hitlerlied von Pfarrer Paul Humburg aus Wuppertal-Barmen:

Der Tag bricht an! Jungdeutschland stillgestanden!
Zum heilgen Schwur empor die treue Hand!
Deutschland erwacht aus Not.
Aus Bruderzwist und Banden!

Heil Dir, mein ein`ges deutsches Vaterland.

Das Alte sinkt! Aus Blut und Kriegesgrauen
strahlt neuer Lenz. Durch Schanden und Verrat
bricht durch ein Mann.
Millionen folgen voll Vertrauen.
Sein Wort und Wille reißt zu Sturm und Tat.

Die Sonne steigt! Wir rüsten uns zum Streite.
Zum Opfer trotz der Feinde Haß und Hohn.
Auf, Brüder, Tritt gefasst,
wir schreiten Seit` an Seite. Mit Adolf Hitler, Deutschland treuestem Sohn.

Die Hand ans Werk! Jungdeutschland wagts aufs Neue!
Deutschland, das Feldgeschrei in Not und Tod.
Der Führer ruft:
wir alle jubeln „Treu um Treue“!
Vor uns der Tag. Und unsre Burg ist Gott!“

Kommentar von Gerhard Günther in „Glaube und Volk“, Heft 5/1933:

„Die nationalsozialistische Revolution setzt ihr umgestaltendes Werk an der ganzen Nation fort. Sie beendigt das Zeitalter des bürgerlichen Rechtsstaates und schafft den totalen Staat, der aus eigner Hoheit alle Funktionen auf das Ganze des Volkes einrichtet. Noch herrscht im Ausland der Glaube, es handle sich um eine Wiedererstehung des `Prussianismus`, der tyrannischen Herrschaft der Junker und Militärs über ein geknechtetes Volk. Der 1. Mai, die größte Kundgebung, die die Welt jemals gesehen hat, müsste allein genügen, um zu beweisen, dass der neue Staat heute die Sache des Volkes ist. Die außerordentliche Rede des Kanzlers bei der Gründung der Deutschen Arbeitsfront hat nicht nur die Gründe der sozialen Fehlentwicklung aufgewiesen, sondern auch die Wege gezeigt, wie ein Volk wieder zu sich selbst und zu neuer Einheit findet.
Die Bewegung der `Gleichschaltung` darf vor keiner Organisation Halt machen. Die NSDAP ist auf dem Wege, die e i n z i g e p o l i t i s c h e Organisation des gesamten Volkes zu werden. Seldte hat dies durch die Unterstellung des Stahlhelms unter die Führung Adolf Hitlers bereits anerkannt. Damit ist der Bund der Frontsoldaten in den erdenden Staat eingegliedert, der für schwere Zeiten einer so selbstlosen und treuen Truppe bedarf.“

„Man wird den Ereignissen unserer deutschen Gegenwart nur dann gerecht, wenn man sich ständig vergegenwärtigt, dass die deutsche Revolution von gleichem geschichtlichen Rang und europäischer Bedeutung ist wie die

französische Revolution von 1789. Erst aus dieser Perspektive gesehen gewinnen die einzelnen Vorgänge ihre Größenordnung…
Der Stil des Politischen verwandelt sich, wie man diese einfach am verwandelten Wortgebrauch feststellen kann. Neue Worte wie Gleichschaltung weisen auf den t o t a l e n Charakter des Staates hin, dessen ordnende macht bis in alle Lebensgebiete eindringt. Die der Libe5ralismus als Reservatgebiete des Privaten ansah wie Eheschließung, Bildung oder Wirtschaft. Dieser totale Staat ist die Entsprechung zu der natürlichen Wehrverfassung unseres eisernen Zeitalters, das im Kriegsfall keinen Unterschied macht zwischen Heer und Volk, sondern als totale Mobilmachung alle Kräfte erfasst und im Ernstfall einen totalen Krieg entfesselt." (ebd. Heft 6/1933)

„Mit Schauder sehen wir Deutschen auf den Abgrund, vor dem wir durch die nationalsozialistische Revolution bewahrt worden sind und sehen zugleich unsere deutsche Aufgabe, unser Volk neu zu ordnen im Kampf mit den Mächten, sie, aus der Zersetzung des Westens geboren, ein schutzloses Volk in ein auch uns bedrohendes Unglück gestürzt haben." (ebd. Heft 9/1933)

2. Mai 1933:

Aufruf des Leiters des Aktionskomitees zum Schutz der deutschen Arbeit zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser (Friedrichs 1, 167f):

„…Wir treten heute in den zweiten Abschnitt der nationalsozialistischen Revolution ein. Ihr werdet sagen, was wollt ihr denn noch, ihr habt doch die absolute Macht. Gewiß, wir haben die Macht, aber wir haben noch nicht das ganze Volk, dich, Arbeiter, haben wir noch nicht hundertprozentig, und gerade dich wollen wir, wir lassen dich nicht, bis du in aufrichtiger Erkenntnis restlos zu uns stehst. Du sollst auch von den letzten marxistischen Fesseln befreit werden, damit du den Weg zu deinem Volk findest.

Denn das wissen wir: Ohne den deutschen Arbeiter gibt es kein deutsches Volk! Und vor allem müssen wir verhüten, dass dir dein Feind, der Marxismus und seine Trabanten noch einmal in den Rücken fallen können.

Wenn auch die marxistischen Parteien restlos zerschlagen sind, wie die KPD oder sich in heller Auflösung befinden, wie die SPD, wenn auch die Parteipäpste in elender Flucht gefohen sind, oder jedem oder allem abgeschworen haben, und dich, Arbeiter, feige und erbärmlich verlassen haben, wie nie zuvor, so wissen wir doch: alles das ist nur Schein. Der Marxismus stellt sich tot, um sich bei günstiger Gelegenheit von neuem zu erheben und dir von neuem hinterhältig des Judasdolch in den Rücken zu stoßen. …

Uns täuscht der schlaue Fuchs nicht! Lieber geben wir ihm einen letzten Fangschuß, als dass wir jemals wieder dulden würden, dass er sich erhebt…. Die Teufelslehre des Juden Mardochai soll elendig auf dem Schlachtfelde der nationalsozialistischen Revolution krepieren…“

Verbot der Freien Gewerkschaften, Konfiskation der Vermögen, Verhaftung von Funktionären und Einlieferung in Konzentrationslager (UF IX, 632 ff)

Entschließung des Vorstandes des Verbandes der deutschen evangelischen Pfarrervereine:

„Es ist der geschichtliche Beruf des evangelischen Pfarrerstandes, den er auch in schwersten Zeiten mit Treue erfüllt hat, die deutsche Volksgemeinschaft durch die ewige göttliche Botschaft des Evangeliums zu wahren und zu pflegen. In bewusstem freudigen Anschluss an die Bewegung der nationalen Erneuerung werden wir auch dem neuen Reích mit dieser uns anvertrauten Gabe in Treue dienen.“ (vN 72f)

Schreiben von Pechmann an den Präsidenten des Kirchenausschusses: Austritt aus dem DEKA und dem Kirchentag (GB 74f):

„Im Lichte alles dessen, was ich nach dem Schluss der außerordentlichen Tagung des Kirchenausschusses gelesen habe, insbesondere im Lichte der Erklärungen des Herrn Wehrkreispfarrers Müller, werden meine Bedenken gegen die neuen Bahnen unserer deutschen evangelischen Kirchenpolitik noch ernster, als sie es schon zuvor gewesen waren; so zwar, dass ich es für unmöglich halte, an der ferneren Arbeit des Kirchenbundes nirgendwie ersprießlich teilzunehmen.“

Hitler und Goebbels bei den Diakonissen in Lehnin

Rudolf Bultmann in einer Vorlesung: „Gegen Denunziantentum und Diffamierung der Juden“ (vN 339 ff):

„… Die Diffamierung anders Denkender ist kein edles Kampfmittel. Und weder darf ich mich auf das Wort Ad. Hitlers berufen, dass die anders Denkenden nicht unterdrückt, sondern gewonnen werden sollen. Durch Diffamierung überzeugt und gewinnt man nicht, sondern man stößt die besten der Gegner ab. Man gewinnt durch den Kampf des Geistes, indem man den Gegner ehrt. Ich muss als Christ das Unrecht beklagen, das gerade auch den deutschen Juden durch solche Diffamierung angetan wird. Ich weiß wohl, wie kompliziert das Judenproblem gerade in Deutschland ist. Aber „Wir wollen die Lüge ausmerzen“ – so muss ich denn ehrlich sagen, dass gerade die Diffamierung der Juden, die jene Kundgebung enthält, aus der dieses schöne Gelöbnis stammt, nicht vom Geiste der Liebe getragen ist. Halten Sie den

Kampf für das deutsche Volkstum rein, und sorgen Sie dafür, dass edles Wollen für Wahrheit und Deutschtum nicht durch dämonische Verzerrung entstellt wird!

Und noch ein Letztes ist endlich zu sagen. Haben wir Sinn und Forderung des christlichen Glaubens richtig verstanden, so ist allerdings angesichts der Stimmen der Gegenwart klar, dass dieser christliche Glaube selbst in Frage gestellt ist; m. a. W. dass wir uns zu entscheiden haben, ob christlicher Glauben für uns Geltung haben soll oder nicht. Er kann von seinem Wesen und Anspruch nichts preisgeben; denn „Verbum Domini manet in Aeternum". Und vor Verfälschungen des Glaubens durch eine völkische Religiosität sollen wir uns ehrlicherweise ebenso hüten wie vor einer Verfälschung des völkischen Glaubens durch christlichen Aufputz. Es gilt: Entweder – Oder!

Die kurzen Worte dieser Stunde können an diese Entscheidung nur erinnern. Aber die Arbeit des Semesters wird die Entscheidungsfrage immer wieder zum Bewusstsein bringen und klären, damit die Entscheidung klar und gewissenhaft gefällt werden kann."

Ausschluss jüdischer Mitglieder aus den Sport- und Turnvereinen (Walk 18)

Aufhebung staatlicher Zuschüsse für die Bezahlung von Rabbinern (Walk 19)

3. Mai 1933:

Entschließung des Reichsverbandes der deutschen Industrie (UF IX, 665 ff)

4. Mai 1933:

Erklärung des Staatssekretärs Hierl über die Aufgaben des Arbeitsdienstes (Friedrichs 1, 275 ff):

„Nach der Arbeitsdienstpflicht müßte dann eigentlich noch die militärische Dienstpflicht kommen, und erst, wenn der Deutsche diese doppelte Schule durchgemacht hat, sollte er als Staatsbürger anerkannt werden und nach meiner Anschauung auch dann erst die Erlaubnis zur Eheschließung bekommen."

Aufruf Hitlers zur Stiftung für die Opfer der Arbeit (Friedrichs 1, 169)

Beginn der Beratungen des Verfassungsausschusses des Kirchenbundes über eine neue Verfassung, Hinzuziehung von Ludwig Müller

Forderungen der deutschen Christen anlässlich der Verhandlungen des Dreimännerkollegiums (vN 166f):

„1. Wir wollen die „Evangelische Reichskirche lutherischer Prägung“ unter Eingliederung der reformierten Gemeinden, denen ihre Eigenart gewährleistet wird.

2. Wir wollen keine Staatskirche, aber auch keine Kirche, die Staat im Staate ist, sondern eine evangelische Reichskirche, die die Hoheit des nationalsozialistischen Staates aus Glauben anerkennt und das Evangelium im Dritten Reich verkündet.

3. Die Evangelische Reichskirche ist die Kirche der Deutschen Christen, d. h. der Christen arischer Rasse. Insofern ist sie auch mit den Deutschen Christen im Ausland verbunden. Die Verkündigung des Evangeliums unter den Fremdstämmigen ist eine Angelegenheit der Äußeren Mission.

4. Diese so gestaltete Kirche darf weder der Hort der Reaktion noch ein demokratisch-parlamentarischer Sprechsaal sein.

5. Die evangelische Reichskirche wird vom Vertrauen des Volkes getragen und vom Reichsbischof geführt.

6. Die evangelische Reichskirche gliedert sich in nicht mehr als zehn Kirchenländer, an deren Spitze ein Landesbischof steht.

7. Der Reichsbischof ist entsprechend der weit überwiegendenh Mehrheit des Kirchenvolkes lutherisch. Ihm steht ein refomierter Reichsvikar zur Seite.

8. Der Reichsbischof hat seinen Sitz in der Luther-Stadt Wittenberg. Die Schlosskirche eiust seine Pfarrkirche.

9. Über die Reichskirche im Sinne der vorstehenden Richtlinien und über die Person des Reichsbischofs soll das gesamte evangelische Kirchenvolk am 31. Oktober 1933 durch Urwahl entscheiden. Wahlberechtigt sind alle evangelischen Gemeindeglieder nach Maßgabe des staatlichen Wahlrechts. Ausgeschlossen vom Wahlrecht sind Christen, die nicht arischer Abstammung sind.

10. Nach vorstehenden Grundsätzen vollzieht der Reichsbischof den weiteren Ausbau der evangelischen Reichskirche.“

Eintritt des Mecklenburgischen Bischofs in die NSDAP mit persönlicher Erklärung (AELKZ Sp. 573; Tutzinger Texte 90f):

„Ich will als deutscher Mann mich öffentlich zur NSDAP bekennen; denn sie ist allein die große Volksbewegung, die imstande ist, unser Volk und reich cor dem Sturz in den Abgrund zu retten, und sie erfüllt unter der Führung des unserem Volk von Gott geschenkten Führers Adolf Hitler mit ihrem Kampf um Deutschlands Freiheit und Erneuerung, was seit zwanzig Jahren das Ziel unserer Sehnsucht und unseres Kampfes war. Ich kann als Christ mich öffentlich zu der NSDAP bekennen; denn sie hat durch die feierlichen Zusagen Adolf Hitlers und durch die Einsetzung eines Bevollmächtigten für die evangelischen Kirchenfragen die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche für den ihr von Gott befohlenen Dienst zugesichert, und sie hat aufgehört, Partei zu sein in dem alten trennenden und spaltenden Sinne, will vielmehr alle deutschen Aufbaukräfte über Klassen und Stände und Parteien hinweg zur Volksgemeinschaft sammeln. Ich will als Seelsorger inmitten der NSDAP dienen.“

<u>Mai 1933:</u>

Die Konversion von Georg Wünsch: Die christliche Aufgabe im Zeitenwechsel (vN. 94 ff)

Wilhelm Menn: Die Kirche und der nationale Sozialismus (ebd. 97 ff)

Helmuth Kittel: Christliche Erziehung im Dritten Reich (ebd. 100 ff)

Friedrich Gogarten: Der göttliche Auftrag der Kirche in der Zeit (ebd. 102 ff)

Der Kampf gegen den Bolschewismus (ebd. 105 ff):

„…Die Kirche ist mitten in diese vielfältigen und weltanschaulichen Bestrebungen hineingestellt mit ihrem Auftrag der Verkündigung des Wortes. Vom neuen Staat hat sie die Geschlossenheit und Machtstellung bekommen, die ihr nach ihrem Wert zukommen. Ihre gefährlichsten Feinde sind durch den Arm der Obrigkeit zerschlagen und zurückgedrängt worden. An ihr liegt es nun, ihre neue Stellung innerlich zu begründen und sich selbst die Zukunft schaffen, die ihrem Auftrag und Wesen gemäß ist.“

<u>5. Mai 1933:</u>

Schreiben des LKA Kassel an den DEKA „An das Gewissen der Evangelischen Kirche“

Die erste Änderung der kirchlichen Gesetzgebung in Thüringen betr. Trauformular
(WNH 377):

„Verweigerung der Eheschließung, „wenn infolge zu großer Verschiedenheit der Rasse der Eheschließenden die Voraussetzungen für eine sittlich hochstehende eheliche Gemeinschaft fehlen."

Gesetz der Thüringer Kirche betreffend den Marxismus in der Kirche (vN 91):

„§ 1. Wer die marxistische oder eine andere materialistische Weltanschauung vertritt oder den Klassenhass schürt, kann nicht Pfarrer der Thüringer Evangelischen Kirche werden und auch nicht in eine kirchliche Körperschaft gewählt werden."

Erklärung der Religiösen Sozialisten auf dem Thüringer Landeskirchentag (ebd. 92):

„Wir bekennen es vor Gott und an Eidesstatt, dass wir als religiöse Sozialisten eine materialistische Weltanschauung nie vertreten, sondern stets bekämpf haben. Wir bekennen, dass wir nie mit Wissen und Willen den Klassenhaß geschürt, sondern stets als Religiöse Sozialisten für die gerechte Versöhnung im Geiste ds Evangeliums eingetreten sind. ….Wir scheiden aus diesem Hause in tiefster, schwerzlicher Sorge um unsere geliebte evangelische Kirche."

6. Mai 1933:

Rede von Bernhard Rust bei der Verkündigung des neuen Studentenrechts

(Friedrichs 305 ff)

Grundsätze der Deutschen Christen zur Neuordnung der Kirche (DEW 93)

In Nachfolge von Prälat Ludwig Kaas wird Heinrich Brüning Vorsitzender des Zentrums

Hermann Mulert: „Nationalstaat, Freiheit der Wissenschaft und evangelisches Christentum" (vN 73 ff):

„…Darum ist Freiheit der wissenschaftlichen Forschung, Freiheit des geistigen Lebens ein unveräußerliches Interesse evangelischen Christentums, und die Kraft, die gerade die protestantischen Völker, auch der protestantische Teil unseres deutschen Volkes, in der Geschichte entfaltet haben, ruht zu

großen Teil auf ihrer geistigen Regsamkeit, auf der mit der Freiheiot ihres Glaubens verbundenen Freiheit des Denkens.“

Gesetz über die Zulassung von Steuerberatern: keine Zulassung mehr von Nichtariern (Walk 20)

7. Mai 1933:

Hitler nennt auf einer Rede in Kiel die SA „politischer Willensträger der Nation“,

die Reichswehr als „Waffenträger der Nation“

12 Thesen von Rudolf Hermann (Schmidt 1, 37f; DED 10/1933):

„1. Das Volkstum ist eine der höchsten Gaben und Ordnungen Gottes. Aber der Geber ist noch viel höher als alle seine Gaben.

2. Wer Volk und Vaterland nicht dienen mag, die er sieht, wird auch Gott nicht dienen wollen, den er nicht sieht. Aber politische Keistungen, selbst vaterländisches Helkdentum, bedeuten zugleich innere Demut vor Gott.

3. An Gott glauben, heißt, auch bereit sein, dem Vaterlande sein Leben zu opfern. Umso mehr muss der Staat bereit sein, dem Gewissen, wo es um Gott und das Evangelkium geht, seine Freiheit zu lassen.

4. Volk und Vaterland sind selber zum Glauben an Christus berufen. Ein Glaubensrichteramt aber hat nur die Heilige Schrift.

5. Die Kirche will und muss Dienst am Vaterlande sein. Für die Befreiung von Knechtschaft und Schmach mitzukämpfen, ist ihr Glaubens - und Herzenssache. Staatliches Machtmittel darf sie darüber nicht werden, und brqucht sie auch nicht zu werden.

6. Wer den wahren Gott durch einen Nationalgott ersetzen wollte, würde in den Fehler verfallen, der dem jüdischen Volke zum Schicksal geworden ist.

7. „Einen anmderen Grund kann niemand legen, außer dem, der gelegt ist, welcher ist Jesus Christus.“ – Das bekennen wir gemeinsam mit Menschen aus allen Völkern, Rassen und Zungen.

8. Vor dem göttlichen Richter müssen alle Menschen und Völker ohne Unterschied erscheinen. Aber unseres Volkes Aufgabe und sendung liegt unserm Herzen am nächsten und muss uns allen auf der Seele brennen.

9. Luthers deutsche Übersetzung hat dem Christenvolk die „Bibel oder die g a n z e Heilige Schrift“ wiedergegeben. Welcher Christ, welcher Deutsche könnte es wagen, die Bibel zu zerteilenn oder zu zerreißen?

10. Luther sagt vom Alten Testament: „Lass dein Dünkel und Fühlen fahren und halte von dieser Schrift als von dem allerhöchsten, edelsten Heiligtum, als von der allerreichsten Fundgrube, die nimmermehr genug ausgegründet werden mag … Hier wirst du die Windeln und Krippen finden, da Christus innen liegt, dahin auch der Engel die Hirten weiset. Schlecht und geringe Windeln sind es, aber teuer ist der Schatz, Christus, der drinen liegt.“

11. Das Alte Testament ist die Bibel Jesu Christi gewesen.

12. Luther sagt: „Ein Lehrer, der zu den Irrtümern still schweiget und will gleichwohl ein rechter Lehrer sein, … dem ist nicht zu vertrauen.“

Wurm: Bekenntnis zum neuen System (Schäfer 1, 393):

„.. Ich habe auch Hitler schon seit langer Zeit ganz ernst genommen, als der `Merkur` ihn und seine Bewegung mit jener Hochnäsigkeit abtat, die auch ein Merkmal der schwäbischen Intelligenz ist und für die sie jetzt dafür büßen muss, dass im Unterschied von anderen Ländern kein Mann von Format der NSDAP bei der Regierungsbildung zur Verfügung stand. In der Zeit, wo noch alles vor Brüning auf dem Bauche lag, habe ich jedem, der es hören wollte, gesagt, dass wir nur die Wahl zwischen einer Diktatur Hitler und einer Diktatur Moskau hätten und dass jedenfalls die erstere vorzuziehen sei, auch wenn sie nicht bequem sein werde. Ich habe auch der Versuchung, den Aufruf des Sahmausschusses für Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl zu unterzeichnen, widerstanden, während es andere kirchliche Prominente, ohne mit mir in Fühlung zu treten, taten, worunter wir jetzt auch mit zu leiden haben.
Ich stoße mich als einer, der von der Geschichte her über die menschlichen Möglichkeiten und Wirklichkeiten immer realistisch gedacht hat und dem liberalen Ideenkultus weniger als viele Altersgenossen gehuldigt hat, nicht so stark an den mancherlei unerfreulichen Nebenerscheinungen des großen Reinemachens. Das deutsche Volk, das sich den Luxus einer ungezügelten Meinungsfreiheit auch in den gefahrvollsten Zeiten geleistet hat„musste einmal an die Kandarre genommen werden, damit es für später lernt, die Freiheit, die wieder einmal kommen muss, mit dem Maß zu gebrauchen, das der Romane und der Angelsachse von Natur hat. Und dass die evangelische Kirche diesem Vereinheitlichungsprozess nicht durch Kritik an Einzekheiten im Wege stehen darf, sondern ihn unterstützen muss – aus Liebe zum Volk und aus Selbsterhaltungstrieb, weil ein Rückschlag auch ihre Vernichtung bedeuten würde, das unterschreibe ich aus voller Überzeugung…“

Söhngen: Zum Verfassungsneubau der evangelischen Kirche

(DED 19, 20, 21 u. 22/1933):

- Presbyterial-synodale Ordnung und parlamentarische Demokratie:
„Die heutige presbyterial-synodale Ordnung ist demokratisch verfälscht.“

- Presbyterium und Volksvertretung:
„Wer unsere Presbyterien retten will, der gebe sie wieder ihrer wahren Bestimmung zurück, der mache ein Ende mit dem Karikaturenspiel der kirchenpolitischen `Parteien`“

- Das Lehramt:
„Alle Autorität in der Gemeinde ist an das Amt gebunden-und wird von ihm begrenzt; der Umkreis des Herrschaftsrechtes und der Amtswürde decken sich genau.“

- Zum Verfassungsneubau der evangelischen Kirche:
„Das episkopale Moment ist die eigentliche Seele der Synodalordnung… Vor allem aber darf eine gesunde Verbindung des episkopalen mit dem synodalen Element nicht versäumt werden..“

Erich Stange: Die Zukunft des evangelischen Jugendwerkes in Deutschland (DED 19/1933)

Kündigung aller jüdischen Arbeiter und Angestellten aus der Wehrmacht

(Walk 21)

8. Mai 1933:

Rede von Goebbels über „Die Aufgaben des deutschen Theaters“

(Friedrichs 1, 313 ff)

Gesetz über die Bestellung eines Landesbischofs für Bayern (HH IV, 838):

„Art. 1. I: Die in der Kirchenverfassung vorgesehenen Rechte und Pflichten des Kirchenpräsidenten werden durch ein Landesbischof wahrgenommen“

Gesetz über die Ermächtigung des bayrischen Landesbischofs (ebd.):

„Artikel 1 . I.: „Kirchengesetze können außer in dem von der Kirchenverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch den Landesbischof nach Aanörung des Landessynodalausschusses erlassen werden.“

9. Mai 1933:

Rede von Rust über die neue Erziehung (Friedrichs 1, 327 ff; UF IX, 444 ff)

Aufruf der Jungreformatorischen Bewegung zum Neubau der Evangelischen Kirche

(WNH 82f)

(Hermann Doerne, Gerhard Jacobi, Walter Künneth, Hanns Lilje, Karl Ritter, Wilhelm Stählin, Otto Riethmüller, Georg Schulz, Helmut Schreiner, Karl Heim, Görnandt, Heinz-Dietrich Wendland, Arnold Dannenbaum, Anna Paulsen):

„1. Wir fordern, dass bei den kommenden Entscheidungen einzig und allein aus dem Wesen der Kirche heraus gehandelt wird.

2. Wir fordern, dass der Neubau der evangelischen Kirche deutscher Nation so schnell wie möglich durchgeführt wird.

3. Die Ernennung eines Reichsbischofs hat umgehend, und zwar durch das bestehende Direktorium zu erfolgen.

4. Wir wollen eine mit Vollmcht handelnde geistliche Kirchenleitung. Diese schließt die Mitarbeit der Gemeinde nicht aus, sondern ein. Lebendige Anteilnahme am Gottesdienst und an der Arbeit der Gemeinde bildet den Geischtspunkt der Auslese für die kirchlichen Körperschaften.

5. Wir wollen eine bessere Ausbildung der zur Verkündigung Berufenen. Die Willkür der Verkündigung muss durch feste Lehrautorität aufgehoben werden.

6. Wir wünschen, dass die Vegreisung in Ämtern und Körperschaftern durch stärkere Heranziehung jüngerer Kräfte besonders aus der Frontgeneration, beseitigt wird.

7. Wir bekennen uns zu dem Glauben an den Heiligen Geist und lehenen deshalb grundsätzlich die Ausschließung von Nichtariern aus der Kirche ab; denn sie beruht auf einer Verwechslung von Staat und Kirche. Der Staat hat zu richten, die Kirche hat zu retten.

8. Auf Grund der bestehden Einzelbekenntnisse hat die Kirche von heute den Menschen die Antwort des Evangeliums nach Rasse, Volk und Staat zu geben. Hieraus wird das neue Bekenntnis erwachsen, das die evangelische Kirche deutscher Nationnötig hat, wenn sie mehr sein will als ein Zweckverband.

9. Wie bekämpfen die Verscuhe einer erstorbenen liberalistischen Theologie,, sich von neuem in die Kirchre einzudrängen.

10. Wir fordern vom Staat, dass der Kirche in Presse und Rundfunk der Einfluss gegeben wird, der ihrer Aufgabe für den inneren Aubau des Volkes entspricht.

11. Wir fordern, dass die evangelischer Kirche in freudigem Ja zum neuen deutschen Staatden ihr von Gott gegebenen Auftrag in voller Freiheit von aller politischen Beeinflussung erfüllt und sich zugleich in unlöslichem Dienst an das deutsche Volk bindet.

12. So wichtig uns die Verfassungsreform der Kirche ist, so bekennen wir doch, dass das Leben des Volkes vor Gott seinen Mittelpunkt im Gebet und in der Arbeit der Gemeinde hat.“ (vN 245f)

10. Mai 1933:

Verbrennungen „undeutschen Schrifttums“ auf öffentlichen Plätzen im ganzen Reich:

Darunter Ernst Barlach, Bert Brecht, Elias Canetti, Erich Kästner, Oscar Kokoschka, Thomas Mann, Joachim Ringelnatz, Nelly Sachs, Berhard Traven, Kurt Tucholsky, Carl Zuckmayer und Stefan Zweig

An vielen Orten Teilnahme Evangelischer Jugendverbände zusammen mit der Hitler-Jugend

Rede von Goebbels in Berlin (UF IX, 489 ff):

„..Es ist eine starke, große und symbolische Handlung, die vor aller Welt dokumentieren soll: Hier sinkt die geistige Grundlage der Novemberrepublik zu Boden. Aber aus diesen Trümmern wird sich siegreich erheben der Phönix eines neuen Geistes, den wir tragen, den wir fördern und dem wir das entscheidende Gesicht geben und die entscheidendehn Züge aufprägen.“

Aus einem Berliner Zeitungsbericht (UF IX, 489):
„Während der Verbrennung der Bücher spielten SA und SS-Kapellen vaterländische Weisen und Marschlieder, bis neun Vertreter der Studentenschaft, denen die Werke nach einzelnen Gebieten zugeteilt waren, mit markanten Worten die Bücher des undeutschen Geistes dem Feuer übergaben.

1. Rufer:
Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und und idealitische Lebenshaltung! Ich übergebe der Flamme die Schriften vomn Marx und Kautsky.

2. Rufer:
Gegen Dekadenz und moralischen Verfall! Für Zucht und Sitte in Familie und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Glaeser und Erich Kästner.

3. Rufer:
Gegen Gesinnungslumperei und politischen Verrat, für Hingabe an Volk und Staat! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Friedrich Wilhelm Förster.

4. Rufer:
Gegen seelenzerfressende Überschätzung des Trieblebens, für den Adel der menschlichen Seele! Ich übergebe den Flammen die Schriften des Sigmund Freud.

5. Rufer:
Gegen Verfälschung unserer Geschichte und Herabwürdigung ihrer großen Gestalten, für Ehrfurcht vor unseer Vergangenheit! Ich übergebe den Flammen die Schriften von Emil Ludwig und Werner Hegemann.

6. Rufer:
Gegen volksfremden Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung, für verantwortungsbewusste Mitarbeit am Werk des nationalen Aufbaus! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Theodor Wolff und Georg Bernhard.

7. Rufer:
Gegen literarischen Verrat am Soldaten des Weltkrieges, für Erziehung des Volkes im Geist der Wahrhaftigkeit! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Erich Martia Remarque.

8. Rufer:
Gegen dünkelhafte Verhunzung der deutschen Sprache, für Pflege des kostbaren Gutes unseres Volkes! Ich übergebe der Flamme die Schriften von Alfred Kerr.

9. Rufer:
Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist! Verschling, Flamme, auch die Schriften der Tucholsky und Ossietzki!“

Beschlagnahme des Vermögens der SPD und des Reichsbanners

Gründung der „Deutschen Arbeitsfront“ unter Robert Ley, scharfe Angriffe Hitlers gegen Marxismus, gegen die Gewerkschaften und die „Novemberverbrecher“

(Friedrichs 1, 169; Domarus 266, 640f)

Aufruf von Berliner Pfarrern (DBW 12, 66f)

18 Thesen von Friedrich Peter zur Gleichschaltung des theologischen Denkens

(Schmidt 1, 40 ff): Familie und Volk im Lichte des Wortes Gottes

Stellungnahme des Protestantenblatts zu Paul Tillichs Entlassung (vN 75f):

„Durch die Zeitungen geht die Nachricht, dass zu den auf Grund des neuen Beamtengesetzes „beurlaubte“ – d h. doch wohl zur Entlassung bestimmten – Professoren auch Paul Tillich (Frankfurt a. M.) gehört. Der Grund für diese bedauerliche Maßnahme ist wohl darin zu suchen, dass Tillich als „Marxist“ gilt. Es muss aber gerade angesichts dieses Falles einmal mit allem Nachdruck wieder gefragt werden, was man denn eigentlich unter „Marxismus“ versteht und verstehen soll. Meint man mit ihm den Versuch, das gesamte Geistesleben „materialistisch“ zu begründen und jede diesem Dogma widerstreitende Tendenz als „leere Ideologie“ zu verdächtigen, dann – aber nur dann – ist der Kampf gegen den Marxismus berechtigt und ist auch von uns immer geführt worden. Es muss aber festgestellt werden, dass Tillichs Lebenswerk mit dieser Art von Marxismus nicht nur nichts zu tun hat, sondern zu ihm im schärfsten Gegensatz steht. In ihm offenbart sich ein geradezu grandioser Versuch, durch allen – bürgerlichen und proletarischen – Materialismus hindurch zu einer neuen Geistigkeit vorzustoßen, die zwar realistisch (also nicht ideologisch), aber ebenso gläubig (d. h. anti.materialistisch, anti- liberalistisch und antirelativistisch) sein will. Kann man einen solchen am Unbedingten orientierten gläubigen Realismus „marxistisch“ nennen? Das mögen vielleicht einige reaktionäre Feudalaristokraten oder Börsenpatrizier tun – einer nationalen und sozialistischen Revolution aber sollte das unmöglich sein. Hier müsste man erkennen, wie sehr gerade Tillich für das im Werden begriffene neue Deutschland von größter Bedeutung werden könnte, wie z. B. seine Kairos-Lehre ganz unmittelbar in das heutige Geschehen hineinführt. Will der Nationalsozialismus die Riesenaufgabe, die er sich gestellt hat, mit Erfolg durchführen, so wird er auf Köpfe wie Tillich nicht verzichten können.“

Gerhard Kittel: „Die Judenfrage“ (ebd. 328 ff):

„Es wäre nicht chistlich gehandelt, wenn ich den berechtigten Kampf meines Volkes um seine Existenz auch nur um die Breite eines Haares mit vermeintlichen christlichen Gründen lähmte. Aber ich täte ebenso als Deutscher meinem Volk den schlechtesten Dienst, wenn ich Gottes Stimme zum Schweigen brächte. Auch wenn es um mein Leben ginge, müsste ich von ihr Zeugnios geben. Denn auch den Kampf um die Judenfrage kann und darf mein Volk nicht führen, ohne auf Gottes Stimme zu lauschen.“

Walter Michaelis: „Ein Wort zur Judenfrage“ (ebd. 336 ff):

„Längst, ehe ein Mensch von Faszismus oder Nationalsozialismus redete, war ich überzeugt, dass die Völker den Willen Gottes über das Volk Israel falsch verstanden haben, als sie ihnen in ihren Ländern volles bürgerliches Heimatrecht gaben. Die Zerstreuung Israels unter die Völker ist Gottes Fluch über die Juden. Ihre Sammlung in Kanaan wird sein Segen über sie sein. In der Zwischenzeit sollen sie zerstreute, heimatlose Kinder ihres Volkes in der Fremde unter allen Völkern sein. Dazu stimmt nach meiner lägst gehegten Auffassung nicht die Verleihung der staatsbürgerlichen Rechte an sie. Nun will die neue Regierung den Einfluss der Juden zurückdämmen. Wenn es dabei zu Mißhandlunhgen oder geistigen Roheiten gekommen ist, so verurteilen wir das wie jede Roheit gegen einen Menschen; auch die Regierung hat es streng untersagt. Aber wenn ein Volk den Israeliten als Israeliten in seinen Rechten vom Deutschen unterscheidet, so haben wir von der Bibel her keinen Einwand dagegen zu erheben. Ich finde vielmehr, es entspricht den Gedanken Gottes über dieses Volk….Wir stellen nur fest: gegen das Eindämmen des jüdischen Einflusses, gegen ihre Bewertung als Nicht-Deutsche haben wir von der Bibel her nichts einzuwenden. Ich meine vielmehr, es liegt in den Linien des göttlichen Planes…“

<u>11. Mai 1933:</u>

Bericht im Betheler „Aufwärts“ über NS-Fahnenweihe mit Predigt von Wilhelm Niemöller (weitere Beispiele bei Baumgärtel 25 ff):

„SA-Fahnenweihe in Eckardsheim:Die Straßen waren geschmückt, von vielen Häusern wehten im Morgenwind die Fahnen der nationalen und sozialen Revolution… Unter dem erhebenden Klang alter preußischer Armeemärsche rückten sie an, die brauen Scharen des SA-Sturms 13/174 .. und eine stattliche Abordnung der Schupo-SA aus Bielefeld mit ihrer Fahne.. Als Festprediger war Herr Pastor (Wilhelm) Niemöller aus Bielefeld geladen und erschienen… Der Prediger hatte das Wort des Propheten Micha 7, V. 7-11 als Text erwählt.. Nach Gebet, Vaterunser und Segen wurde die neue Fahne entrollt und von dem Geistlichen geweiht. `Ehre, Freiheit, Vaterland`, der alte Wahlspruch der deutschen Burschenschaft solle mit des Herrn Hilfe auch dieses Banner geleiten, dass es in Ehren stets freien deutschen Männern in einem freien Vaterland voranwehe.“ (Aufwärts Jg. 15, 1933, 11. Mai 1933)

Fahnenweihe auf der Sparrenburg:
Die NSDAP-Ortsgruppe „Sparrenburg“ wird am 13. Mai auf der Sparrenburg ihre neue Fahne weihen. Die Weihe vollzieht Parteigenosse Pfarrer Niemöller … Die SA-Kapelle wirkt mit.“
(Westfalenzeitung 4. Mai 1933)

„Drei Hakenkreuzfahnen geweiht. Die nationalsozialistische Beamten-Vereinigung Bielefeld-Stadt sowie die Reichseisenbahn SS Bielefeld und die Fachschaft Versorgungsamt Bielefeld weihten am Samstagabend gemeinsam ihre neuen Fahnen. Im Kyffhäusersaal waren die Fahnenabteilungen und Abordnungen vor dem Bilde des Volkskanzlers Hitler auf der Bühne aufmarschiert. Bielefelds Beamtenschaft füllte den Saal bis zum letzten Platz. …Dann weihte Parteigenosse Pfarrer Niemöller die drei neuen Hakenkreuzfahnen. Während man sich den Anschein gegeben habe, dass man in einer großen Volksgemeinschaft verbunden sei, habe das deutsche Volk aus zwei und mehr Völkern bestanden. Jetzt sei endlich diese Einigung durchgeführt und sie sei in alle Schichten des Volkes eingedrungen. Und mit dieser nationalen Einigung sei zugleich der alte echt preußische Dienstbegriff, das Rückgrat eines gesunden staatsfördernden Beamtentums wieder erwacht. Derselbe Dienstbegriff, wie er das Volk 1914, wie er die Freikorps, die Wehrmacht und alle die vielen Verbände in den vergangenen Jahren beseelt habe, sei nun wieder im gesamten Beamtentum erwacht. Nur diese streng nationale Dienstauffassung sei in der Lage, Volk und Vaterland aufwärts zu führen. Die Weihe der Fahnen vollzog sich unter einem alten deutschen Schöffeneid. Mit erhobenen Händen gelobte man dem Wahrzeichen der Einigkeit, der Hakenkreuzflagge, die Treue. Die Fahnenweihe klang aus im Horst-Wessel-Lied.“ (Westf. Zeitung 22. Mai 1933)

„Fahnenweihe im Hitlerpark. Wo die Fahne weht, steht der Führer. Das festliche Stadtviertel stand am Sonnabend im Zeichen des Hakenkreuzes… Die Bevölkerung nahm lebhaften Anteil am Ehrentag der Ortsgruppe Siegfried. Gewiss hatte es schon viele Fahnenweihen gegeben, aber noch keine dieser Art. Unter Vorantritt der SA-Kapelle bewegte sich der über 2000 Menschen umfassende Festzug durch die geschmückten Straßen. Für den verhinderten Pastor Köhler, Köln, nahm unser alter Kämpfer Pfarrer Niemöller, Bielefeld, die Fahnenweihe vor. Er führte dabei folgendes aus: Adolf Hitler redete und warb für seine Idee und betonte immer wieder, dass dem Einzelnen wie dem ganzen Volke nur dann geholfen werden könne, wenn die Klüfte ausgefüllt würden und die Menschen Gemeinschaft hätten. Miteinander leben heißt, miteinander teilen und opfern. Es ist kürzlich von maßgebender Stelle gesagt worden, dass die Kirche ohne den Staat nicht leben könne. Ich darf heute getrost sagen, dass der Staat in sich tot ist ohne die

Kirche… Heute ist für uns ein großer Tag. Unsere Herzen erglühen und die Erkenntnis, dass wir für Deutschland und nicht von Deutschland leben sollen, muss sich in uns verfestigen. Ich weihe die Fahne und schreibe uns allen ins Herz: Die Liebe ist eine Macht, die zusammenwachsen lässt… Ortsgruppenleiter Seifert übernahm die Fahne und gelobt… die Fahne nie verlassen zu wollen, es sei denn im Tode. Drei Worte schreibe er auf die Fahne: Treue, Glaube, Liebe … und dankte insbesondere dem Pfarrer Parteigenossen Niemöller für die eindrucksvolle Weiherede… Siegheil … Horst-Wessel-Lied – Deutschlandlied.“
(Westf. Zeitung v. 4. Juli 1933)

Die Forderungen der Jungreformatorischen Bewegung (vN 245 ff):

1. Wir fordern, dass bei den kommenden Entscheidunge einzig und allein aus dem Wesen der Kirche heraus gehandelt wird.

2. Wir fordern, dass der Neubau der evangelischen Kirchen deutscher Nation so schnell wie möglich durchgeführt wird. Leitung und Körperschaften der Kirche sind ausschließlich der neuen Verfassung gemäß zu bilden. Urwahlen lehnen wir als überwundenen demokratischen Irrtum ab.

3. Die Ernennung eines Reichsbischofs hat umgehend, und zwar durch das bestehende Direktorium zu erfolgen.

4. Wir wollen eine mit Vollmacht handelnde geistliche Kirchenleitung. Diese schließt die Mitarbeit der Gemeinden nicht aus, sondern ein. Lebendige Anteilnahme am Gottesdienst und an der Arbeit der Gemeinde bildet den Gesichtspunkt der Auslese für die kirchlichen Körperschaften.

5. Wir wollen eine bessere Ausbildung der zur Wortverkündigujng Berufenen. Die Willkür der Verkündigung muss durch feste Lehrautorität aufgehoben werden.

6. Wir wünscvhen, dass die Vergreisung in Ämtern und Körperschaften durch stärkere Heranziehung jüngerer Kräfte, besonders aus der Frontgeneration, beseitigt wird.

7. Wir bekennen uns zu dem Glauben an den Heiligen Geist und lehnen deshalb grundsätzlich die Ausschließung von Nichtariern aus der Kirche ab; denn sie beruht auf einer Vrwechslung von Stat und Kirche. Der Staat hat zu richten, die Kirche hat zu retten.

8. Auf Grund der bestehenden Einzelbekenntnisse hat die Kirche den Menschen von heute die Antwort des Evangeliums auf die Frage nach Rasse, Volk und Staat zu geben. Hieraus wird das neue Bekenntnis erwachsen, das die evangelische Kirche deutscher Nation nötig hat, wenn sie mehr sein soll als ein Zweckverband.

9. Wir bekämpfen die Versuche einer erstorbenen liberalistischen Theologie, sich von neuem in die Kirche einzudrängen.

10. Wir fordern vom Staat, dass der Kirche in Presse und Rundfunk der Einfluss gegeben wird, der ihrer Aufgabe für den inneren Aufbu des Volkes entspricht.

11. Wir fordern, dass die evangelische Kirche in freudigem Ja zum neuen Staat den ihr von Gott gegebenen Auftrag in voller Freiheit von aller politischen Beeinflussung erfüllt und sich zugleich in unlöslichem Dienst an das deutsche Volk bindet.

12. So wichtig uns die Verfassungsreform der Kirche ist, so bekennen wir doch, dass das Leben des Volkes vor Gott seinen Mittelpunkt im Gebet und in der Arbeit der Gemeinde hat.“

12. Mai 1933:

Besuch Hitlers bei Abt Albanus Schachtleitner

Auflösung aller jüdischen Vereine in München (Walk 22)

14. Mai 1933:

Zusammenschluss der Lutherischen Landeskirchen Deutschlands

Würzburger Erklärung der Bischöfe der lutherischen Kirchen Deutschlands

(Stoll 18; vN 61f):

„1. Wir ringen und beten darum, dass der Aufbruch der Nation zu einem Durchbruch zu Gott werde. Darum wissen wir uns verpflichtet, unserem Volk die Botsdchasft der reformatorischen Reformation zu sagen:

- *Gott ist es, der Volkstum und Obrigkeit geordnet hat;*
- *Gott ist es, der mit seinem Gericht und seiner Gnade zur Vergebung der Sünden und damit allein zu wahrer Freihet führt;*
- *Gott ist es, der in seiner Gmeinde wahre Gemeinschaft und Zucht verwirklicht.*

Das werdende Deutsche Reich kann diuese lutherische Botschaft nicht entbehren, wenn es seine Sendung erfüllen will.
2. Deshalb fordern wir: Dass in der werdenden deutschen evangelischen Kirche der Glaube Luthers und das Bekenntnis der Väter freien Raum erhalten und zu voller Wirkung kommen; dass diese Kirche unter die Führung eines Reichsbischofs lutherischen Bekenntnisses gestellt wird; dass

sie nach ihren eigenen Gesetzen gestaltet und dabei alles ihrer Art Fremde, an vergangene parlamentasrische Formen Erinnernde ausgeschaltet wird.“

Ziel der Glaubensbewegung Deutsche Christen, die sog. Müllerschen Richtlinien, verfasst von Prof. Fezer (Schmidt 1, 143):

„Durch die nationale Bewegung hat in unserem Vaterlande in einzigartiger Weise der Staat den Weg zum deutschen Volke und das deutsche Volk wieder den Weg zum Staat gefunden. Es sieht so aus, als wollte das deutsche Volk in der Besinnung auf die tiefgsten Quellen seines Lebens und seiner Kraft auch wieder den Weg zur Kirche finden. Die deutschen Kirchenhaben darum alles zu tun, dass dieses geschehen könne. Denn eine deutsche Kirche n e b e n dem deutschen Volke ist nichts als eine leere Institution. Christliche Kirche im deutschen Volke ist sie nur, wenn sie Kirch f ü r das deutsche Volk ist, wenn sie dem deutschen Volke in selbstlosem Dienst dazu hilft, dass es den von Gott ihm aufgetragenen Beruf erkennen und erfüllen kann.

Dies ist nach den wiederholten Äußerungen des Herrn Reichskanzlers das letzte Ziel mauch für die heutige Staatsleitung. Ihr Verhältnis zur Kirche ist darum ein ganz anderes, als es das desjenigen Staates gewesen ist, der in unglaubkicher Verblendung die letzten Wahrheiten und tiefsten Kräfte des Lebensals für den Staat nicht in Betracht kommend behandelte. Der n e u e S t a a t w i l l d ie K i r che. Nicht um an ihr ein gefügigesw Werkzeug zu haben, sondern weil er weiß, wo eines Volkes Fundamente liegen. Mit den Aufgaben des Staates sind darum die Aufgaben der Kirche ins Ungeheure gewachsen. In der Gestalt, die die deutschen Kirchen heute haben, sind sie zur Erfgüllung dieser Aufgabe nicht imstande. Den deutschen Kirchen eine Gestalt zu geben, die sie fähig macht, dem deutschen Volke den Dienst zu tun , der ihnen durch das Evangelium von Jesus Christus gerade für ihr Volk aufgetragen ist, das ist das Ziel der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“.

Zur Erreichung dieses Zieles fordern wir:

1. *eine neue Kirchenverfassung, welche die Organe kirchlichen Lebens nicht nach dem demokratischen Wahlsystem bestellt, sondern navch der Eignung, die sie im Dienst an der Gemeinde bewiesen haben;*
2. *eine einheitliche Leitung unter einem geislichen Führer, der die maßgebenden Entscheidungen persönlich zu treffen und zu verantworten hat;*
3. *Vereinigung der evangelischen Landeskirchen zu einer Deutschen Evangelischen Kirche bei pietätvoller Wahrung geschichtlich begründeter Eigenart.*

Wir treten ein:

1. *für völlige Wahrung des Bekenntnisstandes der Reformation, verlangen aber von diesem Grunde aus ein bekenntnismäßiges Wort der Kirche zu*

den brennenden Fragen der Gegenwart im Sinne scharfer Abwehr aller modernen Irrlehren, des Mammonismus, Bolschewismus, und des unchristlichen Pazifismus. Die Kirche soll in ihrer Sendung als deutsche reformatorische Kirche uns die rechten Waffen für den Kampf gegen alles unchristliche und volksverderbende Wesen liefern;

2. *für das Werk der deutschen evangelischen Heidenmission, das der Missionsbefehl Christi von der Kirche fordert unter Anerkennung der Verschiedenheit der Völkerund Rassen als eine von Gott gewollte Ordnung. Für uns gehört die Mission mit zur `Bekenntnishandlung der Kirche`;*
3. *für verankkerte Pflichten und Rechte aller Gläubigen im Sinne Joh. Hinrich Wicherns, des Vaters der Innern Mission;*
4. *für die Pflege des Geistes einer guten kameradschasttlichen Volksgemeinschaft, weil wir von Gott nicht nur für uns selbst, sondern auch für unsern Nachbarn die Verantwortung tragen;*

   für durchgreifende Maßnahmen, die es den artbeitswilligen, fleißigen

   und strebsamen Volksgenossen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt

   ehrlich zu erwerben und beizeiten einen deutschchristlichen Haushalt

   zu gründen, in dem die Freude an dem Aufwachsen einer fröhlichen

   Kinderschar Glück und Segen verbürgt;
5. *darum auch für kräftigen Ausbau der christlichen Liebestätigkeit innerhalb der*

   Kirche; alle damit zusmmenhängenden wirtschaftlichen Unternehmungen müssen unter ausreichender kirchenbehördlicher Aufsicht stehen;
6. *für evangelische Schulen und Erziehung der gesamten Jugendin einem Geist, der*

   die im Volkstum und Heimat geschenkten Güter dankbar aufnimmt,

   treulich pflegt

   und als heiliges Vermächtnis an das nächste Geschlecht weitergibt;
7. *überhaupt für kirchliche deutsche Sitte und Zucht in Stadt und Dorf; für*

   Sonntagsheiligung und Pflege jeglichen in unserer Rasse und unserem Volkstum

   verankerten, guten frommen deutschen Brauches;
8. *für planmäßige kirchliche Versorgung der evangelischen Deutschen außerhalb der*

Reichsgrenzen;

Wir verpflichten uns:

und verlangen diese Verpflichtung nicht nur von den beauftragten Organen der Kirche, sondern darüber hinaus von allen evangelischen frauen und Männern zum Dienst in unseren Gemeinden.

Dienen wollen wir:

durch unermüdliche Werbung für unsere Gottesdienste;

durch ritterliches Eintreten für die Armen und Hilfsbedürftigen;

durch Verteidigung unseres Glaubens, wo er angegriffen oder ihn Frage gestellt wird;

durch treues evangelisches Bekenntnis in aller Öffentlichkeit.

Dinenen wollen wir:

Durch unsere Kirche unserem Gott und eben deswegen unserm Vaterland.“

Sonderbeilage zum Muttertag (EDR 20/1933)

15. Mai 1933:

Preußen: nur Deutsche dürfen einen Erbhof besitzen (Walk 23)

16. Mai 1933:

Dr. Schairer: Volk – Blut – Gott, Berlin 1933

Erklärung der alten kirchlichen Gruppen zur kirchlichen Lage (Philipps, Preiser, Hallensleben) (WNH 84; vN 247):

„Die alten kirchlichen Gruppen der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, Positiv-Kirchliche Vereinigung, Volkskirchliche Ev. Vereinigung, Freunde der freien Volkskirche, nehmen zur kirchlichen Lage – unter Wahrung der vollen Selbständigkeit jeder Gruppe – in einer gemeinsamen Erklärung Stellung:
… Wir danken Gott, dass er uns den neuen auf christlicher Grundlage gestellten Staat geschenkt hat und wollen mit Hingabe an seinem Aufbau mitarbeiten. Wir werden jeden Versuch, die Staatspolitik in die Kirche hineinzutragen, entschlossen abwehren. Die für den 31. Okrober 1933

geforderten Urwahlen lehnen wir ab. Wir bejahen die „Evangelische Kirche deutscher Nation“ und fordern, dass sie aus ihrem eigenen Wesen auf Gottes Wort und reformatorischem Bekenntnis aufgebaut wird. Wir treten ein für die Erhaltung der synodalen und Gemeinde-Körperschaften, verlangen die geistliche Führung in Kirche und Gemeinde. So wichtig Verfassungsfragen sein mögen, so betonen wir doch mit allem Nachdruck, dass das Leben der Kirche aus Gottes Wort und Sakrament erwächst. Dienst in der Gemeinde und an der Gemeinde ist die Hauptforderung, die an jede kirchliche Bewegung gestellt werden muss.“

Aufruf der Allgemeinen Lutherischen Konferenz (WNH 84):

„Die Allgemeine evangelisch-Lutherische Konferenz mit ihren Bischöfen, Hochschullehrern und angeschlossenen kirchlichen Verbänden ruft angesichts des gesamten Neubaues im Reich zum Aufbruch der Kirche als einer „evangelischen Kirche deutscher Nation“ auf. Diese Kirche deutscher Nation kann nur lutherische Kirche sein.Durch Luther hat dasdeutsche Volk einst seine Reformation erhalten.

Als lutherische Kirche stand sie vor Kaiser und reich mit ihrem Bekenntnis zu Augsburg.
Als lutherische Kirche hat sie ihren Bund mit dem deutschen Volk abgeschlossen.
Wir erwarten daher von den Männern, die jetzt in verantwortungsvoller Stellung am Bau einer deutschen evangelischen Reichskirche arbeiten:
1. dass sie für das unantastbare Recht des lutherischen Bekenntnisses eintreten und
2. dass sie die deutsche Reichskirche – unbeschadet der Evangelischen anderer Bekenntnisse – als lutherische Kirche mit lutherischer Leitung bauen.“

Erklärung der Ev. Arbeitervereine zu den politischen Ereignissen zur Arbeitsfront und zum Führerprinzip (vN 88f):

„Inzwischen hat der Herr Reichskanzler auf dem Kongress der deutschen Arbeitsfront grundsätzlich Stellung genommen. Wie er es getan hat, können wir als Glieder der EAV—Bewegung nur freudig begrüßen. Unsere Geschichte und unser Wollen zeigt in vielem eine fast wörtliche Übereinstimmung mit dem, was der Kanzler Hitler sagte…“

Bericht von einer Tagung Evangelischer Arbeitervereine in Meiderich:

„Brüder, ein neuer Frühlinng unseres Wollens hat angehoben! Wir haben eine Obrigkeit, die jedem das Seine geben will. Wir haben Führer im Staat, die

wie wir deutsch empfinden. Sie und wir, wir und sie haben nie schwarz-rot-gold zu unserer Fahne gewählt. Sie wollten wir nicht, diese Fahne des Misserfolges, des Bürgerkrieges, des Bruderkampfes, des Verrates und der Unehrlichkeit. Unsere neue Regierung will wieder Gottesfurcht und Gottesliebe zum Grundstein unseres Volkslebens machen. Wahrhaftig, er wollte da nicht mittun!? Wer wollte ihr den Dienst weigern, der uns befohlen ist?

Welches dieser Dienst im neuen Deutschland ist? Derselbe wie im alten. Derselbe wie im unheilvollen Zwischenreich. Unser Dienst ist einzig dieser: Wir wollen uns selbst mit den Lebenskräften des Evangeliums durchdringen; wie ein Salz wollen wir mit dieser Kraft in unsere Umwelt wirken, dass unser Volk lebe! Diesen Dienst wollen wir tun mit Männern aus allen Ständen. Wir sind freie Leute, frei von parteiischer oder gewerkschaftlicher Gebundenheit. Unsere Bindung ist Gott, der uns zum Dienst an die Männerwelt unseres Volkes verweist! Zum Dienst allermeist an denen, die unseres Dienstes am meisten bedürfen..“ (vN 90f)

Die neuen Richtlinien der DC (GB 79):

„Ziel der Bewegung: In der nationalen Erhebung hat in unserem Vaterlande in einzigartiger Weise der Staat den Weg zum deutschen Volke und das deutsche Volk seinerseits wieder den Weg zum Staat gefunden. Es sieht so aus, als wollte das deutsche Volk in der Besinnung auf die tiefsten Quellen seines Lebens und seiner Kraft auch wieder den Weg zur Kirche finden. Die deutschen Kirchen haben darum alles zu tun, dass dies geschehen könne. Denn eine deutsche Kirche neben dem deutschen Volke ist nichts als eine leere Institution. Christliche Kirche im deutschen Volk ist sie nur, wenn sie Kirche für das deutsche Volk ist, wenn sie dem deutschen Volke in selbstlosem Dienst dazu hilft, dass es den von Gott ihm aufgetragenen Beruf erkennen und erfüllen kann. – Dies ist nach wiederholten Äußerungen des Reichskanzlers das Ziel auch für die heutige Staatsleitung. Ihr Verhältnis zur Kirche ist darum ein ganz anderes als es das desjenigen Staates gewesen ist, der in unglaublicher Verblendung die letzten Wahrheiten und und tiefsten Kräfte des Lebens als für den Staat nicht in Betracht kommend behandelte. Der neue Staat will die Kirche. Nicht um an ihr ein gefügiges Werkzeug zu haben, sondern weil er weiss, wo eines Volkes Fundamente liegen. Mit den Aufgaben des Staates sind darum die Aufgaben der Kirche ins Ungeheure gewachsen. In der Gestalt, die die deutschen Kirchen heute haben, sind sie zur Erfüllung dieser Aufgaben nicht imstande. Den deutschen Kirchen eine Gestalt zu geben, die sie fähig macht, dem deutschenVolke den Dienst zu tun, der ihnen durch das Evangelium von Jesus Christus gerade für ihr Volk aufgetragen ist, das ist das Ziel der „Deutschen Christen“.
Zur Erreichung dieses Zieles fordern wir:

1. eine neue Kirchenverfassung, die die Organe kirchlichen Lebens nicht nach dem demopkratischen Wahlsystem bestellt, sondern nach der Eignung, die sie im Dienst an der Gemeinde bewiesen haben;
2. eine geistliche Spitze, die die maßgebenden Entscheidungen persönlich zu treffen und zu verantworten hat;
3. Vereingung der Landeskirchen zu einer Deutschen evangelischen Kirche bei pietätvoller Wahrung geschichtlich begründeter Sonderrechte.

Wir treten ein

1. für die völlige Wahrung des Bekenntnisstandes der Reformation, verlangen aber eine Weiterbildung des Bekenntnisses im Siunne scharfer Abwehr aller modernen Irrlehren, des Mammonismus, Bolschewismus und des unchristlichen Pazifismus;

2. Für das Werk der deutschen evangelischen Heidenmission, das der Missionsbefehl Christi von der Kirche fordert und das wir als ein heiliges Erbe von den Vätern übernehmen. In der Anerkennung der Verschiedenheit der Völker und Rassen als einer von Gott gewollten Ordnung für diese Welt fordern wir, dass durch die Heidenmission das Volkstum fremder Völker nicht zerstört werde. Wir sehen in der deutschen evangelischen Mission als Kind der deutschen Reformation den berufenen Anwalt für diese Erkenntnis innerhalb der protestantischen Weltmission. Aus diesem Verständnis der Mission sehen wir in ihr „ die Bekenntnishandlung der Kirche in geschichtlicher Lapidarschrift“ (Martin Kähler)

3. für kirchenordnungsmäßig verankerte Pflichten und Rechte aller Gläubigen im Sinne Wicherns, des Vaters der inneren Mission;

4. für durchgreifende Maßnahmen, die es den arbeitswilligen, fleißigen und strebsamen Volksgenossen ermöglichen, ihren Lebensunterhalt ehrlich zu erwerben und beizeiten einen deutschchristlichen Haushalt zu gründen, in dem die Freude an dem Aufwachsen einer fröhlichen Kinderschar Glück und Segen verbürgt. Auch muss die Kirche den Geist guter kameradschaftlicher Volksgemeinschaft pflegen, weil wir vor Gott nicht nur für uns selbst, sondern auch für unseren Nachbarn die Verantwortung tragen;

5. darum auch für kräftigen Ausbau der christlichen Liebestätigkeit innerhalb der Kirche; alle damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Unternehmen müssen unter ausreichender kirchenbehördlicher Aufsicht stehen;

6. für christliche Schulen und Erziehung der gesamten Jugend in einem Geist, der die in Volkstum und Heimat uns geschenkten Güter dankbar aufnimmt, treulich pflegt und als heiliges Vermächtnis an das nächste Geschlecht weitergibt;

7. überhaupt für kirchliche deutsche Sitte und Zucht in Stadt und Dorf, für Sonntagsheiligung und Pflege jeglichen in unserer Rasse und unserem Volkstum verankerten guten, frommen, deutschen Brauches.

Wir verpflichten uns – und verlangen diese Verpflichtung nicht nur von den beauftragten Organen der Kirche, sondern darüber hinaus von allen ev. Männern und Frauen – zum Dienst in unseren Gemeinden. Dienen wollen wir: durch unermüdliche Werbung für unsere Gottesdienste, durch ritterliches Eintreten für die Armen und Hilfsbedürftigen; durch Verteidigung unseres Glaubens, wo er angegriffen wird oder in Frage gestellt wird; durch treues ev. Bekenntnis auch in aller Öffentlichkeit. Dienen wollen wir: durch unsere Kirche unserem Gott und eben deswegen unserem Vaterland."

(Ludwig Müller, Prof. D. Fezer, der Reichsleiter der GDC Joachim Hossenfelder, D. Ludwig Weichert, Missionsinspektor)

16. – 20. Mai 1933:

Beratungen des Loccumer Kapler-Ausschusses (GB 78)

17. Mai 1933:

Friedensrede Hitlers vor dem Reichstag (Friedrichs 1, 98 ff).

„..Seit dem Friedensvertrage von Versailles hat das deutsche Volk ein politisches und wirtschaftliches Elend erfasst, von dessen Größe sich die andere Welt keine Vorstellung machen kann. Millionen zerstörte Existenzen, ganze Berufsstände ruiniert und eine ungeheure Armee von Arbeitslosen – ein trostloser Jammer, dessen ganzen Umfang und Tiefe ich am heutigen Tage der übrigen Welt nur durch eine einzige Zahl zum Verständnis bringen möchte: Seit dem Tage der Unterzeichnung diesers Vertrages, der als Friedenswerk der Grundstein zu einer neuen und besseren Zeit für alle Völker sein sollte, haben sich in unserem deutschen Volk fast nur aus Not und Elend 224900 Menschen mit freiem Willen das Leben genommen. Männer und Frauen, Greise und Kinder! Diese unbestechlichen Zeugen sind Ankläger gegen den Geist und die Erfüllung eines Vertrages, von dessen Wirksamkeit sich einst nicht nur die andere Welt, sondern auch Millionen Menschen in Deutschland Heil und Segen versprochen hatten. Mögen die anderen Nationen daraus aber auch den unerschütterlichen Willen Deutschlands verstehen, eine Periode der menschlichen Irrungen endlich abzuschließen, um den Weg zu finden zu einer wirklichen Verständigung aller auf dem Boden gleicher Rechte!"

Brief von Bischof Bell an Kapler (Boyens 308f; 445f):

„Sehr geehrter Herr Dr. Kapler, der Verwaltungsausschuss des ÖRPC hat soeben seine dritte Tagung in London abgehalten. Verschiedene Fragen wurden erörtert. Die Mitglieder erinnerten sich voller Dankbarkeit des freundlichen Willkommens, mit dem Sie und der DEKB vor drei Monaten sie anlässlich ihrer Tagung in Berlin empfangen haben. Sie haben mich gebeten, Ihnen ihren Dank für die Freundschaft und damals bewiesene Gastfreundschaft zu sagen.
Es war nur natürlich, dass ein Teil unserer Londoner Tagung der Aussprache über die großen Ereignisse galt, die im Deutschen Reich seit unserer letzten Zusammenkunft stattgefunden haben. Monsieur Henriod zeigte dem Ausschuss den Brief, den er, ausgehend von Ihrem Telegramm vom 27. März an Dr. Cadman in New Yorck, am 1. April an Sie zur damaligen Situation geschrieben hatte, nachdem er die von ihm von Ihnen übermittelte Kopie dieses Telegramms empfangen hatte. Er berichtete uns ebenfalls davon, dass er und Dr. Schönfeld ermutigt wurden, Deutschland zu besuchen, und von der Freundlichkeit, mit der Sie und andere ihnen Interviews gegeben und ihnen sowohl auf diesem Wege als auch durch persönliche Beobachtung geholfen hätten, sich selber über die Tatsachen zu informieren…..“

Rundfunkvortrag von Ludwig Müller (EDR 23/1933)

18. Mai 1933:

Rede von Göring im Preußischen Landtag

Bericht über eine Rede von Wurm vor dem NS-Pfarrerbund

(Schäfer 1, 345f)

„… Inzwischen hatte sich, freudig begrüßt, auch Kirchenpräsident D. Wurm eingefunden. In einer überaus warmherzigen Ansprache knüpfte er an die ebenso maßvolle wie mannhafte Wahrung deutscher Lebensrechte durch unsern großen Führer Adolf Hitler in seiner Reichstagsrede an. Bismarcks Wort: „Wir deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt“ steht heute, da wir keine militärische Rüstung mehr haben, als eine doppelt große und schwere Aufgabe vor uns. Es dürfte keinen Pfarrer geben, der die großen Anliegen unseres Volkes nicht im Angesicht der Gemeinde vor Gott bringt. Nachdem wir unter der politischen und sozialen Spaltung des Volkes so schwer gelitten haben, erfüllt uns die Gemeinschaft, wie sie am 1. Mai als Realität vor uns getreten ist, mit tiefster Freude. Es gibt nichts Schöneres für den Pfarrer, als sie zu stärken. Wir haben heute erkannt, dass der einzelen nicht als Individuum, sondern nur als Glied eines Ganzen seinen wahren Wert

empfängt und seine Bestimmung wirklich erfüllt. Wir müssen dafür sorgen, dass in unserem Volk der Persönlichkeitskult, der 1989 entstanden ist, nicht mit der Persönlichkeitsauffassung verwechselt wird, die 1521 durch Luthers Bekenntnis in Worms geboren wurde. Trotz allem Schweren ist es eine Freude, heute zu leben. Man ist auch in der Kirche vom Stellungskrieg in den Bewegungskrieg übergegangen. Im Blick auf die theologische Auseinandersetzung, die nun innerhalb der Kirche begonnen hat, sprach der Kirchenpräsident die Bitte aus, die verschiedenen Gruppen möchten miteinander in Fühlung treten , um zu einem wirklichen Gespräch zu kommen, bei dem das eigentliche Anliegen der andern Seite verstanden wird, ohne dass politische Ressentiments sich störend einmischen. Kein Mensch hat das Ganze, sondern wir können nur fragmentarisch leben und arbeiten. Hocherfreulich sind die unter Mitwirkung von Professor Fezer, Tübingen, ausgearbeiteten Richtlinien der Glaubensbewegung, die die Dinge wirklich vorwärts gebracht haben. Es ist wichtig, dass das Ganze nicht bloß in eine theologische Aussprache ausläuft, sondern dass die Kräfte mobil gemacht werden, die wir für die große Stunde brauchen. Es handelt sich nicht so sehr um die Umgestaltung der kirchlichen Verfassung, so bedeutsam sie ist, als vielmehr darum, dass die Kräfte des Glaubens und der Liebe neu lebendig werden. Für diese mit größtem Beifall aufgenommenen Worte des Kirchenpräsidenten dankte Stadtpfarrer Ettwein aus tiefsten Herzen.“

Stellungnahme der alten Gruppen der altpreußischen Union (Positiv-kirchliche Vereinigung, Volkskirchliche Evangelische Vereinigung, Freunde der freien Volkskirche) zur kirchlichen Lage:

„Wir danken Gott, dass Er uns den neuen auf christlicher Grundlage gestellten Staat geschenkt hat und wollen mit Hingabe an seinem Aufbau mitarbeiten. Wir werden jeden Versuch entschlossen abwehren, die Staatspolitik in die Kirche hineinzutragen. Die für den 31. Oktober geforderten Urwahlen lehnen wir ab. Wir bejahen die „evangelische Kirche deutscher Nation“ und fordern, dass sie aus ihrem eigenen Wesen auf Gottes Wort und reformatorisches Bekenntnis aufgebaut wird. Wir treten ein für die Erhaltung der synodalen und Gemeinde-Körperschaften, verlangen die geistliche Führung in Kirche und Gemeinde. So wichtig Verfassungsfragen sein mögen, so betonen wir, doch mit allem Nachdruck, dass das Leben der Kirche aus Gottes Wort und Sakrament erwächst. Dienst in der Gemeinde und an der Gemeinde ist die Hauptforderung, die an jede kirchliche Bewegung gestellt werden muss.“ (GB 76)

<u>19. Mai 1933:</u>

Gesetz über Treuhänder der Arbeit (Münch 147)

Die Jungreformatorische Bewegung schlägt Friedrich von Bodelschwingh als Reichsbischof vor (GB, 97)

Fünf öffentliche Massenversammlungen der GDC (EDR-Berlin 79)

<u>20. Mai 1933:</u>

Loccumer Manifest des Drei-Männer-Kollegiums und des Wehrkreispfarrers Müller

(vN 78f):

„Unser heißgeliebtes deutsches Vaterland hat durch Gottes Fügung eine gewaltige Erhebung erlebt. In dieser Wende der Geschichte hören wir als evangelische Christen im Glauben den Ruf Gottes zur Einkehr und Umkehr, den Ruf auch zu einer einigen Deutschen Evangelischen Kirche.

Diese Deutsche Evangelische Kirche, vereinigt in einem feierlichen Bund gleichberechtigter Bekenntnisse, ist berufen, dass im Deutschen Evangelischzen Kirchenbund erst begonnene Werk der Verfassung des deutschen Gesamtprotestantismus zu Ende zu führen.

Das Bekenntnis ist ihre unantstbare Grundlage. Der Dienst an ihm bestimmt und begrenzt die Vollmachten, deren die Kirche für ihre Sendung an diese Welkt, vornehmlich an das Deutsche Volk im Inland und Ausland bedarf.

Die räumliche Zersplitterung des deutschen Protestantismus wird sie beseitigen, aber lebenskräftige Landeskirchen sind ihr willkommene Helfer.

Ein Reichsbischof lutherischen Bekenntnisses steht an ihrer Spitze. Ihm tritt ein geistliches Ministerium zur Seite. Dessen Mitglieder haben in Gemeinschaft mit dem Reichsbischof und, wo es die Wahrung und Pflege eines anderen als des von ihm vertretenen Bekenntnisses erfordert, an seiner Stelle die Kirche zu leiten.

Einer deutschen Nationalsynode liegt ob die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und der Bestellung der Kirchenleitung. Die Synode wird durch Wahl und Berufung eines Kreises von Persönlichkeiten gebildet, die sich im kirchlichen Leben hervorragend bewährt haben.

Beratende Kammern verbürgen den im deutschen evangelischen Volkstum lebendigen Kräften die freie schöpferische Mitarbeit im Dienst der Kirche an Volk und Reich. Unter Zustimmung zu diesen Grundzügen der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche bezeugen die in ihr vereinten Christen von dem Gemeinsamen, das sie auf Grund des Wortes Gottes und der reformatorischen Bekenntnisse verbindet: Unser ganzes Vertrauen setzen wir

auf den allmächtigen Gott, unsern Vater im Himmel. Ihm und seinem Gebot sind wir jeden Aigenblick und überall verantwortlich.“

Erklärung zur Gestalt der Kirche von Professoren, Pastoren, Ältesten und Diakonen im Rheinland, sog. Düsseldorfer Thesen: Barth, Goeters, Hesse, Humburg, Niesel, de Quervain (Schmidt 1, 149f):

„Die Vorsehung Gottes hat uns in eine Stunde geführt, in der wir uns erneut die Frage vorzulegen haben: Was heißt evangelische Kirche?

1. *Die heilige christliche Kirche, deren einiges Haupt Christus ist, ist aus dem Wort Gottes geboren, in demselben bleibt sie und hört nicht die Stimme eines Fremden.*
2. *Das Wort Gottes wird uns gesagt durch die Heilige Schrift Alten und Neuen Testamentes.*
3. *Das uns gesagte Wort Gottes ist unser Herr Jesus Christus.*
4. *Jesus Christus ist der Heiland der Welt und der alleinige Herr der erwählten Kirche, die er aus allen Völkern beruft zum ewigen Leben.*
5. *Die Kirche lebt allein davon, dass sie täglich neu von ihrem Herrn berufen und getragen, getröstet und regiert wird.*
6. *Die Kirche lebt in all ihren Gliedern durch die Ausrichtung des von Jesus Christus eingesetzten und geordneten Dienstes der Prediger, der Lehrer, Ältesten und Diakonen.*
7. *Der Dienst der Prediger besteht vornehmlich in der an Kirche und Welt sich richtenden Verkündigung des Wortes Gottes durch Schriftsauslegung, Taufe und Abendmahl.*
8. *Der Dienst der Lehrer besteht in der Unterweisung der Jugend, in der Heranbildung der künftigen Prediger und in der immer neu zu vollziehenden Erforschung und Prüfung der Reinheit und Gesundheit der kirchlichen Verkündigung, und das alles auf Grund der Heiligen Schrift.*
9. *Der Dienst der Ältesten besteht in einem gemeinsamen besondern Achthaben auf die Ordnung, die Lehre und das Leben der Kirche.*
10. *Der Dienst der Diakonen besteht in der Fürsorge für die Notleidenden, Kranken, Verlassenen, wer sie auch seien.*
11. *Die Vollmacht und die Kraft dieses Dienstes gründet allein in der freien Gnade des Herrn der Kirche.*
12. *„Geistlicher Führer“ der Kirche ist allein Jesus Christus, ihr himmlischer König, welcher auf Erden durch seinen Geist in einem*

jeden lebt, der in Gehorsam gegen Seinen Auftrag in Seinem Dienst in der Kirche steht.

13. *Die Ämter des Predigers, des Lehrers, des Ältesten und des Diakonen dienen gemeinsam dem Aufbau der Kirche. Sie haben bei aller Verschiedenheit des Dienstes und der Gaben ein jedes seine Verheißung und Vollmacht unmittelbar vom Herrn der Kirche.*
14. *Der Herrschsaft des himmlischen Herrn über die einzelnen Gemeinden entsdpricht auf Erden nicht die Herrschaft einer einzelnen Gemeinde über die andern oder die eines den andern übergeordneten Bischofsamtes, sondern der Dienst, den die einzelnen Gemeinden einander gegenseitg schuldig sind und den sie in der Form von Synoden ihren berufenen Dienst einander zu leisten versuchen."*

Errichtung einer evangelischen Beratungsstelle zum Wiedereintritt in die Evangelische Kirche im ehemaligen Freidenkerhaus in Berlin, Leiter: Sozialpfarrer Karl Themel

(Bericht über die Wiedereintrittsbewegung DEB 334)

21. Mai 1933:

Kanzelaufruf der Mecklenburgischen Kirchenleitung (vN 93):

„Der Kanzler des Reiches hat in diesen Tagen zur ganzen Welt gesprochen von der Not Deutschlands, von dem Unrecht des Versailler Vertrages, von dem Lebensrecht und dem Friedenswillen des deutschern Volkes. Die Mecklenburg-Schwerinsche Landeskirche fordert in dieser Stunde des Kampfes um Leben und Freiheit unseres Volkes alle ihre Glieder auf, sich mit ihrer Fürbitte um unsere Reichsregierung zu scharen. Wir wollen Gott den Hern bitten, dass er unserer Obrigkeit zur Seite stehe und uns zu Freiheit und Frieden gnädig führe. Zugleich fordern wir die Glieder unserer Landeskirche auf, alle Beziehungen in das Ausland zu benutzen, um den christlichen Kirchen und Gemeinden zuzurufen: Ihr Glaubensbrüder jenseits der Grenzen, hört den Notruf Deutschlands, hört sein Bekenntnis zu Wahrheit und Recht und Frieden und helft die Fesseln der Lüge und Gewalt zerreißen!"

Predigt am Sonntag Rogate von Lic Schmidt aus Bochum über „Der Christ und die Obrigkeit" (Rosowski 154; Br 89 ff):

„1. Tim 2, Vers 1-4: So ermahne ich nun, das man vor allen Dingn zuerst tue Bitte, Gebet, Fürbitte und Danksagung für alle Menschen, für die Könige und für alle Obrigkeit, auf dass wir ein ruhiges und stilles Leben führen mögen in

aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit. Denn solches ist gut und angenehm vor Gott, unserm Heiland, welcher will, dass allen Menschen geholfen werde und sie zur Erkenntnis der Wahrheit kommen."

„Der Christ und Obrigkeit"
Zu den Aufgaben der Predigt gehört es, die Fragen der Zeit und des geschichtlichen Augenblicks zu den ewigen Wahrheiten der göttlichen Offenbarung in Beziehung zu setzen. Dieser Aufgabe darf sich ein Diener Gottes auch dann nicht entziehen, wenn ihre Erfüllung mit persönlichen Unannehmlichkeiten oder gar mit persönlichen Gefahren an Leib und Seele verbunden ist.

Nichts schadet der Kirche mehr, als wenn ihre Prediger und Verkünder des Wortes es am persönichen Mut des Zeugnisses fehlen lassen. Kanzelwort, evangelisches Wort ist ein freies Wort des an Gottes Willen gebundenen christlichen Gewissens, oder es ist wie dumm gewordenes Salz ohne Gehalt und Kraft, das man nach des Heilands Wort auf die Straße schüttet, auf dass es die Leute zertreten. Nun singt man heute zwar mit Begeisterung Ernst Moritz Arndts Lied von dem Gott, der Eisen wachsen ließ und der keine Knechte wollte, aber zu kaum irgendeiner anderen Zeit galt das so wenig wie heute, was die gleiche Liedstrophe sagt: „Drum gab er ihm den kühnen Mut, den Zorn der freien Rede." Die in vieler Hinsicht zu begrüßende Gleichschaltung an Millionen deutscher Menschen hat doch auch bei Hunderttausenden eine Ausschaltung der Gewissen mit sich gebracht, die wir um der Zukunft unseres Volkes willen tief bedauern müssen. Denn es ist nur schwer zu denken, dass eine Nation einer besseren Zukunft entgegengeht, die Menschen, welche nicht zu den schlechtetsten gehören, erst dann gebrauchen kann, wenn sie ihnen innerlich das Rückgrat gebrochen und sie ihrer Eigenart beraubt hat. Wir bitten zu dem, der die Wahrheit und das Leben ist, dass er uns vor solcher Ausschaltung der Gewissen bewahren möchte, wenn wir in dieser Stunde sprechen und hören, was Gottes Wort uns über unsere Haltung zur Obrigkeit zu sagen hat. Es liegt mir daran, noch einmal ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass unser Textwort die Epistel des heutigen Sonntags Rogate ist, dass also Gedanken über Christ und Obrigkeit heute nach der Überlieferung der Kirche behandelt werden sollen.
Paulus ermahnt den Timotheus zu Bitte, Fürbitte und Danksasgung, zuerst und vor allem für die Könige und alle obrigkeitlichen Gewalten. Warum sind wir der Obrigkeit solches Gebet der Fürbitte und der Danksagung schuldig? Paulus gibt uns im dreizehnten Kapitel des Römerbriefs die Antwort: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat, denn es ist keine Obrigkeit ohne von Gott. Wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet."
Die Einrichtung des Staates ist also eine Ordnung Gottes, eine Schöpfung und Stiftung des Schöpfers. Der Staat ist kein Gesellschaftsvertrag, den Menschen

geschlossen hätten, wie Menschen Aktiengesellschaften und Konsumgenossenschaften oder sonstige Organisationen bilden. Gott wollte die Ordnung des Staates wie auch die Ordnung der Familie. Der Staat eine Ordnung göttlichen Ursprungs, nicht menschlichen Willens. Darin beruht des Staates Würde, Hoheit und Adel.

Allerdings ist der Staat um der Sünde willen den Menschen gegeben. Wäre die Menschheit eine Menschheit ohne Sünde und Schuld, ohne Verbrechen und Laster, dann brauchte sie keine staatliche Ordnung, dann könnte sie in der paradiesischen Ordnung des Reiches Gottes in Frieden und Freude leben. Im Himmel, im Reiche Gottes, gibt es keine staatliche Gewalt, weil dort dem Bösen nicht gewehrt zu werden braucht, weil dort Güte und Reinheit, Liebe und Edelmut, Selbstlosigkeit und Gerechtigkeit die Seelen bestimmen und leiten, bestimmen und leiten durch das Anschauen des ewigen Gottes, durch das Erfülltsein von der Kraft des Heiligen Geistes. Aber auf dieser Erde sind Haß und Gemeinheit, Eigensucht und Ungerechtigkeit herrschende Mächte. Würden diese Mächte der Hölle nicht durch die Gewalt des Staates abgewehrt, es würde gar bald einer über den anderen herfallen. Es würde einer den andern fressen. Die Menschheit wäre in kürzester Zeit in einem Meer von Blut untergegangen.

So muss der Staat mit Schgwert und Gewalt seines Amtes walten. Er ist ohne Schutzmann und Henker, ohne Gefängnis und Zuchthauis nicht zu denken. Es ist Schwarmgeisterei, sich eine Form des Zusammenlebens der Menschen zu erträumen, in der es ohne Gewalt und Macht zugehen könnte. Doch da der Staat dem Bösen und den Bösen zu wehren hat, so hat er das Gute und die Guten zu schützen. Vor allem aber hat er dem Rechte zu dienen. Und wenn der Rechtszustand durch einen revolutionären Übergang erschüttert ist, dann haben die staatlichen Machthaber alles daran zu setzen, möglichst bald wieder neue Rechtsgrundlagen zu schaffen, gegebenenfalls auch durch scharfes Durchgreifen gegenüber denen, die ihnen ihre Macht verschafft haben und ihnen die Macht garantieren. Es ist unserer heutigen Regierung sicher ernst damit, aus Deutschland wieder einen Rechtsstaat zu machen. Kein Mensch wird behaupten können, dass wir es schon sind.

Ich weiß, was wir Christenmenschen der Obrigkeit schuldig sind. Acht Jahre lang habe ich im großen Schlußgebet des Gottesdienstes unseres Reichspräsidenten fürbittend und dankend vor Gott gedacht. Wohl als erster habe ich von jenem Altar aus Gott um Schutz und Leitung und Hilfe gebeten für den jetzigen Kanzler unseres deutschen Volkes. Aber eine Obrigkeit als als eine gottgesetzte Obrigkeit achten, für die Obrigkeit und ihren Dienstag in Kirche und häuslicher Andacht von Herzen beten, das bedeutet nicht, vor elementaren Rechtsverletzungen die Augen zu schließen. Gott verpflichtet seine Gläubigen zu Gehorsam und Achtung vor der obrigkeitlichen Regierung, aber er verpflichtet sie nicht dazu, auch die zu achten, die neben der geordneten Obrigkeit her sich Gewalt anmaßen, das Recht mit Füßen treten und statt die Bürger und ihr Eigentum und Leben zu schützen,

Eigentum und Gesundheit deutscher Menschen bedrohen. Im Gegenteil, hier gilt es für einen Diener der Kirche in entschlossenem Ernst den Staat an seine göttliche Verpflichtung zu mahnen, die dahin geht, die Guten zu schützen. Ich weiß, in welche Gefahr ich mich begebe, wenn ich spreche, wie ich spreche, aber weder die Rücksicht auf meine fünf Kinder, noch die Rücksicht auf die Gefährtin meines Lebens, noch die Rücksicht auf meine greisen Eltern können mich davon abhalten, von dieser Stelle aus feierlich dagegen Verwahrung einzulegen, dass es noch in der letzten Woche möglich war, dass in der Nachbarschaft unserer Stadt ein mir nahestehender evangelischer Familienvater, ein verdienter Frontsoldat, vor den Augen seiner Frau und Kinder und missamt seiner Frau in der Nacht von angeblichen Hütern der neuen Ordnung ohne Grund in seiner Wohnung überfallen und misshandelt worden ist. Über andere Missstände, die mir als Pfarrer anvertraut wurden, habe ich geschwiegen, weil ich bei jenen Fällen noch nicht glaubte, dass reden meines Amtes sei. Jetzt schweige ich nicht mehr! Wenn die berufenen Diener des staatlichen Rechtes nicht reden dürfen, dann müssen wir Diener Gottes als die berufenen Hüter des göttlichen Rechtes sprechen. Den Millionen und Abermillionen, die heute in Freude schwimmen, sind ja Hunderte und Tausende meiner Amtsbrüder zu Dolmetschern ihrer hohen und begeisterten Gefühle geworden. Es wäre für die Zukunft der Kirche verhängnisvoll, wenn ihre Diener heute nur von dem Licht und nicht auch von den Schattenseiten unserer Zeit sprächen. So will ich heute ein Dolmetsch der Gefühle der Verfemten und Geächteten, der Verfolgten und Bedrückten, der Elenden und Geplagten sein. Und ich glaube, dass bei der Erfüllung solcher Aufgabe der nicht ferne ist, der da spricht: „Kommet her zu mir alle, die ihr mühselig und beladen seid. Ich will euch erquicken.“

Gebe Gott, dass unsere Regierung über die Geister des Unrechts und der Gewalttat bald Macht gewinnt. Dann ist sie wahrhaft und wirklich eine Obrigkeit, die Gott wohlgefällt und den Menschen wert ist. Dann wird sie auch der Gemende Jesu Christi ihren gottgewollten Dienst tun, der darin besteht, dass jeder Staatsbürger seines Gewissens und seines Glaubens leben kann oder wie unser Text sagt: Dass wir ein ruhiges und stilles Lebenführen in aller Gottseligkeit und Ehrbarkeit. Denn das ist allerdings die hohe Aufgabe des Staates gegenüber der Gemeinde Jesu Christi, dass er als Hüter der Rechtsordnung auch das religiöse Leben der Kirche schützt. Diese hohe und dankenswerte Aufgabe des Staates wurde mir so recht klar, als ich vor einigen Jahren am ersten Ostertag zur Predigt diese Christuskirche betrat. Es war zu einer Zeit, als Störungen der Gottesdienste durch die Bataillione der Gottlosden zu erwarten waren. Da war die Kirche von verstärkten Polizeipatrouillen bewacht. So erkannte auch der alte Staat seine Verpflichtung an, dafür zu sorgen, dass gottesdienstliches Leben unter seinem Schutz sich entfalten konnte. Eine so im Schutz des Staates lebenden Gemeinde wird, wenn sie alle ihre Glieder durch ein starkes und bewährtes Recht geschützt und beschirmt sieht, nicht nur um des Befehles Gottes willen,

sondern aus freudigem Herzen die Mahnung unseres Textes erfüllen: „Tut Bitte, Gebet, Fürbitte, Danksagung für alle, für den Prsäsidenten und Kanzler, für ihre Statthalter und Minister, kurzum für die gottgesetzte Obrigkeit. Amen.“

Leitsätze der Deutschen Glaubensbewegung vom 21. Mai 1933:

„Die Mitglieder der neuen Glaubensgemeinschaft haben die eidesstattliche Versicherung abzugeben

a) dass sie frei sind von jüdischem und farbigem Bluteinschlag,

b) dass sie keinem Geheimbund, keiner Freimaurerloge noch dem Jesuitenorden angehören,

c) dass sie keiner anderen Glaubensgemeinschaft angehören.

Diejenigen, die sich der Bewegung anschließen, jedoch noch einer anderen Glaubensgemeinschaft (Kirche) angehören, haben die geannten Forderungen zu erfüllen und werden nur als fördernde Mitglieder geführt. Die Bezeichnung „deutschgläubig“ dürfen nur die Vollmitglieder führen. Der Führer der Deutschen Glaubensbewegung wählt sich einen Kreis von Mitarbeitern. Ferner werden ein Thing der Amtsträger sowie ein Allthing gebildet, die die Verbindung zwischen Führern und Ortsgemeinden aufrechterhalten.

Das Zeichen der Deutschen Glaubensbewegung ist das goldene Sonnrad auf blauem Grund.

Als Grundlage für die Richtsätze gilt folgendes:

1. Die deutsche Glaubensbewegung will die religiöse Erneuerung des Volkes aus dem Erbgrund der deutschen Art.

2. Die deutsche Art ist in ihrem göttlichen Urgrund Auftrag aus dem Ewigen, dem wir gehorsam sind.

3. In diesem Auftrag allein sind Wort und Brauchtum gebunden. Ihm gehorchen heißt sein Leben deutsch führen.“

<u>22. Mai 1933:</u>

Bildung des „Reichsstandes der Deutschen Industrie“, Vorsitzender Gustav Krupp von Bohlen und Halbach

Brief von Marahrens an Prof . Sommerlath (Klügel 13f)

23. / 24. Mai 1933:

Führertagung der GDC in Berlin, Nominierung von Müller als Reichsbischof (GB, 80)

Schairer: Ein Volk und sein Glaube (Schäfer 1, 405 ff)

Resolution der Hannoverschen Bekenntnisgemeinschaft im Rusthaus (Klügel 34f)

24. Mai 1933:

Vollarisierung des Deutschen Turnerbundes (Walk 25)

26. Mai 1933:

Im ganzen Reich Albert-Leo-Schlageter- Feiern zur Erinnerung an seine Erschießung vor 10 Jahren

Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens (Friedrichs 1, 63f):

„Um kommunistischen Bestrebungen dienendes Vermögen einer staatsfeinlichen Verwendung für die Dauer zu entziehen, hat die Reichsregierung das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:
§ 1. Die obersten Landesbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können Sachen und Rechte der Kommunistischen Partei Deutschlands und ihrer Hilfs- und Ersatzorganisationen sowie Sachen und Rechte, die zur Förderung kommunistischer Bestrebungen gebraucht oder bestimmt sind, zugunsten des Landes einziehen…“

26. – 28. Mai:

Schlageter-Feiern in der Diakonissenanstalt Kaiserswerth

27. Mai 1933:

Rundfunkrede Hitlers zu den Volkstagswahlen im Freistaat Danzig

In Eisenach Wahl des Friedrich von Bodelschwingh zum Reichsbischof durch die Vertreter der Landeskirchen, Heinrich Rendtorff hatte Müller vorgeschlagen

Wort des Reichsbischofs an die evangelische Christenheit Deutschland (vN 79f),
von 6 lutherischen Landeskirchen nicht verlesen (vN 79f):

„Noch einmal hat Gott unserem Volke die Möglichkeit geschenkt, aus der tiefen Bewegung dieser Zeit zu einer Neuordnung zu kommen, die den Weg in eine starke, reine Zukunft frei machen soll. In solcher Wende der Zeit ist auch die Christenheit zu einer neuen Gestaltung ihres Lebens berufen. Mehr als bisher braucht sie Einheit und Freiheit, damit sie eine Botin der ewigen Wahrheit werden könne für unser ganzes Volk.

Es würde aber nichts nützen, am äußeren Kleid der Kirche zu flicken. Von innen heraus muss sie erneuert werden. Das kann nur geschehen, wenn sie das Wort des Herrn Christus deutlich hört, das einst wie heute heißt: „Weil das Himmelreich euch nahe gekommen ist, darum ändert euren Sinn!“ Sinnesänderung wächst heraus aus der Erkenntnis der eigenen Schuld. Die deutsche Kirche bekennt vor Gott, dass sie viel verschuldet und versäumt hat. Wir Christen haben die Verantwortung, die Gott uns mit dem Evangelium gegeben hat, nicht ernst genug erfasst. Wir hätten viel wahrhaftiger, demütiger, beweglicher sein müssen. Wir hätten tapferer den Mächten widerstehen sollen, die den Menschen zum Knecht des Geldes machen und die Selbstsucht an die Stelle des Dienstes setzen.

Mit ihrer Not und Schuld kommt die Kirche in das Licht Dessen, der uns allein vereinigen und lebendig machen kann. Wir setzen unser Vertrauen ganz auf den Gott, der uns durch das Sterben und Auferstehen unseres Herrn Jesus Christus vom Tode erlöst hat, so dass wir ihm von Herzen gehorsam werden dürfen.

Dieser Gehorsam stellt uns in die Arbeit. Die Arbeit der Kirche ist zuerst Verkündigung. Wir erbitten uns für sie eine Sprache, die verstanden wird. Wir wünschen uns für sie Menschen, studierte und unstudierte, die auch auf neuen Wegen das Wort Gottes zu allen Volksgenossen bringen.

Wenn dieses Wort gehört wird, dann können Menschen zueinander kommen, die bisher durch Haß und Zwietracht getrennt waren. Denn dies Wort gibt die innere Heimat wieder und aus dem Wort entsteht die Tat helfender, brüderlicher Liebe.

So wird die Kirche als Dienerin Christi die freie Gehilfin des Staates in ihrem Dienst am Volk. Wir danken Gott, dass er uns eine Regierung gegeben hat, die mit der Ehrfurcht vor der Geschichte den Willen vertieft, an einer besseren Zukunft mit starker Hand zu arbeiten, die uns wieder zur Zucht, Treue und Redlichkeit unserewr Väter zurückführen möchte, die der Arbeit ihre Ehre

gibt. Wir Christen wollen in froher Freiwilligkeit Herzen und Hände für diesen Dienst am Volke zur Verfügung stellen. Wir wollen kein Opfer scheuen, das die Arbeitslosigkeit überwinden und den Kindern unseres Geschlechtes auf deutschem Boden eine heimatliche Stätte schaffen hilft.

Um die Kräfte der evangelischen Kirche für Verkündigung und Dienst freier zu machen, soll sie fester zusammengeschlossen werden. Als ein Zeichen dieses Willens zum Zusammenschluss hat man ein Reichsbischofsamt geschaffen. Ich habe dieses Bischofsamt für mich nicht begehrt, sondern ich gehe den Weg des Gehorsams. Wenn die verantwortlichen Männer der Kirche mich beauftragt haben, der ich aus einer Arbeit an Armen und Kranken komme, so zeigt das den Weg, den ich auch weiter zu gehen habe. Es ist der Weg der Diakonie. Ginge es nach mir, so würde ich lieber Reichsdiakon als Reichsbischof genannt werden. Aber es liegt nicht am Namen. Seinen Namen soll das Amt bekommen durch einen Willen, der nicht herrschen, sondern dienen möchte in der demütigen Nachfolge dessen, der „nicht gekommen ist, dass er sich dienen lässt, sondern dass er diene und gebe sein Leben zur Erlösung für viele."

Allen, denen es um diesen Dienst der Kirche geht, strecke ich in dieser Stunde mit brüderlichem Vertrauen die Hand entgegen und bitte sie, mich und mein Amt mit ihrer Fürbitte und ihrem Gebet zu tragen."

(Bodelschwingh Reichsbischof vom 27. Mai bis 24. Juni 1933)

Rundfunkerklärung von Müller gegen die Wahl Bodelschwinghs (GB 1934, 80):

„Die Kirchenregierungen haben den Ruf der Stunde nicht gehört. Sie haben nicht die Stimme Gottes vernommen, die durch die Bewegung in unserem Volke uns ruft zu wagender Tat, zur Erneuerung unseres Volkstums aus den Tiefen des Evangeliums. In uns „Deutschen Christen" hat der Glaube an das reine, lautere Evangelium von Jesus Christus eine neue heiße Liebe zu unserem Volk und unserer Kirche geweckt, und deshalb sagen wir Nein zu dieser Lösung und Nein erst recht zu dem Wege, auf dem sie gefunden worden ist. Nur von dem Vertrauen des Kirchenvolkes, das sich in eigener Entscheidung zu ihm bekennt, kann der evangelische Reichsbischof auf seinen Platz erhoben werden. Aus dem gewaltigen Recht der geschichtlichen Stunde heraus weigern wir uns, die Entscheidung mit den Kirchenregierungen anzunehmen."

Protest von Hossenfelder im Brief an Kapler gegen die Wahl (ebd. 81):

„Eine Mehrheit der 28 innerdeutschen Kirchenregierungen hat den Pastor D. von Bodelschwingh zum Reichsbischof einer kommenden DEK benannt. Wenn sich jetzt zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Protestantismus das Amt eines Reichsbischofs verwirklicht, so nimmt die GDC für sich in Anspruch, geschichtlich der Faktor gewesen zu sein, der allein den

Willen zum Reichsbischof aus dem Reich des Wunsches in das der Erfüllung gehoben hat. Es braucht kein Wort darüber zu verloren zu werden, dass ihr das nur durch ihre Vermählung mit der nationalsozialistischen Revolution von Gott geschenkt worden ist. Es wäre daher im Gehorsam gegen die geschichtliche Gottesstunde recht und billig gewesen, wenn die erstmalige Benennung des Reichsbischofs nicht im Gegensatz zur GDC, sondern mit ihr erfolgt wäre. – In dieser entscheidenden Stunde fragen wir die Kirchenregierungen, mit welchem inneren Recht dieselben die Benenung des Reichsbischofs gegen den Willen der GDC unternommen haben. Der Wille des Kirchenvolkes ist nicht bei den bisherigen Kirchenvertretungen, sondern bei uns. Wir fordern daher, dass man sich nicht begnügt mit der Zustimmung der Gemeinden in ihren bisherigen Vertretungen. Das neue Reichsbischofsamt muss von dem Vertrauen und der Liebe des Kirchenvolkes getragen werden. Wir halten an unserer am 23. Mai ausgesprochenen und Ihnen vorgetragenen Benennung des Wehrmachtskreispfarrers Müller zum Reichsbischof fest.“

Keine Anerkennung für den Reichsbischof Bodelschwingh bei der NSDAP und bei den Ministerien (Nic I, 55 ff)

Denkschrift von Pastor Lic. Leo, Osnabrück „Kirche und Judentum“ (Klügel 189 f):

„…Nein, für die Kirche kann es eine Judenfrage nur geben, indem sie fragt, ob Juden ungetauft oder getauft sind. Die ungetauften sind Gegenstand ihrer missionarischen Liebe, die getauften vollgültige Glieder ihrer Gemeinschaft. In ihrer gegenwärtigen schwierigen Lage bedürfen sie der Liebe und des Verständnisses ihrer deutschen Mitchristen in ganz besonderem Maße. Der Kampf, den das Volk nicht vermeiden kann, muss in der Gemeinde stille werden, denn die Kirche ist der e i n e Ort der Welt, wo man es wagen darf, einander zu sagen: Friede sei mit dir!“

28. Mai 1933:

Rede von Walter Darré über den berufsständischen Aufbau des deutschen Landstandes (Friedrichs 243f)

Absolute Mehrheit der NSDAP bei Wahlen in Danzig

Rede von Otto Dibelius in Potsdam: Abschied von Weimar. Nach den 15 Jahren der Ersten Deutschen Republik, in: Reden, Briefe 1933-1967, hg. Jürgen Wilhelm Winterhager, Stuttgart 1970, S. 17 ff:

„Es ist heute, da wir uns zum ersten Mal nach dem gewaltigen politischen Umschwung versammeln, an der Zeit, dem vergangenen fünfzehnjährigen Abschnitt unserer Geschichte vom Standpunkt der evangelischen Kirche aus ein Abschiedswort zu sagen. Als im Herbst 1918 die Revolution losbrach und das Reich zerschlug, hatte die evangelische Christenheit Deutschlands die massgebenden Männer von Versailles ebenso wie die neuen Machthaber unserer Republik gegen sich. Zu diesen neuen Machthabern standen etwa 75 % der getauften Gemeindeglieder. Seit über tausend Jahren war das Gefüge der Volkskirche zum ersten Mal ernstlich in Frage gestellt. Getragen von einer kleinen Minderheit im Volk, musste die evangelische Kirche darangehen, ihre eigenen Verhältnisse neu zu ordnen, nachdem die Kirchengewalt des Königs dahingefallen war.

Gleichzeitig mit der praktischen Arbeit musste die Besinnung auf das einhergehen, was es eigentlich um eine evangelische Kirche ist. Diese grundsätzliche Selbstbesinnung war zur unbedingten Notwendigkeit geworden. Eine Kirche, die in den Kampf hineingestoßen ist, muss sich darüber klar sein, was für sie wesentlich und was unwesentlich ist, wo die Arbeit der Kirche ihre Grenze findet und wie sie sich dem Staat gegenüber zu verhalten hat. Diese Selbstbesinnung hat bis auf den heutigen Tag nicht zu einer völligen Einmütigkeit geführt. Aber bestimmte Grundsätze sind herausgearbeitet worden. Diese Grundsätze galt es, in den verflossenen anderthalb Jahrzehnten in dem Staat anzuwenden, in dessen Mitte die Kirche gestellt war. Es war der Staat der Weimarer Verfassung. Es war der Staat, der die Religion zur Privatsache des einzelnen erklärte und der im Grunde keine Kirche kannte – wie denn auch der Name „Kirche“ in der Weimarer Verfassung vermieden worden ist; die Verfassung redet von „Religionsgesellschaften“. Der Staat von Weimar kannte im Grunde nur vereinsmäßige Organisationen zur Pflege der religiösen Bedürfnisse. Dieser Staat war aufgebaut auf dem parlamentarischen System. Eine Kirche, die sich nicht um Machtkampf um diesseitige Fragen verzehren wollte, musste es als ihren Grundsaatz proklamieren, dass sie mit dem politischen Parteiwesen nichts zu tun habe. Wollte sie das nicht erklären, dann musste sie sich mit einer Partei oder vielleicht mit mehreren Parteien in einem Bund zusammenfinden, oder sie musste eine eigene Partei gründen, ähnlich dem (katholischen) Zentrum. Diesen Weg hat die evangelische Kirche abgelehnt, weil er sie schließlich doch in Entscheidungen gedrängt hätte, die nach den diesseitigen Kriterien wechselnder Machtgruppen getroffen wurden.

Wie oft haben Glieder unserer Kirche eine parteipolitische Parole gefordert! Die Kirche hat sie nicht gegeben; sie konnte sie nicht geben. Die in der Parteipolitik unvermeidlichen Leidenschaften hätten sie sonst verschlungen.

Ihrem wesentlichen Auftrge zugewordnet und in dieser Welt ganz allein auf sich gestellt, musste die Kirche versuchen, die unveräußerlichen Anliegen des christlichen Ethos in Volk und Staat zur geltung zu bringen; sie musste

versuchen, für den Staat die Stimme des Gewissens zu sein und mit dieser Stimme dasjenige, was im Staatsleben mit den Grundsätzen des Christentums unvereinbar war, nachdrücklich zu bekämpfen. Dabei kam sie über ein korrektes, aber kühles Verhältnis zum Weimarer Staat niemals hinaus; sie hat in Wort und schrift und Tat gegen Korruption, gegen Materialismus, gegen die Beschmutzung des eigenen Volkes und gegen die Veräusserlichung des ganzen Lebens gekämpft. – Dieser Dienst der Kirche mag sehr unzulänglich gewesen sein. Wir reden von dem, was die Kirche tut, zwar im Ton der Dankbarkeit, aber immer zugleich im Ton der Buße. Nun aber ist ein gewaltiger Umschwung gekommen. Der 21. März 1933 hier in Potsdam war der Auftakt. Ein Neues ist geworden. – Zwar ist der Besuch unserer Gottesdienste bisher nicht spürbar besser geworden. Neben einzelnen Berichten, die von einer Belebung der Gottesdienste sprechen, stehen viele andere, die darüber Klage führen, dass der Kirchenbesuch der jüngeren Männerwelt durch die regelmäßigen Sonntagsübungen der vaterländischen Verbände fast unmöglich gemacht werde. Man wird von einem religiösen Aufschwung des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit noch kaum sprechen können.

So sehr sich das Verhältnis der Kirche zum Staat aus der kühlen Temparatur von ehemals zur Wärme eines positiven Verhältnisses entwickeln kann – der Unterschied zwischen dem, was Kirche und was Staat ist, darf doch nicht verwischt werden. Der Ertrg unseres fünfzehnjährigen Ringens um einen klaren Begriff von der Kirche kann nicht einfach über Bord geworfen werden.

Es ist gewiß ein reizvoller Gedanke, dass die Kirche soganz im Leben des Volkes aufgehen müsse, dass sie nichts anderes mehr ist als ein Ausdruck für das Seelenleben der Nation. Aber in dieser Form ist der Gedanke ein Nachklang aus der Romantik und aus dem Schwärmertum. Das deutsche Volk hat nun einmal nicht die innere Einheit, die ein solches Aufgehen der Kirche im Staat zur Voraussetzung haben müsste. Wir haben auch im neuen Deutschland genug erbitterte Feindschaft gegen den christlichen Glauben. Wir haben mannigfasltige Versuche, eine neue deutsche Religion zu schaffen, die zu dem Evangelium von Jesus Christus in schroffem Widerspruch steht. Wir haben den Geist der reinen Diesseitigkeit überall in unserer Mitte. Solange das so ist, muss die Kirche ihren Weg gehen als eine Größe, die etwas Besonderes, in unserem deutschen Staatsleben durchaus nicht einfach Selbstverständliches zu verkündigen hat…“

<u>28. / 29. Mai 1933:</u>

Emanuel Hirsch: „Nationalsozialismus und Kirche. Um die Berufung des evangelischen Reichsbischofs“ (vN 169f):

„Es ist nicht gleichgültig für den Neubau unseres Volkes und Staates, was aus der evangelischen Kirche wird. Die überholten politischen Parteien haben es

sich leisten können, die Kirche als ihr bloßes Objekt zu behandeln. Der Nationalsozialismus weiß, dass aller Neubau eine innere Verwandlung des deutschen Menschen voraussetzt. Er hat insofern mit der Kirche, die an den Herzen und Gewissen der Menschen arbeitet, ein gemeinsames Arbeitsfeld. Er hat dabei der Kirche etwas zu bieten. Eine Bewegung, welche Kameradschaft, Opferbereitschaft und Brüderlichkeit allen Volksgenossen anerziehen will, eine Bewegung, welche weiß, das nur aus der Verantwortung eines letzten Glaubens recht gehandelt werden kann, hat ein inneres positives Verhältnis zu den ethischen und religiösen Grundvoraussetzungen des christlichen Glöaubens.

Kein einziges Volk der Welt hat so wie das unsere einen führenden Staatsmann, dem es so ernst um das Christliche ist; als Adolf Hitler am 1. Mai seine große Rede mit einem Gebet schloß, hat die ganze Welt die wunderbare Aufrichtigkeit darin gespürt. Die Kirche hat dem Nationalsozialismus also viel zu danken. Eben darum hat er aber auch von der Kirche etwas zu fordern. Sie soll um Gottes willen nicht Politik treiben und soll um Gottes willen nicht anfangen sich die befehlende Art des Staates anzueignen. Aber die Arbeitsgemeinschaft mit dem werdenden nationalsozialistischen Staate muss sie freudig bejahen …Eine gegen den Geist der Bewegung verklemmte Kirche ist tot.

… treten wir Deutschen Christen für den Wehrkreispfarrer Müller als Reichsbischof ein. Er steht seit langem durch all die Kampfesjahre hindurch in der nationalsozialistischen Bewegung. Seit etwa sechs Jahren kennt er den Führer persönlich. Wer Wehrkreispfarrer Müller kennengelernt hat, weiß, dass er mit einer Gelassenheit und seiner unbeirrbaren Kraft, mit seiner menschengewinnenden Güte eine Persönlichkeit von Führerrang ist. Das jung gewordene deutsche Volk würde aufhorchen, wenn dieser Mann von der Kirche an die Spitze gestellt würde. Es würde seine Kirche, womit es jetzt noch hapert, auf einmal lieben und verstehen. Außer mir hat sich eine Reihe von Theologen um ihn gestellt, die mit ihren durch ernste Arbeit errungenen Namen dafür bürgen, dass die Hoheit des Evangeliums und der Ernst des kirchlichen Bekenntnisses bei ihm gewahrt ist. Es ist sein Anliegen, dass die Kirche den ihr eigentümlichen Auftrag Gottes unverkürzt und unverfälscht in das deutsche Volk hineintrage. Mancher alte Missbrauch wird freilich verschwinden. Ein neuer, frischer Geist der Opferfreudigkeit und des Wagnisses im Dienst an den Fernstehenden wird das Ganze ergreifen. Die Pfarrerschaft wird in Volksverbundenheit und Führungsbereitschaft hineingestellt werden…

Das Kirchenvolk wird hiermit aufgerufen, sich in den ihm eigentümlichen, kirchlichen Bünden, Vereinen und Körperschaften zu Wehrkreispfarrer Müller als kommenden evangelischen Reichsbischof zu bekennen. Es wird aufgerufen um des Volkes, um der Kirche, um des Evangeliums, um Gottes willen.“

Zwei Briefe von Hossenfelder an Kapler (GB 81)

Aktion von Protesttelegrammen der GDC an Kapler, Müller, Reichspräsident und Reichskanzler (JK 7):

„Wir protestieren gegen die Benennung des Pastors Bodeslschwingh zum Reichsbischof, weil dieser

1. *nicht der persönliche Vertrauensmann des Kanzlers ist;*
2. *weil er nicht aus den Reihen der Deutschen Christen stammt;*
3. *weil das evangelische Kirchenvolk bei seiner Benennung völlig übergangen worden ist.*

Wir fordern von den Kirchenregierungen die Wahl des Wehrkreispfarrers Müller zum Reichsbischof.“

Schriften von Friedrich Peter:

- Wenn die Würfel fallen, Berlin 1933

- Wie stellt sich ein evangelischer Mensch zur Ordnung und Gewalt des Staates?,

Berlin 1933

29. Mai 1933:

Hitler trifft mit Großindustriellen und Großbankiers zusammen

Amtsantritt von Bodelschwingh als Reichsbischof (GB 82)

Gespräch zwischen Bodelschwingh und Müller (GB 80)

Mecklenburger Thesen zum Loccumer Manifest (Schmidt 1, 157f)

Matthias Ittameier: „Die Judenkatastrophe in Deutschland“ (vN 326 ff)

Thesen des Bundes nationalsozialistischer Pfarrer (Schmidt 1, 158):

„1. Unser Volk, soweit es vom Marxismus herkommt und in der nationalsozialistischen Bewegung steht, erkennt die alten kirchlichen Formen nicht an.

2. Darum geht es nicht an, diese alten kirchlichen, gottesdienstlichen und organisatorischen Formen, die zeitgebunden sind, beizubehalten. Wir fordern vielmehr ihre Beseitigung.

3. Die Parteigenossen erkennen auch einen erheblichen Teil der alten Pastorenschaft nicht an, weil der alte Gegensatz und die alte Bekämpfung der Bewegung nicht vergessen sind.

4. Darum kann man ihnen auch nicht sagen: Ihr geht jetzt ohne weiteres wieder in die Kirche, wie sie bisher weithin war.

5. Zur Herstellung des Vertrauens fordern wir Seelsorge am neuen Deutschland durch das neue Deutschland. Dies neue Deutschland sind wir.

6. Wir sagen das nicht aus Machtgier, oder weil wir uns des Versagens der alten Formen freuen, sondern wir fordern es aus der schmerzlichen Erkenntnis der tatsächlichen Lage heraus.

7. Wir fordern es, weil wir uns als Glieder der Kirche von Gott gerufen wissen zu dem besonderen Dienst an unseren Parteigenossen, und weil ihnen niemand weiter diesen Dienst tun kann.

8. Es ist tatsächlich unmöglich, mit einer Kampffront von außen an die Menschen in unserem Lager heranzukommen. Es ist aber möglich durch uns, die wir uns auch in kirchlicher Hinsicht bedingungslos zur Bewegung bekennen, weil wir in Adolf Hitler den Beauftragten Gottes für unser Volk und unsere Zeit sehen. Wir allein können das Vertrauen unserer Parteigenossen gewinnen.

9. Sollte versucht werden, uns irgendwie an unserer Arbeit zu hindern, so stellen wir uns auf den Boden des Wortes: Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen.

10. Man glaube nicht, die Bewegung mit theologischen Bedenken oder gar Spitzfindigkeiten dämpfen zu können. Wenn wir nicht kämpfen als Männer der Kirche, dann kämpfen andere im Gegensatz zur Kirche, und das Ende wird nicht zum Segen der Kirche werden.

11. Unsere Stellung zum Landesbischof ist durch unsere Erklärung im „Niederdeutschen Beobachter" festgelegt und wird aufrechterhalten, da er die Zeichen der Zeit erkannt und sich voll und ganz auf den Boden der Bewegung gestellt hat."

Erklärung rheinischer Theologen zur Frage der Gestalt der evangelischen Kirche:

„Die heilige christliche Kirche, deren einiges Haupt Christus ist, ist aus dem Wort Gottes geboren; in demselben bleibt sie und hört nicht die Stimme eines Fremden. Die Kirche lebt allein davon, dass sie täglich neu von ihrem Herrn gerufen und getragen, getröstet und regiert wird. – Die Kirche lebt mit allen ihren Gliedern durch die Ausrichtung des von Jesus Christus eingesetzten und geordneten Dienstes der Prediger, Lehrer, Ältesten und Diakonen. – „Geistlicher Führer" der Kirche ist allein Jesus Christus, ihr himmlischer

König, der auf Erden durch seinen Geist in einem jeden lebt, der in Gehorsam gegen seinen Auftrag in seinem Dienst in der Kirche steht.- Der Herrschaft des himmlischen Herrn über die einzelnen Gemeinden entspricht auf Erden nicht die Herrschaft einer einzelnen Gemeinde über die anderen oder die eines den anderen Ämtern übergeordneten Bischofsamtes, sondern der Dienst, den die einzelnen Gemeinden untereinander gegenseitig schuld sind und den sie in der Form von Synoden ihrer berufenen Diener einander zu leisten versuchen." (GB 81)

30. Mai 1933:

Gespräch Müllers mit Hitler, der Unterstützung der GDC zusagt

Ende Mai 1933:

Denkschrift des Protestantenvereins zur „Judenfrage" in der Kirche (vN 356f):

„…Eins müsste auf alle Fälle verhindert werden: dass die Kirche auf Arier beschränkt und neben der „Kirche der deutschen Nation" eine judenchristliche Kirche begründet würde. Das widerstreitet den klaren Worten des Neuen Testamentes…"

Drei Entschließungen des hannoverschen Pfarrervereins:

- ***an den Kultusminister Rust:***
  „…Wir erklären uns eimütig und freudig bereit, an der nationalen und sittlich-religiösen Erneuerung unseres Volkes mit allen Kräften der evangelischen Verkündigung mitzuarbeiten."

- ***an den Herrn Landesbischof Marahrens:***
  „Der Hannoversche Pfarrverein begrüßt freudig und dankbar die in Angriff genommene Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse im evangelischen Deutschland unter Ew. Hochwürden entscheidender Mitarbeit. Er erklärt sich einmütig zu tatkräftiger Unterstützung bereit, insbesondere bei der notwendigen Neuordnung der Hannoverschen Landeskirche schnell und durchgreifend im Sinne der Nationalen Erhebung mitzuwirken."

- ***an die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Gau Südhannover- Braunschweig, Gau Hannover Ost, Gau Weser-Ems (Klügel 18):***

„Wir begrüßen einmütig die gewaltige Zusammenfassung und Einsetzung aller Aufbaukräfte der deutschen Nation in der Nationalsozialistischen

Freiheitsbewegung. Auch die evangelische Kirche fühlt sich zu entscheidender Mitarbeit aufgerufen nach dem Wort des Führers, der die christlichen Kirchen als die wichtigsten Faktoren zur Erhaltung des Volkstums bezeichnet hat. Die evangelisch-lutherischen Pfarrer der Hannoverschen Landeskirche sind bereit, mit allen Kräften diesem Aufruf Folge zu leisten. Damit wir es vermögen, bitten wir die Führer der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung, ihre Anhänger anzuhalten, dass sie am inneren Leben der Kirche tätigen Anteil nehmen."

Walter Künneth / Helmut Schreiner (Hg.): Die Nation vor Gott. Zur Botschaft der Kirche im Dritten Reich, Berlin 1933:

- *Vorwort von Walter Künneth und Helmuth Schreiner (V-VII;*
- *vN 248 ff)*
- *Walter Jeep: Wersen und Aufgabe der evangelischen Kirche (X-XVI)*
- *Künneth: Die biblische Offenbarung und die Ordnungen Gottes (1-23; vN. 250 ff)*
- *Otto von Verschuer: Die Rasse als biologische Größe (24-37)*
- *Schreiner: Die Rasse als Weltanschauungsprinzip (38-53; vN. 252 ff)*
- *Schreiner: Möglichkeiten und Grenzen der Eugenik(54-73)*
- *Friedrich Baumgärtel: Das Alte Testament (74-89)*
- *Künneth: Das Judenproblem und die Kirche (90-105; vN 341 ff):*

„… Dem nationalen Staat ist grundsätzlich nicht bloß das Recht, die Judenfrage zu

einem Problem staatspolitischer Neuordnung zu machen, zuzugestehen, sondern diese
Selbstbesinnung auf die Eigenart des deutschen Volkes ist von der Kirche aus
entsprechend ihrem Ja zu den Ordnungen Gottes, als die Rasse und Volkstum begriffen
werden müssen, zu begrüßen…

Dieser zunächst verständlichen Behandlung der Judenfrage durch den Staat gegenüber
trägt die Stellung der Kirche zur Judenfrage ein wesentlich anderes Gepräge. Wesen
und Exisatenz der Kirche ist durch ihren Auftrag zur universalen
Evangeliumsverkündigung bestimmt, und darum kann das Verhältnis der Kirche zum
Judenproblem nicht durch politische Gesichtspunkte, sondern durch das Anliegen der
Communio sanctorum, der christlichen Gemeinde, orientiert sein. Es ist ein

selbstverständlicher Grundsatz, mit dem der Sinn der christlichen Botschaft steht und
fällt, dass für die Zugehörigkeit zur christlichen Gemeinde nicht irgendwelche rassische
Abstammung, sondern der Glaube an Christus als den Herrn maßgebend ist…..
In Bezug auf die Judenfrage wird darum die Kirche sich prinziell zweifellos das Recht
wahren müssen, auch Judenchristen zu Ämtern zuzulassen, soweit sie die sachliche
Voraussetzung im Sinne der Kirche erfüllen…

Das zu sich selbst gekommene Volk aber muss frei sein von Rache und
Unterdrückungswahn. Es wird vielmehr in dem Bewusstsein der neugewonnen Macht
und Stärke bereit sein, auch Minderheiten innerhalb der Landesgrenzen zu halten….
Die Kirche hat sich darum in ihrer vollen Autorität um des inneren und äußeren
Ansehens des Staates willen dafür einzusetzewn, dass die Ausschaltung des jüdischen
Einflusses im Volksleben sich in einer Weise vollzieht, die dem christlichen Ethos, zu
dem der Staat wiederholt ein freudiges Ja gesprochen hat, nicht widerspricht … Die
einzelnen Gemeinden wie die evangelische Gesamtkirche Deutschlands werden
darum den Mut haben müssen, gegen jede Art von gewaltsamer Schädigung oder
Unterdrückung der Juden in Deutschland…schärfsten Einspruch zu erheben, will sie
nicht selbst mitschuldig werden an Geschehnissen, die im Widerspruch stehen zu ihrer
Verkündigung und der Llebenshaltung eines christlichen Volkes….“

- *Heinz-Dietrich Wendland: Volk und Volkstum (106-137; vN 255 ff)*
- *Schreiner: Drei Grundprobleme nationalpolitischer Erziehung (138-173)*
- *Wendland: Staat und Reich (174-193)*
- *Künneth: Krieg, Völkerfriede und Evangelium (194-214)*
- *Johannes von Walter: Die äußere Geschichte der Christianisierung der Germanen (215-231)*
- *Ders.: Die Überwindung der germanischen Religion durch die christliche Frömmigkeit (232-258)*

- *Ders.: Überblick über die geschichtlichen Beziehungen zwischen Christentum und Germanentum (259-289)*
- *Heinz Pflugk: Deutsches Volkstum in der evangelischen Kirche der Gegenwart (290-319)*
- *Gerhard Gloege: Die Deutschkirche (321-343)*
- *Karl Witte: Der Tannenbergbund (344-392)*
- *Gloege: Die Weltanschauung Herman Wirths (393-421)*
- *Klaus Schiller: Politische Religiosität (422-440)*

Juni 1933:

Rudolf Bultmann: „Die Aufgabe der Theologie in der gegenwärtigen Situation“ (Theologische Blätter Nr. 6)

1. Juni 1933:

Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit (Friedrichs 1, 216 ff)

Rede von Dr. Frank bei der Gründungskundgebung der „Deutschen Rechtsfront“

(Friedrichs 1, 389 ff)

Rede von Reichswehrminister Blomberg in Bad Wildungen (Jacobsen/Jochmann)

Ernst Röhm: SA und deutsche Revolution (ebd.)

NS-Pfarrerbund gegen Bodelschwingh (Schäfer 2, 152f):

„…Was die Reichsbischofswahl betrifft, so war ja das Wichtigste aus den Zeitungen zu ersehen. Unsere Kirchen haben wieder einmal gezeigt, dass sie die Zeichen der Zeit nicht erkannt haben, sonst hätten sie es nicht fertiggebracht, den Vertrauten Adolf Hitlers, den Wehrkreispfarrer Müller, zu übergehen. Pfarrer Bodelschwingh ist gegen den Willen der Glaubensbewegung zum Reichsbischof `gewählt` worden, d. h. er ist von einem evangelischen Konklave gekürt worden, das nicht das evangelische Kirchenvolk darstellt. Die Glaubensbewegung nimmt den Kampf auf und wird mit der Parole „Christenvolk erwache“ sich an das deutsche Kirchenvolk wenden…“

Bildung von kirchenpolitischen Ausschüssen bei den Rundfunksendern unter Leitung von Alfred Bierschwale, Kulturreferent der GDC (GB, 80)

Werbemaßnahmen für den ganzen Bereich der GDC. Brief von Pfarrer Kessel, Spandau: (ebd. 83):

„1. Es ist mit allen Dienststellen der politischen Bewegung so schnell als möglich eine Vereinbarung dahingehend zu treffen, dass der Organisationsapparat der politischen Bewegung unseren Kampf fördert und unterstützt.

2. Es ist durchzusetzen, dass alle SA-, SS-, NSBO und sonstige Formationen der nationalsozialistischen Bewegung, soweit ihre ev. Mitglieder in Betracht kommen, sofort Protesttelegramme absenden. Je eher die Absendung erfolgt, desto besser ist die Wirkung. Die Gegenseite darf keine Zeit behalten, die Volksabstimmung zu ihren Gunsten zu bearbeiten. Die Protesttelegramme sind zu adressieren a. an den Präsidenten des Kirchenausschusses Kapler, b. an den Wehrkreispfarrer Müller (Reichsinnenministerium, Berlin NW 40) c) an den Reichspräsidenten, d) an den Reichskanzler … Der Inhalt des Telegramms muss etwa folgendermaßen lauten: „Wir protestieren gegen die Benennung des Pastors von Bodelschwingh zum Reichsbischof, weil dieser 1. nicht der persönliche Vertrauensmann des Kanzlers ist; 2. weil er nicht aus den Reihen der DC stammt; weil das evangelische Kirchenvolk bei seiner Benennung völlig übergangen worden ist. Wir fordern von den Kirchenregierungen die Wahl des WKrPfr Müller zum Reichsbischof.

3. Überall ist eine Versammlungswelle stärkster Art bis ins kleinste Kirchspiel hinein zu organisieren. Von allen Pfarrern der Bewegung wird erwartet, dass sie sich als Redner restlos zur Verfügung stellen. Es können auf diesem Gebiet nicht alle Einzelmaßnahmen von der Zentrale her veranstaltet werden, jeder handelt im Rahmen der allgemeinen Richtlinien vollkommen selbständig nach dem Grundsatz, besser unrichtig handeln als überhaupt nicht handeln. Grundsatz bei allem Kampf muss sein: offener, ehrlicher und anständiger Kampf. Gehässigkeiten haben zu unterbleiben.

4. Jede lokale und regionale Presse ist weitgehend und laufend mit Nachrichten zu versehen. Jeden Tag muss durch eine kurze Notiz die Erinnerung an den Kampf der DC lebendig erhalten bleiben.

5. Jedes Mit5glied der Glaubensbewegung muss sich jetzt als Apostel fühlen, der unseren Kampf voranzutragen hat. Von den Pfarrern muss erwartet werden, dass sie in enger Zusammenarbeit mit dem Kreisleiter in ihrem Bezirk Schulungsabende einrichten, in denen Laienredner für unsere Bewegung planmäßig geschult werden. Unter den sich Meldenden ist ein besonderes Augenmerk auf die zu richten, die in einer binnen kurzer Frist einzuleitenden volksmissionarischen Arbeit nutzbringend verwendet werden können.

6. Gemeindekirchenräte, kirchliche Körperschaften und Synoden, in denen die DC maßgeblichen Einfluss besitzen, desgleichen kirchliche Vereine aller Art, senden ebenfalls sofort Entschließungen gegen die Benennung des Pastors von Bodelschwingh und für die des WKr.Pfr Müller an die oben genannten Adressen. Hierbei sind auch die nicht zu unserer

Glaubensbewegung gehörenden Kreise eindringlich darauf hinzuweisen, wie sie unter dem bisherigen System als einziges reales Recht eigentlich nur das Recht der Kirchensteuerzahlung besitzen, in allen entscheidenden Fragen aber so gut wie ausgeschaltet sind.
7. Weil die Gefahr besteht, dass kirchlich-amtliche Stellen mit der gleichen Geschwindigkeit, wie sie den RB benannten, auch versuchen könnten, durch eine binnen kürzester Frist vorzunehmende Willensäußerung des Kirchenvolkes den benannten RB zu untermauern, darf die Inangriffnahme der Gegenaktion nicht um einen Tag verschoben werden. Schon vor Pfingsten müssen die Protesterklärungen in Berlin größtenteils eingegangen sein. Für die Versammlungs – und sonstige propagandistische Tätigkeiten verbleiben insgesamt aus Gründen, die hier nicht näher erörtert werden können, nur drei Wochen Zeit.
8. Angesichts der Größe und Wichtigkeit der Aufgabe erwarte ich von allen kirchlichen Gauführern mit aller Bestimmtheit binnen 14 Tagen, also bis Mitte Juni, eine kurzgefaßte Meldung über a) Zahl der im Gau veranstalteten Versammlungen; b. Art der Pressearbeit; c. Anzahl der abgesandten Proteste; d. gemachte Erfahrungen.“

<u>2. Juni 1933:</u>

Runderlass des Bayrischen Kultusministers Hans Schemm betr. sportliche Veranstaltungen an Sonn – und Feiertagen (Nic I, 53 ff)

Inanspruchnahme von Krankenkassen für die Tätigkeiten nicht arischer Zahnärzte und Zahntechniker nicht mehr möglich (Walk 28)

<u>3. Juni 1933:</u>

Hirtenbrief der Oberhirten der Diözesen Deutschlands (UF IX, 541 ff)

<u>4. Juni 1933:</u>

Bochumer Pfingstbekenntnis „Wort und Bekenntnis westfälischer Pastoren zur Stunde der Kirche und des Volkes“, initiiert von Hans Ehrenberg und Ludwig Steil, mit 100 Unterschriften (Schmidt 1, 33 ff):

„Der Glaube der Väter erwacht.

Unser Volk fragt die Kirche, was sie bekennt.

Wir bekennen den Dreieinigen Gott.

Es geht uns nicht nur um Treue gegen das Erbe der Väter, es geht uns um Vollendung der Reformation.

Wir haben das lautere Evangelium verkündigt, wir hatten den Glauben an die Eine Herde, und wir begnügten uns doch mit einem bekenntnisschwachen und uneinigen Landeskirchentum.

Heute aber ruft uns mit vielen Brüdern die Herrlichkeit des Amtes, und wir erkennen, dass uns mit der Stunde des Volkes auch die Stunde der Kirche geschenkt ist.

Der Herr der Kirche selber ruft,

E r, den wir bekennen als den Sohn des lebendigen Gottes, des Gottes Abrahams, Isaaks und Jacobs, das fleichgewordene Wort,

E r, der in der Niedrigkeit des Menschen in die Welt kam, von den Propheten verheißen, von einer Jungfrau geboren, Gott und Mensch zugleich, der uns seine Brüder nennt,

E r, der uns durch sein Wort, sein Tun, sein Sterben und sein Auferstehen zum Eigentum des Vaters macht, auf dass wir gerettet werden,

E r, auf dessen Wiederkunft wir hoffen, in der Kraft des Heiligen Geistes Seine Gemeinde und Kirche.

E r ruft uns, heute seine Bekenner zu sein.

Artikel I: Von des Menschen Herrschaft und der Erbsünde.

Der Mensch ist vom Schöpfer dazu erschaffen, sich die Erde untertan zu machen.

Aber, wo der Mensch seine Herrschaft über die Erde benutzt, um sich zum Herrn aller Herren zu machen, handelt er im Gegensatz zu der Schöpfungsherrschaft Gottes, wirft die ihm vom Schöpfer gegebene Vollmacht über die Erde weg und verfällt mit seinen Werken den Dämonen. Daher ist die Erde und die Geschichte voll von entfeselten Gewalten und Mächten. Vergeblich hat der Mensch sie zu bannen versucht in welthistorischen Organisationen, geistesgeschichtlichen Systemen, entwicklungsgeschichtlichen Utopien.

Wir aber erblicken darin die unabänderliche Auswirkung der Erbsünde und bekennen daher unsere Grenzen. Nur dieses Bekenntnis bewahrt uns vor dem Frevelmut und vor der Verzweiflung. Dass wit trotzdem immer wieder dem Hang verfallen, sowohl dem Frevelmut als auch der Verzweiflung den Vorzug zu geben, und dadurch weder Gott noch den Menschen noch den Dingen noch uns selbst ihr Recht zukomen lassen, das offenbart unsere Sünde.

Also sind auch die Grenzen des Menschen Gottes Ordnung.

Artikel II: Von den Ordnungen und Geboten.

Wir bekennen, dass Gottes Schöpferwille das Leben des Menschen seiner ordnenden Gewalt unterstellt und um unserer Sünde willen für die Ordnungen Gebote erlässt. Keiner von uns steht außerhalb der Ordnungen, in denen er geboren wird, lebt, arbeitet, leidet, sich fortpflanzt und stirbt. Familien, Völker, Staaten gehen zu grunde, wo der Mensch an den Ordnungen sündigt. Darum schützt Gott seine Ordnungen durch seine Gebote und ermächtigt Menschen, Hüter dieser Ordnungen zu sein.

Wir bekennen uns zu dem gesamten Bereich der Schöpfung: Blut, Volkstum, Lebenskraft und Gesundheit offenbaren auch in der gefallenen Welt die Schöpfungsherrlichkeit Gottes.

Elternmacht, Volksordnung, Staatesgewalt haben ihr Recht von Gott. Weltliches Regiment führt Gottes Schwert. Das Gesetz Gottes verleiht die Macht, weist die Aufgabe zu und bewahrt die Ordnungen vor Auflehnung und Missbrauch.

Im geheimen wissen alle diesae Ordnungen darum, dass sie von der Gnade Gottes leben und ohne die Kirche sich selbst nicht genug sind. Alle Ordnungen schreien deshalb nach „Seele“; sie meinen damit in Wirklichkeit die Kirche.

Artikel III: Vom Ort der Kirche.

Evangelische Kirche spricht in diese Ordnungen hinein das Wort Gottes.

Wir bekennen, dass die Kirche die durch Gottes jetzt geschehendes Wort aufgerufene Gemeinschaft ist, in welcher Christus wahrhaftig gegenwärtig ist. Daher ist Kirche, wo wirklich der lebendige Christus ist und wo lebendge Kirche, da ist Christus. Durch Ihn im Glauben gerechtfertigt, stehen ihre Glieder mit einem neuen Leben mitten in den Ordnungen.

Der Ruf des Wortes trennt Evangelische Kirche von aller eigenen Machtausübung und gibt ihr ihren eigenen Ort, an dem sie um ihres Auftrags willen hier und jetzt bestimmte Gestalt gewinnen muss. Weil sie nicht Machtordnung ist, ist sie allen anderen Ordnungen gegenüber frei und kann darum nicht in einen Wettstreit mit ihnen geraten.

In den unausbleiblichen Grenzstreitigkeiten zwischen der Kirche und den Ordnungen der Macht, Familie, Volk, Staat, ist die Kirche durch den Heiligen Geist berufen, autoritativ zu entscheiden. Sie tastet dabei niemals die Schöpfungsgemäßheit des Volkstums und die Gottgewolltheit des Staates an.

Der Dienst der Kirche geschieht in der Predigt des biblischen Evangeliums, in der Verwaltung der Sakramente und im Gemeinschaftsleben der Liebe. Ihr ganzer Dienst lebt aus der Hoffnung auf das Reich des wiederkommenden Christus. Indem die Kirche ihre Glieder dadurch bindet, dass sie bekennt,

stellt sie in der sichtbaren Welt den Leib Christi dar und verkündet den Ordnungen der Schöpfung die Gestalten ihrer echten Verwirklichung.

D a s ist ihr Dienst in den Ordnungen und am Volk. So ist sie jedermanns Herr und jedermanns Knecht.

Ein Volk ohne d i e s e Kirche kann keine rechte Selbstkritik üben und vergötzt unbußfertig entweder den Staat oder die Kultur oder das Volkstum.

Das deutsche Volk mit s o l c h e r Kirche wird fähig, seine Sendung zu erfüllen, als Volk der Reformation und als Herz der Völker.

Das Wort vom Kreuz Christi gibt einem Volke, das es im Glauben annimmt, in Selbstkritik und Sendungssbewußtsein die wahre Liebe zu sich selber.

Artikel IV: Von Irrlehren und Lästerungen.

1. Wir verwerfen außer den alten Schwärmereien die neue Schwärmerei des 1. Artikels und erklären: alle Völker und Rassen stehen unter dem Fluch, der über alles Naturhafte ergeht; kein Volkstum erlöst sich aus den Tiefen seines Wesens, denn die Verderbtheit reicht bis in seine Tiefe.

Ebenso verwerfen wir alle kirchlichen Aussagen über die Schöpfungsordnungen und das Gesetz Gottes, die außerhalb des Evangliums geschehen; sie entstehen aus der gleichen Schwärmerei.

2. Wir verwerfen das Abwerten der Schrift nach moralischen Gesichtspunkten der Vorbildlichkeit des biblischen Geschichtsstoffes. Die Bibel ist kein Ideal-, sondern ein Realbuch der Offenbarung der Sünde und der Verheißung der Gnade und verträgt keinerlei Auswahlprinzip, durch das die Einheit des Wortes der Offenbarung Alten und Neuen Testamentes gefährdet wird.

3. Wir verwerfen alle Verkürzungen in den Aussagen über das Erlösungswerk Christi, weil wir uns zur vollen Stellvertrewtung Christi, zur Schande des Kreuzes und zur Demütigung des sündigen Menschen durch das Erbarmen Christi bekennen. Rom, idealistische Vermittlungstheologie, artgemäßes Christentum lästern durch solche Verkürzung die Gnade.

4. Wie verurteilen die Scheu der Kirche, das Werk Christi lehrhaft darzustellen. Wo die Kirche das Lehramt nicht ausübt, verliert sie Gegenwart und Ewigkeit zugleich, verfällt dem Staate und wird schuldig am inneren Sterben ihrer Gemeindern und ihrer Glieder.

5. Wir verwerfen alle Verwechslung und Vermengung des Tuns der Kirche mit dem Tun des Staates als Liberalismus. Die „Sünden wider die Schöpfung“, wider Rasse, Familie, Volk, Staat gehören vor das Richtamt des Staates und dürfen ihrer Bestrafung nicht liberalistisch entzogen werden.

Ebenso verwerfen wir die Gleichsetzung der Judenmission mit der Heidenmission als Liberalismus, um der heils- und endgeschichtlichen

Stellung Israels willen, und verurteilen alle Kirchenspaltung, die den Judenchristen aus den Kirchen der Heidenchristen aussondern will.

Schließlich verwerfen wir den Anspruch des Staates, total zu sein, der in der liberalistisch-idealistischen Irrlehre vom Staat (Fichte, Hegel, Marx) wurzelt. Wir fordern, dass der Staat sich nach Luthers Lehre von der Obrigkeit begrenzt, weil er nur dann sein Schwert mit ganzer Strenge führt.-

In Unterwerfung unter das Lehrmat und das Hirtenamt der Kirche erstreben wir keine Sonderaktion, sondern eine Stärkung und Verbreiterung der sich bildenden Bekenntnisfront (Dreier-Ausschuss, Altonaer Pastoren, Jungreformatorische Bewegung, Junglutherische Arbeitsgemeinschaft)“

Ein Wort ostpreußischer Pfarrer zur Stunde (Schmidt 1, 36f)

18 Forderungen zur Gestalt der Kirche (Karl Barth, Wilhelm Goeters, Hermann Hesse, Klugkist Hesse, Paul Humburg, Karl Mensing, Wilhelm Niesel, Alfred de Quervain u. a. (Flugblatt) (Schmidt 1, 158 ff)

Predigt von Bodelschwingh in der Zionskirche in Berlin (Flugblatt, DEB 214)

Predigt von Ludwig Müller aus der Kirche in Wang (Riesengebirge), vom Rundfunk übertragen (GB 80)

Pfingsttagung des Schwarzburgbundes: Bekenntnis und Gelöbnis

(Die Schwarzburg. Hochschulmonatsschrift, 42. Jg., H 7)

Vaterländische Erklärung des „Schmalkaldener Kartells Theologischer Verbindungen an Deutschen Hochschulen“ (in: Theologische Blätter 12/1933)

Entschließung der Hannoverschen Pfingstkonferenz (Klügel 19):

„ 1. Wir bejahen freudig die uns von Gott geschenkten Kräfte der Erneuerung unseres Volkstums. Wie wir uns als lutherische Menschen an die von Gott gesetzte Obrigkeit gebunden wissen, so trauen wir darauf, dass der Kanzler zu seinem Worte steht: Die Rechte und Freiheiten der Kirche sollen nicht angetastet werden.
2. Wir erkennen freudig an, dass die nationale Bewegung durch die Säuberung und Sicherung des öffentlichen Lebens Kräfte des Evangeliums entbunden und Wege zur Kirche geöffnet hat. Wir wissen aber, dass gerade um unseres Volkes willen die Eigenständigkeit der Kirche auf der Grundlage des Bekenntnisses nicht angetastet werden darf. Insbesondere wäre es uns um des Gewissens willen untragbar, wenn die Kirche – und wäre es aus edelsten nationalen Beweggründen – politisch angetastet oder parteilich ausgenützt würde…“

Emanuel Hirsch: „Volk, Staat, Kirche“ (DED 23/1933)

6. – 8. Juni 1933:

***Evangelisch-sozialer Kongress in Braunschweig, Bericht von Otto Pieper* (ChW 14/1933):**

Begrüßungsansprache durch Walter Simons - Vortrag von Dr. Marie Baum über „Probleme der Familenpolitik“ - Vortrag von Pfr. Brandmeyer über „Die religiöse Not der Arbeitslosen“

7. Juni 1933:

Zeugnisgottesdienst der Sydower Bruderschaft in Berlin (Georg Schulz-Barmen)

Kirchenbundesamt: Memorandum über die gegenwärtige Lage in Deutschland, insbesondere über die Judenfrage, Verfasser Dr. Wahl (Boyens 299- 308):

„Was sich in den letzten Monaten in Deutschland vollzogen hat und noch vollzieht, ist eine Revolution oder besser noch eine nationale Regeneration von tiefster und weitester innerer Auswirkung. Die Bildung der Regierung und der Ausbau ihrer Machtstellung haben sich freilich nicht im Wege der Gewalt, sondern im Rahmen der Verfassung und mit den Mitteln der Mehrheitsentscheidung, der Wahl und Abstimmung vollzogen. Die Gesetze werden auf Grund einer Ermächtigung erlassen, die eine 2/3 Mehrheit des verfassungsmäßig gewählten Reichstages der Regierung auf 4 Jahre erteilt hat. Aber auf Grund dieser Ermächtigung will die Regierung an die Stelle des Alten in Staat und Wirtschaft etwas in vieler Hinsicht grundsätzlich Neues setzen. Wie jede politische Umwälzung, so formt auch die deutsche Revolution von 1933 auf vielen Gebieten neue Vorstellungen von dem, was für das Wohl des Volkes und für die Erhaltung seines Lebens notwendig und gut ist. So tritt vielfältig in der Stille vorbereitet durch eine geistige Wandlung, eine Neubewertung vieler Kulturgüter ein, die umso tiefgreifender ist, je tiefer die geistigen Wurzeln der Revolution reichen. Welche diese sind, kann hier und heute nicht mit wenigen Strichen gezeichnetz werden, zumal ein solcher Versuch, mit unzureichenden Mitteln unternommen, die Gefahr verhängnisvoller Missverständnisse heraufbeschwören würde. Dies schon deshalb, weil die angewandten geistesgeschichtlichen Begriffe bei aller Ähnlichkeit der Kulturen der weißen Völker der Erde in den verschiedenen Kulturen doch verschiedene Bedeutung haben. Es sei daher nur angedeutet, dass bestimmte Ideen des 18. und 19. Jahrhunderts ‚besonders der „liberale“ Gedanke, dessen wertvolle Anregungen und Auswirkungen nicht bestritten

werden, in ihrer unglücklichen und für Deutschland charakteristischen Verbindung mit den Ideen des Marxismus letzten Endes im Nationalsozialismus ihre notwendige Gegenwirkung und – wie die große Mehrheit des Volkes hofft – ihren Meister gefunden haben. Die Mischung der liberalen und marxistischen Ideen, die der Verfassung des Nachkriegs-Deutschlands ihren Stempel aufgedrückt hat, hat sich für das Verfassungs- und Volksleben nicht als fruchtbar erwiesen. Sie hat es vor allem nicht vermocht, die gefährlichen sozialen und politischen Gegensätze, die im deutschen Volk seit langer Zeit vorhanden waren, auszugleichen. Diese Not ist die letzte Ursache der nationalsozialistischen Bewegung einerseits, und andererseits erwächst aus ihr ihre Aufgabe. Dies ist der Angelpunkt für das Verständnis des heutigen Geschehens in Deutschland. Von hier aus müssen daher auch die Einzelheiten bewertet werden. Sie können nicht oder nur sehr schwer nach Maßstäben beurteilt werden, die von außen, aus ganz anderen und hier nicht gültigen Verhältnissen herangetragen werden. Welcher Missbrauch kann z. B. mir den Begriffen „Freiheit", „freiheitliche Verfassung" gemacht werden, wenn man sich nicht vorher über die Frage einigt, was man als das Wesen der (poilitischen) Freiheit ansieht und wenn man übersieht, wie die „Freiheit" sich im einzelnen Volk auswirkt! Dies hat das Ausland, besonders in seiner Einstellung zu der neuen Regierung – unzulänglich, ja z. T. bewusst falsch unterrichtet – nicht gewürdigt und z. T. auch nicht würdigen können. Beispiele gerade aus der kirchlichen Presse des Auslandes könnten hier angeführt werden.

Das deutsche Volk kämpft seit jetzt beinahe 2 Jahrzehnten um sein Leben. Die Regierung will in einer großen organisatorischen und geistigen Anstrengung in Staat, Wirtschaft und Kultur die verfallende Ordnung unseres Volkslebens wieder zu einem kraftvollen Organismus gestalten. Zucht und Ordnung, Sparsamkeit und Fleiß, sozialer Frieden und Pflege der nationalen Kulturgüter des deutschen Volkes sind Mittel und Ziel dieses Weges zugleich. Die erhoffte endliche Konsolidierung der Verhältnisse in Deutschland wird auch für die Weltpolitik, für die Erhaltung des Friedens – freilich nicht ohne kluge und im Geiste der Gerechtigkeit betätigte Handhabung der internationalen Probleme durch das Ausland – von großer und positiver Bedeutung werden. Bekanntlich ist eine starke Regierung meist eine bessere Garantie für den Frieden als eine schwache, die allen möglichen unkontrollierbarten Einflüssen ausgesetzt ist. Die Stellung des Kanzlers Adolf Hitler zu den internationalen Problemen ist aus folgenden Söätzen seiner großen Reichstagsrede vom 23. März 1933 zu ersehen:

„Das deutsche Volk will mit der Welt in Frieden leben…. Die nationale Regierung ist bereit, jedem Volk die Hand zu einer aufrichtigen Verständigung zu reichen, das gewillt ist, die traurige Vertgangernheit endlich einmal grundsätzlich abzuschließen. Die Not der Welt kann nur vergehen,

wenn innerhalb der Völker und untereinander durch stabile verhältnisse wieder Vertrauen geschaffen wird.

Denn folgende Vorasusetzungen sieht die nationaele Regierung für die Behebung der allgemeinen Wirtschaftskatastrophe als notwendiog an: Erstens eine unbedingte Autorität der politischen Führung im Innern zur Herstellung des Vertrauens in die Stabilität der Verhältnisse;

Zweitens eine Sicherstellung des Friedens durch die wirklich großen Nationen auf lange Sicht zur Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander;

drittens den endlichen Sieg der Grundsätze der Vernunft in der Organisation und Führung der Wirtschaft sowie eine allgemeine internationale Entlastung von Repoarationen und unmöglichen Schuld- und Zinsverpflichtungen.

… Die Einstellung zu den … fremden Mächten ergibt sich aus dem bereits Erwähnten. Aber auch da, wo die gegnerischen Beziehungen heute noch mit Schwierigkeiten belastet sind, wollen wir uns ehrlich bemühen, einen Ausgleich zu finden. Allerdings kann die Grundlage einer Verständigung niemals die Aufrechterhaltung der Unterscheidung in Sieger und Besiegte sein.

… Nur aus einer vertrauensvollen Zusammenarbeit kann eine wirkliche Behebung der allgemeinen Sorgen erwachsen. Zehn Jahre eines aufrichtigen Friedens werden für die Wohlfahrt aller Nationen nützlicher sein als eine 30 Jahre lange Verrennung in die Begriffe von Siegern und Besiegten..“

(Es muß mit Bedauern festgestellt werden, dass einflußreiche Zeitungen des Auslands es für richtig befunden haben, die Frioedenssätze dieser Rede ihren Lesern vorzuenthalten.) Einen ersten Beweis für die Aufrichtigkeit seiner Worte hat der Reichskanzler mit seiner großen Rede zur Abrüstungsfrage am 17. Mai geliefert, dessen Inhalt wohl als bekannt vorausgesetzt werden darf. Als eine ihrer Hauptaufgaben im Innern hat die Regierung naturgemäß die geistige und politische Überwindung des Marxismus besonders in der Form des Kommunismus erkannt, der in Deutschland – wie übrigens auch in anderen Ländern- eine unmittelbare, den Staat und die Kirchen bedrohende Stärke erreicht hatte. Dabei sind selbstverständlich einzelne von der Staatesgewalt ergriffene Maßregeln nicht frei von Härten. Es scheint – wie schon angedeutet – ein Hauptmangel in der Information der öffentlichen Meinung des Auslands zu sein, dass diese mit dem Kampf gegen den Marxismus übernommene Mission des heutigen deutschen Staates nicht klar erkannt wird. Die ausländischen Kirchen werden sich beim Evangelischen Presseverband für Deutschland … unschwer Material über die kommunistische Gefahr, im besonderen in Deutschland beschaffen können. Der Versuch einer gewaltsamen Aufrichtung der kommunistischen Diktatur schien auf dem Wege der Verwirklichung. Es braucht nicht ausführlich dargelegt werden, welches Schicksal die Kirche bei dem fanatischen Hass des

Kommunismus gegen Religion und Kirche im Falle eines Sieges des Kommunismus gefunden haben würde. Der Standpunkt der Reichsregierung, dass sie durch Übernahme der Regierung am 30. Januar 1933 eine in sicherer Aussicht stehende Katastrophe verhindert habe, wird auch von den Kirchen geteilt.

Für einen so machtvollen Umschwung der Dinge, wie wir ihn erlebt haben, wird das Gesamturteil eines disziplinierten Verlaufs geschichtlich bestehen. Wie bei der Wucht dieser Revolution und der tiefgreifenden Erregung der Bevölkerung aber nur natürlich ist, sind einzelne Gewaltakte – auch gegen Juden, aber nicht allein oder vorzugsweise gegen diese – vorgekommen, die nicht nur von den Kirchen, sondern auch von der Regierung missbilligt und bedauert werden. Doch stehen sie in keinem Verhältnis zu den grausamen und schmachvollen Vorgängen der Revolution von 1918, die allerdings von der christlichen Welt seinerzeit nicht beachtet worden sind. Im Großen und Ganzen kann bezeugt werden, dass die Bevölkerung eine Disziplin bewahrt hat, wie sie wohl selten bei einer Staatsumwälzung bewiesen worden ist.

Die führenden Männer bekennen sich im Gegensatz zur Revoluion von 1918 ausdrücklich zu Christentum und Kirche. Folgende Sätze aus der oben erwähnten Rede des Reichskanzlers seien hier wiedergegeben:

„Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Kobfessionen wichtigste Faktoren der Erhaltung unseres Volkstums. Sie wird die zwischen ihnen und den Ländern abgeschlossenen Verträge respektieren; ihre Rechte sollen nicht angetastet werden….

Die nationale Regierung wird in Schule und Erziehung den christlichen Konfessionen den ihnen zukommenden Einfluss einräumen und sicherstellen. Ihre Sorge gilt dem aufrichtigen Zusammenleben zwischen Kirche und Staat.

Der Kampf gegen eine materialistische Weltauffassung und für die Herstellung einer wirklichen Volksgemeinschaft dient ebenso sehr den Interessen der deutschen Nation wie denen unseres christlichen Glaubens.“

Ist es schon schwer, sich über die Verhältnisse eines Landes von außen ein Bild zu machen, zumal in so bewegter Zeit, so werden besonders die Dinge hinsichtlich der Judenfrage wohl nur von Deutschland aus zutreffend beurteilt werden können und nur von denen, die hier als Volksgenossen die Auswirkungen der bisherigen Zustände an sich selber erlebt haben. Trotzdem muss eine Information auf schriftlichem Wege gewagt werden, um zu versuchen, schwerwiegende Irrtümer und Mißverstände zu beseitigen. An sich könnte man überrascht sein, dass gerade die Behandlung der Judenfrage durch Deutschland im Ausland ein so ungeheures Interesse gefunden hat, während die Welt – auch die kirchliche – die in den letzten Jahren begangenen schweren Ungerechtigkeiten und Rechtsbrüche gegenüber Minderheiten, insbesondere gegenüber deutschen Minderheiten, mehr oder weniger stillschweigend hingenommen hat.

Die Judenfrage ist in Deutschland kein eigentliches Nachkriegsproblem, wennglecih sie die für die heutige Zeit charakteristische Zuspitzung erst nach dem Kriege unter der Einwirkung der deutschen Revolution von 1918 einerseits und des Versailler-Vertrages andererseits erfahren hat. Weite Schichten des Volkes empfanden die Haltung mancher jüdischer Kreise im Kriege und insbesondere unmittelbar nach dem Kriege gegenüber dem Lebenskampf unseres Volkes als zweideutig oder gar als feindlich. Hinzu kam, dass die Juden seit dem Umsturz von 1918 dank ihrer guten Beziehungen zu den marxistischen Parteien eine unverhältnismäßig große Zahl von öffentlichen Ämtern und anderen Stellen errangen, die für das öffentliche Leben beedeutsam sind. (Hierbei sei eingeschaltet, dass die Parlamentsabgeordneten der marxistischen Parteien allergrößtenteils aus der Kirche ausgetreten waren und diese Parteien zu den Organisationen der Freidenker enge Beziehungen und zahlreiche Personalverbindungen besaßen.) Dazu kam weiterhin, dass die Regierungen seit 1918 die Ostgrenzen für die jüdische Einwanderung weit öffneten und zahllose kulturell minderwertige Ostjuden sich in Deutschland niederlassen konnten oder gar das deutsche Bürgerrecht erhielten. Hand in Hand damit ging das jüdische Vordringen in Wissenschaft, Presse und Literatur, in Theater und Film, während vielfach deutsche Gelehrte und Künstler in den Hintergrund gedrängt wurden.

Zur Erläuterungf seien einige Zahlen angegeben. Der Anteil der jüdischen Bevölkerung (mosaischen Bekenntnisses) im Deutschen Reich an der Gesamtbevölkerung beträgt 0,9 %. Dagegen waren z. B. im Sommersemester 1932 von den Studierenden der Universitäten 4, 71 % Juden, in Preußen 5, 6 %, in Berlin allein 10 %. Über die Zusammensetzung der in Deutschland aus dem akademischen Studium hervorgehenden höheren Beamternschaft fehlen z. Z. noch vollständige Statistiken. An den einzelen Berliner Gerichten schwanken aber die Zahlen z. B. von 3-33 %, wobei der Durchschnitt weit über 10 % liegt. Ähnliche Zahlen werden aus den Provinzstädten berichtet. Noch auffallender ist das Verhältnis bei den höheren Schulen Berlins; hier schwanken die Zahlen von 14-53 % des Lehrkörpers. Ähnlich gilt für die Lehrstühle an den Universitäten (wo Zahlen von 30 % des Lehrkörpers keine Seltenheit sind) und bei den Ärzten und Zahnärzten. Von den Intendanten der Berliner Theater sollen alle außer einem, von den sonstigen Theaterleitern 80 % Juden sein. Von 234 Theaterleitern im Reiche, die von der Statistik erfasst worden sind, waren 118 Juden, das sind 54, 4 %; 92 Nichtjuden, d. h. 39, 3 % (von 24 war die Rasse nicht festzustellen). Hinsichtlich der Rechtsanwaltschaft liegen für das Land Preußen ziemlich genaue Zahlen vor. Danach gibt es in Preußen insgesamt 11 814 Rechtsanwälte, von denen 3515 oder 29, 75 % Juden sind. Für den Bezirk des Kamergerichts Berlin lauten die Zahlen: 3890 – 1998 – 51, 36 %, für die Oberlandesgerichtsbezirke Breslau 1956 – 364 – 34, 47 %, Frankfurt am Main 607 – 275 – 45, 30 %, der

geringste Prozentsatz beim OLG Celle festgestellt, dort lauten die Zahlen: 822 – 84 – 10, 22 % .

Zu bemerken ist, dass die hier als Juden aufgeführten Anwälte ganz überwiegend Juden mosaischen Bekenntnisses sind.

Die Statistiker weisen übrigens bei der Bevölkerungsstatistik darauf hin, dass die jüdische Bevölkerung einerseits ganz überwiegend in Städten, besonders in Großstädten wohnt und andererseits bestimmte Berufe auf der anderen Seite bevorzugt. Diese ungesunde Struktur des jüdischen Bevölkerungsteils - von einsichtigen Juden selbst erkannt – dürfte mit ein Grund der Entfremdung gegenüber dem Volke sein. In ausländischen Zeitungen ist die Behauptung einer starken Zuwanderung von Ostjuden nach Deutschland nach dem Kriege mit dem Hinweis entgegengetreten worden, dass nach der Reichsstatistik von 1910 603811 Juden gezählt worden seien, während es nach der Statistik von 1925 nur 564379 gewesen seien. Der Schluss, der aus diesem Vergleich gezogen wird, ist schon deshalb falsch, weil übersehen ist, dass es sich bei der alten Vorkriegszählung um das alte deutsche Reichsgebiet handelt, während 1925 nur die Juden auf dem Deutschland im Versailler Vertrag verbiebenen Territorium gezählt worden sind. Mit den abgetretenen Gebieten besonders im Osten hat Deutschland aber zunächst 76112 Juden verloren. In der Tat hat die jüdische Bevölkerung seit dem Kriege zugenommen. Das ergibt sich aus folgenden, leider nur für das Land Preußen feststellbaren Zahlen: Im Gebiet des preußischen Staates (jeweils jetzigen Gebietumfanges) hat sich die Zahl der jüdischen Bevölkerung gegenüber der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 von 366876 bis zum 16. Juni 1925 auf 403696. d. h. um 37093 oder umn 10, 1 % vrmehrrt. Diese Vermehrung ist eingetreten, trotzdem in annähernd demselben Zeitraum, d. h. 1911- 1924 Juden einen Sterblichkeitsüberschuss von 18252 aufwiesen, also überhaupt keinen natürlichen Bevölkerungszuwachs mehr hatten, sondern abnahmen. Die Zunahme der Juden in Preußen ist daher, und das wird von dem (jüdischen) Statistiker Professor Dr. Heinrich Silbergleit ausführlich belegt, nur durch Zuwanderung von außen zu erklären. Nach der gleichen Quelle waren von diesen 403969 Juden am 16. Juni 1925 allein 76387 Ausländer, davon 43838 in Berlin, was nicht weniger als 18, 63 % der jüdischen preußischen Bevölerung darstellt. Hiervon wieder waren 35385 polnische Juden, von denen nahezu die Hälfte – 17423 – in Berlin wohnte. Von den sowjetrussischen Juden wohnten in Berlin allein 5185.

Nicht nur das Bewusstsein von dem prozentulen Missverhältnis zwischen der Gesamtzahl der Juden in Deutschland und der Zahl der von ihnen innegehabten bedeutenden Stellen förderte die Erregung im Volke; vielmehr drang im Volke die Erkenntnis durch, dass der jüdische Geist besonders in Literatur, Theater und Film christliche Religion und Sitte , Familienleben und Volkstum, schließlich alle die Bindungen untergrub, ohne die eine Erhaltung des Volkstums und des Staates nicht möglich ist. Nicht deutlich

genug kann insbesondere die Bedrohung der christlichen Kultur betont werden, die sich hier unter dem Schutz der Geistesfreiheit vollzog. Schließlich muss darauf hingewiesen werden, dass zahlreiche Fälle von Korruption, die seit der Revolution von 1918 sich in Deutschland ereignet haben und an denen jüdische Persönlichkeiten in besonderem Maße beteiligt waren, erhöhte Aufmerksamkeit auf das Problem lenkten.

Auch die Kirchen mussten seit langem mit tiefem Bedauern sehen, wie der Geist der Zersetzung aller überkommenen Grundlagen des deutschen Gemeinschaftslebens Nahrung fand an einem weit verbreiteten negativen jüdischen Schrifttum. Damit soll der positive Beitrag bedeutender Juden zur deutschen Kultur nicht bestritten werden, wenngleich man davor warnen muss, ihn zu überschätzen. Gegen das Bedauern über die starke Besetzung der geistigen Berufe durch Juden wird vielfach eingewandt, dass sich in der Tatsache des Vordringens der Juden auf diesem Gebiete eben ihre geistige Überlegenheit kundtue. Richtig dürfte daran nur soviel sein, dass gewisse Begabungen bei Juden besonders ausgeprägt sind, durch die aber die hohen Prozentsätze der Juden in den angeführten Berufen nicht allein erklärt werden können. Diese verdanken sie vielmehr der nachweisbaren rücksichtslosen Ausnützung ihrer Beziehungen und der gegenseitigen Unterstützung.

All dies hat nicht nur den im Volke latent vorhandenen antisemitischen Stimmungen zum Durchbruch verholfen, sondern zwang auch den ruhiger Denkenden zu der Einsicht, dass etwas geschehen müsse zur Abwehr der unserem Volkstum je länger desto mehr drohenden Gefahr. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Lösung findet sich übrigens in Deutschland auch in jüdischen Kreisen. Auf der anderen Seite hat die in dieser Abwehr zu Tage tretende Härte, die, wie so manches Andere, im Ausland nicht verstanden wird, ohne Zweifel einen wesentlichen Grund in der äußeren Lage unseres Vaterlandes. Se ist auch ein Ergebnis der Leiden, denen das deutsche Volk nun seit beinahe 20 Jahren ohne Recht und Gerechtigkeit ausgesetzt ist. Es ist seitens der Verteter des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes bei den ökumenischen Tagungen immer wieder eindringlich auf die Auswirkungen hingewiesen worden, welche die demütigenden Bedingungen, unter denen Deutschland durch den Versailler Frieden bis heute gehalten wird- erinnert sei an die Kriegsschuldfrag, die Reparatinen, die nicht erfüllten Abrüstungsverpflichtungen – auf die geistige Lage unseres Volkes gehabt haben. Das deutsche Volk hat all die Jahre hindurch die ihm auferlegten Peinigungen mit großer, manchmal beinahe unfassbarer Geduld getragen in der Hoffnung auf eine endlich bessere Gerechtigkeit. Dass der furchtbare seelische Druck, dem das Volk solchergestalt ausgesetzt war, sich irgendwie auswirken musste, wird jedem einleuchtend sein, der die Psyche der Völker kennt. Man darf aber dabei nicht nur das Negative sehen, man muss vielmehr erkennen, dass der Antisemitismus nur die Kehrseite einer tiefen Besinnung

auf deutsche Eigenart und des Willens ist, deutschen Staat und deutsches Schicksal diesem Charakter entsprechend zu gestalten. Diese Entwicklung haben andere Völker schon wesentlich früher durchgemacht und haben daher schon eine viel stärkere Geschlossenheit erreicht. Vielleicht ist dies auch der Grund, warum in Deutschland eine weit geringere Assimilation der Juden eingetreten ist. Zum klaren Bewusstsein kamen solche Auffassungen besonders im Nationalsozialismnus, dessen Gründer und Führer, der jetzige Reichskanzler frühzeitig aus eigenem Erleben und genauer Kenntnis des Marxismus zum Gegner des Judentums wurde, in dem er den geistigen Urheber und Führer des Marxismus sah. In der Folger knüpfte die nationalsozialistische Bewegung an die eben wiedergegebenen Stimmungen und Erkenntnisse im Volke ebenso an, wie sie sie andererseits förderte. Es muss aber davor gewarnt werden, den Antisemitismus der nationalsozialistischen Bewegung nur danach zu beurteilen, wie er sich in der Zeit ihrer Oppositionsstellung und ihres Machtkampfes zeigte. Vielmehr wird man gut darn tun, ihren Antisemitismus an den tatsächlichen, insbesondere den gesetzgeberischen Maßnahmen, die im folgenden in aller Nühternheit dargstellt werden, zu messen.

Nachrichten über einzelne Gewaltakte gegenüber Juden in Deutschland sind der Anlass zu einer mit entstelltem und erdichtetem Material arbeitenden Hetzpropaganda (und zur Aufforderung zum Boykott deutscher Waren) im Ausland gewesen, deren Wirkung so stark gewesen sein muss, dass selbst kirchliche Kreise von ihr nicht unberührt geblieben sind. Die Nachrichten über diese Propaganda haben in der Seele des deutschen Volkes Erinnerungen an Vorgänge geweckt, die zu den schmerzlichsten und und enttäuschendsten Erlebnissen in seiner Geschichte gehören: die Erinnerung an die auf Lügen aufgebaute Gräuel-Propaganda gegen Deutschland im Weltkriege. Der Erfolg dieses neuen Feldzuges dürfte wohl auch z. T. den immer noch aus der Kriegszeit latent vorhandenen Stimmungen und Auffasungen über Deutschland und deutsche Verhältnisse zuzuschreiben sein. Die Angriffe erfolgten in dem Augenblick, wo in Deutschland neue Hoffnung alle Herzen belebte. Man vermutet als ihre Triebfeder nicht lediglich die Sorge um die Juden, sondern weitergehende politische und wirtschaftliche Tendenzen. Da bezeugt war, dass die Propaganda , die bei längerer Dauer leicht die gesamten internationalen Beziehungen in verhängnisvoller Weise hätten zerstören können, von jüdischen Kreisen im Auskand ausging oder stark gefördert wurde, so beschloss die Leitung der NSDAP, als Abwehrmaßnahme einen Boykott gegen die jüdischen Geschäftsleute durchzuführen. Bezeichnend für die Disziplin der Bevölkerung ist dabei, dass dies gelungen ist, obwohl erst im letzten Augenblick die Beschränkung des ursprünglich auf einen längeren Zeitraum bemessenen Boykottes auf einenTtag bekannt gegeben wurde. Die Angelegenheit kann als erledigt angesehen werden. Es darf nicht verkannt werden, dass gerade durch die Organisierung des Boykotts gewalttätige Ausschreitungen, wie sie bei der

außerordnetlich starken Erregung der Bevölkerung sonst zu befürchten gewesen wären, vermieden worden sind. (Befehl der politischen Zentralstelle der NSDAP, auf alle zu schießen, die in jüdische Geschäfte zu Plünderungszwecken eindringen).

Eine andere Maßregel hat die Einschränkung der Zahl der jüdischen Beamten in dem gesamten öffentlichen Dienst und entsprechend die Einschränkung der Zahl der jüdischen Rechtsanwälte, Patentanwälte, auch Ärzte, besonders Ärzte der Krankenkassen, zum Ziel und stellt einen ersten Versuch einer Lösung des Judenproblems dar. Diese Maßnahme steht zum Teil im Zusammenhang mit dem allgemeinen Bestreben nach Wiederherstellung eines einheitlichen Berufsbeamtentums, dessen große Bedeutung für den deutschen Staat nach seiner geschichtlichen Struktur betont werden muss. So sollen auch die im letzten Jahrzehnt in die öffentliche Verwaltung eingdrungenen zahlreichen Elemente ausgeschaltet werden, die nicht die nach den deutschen Vorschriften notwendige Vorbildung für ihr Amt besitzen und ferner soll die Möglichkeit geschaffen werden, Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung zu dem neuen Staat in Widerspruch stehen, insbesondere kommunistische Beamte, zu entfernen (wie übrigens gerade in demokratischen Staaten bei dem Wechsel von Kabintten Entfernungen von Beamten in größerem Umfange stattfinden). Wichig ist, ergänzend darauf hinzuweisen, dass frühere Regierungen unter Billigung der jüdischen Presse nationalsozialistische Beamte wegen ihrer bloßen Zugehörigkeit zu dieser Partei aus ihrem Amt entfernt haben, ohne dass damals ein Protest christlicher Kreise erfolgt wäre. Nach Auffassung der jetzigen Regierung sind die von ihr beabsichtigen Reformen im Staat nur durchführbar, wenn ihr die Unterstützung eines geschlossen auf ihrem Boden stehenden Beamtentums zur Seite tritt.

In dem erlassenen Gesetz sind auch Bestimmungen enthalten, die anordnen, dass Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, in den Ruhestand versetzt werden. Dies gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. Weitere Ausnahmen sind zulässig. Die zur Ruhe gesetzten nichtarischen Beamten erhalten, falls sie 10 Jahre im Dienst gwesen sind, das volle ihnen zustehende Ruhegehalt. Härten können auf dem Verwaltungswege ausgeglichen werden. Ähnliche Bestimmungen sind für die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft, zur Patentanwaltschaft und – für Ärzte – zur Krankenkassenpraxis getroffen, wobei allerdings für diese freien Berufe, für die eine Versorgung mit Penson auch früher nicht bestanden hat, eine Pensionszahlung an die nicht mehr Zugelassenen nicht erfolgt. Ob und wieweit hier alsbald oder später eine Milderung eintritt, kann nicht gesagt werden. Man muss sich aber klar dartüber sein, dass die durch diese Bestimmungen für einzelne bedingten Nöte an der allgemeinen großen, in

Deutschland herrschenden Arbeitslosigkeit , insbesondere auch unter den akademisch Gebildeten, die vielfach ohne jede Mittel und ohne jede Aussicht sind, eine Stellung zu erhalten, gemessen werden müssen. Wir groß diese Nöte sind, zeigt ein kürzlich erlassenes Reichsgesetz, in dem der Zugang zu den Hochschulen geregelt und ganz allgemein erschwert wird.

In diesem Gesetz finden sich auch Bestimmungen, die den Zugang jüdischer (nicht-arischer) Schüler zu den höheren Schulen und Univerwsitäten regeln. Ihre Tendenz geht dahin, dassjenige zahlenmäßige Verhältnis zwischen nichtarischen Schülern und arischen Schülern für die höheren Berufe, insbesondere für die Staatsstellungen herzustellen, das sich aus dem Anteil der nichtarischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung ergibt. Kinder, bei denen ein Eltern- oder Großelternanteil arischer Abstammung ist, fallen bei diesem Gesetz nicht unter den begriff „Nichtarier", sofern sie aus Ehen stammen, die vor Erlaß dieses Gesetzes geschlossen sind – Auf die Volksschulen finden die Bestimmungen des Gesetzes keine Anwendung.

Über die zahlemnäßige Auswirkung der wiedergegebenen Gesetzgebung lässt sich zurzeit noch nicht viel sagen. Es steht aber z. B. für die Rechtsanwälte im Lande Preußen so ziemlich fest, dass von 3515 jüdischen Anwälten etwa 2158, also weit mehr als die Hälfte (in Berlin allein von 1998-12o3) auch in Ziukunft ihren Beruf werden ausüben können. Es werden also voraussichtlich immer noch etwa 20 % Juden unter den Anwälten sein, also das 20fache des jüdischen Anteils an der Gesamtbevölkerung.

Nichts Neues wird ausgesprochen, wenn darauf hingewiesen wird, dass in vielen Ländern ebenfalls eine Judenfrage vorhanden ist und dass man auch im Ausland vielfach Wege beschreitet, die praktisch der heutigen gesetzgeberischen Lösung in Deutschland wenn nicht gleichen, so doch in manchem ähneln. Das gilt z. B. von der Zulassung zu den Universitäten.

Zusammenfassend sei festgestellt, dass es sich gegenwärtig in Deutschland nicht um eine „Judenverfolgung" mit dem Ziel wirtschaftlicher und persönlicher Vernichtung handelt, vielmehr, abgesehen von dem Boykott, der als einmaliger Akt und als Abwehrmaßnahme anzusehen ist, im wesentlichen um eine gesetzliche Reduzierung des nach dem Weltkriege übermäßig gewordenen Anteils des jüdischen Elements an öffentlichen oder öffentlich bedeutsamen Stellungen. Trotz dieser Reduzierungen dürfte aber nicht überall der dem Bevölkerungsverhältnis entsprechende Anteil hergestellt werden. Die Maßregel zeigt prinzipiell den Charakter einer Schutzmaßnahme zur Sicherung des deutschen Volkes. Ein Kampf gegen die jüdische Religion oder die freie Ausübung des jüdischen Kults findet überhaupt nicht statt. Mit dem Problem der Religionsfreiheit hat das Vorgehen der Regierung nicht das Geringste zu tun. Maßgebend für die gesetzlichen Bestimmungen ist vielmehr ein nationalpolitischer Gesichtspunkt. Der Begriff „nichtarische" Abstammung bedeutet die erbliche Bestimmung durch die jüdische Rasse. Im

Übrigen ist arisch nicht, wie vielfach behauptet wird, gleichbedeutend mit „deutsch“ oder gar mit „Germanisch“. Vielmehr werden, wenn man den für die Prägung des Begriffs maßgebenden Forschern folgen will, unter den Begriff wohl fast alle Völker Europas fallen.

Wenn im Vorstehenden in verhältnismäßiger Ausführlichkeit nicht nur die Behandlung der Judenfrage , wie sie sich gegenwärtig darstellt, geschildertt wurde, sondern auch versucht wurde, die Motive für die ergriffenen Maßregeln aufzuzeigen, so geschah das, um dem Ausland zunächst einmal einige Unterlagen für eine gerechte Würdigung der Lage zu geben. Dies schien besonders notwendig, weil aus der Lektüre der ausländischen Presse der Eindruck gewonnen wurde, dass dort vielfach über die tatsächlichen Verhältnisse, insbesomndere über die tatsächliche Regelung des Judenproblems entweder unrichtig oder unvollständig berichtet wird und weil Hetzschriften im Umlauf sind, die in geschickter Mischung von Wahrem und Unwahrem ein völlig falsches Bild von der Lage geben und so dem Frieden unter den Völkern abträglich sind

Es ist selbstverständlich, dass die deutschen evangelischen Kirchen, die sich an Gottes Wort gebunden wissen, jede Gewalttat und Beschimpfung gegen Volksgenossen anderer Rasse auf schärfste verurteilen. Sie sind nicht müde geworden und werden nicht müde werden, in Wortverkündigung, Seelsorge, kirchölichem Unterricht und Kundgebungen der kirchlichen Behörden und Führer für Gottes Gebote einzutreten und gegen Hass und die aus ihm erwachsenden Taten ihre Stimme zu erheben.

Heute aber ein generelles Urteil über die staatliche Behandlung der Judenfrage seitens der Kirche abzugeben oder gar in der Öffentlichkeit hierzu das Wort zu nehmen, ist bei der Mannigfaltigkeit der zu beachtenden Zusammenhänge schwerlich schon möglich. Ist es doch schon zweifelhaft, ob und wieweit die Kirche überhaupt den Beruf hat, über die Frage generell zu urteilen, zumal bei dem dargelegten Stand der gesetzlichen Regelung. Die Dinge liegen von der Kierche aus gesehen gerade für die deutschen Verhältnisse nicht so einfach, wie manchmal im Ausland angenommen wird. In erster Linie muss es dem Staat überlassen bleiben, zu entscheiden, an welche Voraussetzungen er die Betrauung mit öffentlichen oder sonst für das nationale Leben bedeutsamen Ämtern knüpfen zu müssen glaubt. Auch muss die Kirche sich gerade in dieser Zeit, da Volk und Vaterland von starker Hand noch vor dem Sturz in den Abgrund zurückgerissen worden sind, und da es gilt, die in gegenseitige Zerfleischung verfallenen Parteien, Gruppen und Klassen erst einmal zu gemeinsamem Volkstum zusammenzuschweißen, bei ihrer Stellungnahme zu allen öffentlichen Dingen in besonderem Maße der ungeheuren Größe der Aufgabe, der außerordentlichen Schwierigkeiten und Verantwortung bewusst sein, mit denen die Staatsleitung belastet ist. Gerade diese Haltung kann ihr vom Evangelium anbefohlen sein. Den innigen Wunsch hat die Kirche natürlich – und sie hat diesem Wunsche auch

mehrfach bei staatlichen Stellen Ausdruck gegeben - , dass bei Durchführung alles dessen, was die Staatsleitung zur Sicherung von Volk und Staat aus harten Notwendigkeiten heraus für erforderlich achtet und was naturgemäß viele Einzelne mit Härte trifft, jede mit der Sicherung des Vaterlandes vereinbare Milderung solcher Härten ins Auge gefasst wird. Und die Kirche bittet Gott, dass Er in Gnaden bald die Zeit kommen lassen möge, wo in unserem Vaterlande Kampf und Härte durch Frieden und Versöhnung abgelöst werden.

Die Kirche wird sich vor allem der notleidenden Judenchristen als ihrer Glieder durch Betätigung brüderlicher Liebe anzunehmen haben. Manches ist hier schon – vielfach in der Stille – geschehen.

Es muss noch betont werden, dass die rechttliche Stellung der Judenchristen in den deutschen evangelischen Landeskirchen durch die staatliche Gesetzgebung nicht berührt wird.

Kirche und Theologie haben sich in den letzten Jahrzehnten mit der Judenfrage nicht ernst und tief genug befasst. Was von kirchlicher Seite im In- und Auslande zu der Sache gesagt worden ist, scheint vielfach nur von humanitären Gesichtspunkten bestimmt zu sein, ohne dass eine Beziehung zum Worte Gottes erkennbar ist. Die Kirche ist hier in der gleichen Gefahr, in der sie sich gegenüber Erscheinungen wie dem Kommunismus und dem Kollektivismus befindet. Auch ihnen ist die Kirche als Kirche nur gewachsen, wenn sie aus der Tiefe des Evangeliums Grund und Kraft für ihre Haltung schöpft. Wenn daher in Zukunft in der Schwieirigkeit einer Stellungnahme zum Judenproblem Wandel geschaffen werden soll, so kann dies nur dann geschehen, wenn das Problem von allen Kirchen wirklich theologisch, vom Worte Gottes her gesehen und behandelt wird."

Kundgebung des Evangelischen Bundes, Landesverein Freistaat Sachsen (WNH 86):

„Der Evangelische Bund bekennt sich freudig zu der großen nationalen Erhebung und ihrem Führertum. Er sieht darin sein altes Kampfziel mit starken treuen Händen aufgenommen: „Wahre deutsche Volksgemeinschaft auf christlichem Glauben und deutschen Volkstum". Diese Volksgemeinschaft hat ihren gottgesandten Propheten in Martin Luther. Sein 450. Geburtstag ruft uns zu neuer Treue um den Deutschesten der Deutschen. In seinem Sinne und Geiste stellen wir unser Wollen und Tun für Kirche und Staat auf den einzigen Grund: Jesus Christus. Die Selbständigkeit der Kirche in dem ihr befohlenen Dienste am Evangelium und innere Freiheit in Sachen unserer Seelen Seligkeit: das ist uns Gewissenssache. Das legen wir unserem evangelischen Volk ans Herz!"

8. Juni 1933:

Billigung des Rücktritts von Kapler von seinen Ämtern durch den preußischen Kirchensenat

***Erklärung des deutschen Verbandes für Gemeinschaftspflege und Evangelisation* (vN 72f):**

„Liebe Brüder! Gottes hohe Hand hat durch den nationalen Aufbruch gewaltig in unser Volk eingegriffen. Durch den Sturmwind der nationaeln Bewegung hat er es von den glaubens- und vaterlandslosen Strömungen losgerissen und zurückgeführt zu den gottgegebenen Grundlagen in Ehe, Familie, Volk und Staat.

Dankbar anbetend stehen wir vor der Tat der großen Hand Gottes, aber auch in tiefer Beugung, dass wir unserm Volk in der vergangenen Zeit nicht krfatvoller und überzeugender durch Wort und Wandel das Evangelium nahegebracht haben. In dieser Zeitenwende hat uns der Herr große Gelegenheiten geschenkt, das alte Evangelium neu zu bezeugen in der gewaltigen Umschichtug unseres Volks, unter den jetzt Erwachten und auch unter den Verbitterten.“

8. – 10. Juni 1933:

Reichstagung der Deutsch-christlichen Studentenvereinigung (DCSV) in Neu-Saarow

10. Juni 1933:

Letzte Sitzung der SPD-Reichstagsfraktion

Unterredung zwischen Innenminister Frick und Bodelschwingh (GB, 82)

Brief von Otto Riethmüller an Wurm (Schäfer 2, 79f)

11. Juni 1933:

Rede des Bayrischen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert bei der Amtseinführung des Bayr. Landesbischofs Hans Meiser in Nürnberg (Nic I, 60 ff):

„…Wir sind hineingeboren in eine Zeit von ganz besonderer Größe. Was der Traum der Väter war, hat sich erfüllt; die Einheit des Deutschen Reiches, die innere nationale Geschlossenheit hat uns der vom Himmel geschenkte Führer Adolf Hitler gegeben. Wir werden uns ihrer würdig erweisen, indem wir uns freudig zu dem Höchsten bekennen, zur Kirche,

zur deutschen Kirche….Staat und Kirche dienen in der neuen Zeit dem Volkstum und Gott, dem Deutschtum und dem Christentum…“

Wilhelm Menn: Die soziale Frage neu gestellt. Um das Heimatrecht des Arbeiters in Staat, Volk und Wirtschaft (DED 24/1933; vN 97 ff):

„Kurz, eine wirtschaftliche und soziale Neuordnung im Sinne eines Sozialismus, auch und gerade eines deutschen Sozialismus, bedarf tiefster sittlicher Kräfte. Wir sind gewiß, dass sie nur aus der Bindung an Gott gewonnen werden können, weil nur so der Volksgenosse uns wirklich zum „Nächsten“ wird, der ein Anrecht auf unseren Dienst und unser Opfer hat. In diesem Sinne sehen wir die Kirche aufgerufen. Das bedeutet nicht vorbehaltlose Zustimmung zu jeder Reform. Aber in jedem Falle gilt es innere Bereitschaft zu neuem Denken und zu neuem, entschlossenen Tun. Es hängt zuviel davon ab, dass die alten Fragen nun wirklich Antwort und Lösung finden.“

Kurt Siehe: Kampf für Sauberkeit und Zucht (DED 24/1933)

12. Juni 1933:

Müller bei Hitler

13. Juni – 15. Juli 1933:

Versammlungsverbote durch Heinrich Himmler in Bayern

14. Juni 1933:

Hammer Telegramm von 23 nationalsozialistischen und deutschchristlichen Pfarrern aus Westfalen an Müller: Unterstützung von Bodelschwingh

15. Juni 1933:

Telegramm der alten „Kirchenparteien“ an Reichsbischof von Bodelschwingh (vN 248):

„Kirche muss Kirche bleiben!
Wir grüßen den ersten Reichsbischof unserer evangelischen Kirche, Herrn D. von Bodeleschwingh.
Wir stehen zu ihm, da ihn unsere Kirche aus eigenem Recht durch ihre Bevollmächtigten berufen hat.

Wir stehen zu ihm, da er durch eine lange kirchliche Tätigkeit den Beweis des Geistes und der Kraft erbracht und sich damit als rechter Führer ausgewiesen hat.
Wir stehen zu ihm, da nichts anderes als christliches Wollen sein Tun bestimmt und er keiner Partei oder Bewegung, sondern allein unserem Erlöser Jesus Christus dienen will.
Wir stehen zu ihm, da er mit seinem evangelischen Glauben eine heiße, lange bewährte Liebe zu seinem deutschen Volk verbindet, für dessen Zukunft er alle Kraft einzusetzen gelobt hat.
Von Arnim-Kröchlendorf (evg.-lutherische Vereinigung)
Ernst Bunke, Pastor; Zimmermann, Superintendent (Positive Union)
Otto Schulz, Pfarrer, Freidrich Plath Pfarrer, Martin Perwitz Pfarrer (positiv-kirchliche Vereinigung Groß-Berlins),
Pfarrer Pflücker (Volkskirchliche Evangelische Vereinigung)
Justizrat Hallensleben, D. Alfred Fischer, D. Dr. Luther (Freunde der freien Volkskirche)"

Schreiben Müllers an den Kapleraussschuss (GB, 82)

Hitler lehnt Empfang Bodelschwinghs ab

Gesetz zur Gleichschaltung der Aufsichtsräte von Körperschaften des öffentlichen Rechts (Walk 30) (vN 55f)

16. Juni 1933:

Rede von Rust bei der Verkündigung der studentischen Arbeitspflicht (Friedrichs 1, 297 ff)

17. Juni 1933:

Baldur von Schirach wird Reichsjugendführer (Friedrichs 1, 73)

Eingabe von Marahrens an den Reichskanzler: Bitte um Empfang

(Klügel 14 ff)

Aufruf der „Landeskirchlichen Sammlung" Hannovers (Klügel 20f):

„In dieser Stunde kommt es auf eins an: Kirche muss Kirche bleiben, Kirche muss Kirche werden."

Vortrag von Hanns Rückert in Tübingen über die Grundlagen der GDC (Schäfer 2, 170 ff)

Brief von Gerhard Kittel an Bodelschwingh (Schäfer 2, 176 ff)

Proteste von DC-Kundgebungen gegen Bodelschwingh (GB 85)

18. Juni 1933:

Horst Schirmacher: Die neue Kirche (Lobpreis auf Ludwig Müller)

(EDR 25/1933)

Fritz Weigt: „Hin zur Missions- und Volkskirche. Der Dienst der männlichen Diakonie“ (EDR 25/1933)

19. Juni 1933:

Versammlung der Deutschen Studentenschaft zugunsten der DC in Berlin

20. Juni 1933:

Verfügung des Reichsjustizkommissars Dr. Frank über den ständischen Aufbau der deutschen Juristenschaft

Auflösung des deutschnationalen Kampfrings durch den Preußischen Innenminister (Friedrichs 1, 64)

Kundgebung der Jungreformatorischen Bewegung mit mehreren tausend Teilnehmern im Schöneberger Rathaus (JK 23)

21. Juni 1933:

Auflösung der deutschnationalen Kampfstaffeln (Friedrichs 1, 64)

Eingliederung des „Stahlhelms“ „in die nationalsozialistische Bewegung“

(Friedrichs 1, 73f)

Rücktritt von Kapler (GB 1934, 84)

Bildung einer Einheitsfront von unierten, reformierten und lutherischen Theologen und Gemeindegliedern im Rheinland

Wahl des Generalsuperintendenten des Rheinlandes Ernst Stoltenhoff zum kommissarischen Präsidenten des EOK (JK 1933, 47 ff)

Entlassung des Leiters der Kirchenabteilung im Preußischen Kultusministerium Dr. Trendelenburg, Ersetzung durch Landesgerichtsrat August Jäger

Politische Loyalitätserklärung der Jungreformatorischen Bewegung (vN 266f):

„Uns, der Jungreformatorischen Bewegung, geht es allein und entscheidend um die Reformation der Kirche und um die religiöse Erneuerung unseres Volkes. Wir haben aus dem großen politischen Kampf Adolf Hitlers gelernt, dass Halbheiten in der Sache immer nur schädigend sind. In welchem Zusammenhang steht die angeführte Anordnung der Glaubensbewegung Deutsche Christen mit dem Wort Hitlers: „Wer über den Umweg einer politischen Organisation zu einer religiösen Reformation kommen zu können glaubt, zeigt nur, dass ihm auch jeder Schimmer vom Werden religiöser Vorstellungen oder gar Glaubenslehren und deren kirchlichen Auswirkung abgeht“?

Wir stehen wahrhaft auf dem Boden des neuen deutschen Staates, wenn wir mit Leidenschaft und Entschlossenheit dafür kämpfen, dass der Kampf um die Erneuerung der Kirche allein als kirchlicher und religiöser Kampf geführt wird.

Nationalsozialisten in der Jungreformatorischen Bewegung

Es hat sich eine Arbeitsgemeinschaft von Nationalsozialisten in der Jungreformatorischen Bewegung gebildet, die auf dem Boden des Kampfprogramms der J.B. stehen und für den Reichsbischof Bodelschwingh eintreten.

Ausweisung von Friedrich Siegmund-Schultze, Herausgeber der Zeitschrift „Die Eiche“, wegen Hilfe für Juden (Scholder 327)

Diskussion zwischen DCern und Jungreformatoren (Schäfer 2, 196 ff)

Erscheinen der „Jungen Kirche“, Hrsg. Hanns Lilje unter Mitarbeit von Fritz Söhlmann

Brief von Hindenburg an Bodelschwingh (Nic I, 59f)

Schreiben von Kapler, Ihmels, Stange u. a. an ausländische Kirchenführer

22. Juni 1933:

Endgültiges Verbot der SPD (Friedrichs 1, 64 ff)
Verhaftungen von Abgeordneten der BVP, der DNVP, der SPD und des Zentrums

Adrian von Renteln, Führer des „NS-Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand“ wird Präsident des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes

Verfügung von Robert Ley gegen konfessionelle Arbeitervereine (Nic I, 66f):

„Mit der Bildung der Deutschen Arbeitsfront sollte der Vielheit der Arbeitnehmer- und Unternehmerorganisationen gegenübergetreten werden. Nicht allein sollte damit der letzte Unterschlupf des Marxismus getroffen werden, sondern es sollte auch die unglückselige Zerklüftung der deutschen Arbeitsmenschen behoben werden. Kleinliche und eigensüchtige Subjekt wollen diese große revolutionäre Tat nicht anerkennen und versuchen, mit Nachbildungen und Selbsthilfeorganisationen diese Arbeit zu schwächen.
Es ist der Wille des Führers, dass außer der Deutschen Arbeitsfront keinerlei Organisationen mehr, weder der Arbeitnehmer noch Arbeitgeber existieren. Ausgenommen sind der ständische Aufbau und Organisationen, die einzig und allein der Fortbildung im Berufe dienen.
Alle übrigen Vereine, auch sogenannte katholische und evangelische Arbeitervereine, sind als Staatsfeinde zu betrachten, weil sie den großen Aufbau hindern und hemmen. Deshalb gilt ihnen unser Kampf, und es ist höchste Zeit, dass sie verschwinden.“

Sitzung der lutherischen Kirchenführer (Meiser 6 ff)

Kundgebung des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes zur nationalen Erhebung:

„Der deutsch-evangelische Frauenbund bekennt sich zu Gott als den Herrn der Zeiten. Er nimmt die nationale Erhebung, die wir erleben durften, mit tiefem Dank aus seiner Hand.

Der Kirche verantwortlich zugeordnet, steht der Deutsch-Evangelische Frauenbund mit ihr freudig hinter der nationalen Regierung.“ (vN 72)

Rede Bonhoeffers „Der Kampf um die Kirche“ vor Berliner Studentenschaft, Gegenredner Emanuel Hirsch, Cajus Fabricius und Erich Vogelsang (JK 1, 22f; DBW 12, 81 ff)

Rundfunkübertragung der Feierlichkeiten für den 50. Geburtstag von Ludwig Müller in der Berliner Philharmonie (EDR 26/1933)

Lutherische Bischofskonferenz in Eisenach

(Tutzinger Texte 94 ff; Meiser 6, 39)

Sitzung des DEKA mit Ansprache von Simon Schöffel (Tutzinger Texte 96f)

Brief von Marahrens an Propst v. Issendorf (Klügel 16f)

Aufruf von Hossenfelder und Themel: Die soziale Botschaft der „Deutschen Christen“:
Gott will Volk! (KJ 30; vN 190 ff):

„Die Deutschen Christen sind die SA Jesu Christi im Kampf zur Vernichtung der leiblichen, der sozialen und geistlichen Not. Sie sind Kameraden in der Front des Christlichen und Nationalen Sozialismus.
Sie marschieren mit der Losung: „Deutschland durch Christus – ein Volk Gottes!“

„Ehe, Familie, Rasse, Volk, Staat und Obrigkeit sind uns Gottes Schöpfungsordnungen, die wir heilig halten; wo menschliche und völkische Sünde sie zerstört haben, suchen wir sie nach Gottes Gebot in ihrer Reinheit wiederherzustellen.
Mammonismus und Kapitalismus, Marxismus und Liberalismus, weltanschaulicher und praktischer Materialismus sind uns gottfeindliche Mächte. Sie zu bekämpfen und den Staat und das Staatsvolk in diesem Kampf zu unterstützen, ist uns heiligstes Anliegen. Sie haben nicht nur Volk, Staat und Wirtschaft untergraben, sondern auch die Verkündigung des Wortes Gottes bekämpft…
Wie die nationalsozialistische Freiheitsbewegung die Keimzelle eines neuen Volkes ist und zu dem Ziel marschiert: „Es muss deutsches Volk werden“, so sind die Deutschen Christen gerufen, Keimzelle der neuen deutschen evangelischen Kirche zu sein, und sie marschieren mit dem Ziel: „Es muss Kirche werden.“…
Die soziale Arbeit der Deutschen Evangelischen Kirche bejaht das soziale Wunder des Volkwerdens in der nationalsozialistischen Revolution; sie will das neu erwachte und neu werdende Deutsche Volk mit dem Geist des Wortes

Gottes erfüllen, damit ein neues völkisches und soziales Christuswollen in der gesamten Volksgemeinschaft zum Durchbruch kommt.“

23. Juni 1933:

Erlaß des Preußischen Ministers des Inneren über ein Betätigungsverbot für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Friedrichs 1, 64 ff)

Grußwort des Landesbischofs Meiser an die Evangelische Jugend (vN 93)

23./24. Juni 1933:

Außerordentliche Tagung des DEKA und des Kirchenbundesrats in Eisenach (Meiser 23f, 40 ff, 48 ff; Schäfer 2, 136 ff)

23. – 26. Juni 1933:

Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Greifswald (Programm: Mitgliederblatt Mai/Juni 1933)

24. Juni – 14. Juli 1933: Staatskommissariat in Preußen (Nic 67 ff)

Telegramm von Rust an die Kirche der altpreußischen Union:

„Die Lage von Volk, Staat und Kirche verlangt Beseitigung der vorhandenen Verwirrung. Ich ernenne deshalb den Leiter der Kirchenabteilung im preußischen Kultusministerium, Jäger, für den Bereich sämtlicher ev. Landeskirchen Preußens zum Kommissarmit der Vollmacht, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

August Jäger übernimmt sein Amt mit folgender Verfügung (Nic 1, 27):

„1. Getragen von der Verantwortung gegenüber dem Werk der Reformation und beseelt von dem unbeugsamen Willen, der Zerrissenheit im Kirchenvolk ein Ende zu machen, hat mich der Herr preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zum Kommissar für sämtliche evangelische Landeskirchen Preußens mit der Vollmacht bestellt, die zur Beseitigung der vorhandenen Verwirrung und zur Verhütung weiterer Zerreißung und Aufspaltung erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

2. Ich übernehme hierdurch die Führung der Geschäfte der sämtlichen evangelischen Landeskirchen Preußens. Ich beauftrage mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte die bisherigen Stellen.
3. Der Geschäftsverkehr der evangelischen preußischen landeskirchen mit dem Deutschen Evangelischen Kirchenbund erfolgt ausschließlich über meine Person.
4. Ich beurlaube mit sofortiger Wirkung den Vizepräsidenten EOK Hundt in Berlin und den Generalsuperinetendenten Schian in Breslau.
5. Ich löse mit sofortiger Wirkung sämtliche gewählten Kirchenvertretungen in den evangelischen Landeskirchen Preußens auf.
6. Weitere Anordnungen folgen.“

Entlassung der meisten Mitglieder des EOK und Ernennung von Bevollmächtigten, Berufung nur von DCern

Verordnung von Jäger an alle Ober-, Regierungs- und Polizeipräsidenten:

„Da der Staat im Interesse seiner selbst, des Volkes und der Kirche Widerstände irgendwelcher Art nicht dulden kann, den Versuch solcher Widerstände vielmehr als Volks- und Staatsverrat betrachten müsste, so ersuche ich, schärfstes Augenmerk darauf zu richten, dass meine Anordnungen und die meiner öffentlich bekanntgemachten Bevollmächtigten nicht sabotiert werden. Ein solcher Versuch wäre Revolte und Auflehnung gegen die Staatsautorität, die sofort zu unterdrücken wären. Dem Wesen der Kirche und des religiösen Lebens entsprechend ersuche ich zwar schonend, jedoch mit voller Bstimmtheit, diese meine Auffassung durchzuführen.“

Erklärung von Bodelschwingh:

„Durch die Einsetzung eines Staatskommissars für den Bereich sämtlicher evangelischer Landeskirchen Preußens ist mir die Möglichkeit genommen, die mir übertragene Aufgabe durchzuführen. Das nötigt mich, den mir vom DEKB erteilten Auftrag zurückzugeben.“

<u>24. Juni 1933:</u>

Zerschlagung der Christlichen Gewerkschaften

Rücktritt von Bodelschwingh: „Wort an alle, die unsere Deutsche Evangelische Kirche lieben“ (JK 14f):

„Die Hoffnung auf eine im Glauben und Dienst geeinte evangelische Kirche bewegt die ganze deutsche Christenheit. Die ersten Schritte zu diesem Ziel sind getan. Zu ihnen sollte die Schaffung eines Reichsbischofsamtes kommen.

Durch die Bevollmächtigten des Kirchenbundes wurde ich zu diesem Amt bestimmt. Nur im Gehorsam gegen Gott habe ich es übernommen.

Durch die heute erfolgter Einsetzung eines Staatskommissars für den Bereich sämtlicher evangelischer Landeskirchen Preußens ist mir die Möglichkeit genommen, die mir übertragene Aufgabe durchzuführen. Dadurch wude ich genötigt, dem heute hier versammelten Kirchenausschuss den mir von seinen Bevollmächtigten erteilten Auftrag zurückzugeben.

Damit ist aber nicht der Auftrag hinfällig geworden, den ich aus Gottes Hand übernommen habe. Ich scheide nicht aus der innersten Verpflichtung, die mir die vergangenen Wochen auferlegt haben. Ich will gerne und in diesem Sinn ein „Bischof und Diakon", d. h. ein „Aufseher und Diener" der deutschen Kirche bleiben.

Auf den brandenden Wogen der Zeit schwankt ihr Schiff; und manches, was morsch in ihr war, wird vom Sturm zerschlagen. Wir wollen uns vor diesem Sturm nicht fürchten, durch den Gott alte Formen vergehen lässt, um Neues zu gestalten.

Wir wünschen uns eine junge, lebendige Kirche, in der geistliche Dinge geistlich behandelt werden und in der Bekenntnis und Verkündigung frei bleiben von allen politischen Machtmitteln.

Der Kampf um diese innerlich freie Kirche des Evangeliums geht weiter. Er ist zugleich der Kampf um die Seele und um die Zukunft unseres Volkes.

Bei diesem Kampf sehe ich um mich her eine große Bundesgenossenschaft. Ungezählte haben sich während der vergangenen Wochen mit ihrer Arbeit und mit ihrem Gebet hinter mich gestellt. Ihnen allen reiche ich in dankbarster Treue die Hand. Ich bitte sie, nicht zu verzagen sondern im Glauben und Bekennen nur fester zu werden. Die Gemeinden und Vereinigungen, die mich durch ihre Kundgebungen gestärkt haben, rufe ich auf, im Ringen um die Zukunft der Kirche nicht müde zu werden.

Dabei wollen wir mit Ernst von der Oberfläche dieses Kampfes in die Tiefe steigen. Das erbitte ich besonders von allen Brüdern im Amt. Je weniger wir übereinander schelten und je mehr wir füreinander beten, desto eher können wir Führer unserer Gemeinden und unserer Kirche, auch auf neuen Wegen, sein. Ich rufe auf, überall Kreise zu sammeln, die zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Gebet willig sind.

Unsere Hoffnung steht nicht bei Menschen, sondern bei dem lebendigen Gott; und der Grund unserer Kirche bleibt unerschüttert. Denn der Herr Christus ist unter uns mit Seinem Geist und mit Seinem Wort. Das macht uns getrost und, wenn es sein soll, auch zum Leiden bereit. Was in den letzten Wochen gelitten und gekämpft wurde, ist gewiß nicht umsonst gewesen. Was aber menschlicher Irrtum war und menschliche Schuld, das stellen wir unter Gottes vergebende Gnade.

Ich traue auf den allmächtigen Herrn und Gott, dass Er unserem geliebten Vaterland durch diese Stürme hinduchhilft. In diesem Glauben rufe ich auf, miteinander dafür einzustehen, dass unsere evangelische Kirche erhalten bleibe als ein Werkzeug Seines Segens für unser Volk und für die Welt. Wenn wir aber dunkle Wege geführt werden, so steht darüber die leuchtende Gewissheit: Gott wird sich so verhalten, dass du dich wundern wirst."

Zum Ganzen: „Der Staatskommissar und seine Beauftragten"

(GB 85,87,89,91,92)

Rückzug der Jungreformatorischen Bewegung mit einem Flugblatt von Künneth, Lilje und Niemöller (Schäfer 2, 205):

„Die eigentliche und entscheidende Aufgabe der Jungreformatorischen Bewegung – die Arbeit an der inneren Sammlung der Kirche durch Einsatz aller ihrer Kräfte in Theologie und Gemeinde – bleibt nicht nur bestehen, sondern ist gerade jetzt als die entscheidende Aufgabe anzusehen und und in vollem Umfange zu betreiben. Damit greift die Jungreformatorische Bewegung ihre ursprüngliche Linie wieder auf; wir hoffen, gerade durch diesen Verzeicht für die innerkirchliche, theologische und gemeindliche Arbeit wieder in vollem Umfange frei zu werden."

Besetzung des Hauses des Ev.Presseverbandes (Prof Hinderer) durch die SA, Jäger und Müller:

„Die Herren Privatdozent Dr. Hans Michael Müller in Jena und Stadtverordneter Max Grevemeyer in Berlin sind kommissarisch mit der Übernahme der Geschäftsführung …beauftragt."

Röcker: Gemeindegedanke und Führergedanke in der ev.-luth. Kirche

(DED 26/1933)

Friedrich Bartsch: Evangelische Kirche und Arbeitsdienstpflicht (ebd.)

<u>24./25. Juni:</u>

Karl Barth: „Theologische Existenz" (München 1933):

- ***Absage an die Kirchenbehörden (vN 277 ff)***
- ***Absage an die deutschen Christen (ebd. 281 ff)***
- ***Absage an die Jungreformatorische Bewegung (ebd. 284 ff)***

Rezension der Schrift durch Hermann Mulert (ebd. 288f)

Gedanken von Hanns Lilje (JK 1, 137 ff)

Wort der GDC zur kirchlichen Lage (Schäfer 1, 413f):

„Und die evangelische Kirche?

Wir stehen mitten drin in der Revolution, die mit der Berufung Adolf Hitlers um die Führung des Reiches eingesetzt hat. Echte Revolution hat das an sich, dass sie schlechthin alles erfasst. Staat und Wirtschaft, Kunst und Erziehung, öffentliches und privates Leben, alles soll in der Glut eines unbändigen Willens zur Neugestaltung ein – und umgeschmolzen werden. Auch die evangelische Kirche ist hineingezogen in das große Wandlungsgeschehen, ja gerade sie ganz besonders. Denn sie hat sich seit den Tagen Luthers immer als deutsche Volkskirche gewusst… Es wäre nur ein Zeichen für volksfremde Unlebendigkeit unserer Kirche, wenn sie nicht durch die nationalsozialistische Revolution aufs tiefste bewegt würde. Wehe einer Kirche, die im falschen Sinn „zeitlos" sein wollte und auf die „Zeitlosigkeit" ihrer Botschaft sich beriefe, wo es gilt, die Gegenwart zu meistern und Stellung zu nehmen gegenüber den Fragen, die ein ganzes Volk umtreiben.

Die Kirche hat sich zu entscheiden. Gegenüber einer totalen Revolution gibt es keine Neutralität, keine Haltung des unbeteiligten Zuschauers.Hier ist das klare Ja oder Nein gefordert. Ein Weg, der an dieser eindeutigen Entscheidung vorbeiführen würde, wäre ein Weg am Volk vorbei. Und an seinem Ende stünde unweigerlich das Herabsinken der Volkskirche zur Sekte. Allzu viele im kirchlichen Lager haben den Entscheidungscharakter der heutigen Stunde noch nicht begriffen. Wie ist denn die Lage? Eine Revolution ist geschehen. Die nationalsozialistische Befreiungsbewegung hat den größten Teil unseres Volkes, vor allem die Jugend, gepackt. Für einen nicht geringen Teil ist der Umbruch nicht bloß ein politischer Vorgang geblieben, sondern ist tiefer gegangen und zum Anfang eines Umbruchs der ganzen geistigen Haltung geworden. Für den, der nicht nur die Oberfläche schaut, ist kein Zweifel: Ein neues Fragen nach Gott, Evangelium und Kirche hat angehoben., nicht so laut und vordringlich, wie die nach der politischen Gestaltung der deutschen Zukunft, manchmal noch verzerrt und belastet mit schiefen Vorstellungen, oft noch mehr unbewußtes Ahnen als klare Gewißheit. Aber das Fragen nach der Ewigkeit ist da. Das junge Deutschland steht vor den Toren der Kirche, dass sie ihm helfe, das schwere, deutsche Schicksal zu deuten und ihm gehorsam zu werden. Wir erleben heute eine Revolution, die nach der Kirche und ihrer Botschaft strebt… Müßte nicht eine evangelische Kirche, die wirklich Volkskirche sein will, die Stunde segnen, in der es zu einer Wandlung kam, die zur Welt des christlichen Glaubens eine bejahende Haltung findet? Müßte diese Kirche nicht alles tun, um diesem Ahnen, Drängen und Fragen um Gott und Kirche zum Durchbruch zu verhelfen, es zu klären, zu vertiefen und dahin zu führen, wo es zu einer

persönlichen Begegnung mit dem lebendigen Gott kommt? Und ist eine evangelische Kirche dazu tüchtig, wenn sie Kirche neben dem Volk sein will, anstatt Kirche für das Volk ztu sein? Wäre eine Kirche dazu geschickt, die zwar ja sagte zu dem Neuen, dieses Ja aber durch 100 Zusätze und Vorbehalte zum größten Teil abschwächte?

Und darf eine Kirche, die sich so einstellte, sich wundern, wenn die deutsche Freiheitsbewegung nun ihrerseits zwar Ja sagt zur Kirche, aber nun eben eine Ja mit so und so vielen Vorbehalten? …

Man höre doch auf, die heutige Führung des Staates zu verdächtigen, als wolle sie die Kirrche zum Werkzeug staatlicher Gewalt erniedrigen! Man freue sich vielmehr darüber, dass wir eine Regierung haben, welche die Kirche nicht als quantité négligeable als eine Art Luxus ansieht, sondern wirklich sich ihrer annehmen will…

Wir wollen eine wagende und bekennende Kirche, deren Ruf in den Reihen der deutschen Revolution gehört wird, weil er von einer Kirche stammt, die aus einer innersten Verbundenheit mit dem deutschen Schicksal dem deutschen Menschen vom Jahr 1933 das Evangelium sagt. Schließlich sind alle Fragen der äußeren Organisation zweiten Ranges. Wir halten daran fest, dass vordringlicher als alle Verfassungssorgen die innere Erneuerung unserer Kirche ist. Die äußere Gliederung, die eine Kirche sich gibt, ist nur dann sinnvoll und von Bestand, wenn sie Ergebnis und Ausdruck eines inneren Gestaltwandels ist. Darum geht es letztlich den „Deutschen Christen“ …“

25. Juni 1933:

Aufruf der altpreußischen Generalsuperintendenten unter Dibelius

(DEW 139)

25./26. Juni 1933:

Verhaftungswelle gegen Weimarer Politiker (u. a. Paul Loebe und Wilhelm Leuschner)

26. Juni 1933:

Aufruf Hitlers zur Vereinigung aller Verbände in den Organisationen der NSDAP (Domarus 281f)

Jäger beruft in den EOK Dr. Friedrich Werner als Staatskommissar und Hossenfelder als Geistlichen Vizepräsidenten, dazu weitere personelle Veränderungen (GB 87)

Aufruf von Dr. Werner an die Geistlichen (vN 85):

„Wir machen darauf aufmerksam, dass kirchenpolitische Betätigung sowohl von der Kanzel herunter als in den Gemeinden oder der sonstigen Öffentlichkeit wegen der damit unter Umständen verbundenen Kritik staatlicher Maßnahmen die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung besonders auf Grund der letzten scharfen Notverordnungen mit sich bringt. Wir empfehlen deshalb allen Geistlichen, von solcher kirchenpolitischen Betätigung Abstand zu nehmen. Jeder Angriff auf den Staat oder auf die vom Staat eingesetzten Organe, jeder Angriff auf die von solchen Organen vorgenommenen oder in Aussicht genommenen Maßnahmen wird disziplinare Ahndungen, nötigenfalls die Entfernung aus dem Amte zur Folge haben. Der Pfarrer hat lediglich der Verkündigung des Wortes Gottes zu dienen.“

Hossenfelder: Wort an die Gemeinden der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union (vN 86):

„..Bis zu der großen Stunde, da die evangelische Kirche des ganzen Reiches ihre neue Verfassung hat, bleiben Akte gegen die wohlgemeinte Absicht des Staates Akte des Ungehorsams, mögen sie kommen, von wem und woher auch immer. Wir rufen die Gemeinden hierdurch auf, sich freudig und tatbereit dem großen Werk der Neuordnung der Kirche, wie es nunmehr eingeleitet ist, lobend, betend, dankend und handelnd zur Verfügung zu stellen.

Wir vertrauen bei diesem Werke auf den allmächtigen Gott. Er segnet die, die aufrichtig Seine Kirche lieben und Seine Kirche wollen.“

Erich Stange: 7 Sätze von Kirche und Staat für die Junglutherische Arbeitsgemeinschaft (WNH 86f):

„1. Als unheilvolles Erbe der Spannung zwischen kirchlich und marxistisch bestimmten Staat, ja letztlich als Drachensaat der französischen Revolution, lebt heute noch in unserer kirchlichen Welt eine wirklichkeitsfremde und unlutherische Distanzierung von Kirche und Staat.

2. Schon ein Blick auf die lutherischen Kirchen ringsum, etwa diejeneigen Skandinaviens oder auch die reformatorischen anderer Länder müsste lehren, dass dem reformatorischen und besonders dem lutherischen Wesen nicht ein möglichst weiter Abstand zwischen kirchlichem und staatlichem Wesen entspricht, sondern eine möglichst enge Ehe.

3. Gewiß sind sie beide – Kirche und Staat – Gebilde eigener Wesenheit. Aber so, wie alles organische Wesen zuletzt aus der Hand eines und deselben Schöpfers kommt, so sind beide, Kirche und Staat, einander nicht entgegengesetzt, sondern verwandt.

4. Wenn das vergessen wurde, so hatte es zwei Ursachen: Ein spirutualistischer Kirchenbegriff verwechselte die Idee der wesenhaften Kirche mit der erscheinenden – jene, nur in dieser einen Wirkichkeit, ist eine

Fleischwerdung des Wortes und existiert deshalb nur in den Formen des Volkstums, darum aber auch nur in der Verbindung mit den Rechtsordnungen des Staates, der das Volkstum gestaltet. Die Schuld, dass das vergessen werden konnte, liegt zweifellos auch in der Entartung des modernen Staates im 19. Jahrhundert, der seines Ursprungs aus Gottes schöpferischen Kräften vergaß und dabei eine falsche „Neutralität" gegenüber der Kirche behauptete.

5. Aber unentschuldbar ist, wenn die Kirche heute einem Staat, der diesem Sündenfall gegenüber offenkundig und ausgesprochenermaßen Buße tut, ihre erzwungene Distanz festhält, statt ihm mit offenen Armen entgegenzukommen.

6. Gewiß: Es bleibt der Satz, dass man Gott mehr gehorchen müsse als den Menschen – auch den Gewalthabern des Staates; aber er tritt recht eigentlich erst dort in Kraft, wo Staat und Kirche so eng verbunden sind, wie es der Auftrag der Kirche irgend erlaubt.

7. So unantastbar also die Freiheit des Wortes, das die Kirche verkündet, bestehen muss, so irreführend ist es schlechthin, eine „Freiheit der Kirche vom Staat" zu fordern".

Entlassung von Otto Dibelius als Generalsuperintendent der Kurmark

Aufruf der altpreußischen Generalsuperintendenten an die Gemeinden (vN 81f):

„ .. Eine Persönlichkeit wie die des Pfarrers Hossenfelder in dem höchsten geistlichen Amt vermögen wir um unseres Gewissens willen nicht anzuerkennen…
Am kommenden Sonntag wollen wir diese ganze Not unserer Kirche im Gottesdienst vor das Angesicht des lebendigen Gottes bringen. Es soll ein Buß- und Betgottesdienst sein!"

Antwort von Dr. Werner: An die Superintendenten und Pfarrer der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union (vN 86f):

„Es ist uns der Inhalt eines Aufrufes der altpreußischen Generalsuperintenden an die Gemeinden zur Kenntnis gekommen, der geeignet ist, das Vertrauen zur gegenwärtigen Staatsführung auf das Schwerste zu erschüttern…

Der hier künstlich organisierte Widerstand richtet sich also gegen einen nur vermeintlichen, aber nicht wirklichen Gegner. Geistliche, die dem Aufruf der Generalsuperintendenten Folge leisten oder ihn verbreiten, werden disziplinarisch bestraft."

Erlass der Bevollmächtigten des Staatskommissars für Rheinland und Westfalen

Dr. Krummacher und Adler (DEW 140)

Dr. iur. et rer. pol. Gottfried Adolf Krummacher: Weltwirtschaftskrise und Christentum, Bonn 1933

27. Juni 1933:

Selbstauflösung der DVP und der DNVP (am 5. Juli Selbstauflösung aller Parteien beendet) (Friedrichs 66 ff)

Rücktritt von Hugenberg aus dem Kabinett (UF IX, 214 ff)

Gesetz über die Errichtung eines Unternehmens „Reichsautobahnen“

(Friedrichs 1, 221f)

Besetzung des Hauses des Ev. Presseverbandes (Direktor Prof. August Hinderer) durch Ludwig Müller mit Hilfe der SA., Übernahme der Leitung des Presseverbandes durch Hans Michael Müller und Max Grevemeyer

Rundfunkansprache des Staatskommissars Dr. Jäger (Nic I, 71 ff):

„Es war von Seiten des Staates nicht länger möglich, länger der Zerreißung des Volkes anzusehen, wie sie sich in dem unseligen Streit über die Reichsbischofsfrage zeigte. Eine solche Gefährdung der durch Adolf Hitler geschaffenen Volkseinheit war und ist nicht nur im Interesse des Staates, sondern gerade auch im Interesse der Kirche und des wichtigsten Teiles der Kirche, nämlich des Kirchenvolks unerträglich. Gerade weil es sich um den Schutz des Eigenlebens und der Eigengesetzlichkleit der Kirche als der Form religiösen Geschehens und religiöser Kultur handelt, muss für den Bereich der Kirche eine volle Freiheit der Entwicklung und Entfaltung nach dem ureigenen inneren Wesen der Kirche gewährleistet sein. Die Führung der Kirche stand diesen großen und ernsten Fragen und Aufgaben mit wenig Verständnis gegenüber. Dem Kirchenvolk blieb vorenthalten, was sein ureigenes Recht war, nämlich zu fordern, in unangestasteter Eigenart als lebendige Kirche in den großen Aufbau Deutschlands einbezogen zu werden. Das Vorgehen des Staates in der Kirchenfrage bedeutet deshalb nicht einen Eingriff des Staates in das religiöse Leben. Der Staat fühlte vielmehr die Verpflichtung, helfend und ordnend einzugreifen, um die Vorausetzungen für die Regelung der kirchlichen Fragen zu schaffen. Das Kirchenvolk und die Kirchen sollen nach Schaffung dieser äußeren Voraussetzungen in eigener

Selbständigkeit die Form und den Inhalt ihres religiösen Lebens bestimmen….
Der überlieferte Glaubensinhalt der evangelischen Bekenntnisse, das ihnen eigentümliche Glaubensleben, Denken und Fühlen, sowie die religiös und kirchlich wertvollen Einrichtungen und Bildungen in Einzelgemeinde und Kirche sollen keineswegs gehemmt oder angetastet werden. Die Eingliederung deutscher Art und deutschen Volkstums in die Kirche, wie sie von der nationalen Bewegung mit Recht gefordert wird, soll den Glauben der Väter in Lehre, Gottesdienst und Gemeinschaft nicht etwa verdrängen oder durch andere, dem christlichen Glauben nicht angemessene Elemente ersetzen, sondern vielmehr diesen christlichen Glauben verdeutlichen, klären und dem Volke, insnesondere in seinen der christlichen Kirche entfremdeten Teilen näher bringen und aufs neu lieb und wert machen; sie soll der nationalen Bewegung den unentbehrlichen religiös kirchlichen Unterbau liefern und Kirche und Volk sich einander aufss neue finden lassen.
Wir stehen in einem großen Werk. Es kann nicht geduldet werden, dass die Vollendung einer solchen, zunächst auf das Äußere, dann auf das Innere gerichteten Aufgabe von Kräften sabotiert wird, welche Kirche sagen und sich selbst meinen…. Der Staat kann im Interesse seiner selbst, des Volkes und der Kirche Widerstände niederer Art, die als Volks- und Staatsverrat betrachtet werden müssten, nicht dulden, sondern müsste sie als Revolte und Auflehnung gegen die Staatsautorität niederschlagen. Wir können und müssen… für die Abwendung des bolschewistischen Chaos Gott und seinem Werkzeug Adolf Hitler nicht genug Dank schuldig sein, denn nur das Bestehen der Nation ermäglicht das Bestehen einer geordneten und daurch arbeitsfähigen Kirche….“

Erlass des Staatskommissars an alle Ober- Regierungs- und Polizeipräsidenten in Preußen (Nic 1, 74):

„Das Vorgehen des Staates in der Kirchenfrage bedeutet nicht einen Eingriff des Staates in das Religionsleben. Das Vorgehen war vielmehr lediglich deshalb erforderlich, weil die Vewirrung der lage sich zu einer Gefahr für die durch Adolf Hitler geschaffene Volkseinheit auszuwirken drohte. Der Staat fühlt deshalb die Verpflichtung, helfend und ordnend einzugreifen, um die Voraussetzungen für eine Regelung der kirchlichen Lage zu schaffen…
Es wird sich empfehlen, mit den Pfarrern vorsorglich verwarnend zu sprechen.“

19 öffentliche Massenversammlungen der GDC (EDR-Berlin 95, 102)

Amtsübernahme des Staatskommissars Dr. Krummacher in Koblenz (vN 170 ff):

„Das Gebäude des Konsistoriums war beflaggt mit der Hakenkreuz – und schwarzweißroten Fahne. Vor dem Eingang hatten SA.-Männer vier hohe Masten aufgestellt und ein SA-Sturm und eine SA-Kapelle waren angetreten. Die Beamten und Angestellten des Konsistoriums und eine große Volksmenge hatte sich versammelt. Als der Staatskommissar mit seinen Mitarbeitern in Parteiuniform auf die Treppe des Konsistoriums trat, wurden unter Klängen des Präsentiermarsches die Flaggen gehisst…
Nach dem Deutsachlandlied und dem Horst-Wessel-Lied wies der Oberkirchenrat Siebert darauf hin, dass ein neues Blatt evangelischer Kirchengeschichte aufgeschlagen sei.
Eine Angestellte des Konsistoriums überreichte dem Staatskommissar einen Rosenstrauß. Mit dem gemeinsamen Lied „Ein feste Burg ist unser Gott" schloß die erhebende Feier."

Besprechung von Vertretern der süddeutschen Landeskirchen mit Fezer und Schumann (Meiser 54f)

Protestschreiben von Otto Dibelius an Jäger (vN 84f):

„Wie ich aus den Berichten der Zeitungen entnehme, haben Sie mich mit sofortiger Wirkung aus meinem Amte beurlaubt.
Es ist evangelischer Grundsatz, dass man der weltlichen Obrigkeit Gehorsam leisten soll, soweit das Gewissen dadurch nicht verletzt wird. Diesem Grundsatze getreu werde ich mich von allen Verwaltungsgeschäften, die zu den Obliegenheiten meines Amtes gehören, solange fernhalten, bis die Frage nach der Rechtsgültigkeit der von Ihnen getroffenen Anordnungen geklärt ist.
Das Kernstück meines Amtes bildet jedoch die geistliche Leitung meines Sprengels. Hier handelt es sich um bischöfliche und priesterliche Funktionen. Bischöfliche und priesterliche Funktionen aber können nur von der Kirche übertragen und von der Kirche zurückgenommen werden; auch von ihr nicht willkürlich, sondern nur wegen Irrlehre oder gemeiner Verbrechen. Darauf beruht die Unabhängigkeit und die Autorität des geistlichen Amtes. Aus diesen innersten Pflichten meines Amtes kann ich mich daher von keinem Staatskommissar beurlauben lassen. Sie bleiben meine Pflichten vor Gott. Ich muss sie erfüllen und werde sie erfüllen – vollends in dieser Zeit, in der wahrhaft geistliche Leitung in der Kirche nötiger ist als je. Und wenn mir die äußeren Möglichkiten sämtlich abgeschnitten werden, dann werde ich sie erfüllen durch den Dienst der Fürbitte für die Gemeinde und die Geistlichen meines Sprengels, der im Leben einer Kirche die stärkste aller Kräfte ist.
Ich denke bei dieser Erklärung nicht nur an das, was ich der Kirche schuldig bin. Ich denke ebenso an unser geliebtes deutsches Volk. Es ist unserm Volke nichts nötiger, als dass es Männer hat, die nach dem Wort der Heiligen Schrift zu leben wissen: Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen!
Eine Abschrift dieses Briefes ist allen Geistlichen der Kurmark zugegangen."

Ernst Gürtler: Ein Wort des Pfarrers an die Gemeinde (JK 18f)

Beflaggung der kirchlichen Gebäude (vN 87):

„Um der tiefen Verbundenheit der Kirche mit dem nationalen Staat, unter dessen starkem Schutz ihr irdischer Bestand, die ruhige Ordnung zu ihrem Neuaufbau und damit die freie Verkündigung des Evangeliums an das Deutsche Volk für alle Zukunft gewährleistet ist, sichtbaren Ausdruck zu verleihen, ordnen wir folgendes an:
Bei allen festlichen Anlässen in Kirche und Staat sind hinfort außer der Kirchenfahne auf den evangelischen Kirchen und kirchlichen Gebäuden die Hoheitszeichen des Reiches, schwarz-weiß-rote und Hakenkreuzfahne, zu hissen.“

Gestaltung der Gottesdienste am 2. Juli (ebd. 87):

„Aus Anlass des großen Werkes der Neuordnung der Kirche, das soeben eingeleitet ist, ordnen wir an:
Am Sonntag, den 2. Juli 1933 sind sämtliche Kirchen, Pfarr- und Gemeindehäuser und die kirchlichen Verwaltungsgebäude im Gebiet der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union außer mit der Kirchenfahne mit der schwarz-weiß-roten und der Hakenkreuzfahne zu beflaggen.
Der Gottesdienst an diesem Tage ist in Dank und Fürbitte festlich auszugestalten.“

Sitzung der lutherischen Kirchenkonferenz: Besprechung mit Müller, Jäger, Fezer u. a. (Meiser 55 ff)

Programm der GDC für die Kundgebung in Friedrichshain (JK 1, 40):

Beginn 4 Uhr:

1. Alte Kameraden, Marsch

2. Morgenblätter, Walzer

3. Gr. Phantasie aus der Oper Carmen

Begrüßung durch Kreisleiter Otto
Es spricht Pg. Rachner
4. Aufzug der Stadtwache, Salonstück
5. Im Zick-Zack, Potpourri
6. Kampflied Märkische Heide.
Es sprechen: Dr. Krause, Dr. Ziegenrücker, Pg. Bierschwale
7. Badenweiler Marsch
8. Maritana

9. Geschichten aus dem Wiener Wald.
Es spricht Pfarrer Dr. Freitag
10. 2 Fanfarenmärsche mit Fanfarentrompeten
Es spricht Pfarrer Peter
11. Einzug der Gäaste, aus Tannhäuser
Es spricht Pfarrer Hossenfelder
Danach: Huldigung für Wehrkreispfarrer Müller
Es spricht Wehrkreispfarrer Müller
Danach gemeinsamer Gesang: Ein feste Burg …
12. Argonner Marsch
13. Ouvertüre zu Dichter und Bauer
14. Ouvertüre aus der Oper „Das goldene Kreuz“
15. Heimatklänge
Es spricht Pfarrer Dietrich das Schlusswort
16. Großes Schlachtenpotpourrie
Gemeinsamer Gesang: Deutschlandlied, Horst-Wessel-Lied

Es haben ihren Besuch in Aussicht gestellt: Der Preußenführer Kube, der Arbeiterführer Engel, Gauinspektor Schacht, Kreisleiter Stadtrat v. Freyberg“.

28. Juni 1933:

Massenkundgebungen gegen den Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919

Selbstauflösung der Deutschen Staatspartei, früher DDP

Rede des Reichsinnenminsters Dr. Frick über die Rassengesetzgebung (Friedrichs 1, 196 ff; UF IX, 293 ff):

„…Wir müssen wieder den Mut haben, unseren Volkskörper nach seinem Erbwert zu gliedern, um dem Staat geeignete Führer zur Verfügung zu stellen. Wenn andere Völker und volksfremde Elemente uns auf diesem Wege nicht folgen wollen, so ist das ihre Sache. Ich sehe es als die größte Aufgabe und Pflicht der Regierung der nationalen Revolution an, die Aufartung und Bestandserhaltung unseres deutschen Volkes im Herzen Europas zu gewährleisten.“

Verfügung Müllers „Zur Behebung der Notstände in Kirche und Volk“

(KJ 26; Nic I 76):

„1. Die deutschen evangelischen Kirchen sind in einen Notstand geraten; die unbedingt nötige Einheit von Volk und Kirche ist in Gefahr.

2. Dieser Notstand erfordert außerordentliche Maßnahmen. Im Einvernehmen mit dem Herrn Staatskommissar für die evangelischen Landeskirchen Preußens übernehme ich daher, um der Kirche und um des Evangeliums willen als Bevollmächtigter des Herrn Reichskanzlers die Leitung des Evangelischen Kirchenbundes.

3. Ich übernehme insbesondere den Vorsitz im Kirchenbundesrat, die Berfugnisse des Kirchentages, des Kirchenausschusses und seiner Unterausschüsse.

Mit Gottvertrauen und dem Bewusstsein meiner Verantwortung vor Gott und unserem Volk gehe ich ans Werk, gehorsam der Wahrheit des reinen und lauteren Evangeliums Jesu Christi.“

„In Verfolg der vorliegenden Verfügung beurlaube ich mit sofortiger Wirkung den Bundesdirektor des Kirchenbundesamtes Dr. Hosemann. Mit der weiteren Durchführung der Verfügung zur Übernahme der Geschäft des Kirchenbundesamtes beauftrge ich Hernn Admiral Meusel.“

Telegramm des Staatskommissars an die ApU (Nic I, 76f):

„2. Für die unverzügliche Neubildung der aufgelösten gewählten kirchlichen Vertretungen verordne ich wie folgt:

Die kirchlichen Vertretungen werden wieder hergestellt durch Ernennung von Mitgliedern. Die Ernennung erfolgt durch meine Bevollmächtigten.“

Die Neuordnung bei den Verbänden (DEB 239f)

Anordnungen von Jäger (GB, 87f)

Unterredung von Pfarrer Backhaus mit Hitler, Aufzeichnung von Kurt Scharf (Nic I, 94 ff)

Brief von F. von Bodelschwingh an Dr. Werner (DEW 141f)

<u>29. Juni 1933:</u>

Brief von Kapler an den Reichskanzler

Lange Rede des Preußischen Kultusministers auf einer Massenversammlung der „Deutschen Christen“ (Nic 77 ff). Am Schluß des Berichtes heißt es:

„Das evangelische Kirchenvolk, so schloß der Minister, ist ergriffen von der Sehnsucht nach Einigkeit. Es will, dass dem Streit ein Ende gemacht wird. Wenn einer das Recht hat, sich auf Gott zu berufen und an ihn zu glauben, so ist es der Mann, der mit sieben Arbeitern anfing, ein Volk aufzubauen. (Stürmischer Beifall) Wenn einer sich auf Gott berufen darf, so ist er es, denn ohne Gottes gütige Vaterhand, ohne seinen Segen, stünde das Volk nicht dort, wo es steht.
Es ist ein unbegreifliches Wunder, das Gott an unserem Volk getan hat. Darum stehen wir auch weiter unter seiner gütigen Hand. Wir glauben an Dich, Gott, wir wollen eine frommes Volk der Kämpfer sein.
Die Versammlung stimmte spontan das Lutherlied an.“

Rundfunkrede des Kultusministers, Zusammenfassung (DEW 142f):
„Die verschiedensten Organisationen kämen jetzt und verlangten Selbstbestimmung. „und nun stellt sich auch die Kirche ein und glaubt, ihr solle ihr Recht genommen werden. Aber – wenn man den begriff „Autonomie“ übertreibt, wenn man alle möglichen Organsisationen unter falscher Deutung dieses Begriffs ihren Weg gehen lässt, dann landet man schließlich bei der Anarchie… Ich habe feierlich zu erklären: die verantwortliche Leitung der Altpreußischen Kirche hat das Konkordat gebrochen und den Vertrag zwischen uns und ihr zerstört.“ Die Kirche habe im Kampf gegen Gottlosentum und Bolschewismus nicht die nötige Opferbereitschaft gezeigt. „Sie haben geglaubt, Märtyrer zu werden und vor das Volk zu treten. Dazu hatten sie jedoch die Gelegenheit, als das Volk durch die Gottlosenbewegung bestraft wurde. Sie hatten Gelegenheit, vor den Staat zu treten, als er Hehler dieser Gottlosenbewegung wurde, als der Marxismus langsam aber sicher und methodisch alles, was aud den tiefsten Tiefen des Glaubens kam, verspottete und verhöhnte. Als es galt: Gott oder Teufel, als es galt: Jesus oder Bolschewismus. Da waren sie nicht da. Aber heute kommen sie und nennen sich Märtyrer. Wir haben Märtyrer; sie waren aber nicht im schwarzen Gehrock, sondern draußen im Heer Adolf Hitlers, und die haben nicht nur gekämpft für den Staat und Adolf Hitler, sondern auch für ihre Kirche und ihren Gott.“ Nach einem Rückblick um die Vorgänge um die Reichsbischofswahl fährt Rust fort: „Ich habe mich in diese Dinge nicht hineingemischt. Aber eins konnte ich nun nicht mehr mit ansehen: das waren die grauenhaften Erklärungen hin und her. Ich bin nicht ein grundsätzlicher Gegner jedes Kampfes; ich habe nie einen Kampf gescheut, der um große Prinzpien ging. Aber dieser Kampf um Verwaltungsfragen war nicht fruchtbar, sondern nur geeignet, die Freude an dem Wiedererstehen der Kirche zu zerstören. Denn das Volk wollte nicht eine Verwaltungsreform, sondern ein neues Leben der Kirche, eine Auferstehung der Reformation. Wäre aber jener Kampf weitergegangen, dann hätten wir am Ende das Ergenis gehabt, dass das Werk Luthers und der Reformation auseinandergebrochen wäre. – Als nun Herr Kapler ging,

ohne mir auch die geringste Mitteliung zu machen, da schien mir der Augenblick gkommen, diese sich verhärtenden Fronten innerhalb der Kirche aufzuweichen, indem eine Persönlichkeit des kirchlichen Lebens berufen wurde, die zu gleicher Zeit in innerlichster Verbundenheit mit der neuen völkischen Bewegung stand und von innen heraus die beiden Streitenden zu harmonischer Einheit zusammenzufügen vermochte. Es ist nicht mein Wille gewesen, auch nur eine Sekunde in die Kirche hineinzugreifen; ich wollte nur in dem Augenblick, als ich gemäß dem Konkordat verpflichtet war, zu der Nachfolge des Herrn Kapler Stellung zu nehmen, raten: „Wählt einen Mann, der die Fronten lockert und dem grauenhaften Krieg ein Ende macht!“ Die Antwort sei die Einsetzung eines kommissarischen Nachfolgers ohne Befragen des Kultusministers gewesen. „Das ist ein ganz perfider Streich von ihnen gewesen, der sehr schlecht zu ihrem geistlichen Talar und zu ihren frommen Worten passt. In diesem Augenblick habe ich einen Kommissar eingesetzt. Dieser hat nicht die Aufgabe, auf die Dauer die Kirche zu gängeln, er hat lediglich die Verbindung mit dem Kirchenvolk herzustellen.“

Brief einiger Berliner Theologen an den Reichskanzler Hitler (JK 29 ff; vN 82 ff):

„Wenn die übergroße Mehrheit der Pfarrer die Deutschen Christen ablehnt, … so geschieht das nicht aus politischen, sondern aus Glaubensgründen. Sie sind der Überzeugung, dass gerade die radikalen Elemente der Deutschen Christen eine für Kirche und Staat gleich verhängnisvolle politische Verfälschung des Evangeliums heraufbeschwören, gegen die sie sich mit Gut und Blut wehren, weil sie freudig dem Staat geben, was des Staates ist, aber auch und nur Gott geben wollen, was Gottes ist.“

Bekenntnis westfälischer Pfarrer aus der Synode Bielefeld („Bielefelder Bekenntnis“) (KJ 32f; Schmidt 1, 164f):

„Anläßlich der Ernennung des Staatskommissars für die evangelischen landeskirche in Preußen erheben wir als berufene Verkündiger des Wortes Goottes und als Führer unserer Gemeinden unsere Stimme:

1. Wir verwahren uns dagegen, dass man unseren im Amt stehenden Generalsuperintendenten die Möglichkeit nimmt, nach ihrem Gewissen zu ihren Gemeinden zu reden. Wir sind entschlossen, unseren kirchlichen Führern Gefolgschaft zu leisten.

2. Die Ernennung des Staatskommissars empfinden wir als unerträgliche Verletzung der Freiheit der Kirche.

3. Wir bedauern, dass durch die Ernenung des Staatskommissars unser Reichsbischof D. von Bodelschwingh gezwungen worden ist, auf die Ausübung seines Amtes vorläufig zu verzichten.

4. Es ist uns selbstverständlich, dass die evangelische Kirche unserem Volke mit ganzer Hingabe dient. Aber dieser Dienst kann nur dann wohl ausgerichtet werden, wenn das Leben der Gemeinden und die Verkündigung des Evangeliums nicht unter poilitischen Druck gesetzt werden.

5. Um unserer Verpflichtung auf die kirchlichen Bekenntnisse willen erheben wir schärfsten Einspruch gegen die Einsetzung von geistlichen Führern und kirchlichen Körperschaften durch den Staatskommissar.

6. Nicht nur aus Paritätsgründen gegenüber der römisch-katholischen Kirche, sondern aus Gründen der Gerechtigkeit und Billigkeit fordern wir Freiheit für die evangelische Kirche, Freiheit vom Staatskommissar, Freiheit für die Verkündigung, auch in Presse und Rundfunk, Freiheit zur selbständigen Gestaltung des kirchlichen Neubaues und Wiedereinsetzung der durch den Staatskommissar gemaßregelten kirchlichen Führer in ihr Amt.

7. Wir berufen uns für unsere Forderungen dankbar auf die Stellungnahme des Reichskanzlers zu kirchlichen Fragen, wie wir sie aus seinem programmatischen Werk und aus seiner programmatischen Reichstagsrede kennen und mit Freuden begrüßt haben.“

Anordnung, dass am Sonntag, dem 2. Juli „sämtliche Kirchen, Pfarr- und Gemeindehäuser und die kirchlichen Verwaltungsgebäude im Gebiet der ev. Kirche der altpreußischen Union außer mit der Kirchenfahne mit der schwarzweißroten und der Hakenkreuzfahne zu beflaggen sind. Der Gottesdienst an diesem Tage ist in Dank und Fürbitte festlich auszugestalten.“ (GB 91)

In allen Gottesdiensten soll ein Wort von Hossenfelder verlesen werden:

„Es geht heute darum, die Kirche aus ihrer Ordnungslosigkeit zu erlösen, ihr durch eine Neuordnung erst zur wahren Entfaltung ihrer Kraft allein aus dem Glaubensgrunde der Reformation heraus zu verhelfen. Dass es der Staat ist, der Voraussetzungen zur Lösung reiner Ordnungsfragen der Kirche bei der Verwirrung der gegenwärtigen Lage schafft, darf einen evangelischen, in den Grundanschauungen der Reformation erzogenen Christen nicht Wunder nehmen. Die Verkündigung des Evangeliums selbst und der seelsorgerliche Auftrag, den die Kirche allein von ihrem erhöhten Herrn und Heiland Jesus Christus hat, wird dadurch nicht berührt. Alle die, die um eine sichere Gestalt unserer Kirche in dem großen Umbruch dieser Zeit besorgt sind, müssen daher tief dankbar sein für die große Last und Bürde, die der Staat bei all seinen ungeheuren Aufgaben auch noch mit der Neuordnung der Kirche

übernommen hat. –Bis zu der großen Stunde, da die evangelische Kirche des ganzen Reiches ihrer neue Verfassung hat, bleiben Akte gegen die wohlgemeinte Absicht des Staates Akte des Ungehorsams, mögen sie kommen, von wem und woher auch immer. Wir rufen die Gemeinden hierdurch auf, sich freudig und tatbereit dem großen Werk der Neuordnung der Kirche, wie es nunmehr eingeleitet ist, lobend, betend, dankend und handelnd zur Verfügung zu stellen. Wir vertrauen bei diesem Werke auf den allmächtigen Gott. Er segnet die, die aufrichtig seine Kirche lieben und seine Kirche wollen.“

30. Juni 1933

Verordnung Adolf Hitlers über die Aufgaben des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda (Friedrichs 1, 340 ff; Münch 159 ff)

Schreiben Hindenburgs an Hitler (Nic I, 83):

„Die Auseinandersetzung in der evangelischen Kirche und die Gegensätze, die zwischen der preußischen Staatsregierung und der Leitung der preußischen evangelischen Landeskirche entstanden sind, erfüllen mich als evangelischen Christen wie als Oberhaupt des Reiches mit ernster Sorge. Zahlreiche an mich gerichtete Telegramme und Zuschriften bestätigen mir, dass die deutschen evangelischen Christen durch diese Auseinandersetzungen und durch die Sorge um die innere Freiheit der Kirche aufs tiefste bewegt sind. Aus einer Fortdauer oder gar einer Verschärfung dieses Zustandes muss schwerster Schaden für Volk und Vaterland erwachsen und die nationale Einheit leiden. Vor Gott und meinem Gewissen fühle ich mich daher verpflichtet, alles zu tun, um solchen Schaden abzuwenden. – Aus meiner gestrigen Besprechung dieser Fragen mit Ihnen, weiß ich, dass Sie, Herr Reichskanzler, diesen Sorgen volles Vertständnis entgegenbringen und bereit sind, auch Ihrerseits zur Überbrückung der Gegensätze mitzuhelfen. Deshalb habe ich die Zuversicht, dass es Ihrer staatsmännischen Weltsicht gelingen wird, durch Verhandlungen sowohl mit den Vertretern der beiden im

Widerstreit befindlichen Richtungen der evangelischen Kirche als auch mit den Vertretern der preußischen Landeskirchen und den Organen der preußischen Regierung den Frieden in der evangelischen Kirche wieder herzustellen und auf dieser Grundlage die angestrebte Einigung der verschiedenen Landeskirche herbeizuführen.“

Schreiben des Reichsinnenministers an Ludwig Müller (Nic I, 83f)

Schreiben des Staatskommissars an seine Bevollmächtigten (Nic I, 84 ff)

Einsetzung von Frick durch Hitler für eine schnelle Erledigung der kirchlichen Einigungsbestrebungen

Einsetzung eines Landesbischofs (Friedrich Coch) durch den sächsischen Innenminister (Nic I, 98f)

Brief von Bodelschwingh an den kommissarischen Präsidenten des EOK

(GB, 88)

Juni 1933:

Gründung des jüdischen Kulturbundes zur Förderung der Auswanderung.
Zahl der Juden in Deutschland: 499.000 (O,76 % der Gesamtbevölkerung)
Etwa 37.000 Juden verließen 1933 Deutschland

Juni 1933:

Georg Wünsch: Die christliche Aufgabe im Zeitenwandel (vN, 94 ff)

Wilhelm Menn: Die soziale Frage neu gestellt (ebd. 97 ff)

Helmuth Kittel: Christliche Erziehung im Dritten Reich (ebd. 100 ff)

Friedrich Gogarten: Der göttliche Auftrag der Kirche in der Zeit (ebd. 102 ff)

Der Kampf gegen den Bolschewismus (ebd. 105 ff)

Aufruf der Braunschweigischen Kirchenregierung (ebd. 108)

Kundgebung des Landesbischofs Schleswig-Holstein (ebd. 108 ff)

Rudolf Bultmann: Die Aufgabe der Theologie in der gegenwärtigen Situation

(Theologische Blätter Nr. 6)

Winckler: Die Forderung Gottes an den Staat (Evangelisches Westfalen Juni 1933)

Artikel über die „neuen Männer“ (ebd.):

„Adolf Hitler. Es ist wohl selbstverständlich, dass er den Reigen eröffnet. Nicht nur, weil er als Reichskanzler der `Chef der Reichsregierung` ist, sondern auch deshalb, weil die Sammlung derjenigen Kräfte, die den Umschwung bewirkt haben, hauptsächlich sein Werk ist.“ (Es folgt ein Lebenslauf Hitlers)
Am Ende heißt es:
„An der völligen Lauterkeit seines Wollens hat außerhalb der verhetzten Kreise des Marxismus noch niemand zu zweifeln vermocht. Die Frage, die viele bewegte, war die: ob der Mann, der in unwiderlichem Anlauf den Bann gebrochen hat, der erstickend über dem deutschen Volk und Land lag, auch Staatsmann genug sei, nun die ungeheure schwere Last des Staates zu meistern. Das werden die kommenden Jahre erweisen; auch steht der Reichskanzler nicht allein, sondern um ihn her seine `Paladine`! Gott schütze, erhalte und segne ihn!“

Sommer 1933:

Carl Stange: Richtlinien für das Verhältnis von Staat und Kirche (Schmidt 160f)

Leitsätze christlicher und deutscher Pfarrer (ebd. 161 ff)

Aufruf studentischer Jugend (ebd. 163f)

1. Juli 1933:

Rede von Rust auf einer DC-Versammlung über „Staat und Kirche“

(Nic I, 77 ff):

Polemik gegen die Generalsuperintendenten und Kirchenleitungen, am Schluß:

„Wenn einer das Recht hat, sich auf Gott zu berufen und an ihn zu glauben, so ist es der Mann, der mit sieben Arbeitern anfing, ein Volk aufzubauen. Wenn einer sich auf Gott berufen darf, so ist er es, denn ohne Gottes gütige Vaterhand, ohne seinen Segen, stünde das Volk nicht da, wo es steht.

Es ist ein unbegreifliches Wunder, das Gott an unserem Volk getan hat. Wir glauben an Dich, Gott, wir wollen ein frommes Volk der Kämpfer sein.“

Selbstauflösung des Christlich-Sozialen Volksdienstes

Verbot katholischer Organisationen durch die Gestapo (Nic I, 100)

Brief von Göring an Kardinal Bertram (ebd. 101)

Verfügung des Sächsischen Ministeriums „zur Abwendung kommunistisch-staatsfeindlicher Gewaltakte“ und die Einsetzung des Pfarrer Friedrich Coch:

„Pfarrer Coch wird ermächtigt, bis auf weiteres alle dem evangelisch-lutherischen Landeskonsistorium, dem Landeskirchenausschuss und dem zuständigen Synodalausschuss zustehenden Rechte auszuüben.“ (GB 88f)

2. Juli 1933:

Schreiben des Staatskommissars an seine Bevollmächtigten (Nic I, 86)

Predigt von Müller im Berliner Dom und von Hossenfelder in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche anlässlich des Buß-, Bet- und Dankgottesdienstes (GB, 91)

Buß- und Betgottesdienst in Berlin-Dahlem unter dem Motto „Dein Wort ist Deiner Kirche Schutz“ mit Fritz Müller, Martin Niemöller, Eberhard Röhricht (Kopie eines gedruckten Textes)

Widerstand gegen deutschchristliche Anordnungen: Pfarrer Großmann in Steglitz, Pfarrer von Rabenau in Schöneberg, Pfarrer Jacobi in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. „Diese Verstöße werden ihre Ahndung finden.“ (vN 266)

3. Juli 1933:

Ein Brief Westfälischer Pfarrer an den Wehrkreispfarrer Müller (JK 33f):

„49 – neunundvierzig – westfälische Pfarrer aus Ihrer alten Heimat haben mit größtem Befremden die Rundfunknachricht gehört, dass in ganz Preußen Dankgottesdienste am vergangenen Sonntag gehalten worden seien. Wir stellen fest, fass in hunderten von Gemeinden sehr ernste Buß- und Betgottesdienste stattfanden. Allenthalben wurde darum gebetet, dass Erneuerung und Aufbau der Kirche aus den inneren Kräften ihres eigenen

Wesens ohne Hilfe oder Hinderung durch die Staatsgewalt geschehen möge. Wir bitten Sie, als den, der die Macht dazu hat, Sorge zu tragen, dass die Richtigstellung der öffentlichen Meinung in dieser Hinsicht erfolgt.
Sie haben gestern gepredigt über das Wort: „Der Geist ist es, der lebendig macht". Dieser Geist ist nach einhelliger Meinung der Geist der Wahrheit. Die Wahrheit soll nicht gebunden werden, und sie lässt sich nicht binden. Wir sind durch staatliche Kommissare in leitenden kirchlichen Stellungen, durch Polizeipräsidenten und Landräte unter Strafandrohung daran gehindert, unsern Gemeinden die Wahrheit über die kirchliche Lage zu sagen. Wir müssen aber unseren Gemeinden sagen, dass wir durch Staatsgewalt an der geistlichen Verbindung mit unseren Genaralsuperintendenten, die unsere einzige gottgesetzte geistliche Obrigkeit sind, gehindert werden. Wir bitten Sie, als unseren Amtsbruder, mit allem Nachdruck dafür zu soergen, dass die im Rundfunk gegen die Generalsuperintendenten, gegen unsern Pfarrerstand und gegen unsere Kirche erhobenen Vorwürfe restlos sichergestellt werden. Wir bitten zugleich, dafür zu sorgen, dass die freihet der Kirche wiederhergestellt werde, Freiheit vom Staatskommisssar, Freiheit für die Verkündigung, auch in Presse und Rundfunk, Freiheit zur selbständigen Gestaltung des kirchlichen Neubaus. Wir bitten, die Versicherung anzunehmen, dass zu diesem Schreiben uns nicht nur die innerste Verantwotung für unsere Kirche, sondern auch heiße peersönliche Liebe zu unserem nationalsozialistischen Staat und seinem Führer treibt. Wir sehen mit ernster Sorg in unseren Gemeinden, dass in den besten und treuesten Kreisen unseres Volkes und unserer Bewegung die Vertrauensgrundlage erschüttert wird."

Ein Brief von mehreren Pfarrern aus der Mark Brandenburg an den Staatskommissar Jäger (ebd. 34f):

„Gestatten, dass wir, die unterzeichneten Pfarrer aus dem Kreise Templin, uns mit einer Bitte an Sie wenden!
Die Tatsache, dass unser Gneralsuperintendent der Kurmark, D. Dr. Dibelius, beurlaubt ist, schmerzt uns tief. Wir bitten Sie: Geben Sie uns unsern geistlichen Führer wieder! Wir schulden Herrn Generalsuperintenden Dibelius Dank für seine seelsorgerliche Treue, seinen brüderlichen Rat und sein schützendes Eintreten für seine Pfarrer. Mit vielen Gliedern unserer Gemeinden wissen wir uns eins in der Dankbarkeit für sein zielbewußtes Leiten und tapferes Bekennen in allen Fragen des geistigen und sittlichen Lebens unseres Volkes. Wir erinnern an das Vertrauen, das ihm auf dem letzten Kurmärkischen Kirchentag in Potsdam ausgesprochen wurde. In der gleichen Stadt hatte kurz vorher Generalsuperintendent Dibelius in seiner Predigt zur Reichstagseröffnung ein freudiges Ja zum neuen Staate gesagt. Im Kampfe gegen die Gottlosenbewegung hat er als Führer an erster Stelle gestanden. Sein stetes Anliegen war, lebendige Gemeinden schaffen zu helfen.

Indem wir eine Schuld der Kirche an den gegenwärtigen beklagenswerten Zuständen im kirchlichen Leben offen anerkennen, begrüßen wir die Neugestaltung einer verjüngten evangelischen Kirche. Aber zu dem, was in unserem Kirchenwesen fallen muss, weil es das Neue hemmt, gehört nie und nimmer die Persönlichkeit unseres Generalsuperintendenten Dibelius! Geben Sie, sehr geehrter Herr Staatskommissar, ihm die Möglichkeit wieder, zum Segen der Kirche und unseres Volkes wirken zu können als geistlicher Führer der evangelischen Mark Brandenburg!"

Ein Porträt von Friedrich von Bodelschwingh durch G. Stratenwerth (JK 36 ff)

4. Juli 1933:

Selbstauflösung der Bayrischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei

Thesen jungreformatorischer Studenten der Universität Berlin

(DBW 12, 92 ff)

4. Juli 1933:

Auflösungserklärung der Reichsleitung des Zentrums

(Friedrichs 1, 67f; UF IX, 196)

Der rhein. Kirchenkommissar Dr. Krummacher vor dem Kirchenvolk in der Messehalle in Köln:

Mitwirkende: Pfarrer Dr. Oberheid in der Uniform eines Sturmführers, Generalsuperintendent Stoltenhoff, Superintendent Dr. Schäfer. Am Ende des Berichts heißt es:

„Dem immer wieder von Beifalls- und Zustimmungsäußerungen unterbrochenen Vortrag gab die vieltausendköpfige Gemeinde ihr Echo mit dem im Wechselgesang mit dem Kampfchor gesungenen und von Fanfarenklängen begleiteten Lutherlied. In einem Huldigungstelegramm an Hindenburg, Hitler und an den Staatskommissar Jäger fand diese Zustimmung des Kirchevolkes ihren dokumentarischen Ausdruck. Dem Ausmarsch der Fahnen, bei dem sich Tausende zum gemeinsamen Gruß an das Dritte Reich zusammenfanden, folgten noch Deutschlandlied und Horst-Wessel-Lied als Bekenntnis der Verbundenheit zum völkischen Schicksal." (vN 172 ff)

6. Juli 1933:

Hitler verkündigt vor den Reichsstatthaltern Abschluss der „Revolution“:

„Die Revolution ist kein permamenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muss den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten....
Die Partei ist jetzt der Staat geworden. Alle Macht liegt bei der Reichsgewalt...“
(Friedrichs 74f; UF IX, 233 ff)

Anordnung des Staatskommissars: Übertragung der obersten Kirchenleitung der ApU an Ludwig Müller (Nic I, 87; DEW 144f):

„In Weiterführung des gemeinsamen Werkes aller zum Neubau der deutschen evangelischen Kirche willigen Kräfte übertrage ich auf den Herrn Bevollmächtigten des Herrn Reichskanzlers, Wehrkreispfarrer Müller, im Einverständnis mit ihm das Recht der obersten Kirchenleitung der evangelischen Landeskirche der altpreußischen Union.“

Protest von 106 Groß-Berliner Pfarrern gegen den Staatskommissar, am 12. Juli dem Reichskanzler überreicht (DBW 12, 94 ff)

Die westfälischen Pfarrer Wilhelm Niemöller, Martin Heilmann, Lic. Werdermann, Lic. Günther Koch, Hans Lindemann, Fritz Heuner und Hans Niemann protestieren im EOK gegen die Auflösung und Neubildung der kirchlichen Körperschaften (DEW 144)

7. Juli 1933:

Verordnung zur Sicherung der Staatsführung (Friedrichs 1, 68 ff)

Hammer Telegramm von westfälischen Superintendenten an den Reichsinnenminister: Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung (DEW 145; ChrW 8)

Ordnung der Rheinischen Bruderschaft (WNP 19f)

Karl Lücking und Wilhelm Niemöller überreichen im Auftrage einer großen Mehrheit von westfälischen Pfarrern im Reichsinnenministerium eine Eingabe mit vier Forderungen:

„.. bitten wir den Minister ergebenst und dringend:

1. ***um Aussetzung aller neuen Anordnungen während der schwebenden Verhandlungen;***
2. ***um Wiedereinsetzung sämtlicher kirchlicher Führer und Körperschaften, soweit nicht nachweislich ein Verstoß gegen die eigentlichen Staatsgesetze vorliegt;***
3. ***um Freigabe von Presse und Rundfunk für alle aufbauwilligen kirchlichen Kräfte, die den Staat bejahen;***
4. ***um Wiedereinsetzung der höchsten verfassungsmäßigen kirchlichen Körperschaft des EOK, damit dieser unter Hinzuziehung aller aufbeiwilligen Kräfte unserer Kirche das notwenidige Reformwerk unserer Kirche durchführen kann, und zwar unbehindert durch staatlichen Zwang.“ (JK 51f)***

Veranstaltung der GDC in Stuttgart mit neuem Lied von Christus und Hitler*:*

„Wenn Christus will die Völker um sich scharen, jauchzt ihm entgegen Deutscher Christen Treu. Will er in mGnaden leuchtend neu sich offenbaren, wohlauf, so brennt auch unsere Flamme neu.

Den braunen Heeren Adolf Hitlers reichen wir Herz und Hand, mit ihnen eins zu sein; das Hakenkreuz, es ist und bleibt auch unser Zeichen, und Jesu Kreuz strahlt drüber ewgen Schein.

Wenn andere zaudern, zweifeln ohne Glauben – der deutsche Christ hält seine Fahne hoch; er lässt sich Väterart und Heldenmut nicht rauben: Was Luther uns erkämpft, es lebet noch!

Die Fahne hoch, die Reihen dicht geschlossen! Auf, scharet euch und lasst euch nimmer los. Das Blut, das opfernd einst am Kreuz für uns geflossen, es macht zum Dienst am Volk uns stark und groß.“
(Schäfer 2, 441f)

Gesetz über den Preußischen Staatsrat (Friedrichs 1, 177 ff)

Frick zur Aufgabe des Reichsjugendführers (UF IX, 519f)
Richtlinien für den Jugendführer des deutschen Reiches (ebd. 520)

Paraphierung des Konkordats in Rom zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich, Zustimmung des Reichskabinetts am 14. Juli und Unterzeichnung in Rom am 20. Juli durch Kardinalstaatssekretär Pacelli und Vizekanzler von Papen. Ratifizierung am 10. September 1933 (Friedrichs 1, 377 ff; Nic I, 101ff; UF IX, 557 ff)

Aufruf des Wehrkreispfarrers Müller (vN 88):

„Der Kommissar für die evangelischen Landeskirchen in Preußen hat mir das Recht der obersten Leitung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union übertragen. Ich übernehme die Leitung des Evangelischen Oberkirchenrates in der festen Zuversicht, dass ich auch an dieser Stelle dazu beitragen kann, das begonnene Einigungswerk der deutschen evangelischen Kirchen im Sinne der kirchlichen Selbsthilfe so rasch wie möglich zu Ende zu führen. Das evangelische Kirchenvolk wartet allerwärts auf den Bau der Deuschen Evangelischen Kirche. Darum ist jetzt vordringliche Pflicht, die Verfassung, die dem Leben dieser Kirche Form und Regel geben soll, in kürzester Frist fertig zu stellen. Diese Bauarbeit gelingt nur, wenn sie in Einmütigkeit und stiller Sammlung geschehen kann. Alle Störungsversuche durch unsachliches Reden und Handeln sind jetzt nicht mehr zu verantworten. Es müssen jetzt alle, die Presse eingeschlossen, zusammenstehen.
Ich rufe die Glieder unserer Kirche auf, in treuer Fürbitte sich hinter mich und meine Mitarbeiter zu stellen.“

Dr. Krummacher, Staatskommissar für die Kirchenprovinzen Rheinland und Westfalen, Rede über „Staat und Kirche“ (JK 52 ff), Antwort von Fritz von Bodelschwingh (ebd. 54 ff) und von Wilhelm Niemöller (ebd. 57f)

Kirchenpräsident Wurm nimmt den Titel „Bischof“ an (Schäfer 1, 490)

<u>9. Juli 1933:</u>

Artikel von Dr. Krummacher „Staat und Kirche“ (DEW 145)

Brief von Lücking an die westfälische Pfarrerschaft zur Gründung einer Pfarrbruderschaft (ChrW 8)

10. Juli 1933:

Besprechungen der Bevollmächtigten und des Verfassungsausschusses des DEK mit Innenminister Frick (Meiser 63, 64 ff, 69)

Beurlaubung von Pfarrer Wilhelm Rehm zur seelsorgerlichen Betreuung der SA
(Schäfer 1, 445)

Antwort auf Krummacher durch F. von Bodelschwingh (DEW 145f)

11. Juli 1933:

Rede von Innenminister Frick gegen die Fortsetzung der Revolution und für die unbedingte Staatsautorität (Friedrichs 1, 76f; UF IX 300f)

Rede von Staatssekretär Fritz Reinhardt über die Arbeitsschlacht der Reichsregierung (Friedrichs 1, 222 ff)

Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche:

(Nic I, 185 ff: KJ 27 ff; Friedrichs 1, 371 ff)
(Erklärung durch Jäger: Kirche im Volk, 35 ff)

Söhlmann, Fritz: Die Neuordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland (JK 1933, 181 ff)

Flor, Wilhelm: Der Kirchenstreit vom Rechtsstandpunkt aus beurteilt

(JK 1933, 226 ff)

Gemeinsame Sitzung der Bevollmächtigten und Vertreter der Landeskirchen und des Verfassungsausschusses (Meiser 64 ff), Besprechung mit Frick

(ebd. 69)

70 Westfälische Pfarrer verweigern auf Superintendentenkonferenz in Münster dem sich selbst eingeführten „Bevollmächtigten“ Dr. Krummacher die Zusammenarbeit

12. Juli 1933:

Telegramm Hitlers an Hindenburg und an Müller (Nic I, 87f):

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!
Nachdem gestern das Verfassungswerk der deutschen Evangelischen Kirche zum Abschluss gebracht ist, sind heuite die Verhandlungen über die

Beilegung des preußischen Kirchenkonflikts in einer für Staat und Kirche gleichermaßen befriedigenden Weise zu Ende geführt worden. Die auch mir besonders am Herzen liegende innere Freiheit der Kirche wird durch Zurückziehung der Kommissare und Unterkommissare des Staates außer Zweifel gestellt. Der innere Neubau der Landeskirchen wird nach kirchlichem Recht durch freie Wahl des evangelischen Kirchenvolkes einer baldigen Vollendung entgegengeführt werden. Ich bin glücklich, Euer Exzellenz berichten zu können, dass nunmehr Gewähr gegeben ist, Ihren auch von mir und allen Beteiligten gehegten Wunsch nach Befriedung des evangelischen Kirchenlebens binnen kürzester Frist erfüllt zu sehen.“

Telegramm Hitlers an Müller:

„Mit Freude habe ich von der Vollendung des Verfassungswerkes Kenntnis genommen. Möge damit die Grundlage für die Einigkeit und Freiheit der evangelischen Kirche geschaffen sein.“

Telegramm Hindenburgs an Hitler (ebd. 88)

Brief von Immanuel Schairer an Wurm (Schäfer 1, 492 ff)

Aktennotiz von Dibelius vom 7. – 11. Juli (Selbstzeugnisse 193 ff)

<u>13. Juli 1933:</u>

Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt über die Wirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Staates vor führenden Wirtschaftlern (Friedrichs 1, 225 ff)

Anordnung des Reichsinnenministeriums: Aufhebung aller staatlichen Notverordnungen für die Kirche (Nic I, 88f)

<u>14. Juli 1933:</u>

Gesetz gegen die Neubildung von Parteien (Friedrichs 1, 70; UF IX 235):

„ § 1. In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.“

Gesetz über die Neubildung deutschen Bauerntums (Friedrichs 1, 244)

Gesetz über Volksabstimmung (Friedrichs 1, 179f):

„ § 1. Die Reichsregierung kann das Volk befragen, ob es einer von der Reichsregierung beabsichtigten Maßnahme zustimmt oder nicht.“

Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (Friedrichs 1, 204 ff; Münch 116 ff)

Gesetz über die Errichtung einer vorläufigen Filmkammer (Münch 161f)

Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (Friedrichs 1, 206)

Zurückziehung des Staatskommissars Jäger durch den Kultusminister Rust (Nic I, 89; WNH 105):

„Ihr Kommissariat für die preußischen Landeskirchen ist mit dem heutigen Tag beendet. Ich ersuche, die von Ihnen eingesetzten Unterkommissare mit dem heutigen Tage gleichfalls zurückzuziehen. Ich verbinde mit dieser Verfügung meinen ganz besonderen Dank für die hervorragenden Dienste, die Sie Kirche und Staat durch Ihre erfolgreiche Arbeit geleistet haben."

Besprechung der Bevollmächtigten und Vertreter der deutschen evangelischen Landeskirchen mit Vertretern des Reichsinnenministeriums (Meiser 70 ff),

anschließend Sitzung der kirchlichen Vertreter (ebd. 76f)

Gesetz über die Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (Nic I, 107 ff) mit Unterschrift von Hitler und Reichsinnenminister Frick und Begründung des Gesetzes

(Nic I, 109 ff):

„Artikel 1: Die unantastbare Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Chriostus, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist. Hierdurch werden die Vollmachten bestimmt und begrenzt, deren die Kirche für ihre Sendung bedarf."

„Artikel 5: 1. An der Spitze der Kirche steht der lutherische Reichsbischof. 2. Dem Reichsbischof tritt ein Geistliches Ministerium zur Seite. 3. Eine Deutsche evangelische Nationalsynode wirkt bei der Bestellung der Kirchenleitung und bei der Gesetzgebung mit. 4. Beratende Kammern

verbürgen den im deutschen evangelischen Volkstum lebendigen Kräften die freie schöpferische Mitarbeit im Dienst der Kirche.“

„Artikel 7: 1. Das geistliche Ministerium ist berufen, unter Führung des Reichsbischofs die Deutsche Evangelische Kirche zu leiten und Gesetze zu erlassen. 2. Es besteht aus drei Theologen und einem rechtskundigen Mitglied. Bei der Berufung der Theologen it das in der deutschen evangelischen Kirche lebendige Bekenntnisgepräge zu berücksichtigen….“

Besprechen bei Göring über das Verhältnis Preußen – EOK (Nic I, 89f)

Festsetzen von Kirchenwahlen auf den 23. Juli 1933

Wahlaufruf der DC (Hossenfelder) (vN 194):

„Das Kirchenvolk ist auf den 23. Juli zur Kirchenwahl aufgerufen! – Diese Wahl ist von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes.
Diese Kirchenwahl ist zum ersten Mal seit den Zeiten der Reformation eine Volkswahl.
Diese Wahl entscheidet darüber, wie das deutsche Volk zum Evangelium steht und welchen Platz das Evangelium im deutschen Volkstum einnehmen wird.
Wir „Deutsche Christen“ rufen Euch zu: „Kehret zurück zu den Heiligtümern, die Eures Volkes tiefstes Wesen umfassen! Zu den Heiligtümern, die in der Not unseres deutschen Volkes Halt und in der Stunde der Freude sein höchstes Gut ausmachen.“
Unser Ruf lautet: „Baut die neue Kirche Christi im neuen Staat Adolf Hitlers. Baut sie im neuen Geist, im Grunde des alten Evangeliums! Schließt die Reihen!“
Die kämpfende Kirche reicht der dienenden Kirche die Hand.
In der entscheidenden Stunde stehen wir zusammen zu einem Werk, in einem Glauben, in einer Liebe zu unserem Volk, zu unserer Kirche! So, dass Christus dem deutschen Menschen begegnen kann.“

Wahlaufruf Landesgruppe West der DC:

„Der Führer erwartet von seinen evangelischen Nationalsozialisten, die in Bejahung von Evangelium und Volkstum sich bei den deutschen Christen zusammengefunden haben, dass sie mit größter Energie und stärkster Überzeugungskraft den letzten Entscheidungskampf gegen die Kirchenreaktion, Schriftgelehrten- und Pharisäertum, Liberalismus und Marxismus, die sich in die Kirchenorganisationen und deren demokratische Einrichtungen zurückgezogen haben, durchfechten.“ (WNH 106)

Wahlaufruf und Mitteilung der Jungreformatorischen Bewegung

(ebd. 267f):

„Zur Kirchenwahl. Ein Wort an alle Gemeindeglieder. Wahlvorschlag: „Evangelische Kirche!“
„Die kirchliche Lage bringt uns plötzlich Wahlen am 23.Juli. Wir rufen alle Freunde einer staatsfreien, allein auf Gottes Wort gegründeten Kirche zur Beteiligung an der Wahl auf. Die Not der Stunde zwingt alle, die ihre Kirche lieb haben, zum Zusammenschluss. Es gilt jetzt nicht Partei noch Gruppe, sondern gemeinsame Arbeit am Aufbau unserer Kirche aus dem Glauben allein.
Wir stehen dankbar und entschlossen hinter Hindenburg und Hitler als den Führern unseres Staates, die auch jetzt durch ihr Eingreifen der Kirche den Weg in die Freiheit gebahnt haben. In Treue zu diesem Staat wollen wir für Volk und Vaterland in unserer Kirche arbeiten.
Wir wollen eine deutsche evangelische Kirche, die von volksverbundenen und gegenwartsnahen Männern geleitet wird, eine Volkskirche, deren Pfarrer – wie es auch Hitler fordert – nicht Vertreter einer politischen Weltanschauung sind, sondern wahre Seelsorger und Helfer in den Nöten unserer Tage.
Wir wollen eine Kirche, die im Glauben unsrer Väter wurzelt und eine Stätte des Friedens und der Wahrhaftigkeit ist, in der Luthers Wort von der Freiheit eines Christenmenschen sich im Dienst an den Brüdern bewährt.
Wir haben mit schmerzlichem Bedauern erlebt, wie man in den letzten Monaten mit politischen Methoden rücksichtslos die Macht in der Kirche erobern wollte. Um des Gewissens, um der Ehre unserer Kirche und um des Evangeliumjs willen lehnen wir uns gegen diese Kampfesart auf.
Wer eine Kircher will, die ohne Menschenfurcht Gottes Wort verkündigt und in hingebungsvoller Treue unserem Volke dient, der wähle unsere Liste „Evangelische Kirche“! Kirche muss Kirche bleiben!“

Kundgebung der Jungreformatorischen Bewegung (JK 44 ff):

„Die Vollendung des Verfassungswerkes der neuen Deutschen Evangelischen Kirche bezeichnet eine kirchengeschichtliche Wende. Ein Wort zur Stunde zu sagen, ist darum Pflicht der Jungreformatorischen Bewegung. Vor wenigen Wochen als Reformbewegung erwachsen aus dem Willen, von der unverkürzten biblischen und reformatorischen Grundlage aus Gestsalt und Leben der Kirche zu erneuern, und in den kirchenpolitischen Kämpfen der letzten Zeit erstarkt zu einer Bewegung der lebendigen Gemeinde, ist die Jungreformatorische Bewegung gerade jetzt aufgerufen, ihre Ziele und Forderungen programmatisch zum Ausdruck zu bringen.
Zwar ist durch die neue Verfassung der äußere Rahmen geschaffen, aber die eigentliche und wesentliche kirchliche Aufgabe ist dadurch erst gestellt. Die für das Leben der Kirche entscheidende Arbeit ist nicht abgeschlossen, sondern sie beginnt. Das Ziel: eine aus den Kräften des Evangeliums lebende Gemeinde – ist nicht mit kirchenpolitischen Methoden zu erreichen, sondern es bedarf dazu einer inneren theologisch-missionarischen Neuorientierung

der Kirche. Für dieses Werk ihre Kräfte einzusetzen, ist die Jungreformatorische Bewegung verpflichtet. Nicht Kirchenpolitik, so notwendig sie auch sein mag – sondern innerkirchliche Erneuerung ist das Anliegen der Jungreformatorischen Bewegung. Die harten kirchenpolitischen Kämpfe wären nutzlos, und das kirchliche Einigungswerk würde ohne Inhalt sein, wenn nicht diese Aufgabe eindeutig erkennt und zielbewusst in Angriff genommen würde. Diese theologische Vertiefung und Umkehr zur Substanz der Kirche ist umso dringender, als schon seit Monaten von einzelnen maßgebenden Führern der Deutschen Christen fortgesetzt Irrlehren verbreitet werden, welche nicht bloß den Abfall von den Bekenntnissen der Reformation bedeuten, sondern auch geeignet sind, den Glauben der Gemeinde zu verdunkeln. Dieser Kampf muss in unbestechlicher Wahrhaftigkeit mit geistigen Waffen unter Ausschaltung aller politischen Mittel ausgetragen werden.

Gerade die letzten Wochen haben offenbart, wie reformbedürftig die bisherige sichtbare Form des Kirchenlebens war, aber auch gezeigt, dass in unseren Gemeinden das Bekennertum der Reformation noch nicht erstorben ist. Für die Jungreformatorische Bewegung gibt es kein „Zurück", sondern nur den radikalen Willen zu Erneuerung, allerdings zu einer Erneuerung, die mit den Änderungsvorschlägen mancher Wortführer der Deutschen Christen, welche die grundsätzlichen Fragen der Kirche überhaupt nicht zu sehen scheinen, nichts zu tun hat. Das kirchliche und missionarische Wollen bedarf einer ernsthaften und tiefen Besinnung und theologischen Begründung, welche auch bei noch so lauten Rufen nach Aktivität nicht entbehrt werden kann.

Es geht uns um die deutsche Kirche, die gerade als Volkskirche wirkliche Kirche des Evangeliums sein und immer wahrhafte Gemeinschaft der Gläubigen, von der das Neue Testament zeugt und welche die Augsburgische Konfession bekennt, werden muss. Allein aus diesem Kampf für die Reinheit und Freiheit der Kirche erwuchs unser Widerstand gegen die Übergriffe der Deutschen Christen in Preußen, und um des Evangeliums willen muss unsere Auseinandersetzung mit allem, was das Wesen der Kirche bedroht, weiter gehen.

Eine Reihe von Forderungen, die bisher von der Jungreformatorischen Bewegung erhoben wurden, sind in der neuen Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche erfüllt. In dieser konkreten kirchlichen Lage aber erneuert die Jungreformatorische Bewegung ihren Ruf und fasst ihre Ziele in vorläufigen Leitsätzen, die für den Neubau der Kirche besonders dringlich erscheinen, zusammen:

1. Es genügt nicht, von der Unantastbarkeit der Bekenntnisse zu reden, sondern es gilt, die gegenwärtige Gültigkeit der Bekenntnisse anzuerkennen und sie als Maßstab für die Verkündigung ernst zu nehmen. Die Bekenntnisse der Kirche sollen nicht als tote Museumsstücke verehrt werden, sondern als klassische Zeugnoisse des reformatorischen Glaubens für Lehre und Leben der gegenwärtigen Gemeinde richtungweisend sein. Einer der dringendsten

Aufgaben dieser Vergegenwärtigung der Bekenntnisse besteht darin, die grundlegenden Gedanken des Evangeliums über den Staat und über das Verhältnis von Staat, Volk und Kirche lebendig und wirksam zu machen. Nur aus Gottes Schöpfung und nur aus Gottes Gesetz heraus kann die gottgegebene Bedeutung des Staates verkündigt werden. Und nur eine Kirche, die von beiden zu reden weiß, kann unserm Volk den Dienst leisten, den sie ihm schuldig ist.

2. Die Reinheit der Lehre muss der neuen Kirche ein zentrales Anliegen sein. Die Verpflichtung der Geistlichen auf das Bekenntnis der Kirche soll nicht eine Angelegenheit der äußeren Form und Sitte, sondern vielmehr die Grundlage der Verkündigung sein. Die Bekenntnisverpflichtung der theologischen Lehrer ist als Voraussetzung für die Berechtigung zum kirchlichen Lehramt zu fordern. Die Lehre der Kirche beansprucht unbedingte Autorität; eine Kirche, die das Wort „Irrlehre“ gegenüber Verfälschungen ihres Glaubens nicht mehr auszusprechen wagt, hat den Anspruch, Trägerin der Wahrheit zu sein, preisgegeben.

3. Da die rechte Lehre im Sinne der Reformation nicht allein eine Sache der Theologen, sondern jedes Gliedes in der Kirche sein muss, bedarf es in der Gegenwart einer umfassenden volksmissionarischen Arbeit. Der in der letzten Zeit vielfach ohne Ernst gebrauchte Begriff „Volksmission“ besagt nicht die Wiedergewinnung des Volkes für die Kirche nach Art politischer Massendemonstrationen, sondern umschreibt die universale Aufgabe der kirchlichen Verkündigung, das Wort Gottes allen Schichten des Volkes, gerade auch den Kirchenentfremdeten zu bringen. Die Durchführung dieser Aufgabe setzt das klare Verständnis der evangelischen Botschaft und der ihr entgegenstehenden Weltanschauungen voraus und kann nur auf weite Sicht durch eine gründliche Schulungsarbeit bewältigt werden, nicht aber durch Massenversammlungen und festliche, religiöse Veranstaltungen.

4. Die lebendige Gemeinde kann nur durch Auflösung der bisherigen Riesengemeinden der Großstädte in kleine Gemeindebezirke mit Seelsorgestellen und Gemeindehäusern als Mittelpunkten gestaltet werden. Die Tätigkeit des Pfarrers muss durch eine geschulte und ordnungsmäßig berufene Schar von Hilfskräften unterstützt werden. In allen Gemeindegliedern ist ein neues kirchlich-missionarisches Verantwortungsbewusstsein durch Heranziehung für den vielfältigen Dienst in der Gemeinde zu erwecken.

5. Die Mitgliedschaft in den kirchlichen Körperschaften darf nicht von politischen oder kirchenpolitischen Gesichtspunkten bestimmt, sondern muss allein von der persönlichen und sachlichen Eignung und der Teilnahme am Leben der Gemeinde oder Gesamtkirche abhängig gemacht werden. In gleicher Weise darf die Besetzung führender kirchlicher Ämter allein auf Grund theologisch-kirchlicher Qualifizierung und Bewährung in der praktischen Arbeit der Kirche erfolgen.

6. Nur in einer wirklichen Gemeinschaft, die in gegenseitigem Dienst das Gesamtleben der Gemeinde umspannt, kann eine der Lehre entsprechende christliche Lebensordnung verwirklicht und die jetzt in Vergessenheit geratene Kirchenzucht im Sinne der Reformation und des neuen Testaments wieder geübt werden.
7. Die Vorbereitung zum Pfarrerberuf setzt persönliche Eignung und Bewährung voraus; das theologische Studium muss durch eine praktische Ausbildung unter Leitung der Kirche ergänzt werden. Insbesondere ist für eine entsprechende Auslese Sorge zu tragen. Um der Wortverkündigung und dem Seelsorgedienst an allen Gemeindegliedern kein Hindernis zu bereiten und die Bindung des Geistlichen allein an sein Amt sicherzustellen, fordern wir die Entpolitisierung des Pfarrerstandes. Die Kirche muss die Gemeinde derer sein, die unter der Herrschaft Jesu Christi stehen. Darin, dass sie diesen Herrn verkündigen, besteht allein der Auftrag und die Freiheit der Kirche.
Im Namen der Jungreformatorischen Bewegung Lic. Dr. Künneth, Pastor Niemöller, Dr. Lilje."

Verbot der Aufnahme nicht arischer Bürger in den Deutschen Handlungsgehilfenverband (Walk 37)

„Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit" gegen die Ostjuden (RGBl I, S. 225)

15. Juli 1933:

Vertrag zur Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich, England und Italien („Viermächtepakt") (Friedrichs 1, 111 ff):

„Er soll im Sekretariat des Völkerbundes gemäß den Bestimmungen der Völkerbundssatzung eingetragen werden."

Gesetz über die Zuständigkeit des Reichs für die Regelung des ständischen Aufbaus der Landwirtschaft (Friedrichs 244f)

Bericht von Gerhard Stratenwerth an Bodelschwingh und Marahrens über Gespräche mit staatlichen Stellen über die „Stellung Hitlers zu Müller" (Nic I, 90 ff)

Brief von Wilhelm Niemöller an den Präsidenten des EOK: nationalsozialistische und deutschchristliche Pfarrer wählen die Liste „Evangelium und Kirche" (JK 67f)

Bericht über ein Gespräch bei Göring mit Staatssekretär Stuckardt, Staatskommissar Jäger, Dr. Werner, Hossenfelder, Hundt (Nic I, 89f)

Mitteilung der Jungreformatorischen Bewegung zum Wahlkampf (JK 61f)

Gesetz der Thüringer Kirche betr. den Landesbischof (HH IV, 837)

15./16. Juli 1933:

Schreiben des Reichsinnenministers an den preußischen Kultusminister (Nic I, 93)

Emanuel Hirsch: „Das kirchliche Wollen der Deutschen Christen" (vN 182 ff) (Mit Polemik gegen Karl Barth)

Hans-Michael Müller: Zum Abschluss des Verfassungswerks der DEK (DED 29/1933)

Kanzelansprache Wurms über das Verfassungswerk der DEK (Schäfer 2, 274 ff)

„Was wollen die DC?" (vN 178 ff):

„Die „Glaubensbewegung Deutsche Christen" ist aus dem Nationalsozialismus aufgebrochen und verhält sich zu ihm wie die Schwester zum älteren Bruder. Beide haben einen gemeinsamen Mutterboden, das Volk oder noch besser, das völkische Erleben. Wir wissen alle, dass der Nationalsozialismus keine Partei im eigentlichen Sinne ist, obwohl sein Führer Adolf Hitler jahrelang parteimäßig gearbeitet hat, um seinem Wort, auf legalem Wege zur Macht zu kommen, treu zu bleiben. Nationalsozialismus ist Bewegung, Weltanschauung, die den ganzen Menschen will. Darum musste er rechtzeitig Stellung nehmen zum Christentum. Es war die entscheidendste Frage die an den Nationalsozialismus gestellt wurde: „Wir stehst du zum Christentum)" Hier gab es nur ein Ja oder Nein. Die Antwort war ein klares Ja: der Nationalsozialismus steht auf dem Boden eines positiven Christentums. Für dieses Bekenntnis haben wir Gott zu danken. Wäre ein Nein erfolgt oder ein gebrochenes Ja, dann wäre über kurz und lang die herrliche Bewegung zu Bruch gegangen, entweder hätte sie sich eine deutsche Religion nach Art des Tannenbergbundes geschaffen, oder sie wäre nach Art des ungläubigen Marxismus innerlich leer geblieben. So aber beugt sie, die autoritätsbewußte Bewegung, sich vor der letzten Autorität und nimmt die ewigen Kräfte in ihr Wollen hinein. Dass das nicht ein Programmpunkt ist, sondern lebensvolle Wirklichkeit, beweist die Haltung des Führers, dessen Worte bisweilen geradezu Gebetscharakter annehmen, beweist auch der Wille der politischen Leitung, die offizielle Gottlosenbewegung in Deutschland auszurotten….

Wir wollen eine Kirche, die eine klare, ungebrochene Stellung zum Staat einnimmt. Hier eregen sich die Gemüter am stärksten. Man beruft sich auf die Freiheit des Evangeliums und damit der Kirche. Man hat von dem Mut geredet, unter das Kreuz und ins Martyrium zu gehen. Wie verhält sich die Sache? Der Staat hat eindeutig und wiederholt erklärt, dass er nicht daran denke, die Freiheit der Wortverkündigung und der Seelsorge irgendwie anzufassen. Aber er hat gefordert, dass sich nicht hinter der Freiheit des Evangeliums die Reaktion oder Opposition in irgendeiner Form verstecke. Kann man das nicht versprechen? Wir sind so schnelllebend, dass wir wohl vergessen haben, dass es diese Bewegung und dieser Staat waren, die uns vor dem Bolschewismus gerettet haben? Sollten wir uns nicht freudig einem Staat in der Gesinnung gleichschalten, der den Kampf gegen die Gottlosigkeit führt? Wenn wir aus glaubendem Herzen von den Kanzeln verkündigen, dass die deutsche Revolution eine Wendung durch Gottes Führung ist, dann haben wir uns auch ungebrochen neben dem Staat zu stellen. Vergessen wir doch nicht, dass die Trennung von Kirche und Staat aus dem Liberalismus kommt. Wir reden nicht einer Staatskirche das Wort, aber wir haben in diesem christlichen Staat eine echte Autorität, und er hat daher ein Recht, Ansprüche anzumelden. … Wenn man eine kurze Antwort geben soll auf die Frage: „Was wollen die deutschen Christen?, dann heißt sie: Die „Deutschen Christen“ wollen die Kirche erobern, um sie zu erneuern. Darin kennen wir allerdings kein Parlamentieren und keine Konzessionen. Eine ernste Sache duldet keine Konzessionen. Hier ist aber auch nichts von Knechtung und Gewissenszwang, nichts von Martyrium. Es herrscht heute in gewissen Kreisen eine Art von Martyriumspsychose. Man meint, sich aufs Äußerste gefaßt machen zu müssen. Das Evangelium bleibt frei und im Dritten Reich erst recht. Frei soll es aber auch sein von allen Sonderinteressen einzelner, frei von allem Missbrauch kirchlicher Parteien und Richtungen. Es ist in den letzten Monaten erschreckend deutlich geworden, dass die Kirche in ihrer theologischen und parteilichen Gebundenheit nicht mehr in der Lage war, die Losung der „Deutschen Christen“ zu verstehen. Sie ist so einfach wie die der Nationalsozialisten, die man ja auch in ihrer Einfachheit nicht verstehen konnte. Hieß jene „Freiheit und Brot“, so heißt die Losung der „Deutschen Christen“: „Gott und Volk!“ Ist das wirklich so problematisch und so schwer? Gott helfe, dass wir bald aus den kirchenpolitischen Kämpfen herauskommen in die Ruhe und Ordnung hinein, in der wir im Glauben beten und arbeiten können. Es ist höchste Zeit, dass wir die Gottesstunde nun wirklich ergreifen zum Segen für beide, für Kirche und Volk.“

Karl Kampffmeyer: Um das wahre Wort Gottes (Kritische Auseinandersetzung mit der DC-Theologie) (JK 63 ff)

17. Juli 1933:

Rede von Goebbels über den Abschluss der nationalsozialistischen Revolution

(Friedrichs 1, 77 ff)

Bekanntmachung des Staatssekretärs Pfundner zur Überwachung der unparteilichen Durchführung der Kirchenwahlen (WNH 106)

Presseanweisung des Reichspropagandaministeriums zur Kirchenwahl: Aufforderung, die Deutschen Christen bei der Vorbereitung der Wahl zu unterstützen. Zeitungen, die dieser Aufforderung nicht nachkommen, müssen vom Ministerium überprüft werden, welche Bedeutung die einzelne Zeitung für die neue Regierung hat

Wahlaufrufe (WNH 106f):

Der Wahlvorschlag „Evangelische Kirche“ (JK 43ff):

„Wir rufen alle Freunde einer staatsfreien, allein auf Gottes Wort gegründeten Kirche zur Beteiligung an der Wahl auf. Die Not der Stunde zwingt alle, die ihre Kieche lieb haben, zum Zusammenschluss. Es gilt jetzt nicht Partei noch Gruppe, sondern gemeinsame Arbeit am Aufbau unserer Kirche aus dem Glauben allein.

Wir stehen dankbar und entschlossen hinter Hindenburg und Hitler als den Führern unseres Staates, die auch jetzt durch ihr Eingreifen der Kirche den Weg in die Freiheit gebahnt haben. In Treue zu diesem Staate wollen wir für Volk und Vaterland in unserer Kirche arbeiten.

Wir wollen eine deutsche evangelische Kirche, die von volksverbundenen und gegenwartsnahen Männern geleitet wird, eine Volkskirche, deren Pfarrer – wie es auch Hitler fordert – nicht Vertreter einer politischen Weltanschauung sind, sondern wahre Seelsorger und Helfer in den Nöten unserer Tage.

Wir wollen eine Kirche, die im Glauben unsrerer Väter wurzelt und eine Stätte des Friedens und der Wahrhaftigkeit ist, in der Luthers Wort von der „Freiheit eines Christenmenschen“ sich im Dienst an den Brüdern bewährt.

Wir haben mit schmerzlichem Bedauern erlebt, wie man in den letzten Monaten mit politischen Methoden rücksichtslos die Macht in der Kirche erobern wollte. Um des Gewissens, um der Ehre unserer Kirche und um des Evangeliums willen lehnen wir uns gegen diese Kampfesart auf.

Wer eine Kirche will, die ohne Menschenfurcht Gottes Wort verkündigt und in hingebender Treue unserem Volk dient, der wähle unsere Liste „Evsangelische Kirche“!
Kirche muss Kirche bleiben!

Wählen kann nur, wer in die kirchlichen Wählerlisten eingetragen ist. Laßt euch noch heute von eurem Pfarrer in die Liste eintragen; auch wer sich schon gemeldet hat, vergewissere sich, dass sein Name tatsächlich in der Wählerliste steht.“

Beschlagnahme von 620.000 Exemplaren der Liste „Evangelische Kirche“, die ihren Namen in „Evangelium und Kirche“ ändern muss

(Wahlaufruf JK 60f)

Aufruf nationalsozialistischer Westfälischer Pfarrer (JK 68):

„1. Die bevorstehenden Kirchenwahlen sind von entscheidender Bedeutung für die endgültige Gestaltung unserer evangelischen Kirche. Das verpflichtet uns zu einem freimütigen Bekenntnis.

2. Wir wollen mit unserem Führer Adolf Hitler Befriedung des evangelischen Kirchenlebens, um unserem Volk schwere religiöse Kämpfe zu ersparen.

3. Wir wollen nichts zu tun haben mit Kräften, die in Kirche und Staat reaktionäre Ziele verfolgen, sondern wissen uns eins für die neue im Glauben geeinte Kirche im einig gewordenen Volke.

4. Wir grenzen uns ab gegen die Reichsleitung der Deutschen Christen in Berlin, die durch ihre Kirchenpolitik das Bekenntnis der Kirche gefährdet, die unserm Führer nach seinen eigenen Worten am Herzen liegende innere Freiheit der Kirche bedroht und das Vertrauensverhältnis zwischen Kirche, Volk und Staat zu erschüttern geeignet ist.

5. Wir kämpfen wie bisher für eine wirkliche Glaubensbewegung im Dritten Reich, durch die die Kirche aufbauend auf dem reformatorischen Bekenntnis und in wahrer Liebe zu unserem Volk arbeitet und das biblische Evangelium unverkürzt verkündet.

6. Wir nationalsozalistischenPfarrer bitten unsere Freunde, sich am kommenden Sonntag für dieListen der Männer zu entscheiden, edie im hingebendem Dienst an Kirche und Volk im Sinne unseres Aufrufes arbeiten wollen.“

(Ausschluss von Wilhelm Niemöller aus der NSDAP)

Wahlaufruf des ehemaligen Reichskommissars August Jäger (Nic I, 111 ff):

„…Der nationalsozialistische Staat aber erhebt … den Anspruch auf Totalität. Das will nicht besagen, dass er auch die Kirche, als die Form religiösen Kulturlebens nach seinen Gesetzen regiern wolle, wohl aber, dass er die Forderung nach gegenseitiger voller Bejahung erheben muss. Das Geschrei um die Freiheit der Kirche wäre nicht so groß gewesen, wenn alle, die es erhoben haben, bedacht hätten, dass der Führer in seiner großen Rede vom 21. 3. 1933 nicht nur die Freiheit der Kirche garantiert, sondern dass er als notwendiges Gegenstück auch verlangt hat, dass die Kirche dem Staate gegenüber ihre Pflicht erfülle. Der nationalsozialistische Staat kann es nicht dulden, dass große Bezirke des Lebens ihm fremd oder neutral gegenüberstehen. Unter voller Würdigung jeder Eigengesetzlichkeit müssen sich alle Bezirke im Staate zu einer höheren Einheit verbinden. Es ist nicht Zufall, dass der Ruf „Heil“ im neuen Staat eine beherrschende Bedeutung gewonnen hat. Dieser Ruf rührt an das innerste Sehnen jedes gläubigen Herzens, das sein Heil nicht nur in einem äußeren Wohlergehen, das vielmehr unter Zurücksetzung eigensüchtigen Strebens das Heil sucht in dem, was mehr ist als er selbst, nämlich im Volk und in dessen Leben und ewiger gottgebundener und gottverbundener Bedeutung.

Das Erscheinen Jesu in der Weltgeschichte ist in seinem letzten Gehalte ein Aufflammen nordischer Art inmitten einer von Zersetzungserscheinungen gequälten Welt. Darum werden auch deutsche Art und Evangelium den Weg zueinander und eine Verbindung finden, wie sie dem Volke bisher noch nicht geboten worden ist.

Das Haus ist mit der nunmehr zum Gesetz erhobenen Verfassung gebaut. Allen Gewalten zum Trotz soll das Volk jetzt selbst seinen Einzug halten und das Haus ausstatten. Das ist der Sinn der Wahlen, bei denen es nicht um Parteien und Verschiedenheit der Bekenntnisse, sondern nur darum geht, das letzte Ziel äußerer und seelischer Einheit und Freiheit zu erreichen.

Darum erfülle jeder deutsche und evangelische Christ am 23. Juli 1933 seine Pflicht!“

1. Landesversammlung der GDC in Stuttgart, Reden von Rehm und Wurm

(Schäfer 2, 427 ff)

<u>17. – 23. Juli:</u>

Interventionen von Staat und Partei bei den Kirchenwahlen (Nic I, 110 ff)

Der Listennahme „Evangelische Kirche“ muss auf einstweilige Verfügung der DC umgeändert werden in „Evangelium und Kirche“

18. Juli 1933:

Fritz Thyssen wird oberste staatliche Autorität für die Durchsetzung der Wirtschaftspolitik im Ruhrgebiet

Rundschreiben an die Freunde und Mitglieder der Jungreformatorischen Bewegung von Gerhard Jacobi und Dietrich Bonhoeffer (DBW 12, 99f)

Protest von Bonhoeffer und Jacobi beim Chef der Gestapo Rudolf Diels gegen die Beschlagnahme des Wahlmaterials der Jungreformatorischen Bewegung, Androhung von KZ-Haft gegen beide

Rundschreiben der Kirchlichen Sozietät an die württembergischen Pfarrer über die Kirchenwahlen (Schäfer 2, 312 ff)

Wahlaufruf nationalsozialistischer Pfarrer Westfalens (DEW 149)

Aufruf von Jäger (GB 91):

Er wirft der Kirche vor, dass sie „nicht den Mut und Willen gefunden hatte, Evangelium und Volkstum miteinander zu verbinden." Der nationalsozialistische Staat erhebe den Anspruch auf Totalität. Das besage nicht, dass er auch die Kirche nach seinen Gesetzen regieren wolle, sondern dass er die Forderung nach gegenseitiger voller Bejahung erheben werde. Er könne es „nicht dulden, dass große Bezirke des Lebens ihm fremd oder neutral gegenüberstehen. Unter voller Würdigung jeder Eigengesetzlichkeit müssen sich alle Bezirke im Staate zu einer höheren Einheit verbinden". „Das Erscheinen Jesu in der Weltgeschichte ist in seinem letzten Gehalte ein Aufflammen nordischer Art inmitten einer von Zersetzungserscheinungen gequälten Welt. Darum werden auch deutsche Art und Evangelium den Weg zueinander und eine Verbindung finden, wie sie dem Volke bisher noch nicht geboten worden ist." Der Sinn der Wahlen sei, dass das Volk jetzt selbst seinen Einzug in das neugebaute Haus der Kirche halte und es ausstatte."

19. Juli 1933:

Richtlinien für die Geschichtsbücher (UF IX, 447f)

Rede von Martin Heidegger in Freiburg (UF IX 460f)

Wahlaufruf von Hossenfelder:

„Die Deutschen Christen sind die SA Jesu Christi im Kampf zur Vernichtung der leiblichen, sozialen und geistlichen Not. Sie sind alle Kameraden in der Front des christlichen und sozialen Sozialismus … Unser Volk braucht das

soziale Schaffen einer Kirche von deutschen Christen, um das Dritte Reich bauen zu können. Eine christliche, soziale Lehre, die die „Neutralität der Kirche“ lehrt und keine sozialen Entscheidungen wagt, lehnen wir als Irrlehre und als glaubenslos ab. Ehe, Familie, Rasse, Volk, Staat und Obrigkeit sind uns Gottes Schöpfungsordnungen, die wir heilig halten. Wo menschliche und völkische Sünde sie zerstört haben, suchen wir sie nach nach Gottes Gebot in ihrer Krankheit wieder herzustellen. Mammonismus und Kapitalismus, Marxismus und Liberalismus, weltanschaulicher und praktischer Materialismus sind uns gottfeindliche Mächte. Sie zu bekämpfen und den Staat und das Staatsvolk in diesem Kampf zu unterstützen, ist uns heiligstes Anliegen.“ (KJ 30)

Wahlaufruf im „Völkischen Beobachter“:

„Achtung! Kirchenwahlen! Alles in die Wählerlisten! Jeder evangelische Parteigenosse genügt am Sonntag, dem 23. Juli, dem Tag der Kirchenwahl seiner Wahlpflicht. Das ist einfach eine Selbstverständlichkeit. Ebenso selbstverständlich ist es, dass er seine Stimme der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ gibt. Diese Kirchenwahl, die erste Kirchenvolkswahl, ist von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Gestaltung der Kirche und ihren Dienst am deutschen Volk. Damit ist diese Kirchenwahl nicht mehr eine interne Angelegenheit der Kirche, sondern eine Angelegenheit des deutschen Volkes.“ (Nic I, 117f)

„Licht und Leben“: Evangelische Kirche oder DC? (vN 270 ff):

„Wir lehnen also die Liste der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ ab,.

1. ***weil wir das Evangelium nicht verfälschen lassen wollen;***
2. ***weil unsere evangelische Kirche nur in Freiheit gedeihen kann;***
3. ***weil diese unsere Kirche allen unseren Volksgenossen das Evangelium schuldig ist, ganz besonders auch den heimatlos Gewordenen;***
4. ***weil wir unsere evangelischen Volksgenossen im Ausland nicht an die deutsch-feindlichen Staatsgewalten verraten dürfen;***

Wer also eine freie Kirche will, die ohne Menschenfurcht Gottes Wort verkündigt und in hingebender Treue unserem Volke dient, der weist die Liste der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ ab und wählt die Liste „Evangelische Kirche“.

Karl Barths Bekenntnis für die Kirchenwahl (Schmidt 1, 47):

„Das Evangelium ist die Kraft Gottes, Jesus Christus. Das Evangeliumn geht zu allen menschen. Es geht auch unser deutsches Volk an. Es will auch im nationalsozialistischen Staatverkündigt werden. Das Evanglium ist so frei wie Gott selber. Evangelischer Glaube kennt keine anderen Götter neben ihm. Die evangelische Kirche dient dem Evangelium.

Sie erwartet alle Hilfe für alle Not von diesem einen Gott. Sie dient den Menschen, indem sie ihnen diesen einen Gott verkündigt. Sie ist die Kirche des deutschen Volkes im nationalsozialistischen Staat, aber sie weiß sich dem Evangelium allein unterworfen und verantwortlich. Evangelischer Glaube und nur er schafft kirchliche Arbeit. Die Kirche ist aufgerufen, zu bleiben und neu zu werden, was sie ist:
Die Kirche Jesu Christi!
Die Kirche des evangelischen Glaubens!
Die Kirche des freien Evangeliums!
Allein Gott in der Höh sei Ehr und Dank für seine Gnade!
Die bevorstehende Kirchenwahl gibt uns Anlass, dies zu bekennen.“

Schreiben Hitlers an Müller:

„Ihnen und den deutschen Christen wird trotz aller Anfeindungen die Geschichte einmal das Zeugnis ausstellen, eine der entscheidendsten Taten der religiösen Gestaltung des Lebens unseres Volkes gewollt, gefördert und am Ende mit vollbracht zu haben. Ich möchte daher Ihnen und den „Deutschen Christen“ danken und Sie auch für alle Zukunft meines besonderen Vertrauens versichern.“ (WNH 108)

Sitzung der lutherischen Bischofskonferenz (Meiser 77f)

<u>20. Juli 1933:</u>

Unterzeichnung des Konkordatsvertrages im Vatikan durch von Papen und Pacelli

(Nic I, 190 ff; Friedrichs 1, 377 ff)

Runderlass von Göring an die Behörden zur Einführung des Hitler-Grußes (UF IX 301)

Richtlinien des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Preußen für die Geschichtslehrbücher (UF IX 447 ff)

Die soziale Botschaft der deutschen Christen „Gott will Volk“:

„Ehe, Familie, Rasse, Volk und Obrigkeit sind uns Gottes Schöpfungsordnungen, die wir heilig halten; wo menschliche und völkische Sünde sie zerstört haben, suchen wir sie nach Gottes Gebot in ihrer Reinheit wiederherzustellen.

Mammonismus und Kapitalismus, Marxismus und Liberalismus, weltanschaulicher und praktischer Materialismus sind uns gottfeindliche Mächte. Sie zu bekämpfen und den Staat und das Staatsvolk in diesem Kampf zu unterstützen, ist uns heiligstes Anliegen. Sie haben nicht nur Volk, Staat und Wirtschaft untergraben, sondern auch die Verkündigung des Wort Gottes bekämpft.“ (vN 190 ff)

Wahlaufruf der Jungreformatorischen Bewegung: Kirche muss Kirche bleiben!

„Wir haben die Wahl nicht gewollt. Wir bekämpfen den Parlamentarismus in der Kirche und wollen mit alten und neuen Kirchenparteien nichts zu tun haben. Da die Wahl aber stattfindet, rufen wir alle evangelischen Christen zur Entscheidung.
Wir kämpfen für eine b e k e n n e n d e K i r c h e. Es genügt nicht, dass unsere Bekenntnisse unangetastet bleiben. Die Kirche muss es wieder neu lernen, sich zu ihrem gekreuzigten Herrn zu bekennen, wie er uns in der Schrift Alten und Neuen Testamentes bezeugt wird. Sie muss alle falschen Lehren in der Kirche, wie sie tähglich von führenden Männern der Deutschen Christen ausgesprochen werden, aufs schärfste bekämpfen. Wir kämpfen für ein j u n g e K i r c h e. Politische und kirchenpolitische Reaktion dürfen in ihr keinen Raum haben. Wir wollen neue Gemeinden, in denen aus der Vergebung Jesu Christi die Kräfte der Buße, des Glaubens und der brüderlichen Liebe wieder lebendig werden. Wir wollen eine Form der Kirche, in der diese Kräfte weder durch übersteigerte Bürokratie noch durch Massenbewegungen überwuchert werden.
Wir kämpfen für eine f r e i e K i r c h e. Die Kirche muss unabhängig sein vom Druck aller politischen Gewalten. Nur wenn sie in voller Freiheit Gottes Wort sagt, kann sie ihren Dienst im deutschen Volk tun.
Die Kirche des Evangeliums ist in Gefahr. Darum rufen wir die evangelischen Christen auf, zu ihr zu stehen. Wir stehen zu unserem Staat in Gehorsam und Liebe. Es geht uns bei dieser Wahl nur um die Kirche. Wir wollen die Freiheit ihrer Predigt. Wir wollen ihre Erneuerung aus Gottes Geist und für Gottes Dienst. Darum haben wir uns zusammengeschlossen mit allen, die für eine freie, junge, bekennende Kirche kämpfen wollen.

Evangelische Christen, tretet für eure Kirche ein! Kirche muss Kirche bleiben! Wählt Liste „Evangelium und Kirche“. **(ebd. 268)**

Wahlaufruf der Liste „Evangelium und Kirche“ (Nic I, 114):

„Die kirchliche Lage bringt uns plötzlich Wahlen am 23. Juli.
Wir rufen alle Freunde einer staatsfreien, allein auf Gottes Wort gegründeten Kirche zur Beteiligung an der Wahl auf. Die Not der Strunde zwingt alle, die ihre Kirche lieb haben, zum Zusammenschluss. Es gilt jetzt nicht Partei noch Gruppe, sondern gemeinsame Arbeit am Aufbau unserer Kirche aus dem Glauben allein.
Wir stehen dankbar und entschlossen hinter Hindenburg und Hitler als den Führern unseres Staates, die jetzt durch ihr Eingreifen auch der Kirche den

Weg in die Freiheit gebahnt haben. In Treue zu diesem Staat wollen wir für Volk und Vaterland in unserer Kirche arbeiten.
Wir wollen eine deutsche evangelische Kirche, die von volksverbundenen und gegenwartsnahen Männern geleitet wird, eine Volkskirche, deren Pfarrer – wie es auch Hitler fordert – nicht Vertreter einer politischen Weltanschauung sind, sondern wahre Seelsorger und Helfer in den Nöten unserer Tage.
Wir wollen eine Kirche, die im Glauben unserer Väter wurzelt und eine Stätte des Friedens und der Wahrhaftigkeit ist, in der Luthers Wort von der „Freiheit eines Christenmenschen" sich im Dienst an den Brüdern bewährt.
Wir haben mit schmerzlichem Bedauern erlebt, wie man in den letzten Monaten mit politischen Methoden rücksichtslos die Macht in der Kirche erobern wollte. Um des Gewissens, um der Ehre unserer Kirche und um des Evangeliums willen lehnen wir uns gegen diese Kampfesart auf. Wer eine Kirche will, die ohne Menschenfurcht Gottes Wort verkündet und in hingebender Treue unserem Volk dient, der wähle unsere Liste: Evangelium und Kirche!"

Rudolf Hess: „Wählen ist Pflicht" (WNH, 108, GB 94):

„Jeder, der sich zur nationalsozialistischen Weltanschauung bekennt, hat sich bis spätestens 20. Juli 1933 in die Wahlliste für die bevorstehenden Kirchenwahlen einzutragen. Die Wahllisten liegen bei den Kirchengemeinden auf. Die Beteiligung an der Wahl ist Pflicht."

Sitzungen des Unterausschusses der Bevollmächtigten und Vertreter der evangelischen Landeskirchen (Meiser 83f, 85 ff)

Auch die Bräute von jüdischen Soldaten müssen arische Abstammung nachweisen (Walk 41)

22. Juli 1933:

Empfang von Marahrens, Meiser und Tielemann durch Hitler in Bayreuth: Überreichung der Kirchenverfassung (Hermelink 46f)

Rundfunkansprache Hitlers aus Bayreuth zu den Kirchenwahlen am nächsten Tag

„Wenn ich zu den evangelischen Kirchenwahlen Stellung nehme, dann geschieht dies ausschließlich vom Standpunkt des politischen Führers aus, d. h. mich bewegen nicht die Fragen des Glaubens, der Dogmatik oder der Lehre. Dies sind rein innere kirchliche Angelegenheiten. Darüber hinaus aber gibt es Probleme, die den Politiker und verantwortlichen Führer eines Volkes zwingen, offen Stellung zu nehmen. Sie umfassen völkische und

staatliche Belange in ihrer Beziehung zu den Bekenntnissen. Der Nationalsozialismus hat stets versichert, dass er die christlichen Kirchen in staatlichen Schutz zu nehmen entschlossen ist… Der Staat muss aber umgekehrt von den Kirchen verlangen, dass sie ihm auch ihrerseits jene Unterstützung zuteil werden lassen, deren er zu seinem Bestand bedarf. Kirchen, die dem Staat gegenüber keinerlei positiven Erfolg in diesem Sinne aufweisen können, sind für den Staat genauso wertlos, wie der Staat wertlos für eine Kirche, der gegenüber er unfähig ist, seine Pflicht zu erfüllen. Entscheidend für die Existenzberechtigung von Kirche und Staat ist die seelische und körperliche Gesunderhaltung der Menschen."

Deshalb seien beide aufeinander angewiesen. Ähnlich wie bei der katholischen Kirche im Konkordat solle auch mit der evangelischen Kirche eine klare Regelung getroffen werden. Voraussetzung dafür sei die Ersetzung der zahlreichen Landeskirchen durch eine einige Reichskirche, in der alle Kräfte wirkungsvoll zusammengefasst seien. „Der starke Staat kann nur wünschen, dass er seinen Schutz solchen religiösen Gebilden angedeihen lässt, die ihm auch ihrerseits wieder nützlich zu werden vermögen. Tatsächlkich hat sich auch innerhalb der evangelischen Bekenntnisse im Kirchenvolk in den „Deutschen Christen" eine Bewegung erhoben, die, von dem Willen erfüllt, den großen Aufgaben der Zeit gerecht zu werden, eine Einigung der evangelischen Landeskirchen und Bekenntnisse anstrebte. Wenn diese Frage nun wirklich in Fluß geraten ist, dann wird vor der Geschichte nicht durch unwahre oder dumme Einwendungen bestritten werden können, dass dies das Verdienst der völkisch-politischen Umwälzung in Deutschland war und jener Bewegung innerhalb der evangelischen Bekenntnisse, die sich eindeutig und klar zu dieser nationalen und völkischen Bewegung bekannte zu einer Zeit, da leider genau so wie in der römischen Kirche zahlreiche Pastoren und Superintendenten in schärfster, ja oft fanatischer Weise gegen die nationale Bewegung grundlos Stellung genommen haben. Im Interesse des Wiederaufstiegs der deutschen Nation, den ich untrennbar mit der nationalsozialistischen Bewegung als verbunden ansehe, wünsche ich daher verständlicherweise, dass die neuen Kirchenwahlen in ihrem Ergebnis unsere neue Volks- und Staatspolitik unterstützen werden. Denn indem der Staat die innere Freiheit des religiösen Lebens zu garantieren bereit ist, hat er das Recht zu hoffen, dass in den Bekenntnissen diejenigen Kräfte gehört werden mögen, die entschlossen und gewillt sind, auch ihrerseits für die Freiheit der Nation sich einzusetzen. Dies wird aber nicht gewährleistet durch weltabgewandte und den Erscheinungen und Ereignissen der Zeit keine Bedeutung beimessende Kräfte einer religiösen Versteinerung, sondern durch die Kräfte einer lebendigen Bewegung. Diese Kräfte sehe ich in jenem Teil des evangelischen Kirchenvolks in erster Linie versammelt, die in den Deutschen Christen bewusst auf dem Boden des

nationalsozialistischen Staates getreten sind. Nicht in erzwungener Duldung, sondern in lebendiger Bejahung. Die inneren religiösen Fragen der einzelnen Bekenntnisse werden davon überhaupt nicht berührt. Es ist nicht meine Aufgabe, dazu Stelluhng zu nehmen.“
(KJ 30 ff; Nic I, 119 ff; GB 94)

Verbot von Versammlungen, Aufrufen und Presseaufsätzen der Liste „Evangelium und Kirche“ in den beiden Mecklenburgs und Lübeck (GB 94)

Einführung von Kühlewein als Bischof in Karlsruhe

(Hermann Erbacher 76 ff)

23. Juli 1933:

Kirchenwahlen in der Regel mit absoluten Mehrheiten für die DC-Kandidaten, außer in Westfalen. In Berlin erreicht die GDC 82 % der Stimmen (Ergebnisse GB, 95f), Neubildung aller kirchlichen Organe

Erklärung der Jungreformatorischen Bewegung (vN 272 ff):

„…Wir halten es vielmehr für geboten, uns aus dieser verfehlten Frontbildung zurückzuziehen, um dadurch die Herausarbeitung der eigentlichen und wesentlichen inneren kirchlichen Linie wieder zu ermöglichen. Damit erstreben wir einen Dienst, den unsere Kirche nie, am wenigsten jetzt entbehren kann und der den Einsatz aller Treue und Hingabe wert ist. In Predigt und Lehre, in Gemeindearbeit und theologischer Besinnung soll er geschehen…Nicht Kirchenpolitik, so notwendig sie auch sein mag, sondern die innerkirchliche Erneuerung ist das Anliegen der jungreformatorischen Bewegung. Die harten kirchenpolitischen Kämpfe wären nutzlos und das kirchliche Eingungswerk würde ohne Inhalt sein, wenn nicht diese Aufgabe eindeutig erkannt und zielbewusst in Angriff genommen würde.“

W. Kümmel: Volk vor der Kirche. Unsere Verantwortung (DED 30/1933)

Friedrich Bartsch: Evangelische Volksbildungsarbeit im neuen Deutschland (ebd. u. 32)

Die Beurteilung der Wahl: (WNH 109 ff)

Notiz im „Evangelium im Dritten Reich für Groß-Berlin“:

„Nach Aufstellung der Wahlergebnisse aller im Gau Groß-Berlin zusammengeschlossenen Kirchengemeinden, rund 180 Gemeinden in sechs

Stadt- und fünf Landsynodalkreisen, stehen die „Deutschen Christen“ mit einem Durchschnitt von 82 %.

Dieses Resultat zeigt mit überwältignder Klarheit, dass die Bevölkerung der Reichshauptstadt sich für die Arbeit, Ziele und Aufgabe der Deutschen Christen einsetzen will, um die einstige marxistische Hochburg der Freidenker und Gottlosen-Bewegung im Geiste unseres Führers Adolf Hitler religiös zu untermauern.“

Arierparagraph im Reichsverband deutscher Schriftsteller (Walk 42)

25. Juli 1933:

Großrazzia von Polizei, SA und SS nach Oppositionellen

Telegramm von Hossenfelder an den Staatskommissar Jäger:

„Zu meiner großen Freude darf ich Ihnen den überwältigenden Wahlsieg der DC melden. Dieser das ganze ev. Kirchenvolk begeisternde Sieg ist mir der sicherste Beweis für die Notwendigkeit und Richtigkeit der uneigennützigen Hilfe, die der pr. Staat der ev. Kirche durch Ihre Person hat angedeihen lassen. In Würdigung der Tatsache, dass die Verbindnng zwischen natsoz. Staat und einer einigen freien, ev. Kirche eine untrennbare sein muss, bitte ich Sie, in der Reichsleitung der DC das Referat „Staat und Kirche“ übernehmen zu wollen. Heil Hitler!“

26. Juli 1933:

Jüdische Auswanderung erwünscht, aber eine Reichsfluchtsteuer wird erhoben (Walk 42)

27. Juli 1933:

Rede des Reichsbankpräsidenten von Schacht auf der Weltwirtschaftskonferenz (Friedrichs 1, 238 ff)

Verordnung des EOK über die Neubildung der Synoden- und Gemeindeverbandsorgane (EDR Nr. 32)

28. Juli 1933:

Stimmungsberichte der Polizeileitstellen Kassel und Minden zur innenpolitischen Lage (UF IX, 404 ff)

29. Juli 1933:

Baldur von Schirach: Verbot der gleichzeitigen Mitgliedschaft in nationalsozialistischen und konfessionellen Jugendorganisationen

(Nic I, 122f)

30. Juli 1933:

Erich Seeberg: Warum gehe ich nicht mit Barth? (DED 31/1933)

Georg Wobbermin: Karl Barths Angriff auf die Glaubensbewegung „Deutsche Christen" (ebd.)

31. Juli 1933:

Berliner Theologen an Bodelschwingh (DBW 12, 107f)

Juli 1933:

Ordnung der Rheinischen Pfarrbruderschaft (WNP 19 ff)

Ergebnisse der Beratungen in Essen (ebd. 20f)

Juli/August 1933:

Hans Ehrenberg: „72 Leitsätze zur judenchristlichen Frage"

(Schmidt 1, 66 ff):

„Hebr. 11, 26
Im Namen des Vaters Jesu Christi, des Gottes Abrahams, Isaaks und Jakobs.
1. Die Kirche im nationalsozialistischen Deutschland wünscht ihr Glaubensleben bluthaft zu binden, erdhaft zu verwurzeln, leibhaft zu verwirklichen, volkhaft zu gestalten. Dieses begründete Anliegen ist, richtig verstanden, kein Anliegen von Fleisch und Blut, stets aber eine ungeheure Versuchung für alles Fleisch und Blut.

2. Das Zeitalter des Liberalismus brachte Gewissensschärfung und sachlichen Ernst, aber unterhöhlte das Gesetz und die Zucht bis zum marxistischen Grundsatz: alles ist erlaubt! So wurde es ein Zeitalter der „Sünden wider die Schöpfung“.
3. Der völkische Mensch verdammt die Sünden wider die Schöpfung als Todsünden und verwirft die Weichlichkeit im Urteil über diese Sünden. Zur Hilfe dafür fordert er die sichtbare Kirche als seinen Partner an und bietet der kirchlichen Gesetzespredigt Schutz; der völkische Staat will volksorganisch planend im Kampf gegen die Mächte der Volkszersetzung vorangehen.
4. Der völkische Mensch ist der erfolgreiche Gegenspieler des Liberalismus und Marxismus, aber nicht sein Überwinder. Anstatt Wort und Bekenntnis nennt er Volk und Rasse als Spitze der göttlichen Ordnung auf Erden. Solange er die richtige Rangordnung zwischen geistlich und weltlich noch nicht wiederhergestellt hat, bleibt er seinem Feinde, dem Liberalismus, verhaftet, fällt in zuchtlose Dogmenscheu zurück und schämt sich für den Menschen, den großen, gewaltigen und heldischen Herren der Erde, des Evangeliums von der reinen Gnade des Herren des Himmels.
5. Den letzten Abschnitt im Kampf wider die Zuchtlosigkeit und Ehrlosigkeit der liberalistisch-marxistischen Zeit führt nicht der Staat, sondern die Kirche, auch wenn sie zuvor im Kampf um die weltliche Autorität in Volk und Staat die Führung der politischen Bewegung überlassen musste; in dieser einen Richtung muss sich auch der nationalsozialistische Staat beugen lernen; dann ist das Vaterland wirklich durch ihn gerettet.

----

6. Israel geht quer durch alle Völker der Erde hindurch; dies ist eine Tatsache; sie ist aus dem göttlichen Heilsratschluss zu deuten, der irgendein Volk – nach dem Willen Gottes ward es das geringe, nichtssagende Volk Israel – für seine Verwirklichung benutzt (auserwählt)
(s. 27.)
7. Die Querlagerung Israels durch die Völker der Erde gilt sowohl für die, welche Israel nur noch unter dem Fluche des Gerichts sehen wie für die, welche gemäß biblischer Offenbartung (Paulus Römer 9) es sowohl unter dem Fluche wie unter der weiterwirkenden, erwählenden , grundlosen Gnade erblicken.
8. Jude-Sein ist für die weltlich denkenden und die Intellektuellen ein Nationalcharakter, für die geistlich Denkenden, die Kindlichen und Wiedergeborenen nur eine Funktion der erbsündigen Menschheit: Gottes einmaliges „Schulbeispiel“ („Anschauungsunterricht“) für gut und böse, heilig und heillos.
9. Die Völker haben sich nicht gegen den Willen Gottes mit Israel zu wehren; denn dieser Wille mit Israel ist nie etwas anderes als Gottes Heilswille mit den Völkern selber, so sehr, dass sogar aus dem Fall und der Verwerfung Israels den Heiden das Heil widerfährt und Israles Schade der Welt Reichtum wird (Römer 11, 11 und 12). Jeder Gnadenerweis Gottes an Israel ist ein

Gnadenakt an den Völkern, und jedes Gottesgericht an Israel bedroht alle Völker mit dem gleichen Gericht: denn es haben Ihn alle gekreuzigt.
10. Israel hat das Recht auf die Freiheit seines Lebens unter den Völkern, die Völker haben das Recht zur Sonderrechtsbestimmung gegen Israel. Philosemitismus und Antisemitismus stehen beide nicht im Gehorsam gegen Gott.
11. Das Verhältnis zwischen den Völkern und Israel ist wechselnd je nach den Volksepochen; in Zeiten der Volksexpansion neigt das Verhältnis der Völker zu Israel zu Freundschaft und Assimilation, in Zeiten der völkischen Autarkie zur Aussonderung und Feindschaft.
12. Die Kirche Christi hätte in Zeiten der Assimilation sich gegen übertriebene, unverfrorene Gleichheitsansprüche Israels stellen sollen, in Zeiten der Aussonderung hat sie Israel gegen übertriebene, zuchtlose Feindschaft von Seiten der Völker zu schützen. Warum schwieg sie und schweigt sie?
13. Es ist nach Zeiten einer überaus schweren Versündigung gegen die Schöpfung, woran Israels übermäßige Assimilation mit schuld ist, zu einer so harten Reaktion der Volksautarkie gekommen, dass zum ersten mal seit Christus der getauftre christusgläubige Jude in die völkische Ablehnung und Aussonderung einbezogen wird: anstatt individualistischer Sünde wider die Schöpfung kollektivistische Sünde wider die Offenbarung!
14. Der Christus Jesus ist kein nationaler Messias, deshalb haben ihn seine Stammesgenossen nach dem Fleische, die Juden, gekreuzigt; dass er der Sohn des lebendigen Gottes ist, kann auch einem Juden nicht Fleisch und Blut offenbaren: gleichwohl kommt das Heil von den Juden, nach Gottes Ratschluss, ein Ärgernis für die Juden selber und ein Ärgernis für alle Völker.
15. Dieses Ärgernis wird dadurch festgehalten, dass Jude und Heide in Christo Jesu Eins sind – Eins wie Mann und Weib – seelisch und leibhaft in der Einheit des Leibes Christi, obwohl sie irdisch Jude und Heide bleiben. Die Einswerdung ist eine bedingungslose.
16. Daher ist der Heidenchrist dem Judenchrist, der Judenchrist dem Heidenchrist als Nächster gesetzt und notwendig, damit keiner je aus dem Ärgernis des Gekreuzigten herauskommt.
27. Der Judenchrist sowie der heilige Rest seiner ungetauften Stammesgenossen ist zum Zeugen dafür berufen, dass Gott seine Treue dadurch überschwenglich preist, dass er nicht nur trotz aller Untreue Israels seinen Sohn als Sohn Abrahams hat geboren werden lassen, sondern dass er auch, nachdem Israel als Ganzes den Messias verworfen hat, die Verheißung der kommenden Vollendung ganz an Israel nach dem Fleisch gebunden sein lässt. Dieses Wunder der Treue Gottes darf niemals als religiöse Bedeutung des Volkstums gedeutet werden, weder des jüdischen noch eines anderen.
18. Israels Auserwählung dient also einzig und allein der vollen Erhaltung des Skandalon Christi. Die Existenz des Judenchristen verkörpert seit der Urgemeinde personell die Heilsgeschichte in den Volkskirchen.

19. Insofern ist dem Judenchristen ein zwiefaches Leiden gesetzt: das Leiden an der Verstockung der Juden gegen die Gnade und Wahrheit in Christo (Paulus wünschte um seines Volkes willen, so er es zum Christus reizen könnte, von Christo verbannt zu sein) und das Leiden an der Verstockung der Völker und Volkskirchen gegen das Ärgernis der Heilsgeschichte.
20. Die Verkörperung der Heilksgeschichte im Judenchristen ist nur in der Kirche unerlässlich, die auf der Schrift, dem Zeugnis der Heilsgeschichte, aufbaut, also in der Evangelischen Kirche. Nur in ihr wird die Existenz des Judenchristen zum Anlaß einer Parteiung.
21. Die Heilsgeschichte und ihre Verkörperung im Judenchristen für das Reich der Gnade verbietet ebenso die liberalistische philosemtische Assimilationstechnik wie die blutschwärmerische antisemitische Aussonderung Israels aus den Völkern.
22. Will das Volk nicht unchristlich bleiben, so ist die Eingliederung des Judenchriosten das Mindestmaß an voller Zugehörigkeit Israels zum Volkstum der Völker, in Zeiten starker Volksautarkie auch einmal das Höchstmaß.

----

23. Der Liberalismus stellte sich in bezug auf die Schöpfung als Darwinismus dar: Leugnung der Arten. Die völkische Schwärmerei setzt dagegen auch die Unterart (Familie im biologischen Sinne) als eigene Art, ist also Darwinismus bzw. Liberalismus mit umgedrehten Vorzeichen. Rasse und Volkstum sind Unterart, nicht Art.
24. Art ist schöpfungsverordnet, „besamt sich jede nach ihrer Art" (Fortpflanzungseinheit); Unterart ist geschöpflich geworden, entwickelt sich durch Sprossung und Kreuzung. Jene ist vorgeschichtlich urtümlich, diese geschichtlich sich entfaltend im Werden und Vergehen, Sterben und Neuwerden.
25. Gott erkennt auch des Menschen Unterart, die geworden ist, an und bestätigt ihr völkisches Eigenleben, kleidet sie aber nie mit der Würde der Art. Jedes Volk steht an seinem Platze in Gottes Werkstatt.
26. Gemäß Apostegeschichte 17, 26 und dem kirchlkichen Taufformular gibt es nur Eine Menschenart.
27. Die Eigenarten der Rassen und Völker bleiben durch die Querlagerung Israels ständig auf die Eine Art des Menschengeschlechts bezogen. Sowohl die Menschheitsträumer wie die Rasseschwärmer sind zuchtlose Rationalisten ohne heilsgeschichtliche biblische Bindung (s. 6)
28. Gott will, dass die Völker Nationalkirchen und volkhaft gestaltete Kirchen, aber nicht ein artgemäßes Christentum ausbilden.
29. Der Judenchrist korrigiert durch sein bloßes Dasein innerhalb der Gemeinde die Verfälschung des Christenglaubens in der Richtung auf eine Nationalreligion in den Nationalkirchen.
30. Kraft der Eingliederung des Judenchristen in die Volkskirchen gewinnen diese die Erlaubnis, trotz der unbedingten Einheit der Einen Kirche Jesu

Christi, Nationalkirchen zu bilden und ihre Volkstümer vollständig in ihren Kirchen zur Wirkung zu bringen.
31. Die römische Kirche erhält diese Erlaubnis nicht, weil sie heilsgeschichtlich ebenso von den Heiden (Antike) wie von Israel ausgehen will und erfährt daher die Eingliederung der Judenchristen nicht wesenshaft. Sie kann und darf keine echten Nationalkirchen bilden und kränkt die Eigenart jedes Volkstums, aber sie hat so lange in der Welt der Völker und Staaten dazustehen, bis die Kirchen der Reformation ihre Völker bekehrt haben, die echten Nationalkirchen entstanden sind.
32. In der Kirche der deutschen Reformation ist das Musterbeispiel der echten Nationalkirche in die Erscheinung getreten; wenn sie Luthers Lehre von den beiden Regimentern treu bleibt, ist sie der römischen Weltkirche vollauf gewachsen.
33. Bei der Stellung zum Judenchristen tut sich kund, wie man zur Kirchenfrage steht. Die Eingliederung des Judenchristen in die Nationalkirchen bejaht das Nationalkirchentum „als Kirche", seine Ausgliederung verneint es „als Kirche".
34. Die von deutschchristlicher Seite gegebene Formulierung des Judenchristen als „Korrektur" beruht auf seiner bloßen Existenz in der Nationalkirche.
35. Führen und bauen der Kirchen fällt seit dem Jahre 70 allein den Völkern zu; Judenchristentum gibt es hinter dem Jahre 70 nicht mehr. Bis zum Ende dieses Äons hält Gott, um der Völker willen, Israel als Ganzes in der Verstockung; so lange gehen die Kinder Israel nur als Einzelne in die Kirche Christi ein, deren heilslgeschichtlichen Ausgangspunkt zu erneuern. Bildung eigener christlicher Gemeinden und Kirchen ist damit den Juden verwehrt.
36. Ins Subjektive übertragen, gibt die Existenz des Judenchristen in der Volkskirche diesem den Auftrag, durch prophetische Nüchternheit die „Korrektur", die er darstellt, auszuüben.
37. Die Korrektur durch den Judenchristen in den Nationalkirchen des Evangeliums kann nicht ausgeübt werden, wenn zwischen ihm und den Heidenchristen in der Kirche in irgendeiner Richtung ein Unterschied gemacht wird.
38. Das Kirchenrecht bricht in dieser Beziehung völkisches Volks- und Staatsrecht, so Volk und Staat christlich bestimmt sein sollen.
39. In Zeiten der Volksexpansion wird die Einheit zwischen Jude und Heide in Christo Jesu leicht getragen, in Zeiten der Volksautarkie wird sie sichtbar Problem und Aufgabe.
40. Es ist einer völkisch orientierten Zeit der Kirchengeschichte vorbehalten, sich der judenchristlichen Frage nicht länger zu schämen, sondern sie offen zu stellen, zu erörtern und zu lösen.
41. Da die Blutsbezogenheit Israels im Glauben nur kraft grundloser Erwählung besteht, so kann Gott dem Abraham auch aus diesen Steinen

Kinder erwecken, und zahllose Kinder Israel haben in der Emanzipationszeit als entartete Juden ihren Vater Abraham verraten.
42, Die Blutsbezogenheit des Glaubens in Israel dient nur zum Erweis der Treue Gottes, zum Stachel der Buße für die Völker der Erde, Juda selbstredend eingeschlossen, und zum Zeichen dafür, dass Gottes Heilswille den ganzen Menschen, Seele und Leib, Geist und Blut, meint.
43. Juda neigt dazu, seine Blutsbezogenheit im Glauben als eine Blutsgebundenheit des Glaubns anzusehen und verfällt dem Rühmen: Judaismus.
44. Ebenso verfällt die Volkskirche, die den Judenchristen aus sich ganz oder teilweise aussondern will, dem Judaismus.
45. Gemäß dem heils-und endgeschichtlichen Willen Gottes mit Israel und mit den Völkern hat das Israel nach dem Geiste – die Kirche – das Israel nach dem Fleische noch nie ganz aufgesogen und trägt außerdem in sich zu allen Zeiten solche, die dem Blut nach aus dem Volkstum der Jünger Jesu sind.
(s. 35)
46. Paulus hat im Bild vom Christus-Baum in Römer 11 unterschieden zwischen dem judenchristlichen Stamm und den heidenchristlichen, aufgepfropften Zweigen.
47. Die Edelfrüchte des Christus-Baumes wachsen also an den heidenchristlichen Zweigen des Heilsbaumes.
48. Nur in der wurzelechten Unmittelbarkeit der Glaubenskraft des Judenchristern zeigt sich Israels Blutsbezogenheit im Glauben auch in der Kirche.
49. Welchen Grund hat dann der Heidenchrist, sich gegen den Judenchristen zu rühmen oder zu verwahren?
50. Im nationalsozialistischen Deutschland will die Volkskirche die Wurzelhaftigkeit des Glaubens auch für die Heidenchristen.
51. Diesewr Wille hieße Vollendung des Glaubens in der heidenchristlichen Kirche. Darum muss er auf a l l e n vorherigen Grundlagen des Glaubens aufbauen.
52. Jede Schwärmerei aber vergisst Vorstufen und Stationen des Gllaubensweges; hochgeistliche (lutherische und reformierte Schwärmer) des dritten Artikels schließen sich heute zu einem schier unverständlichen Bunde mit nackten Naturalisten, Schwärmern des ersten Artikels, in einer „deutsch-christlichen Glaubensbewegung“ zusammen.
53. Der Wille zur Blutsbezogenheit des Glaubens darf in den Heidenchristen niemals aus einer Eifersucht dem Judenchristen gegenüber erwachsen, auch wenn diese Eifersucht ein Zeugnis der Liebe zu Israel ist.
54. Der Wille zur Blutsbezogenheit droht Schwärmerei zu werden, sobald er sich gegen den Judenchristen rühmt oder verwahrt.
55. Der völkische Christ mit seinem Willen zur Wurzelhaftigkeit und Blutsbezogenheit des Glaubens mündet in liberalistischer Ideologie, sobald er diesen Willen ohne Leiden und Opfer erkaufen will.

56. Israel hat seine Blutsbezogenheit mit den Schrecken seiner Auserwählung erkaufen müssen, mit der Gerichtsnähe seiner Geschichte, mit der ständigen allseitigen Bedrohtheit seiner heimt- und ehrlosen Existenz.
57. Der Heidenchrist hat das Gleiche nicht mit den gleichen Opfern zu erkaufen; er braucht nicht heimat- und ehrlos zu werden; sein Kaufpreis ist allein die volle kirchliche Gemeinschaft mit dem Judenchristen und die Ehrfurcht vor der heiligen Schar in Israel, auf dass er nicht selber sich ehrlos mache.
58. Die Entscheidung in der judenchristlichen Frage lautet für eine Kirche mit völkischem Willen: entweder Rottenkirche (ohne Judenchristen) oder wahre Kirche (Heiden- und Judenchristen, beide aus der Kindschaft Abrahams).
59. Die Kirche der Reformation in Deutschland steht oder fällt 1933 bei der Versuchung, die Judenchristen – ganz oder teilweise – aus sich auszusondern. Die judenchristliche Frage wird im letzten Teil des Kirchenstreites zu seinem Sinnbild und Kern.
60. Das Völkische ist in Christo d.h. innerhalb der Kirchen, lebendiges Material der Gestaltwerdung, wenn aucn nie für den Glauben mitbestimmende Kraft; denn Glaube entsteht nur wider das Eigenvölkische in jedem Volk.
61. Das Eigenvölkische als lebendiges Material für die Volkwerdung der Kirchen sollte nie als Nebensache gelten und wird zu einer Hauptsache in einer Zeit, in der die gekränkte Schöpfung – das gekränkte deutsche Volkstum – an die Kirchentür klopft und verlangt, in der Theologie der Erlösung und in der Liturgie der Kirche einen Platz zu erhalten, und sei es auch nur zu dem einen Ziele, dass die Sünden wider die Schöpfung, wider Blut und Volkstum, sowie wider die Ordnungen der Schöpfung, nicht wieder in der Kirche übersehen oder auch nur gering bewertet werden können.
62. Der jetzige Kirchenstreit bewirkt kein Schisma. Die Streitenden wollen beide Nationalkirche. Der Kampf findet auf der innersten Linie statt, zwischen den vereinigten dereinstigen Gegnern des Reformators – Klerikalen und Schwärmern – und der reformatorischen Front; jene kämpfen als klerikale Himmelreichsstürmer, diese als Glaubensmenschen in der Nachfolge des Kreuzes; beider Kampfgegenstand und Kampfpreis ist das Erbe der Reformation („zuweilen dünkt mich, die Juristen bedürften wohl eines Luther, aber ich besorge, sie möchten einen Münzer kriegen." (Luther)
63. Dieser kirchenpolitische und theologische Kampf kann nur zu Ende gehen, wenn der Kampf um die judenchristliche Frage in Offenheit als Kernfrage erkannt und behandelt wird. Klerikalen Blutsschwärmern begegnet das Ärgernis des Kreuzes nur noch in der Heilsgeschichte des Neuen Testamentes: beim Juden Jesus.
64. Der Wille der deutschchristlichen Bewegung kann, soweit Gott dies einer Heidenkirche überhaupt gestattet, durch die Lösung der judenchristlichen

Frage im Sinne des Evangeliums in Erfüllung gehen. Nur dann käme auch die Einheit der deutschen Kirche zustande.
65. Wenn aber der Wille zur Verwurzelung nur teilweise in Erfüllung gehen wird, so soll sich die Deutsche Kirche ihres einzigartigen Vorzuges, die angestammte Kirche der Reformation zu sein, trösten.
66. Die Einigung gelingt daher nur auf dem Boden der eindeutig bestimmten reformatorischen Rechtfertigungstheologie, deren Erneuerung wir der theologischen Besinnung während der Zeit der Schande Deutschlands verdanken.
67. Die Verdammung der Häresien und Rottungen kann während des theologischen Kampfes nicht unterbleiben.
68. Die brüderliche Verbundenheit muss trotzdem gerade von denen angestrebt werden, denen das Amt der Verdammung und Verketzerung zufällt.
69. Die reformatorische Gruppe hat die Aufgabe, den blutsschwärmerischen Ketzer nicht durch die Liebe, aber in der Liebe zu überwinden. Diese Aufgabe erfordert die höchsten Spannungen im christlichen Leben.
70. Die kirchenrechtliche Stellung der Judenchristen in den Ämtern und den Gemeinden der völkischen Kirche bleibt unverkürzt. Halbe Christen gibt es nicht. Hospitantenchristentum lässt nicht leben noch sterben: religiöser Sadismus! Und der Versuch, die Judenmission der Heidenmission gleichzuschalten, bedeutet das letzte Kunststück des liberalistischen Zeitalters.
71. Dass eine Judenmission sich weigert, überhaupt noch Judentaufen zu vollziehen, ist eine Schande für die Kirche, für die Judenmission aber auch heute eine unhaltbare Haltung. Wäre nicht gerade jetzt eine Judentaufe das für die Kirche Christi notwendige Zeichen?
72. In der Geschichte des Reiches Gottes auf Erden sollte in der Apostolischen Zeit das Gesetz (die Thora) „des" Volkes zum Gesetz der Völker gemacht werden; um der Kirche, d. h. um Christi willen, musste dieser Anspruch aufgegeben werden (Apostelkonzil zu Jerusalem, Apg. 15) Heute soll das Gesetz (der Nomos) der Völker zum Gesetz „des" Volkes gestempelt werden; wieder muss auf einen Anspruch um der Kirche, d. h. um Christi willen, Verzicht geleistet werden.
In statu confessionis."

Hans Ehrenberg u. a.: (ebd. 73 ff):

„Bekenntnisfront ist eine Glaubens- und Lehrgemeinschaft derer, die an das Wort Gottes gebunden den altkirchlichen und den reformatorischen Bekenntnissen autoritative Geltung für die Kirche der Gegenwart zusprechen. Die Bekenntnisfront sucht und findet ihre Glieder in jeder vorhandenen kirchlichen Gruppe oder Bewegung. Sie traut dem Bekenntnis die Kraft zu, ohne jede Organisation Menschen der vorhandenen Richtungen

Gemeinschaft und gemeinsames Wirken zu schenken. Das Gespräch über den Ruf an das Volk wird eröffnet.

A. Von der Lage der Reformation.
Wir glauben die Lage also zu sehen:
1. Die Gottesfrage in der Zeit der Reformation wurde wach durch das geängstete Gewissen, das zerschlagene Herz eines Einzelnen. Die Gottesfrage in unseren Tagen, aufgestört durch die Seinsangst („In der Welt habt ihr Angst") und das zerschlagene Leben des Volkes, erwacht an der existentiellen Geschichte.
2. Nöte der Seinsangst sprechen nicht; sie machen verstockt, stumm und taub; aus zerschlagenem Leben schreit das Volk auf. Die Lage der Reformation, des Kairos des Wortes und der Sprache, ist uns vollkommen genommen, der Same des Wortes findet seinen Boden nicht. Das erwachte Volk kehrt daher nicht zu Gott, sondern zu seinem eigenen Erdenursprung zurück.
3. Verborgen hinter dem Erdenursprung des Volkes wird Gott geahnt; die religiösen Volkserhebungen der deutschen Geschichte dienen dazu, dass jener Erdenursprung an ihnen vervielfältigt nacherlebt wird. Die wahre Überlieferung der Christenheit, insonderheit die Reformation, ist dem Volk noch immer Fremdgut.
4. Land und Volk der Reformation haben durch eine n e u e religiöse Volkserhebung
v o l k l i c h den konfessionellen Riß geschlossen, der seit der Reformation im deutschen Volke klafft. Das wurde damit erkauft, dass sich Land und Volk der Reformation in den Raum des Mittelalters zurückbegaben. Die „Kirche im Volk" wird daher vom Sturm vorreformatorischer Gewalten gerüttelt. Sie erkennt die Aufgabe der zweiten Christianisierung der Deutschen, vermag aber die volle Evangelisierung Deutschlands vom Raum des Mittelalters aus nicht zu bewältigen.
5. Damit wiederholt das Volk des zwanzigsten jahrhunderts den Eintritt Deutschlands aus dem Mittelalter in das Zeitalter der Reformation, kann aber mit seiner Seinsangst und seinem zerschlagenen Leben nicht auch in das Gotteserlebnis der Reformation eintreten. Darum ist die Lage von Volk und Kirche auch in unserem Neuaufbruch unsäglich verwickelt und undurchsichtig.
6. Der Reformator kämpfte in zweifacher Front, nach rechts gegen Rom und Kaiser, nach links gegen Zwingli und Münzer; jedes Mal aber konnte er rückenfrei kämpfen, weil er gegen die Schwärmer den Kaiser und den Papst, gegen Rom die Schwärmer zu stillen Bundesgenossen hatte. Die Kirche der Reformation im deutschen Volk des zwanzigsten Jahrhunderts hat noch die gleichen Gegner; jedoch haben sich diese – römisches Wesen und germanische Romantik – gefunden, verbündet und sogar vereinigt: das neue Imperium teutonicum gegen die kleine Schar!

7. Die römische Kirche ist um ihres eigenen Machtklerikalismus willen aller Machtschwärmerei, die von anderer Seite kommt, abhold. Sie beugt sich nicht vor dem neuen Imperium, findet aber in ihm Fleisch vom eigenen Fleisch: Auferstandenes Mittelalter, klerikaler Machtglaube, hierarchische Ordnungen, gratia naturam non destruit, sed supponit et perficit, religiöser Kollektivismus, geistige Diktatur, ontologische Denkweise; romantische Gläubigkeit; das deutsche Volk wird sich einen Teil dieser Güter und Werte wieder anzueignen haben, aber Land und Volk der Reformation stehen Wacht, dass dabei das Evangelium nicht verkürzt, das Kreuz nicht gekränkt und der deutsche reformatorische Mensch nicht verfälscht wird.
8. Das Erbe der Reformation würde bereits verschüttet sein, wenn ihre beiden dereinstigen Gegner nach ihrer Vereinigung noch in das Zentrum des Evangeliums eindringen „könnten". Das Wort sie müssen lasssen stahn!
9. In den Zeiten der Schande Deutschlands und des Verfalls jeder Gotteserkenntnis hat es Gott gefallen, der deutschen Kirche durch rücksichtslose Besinnung auf Wort und Reformation die Theologie des Kreuzes wiederzuschenken.
10. Die deutsche Kirche wartet auf das ursprüngliche Wagnis der bekennenden Front, die fernab von kirchenpolitischer Taktik die Haltung der Kirche bestimmt durch Wort und Bekenntnis im Verkündigen und im Bauen. Diesem Wagnis gibt Gott die Verheißung, dass die abgerissene Brücke zum geängsteten Gewissen, zur reformatorischen Erfahrung für das Volk wieder errichtet wird.
Dann löst sich die Seinsangst, und das deutsche Volk findet seinen Erlöser.

B. Von der Scheidung der Geister.
1. Die überlieferten Bekenntnisse der Kirche Jesu Christi genügen nicht mehr dem Ruf des Gotteswortes an Mensch und Volk unserer Zeit. Darum geben sie nicht mehr Antwort auf alle Gegenwartsnöte und bleiben gleichwohl Autorität. Das bereitet der Kirche offenbar große Verlegenheit, die allen, die Augen und Ohren haben, aufliegt. Gott aber verheißt zu neuen Bedrängnissen neue Weisungen. Die Kirche steht in Übergängen, abzuwarten ist ihr nicht erlaubt.
So gerät sie in ernste Versuchung: Entweder sucht sie der Bekenntnisnot so zu steuern, dass sie schon von der Vergesetzlichung der alten Bekenntnisse die Erneuerung der Kirche erwartet, oder sie geht auf den Ruf der Stunde in hemmungsloser Eigenmächtigkeit ein, ohne die geschehene Preisgabe christlicher Wahrheit auch nur zu ahnen.
Wir bekennen:
Das Handeln des Heiligen Geistes in der Zeit ereignet sich im Kampf des Reiches Christi mit der Macht der Finsternis.
Das Handeln des Heiligen Geistes in der Zeit gibt aller Geschichte die durch die Endweissagung über die Völker der Erde gewiesene Richtung. Das Handeln der Kirche in der Zeit ist niemals Sanktionierung geschehener

Geschichte, sondern bei allem Gehorsam gegenüber dem immer revolutionären Geschichtsmoment ein prophetisches Anpacken. Die Kirche muss das sagen, was die Welt nicht sagt.
Unter dem Wort Gottes in Schrift und Verkündigung ist daher das Bekenntnis der Kirche zum Handeln des Heiligen Geistes in der Zeit niemals Schwärmerei. Und das alleinige Zeugnis von Christus Jesus in der Schrift Alten und Neuen Testamentes ist das alle Geschichte richtende und rettende Wort Gottes.
Wir verwerfen das Abwerten der Schrift nach moralischen Gesichtspunkten der Vorbildlichkeit des biblischen Geschichtsstoffes. Die Bibel ist keine Idealschrift, sondern das Realbuch der Offenbarung der Sünde und der Verheißung der Gnade und verträgt keinerlei Auswahlprinzip, durch das die Einheit des Wortes der Offenbarung Alten und Neuen Testamentes gefährdet wird.
Jetzt kann die Bibel wieder das Geschichtsbuch der Menschheit werden, gelesen von den Kindern, gelebt von den Männern, erforscht von den Frauen, gelehrt von den Greisen.
2. Die Kirche des Wortes ist die Reinigung der christlichen Kirche von allen Schwärmereien und die Errettung des Schwärmers aufgetragen. Das unterscheidet evangelische Kirche von römischer, die den einen Schwärmer verbrennt, den andern hegt und pflegt.
Wir verwerfen die Schwärmereien, die entstehen an der Verabsolutierung eines Artikels unseres trinitarischen Glaubensbekenntnisses. Dieses bezeugt Gott als den Wahrhaftigen und Lebendigen, wenn es in seiner Ganzheit gelehrt und bekannt wird:
a) (3. Artikel): Wir verwerfen die vielerlei alten Schwärmereien von der bloßen Glaubensinnerlichkeit (bis zu Anabaptisten und Darbysten).
Warum? Weil sie die Wirklichkeit der Kirche und die Wirklichkeit der Heiligung in dieser Welt leugnen! – Ihre letzten Epigonen sind zu jedem kirchenpolitischen Kompromiss bereit, weil sieKirche nicht kennen.
b) (2. Artikel): Wir verwerfen die vielerlei späteren Schwärmereien vom Menschen und von der Menschheit, vom Menschengeist und vom Menschengemüt, in Humanismus, Idealismus, Liberalismus, Sozialismus.
Warum? Weil sie verkürzte Aussagen über das Erlösungswerk Christi tun, nicht die Tiefe der Verderbnis noch die Fülle der Gnade kennen („Ich achte es alles für Kot, auf dass ich Christus gewinne". Ihre heutigen Erben erweichen noch immer das Evangelium von Sünde und Gnade und können Christum nicht kennen.
c) (1. Artikel): Wir verwerfen die heutigen Schwärmereien von der Kreatur: Erde, Blut, Leib, Volkstum, Vitatität.
Warum? Weil sie die natürlichen Gegebenheiten emanzipieren von dem Schöpfergott und seinem tötenden und lebendigmachenden Wort. Das kommende Geschlecht, das in dieser Irrlehre aufwächst, muss an Gott sterben, weil es ihn nie kennengelernt hat.

C. Von der Haltung der Kirche.

1. Zu dem Weg unseres Volkes als Aufbruch zu dem deutschen Sozialismus. Wir verstehen darunter die Befreiung des arbeitenden Menschen vom ökonomischen Menschen (Brechung der Zinsknechtschaft). Wir erblicken die Umwandlung eines Volkes, das abwechselnd unter der Arbeit und unter der Arbeitslosigkeit gestöhnt hat, in ein Volk bereit zum Dienst an sich selber, ein Volk, das sich wieder deutsch heißt.

2. Zu der völkischen Gesellschaft = freier, konstruktiver Aufbau aus dem atomisierten, nachkapitalistischen und nachmarxistischen Zustand zur totalen Gesellschaft. (Es ist irrtig, vom totalen Staat zu sprechen; die Kirche muss von totaler Gesellschaft reden.)

3. Zum völkischen Menschen = Mensch mit Haltung (Civilcourage); Friedenszustand ist auch Kriegszustand des Volkes; Überwindung sowohl des bürgerlichen als auch des proletarischen Menschen; Vorbild der Askese (in der Welt) beim Führer.

4. Zu der zweiten Aufgabe der völkischen Zeit, im volksorganischen Kollektiv den kameradschaftlichen kooperativen Menschen auch zu seinem wahren Menschsein (Persönlichkeit) zu befreien bzw. zu entfalten.

5. Zur Scheidung der Geister (siehe B; denn wir reden, nach der Scheidung von Un-und Abergeist (Ungeist = B 1; Abergeist = B 2), in der Verkündigung zum völkischen Menschen das Wort, das ihn richtet, reinigt und rettet (daher strenge Lehrzucht in der Kirche.)

6. Zu unserer Aufgabe, unserer Zeit und ihren Menschen in, mit und unter ihrer Sprache das W o r t zu sagen.

Wie sagen Nein:

1. Die Stunde der Kirche in der Stunde des Volkes zu sehen. Daher üben wir unser Neinsagen in folgender notwendiger Entgegensetzung:
der völkische Mensch will nur Gesetz, wir Gesetz und Erlösung;
der völkische Mensch will nur Verwurzelung im Irdischen, wir erlöste Natur;
der völkische Mensch will nur Zucht, wir Zucht und Ehrfrucht;
der völlkische Mensch will nur Unterordnung und Gemeinnutz, wir Gliedschaft und Dienst aus erfahrener Barmherzigkeit;
der völkische Mensch will Heldentum und Kameradschaft, wir Auftrag und Bruderschaft.

2. Zu jeder Art von Klerikalismus:
Die Sicht der Kirche vom Staate kann nicht seine Sicht sein; wir sollen das auch dann nicht einmal erwarten, wenn er der Kirche Lebensrecht gibt.
Da, wo der Einzelne sein Wort einsam sagt, die Autorität seines Wortes nur aus seiner persönlich-amtlichen Verantwortung bezieht und in falscher Bescheidenheit darauf verzichtet, sich dem Gemeingeist gemeinsamen Bekennens demütig hinzugeben („Sie hatten alles gemein", das gilt auch von der Theologie), steht unser Nein. Es ist Klerikalismus, und zwar Gemeindeklerikalismus, wenn der Pastor die durch die deutschen Christen

aufgeworfenen Fragen und heraufbechwörten Konflikte glaubt durch die treue Arbeit in der Gemeinde schon lösen zu können, des Blickes für die übergemeindliche Aktualität der Kirchenfrage entratet, sich daher vor der Kirche gar nicht beugt und ebenfalls nur über die Gemeinde als Volkskirche, d. h. die Lösung der Aufgabe „Kirche und Volk", glaubt erzielen zu können; so ist das Problem „Kirche und Volk" heute das Problem „Kirche und Pfarrerschaft" (Lehrmant der Kirche, Lehrzucht der Pfarrer, Lehrgemeinschaft in der Kirche, Bekenntnisfront der Pastoren als einziger Weg zur Bekenntniskirche).

Zum ganzen Wort „Bekenntnisfront":
Unser Wort zur Bekenntnisfront, ein Wiederaufnehmen der Arbeit, die zum Pfingstbekenntnis westfälischer Pastoren führte, unsere darin enthaltenen Deutungen der kirchlichen und geschichtlichen Ereignisse sind keine Geschichtsphilosophie, sondern nur ein Versuch, uns in unserem Worte dort hinzustellen, wo unser gegenwärtiger Mensch steht: Gehorsam gegen Gott und sein Wort, Liebe zur Zeit und ihrem Volk."

12. Juli 1933:

In: „Junge Kirche" 3, 1933:
Söhlmann: Nationale Revolution – Reformation
Ein Brief einiger Berliner Theologen an Hitler
Bekenntnis westfälischer Pfarrer aus der Synode Bielefeld
Ein Brief westfälischer Pfarrer an den Wehrkreispfarrer Müller

August 1933:

Das Tecklenburger Bekenntnis: Pfarrer Brandes, Pabst, Rübesam, Schmitz, Smend, Thiemann und Wilckens (Schmidt 1, 47- 66):

„Die Übertragung der Methoden staatlicher Machtpolitik auf die Kirche widerspricht dem biblischen Begriff der Kirche und greift ihre Substanz an. Die Inanspruchnahme staatlicher Machtmittel für den Kampf um die Kirche ist Verrat am Wesen der Kirche.

Wir fragen die deutschen Chjristen weiter, ob nicht die Artgemäßheit, wie sie sie für die Kirche fordern, in unüberbrückbarenm Gegensatz zu den Aussagen des Neuen Testaments über die Kirche steht. Eine menschliche Grenzziehung behindert den Blick für die göttliche Offenbarung. Unter anderem kann diese Kirche nicht die richtige Haltung finden in der Frage nach der Stellung der Judenchristen in der Kirche. Wir wollen gewiß nicht den Ernst und die Schwere der Frage verkennen, die uns hier gestellt ist. Wir müssen aber auf

den Unterschied achten, der zwischen dem Verhalten des Staates zu seinen rassefremden Gastvölkern und dem der Kirche zu den an Christus gläubig gewordenen Gliedern des Volkes Israel besteht und müssen darauf hinweisen, dass es um letzte Fragen der Kirche geht, wenn die Geltung der Sakramente in Frage gestellt wird. Indem man die Judenchristen aus der deutschen Kirche ausschließt, nachdem sie um Christi willen ihr Vaterland haben aufgeben müssen, entstellt und zerstört man das Sakrament der Taufe. Indem man Rassefremde nur als `Hospitanten` zum heiligen Abendmahl zulassen will, zerstört man auch dieses Sakrament."

Thesen von Bonhoeffer: „Der Arierparagraph in der Kirche" (DBW 12, 408 ff)

Wilhelm Laible: „Zur Judenfrage der Gegenwart" (AELKZ)

1. August 1933:

Verbot der gleichzeitigen Mitgliedschaft im NS-Studentenbund und im Studentenkampfbund „Deutsche Christen" (Nic I, 123f)

Berliner Theologiestudierende an Bodelschwingh (DBW 12, 109f)

2. August 1933:

Neues Strafvollzugsgesetz verschärft die Haftbedingungen

Vertrauensmännerversammlung der Jungreformatoren in Berlin, Grundlage der Besprechung: 16 Thesen von Martin Niemöller (JK 99 ff; WNH 109):

1. Ein fast hoffnungsloser kirchenpolitischer Kampf liegt hinter uns.-

Wir mussten ihn kämpfen, weil kirchliche Neuwahlen vom Staat bzw. den Deutschen Christen als Gegenleistung für die Zurückziehung der Kommissare gefordert und von den Kirchenleitungen in falschem, wenn auch gutem Glauben zugestanden worden waren.

2. Dieser Kampf war ein Kampf um die Macht, genauer ein Kampf um die Frage, ob für den Neubau der Kirche die kirchliche Rechtsordnung oder der revolutionäre Anspruch der Deutschen Christen grundlegende Geltung haben sollte.

Die J.B. stand in diesem Kampf Schulter an Schulter mit den alten Behörden, alten Führern, alten Gruppen, - nicht auf Grund natürlicher oder „politischer" Sympathien, sondern in der Erkenntnis, dass ein revolutionäres Greifen nach der Macht nur Schaden für die Kirche bedeuten kann, wenn der Kampf nicht zugleich um eine unaufgebbare Wahrheit geführt wird.

3. Der Kampf trug also für uns Verteidigungscharakter: es galt, dem Einbruch ungeistlicher Tendenzen und Methoden zu wehren. –

Da die „Freiheit“ der Wahlen ausdrücklich zugesichert war, war dieser Kampf auch nicht etwa von vornherein entschieden. Entschieden wurde er erst durch den Einsatz unkirchlicher bzw. nichtkirchlicher Faktoren.

4. So wurde ohne und gegen unseren Willen aus diesem kirchenpolitischen Kampf mehr und mehr ein staatspolitischer Kampf gemacht, indem alles, was gegen die deutschen Christen stand, als politisch unzuverlässig, ja als staatsfeindlich hingestellt wurde.

Diese Wendung vom Kirchenpolitischen zum Staatspolitischen wurde unmissverständlich klar in der Kanzlerrede des 22. Juli.

5. Damit war, als die Wahlem am 23. Juli begannen, für die J.B die Frage aufgeworfen, ob wir uns auf diesem Weg noch weiterdrängen lassen dürften.

Die Reichsleitung hat sich im Laufe des 23. Juli mehrfach mit dieser Frage befasst und ist zu dem Schluss gekommen, ihre „kirchenpolitische“ Aufgabe mit diesem Tage als abgeschlossen zu erklären.

6. Neben viel Zustimmung hat uns dieser Entschluss eine zum Teil außerordentlich herbe Kritik eingetragen, die so weit ging, dass uns Mangel an Glauben und Mut vorgeworfen wurde.

Wir haben diese Vorwürfe zurückgewiesen und stehen nach wie vor zu diesem Entschluss mit der folgenden Begründung:

7. Der Machtkampf ist entschieden. Die Deutschen Christen sind gewillt, ihre Majorität, die sie als auf legalem Wege nachgewiesen ansehen, zur Geltung zu bringen und die Minorität, die nun den Stempel „staatspolitisch minderzuverlässig“ tragen soll, beiseite zu schieben. Die Frage ist die, ob wir nun noch diesen Kampf um die Macht weiterkämpfen sollen, ob wir es dürfen und können?!

8. Praktisch würde das bedeuten, dass wir unsere Kandidaten und Wähler vor die Forderung stellen müßten, dass sie sich um der „Freiheit der Kirche“ willen mit dem Makel der minderen staatspolitischen Zuverlässigkeit belasten und beladen sollen. –

Wir haben uns zu dieser Forderung nicht entschließen können; denn wir müssten dann die Verantwortung dafür tragen, wenn um dieses Kampfes willen ein Teil derjenigen, die unserer Parole folgen, unter Umständen schwere persönliche Schädigungen auf sich nehmen müssten.

9. Das kann eine notwendige, ja für einen Christen selbstverständliche Forderung sein oder werden. Aber, um unsererseits jemand vor diese Forderung zu stellen, müssten wir selber gewiß sein, dass es hier um eine Frage geht, bei der es nur ein Bekennen oder ein Verleugnen geben kann. Status confessionis! Dieser Fall ist aber heute nicht gegeben.

Vielmehr ist der Kirchenstreit immer mehr aus der Sphäre des Glaubens und Bekennens herausgeglitten; und die Zugehörigkeit zu dieser oder jener Front ist nicht mehr eine Frage des Glaubens (hier und dort sind Christen), sondern der Taktik oder der Strategie der Kirchenpolitik.

10. In dieser Lage den Kampf um die Macht mit den Mitteln der Kirchenpolitik fortsetzen würde bedeuten, dass viele bewusst evangelische Christen nicht mehr mitgehen würden –nicht etwa, weil sie verleugnen wollen, sondern weil sie in der Fortsetzung dieses Kampfes bei allem guten Willen keine Akt des Bekennens mehr sehen können.

Denn: wogegen richtet sich dies Bekennen? Gegen eine bekenntnismäßig noch gar nicht in sich geklärte Gruppe? – oder gegen einen Staat, der zwar in die Rechte der Kirche eingegriffen hat, aber dabei ausdrücklich erklärt, dass ihm ein Eingriff in Lehre und Bekenntnis fernliegt? –

11. Es muss jetzt darum gehen, dass neue, klare Fronten geschaffen werden und dass Vorsorge getroffen wird, dass in der Kirche, die nun maßgebend von den Deutschen Christen gestaltet wird, Gemeinde Jesu Christi werde, die auch bereit ist zu bekennen, wenn wirklich ein Bekenntnis von ihr gefordert wird.

Das ist aber keine „kirchenpolitische" Aufgabe im eigentlichen Sinn! Das ist vielmehr eine gemeindlich-praktische und andererseits eine kirchlich-theologische Aufgabe.

12. Die gemeindlich-praktische Aufgabe, die uns hier erwächst, ist für uns gewissermaßen nach „innen" gerichtet: Es gilt, die gläubigen Glieder der Gemeinden zu sammeln und mit allem Ernst ihnen die Verkündigung zu bringen, insbesondere unter dem Gesichtspunkt, was Bekenntnisgrundlage der Kirche ist und bleiben muss.

13. Die Kirchlich-theologische Aufgabe ist entsprechend nach „außen" gewandt: Es gilt, die neue Leitung der Kirche und die für sie maßgebende Bewegung der Deutschen Christen vor die Bekenntnisfrage zu stellen.

Ist theologisch ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der reformatorischen Lehre und dem, was die Deutschen Christen verkündigen? Wir fürchten: ja! – Sie sagen: Nein! – Diese Unklarheit muss bereinigt werden durch ein zeitgemnäßes Bekenntnis. Wenn es nicht von der anderen Seite kommt, - und es hat nicht den Anschein, dass es bald kommen wird – so muss es von uns kommen; und es muss so kommen, dass die andern dazu Ja oder Nein sagen müssen.

Entscheidend wird dabei das Verhältnis der drei Glaubensartikel zueinander sein.

14. So müssen wir zu einer echten Frontbildung, zu einem echten Frieden inder Kirche oder aber zu einem echten Kampf um die Kirche kommen. Und dann erst können wir wieder und mit gutem Gewissen ein Bekennen von denen fordern, die auf die biblische Botschaft zu hören bereit sind.

15. Wir erhalten deshabl für die J.B. die gegebene Parole aufrecht, dass wir uns jetzt mit vollem Bewusstsein auf die innere Linie konzentrieren, selbst auf die Gefaht hin, dass dabei gewisse Positionen der „Kirchenpolitik“ preisgegeben werden müssten.

Wir wollen diese Positionen keineswegs freiwillig aufgeben; aber wir wollen sie nicht durch einen neuen Wahlkampf mit falschen Fronten erringen. – Wir müssen den Deutschen Christen vielmehr sagen, dass sie durch die Art des Kampfes, die wir nicht mehr mitmachen können, tatsächlich die ganze Verantwortung - auch die für uns – übernommen haben, und dass sie diese Verantwortung nun tragen müssen.

16. Wenn wir auf Grund freier Vereinbarungen mit in die verschiedenen Synoden hineingehen, so wollen wir damit nicht eine Anerkennung für die Rechtlichkeit der Wahlen vom 23. Juli aussprechen, wenn wir für die Gültigkeit dieser Wahlen auch nicht bestreiten. Wir wollen aber auch die letzte Möglichkeit ausnutzen und ehrlich dazu helfen, dass die Gruppe, die die Macht errungen hat, diese Macht als Verantwortung für die Kirche ansieht und aus dieser Verantwortung handelt. In diesem Sinne legen wir Wert darauf, wo es möglich und nötig ist, auch unsere Stimme zu erheben.“

4. August 1933:

Wahl von Müller zum Landesbischof der Altpreußischen Kirche durch den Kirchensenat ohne Bindung an die Kollegialbeschlüsse des EOK (GB 98):

„Als erster Landesbischof der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union grüße ich alle Gemeinden, Pfarrer und Kirchenführer.

Ich bin mir der großen Verantwortung bewusst, die ich mit meinem Amt übernommen habe. Aus diesem Veraftwortungsbewußtsein heraus will ich mit fröhlichem Gottvertrauen an die Arbeit gehen.

Der Zustand der Zerrissenheit, der Unruhe, des Missverstehens und des Misstrauens muss beendet werden. Wir müssen uns darauf besinnen, dass nur Einer unser aller Meister und Führer ist, Christus, der Herr und Heiland.

Im Gehorsam gegen Ihn und Seine ewige Wahrheit wollen wir uns die Hände reichen, treue Arbeit tun, einander brüderlich zu verstehen suchen und die frohe Botschaft verkünden, die uns anvertraut ist. Wenn wir in innerster Gebetsgemeinschaft ans Werk gehen, dürfen wir darauf vertrauen, dass der himmlische Vater unsere gemeinsame Arbeit segnet.“

Im „Evangelium im Dritten Reich“ (32/1933):

„Vier Jahrhunderte ist es her, seit D. Martin Luther im Umbruch der Welt des Mittelalters unserem deutschen evangelischen Volke die Kirche der

Reformatiomn schenkte. Aber die Reformation der Kirche blieb auf halbem Wege stecken, weil die Sorge für das Seelenheil der Untertanen und die Entscheidung über die Stellung der einzelnen Territorien zur Reformation Sache der Landesobrigkeit war und späterhin das ius sacra, die Sorge für das äußere Kirchenwesen, in der Hand der einzelnen deutschen Länder verblieb.

Nun ist die große Wende für deutsches Volk, Staat und Kirche gekommen. Nun ist sie uns über Nacht geschenkt worden, die Deutsche Evangelische Kirche, die Evangelische Reichskirche, die Kirche des Dritten Reichs .Der Traum von vier Jahrhunderten ist erfüllt. Was noch vor wenigen Jahren unerreichbar erschien, liegt jetzt greifbar vor unseren Augen. Und nun hat die größte Evangelische Landeskirche Deutschlnads, die Evangelische Kirche der altpreußischen Union einen Landesbischof mit einer für vergangene Auffassungen unerhörten Vollmacht. Nun heißt es zwar nicht: papam habemus, sondern gut evangelisch: episcopum habemus. Nun haben wir wieder einen Bischof. Und was die Hauptsache ist, wir haben einen kämpferischen Bischof, einen Soldatenbischof, der das Schwert des Geistes zu führen versteht, einen Bischof der SA. und SS., einen Bischof, der das ganze Vertrauen des Führers besitzt, einen Bischof, dem das Herz der Jugend schlägt, den Schirmherrn der Glaubensbewegung `Deutsche Christen`, den Bischof des Dritten Reichs. Und so grüßen wir ihn mit heißem Herzen. So hoffen wir auf eine Kirche im Geiste der Apostelgeschichte 2, 42, auf eine Kirche der Kameradschaft selbstloser Liebe, eine Kirche, in der deutsche Jugend, mannhafter Sinn, deutsches Frauentum, deutsche Familie, Reinheit, Sitte und Anstand im tiefsten sich verstanden, geborgen und getragen fühlen, eine Kirche, die nicht ein Tüttelchen aufgibt von ihrer tiefen Verantwortung gegn Gott, Sein heiliges Wort, Seine Schöpfungsordnung, die aber gerade deshalb mit starkem unbeugsamen Wollen unserem geliebten deutschen Volk dient, dass es Gottes Volk werde. Gott aber, der unser deutsches Volk aus dunkler Nacht dem neuen Licht eines jungen Weltentags entgegengeführt hat, segne und beschütze Baumeister und Mitarbeiter, Führer und Volk – und nicht zuletzt unseren neuen Landesbischof.“

Forderungen der „Bekenntnisfront Evangelium und Kirche“ für die Westfälische Provinzialsynode (Schmidt 1, 165f)

<u>6. August 1933:</u>

16. Deutscher Studententag in Aachen

Pfarrer L. Thomas: Massenevangelisation – Frage und Aufgabe

(DED 32/1933)

7. – 10. August 1933:

Erste Reichstagung des Studentenkampfbundes der Deutschen Christen in der Friedrich-Wilhelm-Universität Berlin, Referenten u. a. Hermann Wolfgang Beyer, Hans-Michael Müller, Georg Wehrung, Cajus Fabricius, Jagow (DEB 289; EDR 329f)

Programm: (EDR-Berlin 115, 119):

Festgottesdienst im Dom: Reichsführer Pfarrer Hoff

Kranzniederlegung am Lutherdenkmal, Ehrenmal und in der Universität

Vortrag des Reichsleiters der GDC Hossenfelder „Der Kampf der Deutschen Christen“

Vortrag von Prof. Hermann Wolfgang Beyer: „Gegenwartssendung und Zukunftsgestalt der Deutschen Evangelischen Kirche“

Ludwig Müller über „Volk und Kirche“

Müller, Jena: „Die theologische Lage der Gegenwart“

Von Meyen: „Religiöse Fragen des Volkes“

Lang: „Kirche und Presse“

Ploetz: „Die Arbeit am Arbeiter und Akademiker“

Prof. Wehrung: „Glaube und Wissenschaft“

Siems: „Die Ausbildung nach der ersten theologischen Prüfung“

Weiß: „Volkskunde, Mythologie und Glaube“

Löffler: „Eugenik“

Prof. Fabricius: „Volksmission, Innere Mission, Evangelisation“

Koch: „Führertum in Kirche und Volk“

Hoff: „Unseere Stellung zum Alten Testament“

Gögginger: „ Katholische Kirche und katholische Politik“

Osterloh: „Äußere Mission und Judenmission“

Werner: „Sozialismus im Christentum und Christentum im Nationalsozialismus“

Bundespfarrer Peter: Unser Kampf gegen Freimaurertum, Rassejudentum und Liberalismus“

Jagow: „Unser Kampf gegen Bolschewismus und Reaktion“

Freitag: „Kultur und Christentum“

Wieneke: „Die Ausbildung des Theologen in der Deutschen Evangelischen Kirche“

(s. Beyer: Der Kampf um Volk und Kirche. Reden und Aufsätze, Dresden 1934)

Vertretungsverbot arischer und nicht arischer Ärzte bei Kassenbehandlung (Walk 45)

11. August 1933:

Beurlaubung von Bischof Heinrich Rendtorff:

Wegen Verbreitung von Werturteilen in Rundschreiben über die DC lehnt das Staatsministerium eine weitere Zusammenarbeit mit dem Landesbischof ab. Dieser beantragt seinen Rücktritt beim Oberkirchenrat, der einstimmig zustimmt. Am 6. Januar 1934 legt Rendtorff sein Amt nieder. Im Mai 1934 wird dann der 34 jährige Schulz, Gauleiter der DC, zum Landesbischof gewählt.

12. August 1933:

Bericht über die Synode in Sachsen (JK 189 ff):

„Auf der Sitzung der neuen Sächsischen Landessynode tragen mit wenigen Ausnahmen alle Mitglieder der Landessynode die braune Uniform, darunter auch der Landesbischof Coch… schloß der Präsident die Landessynode mit einem „Sieg-Heil“ auf die Kirche, den Reichskanzler und den Reichspräsidenten.“

Bericht über die Synode in Hamburg unter Landesbischof Dr. Schöffel (JK 190 ff):

„Mit dem gemeinsamen Gesang des Lutherlieds „Ein feste Burg ist unser Gott“, des Deutschland-Liedes und des Horst-Wessel-Liedes wurde die erste Sitzung der Landessynode geschlossen.“

Brief von OKR Pressel an Schairer (Schäfer 2, 459 ff)

13. August 1933:

Kundgebung des Bischofs Marahrens (JK 131; Tutzinger Texte 93):

„…Das Wirken der Kirche im tiefsten Sinne ist niemals begründet auf menschliche Kraft und Vollkommenheit, und niemals verhindert durch

unruhige oder gar stürmische Zeiten. Es ruht einzig und allein auf der überschwenglichen Kraft Gottes und seines Evangeliums. Aber die Kirche in ihrer irdischen Gestalt und in der Form, welche die Menschen zu der Arbeit ihres Amtes brauchen, ist dem Wechsel der Zeit unterworfen. Es gilt daher, ganz nüchtern, aber auch ganz zuversichtlich der kirchlichen Arbeit einen Rahmen zu geben, der die Kirche befähigt, den unserem Volke schuldigen Dioenst zu leisten.

Es ist selbstverständlich, dass diese Arbeit zuletzt nur in dem einen, der Verkündigung des Evangeliums, besteht. Und wenn dieser Dienst auch keineswegs bisher versäumt ist, so wird sich doch die Kirche nicht damit begnügen dürfen, die Verkündigung des Evangeliums einfach in den bisher üblichen Formen fortzusetzen. Weiteste Kreise unseres Volkes werden durch diese Verkündigung nicht mehr erreicht. Unzählige haben um eines marxistischen Traumes und Taumels willen das Evangelium aufgegeben. Die große Masse unseres Volkes ist der Kirche durch den Geist des heute vor unseren Augen zusammenbrechenden Zeitalters vollkommen entfremdet. Das alles muss uns unwiderstehlich zwingen, auf neue Mittel zu sinnen und neue Wege zu beschreiten, um das Evangelium unserem Volke nahezubringen. Ein ganz umfassender, ganz planmäßiger Angriff der Kirche muss gewagt werden um der Ehre Gottes willen, dessen Wort wieder gehört werden soll, aber auch um der Zukunft unseres Volkes willen, das durch die unchristlichen Strömungen an den Rand des Abgrundes gebracht ist….

Drei Anliegen müssen uns in den sorgenden Fragen, ob wir den Aufgaben unserer Zeit gewachsen sind, aus allen Erfahrungen der Zeit heraus erfüllen und verbinden:

1. Was dem deutschen Volk helfen kann, dass es in dem Rahmen seines staatlichen Lebens seine gottgesetzte Bestimmung erfüllt und die Verwirklichung seiner nationalen Hoffnung und Erwartung findet, ist allein das unverkürzte Evangelium, wie es sich unsere Väter in schweren Zeiten erkämpft und in den Bekenntnissen unserer Kirche niedergelegt haben. Es wäre ein schlechter Dienst an unserem Volke, wenn wir daran etwas abmarkten oder davon etwas zurückhalten wollten.

2. Wenn Gott der Herr mit dem deutschen Volke redet und an ihm handelt als an dem großen Ganzen, an dem wir nur Teil sind, so enthebt das keinen unter uns evangelischen Kindern unseres Volkes der eigenen Entscheidung. Ein jeder muss selbst Glauben fassen, ein jeder muss selbst die Pflichten einer christlichen Lebensführung und einer dienstwilligen Mitarbeit am kirchlichen Leben und Aufbau der neuen Volksgemeinschaft auf sich nehmen. Wir brauchen freilich auch in der Kirche weit mehr als bisher lebendige, tatkräftige Führung. Aber jeder Führungsgedanke findet seine Grenze und seine notwendige Ergänzung in der Gewissensentscheidung jedes Einzelnen, der sich im Gehorsam der Tat und mit dem Gebet seines Herzens hinter seinen Führer stellt. Wenn auch das Letzte nicht zu dem gehört, was sich organisieren lässt und äußerlich sichtbar wird, so liegt mir doch gerade in der

gegenwärtigen Stunde daran, dieses mit allem Ernste unseren Gemeinden ins Gewissen zu schieben. Gerade ein Führer, der sich von Gott beauftragt weiß, braucht ein gehorsames, vertrauensvolles, aber vor allem auch ein betendes Volk.
3. Die Heilige Schrift spricht von der Wiedergeburt und sagt damit, dass nichts Neues, Heilsames in unserem Volke Wirklichkeit werden kann, ohne die innerste Erneuerung eines jeden in der Überwindung der Selbstsucht und des eigennützigern Geistes. Es würde den sicheren Untergang unseres Volkes bedeuten, wenn diese innerste Wiedergburt ausbliebe und alle Hoffnungen und Erartungen unserer Zeit darum vergeblich wären. Vor dieser Enttäuschung bewahrt uns aber nur die bedingungslose Bereitschaft zur Nachfolge Christi, unseres gekreuzigten und auferstandenen Herrn. Heute steht unser Leben im besonderen Sinne unter Christi Kreuz.“

Helmuth Kittel: „Christliche Erziehung im Dritten Reich“ (vN 100 ff)

Friedrich Gogarten: „Der göttliche Auftrag der Kirche in der Zeit“

(ebd. 102 ff)

15.- 25. August 1933:

Beginn der Arbeit am „Betheler Bekenntnis“: Das Bekenntnis der Väter und die bekennende Gemeinde“, fertig gestellt im November, herausgegeben Anfang 1934 durch Martin Niemöller (DBW 12, 362 ff; Schmidt 1, 105 - 131)

16. August 1933:

Alfred Rosenberg kündigt im „Völkischen Beobachter“ den Rückzug des Staates aus den innerkirchlichen Streitigkeiten an (Nic I, 124f):

„…Wenn es auch begreiflich ist, dass der nationalsozialistischen Bewegung im allgemeinen jene Gruppen sympatischer erscheinen, deren Führer sich in der Vergangenheit offen und ehrlich zum Kampf für das neue Deutschland bekannten, so sind wir doch in das Stadium getreten, wo der Nationalsozialismus sich nicht zur politischen Stütze der einen oder anderen kirchlichen Gruppierung hergeben kann. Diese Haltung entspricht genau unserm § 24, wonach die NSDAP sich nicht irgendwie konfessionell binden könne. Den Konfessionen stehen also zur Austragung der seelischen und geistigen Kämpfe nicht mehr die Machtmittel des Staates, aber auch nicht mehr die Wirkungsmöglichkeiten der Parteien zur Verfügung. Aus innerer und ureigenster Kraft müssen die verschiedenen Bekenntnisse um die Seele des Deutschen ringen, und somit wird auch hier ein Leistungsprinzip an sich maßgebend werden, was bisher durch die

Stützung des Zentrums, z. B. mit Hilfe politischer Koalitionsparteien, nicht gegeben gewesen war.

Wir glauben, dass alle echten religiösen Persönlichkeiten innerhalb der deutschen Kirchen diese Regelung des Lebens aufrichtig begrüßen werden, wenn auch naturgemäß ein Teil überalteter Führer sich mit der neuen Sachlage noch nicht vertraut gemacht haben wird. Aber darüber wird unsere Zeit zur Tagesordnung übergehen müssen. Denn was sich mit der gesamten germanischen Wiedergeburt Dutschlands vollzieht, ist die organische Abgrenzung der verschiedensten Gebiete unseres Daseins: die politische totale Einigung, die Herstellung eines kraftvollen und bewussten Nationalstaates und Hand in Hand damit eine wahre Duldsamkeit gegenüber jeder echten religiösen Erscheinung. Der Liberalismus, der Politik und Religion vermischt hat, ist zu Ende, das Mittelalter, das die Konfession über den Staat stellte, ist ebenfalss gestorben, die neue Zeit kündigt sich an durch die jetzige Scheidung der Kompetenzen, wenn auch in dem vollen Bewußtsein, dass das Lebensgefühl der Zukunft auch hier noch Neugestaltungen herbeiführen kann.“

Arierparagraph für Sänger (Walk 46)

17. August 1933:

Arische Abstammung des Ehegatten von Beamten erforderlich (Walk 46)

18. August 1933:

Eröffnung der Deutschen Funkausstellung in Berlin

Lutherwochen in Eisleben:

Vorbereitung: 7. April 1933: Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an Hindenburg und Hitler

19. August:

Begrüßung durch Bürgermeister Heinrich. Kreisleiter von Alvensleben, Dr. Hans Fabriciu, Reichsministeruim des Inneren), Wolkerdorfer (NS-Reichstagsfraktion und Deutsche Arbeitsfront) Horst-Wessel-Lied, geistliche Musik und zwei Bergmannslieder Rede von Superintendent Valentin

20. August:
Alle Kirchen läuten, Predigt von Generalsuperintendent Lohmann, im Rundfunk übertragen
Festakt des Evangelischen Bundes, Rede von Bundesdirektor Fahrenhorst, Grüße der kirchlichen Behörden durch Generalsuperintendent Lohmann
Festzug
Große Kundgebung auf der Festwiese: Rede von Oberpräsident Melcher
Begrüßung von Ludwig Müller durch Sup. Valentin

21. August:
Schulgottesdienste und Schulfeiern, Kundgebung am Lutherdenkmal mit Reden von Heinrich und Valentin

24. August:
Besuch von Kultusminister Rust

26. / 27. August:
Treffen der Evangelischen Jugend

Aus der Rede des Bundesdirektors des Ev. Bundes Wilhelm Fahrnhorst, der die Frage stellte, was Luther sagen würde, wenn er jetzt durch Deutschland ginge:

„Und wenn Martin Luther auf seinem Wege dem `Führer` von heute begegnen würde, dem unser aller Herzen dankbar schlagen – tief würde er ihm in die Augen schauen und beide Hände würde er ihm drücken: „Dank Dir, du deutscher Mann! Du bist Blut von meinem Blute, Art von meiner Art. Wir beide gehören eng zusammen!“
Wahrhaftig, sie gehören zusammen, Martin Luther und Adolf Hitler, die Reformation von 1517 und die deutsche Erneuerung von 1933.
Das Parallele ist in der Tat überraschend. Damals wie heute die große Not, der das Volk zu erliegen drohte: Dort die Not von Rom her, äußerlich die Ausplünderung Deutschlands zur Befriedung immer gesteigerter klerikaler Ansprüche, innerlich die Qual der Seelen, denen die verderbte Kirche den Frieden Gottes nicht mehr zu geben wusste, es sei denn im Priester- oder im Mönchsberuf.
Hier die Not von Marxismus und Atheismus, von Bolschewismus und Internationalismus her, die nicht ohne Mitschuld des Ultramontanismus die Seelen zu verderben drohten.
Damals wie heute sandte Gott einen Mann als Retter: damals den Bergmannsohn von Eisleben, den Volkskanzler des Dritten Reiches heute.
In beiden erstand mit Urkraft die tragende Idee, das `Selig aus Gnaden`, die Gewißheit der Frohbotschaft von der Gotteskindschaft aus der erbarmenden Liebe des himmlischen Vaters und das Bild des `freien Christenmenschen` im

deutschen Manne Martin Luther, und der geniale Gedanke, dass der Mensch gottgewollt leben müsse aus der blut- und schicksalsmäßigen Bestimmtheit seiner Nation heraus und das national und sozialistisch keine Gegensätze, sondern zu vereinen seien, in Adolf Hitler.
In beiden lebt der unzerstörbare, von keinem Hemnis und Widerstand zu bezwingende feste Glaube an die Kraft und den Sieg dieser Idee.
Das eherne Wormswort Luthers: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders. Gott helfe mir!“ klingt genauso auch aus Hitlers Kämpfen und Dulden, Ringen und Streiten heraus.
Und dieser Glaube findet ein überwältigendes Echo im Volke von 1517, ebenso wie in dem von 1933 und weckt einen Willen zur Hingabe, zu opfernder Gefolgschaft, der unwiderstehlich daherbraust wie der Bergstrom im Lenz, alles erfassend, alles mit sich fortreißend, alles besiegend.
Luther und Hitler, sie gehören zusammen und so grüßen wir auch hier den Führer, dankbar und treu.“
(In: Nationale Feiertagspredigten hg. von Pfr. Anton, Leipzig 1935, 34f)

Das Eislebener Lutherbuch 1933, hg. von Hermann Etzrodt und Dr. Kurt Kronenberg, Eisleben 1933, enthält:

Will Vesper: 10. November 1483

Hermann Etzrodt: Luther der Mansfelder

Johannes Ficker: Luthers „Heimat und Vaterland“

Ricarda Huch: Von Luthers Glauben

Hermann Wolfgang Beyer: Die geheime Deutung von Luthers Leben

Wilhelm Fahrenhorst: Luther und wir

Kurt Kronenberg: Obrigkeit und Reformation in Luthers Vaterland

Hanns Freydank: Vater Luther der Hüttenmeister

Waldemar Mühlner: Der Mensch der Gegenwart und Luther

Franz Kern: Luther und Eisleben – Zufall oder innere Verbundenheit?

Ernst Barnikol: Bruder Dieburgs deutsches Christentum und Luthers Stellung zu den Brüdern vom gemeinsamen Leben

Georg Kutzke: Die Eislebener Lutherstätten

Johannes Gutbier: Das Luthergymnasium in Eisleben

Aufruf zum Luthertag der Braunschweigischen Kirche (Flugblatt):

„Deutsche Volks- und Glaubensgenossen!
In der Schicksalwende des deutschen Volkes rüsten wir uns zum 19. November, dem 450. Geburtstag Martin Luthers. Der Führer selber hat aufgerufen zum letzten Einsatz für Deutschlands Ehre und Freiheit. In diesen schicksalschweren Tagen begegnen sich Gegenwart und Vergangenheit. Der Reformator der Deutschen und der Kanzler des Volkes reichen einander die Hand. Ihnen Beiden geht es um Deutschland.
So spricht der Führer: Wir haben nur einen Glauben und der heißt Deutschland.
Uns es bekennt der Reformator:
Für meine Deutschen bin ich geboren, meinen lieben Deutschen will ich dienen.
Es geht um Deutschland und damit um unsere Zukunft. Woher aber ströhmt uns die Kraft und der Glaube an unser Volk? Gewiss, aus den herrlichen Kräften des menschlichen Geistes und Blutes! Gewiss, aus der jungfräulichen Scholle der deutschen Erde! Was von der Erde geboren wird, ist erhaben und groß, und wir wissen von ihr als einem kostbaren Geschenk unseres Gottes, der uns zum Dienst an ihr und unserem Volk verpflichtet. Größer und wunderbarer als Mensch und Erde ist Gott selbst. Der Glaube an Deutschland muss darum sich gründen im schöpferischen Urgrund allen Seins, in Gott.
Der Reformator wusste um das Geheimnis solchen Glaubens. Um solches Geheimnis weiß auch der Führer. Wissen wir um dieses Geheimnis?
Wir stehen in den Geburtswehen einer neuen Zeit. Deutschland ist erwacht und kämpft um seine Seele. Wer soll in diesem Kampfe Führer sein? Martin Luther oder Lenin? Am Materialismus zerbrechen noch immer die Völker. Wer darum sein Volk von ganzem Herzen liebt, muss das Werk des deutschen Reformators ehren, dessen ganzer Kampf der Freiheit deutschen Wesens und Glaubens galt.
Wir rüsten uns zum Luthertag in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes. Der Führer ruft zum letzten Einsatz für Deutschlands Ehre und Freiheit. Wir stehen in der Entscheidung. Wie soll das Losungswort des neuen Kampfes heißen? Für uns als lutherische Menschen kann es nur lauten: Hie gut deutsch und evangelisch allewege!
Darum schließt die Reihen! Luthers 450. Geburtstag soll eine Bekenntnistag aller Evangelischen sein.
Für Gott und Volk!“

Aufsatz von Hans Preuß über Luther und Hitler
(AELKZ Nr. 42 und 43, 1933):

Sein biographisch-systematischer Vergleich von Luther und Hitler:
- Beiden geht der Schrei nach einem großen Mann der Rettung voraus
- Beide kommen aus dem unverdorbenen Volk
- Beide machen das ganze Elend ihrer Zeit durch: Luther den Jammer des ausgehenden Mittelalters und Hitler den Weltkrieg „gaserblindet und das Grausen des Marxismus, also nationale und soziale Verderbnis in Potenz“
- Luther beginnt sein größtes Werk der Bibelübersetzung auf der Wartburg, Hitler schreibt „Mein Kampf“ auf der Festung Landsberg
- Luther zugute kommt die Buchdruckerkunst, Hitler das „Fabelwesen des Rundfunks“
- Beide lieben ihr Deutschland, sind erdverbunden, Feinde von Zins und Wucher und
kämpfen leidenschaftlich gegen das Judentum
- Beide haben große Liebe zu den Kreaturen, ihre Hunde kennt man mit Namen
- Beide sind kinderlos
- Beide ehren die Frauen als die opferbereiten Mütter ihrer Kinder
- Beide sind Künstler: Luther der Töne, Hitler der bildenden Kunst, Architektur und Malerei – beide Künstler des Worts
- Beide ehren die geschichtliche Vergangenheit und betonen den praktischen Wert der geschichtlichen Kenntnis
- Beide betonen die Bedeutung der Antike für die deutsche Kultur
- Beide lehnen den Parlamentarismus ab
- beide kämpfen einen Zweifrontenkrieg: Luther gegen Rom und die Schwärmer, Hitler gegen die Schwarzen und die Roten
- Beide müssen sich gegen die Schar der Verleumder und Lügner durchsetzen
- Beide fühlen sich vor ihrem Volk mit Gott verbunden. Hitler nimmt den namen Gott zwar selten in den Mund, er sprciht von „Vorsehung“, „Schicksal“ oder „Himmel“. „Aber manchmal bricht doch seine persönliche Verbundneheit mit dem persönlichen Gott ergreifend heraus.“ Er weiß, dass Gott ihn zur Erfüllung seiner Mission auserwählt hat.

Ob man ihr Werk vergleichen kann?
„Inhaltlich natürlich nicht, den jenes ist geistlich, dieses weltlich. Aber doch besteht auch hier eine grundlegende Parallele: ihre Werke sind beide Mal Errettung aus deutscher Not.“

Er beschließt seinen Aufsatz in der Führungszeitschrift des konfessionellen Luthertums mit den Sätzen:

„Man hat gesagt, das deutsche Volk habe dreimal geliebt: Karl den Großen, Luther und Friedrich den Großen, Wir dürfen nun getrost unseren Volkskanzler hinzufügen. Und das ist wohl die lieblichste Parallele zwischen Martin Luther und Adolf Hitler.“

---

20. August 1933:

Schöffel: Führerworte (DED 34/1933)

22. August 1933:

Badeverbote in vielen Orten für Juden (Walk 48)

22. – 24. August 1933:

33. Westfälische Provinzialsynode: 80 Vertreter der Gruppe „Evangelium und Kirche“,

60 Deutsche Christen

Wahl von Karl Koch als Präses der Synode (bis 1941), 4 Vertreter von „Evangelium und Kirche“, 3 Deutsche Christen im Provinzialkirchenrat, Wahl von 11 Vertretern „Evangelium und Kirche“ und 7 Deutschen Christen in die Generalsynode

(s. Verhandlungen, Herford)

Sommer 1933:

Carl Stange: Richtlinien für das Verhältnis von Staat und Kirche (Schmidt 1, 160f):

„1. Staat und Kirche sind beide Lebensäußerungen des Volkes. Es nehmen deshalb beide den ganzen Menschen in Anspruch. Deshalb ist weder die Unterordnung der Kirche unter den Staat (wie in der russischen Kirche) noch die Unterordnung des Staates unter die Kirche (wie im römischen Katholizismus) möglich.

2. Die Unterscheidung von Staat und Kirche bedeutet nicht Trennung von Staat und Kirche. Gehören beide zu den notwendigen Lebensäußerungen des Volkes, so bedeutet die Trennung von Staat und Kirche eine Schädigung des Volkslebens. Das Aufgehen des Einzelnen in den rein bürgerlichen Angelegenheiten, wie es im demokratischen Staat üblich war, lässt die Seele des Einzelnen verkrüppeln, und die Flucht aus dem Volksleben in die Enge einer kleinen frommen Gemeisnchaft, wie sie im Pietismus geübt wird, ist Missachtung der Aufgabe, die uns von Gott durch die Eingliederung in das Volksganze gegeben ist.

3. Der Zusammenhang von Staat und Kirche vollzieht sich vom Volke her in der Pflege der Sitte, vom Einzelnen her in der Pflege des inneren Lebens.

4. In der Sitte gibt Gott dem Volke die ihm eigentümliche geschichtliche Aufgabe. Indem die Kirche die Sitte heiligt, dient sie der geschichtlichen Sendung ihres Volkes.

5. In der Pflege des inneren Lebens wird der Zusammenhang des Volkslebens mit dem Leben Gottes hergestellt. Wo dieser Zusammenhang fehlt, sind dem Staate die Wurzeln seiner Kraft abgeschnitten.

6. Die Verfassung des Staates muss dem Zusammenhang mit der Kirche Raum geben. Es geschieht das dadurch, dass (wie in Schweden) alle staatlichen Gesetze, die das sittlich-religiöse Leben berühren, dem Staate zur Kenntnisnahme und Äußerung mitgeteilt werden.

7. Die Verfassung der Kirche muss dem Zusammenhang mit dem Staate Raum geben. Es geschieht das dadurch, dass alle Ordnungen der Kirche, die die das öffentliche Leben berühren, dem Staate zur Kenntnisnahme und Äußerung mitgeteilt werden.

8. Die Wechselwirkung von Staat und Kirche vollzieht sich nicht auf dem Wege des Rechtsanspruchs, sondern auf dem Wege der persönlichen Verständigung.

9. Die Organe der Kirche werden ebenso wie die des Staates nicht durch Mehrheit, sondern nach der Tüchtigkeit ausgewählt.

10. Die Schichtung des Volkslebens entsprechend gliedert sich die Kirche in Gemeinde, Gau und Land. Die Führer jeder dieser Schichten bestellen unter Befragung ihres Kreises die erforderlichen Organe, wobei eine beratende Einwirkung des Führers der übergeordneten Schicht in Anspruch genommen werden kann.

11. Dem Gedanken des Führertums widerspricht es, wenn der Führer des engeren Kreises zum Untergebenen des Füphrers des weiteren Kreises wird. Jeder Führer ist vielmehr in seiner Verantwortlichkeit unabhängig.

12. Die Gesamtheit der deutschen Länder steht unter der Führung des durch die Bischöfe der einzelnen Länder aus ihrer Mitte gewählten Reichsbischofs, der zugleich Bischof seines Landes bleibt.

13. Jeder Deutsche ist verpflichtet, zu den Aufwendungen, welche für den Bestand der Kirche erforderlich sind, beizutragen (Kirchensteuer). Vollberechtigtes Mitglied der Kirche wird man dagegen nur durch die regelmäßige Teilnahme an dem Leben der Kirche in Gottesdienst und Kirchenzucht.

14. Wie die Kultur des deutschen Staates unter dem Einfluss der protestantischen Weltanschauung entstanden ist, so bekennt sich die deutsche Kirche zu der durch Luther geprägten Form des Christentumns, wie sie in dem Bekenntnis der lutherischen Kirche vorliegt.

15. Die Angehörigen anderer Bekenntnisse können der deutschen Kirche unter Bewahrung ihrer besonderen Eigenart eingegliedert werden, soweit ihre Verfassung den §§ 1-11 entspricht.“

Leitsätze christlicher und deutscher Pfarrer (ebd. 161 ff)

Aufruf studentischer Jugend (ebd. 163f):

„Die gegenwärtige kirchliche Lage erfordert die Besinnung auf den rechten Glauben, weil die sichtbare Kirche ihre Struktur allein durch den Glauben an die Vergebung der Sünden erhalten darf:
Aus dieser theologischen Erkentnis ergibt sich folgende Stellungnahme zur augenblicklichen Lage:
Wir lehnen ab jeden Eingriff des Staates in die Kirche, die die Kirche von ihrem Wesen entfernt;
den maßgebenden Einfluss kirchenfremder Persönlichkeiten auf die kirchliche Neugestaltung;
die geistliche Leitung Hossenfelders, Hoffs und derer, die das Evangelium nicht in seiner Reinheit verkünden.
Wir fordern Zurückziehung der Staatskommissare und die Wiedereinsetzung der Generalsuperintendenten in ihr geistliches Amt;
Die Beteiligung des designierten Reichsbischofs D. von Bodelschwinghj an der Eingungsarbeit der Kirche;
Die neue gottesdienstliche Verkündigung in Predigt und Feier des heiligen Abendmahls, in deren Mitrtelpunkt die Vergebung der Sünden steht.
Wir erbitten von Gott die wahre Gemeinschaft der Heiligen.“

Theologische Gutachten über den Arierparagraphen in der Kirche:

Marburger Gutachten (Schmidt 1, 178 ff)

Erlanger Gutachten (ebd. 182 ff)

Aufsatz von Hermann Strathmann (ebd. 186 ff)

Neues Testament und Rassenfrage (ebd. 189 ff)

Kieler Gutachten (ebd. 191 ff)

Gutachten der Leipziger Fakultät über die 28 Thesen der Sächsischen Volkskirche (ebd. 195 ff)

<u>24. August 1933:</u>

Tagung der Berlin-Brandenburgischen Landessynode:

Annahme des Arierparagraphen (DEB 296, 305)

25. August 1933:

Haavara-Abkommen zwischen jüdischen Organisationen und dem Reichsministerium für Wirtschaft über die Emigration von Juden nach Palästina und über wirtschaftliche Beziehungen zwischen jüdischen Handelsgesellschaften und Deutschland

(Prägen einer Münze: auf der Vorderseite der Davidstern, auf der Rückseite ein Hakenkreuz)

Schreiben der einstweiligen Leitung der DEK an die Kirchen der ökumenischen Bewegung (Boyens 309 ff):

„…Die deutsche Evangelische Kirche steht in dem neugeschaffenen Deutschen Reich vor großen Zukunftsaufgaben. Eine ihrer vornehmsten Verpflichtungen wird es sein, auf neuen Wegen und mit neuen Formen eine gegenwarts- und volksnahe Verkündigung des Evangeliums in die weiten Kreise hineinzutragen, die bisher der christlichen Botschaft und Kirche entfremdet waren. Diese Arbeit, die unter dem Stichwort Volksmission zusammenzufassen ist, wird den Einsatz aller Kräfte fordern. Nach außen gilt es die Verbundenheit mit den christlichen Kirchen des Auslandes weiterhin zu wahren. Die deutsche Evangelische Kirche wird an dem ökumenischen Werk der Kirchen wie bisher lebhaften Anteil nehmen. …“

26. August 1933:

Erlass von Rust über die Pflege der Beziehungen der Schule zur Hitlerjugend (UF IX; 52 ff)

Brief von Marahrens (wahrscheinlich an P. Hahn) (Klügel 26f)

Brief von Wurm an den Außenminister Freiherr von Neurath

(Schäfer 2, 288 ff)

27. August 1933:

Feierlicher Staatsakt in Tannenberg mit Hindenburg und Hitler (Domarus 295f),

Rede Hitlers am Niederwalddenkmal (ebd. 295f)

Frick zum Luthergedächtnis (DED 35/1933)

Herausgabe des Tecklenburger Bekenntnisses: „Neue Kirche im neuen Staat. Bekenntnis – Gemeindeaufbau – Kirchenleitung – Nationalsozialistischer Staat- Deutsche Christen“, mit einem Vorwort von Carl Pabst, Gütersloh 1933

28. August 1933:

Devisenbestimmungen für Auswanderer (Walk 48)

Dankbares Ja von Marahrens zum neuen Staat auf dem Landeskirchentag in Hannover (Tutzinger Texte 100):

„Nach Jahren immer weiter um sich greifenden Zerfalls sei ein Staat Wirklichkeit geworden, der die gesamten Beziehungen im Leben unseres Volkes zu erfassen, mit Ernst und Entschlossenheit bemüht sei. Was dieser Staat tue, solle nicht nur der Gegenwart gelten, sondern Generationen unseres Volkes zu ihrem Segen umspannen. Jeder einzelnen habe die gesamten Beziehungen seines Lebens in das Gefüge des staatlichen Lebens einzugliedern. Wie noch nie in der Geschichte des Volkes sei der einzelne mit dem Volksganze verbunden, und zu dieser Tatsache sage die lutherische Landeskirche Hannovers ein dankbares Ja.“

29. August 1933:

Erklärung der Lutherischen Bekenntnisbewegung (Schmidt 1, 166f):

„Die neue Kirche ist gegründet. Wir haben eine Bitte und eine Forderung an sie und ihre Leitung: Sollen wir uns willig darein schicken, dass unsere evangelisch-lutherischen Landeskirchen körperschaftliche Glieder der Deutschen Evangelischen Kirche sind, so müssen wir die volle Zuversicht haben dürfen, dass auch in Zukunft nicht der Versuch gemacht werde, an dem Bekenntnisstande der Lutherischen Kirche zu rütteln.

Hier ist nicht „Deutscher Christ“ oder nicht, hier ist nicht Partei oder Gruppe! Hier ist Kirche, und als Glieder der Kirche, gleichviel ob wir einer Gruppe angehören oder nicht, melden wir diese Forderung als eine Forderung des Gewissens an.

Unsere Evangelisch – Lutherische Kirche ist die Kirche der Väter der deutschen Reformation. Sie bejaht wie keine andere das Volkstum und stellt die reinste und beste Ausprägung des völkischen Wesens dar, die eine Kirche überhaupt darstellen kann.

Unsere Evangelisch-Lutherische Kirche ist eine Kirche des Bekenntnisses, in dem Gott sich wieder geoffenbart hat als der in seinem Wort zu uns Redende. Solches Bekenntnis können wir nicht aufgeben, nicht vermischen, nicht

vergleichgültigen lassen. Wer vom Bekenntnis lässt, löst sich von dem Halt, den Gott der Kirche des Wortes in der Geschichte gegeben hat.
Unsere Evangelisch - Lutherische Kirche kennt ihr Bekenntnis nicht als erstorbenes Gut aus alten Tagen, sondern aus der Heiligen Schrift aufgebrochenes und immer neu aufbrechendes Leben. Nicht weil man zuviel von Bekenntns geredet hätte, sondern weil wir zu wenig von seinem Inhalt sagen und hören, deshalb gibt es heute Bekenntnisnot, deshalb ist heute seine Lebendigkeit weithin bedroht.
Unsere Evangelisch – Lutherische Kirche, die es noch vor 120 Jahren außer in Deutschland und Skandinavien kaum sonst irgendwo gab, ist heute eine sich über die ganze welt erstreckende, ökumensiche Kirche. Das ist ein Wunder vor unseren Augen! So haben wir vor anderen die Pflicht – nachdem unserer Kirche ein Auftrag in der ganzen Welt geworden ist - , die Lutherische Kirche im Mutterlande der deutschen, der lutherischen Reformation als solche zu wahren und zu schützen. Wie wir Deutschen uns aber um Deutschtum in Bekenntnis und Leben mühen unter Ablehnung jedweder Union mit nichtdeutschem Wesen, so müssen wir unsere Luthertische Kirche in Bekenntnis und Leben unverworren erhalten.
Unsere Evangelisch - Lutherische Kirche will in ihrer äußeren Form die soziologischen und charakterologischen Erkenntnisse der Gegenwart nicht missachten.
Unsere Evangelisch – Lutherische Kirche will sich immer mehr bereiten zu jedem Dienst der Liebe und des Lebens im Dank gegen Gott, wissend, dass alle wahre Liebe aus lebendigem Glauben kommt.
Deshalb ist es für uns eine entscheidende Forderung, dass der Würzburger Zusammenschluß der evangelisch-lutherischen Landeskirchen zu einer kraftvollen und maßgebenden, in sich geschlossenen Kirche innerhalb der Deutschen Evangelischen Kirche weiter ausgebaut werde.“

<u>30. August 1933:</u>

Rede des Pfarrers Kirchenrat Leutheuser (vN 195):

„Christus ist zu uns gekommen durch Adolf Hitler. Der ist der entscheidende Mensch gewesen, als ein ganzes Volk bereit war, unterzugehen. Hitler schlug für uns in sich, durch seine Kraft, durch seine Ehrlichkeit, seinen Glauben und seinen Idealismus fand der Heiland zu uns.“

Fritz Lörzer: Erklärung zum Toleranzerlass der NSDAP (vN 196 ff):

„…Neu bauen wollen wir das deutsche Volk und das deutsche Reich als Deutsche und als Christen, unter dem Zeichen des Kreuzes und unter dem Zeichen des Halkenkreuzes. Diese beiden Symbole sind verankert im Programm der NSDAP und – was mehr ist – im Herzen unseres Führers. Auf diesen beiden Säulen ruht die Zukunft unseres Volkes. Wir wissen, dass diese

beiden Säulen heute tückisch umschlichen und heimlich angenagt werden von tausend Feinden. Es gilt zu wachen und zu beten! Wir vertrauen auf den, der uns durch Not und Sieg, über Blut, Opfer und Glauben dahin geführt hat, wo wir heute stehen. Das deutsche Volk hat den Grund gefunden, auf dem es über Jahrtausende Bestand haben kann. Möge ihm dieser ewige Grund erhalten bleiben. Das walte Gott!"

<u>31. August 1933:</u>

Stellungnahme der Jungreformatorischen Bewegung: „Sollen wir DC werden?" (vN 290 ff)

Joachim Beckmann: Gottes Offenbarung, Evangelisches Volkstum, Völkischer Idealismus oder christlicher Glaube, Staat und Kirche (vN 303 ff):

„... Wir glauben nun freilich da sagen zu müssen, dass es ein unmöglicher Gebrauch des Namens christlich ist, wenn man das Ethos des Nationalsozialismus christlich nennt. Es ist deutsches, völkisches, politisches Ethos und als solches ein starkes, eindrucksvolles Wollen, Denken und Tun, gegen das in keiner Weise eine Art Diskreditierung ausgesprochen sein soll, wenn man es nicht einfach ein christliches Ethos nennt. Es hat ohne diese Belastung mit einem ungeuer gewichtigen, ausgesprochen religiösen Beiwort seinen echten und klaren Sinn und Gehalt in sich selbst. Christliche Haltung, christliches Ethos wäre doch nur möglich als eine schlechterdings von Christus bestimmte Haltung, ein Leben aus der Kraft des Heiligen Geistes, ein Denken, Handeln und Wollen aus dem Glauben an den Herrn, dessen Wille über mich verfügt. Darum warnen wir dringlich vor dem Missbrauch des Wortes „christlich", wie er allenthalben in geradezu verwüstenden Weise geschieht…

Wir wagen es also, in der Überzeugung, nicht missverstanden werden zu können, zu sagen: Die nationalsozialistische Haltung ist ihrem Wesen nach nicht eine christliche, kann es nicht sein, ja darf es nicht sein und nicht sein wollen. Gerade als eine echte politische Haltung, und nur als eine solche, kann sie vom christlichen Glauben bejaht werden. Vom reformatorischen Glaubensverständnis aus ist es ein auf Volk und Staat bezogenes, sachgemäßes, irdisches Denken und Wollen und im Vollzug dieses Handelns ein menschliches Wagnis, das in dieser Welt unter dem Gesetz und Gericht Gottes gewagt werden muss und gewagt wird aus der Überzeugung von der Richtigkeit der politischen Idee und der Notwendigkeit ihrer Verwirklichung. Bei diesem Werk steht der gläubige Christ mit dem ungläubigen Volksgenossen zusammen, denn hierin haben beide die gleiche Aufgabe. Dass

der Christ freilich „anders“ in demselben Werke steht als der Nichtchrist, ist selbstverständlich: denn er steht auch in diesem politischen Tun gläubig und gehorsam unter seinem Herrn, der ihn immer und in allem Tun ganz beansprucht und an den er ganz allein gebunden ist.“

31. August und 17. September 1933:

Jahrhundertfeier der weiblichen Diakonie in Kaiserswerth

Spaltung der Glaubensbewegung Deutsche Christen in Württemberg

(Schäfer 2, 499 ff)

August/September 1933:

Bemühungen Jägers um die Neugliederung der Landeskirchen in Preußen (Nic I, 126 ff)

1. – 3. September 1933:

„Parteitag des Sieges“ in Nürnberg: Eröffnungsrede durch Hitler (Friedrichs 1, 82 ff):

„…Möge sich aber vor allem aus der Art dieser Kundgebung erneut die Einsicht verstärken, dass die Leitung der Nation niemals zu einer reinen Verwaltungsmaschinerie erstarren darf, sondern dass sie eine lebendige Führung bleiben muss, eine Führung, die nicht im Volk ein Objekt ihrer Betätigung erblickt, sondern die im Volk lebt, mit dem Volk fühlt und für das Volk kämpft. Formen und Einrichtungen kommen und mögen vergehen. Was aber bleibt und bleiben soll, ist diese lebendige Substanz aus Fleisch und Blut, erfüllt mit ihrem eigenen Wesen, so wie wir unser Volk kennen nund lieben. In der Dauer seiner Existenz liegt auch die Dauer unseres Fortlebens auf dieser Welt, physisch und geistig gemessen. Wir aber wünschen dem deutschen Volk eine irdisch endlose Geltung und glauben, durch unseren Kapf dafür nur den Befehl unseres Schöpfers zu erfüllen, der in das Innere aller Wesen den Trieb der Selbsterhaltung senkte.
Es lebe unser Volk! Es lebe die Nationalsozialistische Partei!“

Rede Hitlers auf der Kulturtagung (UF IX, 498 ff)

Rede von Goebbels über Rassenfrage und Weltpropaganda (Friedrichs 1, 207 ff):

„Deutschland wird nicht am Rasseproblem zerschellen, im Gegenteil: In seiner Lösung liegt die Zukunft unseres Volkes. Wir werden hier wie auf vielen anderen Gebieten der ganzen Welt bahnbrechend voranschreiten. Die Revolution, die wir gemacht haben, ist von epochaler Bedeutung. Wir wollen, dass sie in der kommenden Lösung der Rassenfrage den Schlüssel zur Weltgeschichte findet."

Rede von Hierl über den „Geist des Arbeitsdienstes" (ebd. 283 ff):

„… Die Kunst ist eine erhabene und zum Fanatismus verpflichtende Mission. Wer von der Vorsehung ausersehen ist, die Seele eines Volks der Mitwelt zu enthüllen, sie in Tönen klingen oder in Steinen sprechen zu lassen, derr leidet unter der Gewalt des allmächtigen, ihn beherrschenden Zwanges, der wird sein Sprache reden, auch wenn die Mitwelt ihn nicht versteht oder verstehen will, der wird lieber jede Not auf sich nehmen als auch nur einmal dem Stern untreu zu werden, der ihn innerlich leitet."

3. September 1933:

Otto Eberhardt: Gebt unserm Volk Mütter! (DED 36/1933)

4. / 5. September 1933:

Sitzung der Generalsynode der Altpreußischen Union in Berlin, 156 DCer, 71 „Evangelium und Kirche", an der Spitze Müller, Hossenfelder, Werner und Jäger

(„Braune Synode": „Das Bild der Generalsynode ist eindeutig bestimmt, geistig durch die Glaubensbewegung und durch das braune Ehrenkleid der Hitlerbewegung.")

Wahl von Dr. Werner als Präses der Synode, Hossenfelder und Jäger 1. und 2. Stellvertreter

Einführung des Arierparagraphen:

„Als Geistlicher oder Beamter der allgemein kirchlichen Verwaltung darf nur berufen werden, werr die für seine laufbahn vorgeschriebene Vorbildung besitzt und rückhaltlos für den nationalen Sttaat und die DEK eintritt.- Wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Geistlicher und Beamter der allgemeinen

kirchlichen Verwaltung berufen werden. Geistliche und Beamte arischer Abstammung, die mit einer Person nichtarischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen. … Geistliche und Beamte, die nach ihrer bisherigen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeitz rückhaltlos für den nationalen Staat und die DEK eintreten, können in den Ruhestand versetzt werden." (GB 98/100)

Errichtung von 10 Bistümern (GB 100)

Die Preußische Kirche fest in deutsch-christlicher Hand

Lebensbilder der Führer der Deutschen Christen (DEB 313f; 320)

Auszug der Gruppe „Evangelium und Kirche" mit 71 Abgeordneten unter Präses Koch, vorher Erklärung der Gruppe „Evangelium und Kirche":

„Wir sind zu dieser Generalsynode gekommen in der Hoffnung, dass hier um der Aufgaben willen, die unsrer Kirche durch die nationale Erhebung gestellt sind, ein endgültigr Schlußstrich gezogen werden würde unter die Geschehnisse und Methoden der letzten Monate. Wir haben vieles über unsere evangelische Landeskirche ergehen lassen, das wir – wie Sie wissen – niemals haben billigen können. Wir haben es hingenommen, weil uns immer wieder die Versicherung gegeben wurde, dass eine wirkliche Zusammenarbeit im Dienst der Kirche, die in unserem Volke werden soll, in voller kirchlicher Freiheit unter dem Schutz des geltenden kirchlichen Rechts und in ehrlichem brüderlichen Ringen gewährleistet würde.
Wir müssen heute erklären, dass wir in den Hoffnungen, die wir gern hegen wollten, leider enttäuscht wurden. Erst am gestrigen Abend ist uns mitgeteilt, dass Sie bei den heute wichtigsten Wahlen den Grundsatz der Verhältniswahl, wie er in der Verfassungsurkunde und in der Geschäftsordnung dieser Synode niedergelegt ist, nicht anerkennen wollen. Sie haben uns ferner am gestrigen Abend Kenntnis gegeben von einem Gesetzesentwurf, den Sie heute zum Beschluss erheben wollen, durch welchen die evangelische Kirche der altpreußischen Union von Grund auf in ihrer Struktur verändert wird. Es soll heute weiterhin ein Gesetz beschlossen werden, durch welches die Grundsätze des staatlichen Beamtengesetzes auf die Kirche übertragen werden, ohne dass gefragt wird, ob nicht mancher dieser Grundsätze das Wesen der Kirche verletzt, wie wir es im dritten Glaubensartikel bekennen.
Das alles geschieht ohne die dringend erforderliche kirchlich-theologische Besinnung und ohne klärende und vorbereitende Aussprache.(Große Unruhe)
Wir stellen, auf Tiefste erschüttert, fest, dass in einer Stunde ernstester Entscheidung in der höchsten Synode unserer Landeskirche, nicht die von uns zuversichtlich erwartete, dem Geist der Kirche allein entsprechende Zusammenarbeit, sondern der rücksichtslose Gebrauch der Macht über

Gestalt und Wesen unserer Kirche entscheiden soll. Dieses Verfahren, zu dem Sie auf Grund Ihrer Mehrheit Möglichkeit und Macht haben, trägt die Methoden der Welt in den Raum der Kirche und ist mit der christlichen Verpflichtung zu brüderlicher Zusammenarbeit unvereinbar. (Große Unruhe) Unsere vornehmste und nächste Sorge gilt der Lauterkeit christlicher Verkündigung und der Treue gegen den Auftrag, den unsere Kirche im Volk auszurichten hat. Aber eine Synode verletzt nicht nur dann das Bekenntnis der Kirche, wenn sie Irrlehre verkündet, sondern auch dann, wenn sie den Geist christlicher Gemeinschaft verleugnet und zerstört. Wir sind, wie bisher, so auch in Zukunft zu ernster Mitarbeit und zu jedem Dienst an den Bau unserer Kirche ehrlich bereit und reichen allen denen, die unsere evangelische Kirche lieb haben, die Bruderhand. Aber wir können nicht durch weitere Beteiligung an den Abstimmungen dieser Synode den Anschein erwecken, als ob so gehandelt würde, wie es einer christlichen Synode geziemt. Wir können nicht den Anschein einer Brüderlichkeit mitverantworten, die nicht vorhanden ist. Wir lehenen die Mitverantwortung an dieser Synode ab, weil wir sie vor der Geschichte und vor der Christenheit als eine rechte Synode nicht anerkennen können. Gott helfe uns! Gott helfe unserer Kirche!" (Bericht in JK, 192 ff)

<u>6. September 1933:</u>

Kirchengesetz über die Errichtung des Landesbischofsamtes und Gesetz betr. die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Kirchenbeamten

(KJ 33 ff; vN 357f; UF IX 596f):

„§ 1. 1. Als Geistlicher oder Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung darf nur berufen werden, wer die für seine Laufbahn vorgeschriebene Vorbildung besitzt und rückhaltlos für den nationalen Staat und die Deutsche Evangelische Kirche eintritt. 2. Wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Geistlicher und Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung berufen werden. Geistliche und Beamte arischer Abstammung, die mit einer Person nichtarischer Abstammung eine Ehe eingehen, sind zu entlassen. Wer als Person nichtarischer Abstammung zu gelten hat, bestimmt sich nach den Vorschriften der Reichsgesetze.

§3: Geistliche und Beamte, die nach ihrer bisherigen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat und die Deutsche Evangelische Kirche eintreten, können in den Ruhestand versetzt werden…." (vN 357)

(Aufstellung über nicht arische Pfarrer in Deutschland: Deutsches Pfarrerblatt 1933, Nr. 44)

Sitzung des neu gewählten preußischen Kirchenrates (GB, 100)

Pastor Mattiat, Hannover: Was wir glauben (Schmidt 1, 78):

„Die folgenden Glaubenssätze sollen kein neues Glaubensbekenntnis dem Inhalt nach sein. Sie stellen vielmehr den Versuch dar, das christliche Glaubensbekenntnis unserer Väter in eine Form zu kleiden, die unsere Zeit versteht und die dem Wollen und Bekennen der Glaubensbewegung Deutsche Christen entspricht.

1. Wir glauben an Gott, den Vater aller Menschen, den allmächtigen Schöpfer des Weltalls, der uns als deutsche Menschen geschaffen hat, uns Leib und Seele, Volk und Land, Blut und Boden gegeben hat, auf dass wir innerhalb dieser Schöpfungsordnungen ihm dienen in der Hingabe unserer ganzen Kraft und in der stetigen Bitte um seinen Segen.

2. Wir glauben an Gott, den Erlöser, als welcher er sich allen Völkern und Zeiten in Jesus Christus geoffenbart hat, dessen Leben, Sterben und Übrwinden uns aufrichtet aus Verirrung und Verwirrung, uns erlöst aus Sünde und Schuld, uns stark macht in Schwachheit und Unvollkommenheit und uns errettet aus aller Not und zuletzt aus dem Tod zum ewigen Leben.

3. Wir glauben an Gott, den Erbauer seiner Kirche für Zeit und Ewigkeit, der uns zusammenführt zu seiner Gemeinde, das ist zur Kirche, in Deutschland zur Kirche der Deutschen Christen, der seinen Heiligungswillen an uns wahr macht, indem er uns bereitet und kräftigt und segnet zum Einmgang in sein Reich nach einem Leben voller Mühe und Arbeit in unserer Zeit, in unserem Land und unserem Volk.

Ihm allein, unserem himmlischen Vater, sei Lob und Preis, Ehre und Anbetung von nun an bis in Ewigkeit.“

7. September 1933:

Niemöller und Bonhoeffer: Entwurf für ein „Wort oppositioneller Pfarrer“ (DBW 12, 123)

8. September 1933:

Erlass über den Gruß des Pfarrers im neuen Staat (Schäfer 1, 441)

„1. Beim Betreten und Verlassen des Schulzimmers und bei allen sonstigen Veranstaltungren für die Jugend außerhlb der Kirche grüßen die Geistlichen die ihnen anvertraute Jugend mit dem deutschen Gruß.
2. Bei nationalen Feiern (Fest- und Trauertagen, Feldgottesdiensten und Gefallenenfeiern) außerhalb der Kirche grüßen die Geistlichen, auch im

Talar, mit erhobener Hand , wenn die ganze Versammlung in feierlichen Augenblicken die recht Hand erhebt.

3. Innerhalb der Kirche sowie bei Beerdigungen grüßen die Geistlichen im Talar durch leichtes Verneigen des Kopfes. Doch ist bei Beerdigungen auch vom Geistlichen der Hitlergruß zu erweisen, wenn im Anschluss an einen Nachruf das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied gesungen wird."

8./9. September 1933:

Treffen deutscher und niederländischer Theologen in Kattenvenne (s. Brakelmann: Hans Ehrenberg, Bd. 2, 186 ff)

September 1933:

Wort der „Sydower Bruderschaft zum Beamtengesetz und Arierparagraphen":

„Das Beamtengesetz und der Arierparagraph entstammen nicht kirchlichem, sondern politischem Geiste…- das vorliegende Gesetz müssen wir ablehnen, im Gewissen gebunden an Gottes Wort, das in der Kirche des Evangeliums nur evangelische Maßstäbe zur Beurteilung der Amtsträger zulässt. Der Arierparagraph im besonderen bedeutet in seiner gesetzlichen Festlegung eine Verletzung des kirchlichen Bekenntnisses… wird der Paragraph auf die bereits ordinierten Geistlichen angewandt, so ist dadurch die Bedeutung der Ordination für uns alle aufgehoben." (WNH 378)

9. September 1933:

Brief von Bonhoeffer an Barth mit der Bitte um Stellungnahme zum Betheler Bekenntnis (DBW 12, 124f; Antwort von Barth ebd. 125 ff)

9. – 12. September 1933:

Tagung und Resolution des Exekutivkomitees „Life and Work" in Novi Sad (Boyens 311f, 446)

9. – 13. September 1933:

Lutherwoche in Wittenberg

9. – 16. September 1933:

Jahrhundertfeier im Rauhen Haus

9. Diakonentag (in: 100 Jahre männliche Diakonie)

Entscheidung:

„Die an der Geburtsstätte des erneuerten Diakonenamtes der männlichen Diakonen zum 9. Deutschen Diakonentag im Rauhen Hause versammelten Diakone versichern der Reichsleitung der Glaubensbewegung Deutsche Christen ihre Treue und stellen sich geschlossen einmütig und vorbehaltlos hinter ihre Führung. Sie erwarten, dass die noch nicht eingegliederten Diakone auch ihren organisatorischen Beitritt zur Glaubensbewegung deutsche Christen unverzüglich erklären." (JK 280)

10. September 1933:

Artikel im Evangelischen Deutschland: Der Kampf gegen den Bolschewismus:

„Die Kirche ist mitten in diese vielfältigen weltanschaulichen Bestrebungen hineingestellt mit ihrem Auftrage der Verkündigung des Wortes. Vom neuen Staat hat sie die Geschlossenheit und die Machtstellung bekommen, die ihr nach ihrem Wert zukommen. Die gefährlichsten Feinde sind durch den Arm der Obrigkeit zerschlagen und zurückgedrängt worden. An ihr liegt es nun, ihre neue Stellung innerlich zu begründen und sich selbst die Zukunft zu schaffen, die ihrem Auftrag und Wesen gemäß ist." (vN 105)

Erka: Der Stand des Weltanschauungskampfes (DED 37/1933)

11. September 1933:

Abschließende Beratungen der Rheinischen Bruderschaft in Essen

(WNP 20 ff)

12. September 1933:

Kirchengesetz über die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Beamten der Landeskirche Schleswig-Holstein, Arierparagraph (vN 358):

„Wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Geistlicher oder Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung berufen werden. Geistliche oder Beamte

arischer Abstammung, die mit einer Person nichtarischer Abstammung die Ehe eingehen, sind zu entlassen.“

Gesetz der Thüringer Evangelischen Kirche über die Stellung der kirchlichen Amtsträger zur Nation, Arierparagraph (vN 359):

„Wer als Pfarrer, Hilfspfarrer oder Beamter im Dienst der Thüringer evangelischen Kirche oder einer Kirchengemeinde steht, kann in den Ruhestand versetzt oder, sofern er noch nicht unwiderruflich angestellt ist, entlassen werden, wenn nach seinem Verhalten zu fürchten ist, dass er nicht rückhaltlos für den nationalen Staat eintritt oder dass er sein Amt nicht oder nicht mehr so führen wird, wie es die Verpflichtung der Kirche gegenüber Volk und Staat erfordert…“

Vortrag von Meiser auf der Landessynode über „Kirche und Glaubensbewegung Deutsche Christen“ (Meiser 43 ff)

100 Jahre männliche Diakonie, in: 6. Jahrbuch für männliche Diakonie, hg. von Fritz Weigt, enthält: Zahlreiche Grußworte, u. a. von Hindenburg, Ludwig Müller, Joachim Hossenfelder, Friedrich Peter, Bernhard Rust, Karl Themel

Vorträge (u. a.):

- ***F. Engelke: Kirche, Innere Missionund Diakonie in der nationalen Revolution***
- ***Diakon Schoch: Die volksmissionarische Bedeutung der männlichen Diakonie in der neuen Kirche***

Festschrift zum 100jährigen Jubiläum des Rauhen Hauses:

Vorwort von Pastor Engelke:

„…Wir hoffen im Revolutionsjahr 1933 von der Jubiläumsfeier des Rauhen Hauses nichts weniger, als dass Jesus Chjristus siegt in der deutschen evangelischen Kirche, dass ein frischer, freudiger, sieghaftet Glaube die großen Aufgaben packt: Volk und Kirche, Kirchenvolk, Volkskirche, Volksmission.“

Worte von Wichern, Geschichte des Rauhen Hauses

„…Wir wollen auch ferner wurzelecht bleiben im Blick auf die diakonische Arbeit, wollen an unserem Teil den irdischen Führern Dienst tun, SA-Leute sein am innerlichsten Aufbau des Volkes, damit der himmlische Führer treuere Gefolgschaft habe.“

Beginn der Organisation des Pfarrernotbundes

12./13. September 1933:

Landessynode Mecklemburg (GB 72)

13. September 1933:

Ansprache Hitlers bei Gründung des Winterhilfswerks (Friedrichs 1, 170f):

„…Diese große Aktion gegen Hunger und Kälte muss unter dem Motto stehen: Die internationale Solidarität des Proletariats haben wir zerbrochen, dafür wollen wir aufbauen die lebendige nationale Solidarität des deutschen Volkes!“

Gründung des „Reichsnährstandes“ als Zusammenfassung aller in der Landwirtschaft Arbeitenden (Freidrichs 1, 245f)

Vererbungslehre und Rassenkunde Pflicht in allen Schulen (UF IX 450f)

14. – 21. September 1933:

Entschließung des Exekutivkomitees des Weltbundes der Kirchen in Sofia zur Rassenfrage ***(Boyens 312):***

„…Wir beklagen insbesondere die Tatsache, dass die staatlichen Maßnahmen gegen die Juden in Deutschland eine solche Wirkung auf die öffentliche Meinung gehabt haben, dass in manchen Kreisen die jüdische Rasse als eine Rasse minderen Wertes angesehen wird. Wir protestieren gegen den Beschluss der preußischen Generalsynode und anderer Synoden, die den Arierparagraphen des Staates auf die Kirche übertragen, wodurch sie das Urteil einer Unfähigkeit für den Dienst in der Kirche über Geistliche und Kirchenbeamte aussprechen, die durch ihre Geburt nicht Arier sind; das aber halten wir für eine Verleugnung der deutlichen Lehre und des Geistes des Evangeliums von Jesus Christus.“

15. September 1933:

Brief von Erzbischof Eidem an Landesbischof Müller (Boyens 312f):

„… In dieser inneren Bedrängnis nehme ich den Mut, an Sie, verehrter Herr Landesbischof, und an die übrigen verehrten Mitglieder der Kirchenleitung eine nochmalige dringende Bitte zu richten, um Christi, unseres gemeinsamen Heilands, willen alles was Ihnen irgend wie möglich ist bei der bevorstehenden Nationalsynode darauf einzusetzen, der definitiven Annahme des Arierparagraphen und der exclusiv nationalistischen Beamtengesetze vorzubeugen. Die Annahme dieser Bestimmungen würde die Gemeinschaft mit den übrigen evangelischen Kirchen aufs aller Höchste bedrohen –oder gar unmöglich machen – und eine Isolierung der deutschen Evangelischen Kirche bedeuten. Im Vertrauen auf Ihren guten Willen und mit dem heißen Gebet zu Gott, dass Er seiner Kirche helfe, bleibe ich, Herr Landesbischof, Ihr Erling Eidem.“

Erklärung der Gruppe „Evangelium und Kirche“ Hannovers

(JK 187f; Klügel 22 ff)

Gründung eines „Coetus reformierter Prediger“ durch Karl Immer (Wuppertal)

Empfang des Vorsitzenden der „Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung“ Prof. Hauer durch Hitler (JK 149 ff)

<u>16. September 1933:</u>

Verordnung des Sächsischen Landesbischofs Coch zur Herbeiführung eines kirchlichen und nationalsozialistischen Beamtentums (vN 359 f):

„§ 1 (1) Zur Herbeiführung eines nationalsozialistischen und kirchlichen Berufsbeamtentums und einer nationalsozialistischen Pfarrerschaft sowie zur Vereinfachung der Verwaltung können Geistliche und Beamte nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen aus dem Amt entlassen werden, auch wenn die nach dem geltenden Rechte hier erforderlichen Voraussetzungen nicht vorliegen. Als Beamte im Sinne dieses Gesetzes gelten Geistliche, unmittelbare und mittelbare Beamte des Landeskirchenamtes, der Bezirkskirchenämter, der Superintenturen, der Kirchengemeinden, der Kirchengemeindeverbände sowie alle übrigen kirchlichen Amtsträger.

§ 2 (1) Geistliche und Beamte, die nach ihrer bisherigen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat und die Deutsche Evangelische Kirche eintreten, können in den Ruhestand versetzt werden.

(2) Geistliche oder Beamte, die nichtarischer Abstammung sind oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet sind, sind in den Ruhestand zun versetzen.

(3) Wer als Person nichtarischer Abstammung zu gelten hat, bestimmt sich nach den Vorschriften der Reichsgesetze.“

17. September 1933:

Bischof Marahrens zur Volksmissionarischen Arbeit (vN 125 ff):

„Praktisch verlangt unsere Lage, dass die Kirche im wirklichen Lebensraum des Volkes wirke. Das entscheidend Neue in unserem Volk ist das Leben in den Ordnungen von Führung und Gefolgschaft. Es ist Aufgabe des geistlichen Amtes, den Gemeinden, soweit sie diesem Erleben noch fern stehen, vom Evangelium aus einen Zugang dazu zu erschließen..

Die Verantwortung für den religiösen Aufbruch unseres Volkes ruht auf der Kirche und ihren Dienern. Sie selbst steht noch im Ringen um Verstehen und Erfassen des Neuen. Aber unser Volk soll wissen, dass wir willig sind, Leben und Kraft für das neuentstandene Dritte Reich hinzugeben.

Unser Blick richtet sich betend und vertrauend auf den Gott, der das deutsche Volk vor dem Untergang rettete. Das alles wir Ihm zu danken und zu loben, dafür zu dienen und gehorsam zu sein schuldig sind. Das ist gewisslich wahr.“

Graf Lüttichau: Dienst an Kirche und Volk. Hundert Jahre Kaiserswerth Lutherhausdiakonie (DED 38/1933)

Gründung der „Reichsvertretung der deutschen Juden“ mit dem Präsidenten Leo Baeck

19. September 1933:

Rundfunkrede des Reichsernährungsministers Darré über die Neuordnung der Landwirtschaft (Friedrichs 1, 247 ff)

Runderlass der Bayrischen Polizei betr. Arbeit der katholischen Organisationen
(Nic I, 129f, Ergänzung am 2. November (ebd. 169f)

Brief von Karl Koch, Präses der Westfälischen Provinzialsynode, an Müller

In Bayern Durchsuchung aller Geschäftsstellen und Heime jüdischer Organisationen (Walk 39)

20. September 1933:

Rede Hitlers vor dem Generalrat der Wirtschaft über die Aufgaben der Wirtschaft im nationalsozialistischen Deutschland (Friedrichs 1, 229f)

Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt über den Wirtschaftsplan der Reichsregierung (ebd. 230 ff)

Ausschluss der Württembergischen Pfarrer Pressel, Hutten und Weber aus der GDC (Schäfer 2, 544 ff)

Gutachten der Theologischen Fakultät der Universität Marburg: Der Arierparagraph in der Kirche (JK 166 ff)

21. September 1933:

Zweites Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, die „Arbeitsschlacht" wird eröffnet

Aufruf von Martin Niemöller zur Gründung des Pfarrernotbundes

(WNP 159f),

die spätere Verpflichtungsformel:

„1. Ich verpflichte mich, mein Amt als Diener des Wortes auszurichten allein in der Bindung an die Hl. Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation als die rechte Auslegung der Hl. Schrift.

2. Ich verpflichte mich, gegen alle Verletzung solchen Bekenntnisstandes mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren.

3. Ich weiß mich nach bestem Vermögen mit verantwortlich für die, die um solchen Bekenntnisstandes willen verfolgt werden.

4. In solcher Verpflichtung bezeuge ich, dass eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christ geschaffen ist." (WNP 26: GB 101/103/105)

Weihnachten 1933: 5500- 6000 Pfarrer als Mitglied des Pfarrernotbundes, also ein Drittel der deutschen Pfarrerschaft

22. September 1933:

Reichskulturkammergesetz, Goebbels als Präsident (Friedrichs 1, 342; Münch, 163f)

(Juden werden nicht in die Kammern aufgenommen)

Intervention des Auswärtigen Amtes betr. Einführung des Arierparagraphen auf dem Verwaltungswege in die DEK (Nic I, 130 ff)

Gespräch über den Arierparagraphen: u. a. Hans Ehrenberg, Hans Fischer, Rudolf Bultmann, Karl Lücking, Ludwig Steil, Philipp Klose, Hermann Lohmeyer, Wilhelm Brandt

Sitzung der lutherischen Bischofskonferenz (Meiser 94 ff)

23. September 1933:

Beginn der Arbeit an der Reichsautobahn Frankfurt-Heidelberg,
Rede Hitlers (Domarus 301 ff)

Kirchengesetz betreffend die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Kirchenbeamten in der Ev.-Lutherischen Landeskirche von Hannover

(vN 360)

Pfarrer Freitag (DC) fordert konsequente Gleichschaltung in der Pfarrerschaft und 75 % Besetzung aller „Behörden, Verwaltungen, Verbände“ durch Deutsche Christen (GB 101)

Gutachten von 21 Neutestamentlern „Neues Testament und Rassenfrage“ (vN 367 ff; GB 102):

„1. Nach dem Neuen Testament ist die christliche Kirche eine Kirche aus Juden und heiden, die sich sichtbar in einer Gemeinde zusammenfinden.
2. Nach dem Neuen Testamnt sind für die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinde allein der Glaube und die Taufe maßgebend; es können aber Juden und Heiden in gleicher Weise zum Glauben kommen und getauft werden.
3. Nach dem Neuen Testament sind zu kirchlichen Amtsträgern Juden und Heiden in grundsätzlich gleicher Weise geeignet. Sie werden zu einem kirchlichen Amt

allein nach dem Maßstab ihres Glaubens, ihres Wandels und ihrer poersönlichen Eignung von der Kirche und nur von ihr berufen.

4. Diese Haltung gründer sich darin, dass nach dem Neuen Testament die Kirche ihr Dasein in der Welt allein dem Heiligen Geist verdankt. Es ist Gott, der durch das hörbare Wort der Verkündigung und das sichtbare Zeichen der Taufe die Menschen aller Rassen und Völker in die eine gemeinsame Kirche ruft, deren Gläubige der sichtbare Leib des unsichtbaren Hauptes, Christus, und daher in der sichtbaren Gemeinde als seine Glieder miteinander verbunden sind.

5. Wir sind daher der Meinung, dass eine christliche Kirche in ihrer Lehre und in ihrem Handeln diesen Standpunkt grundsätzlich nicht aufgeben darf.“

24. September 1933:

Große Führertagung des „Stahlhelms“ in Hannover, Vorbeimarsch an Hitler

Die Stunde der Nationalsynode am 27. September (DED 39/1933)

Dr. Forsthoff: Die evangelischen Akademien in Rheinland und Westfalen (ebd.)

„Die in Rheinland und Westfalen ins Leben gerufenen evangelischen Akademien sind Einrichtungen.die aus der veränderten Geisteslage im neuen Deutschland erwachsen sind. Sie ordnen sich den Aufgaben und Zielen ein, die von der nationalsozialistischen Staatsführung der Entwicklung und Pflege des deutschen Geisteslebens gestellt sind. Sie gründen in der Überzeugung, dass für einen deutschen Christenmenschen das vorbehaltlose Bekenntnis zum Evangelium einerseits und das ebenso vorbehaltlose Bekenntnis zum deutschen Volkstum, d. h. in der gegenwärtigen Lage zum nationalsozialistischen Staate, andererseits keinerlei Gegensätze in sich birgt. Dieser Überzeugung verdankt die „Glaubensbwegung Deutsche Christen“ ihre Entstehung und ihren Erfolg.“

25. September 1933:

Gutachten der Erlanger Fakultät über die Zulassung von Christen jüdischer Herkunft zu den Ämtern der DEK, u. a. Paul Althaus und Werner Elert (vN 371)

Hermann Strathmann: Kann die evangelische Kirche Personen nicht arischer Abstammung weiter in ihren Ämtern tragen? (Schmidt 1, 186 ff)

Kundgebung des Landesbischofs von Schleswig-Holstein Adalbert Paulsen (vN 108 ff):

„…Das dritte Reich ist das Reich des heroischen Willens und des totalen Staates. Die Kirche kann in diesem totalen Staat und in diesem von Treue und tiefster Dankbarkeit getragenen dritten Reich nur leben und wirken, wenn sie Geist von seinem Geist und Wille von seinem Willen ist. Die Glaubensbewegung Deutsche Christen ist der Ausdruck dieser unbedingten Verbundenheit und unlöslicher Treue zwischen Volk und Kirche, dem Willen des dritten Reiches und dem Wirken der neu gestalteten Kirche. In vollem Bewusstsein unserer Verantwortung, aber auch in der klaren Erkenntnis der für unsere Kirche unerlässlichen Neugestaltung, werden wir unsere Heimatkirche so formen und mit neuem Geist erfüllen, dass sie bereit und fähig ist, im neuen Reich ihren ewigen Auftrag zu erfüllen.“

September 1933:

Zwei Gutachten von Georg Wehrung in Sachen des Arierparagraphen

(vN 374 ff),

Antwort von Rudolf Bultmann (ebd. 377 ff)

26. September 1933:

Runderlass des Reichsinnenministers betr. Glaubensfreiheit der Beamten (Nic I, 134f):

„Zu den unerfreulichen Erscheinungen der Vorherrschaft marxistisch-materialistischer Weltanschauung in Deutschland gehörte der Massenaustritt aus der Kirche. Leider haben sich an dieser Bewegung in erheblicher Zahl auch deutsche Beamte beteiligt. Es ist zu hoffen, dass der Geist sittlicher und religiöser Erneuerung, den der Sieg der nationalsozialistischen Revolution in so überwältigendem Maße in unserem Volke erweckt hat, die deutschen Beamten, soweit sie sich von der Kirche abgewendet haben, zu ihrem besseren Selbst und damit zur Kirche zurückführen wird. Die Rückkehr wird aber nur dann von dauerndem und wahrem Werte für die Beamten und für die auf ihr Beispiel achtende Volksgemeinschaft sein, wenn der Schritt zur Kirche zurück als Ergebnis freier innerer Prüfung und auf Grund selbständiger Einsicht erfolgt. Jeder Versuch einer dienstlichen Beeinflussung der Beamten würde hier mehr schaden, als er zu nutzen imstande wäre. Auf besonderen Wunsch des Reichskanzlers darf ich deshalb die Bitte aussprechen, sich jeder

Maßnahme der nachgeordneten Beamtenschaft gegenüber zu enthalten, die von ihr als amtliche Beeinflussung zum Wiedereintritt in die Kirche empfunden oder gedeutet werden könnte."

Lutherische Bischofskonferenz (Meiser 102 ff, 108 ff)

<u>26. / 29. September 1933:</u>

Staatliches Plazet für Reichsbischof Müller und das Geistliche Ministerium (Nic I, 135f)

<u>27. September 1933:</u>

1. Deutsche Nationalsynode in Wittenberg (JK 195 ff):

- Predigt von Bischof Wurm in der Schlosskirche (Wurm 2, 386 ff)

- Formierter Kirchgang der SA, SS, HJ und Stahlhelm

(Im Chor der Kirche stand ein „Theologensturm" junger Studenten in feldgrauer Uniform, mit einem lila Kreuz und SS-Runen auf dem Arm und schwerem Feldgepäck auf dem Rücken (s. JK 328)

Einstimmige Wahl von Ludwig Müller zum Reichsbischof (KJ 35 ff)

Kundgebung des Reichsbischofs Ludwig Müller (vN 110 ff):

„Der heutige Tag ist für die Geschichte der Evangelischen Kirche und für die Geschichte des deutschen Volkes von größter Bedeutung.Ein alter Traum Dr. Martin Luthers, eine alte tiefe Sehnsucht deutsch-evangelischen Hoffens geht in Erfüllung. Nicht, weil die Erfüllung aus der Sehnsucht käme, sondern weil aus Traum und Sehnsucht ein Ziel geworden ist, das Ziel einer kämpferischen Bewegung, nicht romantisch erschwärmt, sondern erkämpft und erstritten mitten in den großen Lebensentscheidungen der Nation und in enger Verbindung mit ihr.

Die evangelische Kirche ist insofern ein Spiegelbild deutschen Charakters, als unsere Kirche, im Gegensatz zu der Geschlossenheit der römischen, von Anfang an unter heilloser Zersplitterung litt. Es war nicht so sehr der Gegensatz der evangelischen Bekenntnisgruppen, es war viel mehr das lähmende und unübersehbare Nebeneinander und Gegeneinander der großen, kleinen und kleinsten Landeskirchen, die zwar in sich manchmal herrliche Schätze bewahrten, aber in ihrer Gesamtheit nicht zu geschlossenem Einsatz kamen. Seit den Tagen der Gegenreformation, wo in merkwürdiger Verblendung evangelische Fürsten gegen evangelische Fürsten in den Krieg zogen bis zu den großen Entscheidungsfragen unserer großen Gegenwart ist

diese Zersplitterung, die jeden gemeinsamen Einsatz entweder verhinderte oder verminderte, immer wieder von all denen beklagt worden, die unsere Kirche liebhatten.

Mit dem heutigen Tage beginnt nun ein neuer Geschichtsabschnitt. Es wäre Vermessenheit, wollten wir jetzt Menschenwerke rühmen – ist es wirklich ein entscheidender Tag in der Geschichte der Kirche, so müssen wir die Gewissheit haben, dass er uns durch Gottes Gnade geschenkt wird. Je größer die Aufgaben sind, die wir in dieser Stunde vor uns sehen, je gewaltiger der geschichtliche Augenblick, in dem wir stehen; deshalb wollen wir zu allererst voller Vertrauen aufschauen zu dem, der der Herr ist über uns allen und in uns allen. Ihm die Ehre zu geben, vor ihm in heiliger Stille und dankbarer Ehrfurcht uns zu beugen, ist die vornehmste Aufgabe, die wir hier zu erfüllen haben.

Der ewige Herr der Kirche hat uns als seine Streiter ins Feld gerufen; darum sei es hier klar und ehrlich bekannt: In der neuen geeinten Deutschen Evangelischen Kirche hat nur einer die rechte Leitung und Führung: Jesus Christus, gestern und heute und derselbe in Ewigkeit.

Mit Dankbarkeit soll aber auch in dieser Stunde derer gedacht werden, die vor uns und mit uns die Losung vertreten haben: E i n e Deutsche Kirche soll es sein, die wir bauen wollen. Der Gedanke der Zusammenfassung der Kräfte unserer Kirche hatte schon vor Jahren zur Gründung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes geführt. Entscheidende Vorarbeit zu dem großen Werk war getan. Was nun heute auf Grund der neuen Verfassung werden will, ist kein lockerer Kirchenbund, dem es im entscheidenden Augenblick an der erforderlichen Macht fehlt, sondern eine einheitliche Kirche: vielgestaltig in ihren Gliedern, aber Eins in dem glaubenden Grunde und Eins in der Erkenntnis, dass die großen Aufgaben der Gegenwart gelöst werden müssen; die neue Kirche ist reich gegliedert nach der Art der Arbeit, aber einheitlich und geschlossen in der gesamten Führung.

Die Zeit der verantwortungslosen Selbstherrlichkeit des Individualismus, der in falsch verstandener evangelischer Freiheit alles kirchliche Leben in seinem Bestand bedrohte, ist vorbei. Ein großes Erwachen ist durch unser Volk gegangen, unfassbar für den, der die innere Verbindung zum Geschehen unserer Tage nicht finden kann, groß und herrlich für den, der selbst kämpfend diese neue Zeit mit heraufführte. Hier muss auch der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ besonders gedacht werden, von der der Führer anerkennend geschrieben hat: „Ihnen wird trotz aller Anfeindung die Geschichte einmal das Zeugnis ausstellen, eine der entscheidendsten Taten der religiösen Gestaltung des Lebens unseres Volkes gewollt, gefördert und am Ende mitvollbracht zu haben.

Die ganze deutsche Freiheitsbewegung mit ihrem Führer, unserem Kanzler, wird von uns empfunden als ein Geschenk Gottes, gegeben in einer Zeit der Entscheidung, wo die Feinde des Kreuzes Christ auf dem besten wege waren, unser Volk innerlich und äußerlich völlig zu vernichten. Aus dem Siegeszug der deutschen Freiheitsbewegung hören wir den mahnenden und aufrüttelnden Ruf unseres Gottes. Wir sind des ehrlichen und aufrichtigen Willens, auf diesen Ruf Gottes zu hören und danach zu tun. Unser Volk sehnt sich danach, dass ihm Gottes ewige Wahrheit, wie wir sie in Christus, den Gekreuzigten und Auferstandenen haben, in einer Art und in einer Sprache gebracht wird, die der Einzelne versteht, die er innerlich begreift, die ihn innerlich packt. Darum müssen wir uns in dieser feierlichen Stunde unserer großen Verantwortung bewusst werden und müssen uns die Frage vorlegen: Was sind wir als Männer der Kirche unserem Volke schuldig? Mit welchem Auftrag und mit welchem Ruf stellen wir uns in die neue Volksgemeinschaft hinein?

Es geht um einen ewigen Auftrag. Ewig ist Gott, ewig ist Christus, ewig ist die Gemeinschaft im Heiligen Geist. Diese ewige Aufgabe der Kirche ist darum doch nicht zeitlos. Im Gegenteil: Das ist ja die Größe des Evangeliums, dass es nicht bei den Selbstverständlichkeiten und Allgemeinheiten des gesunden Menschenverstandes stehen bleibt, sondern dass es das Zeitgebundene unserer Tage in das Licht der Ewigkeit stellt und jedem einzelnen seine persönliche Verantwortung vor Gott zum entscheidenden Bewußtsein bringt.

Gerade der Ewigkeitsauftrag der Kirche verlangt, dass wir die gegenwärtige Stunde erkennen; ein neues Reich im Werden. Der neue Mensch im neuen Reich will auch werden. Da darf die Kirche nicht warten, bis die Menschen zu ihr kommen, sondern die Kirche muss die Menschen suchen und zwar die Menschen, wie sie heute nun einmal da sind: den SA-und SS-Mann, den Mann des Arbeitsdienstes, den Mann am Pflug, am Schraubstock, in der Studierstube, die heranwachsende Jugend und ganz besonders die deutsche Frau und Mutter, dass sie in die Seele des heranwachsenden Geschlechts pflanze: lebendigen Glauben, ehrfürchtiges Gottvertrauen und fröhlich-starkes Verantwortungsbewusstsein.

So heißt der Auftrag der Kirche: Heran an das deutsche Volk mit ihrer befreienden, helfenden, fröhlichen Botschaft von Christus dem Kämpfer, dem Heiland, dem Herrn.

Dieser Herr spricht: „Nicht Ihr habt mich erwählt, sondern ich habe Euch erwählt und dazu gemacht, dass Ihr hingeht und Frucht bringt und Eure Frucht bleibe.“ Das ist der Ruf zu Kampf und Arbeit.

Aus dem Kampfwillen der Kirche sind einst in den Tagen unserer Väter die reformatorischen Bekenntnisse erwachsen. Keine andere Stätte in Deutschland bringt uns das so zum Bewusstsein, wie dieses Gotteshaus, in dem Luther gelehrt und kämpfend gepredigt hat. Die Bekenntnisse unserer Väter sind uns heiliges Erbgut, das wir behüten und beschützen; wir wollen auch darüber wachen, dass die Bekenntnisse in ihrer doppelten Gestalt unangestastet bleiben, und zwar so, dass wir daraus gerade den Auftrag Gottes erkennen, heute, in unserer Lage, eine bekennende Kirche zu sein und zu werden. Das gemeinsame Kleinod aller Kirchen der Reformation ist und bleibt die Rechtfertigung allein aus dem Glauben. So haben wir die große Aufgabe, dieses Evangelium unserem Volk in seiner Sprache und Art zu bringen.

Aus diesewr Verpflichtung ist den meisten von uns das Begehren entstanden, die Verkünder des Evangeliums und die Verwalter der Kirche müssten auf deutschem Boden deutschen Blutes sein. Wir sind als Glieder der Kirche zugeich Glieder unseres Volkes und Staates. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, dass wir als deutsche evangelische Christen mit der Gestaltung und dem Schicksal unserer Volksgemeinschaft fest und unzertrennbar verbunden sind; diese Volksverbundenheit empfinden wir verantwortlich als eine gottgewollte. Wir denken dabei nicht daran, die überzeitliche Einheit der Kirche Christi, die Gemeinschaft an Wort und Sakrament auch mit den Angehörigen anderer Nationen und Rassen zerreißen zu wollen. Aber die Gleichheit vor Gott schließt nicht die Ungleichheit der Menschen untereinander aus, die doch auch auf Gottes Willen zurückgeht. Der Artikel von der Schöpfung wird durch den dritten Artikel nicht aufgehoben, sondern gerade bejaht und bestätigt. Viele meinen, uns hier widersprechen zu sollen. Aber stammt solcher Widerspruch wirklich aus der Bibel und aus der Reformation – oder aus der Denkweise eines wirklichkeitsfremden Liberalismus? Zudem wird es sich als Selbstverständlichkeit erweisen, dass die Träger öffentlicher Ämter in Deutschland unserer Art und Abstimmung sein müssen, so dass auch das Pfarramt als öffentliches Amt dem Zuge dieser Rechtsentwicklung folgt und eine Sonderregelung von kirchlicher seite her sich sehr bald erübrigen wird.

Aus allen bisherigen Erörterungen dürfte klar geworden sein, dass die Deutsche Evangelische Kirche keine gleichgültige Neutralität dem Staat gegenüber kennt. Solche Auffassung gehört in das Denken einer abgelaufenen Zeit und hat mit evangelischer Lehre gar nichts zu tun. Wir wollen aber andererseits auch nicht Staatskirche sein. Was wir aber als gewaltige Aufgabe erkennen, das ist die Verantwortung gegenüber dem Staat. Es ist klar und eindeutig: der Staat ist nicht der Herr der Kirche; aber die deutsche Kirche lebt im deutschen Staat; das haben wir Menschen nicht so gemacht, sondern das ist für uns eine gottgegebene Tatsache; daraus ziehen

wir den Schluss, dass wir vor Gott verantwortlich sind für unsere Arbeit in unserem Volk und Vaterland. Von diesem Gesichtspunkt aus muss die Regelung des Verhältnisses des Reiches zur evangelischen Kirche erfolgen.
Dabei ist es für uns eine herzstärkende Freude, dass diesem neuen Verantwortungswillen der Kirche auch ein neuer Staat gegenübe steht, der nun auch seinerseits der Arbeit und Aufgabe der Kirche nicht mit mehr oder weniger ablehnenden Scheinneutralität begegnet, sondern mit dem ausgesprochenen Willen die kirchliche Arbeit zu fördern und ihr im Ganzen der Volksgemeinschaft den Raum und die Freiheit zu gewähren, die sie braucht. Dieser Staat wird den evangelischen Einfluss auf die heranwachsende Jugend nicht hemmen, sondern mit Verständnis und Fürsorge behandeln. Er wird die großen Aufgaben der kirchlichen Liebestätigkeit als Mithilfe an der Bildung der neuen Volksgemeinschaft begrüßen, weil er den atheistischen und artfremden Scheinsozialismus des Marxismus vernichtet und einen neuen wahren Sozialismus der Verantwortlichkeit an seine Stelle gesetzt hat. Er verneint gewiß und mit vollem Recht jede liberale sogenannte Gewissensfreiheit, die in Wirklichkeit nur zur Auflösung aller Ordnung führen muss. Aber die Gewissensfreiheit, wie sie unsere Reformatoren um des Auftrags der Kirche willen forderten, und wie sie die Kirche braucht, will und wird er nicht hindern, sondern gerade anerkennen. Vertrauen ist die Grundlage des Verhältnisses zwidchen Staat und Kirche im neuen Deutschland. So bleibt der Staat Staat und die Kirche Kirche.

Vertrauen soll und wird auch die Grundlage unserer Beziehungen zu den evangelischen Kirchen des Auslandes sein, mit denen wir nicht in äußerlicher internationaler Kirchlichkeit verbunden sind, sondern unter der Herrschaft des gleichen ewigen Herrn. Wir werden uns nicht in eigensinniger Selbstgerechtigkeit abschließen wollen. Gerade weil wir unsere Sendung an unser Volk erkennen, werden wir zu den evangelischen Kirchen anderer Völker ein Verhältnis ehrlicher und innerlich wahrhaftiger Zusammenarbeit haben. Ich benutze daher die Gelegenheit, von dieser Stätte aus, auf welche die gesamte evangelische Christenheit der Welt mit Dankbarkeit blickt, Gruß und Segenswunsch der geeinten Deutschen Evangelischen Kirche zu entbieten.

Auch zu den übrigen Kirchengemeinschaften innerhalb unseres Vaterlandes möchten wir freudschaftliche Beziehungen unterhalten. Wir wünschen nicht, dass die werdende deutsche Volksgemeinschaft durch konfessionelle Kämpfe zerrissen wird. Gerade eine Kirche, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist, kann ehrlich und offen zu den anderen Kirchengemeinschaften stehen. Das gilt auch in besonderer Weise von den evangelischen Freikirchen. Wir wissen, dass auch in ihren Reihen die Erkenntnis der großen gemeinsamen Gegenwartsaufgaben stark im Wachsen ist. Unser Wunsch ist nicht, dass sie

Güter daran geben, die ihen wertvoll sind, sondern wir rechnen auf ihre Mitarbeit, wo gemeinsame Arbeitsgebiuete da sind, vor allem in der volksmissionarischen Aufgabe; hier ist geschlossener Einsatz aller nötig, die das Evangelium in unser Volk tragen möchten.

Eine Sorge liegt uns besonders am Herzen: Es ist die Sorge um den Neubau des Pfarrerstandes und den Neuaufbau der Gemeindearbeit. Eine lebendige Kirche kann sich nur aufbauen auf lebendigen Gemeinden. In unseren Gemeinden müssen neue Wege gefunden werden für eine allgemeine, tatkräftige, wahrhaft christliche Zusammenarbeit der Gemeindeglieder. Von dem Pfarrer ist ein neues Amtsbewußtsein zu fordern, das keinen Standesdünkel kennt, sondern aus dem Bewusstsein persönlicher Verantwortung erwächst.

Dieses Amtsbewußtsein kann aber nur echt sein, wenn es in lebendiger Volksverbundenheit wurzelt. Darum muss der junge Theologe den Dienst an Volk und Vaterland in der S.A und im Arbeitslager als Ehrenpflicht ansehen.

Andererseits muss ihm schon während des Universitätsstudiums in der Persönlichkeit seiner Lehrer deutlichst vor Augen geführt werden, dass wissenschaftliche Tüchtigkeit, wie wir sie verlangen, nicht das Letzte ist; vielmehr muss die freie Kraft des Evangeliums selbsr erlebt und erfahren sein, wenn ein lebendiges Zeugnis die Herzen der Gemeinde ergreifen und entflammen soll. Feuer kann nur an Feuer entbrennen. Begeisterte Prediger und Lehrer sollen ins Land ziehen; nicht „geistliche Beamte“ wollen wir haben, sondern Kämpfer unseres Herrn Jesu Christi, die zum Dienst an der Gemeinde berufen sind.

Brachte uns das neue Reich eine neue Volkskameradschaft, soll uns die neue Kirche eine neue Kameradschaft des Glaubens und des Opfers bringen. Das Alte geht zu Ende. Das Neue kommt herauf. Der kirchenpolitische Kampf ist vorbei, der Kampf um die Seele des Volkes beginnt.
„Die Wort ist uns`res Herzens Trutz,
Und Deiner Kirche wahrer Schutz.
Dabei erhalt uns, lieber Herr,
Dass wir nichts Anderes suchen mehr.“

Telegrammwechsel von Müller mit Hindenburg und Hitler (ebd. 115)

Berufung von Friedrich Werner, Hossenfelder (uniert), Landesbischof Schöffel aus Hamburg (Lutherisch) und Otto Weber (reformiert) ins Geistliche Ministerium

Sitzung der lutherischen Bischofskonferenz (Meiser 102 ff, 108 ff)

Eingabe von 22 Berliner Pfarrern an die Nationalsynode, der sich ca 2000 Pfarrer aus dem Pfarrernotbund anschlossen

(JK 204 f; WNP 160 ff; GB 105):

„Die Nationalsynode von Wittenberg soll einen neuen Abschnitt in der Geschichte unserer evangelischen Kirche einleiten. In dieser Stunde erheben wir im Namen von 2000 evangelischen Pfarrern unsere Stimme.

Die Nationalsynode darf nicht durch ihr feierliches Gepräge den Anschein einer geeinten Kirche erwecken, solange die Gemeinden von tiefsten Gegendätzen zerrissen sind. Die Aufreißung der Gegensätze sehen wir als ein Gericht Gottes über unsere Kirche an. Wir wissen uns mit hineingestellt in dieses Gericht und wollen es mit allen tragen, die sich mit uns unter den Spruch Gottes beugen, damit der Herr Christus sich uns wieder zuwenden möge.

Die Nationalsynode tagt an der Stätte, an der Luther in seinen Invocavit-Predigten gegen die Verkehrung der Kirche Christi in falsches Wesen vom Evangelium her Einspruch erhoben hat. So dürfen wir erwarten, dass nicht alle Synodalen zu den heute umkämpften Fragen mutlos schweigen, zumal wir wissen, dass manche unter ihnen genau wie wir in ihrem Gewissen beschwert sind. Und wenn keiner von ihnen den Mut aufbringt, so fordern wir von den lutherischen Bischöfen, besonders von dem künftigen Reichsbischof, dass sie um der Wahrheit willen ein klares Wort sagen. Die Kirche darf auf ihrer ersten Nationalsynode sich nicht nur mit Worten zum Evangelium bekennen, sondern muss mit der Tat die ihr auferlegten Fragen evangeliumsgemäß antscheiden.

Damit die Kirche nicht mit einer verborgenen Schuld ihren Weg beginnt, erklären wir um der Wahrheit und Liebe willen Folgendes:

1. Die Art und Weise, in der neue Ordnungen in der Kirche eingeführt wurden und angewandt werden, hat schwere innere Not über ungezählte ernste Christen gebracht. Auf entscheidend wichtigen Synoden hat die jetzige Mehrheit den Vertretern der Minderheit die gründliche Beratung und freie Aussprache versagt, auch bei Fragen, die das innerste Wesen der Kirche und ihren Auftrag berühren. Das kirchliche Leben steht seit einigen Monaten unter dem Druck der Gewalt einer kirchlichen Gruppe.Es darf aber nicht sein, dass die Kirche Jesu Christi unter Verleugnung der brüderlichen Liebe durch Herrschaft der Gewalt zu einem Reich dieser Welt wird.

2. Unter stillschweigender Billigung des neuen Kirchenregiments sind auf landeskirchlichen Synoden Gesetze beschlossen und in Kraft gesetzt, die mit der Heiligen Schrift und dem Bekenntnis der Kirche im Widerspruch stehen. Hier ist besonders der Arier-Paragraph zu nennen. Wir stellen fest, dass mit der landeskirchlichen Einführung solcher Gesetze der Reichsgesetzgebung

der deutschen Kirche vorgegriffen ist und fordern von der Nationalsynode, dass sie ihre Vollmachten nicht anderen Instanzen abgibt, sondern selber derartige bekenntniswidrige landeskirchliche Gesetze aufhebt. Es darf nicht sein, dass das Evangelium durch menschliche Gesetze begrenzt oder gar außer Kraft gesetzt wird.

3. Das kirchliche Amt ist im höchsten Maße dadurch gefährdet, dass Pfarrer und Kirchenbeamte deswegen verfolgt werden, weil sie der in der Kirche zur Zeit herrschenden Gruppe nicht zu folgen vermögen. Hierdurch wird das Amt in einem Maße menschlichem Druck unterworfen, dass die Diener des Wortes in dr Gefahr stehen, das Gebot: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen!“ zu verletzen und Menschenknechte zu werden. Wir fordern von der Nationalsynode, dass sie durch klare Beschlüsse die volle Freiheit der evangelischen Verkündigung und ihrer Träger sicherstellt. Es darf nicht sein, dass sich die kirchliche Verkündigung menschlichen Ansprüchen beugt.

In dieser ernsten Stunde, da wir aus schwerer Gewissensnot diesen Protest aussprechen müssen, geloben wir vor Gott, alle unsere Kräfte daran zusetzen, dass die Heilsbotschaft rein und lauter unter uns verkündet werde als die Offenbarung des lebendigen Gottes in Christus.

Wir geloben, diesen unseren Auftrag als Diener des Wortes allein in der Bindung an die Heilige Schrift nach dem in den Bekenntnisschriften gewiesenen Verständnis auszurichten.

Wir geloben, in unserer Kirche dem Geist der Wahrheit und der Liebe nach bestem Vermögen Raum zu schaffen, aller Unwahrheit und Lieblosigkeit offen zu begegnen und durch unseren Dienst als Seelsorger für uns und unsere Gemeinden die Bruderschaft derer zu verwirklichen, die Christus angehören.

Wir werden also nicht aufhören, all das zu bekämpfen, was die Kirche in ihrem Wesen zerstört.

Wir werden nicht aufhören, gegen jede Verletzung des Bekenntnisses laut und weithin vernehmlich Einspruch zu erheben.

Wir werden nicht aufhören, in treuem Gehorsam gegen unser Ordinationsgelübde unbeirrt am Aufbau der Deutschen Evangelischen Kirche zu arbeiten.

Wir vertrauen dem Herrn derKirche und bitten ihn, er möchte unserer Kirche neues Leben aus seinem Geist und seinen Frieden schenken!“

Sonderausgabe zum „Tag der Deutschen Evangelischen Kirche“

(DED 42/1933)

28. September 1933:

Kirchenpolitische Fragen auf der Konferenz der Reichsstatthalter

(Nic I, 136f)

Fettgedruckter Aufruf in der Jungen Kirche 14/1933:

„Unser Reichskanzler Adolf Hitler hat zu einem neuen großen Winterhilfswerk aufgerufen. Die ganze Nation soll den großen Kampf gegen Hunger und Kälte aufnehmen nach dem nationalsozialistischen Grundsatz: Gemeinwohl geht vor Eigennutz. Wir alle stehen für dieses Werk, das zuerst Christenpflicht ist, zur Verfügung. Jeder hat ein Teil der Opfer- und Arbeitslast zu tragen. Der gegebene Platz für unsere Mitarbeit ist die Innere Mission der Deutschen evangelischen Kirche, die neben der NS-Wohlfahrt der hervorragende Träger des großen Winterhilfswerkes ist, das im Namen des Führers geschieht.“

29. September 1933:

Telegramm des Reichskanzlers an den Reichsbischof:

„Der ersten deutschen evangelischen Nationalsynode bitte ich meinen aufrichtigen Dank für die freundlichen Grüße zu übermitteln. Zugleich beglückwünsche ich Sie von Herzen zu Ihrer Berufung zum ersten deutschen evangelischen Reichsbischof. Gern habe ich davon Kenntnis genommen, dass die deutsche evangelische Kirche am inneren Aufbau von Heimat und Volk treu mithelfen wird.“

Telegramm des preußischen Kultusministers Rust an Müller:

„Verehrter lieber Herr Reichsbischof! Nehmen Sie meine herzlichsten Glückwünsche zur Erfüllung Ihrer großen Aufgaben mit auf den Weg. Sie wissen, dass ich die Schwere Ihrer Aufgabe kenne. Ich werde Ihnen von meiner Seite aus helfen, so viel ich kann.“

Telegramm von Müller an Hossenfelder (JK 205f):

„Mit meiner durch die Nationalsynode vollzogenen Berufung zum Reichsbischof ist der erste Schritt getan auf dem Weg des Neubaus unserer Deutschen Evangelischen Kirche.
Dir und den Kameraden der Glaubensbewegung sage ich als Euer Schirmherr und Mitkämpfer Dank aus ganzem Herzen. Für alle Kameradschaft , für alle Eure Liebe und Treue. Große Aufgaben stehen uns bevor.

Die Glaubensbewegung Deutsche Christen muss Stoßtrupp sein im Kampf um die Seele unseres so heiß geliebten deutschen Volkes.
Wir wissen, dass wir unsere Arbeit nicht um unserer selbst willen tun, sondern zur Ehre Gottes und zum Wohl unseres Vaterlands. Das gibt uns Kraft und Freudigkeit. So gehen wir an die Arbeit. Dir persönlich danke ich noch besonders herzlich. Ich habe Dir immer die Treue gehalten und dabei soll es bleiben.“

„Reichserbhofgesetz“ verlangt von Erbhofbauern den Nachweis arischer Herkunft

(Friedrichs 1, 252 ff)

30. September 1933:

Zusammenfassung des Gesprächs zwischen Hanns Lilje, Reinhard von Thadden und Pierre Maury (Boyens 313f, 446f)

Nichtarier dürfen den Kriegervereinen des Kyffhäuserbundes nicht angehören, keine Aufnahme von Juden in die Automobilverbände, Verbot von Nichtariern als Jockeys und Herrenreiter (Walk 54)

1. Oktober 1933:

Rede Hitlers beim Erntedankfest in Bückeburg (Friedrichs 1, 271 ff; UF IX, 715)
Rede des Ernährungsministers Walter Darré (Friedrichs 1, 267 ff)

Erntedankfestpredigt von Martin Niemöller (JK 221; vN 295 ff):

„Danket dem Herrn, denn er ist freundlich und seine Güte währet ewiglich.

Lukas 12, 15-21: Der reiche Kornbauer:
Zum erstenmal, liebe Gemeinde, feiert unser deutsches Volk das Erntedankfest der evangelischen Christenheit als offizielles Volksfest mit, als den Tag des deutschen Bauern. Das hat ja wohl etwas zu bedeuten und geschieht nicht von ungefähr; das erinnert vielmehr daran, dass wir – als Volk - angefangen haben, uns auf die Grundlagen unserer Existenz zu besinnen, dass wir nach einem Zeitalter erträumter Selbstherrlichkeit

reumütig zurückkehren zu den Bindungen, die uns nun einmal gesetzt sind, und die wir nicht abwerfen können, ohne selbst dabei zugrunde zu gehen. „Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht!“ – Es ist ein Gottesgesetz – von Gott uns Menschen gesetzt, dass die Erde uns unsere Nahrung gibt und dass sie es nur tut, wenn wir im Schweiße unseres Angesichts darum arbeiten. Und es geht mit diesem Gottesgesetz wie mit allen Setzungen Gottes: sie stehen über uns und wir setzen uns niemals ungestraft über sie hinweg. „Niemand lebt davon, dass er viele Güter hat!“ – und ich denke dabei an jene Sage des klassischen Altertums: von dem König, dem sich alles, was er anrührte, in bares Gold wandelte und der darüber an den Rand eines elenden Hungertodes geriet. Wir leben nach Gottes Schöpferwillen doch nur vom täglichen Brot, und das muss immer noch und immer wieder dem Acker abgerungen werden. Wir leben tatsächlich alle von dem Mann, der die Scholle baut; wir leben wirklich von dem Bauern; und das ist der Adel seines Standes, dass er von Gott gesetzt ist, unserm Volk das tägliche Brot zu reichen. Damit hat der Landmann seinen Standort im Ganzen des Volkslebens, damit ist ihm als dem Nährstand seine besondere Aufgabe und Verantwortung, sein besonderer Wert und Vorzug gegeben. Und wir wollen uns freuen, dass das heute wieder deutlich und eindrücklich wird, und dass auf diese Weise eine uranfängliche Gottessetzung wieder unter uns zu Ehren kommt. Wir wollen auch hoffen, dass es nicht bei der feierlichen Proklamation dieses Tages bleibt,
sondern dass es unserm Volk und seinen Führern gelingen möchte, aus allem Gegeneinander der Interessen, aus aller Zerrissenheit der Klassen wieder herauszufinden zu einer echten, dienenden Verbundenheit der Stände, wie sie als tiefempfundene Sehnsucht in uns lebt und wie wir sie in ihren ersten Anfängen auch schon zu sehen glauben! – Dafür ist es wahrhaftig nicht gleichgültig, ob der Bauernstand seinen Dienst am Ganzen mit Freude und Zuversicht tun kann, oder ob er unter dem ständigen Druck der Sorge und drohenden Verzweiflung steht, die ihn lähmen muss. Auf der anderen Seite aber ist es damit noch nicht getan, dass jedem Stand das Seine wird und dass damit die Vorbedingungen für ein gesundes, organisches Volksleben geschaffen werden.
Wir haben eine vergessene Wahrheit wieder neu entdeckt und haben ein Recht, uns dessen zu freuen; wir haben es wieder gelernt, dass wir nicht freie losgelöste Menschen sind, sondern in mannigfacher Bindung und Abhängigkeit aneinander gewiesen, aufeinander angewiesen sind; wir fühlen uns wieder als Kreaturen, als geschaffene Menschen, die nicht einfach das sind, was wir sein möchten, sondern das, was wir sein müssen auf Grund einer Bindung, die uns mitgegeben, in uns hineingelegt ist. Beruf und Stand, Rasse und Volkstum gelten uns heute wieder als Gegebenheiten; sie stellen Forderungen an uns, und wir können uns ihnen nicht entziehen. Und so haben wir uns gewöhnt, von der Neuentdeckung der Schöpfungsordnung, vom wiedergefundenen ersten Artikel zu sprechen: „Ich glaube, dass mich

Gott geschaffen hat!“. Als eine Befreiung, ja wirklich wie eine Erlösung ist diese Erkenntnis über uns gekommen; wir merken jetzt erst, wie eng der Gefängnishof war, in dem unser liebes Ich um sich selbst herum spazieren ging. Nun sind die Tore aufgestoßen und wir sehen eine Fülle von Aufgaben, zu denen wir berufen sind, und wir gehen daran mit dem guten Gewissen der wiederentdeckten Wahrheit, dass uns diese Aufgaben einfach gestellt sind und dass wir ihnen uns nicht entziehen dürfen.Wir sehen jetzt in der geistigen Umwälzung, die sich durch unser ganzes Volk hin auszuwirken beginnt, einen Gottesruf, der auch uns meint und ein neues Handeln von uns fordert. – Und das alles scheint uns so klar und selbstverständlich zu sein, wir glauben aus dem, was heute unter uns geschieht, so deutlich ablesen zu können, was wir zu tun haben, wie es dem Bauern im Evangelium nach kurzem Nachdenken feststand: „Ich muss neue, größere Scheunen bauen, um meinen Erntesegen zu fassen. Das ist das klare Gebot dieser Stunde, und dann hat es keine Not!“ – Der Mann hatte völlig recht und steckt doch in einem verderblichen Irrtum; denn er dachte weiter: „Liebe Seele, du hast nun auf Jahre genug, ruh dich aus, iß, trink, sei zufrieden!“

Liebe Gemeinde! So stehen wir heute auch in einer merkwürdigen Gefahr: wir haben die Aufgabe der Stunde erfasst, wir sehen ganz richtig, was versäumt ist und was nun geschehen muss. Aber wir denken auch weiter und meinen, in dem, was wir heute tun, müsse eine Garantie für die Zukunft liegen. Wir kehren zurück zu der Ordnung Gottes; wir setzen den ersten Artikel von der Schöpfung wieder in sein Recht. Und wenn die Ordnung wiederhergestellt ist, wenn jeder Stand und jeder Einzelne an seinem richtigen Platz steht, dann kann es nicht fehlen, dann ist die Zukunft unseres Volkes gesichert! So wird aus einer an sich richtigen Erkenntnis, aus einem an sich berechtigten Wollen und Handeln ein romantischer Irrwahn, eine ganz fragliche Illusion. – Wir verkennen dabei, dass die Schöpfungspordnung nicht wieder herstellbar ist; es ist nicht nur so, dass wir sie zerbrochen haben und nun zu ihr zurückkehren müssen – gewiß ist es so! Aber zugleich ist es aber auch so, dass Gott selber sie zerbrochen hat und uns die Rückkehr verwehrt. Das Paradies tut sich uns nicht wieder auf, sondern davor steht der Cherub mit dem flammenden Schwert. Zwischen Gottes Schüpferwillen und unserem Wollen gähnt ein Abgrund, und indem wir hinüberwollen, werden wir von ihm verschlungen; denn da wird ein Gottesgetz wirksam, das uns alle zu Fall bringt und in die Tiefe zieht: „Der Tod ist der Sünde Sold!“ Der Tod!

Nun gibt es keine Sicherheit mehr auf Grund dessen, dass wir zur Schöpfung Gottes gehören; es gibt auch für unser Volk keine Grantie seiner Existenz darin, dass es sich auf die Ordnung Gottes besinnt. Gott tut uns den Gefallen nicht, dass er sich zum Bürgen für unsere Wünsche hergibt. Wir können ihm keine Rechnung präsentieren des Inhalts: Wir haben das Unsere getan und die zerstörte Ordnung wiederhergestellt; nun erwarten wir die gefällige Gegenleistung! –

Wir stehen in der gefallenen, von Gott abgefallenen Schöpfung, wir stehen unter dem Fluch der Sünde und unter dem Gesetz des Todes; und da wird alle Sicherheit zum Traum und zur Einbildung. Eine Weile mögen wir diesen Traum träumen, eine Zeitlang mag diese Einbildung Bestand haben; vor der Tatsache des Todes wird wird der Betrug offenbar und dann heißt es „Du Narr". – Und wenn wir die Augen aufmachen und uns nicht selbst betrügen, dann ist es nicht nötig, dass wir in solch verhängnisvollen Irrtum hineingeraten. Das Todesurteil, das Gott über seine eigene Schöpfung spricht, klingt oft genug und und deutlich genug an unser Ohr; die Unsicherheit unserer menschlichen Existenz, ja auch die Unsicherheit unserer völkischen Existenz wird uns eigentlich Tag um Tag zu Gemüte geführt. Wir könnten und wir sollten etwas von der grundsätzlichen Fragwürdigkeit alles Geschaffenen, von dem Todesriss, der durch die ganze Natur hindurchgeht, wissen; wir könnten und müssten es eigentlich selber erkennen, dass alles sogenannte Gottvertrauen, das nicht mehr ist als als ein Glauben an den Sinn der geschaffenen Welt und ihrer Ordnungen eine höchst zweifelhafte Angelegenheit bleibt und dass wir damit am Ende Bankrott machen müssen. – Es wäre ein Jammer um unser Volk, wenn aus dem gegenwärtigen Umbruch, in dem wir stehen, nichts anderes erwüchse als eine neue, natürliche Religiosität, die heute und morgen begeistert ruft „Gott mit uns!", um in der ersten großen Enttäuschung, die uns trifft, umzuschlagen in ein ebenso leidenschaftliches:
„Es gibt keinen Gott!" – Diese Gefahr ist, im Augenblick jedenfalls, noch nicht überwunden; noch ist das erwachende deutsche Volk in seiner religiösen Besinnung erst auf die Ordnungen Gottes gestoßen, noch hofft es durch den Gehorsam gegen diese Ordnungen seine Zukunft zu sichern und mit Gott ins Reine zu kommen. So haben wir den Tag der deutschen Arbeit, den Tag der deutschen Jugend gefeiert, so feiern wir heute den Tag des deutschen Bauern. Das alles mag gut und nützlich sein. Ja, es mag nicht nur gut und nützlich, es mag auch notwendig sein. Aber dem lebendigen Gott selber, der über alle Ordnungen steht, ist unser Volk noch nicht aufs Neue begegnet; dass auch über diesen Ordnungen das Gericht Gottes und sein Todesurteil schwebt, ist ihm noch nicht bewusst geworden. Wenn uns das aufgeht, wenn wir um den lebendigen Gott, nicht nur um seine Ordnungen, wissen, dann geht unser natürliches Gottvertrauen, unser Glaube an den Sinn der Welt und an die Harmonie der Schöpfung rettungslos in die Brüche; dann stehen wir da als todverfallene Sünder, denen mit keinem Reichtum der geschaffenen Welt zu helfen ist. Dann bekommt das verachtete Wort Gnade wieder einen Sinn; ja, das wird dann das Wort, an dem unser Leben hängt, weil es das einzige ist, was vor dem Gericht Gottes noch gilt. Das Wort aber sprechen w i r nicht; wir hören es auch nicht aus der übrigen Welt des Geschaffenen. Dass Gott uns gnädig ist,, können wir weder aus unserm persönlichen Schicksal noch aus der Geschichte unseres Volkes ablesen; es kann durchaus so sein wie im Leben des reichen Kornbauern, dass im Augenblick des höchsten Glückes der

Zorn Gottes nach uns greift, wie wir das als Volk vor zwanzig Jahren erlebt haben. – Die Gnade Gottes kommt nur in einem Einzigen zu uns, und dieser Eine heißt Jesus Christus. Ohne ihn kommen wir zu keinem wirklichen Glauben, der sich an Gott als den himmlischen Vater hält, ohne ihn zu keinem frohen Bekennen des ersten Artikels, wie Luther ihn uns verdeutscht hat. – Dass wir auch unser irdisches Leben als Gottesgabe nehmen und leben können, dass wir unser Volk lieben und ihm dienen können, dass wir Erntedankfest feiern und Gott danken können für die Gaben, die uns das Leben erhalten und unserem Volk, obwohl wir wissen, dass weder unser Leben noch das unseres Volkes von Dauer ist – dies glaubende Dennoch, das uns trägt, wir danken es dem Einen, der uns reich macht in Gott. Und dieser Eine, der lebendige Herr seiner Kirche, wartet darauf, dass unser Volk ihm begegnet und in ihm Leben und volles Genüge findet. Und das schenke Gott uns allen und unserm Volk! Amen"

In einem Feldgottesdienst in Quedlinburg sagt der Pastor von Stein:

„Und Deutschland starb den hoffnungslosen Tod. Da jammerte es Gott. Da rief er seinen Heiland auf den Plan. Und dieser Heiland heißt Adolf Hitler. Er hat das Gesetz des Lebens begriffen und wahr gemacht am eigenen Leibe. Da fing es sich an zu regen im toten Deutschland. Der hohe Sterbegesang vom Leben jenseits der eigenen Selbstsucht, Kleinlichkeit und Erbärmlichkeit fing an zu klingen und zu singen in den Straßen. Es war das ewige Lied der Treue: „Kam`raden, die Rot-Front und Reaktion erschossen, marschiern im Geist in unsern Reihen mit." Der Geist des großen Friedrich in der Potsdamer Garnisonkirche, der Geist Martin Luthers in der Schloßkiche zu Wittenberg standen auf.
Der Tag wird nie kommen, wo das lebende Deutschland, der Nationalsozialismus, vernichtet wird. Wir werden unseren Weg gehen als die Grenadiere Gottes gegen Haß und Neid und Lüge, auch gegen die Not des kommenden Winters." (JK 247)

<u>2. – 7. Oktober 1933:</u>

Seminar in der Lutherakademie Sondershausen, Bericht von Paul Fleisch in JK 300 ff: „Zur Lage des deutschen Luthertums"

<u>4.Oktober 1933:</u>

Rede von Dr. Frank auf dem Reichsjuristentag in Leipzig (Friedrichs 1, 396 ff)

Die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher"

(Nic I, 127 ff)

Der Reichsminister des Innern an die Obersten Reichsbehörden über die Dienstbefreiung zum Luthertag (Nic I, 140 ff)

Grußwort des Reichsbischofs an die deutschen evangelischen Gemeinden

(Schäfer 2, 392f):

„Alle evangelischen Gemeinden in ihren Gliedern und Ämtern grüße ich mit herzlichen Segenswünschen. Der Kampf um die Eingung der Kirche war nicht leicht – umso dankbarer müssen wir sein, dass die erste Deutsche Evang. Nationalsynode zu einem einmütigen Beschluss kam. So wurde der Tag von Wittenberg groß und entscheidend.
Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, die Kirche so volksverbunden zu gestalten, wie es lebensnotwendig für Volk und Kirche ist. Diese Aufgabe kann nur erfüllt werden durch gemeinsame Arbeit aller Beteiligten. Grundlegend ist dazu zu sagen, dass die Kirche in erster Linie der Gemeinde gehört; sie gehört nicht etwa den Pastoren und Bischöfen. „Führung der Kirche“ heißt nicht: herrschen in der Kirche, sondern der Gemeinde und ihren Gliedern dienen und helfen. Die Aufgabe der Kirche ist mithin Kampf für Gott und sein Evangelium, Kampf gegen alles unchristliche Wesen. Solcher Kampf ist nur von Erfolg gekrönt, wenn er von Kämpfern geführt wird, die in ihrem eigenen Leben immer wieder durch Kampf zur Freiheit kommen; wir brauchen begeisterte, opferfreudige Bekenner und Helfer, wie unsere Väter es waren, die um ihres Glaubens willen lieber alle äußeren Lebensgüter im Stich ließen, als dass sie ihren Glauben verraten hätten.
Ihr lieben evangelischen Glaubensgenossen: Ich rufe euch auf zu Kampf und Arbeit, für Christus und sein Evangelium, für unsere geeinte Deutsche Evangelische Kirche, für unser geliebtes Volk und Vaterland.“

Rede von Hossenfelder in Stuttgart über „Die Sendung der ev. Kirche im Dritten Reich“ (Schäfer 2, 566 ff)

4. Oktober 1933:

Schriftleitergesetz: nur Arier können Schriftleiter sein (Friedrichs 1, 343 ff)
Rede von Goebbels (ebd. 354 ff)

5. Oktober 1933:

Berufung von Bischöfen durch den Kirchensenat und Landesbischof Müller:

- ***Friedrich Peter für Magdeburg-Halberstadt***
- ***Fritz Kessel für Königsberg***
- ***Martin Thom für Kamin***
- ***Heinrich Oberheid für Köln-Aachen***
- ***Bruno Adler für Münster***
- ***Otto Zänker für Breslau***
- ***Emil Karow für Berlin***

Gutachten der Kieler Theologischen Fakultät über die neuen Gesetze betr. Besetzung von Pfarrstellen und Versetzung von Geistlichen

(Schmidt 1, 191 ff)

Die Rengsdorfer Thesen der deutschen Christen (Schmidt 1, 91 ff):

„1. Das „deus dixit" (Gott hat gesprochen) gibt der Offenbarung Gottes einen nur formalen, daher nicht zutreffenden Ausdruck. Es verführt die Theologie zu einem „existentiellen Denken", das der Wirklichkeit nicht entspricht.
Die Offenbarung Gottes liegt beschlossen in Deus creavit, salvavit, sanctificat (Gott hat geschaffen, errettet, geheiligt). Gott ist Schöpfer und Erlöser, der der Welt den Heiligen Geist gibt.
2. Ein „allgemeines Christentum" gibt es nicht. Christentum an sich ist wirklichkeitsferne Abstraktion. Für den deutschen Menschen kann es nur ein im deutschen Volkstum verwurzeltes Christentum geben.
3. Eine vorbehaltlose Stellung zum Evangelium einerseits und eine ebenso vorbehaltlose Stellung zum deutschen Volkstum andererseits (= nationalsozialistischer Staat) birgt keinen Gegensatz in sich.
4. Uns deutschenMenschen ist das Evangelium durch die Reformation dem deutschen Volkscharakter entsprechend nahegebracht worden. Die Gechichte bestätigt, dass diese Verkündigung des Evangeliums der germanischen Rasse angemessen ist.
5. Die nationalsozialistische Revolution hat im deutschen Menschen eine einheitliche Haltung geprägt, die dem Glauben und dem Volkstum in gleicher Weise gerecht wird.
6. Die Volksgemeinschaft gründet sich auf die Güter, für die der deutsche Mensch sein Leben einsetzt. Diese Güter sind ein gesundes Familienleben, Blut und Boden, Treue gegen Volk und Staat und in allem Gehorsamsstellung Gott gegenüber.
7. Staat und Kirche sind beide gottgewollte Ordnungen. Deshalb können sie nicht in einen Widerstreit gegeneinander geraten. Tritt dieser Fall dennoch ein, so liegt ein Übergriff von der einen oder der anderen Seite vor. Die Kirche

schuldet dem Staat Gehorsam in allen irdischen Dingen. Der Staat hat derKirche Raum für die Ausrichtung ihres Auftrages zu gewähren.“

Karl Barths Gegenthesen (ebd. 92f):

„1. Die Formel „Deus dixit“ ist der Hinweis darauf, dass Gottes Offenbarung in Jesus Christus ein für allemal geschehen und und in der Heiligen Schrift ein für allemal bezeugt ist. Wir wissen nicht, was Schöpfung, Erlösung, Heiligung ist; wir müsen es uns durch Gottes Wort sagen lassen.
Wer heute die Formel als „nur formal“ bekämpft, ersetzt das freie Wort Gottes durch eine willkürliche Aussage menschlichen Selbstverständnisses und stellt sich außerhalb der evangelischen Kirche.

2. Die echte Besonderheit und Konkretheit des „Christentums“ auf dem Boden des deutschen Volkstums ist nicht aus dem abzulesen, was wir über diesen Boden zu wissen meinen, sondern sie ist entgegenzunehmen als diejenige Gestalt, in der uns auf diesem Boden das eine Gebot und der eine Trost des Wortes seiner eigenen Weisheit und seinem eigenen Willen gemäß offenbart wird.
Wer heute „ein im deutschen Volkstum verwurzeltes Christentum“ predigt, bindet das Wort Gottes an eine eigenmächtig gebildete Weltanschauung, hebt es damit auf und stellt sich außeralb der evangelischen Kirche.

3. Das „christliche Glaubensbekenntnis“ ist die einzig „vorbehaltlose“ Stellung, die uns geboten und erlaubt ist.Von ihr aus sind alle anderen Stellungnahmen (auch die zum deutschen Volkstum und die zum nationalsozialistischen Staat) unter Vorbehalt gestellt.
Wer heute von zwei „vorbehaltlosen“ Stellungen redet, der meint Jahwe und Baal, Gott und dem Mammon diesen zu können und stellt sich außerhalb der evangelischen Kirche.

4. Die Reformation als Erneuerung der Kirche aus dem Wort Gottes ist dem deutschen Menschen nicht entsprechend seinem Charakter, sondern entsprechend der Weisheit und dem Willen der göttlichen Vorsehung „nahegebracht“ worden. Sie war und ist der germanischen Rasse so angemessen und so unangemessen wie jeder anderen Rasse.
Wer heute die Reformation als eine spezifisch deutsche Angelegenheit behandelt, interpretiert sie profangeschichtlich und stellt sich außerhalb der evangelischen Kirche.

5. Eine dem Glauben gerecht werdende „Haltung“ des Menschen ist das Geheimnis seiner neuen Geburt durch Wort und Geist Gottes. Sie kann weder durch die nationalsozialistische Revolution „geprägt“ werden, noch mit der

durch die nationalsozialistische Revolution geprägten völkischen „Haltung“ direkt oder indirekt identisch sein.
Wer heute eine Prägung des Glaubens durch Ereignisse wie das der nationalsozialistischen Revolution verkündigt, macht den Glauben selbst zu einem vergänglichen Menschenwerk und stellt sich außerhalb der evangelischen Kirche.

6. Für die Gehorsamstellung Gott gegenüber hat Jesus Christus allein, stellvertretend für unser aller Ungehorsam, sein Leben eingesetzt. Die Nachfolge Jesu Christi aber kann wohl den Einsatz durch die von Gott empfangenen Güter, sie kann aber auch den Verzicht auf sie bedeuten.
Wer heute den Lebenseinsatz für den Gehorsam gegen Gott und für die Güter des deutschen Volkes ungeprüft in einem Atemzuge nennt, der leugnet die Sünde, die Ver5söhnung durch Christus allein und die Freiheit des göttlichen Gebotes und stellt sich außerhalb der evangelischen Kirche.

7. Nicht die göttlichen Ordnungen, wohl aber die menschlichen Wirklichkeiten der Kirche und des Staates müssen und werden sich in der von der Sünde beherrschten Geschichte immer im Widerstreit befinden. Worin der Gehorsam in irdischen Dingen besteht, den die Kirche dem Staat schuldet, und welches der Raum ist, den der Staat der Kirche für die Ausrichtung ihres Auftrages zu gewähren hat, danach muss in gemeinsamem Aufmerken auf Gottes Wort von beiden Seiten immer wieder gefragt werden.
Wer heute das Verhältnis von Staat und Kirche auf Grund allegemeiner, vom Hören auf das lebendige Wort abstrahierender Erwägungen endgültig meint ordnen zu können, denkt faktisch schon von einem als selbstherrlich verstandenen Staat, statt von der Kirche (für Kirche und Staat!) gegebenen Verheißung aus und stellt sich außerhaklb der evangelischen Kirche.

Ergebnis: Die „Theologie“ der Rengsdorfer Thesen ist eindeutig k e i n e Theologie, sondern eine Spezimen der heute umgehenden, mit christlichen Begriffen arbeitenden Gnosis , die weder den ersten noch den zweiten noch den dritten Artikel als Bekenntnis zum Worte Gottes, sondern alle drei als Explikationen des menschlichen Selbstverständnisses (in der heute üblichen Betonung des nationalen Momentes) auffasst und behandelt, und die sich überdies durch Usurpation in den Besitz der äußeren kirchlichen Gewalt gesetzt hat. Aus beiden Gründen ist sie als Gesamtanschauung nicht zu diskutieren, sondern gerade um der christlichen Liebe willen restlos abzulehnen und zu bekämpfen.“

Widerspruch von Walter Buch (ebd. 93f)
„ad 3: Man darf nicht Evangelium und Volkstum als gleiche Größen nebeneinanderstellen. Zum Evangelium ist nur eine vorbehaltlose, zum

Volkstum nur eine vorbehaltliche Stellung möglich. Jeder Staat ist Staat von Sündern, Evangelium aber Wort des heiligen Gottes.“

Widerspruch von Joachim Beckmann (ebd. 94 ff):

1. Der Begriff der Offenbarung:

„... Gottes Wort ist das geschichtliche Perfektum der Offenbarung, dass die Bibel urchristlich bzeugt und die Kirche schriftgemäß zu verkündigen hat.“

2. Der Begriff des Christentums:

„Ein im deutschen Volkstum verwurzeltes Christentum ist darum, theologisch verstanden, kein Christentum, denn der Nährboden des Christentums ist nicht das Volkstum, sondern allein das Wort Gottes. Da der Heilige Geist allein den Glauben weckt, so gibt es für den deutschen Menschen keine Frage nach einem artgemäßen Christentum“.

3. Evangelium und Volkstum

„Das Evangelium ist Gottes Wort, Staat und Volkstum nicht…. Alles Irdische steht unter dem Herrschaftsanspruch Gottes und, weil es sich diesem Anspruch ausnahmslos entzieht, unter dem Gericht. Die Stellung des Christen zu Staat und Volkstum ordnet sich durch den vorbehaltlosen Gehorsamn gegen Gottes Gebot.“

4. Reformation

„Das „Sola fide“ der Reformation ist die Wiederentdeckung der biblischen Wahrheit für die ganze Welt, nicht die der germanischen Art gemäße Verkündigung.“

5. Ethos und Glaube

„Das reformatorische Verständnis von Süpnde und Gnade schließt jedes synergistische Verhätnis von Natur und Gnade aus.“

6. Gottes Gebot

„Nur die christliche Lehre vom Gebot Gottes gibt die wahrheitsgemäße Antwort auf die Frage: Was solen wir tun?“

7. Staat und Kirche

„Der Staat als eine gottgegebene Erhaltungsordnung der gefallenen Welt zur Bändigung der menschlichen Bosheit durch Aufrichtung der Gewalt ist in ganz anderem Sinne „gottgewollt“ als die Kirche, der irdische Ort der Offenbarung der Herrschaft Gottes. Sie ist keine Ordnung, sondern der Herrschaftsbereich Christi inmitten der irdischen Ordnungen, die unter der Herrschaft der Sünde und des Todes stehen.

Deshalb ist es nicht nur in den „Übergriffen“ begründet, wenn Staat und Kirche in Widerstreit geraten. Die tiefste Ursache liegt im Widerstreit von Weltreich und Gottesreich.

Die Kirche schuldet dem Staat durchaus nicht Gehorsam in allen irdischen Dingen, ihr ganzer Gehorsam gilt allein dem Gebot und Auftrag Gottes.

Dass der Staat der Kirche Raum geben muss für ihre Verkündigung, ist eine politische Forderung christlicher Staatsbürger. Wenn der Staat es tut, ist es ein Zeichen göttlichen Erbarmens.“

(Kommentar zu den Antithesen in: Joachim Beckmann: So schwach waren wir, Düsseldorf 1985, 13 ff)

Bericht über eine Beerdigung von zwei verunglückten SA-Männern

(JK 247):

„Am Grabe sprach Landesbischof Beye zu Herzen gehende Worte, indem er ausführte: Wir, die wir Albert Rose gekannt haben, wissen als Nationalsozialisten und als deutsche Christen: Es gibt ein Walhall für die Toten des Dritten Reiches, und gäbe es das nicht, dann hätte das Sterben nach den Jahren des Kampfes keinen Sinn.“

<u>6. Oktober 1933:</u>

Einführung des DC-Bischofs Adalbert Paulsen in Schleswig-Holstein durch den Reichsbischof (GB 132f), Grußwort: JK 245

Kundgebung von Paulsen an die Gemeinden:

„…Unser Land hat in seiner reichen Geschichte schon manche entscheidende Wendung seines Schicksals erlebt, aber keine ist größer als die Wende zum dritten Reich, die der Führer und Kanzler des deutschen Volkes uns brachte. Alle großen geschichtlichen Ereignisse haben entscheidende Bedeutung für die Gestaltung einer Kirche, die nicht wie eine tote Insel im Volksleben, sondern mit Land und Volk lebendig verbunden ist. Unsere Schleswig-Holsteinische Landeskirche ist auf das tiefste berührt und bestimmt von der neuen Gestaltung unseres gesamten Lebens und Denkens. Wir sehen in der Wende unserer Geschichte die gnadenvolle Führung Gottes, der uns aus Erniedrigung und Verirrung, aus Ohnmacht und Hoffnungslosigkeit durch die Sendung Adolf Hitlers zu einem neuen Leben und zu einer neuen Zukunft ruft.

Das dritte Reich ist das Reich des heroischen Willens und des totalen Staates. Die Kirche kann in diesem totalen Staat und in diesem von Treue und tiefster Dankbarkeit getragenen dritten Reich nur leben und wirken, wenn sie Geist von seinem Geist und Wille von seinem Willen ist. Die Glaubensbewegung

Deutsche Christen ist der Ausdruck dieser unbedingten Verbundenheit und unlöslicher Treue zwischen Volk und Kirche, dem Willen des dritten Reiches und dem Wirken der neu gestalteten Kirche. Im vollen Bewusstsein unserer Verantwortung, aber auch in der klaren Erkenntnis der für unsere Kirche unerlässlichen Neugestaltung, werden wir unsere Heimatkirche so formen und mit neuem Geist erfüllen, dass sie bereit und fähiug ist, im neuen Reich ihren ewigen Auftrag zu erfüllen.

Dieser, unserer Generation von Gott gestellte Aufgabe werden wir mit Festigkeit und Freudigkeit einlösen und uns in unserem Werk unter die alte schöne Friesenlosung stellen: „Rum hart, klaar kimmig." Mit weitem Herzen werden wir allen entgegenkommen, die bereit sind zur Mitarbeit an der großen Aufgabe, eine lebendige Kirche zu gestalten. Mit klaren Zielen werden wir alles durchführen, was für die Erhaltung und lebensvolle Gestaltung der Kirche notwendig ist.

Unsere Kirche ist bestimmt durch den Geist Martin Luthers. Der Geist dieses deutschen Reformators soll aufs neue das Leben und die Haltung der Kirche bestimmen. Eine Kirche im Geiste Luthers wird immer sich innerlich gedrungen fühlen, in lebendigem Zusammenklang mit Volkstum und Volksleben, mit Staat und Vaterland ihren Dienst zu tun. Der allmächtige Schöpfer zeichnete durch Rasse, Art und Sprache die unverwischbaren Linien in das Wesen unseres Volkes. Dieses Wesen soll von der Kirche geachtetund geliebt, gepflegt und gestärkt werden. Darin sehen wir die gradlinige Auswirkung unseres Glaubens an Gott, den Allmächtigen, Schöpfer Himmels und der Erden, der auch unserLland und unser Volk erstehen ließ und erhalten sehen will.

In der neuen Kirche wird das Glaubensgut unserer Väter unantstbar sein. Das Evangelium von Jesus Christus bleibt der alleinige Grund, auf dem die Kirche ruht. Wir wissen, dass wir auch im dritten Reich, dem wir unsere uneingeschränkte Liebe und Treue schenken, Kämpfer um höchste Ziele und Kinder der ewigen Heimat sein sollen. Darum sind wir erfüllt von der absoluten Hoheit des Heilands und seines Erlöserwerkes. Er ist der Herr auch der neuen Kirche. Wir Menschen müssen in unserm irdischen Werk immer vom Alten zum Neuen schreiten. Er aber ist ewig. Ihn grüßen wir in der neuen Kirche in unerschütterlicher Treue und mit dem alten Bekenntnis: „Jesus Christus, gestern und heute und derselbe auch in alle Ewigkeit".

Ein schweres, aber auch schönes Werk soll von uns getan werden. Wir gehen an die Arbeit im Gehorsam und im Vertrauen auf Gott. Ich bitte meine Amtsbrüder, meine Landsleute und Glaubensgenossen unserer Schleswig-Holsteinischen Heimat, mit Freudigkeit und Zuversicht mitzuwirken. In Herz und Gewissen soll die Mahnung unseres Herrn brennen: „Habt Salz bei euch, und habt Frieden untereinander."

K.O.: „Was erwartet der SA-Mann von der Kirche?" (DEB 355)

Müller-Schwefe: „Die Männer in der Kirche“ (ebd. 363f)

6. und 13. Oktober 1933:

Schreiben von Martin Bormann an alle Gauleiter: Reichsleitung der NSDAP geht in Distanz zur GDC (Nic I, 143 ff)

Verfügung der Reichsleitung der NSDAP durch Rudolf Heß:

„Kein Nationalsozialist darf irgendwo benachteiligt werden, weil er sich nicht zu einer bestimmten Glaubensrichtung oder Konfession oder weil er sich zu überhaupt keiner Konfession bekennt. Der Glaube ist eines jeden eigenste Angelegenheit, die er nur vor seinem Gewissen zu verantworten hat. Gewissenszwang darf nicht ausgeübt werden.“

Schreiben der Gauleitung Schleswig-Holsteins über das Verhältnis zur GDC (ebd. 144f):

„Es bleibt demnach jedem Pg. unbenommen, in der kirchlichen Angelegenheit eine wesentlich andere Einstellung zu verfechten als die der Glaubensbewegung Deutsche Christen.“

7. Oktober 1933:

In der Jungen Kirche fettgedruckt:

„Hindenburg, dieser Name hat für jeden evangelischen Deutschen einen Klang von Ehrfurcht und tiefem Vertrauen. Solange dieser Mann, der zweite Reichspräsident des Deutschen Reiches, unter dessen Leitung sich die Dinge so tief wandelten, der siegreiche Kgl. Generalfeldmarschall des Weltkrieges und der Domherr von Brandenburg und wahre Schirmherr der Deutschen evangelischen Kirche, mit seinen 86 Jahren noch aufrecht steht, kann Evangelium und Kirche für uns nicht verloren sein. Gott möge es schenken, dass wir noch lange zu diesem Mann des Glaubens und der Tat voll Zuversicht, Achtung, Dank und Hoffnung aufschauen können. Immer soll uns Hindenburg ein Vorbild des mannhaften, festen und aufrichtigen Eintretens für eine Sache sein, von deren Wahrheit und Notwendigkeit für Kirche, Volk und Staat wir überzeugt sind.“

8. Oktober 1933:

Prof. Kittel: Übersicht über die Lage in Württemberg (Schäfer 2, 581 ff)

Müller-Schwefe: Die Stunde der Volksmission (DED 41 u. 42/1933)

Die Lehren der Erbforschung (ebd.)

9. Oktober 1933:

Vorschläge zur Begründung eines Dietrich-Eckart-Bundes für religiös vertieftes Deutschtum (Nic I, 148 ff):

„Der Bund bezweckt die Sammlung deutscher Menschen, die ein tätiges Leben im Dienste an ihrem deutschen Volke als den Sinn ihres Einzeldaseins, als die Aufgabe in ihrer eingeborenen Artung, als den Ausfluß des in ihnen und ihrer Artung wirkenden Ewigen, Göttlichen erkennen, die Erziehung dieser Menschen zu einem vertieften, aus dem Urquell deutschen Gottums schöpfenden Lebens, dessen Frömmigkeit sich im tätigen Handeln ausdrückt, dass den Maßstab seiner Sittlichkeit in dem gläubig erforschten in ewigen Naturgesetzen sich offenbarenden gottheitlichen Willen und in der Stimme des deutschen Gewissens sucht und findet, das Hinauf- und Zusammenwachsen dieser Menschen zu einer brüderlichen in brüderlicher Liebe und selbstloser Treue geeinten Gemeinschaft, die Vertiefung des völkischen Lebens auf allen seinen Gebieten, insbesondere die Vorbereitung und Durchsetzung einer arteigenen deutschen Weltanschauung und eines arteigenen deutschen Glaubens, die Bekämpfung aller dem deutschen Volke und seiner artgemäßen Entwicklung abträglichen und feindlichen Mächte und Bestrebungen.

Der Bund steht in unbedingter Hingebung und in unerschütterlicher Treue zum Werk und Führung Adolf Hitlers

10. Oktober 1933:

Besprechung im Reichsinnenministerium über das Verhältnis von Hitler-Jugend und konfessionellen Jugendverbänden zwischen Dr. Buttmann, D. Stange und Prälat Wolker (Nic I, 145 ff):

„Am 10. Oktober 1933 fand unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor Dr. Buttmann eine Besprechung mit dem Führer der evangelischen Jugendverbände D. Stange und dem Führer der katholischen Jugendverbände Prälat Wolker statt. Als Vertreter des Jugendführers des Deutschen Reiches war der Leiter der Abteilung Verbände in der Reichsjugendführung, Obergebietsführer Nabersberg, erschienen. Von den Leitern der konfessionellen Jugendverbände wurde betont, dass sie den Vorrang der nationalsozialistischen Jugendorganisation, die den Namen des Führers trage, in jeder Weise anerkennen. Sie wünschten jedoch, dass der Jugendführer des Deutschen Reiches auch den konfessionellen Verbänden bestimmte Arbeitsgebiete zuweise, da sie den festen Wunsch hätten, im neuen Staate mitzuarbeiten. In einer neuen Besprechung unter Leitung des Jugendführers des Deutschen Reiches soll zu dem Verbot des

Jugendführers, das den Mitgliedern der Hitler-Jugend eine gleichzeitige Mitgliedschaft bei den konfessionallen Verbänden untersagt, erneut Stellung genommen werden. Bei der Besprechung war der gemeinsame Wille zu reibungsloser Zusammenarbeit klar erkennbar. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass eine Mitgliederwerbung zwischen den einzelnen Jugendverbänden mit Mitteln wirtschaftlichen Druckes unerwünscht sei. Es soll eine Schiedsstelle eingerichtet werden, die etwaige Unstimmigkeiten zwischen den Jugendverbänden schlichten wird."

11. Oktober 1933:

Kundgebung des Reichsbischofs an den gesamten Pfarrerstand (vN 195f):

„Unsinnige Gerüchte wollen wissen, dass demnächst eine Welle von Absetzungen und Versetzungen über die deutsche Pfarrerschaft hereinbrechen werde. Insbesondere wird erzählt, es seien alle diejenigen Pfarrer gefährdet, die nicht der Glaubensbewegung Deutsche Christen zugehören.

Ich erkläre dazu folgendes: Diese Gerüchte stellen eine außergewöhnlich böswillige Irreführung der öffentlichen Meinung dar. Was ich von den Pfarrern erwarte, ist die klare und volksnahe Verkündigung des reinen Evangeliums und die loyale Mitarbeit in der Deutschen Evangelischen Kirche. Ich werde niemals zulassen, dass irgendjemand einen Nachteil erleidet, nur weil er nicht „Deutscher Christ" ist. Wir Deutsche Christen wollen keine Zwangsgruppe sein, sondern Stoßtrupp der Kirche werden. Ich wiederhole, was ich in Wittenberg gesagt habe: „Der kirchenpolitische Kampf ist zu Ende, der Kampf um die Seele des Volkes beginnt." So rufe ich alle Pfarrer auf: Stellt Euch vertrauensvoll in diesen Kampf hinein! Das ist der beste Weg zur Einheit des Wollens und des Handelns!"

Ausschluss von OKR Pressel und Dr. Hutten aus der GDC, Austritt von 150 Württembergischen Pfarrern aus der GDC (GB 1934, 107)

Amtsantritt von Bischof Oberheid im Rheinland (JK 319f), Widerstand aus den reformierten Gemeinden

Ernennung neuer Bischöfe (DEB 356f):

Peter zum Bischof von Magdeburg-Halberstadt, Kessel zum Bischof von Königsberg,Thom zum Bischof von Cammin, Loerzer zum Propst der Kurmark, Eckert zum Propst der Neumark, Grell zum Propst der Grenzmark, Lohmann zum Propst von Westfalen-Süd, Stoltenhoff zum Propst von Rheinland-Süd und Saar

12. Oktober 1933:

Erlass des Konsistoriums Münster, im Sinne der „Erziehung zum nationalsozialistischen Staatsgedanken“ Aushänge der NSDAP in kirchlichen Räumen zuzulassen

13. Oktober 1933:

Gesetz zur Gewährleistung des Rechtsfriedens (Münch 93f)

Verfügung der Reichsleitung der NSDAP (Rudolf Hess):

„Im Anschluss an die Erklärung des Reichsbischofs Müller, wonach keinem Pfarrer dadurch Schaden erwächst, dass er nicht der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ angehört, verfüge ich:
Kein Nationalsozialist darf irgendwo benachteiligt werden, weil er sich nicht zu einer bestimmten Glaubensrichtung oder Konfession oder weil er sich zu überhaupt keiner Konfession bekennt.
Der Glaube ist eines jeden eigenste Angelegenheit, die er nur vor seinem Gewissen zu verantworten hat.
Gewissenszwang darf nicht ausgeübt werden.“

Rundschreiben von Bormann an alle Gauleiter und Reichsleiter (Nic I 165):

„Wie der Parteileitung berichtet wird, sollen immer noch mehr oder weniger offen einzelen katholische Geistliche und außerhalb der Kirche gegen den Nationalsozialismus und seine Führer arbeiten. Das gleiche wird über einzelne katholische Organisationen berichtet. Im Auftrage bitte ich, konkrete und nachweisbare Fälle über ein derartiges Vorgehen unbedingt jeweils sofort nach hier zu melden.“

Gründung des Rheinischen Coetus reformierter Pastoren in Wuppertal-Barmen durch Karl Immer

Tagung des Moderamens des reformierten Mitgliederverbands

Vortrag vom Kreisleiter der GDC auf einem Gemeindeabend in Nowawes (GB 107):

„Jüdische Gottesauffassung und germanische Gottesauffassung stehen sich schroff gegenüber. Das Alte Testament vertritt eine platte Nützlichkeitsmoral, die die mit der hohen sittlichen Auffassung des Germanentums nichts zu tun hat. Statt der Erzvätergschichten, die doch nur die Stammessagen eines auf

Gewinn und Geschäft gerichteten Volkstums sind, müssen der deutschen Jugend die deutschen Märchen und Sagen nahegebracht werden, aus denen sich tiefe religiöse Gedanken schöpfen lassen. Die wirklich wertvollen Perlen des Alten Testaments lassen sich auf wenigen Seiten zusammendrängen, und wir haben auch für sie in unserem reichen deutschen Schrifttum vollwertigen Ersatz.“

14. Oktober 1933:

Telegramm des Reichsaußenministers von Neurath an den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz Henderson über den Austritt Deutschlands aus der Abrüstungskonferenz (Friedrich 1, 113)

Aufruf Hitlers an das deutsche Volk zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund (Friedrichs 1, 113 ff), Aufruf der Reichsregierung (ebd. 115f):

„Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind sich einig in dem Willen, eine Politik des Friedens, der Versöhnung und der Verständigung zu betreiben, als Grundlage aller Entschlüsse und jedes Handelns.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen daher die Gewalt als ein untaugliches Mittel zur Behebung bestehender Differenzen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft ab.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erneuern das Bekenntnis, jeder tatsächlichen Abrüstung der Welt freudig zuzustimmen, mit der Versicherung der Bereitwilligkeit, auch das letzte deutsche Maschinengewehr zu zerstören und den letzten Mann aus dem Heere zu entlassen, insofern sich die andern Völker zu gleichem entschließen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk verbinden sich in dem aufrichtigen Wunsche, mit den andern Nationen einschließlich aller unserer früheren Gegner im Sinne der Überwindung der Kriegspsychose und zur endlichen Wiederherstellung eines aufrichtigen Verhältnisses untereinander alle vorliegenden Fragen leidenschaftlos auf dem Wege von Verhandlungen prüfen und lösen zu wollen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk erklären sich daher auch jederzeit bereit, durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicher zu stellen, seiner wirtschafttlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Neuaufbau teilzunehmen.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind erfüllt von der gleichen Ehrauffassung, dass die Zubilligung der Gleichberechtigung Deutschlands die unumgängliche moralische und sachliche Voraussetzung

für jede Teilnahme unseres Volkes und seiner Regierung an internationalen Einrichtungen und Verträgen ist.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind daher eins in dem Beschlusse, die Abrüstungskonferenz zu verlassen und aus dem Völkerbund auszutreten, bis diese wirkliche Gleichberechtigung unserem Volke nicht mehr vorenthalten wird.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind entschlossen, lieber jede Not, jede Verfolgung und jegliche Drangsal auf sich zu nehmen als künftige Verträge zu unterzeichnen, die für jeden Ehrenmann und für jedes ehrliebendes Volk unannehmbar sein müssen, in ihren Folgen aber nur zu einer Verewigung der Not und des Elends des Versailler Vertragszustandes und damit zum Zusammenbruch der zivilisierten Staatengemeinschaft führen würden.

Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben nicht den Willen, an irgendeinem Rüstungswettlauf anderer Nationen teilzunehmen, sie fordern nur jenes Maß von Sicherheit, das der Nation die Ruhe und Freiheit der friedlichen Arbeit garantiert. Die deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk sind gewillt, diese berechtigten Forderungen der deutschen Nation auf dem Wege von Verhandlungen und durch Verträge sicherzustellen.

Die Reichsregierung richtet an das deutsche Volk die Frage:

Billigt das deutche Volk die ihm hier vorgelegte Politik seiner Reichsregierung und ist es bereit, diese als den Ausdruck seiner eigenen Auffassung und seines eigenen Willens zu erklären und sich feierlich zu ihr zu bekennen?“

Rundfunkrede Hitlers über den Austritt (ebd. 116 ff)

Verordnung Hindenburgs zur Auflösung des Reichstags (Friedrichs 1, 115):

„Um dem deutschen Volk Gelegenheit zu bieten, selbst zu den gegenwärtigen Schicksalsfragen der Nation Stellung zu nehmen und seiner Verbundenheit mit der Reichsregierung Ausdruck zu geben, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.“

Runderlass des Preußischen Innenministers an die Regierungspräsidenten über Vollstreckung der Schutzhaft (UF IX, 365 ff)

15. Oktober 1933:

Tag der Deutschen Kunst

Grundsteinlegung zum Haus der Deutschen Kunst in München mit Rede von Hitler (Domarus 315 ff)

Huldigungstelegramm des Pfarrernotbundes an Hitler in Sachen des Austritts aus dem Völkerbund (vN 299):

„In dieser für Volk und Vaterland entscheidenden Stunde grüßen wir unseren Führer. Wir danken für die mannhafte Tat und das klare Wort, die Deutschlands Ehre wahren. Im Namen von mehr als 2500 evangelischen Pfarrern, die der Glaubensbewegung Deutsche Christen nicht angehören, geloben wir treue Gefolgschaft und fürrbittendes Gedenken."

Brief von Bodelschwingh an Müller gegen die 75% Mehrheit der Deutschen Christen (GB 107):

„Das vorgesehene Zahlenverhältnis beruht auf der Voraussetzung einer freien Entscheidung des Kirchenvolkes. Diese ist bei den in ungezählten Kirchengemeinden unter Druck und Zwang vorgenommenen Kirchenwahlen unmöglich gewesen. Hätte der Wille des Kirchenvolkes wirklich zum Ausdruck kommen können, wäre das Ergebnis zweifellos ein völlig anderes gewesen … Wie damals bei den Wahlen durch die Gemeinden, so geht jetzt durch die Verbände und Anstalten bereits das Gespenst der drohenden Vergewaltigung: Wenn Du nicht zu den DC übertritts, verlierst du dein Amt oder deine Stellung! Ich kann nur noch einmal raten, dass diesen Methoden der Gewalt, die nichts als Unwahrheit und Unsegen erzeugen können, ein Ende gemacht wird. Weder der Kirche noch den DC ist mit Leuten gedient, die aus Angst zu ihnen übertreten, während sie innerlich ganz anders denken."

Dr. Wilkes: „Totale Revolution" (Aufwärts 42, 1933)

„Die Lehren der Erbforschung" (ebd.)

16. Oktober 1933:

Rede des Reichsaußenministers von Neurath zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund (Friedrichs 1, 125 ff)

Brief der Landesleitung der GDC und des NS-Pfarrerbundes zum Austritt von Pressel, Hutten und Weber aus der GDC (Schäfer 2, 590 ff)

17. Oktober 1933:

Beginn der Arbeit von Dietrich Bonhoeffer in London

18. Oktober 1933:

Interview Hitlers mit einem englischen Journalisten (Domarus 318 ff)

Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Münch 121f)

Aufruf des Ev. Konsistoriums in Münster zum Deutschen Luthertag

18. – 20. Oktober 1933:

Tagung des Deutschen Evangelischen Missionsbundes in Barmen (JK 303 ff)

19. Oktober 1933:

Abkommen zwischen dem Geistlichen Ministerium der DEK und dem Zentralausschuss der Inneren Mission (GB, 106)

(Präsident und Reichsführer der IM Karl Themel, Direktor Horst Schirmacher)

Reichsgerichtsrat Flor: Der Kirchenstreit vom Rechtsstandpunkt aus beurteilt (JK 226 ff)

Walter Künneth: Echte Fronten (ebd. 239 ff)

„…Dem gegenüber ist das Gebot der Stunde die Bereitschaft zur legalen Mitarbeit gerade in dieser Reichskirche, gerade in diesem national erwachten Volk, gerade in dem Staat Hitlers. Dass dieser Dienst nur geschehen kann in klarer Bindung an den evangelischen Auftrag ohne kirchenpolitische Kompromisse, ohne konjunkturmäßig den Mantel nach dem Winde zu hängen, mit dem Recht zu sachlicher Kritik, ist eine Selbstverständlichkeit. Freie ehrliche Arbeit in der Kirche ist nur sinnvoll und nur möglich, wenn sie ohne Menschenfurcht allein in reformatorischem Gehorsam gegenüber dem

Herrn der Kirche getan werden kann. Diese Ausrichtung auf den überweltlichen Lebensgrund der Kirche lässt aber die neue äußere Ordnung des kirchlichen Lebens nicht verachten, sondern umgreift vielmahr ihre Anerkennung und weiß von der Ehrerbietung gegenüber denen, welche `die Ehre gebührt`"

20. Oktober 1933:

Rede von Goebbels zur Reichstagswahl im Sportpalast (Friedrichs 1, 133 ff)

Besprechung der Vertrauensleute des „Notbundes", Wahl eines Bruderrates (WNP 166 ff)

Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund verbietet den Besuch von jüdischen Repetitorien (Walk 57)

Ab 22. Oktober Wahlreden von Hitler im ganzen Reich (Domarus 323 ff)

Knevels: Christentum und Deutschtum (DED 43/1933)

Christentum und germanische Religiosität. Die neue Front. – Dokumente zum Geisteskampf (ebd.)

Friedrich Bartsch: Auf fester Scholle (ebd.)

23. Oktober 1933:

Brief des Lordbischofs Bell im Auftrage des Tätigkeitsausschusses der Ökumene an Reichsbischof Müller (GB 106)

24. Oktober 1933:

Rede Hitlers im Sportpalast zum Austritt aus dem Völkerbund (Nic I, 166):

„… Und nicht minder haben wir aufgenommen den Kampf gegen die Zersetzung unserer Religion. Ohne dass wir uns irgendeiner Konfession verpflichteten, haben wir doch wieder dem Glauben die Voraussetzung

gegeben, weil wir der Überzeugung waren, dass das Volk diesen Glauben benötigt und braucht. Wir haben daher den Kampf gegen die Gottlosenbewegung nicht mit ein paar theoretischen Erklärungen aufgenommen, wir haben sie ausgerottet. Und vor allem haben wir die Priester aus den Niederungen des politischen Parteienstreites herausgeholt und wieder in die Kirche zurückgeführt. Es ist unser Wille, dass sie niemals zurückkehren sollen in ein Gebiet, das für sie nicht geschaffen ist, das sie entwürdigt und das sie zwangsläufig in Gegensatz zu Millionen Menschen bringen muss, die im Innern gläubig sein wollen, aber Priester sehen möchten, die Gott dienen und nicht einer politischen Partei…"

<u>25. Oktober 1933:</u>

Aufruf des Landeskirchentages in Eisenach:

„…Wie Adolf Hitler allein durch den Glauben an die Macht der ewigen Kräfte und durch opferbereite Gefolgschaftstreue seiner Anhänger Deutschland vor dem Untergang in Bürgerkrieg und Chaos gerettet hat, so wagt er es heute, im Glauben an das göttliche Recht, zum Kampf für den Frieden und die Versöhnung der Völker aufzurufen. Schuldige Dankespflicht gegen Gott und Adolf Hitler treibt uns, uns feierlich und einmütig hinter den Mann zu stellen, der unserem Volk und der Welt gesandt ist, die Macht der Finsternis zu überwinden.

Wir rufen darum unsere Gemeinden auf, gleichen Sinnes mit uns sich als ein einig Volk von Brüdern hinter den Führer zu stellen.

In einer bald zweitausenjährigen Gescichte ist die Botschaft von der erlösenden Kraft des Reiches Gottes unter den Völkern verkündet worden, und noch immer sind Völker verblendet und stehen im Banne der Macht des Bösen, der Lüge, der Gewalt, der Ungerechtigkeit. Soll die Welt nicht zugrundegehen an Lug und Tru, so muss sich ein Volk als Bannerträger der Botschaft Christi erheben, im Glauben an Gott und sein lichtes Reich. Im politischen Bekenntnis des deutschen Volkes zu seinem ihm von Gott gesandten Führer soll sich triumphierend der Glaube an die Siegkraft des Heilands der Völker erheben. Darum wollen wir stehen im Glauben furchtlos, tapfer und treu und vor der Welt bekennen als ein geschlossenes Volk wie einst Luther auf dem reichstag vor Worms:

Hier stehe ich. Ich kann nicht anders! Gott helfe mir! Amen!

Dieser Aufruf ist an den beiden Sonntagen, 21. nach Ttrinitatis, dem 5. November und 22. nach Trinitatis, dem 12. Nobember 1933, in allen Gottesdiensten unseres Kirchengebietes von der Kanzel nach der Predigt zu verlesen.

Für die Predigten schreiben wir als Text vor:

Für den 5. November: 2. Chron. 20, 20: „Glaubet an den Herr, euren Gott, so werdet ihr sicher sein; und glaubet seinen Propheten, so werdet ihr Glück haben.“

Für den 12. November: Röm. 8, 31: „Ist Gott für uns, wer mag wider uns sein?“

Die Predigt soll in den Gedankengängen des Aufrufs gehen, so dass dieser als eine kraftvolle Zusammenfassung der Predigt auf die Gemeinde wirkt.“ (WNH 87f; vN 116)

Aufruf an die Gemeinden in Thüringen (ebd. 116f):

„Zum 12. November hat der Präsident des Deutschen Reiches und unser Volkskanzler das ganze deutsche Volk aufgerufen, durch einmütiges Bekenntnis einzutreten für den Frieden der welt, für deutsche Ehre, für freiheit und recht.
Wie Adolf Hitler allein durech den Glauben an die Macht der ewigen Kräfte und durch die opferbereite Gefolgschaftstreue seiner Anhänger deutschland vor dem Untergang in Bürgerkrieg und Chaos gerettet hat, so wagt er es heute im Glauben an das göttliche Recht zum Kampf für den Frieden und die Versöhnung der Völker aufzurufen. Schuldige Dankespflicht gegen Gott und Adolf Hitler treibt uns, uns feierlich und einmütig hinter den Mann zu stellen, der unserem Volke und der Welt gesandt ist, die macht der Finsternis zu überwinden!
Wir rufen darumunsere Gemeinden auf, gleichen Soinnes mit uns sich als ein einig Volk von Brüdern hinter den Führer zu stellen.
In einer bald zweitausendjährigen Geschichte ist die Botschaft von der erlösenden Kraft des Reiches Gottes unter den Völkern verkündigt worden, und noch immer sind Völker verblendet und stehen im Banne der Macht des Bösen, der Lüge, der Gewalt, der Ungerechtigkeit.
Soll die Welt nicht zugrunde gehen an Lug und Trug, so muss sich ein Volk als Bannerträger der Botschaft Christi erheben, im Glauben an Gott und sein lichtes Reich.
Im politischen Bekenntnis des deutschen Volkes zu seinem ihm von Gott gesandten Führer soll sich triumphierend der Glaube an die Siegkraft des Heilandes der Völker erheben. Darum wollen wir stehen im Glauben furchtlos, tapfer und treu, und vor der Welt bekennen als ein geschlossenes Volk wie einst Luther auf dem Reichstag zu Worms:
Hier stehe ich, ich kann nicht anders! Gott helfe mir! Amen!
Der Landeskirchenrat. D. Reichardt, Landesbischof.“

(Weitere Aufrufe JK 324 ff)

26. Oktober 1933:

Kundgebung des Reichsbischofs zum 450. Geburtstag von Martin Luther (KJ 37f):

„Am 10. November wird die evangelische Christenheit der Welt an eine der wichtigsten Zeiten der Kirchengeschichte erinnert.
In Deutschland wurde Martin Luther geboren.
Von hier aus gingen Wellen religiöser Erneuerung in alle Lande.
Am 10. November d. J. soll nicht zumeist der Ruhm des Menschen Martin Luther gesungen werden, sondern wir verkünden mit Luther den Ruhm des lebendigen Gottes, der die Geschicke der Völker und die Geschichte seiner Kirche lenkt und leitet.
Die Kirche der Reformation auf deutschem Boden gelobt an diesem Tage vor dem Angesicht Gottes, festzuhalten an dem ewigen Evangelium, wie Luther es neu ans Licht gebracht hat.
Weil Luther völlig erfasst war von Christus, der gesagt hat: „Ich bin dazu in die Welt gekommen, dass ich für die Wahrheit zeugen sol", wollte er auch nichts anderes, als eben diese Wahrheit Gottes wieder klar und deutlich zur Geltung bringen.
Will darum die gesamte evangelische Christenheit des Reformators recht gedenken und sein Gedächtnis in Ehren halten, so muss sie dafür sorgen, dass Gottes ewige Wahrheit nicht verdunkelt, sondern in dieser Zeit der Lüge und Unwahrheit um so lauter und gewaltiger gepredigt und in die Tat umgesetzt wird.
Die Deutsche Evangelische Kirche erlebt den 450. Geburtstag ihres Reformators in einer ernsten Stunde des Vaterlandes.
Unser Volk ist von seinem Kanzler aufgerufen, vor aller Welt zu bezeugen, dass es geschlossen hinter der Regierung steht.
Wir deutschen evangelischen Christen nehmen die Errettung unseres Volks durch unseren Führer Adolf Hitler als ein Geschenk aus Gottes Hand.
Wir stimmen von ganzem Herzen zu, dass der Kanzler Leben und Ehre der Nation verteidigt; wir sind mit ihm eins in seinem echten und wahrhaften Friedenswillen gegen über den andern Völkern der Erde.
Es ist für uns Dank und Gehorsam gegen Gott, wenn wir mit unserer Regierung fest und unverbrüchlich zusammenstehen im Kampf für unseres Volkes Ehre und Freiheit.
Ich fordere darumn alle evangelischen Kirchen und Gemeinden Deutschlands auf, sich der gewaltigen nationalen Aufgabe, die uns obliegt, bewusst zu werden und bei jeder Gelegenheit, auch in Gottesdiensten und kirchlichen Feiern, die Gemeindeglieder zur Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht am 12. November zu rüsten und zu festigen.

Bei dieser Gelegenheit und in diesem Zusammenhang muss ich mich aber auch an die gesamte Christenheit der Welt wenden um des guten und Gewissens und um der Wahrheit willen.
Bei dem großen Streit der Meinungen, die enstanden sind durch Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund, geht es ja um viel mehr als um die Dinge des äußeren vergänglichen Lebens. Es geht darum, ob im Leben der Völkerr und Menschen die Wahrheit herrschen soll oder die Lüge.
Wie leben in Deutschland auf einer Insel, die umgeben ist von waffenstarrenden Völkern.
Wir sind abgerüstet und wehrlos gemacht wie kein Volk der Erde. Uns ist heilig und teuer versprochen, dass alle Länder der Welt ihre Rüstungen einschränken würden, wenn Deutschland abgerüstet ist.
Dieses Versprechen ist nicht gehalten.
Dafür verstärken alle Völker rings um uns noch in wahnsinniger Verblendung ihre Rüstungen. Sie reden von Frieden und meinen den Krieg.
Gegen die Herrschaft eines solch christusfeindlichen Geistes der Lüge und Unwahrheit rufe ich die gesamte Christenheit der Welt auf zu flammendem Protest. Aus solch gottfremdem Geist kann kein ehrlicher und gerechter Friede unter den Völkern werden.
Haß und Zwietracht vergiften Menschen und Völker, sie bringen Unglück und Not über alle Länder.
In dieser Notzeit, wo es um die entscheidende Frage geht, ob die Wahrheit oder die Lüge die Welt regieren soll, bitte ich alle christlichen Kirche, im Kampf um die Wahrheit zusammenzustehen, damit wieder Gott die Ehre gegeben wird und Gottes Wahrheit die Völker erleuchte und heilige.“

<u>27. Oktober 1933:</u>

Bericht von der Tagung der Reichsleitung der DC (JK 306 ff; vN 199 ff):

„…wir sind nicht mehr Gegner der bestehenden kirchlichen Organisation, sondern wir stellen selbst den größten Teil der Kirche dar…“

Referat von Bischof Hossenfelder:

„Wir wissen, dass es eine besondere, deutsche evangelische Frömmigkeit gibt. Diese Frömmigkeit, die in den Seelen lebt, gilt es zu wecken. Zu dieser Frömmigkeit gehört die Verbundenheit mit Blut und Boden, mit dem deutschen Volkstum. Die Aufgabe unserer Glaubensbewegung ist es, diese lebendige und fruchtbare Beziehung zu bejahen und zu pflegen.“

Oberkonsistorialrat Dr. Wieneke über Volksmission:

„... Die Art, wie wir Volksmission treiben wollen, für den Zusammenklang zwischen evangelisch-protestantischem Christentumn und

Nationalsozialismus ist die theologische Erkenntnis wichtig, dass Luther in seiner Predigt vom zweiten Artikel ausging und der Pietismus vom dritten Artikel, während die Erweckungsbewegung unserer Tage, die Glaubensbewegung der „Deutschen Christen“ vom ersten Artikel her ihre Kraft empfängt, um dann zur notwendigen Einheit der drei Artiekll vorzustoßen…“

Schulrat Freitag über die künftige Gestaltung der Schulen und über die Pressearbeit:

„Es versteht sich von selbst, dass die Glaubensbewegung sich mit dem Nationalsozialismus in der Ausgestaltung der deutschen schule als einer christlichen Volksgemeinschaftsschule einig weiß.“

„Die Öffentlichkeit muss wissen, dass die Versetzung und Ausschaltung nichtarischer Pfarrer, Pfarrer mit nichtarischen frauen, kommunistischer Geistlicvher usw. bald erfolgen wird und dass nicht etwa alles beim Alten bleibt.“

Bischof Peter über die Lage der Jugendorganisationen im Dritten Reich:

„Ich darf offen gestehen, dass wir als deutsche Christen uns nicht gescheut hätten, unsere evangelische Jugend der Hitlerjugend einzugliedern, eine Möglichkeit, die auch heute noch besteht. Denn auch bei der Hitlerjugend ist im Letzten das Wort des Führers Adolf Hitler entscheidend. Und bei ihm wissen wir das Erbe des Christentums in guter Hut.“

Und der Reichsbischof zur Lage:

„Wenn Hitler es erreicht, auch das religiöse Problem im Sinne des Christentums in Deutschland zu lösen, ist er der größte Mann für tausend Jahre.“

„Eindringlich unterstrich dann der Schirmherr der Glaubensbewegung die Notwendigkeit eines Großangriffs auf die gesamte Pfarrerschaft, um sie zu aufrichtiger, eindeutiger Mitarbeit am Werk des Neubaus der Kirche zu gewinnen.“

„Eindringlich betonte dann der Schirmherr der Glaubensbewegung, wie wichtig es sei, in der Durchführung des Arierprinzips unerbittlich zu sein.“

28. Oktober 1933:

Gutachten der Theologischen Fakultät Kiel über das Pfarrbesetzungsrecht vom 5. Oktober

Einordnung des Zentralausschusses für Innere Mission in die Deutsche Evangelische Kirche (JK 276)

Brief von Wurm zum Abstimmungstag am 12. November

(Schäfer 2, 752 ff):

„Am 12. November muss es sich zeigen, dass das ganze Volk sich zu dem Schritt des Kanzlers bekennt und dass kein Feind mehr hoffen darf, mit der Uneinigkeit des deutschen Volkes Geschäfte zu machen. Die Evangelische Kirche, die auch in den letzten Jahrzehnten trotz vieler Anfeindungen um Recht und Wahrheit in den Beziehungen der Völker gerungen hat, stellt sich freudig und geschlossen hinter den Führer; ihre Diener werden gerne dazu mithelfen, dass unser Volk die Bedeutung dieser Volksbefragung erkennt und die rechte Antwort gibt.“

29. Oktober 1933:

„Religionsgespräch“ in Hamm zwischen Vertretern von „Evangelium und Kirche“ und GDC verläuft ohne Ergebnis

Hohlwein / Nordmann: Der Pfarrer im neuen Volk, volksmissionarische Rüstung des Theologennachwuchses (DED 44/1933):

„Alle Seminararbeit, sie behandle dogmatische oder ethische oder „praktische“ Fragen, darf nur darauf zielen, aus der Fülle und Verworrenheit eigenen Besitzes zur Läuterung, zur Klärung und zur Bestimmung des Willens angesichts der einen Aufgabe zu bringen:

Wie sagen wir unserem deutschen Volke von heute das ewige Evangelium von Jesus Christus, wie sagen wir es ihm ganz in seine Welt hinein, ganz deutsch. Alle Problematik der Universität, alle Zerrissenheit wissenschaftlicher Erkenntnis muss unter dieser gewaltigen Aufgabe überwunden werden. Nur in der unmittelbaren Verbindung und Berührung mit der Volksmission wird es gelingen, eine Theologengeneration heranzubilden, die die großen Aufgaben erfüllen kann, die Kirche und Volk, unser Deutschland von ihr fordert.“

30. Oktober 1933:

Karl Heim, Alfred Juncker und Julius Schniewind ziehen ihre Unterschrift aus der Ausarbeitung „Neues Testament und Rassenfrage“ zurück (vN 370f)

30. Oktober bis 2. November 1933:

Luthertage in Coburg

Karl Barth: Vortrag in der Berliner Singakademie über „Die Reformation als Entscheidung“

31. Oktober 1933:

Umbenennung der Universität Halle in „Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg“, u. a. Rede von August Jäger, der die Urkunde überreicht, Vortrag des Rektors Hermann Stieve über „Luthers Einfluss auf die Entwicklung naturwissenschaftlicher Erkenntnis“ (Hallesche Universitätsreden 60)

In Leipzig Vortrag von Prof. Erich Brandenburger über die Bedeutung Luthers für die deutsche und internationale Geschichte

Anordnung des mecklenburgischen Landeskirchenführers Schulz zur Volksabstimmung am 12. November (vN 117f). ***Im Anschluss an das Kirchengebet, in dem unseres deutschen Volkes und seines Führers Adolf Hitler besonders zu gedenken ist, ist von der Kanzel folgende Kundgebung zu verlesen:***

„Wir evangelischen Mecklenburger wollen mit tapferem Mut rückhaltlos zu unserem Kanzler und Führer stehen. Wir evangelischen Mecklenburger wollen in aller Aufrichtigkeit mitkämpfen und mitarbeiten am nationalsozialistischen Deutschland Adolf Hitlers, nicht allein mit Worten, sondern it der Tat jeglicher Opferbereitschaft.

Wir evangelischen Mecklenburger wollen in dieser entscheidungsvollen Zeit in unserem Gebet die Not unseres Volkes vor Gott brigen, dass er uns heiligen Mut gebe und uns bereit mache zu treuer Einigkeit aller deutschen Brüder. Wir evangelischen Mecklenburger wollen in dieser schweren Zeit mit herzlicher Fürbitte vor Gott treten und die Last derer, die uns führen, tragen helfen.

Das ist unser unerschütterlicher und einmütiger Wille, den wir in dieser Stunde dem Kanzler des deutschen Reiches feierlich geloben.“

Nach der Verlesung dieses Bekenntnisses ist die stehende Gemeinde zu befragen:

„Ihr Glieder der Gemeinde … ist dies euer entschlossener Wille, so sprecht dazu laut euer Ja!“

Nach dem Ja der Gemeinde setzt ohne Ankündigung und Zwischenspiel die Orgel ein zum Gesang des ersten Verses des Luther-Liedes. Der Gottesdienst wird danach in der üblichen Weise zu Ende geführt, Zu diesem Gottesdienst sind die Wehrverbände der Gemeinde, sämtliche Jugendverbände sowie die Ortsgruppe der NSDAP schriftlich einzuladen unter Hinweis auf den besonderen Charakter dieses Gottesdienstes.“

31. Oktober bis 22. November 1933:

Akademische Lutherfeiern an 10 Universitäten

Unterredung Hitlers mit Rev. Macfarland (Nic I, 167 ff)

Tagung der leitenden Schwestern des Zehlendorfer Verbandes

November 1933:

Erstes Heft der Zeitschrift „Deutsche Theologie“, hg. von Hermann Wolfgang Beyer, Heinrich Bornkamm, Karl Fezer, Friedrich Gogarten, Emanuel Hirsch, Gerhard und Helmuth Kittel, Hans Lauerer, Hanns Rückert, Friedrich Karl Schumann, Otto Weber, Artur Weiser

Austritt der Professoren Fezer, Schumann, Kohlmeyer, Bornkamm, Haenchen, Weiser, Rückert, Gerhard und Helmuth Kittel, Beyer, Gogarten aus der GDC (JK 357 ff)

1. November 1933:

Erste Ausgabe der „Jungenwacht“ als Organ der drei Bünde Christdeutscher Bund, Christliche Pfadfinderschaft und Bund Deutscher Bibelkreise

Stellungnahme von Wurm zu den Auseinandersetzungen in der GDC

(Schäfer 2, 632 ff)

2. November 1933:

Hanns Lilje: Luthers Kampf um Gott (JK 257 ff)

Johannes Mueller: Luther und die Kirche (JK 257 ff)

Martin Niemöller: „Sätze zur Arierfrage in der Kirche“

(JK, 269 ff; vN 361 ff):

„…Die Aufrichtung einer judenchristlichen Kirche ist eine Utopie; deshalb sind die Judenchristen als volle Glieder der Kirche aufzunehmen, und ihre Ausschließung von den Ämtern ihrer sonst volkstumsmäßig bestimmten Kirchen, zu der sie gehören, würde bedeuten, das die Christenheit sich dem Willen Gottes grundsätzlich versagt. Wir haben in der Gemeinde, ob uns das sympathisch ist oder nicht, die bekehrten Juden als durch den heiligen Geist vollberechtigte Glieder anzuerkennen…

Unter diesen Umständen ist ein kirchliches Gesetz, das die Nichtarier oder Nichtvollarier, soweit sie dem jüdischen Volk angehören, von den Ämtern der Kirche ausschließt, bekenntniswidrig, weil es die im Dritten Artikel bekannte Gemeinschaft der Heiligen grundsätzlich negiert; denn gerade an den bekehrten Juden muss es sich erweisen, ob es der Kirche Jesu Christi mit der Gemeinschaft, die über die natürlichen Zusammengehörigkeiten hinausreicht, ernst ist. - Diese Erkenntnis verlangt von uns, die wir als Volk unter dem Einfluss des jüdischen Volkes schwer zu tragen gehabt haben, ein hohes Maß von Selbstverleugnung, so dass der Wunsch, von dieser Forderung dispensiert zu werden, begreiflich ist. Das ist indessen nicht möglich, weil wir als Kirche das Bekenntnis auf gar keinen Fall und um gar keinen Preis auch nur vorübergehend außer Kraft setzen dürfen…“

Georg Wobbermin: Zwei Theologische Gutachten in Sachen des Arierparagraphen (vN 374 ff)

Rudolf Bultmann: „Der Arier-Paragraph im Raume der Kirche“ (ebd. 377 ff)

Rundschreiben Nr. 1 des Pfarrernotbundes (WNP 27 ff)

Sitzung der führenden Amtsträger der deutschen evangelischen Landeskirchen (Meiser 116 ff)

Treuegelöbnis der Landeskirchenführer gegenüber Hindenburg und Hitler (vN 118):

„Die mit mir zu ernsten Beratungen versammelten Führer der deutschen evangelischen Landeskirchen entbieten Ihnen, hochverehrter Herr Reichspräsident, ehrfurchtsvolle Grüße und geloben in den ernsten Schicksalstagen unseres Volkes Ihnen treue Gefolgschaft. Der Reichsbischof.“

„Die mit mir zu ernsten Beratungen versammelten Führer der deutschen evangelischen Landeskirchen stehen geschlossen hinter unserm Führer und Volkskanzler und geloben in der ernsten Schicksalsstunde unseres Volkes alle Kräfte dafür einzusetzen, dass am 12. November ein großes, einmütiges Ja

gesprochen wird zu dem Kampf, den unser Führer für die Freiheit und Ehre der Nation begonnen hat. Der Reichsbischof.“

Aufruf an die „Verbände und Einrichtungen der Inneren Mission“ zum 12. November durch Karl Themel

Der Reichsausschuss der jüdischen Jugendverbände wird von Schirach als zentrale Vertretung anerkannt

4. November 1933:

Anordnung der Bayrischen Kirchenregierung und Gebetsentwürfe zum 12. November (vN 120 ff)

Aufruf des Evangelischen Jugendwerks Deutschlands (ebd. 122f):

„Der Führer hat sein Volk zur Entscheidung aufgerufen. Die Frage nach der Ehre der Nation und damit nach ihrem Bestand ist gestellt.
Das Evangelische Jugendwerk Deutschlands steht in dieser Stunde restlos dem Führer zur Verfügung.
Wie schwer haben wir uns in vergangenen Jahren in das Getriebe der Parteien und in das Durcheinander einer demokratischen Wahl hineingefunden –wie eindeutig ist dagegen heute die Stellung unseres Werkes, wenn der Führer des Reiches ruft!
Vorbei ist die Stunde von Ergebenheitstelegrammen und Huldigungen; gekommen ist für unser Vaterland und damit auch für uns der Einsatz für Führer und Volk bis zum Äußersten.
Dass aber die Entscheidung für den 12. November unmittelbar zusammenfällt mit der Stunde, wo wir in Erinnerung an den Mann, der Deutschland vor 450 Jahren geschenkt wurde, vor Deutschlands jungem Geschlecht die Botschaft von der Rechtfertigung des Sünders - das Wort vom aufrechten Menschen vor Gott – neu bezeugen dürfen, das nehmen wir wie eine Fügung aus den gewaltigen Händen Gottes.
Ich ordne hiermit an, dass der Werbetag dieses Jahres im gesamten Gebiete des Evangelischen Jungmännerwerkes an das Ende der Jugendmissionswoche, also auf den 19. November verlegt wird; Die Stimme des jungen Deutschland, das um seine Ehre rang, gebe nun Gott die Ehre!! „Er aber muss herrschen.“ D. Erich Stange“

5. November 1933:

Kommentar „Die Stunde Deutschlands“ im „ Evangelischen Deutschland“ (1933, Nr. 45):

„… Unser ganzes Volk dankt seinem Führer, dass er durch die Austrittserklärung Deutschlands aus dem Völkerbund diese Tatsache vor aller Welt festgestellt hat. Er darf gewiß sein, dass wir Kirchenvolk in unbeirrt entschlossener, in freudiger Treue zu ihm stehen und dass die Entscheidung so fallen wird, wie er und die deutsche Regierung aus einer Geschlossenheit stärkster charaktervoller Kraft und einheitlichen Willesn sie erwarten. Die Treue zu diesem Führer wird dem Kirchenvolk wahrlich nicht schwer. Vorbildlich in Selbstlosigkeit dient er mit der Glut der Hingabe seinem deutschen Volke. In staatsmännischer Weisheit hat er aus tiefem sittlichen Empfinden zugleich allen um wirkliche Wohlfahrt bemühten Völkern Dienste geleistet, deren Größe eine objektive Geschichtsschreibung späterer Jahre die höchste Anerkennung nicht versagen wird. Nicht nur wir haben ihm zu danken, dass er mit rücksichtsloser Entschlossenheit den Kampf gegen die das Leben der Völker zersetzende Gottlosenpropaganda aufgenommen hat. Nicht nur uns kommt es zugute, dass ihm Reinheit und Sauberkeit des öffentlichen Lebens, Zucht, Sitte und Ordnung, die unentbehrlichen Träger jeder Gemeinschaft sind, und dass dem ganzen Volke in allen seinen Schichten Ächtung des Eigennutzes und selbstlose Hingabe an die Gesamtheit als die unaufgebbaren Werte der Erziehung, der Bildung und des Lebens eingeprägt werden. Solche Führung eines Volkes hat das Recht auf Anerkennung in der Gemeinschaft aller Völker, soweit sie Urteil und Entscheidung sittlich begründen. Wenn irgendwo in der Geschichte der Anspruch auf Ehre, Gerechtigkeit und Gleichberechtigung, sittlich vorbereitet war, so in dem deutschen Volke unter seinem gegenwärtigen Kanzler.“

6. November 1933:

Entschließung des Presbyteriums der Vereinigten Evangelischen Gemeinde Unterbarmen (Schmidt 1, 171f

7. November 1933:

Übernahme des Bischofsamtes durch Pfarrer Adler in Münster (Grußwort im Kirchlichen Amtsblatt Nr. 23)

Beamte der Reichsbahn können Nichtarier nicht sein (Walk 59)

8. November 1933:

Erlass von Wurm, am Vortage zur Wahl die Glocken läuten zu lassen (Schäfer 2, 757):

„Den Pfarrämtern ist Nachstehendes bekanntzugeben:
1. Am 12. des Monats ist das deutsche Volk aufgerufen, sich mit seiner Regierung zu einer Politik des Friedens, der Ehre und der Verständigung zu bekennen. Diesem Bekenntnis sollen auch die Kirchen dadurch Ausdruck geben, dass am Vorabend des genannten Tages, am Samstag, den 11. November, von abends 6.50 Uhr bis 7 Uhr mit allen Kirchenglocken geläutet wird.
2. Ebenso soll am Vorabend des Luthertags, am Samstag, dem 18. des Monats, abends von 6 Uhr bis 6.10 Uhr zum Andenken an unseren Reformator Martin Luther auf allen evangelischen Kirchen des Landes mit den Glocken geläutetz werden.
Sowohl am 12. als am 19. des Monats sind die Kirchen und kirchlichen Gebäuden zu beflaggen.“

8./9. November 1933:

Treffen von deutschen und niederländischen Theologen in Kattenvenne (Hans Ehrenberg, Carl Pabst, Hans Fischer, Ludwig Steil, Karl Schmitz und Walter Thiemann von deutscher Seite und von niederländischer Seite u. a. Philipp Kohnstamm und G. W. Oberman)

(Brakelmann: Ehrenberg Bd. 2, 186 ff)

8. – 16. November 1933:

Tagung des Exekutivausschusses des Lutherischen Weltkirchenrats in Hannover

9. November 1933:

Erinnerungsmarsch der NSDAP zur Feldherrnhalle in München (Domarus 326 ff)

10. November 1933.

Aufruf von Kirchenminister Hossenfelder zur Volksmission (vN 127 ff):

„…Die Kirche soll nicht mehr im Winkel stehen; aus der Kraft des Geistes Gottes will sie, jedermann offnbar, ihren Dienst an unserem Volke tun. Sie

wird sich niemandem aufdrängen und will nichts mit äußeren Mitteln erreichen, - aber die Zeit des Terrors gegen sie ist vorbei; frei öffentlich tritt sie vor alle, wirbt um alle, will allen dienen; wo ihr aber Gottlosentum und Neuheidentum und unchristliches Wesen entgegentreten, da wird diese Kirche mannhaft das Schwert des Geistes führen, nicht nur zur Verteidigung der ihr heiligen Güter, sondern zum Angriff gegen jede Zerstörung und Zersetzung. Und die Kirche wird wieder lernen, dass ihr Glauben weltüberwindend ist.
In diesem Sinn und Geist rufe ich euch, evangelische Volksgenossen jeden Alters und jeden Standes auf: helft mit bei diesem großen Werk der deutsdchen Volksmission! Haltet euch bereit, wenn wir euch rufen; sucht selbst die Verbindung mit eurer Gemeinde, lasst uns in treuer Kameradschaft des Glaubens zusammenstehen! Zumal ihr evangelischen Männer der S.A., S.S., des Stahlhelms und ihr von der nationalsozialistischen Jugend, - ihr wisst, der Führer ruft nach diesem Dienst der Kirche im Dritten Reich, - enttäuschen wir ihn nicht! Baut mit uns die deutsche Volkskirche – kämpft mit! Das Gesicht des neuen Deutschland soll das eines christlichen Volkes sein!“

Richtlinien für die Volksmission der deutschen Evangelischen Kirche

(ebd. 129f):

„Der Reichsbischof hat die Kirche aufgerufen zum Kampf um die Seele des deutschen Volkes. Den wichtigsten Frontabschnitt in diesem Kampf stellt die Volksmission der Deutschen Evangelischen Kirche dar.
Die Volksmission erfüllt die Verpflichtung der Kirche, allen Ständen und Altersklassen des Volkes die starke und frohe Botschaft von Jesus Christus zu verkünden.
Ihr Aufgabenkreis erweitert sich vom Zentrum des Evangliums aus in einem dreifachen Ring. Sie soll 1. Menschen zu Christus führen und in die Gemeinde einfügen; 2. Lebendige Gemeinden aufbauen und sie zum Dienst bereit machen. 3. Das Wachstum evangelischer Volksfrömmigkeit mit allen Mitteln anstreben. Die Volksmission sucht besonders den Weg zu den Kämpfern des Dritten Reiches, zu den Wehrverbänden und zu der nationalsozialistischen Jugend.
1. Unantastbare Grundlage aller kirchlichen Arbeit ist nach § 1 der Reichskirchenverfassung das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den reformatorischen Bekenntnissen neu ans Licht gebracht ist.
Auf dieser Grundlage vollzieht sich das volksmissionarische Handeln der Deutschen Evangelischen Kirche. Jede Kirchenregierung hat die unbedingte Pflicht, sich auf dieser Grundlage um ein neues Verständnis des Evangeliums und um zeitgemäße Entfaltung des Bekenntnisses zu mühen.

Daraus ergibt sich als erste Aufgabe der evangelischen Volksmission die ernste theologische Arbeit, die unserem Volke aus dem Evangelium heraus auf seine gegenwärtigen Fragen klare Antwort gibt.

2. Die theologische Arbeit hat in erster Linie die Lösung folgender Fragen in Angriff zu nehmen:

1. ***Gott oder Schicksal***
2. ***Mythos und Offenbarung***
3. ***Blut, Boden und Rasse im Licht des Evangeliums***
4. ***Die Schöpfungsordnungen (Ehe, Familie, Volk)***
5. ***Entartung, Vererbung und Erbsünde***
6. ***Die Wirklichkeit der Sünde***
7. ***Der arische Christus***
8. ***Rechtfertigung oder Selbsterlösung (der heldische Mensch)***
9. ***Die Auferstehung als Kernstück volksmissionarischer Verkündigung***
10. ***Christlicher Universalismus und deutsche Volkskirche***
11. ***Kirche und Arierparagraph***
12. ***Wort Gottes und Altes Testament***
13. ***Christuskreuz und Hakenkreuz (Reich Gottes und Drittes Reich)***
14. ***Der totale Staat und der Totalitätsanspruch Gottes***
15. ***Kameradschaft des Blutes und des Glaubens***
16. ***Evangelium und germanische Lebenshaltung***
17. ***Pazifismus und Wille zum Frieden***
18. ***Völkische Zukunftserwartung und christlicher Ewigkeitsglaube***

u.a.m.

3. Bei Bearbeitung dieser Themen ist nicht nur der Inhalt theologisch zu klären, sondern auch auf die rechte Art seiner Vermittlung in neuer Sprache stärkster Wert zu legen. Die gesamte Verkündigung sei deutsch, anschaulich, schlicht, fesselnd, zeitgemäß und auf den Hörer eingestellt. Der S.A.-Mann, der Bauer, der Handwerker und der Arbeiter muss verstehen was wir wollen. Einer neuen, gründlichen Eindeutschung bedürfen vor allem die theologischen Grundbegriffe wie Sünde, Erbsünde, Buße, Gnade, Glaube, Erlösung, Rechtfertigung; Demut usw.

4. Die volksmissionarische Arbeit muss im Wesentlichen folgende gegnerische Fronten vor Augen haben: 1. Freidenkertum marxistischer oder völkischer Prägung. 2. Das liberal-individualistisch und intellektualistisch eingestellte Bürgertum. 3. Sektentum, Irr- und Aberglaube.

5. Träger der Volksmission ist die Deutsche Evangelische Kirche. Sie hat im Rahmen des Geistlichen Ministeriums das volksmissionarische Amt geschaffen. Ihm liegt die Gesamtführung der volksmissionarischen Arbeit ob …

6. Mit der Durchführung der Volksmission beauftragt der Reichsbischof die Führer der Landeskirchen, die ihrerseits bekenntnismäßig handeln. Die Landeskirche stellt für ihr Gebiet einen einheitlichen Plan zur systematischen volksmissionarischen Durcharbeitung ihres gesamten Gebietes auf.

Dazu gehört zuerst die Ausrichtung der gesamten kirchlichen Arbeit nach dem volksmissionarischen Gesichtspunkt. Die Besetzung der Pfarrstellen, besonders der Kreispfarrerstellen, muss sich danach richten. In Gemeinden mit mehreren Pfarrstellen soll wenigstens eine unter allen Umständen mit einem volksmissionarisch begabten Pfarrer besetzt sein. Besonders weit vorgeschobene Posten der Volksmission sind die Pfarrstellen in den Krankenhäusern.
Weiter gehören dazu besondere volksmissionarische Veranstaltungen wie Einzelvorträge, Evangelisationswochen, volksmissionarische Beeinflussung der kirchlichen und profanen Presse und aller Faktoren, die die öffentliche Meinung bilden…"

Aufruf zum 12. November (JK 274):

„Unser Volk wird in diesen Wochen im Zeichen eines tiefen Ernstes stehen. Seine Begeisterung ist nicht auf irgendeiner oberflächlichen Hurra-Stimmung aufgebaut, sondern auf tiefernster Erkenntnis vom Bewußtsein seines Rechtes…"
„Das große Werk der Versöhnung in unserem Volke, das der Ntionalsozialismus begonnen hat, muss nunmehr seine Krönung finden" (Hitler vor der Führerschaft der NSDAP am 18. Oktober 1933)
Denke an diese Worte des Führers, wenn du am 12. November deine Stimme gibst."

Bischof Joachim Hossenfelder: Der 12. November (ebd. 203 ff):

„…Heute steht an der Spitze des deutschen Volkes und des Deutschen Staates ein Mann, der aus einem tief frommen Gemüt, aus einem fanatischen, unbeugsamen Glauben an den Sieg des Guten heraus das ungeheure, das weltgeschichtliche Wagnis unternehmen will und unternommen hat, der Politik der Lüge eine Politik der Wahrheit entgegenzustellen. Der Führer ruft das deutsche Volk auf, am 12. November ein Bekenntnis abzulegen, das in der Geschicht nicht seinesgleichen hat: Ein großes Volk, waffenslos, von eisengepanzerten Feinden rings umgeben, verleumdet, zerschlagen, in tiefster Not, richtet sich auf, bietet die ungeschützte Brust dem Widersacher und spricht: im Namen des Friedens, im Namen der Ehre, im Namen der Wahrheit weigere ich mich, mich dem Diktat der Gegner zu beugen. 65 Millionen bekennen: wir wollen lieber sterben als weiterhin in Feigheit und Jämmerlichkeit im großen Weltheater der Lüge unsere Rolle spielen. Gelingt es Adolf Hitler, in diesem Kampf der Waffenlosen gegen eine waffenstarrende Welt, in diesem Kampf echter Gesinnung gegen alle Heuchelei, in diesem Kampf aufrichtigen Christusgeistes gegen eine feindliche Welt den Sieg zu erringen, dann wird sich in der Weltgeschichtew von diesem Tage an eine

Wende vollziehen, deren Tragweite erst kommende Generationen dankbar und mit tiefer Ehrfurcht werden ermessen können.
In diesem Kampf des Führers gegen die Mächte der Finsternis in der Weltgeschichte, in der Weltpolitik, gehört jeder Christ, sei er evangelisch, sei er katholisch, an die Seite Adolf Hitlers. Wir hoffen, dass die deutschen Führer der deutschen Katholiken ihre Gläubigen zum Kampf aufrufen werden. Für uns deutsche Christen, für unsere Deutsche Evangelische Kirche ist diese Entscheidung eine Selbstverständlichkeit. Wir danken Gott, dass er uns den Mann geschenkt hat, der diesen Kampf für die Wahrheit wagte. Und es wird am 12. November keinen deutschen evangelischen Christen geben, der nicht seine Pflicht tut – nicht nur als Deutscher, sondern auch als Christ…."

Was unsere Bischöfe zum 12. November sagen (ebd. 206 ff):

Friedrich Peter:

„…Die Beziehungen der Völker, jetzt diktiert und geleitet von Angst, Heuchelei, Brutalität und gegenseitiger Verleumdung, müssen bestimmt sein von der unbedingten Anerkennung nationaler Ehre. Sie ist der Bürge des Völkerfriedens."

Fritz Loerzer:

„.. Und es ist der Glaube an die Schöpfungsordnung Gottes, die die Völker in ihrer Eigenart gewollt hat und darum auch erhalten sehen will. Führen wir so das Werden eines Volkes auf Gott selbst zurück, den Vater aller Dinge, so dürfen wir es auch getrost wagen, die Kampfparole dieser Wahl für Frieden und Gerechtigkeit als Gottesgebot anzuerkennen…
Das heilige Recht ist auf Deutschlands Seite, ist bei Hitler. Das ist so klar, dass auch das schlichteste Gemüt es voll begreifen kann."

Bruno Adler:

„…Jetzt hat Hitler die Wahrheit hinausgerufen. Und Du sollst, Du kannst, Du musst sie bekräftigen, deutscher Christenmensch! Du bisrt jetzt gefragt, ob Du Frieden, Brot, Ruhe und Arbeit willst und eine regierung, die vor Gott steht und die wahrheit sagt und tut!"

Martin Thom:

„… Mit harter Hand ist wieder Ordnung geschaffen im Land, das Recht ist wiederhergestellt. Mit Leidenschaft und Besonnenheit hat der Führer Deutschlands Friedenswillen vor aller Welt klargestellt. Gegen die Gottlosigkeit ist ein Damm aufgerichtet. Zucht, Gottesfurcht und fromme Sitte sollen wieder eine Stätte haben in deutschen Landen.
Mit einem Satz: vor dem Bolschewismus und vor dem Bettelstab hat Adolf Hitler den deutschen Bauern gerettet. Darum steht er mit seinen Fäusten und

mit seinen Gebeten hinter dem Führer und hinter den Männern der Regierung.“

Johannes Beermann:
„… Bete und ringe darum, dass Gott am 12. November deinem Volke aus seiner ewigen Kraft den Glauben schenke, der Ketten zerreißt, der die Welt überwindet, den Glauben unverbrüchlicher Treue zu dem von Gott bestellten Führer, der seinem Heiland folgt.“

Mahnung zur Volksabstimmung (ebd. 299)

Kommentar aus „Licht und Leben“ (ebd. 299 ff)

11. November 1933:

Aufruf des Reichspräsidenten zur Wahl (Friedrichs 1, 152f):

„…Deshalb richte ich an alle deutschen Männer und Frauen in dieser Stunde den Appell: Zeigt morgen geschlossen Eure nationale Einheit und Eure Verbundenheit mit der Reichsregierung. Bekennt Euch mit mir und dem Kanzler zum Grundsatz der Gleichberechtigung und für den Frieden in Ehren und zeigt der Welt, dass wir wiedergewonnen haben und mit Gottes Hilfe festhalten wollen die deutsche Einheit.“

Text des Stimmzettels und Ergebnis der Wahl (ebd. 153f):

„Billigst Du, deutscher Mann, und Du, deutsche Frau, diese Politik Deiner Reichsregierung, und bist Du bereit, sie als den Ausdruck Deiner eigenen Auffassung und Deines eigenen Willens zu erklären und Dich feierlich zu ihr zu bekennen?“

„Kundgebung der deutschen Wissenschaft zum 12. November 1933“ in Leipzig:

Reden u. a. von Martin Heidegger, Emanuel Hirsch und F. K. Schumann, Unterzeichnung von mehr als 700 Professoren (Sächsische Schulzeitung 101/1933)

Der EOK untersagt den Pfarrern von Rabenau, Martin Niemöller und Kurt Scharf jede Amtshandlung (JK 309)

Luthertag wegen der Volksabstimmung auf den 19. November verschoben

Wurm zum Reformationsgedenken (Schäfer 2, 743 ff)

12. November 1933:

Reichstagswahlen mit Abstimmung zum Austritt aus dem Völkerbund,
Text des Stimmzettels und das Wahlergebnis (Friedrichs 1, 153f), 95,1 % für den Austritt

Friedrich Bartsch: Deutsches Volk in der Schicksalswende (DED 46/1933)

Zur Entscheidung am 12. November (ebd)

„Zum 12. November" (Von einem Dr. G.N. im EDR):

„In der Geschichte der Völker gibt es Zeiten, in denen der Mensch, der sie durchlebt, den Atem anhält, Zeiten des Gerichts und der neuen Geburt.
Eine solche Zeit war für unser deutsches Volk die Zeit der Reformation. Sie erfüllte sich nicht als fortschrittliche Entwicklung, noch auch im Zeichen der Wiederholung und Nachahmung vonirgend etwas, das je gewesen war.
Der Tag, da Martin Luther 95 Thesen an die Schlosskirche zu Wittenberg schlug, war ein neuer Tag, von Luther selbst begriffen nicht als ein menschlicher Tag, sondern als ein Tag des Herrn aller Herrn und seines Christus. Das Bewusstsein, Gott will es, ließ ein menschliches Herz das Übermenschliche für ein ganzes Volk vollbringen.
An diesem 12. November ist das deutsche Volk und sein Schicksal von Gott auf die Waage gelegt. Jeder deutsche Mensch weiß um die Verantwortung. Es ist die Stunde einer neuen Geburt, da der Christusgeist am Einzelnen wie am ganzen Volk schafft als der neue läuternde Gotteswille. Ob wir es begreifen oder nicht begreifen; Gott ist es, der unser Ja will, der uns aus Zweifeln und Sorgen zu neuem Glauben, aus Untergang zu neuem Werden ruft.
Wer ist dazu berufen, diese Erkenntnis weiterzutragen, in Treu bis zum Tod ihr zu folgen, wenn nicht der Christ, vor dessen Auge der gekreuzigte Heiland steht, und in dessen Herz der erhöhte Christus Kraft und Geist gibt, die da Macht geben über die Dinge!"

13. November 1933:

Sportpalastkundgebung des Gaues Berlin der GDC (GB 109/111)

Aus der Rede des Dr. Krause:

„Die neue Kirche kann niemals neben dem Staat, sondern nur in ihm wachsen, und für sie gelten restlos die gleichen Lebensgesetze wie für ihn.

Wir erwarten von unserer Landeskirche, dass sie den Arierparagraphen … schleunigst und ohne Abstriche durchführt, dass sie darüber hinaus alle fremdblütigen evangelischen Christen in besondere Gemeinden ihrer Art zusammenfasst und für die Begründung einer judenchristlichen Kirche sorgt….

Die Juden aber sind nicht Gottes Wir erwarten, dass unsere Landeskirche als eine deutsche Volkskirche sich frei macht von allem Undeutschen in Gottesdienst und Bekenntnis, insbesondere vom Alten Testament mit seiner jüdischen Lohnmoral…

…dass alle offenbar entstellten und abergläubigen Berichte des Neuen Testaments entfernt werden und dass ein grundsätzlicher Verzicht auf die ganze Sündenbock- und Minderwertigkeitstheologie des Rabbiners Paulus ausgesprochen wird. Wir kennen keine Trennung Gott-Mensch, wenn der Mensch sich nicht durch seinen Willen von Gott löst … Der reine Jesusglaube muss wieder die Grundlage der Kirche bilden. Wenn wir das aus den Evangelien herausnehmen, was zu unseren deutschen Herzen spricht, dann tritt das Wesentliche der Jesuslehre klar und leuchtend zutage, das sich – und darauf dürfen wir stolz sein – restlos deckt mit den Forderungen des Nationalsozialismus…

Wenn Luther heute lebte, wir dürften sicher sein, dass er der Vorkämpfer dieser deutschen Volkskirche wäre. In der Volksgemeinschaft des Dritten reiches wird die Glaubensgemeinschaft, das heißt die Gemeinschaft der sich mit Gott verbundenen Führenden, unaufhaltsam wachsen. …

Und wir werden erleben, wie eng sich dann die Verwandtschaft des nordischen deutschen Geistes mit dem heldischen Jesusgeist zeigt. Es wird dann offenbar werden, dass die Vollendung der Reformation Luthers den endgültigen Sieg des nordischen Geistes über orientalischen Materialismus bedeutet. Heil!...

Wir brauchen nur ein Regiment, das Regiment Adolf Hitlers und seiner Ratgeber. Wir brauchen nur eine Jugenderziehung im Geiste Adolf Hitlers. Und das Wichtigste: Wir brauchen jetzt eine Mission: Das ist die, unsere deutschen Menschen restlos bis in ihre Seele zu deutschen Nationalsozialisten umzuschmelzen. Unser Kampf geht um nichts weiter als um das seelische Erwachen unseres Volkes. Unsere Religion ist die Ehre der Nation im Sinne eines kämpfenden, heldischen Christentums.“

Entschließung des Gaues Berlin der GDC nach der durch Pfarrer Tausch vollzogenen Weihe von 60 DC-Fahnen (KJ 38f; Schmidt, 133f; vN 216f):

„1. Wir sind als nationalsozialistische Kämpfer gewohnt, das Ringen umdie gestaltung einer großen Idee nicht mit einem falschen Frieden abzubrechen. Der kirchenpolitische Kampf kann für uns erst dann vollendet sein, wenn das

an vielen Orten zwischen geistlichen und Gemeinden bestehende Misstrauen überall beseitigt worden ist, das durch offenen oder heimlichen Widerstand der uns in der Mehrzahl noch feindlich oder verständnislos gegenüber stehenden Pfarrer entstanden ist. Ein dauernder Frieden kann hier nur geschaffen werden durch Versetzung oder Amtsenthebung aller derer Pfarrer, die entweder nicht willens oder nicht fähig sind, bei der religiösen Erneuerung unseres Volkes und der Vollendung der deutschen Reformation aus dem Geist des Nationalsoziaismus führend mitzuwirken.

2. Wir lassen uns keine Führer aufzwingen, die wir innerlich ablehnen müssen, weil wir weder zu ihrem Nationalsozialismus noch zu ihrem deutschen Glauben das rechte Vertrauen haben. Auf kirchlichem Gebiet können wir das Führerprinzip überhaupt nur hinsichtlich der äußeren Ordnung anerkennen.

3. Wir erwarten von unserer Landeskirche, dass sie den Arierparagraphen – entsprechend dem von der Generalsynode beschlossenen Kirchengesetz – schleunigst und ohne Abschwächung durchführt, dass sie darüber hinaus alle fremdblütigen evangelischen Christen in besondere Gemeinden ihrer Art zusammenfasst und für die Begründung einer judenchristlichen Kirche sorgt.

4. Wir erwarten, dass unsere Landeskirche als eine deutsche Volkskirche sich frei macht von allem Undeutschen in Gottesdienst und Bekenntnis, insbesondere vom Alten Testament und seiner jüdischen Lohnmoral.

5. Wir fordern, dass eine deutsche Volkskirche ernst macht mit der Verkündigung der von aller orientalischen Entstellung gereinigten schlichten Frohbotschaft und einer heldischen Jesus-Gestalt als Grundlage eines artgemäßen Christentums, in dem an die Stelle der zerbrochenen Knechtsseele der stolze Mensch tritt, der sich als Gotteskind dem Göttlichen in sich und in seinem Volke verpflichtet fühlt.

6. Wir bekennen, dass der einzige wirkliche Gottesdienst für uns der Dienst an unseren Volksgenossen ist, und fühlen uns als Kampfgemeinschaft unserem Gott verpflichtet, mitzubauen an einer wehrhaften und wahrhaften völkischen Kirche, in der wir die Vollendung der deutschen Reformation Martin Luthers erblicken, und die allein dem Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates gerecht wird."

Die Sportpalastkundgebung und ihre Folgen (Nic I, 170 ff)

Grenzenlose Verwirrung unter den „Deutschen Christen" (JK 354 ff)

Austritt aus der GDC: Fezer, Schumann, Kohlmeyer, Bornkamm, Haenchen, Weiser, Rückert, Gerhard und Helmuth Kittel, Beyer, Gogarten

Rundschreiben Nr. 2 des Pfarrernotbundes mit Verpflichtung der Gemeindeglieder (Rote Karte) (WNP, 31 ff):

„Durch nachstehende eigenhändige Unterschrift verpflichte ich mich, den vorstehenden Geboten entsprechend zu leben (32f), den lebendigen Gott über alles hochzuachten, und mich nicht an Menschensatzungen zu binden, die meinem Gewissen zuwider sind. Ich will Gott um seine Gande bitten, dass er mich Schwachen dazu stärken möge, und dass er mir die Freudigkeit schenke, auch meinem Mitbruder diesen Weg zum Leben zu zeigen. Ich verpflichte mich im Dienst der Bruderschaft „Junge Kirche“ und zur Durchführung der vorstehend gezeigten Ziele, so weit es in meinen Kräften steht, Zeit, Kraft und Geld zu opfern.“ Unterschrift

Die Rote Karte:

„Die Bekennende Kirche ist der Zusammenschluss aller derer, die die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments nach der Auslegung der reformatorischen Bekenntnisse als die alleinige Grundlage der Kirche und ihrer Verkündigung anerkennen.

Die Glieder der Bekennenden Kirche sind durch das Evangelium aufgerufen.

Deshalb wollen sie sich zum Worte Gottes und zum Tisch des Herrn halten und ein christliches Leben führen. Sie wollen beten und arbeiten für eine Erneuerung der Kirche aus dem Wort und dem Geist Gottes. Sie wissen sich zum entschlossenen Kampf wider jede Verfälschung des Evangeliums und wider jede Anwendung von Gewalt und Gewissenszwang in der Kirche verpflichtet.“

Juden können nicht Schöffen und Geschworene sein (Walk 60)

13. – 18. November 1933:

Eröffnung von Evangelischen Akademien in Bielefeld, Bochum, Dortmund, Hagen, Münster und Siegen

14. November 1933:

Aussprache zwischen Reichsbischof Müller, Otto Weber, Martin Niemöller, Wilhelm Niemöller und Gerhard Jacobi über den 13. November (WNP 162 ff)

Forderungen des Pfarrer-Notbundes an den Reichsbischof:

„Sofortige Trennung des RB von der GDC durch öffentliche Niederlegung der Schirmherrschaft. Es ist für die DEK nicht tragbar, dass ihr RB weiter im Kampf um die Grundlagen der Kirche die Partei derer verkörpert, die an der

Zerrüttung durch die Missachtung von Schrift und Bekenntnis wesentlich Schuld tragen." (GB 109)

Vortrag des Vorsitzenden des Pfarrervereins D. Schäfer: „Der Pfarrerverein in der Wende der Zeit" (vN 210 ff):

„I. Mit der Machtergreifung durch die NSDAP hat sich eine Wende in der Geschichte unseres Volkes vollzogen, die für so bedeutungsvoll gehalten wird, dass man schon durch Jahrhunderte wandern muss, um auf ähnlche Ereignisse zu stoßen. Kennzeichnend für das Neue ist der Begriff des totalen Staates gegenüber dem liberalen Staat. Der liberale Staat hatte mit der französischen Revolution 1789 begonnen. Er endete mit der deutschen Revolution 1918. Der Staat der Weimarer Verfassung war nur ein Nachspiel des liberalen Staates, die Verfallsform des liberalen bürgerlichen Rechtsstaates. Im liberalen Staat kam es nicht auf das Gemeinschaftsbewußtsein an. Er war eine Versicherung auf größtmögliche Ungestörtheit in der privaten Existenz. Das nannte man: Freiheit, ohne Beziehung auf Volk, Volkstum, Ehre, Würde und Tradition. Von einer persönlichen, autoritäten Herrschaft war keine Rede. Der Versorgungsansprcuh der breiten Massen an den Staat, die Sozialgesetzgebung und die Sozialverwaltung vernichtete die Substanz des Sozialen, die christliche Karitas machte aus Liebe Gesetz, aus Christentum Politik. Absolute Wahrheit und absolute Werte menschlicher Erkenntnis blieben der liberalen Demokratie verschlossen. Sie musste nicht nur die eigene, sondern auch die fremde gegenteilige Meinung zum mindestens für möglich halten. Ihre Weltanschauung war der Relativismus. Der liberale Mensch mit seinem relativen Standpunkt ist jederzeit bereit, diesen aufzugeben und einen anderen anzunehmen, je nach der allgemeinen Konjunktur und dem Ergebnis der entsprechenden Nützlichkeitserwägungen.

Die Legalitätsherrschaft der Parteien, die Erfahrungen der nationalen Volksgenossen in der Verfolgung durch die legale Staatsgewalt, die Erfahrungen des Reiches in dem Prozeß gegen Preußen vor dem Staatsgerichtshof im Oktober 1932 öffneten dem Volk die Augen. Diesen liberalen Rechtsstaat fegte es in der nationalsozialistischen Revolution hinweg. Es begann die Errichtung des Nationalstaates, die Aufrichtung der Nation und die Disziplinierung des Volkes.

Der totale Staat gründet sich auf einer Herrschaftsordnung und einer Volksordnung. Die Herrschaftsordnung ist notwendigerweise undemokratisch. Sie unterscheidet zwischen Führern und Geführten, während die Demokratie die Regierenden und die Regierten gleichsetzt. Eine demokratische Regierung, die im Auftrag des Volkes regiert, ist keine autoritäre Regierung. Autorität birgt in sich die Voraussetzung einer Qualität,

eines besonderen Ranges, der vom Volk nicht verliehen wird, Autorität, Unterscheidung von Führern und Geführten als staatliches Ordnungsprinzip stammt aus der Transzendens und ist nur metaphysisch vollziehbar. Eine autoritäre Regierung bedarf zu ihrer Fundamentierung nicht nur eines rein persönlich legitimierten Führungsanspruches, sondern einer über alles Persönliche hinausgehenden Rechtfertigung. Diese Rechtfertigung muss eine metaphysische sein. Die Legitimität der Führung bedarf der Ergänzung durch die Legitimität des Obrigkeitlichen. Darum gehört zum Staat eine Weltanschauung, die das Fundament von Rang und Autorität bildet. Der christliche Glaube ist ein solches Fundament für eine christliche Obrigkeit. Daher darf der Staat nicht darauf verzichten, seine Beziehungen zur Metaphysik und zur christlichen Weltanschauung zu pflegen und missionarisch eine metaphysisch fundierte Staatsgesinnung zu erwecken. Darum genügt es nicht, im Nationalsozialismus einen politischen Systemwechsel zu sehen. Er bedeutet einen weltanschaulichen Umbruch. Es gibt unbegreifbarte, innere Gesetze der Natur, nach denen die menschliche Substanz in großen etwa 500 jährigen Perioden mutiert. Der meschliche Intellekt hat diese Gesetze nicht ergründet. Er kann nur feststellen, was es von 500 zu 500 Jahren wie ein Schöpfungsschauer durch die menschliche Substanz geht. Alles bidherige wird plötzlich durch die inere schöpferische Logik der Dinge durchbrochen. Gewollt oder ungewollt bricht sich etwas Neues Bahn. Im Jahre 2000 vor Christi wird ganz Asien von Brahmanismus überschwemmt, von 500 nach Christi kam die Gesetzgebung der Manu in Südasien, um 1000 vor Christi tritt Zoroasta auf. Es war gleichzeitig die Ära der Gesänge Homers. 500 nach Christi tritt Buddha in Indien, Konfuzius in China auf. Im jahre 1 erscheint Christus und mit ihm eine Zeit – und Weltenwelle. Zwischen 500 und 600 nach Christi kam Mohammed, 1000 nach Christi war die Hierarchie vollendet und die römische Pastkirche durch Hildebrand eingesetzt, 1500 nach Christi flammt die Rformation auf. Was stand uns daher zwischen 1900 und 2000 bevor? Ist es der Durchbruch einer neuen, großen weltanschaulichen Bewegung, dessen erste große Eruptionen im Nationalsozialismus und Faschismus in die Erscheinung getreten sind? Die alten demokratischen Lebens- und Staatsformen gehören einer verflossenen Weltanschauungsepoche an. Demokratie und Liberalismus sind ausgelebt. Damit ist der demokratische Klassenkrieg beendet, der nationalsozialistische Staat eröffnet das Zeitalter des sozialen Friedens.

Die Unterscheidung zwischen Regierenden und Regierten erfordert die Heraushebung einer hochqualifizierten, rassisch und geistig überragenden Schicht aus dem Volke, einer staatlichen Führerschicht im aristokratischen Sinne. Diese Führerschicht muss gegliedert sein wie eine Hierarchie des Ranges. In ihr gibt es keine Gleichheit, sie wird aktiviert durch Befehl und Gehorsam. Damit verbindet sich Entschiedenheit, Härte des politischen Wollens, Fähigkeit zur Mäßigung, Bereitschaft zur Unterordnung unter den Willen des Führers. Das Reichsstatthaltergesetz ist hier vorbildlich,

desgleichen ein in Preußen ergangener Erlaß an die Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten, sich mit den Gauleitern der NSDAP in ständiger dienstlicher Verbindung zu halten und ihre Ansicht zu den allgemeineren und wichtigeren Fragen der Verwaltung einzuholen.

Ein Staat mit einer solchen Führung ist wirklich autoritär. Er ist ein totaler Staat. Er darf auch das Recht für sich in Anspruch nehmen, ein Staat der Kunst, der Wissenschaft, der Kultur überhaupt zu sein.

Dieser Staat umfasst das Volk als eine Gemeinschaft, die auf einer seinsmäßigen, artmäßigen Gleichartigkeit beruht, eine Gleichheit der Rasse und des volklichen Schicksals. Die artfremden Teile des Volkes sind daher zu distanzieren. Daher die große Säuberungsaktion der nationalen Regierung unmittelbar nach ihrem Amtsantritt. Von jedem Volksangehörigern verlangt der Staat Verantwortung für das Schicksal der Nation. Er kann den einzelen zur Rechenschaft ziehen, der sein persönliches Geschick nicht dem der Nation völlig unterordnet. Er verlangt eine neue Staatsgesinnung, die bereitwillige Aufgabe der privaten Existenz und die Unterstellung unter das innerlich bejahte, totale Lebensgesetz des Staates.

Es wurde eine weitgehende Gliederung des Volkes in Angriff genommen, eine berufsständische Ordnung, die nur auf einer bestimmten Gesinnungsgrundlage errichtet werden kann. Die bisherigen Gliederungsschemata, in die man das gesamte Sozialleben einfügen wollte, passen heute nicht mehr. Die Zeit der partikularen Interessen des organisierten Gruppenegoismus ist vorbei. Das Einzelinteresse wird durch eine totale Gemeinschaftsgesinnung, durch das Bewusstsein einer totalen Verantwortung aufgehoben. Es entsteht ein neues Bewusstsein gliedschaftlicher Zugehörigkeit zur Gemeinschaft, ein neues Lebensgesetz, das durch ständische Ausgliederung und organisatorische Zusammenfassung dem souialen Leben eine feste, sinnvolle Form gibt. Zur Vollendung dieser neuen Zusammenfassung des Volkes bedarf es der äußersten Intensität der nationalsozialistischen Bewegung, zur Herausarbeitung des Nationalstaates, den das 19. Jahrhundert als Ziel erkannte und zu dessen Verwirklichung es die territorialen Voraussetzungen schuf. Durch den Weltkrieg sind wir darüber belehrt, dass der Nation auch andere Grenzen gezogen sind als die der eigenen Macht. Adolf Hitler hat sich zu diesen Grenzen der Nation bekannt, indem er jeden Versuch eines Germanisierens oder Kolonisierens verwarf. In dem Diktat von Versailles enthüllte sich die ganze Maßlosigkeit des bürgerlichen Imperialismus. Es war sein letzter Triumph. Es ist ein neues Geschlecht entstanden, das sich keinen pazifistischen Illusionen hingibt. Dagegen ist es gefeit. Darum fürchtet es keine Gefahr, ist nüchtern und heroisch zugleich.

II. Die Stellung der evangelischen Kirche im nationalsozialistischen Staat wurde heftig umstritten. Bereits im 19. Jahrhundert war im Verfolg der

liberal-staatlichen Entwicklung eine grundsätzliche Scheidung von Staat und Kirche vor sich gegangen. Damit war der Staat in seiner Substanzlosigkeit vom wirklichen Sein des Volkes getrennt. Dagegen richtet sich ganz von selbst die nationalsozialistische Revolution in ihrem Verhältnis des Staates zur Wirtschaft, zur Wissenschaft und zur Kultur. Das Verständnis hierfür wird dadurch gefördert, dass man eine mechanische Gegenüberstellung von Kirche und Staat aufgibt. Man muss beide nicht in einem abstrakten Verhältnis, sondern in ihrem wirklichen Dasein sehen. Nun befinden sich Staat und Kirche in dem gleichen Raum, umfassen die gleichen Menschen, das eine Volk. Man kann die Fälle des menschlichen Daseins nicht in Teile zerlegen, die voneinasnder getrennt sind und über diese Abteilungen schreiben: der politische Mensch, der wirtschaftliche Mensch, der religiöse Mensch usw. Das ist ein Irrtum vergangener Zeiten.

Der totale Staat umfasst alle irdischen Gesetze. Demgegenüber hat, wie Gogarten sagte, „die Forderung der Kirche nach Selbständigkeit nur dann Sinn und Berechtigung, wenn die Kirche nicht innerhalb der Totalität des staatlichen Anspruchs selbständig sein will, sondern wenn sie in einem anderen Sinn als der Staat den Menschen total in Anspruch nimmt."

Die sichtbare evangelische Kirche kann als eine irdische Einrichtung dieser Welt ihre Gestalt wandeln und ihre Organisationsformen ändern. Diese äußere wandelbare Form ist irdisch und damit etwas Politisches. Greift der totale Staat in die äußeren Formen der Kirche ein, so übt er einen Akt der Politik aus und zwar auf einem Gebiet, das schon seiner Natur nach politisch ist. Unberührt von solchen Eingriffen bleibt die Verkündigung der Kirche, die Botschaft von dem reich, das nicht von dieser Welt ist. Unberührt bleibt auch das evangelische Bekenntnis, wie es durch reichssynode und reichsbischof erneut bekannt worden ist. Der Staat avhtet dieses Bekenntnis und schützt es. Soweit die evangelische Kirche über ihr Bekenntnis hinaus für ihre äußere Organisation und ihre irdische Erscheinung Selbständigkeit und Autonomie verlangt, kommt sie mit dem staatlichen Totalitätsanspruch in Konflikt. Daher sind Zweifel aufgetaucht gegen die regelung äußerer Rechtsbeziehungen der Kirche zum Staat auf dem Wege eines Vertrages. Durch einen Vertrag würde der evangelischen Kirchw eine äußerliche Rechtsstellung gegenüber dem Staat eimgeräumt. Diese Rechtsstellung läge dann außerhalb der staatlichen Autorität. Denn innerhalb der Totsalität kann es keine selbständigkeit geben. In ihr gilt nur die eimnheitliche Unterordnung unter die Hoheit des Staates. Diese Erkenntnis kann auch nicht durch den Hinweis auf die katholische Kirche und das reichskonkordat verdunkelt werden, weil hier innerpolitsche und außenpolitische Linien sich überschneiden. Auf dem Gebiet der Innenpolitik allein würde ein Kirchenvertrag mit dem Staate einen eklatenten Rückfall in den Pluralismus bedeuten, dessen Überwindung das höchste Ziel und größte Verdienst der nationalsozialistischen revolution gewesen ist.

III. Es ist ganz selbstverständlich, dass solche Gedankengänge micht ohne weitetes Allgemeingut werdehn, und docvh bilden sie das treibende Moment in der Entwicklungt der Dionge. Demgemäß gestalteten sich sich auch im Anschluss an die nationalsozialistische Revolution die Verhältnisse auf dem Gebiet der Kirchenpolitik. Sie blieben nicht losgelöst von der allgemeinen Rechtslage. So musste es sich die Kirche gefallen lassen, dass sie im Zusammenhang mit der revolutionären nationalen Bewegung und der revolutionären deutschen Staastsführung von einer stimmungsmäßigen revolutionären Welle überflutet wurde. Die bestehenden Gesetze, auch Staatsgesetze, die Kirchengesetze bestätigten, samt dem Kirchenvertrag vom 11. Mai 1931, gerieten durch das Ermächtigungsgesetz zum mindesten in einen schwebezustand. So ist Giese der Meinung in seiner Schrift „Die rechtsstellung der Pfarrer als Gegenstand staatlicher Regelung", dass das Revolutionsrecht selbst dem Verfassungsrecht vorgehen würde. Der Staat könne aus der aus dem aus der Revolution geborenen Rechte und der damit verbundenen Macht heraus den Anspruch erheben, dass die Kirche ihre Rechts- und Verwaltungsformen nach staatlichem Recht neu einrichte. Das widerspreche nicht der Erklärung von Adolf Hitler bei der Reichstagseröffnung im März 1933, dass die rechte der Kirche nicht angetastet werden sollten.

Wir wissen alle, dass es eine Kirchenhoheit des Reiches und eine Kirchenhoheit des Staates gibt. Sie steht nicht nur auf dem Papier. Man redet nicht nur von ihr auf den Blättern kirchen- und staatsrechtlicher Bücher. Die Ausübung der Kirchenhoheit des Reiches und des Staates kann verschiedene Formen annehmen, auch Formen ungewöhnlicher Art. Was ihre Ausübung angeht, so ist das Reichskabinett oder die Staatsregierung jederzeit in der Lage, den Ministerpräsidenten oder Kultusminister oder irgendeinen anderen Mininister oder auch einen einem Ministerium zugeordneten Kommissar mit der Wahrnehmung der Kirchenhoheit zu betrauen. Man hat in der Konfliktszeit diesen Gedanken zu wenig beachtet …. Eine andere Begründung des Eingreifens des Staates nämlich, dass die evangelische Landeskirche der altpreußischen Union einen offenen Rechtsabruch begangen habe (Verletzung von Art. 7 des Kirchenvertrages), habe ich mir dagegen nicht zueigen gemacht. Ich kann meinerseits nur feststellen,, dass die Ausübung der Kirchenhoheit unter Anwendung von Zwangsmaßnahmen jederzeit eine Form ist, von der man sagen muss, sie ist recht ungewöhnkicher Art, zumal der Anschein der Schaffung einer Staatskirche vermieden werden musste. Denn Adilf Hitler lehnt die Staatskirche ab.

Immerhin konnte es nicht umgangen werden, dass das im Staate geltende Führerprinzip auf die Kirche und ihre Verfassung übertragen wurde. Der Führergedanke liegt den neuesten deutschen Reichsgesetzen zugrunde, es ist ein maßgebender deutscher Rechtsgedanke geworden. Auf viele in der Konfliktszeit vollzogene Ereignisse will ich nicht eingehen (zum Beispiel

Besetzung kirchlicher Ämter, Auflösung kirchlicher Körperschaften). Das würde nur Wunden aufreißen in einer Stunde, in der wir dazu verpflichtet sind, mitzuhelfen, dass Wunden geheilt werden. Ich will nur an den um den Reichsbischof entbrannten Kampf erinnern. Bewußt oder unbewußt lagen die Anlässe und die Ursachen dieses Kampfes in dem vorhin berührten Führergedanken, aus ihm floß unmittelbar die ungeheure Bedeutung des Reichsbischofsamtes und die Wichtigkeit seiner Besetzung mit einem Manne, der dieser dominierenden Stellung gewachsen war und sie im rechten Sinne anwenden konnte. Während dieses Streites gab es für den Pfarrerverein eine kurze Zeit der Versuchung. Sollte er sich einmischen? Sollte er zugunsten der einen oder anderen Gruppe seinen Einfluss gltend machen? Trotz mancher dahingehenden Anregungen an den Vorstand und an die Schriftleitung des Pfarrerblattes wurde das abgelehnt.

… Was die einzelnen in den letzten Monaten auseinander getrieben hat, muss überbrückt werden durch die gemeinsamen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft. Die Tore der Kirche sollen weit geöffnet werden. Das Evangelium schlichter, frischer und verständlicher als bisher den Gemeinden verkündigt werden. Alle Kräfte sollen angespannt werden, um das Werk Adolf Hitlers zu fördern und sittlich-religiös zu untermauern.

Oswalt Spengler sagt in seiner neuesten Schrift: „Jahre der Entscheidung“ (Seite 89 bis 100: „ Eine religion ist das, was die Seele der Gläubigen ist. Eine Kirche ist so viel wert, als das Priestermaterial wert ist, aus der sie sich zusammensetzt.“

Wir sind mit dem Reichsbischof der Meinung, „dass die Kirche in erster Linie der Gemeinde gehört, sie gehört nicht etwa den Pastoren und Bischöfen.“ Aber trotzdem wird es seine Richtigkeit haben, wenn Spengler eine Gleichsetzung des Wertes der Kirche mit dem Werte des Priestermaterials vornimmt. Die Kirche wird nicht gefördert, die Gemeinden leiden Schaden, wenn der Pfarrerstand von der Höhe absinkt, auf der er stehen soll. Wir werden uns einer Nachprüfung zu unterziehen haben, inwieweit die Anliegen unseres Amtes in Predigt, Seelsorge und Unterricht neu zu fassen und den Forderungen der Gegenwart anzupassen sind. Wir dürfen nicht klein und kleinlich denken, weder von uns noch von unserem Volk, auch nicht von denen, die wir für unsere Gegner halten.

Es steht außer allem Zweifel, dass unser Volk eine politische Neugeburt erlebt hat, einen Aufbruch und Umbruch im höchsten Grade. Sollten wir es da nicht für eine Sebstverständlichkeit halten, dass nun auch die Kirche und unser Amt zur Seele unseres Volkes gelangt? Der Pfarrerstand ist an die Front gerufen. Es muss eine Einheitsfront sein. Da gibt es keine Zwiespältigkeit. Die Front muss geschlossen und ungebrochen sein. Einer ist unser Meister, wir aber sind alle Brüder und Diener unseres Herrn…“

Bischof Meisers Stellungnahme zur Sportpalastkundgebung (Stoll I, 26f):

„Wir sind am vergangenen Sonntag Zeugen, ja Mitwirkende eines großen geschichtlichen Ereignisses gewesen. Ein ganzes Volk, unser heißgeliebtes deutsches Volk, hat ein eindeutiges, klares Ja zu seiner eigenen Geschichte gesprochen, das Ja eines unbeugsamen Lebenswillens, das Ja der Gefolgschaftstreue, das Ja der Schicksalsverbundenheit. In diesem Ja ist alles zusammengeschmolzen, was sonst unser Volk zerrissen hat. Dieses Ja ist ein Ja des stolzen Trotzes und der Friedensbereitschaft zugleich. Es ist etwas ganz Großes, wenn ein Volk ein solches Ja spricht. Und wir, die wir als evangelische Chjristen uns als treue Glieder unseres Volkes wissen, können gar nicht anders, als dass wir beim ersten Zusammensein nach diesem denkwürdigen Tag unserer Freude darüber Ausdruck geben, dass unser Volk an diesem Tag so groß und einig war. Wir bitten Gott, dass unser Volk ebenso groß und einig erfunden werden möchte, wenn es je gelten sollte die Folgen dieses Ja auf uns zu nehmen

Ein ebenso freudiges und entschlossenes Ja haben wir evangelischen Christen auch gesprochen, als es sich vor wenigen Monaten darum handelte, die geeinte Deutsche Evangelische Kirche aufzurichten. Wir freuen uns, dass wir heute einen der obersten Vertreter dieser Kirche, den Reichskirchenminister Landesbischof Dr. Schöffel, gleichsam als Symbol der gewonnenen Einheit, zu uns haben sprechen hören dürfen. Wir möchten bei diesem Ja auch weiterhin freudig beharren können. Dann aber darf es nicht sein, dass die bekenntnismäßigen Grundlagen dieser Kirche von einer Seite untergraben werden, die sich der Folgen dieses ihres Tuns schwerlich in vollem Umfange bewusst sein kann. Es sind gestern abend in einer großen Versammlung in Berlin, die volksmissionarischen Zwecken dienen sollte, so unerhörte Angriffe gegen den Bekenntnisstand unserer Kirche gerichtet worden, dass ich um des Gewissens willen nicht schweigen kann.

Es wurde gesagt, dass die Deutsche Evangelische Kirche keine dogmatischen und keine bekenntnismäßigen Bindungen, weder lutherische noch reformierte, haben sollte. Das Alte Testament sei eines der fragwürdigsten Bücher, es sei ein Viehhändler – und Zuhälterbuch. Auch vor dem Neuen Testament machten die Angriffe nicht halt. Es wurde gefordert, dass die Sünden – und Minderwertigkeitstheologie des Apostels Paulus aus der Kirche verschwinde. Selbst wenn diese Äußerungen nachträglich abgeschwächt werden sollten, stellen sie doch eine so unerhörte Erschütterung der bekenntnismäßigen Grundlagen unserer Kirche dar, dass sie, weil öffentlich gefallen, nun auch in aller Entschiedenheit öffentlich zurückgewiesen werden müssen. Ich rufe alle treu lutherisch Gesinnten innerhalb unserer Reichskirche zu einem flammenden Protest auf! Und ich darf auch der Erwartung Ausdruck geben, dass unsere Reichskirchenregierung, voran unser lutherischer Reichskirchenminister, diese Angriffe in klarer Stellungnahme zurückweise, und das um so mehr, als ja die

Reichskirchenregierung die reformatorischen Bekenntnisse als die unantastbare Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche bezeichnet. Wir müssen das deshalb so dringend hoffen und erbitten, damit unser Ja zur Reichskirche ein Ja – und ein freudiges Ja bleiben kann. Denn das Ja zu jeder Kirche ist in erster Linie ein Ja zu dem Bekenntnis, auf dem sie ruht.

Zu dem lutherischen Bekenntnis aber sagen wir Ja, weil wir Ja zu Luther sagen und weil wir wollen, dass Luthers Geist und Luthers Glaube durch diese unsere Kirche unserem Volke erhalten bleibe. Wir hätten kein Recht mehr, Luther so laut zu feiern in unseren Tagen, wenn wir von den Grunderkenntnissen Luthers wieder abweichen wollten. Es bleibt dabei, dass seit den Tagen der Urchristenheit niemand so tief in den Geist des Evangeliums eingedrungen ist, niemand ein so kongeniales Verständnis der ewigen Gottwahrheiten besessen hat als D. Martin Luther. Er wusste, dass ohne ein klares, festes Bekenntnis keine Kirche bestehen kann, er fußte auf den Schriften des Gesetzes und der Propheten so gut wie auf denen des Neuen Testaments, er hat die Gewissenskämpfe des Paulus so unmittelbar nacherlebt wie kein anderer und er hat mit der Glaubens – und Heilsgewißheit, die ihm geschenkt wurde, unserem Volk einen so festen Halt für das Leben und Sterben gegeben, dass wir nie wieder davon weichen können.

Ich rufe alle dazu auf: wollen wir uns fest um unser lutherisches Bekenntnis scharen! Nie haben Schwankende und Zweifler der Welt genützt. Gerade auch in der Kirche gebrauchen wir Menschen, die den Mut haben ja zu sagen.“

15. November 1933:

Rede von Goebbels bei der Eröffnung der Reichskulturkammer (Friedrichs 1, 364 ff)

Grußwort des Westfälischen Bischofs Adlern im Kirchklichen Amtsblatt Nr. 23:

„Als Christen und als Deutsche sind weir eins in der Freude darüber und denken, dass wir wieder (mit Luther) haben: `fromme und getreue Oberherrn, gut Regiment, Frieden, Ehre und Zucht`.

Stellungnahme von Müller zur Sportpalastkundgebung

(Stoll I, 27f; UF IX, 604; GB 110):

„Auf der Kundgebung des Gaues Groß-Berlin der Glaubensbewegung Deutsche Christen hat der Führer dieses Gaues eine Rede gehalten und eine

Entschließung durchgesetzt, die mit Recht in weiten Kreisen unserer Kirche tiefste Beunruhigung und Erregung hervorgerufen hat.
Ich gehe hier nicht ein auf die Forderungen des Redners zur Verfassungsreform der Landeskirchen, denen ich weitgehend zustimme und denen Rechnung getragen wird.
Ebenso überlasse ich es der Reichsleitung der Deutschen Christen, zu den gegen ihre Mitglieder erhobenen Vorwürfen Stellung zu nehmen.
Ich spreche hier als der für die Wahrung des Bekenntnisses vor Gott verntwortliche Führer der Kirche und wende mich deshalb gegen die Angriffe auf die Substanz unserer Kirche.
In der Rede ist in einer unerhörten agitatorischen Weise gegen das Alte Testament gesprochen und sogar das Neue Testament einer kirchlich unmöglichen Kritik unterzogen worden. Das bedeutet nichts anderes als die Aufhebung der Bibel als der einzigen und unverrückbaren Grundlage der Kirche. Es sind weiter Anschauungen vorgetragen worden, die einer Ablehnung der reformatorischen Lehre von der Rechtfertigung allein aus dem Glaubben gleichkommen und durch die ein rationalistisches Jesus-Bild aus den längst verklungenen Tagen des Liberalismus wieder hervorgeholt wird. Es sll sogar, was ich kaum für möglich halten kann, das Kruzifix abgelehnt worden sein.
Hierzu erkläre ich: Solche Anschauungen und Forderungen sind nichts anderes als ein unertäglicher Angriff auf das Bekenntnis der Kirche. Solchen Geist lehnt die Leitung und Führung der Deutschen Evangelischen Kirche mit aller Schärfe ab, wie ich überzeugt bin, dass auch die lebendigen Glieder unserer Gemeinden mit solchem Geist nichts zu tun haben wollen. Ich werde nie und nimmer zulassen, dass derartige Irrlehren sich in der evangelischen Kirche breitmachen.
Ich ersuche die obersten Behörden der Deutschen Landeskirchen, ihren Geistlichen und Gemeindeverordneten unverzüglich in einem besonderen Erlass von dieser meiner Kundgebung Kenntnis zu geben und sie außerdem, insbesondere anlässlich der bevorstehenden Feier des Luther-Tages, in scharfer und klarer Form an ihr Ordinations- und Amtsgelöbnis zu erinnern, welches sie verpflichtet, für die Reinheit der Lehre mit allem Nachdruck einzutreten.
Nur eine Kirche, die das wahre und unverfälschte Evangelium lebendig verkündet, kann der Volksgemeinschaft des Dritten Reiches so dienen, wie es vor Gott gefällig ist.“

Enthebung des Amtes von Dr. Krause als Gauobmann der GDC Berlin, sein Nachfolger Pfarrer Tausch (GB 110/112)

Austritt von Alfred Rosenberg aus der Kirche (Nic 171f):
„Sehr geehrter Herr Reichsbischof!

Anliegend gestatte ich mir eine Austrittserklärung aus der evangelisch-lutherischen Kirche zu übersenden, die ich dem Bistum Berlin zugeschickt habe. Sie enthält eine kurze Begründung dieses Schrittes, aber ich nehme an, dass Ihnen ein Austritt auch durchaus erwünscht ist, da seit längerem die Prediger der Deutschen Christen es für nötig erachte haben, in verschiedenen Städten auch öffentlich gegen mich zu polemisieren."

Die Austrittserklärung:

„Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der evangelisch-lutherischen Kirche.Veranlassung dazu gibt mir die Erklärung des Reichsbischofs Müller vom 15. November 1933. Reichsbischof Müller hält es für richtig das Wort Irrlehre gegenüber Anschauungen zu gebrauchen, die der so eben abgesetzte Gau-Obmann der Deutschen Christen auf einer Versammlung dieser Bewegung im Sportpalst vertreten hat. Diese Anschauungen werden aber zum größten Teil heute schon im Volk mit dem Bewusstsein vertreten, die Fortentwicklung in der deutschen Reformation darzustellen. Viele hatten sich unter dem früheren Regime naturgemäß gesagt, dass man alte Formen nicht durch eine Kirchenaustrittsbewegung ändern, sondern sie lebendig fortentwickeln müsse. Sie hatten die Hoffnung, dass dies nach dem Siege der Bewegung möglich sein würde. Diese Hoffnung ist ihnen durch die Ketzer-Erklärung des Reichsbischofs Müller genommen worden, der der neuen Bewegun gegenüber den gleichen Standpunkt einnimmt und die gleiche Terminologie benutzt, wie die römische Dogmatik übertragen zu den protestantischen Strömungen."

Besprechung zwischen Marahrens und Meiser (Meiser 120f)

Schwesterntag in Berlin

Wort des Bischofs der Provinz Sachsen Friedrich Peter: „Vom Tag des Sieges zum Tag der Buße!" (EDR):

„Wieviel Spannung und Herzklopfen unseres Volkes und der Welt galt dem 12. November 1933.
Nun ist dieser einzigartige Tag Geschichte geworden. Er reiht sich an die Großtage dieses Jahres an. Was sollen wir zu diesem gewaltigen Zeugnis unserer Nation sagen? Was werden unsere Enkel einst über diesen Tag denken und sprechen? Solange es eine deutsche Geschichte gibt, ist solch ein Tag nicht gesehen worden unter uns Deutschen. Mögen wir je und dann einmal durch Not und Kampf geeinigt gewesen sein, eine Einheit waren wir noch nie. Jetzt sind wir nicht nur geeinigt auf ein einmaliges Ziel hin, das in der Geschichte vor uns aufleuchtet und zu dessen Erreichung uns taktische Klugheit „Einigsein" empfiehlt, jetzt sind wir zusammengeschmolzen und eins geworden im Geist, der der Geist Adolf Hitlers ist.

Ich frage, was sollen unsere Enkel einst über den Tag denken. Da gibt es für uns Deutsche Christen nur einen heiligen Befehl: „Erhebet eurte Herzen, erhebet sie zum Herrn. Lasst uns danken dem Herrn, unserem Gott.“
Wenn wir nun auf Bußtag zugehen, soll uns die Größe dessen, was durch Gott an uns geschah, innerlich dazu zwingen, nun auch mit allem in der eigenen Brust aufzuräumen, was dieser Größe göttlichen Geschehens nicht entspricht. Wir haben eine unerhörte Wandlung erfahren. Aber wehe uns, wenn nicht jeder einzelne unter uns begriffe, was diese Wandlung von ihm fordert. Des Menschen Sinn ist veränderlich. Er vergisst leicht das Große und wendet sich den bösen Geistern zu, die ihn aus der Höhe der Gottergriffenheit in die Tiefe der Sünde und Gottverlorenheit hineinzuziehen trachten. Darum muss dieser Wandlung des Ganzen eine Sinnesänderung des Einzelnen auf dem Fuße folgen. Was an einem besonderen Tag groß unter uns geworden ist, musss jeden Alltag überdauern. „Es ist ein köstlich Ding, dass das Herz fest werde, welches geschieht durch Gnade.“ Gottes Gnade bleibt nur bei uns, wenn jeder einzelne mit seinem ganzen Leben, auch mit den unkontrollierbaren Regungen seines Lebens vor Gott, dem Allwissenden und Allmächtigen, Buße tut. Die ernste Größe, die Gott durch Adolf Hitler unserm Volk vor der Welt schenkte, fordert unseren ganzen Gehorsam, unsere ganze Demut und unsere ganze Hingabe an Gott. Ist unsere Haltung vor dem Allmächtigen so, dann wird sich uns Christus als Licht und Leben dauernd zuwenden, und wir empfangen zu jedem guten Werk übermenschliche Kraft.“

<u>16. November 1933:</u>

Vorläufige Außerkraftsetzung des Arierparagraphen durch den Reichsbischof (vN 387f):

„Das Geistliche Ministerium hat einstimmig folgendes Gesetz beschlossen:
§ 1. Bis zum Erlass eines Deutschen Evangelischen Kirchengesetzes über die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Beamten der allgemeinen kirchlichen Verwaltung bleibt die Durchführung der in den Deutschen Evangelischen Landeskirchen über den gleichen Gegenstand seit dem 1. Januar 1933 ergangenen Gesetze ausgesetzt.“

Aufzeichnungen von Bodelschwinghs über ein Gespräch mit Hindenburg

Nic 172 ff)

Brief von Martin Niemöller an die Amtsbrüder (WNP 172 ff)

Sitzung des Exekutivkomitees des Lutherischen Weltkonvents (Meiser 122 ff)

Rede von Wurm auf einer Dekansversammlung zur Volksmission

(Schäfer 2, 770 ff)

Reinhold von Thadden: „Laienkirche“ oder lebendige Gemeinde? (JK 293 ff)

Paul Fleisch: Die Lage des deutschen Luthertums (ebd. 300 ff)

17. November 1933:

Tagung von 1200 Amtswaltern der GDC in Berlin, nach kontroverser Diskussion Auszug der Radikalen, die unter Krause und Johannes Schmiedchen eine „Glaubensbewegung Deutsche Volkskirche“ begründen (Schmidt 1, 134f):

„Richtsätze.

1. Wir erstreben eine einheitliche Deutsche Volkskirche auf der Grundlage eines wirklich artgemäßen deutschen Christentums nach dem Grundsatz: ein Volk, ein Reich, ein Glaube.

2. Wir bekennen uns zu der Gottesoffaenbarung der in Blut und Boden wurzelnden Volksgemeinschaft.

3. Unter Ablehnung alles Fremden in Glauben und Sitte stehen wir auf dem Boden der Frohbotschaft des heldischen Heilands und deutscher Frömmigkeit, wie sie durch unsere großen deutschen Geistesführer in Wort und Tat verkündet ist und wie sie in unserem Ahnenerbe von Urzeiten fortlebt.

4. Für die Kirche gelten restlos die gleichen Lebensgesetze wie für den Staat:

Mitglied können nur Volksgenossen werden, die arischer Abstammung sind und keine Freimauerloge angehören.

Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft ist nicht errforderlich.“

Eine Erklärung Breslauer Geistlicher zur Klärung der kirchlichen Lage (Gogarten, Gottschewski, Lonicer, Dr. Riehm) (Schmidt 1, 79f):

„1. Die Verwirklichung der Forderungen, die in dieser Entschließung (im Sportpalast) in bezug auf Lehre und Bekenntnis der Kirche erhoben werden, würden das Ende jeder christlichen Kirche bedeuten. Denn durch diese Forderungen wird der biblische Grund, auf den die Kirche Jesu Christi sich aufbaut, verlassen. Damit sind sie aber zugleich ein Angriff auf die Grundlagen unserer Deutschen Evangelischen Kirche und ein Bruch ihrer von der Reichsregierung bestätigten Verfassung. Weil unsere Deutsche evangelische Kirche ein Glied der Kirche Christi sein will, darum hat sie in dem ersten Artikel ihrer Verfassung feierlich erklärt: „Die unantstbare

Grundlage der Deutschen evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es uns in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht gebracht ist.“

2. Wir erklären weiter, dass das Evangelium von Jesus Christus, das mit der alttestamentlichen Verheißung anhebt, ohne die Verkündigung des Alten Testamentes nicht rein erhalten werden kann. Die Ablehnung des Alten Testamentes bedeutet deshalb ein Verlassen der Grundlage der Kirche Jesu Christi.

3. Wir erklären weiter, dass der Glaube an Jesus Christus nichts mit der Verehrung einer heldischen Gestalt zu tun hat. Wir bekennen uns zu ihm als dem Gottessohn, der für unsere Sünde am Kreuz gestorben und um unserer Gerechtigkeit willen von Gott auferweckt worden ist. Die Verehrung einer „heldischen Jesus-Gestalt“ als Grundlage eines „artgemäßen Christentums“ ist eine kraft- und glaubenslose menschliche Erdichtung. Sie bedeutet wiederum das Verlassen der Grundlage der Kirche Jesu Christi.

Wir erklären weiter, dass das Bekenntnis zur Tatsache der Sündhaftigkeit des Menschengeschlechts und jedes einzelnen Menschen niemals von einer „zerbrochenen Knechtsseele“ aufgebracht werden kann. Wir wissen vielmehr, dass das Bekenntnis zur Sünde vom Menschen den Mut zur letzten Wahrhaftigkeit fordert und die Bereitschaft, sein eigenes Tun bedingungslos selbst zu verantworten. Wenn es je einen stolzen deutschen Mann gegeben hat, so war es Luther, der wie kein anderer von seiner Sünde wusste und aus der Rechtfertigung allein aus dem Glauben an Jesus Christus lebte. Wer die Rechtfertigung allein aus dem Glauben verleugnet, verleugnet Jesus Christus. Mit dem Artikel von der Rechtfertigung steht und fällt die evangelische Kirche.

5. Wir erklären weiter, dass die Kirche Jesu Christi keine Blutsgemeinschaft, sondern die Gemeinschaft des Heiligen Geistes ist, dass aber die Kirchen in ihrer irdischen Gestalt durch Geschichte und Schicksal an bestimmte Völker gebunden sind. Hieraus ergibt sich einerseits, dass fremdblütige evangelische Christen aus der Gemeinschaft einer evangelischen Kirche nicht ausgeschlossen werden dürfen; wer danach strebt, verleugnet die göttliche Stiftung der Kirche und verlässt die im Sakrament der Taufe gegebene Grundlage derselben. Anererseits ergibt sich daraus, dass unsere Deutsche evangelische Kirche das Recht und die Pflicht hat, sich für die Ausrichtung ihres göttlichen Auftrages eine Gestalt zu geben, die unserer deutschen Art und unserem deutschen Volkstum gerecht wird.

6. Wir erklären endlich, dass die evangelische Kirche ihren einzigen Daseinsgrund und ihre einzige Aufgabe in der Verkündigung des

Evangeliums hat. Evangelische Kirche ist darum nur da, wo das Wort Gottes lauter und rein gelehrt wird. Diese Verkündigung ist der ureigenste Dienst, den unsere deutsche Kirche unserem deutschen Volke zu leisten hat. Nur da, wo diese Verkündigung in Kraft und Reinheit bestehen bleibt, kann unsere deutsche Kirche die großen und verheißungsvollen Aufgaben erfüllen, die ihr durch das Erwachen unseres deutschen völkischen Selbstbewusstseins gestellt sind. Wer dagen unter Preisgabe des unverfälschten Evangeliums eine völkische Kirche aufbauen will, verrät unsere Deutsche evangelische Kirche an die „Deutsche Glaubensbewegung" und ans Schwärmertum.

Mit dieser Erklärung wissen wir uns in Übereinstimmung mit der Kundgebung des Herrn Reichsbischofs vom 14. November 1933.
Prof. D. Gogarten, Pfr. Gottschewski, Pfr. Lonicer, Konsistorialrat Dr. Riehm."

Brief von Dr. Krause an den Reichsbischof (JK 361f; Stoll I, 28)

Brief von Krause an die Deutschen Christen (ebd. 362f; ebd. 29)

Amtswaltertagung des Gaues Berlin (EDR-Berlin 209)

19. November 1933:

Rede des Bayrischen Ministerpräsidenten über das Verhältnis zu den Kirchen (Nic I, 175 ff)

Kanzelerklärung des Pfarrernotbundes gegen die DC-Kundgebung

(WNP 42f):

„Zu Beginn dieser Woche ist in der Berliner General-Mitgliederversammlung der DC vor vielen Tausenden von Gliedern unserer Kirche ein Vortrag gehalten worden, der uns Pfarrer, die wir zu Bibel und Bekenntnis stehen, zu einer Erklärung nötigt. Es ist gefordert:
Abschaffung des A.T. als eines sittlich und religiös minderwertigen biblischen Machwerkes.
Säuberung des N.T. von angeblich abergläubischen Berichten aus dem Leben Jesu.
Ablehnung der apostolischen Lehre als einer Sünden – und Minderwertigkeitstheologie des Rabbiners Paulus und keine Rede mehr vom „Ärgernis des Kreuzes", um so den Menschen zu befreien von orientalischem Materialismus, der auf diesem Wege in unser Volk sich einschleiche.

Die Zuhörerschaft hat kräftig dazu Beifall bezeugt, und ihre Zustimmung zu einer Entschließung desselben Inhalts gegeben. Keiner der anwesenden Inhaber hoher kirchlicher Ämter hat dagegen den öffentlichen Einspruch erhoben, der auf Grund unseres christlichen Glaubens unerlässliche Pflicht gewesen wäre. Sie sind heute noch in Amt und Würden. Der Erlaß des Herrn Reichsbischofs bestätigt diese Lage deutlich. Aber damit ist die kirchliche Lage keineswegs geklärt, denn dieses Geschehen darf unter keinen Umständen als einmalige Entgleisung einiger Stürmer und Dränger gewertet werden. Vielmehr ist hier schlagartig der Schade deutlich geworden, der das Leben unserer Kirche in der Wurzel zerstören muss.
Heidentum ist in den Raum unserer Kirche eingedrungen, und fordert ihr Daseinsrecht. Viele Christen mussten ihr Gewissen unter menschliche Führer im Widerspruch zum Wesen der Kirche unterordnen. Sie sind dadurch gehemmt, Irrlehren entgegenzutreten und ihren Glauben zu bekennen.
Unserem Volk ist aber dadurch die Möglichkeit genommen, das Evangelium, das unsere Reformatoren aufs neue bezeugt haben zu hören. Wir Prediger des Evangeliums wollen nicht den Vorwurf des Propheten auf uns ziehen, stumme Hunde zu sein, sondern sind es unseren Gemeinden und unserem Volk schuldig, dieser Verfälschung der Wahrheit entgegenzutreten. Wir bekennen uns darum nachdrücklich zur heiligen Schrift Alten und Neuen Testamentes als einziger Regel und Richtschnur unseres Glaubens und Lebens und zu den Bekenntnissen unserer Väter als ihrer reformatorischen Auslegung. Die darauf sich gründende Gemeinde hat allein die Verheißung des Herrn, dass die Pforte der Hölle sie nicht überwältigen werden, auch wenn sie vor der Welt die kleine Herde bleibt. Wir geloben aufs neue unentwegte Treue zu Christus, unseren gekreuzigten und auferstanden Heiland, und rufen unsere Gemeinden auf, nicht zu weichen, sondern festzuhalten am Bekenntnis der Wahrheit, denn so spricht unser Herr Jesus Christus: Wer nun mich bekennt vor den Menschen, den will ich bekennen vor meinem himmlischen Vater. Wer mich aber verleugnet vor den Menschen, den will ich auch verleugenen vor meinem himmlischen Vater.“

Bericht über die Lutherfeier in Berlin (vN 131 ff):

- ***Rundfunkansprache von Hossenfelder***
- ***Hauptfestgottesdienst im Berliner Dom mit Predigt von Domprediger D. Richter***
- ***Wort an die Gemeinde durch den Reichsbischof***
- ***Massenkundgebung der evangelischen Jugend im Lustgarten, Rede von Hossenfelder***
- ***Rede des Bischofs von Berlin D. Karow***
- ***Festakt in der Philharmonie: Begrüßung durch D. Fahrenhorst und Festrede von Erich Seeberg***
- ***Grußwort der Reichsregierung durch Minister Graf Schwerin-Krosigk***
- ***Rede des Reichsbischofs***

Schluss der Rede von Erich Seeberg:

„Luther gehört der Welt; aber mit Stolz fühlen wir es, er ist ein Deutscher. Luther gehört dem deutschen Volk und das, was es ist, ist ohne Luther nicht denkbar; aber mit Stolz dürfen wir Theologen uns zu dem deutschesten Theologen bekennen.
Und doch, wir wollen in der Theologie nicht einfach eine Restauration Luthers. Die Aufgabe, die uns gestellt ist, ist schwerer und fruchtbarer; aber wir Theologen müssen immer wieder bei Luther lernen und aus seiner unergründlichen Tiefe und Kraft uns Eisen ins Blut und Blut in den Geist strömen lassen.
In diesem Sinn bleibt Luther uns Vermächtnis und Aufgabe zugleich. Es ist von symbolischer Kraft, dass das gleiche Jahr ein Lutherjahr ist, in dem das deutsche Volk, wachgerüttelt von einem großen Führer, daran geht, die westlichen und östlichen Verstrickungen, in denen sein Wesen gefangen war, abzuschütteln und das Gleichmaß von Wirklichkeit und Geist wiederherzustellen, das in Deutschland nach dem großen Krieg verloren gegangen war. Auch in dieser Hinsicht ist das, was ich heute geschildert habe, nicht gestorbenes Geschehen, sondern es ist gerade heute lebendige Geschichte. Luther ist Gegenwart und die Kraft seines Glaubens, die Tiefe seines Denkens und die freie Macht seiner Persönlichkeit werden solange unsere Herzen ergreifen und unsern Geist aufwühlen, als der deutsche Geist der Kraft seines eigenen Wesens und der Tiefe des Christentums fähig bleibt.“

Die Lutherfeiern in Bochum:

„Sie fanden wie überall am 19. November statt. Vorher gab es im Stadttheater eine Lutherfeier der evangelischen Kirchengemeinden, auf der das Stück „Die Nachtigall von Wittenberg“ von August Strindberg unter der Regie von Saladin Schmitt aufgeführt wurde. Die Kurrende führte vorher das Oratorium „Luther“ von Heinrich Zoellner auf. In allen Gemeinden gab es Lutherfeiern. Das gemeinsame Fest der Bochumer Synode fand am 19. November statt. Unter Glockengeläut zogen in fünf geschlossenen Zügen 20.000 bis 30.000 evangelische Bochumer unter Begleitung von Posaunenchören, SA-Kapellen und einer Schupokapelle zum Sportplatz auf der Krümmede. In Sechserreihen (die Reihenfolge: Männer, Frauen, Jugendverbände und Schüler über 12 Jahre) marschierte man unter flatternden Fahnen des Hakenkreuzes, der alten Reichsflaggen Schwarz-Weiß-Rot und der lila Kirchenfahnen wie mit den Wimpeln und Bannern der evangelischen Jugend und evangelischer Vereine zur großen Lutherzeremonie. Jeder Teilnehmer trug ein Festabzeichen. Dieser Aufmarsch, organisiert

von den deutsch-christlichen Pfarrern und ihren evangelischen Parteigenossen spiegelt die Tatsache wider, dass die Mehrheit der evangelischen Christen 1933 das neue dritte Reich unter Hitler emphatisch begrüßt hat. Die Presbyterwahlen hatten im Juli 1933 eine 2/3 DC-Mehrheit. Die meisten kirchlichen Vereine huldigten dem „Volkskanzler Hitler", der die ungeliebte Republik zerschlagen und Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet hatte. Man hoffte auf ein neues Deutschland der Volksgemeinschaft im Innern, auf eine Wirtschaftspolitik, die die Arbeitslosigkeit beseitigte und auf eine neue politische Bedeutung Deutschlands in Europa und in der Welt.
Die Erinnerung an Luther zum vierhundertfünfzigsten Geburtstag verschmolz sich mit der aktuellen Dankbarkeit für Hitler. Luther und Hitler: Sie wurden zusammen gefeiert. Die Altstadtpfarrer Schmidt II und Dr. Siebold hielten auf der Krümmede die Reden. Über Siebolds Rede heißt es in der Zeitung:
„Er lenkte den Blick zu dem uns von Gott geschenkten Führer Adolf Hitler. Das deutsche Volk sei in den letzten Jahren führerlos gewesen und begann sich selbst zu zerfleischen. Und nun erlebte es seine große Stunde, dass durch den Schöpferwillen Gottes es sich besann auf seine Eigenart, seine Sendung in der Welt und seine Kraft aus Geist und Leben, aus Blut und Boden… Im Kampfe des Nationalsozialismus um die deutsche Seele und die Neugestaltung des deutschen Menschen im Dritten Reich stehe die reformatorische Kirche bewusst in der vordersten Frontlinie…"

So und ähnlich ist auf den meisten Bochumer Kanzeln gepredigt worden. Und in vielen Gemeindehäusern wurde die „Wende" gefeiert als Neubeginn der Gemeinsamkeit von Volk und Kirche und als Beginn der Kooperation von nationalem Protestantismus und Nationalsozialismus. Auf Plakaten auf der Krümmede war zu lesen: „Luther, der Soldat des Herrn" und „Christusglaube und deutsche Schicksalsgestaltung". Schnell verglich man die religiöse Reformation von 1517 mit der politischen nationalen Revolution von 1933. Hitler wurde von vielen Protestanten als der große Erbe Luthers gefeiert. Und man glaubte fest an eine neue Zukunft der Kirche im nationalsozialistisch geführten Staat. Man hatte keine Probleme damit, dass in Bochum Sozialdemokraten und Kommunisten eingesperrt wurden und die Juden unter Ausnahmeregelungen gestellt wurden. Die „Säuberung" der städtischen Behörden von den „Volksfeinden" nahm man nicht nur hin, sondern hielt sie für geboten im revolutionären Prozess zur geistigen und politischen Gesundung des Volkes. Die evangelische Jugend nahm an der Bücherverbrennung der Hitlerjugend teil.

Gegen die Aufhebung der Grund- und Menschenrechte, gegen die Parteienverbote, gegen den Judenboykott, gegen die Verhaftungen und gegen das Verbringen von Menschen in Konzentrationslager hat sich öffentlich auch in Bochum keine Stimme erhoben. Dem staatlichen Handeln Widerstand zu leisten, lag zudem nicht auf der Linie des sog. lutherischen Staatsgehorsams.

Den Deutschen Christen gehörte in unserer Stadt 1933 die Optik und Akustik. Sie feierten nationale Gottesdienste mit SA-Fahnen um den Altar. Kreuz und Hakenkreuz war für sie in ihrem christlich-germanischen und deutschen Selbstbewusstsein eine Einheit.

Doch dies ist nur die eine, wenn auch die zunächst dominierende Seite. Es bildete sich im Laufe des Jahres eine „Bekenntnisfront", später „Bekennende Kirche" (BK) genannt, heraus. In der Altstadt waren es zwei Pfarrer, die sich von der nationalreligiösen Stimmung nicht mitreißen ließen: Albert Schmidt und Hans Ehrenberg. Beide verstanden sich als Lutheraner, ordiniert auf die Schriften alten und neuen Testaments und auf die reformatorischen Bekenntnisschriften. Sie hatten schon vor 1933 die theologische und kirchenpolitische Unmöglichkeit der DC-Theologie erkannt. Hans Ehrenberg hatte zusammen mit dem Herner Ludwig Steil ein „Wort und Bekenntnis westfälischer Pastoren zur Stunde der Kirche und des Volkes" herausgebracht, kurz „Bochumer Pfingstbekenntnis" genannt. In ihm werden die biblisch-reformatorischen Wahrheiten gegen die deutschvölkischen Irrtümer entfaltet. Es ist das erste große zeitgenössische Bekenntnis gegen die Verquickung von Kirche und Volk, von Kirche und Staat. Bochum ist eine der frühesten Wiegen der späteren BK. Während auf der Krümmede der deutschnationale Luther gefeiert wird, sitzt im Gemeindehaus an der Diebergstr. eine kleine Gemeindegruppe, liest und bedenkt Teile des Augsburger Bekenntnisses von 1530. Im Mittelpunkt steht der Theologe Luther, sein Verständnis der Schöpfung, des Menschen und des Mitmenschen, der Verkündigung des Jesus von Nazareth und der Aufgabe der Kirche und der Christen in weltlicher Verantwortung. Luther als Vorläufer von Hitler zu sehen, wäre ihnen nie in den Sinn gekommen.

Und Schmidt hält am 10. November eine Reformationspredigt, die ihm eine Vorladung vor die Gestapo bringt. 5 Jahre später nach der Pogromnacht kommt Ehrenberg als judenchristlicher Pfarrer in das KZ Sachsenhausen, Albert Schmidt kommt ins Polizeigefängnis, erhält Aufenthalts – und Redeverbot für Bochum und stirbt an den Folgen seiner Haft Ende 1945. Der dritte im Bunde Ludwig Steil wird im Krieg verhaftet und stirbt im KZ Dachau. Es ergibt sich für Bochum ein widerspruchsvolles Bild: die einen feiern Luther und

Hitler, die anderen werden wegen ihrer theologischen Treue zu Luther von Hitler und seinem System verfolgt.“

(s. Brakelmann, Günter: Hitler und Luther, Bochum 2008; ders.: Evangelische Kirche in Bochum 1933. Zustimmung und Widerstand, Bochum 2013)

Bericht über die Lutherfeier in Stuttgart (Schäfer 2, 746 ff)

450 Jahre Luther, hg. von Oscar Thulin, Leipzig 1933:

Vorwort von Ludwig Müller:

„Der deutsche Mensch unserer Tage ist durch den Sieg der nationalen Revolution in seinem innersten Wesenskern aufgerüttelt – sein Wille zur Freiheit macht ihn aufgeschlossen für die grundlegenden Fragen seelischen Suchens und Erlebens – so lernt er die Reformation und den Reformator neu schauen. – Er fühlt auch neu die enge Verbundenheit von Evangelium, Volk und Kirche.

Das Jubiläumsfest des Lutherjahres soll helfen, dass die neu gewordenen und neu werdenden Wege den Kämpfern für Kirche und Volk sich hell und klar abzeichnen, damit sie diese Wege gehen leuchtenden Auges voller Freude und voller Gottvertrauen.“

Beiträge von:

Oscar Thulin: Der gegenwärtige Luther; Hans Hahne: Luther als mitteldeutscher Mensch;

F.K. Schumann: Luthers Gedanken über den Staat; Gerhard Ritter: Luther der Deutsche;

Johannes Ficker: Luthers Siegel; Georg Merz: Das Verlangen der Gegenwart nach der

Botschaft Luthers; Hermann Wolfgang Beiyer: Luthers Weltbedeutung; Theodor Knolle:

Lutherischer Gottesdienst; Erich Kohlmeyer: Was bedeutet „Kirche“ für Luther?

Knut B. Westman: Das Luthertum in Schweden; Georg Kempf: Welcherlei Musik hörte man einst in Luthers Gottesdiensten?

20. November 1933:

Verpflichtung der „Landeskirchlichen Sammlung“ Hannovers (Klügel 27 ff)

21. November 1933:

Stellung der Rheinischen und Westfälischen Pfarrbruderschaft und des Bekenntnisbundes „Evangelium und Kirche“ zum derzeitigen Kirchenregiment (Schmidt 1, 172f):

„1. Eine Reformation oder Erneuerung der Kirche jesu Christi wird von Gott geschenkt durch sein Wort und durch seinen Heiligen Geist, wann und wie er will.

Eine Zerstörung (Deformation) der Kirche tritt dagegen ein, wenn Menschengeist sie nach seinem Plan und Willen vergewaltigt. Eine solche Zerstörung der Kirche haben wir heute vor uns.

2. Sie ist verursacht durch eine Bewegung, die in ihrer Lehre und in ihrem Handeln an entscheidenden Punkten dem Geist des Evangliums widerspricht und das Bekenntnis der Kirche verletzt. Diese Bewegung hat, ihrer irrigen Auffassung vom Evangelium und vom Wesen der Kirche entsprechend, durch Anwendung weltlicher Methoden die Führung der Kirche an sich gerissen und will die Kirche nach diesen Grundsätzen regieren.

3. Die meisten Kirchenvertretungen in Gemeinden, Kirchenkreisen, Kirchenprovinzen und Gesamtkirche sind derart zustande gekommen, dass sie als kirchliche Körperschaften im Sinne der Kirchenordnung für Rheinland und Westfalen nicht anerkennt werden dürfen.

Daher entbehren die beiden von der letzten altpreußischen Generalsynode beschlossenen Gesetze über die Erreichtung des Landesbischofsamtes und von Bistümern sowie betreffend die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Kirchenbeamten des kirchlichen Charakters und der für Kirchengesetze notwendigen Rechtsgrundlage.

4. Das Zustandekommen beider Gesetze bedingt auch den widerkirchlich3n Charakter ihres Inhaltes. Der weltliche Führergedanke und der weltliche Eignungsgrundsatz unserer Tage, die beide im Raume der Kirche dem Wort Gottes widersprechen, werden in den Gesetzen zur geltenden Norm erhoben. Damit hat die Generalsynode den in der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche feierlich garantierten Bekenntnisstand verletzt. Hätten die beiden genannten Gesetze die nötige Rechtsgrundlage, so müssten außerdem nach Art. 161 Abs. 2 VU. rechtmäßig gewählte Provinzialsynoden der beiden westlichen Kirchenprovinzen gehört werden, da durch diese Gesetze die Kirchenordnung nicht nur geändert, sondern geradzu aufgehoben würde.

5. Hieraus folgt, dass wir die Inhaber des derzeitigen Kirchenregiments (Bischöfe, Pröpste usw.) nicht als bekenntnis- und verfassungsmäßige Träger des kirchlichen Amtes betrachten können. Hinzu kommt, dass die der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ angehörenden Inhaber des Kirchenregimentes nicht über die in der Kirche unerlässliche Freiheit verfügen, welche aus der alleinigen Bindung an Gottes Wort und die Bekenntnisse der Kirche entspringt, da sie an die Richtlinien dieser Bewegung und deren Führung gebunden sind.

Unser Gehorsam gegenüber den Anordnungen des derzeitigen Kirchenregiments richtet sich ausschließlich nach den Bestimmungen der Kirchenordnung, da diese allein Rechtsgültigkeit haben.

6. In der Bindung an unser Ordinationsgelübde werden wir der Kirche in der Gemeinde, in der uns unser Amt anvertraut ist, weiter dienen.

Wir werden jedoch nicht aufhören, für die Herrstellung eines Kirchenregiments zu beten und zu kämpfen, das bekenntnistreu zum Evangelium steht.

Wir werden nicht ablassen, für unsere Kirche eine schriftgebundene bekenntnismäßige Verfassung zu erstreben.

7. Für die beiden Westprovinzen fordern wir bei der kirchlichen Neuordnung einen von allen kirchenfremden Elementen befreiten presbyterial-synodalen Aufbau der Kirche, wie er zur Ausrichtung ihres Dienstes nach Gottes Wort notwendig ist.

Im einzelnen heißt das, dass auf allen Stufen der kirchlichen Vertretung das Wahlrecht nach der Kirchenordnung gewährleistet wird, in den Gemeinden für Presbyterium, Pfarrer und Kreissynodalvertreter, in den Kreissynoden, den Provinzialsynoden und der Generalsynode für die Vorstände und leitenden Männer, und dass diesen Körperschaften nach wie vor die Leitung und Pflege des Kirchlichen Lebens verantweortlich übertragen bleibt.“

22. November 1933:

Auflösung des DC-Studentenkampfbundes durch den Führer der Deutschen Studentenschaften Dr. Stäbel (GB 114)

22./23. November 1933:

Austritt bayerischer und anderer DC-Gruppen sowie von Professoren aus der GDC

Anzeige gegen Pfarrer, die die Kanzelabkündigung des Notbundes verlesen hatten (WNP 177f)

23./24. November 1933:

Führertagung der GDC in Weimar (vN 217 ff) mit „Weimarer Erklärung“:

„Die in Weimar versammelten Führer der Glaubensbwegung „Deutsche Christen“ aus allen deutschen Gauen erklären gegenüber den von gewissen Kreisen verbreiteten Zersetzungsgerüchten um der Ehre und Wahrheit willen folgendes:
1. Die Glaubensbewgung „Deutsche Christen“ steht als eine von alten Vorkämpfern der NSDAP begründete Bewegung auf dem Boden des Parteiprogramms. Es können auch Nationalsozialisten aufgenommen werden, die noch nicht der Partei mitgliedmäßig angehören. Sämtliche Mitglieder verpflichten sich zur kraftvollen Förderung der nationalen Weltanschauung im Sinne Adolf Hitlers.
2. Die Glaubensbwegung „Deutsche Christen“ steht als eine von Christen begründete Bewegung auf dem Boden des reinen Evangeliums. Die Bewegung steht nach wie vor auf dem Boden der Bekenntnisse der Kirche.
3. Die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ baut sich auf auf dem Führerprinzip auf und stellt sich geschlossen hinter den Reichsleiter Bischof Hossenfelder.“

Weimarer Entschließung:

„Die in Weimar versammelten Führer der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ des gesamtenh deutschen Reichsgebietes erklären einmütig und geschlossen:
Aus Anlaß der inzwischen vom Reichsbischof, vom Berliner Oberkirchenrat und vom Reichsleiter Hossenfelder gründlich zurückgewiesenen Ausführungen des abgesetzten Berliner Gauobmanns haben unsere jungreformatorischen Gegner von der kirchlichen Reaktion begonnen, mit Hilfe eines sogenannten „Notbundes“ von Pfarrern die kirchliche Zucht und Einheit zu verletzen und selbst unter Missbrauch der Kanzel und unter Anwendung anonymer Flugblätter in verwerflicher Weise unsere große Bewegung verdächtigt, zum Schaden der Kirche und des Vaterlandes.
Wir geben dem deutschen Kirchenvolk kund, dass wir gemäß unseren Richtlinien die Bekenntnisgrundlage nach wie vor festhalten.
Wir stehen als die verantwortlichen Führer der Glaubensbewegung und als zumeist älteste und treueste Nationalsozialisten in unerschütterliche Treue zu unserem Vorkämpfer und in diesen Tagen erneut bestätigten Reichsleiter Bischof Hossenfelder und unserem Schirmherrn Reichsbischof Müller. Wir

sind gewiß, dass die Führung der Deutschen Evangelischen Kirche die unwahrhaftigen und den kirchlichen Frieden störenden Vertreter der Reaktion mit aller Entschiedenheit zur Rechenschaft zieht, vor allem aber Kirchenämter und Wortverkündigung in die Hand solcher Möänner legt, die durch Art und Blut volksverbunden fühlen und dem Dritten Reich die gewaltige Lebenskraft aus dem Werke Luthers und der Reformation vermitteln. Aus diesem Geiste heraus führen wir aller gegnerischen Streitsucht und Unwahrhaftigkeit zum Trotz in Geschlossenheit und Glaubenseinigkeit den Kampf um die Seele des Kirchenvolkes.“

Bericht über die GDC-Versammlung (vN 218-223)

Siegfried Leffler und Julius Leutheuser gründen „Kirchenbewegung Deutsche Christen (Nationalkirchliche Bewegung)“ (GB 115/117)

Offener Brief von Siegfried Leffler an Hossenfelder (vN 223 ff):

„Sehr geehrter Herr Bischof! Es tut uns aufrichtig leid, dass wir um des Nationalsozialismus, um unseres Volkes wie unserer evangelischen Kirche willen uns gezwungen sehen, gegen Sie vor der Öffentlichkeit unsere Stimme zu erheben. Wie sehr habe ich persönlich noch vor der Weimarer Tagung vom 23. November gehofft und gewünscht, dass wir in geschlossener Front an der Sache unserer Kirche zum Heile unseres Volkes dienen könnten! Wir haben uns getäuscht und sind aufs Tiefste erschüttert von dem geistig-kirchlichen Niveau, das sich während der Tagung bei den verschiedenen Zusammenkünften zeigte. Man munkelte schon lange vorher, die Glaubensbewegung durchlebe eine Krisis, andere sagten, sie habe sich festgefahren. Das wäre nicht das Schlimmste gewesen und hätte sich bei gutem Willen wieder in Ordnung bringen lassen.
Aber, sehr verehrter Herr Bischof, die traurigste Erfahrung, die wir machen mussten, war die, dass Ihre Glaubensbewegung gar keinen Glauben hat, dem man Leben, Kraft, Liebe abspüren könnte.
Fernerhin mussten wir feststzellen, dass Ihre Glaubensbewegung wohl Männer aufzuweisen hat, vor denen wir als Nationalsozialisten in Hochachtung den Hut ziehen, aber von einem Glaubensbewußtsein, von einer christlichen Idee, die sie bis ins Herz hinein bände, von einem Ziel, das sie tapfer und geradeheraus kündeten, konnten wir nichts hören. Sie würden antworten, Herr Bischof, wir bekennen uns zum reinen unverfälschten Evangelium, wie Sie das so schön sagen, Das haben andere vor Ihnen mindestens genauso charaktervoll getan wie Sie. Aber das will niemand wissen; dass muss ja selbstverständliche Voraussetzung beim Aufbau einer christlichen Kirche in Deutschland sein. Vielmehr hungert die Welt nach der Kraft, nach den Beweisen der echten Frohbotschaft.

Diese sind Sie erst schuldig anzutreten. Dass Sie sich klar zur Bibel bekennen, rechnen wir Ihnen hoch an in einer Zeit, in der das Neue nur auf den sicheren Geleisen der apostolisch-prophetischen Geschichte der Vergangenheit sich entwickeln kann. Aber wir brauchen mehr als Erklärungen und Versicherungen; die Welt stellt heute die Frage: Was ist uns Christus? Und darauf hatten Sie bisher nur eine Antwort: Eine rein kirchenpolitische! Sie haben alte Kirchenfürsten gestürzt! Gewiß, das musste sein. Und Sie und Ihre Berliner Freunde haben dafür Bistümer und Bischofsstühle eingenommen: Aber mehr haben Sie wahrlich nicht zuwege gebracht.

Die gute Idee des deutschen Christentums haben Sie zu einer kirchenpolitischen Angelegenheit umgebogen und haben dabei dem letzten Fünklein Glauben den Rest gegeben, darum nannten Sie ja auch Ihre Bewegung „Glaubensbewegung". Gewiß, sehr verehrter Herr Bischof, ist es und bleibt es Ihr Verdienst, kräftig dazu beigetragen zu haben, dass die renitenten und widerspenstigen Kirchengeister unserem Führer und seinem Staat nicht allzu lange beschwerlich fielen.

Allein es tut doch Not, auch hier nie zu vergessen, dass es nie zu einer evangelischen Reichskirche gkommen wäre, wenn nicht ein 30. Januar, wenn nicht ein 21. März vorausgegangen wäre, wenn nicht unser einziger allverehrter Führer Adolf Hitler wäre, wenn nicht der preußische Staat pflichtgemäß Ordnung in dem kirchlichen Wirrwarr geschaffen hätte.

Gut, solange hatten Sie ein Recht, Kirchenpolitiker zu sein. Heute jedoch verlangt die Zeit nach Kirchenmännern, die aus dem Wesen der Kirche heraus zu bauen verstehen, die auch das Rüstzeug in jeder Weise hierzu mitbringen. Das ist dann doch eine merkwürdige Sache, Herr Bischof, dass Sie alle kämpfenden und wirklich klugen Köpfe als Hemmschuh empfinden … Sie stürzen einen nach den andern, nicht x-beliebige Menschen, sondern Männer von kirchlichem Format, wie Herrn Kirchenminister Schöffel. Was bleibt da überhaupt noch übrig? Nichts! Wo ist Ihr Kirchenbegriff? Was wollen Sie eigentlich mit Ihrer unversöhnlichen Kirchenpolitik, die nicht aufbaut, sondern nur zerstört. Sagen Sie uns einmal doch Ihr eigentliches Ziel! …

Wer wie Sie, Herr Bischof, auf dem kirchlichen Gebiet die politischen Maßstäbe anwendet, der kann unmöglich aus dem Geist Christi die Kirche aufbauen, der kann nicht sammeln, der fördert in besten Fällen den Ruin der Kirche.

Vielleicht parieren Sie und meinen, das Alte muss vergehen und ein Neues muss werden. Darin stimmen wir überein. Nur muss man etwas entscheidend Neues an die Stelle zu setzen haben.

Nur darf man nicht den einen Teufel aus dem Haus jagen, damit sieben andere zurückkommen und das Unheil wird ärger denn zuvor. Wir vermissen die innere Vollmacht. Uns erscheint diese Handlungsweise weder deutsch noch christlich. Aber auf der einen Seite haben Sie so die deutsch-christliche

Idee im Reiche um das Ansehen gebracht, dass sie nirgends mehr zu zünden vermag, auf der anderen Seite haben Sie die Reichskirche unmittelbar nach ihrer Enstehung bereits in die schlimmste Krise hineingeführt.“

<u>24. November 1933:</u>

Die Nicht-DC-Kirchenführer erklären Hossenfelder als Kirchenminister nicht mehr für tragbar (Meiser 124 ff, 131, 131f; GB 113/115)

Besprechung Meiser – Marahrens – Niemöller – Stratenwerth (Meiser 128 ff)

Rundschreiben Nr. 3 des Pfarrernotbundes (WNP 2, 177 ff)

50 DC-Führer bei Müller (GB 114):

„Fünfzig Männer stehen vor dem Führer der DEK. Entscheidende Stunden folgen. Die Nacht geht hin. Es ist 3 Uhr in der Frühe, als sich Führer und Gefolgschaft, eine einige Kameradschaft kämpfender Männer, gemeinsam erheben. Das Horst-Wessel-Lied braust durch das stille Haus und dann der alte Kampfgesang der Protestanten: „Ein feste Burg ist unser Gott!“ Ein Gelöbnis der Treue von oben nach unten und von unten nach oben. Nun kann das Ringen beginnen.“

<u>25. November 1933:</u>

Rücktritt des Geistlichen Kirchenministers Simon Schöffel (Stoll I, 30)

<u>26. November 1933:</u>

Aufruf von Hossenfelder am 26. November (ebd. 225f):

„Deutsche Christen. Wir sind stolz darauf, als Nationalsozialisten deutsche Christen zu sein! Wir sind stolz darauf, dem Reiche Adolf Hitlers aus dem ungebrochenen Willen der Glaubensbewegung heraus die neue evangelische Kirche aufbauen zu dürfen. Aus betont völkischer Kraft und Haltung sammeln wir das deutsche evangelische Christenvolk zu einer machtvollen religiösen Einheit. Zur Erfüllung dieser Aufgabe gehört in erster Linie Disziplin. Auf dem Gehorsam gegen das Bekenntnis erwächst auch die Disziplin für die äußere Haltung. Der deutsche Christ ist gehorsam gegen Gott und stellt sich in freiwilliger Gefolgschaft hinter die Führung unserer Bewegung, um den weitgespannten Inhalt der Aufgaben der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ in der lebendigen Kirche von morgen zur Tat zu machen.

Unsere Bewegung ist jung; erst reichlich ein Jahr ringen wir um jeden deutschen Volksgenossen. Aus tiefstem Glauben wollen wir das evangelische Kirchenvolk erobern. Die gewaltig aufsteigende Entwicklung trägt die lebendige Gemeinde. Wie der Nationalsozialismus die Totalität des Staates in allen seinen Wirkungskreisen ergriffen hat, so soll die Glaubensbewegung über alle kirchenpolitische Gruppenbildung der Vergangenheit die Totaität einer am Evangelium entflammten großen Volkskirche bringen…
Deutsche Christen! – das Ringen um die Reichskirche erfordert eine geschlossen Einheit – Reaktionäre und Zersetzungsapostel versuchen mit allen, auch mit unsauberen Mitteln, die marschierende Front der Glaubensbewegung zu zerreißen. In dieser herrlichsten Zeit deutscher Kirchengeschichte seit Luther macht man uns Schwierigkeiten und Vorwürfe aus Weltfremdheit, Verstocktheit und Überalterung. Laßt Euch nicht provozieren, jede unbedachte Handlung wird ausgenutzt zum Schaden der Bewegung. Auf der Grundlage von Bekenntnis und Evangelium soll alles neugeprägt der Zukunft verhaftet sein. Haltet Treue dem evangelischen Bekenntnis! Haltet Treue zum Reichsbischof und der Reichskirchenregierung! Haltet Disziplin als Nationalsozialisten! Umso leichter macht Ihr uns das Durchgreifen gegen Unbelehrbare, wo es notwendig ist und wie wir es schon bewiesen haben.An unserer Treue und an unserem evangelischen Christentum finden sie ihren Meister.“

Walter Birnbaum: Die Reichsrichtlinien für Volksmission (DED 48/1933)

Hans - Michael Müller: Staat und Konfessionen (ebd.)

27. November 1933:

Begründung der Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“, Rede von Robert Ley (UF IX 645 ff)

NS-Presseerklärungen zur GDC (Nic I, 177 ff; GB 114/116):

„Über den Pastorenstreit innerhalb und außerhalb der deutschen Christen soll die Berichterstattung erheblich mehr eingeschränkt werden..“

„Es ist nunmehr vom Propagandaministerium ein offizielles Verbot herausgegeben worden, wonach keine Zeile mehr über den Streit innerhalb der Deutschen Christen veröffentlicht werden darf. Ein Verstoß gegen diese Richtlinien würde ein sofortiges Verbot der betreffenden Zeitung nach sich ziehen. Unter das Veröffentlichungsverbot fallen ebenso die offiziellen Verlautbarungen der Kirchenregierung, ferner

Verlautbarungen des Reichsbischofs, sofern nicht ausdrücklich die Genehmigung des Propagandaministeriums hierfür vorliegt. Wir bitten dringend darum sich im Einzelfall mit dem Berliner Büro in Verbindung zusetzen. Das Propagandaministerium ist der Meinung, dass sich die evangelische Geistlichkeit mehr um die Seelsorge und das Winterhilfswerk zu kümmern habe, als einen dogmatischen oder politischen Streit auszufechten, dessen Sinnlosigkeit offen zutage liegt. Es wird lediglich heute Nachmittag noch eine kurze Meldung herausgegeben, deren Tenor lautet: „Es ist alles geklärt". In Wirklichkit ist keineswegs alles geklärt, aber die Regierung hat von sich aus in dieser Richtung eingegriffen."

Besprechung Meiser, Althaus, Koch, Niemöller u. a. (Meiser 123 ff)

Besprechung Meiser mit Walter Conrad (ebd. 135f)

Protestschreiben der „Landeskirchlichen Sammlung" an das Landeskirchenamt (Klügel 30)

Jüdische Fest- und Feiertage dürfen nicht mehr in Behördenkalender aufgenommen werden

28. November 1933:

Aufruf des Gauleiters Friedrich Karl Florian gegen die kirchliche Presse (Nic I, 179f):

„Der 12. November hat eindeutig erwiesen, dass das deutsche Volk einig hinter seinem Führer und Kanzler und seiner Regierung steht. Wer diese Einigkeit und die am 12. November unter Führung von Adolf Hitler hergestellte Vertrauensgemeinschaft des deutschen Volkes stören will, ist ein Volksverräter….
Es gibt keine katholische Presse, es gibt keine protestantische Presse, es gibt nur eine deutsche Presse…"

Erklärung von Greifswalder Professoren gegenüber Bischof Thom

(JK 402):

„…In Ihrer Kundgebung, Herr Bischof, kommen diejenigen Gemeindeglieder und Pfarrer, die nicht „Deutsche Christen", beziehungsweise deren Freunde und Kampfgenossen, sind, unter dem Titel „Gegner" vor. Wenn diese Gegner bereit sein sollen, die unsagbaren Unterdrückungen und Bitterkeiten, die sie im verflossenen Sommer von den „Deutschen Christen", auch hier in Pommern, erfuhren, innerlich durchzustreichen, so müssen Sie wissen, dass

ihr Bischof nicht als „Deutscher Christ“ ihnen gegenüber-, sondern als Leiter und Seelsorger mit ihnen zusammensteht. „Deutsche Cjhristen“, alter und neuer Gestalt, können sie auch heute nicht werden, und zwar aus ihrem Verständnis von Evangelium und Kirche heraus – nicht, weil sie „Reaktionäre“ wären, wie man Glaubensbrüder zu nennen gewagt hat. Der „Freudigkeit und Willigkeit aller vorwärtsstrebenden Kräfte in der Kirche“ dürfen Sie, Herr Bischof, dennoch gewiß sein. Aber zuerst muss die im Raum der Kirche unberechtigte Gleichschaltung in den kirchlichen Ämtern und Körperschaftern behoben und das gleiche Recht aller auf dem Boden des biblischen Evangeliums stehenden Gemeindeglieder und Pfarrer hergestellt werden. Erst dann kann das Vertrauen, das uns allen um der Sache willen am Herzen liegt – ach, fiele doch auch einmal ein versöhnliches Wort! -, in unserer Kirche zurückkehren. Ehrerbietigst gez. Baumgärtel, Deißner, Fichtner, Frh. Von der Goltz, Greeven, Hermann, Jeremias, V. Schultze, Professoren und Dozenten der Theologie an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Greifwald.“

Besprechung Meiser mit Ranke (Meiser 136)

Besprechung Meiser – Asmussen (Meiser 136f)

Sitzungen der lutherischen Kirchenführer mit Meiser, Karl Koch, Niemöller und Stratenwerth (Meiser 137 ff, 143f, 151f, 152 ff)

29. November 1933:

Forderungen der Landesbischöfe von Baden, Bayern, Hamburg, Hannover, Oldenburg, Thüringen, Württemberg und des Propstes von Eutin nach Rücktritt von Hossenfelder (vN 302f):

„Der schwere Ernst der kirchlichen Lage zwingt uns zu folgender Feststellung:

Der lutherische Kirchenminister D. Dr. Schöffrel hat sich genötigt gesehen, aus seinem Amt zu scheiden. Kirchenminister Hossenfelder kann aus Gründen des Bekenntnisses und um seiner persönlichen Haltung willen nicht länger ertragen werden. Die Glaubensbewegung Deutsche Christen hat sich in ihrer bisherigen Reichsleitung nicht als ein Hort, sondern als eine Gefahr für Leben und Lehre der Deutschen evangelischen Kirche erwiesen. Der Neubau der Deutschen evangelischen Kirche kann nur getragen werden von den geschlossenen Körperschaften und den auf Schrift und Bekenntnis sich gründenden Gemeinden und Pfarrern. Deshalb fordern wir:

1. Das Geistliche Ministerium ist neu zu bilden. Es hat die Aufgabe, in einer Übergangszeit die Befriedung der Deutschen evangelischen Kirche herbeizuführen. Es muss daher so gestaltet werden, dass es in seinen

Mitgliedern das Vertrauen des Kirchenvolkes verkörpert, welches die Nationalsynode in ihrer jetzigen Zusammensetzuung nicht besitzt.

2. Es ist dafür zu sorgen, dass in sämtlichen Kirchengebieten, in denen durch Anwendung von Zwang und Gewalt kirchliche Maßnahmen sachlicher und personeller Art getroffen wurden, unverzüglich geordnete kirchliche Verhältnisse hergestellt werden.

3. Die bisher von der Glaubensbewegung Deutsche Christen geübte kirchliche Nebenregiertung muss restlos beseitigt werden. Die Unabhängigkeit des Herrn Reichsbischofs erfordert es daher auch, dass er die Schirmherrschaft über die Glaubensbewegung Deutsche Christen niederlege.

Bei diesen Forderungen geht es uns um eine Volkskirche, die ihren Aufgaben an Volk und Staat wirklich gerecht wird. Wir können nicht länger dulden, dass die gegenwärtigen Auseinandersetzungen innerhalb der Deutschen evangelischen Kirche von den Feinden unseres Volkes zu seinem Schaden ausgenutzt werden.

Wir verwahren uns mit allem Ernst dagegen, dass unser pflichtgemäßes Handeln im Dienst an Kirche und Volk als Zeichen reaktionärer Gesinnung oder mangelnder Reichstreue böswillig missdeutet wird. Mit allen gläubigen evangelischen Christen bekennen wir uns fest und entschlossen zu unserem Volk und seinem Führer.“

Besprechung von Meiser mit Müller (Meiser 145 ff, 149 ff)

Besprechung Meiser mit Conrad (Meiser 147)

Besprechung von Meiser mit Dr. Buttmann (Meiser 147f)

Rücktritt des Geistlichen Ministeriums (Stoll I, 38)

<u>30. November 1933:</u>

Anordnung des Reichsinnenministers: Rückzug des Staates aus unmittelbarem Eingreifen in die kirchlichen Auseinandersetzungen (Nic. I, 181).

„In der deutschen Evangelischen Kirche sind zur Zeit Auseinandersetzungen im Gange, die auf eine Klärung der kirchlichen Gesamtlage hinzielen. Der Herr Reichskanzler hat die ausrückliche Entscheidung getroffen, dass, da es sich um rein kirchliche Angelegenheiten handelt, von außen her in diesen Meinungsstreit nicht eingegriffen werden soll. Insbesondere soll jedes polizeiliche Eingreifen, wie Schutzhaft, Polizeibeschlagnahme und ähnliches unterbleiben. Ich bitte daher ergebenst, die nachgeordneten Dienststellen unverzüglich mit entsprechender Weisung zu versehen. Es ist selbstverständlich, dass die zur Wahrung der äußeren Ordnung etwa notwendigen Maßnahmen insoweit

zulässig sind, als sie nicht den Charakter eines Eingriffes in den innerkirchlichen Meinungskampf haben. Aus gegebenen Anlaß weise ich darauf hin, dass auch kirchliche Stellen nicht befugt sind, ein Einschreiten staatlicher Organe im kirchlichen Meinungskampf herbeizuführen.“

November 1933:

Heinrich Vogel: „Acht Artikel evangelischer Lehre“ (Schmidt 1, 80 ff):

Artikel I. Vom Worte Gottes
1. Von der Heiligen Schrift

2. Von der Predigt

Artikel II. Von den Sakramenten

1. Von der Taufe

2. Vom Abendmahl

Artikel III. Von der Dreieinigkeit

Artikel IV. Vom Gesetz

Artikel V. Von der Sünde

Von der Erkenntnis der Sünde

Artikel VI.Von der Gnade

Artikel VII. Von der Kirche

Von Amt und Ordnung der Kirche

Artikel VIII. Von den Ordnungen

1. Von Rasse und Volkstum

2. Vom Staat

Vom Verhältnis zwischen Kirche und staat

3. Von Ehe und Familie

„Betheler Bekenntnis“ fertiggestelt, Vorbemerkung aller Mitarbeiter vom November 1933 zur späteren Ausgabe Anfang 1934:

„Als im Juli d. J. immer mehr Pfarrer in ihrer Verkündigung überwacht und in ihrer Amtsführung angefochten wurden, als es zweifelhaft schien, ob die in der Öffentlichkeit zugesicherte Anerkennung der freien, nur an das Wort Gottes und das Bekenntnis der Kircvhe gebundnen Verkündigun verwirklicht werde, als es besorgten Männern ernsthaftes Anliegen wurde, sich selber zu prüfen, ob sie nicht unbewußt subjektiver Lehrauffassung oder den

Einflüssen der Zeitzmächte verfielen, da wandte sich ein Kreis jüngerer Pfarrer an D. von Bodelschwingh mit der Bitte, er möge Sorge tragen, dass über die Lehren, die in der gegenwätigen Kirche strittig geworden seien, ein theologisches Gutachten ausgearbeitet werde. Es sollte die Pfarrer an das Bekenntnis erinnern, an das sie ihr Ordinationsgelübde bindet; es sollte ihnen und ihren Gemeinden zugleich zur Stärkung dienen.

Nachdem ein kleinerer Kreis von Theologen einen Entwurf ausgearbeitet hatte, wurde er einem größeren Kreise mit der Bitte um Prüfung zugesandt. Unter Berücksichtigung der daraufhin eingelaufenen Gutachten wurde diese vorläufige Fassung gefunden. In ihr werden nun die Sätze dem weiteren Bruderkreis vorgelegt, dem sie dienen und zugleich Anregung geben sollen, die in ihnen niedergelegten Erkenntnisse gemeinsam weiter zu erwägen.

Wir wenden uns zunächst an Pfarrer, Lehrer und Presbyter der Kirche, weil wir wissen, dass es die Beunruhigung in der Lehre ist, in der unsere Arbeit eine Hilfe bieten soll. Es geht uns bei dieser Arbeit nicht um das volksmissionarische Wollen der Kirche, auch nicht um den wagemutigen Entschluss zu neuer Tat; das ist weiteren Arbeiten vorbehalten. Es geht zunächst um die Frage, was es bedeute, dass die Deutsche Evangelische Kirche sich feierlich auf ihre Bekenntnisgrundlage beruft. Dass ein solches Unternehmen in Wahrhaftigkeit geschehe, scheint uns das vorzügliche Gebot der Stunde. Herrscht hier Wahrheit, dann verfällt das Bekenntnis der Väter nicht dem Dornröschenschlaf eines unantastbaren Märchenschlosses, sondern vermag zur wehrhaften Burg zu werden.

Wir haben uns aus dem Kreise unser mahnenden Berater gern die Frage gefallen lassen, ob denn eine „erneuerte Augustana“ in der Gegenwart helfen könne, ob sie dem „Voluntaristen SA“ nicht zu „intellektualistisch“ erscheinen und den Willen zum Kampf durch den einengenden Blick auf Apologetik lähmen werde. Wir wissen wohl, dass dem SA-Mann das Evangelium gesagt wwerden muss in der Sprache unserer Zeit. Wir wissen zugleich, dass Erwägungen, wie wir sie hier vorlegen, nicht unmittelbar den Weg zu ihm finden. Wir glauben aber auch gewiß zu sein, dass kein Pfarrer getrost zu predigen vermag, der sich nicht Rechenschaft geben kann und will, was die Lehre unserer Kirche zu den heute brennend gewordenen Fragen zu sagen hat.

Wir bejahen darum als den Ort, von dem aus wir reden, die Lehre der evangelisch-lutherischen Kirche. Wir lassen die Belkenntnisschriften nicht hinter uns, um einfach von der Schrift aus zu reden, und wir unternehmen es noch viel weniger, eine Unionslehre zu versuchen.

Wir wissen, dass allein die Schrift Grund der Lehre ist, „der einige Richter, Regel und Richtschnur, nach welcher als dem einigen Probierstein sollen und müssen alle Lehre erkannt und geurteilt werden, ob sie gut oder bös, recht oder unrecht sein.“ (F.C. Vorrede Müller 517). Aber wir stehen, wenn wir als

ministri verbi divini reden, in einer bestimmten Kirche, an ihre Lehre, an ihre Ordnung gebunden. Gerade das wurde uns heute zur bedeutsamen Erfahrung, dass wir auch in Kirche und Amt an einen bestimmten Ort gebunden, an ein bestimmtes Erbe gewiesen sind.

Darum konnten wir nicht die Losung einer durch vielen Gegensatz allein bestimmten Unionskirche aufnehmen. Wir begnügten uns, für alle, denen am Predigt- und Lehramt der Kirche gelegen ist, die heute so entschieden erhobene Forderung ernst zu nehmen, das „Bekenntnis" der Väter zu fragen, was es uns heute zu sagen hat. Wir sind dabei der Überzeugung, dass die, die mit uns nachdenken, eine bedeutsame Hilfe erfahren für den heute geforderten Dienst in der Gemeinde. Denn es war nicht unsere Absicht, zum Zurückschauen aufzurufen, sondern zum Weiterschreiten.

Dieses Weiterschreiten denken wir uns vor allem so, dass in dem Kreise, dem wir diese Blätter zur Besinnung vorlegen, nachgedacht wird über das, was der Gemeinde in der Predigt zu sagen ist, im Gottesdienst wie in der volksmissiomnarischen Verkündigung."

Der Inhalt:

I. Von der Reformation

II. Von der Heiligen Schrift

III. Von dem Dreieinigen Gott

IV, Von Schöpfung und Sünde

1. Schöpferglaube und und natürliche Erkenntnis

2. Von der Sünde

V. Von Christus

VI. Vom Heiligen Geist und Seinen Gaben

1. Vom Heiligen Geist

2. Von der Rechtfertigung, Glaube, Heiligung

3. Vom Gehorsam gegen das Gesetz und vom Leben in den Ordnungen

VII. Von der Kirche

1. Von der Kirche

2. Von Amt und Bekenntnis

3. Die Kirche und die geschichtlichen Gemeinschaften

4. Kirche und Obrigkeit

5. Die Kirche und die Juden

VIII. Von der Geschichte und vom Ende aller Dinge

1. Dezember 1933:

„Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat“ (Münch 78f):

„§ 1. Nach dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Trägerin des deutschen Staatsgedankens und mit dem Staat unlöslich verbunden.“

Rudolf Hess und Ernst Röhm Mitglieder der Reichsregierung

Wilhelm Kube: Neue Aufgaben (GB 118):

„Selbstverständlich können in gewissen Dingen auch Meinungsverschiedenheiten bestehen und ausgetragen werden. Die Auseiunandersetzungen auf kirchlichem und religiösem Gebiet, die wir in den letzten Wochen erlebt haben, beweisen das einwandfrei. Nur in den Dingen des Staates, der Rasse und der Nation darf es keine Meinungsverschiedenheiten geben. Und die Meinungsverschiedenheiten auf kirchlichem Gebiet dürfen nicht ins Politische übertragen werden. Nicht die Zugehörigkeit zum Katholizismus, zur deutschchristlichen Bewegung oder zu irgendeiner anderen religiösen Organisation beweist die nationale Zuverlässigkeit und den nationalsozialistischen Wert. Beide sind von der konfessionellen oder religiösen Einstellung unabhängig. Und es hat keiner das Recht, sich auf den Führer oder die nationalsozialistische Bewegung zu berufen, wenn er in kirchlichen Dingen segnet oder flucht. Jeder alte Nationalsozialist hat aus den langen Jahren des Kampfes seine innere Einstellung zum Herrgott gesucht und gefunden. Für ihn ist diese Einstellung Anlass, die religiöse Überzeugung seines Kampfgefährten zu achten und zu ehren und sich nicht deswegen mit ihm zu verzanken. Das wäre Götzenwerk und nicht Gotteswerk.“

Protestschreiben der ostfriesischen Geistlichen an den Präsidenten des Landeskirchenamtes (Klügel 30f)

Heinrich Vogel: Wider die Gleichschaltung von Gottesgesetz und Staatsgesetz (JK 333 ff)

Paul Fleisch: Die niederdeutschen lutherischen Kirchen (ebd. 340 ff)

Martin Niemöller: Zur grundsätzlichen Beurteilung der kirchlichen Lage (ebd. 344 ff)

Hanns Lilje: Randbemerkungen zur kirchlichen Lage (ebd. 346f)

2. Dezember 1933:

Berufung eines neuen Geistlichen Ministeriums: Hans Lauerer (lutherisch), Hermann Wolfgang Beyer (uniert), Otto Weber (reformiert) (Stoll I, 39f)

3. Dezember 1933:

Zur Einführung von Müller als Reichsbischof im Berliner Dom am 1. Advent 1933:

„Unter stärkster Teilnahme der gesamten evangelischen Berliner Bevölkerung erfolgt am 1. Advent im Dom die feierliche Einführung des Richsbischofs Ludwig Müller. An der Spalierbildung von der Siegesallee bis zur Schloßfreiheit beteiligen sich alle Groß-Berliner Organisationen und Verbände, dazu die Konfirmanden, die Hitlerjugend, das Jungvolk, Bund deutscher Mädel, die SA-, SS- und St.- Formationen, Innungen, Heimatverbände, Kriegervereine, alle kirchlichen Organisationen und nicht zuletzt die Gemeindegruppen der Deutschen Christen. Unter feierlichem Geläut der Dom – und aller Kirchenglocken bewegt sich um 10 Uhr der Festzug vom Schloss zum Dom, an der Spitze der Reichsbischof mit den Bischöfen. Am Festgottesdienst im Dom nehmen der Reichspräsident und die führenden Staatsbeamten des Reiches und der Länder teil. Reichspräsident von Hindenburg wird in einer kurzen Ansprache den Reichsbischof als den ersten lutherischen Reichsbischof in deutschen Landen bestätigen; Die Festpredigt hält der Reichsbischof. Unter Orgelspiel und Glockengeläut, das wiederum von allen Kirchenglocken Berlins aufgenommen wird, erfolgt dann der Auszug zum Schloss. – Im Staatsschauspielhaus findet um 13 Uhr ein feierlicher Begrüßungsakt mit einem Eintopf-Essen statt.“ (Evangelium im Dritten Reich für Groß-Berlin 215)

Hossenfelder: „Achtung! Die Wahrheit muss siegen!“ (vN 226f):

„Wenn man den Kampf gewisser Kreise geggen die neu werdende Deutsche Evangelische Kirche anschaut, so fühlt man sich in die Zeiten des 17.Jahrhunderts versetzt, wo von den Berliner kanzeln herunter ein Pfarrer dem anderen die seligkeit absprach. Die Sportpalst-Angelegenheit, die vom Herrn reichsbischof und von miur längst erledigt ist und zwar viel schneller, als jemals die alte Kirche einen Irrlehrefall erledigen konnte, wird zum dauernden Anlaß genommen, um die gemüter des Kirchenvolks zu erhitzen. Es ist eine Verdrehung der Wahrheit, wenn man sagt, dass die reichsleitung der Deutschen Christen die dort geplante Resoltion decke. Diese Resolution ist mit dem Mann zusammen, der sie fassen ließ, gleichfalls erledigt. Lüge, Unwahrheit und Verleumdung, wie sie böswilliger und hartnäckiger nicht auf

den Plan traten selbst in den zeiten, da der Nationalsozialismnus nochum die Macht kämpfen musste, feiern jetzt in der Kirche ihre Orgien weiter.
Es geht nicht mehr um die einige Deutsche Evangelische Kirche, es geht um theologische Streitobjekte. Wir haben tausendmal erklärt, dass wir an Bibel und bekenntnis nicht rütteln lassen. Jetzt aber wird fast allein der Kampf um das Alte Testament geführt. Man könnte meinen, man wärer wieder mitten in den Streitgkeiten von Apostelgeschichte 15, man wäre wieder in den Auseinandersetzungen zwischen Juden-Christen unbd Heiden-Christentum-
Wir „Deutsche Christen" erklären, dass wir, koste es, was es wollen, unser Volk von solchen Streitigkeiten erlösen müssen und wollen. Das Adventslicht, der Heiland, der erschienen ist, damit allem Volke Freude widerfahre, kann sein Gnadenwerk an uns nicht tun, wenn der „Friede, welcher höher ist als alle Vernunft", diesem Gezänk nicht ein Ende macht. Wir „Deutsche Christen" können aber ebenso nicht dulden, dass um dieser Streitigkeiten willen auch die Einheit des deutschen Volkes im Dritten Reich, die Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche erneut bedroht wird. Wir „Deutsche Christen" wissen, welche Kräfte und Mächte, religiös getarnt, hier unter diesen Zänkereien und üblen Aufputschungen der Herzen stehen. Wir wollen den Frieden in der Kirche, damit die Heilsbotschaft von Jesus Christus voll und mächtig ertönen kann und uns die deutschen Herzen fülle. Unsere Bewegung ist stark genug, um die reaktionären Kräfte, die sich hier erneut regen, auszuschalten und matt zu setzen. Unsere Sendung ist zu groß und zu hoch, als dass wir sie von denen angreifen lassen, die noch vor wenigen Monaten, wie alle ihre Bücher und sonstigen Dokumente beweisen, den jetzigen Führer des Reichs geschmäht und gelästert haben.
Da sie auf politischem Wege nichts mehr erreichen, verschanzen sie sich hinter religiösen Prinzipien. Wehe, wenn unser Volk, politisch geeint, kirchlich je zerfiele! Darum bindet den Helm fester! Auf zum Kampf für die alten Ziele der Glaubensbewegung „Deutsche Christen"! Jeder wache und kämpfe auf seinem Posten! Je glaubensvoller wir zuschlagen, desto sicherer wird uns der endgültige Sieg!"

Besprechung von Meiser mit Georg Schulz (Meiser 156, 158)

Besprechung von Meiser mit Conrad (Meiser 157)

Telephonische Mitteilungen von Lauerer, Schöffel, Wurm und Stratenwerth an Meiser (Meiser 158 ff)

Bruno Gutmann: Die Kirche in den volksorganischen Bindungen

(DED 40/1933)

Stiasny: Beginn des volksmissionarischen Werkes (ebd.)

4. Dezember 1933:

Kirchengesetz über die kirchenpolitische Unabhängigkeit der Reichskirchenregierung:

„Den Mitgliedern des Geistlichen Ministeriums sowie den Beamten und Hilfsarbeitern der Reichskirchenregierung wird die Zugehörigkeit zu kirchenpolitischen Parteien, Bünden, Gruppen und Bewegungen untersagt.“ (vN 227f)

Besprechungen Meisers mit Forell und Norregard, mit Koch und Stratenwerth, mit Müller, Asmussen, mit K.D. Schmidt, Koch und Stratenwerth (Meiser 161 ff)

Reichsbischof Müller legt Schirmherrschaft über die GDC nieder

5. Dezember 1933:

Weitere Besprechungen von Meiser mit Koch, Marahrens, Smidt u. a., mit Müller, Conrad u.a. (Meiser 165 ff)

6. Dezember 1933:

Kundgebung des Reichsbischofs an die DC anlässlich der Niederlegung seiner Schirmherrschaft (JK 399f; vN 228f):

„Meine Mitkämpfer! Wir haben uns zusammengefunden im gemeinsamen Erleben des großen nationalsozialistischen Kampfes. Auf uns wurde die Aufgabe gelegt, um die Neugestaltungm der evangelischen Kirche im Dritten Reich zu ringen. Die Frage nach einem neuen Verhältnis von Staat und Kirche war in uns aufgesprungen. Eine lebendige Verkündigung des Evangeliums unter den Männern des Dritten Reiches wurde unsere Forderung. Einheit und Führung in der Kirche war unser Ruf.

Als mich der Kanzler zu seinem Vertrauensmann berief, habt Ihr Euch tapfer hinter mich gestellt. Ihr habt mir die Schirmherrschaft in Eurer Bewegung angeboten, und ich habe sie frohen Herzens angenommen. Von Eurer Treue war ich getragen, und viele andere kirchliche Kreise haben sich hinter mich gestellt. Von gemeinsamem Vertrauen bin ich auf einstimmigen Beschluss der Nationalsynode zum ersten deutschen Reichsbischof erhoben worden.

In dieser Zeit sind schwere Kämpfe in der Kirche ausgefochten worden. Der Vorwurf der Machtpolitik und der Irrlehre auf der einen Seite, die Beschuldigung der Reaktion auf der anderen, Diffamierungen auf allen Seiten beherrschten das äußere Bild unserer Kirche. Es sind mancherlei

Übergriffe hin und her vorgekommen. Jetzt müssen wir beweisen, dass wir als Christen von gemeinsamer Buße und Vergebung wissen.

Der bisherige unwürdige Zustand ist nicht länger zu ertragen – im Angesicht triumphierender Feinde unserer Kirche. Das Vertrauen aller, das mich zum Führer der Deutschen Evangelischen Kirche erhoben hat, zwingt mich zum Handeln. Unbekümmert um alte erstarrte Fronten, unbekümmert um Vorwürfe hüben und drüben, muss ich den Weg gehen, der heute allein möglich ist.

Es geht um das große Ziel, dass unsere äußerlich geeinte Deutsche Evangelische Kirche echte Kirche sei, Kirche Christi, die allein steht auf der Offenbarung, deren alleiniger Herr Christus ist. Und um das andere, dass diese Kirche nicht Staat im Staate werde, sondern dass sie sich lebendig einordne in das Dritte Reich. Endlich muss allen sichtbar und deutlich werden, dass die Kirche der Reformation und der nationalszialistische Staat nicht Gegensätze sind, dass sie fest und innerlich zueinander gehören.

Dieses große Ziel kann nur bei klarer und einheitlicher Führung erreicht werden. Deshalb musste ich die Kirchenleitung frei machen von Bindungen an alle kämpfenden Gruppen. Im Verfolg des dazu notwendigen Gesetzes des Geistlichen Ministeriums musste ich als erster diesem Gesetz gehorchen und die Schirmherrschaft niederlegen. Dieser Entschluss ist mir schwergefallen. Es hat mir wehgetan. Ich habe lange darum gerungen. Aber ich weiß, Ihr als Nationalsozialisten folgt der Führung auch dort, wo Gehorsam Not macht!

Es geht mir als Führer der Deutschen Evangelischen Kirche um das Vertrauen aller, die an dem großen Werk mitarbeiten wollen, die unser großes Ziel verstehen. Wir wollen gemeinsam Gott, den Herrn, bitten, dass er Euch mit allen evangelischen Deutschen die Kraft schenke, mit neuem Willen zusammenzustehen zum echten Neubau der Kirche aus der lebendigen Gemeinde.“

Besprechung von Meiser mit Lauerer (Meiser 170)

Prof. Schreiner: Das Güstrower Bekenntnis (Schmidt 1, 89:

1. Wir bekennen uns in unbeirrbarer Treue zum Glauben unserer Väter. Ihr Bekenntnis ist auch unser Bekenntnis.
2. Darum verwerfen wir den Versuch, die Kirche Jesu Christi auf einen anderen Grund zu bauen als allein auf die Offenbarung Gottes, die in der Heiligen Schrift bezeugt ist. Wir bekennen Jesum Christum als den Gekreuzigten und Auferstandenen als das vollkommene und ewige Wort Gottes, dem keine andere Offenbarung mit gleichem Recht zur Seite steht.
3. Wir scheiden uns von allen, welche die Wahrheit des Evangeliums verdunkeln oder verfälschen. Das Wort vom Kreuz ist freies Angebot. Weil die

Kirche aus diesem Wesen lebt, ist äußerer Zwang und die Anwendung von Gewalt in ihr ausgeschlossen.
4. Wir verwerfen jeden Versuch, die Verkündigung der Kirche und ihre äußere Gestaltung voneinander zu scheiden. Wort und Tat müssen einander entsprechen bis hin zur kirchlichen Gesetzgebung. Leib und Seele lassen sich nicht trennen.
5. Wir bekennen, dass Gott der Schöpfer, das Völkerschicksal bestimmt und erkennen Gottes Führung in der völkischen Erneuerung unseres Vaterlandes. Weil Völker und Menschen durch Gericht und Gnade erhalten werden, dem Reich Gottes entgegenzuleben, stellen wir uns mit ganzer Liebe in den verantwortlichen Dienst an der Nation, für die wir zu leben und zu sterben bereit sind.
6. Wir bekennen in wahrhaftiger Buße vor Gott die Lauheit in der Liebe und die Halbheit unseres Glaubens und geloben, entschlossenen Gehorsam unter den Heiligen Geist Gottes, der allein rufen, sammeln und erleuchten kann.
7. Wir kämpfen für die Erneuerung der Kirche aus dem Geist der Volksmission, die der Herr der Kirche uns aufgetragen hat und rufen die Glieder der Gemeinde auf, sich mit uns in Wort und Tat diesem Dienst zu weihen.“

6. Dezember 1933:

Verfügung von Hossenfelder:

„1. Die GDC ist eine Glaubensbewegung und keine kirchenpolitische Partei.

2. Sie musste in die kirchlichen Parlamente gehen, um die frühere Aufspaltung des kirchlichen Lebens in den kirchenpolitischen Gruppen zu überwinden und die einige DEK zu erkämpfen.

3. Diese Mission ist heute erfüllt. Die noch bestehdenden Überbleibsel kirchenpolitischer Gruppen müssen jetzt durch die von uns geschaffene Reichskirche beseitigt werden.

4. Ich ziehe die Bewegung ab heute aud dem kirchenpolitischen Kampf zurück…9. Die GDC stellt jeden christlichen Nationalsozialisten vor die Entscheidung: Willst du dem Dritten Reich in bewusster Verantwortung dein ganzes evangelisches Dasein als tragende Glaubenskraft zur Verfügung stellen? Wir bejahen als Nationalsozialisten diese Frage aus der Verantwortung vor Gott und Volk.

10. Ich ordne daher folgendes an: a. die bestehenden Fraktionen der GDC in den kirchlichen Körperschaften bleiben erhalten. Ich danke ihnen für die bisher geleistete Arbeit und ersuche sie, auf der Grundlage unserer Richtlinien und dieser Verfügung positiv weiterzuarbeiten. B. Alle Führer und Unterführer haben sich jeden Eingriffs in die Kirche und jeder Personalpolitik zu enthalten.“

7. Dezember 1933:

Amnestie für KZ – und Strafanstaltshäftlinge

Rede von Baldur von Schirach über die Hitler-Jugend als einzige Jugendorganisation in Deutschland (Nic I, 128f):

„… Wir beanspruchen, dass alle anderen Jugendorganisationen in Deutschland keine Daseinsberechtigung mehr besitze, Diese Organisationen müssen zugunsten der Hitlerjugend verschwinden. Wir wollen es nicht mit Gewalt erreichen, das möchte ich feierlich betonen, sondern durch die Größe der Leistung. Es ist für uns ein unerträglicher Zustand, dass unter dem Motto irgendwelcher kirchlicher Sonderinteressen Jugendorganisationen geschaffen werden und immer noch abseits stehen."

Friedrich von Rabenau: „Nicht Reaktion, sondern Reformation!" (JK 365 ff; vN 292 ff):

„Im gegenwärtigen Augenblick ist es wichtig auszusprechen, dass der Pfarrer-Notbund weder politische noch kirchliche Reaktion vertritt.

Der Vorwurf politischer Reaktion verkennt vollständig unser Anliegen und unser Ziel, wenn er nicht lediglich als ein böswilliges Kampfmittel zu bewerten ist.

Aber auch von kirchlicher Reaktion soll und darf bei uns keine Rede sein. Wir wollen nicht blindlings alles, was in der alten Kirche getan und erstrebt worden ist, schlecht machen. Aber ihre Hemmungen sind deutlich und haben sich in dem Sturm, den sie im Soimmer zu bestehen hatte, klar herausgestellt.

Letztlich ist in einer Kirche natürlich immer maßgebend das Maß von Glaubens- und Liebeskrafgt, das in ihrer Leitung, in ihrem Pfarrerstand und in ihren Gemeinden lebt."

Rundschreiben Nr. 4 des Pfarrernotbundes (WNP 179 ff)

Entschließungen von 1200 Männern der evangelischen Gemeinden Barmens reformierten, lutherischen und unierten Bekenntnisses (Schmidt 1, 174 ff):

„a) Im kirchlichen Kampf der Gegenwart geht es allein um das Fundament der Kirche. Für die Kirche gibt es kein anderes Fundament als die Offenbarung Gottes in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testamentes. Wer in einer Kirche nben dieses Fundament noch ein anderes setzt, zerstört die Kirche.

Die Glaubensbewegung „Deutsche Chrsiten“ ist eine Strömung, deren führende Männer neben der Heiligen Schrift noch andere Offenbarungsquellen der Verkündigung anerkennen. Wer so unbiblisch denkt, muss unkirchlich handeln. Die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ hat infolgedessen unter Vermischung von Gottes Wort und Gewalt, von Geist und Terror, leitende kirchliche Ämter besetzt. Ihre Pläne über kirchliche Arbeit und Volksmission zeigen darum auch eine Vermischung von Seelsorge und Politik, von kirchlichen und weltlichen Gedanken und Absichten, die dem Evangelium und den Bekenntnissen widerspricht. Dieser Untergund der Bewegung, der vielen erst durch die Vorgänge im Sportpalst in Berlin sichtbar geworden ist, zeigt sich noch deutlicher in der Tatsache, dass die Reichsleitung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ nicht die Kraft hat, sich von dieser widerbiblischen Verkündigung und diesem unkirchlichen Handeln zu trennen.

Die bekennende Gemeinde kann diesen Angriff auf das Fundament der Kirche nicht damit als erledigt betrachten, dass der Reichsleiter der „Deutschen Christen“ und alle bei der Sportpalast-Kundgebung zugegen gewesenen Mitglieder kirchlicher Behörden, die nicht in der Versammlung gegen die dort verkündete Irrlehre Einspruch erhoben haben, von ihren leitenden Stellen sofort entfernt wurden, was unbedingt zu fordern ist. Ebensowenig kann der Zerstörung der Kirche dadurch gewehrt werden, dass ein Schlichtungsauschuss einzelne Konfliktfälle bereinigt. Von dem einigen Grund der Kirche her fordert die Gemeinde vielmehr eine neue Kirchenleitung der Deutschen Evangelischen Kirche. Diese muss die gegen den Grund der Kirche verstoßenden Maßnahmen und Ernennungen der letzten Monate zurücknehmen, damit der Weg dazu frei wird, die deutsche Evangelische Kirche und alle deutschen Landeskirchen auf dem einzigen Fundament des Wortes Gottes von der Gemeinde aus und mit dem Ziel auf die Gemeinde hin neu aufzubauen.

Wir bitten Gott, dass er auf diesem Wege unserer Kirche Vollmacht gebe zur Ausrichtung des ihr aufgetragenen Dienstes an unserem Volk.

b) Die presbyterial-synodale Verfassung ist schrift- und bekenntnisgemäß. Sie hat sich auf dem Boden der rheinisch-westfälischen Kirche in Zeiten der Drangsal und der Verfolgung bewährt. An ihr ist der Ansturm der Gegenreformation zerschellt. Sie ist zum Aufbau lebendiger Gemeinden und für den Dienst der Kirche in unserem Volk heute und in Zukunft notwendig.

Wir erstreben die Beseitigun liberaler und parlamantarischer Bestandteile unserer rheinisch-westfälischen Kirchenordnung, die der von uns gemeinten preybyterial-synodalen Verfassung wesensfremd sind. Zur Erreichung dieses Zieles sind die uns bekannt gewordenen Richtlinien für die neue Verfassung völlig unbraucbbar. Eine solche Verfassung, wie sie dort vorgesehen ist, würde vielmehr unser kirchliches Leben lähmen oder gar auflösen, da sie

tatsächlich die Aufhebung sämtlicher verantwortlicher kirchlicher Körperschaften bedeutet. Diese Verfassung würde die Selbständigkeit der Gemeinden zerbrechen und ihren Aufbau nicht nur stören, sondern zerstören. Jedes Bewusstsein der Verantwortlichkeit und jede Freudigkeit zur Mitarbeit würde bei den Gliedern der Gemeinde erstickt. Auch würde die volksverbundene Art des kirchlichen Lebens in den Gemeinden unserer westlichen Kirche dadurch nicht gefördert, sondern aufgehoben.

In der Aufrichtung einer das römische System noch überbietenden Bischofsherrschaft erblicken wir nicht die Vollendung, sondern das volle Ende der Reformation. Gegenüber einer solchen Bischofsherrschaft erheben wir mit entschlossenem Ernst unsere warnende Stimme und erklären: Eine solche Verfassung ist für unsere Gemeinden unerträglich."

8. Dezember 1933:

Gesetz des Geistlichen Ministeriums über „die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und Beamten der Landeskirche" und „Gesetz über die Beilegung kirchenpolitischer Streitfälle" (GB 120)

Rede von Prof. Fezer über seine Trennung von der GDC (Schäfer 2, 936 ff)
Amtswaltertagung des Gaues Berlin der GDC (EDR-Berlin 231)

9. Dezember 1933:

Richtlinien der Kirchenbewegung DC (Nationalkirchliche Bewegung)

(vN 229):

„1. Wir Deutschen Christen glauben an unsern Heiland Jesus Christus, an die Macht seines Kreuzes und seiner Auferstehung. Jesu Leben und Sterben lehrt uns, dass der Weg des Kampfes zugleich der Weg der Liebe und der Weg zum Leben ist.
Wir sind durch Gottes Schöpfung hineingestellt in die Blut- und Schicksalsgemeinschaft des deutschen Volkes und sind als Träger dieses Schicksals verantwortlich für seine Zukunft.
Deutschland ist unsere Aufgabe, Christus ist unsere Kraft!
2. Quelle und Bestätigung unseres Glaubens sind die Gottesoffenbarung in der Bibel und die Glaubenszeugnisse der Väter.
Das Neue Testament ist uns die heilige Urkunde vom Heiland, unserem Herrn, und seines Vaters Reich.
Das Alte Testament ist uns Beispiel göttlicher Volkserziehung. Für unseren Glauben ist es von Wert, soweit es uns das Verständnis für unseres Heilandes Leben, Kreuz und Auferstehung erschließt.

3. Wie jedem Volk, so hat auch unserem Volk der ewige Gott ein arteigenes Gesetz eingeschaffen. Es gewann Gestalt in dem Führer Adolf Hitler und in dem von ihm geformten nationalsozialistischen Staat.
Dieses Gesetz spricht zu uns in der aus Blut und Boden erwachsenen Geschichte unseres Volkes. Die Treue zu diesem Gesetz fordert von uns den Kampf für Ehre und Freiheit.
4. Der Weg zur Erfüllung des deutschen Gesetzes ist die gläubige deutsche Gemeinde. In ihr regiert Christus, der Herr, als Gnade und Vergebung. In ihr brennt das Feuer heiliger Opferbereitschaft. In ihr allein begegnet der Heiland dem deutschen Volke und schenkt ihm die Kraft des Glaubens. Aus dieser Gemeinde Deutscher Christen soll im nationalsozialistischen Staat Adolf Hitlers die das ganze Volk umfassende „Deutsche Christliche Nationalkirche" erwachsen.
Ein Volk – Ein Gott – Ein Reich! – Eine Kirche!"

Joachim Beckmann: „Artgemäßes Christentum oder schriftgemäßer Christusglaube? Eine Auseinandersetzung mit der Lehre der Glaubensbewegung Deutscher Christen, Essen 1933 (vN 303 ff):

„Gottes Offenbarung

„Die Frage, an der sich … alles entscheidet, ist die: Wo hat Gott geredet? Wir bekennen mit den Reformatoren gegen Rom und die Schwärmer: In seiner Offenbarung, von der die Heilige Schrift urkundlich durch Propheten und Apostel Zeugnis gibt. Nur hier hat Gott geredet, sein Wort den M enschen gegeben. Sonst nirgends. Das muss ganz streng festgehalten werden. Alle Schwärmer (Sektierer) sind demgegenüber der Überzeugung, dass Gott auch noch anderswo geredet habe. Die einen sagen: in der Geschichte sei Gottes Wort immer wieder zu vernehmen. Die anderen: in der Natur und den Wundern der Schöpfung. Die dritten: in der Stimme des Gewissens. Die Reformation hielt entschlossen daran fest: Gottes Offenbarung, Gottes Wort ist in der Schrift und nur in der Schrift. Darum wurde die Bibel das einzige „kanonische" Buch der Kirche, d. h. das allein maßgebende, grundlegende Buch für Glauben und Leben…

Das ist der Grundartikel unseres evangelischen Bekenntnisses, der in dem Augenblick preisgegeben wird, wo man von einem Reden Gottes, in dem er sich über die Schrift hinaus außerhlab dieser Offenbarung bezeugt, spricht – wie es freilich heute von zahlreichen „Deutschen Christen" behauptet wird. Sie sagen: Gott hat zu uns neu geredet in der nationalen Erhebung unseres Volkes. Wir fragen: Gibt es also ein neues Wort Gottes in der Gegenwart, in der heutigen Geschichte? Wenn es das gäbe, wäre die Schriftoffenbarung nicht mehr das ganze, endgültige Wort Gottes. Gottes Wort heiliger Schrift ist damit seines einzigartigen Charakters entkleidet. Und wir haben kein festes

Fundament unseres Glaubens mehr. Denn nun kann jeder seine Erlebnisse, seine Anschauungen, seine eigene Ergriffenheit von irgendeiner Wirklichkeit der Natur oder Geschichte als Wort Gottes, das man zu hören hat, verkündigen. Das ist Schwarmgeisterei, die das religiös ergriffene Ich zum Maßstab der Wahrheit macht. Sie zerstört die Autorität der Schrift und nimmt dem biblischen Offenbarungswort Gottes den allein verbindlichen Wahrheitsgehalt.

Wir bleiben nur dann evangelische Christen im Sinne der Reformation, wenn wie bekennen: „Deus dixit" – Gott hat geredet!

Was ist damit in Wirklichkeit gemeint? Nichts anderes als die Fleischwerdung des Wortes. Denn der Sohn ist das Wort. Gottes ganzes Wort ist der Christus, und nur Christus ist Gottes Wort an die Welt. Es ist Gottes ewiges Schöpferwort; denn alles Geschaffene ist durch`s Wort geworden. Dieses ewige Wort, der ewige Sohn vom Vater, ist unter uns mensch geworden, uns dem vater wieder zu versöhnen. Das ist das Zeugnis der Apostel und Propheten: Gott hat geredet, d. h. Gott ward Mensch…

Gottes Wort ist Ereignis, ist geschichtliches Perfektum. Gott hat sich offenbart in seinem Wort – nur in dem Wort, das die Heilige Schrift durch Propheten und Apostel bezeugt. Gottes Reden ist ein für allemal geschehen. Gottes Reden geht nicht weiter. Es ist endgültig: Das Wort ward Fleisch. Nun gibt es kein Wort über Christus hinaus, neben oder außer ihm, kein neues Offenbarwerden in der Geschichte. Das ist der Sinn des Offenbarungszeugnisses in der Heiligen Scchrift. Gottes ganzes, einziges und vollgültiges Wort ist geredet.

Und die Aufgabe der Kirche ist keine andere, als dieses Wort Gottes schriftgemäß zu verkündigen, kein neues Wort hinzuzufügen aus den Erlebnissen ihrer Geschichte, aus den Ereignissen der Welt, sondern dieses eine einzige Wort aller Welt, in der ganzen Geschichte aller Zeiten zu bringen als das Heilswort Gottes, außer dem es keins gibt. Nur so bleibt Evangelium die frohe Botschaft zum Heil der Sünder. Nur so gibt es Glaubensgewißheit.

Heute wird von seiten der Deutschen Christen immer wieder von einem Willen Gottes geredet, der in der Geschichte, in der Zeit, in der gegenwärtigen Stunde offenbar werde. Sie werfen uns vor, wir seien diesem offenbaren Willen Gottes in der Gegenwart, im Anspruch der Zeit ungehorsam, wir könnten oder wollten die Zeichen der Zeit nicht deuten. Und darum seien sie im Recht und wir im Unrecht; denn sie seien gehorsam, und wir wollten nicht hören. Damit rechtfertigen sie auch die Revolution der Kirche und die dabei notwendigen revolutionären Mittel und Wege: Gott will es – und darum müssen wir!

Wir können darauf nur antworten: Es ist und bleibt Schwarmgeisterei, den Willen Gottes aus der Zeit, aus der Gegenwart, aus der „Gottesstunde" der Deutschen Revolution herauszuhören. Genau so wie es der Ruf „Gott will es" zur Zeit der Kreuzzüge, der Ruf „Gott will es" Thomas Münzers und der

Wiedertäufer in Münster auch war. Die Geschichte bzw. die Gegenwart ist nach der Schrift und dem reformatorischen Protest gegen die Schwarmgeister nicht Gottes Wort, nicht Offenbarung seines Willens. Darum gehorchen wir nicht „dem Ruf der Stunde", darum hören wir nicht auf das vermeintliche Reden Gottes in der Zeit, sondern ringen darum, auch in dieser Stunde dem Wort Gottes Heiliger Schrift, dem offenbarten, uns ein für allemal gesagten Willen Gottes in Gesetz und Verheißung gehorsam zu sein. Eine ander Möglichkeit, Gott zu gehorchen. Sehen wir nicht."

Evangelium und Volkstum

„Es muss zunächst eins ganz deutlich werden: Evangelium ist Gottes Wort, Volkstum ist nicht Gottes Wort. Evangelium ist ganz und gar Gottes Wort, Volkstum ist in keiner Weise Gottes Wort. Da mit Gottes Wort nichts verglichen werden kann, - oder gibt es etwas mit dem Gottes Wort Vergleichbares, ohne dass Gottes Wort aufhörte, Gottes Wort zu sein? – so sind Evangelium und Volkstum unvergleichbare Größen. Das Volkstum ist eine geschichtliche Gegebenheit, in der ich stehe. Es gehört ganz und gar zur Welt und als solches mit ihr gefallene, sündige, von Gott losgelöste Welt. Volkstum ist ja etwas ganz und gar Menschliches, ein von sündigen Menschen gelebtes Leben, und gehört damit unter das Gericht des Zornes Gottes über die Sünde. Stände das Volkstum außerhalb der Sünde und Schuldverhaftung dieser Welt, wäre es ursprünglich rein geblieben, nicht mitgefallene Kreatur, so wären die Menschen nicht wirklich Sünder, da ja doch das leben des Volkstums ihr eigenes Leben, ihre menschliche Existenz ist. Oder man müsste schließen, … das Volkstum ist etwas Göttliches, eine Art Schöpfungswort Gottes. Dann würde in ihm ein Wort Gottes neben Christus aufgerichtet, und es gäbe einen doppelten ganzen Gehorsam: dem Evangelium und dem Volkstum gegenüber. Ist es ein Unrecht, hier laut und vernehmlich an den Kampf Elias mit Baal zu erinnern? Hieß es nicht damals in Israel auch Jahwe und Baal? Evangelium und Volkstum gegenüber gleich vorbehaltlose Stellung? Unmöglich. Vorbehaltlose Stellung zum Evangelium und ebenso vorbehaltlose Stellung zum deutschen Volkstum schließen einander aus. Denn vorbehaltlose Stellung heißt doch Glaube und Gehorsam, oder die Stellung ist nicht vorbehaltlos. Glaube und Gehorsam beansprucht Gott allein, weil er Gott und alleiniger Herr ist. …

Alles Irdische, sei es noch so groß und edel, noch so gewaltig und verehrungewürdig, steht ganz und gar unter dem Herrschaftsanspruch Gottes. Ja, es musss noch hinzugefügt werden: Unter dem Gericht Gottes, weil es sich ganz ausnahmslos diesem Herrschaftsanspruch Gottes entzieht. Das ist jedenfalls das Urteil der Heiligen Schrift, gegen das sich natürlich die ganze Welt empört als gegen eine unerhörte Verurteilung. Es ist uns unerträglich, das zu hören und anerkenen zu sollen: Dagegen wehrt sich etwas in uns: Unser selbstherrlicher Wille, unsere Sünde! Der Christ allein gibt durch die Gnade des Heiligen Geistes dem Worte Gottes und darin Gott und sonst nichts

auf der Welt die Ehre einer vorbehaltlosen Stellung in Glauben und Gehorsam. Nur der Christ! Wenn der Mensch es vermöchte, wäre Christus überflüssigerweise gestorben. Gal. 2, 21.

Wer von einer vorbehaltlosen Stellung zum deutschen Volkstum spricht und sie fordert, nimmt Gott die Ehre, die ihm allein gebührt, und die er keinem anderen geben will. Die Stellung des Christen zum Volkstum ordnet sich durch den ganzen Gehorsam unter Gottes Gebot…

Die Forderung einer gleich vorbehaltlosen Stellung zu Evangelium und Volkstum erweist sich somit als eine Irrlehre; die mit dem Herrschaftsanspruch Gottes nach der Schrift im Widerspruch steht.

Die furchtbare praktische Gefahr dieser Irrlehre zeigt sich wierum ganz deutlich in der Kirchenrevolution der deutschen Christen. Für sie geht es darum, Evangelium und Volkstum zu Grundpfeilern der Kirche zu machen. Volkstum wird zur maßgebenden, mitbestimmenden Norm für die Gestalt und dann sogar auch für die Verkündigung der Kirche. Hierbei fällt noch besonders erschwerend ins Gewicht, dass deutsches Volkstum und nationalsozialistischer Staat in eins gesetzt werden..

Der Stellvertreter des Reichsleiters der deutschen Christen, Loerzer, hat es in einem Aufsatz unüberhörbar deutlich ausgesprochen: „Evangelium und Nationalsozialismus sind für uns die beiden Grundpfeiler der Deutschen Evangelischen Kirche.“ Andere haben es noch bedenklicher ausgedrückt: Vollendung der Reformation durch den Geist des Nationalsozialismus. Der Nationalsozialismus, der eine poilitische Bewegung und jetzt auch die Staatsform unseres deutschen Volkes ist, darf nicht dazu mißbraucht werden, die Reformation der Evangelischen Kirche zu vollenden. Er ist dazu weder geschaffen und von seinem Schöpfer Adolf Hitler gewollt, noch dazu irgend geeignet. Und die Kirche der Reformation darf nicht dadurch in ihren Grundfesten zerstört werden, dass man neben das Wort Gottes, ihre einzige und ganze tragfähige Grundlage, eine zweite, irdisch-politische Idee setzt. Die Evangelische Kirche bleibt nur Kirche, wenn sie auch im Drittern Reich nichts als Kirche des Evangeliums ist und nicht Evangelium u n d Volkstum, Wort Gottes und Nationalsozialismus verkündigt. Sie hat gar nichts anderes zu tun, als den deutschen Menschen das biblische Evangelium, ganz und ungekürzt, nicht zurechtgeschnitten auf den deutschen Menschen, nicht mitbestimmt durch deutsches Volkstum und Nationalsozialismus, sondern in seiner ganzen Torheit gegenüber der Weisheit der Welt, in seinem ganzen Ärgernis gegenüber der Frömmigkeit und Mosal dieser Welt zu verkündigen. Dies und nichts anderes ist ihr Auftrag. Nach ihm hat sie allein zu fragen, wenn sie sich ihre neue Gestalt im Driiten Reich geben muss.“

Völkischer Idealismus oder christlicher Glaube

„Die Gegenwart in Deutschland ist durch eine starke und tiefgehende politische Bewegung bestimmt, die in außerordentlich leidenschaftlicher Weise von einem Willen zur Neuformung des deutschen Staates und des gesamten deutschen Volkslebens getragen ist. Der Wille zur Erneuerung ist nicht auf die politische Sphäre, auf den Staat beschränkt, sondern geht auf den ganzen deutschen Menschen. Er ist aus einem Ethos geboren, von einer neuen Haltung bestimmt, die einfach Tatsache ist, nicht zu erklären oder abzuleiten, sondern Ereignis. Dieses Ethos ist Willensprägung, ist Geformtheit des Menschen von lebendigen Kräften, die sich ihm aufzwingen und von denen er sich dann mittragen lässt. Diese lebendigen Kräfte entsprießen aus dem Erlebnis des Volkes als des obersten Gutes und höchsten Wertes, dem alles sich unterzuordnen hat, der allein ganzen (totalen) Anspruch an den Menschen erheben kann. Das Ethos ist durch und durch völkisches Ethos, der Mensch ist in seiner völkischen Existenz gesehen, und in ihr ist seine ganze Wirklichkeit, sein eigentliches und einziges Leben geschaut. Das ist die nationalsozialistische Haltung, um deren Durchsetzung die Bewegung im deutschen Volke ringt, und deren Forderungen für die Gestalt des Staates, der Jugenderziehung, der Kultur, der Stände sie bereits gezogen hat oder ziehen wird. In dieser Haltung liegt ein starker Wille zur Einheit, zur Zusammenfassung, zur Geschlossenheit, nicht nur zur Gemeinschaft, sondern zur Gleichrichtung aller Ideen, Kräfte, Lebensäußerungen des deutschen Volkes. Darum die unerbittliche Forderung der Einheitlichkeit, des gleichen Rhythmus, der gleichen Marschrichtung. Es ist die Formierung eines ganzen Volkes zu einer Armee, die im Gleichschritt marschiert.

Nun kommt es unausweichlich zu der Frage: Und die Kirche? Muss sie nicht mitmarschieren, sich in den Rhythmus des Volkes eingliedern, muss nicht der christliche Glaube und die christliche Botschaft sich irgendwie mit diesem Ethos verbinden, damit die Einheit der Haltung nicht gesprengt werden kann? Ja, sagen die deutschen Christen: die Kirche muss mitmarschieren. Die Kirche hat die Aufgabe, dieses Ethos religiös zu untermauern, der Haltung die christliche Grundlage zu geben, damit deutsche nationalsozialistische Haltung und christlicher Glaube nicht auseinanderfallen, nicht gegeneinander geraten, keine Beziehungen zueinander haben. Wir müssen – der Führer ruft uns zu diesem Dienst. Wir können, - denn die Haltung des Nationalsozialismus ist eine solche, die nicht nur zum christlichen Glauben ein positives Verhältnis hat, nicht nur ganz zu ihm passt, sondern geradezu eine im tiefsten Grund christliche Haltung, christliches Ethos ist. Das ist nun die allerwichtigste, die brennendste Frage der Auseinandersetzung in der evangelischen Christenheit….

Wir glauben nun freilich da sagen zu müssen, dass es ein unmöglicher Gebrauch des Namens christlich ist, wenn man das Ethos des Nationalsozialismus christlich nennt. Es ist deutsches, völkisches, politisches

Ethos und alssolches ein starkes, eindrucksvolles Wollen, Denken und Tun, gegen das in keiner Weise eine Art Diskreditierung ausgesprochen sein soll, wenn man es nicht einfach ein chriostliches Ethos nennt. Es hat ohne diese Belastung mit einem ungeheuer gewichtigen, ausgesprochen religiösen Beiwort seinen echten reinen und klaren Sinn und Gehalt in sich selbst. Christliche haltung, christliches Ethos wäre doch nur möglich als eine schlechterdings von Christus bestimmte Haltung, ein Leben aus der Kraft des Heiligen geistes, ein Denken, Handeln und Wollen aus dem Glauben an den Herrn, dessen Wille über mich verfügt. Darum warnen wir dringlich vor dem Missbrauch des Woretes „christlich", wie er allenthalben in geradzu verwüstender Weise geschieht. Wir müssen es damit so ernst nehmen wie überhaupt möglich, damit es wieder das Gewicht bekommt, der ihm heute total verloren gegangen ist!

Wir wagen es also, in der Überzeugung, nicht missverstanden werden zu können, zu sagen: Die nationallsozialistische Haltung ist ihrem Wesen nach nicht eine christliche, kann es nicht sein, ja darf es nicht sein und nicht sein wollen. Gerade als eine echte politische Haltung, und nur als eine solche, kann sie vom christlichen Glauben bejaht werden. Vom reformatorischen Glaubensverständnis aus ist es ein auf Volk und Staat bezogenes sachgemäßes, irdisches Denken und Wollen und im Vollzug dieses Handelns ein menschliches Wagnis, das in dieser Welt unter dem Gesetz und Gericht Gottes gewagt werden muss und gewagt wird aus der Überzeugung von der Richtigkeit der politischen Idee und der Notwendigkeit ihrer Verwirklichung. Bei diesem Werk steht der gläubige Christ mit dem ungläubigen Volksgenossen zusammen, denn hierin haben beide die gleiche Aufgabe. Dass der Christ freilich „anders" in demselben Werk steht als der Nichtchrist, ist selbstverständlich: denn er steht auch in diesem politischen Tun gläubig und gehorsam unter seinem Herrn, der ihn immer und in allem Tun ganz beansprucht, und an den er ganz allein gebunden ist."

Staat und Kirche

„Solange es eine Kirche Jesu Christi gibt, solange gibt es das immer akuelle Problem Staat und Kirche. Beide stehen in der Welt, im gleichen Raum, beide beanspruchen dieselben Menschen, beide müssen miteinander leben. Dass diese Frage uns heute so ungeheuer stark bewegt, kann nicht wunder nehmen, wo ein Staatswesen in unserem deutschen Volke aufgerichtet wird, das mit vollem Ernst Staat, Macht, Gewalt sein will und deswegen an den deutschen Menschen einen totalen, sein ganzes Leben betreffenden Anspru stellt…

Der Staat ist nach der Schrift und der Lehre der Reformation eine von Gott gegebene Ordnung zur Erhaltung der sündigen, gefallenen Welt. Er ist nicht aus der Schöpfung, sondern erst in die sündige Welt hineingeordnet. Sein Wesen ist Macht, seine Aufgabe die Aufrechterhaltung des Rechtes in einer

bösen, Gott ungehorsamen Welt. Zur Bändigung der menschlichen Bosheit ist er notwendig, dazu hat er das Schwert von Gott. Seine Wirksamkeit in dieser Welt ist naturgemäß ganz und gar aus ihr, d. h. er ist weltlich, nicht geistlich, er steht in der Sünde unter Gottes Gericht. Er ist den Menschen nicht zum Heil und zur Erlösung, sondern zum Leben in der Welt gegeben, damit die Sünder zwangsweise gehindert werden, in ihrer Sünde einander das Leben unmöglich zu machen. Daher ist die Existenz des Staates in der Welt für uns Menschen ein Ruf zur Buße. Wir müssen uns schämen, dass wir alle miteinander den Staat mit seinen Zwangsmitteln brauchen. Der Christ als Christ, sagt Luther, gehört nicht unter den Staat; denn als Christ gehört er und steht er allein unter seinem wahren, einzigen Herrn Jesus Christus. Aber auch der Christ braucht den Staat, nicht nur, weil er immer zugleich Sünder bleibt, solange er im Fleische lebt, sondern weil der nach dem ausdrücklichen Wort des Paulus „Gottes Dienerin für die Gealt zum Guten" ist.

Der Staat ist eine irdische Ordnung, die Kirche dagegen nicht. Denn die Kirche ist der irdische Ort, wo in der Verkündigung und in der Spendung der Sakramente, in der Gemeinschaft der Heiligen, Geliebten und Auserwählten Gottes und in der Gestaltung dieser Gemeinschaft die Herrschaft Gottes dem Glauben offenbar wird bzw. werden soll. Sie ist der Herrschaftsbereich Jesu Christi inmitten der irdischen Ordnungen, in Volk und Staat, Familie und Beruf. Inmitten dieser Ordnungen der gefallenen Welt, die unter der Herrschaft der Sünde und des Todes stehen, ist sie keine weitere, etwa eine religiöse Ordnung des irdischen Lebens, sondern das Erlösungswort für die Menschen, die in diesen Ordnungen stehen, sie herauszurufen aus der Herrschaft der Sünde, des Todes und des Teufels unter die Herrschaft Jesu Christi, durch welche allein die Verknechtung unter die bösen Mächte zerbrochen und die neue Freiheit in den irdischen Ordnungen aufgerichtet wird, die „herrliche Freiheit der Kinder Gottes".

… Der Christ, das muss hier noch gesagt werden, steht als Staatsbürger und Nachfolger Jesu mitten in diesem furchtbaren Kampf von Weltreich und Gottes Reich, von Christus und dem Teufel. Von Staat und Kirche her kommt auf ihn immer ein totaler Anspruch mit Notwendigkeit. Der Staat will ihn ganz für die Erde, ganz für sein Volk, ganz für seine Aufgaben und Ziele, er fordert sein Leben, wenn es um die Existenz des Staates geht. Er sagt ihm: Du bist nichts, ich bin alles, dich bist du mir schuldig; denn ich bin dein Leben, ohne mich gehst du zugrunde. Denn du lebst nur durch dein Volk, dessen Verkörperung, Zusammenfassung, Führung ich, der Staat, bin. Von der Kirche her dagegen kommt die Forderung Christi: Folge mir nach! Ich bin allein der Weg, die Wahrheit und das Leben. Nur als mein ganz ungeteiltes Eigentum bist du mein, hast du mich und in mir die einzige Rettung. Wer Vater oder Mutter mehr liebt denn mich – d. h. wer Staat und Volk mehr liebt denn mich, spricht er, der Herr, der ist meiner nicht wert.

Das ist die unaufhebbare Spannung, das ist der Kampf um Tod und Leben, um Sein oder Nichtsein im Leben des Christen in dieser Welt. Wer das nicht sieht, der weiß nichts von der Nachfolge Jesu…

Der typische Übergriff des Staates ist die Aufrichtung eines religiösen Bekenntnisses als Staatsreligion. Der Staat hat nicht die Aufgabe, den Glauben seiner Bürger zu bestimmen, er hat nicht für das ewige Heil zu sorgen, sondern für das zeitliche Wohl. Der Staat kann das von seiner Schwertgewalt her überhaupt nicht. Darum ist jede Staatskirche ein Übergriff des Staates über die ihm aus seinem Wesen gesetzte Grenze. Darunter geht die Kirche meist zugrunde, ihr inneres Leben stirbt oder es entflieht in die Verborgenheit freikirchlicher Gemeinschaften. Staatskirchentum ist zwar im gegenwärtigen Deutschland nicht unmittelbar die Forderung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen", wohl aber mittelbar in der These des „christlichen Staates" und der ihr zugehörigen christlichen Volkskirche. Dass ein christlicher Staat, zum mindestens so, wie er von dem idealistischen Denken der „Deutschen Christen" gewollt wird, eine Unmöglichkeit und daher zu furchtbaren Verzerrungen des Christentums und des Staates führen muss, ist nach unseren bisherigen Darlegungen nicht mehr des weiteren auszuführen. Das Amt des Staates ist das Schwert der Macht, ein ganz anderes Amt als das Amt der Kirche, die nur das Schwert des Geistes zu führen hat, das Wort Gottes. Darum dürfen beide Ämter nicht vermischt oder auch nur verbunden werden.

Der Übergriff des Staates kann noch in anderer Weise erfolgen. Dann nämlich, wenn der Staat ein Bekenntnis zu sich selbst aufrichtet. Wenn er nicht nur Gehorsam, sondern auch Glaube fordert, und zwar Glaube im religiösen Sinne. So war es bekanntlich im römischen Kaiserreich, wo dem Staatsoberhaupt eine religiöse Verehrung gegeben werden musste. Dadurch kam es zu den Christenverfolgungen, da die Christen dem Staat nur Gehorsam leisten wollten und sich weigerten, ihm religiöse Verehrung zu zollen. Deswegen wurden sie als Staatsfeinde bekämpft. Überall wo etwas Derartiges geschieht, wo also ein Staat religiöse Verehrung beansprucht und sich dadurch zur Gottheit macht, muss es mit unerbittlicher Notwendigkeit zum Zusammenstoß mit der Kirche und ihren Gliedern kommen. Es darf wohl einmal hier gesagt werden, dass die „Deutsche Glaubensbewegung" teilweise (z. B. Bergmann) wirklich in dieser Linie eines deutschen Glaubens, der die einzig berechtigte Staatsreligion werden soll, vorstößt und als Gegenstand der religiösen Verehrung das im Staat sich darstellende und verfasste deutsche Volk will. Dies Glaubensbekenntnis ist schon ausgesprochen, wenn man sagt: Ich glaube an keinen Gott der christlichen Konfessionen, ich glaube nur an Deutschland!

Es wäre für unser deutsches Volk einfach eine Katastrophe, wenn dieses Wollen maßgeblichen Einfluß erlangte. Es käme mit unausweichlicher

Notwendigkeit zu einem furchtbaren Kapf um den christlichen Glauben, dessen Ausgang für deutschland gar nicht abzusehen wäre.

Ist der typische Übergriff des Staates gegenüber der Kirche der Eingriff in den Glauben, kann man umgekehrt den typischen Übergriff der Kirche gegenüber dem Staat den Eingriff in die Politik nennen…

Nicht nur in der Vergangenheit ist es durch das landesherrliche Kirchenregiment immer wieder geschehen, sondern wir müssen erkennen, dass es auch heute in ähnlicher Weise durch die Deutschen Christen geschehen ist. Wir müssen ihnen den schweren Vorwurf machen, dass sie zur Erreichung ihrer kirchenpolitischen Ziele Mittel angewandt und Machtfaktoren eingesetzt haben, die gänzlich kirchenfremd waren, weil sie aus der politischen Welt stammten. Solche Mittrel und Wege müssen die Kirche Christi verfälschen, verwüsten und verkehren, weil sie eine Politisierung der Kirche bedeuten. Politisierung der evangelischen Kirche – das ist ihr Tod, denn das ist der Weg nach Rom…

Dass ein solcher Übergriff der Kirche für den Staat nicht ohne Folgen sein wird, ist ohne weiteres deutlich. Wir sehen in ihm geradezu eine Gefährdung des Staates in seiner echten, rein politischen Hoheit. Denn er wird ja zwangsläufig durch eine solche kirchenpolitische Bewegung in ein Gebiet hineingezogen, das nicht seines Amtes ist, - in das Gebiet des Glaubens, dessen Eigenart die ganz persönliche Gewissensentscheidung ist, wo der Mensch ganz allein vor seinem Gott steht und sich von ihm ganz persönlich angeredet und gefordert weiß. Wenn dieses Gbiet auch nur berührt wird, kommt es den Mächten gegenüber zu einer Vertrauenskrise; denn hier fühlt sich der Mensch am empfindlichsten von äußeren Eingriffen betroffen. Deshalb dient es nicht der Förderung und Stützung der Staatsautorität und Hoheit, wenn es durch die Politisierung der Kirche zu einer inneren Abwehrhaltung kommt. Das ist die Gefahr, die wir durch die Deutschen Christen unserem neu sich formenden Staat gegenüber zu sehen glauben.

Sie werfen uns vor, wir seien Staatsfeinde. Wir müssen ihnen entgegnen: Seht zu, dass ihr dem Staat nicht Schaden zufügt, indem ihr die Kirche allzu eng an den Staat fesselt, ihm unterordnet, ihm „zur Verfügung“ stellt! Wir fürchten, dass hierdurch bei allzu vielen, die treue Staatsbürger, aber auch echte Christen sein wollen, die echte freudige Bejahung des Staates gehemmt wird. Wir sagen das ausdrücklich um des Bestandes unseres jungen Staates willen, in dem wir einen echten Staat bejahen, und um unseres bedrohten deutschen Volkes willen.

Ein sogenanntes „normales“, richtiges Verhältnis von Staat und Kirche ist eine idealistische Utopie. Man wird sich vergeblich bemühen, ein solches auch nur theoretisch klar zu formulieren. Wenn man sagt: „Die Kirche schuldet dem Staat Gehorsam in allen irdischen Dingen. Der Staat hat der Kirche Raum für die Ausrichtung des Auftrage zu gewähren“, … so ist damit

durchaus nichts über ein echtes Verhältnis von Staat und Kirche ausgemacht. Denn schon der erste Satz ist in dieser Allgemeinheit gar nicht zu halten. Die Kirche schuldet dem Staat durchaus nicht Gehorsam in allen irdischen Dingen. Was sind denn irdische Dinge? Erziehung ist doch wohl ein weltlich Ding, auch öffentliches Leben, Kunst, überhaupt alle Kulturarbeit. Wenn wir nur die Jugenderzeihung betrachten, so glaube ich nicht, dass man hier einfach von Gehorsam gegenüber dem Staat reden kann. Wenn der Staat die christliche Jugenderziehung hindert, oder auch nur eine kirchliche Jugendarbeit unmöglich macht, so kann doch die Kirche nicht in Gehorsam gegenüber dem Staat einfach darauf verzichten, ohne sich selbst aufzugeben. So ist es letzten Endes auf allen Gebieten des kulturellen und geistigen Lebens, sofern sie von einem Staate maßgebend reglementiert werden. Gehorsam könnte hier Verleugnung des Bekenntnisses zu Christus sein. Darum entgegnen wir einem derartigen Denken über die Stellung der Kirche im Staat: Die Kirche Christi schuldet ihren einzigen und ganzen Gehorsam dem Gebot und Auftrag Gottes. Hiernach hat sie ausschließlich zu fragen. Das gilt auch besonders für ihre Kirchenverfassung. Auch hierin hat sie nicht dem Staate gehorsam zu sein, wenn er von ihr eine bestimmte Verfassung fordert. Einen solchen Übergriff hätte sie sich entschlossen zu widersetzen.

Wir wiswsen, dass sie diesen Mut zum Bekenntnis und zum Leiden immer wieder nicht gehabt hat. Wir sind darüber tief betrübt und erschüttert. Darum wollen wir in Demut und Buße Gott bitten, dass er uns bekenntnistreuer mache als wir alle miteinander sind, dass er uns gebe, dass wir Gott mehr gehorchen als den Menschen, dass er uns stark und willig mache, vor Fürsten und Gewaltigen unseren Herrn Christus nicht zu verleugnen, sondern ihn zu bekennen.

Wenn die Kirche und ihre Glieder Gottes Gebot gehorsam sind, so liegt darin selbstverständlich das Untertansein der Obrigkeit, die Gewalt über uns hat. Aber sofern diese Gewalt eine äußere Macht ist, erstreckt sie sich auch nur auf die äußeren Dinge, die durch eine solche Macht geordnet werden können. Wieweit sich diese Machtbefugnis erstreckt, d. h. wo die Grenzen des Staates liegen, ist eine sehr schwierige Frage, die nicht allgemein beantwortet werden kann, sondern immer in jedem Fall und auf jedem Gebiet des Lebens besonders geprüft werden muss. Selbst große Staatsmänner wie Bismarck haben diese Grenze nicht immer klar gesehen (Kulturkampf!) Vielleicht muss man sogar sagen, dass die Grenze des Staates nur im Glauben an den dreieinigen Gott erkannt werden kann. Denn nur durch den Heiligen Geist kann der Mensch den echten und darin begrenzten, ganzen und wahren Auftrag des Staates erkennen, wenn es wahr ist, dass der Staat eine Ordnung Gottes in der Welt ist. Nur der „christliche Staatsmann“ könnte also ein solcher sein, wenn er unter der Leitung des Heiligen Geistes seine Werke tut. Ein solcher Staatsmann bzw. eine solche Obrigkeit wird auch der Forderung der Kirche oder seiner christtlichen Staatsbürger nachkommen und Raum

geben für die Verkündigung und das Leben der Kirche. An und für sich muss der Staat das nicht, und es hat viele Staaten gegeben, die sich dieser Forderung entschlossen widersetzt haben. Vielfach auch dadurch, dass sie nur eine bestimmte Religion z. B. die katholische geduldet und damit der wahren Verkündigung des Evangeliums den Boden völlig genommen haben. Wir können deshalb nur so viel sagen: Wenn in einem Staat der Verkündigung des wahren Evangeliums Raum gegeben wird, so ist das nichts anderes als ein besonderes Gnadengeschenk Gottes. Es ist uns ein Zeichen göttlichen Erbarmens, dass er diesem Volk sein Wort gegeben hat oder es ihm immer noch läßt. Ein Volk, in welchem das Evangelium kein Raum gegeben wird, sehen wir unter Gottes Zorn und Gericht. Umso größer muss unser Dank gegen Gottes Barmherzigkeit sein, dass sie immer noch kein Ende hat…"

<u>10. Dezember 1933:</u>

16. Sächsische Landessynode: einstimmige Annahme von 28 Thesen von Walter Grundmann zum inneren Aufbau der DEK

(Schmidt 1, 98 ff; KJ 39 ff; vN 230 ff):

I. Kirche und Staat

1. Die Deutsche Evangelische Kirche steht im Staate. Sie kann nicht neben dem Staate ein Winkeldasein führen, wie das christentumsfeindliche Strömungen wollen. Sie kann nicht in neutraler Haltung gegenüber dem Staat verharren, wie das die Kreise wollen, die dem nationalsozialistischen Staat mit Misstrauen begegnen. Sie kann nicht Kirche über dem Staate sein, wie es katholischer Haltung entspricht. Sie kann auch nicht Kirche unter dem Staate sein, wie es im alten Staatskirchentum war. Nur als Kirche im Staate ist sie Volkskirche. So werden Luthers ursprüngliche Gedanken über Staat und Kirche Wirklichkeit.

2. Die lutherische Kirche kann um ihrer Volksverbundnheit willen dem nationalsozialistischen Staat gegenüber keine Konkordatshaltung einnehmen. Als Volkskirche steht sie im Vertrauen zu diesem Staate. Kirchenführer kann nur sein, wer das Vertrauen der Staatsführung besitzt. Der Staat gewährt der Kirche Förderung und freie Betätigung; denn Staat und Kirche gehören als die beiden großen Ordnungskräfte eines Volkes zusammen. Ihr Verhältnis ist das des Vertrauens und nicht des Vertrages.

3. Die Volkskirche bekennt sich zu Blut und Rasse, weil das Volk eine Bluts- und Wesensgemeinschaft ist. Mitglied der Volkskirche kann daher nur sein, wer nach dem Rechte des Staates Volksgenosse ist. Amtsträger der Volkskirche kann nur sein, wer nach dem Rechte des Staates Beamter sein kann (sogenannter Arierparagraph).

4. Volkskirche bedeutet nicht Ausschluss von Christen anderer Rasse von Wort und Sakrament und von der großen christlichen Glaubensgemeinschaft. Der Christ anderer Rasse ist nicht ein Christ minderen Ranges; sondern ein Christ anderer Art. So macht die Volkskirche Ernst damit, dass die christliche Kirche noch nicht in der Vollendung göttlicher Ewigkeit lebt, sondern an die Ordnungen gebunden ist, die Gott diesem Leben gegeben hat.

5. Weil die deutsche Volkskirche die Rasse als Schöpfung achtet, erkennt sie die Forderung, die Rasse rein und gesund zu erhalten, als Gottes Gebot. Sie empfindet die Ehe zwischen Angehörigen verschiedener Rassen als Verstoß gegen Gottes Willen.

II. Verkündigung der Kirche

6. Gott fordert den ganzen Menschen. Die Verkündigung der Kirche hat das Ziel, den Menschen unter den Willen Gottes zu stellen.

7. Als Kirche Jesu Christi hat sie vornehmlich die Aufgabe, dem deutschen Menschen, der von Gott als Deutscher geschaffen ist, das Evangelium von Jesus Christus zu verkündigen.

8. Evangelium von Jesus Christus bedeutet, dass Gott unser Herr und Vater ist, dass dieser Gott in Jesus Christus sich offenbart, und dass wir Menschen allein durch Jesus Christus den Weg zum Vater finden. An diese Verkündigung ist die Kirche gebunden.

9. Gott stellt die Menschen in die Lebensordnungen von Familie, Volk und Staat. Darum erkennt die Volkskirche im Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates den Ruf Gottes zu Familie, Volk und Staat.

III. Die Grundlagen der Kirche

10. Die Grundlagen der Kirche bleiben Bibel und Bekenntnis. Die Bibel enthält die Christusbotschaft, das Bekenntnis bezeugt die Christusbotschaft.

11. Die entscheidende Offenbarung Gottes ist Jesus Christus, Urkunde dieser Offenbarung ist das Neue Testament. Deshalb hat es für alle Verkündigungen der Kirche normgebende Bedeutung.

12. Das Alte Testament hat nicht den gleichen Wert. Die spezifisch jüdische Volkssittlichkeit und Volksreligion ist überwunden. Wichtig bleibt das Alte Testament, weil es die Geschichte und den Verfall eines Volkes überliefert, dass trotz Gottes Offenbarung sich immer wieder von ihm trennte. Die gottgebundenen Propheten zeigen an diesem Volke uns allen: Die Stellung einer Nation zu Gott ist entscheidend für ihr Schicksal in der Geschichte.

13. Wir erkennen also im Alten Testament den Abfall der Juden von Gott und darin ihre Sünde. Diese Sünde wird vor aller Welt offenbar in der Kreuzigung Jesu. Von da her lastet der Fluch Gottes auf diesem Volke bis zum heutigen Tage. Wir erkennen aber gleichzeitig im Alten Testament die ersten Strahlen

der Gottesliebe, die sich in Jesus Christus endgültig offenbart. Um dieser Erkenntnisse willen kann die Volkskirche das Alte Testament nicht aufgeben.

14. In der Augsburgischen Konfession und den übrigen Bekenntnisschriften der deutschen Reformation wird der Inhalt der christlichen Verkündigung bezeugt. Wir sind durch diese Bekenntnisse unseren Vätern im Glauben verbunden.Eine bekenntnislose Kirche wäre wie ein Staat ohne Verfassung und Gesetz.

15. Bekenntnis ist immer an eine bestimmte Zeit mit ihren Fragen gebunden. Bestimmte Fragen, auf die die Bekenntnisse der Väter antworten, bestehen für uns heute nicht mehr. Bestimmte Fragen aber, auf die die Bekenntnisse der Väter noch nicht antworten konnten, sind uns heute gestellt. Wir mühen uns deshalb darum, vom Bekenntnis der Väter her eine bekenntnismäßige Antwort der Volkskirche auf die Fragen unserer Zeit zu finden: Nicht zurück zum Glauben der Väter, sondern vorwärts im Glauben der Väter!

IV. Der Weg der Kirche.

16. Die Volkskirche wendet sich gegen den Liberalismus. Der Liberalismus löst den Glauben an Jesus Christus auf, weil er in ihm nur einen Menschen sieht. Er kennt Jesus nur als Verkünder einer hohen Sittlichkeit oder als nur heldische Persönlichkeit. Er setzt die menschliche Vernunft über Gott. Uns ist Jesus Christus Gottes Sohn, seine Erscheinung das Wunder der Menschheitsgeschichte.

17. Die Volkskirche wendet sich ebenso gegen eine neue Orthodoxiw. Diese Orthodoxie versperrt dem ringenden und suchenden Menschen durch ihre Dogmenstarrheit den Weg zu Christus und verhindert eine lebendige Verkündigung des Evangeliums.

18. Die Volkskirche wendet sich aber auch gegen die Versuche, den Christusglauben durch eine Religion zu ersetzen, die aus dem Rasseerlebnis gestaltet ist. Alle Religion ist als Suchen und Fragen nach Gott rassisch verschieden. Jesus Christus aber ist in seiner wunderbaren Person die Erffüllung alles dessen, was in der menschlichen Seele an Sehnsucht, Frage und Ahnung lebendig ist. Der Streit, ob Jesus Jude oder Arier war, erreicht das Wesen Jesu überhaupt nicht. Jesus ist nicht Träger menschlicher Art, sondern enthüllt uns in seiner Person Gottes Art.

19. Die deutsche Volksreligion kann deshalb nur eine christliche sein. Das Christentum hat verschiedene Ausprägungen nach Rasse und Volkstum. Deshalb ringen wir um die Verwirklichung eines deutschen Christentums.

20. Dieses deutsche Christentum finden wir in Martin Luther verkörpert. Wir erblicken in Luthers Reformation den Durchbruch eines deutschen Christusglaubens. Deutsches Christentum heißt Luthertum. Als deutsche Lutheraner sind wir ganz Deutsche und ganz Christen.

21. Es werden zur Zeit allerhand Dinge über den Menschen behauptet, die Täuschung sind. Täuschung ist die Behauptung: Der Mensch habe keine Verantwortung vor Gott und darum keine Schuld vor ihm. Täuschung ist die Behauptung: Der Mensch könne aus eigener Kraft Schicksal und Tod überwinden. Täuschung ist die Behauptung: Der Mensch vermöge sich selbst zu erlösen.

22. Sündengebundenheit, Schicksalszwang, Todesmacht werden allein im Glauben an Jesus Christus überwunden. Durch ihn erhalten wir Vergebung der Schuld, Gottverbundenheit, ewiges Leben.

23. Damit ist keine Erniedrigung, sondern eine nüchterne Beurteilung des Menschen ausgesprochen. Sein Adel ist die Gottverbundenheit, die ihm durch Jesus Christus neu geschenkt wird.

24. Das ist die christliche Heilsbotschaft, die der Mensch aller Zeiten und Völker braucht. Das Heil ist in Kreuz und Auferstehung Jesu fest begründet.

25. Diese Verkündigung, die mit dem wirklichen Gott und mit dem wirklichen Menschen in gleicher Weise Ernst macht, verhindert die Wiederkehr von Materialismus und Liberalismus auf dem Umweg über die Religion.

26. Christusglaube, der nicht zur Tat wird, ist in einer Volkskirche wertlos. Die Tat des Christusglaubens ist entschiedener Kampf gegen alles Böse und mutige Entschlossenheit zu Dienst und Opfer.

27. Darum versteht die Volkskirche unter positivem Christentum (Punkt 24 des Parteiprogramms): Glaube an Christus, Erlösung durch Christus, Handeln aus Christus.

28. Dieses deutsche Christentum bildet die einzige Grundlage, auf der sich deutsche Menschen auch im Glauben einigen können."

Dazu: Gutachten der Theol. Fakultät Leipzig (Schmidt 1, 195 ff)

Gutachten der Theol. Fakultät Berlin (Verfasser Reinhold Seeberg)
(Schmidt 2, 31 ff)

Flugschrift von Joachim Beckmann (Rheinische Pfarrbruderschaft) über die 28 Thesen (DEW 24 ff)

Friedrich Wieneke: „Lasset euch das Ziel nicht verrücken" (vN 388 ff)

Kanzelerklärung Schleswig-Holsteiner Pfarrer (Schmidt 1, 89 ff)

Bruno Geißler: Dienst am Volksdeutschtum. Der Gustav-Adolf-Verein in der neuen Zeit (DED 50/1933)

Dezember 1933:

Erklärung der Ev-Theologischen Fakultät Tübingen zur „Judenfrage“

(vN 387):

„Angesichts der aus der ganzen Welt an die deutsche Theologie gerichteten Frage nach der Stellung der Deutschen Evangelischen Kirche zu den Judenchristen erlaubt sich die Evangelisch-theologische Fakultät zu Tübingen, Ihnen die beigefügte Darlegung ihgres Mitgliedes, Prof. D.Gerhartd Kittel, zu überreichen. Die Fakultät bekennt sich einmütig zu den grundgedanken dieser Abjandlung:

1. ***In dem unter uns neuerwachten Bewusstsein um die Eigenart und den Wert des deutschen Volkstums sehen wir einen Ruf Gottes an uns, dieses Geschenk für den Aufbau unserer Kirche und für unsere theologische Arbeit fruchtbar zu machen.***
2. ***Im Glauben, dass die Offenbarung der alttestamentlichen Heilsgeschichte in Chrisuts ihre Erfüllung gefunden hat, ist der christliche Jude unser Bruder in Christus und jede gläubige judenchristliche Gemeinde und Gemeinschaft ein vollgültges Glied der Una Sancta.***
3. ***Ob ein Judenchrist Träger eines kirchlichen Amtes in einer ihrer Eigenart sich bewusst werdenden Volkskirche sein kann, ist eine Frage der Verwaltung dieser Volkskirche und nach deren Grundsätzen seelsorgerlich mit Weisheit, Liebe und Takt zu entscheiden. Die Zugehörigkeit des Judenchristen zum Leibe Christi und seine Fähigkeit zum geistlichen Amt bleiben grundsätzlich unbestritten.***
4. ***Vermöchten die Judenchristen, in kleinem Umfang innerhalb unserer Kirche eigene Gemeinden zu gründen, so würde deren Beitrag zur Erkenntnis des unausforschlichen Reichtums Christi und zum Verständnis des Helsrates Gottes einen Gewinn für die gesamte Christenheit bedeuten.“***

Walter Grundmann: „Der Arierparagraph in deutsch-christlicher Sicht“ (ebd. 391f):

„Die innere Voraussetzung dafür, dass die Kirche als Volkskirche neu werde, ist dadurch gegeben, dass die deutschen Menschen die Volkseinheit erlebt und sich in der Volksgemeinschaft zusammengefunden haben. Der Nationalsozialismus hat uns das Erlebnis der Volksgemeinschaft gebracht. Aus Klassengegensätzen und Standesunterschieden, aus wirtschaftlichen Gruppen und weltanschaulichen Fronten ist ein Volk geworden. Die Grundlage der Volkwerdung aber besteht in dem Erlebnis der Rasse. Als

Nationalsozialisten verstehen wir Volk als eine Gemeinschaftr von Menschen gleichen Bluts und gleicher Art und nicht nur als eine Gemeinschaft von Menschen, die die gleiche Sprache sprechen. Blut und Rasse sind also die Grundlagen des neuen Volkserlebens und der neuen Volksgemeinschaft. Damit ist wieder verstanden, was Volk eigentlich bedeutet. Aus den Naturgegebenheiten von Blut und Rasse formt die Geschichte ein Volk. Jede Kirche hat ihre Daseinsgrundlage in dem Volk, dem sie zugehört. Was in einem Volke vorgeht, kann einer Kirche, die wirklich mit diesem Volke verbunden ist, nicht gleichgültig sein, sondern greift in das kirchliche Leben unmittelbar hinein. Das neue Verständnis des Begriffs Volk führt uns dazu, auch den Gedanken der Volkskirche neu zu verstehen. Es hat immer wieder Bemühungen zur Schaffung einer wirklich lebendigen Volkskirche gegeben. Mit Dankbarkeit muss der Männer gedacht werden, die sich um dieses hohe Ziel und seine Verwirklichung bemüht haben. Aber zu einer Erreichung des Zieles ist es nicht gekommen. Die Volkswerdung im Nationalsozialismus schafft erst die Voraussetzung für die Volkskirche. Wo kein wirkliches Volk ist, kann keine Volkskirche sein. Wo aber Volk wird, kann auch Volkskirche werden. Diese Volkwerdung bedeutet für uns als Nationalsozilisten die Erfüllung eines göttlichen Schöpferwortes: Es werde Volk! Und es ward Volk. Wenn wir in diesem ganzen Geschehen der Volkwerdung Gottes Hand erkennen, dann können wir uns der Verpflichtung nicht entledigen, uns mitwirkend hineinzustellen in diese Volkwerdung. Das bedeutet aber, dass wir eine Volkskirche schaffen, die sich bekennt zu Blut und Rasse als den Schöpfergaben Gottes, aus denen heraus immer wieder Volk entsteht.

Das aber hat nun seine Bedeutung für die Gestaltung dieser Volkskirche. Als Glieder umfasst sie alle die Menschen, die wirklich Volksgenossen sind. Die Zugehörigkeit zum Volksgenossentum bestimmt das staatliche Recht. Es entsteht die Frage, was mit denen wird, die nicht Volksgenossen sind, aber im deutschen Lande sich als Gäste aufhalten. Ihnen ist, wenn sie getaufte evangelische Christen sind, in der deutschen Evangelischen Kirche wie auch im deutschen Staat das unbedingte Gastrecht zuzuerkennen. Das Gastrecht ist aber ein anderes Recht als das Recht des Volksgenossen. Das Gastrecht eröffnet die Teilnahme an Wortverkündigung und und Sakramentsdarbietung, aber es eröffnet nicht den Zugang zum kirchlichen Amt und zur Mitbestimmung in der Kirchengestaltung, im Kirchenvorstand und Synoden. Diese Einschränkung ist nicht etwa unlutherisch. Einen getauften Juden hat Luther in einem Brief an Justus Jonas einmal bezeichnet als „einen Gast in der Volkskirche und als einen Hausgenossen in der Kirche der Juden“. Damit ist dieselbe Unterscheidung vollzogen, wie wir sie zu vollziehen versuchen. Mit dieser Entscheidung zugleich ist die andere verbunden, dass geistlicher Amtsträger innerhalb der Volkskirche nur sein kann, wer nach dem Recht des Staates Beamter sein kann. Wäre es anders, so entstünde die große Gefahr, dass diejenigen, die nach dem Rechte des Staates im Staate keine Beamtenstelle haben können, sich auf die kirchlichen

Beamtenstellen stürzen, so dass hier ein Einfallstor gegeben wäre für fremdes Blut in den deutschen Volkskörper. Aber der Grund für diese Forderung liegt noch tiefer: Der deutsche Mensch, der in seiner Rasse seine deutsche Art erfahren hat, vertraut seine Rechtsangelegenheiten nicht einem jüdischen Rechtsanwalt und seinen kranken Leib nicht einem jüdischen Arzt an, weil die Voraussetzung dafür, das innerste Zusammenklingen und Vertrauen der Herzen fehlt; soll er dann etwa die innersten und heiligsten Angelegenheiten seines seelischen Lebens einem Manne anderen Blutes anvertrauen? In diesem seelsorgerlichen Dienst, den die Kirche dem deutschen Menschen schuldig ist, liegt der tiefste Grund für die Forderung der Zugehörigkeit der Amtsträger einer deutschen Kirche zur arischen Rasse.“

12. Dezember 1933:

Eröffnung des Reichstags in der Krolloper

13. Dezember 1933:

Pastor E. Mattiat an alle Geistlichen der hannoverschen Landeskirche

(Klügel 25f)

Einführung von Hossenfelder als Bischof von Brandenburg durch Müller im Mariendom zu Prenzlau (Ankündigung JK 375):

„Die Amtseinführung des Bischofs von Brandenburg, Hossenfelder, wird am Mittwoch, dem 13. Dezember, durch Reichsbischof Ludwig Müller im Mariendom zu Prenzlau erfolgen.Es werden etwa 6000 Personen daran teilnehmen, da die Feier vom Mariendom in die übrigen Prenzlauer Kirchen übertragen wird. Vermutlich wird auch der Rndfunk die Feier übernehmen. Führende Persönlichkeiten der evangelischen Kirche, der Glaubensgemeinschaft Deutsche Christen, sowie der Reichs- und Staatsbehörden werden an der Amtseinführung teilnehmen, bei der der SA., SS., St., Kriegervereine, Innungen und Schulen Spalier bilden werden. Am Abend wird ein Fackelzug und eine Anstrahlung der Marienkirche, deren gotischer Ziergiebel in Deutschland ziemlich einzigartig dasteht, abschließen.“

Entschließung des märkischen und grenzmärkischen Notbundes vom 4. Dezember (JK 375f):

„Die im Pfarrer-Notbund der Provinz Brandenburg und der Grenzmark Posen-Westpreußen zusammengeschlossenen 300 Pfarrer und Tausende

hinter ihnen stehende bekenntnistreue Gemeindeglieder erklären die Übernahme des Bischofsamtes durch Herrn Pfarrer Hossenfelder für untragbar.
Die Gründe dafür sind folgende:

1. ***Der Pfarrer Hoisenfelder ist verantwortlich für den Einbruch von Irrlehre und Gewaltmethoden in der Kirche.***
2. ***Herr Pfarrer Hossenfelder ist verantwortlich für die Verfälschung des protestantischen Autoritätsbegriffs durch Übernahme des im Staat geltenden Führerprinzips in den Raum der Kirche.***
3. ***Herr Pfarrer Hosenfelder ist verantwortlich für die unkirchlichen Gesetze der preußischen Generalsynode vom September dieses Jahres, als deren Schöpfer er das Bischofsamt überkommen soll.***
4. ***Herr Pfarrer Hossenfelder ist mitverantwortlich für die Sportpalast-Versammlung, deren Hauptredner er gekannt und bestellt hat und deren Irrlehren bereits in den von ihm aufgestellten Richtlinien der Glaubensbewegung Deutsche Christen in der Wurzel vorhanden sind.***
5. ***Wir können daher Herrn Pfarrer Hossenfelder als geistliche Autorität nicht anerkennen.“***

13. – 16. Dezember 1933:

Westfälische Provinzialsynode (Protokoll in: Verhandlungen, Bielefeld 1978; GB 120)

2. Advent 1933:

Kanzelerklärung schleswig-hollsteinischer Pastoren (Bielfeld, Herntrich, Lorentzen, K.D. Schmidt) (Schmidt 1, 89 ff):

„Die kirchlichen und außerkirchlichen Ereignisse der letzten Wochen haben klargemacht, dass das Bekenntnis der evangelischen Kirche in Gefahr ist. Als Prediger des Evangeliums sind wir es in solcher Lage unseren Gemeinden und unserm Volk um unseres Amtseids willen schuldig, der Verfälschung der Wahrheit entgegenzutreten. Zugleich mit 140 Pastoren der schleswig-holsteinischen Landeskirche erklären wir deshalb:

Mit Freudigkeit stellen wir uns hinein in den uns aufgetragenen Dienst an unserm Volk. Wir wissen uns heute mehr denn je gerufen, mitzuhelfen an dem Bau der deutschen Volkskirche. Wir glauben, dass die große Stunde unserer Gegenwart auch die Stunde unserer Kirche werden kann. Wir fürchten nichts mehr, als dass diese Stunde versäumt werde.

In unserem geeinten Volk bietet die Kirche das Bild trauriger Zerrisenheit. Das beklagen wir tief. Aber zugleich wissen wir, dass hier ein fauler Friede

nicht helfen kann. Die Stunde verlangt Absage an alle Unwahrheiten und klares Bekennen.

Das Evangelium von Jesus Christus kann ohne die Verkündigung des Alten Testemantes, der Bibel unseres Herrn, nicht rein erhalten werden. Wer das Alte Testament ablehnt, verlässt die Grundlage der Kirche.

Wer aus beiden Testamenten etwas ausscheiden will nach dem Maß seiner eigenen Einsicht, der macht sich selbst, das Geschöpf, zum Richter über Gottes, des Schöpfers, Wort. Wer sich aber zum Richter über Gott macht, der ist damit selbst gerichtet.

Wir bekennen uns zu der Offenbarung des Alten und Neuen Testamentes als der alleinigen Quelle und Richtschnur evangelischen Glaubens. Auch die höchsten irdischen Güter, unser Volk und Vaterland, unser Blut und unsere Rasse, können erst vom Worte Gottes her recht gedeutet und als Gottes Gabe und Aufgabe erkannt werden.

Wir verehren Jesus Christus nicht als menschlich heldenhafte Gestalt. Wie bekennen uns vielmehr mit den Worten Luthers zweitem Artikel zu ihm als unserem Herrn, der uns verlorene und verdammte Menschen erlöset, erworben, gewonnen von allen Sünden, vom Tode und von der Gewalt des Teufels.

Solches Bekenntnis wird Schwäche genannt. Wir behaupten, dass eine „zerbrochene Knechtsseele“ zu solchem Bekenntnis unfähig ist. Es erfordert den Mut, in wirklicher Mannhaftigkeit allem Schein abzusagen und der bittersten Wahrheit, der Wahrheit über sich selbst, die Ehre zu geben. Wenn es je einen aufrechten deutschen Mann gegeben hat, so war Luther einer. Er aber wusste wie kein anderer von seiner Sünde, die ihn von Gott schied. Er lebte aus der Rechtfertigung allein durch den Glauben an Christus. Wer die Rechtfertigung allein aus Glauben leugnet, der verleugnet Jesus Christus.

Die Kirche Jesu Christi ist die Gemeinschaft im Heiligen Geist. Sie lebt von Wort und Sakrament. Wo zwei oder drei versammelt sind im Namen des Herrn, da ist Kirche. – Wir wissen, dass die Kirche in ihrer irdischen Gestalt durch den Herrn der Geschichte an bestimmte Völker gebunden ist. Aus diesen beiden Voraussetzungen ergibt sich ein Doppeltes:

1. Zugehörigkeit zur Kirche ist nicht durch Blut und Volkstum, sondern durch Taufe und Glaube bedingt.

2. Unsere evangelische Kirche hat das Recht und die Pflicht, sich für die Erfüllung ihres göttlichen Auftrages eine solche irdische Gestalt zu geben, die unserer deutschen Art und unserem deutschen Volkstum gerecht wird. Wer jedoch unter Preisgabe des Evangeliums eine Kirche allein aus den Kräften des Volkstums aufbauen will, der verrät die Kirche. Wer für den Aufbau der Kirche andere als geistliche Waffen verwendet, wer die Freiheit der

Einzelentscheidung in religiösen Dingen preisgibt und Zwang in irgendeiner Form fordert oder ausübt, der verrät die Kirche. –

Wir legen dies Bekenntnis ab, gebunden an den Willen des Herrn der Kirche und aus heißer Liebe zu unserem Volk, weil wir überzeugt sind, dass nur so die Sache des Herrn recht getrieben und von der Kirche aus unserem Volk recht gedient wird.“

17. Dezember 1933:

Verfügung Hossenfelders:

„Die schweren Angriffe der Reaktion und des Liberalismus, die sich gegen die Reichsleitung der Glaubensbewegung richteten, aber in den meisten Teilen Deutschlands abgeschlagen sind, bringen es mit sich, dass in manchen Orten noch Unterführer auftreten und erklären, sie seien von der Reichsleitung unabhängig im Handeln. – Ich weise darauf hin, dass die Bewegung einheitlich von mir geleitet wird und jeder gegen die Reichsleitung Handelnde sich selbst aus der Glaubensbewegung ausschließt. – Jede, auch die kleinste Disziplinlosigkeit fördert die Reaktion und die Gegner der Kirche oder stützt einen Liberalismus, der die Fundamente des artgemäßen, positiven Christentums unterwühlt.“

Kirchenpolitik – Recht und Grenze (DED 51/1933)

Raum für die Männer in unserer Kirche! Adventsgedanken eines SA-Mannes (ebd.)

18. Dezember 1933:

Das Deutsche Friedensmemorandum (Friedrichs 2, 95)

19. Dezember 1933:

Besprechung Meiser/Beyer (Meiser 171)

Besprechung Meiser/Müller (ebd. 172)

Besprechung nicht deutsch-christlicher Kirchenführer mit Riethmüller, Smidt und Stange ebd. 173)

Eingabe des Ev. Jugendwerks (WNP 2, 184f):

„Der Herr Reichsbischof hat uns soeben zu erkennen gegeben, dass er für die Neuregelung des Verhältnisses zwischen dem Evangelischen Jugendwerk und der Hitlerjugend einen Vertrag auch dann unterzeichnen würde, wenn

derselbe der Zustimmung der Führung des Evang. Jugendwerkes entbehrt. Wir stellen zunächst fest, dass der uns am 17. November d. J. durch den Herrn Reichsbischof vorgelegte Vertragsentwurf für seine Unterzeichnung die Unterschrift des Reichsführers im Evang. Jugendwerk vorsah.
Im Übrigen erklären wir hiermit in aller Form folgendes: Das Evang.Jugendwerk hat seine eigene Verfassung auf der Grundlage des Führerprinzips und ist auf Grund derselben allein berechtigt, Verträge über seine Angelegenheiten rechtsgültig zu vollziehen. Die Tatsache, dass wir am 17. November d. J. dem Herrn Reichsbischof eine unmitttelbare und persönliche Befehlsgewalt übertragen haben, ändert an dieser Rechtslage nichts,
Davon abgesehen erscheint es uns als sachlich unmöglich, dass der Herr Reichsbischof der Deutschen Evangelischen Kirche gegen unsere sorgfältig erwogene und ausführlich begründete einmütige Ablehnung derartige Verträge abschließt. Es kommt hinzu, dass im vorliegenden Falle dem Herrn Reichsbischof die Möglichkeit fehlt, den Vertrag wirksam und vertragstreu durchzuführen, so dass auch dadurch die Autorität und die Ehre des Herrn Reichsbischofs schwer unterhöhlt wird und damit die der Kirche untergraben würde.
Um das Unheil, das dadurch für Kirche und Volk entstehen muss, abzuwenden und jede Unklarheit in bezug auf die Rechtslage eindeutig zu klären, haben wir beschlossen, hiermit die am 17. November d. J. unter bestimmten Voraussetzungen dem Herrn Reichsbischof unmittelbar und persönlich übertragene Befehlsgewalt zurückzuziehen."

Eingliederung des Evangelischen Jugendwerks in die Hitlerjugend: Abkommen zwischen Müller und Schirach, Telegramme von beiden an Hitler (Nic I, 183f; Stoll I, 46f):

„1. Das Evangelische Jugendwerk erkennt die einheitliche staatspolitische Erziehung der deutschen Jugend durch den nationalsozialistischen Staat und die HJ als Träger der Staatsidee an.
Die Jugendlichen des Evangelischen Jugendwerkes unter 18 Jahren werden in die HJ und ihre Untergliederungen eingegliedert. Wer nicht Mitglied der HJ wird, kann fürderhin inmnerhab dieser Alterstufen nicht Mitglied des Evangelischen Jugendwerkes sein.
2. Geländesportliche (einschließlich turnerische und sportliche) und staatspolitische Erziehung wird bis zum 18. Lebensjahr nur in der HJ getätigt."
3. Die gesamten Mitglieder des Evangelischen Jugendwerkes tragen entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu HJ den Dienstanzug der HJ."

Brief von Müller „An die evangelischen Pastoren und Jugendführer!"

(vN 134 ff):

„Liebe Brüder! Soeben habe ich an die deutschen evangelischen Eltern folgenden Brief geschrieben:

An die Väter und Mütter unserer evangelischen Jugend. Volksgenossen! Glaubensgenossen!
Ihr habt aus meinem Telegramm an den Führer gesehen, dass ich das deutsche evangelische Jugendwerk durch Unterzeichnung eines Vertrages mit dem Reichsjugendführer der Hitler -Jugend eingegliedert habe. Es ist das für mich ein entscheidungsschwerer Schritt gewesen, um den ich mit Gott im Gebete gerungen habe. Ich bin zu diesem Entschluss innerlich gezwungen worden von der mir durch mein Amt auferlegten Verantwortung für das Evangelium und für die Erziehung des deutschen Volkes im Evangelium.
Die neue Einheit unseres Volkes soll nach dem Willen des Führers gesichert werden durch eine einheitliche Erziehung unserer Jugend. Weite Kreise der deutschen Jugend sind innerlich von diesem großen Ziel des Führers ergriffen und begeistert, und große Scharen von evangelischen Jungen und Mädel haben sich aus dieser Ergriffenheit heraus in die Reihen der Hitler-Jugend gestellt. Ich weiß aber, dass die Jungen und Mädel, welche in den Bünden unseres evangelischen Jugendwerkes vereinigt sind, von ebenso heißer Liebe zu unserem Volk und ebenso starkem Willen zur Einordnung in das gemeinsame Ganze ergriffen sind. Es wäre ein Unrecht an ihnen, zu behaupten, dass sie in irgendeinem Sinne beiseite stehen wollen. Durch die Eingliederung habe ich dem, was in ihnen an Treue und Gefolgschaftswillen lebt, den einzigen Ausdruck gegeben, der für einen Deutschen heute möglich ist. Es ist die Ehre des evangelischen Christentums von den Tagen der Reformation an gewesen, dass der Glaube an Jesus Christus uns evangelischen Christen Kraft und Freudigkeit dazu verliehen hat, uns mit unserem ganzen irdischen Leben dem Volk und Vaterland zu geben. Ich durfte um des Evangeliums willen auch nicht den Schein aufkommen lassen, als ob unser Christentum für uns ein Grund wäre, ein Leben abseits der Volksgemeinschaft zu führen. Ich weiß von manchem evangelischen Jungen und Mädel, dass sie anfingen, es als schmerzlich zu empfinden, gewissermaßen vor die Wahl gestellt zu sein, entweder Gemeinschaft auf dem Grunde des Glaubens zu haben oder Gemeinschaft im Willen für Deutschland.
Die von mir getroffene Vereinbarung sichert Euren Kindern die Erfüllung ihres Auftrages, das Wort des Evangeliums über ihre Jugendgemeinschaft zu stellen. Sie sichert weiter jedem Hitlerjungen und – mädel die Möglichkeit, an evangelisch-christlicher Jugendgemeinschaft teilzunehmen. Was im Rahmen eines von Menschen geschlossenen Vertrages geschehen konnte, um dem Evangelium, um dem Willen unseres Herrn Jesus Christus in der nationalsozialistischen Jugenderziehung Raum und Stätte zu bereiten, das ist geschehen.

Ich bitte alle evangelischen Eltern herzlich: Sagt Euren Kindern, dass sie von ihren neuen Kameraden mit Liebe aufgenommen werden und dass sie ihre neuen Kameraden lieb haben sollen. Sagt ihnen, dass unser Herr Jesus Chruistus bei ihnen bleibt und mit ihnen geht in der neuen weiteren Gemeinschaft. Sag ihnen, dass sie ihrem Heiland und Herrn einen großen Dienst tun, wenn sie sich in der neuen Gemeinschaft als tüchtige deutsche Jungen und Mädel bewähren.
Der Gott, der unsere evangelische Kirche bisher bewahrt und geführt hat, wird sie auch auf seinen neuen wunderbaren Wegen leiten und behüten. In herzlicher Liebe Euer Ludwig Müller, Reichsbischof.

Ich bitte Sie herzlichst, diesen Brief in Ihrer Gemeinde und Ihrem Vertrauenskreise bekanntzugeben und ihn durch Einsatz und Wort nach besten Kräften zu unterstützen. Es ist dem Führer eine aufrichtige Freude gewesen, dass ich für die evangelische Kirche diesen Schritt gewagt habe. Ich weiß, dass mein Entschluss unserer evangelischen Jugend und unserer evangelischen Kirche nur dann zu Segen werden kann, wenn Sie, liebe Brüder, ihn von Herzen zu Ihrem eigenen machen und ihn in Ihren Kreisen durchführen helfen. Ich verlasse mich dabei ganz auf Ihre Treue und Ihren Eifer für den Herrn. Hier ist ein Werk, in dem wir alle, wie wir auch in den gegenwärtigen kirchlichen Gegensätzen stehen, uns zusammenfinden können. Indem wir es gemeinsam tun, legen wir auch einen Grund für das brüderliche Verstehen von uns allen untereinander und damit für eine neue Sammlung aller Kräfte auf die eine große Aufgabe, das Evangelium hineinzutragen in das ganze deutsche evangelische Volk. Die Jugend unseres Volkes ist unser kostbarstes Gut.
Indem wir jetzt miteinander einen neuen Schritt tun, um der kommenden deutschen Generation christliche Gemeinschaft und christliche Verkündigung nahezubringen, tun wir das Unsere, um in unserem Volk den Glauben an das Evangelium lebendig zu halten. Ich weiß, dass alles, was wir Menschen tun können, Stückwerk bleibt. Ich weiß aber auch, dass Gott meinen vor ihm gefassten Entschluss und Ihren christlichen Gehorsam segnen wird. Ludwig Müller.“

Protest gegen die Eingliederung durch lutherische Landeskirchenführer (ebd. 136f):

„1. Der vom Herrn Reichsbischof abgeschlossen Vertrag mit der Hitler-Jugend ist mangels ausreichender Bevollmächtigung des Herrn Reichsbischof ungültig.
2. Der Vertrag ist gegen den Willen der Landeskirchenführer abgeschlossen worden. Der Herr Reichsbischof hat seine noch am 19. Dezember 1933 vormittags ihnen gegebene Zusage auf vorherige Benachrichtigung nicht

gehalten. Auch der Führerrat des Evang. Jugendwerkes hat den Vertrag abgelehnt.
3. In der vorliegenden Form dient der Vertrag nicht der Vereinigung der Deutschen Jugend, sondern vertieft die Gegensätze in ihr.
4. Nach Ablehnung des von Herrn Reichsbischof geschlossenen Vertrages sind … durch das neuzubildende Geistliche Ministerium erneute Verhandlungen zu führen.
5. Die vom Herrn Reichsbischof am 23. Dezember 1933 verfügte Absetzung des Führerrates des Evangelischen Jugendwerkes entbehrt der verfassungsmäßigen Grundlage und damit der Wirksankeit. ……
Das bisherige Verhalten der Reichskirchenregierung hat in den Gemeinden größte Erregung hervorgerufen. Es trifft das kirchliche Leben an der Wurzel und erschüttert das Vertrauen zur Führung der Deutschen Evangelischen Kirche.
Es ist den Landeskirchenführern ein ernstes Anliegen, dass in dem neu zu schließenden Vertrag den staatlichen Ansprüchen an die staatsbürgerliche und SA.-sportliche Erziehung der Jugend voll Rechnung getragen und die freudige Bejahung des Drüten Reiches durch die Jugend nicht gemindert, sondern gefördert wird, und dass der Kirche die Möglichkeit erhalten bleibt, ihre Jugend gemäß dem ihr von Gott gegebenen Auftrag zu betreuen."

Kirche – Staat – Jugend (Stoll II, 28 ff)

K.F. Zahn: „Kirche und Hitlerjugend"

Erklärung von Meiser, Marahrens und Wurm an den Reichsbischof (Hermelink 62f)

Weihnachtswort des Reichsbischofs (vN 137f):

„In unsere Menschenwelt, deren Schicksal Unruhe, Unfrieden und Kampf ist, erklingt die Weihnachtsbotschaft: „Frieden auf Erden".
Wie ein heiliges Wunder tritt das Christkind unter die hastenden und jagenden Menschen, und in uns allen klingt es wie ein sehnsüchtiges Wünschen und Hoffen: „Ja, Frieden möchten wir wohl haben, Ruhe in aller Unruhe, Stille in all dem Kampf des Alltags."
Gott, der Herr, hat uns aber mit unserem Leben und mit unserer Arbeit mitten hinein in diese irdische Welt gestellt und das Leben in dieser Welt ist nun einmal Kampf. Um nun aber in diesem Kampf alle unsere Aufgaben und alle unsere Not besänftigen zu können, brauchen wir – Frieden. Nicht äußeren Frieden, sondern innere Sammlung, inneres Stillsein, sein Sich-darauf-Besinnen, dass wir zu allerletzt Gott verantwortlich sind mit unserem ganzen Sein und über dem allen Gottes heiligen Frieden, den Er uns schenkt in unser friedloses Menschenleben hinein.

Das ist der Sinn der Weihnachtsbotschaft, dass Freude und Friede in die Herzen der Menschen einziehen sollen. Beglückend und stärkend ist darum die frohe Botschaft von Christus, die wir von neuem unter dem Weihnachtsbaum wissen und hören sollen, dass es ein innerstes Geborgensein in Gott wirklich gibt.
„Frieden auf Erden" heißt ja nicht „nie wieder Krieg",
„Frieden auf Erden" bedeutet nicht Kirchhofsfrieden,
„Frieden auf Erden" bedeutet nicht, dass beschauliche und gemächliche Zurückgezogenheiot Ideal sei.
Gerade wir Christen im heutigen Deutschland sind für die Weihnachtsbotschaft dieses Jahres besonders dankbar. Gott hat uns eine gewaltige Volkserhebung geschenkt, - mit diesem Erwachen des Volkes sind neue Ziele und neue Aufgaben vor uns erstanden. Aus einer Welt der Ichsucht und des reinen Mammonsdienstes sind wir wieder zu einer Volksgemeinschaft gekommen, wo der eine dem andern sich neu verbunden und neu verpflichtet fühlt. Schon allein die gewaltige Winterhilfe, zu der der Führer unser Volk aufgerufen hat, ist ein lebendiger Beweis für den neuen Geist einer neuen Zeit, die Nächstenliebe kein totes Wort sein lassen will, sondern Nächstenliebe zur Tat macht.
Erst vor kurzem erklärte mir ein Aiusländer, der nicht einmal ein Freund des neuen Deutschland ist, er müsse gestehen, dass das ganze öffentliche Leben unseres Volkes viel lauterer, anständiger und christlicher geworden wäre.
Mit Dank gegen Gott erfüllt es uns, dass wir heute wieder deutsche Weihnachten feiern dürfen in einem neuen Deutschen Reich, dessen Führer nach ihrem Bekenntnis und ihrer Tat Deutsche und Christen sind. Und in diesen Dank legt sich die Bitte, unser Tuun mit seiner Gnade zu segnen und uns zu bewahren in der ewigen Hoffnung, die er uns geschenkt hat. Sie allein macht das Herz fest und ruhig in einem mannhaften Glauben.
Zur deutschen Weihnachtszeit gehört ganz von selbst Liebe und Güte. Darum soll zu Weihnacht aller Streit ruhen – vergebende Liebe und helfende Güte sollen sich aufmachen, um Friede und Freude zu bringen in die Häuser und in die Herzen.-Gott segne unser Volk und Vaterland zur Weihnacht, er helfe auch unserer Kirche, dasss sie aus der Kraft des Glaubens und des Gottvertrauens Christum verkündigt als den rechten Friedensbringer und als den Heiland auch unseres Volkes."

Johannes Kühne: Um die Zukunft der Deutschen Evangelischen Kirche (JK 383 ff)

Dr. Oskars: Säkularisierte Theologie. Grundsätzliches zu Peter`s „Gleichschaltung des theologischen Denkens" (ebd. 388 ff)

20. Dezember 1933:

„Leitgedanken zur Schulordnung“ des Reichsinnenministers

Besprechung Meisers mit Schieder (Meiser 173)

Besprechung Meisers mit Künneth, Ranke, Riethmüller u. a. (ebd. 173 ff)

Besprechung Meisers mit Stratenwerth (ebd. 175)

Besprechung Meisers mit Veidt (ebd. 175)

Misstrauenserklärung des Pfarrernotbundes im Namen von 6000 Mitgliedern gegen den Reichsbischof (Stoll I, 44; WNP 185):

„Hochzuverehrender Herr Reichsbischof!

Der Pfarrernotbund hatte erwartet, dass der Herr Reichsbischof einer Erneuerung der Kirche vom Bekenntnis her Raum schaffen und sie so der wahren Befriedung entgegenführen würde. Aus unserer Sorge für unsere Deutsche Evangelische Kirche beklagen wir es, dass diese Erwartung unerfüllt geblieben ist.

Erneut versucht man in der Öffentlichkeit den Eindruck eines schon erreichten Friedens zu erwecken. Ein Geistliches Ministerium, dessen Rechtmäßigkeit bestritten ist, dem Gemeinden, Pfarrer und Kirchenregierungen weithin kein Vertrauen entgegenbringen können, erläßt ständig Kirchengesetze, die durchzuführen dieses Ministerium weder die geistliche Vollmacht noch die äußere Macht hat.

Es ist nicht nur die äußere Ordnung zerrüttet, das Leben der Gemeinden steht in schwerer Gefahr. Gegen Zwangsmaßnahmen kirchlicher Behörden und Amtsträger ist erbitterter Widerstand ausgebrochen, der sich ständig verstärkt. Seine tiefste Begründung hat er im Bekenntnis. Darum kann ein Friede nur erreicht werden, wenn die Kirchenleitung allein vom Evangelium her handelt.

Getrieben von der uns übertragenen Verantwortung um die Kirche erklären wir im Namen der im Pfarrernotbunde zusammengeschlossenen Pfarrer:

Das Vertrauen der Pfarrer und Gemeinden gegenüber dem Herrn Reichsbischof ist einem Misstrauen gewichen, dem entgegenzuwirken wir weder bereit noch imstande sind, es sei denn, dass eine Lösung der Kabinettskrise, die bis Sonnabend, den 23. 12. 1933 erfolgt sein müsste, wahrhaft kirchlichem Handeln innerhalb der Kirche endlich den Weg frei macht.“

21. Dezember 1933:

Rücktritt Hossenfelders als Reichsleiter der GDC, als Bischof von Brandenburg, als stellvertretender preußischer Landesbischof und als geistlicher Vizepräsident des EOK

Abschiedsbrief von Hossenfelder (GB 119, 121):

„Meine lieben Mitkämpfer!
Ich habe heute folgendes Schreiben an Pg. Dr. Kinder geschickt:
„Hiermit übertrage ich Ihnen das mir übergebene Amt als Reichsleiter der GDC und bitte Sie, die Leitung der Bewegung ab heute zu übernehmen.“
Ich weiß, dass wir in den letzten zwei Jahren auf Gedeih und Verderb verbunden waren. Den Auftrag, den ich einst von der Parteileitung München bekommen habe, die Kirchenwahlen in Deutschland durchzuführen, habt ihr mit mir gelöst. Die Kirchenregierungen sind im Großen und Ganzen in den Händen von Nationalsozialisten. Der Nationalsozialismus ist uns Bruder und Nächster nach dem Evangelium. Damit habe ich die mir übertragene Aufgabe erfüllt. Wenn ich heute die Leitung der Bewegung an den Pg. Dr. Kinder in Kiel übergebe, so tue ich das im Vertrauen zu ihm, den ich in den Köämpfen unserer Bewegung kennengelernt habe, und im Vertrauen zu euch, die ihr wisst, dass ich meine Entscheidungen stets in Verantwortung zum dritten Reich und zur Kirche dieses Reiches gefällt habe. – Ihr habt gespürt, dass in den letzten Wochen ein entscheidender Kampf um die GDC entstanden ist. In diesem Kampf bin ich von vielen Seiten angegriffen worden. Ich habe eine Reihe von Jahren als Nationalsozialist dafür gekämpft, dass im Raum der Kirche das, was uns Nationalsozialisten bewegt, seinen Platz hat. Wir sind ohne unser Wollen hineingezwungen in kirchenpolitische Kämpfe; wir haben sie bestanden. – Ich danke euch allen für eure Treue.Ich habe heute das Amt des Reichsleiters an den Pg. Kinder übergeben. Ich habe zur gleichen Zeit meine sämtlichen Ämter in der Kirche niedergelegt. Es muss einmal allen klar werden, dass es bei uns nie um Personen und Posten geht, sondern um die Sache. Die Sache ist, dass der echte Anspruch des nationalsozialistischern Staates in einer deutschen evangelischen Kirche gestaltet werde. – Wir wollen keine Glaubenskämpfe. Die Entscheidungen im Glauben gehören in den Raum der Kirche. – Meine Maßnahme hat den Zweck, die Einheit und Stoßkraft der GDC ein für allemal zu sichern und die übermütig gewordene Reaktion aufs Haupt zu schlagen. Die Reaktion soll spüren, dass ihr ein eiserner, unbeugsamer Gegner im Kampfe in ganz Deutschland gegenübersteht. – Ich verpflichte daher sämtliche Gauobmänner und jedes einzelne Mitglied hiermit auf den neuen Reichsleiter und erwarte von allen unwandelbare Gefolgschaftstreue zu ihm. Heil Hitler!“

Kundgebung des neuen Reichsleiters der DC Dr. Kinder (vN 233; GB 121):

„Die mir angetragene Führung der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ habe ich mit dem heutigen Tage übernommen. Wir stehen an einem entscheidenden Abschnitt. Die geschichtliche Entwicklung bis zu der heutigen Stunde hat über das Feld des Kampfes geführt, den der Nationalsozialismus und in seiner Gefolgschaft die Deutschen Christen in der evangelischen Kirche als Glaubensbewegung durchgefochten haben. In diesem Kampfe ist sowohl im Staate als auch in der Kirche mit aller Kraft darum gerungen worden, ein Neues zu gestalten. Es ist klar, dass jene Kampfeszeit nicht mit den Zeiten des ruhigen Aufbaues gleichgesetzt werden kann, denn der Kampf erfordert rücksichtslosen Einsatz, während aufzubauen die Aufgabe bedeutet, alle willigen Kräfte zum Großen und Ganzen zusammenzufassen.

In der veränderten Aufgabe ist die Form nur des Kampfes nicht mehr zu gebrauchen, zumal in einer Kirche, in der sich die Gebiete der äußeren Gestaltung und des Glaubens klar voneinander unterscheiden. Nachdem nun der äußere Bau der Kirche vollendet ist, muss diese Unterscheidung als Aufgabe sichtbar und wirksam gemacht werden. Es können nicht mehr Glaubensdinge mit machtpolitischen Bestrebungen und umgekehrt verbunden werden. Das in der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche verankerte Führertum gestattet überhaupt nicht die Duldung machtpolitischer Gruppen, sondern verlangt nach einer Einheit des Kirchenvolkes schlechthin. In der Schicksalsgemeinschaft der evangelischen Kirche mit dem nationalsozialistischen Staate kann diese Einheit nicht anders zum Ausdruck kommen als in der Zusammenfassung aller evangelischen Volksgenossen, die Nationalsozialismus und Kirche bejahen. Die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, die vom Nationalsozialismus her innerhalb einer volksfremd gewordenen Kirche zum Leben erweckt worden ist, muss deshalb jetzt zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehren und in den Neubau des deutschen Volkes endgültig eingefügt werden. Wenn es eine Zeit lang schien, als lebe innerhalb der Kirche eine parallele Bewegung zu dem Nationalsozialismus im Staate, so war dies duch die Entwicklung des Nationalsozialismus selbst bedingt, der aufs schwerste zu kämpfen hatte und erst Schritt für Schritt Boden erobern konnte. Der Sieg des Nationalsozialismus im Staate bedeutet darum nun aber die Notwendigkeit, die Erscheinung des Parallelen aufzuheben und die Entwicklung der Bewegung Deutsche Christen ins Große und Allgemeine überzuleiten. Hierin liegt die Verbindung der Kämpfe der Vergangenheit mit den Aufgaben und Forderungen der Gegenwart und Zukunft.

Diese Entweicklung gibt unserer evangelischen Kirche den Frieden, dssen sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe im nationalsozialistischen Staat bedarf. Die Richtlinien der Glaubensbewegung waren Banner im Kampfe. Für die Ausgstaltung der evangelischen Kirche müssen uns die folgenden Leitsätze maßgebend sein:

5. Rundbrief des Pfarrernotbundes (WNP 182 f)

Besprechung Meisers mit evangelischen Jugendführern (Meiser 176)

Besprechung Meisers mit Otto Weber (Meiser 176)

22. Dezember 1933:

Gespräch Meiser, Bodelschwingh, Marahrens und Lauerer (Meiser 179 ff)

Zur Weihnachtszeit:

Das sog. Pommersche Bekenntnis Deutscher Christen (Schmidt 1, 102 ff) (Entwurf von Emanuel Hirsch, Unterschriften u. a. Karl Thom, Hermann Wolfgang Beyer, Ernst Haenchen):

„1. Die Heilige Schrift

Die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments ist uns Zeugnis des lebendigen Gottes in der Strenge des Gesetzes und in der Gnade des Evangeliums.

Das Alte Testsament dient dem Christen noch heute als Zucht und Bereitung auf das Empfangen Jesu Christi im Glauben. Es predigt die Anbetung des e i n e n Gottes, der Himmel und Erde geschaffen hat; es predigt die Heiligkeit des Zorns und des göttlichen Erbarmens; es predigt das lebendige Walten Gottes in der Geschichte der Völker und der Menschen. Es zeigt am Beispiel der Geschichte von Volk und Einzelnen, dass die Sünde das Verderben der Völker und der Menschen ist; es zeigt aber auch, dass Gott dem umkehrenden Sünder Huld und Hilfe gewährt. In allem jedoch, was es sagt, kann es nur im Lichte des Neuen Testaments recht verstanden werden. Nur soweit es vom Neuen Testament bestätigt und erklärt wird, hat es Vollmacht, das Gewissen des Christen zu binden.

Das Neue Testament stellt das Wort von Jesus Christus mit unvergänglicher Vollmacht vor die Christen aller Völker und Zeiten. Allein im Neuen Testament werden Gesetz wie Evangelium dem Glauben so enthüllt, dass sie das wirken, dazu Gott sie gesandt hat. Es ist das Buch der christlichen Kirche im einzigartigen Sinne.

Die Verdeutschung beider Testamente durch Martin Luther hat das Fremde des geschichtlichen Ursprungs in anderen Völkern und Zeiten für uns überwunden. Sie ist uns mit ihrer kühnen Freiheit ein Geschenk des lebendigen Gottes an unser deutsches Volk, ein Kundwerden der göttlichen Offenbarung in unserer Sprache und unserer geschichtlichen Welt.

2. Jesus Christus

Wir haben für das Geheimnis Jesu Christi kein ander Wort, als das des Katechismus: Er ist wahrhaftiger Gott und wahrhaftiger Mensch. In seiner Gottheit steht er vor uns als der Herr, der uns zur Buße ruft und uns die Vergebung gewährt. In seiner Menschheit steht er vor uns als der Anfänger einer neuen Menschheit, den Gott durch Leidensgehorsam vollendet hat, als der, den Gott in den Tod gegeben und zum Leben auferweckt hat. In seiner ganzen unbegreiflichen Gottmenschheit steht er vor uns als die Versöhnung stiftende und ewiges Leben schenkende göttliche Wahrheit und Liebe selbst. Wir wollen dieses Geheimnis nicht erklären, wie begehren nichts, als ihn anzubeten im Glauben und so in ihm, aus ihm, durch ihn Kinder Gottes zu werden in der Kraft und Freiheit des Heiligen Geistes.

Wir freuen uns jedes Menschen, der in dem Leidensgehorsam Jesu die Tiefe heldischer Mannhaftigkeit spürt. Wir freuen uns jedes Menschen, den die unerbittliche Strenge seiner Gebote und die unergründliche Liebe seines Dienstes innerlich packt. Wir wollen allen diesen Menschen helfen, dass ihre bloß menschliche Verehrung der Gestalt Jesu ihnen durch Gott ein Weg zu dem Glauben wird, der bekennt: Du bist Christus, des lebendigen Gottes Sohn.

3. Unser deutsches Volk

Gott ist der Schöpfer und Herr aller Menschen. Er hat jedem Volk seine besondere Art und seine besondere Sendung gegeben. Darum dürfen wir Deutschen ihn als unseren Gott und unseren Schöpfer preisen. An der Art, die er uns Deutschen mit unserem Blut gegeben hat, an der Sendung, die er uns Deutschen in der Geschichte aufgetragen hat, erweist er sich uns innerlich als Quell alles Lebens und Brunn alles Guts. Wir können der Geschichte unseres Volks und der Gestalten unserer Väter nicht gedenken, ohne uns dankbar daran zu erfreuen, dass Gott uns gerade als Deutsche geschaffen hat. Es ist uns heilige Pflicht, den Schöpfer dadurch zu ehren, dass wir unserer Art, unserer Ehre und unserer Sendung treu bleiben und sie in deutschen Kindern fortwirken lassen in der Menschheitsgeschichte.

Wir wissen darum, dass alle Völker unter der Not und dem Fluche des sündendurchwobenen irdischen Geschehens stehen. Wir spüren bei uns selbst den Anteil unseres Volkes an der menschlichen Willensverkehrtheit. Wir wissen aber auch darum, dass Gott in seiner Herrlichkeit und Güte unsere Art und unsere Kraft dennoch gesegnet hat und segnet. Wie nehmen die großen Taten und Leistungen unseres Volkes als ein sichtbares Zeichen, dass Gott uns auch in der Zukunft brauchen will als ein Werkzeug seines Handelns in der Geschichte. Es ist uns heilige Pflicht, aus Gottes Kraft heraus das Verkehrte an unserer Art immer von neuem zu überwinden. Je mehr wir das tun, umso mehr wird deutsche Art das werden, dazu sie Gott bestimmt hat und deutsche Sendung sich erfüllen.

4. Unsere Deutsche Evangelische Kirche.

Als Kirche Jesu Christi will unsere Deutsche Evangelische Kirche das heilige Evangelium verkünden und alle, die auf sie hören, zu einer Gemeinschaft des Glaubens und der Liebe zusammenschließen. Als Kirche Jesu Christi steht unsere Deutsche Evangelische Kirche unter dem göttlichen Wort, das ihr Gericht und Gnade und Leben ist. Das Bekenntnis der Reformatoren hütet sie als das ihr von Gott gegebene Zeugnis vom göttlichen Wort. Ihre Verkündigung und ihr Dienst sind nur so weit echt, als sie in der Zucht des Glaubensgehorsams und in der Treue gegen die von den Reformatoren bezeugte Wahrheit des göttlichen Worts geschehen.

Als Ordnung deutschen Volkslebens ist unsere deutsche Evangelische Kircher eine vorbereitende Zucht und Erziehung der von ihr umfassten deutschen Menschen auf den Glauben an das Evangelium zu. Sie ist um der Liebe Jesu Christi willen gedrungen, diese ihre Stellung und Aufgabe so ernst und heilig zu nehmen, wie es ihr möglich ist. Sie hat deutschen Menschen seelische Heimat zu sein und und deutschen Menschen das göttliche Wort so zu verdolmetschen, dass sie es als zu ihnen gesagt verstehen. Sie kann diesem ihrem Dienst nach den in alle Volkskirchen wirksamen Bedingungen geschichtlichen Handelns nur genügen, wenn sie von deutschen Menschen getragen, gestaltet und geleitet wird.

Als Hörer ihrer Verkündigung und Glieder ihrer Sakramentsgemeinschaft sind der Deutschen Evangelischen Kirche auch in ihrem Raum wohnende nichtdeutsche Menschen willkommen, denen eine von deutschen Menschen getragene und gestaltete kirchliche Ordnung eine Hilfe und ein Dienst ist. Die Deutsche Evangelische Kirche erkennt alle Christen, deutsche und nichtdeutsche ohne Unterschied, als rechte Glieder an dem einen Leibe Jesu Christi an. Sie weiß, dass sie mit allen Christen aus allen Völkern und Zeiten zusammen zu dem einen und gleichen Gott und Vater aller ruft. Sie kann aber Nichtdeutschen, die in ihrem Raum wohnen und von ihrer Predigt und Salkramentsgemeinschaft umfasst werden, nicht den Charakter der Deutschheit verleihen.

5. Kirche und Staat.

Evangelischer Glaube schließt in sich die Bereitschaft, immer wieder in die geschichtliche Wirklichkeit von Volk und Staat hineinmzulauschen und den ihm von Gott gebotenen Weg sich in neuer Stunde neu zeigen zu lassen. Wir können heute nur von solchen Christen rechte kirchliche Führung in der Wirklichkeiut von Volk und Staat erwarten, welche in der nationalsozialistischen Bewegung eine für alle Deutschen verbindliche neue Gestalt deutschen Lebens erkennen. In diesem Sinne gilt es uns heute als das gleiche, Nationalssozialist und Deutscher zu sein.

Evangelischer Glaube weiß, dass man Gott und seinem Reiche in jedem Berufe dienen kann. Wir sehen in den Männern der nationsalsozialistischen Bewegung und des nationalsozialistischen Staates Gottes Werkzeuge und

Diener in der Erneuerung unserer deutschen christlichen Volksordnung. Unsere Deutsche Evangelische Kirche steht bei dem ihr aufgetragenen besonderen Dienste mit diesen Männern in dem gleichen Lebensraum des deutschen Volkes. Indem sie mit ihnen im Vertrauen an dem Werk des Neubaus zusammenaarbeitet, verzichtet sie auf ein falsches Eigenwesen und gewinnt die ihr von Gott einzig gewährte Hoheit des Dienstes.“

23. Dezember 1933:

Enthebung des Reichsführerrates des evangelischen Jugendwerkes und seines Leiters D. Erich Stange von ihren Ämtern, dagegen viele Proteste

Zum Ganzen: GB 1934, 124, 126, 127

Rundschreiben von Marahrens betr. seiner Ermächtigung durch den Kirchensenat (Klügel 31f)

26. Dezember 1933:

Rundschreiben des Reichswirtschaftsministeriums zur ungestörten Abwicklung der Weihnachtsgeschäfte (Schutz jüdischer Firmen)

31. Dezember 1933:

Anerkennungsschreiben Hitlers an seine Unterführer (Domarus 338 ff)

Abschiedsworte für Hossenfelder durch den DC-Gauobmann Tausch (EDR-Berlin 247):

„Der Schöpfer unserer Glaubensbewegung Deutsche Christen, Bischof Hossenfelder, hat die Reichsleitung der Glaubensbewegung dem weltlichen Vizepräsidenten der Landeskirchenregierung Schleswig-Holstein, Pg. Dr. Kinder in Kiel, übergeben.

Der Gau Groß-Berlin weiß dem scheidenden Reichsleiter aufrichtigen Dank für die aufopferungsvolle Arbeit, die er in der evangelischen Kirche und dem Nationalsozialismus Adolf Hitlers geleistet hat. Mit unermüdlicher Kraft hat Bischof Hossenfelder selbst gekämpft und hat diesen Kampfgedanken für nationalsozialistische Weltanschauung und für das uneingeschränkte Evangelium in unsere Reihen gelegt, so dass wir nicht mehr davon lassen werden. Wir reichen unserem Vorkämpfer noch einmal die Hand.

Den neuen Reichsleiter Dr. Kinder grüßen wir zum Neuen Jahr! Wir kennen ihn als frommen Christen und als guten alten Nationalsozialisten. Möge Gott

der Ewige ihm Kraft geben und Weisheit und Gnade zu seinem großen Amt an unserer Bewegung und damit an Kirche und Volk und Vaterland.

Der Gau Groß-Berlin rückt mit ungehemmter Kraft und mit froher Zuversciht in die aufbauende Arbeit hinein, die das neue Jahr ihm auferlegen wird. Wir wollen die besten Christen und zugleich die besten Nationalsozialisten sein! Wir stehen in der leuchtenden Gottesaufgabe, das Erbe Dr. Martin Luthers zu hüten. Wir werden den Kampf gegen alle diejenigen führen, die unsern biblisch gegründeten Glauben aus einer falschen Einstellung heraus anzutasten versuchen, aber ebenso gegen alle, die uns die lutherische Freiheit rauben wollen und uns am liebsten mit mittelalterlichen Methoden in das Joch einer religiösen Knechtschaft schlagen möchten. Wir werden auch niemals zulassen, dass die Kirche zum Hort der Reaktion herabgewürdigt wird. Wir werden diesen Kampf nicht negativ gestalten. Wir werden mit der stürmenden sieghaften Gewalt unseres Christusglaubens die Zukunft schmieden und dem Neuen Jahr ein heiliges Gepräge geben.

Von uns allein hängt die Zukunft unserer Kirche ab. Wir sind die alleinigen Träger des reinen Evangeliums in biblischer Gebundenheit und Freiheit zugleich geworden. Möge jeder deutsche Christ die weltgeschichtliche Sendung erkennen, die unserer Bewegung übergeben ist. Wir werden gläubig und diszipliniert als Christen und als Nationalsozialisten unsere Arbeiut tun! Im Neuen Jahr wird die frohe Botschaft vom Gekreuzigten und Auferstandenen dem menschen des Dritten Reiches durch uns verkündigt werden.

Tausch, Gauobmann.“

W. Beyer: Das neue Lebensgesetz des deutschen Volkes (DED 53/1933)

Eine Sammeltaufe im Berliner Norden (ebd.)

Weiteres DC-Schrifttum 1933:

Dannemann, Arnold (Hg.): Jugend bekennt sich zu Christus und Nationalsozialismus, Dresden 1933

Wagner, Martin: Die „Deutschen Christen“ im Kampf um die innere Erneuerung des deutschen Volkes, Berlin-Charlottenburg 193

Ulmenrid, Will: Hossenfelder, Berlin 1933

Ders.: Ludwig Müller, Berlin 1933

Langner, Erwin: Die kirchliche Entscheidung von heute, Weimar 1933

Langmann, Otto: Deutsche Christenheit in der Zeitenwende, Hamburg 1933

Kuptsch, J.: Im dritten Reich zur dritten Kirche. Nach der

nationalsozialistischen in die christliche! Leipzig 1933

Wienecke; Friedrich: Deutsche Theologie im Umriß, Hamburg 1933Engelke,

Fritz: Christentum deutsch, Hamburg 1933Beckmann, Fritz: Deutsche

Christenfibel, Wernigerode o. J.Ders.: Der Weg zur deutschen Christuskirche,

ebd. o. J.

Deutschgläubige Bekenntnisse 1933:

- Ernst Bergmann: Deutschapostolikum (Schmidt 131)
- Julius Reissinger: Deutscher Glaube (ebd. 132f)
- Willo Mahr: Religiöse Richtsätze für völkische Deutsche (ebd. 133)
- Dr. Krause: Richtsätze der Glaubensbewegung Deutsche Volkskirche (ebd. 134f)

Auswahl von Aufsätzen 1933 aus van Norden: Der deutsche Protestantismus im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung:

Hossenfelder: Die Rasse als Schöpfungsgabe Gottes (vN 320 ff)

Kirchenausschuss gegen amerikanische Gräuelpropaganda (ebd. 322f)

Ansprache von Dibelius und Nuelsen über den Kurzwellensender an die ausländische Öffentlichkeit (ebd. 323f)

Reichswart Stange: gegen die Lügenpropaganda (ebd. 324)

Reformierte Kirchenzeitung: Hetze gegen Deutschland (ebd. 324 ff)

Ittameier: Die Judenkatastrophe in Deutschland (ebd. 326 ff)

Gerhard Kittel: Die Judenfrage (ebd. 328 ff)

Walter Michaelis: Ein Wort zur Judenfrage (ebd. 336 ff)
Hermann Mulert: Lagard und der heutige Antisemitismus (ecd. 338f)

Rudolf Bultmann: gegen Denunziantentum und Diffamierung der Juden (Ebd. 339 ff)

Walter Künneth: Das Judenproblem und die Kirche (ebd. 341 ff)

Dietrich Bonhoeffer: Die Kirche vor der Judenfrage (ebd. 351 ff)

Fritz Kessel: Appell an die Pfarrer (ebd. 356)

Aus einer Denkschrift des Protestantenvereins (ebd. 356f)

Kirchengesetz ApU vom 6. September (ebd. 357f)

Kirchengesetz Schleswig-Holstein (ebd. 358)

Kirchengesetz Thüringen (ebd. 359)

Verordnung zur Herbeiführung eines kirchlichen und nationalsozialistischen Berufsbeamtentums (ebd. 359f, ähnlich 360)

Martin Niemöller: Sätze zur Arierfrage in der Kirche (ebd. 361 ff)

Gutachten der Theologischen Fakultät Marbur g (ebd. 363 ff)

Neues Testament und Rassenfrage (ebd. 367 ff)

Rückzieher von Karl Heim (ebd. 370)

Theologisches Gutachten Erlangen (ebd. 371 ff)

Wobbermin: Zwei Theologische Gutachten in Sachen des Arierparagraphen (ebd. 374 ff)

Rudolf Bultmann: Der Arierparagraph im Raume der Kirche (ebd. 377 ff)

Erklärung der Theol. Fakultät Tübingen (ebd. 387)

Begründung des Gesetzes (ebd. 388)

Friedrich Wieneke: Lasset euch das Ziel nicht verrücken (ebd. 388 ff)

Walter Grundmann: Der Arierparagraph in deutsch-christlicher Sicht (ebd. 391f)

Weitere Literatur aus dem Jahre 1933: vN 393ff

Dezember 1933 noch rund 4 Millionen arbeitslos gemeldet

1 9 3 4:

Die theologischen Kontroversen gehen weiter

Januar 1934:

Simon Schöffel: Das Luthertum an der Wende der Zeit:

„Das Volkstum selbst in seinem unbegreiflichen, unfassbaren, unsagbaren und doch deutlich wirksamen Schöpfungsgeheimnis ist uns heute gegenwärtig und verlangt unser Ja. Wir geben es freudig, wie über einen Irrtum von Jahrhunderten hinweg, in dankbarer Erinnerung an Luther; aber eben, indem wir es geben, fühlen wir, dass wir an einem Anfang stehen, einem Anfang nämlich des Ringens um das Volk, dessen innerstes Wesen Geheimnis ist, Geheimnis der Schöpfung. Das ist groß und erfreulich, gerade für einen Lutheraner; hat uns doch Luther einst zur Erkenntnis der Schöpfung und zur Freude an ihr gebracht. Schon hier spüren wir, dass wir an einem entscheidenden Punkte für das Luthertum stehen. Die Zeit reicht ihm wieder einmal etwas dar, was zu seiner ureigensten Erkenntnis gehört, die Erfassung nämlich der Schöpfung, hier des Volkstums. In einer ungeheuren Wende des Volkes wurde uns das gegeben. Im Nationalsozialismus brach diese neue Wirklichkeit durch. Das Luthertum bejaht diesen Durchbruch mit derselben Freude, mit der sich einst Luther zur wiederentdeckten Schöpfung und seinem Volke bekannt hat; nur dass das Luthertum auch heute sieht, was sein großer Schöpfer vor vier Jahrhunderten erkannte und oft genug aussprach, dass nämlich nichts Irdisches, auch wenn es von Gott ist, ohne Gefahr und Versuchung ist …

Wir müssen Stellung nehmen zu dem politischen Wege unseres Volkes. Es hat gar keinen Zweck, sich um diese Frage zu drücken. Es ist sinnlos zu behaupten, dass Glauben und Politik sich nicht berühren dürften. Sie tun es doch und müssen es tun; denn, indem der Glaube sich zum Volk bekennt, kann er nur dies Volk meinen, das politisch denkt und fühlt und einen bestimmten Weg geht. Dieser Weg aber ist für uns der Nationalsozialismus. Das Luthertum muss sein Wort zu ihm sprechen und zwar, wie ich annehme, als ein ehrliches Ja! Aber warum? Das will gezeigt werden. Denn wenn wir vom Glauben her sprechen, von der Bibel her, vom Bekenntnis her, dann müssen die Berechnungen, die wohl sonst angestellt werden, die Vergleiche, die rein auf der irdischen Ebene die Parteien neben einander stellen und mit irdischen Maßstäben messen, abgelehnt werden. Vom Glauben und vom

Bekenntnis her haben wir einen anderen Standort zu suchen. Aus der Bibel als der Offenbarung wird es uns klar…." (WNH 88f)

Friedrich Ulmer: Aufruf an die lutherische Kirche (ebd. 89):

„Unsere lutherische Kirche ist bewusst volksverbunden. Mit unserm Volk leiden wir, mit ihm erfahren wir das Umgestaltende neuer Kräfte, mit ihm freuen wir uns des neuen völkischen Tages, mit ihm danken wir Gott, dass wir in Adolf Hitler den Führer unseres deutschen Volkes erhielten. Dieses Mitleiden, Mitfreuen und Mitdanken unserer Kirche mit unserm Volk geschieht ebenso wie der Gehorsam gegenüber der Obrigkeit aus einer allerletzten Verantwortung heraus, aus der Verantwortung vor dem Heiligen und Gnädigen Gott. Wir halten einen Staat für umso fester gewurzelt und gegründet, je mehr eine so volksverbundene Kirche wie die lutherscihe in ihm sich auswirken darf und je mehr ihre Treue gegenüber dem Staat letztlich Treue gegen Gott ist und sein sein darf."

<u>1. Januar 1934:</u>

Neujahrsaufruf Hitlers (Friedrichs 2, 7 ff: Nic II, 1):

„…Das deutsche Volk hat sich über Parteien – Stände – Konfessionen und Weltanschauungen hinweg endlich zu einer Einheit zusammengefunden. Den Schädlingen in dieser Gemeinschaft aber ist auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens ein unbarmherziger Kampf angesagt worden …Allein nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern auch auf den anderen Lebensgebieten führen wir in diesem Jahr einen unablässigen Kampf gegen die Verfallserscheinungen in unserem Volke. Die religiösen, sittlichen und moralischen Zeichen der Zeit reden eine zwingende Sprache.

Indem wir das Zentrum vernichteten, haben wir nicht nur Tausende von Priestern wieder in die Kirche geführt, sondern Millionen von anständigen Menschen den Glauben an die Religion und die Priester zurückgegeben.
Der Zusammenschluss der evangelischen Kirche zur Reichskirche, das Konkordat mit der katholischen Kirche, sie sind Meilensteine auf dem Wege zur Herstellung eines nützlichen Verhältnisses und einer nützlichen Zusammenarbeit zwischen dem Reiche und den beiden Konfessionen…“

Januar 1934:

Überwachung des Pfarrernotbundes durch die Politische Polizei

(Nic II, 1 ff)

3./4. Januar 1934:

Erste Freie Reformierte Synode in Barmen-Gemarke (Schmidt 2, 22 ff):

„Die Kirche Jesu Christi ist, was ihre Botschaft und ihre Gestalt betrifft, eine und dieselbe in den verschiedenen Zeiten, Rassen, Völkern, Staaten und Kulturen. Das Recht kirchlicher Verschiedenheiten da und dort steht und fällt damit, dass sie mit der Einheit ihrer Botschaft und Gestalt vereinbar sind.

Damit ist abgelehnt die Ansicht:

a) Als sei das Recht zeitlicher, nationaler und lokaler Verschiedenheiten der kirchlichen Formen aus besonderen Offenbarungen Gottes in der Geschichte abzuleiten.

b) Als sei es mit der Einheit der Botschaft und gestalt der Kirche vereinbar, die Gliedschaft und die Befähigung zum Dienst in ihr auf die Angehörigen einer bestimmten Rasse zu beschränken.

Die Kirche erkennt im Staate auf Grund der Weisung des Wortes Gottes die Anordnung des göttlichen Befehls und der göttlichen Geduld, kraft welcher der Mensch es versuchen darf und soll, im Rahmen seines Verständnisses von Vernunft und Geschichte, verantwortlich dem Herrn aller Herren, Recht zu finden und mit Gewalt aufzurichten und aufrechtzuerhalten. Die Kirche kann dem Staat dieses sein besonderes Amt nicht abnehmen. Sie kann aber auch ihr eigenes Amt nicht vom Staat abnehmen, sie kann ihre Botschaft und ihre

Gestalt nicht vom Staat her bestimmen lassen. Sie ist, gebunden an ihren Auftrag, grundsätzlich freie Kirche in dem in der Bindung an seinen Auftrag grundsätzlich ebenso freien Staat.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Als sei der Staat die höchste oder gar einzige („totale") Form sichtbar-zeitlich gestalteter geschichtlicher Wirklichkeit, der sich darum auch die Kirche mit ihrer Botschaft und Gestalt „gleichzuschalten", unter – oder gar einzuordnen habe."

Vortrag von Karl Barth „Erklärung über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der DEK der Gegenwart" wird von der Synode angenommen

4. Januar 1934:

„Maulkorberlass" von Müller:

„Die kirchenpolitischen Kämpfe zerstören Frieden und Ordnung in der Kirche; sie zerrütten die notwendige Verbundenheit der ev. Kirche mit dem nationalsozialistischen Staat und gefährden sowohl die Verkündigung des Evangeliums als auch die neu errungene Volkseinheit." Daher:

- ***Kirchenpolitische Auseinandersetzungen gehören nicht in den Gottesdienst***
- ***Wer mit Schriften, Flugblättern oder Rundschreiben die Kirchenleitung angreift, verletzt die Amtspflichten***
- ***Wer dagegen verstößt, bekommt ein Disziplinarverfahren."***
  (Stoll II, 14f; KJ 44)

Berufung des Jugendpfarrers Zahn aus Aachen für die Eingliederung der Ev. Jugend in die Hitlerjugend (GB 127)

Besprechung nicht-deutschchristlicher Kirchenführer mit Flor, Niemöller, Riethmüller u. a. (Meiser 164 ff)

5. Januar 1934

Außerordentliche Hauptversammlung des Reformierten Bundes: Zugehörigkeit zu den DC nicht vereinbar mit den bekenntnismäßigen Grundlagen (GB 131)

6. Januar 1934:

Pastor Heinrich Bültemeier aus Dortmund-Marten in Schutzhaft,

Beginn von weiteren Redeverboten, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Ausweisungen durch die Gestapo

Landesbischof Rendtorff legt sein Amt nieder

7. und 14. Januar 1934:

Kanzelabkündigungen des Pfarrernotbundes:

„Mit dieser Verordnung nimmt das gegenwärtige Kirchenregiment von Amts wegen den Kampf gegen alle diejenigen auf, die eine Befriedung der Kirche nur in der Rückkehr zur biblischen Grundlage erkennen und in schwerer Sorge waren um Bestand und Einheit der Kirche… Wir müssen uns auch dem Reichsbischof gegenüber nach den Worten verhalten: Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen!“ (KJ 45f; Schmidt 2, 25 ff)

8. Januar 1934:

Schreiben der lutherischen Bekenntnisbewegung Bayerns an den Reichsbischof (Stoll II, 16f)

Schreiben von 27 Vertrauensmännern im Namen von 530 Pfarrern an das Konsistorium Münster gegen den „Maulkorberlass“ (DEW 1934, 21)

Antwort von Adler (ebd. 21f)

Neun Bekenntnisversammlungen „Kirche in Not“ in Berlin (GB 131)

Besprechung Bodelschwingh – Müller (Meiser 186f)

9. Januar 1934:

Meiser u. a. bei Frick (Meiser 188f)

Das Moderamen des Reformierten Bundes an den Reichsbischof

(Schmidt 2, 28f)

11. Januar 1934:

Empfang Müllers durch Hindenburg (Nic II, 6 ff)

Rundschreiben Nr. 6 des Pfarrernotbundes (WNP 168 ff)

12. Januar 1934:

Anordnung von Rudolf Hess gegen kirchliche Kontakte von Parteistellen (Nic II, 10f):

An sämtliche Staatspolizeistellen:

„– mit Rücksicht auf verschärfte Oppositionatätigkeit des Evangelischen Pfarrernotbundes, Vorsitzender Pastor Niemöller, Berlin-Dahlem, ersuche sofort in eingehende Ermittlungen über politische Gesinnung und Betätigung der Mitglieder des Pfarrernotbundes einzutreten. Grundeinstellung des Pfarrernotbundes lässt vermuten, dass Mitglieder überwiegend reaktionär eingestellt sind. Ich erwarte Berichterstattung binnen drei Tagen. Gez. Diels.“

Bericht des Polizeipräsidenten in Berlin an das Geheime Staatspolizeiamt (Nic II, 3f):

„Betrifft: Pfarrernotbund.
Die weitaus überwiegende Mehrheit der Pfarrer der Kreissynode Bielefeld sind im Pfarrernotbund zusammengeschlossen, in desse Führerrat u.a. der Bruder des Pfarrer Niemöller, Berlin-Dahlem, tätig ist. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, dass auch in den übrigen Teilen der Provinz der größte Teil der evangelischen Pfarrer sich mit dem Pfarrernotbund zumindest innerlich verbunden fühlt. Auch die in Bethel angestellten Pfarrer stehen überwiegend unter dem Einfluss des P. v. Bodelschwingh, der, wenn auch nicht offen, so doch seiner inneren Einstellung nach, wohl als der geistige Führer der gegen die augenblickliche Kirchenregierung eingestellten Pfarrer des hiesigen Bezirks anzusprechen ist. Die bisherige Tätigkeit des Pfarrernotbundes lässt ohne Zweifel erkennen, dass er die Glaubensbewegung der Deutschen Christen mit allen Mitteln und auf jede Weise bekämpft. Auch der Gegensatz zur Kirchenregierung ist unverkennbar. Die Grundeinstellung der Mitglieder des Pfarrernotbundes im hiesigen Bezirk lässt sich dahin charaktierisieren, dass eine geringe Minderzahl frühere Marxisten darstellt, während eine größere Anzahl früher der DNVP und dem Christlich-sozialen Volksdienst angehört haben. Die alten politischen Gegensätze sind z. Zt. völlig zurückgetreten gegenüber dem einheitlichen Kampfwillen gegen die jetzige Kirchenregierung. Von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, haben die Mitglieder des Pfarrernotbundes keine innere Beziehung zum jetzigen Staat. Sie haben vielmehr die nationalsozialistische Bewegung bis in die jüngste Vergangenheit hinein mehr oder weniger aktiv bekämpft bzw. verächtlich gemacht.“

13. Januar 1934:

Schreiben des Reichsinnenministers an das Auswärtige Amt betr. Geltung des „Arierparagraphen“ für Geistliche als Staatsbeamte (Nic II, 11 ff)

Schreiben von Rust an die Ev.-theol. Fakultäten (Nic II, 13):

„Ich weise darauf hin, dass es mit den Pflichten eines Beamten der Preußischen Unterrichtsverwaltung nicht vereinbar ist, wenn er sich in irgendeiner Form an der im Kirchengesetz vom 4. Januar 1934 (§2) für die Pfarrer untersagten Betätigung gegen die Kirchenregierung beteiligt. Hierzu rechnen insbesondere die öffentliche Stellungnahme gegen die Mitglieder oder die Maßnahmen der Kirchenregierung und die Zugehörigkeit zu Vereinigungen, die sich ihrer Gesamthaltung nach gegen die Kirchenregierung stellen.“

Ablehnung der Notverordnung Müllers durch die 17 nicht zur DC gehörenden Kirchenführer (Meiser 201 ff, 205 ff)

14. Januar 1934:

Eine Erklärung deutscher Theologieprofessoren und Privatdozenten zum „Maulkorberlass“ (Stoll II, 17):

„Als evangelische Theologen und akademische Lehrer des künftigen Pfarrerstandes erklären wir zu der Verordnung des Herrn Reichsbischofs vom 4. Januar 1934 über die „Wiederherstellung geordneter Zustände in der deutdscvhen Evangelischen Kirche“ folgendes:

Die Verordnung setzt landeskirchliche Gesetze wieder in Geltung, die (vgl. besonders die Beschlüsse der preußischen Genralsynode vom September 1933) theologisch und christlich untragbar sind;

Die Verordnung gefährdet die Pflicht des Pfarrers, das lautere Evangelium ohne Menschenfurcht zu verkündigen und der Gemeinde zu helfen, auch die kirchlichen Nöte im Lichte des Evangeliums zu sehen;

Sie setzt alle kirchlichen Amtsträger durch Androhung sofortiger vorläufiger Amtsenthebung und Gehaltskürzung unter unevangelischen Gewissensdruck;

Sie setzt sich in Sachen der bischöflichen Autorität in Widerspruch zum Geist der Bekenntnisschriften (vgl Conf. Aug. Art. 28, §§ 76-78; Apol Art. 7, § 27f)“

15. Januar 1934:

Rede von Goebbels bei der Verkündung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit (Friedrichs II, 183 ff)

16. Januar 1934:

Rede von Reichsarbeitsminister Seldte vor der Presse (Friedrichs II, 187f)

Der Name „Glaubensbewegung“ wird abgeändert, es heißt nur noch: Deutsche Christen

18. Januar 1934:

Gutachten der Ev.-theol. Fakultät Münster über die Frage:
„Hat ein Pfarrer das Recht, vor seiner Gemeinde gegen seine kirchliche Obrigkeit Anklage zu erheben, wenn diese Obrigkeit Irrlehre verbreitet oder nicht mit dem erforderlichen Nachdruck bekämpft?“ (Schmidt 2, 29 ff)

Brief von Bischof Bell an Reichsbischof Müller (Stoll II, 37ff; Boyens 315f)

Brief des Ökumenischen Rates für Praktisches Christentum an den Reichsbischof (DEW 47)

Gespräch Meisers mit Niemöller über Hindenburgs Haltung im Kirchenstreit (Meiser 213)

9. Januar 1934:

Die deutsche Denkschrift über die Abrüstung (Friedrichs 1, 99 ff)

Runderlass des Reichsinnenministers zum evangelischen Kirchenstreit

(Nic II, 13f):

„Der Herr Reichskanzler hat am 18. d. M. erneut entschieden, dass an den in meinem Rundschreiben vom 30. November v. Js. zum Ausdruck gebrachten Richtlinien für das Verhalten der amtlichen Stellen gegenüber den Auseinandersetzungen innerhalb der evangelischen Kirche unbedingt festzuhalten ist. Ich bitte daher ergebenst, sämtlichen beteiligten Dienststellen diese Weisung der Reichsregierung unverzüglich erneut zur Kenntnis zu bringen und sie anzuhalten, dass die von dem Herrn Reichskanzler vorgeschriebene poilitische Linie unbedingt einzuhalten ist.“

Besprechung Meiser mit Bodelschwingh, Knolle, Niemöller u. a. (Meiser 251f)

Rundschreiben Nr. 7 des Pfarrernotbundes (WNP 189f)

20. Januar 1934:

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (Münch 148 ff)

Rede des Staatssekretärs Hierl über Arbeitsdienstpflicht der Berliner Studenten (Friedrichs 2, 295 ff)

20./24. Januar 1934:

Berichte der Geheimen Staatspolizei über Angriffe der Kirchen auf die Politik des Staates (Nic II, 19f)

21. Januar 1934:

Einführung des mit 31 Jahren „jüngsten Bischofs der Welt" Wilhelm Beye als Bischof in Braunschweig (GB 134)

Besprechung von Meiser mit Theologieprofessoren über das Problem einer Staatskirche (Meiser 220 ff)

Hans Trummel: Im Konzentrationslager, in: Licht und Leben Nr. 3/1934
Johannes von Nasse: „Die große Enttäuschung", ebd.

Die Aufgaben der Kirche in den Konzentrationslagern,

in: Wort und Tat Nr. 5/1934

Glarne, Julius: Der evangelische Mensch im nationalsozialistischen Staat, Bonn 1934

Heydt, Fritz von der: Die Ziele der Deutschen Christen, Bonn 1934

Gerhardt, Martin: Volksmission im Geiste Wicherns, Bonn 1934

Lic. Steubing: Der Führergedanke in der Evangelischen Kirche, Bonn 1934

Odenwald, Theodor: Verkündigung und Theologie in neuer Wirklichkit. Zur Sache der „Deutschen Christen", Bonn 1934

Krummacher: Was ist uns Kirche?, Bonn 1934

22. Januar 1934:

Bericht des Gauleiters Grohe an den Stellvertreter des Führers (Nic II, 14 ff)

23. Januar 1934:

Besprechung von nicht deutsch-christlichen Kirchenführern mit Theologieprofessoren und Vertretern des Pfarrernotbundes über den bevorstehenden Empfang bei Hitler

Forderung nach Rücktritt Müllers, Jägers und Oberheids (Meiser 221 ff; Bericht von Meiser in der AELKZ v. 4.5. und von Schöffel v. 18.5. 1934)

Äußerungen von Beteiligten: Rosenberg, Hitler, Müller, Meiser, Wurm, Schöffel, Marahrens, Niemöller, Coch, Oberheid, Kinder (Nic II, 20f)

24. Januar 1934:

Einladungsschreiben des Reichsinnenministers zur Besprechung mit Hitler am 25. Januar (Nic II, 18)

Rosenberg bekommt das Amt zur „Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände sowie des Werkes ‚Kraft durch Freude"

(Stoll II, 24f)

Eröffnung der Ev. Akademie in Bad Kreuznach durch Pfarrer D. Dr. Forsthof, Direktor der ev. Akademien des Rheinlands

25. Januar 1934:

Empfang evangelischer Kirchenführer bei Hitler: Müller, Marahrens. Wurm, Meiser, Schöffel, Coch, Fezer, Niemöller u. a. (Nic. 17 ff; Tutzinger Texte 106 ff) Aufzeichnungen von Wurm ebd. 23 ff, von Marahrens 26f, von Niemöller 27 ff, von Coch 29f, von Oberheid 30, von Kinder 31f

(Zum Ganzen: Stoll II, 30f; GB 136, 138)

Pressekonferenz der Reichsregierung über den Empfang (Nic II, 32f)

26. Januar 1934:

Der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen (Friedrichs 2, 108 ff)

Runderlass der bayrischen Polizei über die Beobachtung der politischen Einstellung der Mitglieder des Pfarrernotbundes (Nic II, 5):

„Auf Anregung der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth ist umgehend zu berichten, ob der Evang. Pfarrernotbund in evang. Kirchen Erklärungen gegen den Reichsbischof von den Kanzeln verlesen hat, in welcher Form und von welchen Pfarrern dies geschehen und ob es hierbei zu Zwischenfällen gekommen ist.

Mit Rücksicht auf die verschärfste Oppositionstätigkeit des Ev. Pfarrernotbundes, als dessen Vorsitzender Pastor Niemöller, Berlin-Dahlem in Betracht kommt, sind eingehende Ermittlungen über die politische Gesinnung und Betätigung der Mitglieder des Pfarrernotbundes einzuleiten, da die Grundeinstellung des Pfarrernotbundes vermuten lässt, dass die Mitglieder überwiegend reaktionär eingestellt sind. Die über den Pfarrernotbund notwendigen Informationen sind möglichst unauffällig anzustellen. Die Beschlagnahme von Listen und Karteien hat auf jeden Fall zu unterbleiben.

In Erscheinung tretende Ortsgruppen des „Laiennotbundes", die als Unterorganisationen des Pfarrernotbundes innerhalb der evang. Kirche gebildet werden, sind zu verbieten, wenn durch sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet erscheint.

Bezüglich des in der evang-Kirche herrschenden Meinungskampfes sowohl auf theologischem als auch auf kirchenpolitischem Gebiet, ist bis zum Erlass einer generellen Anweisung weiterhin Neutralität zu bewahren, jedoch bei Angriffen gegen Staat und Nationalsozialismus sowie bei Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung entsprechend vorzugehen. Gez. Heydrich "

Verordnung des Reichsbischofs zur Sicherung der einheitlichen Führung der ApU (Stoll II, 22; KJ 46f):

„§ 1. Die Befugnisse des Kirchensenats der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union werden durch den Landesbischof ausgeübt.

§ 2. Der Landesbischof ist berechtigt, dem Evangelischen Oberkirchenrat und dem ihm nachgeordneten Stellen der allgemeinen kirchlichen Verwaltung Weisungen zu erteilen."

Rundschreiben Nr. 8 des Pfarrernotbundes (WNP 190f)

Beurlaubung von Martin Niemöller, am 10. Februar in den Ruhestand versetzt

27. Januar 1934:

Erklärung der nicht deutsch-christlichen Bischöfe Marahrens, Meiser, Schöffel, Wurm u. a.

„Unter dem Eindruck der großen Stunde, in der die Kirchenführer der deutschen Evangelischen Kirche mit dem Herrn Reichskanzler versammelt waren, bekräftigen sie einmütig ihre unbedingte Treue zum Dritten Reich und seinem Führer. Sie verurteilen auf schärfste alle Machenschaften der Kritik an Staat, Volk und Bewegung, die geeignet sind, das Dritte Reich zu gefährden. Insbesondere verurteilen sie es, wenn die ausländische Presse dazu

benutzt wird, die Auseinandersetzung in der Kirche fälschlich als Kampf gegen den Staat darzustellen. Die versammelten Kirchenführer stellen sich geschlossen hinter den Reichsbischof und sind gewillt, seine Maßnahmen und Verordnungen in dem von ihm gewünschten Sinne durchzuführen, die kirchenpolitische Opposition gegen sie zu verhindern und mit allen ihnen verfassungsgemäß zustehenden Mitteln die Autorität des Reichsbischofs zu festigen." (KJ 46)

Sitzung der führenden Amtsträger der deutschen evangelischen Landeskirchen (Meiser 240 ff)

28. Januar 1934:

Die Deutschen Christen und der Friede in der Kirche

(In: DER Nr. 4, 1934, Stoll II, 19f):

„… es ist gewiß kein Ruhmesblatt in der Geschichte, wenn deutsch-evangelische Geistliche verhaftet werden. Aber keine Rührseligkeit! Diese Herren haben es verdient. Wenn sie schon damals beim Bau unseres herrlichen nationalsozialistischen Staates nicht mit Hand anzulegen wagten und lieber den Bolschewismus treiben ließen, so sollen sie wenigstens heute Ruhe halten und nicht die Maßnahmen, die unsere politischen und geistlichen Führer zu treffen für richtig halten, einer boshaften Kritik und Verächtlichmachung unterziehen…"

Brief von Meiser an Müller (ebd. 21f)

Notverordnung des Reichsbischofs: Sicherung einer einheitlichen Führung der altpreußischen Landeskirche (Stoll II, 22f)

29. Januar 1934:

Runderlass des Preußischen Ministerpräsidenten betr. Behandlung kirchenpolitischer Fragen durch die Geheime Staatspolizei (Nic. II, 33 ff):

„Betrifft: Behandlung kirchenpolitischer Fragen durch die Geheime Staatspolizei.

Die mir zur Funkverfügung …. vorgelegten Berichte über die Haltung von Geistlichen der Evangelischen und Katholischen Kirche gegenüber Staat und Bewegung sind mir wertvolles Material für die Unterrichtung der zuständigen Zentralstellen des Reiches gewesen. Sie haben namentlich auch in dem Herrn Reichskanzler die Überzeugung gefestigt, dass innerhalb der

evangelischen Reichskirche Kräfte und Gruppen ausgesprochen raktionärer Einstellung in Form des Pfarrernotbundes und der ihm angeschlossenen Laien-Notbewegung eine Front gebildet haben, die sich betont nicht auf die Abwehr angeblicher Angriffe des bestehenden Kirchenregimentes und anderer Glaubensrichtungen (Deutsche Christen) gegen die überkommenden Dogmen der Kirche beschränken will. Auch die zuständigen Stellen der Reichsregierung teilen meine Auffassung, dass es sich bei den genannten Organisationen um aktive Kampfgruppen handelt, die unter dem Deckmantel geistig-kirchlicher Auseinandersetzungen einen durch diese Tarnung besonders gefährlichen politischen Angriff gegen Staat und Bewegung auf breiter Front eröffnet haben, ohne sich durch die davon zu befürchtenden abträglichen Wirkungen im Ausland irgendwie beeinträchtigen zu lassen, ja sogar eine solche Wirkung noch begrüßen.

Für die Haltung der Geheimen Staatspolizei gegenüber diesen Vorgängen muss zunächst die Richtlinie des Führers beachtet werden, dass es nicht Aufgabe des nationalsozialistischen Staates sei, mit seinen Machtmitteln in rein theologische Auseinandersetzungen einzugreifen. Diese Zurückhaltung darf jedoch nicht dazu führen, dass die Politische Partei diesen Vorgängen auch dann noch tatenlos zusieht, wenn sie ihre gefährlichen Auswirkungen auf das Gebiet der Staatspolitik erstrecken und damit den Boden des rein theologischen Meinungsstreites verlassen. Es ist selbstverständlich Pflicht der Polizei, wie überhaupt alle Gruppen und Bewegungen, die nicht voll auf dem Boden des nationalsozialistischen Staates stehen, so namentlich den Pfarrernotbund und seine Unterorganisationen, als Verfchter reaktionärer Anschauungen sorgfältig zu beobachten. Auf Grund des Ergebnisses dieser Beobachtungen hat die Polizei ferner mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, dass die Grenzen der innerkirchlichen Meinungsstreitigkeiten auf keinen Fall überschritten werden, und dass jedenfalls alle offenen oder versteckten Angriffe auf den Staat und die Grundsätze der nationalsozialistischen Bewegung, namentlich gegen das Führerprinzip, gegen die Rassenlehre, gegen Symbole des nationalsozialistischen Staates verhindert, unterdrückt oder geahndet werden.

Bei der Wahl des jeweils anzuwendenden polizeilichen Mittels bedarf es namentlich auf diesem schwierigen Gebiete einer wohl überlegten Abwägung aller Umstände. Schädlich ist nicht nur eine zu große Langmut und Duldsamkeit gegenüber Ausuferungen kirchlichen Meinungsstreites auf das staatspolitische Gebiet. Auch ein zu scharfes Eingreifen birgt Gefahren in sich, die den polizeilichen Erfolg auf die Dauer in Frage stellen können. Es muss auf jeden Fall vermieden werden, dass unötig Märtyrer geschaffen werden, Vorgänge, die nur zu leicht die maßgeblichen Gesichtspunkte der polizeilichen Maßnahmen in der Öffentlichkeit verwischen und die Front der Gegner stärken. Aus diesem Grunde erneuere ich aussdrücklich meine Anordnung, dass die Verhängung der

politischen Schutzhaft gegen Geistliche grundsätzlich meiner vorherigen Zustimmung bedarf.

Bei der großen politischen Bedeutung, die der beginnenden Auseinandersetzung des nationalsozialistischen Staates mit den Ansprüchen der Kirchen zukommt, lege ich großen Wert darauf, über die Vorgänge und Beobachtungen auf diesem Gebiet laufend unterrichtet zu sein und auch auf dem schnellsten Wege bezeichnende Einzelfälle zur Kenntnis zu bekommen, weil gerade solche Beispiele am besten geeignet sind, die wahren Bestrebungen der kirchlichen Auseinandersetzungen und ihre Beziehungen zur Staatspolitik zu erkennen und tendenziösen Darstellungen am besten entgegenzutreten. Die Staatspolizeistellen werden sich im übrigen bei der Beobachtung dieser Vorgänge mit den zuständigen Stellen der P. O., insbeosndere den Gau- und Kreisleitungen, in engster Fühlung zu halten haben. Gez. Göring“

Der Ökumenische Rat der Kirchen über die Krisis in Deutschland

(Boyens 315, 447f)

30. Januar 1934:

„Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ (Münch 48)
Große Rede Hitlers in der Kroll-Oper über das Jahr 1933 (Friedrichs 2, 11 ff; Stoll II, 23f)
Rede von Goebbels im Sportpalast „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ (Münch 48)

31. Januar 1934:
Rede von Frick über den Neuaufbau des Reiches (Friedrichs 2, 157 ff)

Rundschreiben Nr. 9 des Pfarrernotbundes (WNP 191 ff)

Schreiben des Pfarrernotbundes an die Kirchenführer, die nicht zur DC gehören und an den Reichsbischof (KJ 47f):

„Wir sind durch die Kapitulation vom 27. Januar aufs tiefste betroffen und erschüttert: denn wir können darin nur eine glatte Preisgabe des Evangeliums und damit auch der Kirche sehen. Wir fürchten, dass die Evangelische Kirche diesen Schlag nicht überstehen wird; wir fürchten, dass ihr Ende bereits da ist; wir fürchten aber vor allem, dass durch diesen Schritt der zur Führung

berufenen Männer eine Verwirrung der Gewissen hervorgrufen wird, die viele Pfarrer und Gemeindeglieder zum Verleugnen führt, wo bekannt werden müsste.

Mit menschlichen Mitteln wird daran nichts mehr zu verändern sein, weil die gefallene Entscheidung nicht rückgängig gemacht werden kann. Wir sehen diese Tatsache und beugen uns darunter als unter ein Gericht, weil wir vielleicht doch auf Menschen gebaut hatten. – Von einem jedoch wollen und werden wir nicht lassen, wenn Gott der Herr uns Kraft und Gnade gibt; wir werden nicht aufhören, auch jetzt und gerade jetzt gegen jede bekenntniswidrige Haltung und gegen alle evangeliumswidrige Haltung derer zu zeugen, die die Kirche unter ihr Gewaltregiment gebracht haben und deren Rgiment auch durch die Erklärung der Kirchenführer nicht legitim geworden ist.

Wir stehen in diesem Ringen nun allein; aber wir wollen uns auf den verlassen, der die Seinen allein ließ und ihnen docvh das Wort gab: Siehe, ich bin beiu euch alle Tage bis an der Welt Ende! Er wolle seine Kirche selber führen!“

Meiser über den 24. Januar vor dem Landessynodalausschuss in München (Tutzinger Texte 106 ff)

Marahrens schreibt in der AELKZ Nr. 18 vom 4.5.1934:

„Es galt, den kirchlichen Frieden wiederherzustellen, der Gefahr der Störung des politischen Aufbaus des Dritten Reiches duech einen festen Beschluss einen endgültigen Damm entgegenzusetzen, das Steckenbleiben der kirchlichen Aufbauarbeit im kirchenpolitischen Kampf zu überwinden, schließlich auch Abhilfe dagegen zu schaffen, dass der Kirchenkampf demAufkommen der nordischen Religiosität direkt oder indirekt Vorschub leistet. Das waren Gründe genug, den Willen zum Frieden über alle Schwieirigkeiten Herr werden zu lassen. Die Verhandlungen mit dem Reichsbischof und seinen Beauftragten sind unter diesem Gesichtspunkt geführt worden.“

<u>1. Februar 1934:</u>

Rede von Goebbels: Das Winterhilfswerk und die Kirchen (Stoll II, 25f)

<u>1. – 15. Februar 1934:</u>

Kundgebungen des Reichsjugendpfarrers Zahn unter dem Stichwort „Revolutionäre Jugend“: „Die deutsche evangelische Jugend wird den revolutionären Willen in die Kirche bringen“ (GB 1934, 142)

3./4. Februar 1934:

„Freie reformierte Synode“ in Barmen-Gemarke mit 320 reformierten Ältesten und Predigern aus 167 evangelischen Gemeinden Deutschlnds (Stoll II 33f; KJ 48 ff)

Nach einem Vortrag von Karl Barth über „Erklärung über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der Deutschen Evangelischen Kirche der Gegegwart“ wird eine längere Erklärung gefaßt:

I. Die Kirche in der Gegenwart

1. Angesichts der kirchlichen Ereignisse des Jahres 1933 gebietet uns das Wort Gottes, Buße zu tun und umzukehren. Denn in diesen Ereignissen ist ein die Evangelische Kirche seit Jahrhunderten verwüstender Irrtum reif und sichtbar geworden. Er besteht in der Meinung, dass neben Gottes Offenbarung, Gottes Gnade und Ehre auch eine berechtigte Eigenmächtigkeit des Menschen über die Botschaft und die Gestalt der Kirche, das heißt über den zeitlichen Weg zum ewigen Heil zu bestimmen habe.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: die kirchliche Entwicklung seit der Reformation sei eine normale gewesen und es handel sich in der heutigen Not unserer Kirche nur um eine vorübergehende Störung, nach deren Beseitigung jene Entwicklung gradlinig weitergehen dürfe.

2. Dieser Irrtum ist derselbe wir der Irrtum der Papstkirche und der Schwärmerei, gegen den sich das reformatorische Bekenntnis richtet. Wenn die Evangelische Kirche ihm erliegt, so hat sie aufgehört, evangelische Kirche zu sein. Er muß heute, auch in seinen feinsten und reinsten Gestalten, als Irrtum festgestellt und bekämpft – dem alten Irrtum muss das alte Bekenntnis mit neuer Freudigkeit und Bestimmtheit entgegengestellt werden.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: Der Irrtum von der Eigenmächtigkeit des Menschen in Sachen der Botschaft und Gestalt der Kirche sei eine Meinung neben anderen, die wenigstens in ihren edleren Formen in der evangelischen Kirche nach wie vor Heimatrecht haben könne.

3. Angesichts der Einheit, in der dieser Irrttum heute in die Erscheinung getreten ist, sind die in der einen deutschen Evangelischen Kirche zusammengeschlossenen Gemeinden aufgerufen, unbeschadet ihrer lutherischen, reformierten oder unierten Herkunft und Verantwortung aufs neue die Hoheit des einen Herrn der einen Kirche und darum die wesentliche Einheit ihres Glaubens, ihrer Liebe und ihrer Hoffnung , ihrer Verkündigung durch Predigt und Sakrament, ihres Bekenntnisses und ihrer Aufgabe zu erkennen.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Es dürfe oder müsse die berechtigte Vertretung lutherischer, reformierter oder unierter „Belange“ noch immer den Erfordernissen des gemeinsamen evangelischen Bekennens und Handelns gegen den Irrtum und für die Wahrheit übergeordnet werden.

II. Die Kirche unter der Heiligen Schrift

1. Die Kirche hat ihren Ursprung und ihe Dasein ausschließlich aus der Offenbarung, aus der Vollmacht, aus dem Trost und aus der Leitung des Wortes Gottes, das der ewige Vater durch Jesus Christus, seinen ewigen Sohn, in der Kraft des ewigen Geistes, als die Zeit erfüllt war, ein für allemal gesprochen hat.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: die Kirche könne und müsse sich außer auf die Offenbarung des dreieinigen Gottes auch noch auf eine dem Menschen trotz des Sündenfalls zugängliche Gottesoffenbarung in Natur und Geschichte begründen und beziehen.

2. Die Kirche hört das ein für allemal gesprochene Wort Gottes durch die freie Gnade des Heiligen Geistes in dem doppelten, aber einheitlichen und in seinen beiden Bestandteilen sich gegenseitg bedingenden Zeugnis des Alten und des Neues Testamentes, das heißt in dem Zeugnis des Mose und der Propheten von dem kommenden und in dem Zeugnis der Evangelisten und Apostel von dem gekommenen Jesus Christus.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: die biblischen Schriften seien zu verstehen als Zeugnisse aus der Geschichte menschlicher Frömmigkeit; maßgebend für die christliche Frömmigkeit wie aber vorwiegend oder ausschließlich das Neue Testament; es könne oder müsse darum das Alte Testament zugunsten des Neuen abgewertet, zurückgedrängt oder gar ausgeschieden werden.

3. Die Kirche lebt durch die freie Gnade des Heiligen Geistes davon und darin, dass sie, indem sie das Zeugnis der Heiligen Schrift im Glauben aufnimmt und im Gehorsam weitergibt, die Strenge und Barmherzigkeit, die Ehre und die Menschenfreundlichkeit des dreieinigen Gottes erkennt und verkündigt.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die Kirche könne oder müsse neben dem durch die Heilige Schrift bezeugten Handeln Gottes in Jesus Christus auch noch sein Wirken in den Ereignissen der jeweiligen Gegenwart feststellen und bekannt machen.

III. Die Kirche in der Welt

1. Die Kirche ist in der Welt. Sie bekennt sich in der Nachfolge des fleischgewordenen Gottes rückhaltlos zu der ganzen Not des von Gott gut

geschaffenen, aber in Sünde gefallenen und unter dem göttlichen Fluch stehenden Menschen. Sie vertraut und gehorcht allein der eben diesem Menschen in Jesus Christus widerfahrenden Barmherzigkeit. Sie wartet nach Gottes Verheißung auf einen neuen Himmel und eine neue Erde, in welchen Gerehtigkeit wohnt.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die Kirche könne und müsse außer der Barmherzigkeit Gottes in Christus auch noch einer dem Menschen erkennbaren Güte dieser Welt vorbehaltloses Vertrauen schenken und einer dem Menschen erkenntbaren Eigengesetzlichkeit dieser Welt vorbehaltlosen Gehorsam entgegenbringen.

2. Die Kirche anerkennt nach Weisung des Wortes Gottes dankbar, dass der Wandel der Menschheits- und Völkergeschichte, die poliotischen, philosophischen und kulturellen Versuche des Menschen unter der Anordnung des göttlichen Befehls und der göttlichen Geduld stehen. Sie begleitet sie darum mit der ernsten Anerkennung ihres zeitlichen, bestimmten und begrenzten Rechtes mit ihrer Fürbitte, aber auch mit der Erinnerung an Gottes Reich, Gesetz und Gericht, mit der Hoffnung auf ihn, der alles lenkt, un alles neu zu machen.
Damit ist abgelehnt, die Ansicht: Die Kirche könne oder müsse in der Wirklichkeit dieses oder jenes Versuchs des Menschen nicht sowohl einen Erweis der göttlichen Geduld als vielmehr eine Annäherrung an die Wiederherstellung der göttlichen Schöpfungsordnung erblicken.

3. Die Kirche in der Welt unter der Heiligen Schrift. Sie dient dem Menschen und dem Volk, dem Staat und der Kultur, indem sie hinsichtlich ihrer Botschaft und ihrer Gestalt dem ihr vorgeschrieben Worte Gottes und seinem Heiligen Geist gehorsam zu sein bemüht ist.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: die Kirche habe dem Menschen damit zu dienen, dass sie, mehr gehorchend als Gott, ihre Botschaft und ihre Gestalt seinen jeweiligen Überzeugungern, Wünschen und Zwecken anpasse und zur Verfügung stelle.

IV. Die Botschaft der Kirche

1. Der Auftrag der Kiche besteht darin, in Auslegung und nach Maßgabe des prophetisch-apostolischen Zeugnisses an Christi Statt und also seinem eigenen Wort und Werk dienend, durch Predigt und Sakrament die Botschaft von Gottes nahe herbeigekommenen Reich auszurichten; Gott der Schöpfer hat sich seiner Geschöpfe, Gott der Versöhner hat sich der Sünder, Gott der Erlöser hat sich seiner geliebten Kinder in freier Gnade angenommen.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die Kirche könne oder müsse das Wort des Schöpfers, Versöhners und Erlösers, statt ihm zu dienen, als ihr eigenes Wort

aussprechen und also, statt die freie Gnade zu verkündigen, „dynamisch“ wirken.

2. Die freie Gnade, in der Gott sich unser annimmt, ist die in der Kraft des Heiligen Geistes sich erfüllende Verheißung der Gegenwart Jesu Christi als des Herrn, der für uns Knecht geworden, um unser altes Leben in den Tod zu geben und unser neues Leben an das Licht zu bringen.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: Die Gnade Gottes bestehe in moralischen oder religiösen Vollkommenheiten, deren sich der Mensch nicht nur im Blick auf den, der den Gottlosen gerecht macht, sondern doch auch im Blick auf einen eigenen Besitz rühmen könnte.

3. Die Gabe der Gnade ist unsere Zugehörigkeit zu Jesus Christus: In ihm sind wir gerechtfertigt durch das Wunder des Glaubens, der immer wieder die in ihm geschehene Vergebung unserer Sünde annimmt. Und in ihm sind wir geheiligt durch das Wunder des Gehorsams, der sich immer wieder unter das Gericht und unter die Weisung des von ihm kommenden Gebotes stellt.
Damit ist abgelehnt die Ansicht:
a) Als sei dass „Evangelium“ und das „Gesetz“, unsere Rechtfertigung und unsere Heiligung, nicht die Offenbarung und das Werk der einen Gnade Jesu Christi.
b) Als vollziehe sich unsere Rechtfertigung als Sünder dadurch, dass wir plöltzlich oder allmählich bessere Menschen werden.
c) Als sei die Gabe der freien Gnade nicht auch unsere Inanspruchnahme zum Gehorsam gegen Gottes Gebot oder als sei diese unsere Heiligung etwas anderes als eine Gabe der freien Gabe.

4. Unser durch den Heiligen Geist in Jesus Chjristus begründetes und von ihm jeden Tag neu zu erbittenden Leben im Glauben und Gehorsam wartet auf seine Erlösung durch den kommenden Herrn: in der Auferstehung der Toten, durch das Gericht und zum ewigen Leben.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: Ein Leben im Glauben und im Gehorsam könne in irgendeiner Hinsicht ein in sich abgeschlossenes, sich selbst genügendes, dem Warten auf den Herrn und also der Hoffnung auf ihn und der Furcht vor dem entzogenen Leben sein.

V. Die Gestalt der Kirche

1. Die Kirche Jesu Christi ist die sichtbar und zeitlich gestaltete Wirklichkeit der durch den Dienst der Verkündigung vom Herrn selbst berufenen, versammelten und getragenen, getrösteten und regierten Gemeinde und die ebenso sichtbar und zeitlich gestaltete Wirklichkeit der Einheit solcher Gemeinden.

Damit ist abgelehnt die Ansicht: Als empfange die Kirche ihre zeitliche und sichtbare Gestalt kraft ihrer eigenen Willkür oder äußeren Notwendigkeiten wie ein religiöser Verein, dessen Prinzip ebenso gut in dieser wie in jener Form verwirklicht werden könne.

2. Die Gestalt der Kirche ist dadurch bestimmt, dass ihre äußere Ordnung ebenso wie ihr inneres Leben unter der Verheißung und unter dem Befehl Jesu Christi als des alleinigen Herrn der Kirche steht. Die Gemeinden tragen einzeln und in ihrer Gesamtheit vor ihm die Verantwortung dafür, dass der Dienst der Verkündigung, der Dienst der Aufsicht und die die Verkündigung begleitenden Dienste der Lehre und der Liebe in ihrer Mitte ihre berufenen Träger finden und von diesen recht ausgeübt werden.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: Als könne und dürfe den Gemeinden die Verantwortung für die Bestellung und Verwaltung des kirchlichen Dienstes von einem besonderen kirchlichen Führeramt abgenommen werden.

3. Die Kirche Jesu Christi ist, was ihre Botschaft und ihre Gestalt betrifft, eine und dieselbe in den verschiedenen Zeiten, Rassen, Völkern, Staaten und Kulturen. Das Recht kirchlicher Verschiedenheiten da und dort steht und fällt damit, dass sie mit der Einheit ihrer Botschaft und Gestalt vereinbar ist.
Damit ist abgelehnt die Ansicht:
a) Als sei das Recht zeitlicher, nationaler und lokaler Verschiedenheiten der kirchlichen Formen aus besonderen Offenbarungen Gottes in der Geschichte abzuleiten.
b) Als sei es mit der Einheit der Botschaft und Gestalt der Kirche vereinbar, die Gliedschaft und die Befähigung zum Dienst in ihr auf die Angehörigen einer bestimmten Rasse zu beschränken.

4. Die Kirche erkennt im Staate auf Grund der Weisung des Wortes Gottes die Anordnung des göttlichen Befehls und der göttlichen Geduld, kraft welcher der Mensch es versuchen darf und soll, im Rahmen seines Verständnisses von Vernunft und Geschichte, verantwortlich dem Herrn aller Herren, Recht zu finden und mit Gewalt aufzurichten und aufrechtzuerhalten. Die Kirche kann dem Staat dieses sein besonderes Amt nicht abnehmen. Sie kann sich aber ihr eigenes Amt nicht vom Staat abnehmen, sie kann ihre Botschaft und ihre Gestalt nicht vom Staat her bestimmen lassen. Sie ist, gebunden an ihren Auftrag, grundsätzlich freie Kirche in dem in der Bindung an seinen Auftrag grundsätzlich ebenso freien Staat.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: Als sei der Staat die höchste oder gar einzige („totale") Form sichtbar-zeitlich gestalteter geschichtlicher Wirklichkeit, der sich darum auch die Kirche mit ihrer Bottschaft und Gestalt „gleichzuschalten", unter – oder gar einzuordnen habe."

4. Februar 1934:

Freie reformierte Synode der fünf reformierten Gemeinden Pommerns in Stettin (GB 1934, 141)

Einführung von Friedrich Peter als Bischof der Provinz Sachsen

(Stoll II, 31f)

Aus der Rede des Reichsbischofs:

„… Hier wird der Abgrund sichtbar, der uns von den anderen tennt. Sie kennen nicht die Größe des Führers, sie kennen nicht die Kameradschaft, nicht die Macht der Treue und des Vertrauens.
So lebendig ist auch unsere Kameradschaft untereinasnder in unserem engeren Kreis der Arbeiter an der neuen Kirche. Wir standen zusammen, wir werden weiter zusammenstehen. Wie Bischof Peter mir die Treue gehalten hat, so werde ich sie immer halten. Ich hab versucht, unsere Gegner in die Kameradschaft hineinzubeziehen; ich habe ehrlich versucht, ihnen die Hand hinzuhalten. Aber sie wollen es ja nicht.
Und nun gehen wir den Weg, den wir für richtig erkannt haben.. Wir werden ihn gehen durch dick und dünn. Mit diesem Staat, für diesen Staat, für unsere evangelische Kirche. Es ist gewiß, dass wir Fehler gemacht haben, dass wir Fehler machen werden. Allem Menschenwerk haften Fehler an. Aber darauf kommt es nicht an. Wir müssen zusammenstehen, zusammenhalten und zusammen den Kampf führen. Das verspreche ich auch Ihnen, Bischof Peter. Wir brauchen nicht zu fürchten, dass das Evangelium in Gefahr sei: es ist stärker als wir alle! Wir aber wollen tapfer arbeiten, nicht um unserer Ehre willen, sondern für unser Volk und Vaterland. Bischof Peter: Sieg-Heil!“

Austritt von Jugendpfarrern aus der GDC (GB 1934, 128)

5. Februar 1934:

Verordnung über die deutsche Staatsbürgerschaft (Friedrichs 2, 162 ff)

Deutschjüdische Studenten werden von der Prüfung für Ärzte und Zahnärzte ausgeschlossen

6. – 12. Februar 1934:

Verhandlungen in Rom zur Auslegung des Reichskonkordats (Nic II, 39 ff)

7. Februar 1934:

Die Verfassung der Deutschen Studentenschaft (Friedrichs 2, 301 ff)
Britischer Botschafter an seinen Außenminister (UF IX, 413 ff)

8./9. Februar 1934:

Delegation des Kirchlichen Außenamtes unter OKR Theodor Heckel in London

9. Februar 1934:

Kommunique der Besprechung zwischen Bischof Bell und OKR Heckel in London und Briefe von Bell an Heckel (Boyens 317 ff, 448f)

10. Februar 1934:

Bombenattentat auf das Haus von Niemöller, Jacobi und andere sind überfallen und misshandelt worden (GB 145)

Nationalzeitung: Pfarrernotbund zusammengebrochen (WNP 49f)

10./12. Februar 1934:

Schreiben des Reichsinnenministers an den Reichsbischof (Nic II, 59f)

12. Februar 1934:

Runderlass des Reichsinnenministers Frick an die Landesregierungen (Nic II, 60f)

13. Februar 1934:

Brief von Bell an Heckel (Boyens 318f, 449f)

15. Februar 1934:

Frick über Rassengesetzgebung (Friedrichs 2, 176 ff):

„Wer den Sinn der deutschen Revolution von 1933 verstehen will, muss wissen, das sie das Ziel hat: Deutschland den Deutschen unter deutscher Führung. Bis zur nationalen Erhebung wurden die Träger der nationalsozialistischen Bewegung verfolgt, verfemt und unterdrückt, von einem System, das im wesentlichen ein gefügiges Werkzeug in der Hand einer art- und volksfremden Rasse war. Die nationale Revolution befreite das deutsche Volk von diesem artfremden Einfluss, der gleichermaßen die deutsche Politik, Kultur, Wirtschaft, Finanz, Presse,Theater, Film und Rundfunk, die Parteien und das öffentliche Leben in verhängnisvollster Weise beherrschte und lähmte.
Die Machtergreifung durch Adolf Hitler war kein bloßer Regierungswechsel, sondern ein Umsturz der politischen, nationalen, sozialen und kulturellen Zustände.
Revolutionen haben ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten und geben sich ihre eigenen Gesetze. Die tragende Idee der nationalsozialistischen Revolution war die Sehnsucht des deutschen Volkes, auf allen Gebieten seines völkischen Lebens wieder Herr im eigenen Hause zu sein. Wir verlangen als ein großes, selbstbewusstes Volk von den anderen Völkern nur, dass sie uns – gleichberechtigt mit ihnen – gestatten, in Ehren uns selbst zu regieren und nach eigener Fasson selig zu werden.“

Rundschreiben Nr. 10 des Pfarrernotbundes (WNP 193f)

16. Februar 1934:

Erstes Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich (Friedrichs 2, 164)

17. Februar 1934:

Brief von Prof. Friedrich Ulmer, Erlangen, an den Reichsbischof

(Stoll III, 32f):

„… Sie führen Ihr Regiment im Geiste des Natinalsozialismus. Das ist selbstverständlich und erwartet niemand anders. Aber von einem Bischof verlangen wir noch mehr. Wir verlangen von ihm, was wir von einem einfachen SA-Mann nicht verlangen können, zumal ja in der SA. eine konfessionelle Bindung mit Recht nicht vorhanden ist. Wir verlangen von einem Bischof, dass er die Kirche nicht in Unruhe stürze und dass wir unter allen Umnständen das Vertrauen zu ihm haben können, dass er die Kirche,

deren Bischof er ist, im Namen des Heiligen Geistes leite. Das kann er aber nur in unbedingtem Gehorsam gegen die Heilige Schrift, an welche wir den heiligen Geist gebunden wissen. Wir sind bei einer Reihe von Äußerungen von ihnen in Sorge, ob sie aus solch unbedingtem Gehorsam gegen die Heilige Schrift ergangen sind.

Wir müssen Ihnen von dieser Sorge sagen, aus Liebe zur Kirche, aus einfachstem Pflichtbewusstsein heraus. Nicht aus dem Willen zur Kritik."

18./19. Februar 1934:

Entschließung der „Freien Evangelischen Synode" in Barmen (30 von 33 rheinischen Synoden versammelte Prediger und Ältesten reformierter, lutherischer und unierter Gemeinden):

„ I. Zur Lehre der Kirche

1. Wir sehen den Grund der schweren Erschütterung der Deutschen Evangelischen Kirche heute in dem Angriff auf ihre Bekenntnisgrundlage durch Irrlehre, die sich besonders deutlich in schriftwidriger Leitung der Kirche auswirkt.

2. Die Heilige Schriuft zeigt uns keinen anderen Weg aus der Zerrüttung der Evangelischen Kirche als die Umkehr zum Gehorsam gegen Gottes Wort, wie es uns in den reformatorischen Bekenntnissen bezeugt wird als die alleinige Regel und Richtschnur für Verkündigung und Ordnung, Lehre und Leitung der Kirche. Dies Wort ist unser Herr Christus.

3. a) Die „Erklärung über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der Deutschen Evangelischen Kirche der Gegenwart", die von der Freien reformierten Synode am 3. und 4. Januar 1934 in Barmen angenommen wurde, bezeugt die uns verpflichtende Wahrheit der Heiligen Schrift.
b) Die Synode stimmt dem Vortrag von Pfarrer lic. Dr. Beckmann über „Reformatorisches Bekenntnis heute" als einem schriftgemäßen Zeugnis zu.

II. Zur Ordnung der Kirche

1. Den unter Gewalt und Irreführung im Sommer 1933 entstandenen kirchlichen Körperschaften, von den Presbyterien bis zur Nationalsynode, fehlt die geistliche Vollmacht. Das kirchliche Handeln von 1933, das mit kirchenfremden Mitteln unternommen wurde, ist als ein fleischliches Handeln gerichtet.

Vor allem hat sich das in die Kirche übertragene weltliche Führerprinzip als kirchenzerstörend ausgewirkt. Vollends die Verordnungen vom 4. Januar, vom 26. Januar und vom 3. Februar 1934 bringen mit ihrem Rechts- und Verfassungsbruch unsere evangelischen Gemeinden unter eine papistische Herrschaft.

2. In dieser Not unserer Gemeinden wissen wir uns von Gottes Wort her aufgerufen und zusammengeführt, um als freie Synode zu unseren Gemeinden zu reden.

Wir bekennen nur einen Herrn der Kirche, Jesus Christus. Die Herrschaft unseres himmlischen Herrn über die einzelnen Gemeinden entspricht auf Erden nicht die Herrschaft eines den anderen Ämtern übergeordnetes Amtes, sondern der Dienst, den die einzelne n Gemeinden einander schuldig sind und den sie in Synoden einander zu leisten versuchen.

Wir ermahnen unsere Brüder im Amt, Prediger und Älteste, schriftwidrigen Verordnungen und Maßnahmen des jetzigen schriftwidrigen Kirchenregimentes nicht zu gehorchen.

Wir ermahnen unsere Gemeinden, ihre Prediger und Älteste, die wegen ihres bekenntnistreuen Handelns aus ihren Ämtern entfernt werden sollen, ihrem Dienst an den Gemeinden zu erhalten. Solcher Ungehorsam gegen ein Kirchenregiment, das wider Gottes Wort regiert, ist Gehorsam gegen Gott.

Im Gehorsam gegen Gott sagen wir dem Kirchenregiment: Kehre um von dem Weg des Irrtums und des Unrechts!

Wir beugen uns unter das Gericht Gottes, das über uns ergangen ist. Wir setzen unsere Hoffnung allein auf den Herrn, dass er durch die Allmacht seiner Gnade unserer Kirche in ihrer bitteren Not zurechthelfe. Wir preisen seinen Namen, dass er auch in der Not seiner Kirche seine Herrlichkeit uns kundtut.“ (KJ 51f; Schmidt 2, 36f)

Rede von Joachim Beckmann über „Reformatorisches Bekenntnis heute“ (in: So schwach waren wir, S. 39 ff)

19. Februar 1934:

Bericht von Vissert Hooft über die Entwicklungen in der deutschen Kirche (Boyens 319 ff, 450 ff)

20. Februar 1934:

Bruderrat des Pfarrernotbundes (Niemöller, Müller-Heigenstadt, Müller-Dahlem, Heitmann, Prater, Georg Schulz, Albertz, Heine, Duensing) bittet um Aufnahme in die Freie evangelische Synode (WNP 50f)

21. Februar 1934:

Errichtung eines kirchlichen Außenamtes mit Theodor Heckel durch Müller (GB 1934, 144; Erklärungen ausländischer Kirchen ebd. 144, 146)

Erste Mitgliederversammlung des „Reichsverbandes christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung."

22. Februar 1934:

Lange Rede des Reichsleiters Rosenberg in der Krolloper über den „Kampf der Weltanschauungen" (Friedrichs 2, 315 ff):

„…Wenn ein Nationalsozialist das Braunhemd anzieht, hört er auf, Katholik, Protestant, Deutschkirchler usw. zu sein, er ist dann ausschließlich ein kämpfendes Glied der gesamten deutschen Nation. …

Deshalb, wenn wir im Braunhemd nichts als Deutsche sein wollen, so werden wir, falls jemand von uns sich mit religiösen Fragen oder Debatten befasst, diesem das Braunhemd verbieten. Keinem Nationalsozialisten ist es gestattet, öffentliche religiöse Diskussionen in der Uniform seiner Bewegung zu führen. Die Nationalsozialistische Partei hat nicht um religiöse Dogmen gekämpft und wird auch nicht um diese kämpfen. Der Streit um Dogmen ist für uns zu Ende, das große Ringen der Werte aber hat seinen Anfang genommen."

Reichsbischof beruft neues Kirchenministerium: Heinrich Forsthoff, Fritz Engelke, Otto Weber (Stoll II, 35; GB 146)

„Kirche und Staat" – Sieben Thesen zur Begründung des neuen Verhältnisses von Kirche und Staat von Prof. Rudolf Hermann (Greifswald) (Schmidt 2, 37f):

„1. Das Verhältnis von Kirche und Staat beunrugigt zur Zei die Kirche weit mehr als den Staat. Das zeigt sich u. a. in den mancherlei „Beteuerungen" von lirchlicher Seite, den Staat zu bejahen, auf seinem Boden zu stehen, beinahe ihn des göttlichen Wohlgefallens zu versichern usw.

2. Dem Staat ist das zeitliche Schicksal des Volkes anvertraut, der Kirche aber das ewige Schicksal der Menschen.

Es geht in der Kirche also um Doinge, die kein Staat, auch der totale nicht, zu den seinigen machen kann und will. Und die doch jedem Menschen auf die Seele gelegt sind.

3. Soll der Staat die Kirche achten und schützen, so darf ie von diesem höheren Auftrag sich kein nHäkchen abmarkten lassen oder gar sich selber abmarkten.

Vorzüglich sagt Karl Barth (vgl. Theologische Existenz heute", Heft 4, S 20): „Nicht die göttlichen Ordnungen, wohl aber die menschlichen Wirklichkeiten der Kirche und des Staates müssen und werden sich in der von der Sünd beherrschten Geschichte immer im Widerstreit befinden. Worin der Gehorsam in irdischen Dingen besteht,die die Kirche dem Staat schuldet, und welches der Raum ist, den der Staat der Kirche für die Ausrichtung ihres Auftrages zu gewähren hat, danachmuss in gemeinsamem Aufmerken auf Gottes Wort immer wieder gefragt werden."

4. Die Selbständigkeit der Kirche gegenüber dem Staat ist selbstverständlich keinme Neutralität. Welcher Christ, welche christliche Kirche könne sich selber gegenüber neutral sein…? Eine Kirche, die ihr Volk verließe, wäre wie der Hirt, der sich in Sicherheit bringt, wenn der Wolf kommt.

5. Aber ebenso selbstverständlichdarf die Kirche sich, auch in der besten Absicht, nicht als politisches Instrument des Staates ansehen. Denn der Glaube an Christus kann dem Staate nicht das Ein und Allkes sein. Der Kirche aber muss er es sein.

6. Der nationalsozialistische Staat stellt sich laut Programm der NSDAP auf den Boden des positiven Christentums. Das bedeutet eine vor Gottes Thron übernommene ungeheure Verantwortung und Aufgabe. Die Kirche wird dabei dem Staat aus allen Kräften helfen. Religionsunterricht, Volksmission, öffentliche Moral, Einfluss auf Sitten und Bräuche, auf Presse und Rundfunk, liegen auf diesem Wege.

7. Der Gegensatz der Konfessionen, als menschliches Ringen um die rechte Deutung des ewigen Evangeliums, geört allerdings ins deutsche Dasein. Im Lande der reformatorischen Kampfttat Luthers gibt es eine Mehrheit von Volkskirchen und darf sie geben. Trotzdem sind wir ein einiges deutsches Volk. Was einer solchen Einigkeit hierüber an Glätte abgeben mag, ist ihr an Tiefe zugewachsen. Aber die Entmischung von Politik und Konfession, von Politik und christlichem Glauben, liegt wiederum auf dem Weg eines „positiven Christentums" und christlicher Volkskirchen."

Ein Entwurf von Leitsätzen des Pfarrernotbundes (Schmidt 2, 38 ff):

„ I. Der Ruf

1. Durch die große geschichtliche Stunde unseres Volkes ist auch die evangelische Kirche zur Besinnung über ihr Wesen und ihren Dienst gerufen

und zur Neugestaltung ihrer Arbeit gefordert. Das sei Jahren in der Kirche vorhandene Ringen um Bekenntnis und Gestalt der Kirche ist in eine entscheidende Stunde gekommen. In dieser Stunde sehen wir unsere Aufgabe in der Kirche nicht in der Wahrung überkommener Formen, sondern in der Neugestaltung ihres Dienstes für unsere Zeit aus dem Wesen des Evangeliums. Wir bejahen freudig den Dienst, der der Kirche in unserem deutschen Volk aufgetragen ist. Aber wir wehren uns zugleich gegen jede Verfälschung ihrer Lehre, ihres Amtes und ihres Handelns.

II. Lehre

Offenbarung. 2. Wir bekennen uns zu der Offenbarung Gottes im Alten und Neuen Testament als der alleinigen Richtschnur evangelischen Glaubens, Lehrens und Handelns. Volk und Vaterland, Blut und Rasse können erst von diesem Worte Gottes her recht gedeutet und als Gottes Gabe und Aufgabe erkannt werden. Wir verwerfen die Lehre, die in Volkstum und Rasse Maßstäbe für die Gültigkeit der biblischen Gottesoffenbarung sieht. Wir verwerfen den Anspruch jeder zeitlichen Größe, unbedingte Gültigkeit zu haben.

Wir bekennen das Alte Testament als das unaufgebbare Zeugnis der Offenbarung Gottes, die auf Christus weist. Ohne das Alte Testament kann das Neue nicht mehr als Zeugnis von Jesus als dem Christus verstanden werden. Wer deshalb das Alte Testament ablehnt, verlässt die Grundlage der Kirche.

Christus. 3. Die christliche Kirche sieht in Jesus Christus Inhalt und Mitte des göttlichen Wortes. Wir verehren ihn nicht als nur menschlich heldenhafte Gestalt, wir bekennen uns vielmehr mit den Worten Luthers aus der Erklärung des 2. Artikels zu ihm als Gottes Sohn und unseren Herrn, der uns verlorene und verdammte Menschen erlöset hat, erworben, gewonnen von allen Sünden, vom Tode und von der Gewalt des Teufels.

Rechtfertigung. 4. Wir bekennen mit der Kirche die Erlösungsbedürftigkeit des Menschen, der das Gebot Gottes nicht erfüllt und deshalb unter dem Gericht des Zornes Gottes steht. Sich zu dieser Wahrheit über den Menschen zu bekennen, ist keine Schwäche, sondern Mannhaftigkeit. Es heißt Gott die Ehre geben in der Anerkennung seiner heiligen Majestät, vor der der Mensch Geschöpf und Sünder ist.

Wir leben aus der Rechtfertigung allein durch den Glauben an Jesus Christus. Wer die Rechtfertiung allein aus Glauben leugnet, der verleugnet Christus.

Wir verwerfen jede Rede von einer religiösen oder moralischen Vollkommenheit oder Überlegenheit des nordischen Menschen, durch die seine Erlösungsbedürftigkeit in Zweifel gezogen wird.

Kirche. 5. Die Kirche Jesu Christi ist die Gemeinschaft im Heiligen Geist. Nur durch Verkündigung des Wortes Gottes und Darreichung der Sakramente entsteht sie. Die Zugehörigkeit zur Kirche ist nicht durch Blut und Volkstum,

sondern durch Taufe und Glauben bedingt. Wir verwefen alle Versuche, die Kirche auf einen anderen Grund zu bauen, als Gottes Wort und Sakrament.

III. Handeln

6. Das Handeln der Kirche bekommt aus dem lebendigen Bekenntnis seinen Inhalt und seine Prägung, sein Ziel ist allein die Eingliederung des Menschen in die Gliedschaft am Leibe Christi. Das in Christus fleischgewordene Wort will mitten in der Welt immer Wirklichkeit werden in der christlichen Gemeinde. Darum ist die Kirche und ihre Botschaft hineingestellt in Volkstum und Menschenschicksal und steht mit ihnen in tiefer Verbundenheit.

Deutsche Volkskirche. 7. So hat die Gestaltung der deutschen Volkskirche keinen anderen Grund und keine andere Aufgabe als Wortverkündigung und Sakramentsspendung. Aber aus ihrer Volks- und Staatsverbundenheit heraus hat sie zugleich das Recht und die Pflicht, sich eine Gestalt zu geben, die unserer deutschen Art und unserem deutschen Volkstum gerecht wird. Wer jedoch unter Preisgabe des Evangeliums eine Kirche a l l e i n aus den Kräften des Volkstums bauen will, der verrät die Kirche. Wer für den Aufbau der Kirche andere als geistliche Waffen verwendet, wer die Freiheit der Einzelentscheidung in religiösen Dingen preisgibt und Zwang in irgendeiner Form fordert oder ausübt, der verrät die Kirche.

Amt. 8. Gottes Wort zu verkünden und die Sakramente zu verwalten, ist das Predigtamt gesetzt. Das Ordinationsgelübde verpflichtet die Amtsträger, ihren Auftrag ohne Menschenfurcht und ohne Liebedienerei zu erfüllen. Die vordringliche Aufgabe der Mission im eigenen Volk und in der Völkerwelt darf nicht den unechten Weg der Propaganda, sondern muss den Weg echter Botschaft gehen.

Das Amt der Leitung ist, grundsätzlich gesehen, kein anderes als das der Verkündigung, Liebesdienst, nicht Herrschaft. Wo es wesentlich nach staatlichen, politischen oder anderen außerkirchlichen Maßnahmen handelt, verliert es seinen evangelisch-kirchlichen Charakter und wird weltliche Behörde oder kirchenregimentliche Diktatur. Wir verwerfen ein Führungsamt, das mit einer Absetzungsgewalt ausgestattet ist. Wir verwerfen ein Bischofsamt, das sich die alleinige Lehrbefugnis anmaßt. Beides ist nicht vereinbar mit dem im Bekenntnis verankerten Grundsatz vom allgemeinen Priestertum aller Gläubigen.

Wir fordern, dass die Laien zu wirklich verantwortlicher Mitarbeit auf allen Stufen des Kirchen-Aufbaus herangezogen werden. Auf treuer Teilnahme am Wort und Sakrament und Bewährung in der Arbeit der Gemeinde beruht allein das Recht zu solcher Mitarbeit.

Staat und Kirche. 9. Durch Gottes Wort wissen wir, dass die staatliche Obrigkeit ihre Hoheit und Gewalt von Gott selbst hat. Darum schulden wir der Obrigkeit Gehorsam, es sei denn, dass sie uns wider Gottes Wort zu handeln bestimmt. Es ist die Aufgabe der Kirche, dies zu verkündigen.

Die Kirche ist dem Staat als Gemeinschaft dieser Welt Gehorsam schuldig. Eine Gleichschaltung von Kirche und Staat verdirbt das Wesen beider und hindert sie an der Erfüllung der ihnen von Gott gesetzten Aufgaben.
Eine Kirche, die Gott in seinem Worte gehorsam ist, kann nicht Staatskirche werden. Wenn sie mit den ihr geschenkten Segenskräften dem Volk dient, hilft sie vielmehr dem Staat, zu werden und zu bleiben, wozu er gesetzt ist: Gottes Amtmann zu sein, der des Volkes Leben und Ehre schützt und erhält."

24. Februar 1934:

Aufzeichnung von Bodelschwingh über eine Unterredung mit Ministerialrat Diels (Nic II, 61 ff)

27. Februar 1934:

Anordnung von Hess zur Bildung einer „Abteilung für kulturellen Frieden" bei der Reichsleitung der NSDAP (Nic II, 65)

28. Februar 1934:

Ausführliche Denkschrift der Geheimen Staatspolizei über die Tätigkeit des Pfarrernotbundes (Nic II, 72 ff)

Rundschreiben Nr. 11 des Pfarrernotbundes (WNP 195f)

DC-Kundgebung in der Reichssporthalle in Berlin mit Müller und Dr. Kinder (GB 149):

Müller: „Ich selbst bin mir meiner Art, in meinem Wollen und Streben immer bewusst und mit voller Absicht Deutscher Christ" gewesen und werde auch „Deutscher Christ" bleiben." Das deutsche protestantische Fühlen und Erleben der Christuswahrheit sei innig verknüpft mit dem Erleben des NS. Wer von den Pfarrern an der neuen Kirche mitarbeiten wolle, sei herzlich willkommen. „Wenn aber Gegner des NS die Kanzel missbrauchen zu reaktionären Umtrieben, dann werde ich das bestimmt nicht dulden und unsere Gemeinden werden werden solche Elemente mit elementarer Wucht hinwegfegen. … Wenn die Gegnerschaft des NS meint, sich in den Raum der Kirche flüchten zu können, um von hier aus den Staat zu unterminieren, so wird das nationalsozialistische Kirchenvolk diesen unterirdischen Wühlern eine so deutliche Antwort geben, dass diesen Leuten Hören und Sehen vergehen wird."

Hannoverscher Landeskirchentag (ebd. 148)

Joachim Gauger: Das faszistische Italien (GB 1934, 21 ff, 35 ff)

Einführung des Arierparagraphen in der Wehrmacht

1. März 1934:

Rücktritt von Schöffel als Bischof von Hamburg, sein Nachfolger Franz Tügel

Aufzeichnung des Vatikanreferenten im Auswärtigem Amt (Nic II, 66 ff)

Runderlass des Reichsinnenministers betr. Katholische Kirche (Nic II, 69)

2. März 1934:

Rede von Goebbels in Hamburg (Nic II, 69f):

„…die Kirchen wissen gar nicht, wie schwer sie sich selber schaden; denn das Volk verlangt von den Kirchen ganz etwas anderes, als dass sie dem Staat Schwierigkeiten machen. Es ist kein Zufall, dass die Kirchen leer werden. Sie werden leer, weil das Volk kein Verständnis dafür hat, dass die Kirchen, die nach Gottes Wort handeln sollten, nichts anderes zu tun haben, als sich in theologischen Streit einzulassen. Das Volk vermag für diese Spitzfindigkeiten und Haarspaltereien kein Verständnis aufzubringen; denn das Leben ist größer als die Theorie, und wenn heute der Staat das tun muss, was Aufgabe der Kirchen wäre, dann würde die Kirche nicht erleben, dass in einem Konflikt zwischen Kirche und Staat das Volk auf die Seite des Staates tritt. … Wenn heute die Klüngel annehmen, uns antichristliche Gesinnung vorwerfen zu können, ich glaube, der erste Christ, Christus selbst, würde in unserem Tun mehr von seiner Lehre entdecken als in diesen theologischen Haarspaltereien…“

Kirchengesetz über die Leitung der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union (KJ 53f):

„§ 1. Die Deutsche Evangelische Kirche übernimmt unter Führung des Reichsbischofs als Landesbischof durch ihre Organe die Leitung der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union.“

3. März 1934:

Schreiben des Preußischen Ministerpräsidenten an den Reichsinnenminister wegen weiterer Überwachung des Pfarrernotbundes (Nic II, 70 ff):

„… Es hat sich hier ein fester Block evangelischer Geistlicher gebildet, die nach ihrer politischen Vertgangenheit zwar aus verschiedenen Lagern stammen, überwiegend sich jedoch außer aus SPD-Angehörigen und solchen des christlich-sozialen Volksdienstes aus deutschnationalen Kreisen, die bekanntlich in der evangelischen Geistlichkeit einen zahlenmäßig besonders starken Stamm hatten, rekrutieren. Diese Elemente haben sich nunmehr in ihrer Abneigung gegen die Übertragung nationalsozialistischer Ideen auf den Bereich der Kirche, die sie nach wie vor als Staat im Staat wissen wollen, namentlich in der Bekämpfung des nationalsozialistischen Führerprinzips, der Rassenlehre und anderer Programmpunkte der NSDAP zusammengefunden.Sie betonen geflissentlich, dass sie die eifrigsten Anhänger des Führers seien, geben jedoch leider allzu deutlich zu erkennen, dass sie unter dem Vorwand, die dogmatische Grundlage der evangelischen Kirche gegen vermeintliche Übergriffe der evangelischen Reichskirchenregierung und der Deutschen Christen verteidigen zu müssen, in Wirklichkeit gleichzeitig auch den nationalsozialistischen Staat und die Bewegung als solche innerlich ablehnen und bekämpfen. Sie haben sich nachweislich nicht gescheut, als Bundesgenossen in diesem Kampfe nicht nur die deutsch-evangelischen Gemeinden im Auslande mobil zu machen und so die Beziehungen des Reiches zum Deutschtum im Auslande zu verwirren und zu stören, sondern sogar die deutschfeindlich eingestellte Auslandspresse in ihrer gehässigen Auswertung des innerdeutschen Kirchenkonflikts mit Material zu versorgen.“

5. März 1934:

Zusammentritt der Hamburger Synode: Wahl von Franz Tügel zum Bischof:

„… ich kenne nur einen Feind, und das ist der, der diesen Staat Adolf Hitlers nicht will. Mit solchen Feinden werde ich sehr kurz fertig werden: das bin ich nicht nur meiner Kirche schuldig, sondern meinem Staat, meinem Volk und meinem wunderbaren Führer.“ (GB 934, 152)

Auftritt von jüdischen Schauspielern nicht gestattet (Walk 73)
Verbot des Vertriebs nationalsozialistischer Literatur durch Juden und Verbot der Auslieferung an jüdische Firmen und Warenhäuser (Walk 75)

7. März 1934:

Freie evangelische Synode von Berlin und Brandenburg in Berlin-Dahlem:

Wahl eines Bruderrates aus 8 Pfarrern und 7 Laien (GB 1934, 153)

Verordnung zur Neuregelung der Verwaltung der DEK (KJ 54f)

Ernennung eines „Chef des Stabes" durch Müller: Dr. Heinrich Oberheid

Brief Schweizer Pfarrer an die Bekennende Kirche (Boyens 326)

10. März 1934:

Schreiben des Preußischen Ministerpräsidenten an die Reichskanzlei über zwei Rundschreiben des Pfarrernotbundes (Nic II, 77f):

„…Die erhöhte Aktivität des Pfarrernotbundes ist ohne Zweifel zum großen Teil auf die fanatische Einflussnahme des Pfarrers Niemöller zurückzuführen, der sein Tätigkeitsgebiet in die Provinzen Rheinland und Westfalen verlegt hat. Pfarrer Niemöller lässt sich offensichtlich von dem Bestreben leiten, dem inneren Zerfall des Pfarrernotbundes durch eine maßlos gesteigerte Propaganda in Massenversammlungen, durch Versendung von Flugschriften, Rundschreiben und erneute Kanzelverlautbarungen zu begegnen. Es besteht die Gefahr, dass der evangelische Kirchenstreit mit seinen bedenklichen Auswirkungen auf die innen- und außenpolitische Allgemeinlage erneut wieder aufflammt. Ich bin der Ansicht, dass dies mit allen Mitteln – sollte die Autorität des Reichsbischofs hierzu nicht ausreichen, auch unter Einsatz der Autorität des Staates – verhindert werden muss."

10./11. März 1934:

Die Entwicklung in Braunschweig: Prozess gegen Bischof Beye (GB 154)

6 Thesen für „Deutsche Christen" von Pfarrer Hermann Gründer

(ebd. 155):

„1. In Hitler ist die Zeit erfüllt für das deutsche Volk. Denn durch Hitler ist Christus, Gott der Helfer und Erlöser, unter uns mächtig geworden. Darum ist der Nationalsozialismus positives Christentum der Tat.

2. Hitler (der Nationalsozialismus) ist jetzt der Weg des Geistes und Willens Gottes zur Christuskirche deutscher Nation. Mit lutherischem Glaubensmut

wagen wir deutschen Christen darum mit bewährten alten Steinen (Bibel und Bekenntnis) und neuen Steinen (Rasse und Volkstum) im Glauben diese Kirche zu bauen.

3. Hitler will die Kirche. Er wartet auf uns. Leistung und Erfolg entscheiden bei ihm. Christus sagt: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen."

4. Glaube und Politik (nie Partei- oder Kirchenpolitik) sind nicht zu trennen; denn im Glauben fließen für unser Handeln Staat und Kirche zusammen.

5. Der Staat ist das Werkzeug Gottes zur Erhaltung des deutschen Volkes nach außen, die Kirche das Werkzeug Gottes zur Erhaltung des deutschen Volkes nach innen.

6. Weil wir Gott (Christus) glauben, glauben wir an Deutschalnd und seine göttliche Aufgabe in der werdenden Kirche unter den Völkern und sind darum Deutsche Christen.

Im Anschluss an diese von uns aufgestellten grundlegenden kirchlichen Aufbauthesen fordern wir:

1. Hinweg mit allem Kirchenstreit!

2. Hinweg mit der verkappten Reaktion aus dem Kirchendienst! Sie allein trägt vor Gott und der Geschichte die Verantwortung für die Entfremdung des einzelnen Volksgenossen von der Kirche, ebenso wie sie staatspolitisch und moralisch die Verantwortung für den Niedergang unseres Vaterlandes zu tragen hat.

3. Hinweg mit den Wölfen im Schafspelz, die ihr hehres Amt missbrauchen, um den politisch verdrängten Gruppen Deckung und Vorschub zu gewähren!

4. Absolute Anerkennung des vom Führer Adld Hitlere bestätigten Reichsbischofs Ludwig Müller.

5. Jeder Diener Gottes muss in unserer Volksgemeinschaft Nationalsozialist der Tat sein.

6. Ein Führer – ein Reich – ein Volk – eine Kirche.

Heil Hitler! Hermann Gründer, Pfarrer, Kampfstaffelfüher der „Deutschen Christen".

12. März 1934:

Brief von Meiser und Wurm: Lossage von Müller

13. März 1934:

Das deutsche Memorandum (Friedrichs 2, 110 ff)

Wurm und Meiser bei Hitler und Gespräch mit Hauptmann von Pfeffer, Aufzeichnung von Meiser (Nic II, 79 ff; Meiser 250 ff):

„Hitler: Das Christentum wird aus Deutschland ebenso verschwinden wie aus Russland. Die Konfessionen haben weder die französische Revoluion noch den Bolschewismus noch den Marxismus noch die Revolution von 1918 verhindern können.“

Karl Barth an das Kirchliche Außenamt (Boyens 322f)

14. März 1934:

„Bekenntnis der evangelischen Gemeinden in Minden-Ravensberg“

Pfarrer Joseph Gauger (Hg. der GB) wird von der Liste der Schriftleiter gestrichen (GB 1934, 157)

15./16. März 1934:

In Frankfurt Erarbeitung eines Theologischen Textes für eine Bekenntnissynode

Barth: Frankfurter Konkordie

Provinzialsynoden der Altpreußischen Union (GB 158 ff)

16. März 1934:

Westfälische Provinzialsynode, die von der Gestapo aufgelöst wird,

Konstituierung einer Westfälischen Bekenntnissynode (s. Verhandlungen)
Eröffnungsrede von Koch (DEW 72 ff)

Kundgebung der Westfälischen Bekenntnissynode
(Stoll III, 62f; KJ 55 ff; Schmidt 2, 44 ff):

„Die zur Evangelischen Bekenntnissynode in Westfalem am 16. März 1934 in Dortmund versammelten Prediger und Ältesten der evangelischen Gemeinden Westfalens erklären:

Wir schließen uns dem Zeugnis und Bekenntnis der Freien Evangelischen Synode im Rheinland vom 18. und 19. Februar 1934 mit unserem Zeugnis und Bekenntnis in der brüderlichen Einheit des Glaubens an.

I. Die Einheit der Kirche besteht in dem Bekenntnis zu dem einen Herrn und Meister der Kirche, Christus, und in der schriftgemäßen Verwaltung der Sakramente. Aus dem Gehorsam unter dem Wort erwächst die rechte Verkündigung, die rechte Gemeinschaft und die rechte Ordnung der Kirche.

In der Kirche der Reformation gilt nur das Amt, das seine Autorität aus dem Worte Gottes nimmt. Es empfängt seinen Auftrag in der Gemeinde, die unter dem Worte lebt.

Die Kirche bedarf einer geistlichen Leitung, die ihren Auftrag aus der lebendigen Gemeinde empfängt und ihr mit dem Worte dient. Solches lebendige Miteinander-Handeln von Amt und Gemeinde war das Anliegen der Väter unserer rheinisch-westfälischen Kirchenordnung. Es fand in der Selbstverantwortung der Gemeinde seinen unaufgabbaren Ansatz und wartet auf die Erfüllung durch eine geistliche Leitung der Kirche, die dieser Selbstverantwortung der Gemeinde mit dem Worte dienend begegnet.

II. Wir beklagen, dass unsere alte Kirche schwach im Bekennen war. Wir wissen uns geschieden vom gegenwärtigen Regiment der Kirche, das vom Bekenntnis redet, aber wider Schrift nund Bekenntnis handelt.

Wo die Einheit nur in der äußeren Form gesucht wird, da hört das Fragen nach dem Wort auf. Das Kirchenregiment wird zur ungeistlichen Gewaltherrschaft.

Es muss die Gemeinden zerstören und die Kirche der Auflösung entgegenführen.

Es kann der Irrlehre nicht wehren.

Unter solchem Regiment verliert die Kirche ihr Lehramt und Hirtenamt. Sie verliert den biblischen Maßstab der Zucht. Ihre Glieder kann sie nicht mehr zu christlichem Leben und Wandel anleiten. Die Gemeinschaft des Glaubens zerbricht.

Das derzeitige Kirchenregiment ist darum ohne geistliche Autorität und ohne kirchliches Ansehen.

III. Die evangelische Bekenntnissynode in Westfalen weiß sich verantwortlich für das geistliche Leben in der Kirchenprovinz. Sie übernimmt die geistliche Leitung der Gemeinden und ruft alle bekennenden Glieder der Gemeinden auf, sich ihrer Leitung zu unterstellen.

Dem von ihr berufenen Bruderrat erteilt sie den Auftrag, den Predigern, den Ältesten und Gemeinden durch seinen Rat zu dienen, sie zu stärken und angefochtene Gewissen zu trösten. Sie beauftragt ihn mit der Vertretung der bekennenden Kirche Westfalens.

Sie ermahnt alle Prediger, Ältesten und Gemeinden, den Ratschlägen des Bruderrates zu folgen. Sie ermahnt alle Glkieder der bekennenden Kirche festzustehen und freudig und getrost zu sein im Bekennen.

Und nun, liebe Brüder, wir befehlen Euch Gott und dem Wort seiner Gnade. Die Lehrer kommen und gehen. Das Wort bleibt und behält seine Kraft von Geschlecht zu Geschlecht. Gott ist ein Fels. Die Gnade sei mit allen, die da lieb haben unsern Herrn Jesum Christum unverrückt.“

17. März 1934:

Kundgebung der Ev.-luth. Kirche Bayerns

(Stoll III, 20 ff; KJ 57 ff; Schmidt 47 ff)

Versetzung von Karl Immer aus Barmen-Gemarke in den Ruhestand

(GB 157)

März 1934:

Rede des Reichsjugendführers Baldur von Schirach (Nic II, 82f):

„Wenn die konfessionelle Jugenderziehung den Wert hätte, den zu haben sie vorgibt, so wäre der ganze Zusammenbruch von 1918 nicht möglich gewesen. Wenn diese konfessionelle Erziehung das Alleinseligmachende ist, dann würden wir ja heute nicht nötig sein, dann wären wir ja überflüssig. Ich kann mich nicht nur ausschließlich zur evangelischen oder katholischen Kirche bekennen. Ich bin ein positiver Christ, aber ich bin nicht bereit, eine Trennungswand zu errichten zwischen meinen Arbeitern und Bauern und mir. Ich will dieser Jugend alle Möglichkeiten einer religiösen Betätigung gewähren. Nie ist von der Führung der Hitler-Jugend aus einem jungen Katholiken oder Protestanten die Möglichkeit des Besuches des Gottesdienstesd genommen worden. Aber ist nicht auch nötig für die Religion, dass zunächst einmal das ganze deutsche Volk einig wird in seinem Bekenntnis zu Deutschland? Ich glaube, dass gerade die katholische Kirche gut daran täte, ihre Jugend uns anzuvertrauen, damit wir ihr die staatliche weltanschauliche Erziehung geben. Dann wird auch diese Jugend zukünftig von selbst wieder den Weg in die Kirche finden. Wir verlangen, dass die weltanschauliche Erziehung für den Staat ausschließlich Sache der Hitler-Jugend sein soll.“

18. März 1934:

3. Rheinisch-Westfälischer „Gemeindetag unter dem Wort“ in der Westfalenhalle und in zwei Dortmunder Kirchen (GB 1934, 161; DEW 76)

D. Dr. Forsthoff erklärt in einer Rede in Elberfeld die Nützlichkeit von KZs für resistente Pfarrer (GB 161):

„Der Staat hat ein Sanatorium für seine Gegner eingerichtet, nämlich das Konzentrationslager. Ich möchte gern für meine Amtsbrüder auch so eine Einrichtung schaffen als „Freizeit“, wo sie zunächst einmal rechtzeitig aufstehen lernen müssten; denn die Kirche kommt immer zu spät; wie viel wäre sie weiter, wenn sie von Anfang an bei der Revolution mitgemacht hätte. Sodann müssten die Pfarrer das Horst-Wessel-Lied singen. Sie müssten lernen, was wahrer Nationalsozialismus ist; denn es ist ein Unterschied zwischen Nationalsozialist und Nationalsozialist. Für die Amtsbrüder ist aber die Vertrautheit mit dem NS sehr wichtig; denn seit der Reformation haben wir kein verheißungsvolleres Erleben gehabt. Dann würde ich ihnen eine Lektion über politische und kirchliche Führung halten.“

19. März 1934

Ankündigung von Jäger und Oberheid, die deutsch-christlich geführten Landeskirchen in die Reichskirche einzuverleiben

Frankfurter Treffen: „Bekenntnisgemeinschaft“ zwischen den freien Synoden des Westens und den „intakten“ Kirchen des Südens, Teilnehmer: Meiser, Wurm, Eduard Putz, Hans Meinzold, Heinrich Held, Karl Immer, Karl Koch, Karl Lücking, Wilhelm Niesel, Otto Riethmüller und Gerhard Stratenwerth (Meiser 252 ff)

Brief von Bischof Bell an den Herausgeber der Londoner Times

(Boyens 321f)

20. März 1934:

Rede von Reichsminister Dr. Frank (Friedrichs 2, 344 ff)

Schreiben von Wurm an Hauptmann Pfeffer (Nic II, 81f)

21. März 1934:

Bericht des britischen Botschafters an seinen Außenminister (UF IX, 418 ff)

Schreiben des Reichsinnenministers an den Reichsbischof (Nic II, 83f):

„Zu meinem Bedauern hat sich der evangelische Kirchenstreit in der letzten Zeit wieder erheblich zugespitzt. Ich verkenne nicht, dass dazu die Haltung des Pfarrernotbundes nicht unwesentlich beigetragen hat, und würde daher bei allem Widerstreben, die Machtmittel des Staates in den kirchlich-politischen Meinungskampf einzusetzen, zur Beruhigung der kirchlichen Verhältnisse grundsätzlich bereit sein, den Pfarrernotbund aufzulösen. Im Hinblick auf ihre weittragende Bedeutung erscheint mir diese Maßnahme jedoch staatspolitisch nur dann vertretbar, wenn auch seitens der Kirchenleitung alles geschieht, den Kirchenfrieden zielbewusst herbeizuführen und zu sichern. Dazu gehört vor allem, dass sich die gesamten Anordnungen der Kirchenleitung in rechtlich nicht zu beanstandender Weise im Rahmen der Kirchenverfassung vom 11. Juli 1933 bewegen. Eine weitere Voraussetzung wäre, dass Sie als der verfassungsmäßig berufene Leiter der Deutschen Evangelischen Kirche zusammen mit dem Ihnen zur Seite stehenden Geistlichen Ministerium zur gleichen Zeit, in der ich der Öffentlichkeit die Auflösung des Pfarrernotbundes bekannt geben würde, eine Friedenskundgebung erlassen. Sie müsste Evangelium und Bibel als Grundlagen der evangelischen Glaubenslehre feierlich bestätigen. Sie müsste ferner auf dieser Grundlage allen Geistlichen die Friedenshand bieten, allen weiteren nicht voll begründeten Amtsenhebungen von Geistlichen ein Ende bereiten und eine wohlwollende Nachprüfung aller schwebenden Disziplinarverfahren in Aussicht stellen.
Ich bitte, sich hierzu mit tunlichster Beschleunigung zu äußern.“

Ruhesetzung von Superintendent und Präses Karl Koch durch Oberheid, Kreissynode Vlotho solidarisiert sich mit Koch (GB 163)

Bischof Adler beruft neue Provinzialsynode ein und wird Präses der Synode

140 westfälische Gemeinden treten der Bekenntnissynode bei

22. März 1934:

Gespräch von Meiser, Wurm und Baron von Bissing mit Hauptmann Franz von Salomon Pfeffer (Schreiben von Wurm Nic II, 82f; Aufzeichnung von Wurm ebd. 84 ff; Meiser 269 ff)

23. März 1934:

Empfang von Wurm und Meiser durch Hitler (Nic. II 78 ff)

Kundgebung von Bischof Adler an die westfälischen Pfarrer und Gemeinden (GB 162)

Bischof Bell an Pastor Karlström (Boyens 323 ff, 452ff)

24. März 1934:

Kundgebung der DC in der Westfalenhalle Dortmund an die westfälischen Pfarrer und Gemeinden mit Kinder, Adler und Müller (GB 1934, 162):

Adler gegen die Bekenntnissynode unter Präses Koch, die den Anspruch erhebt, die gesetzmäßige Vertretung des westfälischen Kirchenvolkes zu sein: Dies ebenso wie die Aufforderung an die Gemeinden, „sich dieser ungesetzlichen Provinzialsynode anzuschließen und sich ihrem Führrate zu unterstellen, sind als Ungehorsam gegen die Reichskirchengesetze und das Kirchenregiment zu werten, lähmen das gesamtkirchliche Handeln, zerstören das Leben in den Gemeinden und gefährden die mühsam errungene Einheit der DEK. Darüber hinaus bedeutet diese Beunruhigung des kirchlichen Lebens aber auch eine Schädigung des Ansehens unseres jungen nationalsozialistischen Staates, wie es die deutschfeindliche Auslandspresse täglich beweist.“

27. März 1934:

Karfreitagswort des Reichsbischofs an die Pfarrer

(Stoll III, 35 f; Schmidt 2, 53 ff):

„Wir gehen dem Karfreitag entgegen. Am Karfreitag hat sich die schonungslose Sachlichkeit unseres Gottes offenbart. Die Gewalt Gottes steht gegen die Gewalt des Fürsten dieser Welt. Er hat seinen Sohn die Gewalt der Sünde bis zum äußersten durchleidenlassen, um sie so durch die Gewalt der Barmherzigkeit zu überwinden. Das Leiden und Sterben unseres Herrn hat

nur soviel Wert für uns, als uns mit unausweichlicher Wucht die Forderung des Kreuzes überkommt und wir uns von der Kraft des Kreuzes füllen lassen.
Wie hat unser Volk,wie hat die deutsche evangelische Kirche, wie hat unsere Pfarrerschaft es nötig, dass gerade in diesem Jahr uns der Gekreuzigte überwältigt, stärkt, aufrichtet, tröstet.
Ich wende mich als erstes an die, die aufs schärfste gegen die bisherige Führung der Deutschen Evangelischen Kirche im Widerspruch stehen, bis hin zu denen, die gesagt haben, dass es Gehorsam gegen Gott sei, dem Reichsbischof ungehorsam zu sein. Ich bitte die Amtsbrüder – nicht um meinet -, sondern um ihretwegen – vor dem Angesicht des Gekreuzigten sich noch einmal zu fragen, ob er ihnen wirklich solche Äußerung gestattet. Ich meinerseits möchte mich der Vergebung getrösten und Vergebung üben.
Aber auf unsere Person kommt nichts an, sondern alles auf die Sache; und da müssen wir um ein Verständnis der Sachlage miteinander ringen. Nur wenn wir den Tatbestand richtig schauen, und zwar nicht nach dem, was vor Augen ist, werden wir uns im Urteil einander nähern. Wenn irgendwann, müssen wir uns in dieser Zeit üben, in einer schonungslosen Sachlichkeit den Tatbestand zu sehen:
Der Krieg und das Jahr 1933 haben uns allen deutlich gemacht, was wirklich Geschichte ist. In solchen Zeiten geschichtlicher Hochspannung brechen seelische Naturgewalten durch, die nicht in Begriffe zu fassen sind, von denen wir wie von einem Sturm ergriffen werden.
Gott hat es unserem Führer gegeben, unser Volk in einer geradezu ungeheuerlichen Kraftentfaltung umzubrechen und völlig neuzugestalten. Als nun der leidenschaftliche Wille unseres Volkes zur völligen Einheit mit Naturgewalt auch nach der Kirche griff, um Nationalsozialismus und Kirche mit tiefer Beschämung nur der Tatsache ins Auge schauen, dass unsere evangelische Kirche sich dem ungeheuren Ansturm der nationalen Bewegung nicht gewachsen gezeigt hat, dass in ihr nicht die Dynamik, die Elastizität, die Schwungkraft lebte, um einen solchen Ansturm aufzufangen und der im Anfang wirklich vorhandenen Bewegung des Volkes zur Kirche hin zu dienen. Diese Tatsache, dass wir weithin keine wirkliche Kirche waren, sondern in mancher Landeskirche in der Pflege eines kleinbürgerlichen Kreises erschlafft waren und dass auch in unserem kirchlichen Handeln die Kirche oft zu sehr an bürgerliche Haltung gebunden war, sollte uns gerade vom Kreuze her mehr schmerzen. Als alles, was im Einzelfall der Pfarrerstand als Not empfunden hat.
Darüber, dass sich bei dieser von vielen Pfarrern als ungeheuerlich empfundenen Anforderung an die Kirche mit erscheckender Deutlichkeit zeigte, wie gering das Verständnis für das eigentliche Wesen der Kirche und die ihr entscheidenden Kräfte waren, und dass die nationalsozialistische Männerwelt vielerorts mit sehr robusten Methoden die Verantwortung in der Kirche stürmisch an sich riß, sollten wir nicht jammern und klagen, sondern uns lieber sagen lassen: „Was hat unsere Kirche weithin an der Männerwelt

versäumt.“ Sie hatte die Männer in den Arbeiter- und akademischen Kreisen völlig verloren.
Es soll damit aus keinem Einzelunrecht Recht gemacht werden, aber ein männlicher Pfarrerstand sucht zunächst das Unrecht bei sich und sucht hinter dem Unrecht der Anderen, ob da nicht vielleicht etwas Rechtes steckt. Es kommt alles darauf an, dass wir auf das Ziel des Ganzen sehen und nicht so sehr auf das Leiden des Einzelnen. Wir wollen uns lieber in schonungsloser Sachlichkeit üben mit der Feststellung: Die jahrzehntelang von uns nicht überwundene, oft kaum bekämpfte Entfremdung von der Kirche war schuld, dass in dem Augenblick, da in dem ungeheuerlichen Erleben der nationalen Einigung die Bewegung zu einer kirchlichen Einigung aufbrach, der Kampf um die Kirche nicht immer „mit kirchlichen Methoden“ geführt wurde. – Wer Pharisäer genug ist, mag sich darüber entrüsten.
Anstatt in dem Machtkampf um die Kirche den leidenschaftlichen Willen zur Volksverbundenheit zu erspüren, sah man gar nichts als einen „ungeistlichen Machthunger“ und einen Angriff auf Evangelium und Bekenntnis. Da, wo überlegene Geduld mit einem vielleicht oft unklaren kirchlichen Sturm und Drang nötig war, hat man mit einer unbarmherzigen, oft beißenden Kritik an der „Unkirchlichkeit der Methoden“ der trotz allem im Tiefsten gesunden, wenn auch für die Kirche sehr unbequemen Bewegung weithin das Verständnis versagt und wunderte sich dann, wenn solche Verständnislosigkeit neue Abneigung gegen die Kirche erzeugte.
Es ist gewiß verständlich, wenn der Totalitätsanspruch des Staates für viele etwas ganz Neues und Fremdes war, und insonderheit dem zum Individualismus neigenden, um Innerlichkeit ringenden evangelischen Pfarrerstand schwere Anstöße gab, weil man Mut und Kraft nicht aufbrachte, um den entsprechenden Totalitätsanspruch der Kirche volksverbunden zu bewahren. Das gibt kein Recht, vom Martyrium zu reden, wenn solcher Totalitätsanspruch auf pastorale Zaghaftigkeit, Bedenklichkeit, Unsicherheit, schwankende Haltung oder gar verdeckte Anklagen stößt, zumal, wenn sich derartiges hinter „Wortverkündigung“
versteckt.
So ist es zu einem kirchlichen Kampf gekommen, dem die große Masse des Volkes mit Erstaunen, je länger je mehr mit Verachtung und Erbitterung gegenübersteht, denn unsere Volksgenossen können es nicht verstehen, wenn Pfarrer sich streiten. Können wir wirklich vor dem Gekreuzigten die Verwirrung der Gemeinden verantworten? Aber auch die Amtsbrüder, die den großen Vorzug haben, in einer lebendigen Gemeinde zu stehen, die sie trägt, die bereit ist, für sie Opfer zu bringen, die verständlicherweise gerade zu jemand steht, der für sein Zeugnis irgendwie leiden muss, auch die bitte ich, sich dabei nicht zu beruhigen und darüber den Blick nicht dafür zu verlieren, wie der weitaus größere entfremdete Teil des Volkes gewonnen wird.
Das neue Geistliche mInisterium ist bei seiner Berufung bestürmt worden, als erstes eine „Amnestie“ zu erlassen. Die Frage ist von uns auf das ernsteste

erwogen. Wir würden selbstverständlich nichts lieber tun als eine Amnestie erlassen, wenn wir auch nur die geringste Garantie dafür hätten, dass damit wirklich Friede einkehren würde. Wir müssen im Gegenteil auf Grund der bisherigen Kampfmethoden der Kreise, die die Kirchenführung bekämpfen, befürchten, dass sie eine Sache des Bekenntnisses daraus machen würden, sofort den Kampf mit allen Mitteln weiterzuführen. Dadurch macht man es uns unmöglich, eine Amnestie zu erlassen. Es geht ja nicht um den Kampf zweier Richtungen, sondern um die Aufrechterhaltung der kirchlichen Ordnung.

Wir glauben, dass es einen einfachen Weg zum Frieden gibt. Wenn wir alle am Kreuz einmal wirklich alles niederlegen und zum Opfer bringen, was den Bau des Reiches Gottes hindert, als erstes – wir Verkündiger des Wortes – unsere Zunge, „das unruhige Übel."

Liebe Amtsbrüder! Wollen wir nicht alle einen neuen Anfang machen, das achte Gebot zu halten, uns nicht persönlich diffamieren, sondern gut voneinander reden und alles zum Besten kehren, vom Nachbar an bis zu den führenden Männern der Kirche hin? Wollen wir nicht einmal zum Opfer brigen unser bisheriges Hinhorchen auf böse Gerüchte, unser kirchenpolitisches Aufregungsbedürfnis, unser Martyriumsbedürfnis? Der Herr hat nicht nach dem Kreuz verlangt, sondern dreimal darum gerungen, dass der Kelch an ihm vorübergehe. Lassen wir uns nicht frommer sein wollen als der Herr.

Und Sie Amtsbrüder, denen zur Zeit in der Führung der Kirche alles verkehrt erscheint, ist es Ihnen wirklich nicht möglich, eine Zeitlang um der Kirche, um des Volkes willen den Blick stur auf die Gemeinde zu richten, auf die Aufgaben, die Ihnen da vor den Füßen liegen? Kirchenpolitischen Ärger heilt nichts so sehr als ein Krankenbesuch. Fangen Sie einmal an, um die entfremdete Männerwelt zu werben, um alle die, die sich von der deutschen Glaubensbewegung angezogen fühlen; soweit Sie es noch nicht getan haben, suchen und sammeln Sie die Laienkräfte, die von der Kirche zur Mitarbeit gerufen werden möchten – Sie werden für nichts anderes mehr Zeit haben und es wird Friede einkehren.

Ich habe die Mitglieder des Geistlichen Ministeriums angewiesen, möglichst bald mit den Herrn Landesbischöfen und Bischöfen Verbindung aufzunehmen und in Beratungen einzutreten, ob und wie weit die aus dem Dioenst entlassenen aufbauwilligen Kräfte wieder irgendwie in den Dienst gestellt werden können. Um der Ordnung der Kirche willen müssen wir fordern, dass die Betreffenden sich bereit erklären, ihre ganze Kraft und Arbeit in der Gemeinde und auf Verkündigung zu konzentrieren und sich der Kirchenpolitik zu enthalten. Die Fälle, wo nicht kirchenpolische, sondern staatspolitische Gründe maßgebend waren, müssen selbstverständlich gesondert behandelt werden.

Die Not in unserer Kirche ist durch die scheinbar unentwirrbare Verwirrung so groß, die gegenseitige Verurteilung so hart, dass nur der Gekreuzigte uns

selbst von all dem kranken Wesen, allem Krampf und aller Bitterkeit befreien kann. Noch scheint es nicht soweit, dass wir zueinander finden können, um so mehr wollen wir alle uns vor dem Gekreuzigten zusammenfinden und der Kraft vertrauen, die von ihm ausgeht.
Nehmen Sie dieses Schreiben so schlicht, so ehrlich und ernst, wie es gemeint ist.
„…dass nicht das Kreuz Christi zunichte werde!“ 1. Kor. 1, 17“

Osterbotschaft des Reichsbischofs vom 31. März 1934 (Stoll III, 39f):

„Ostern ist das Siegesfest der Christenheit. Wir feiern den Sieg des Lebens über den Tod, den Sieg des Lichts über die Finsternis. Ostern wurde schon immer als Freudenfest gefeiert und zur Zeit der alten Kirche begrüßten sich die Christen am Ostermorgen mit dem frohen Zuruf „Er ist erstanden!“, worauf der Begrüßte antwortete: „Er ist wahrhaftig auferstanden.“
In dieser Eigenart der Begrüßung zittert noch das unfassbare Geheimnis des Ostererlebnisses der Jünger; sie kamen vom Karfreitag, der all ihr Hoffen und Glauben zerbrach – so konnten sie es am Ostermorgen nicht fassen, dass ihr Herr und Meister dennoch lebe; bange und zaghaft war ihre hoffende Freude, bis das Unbegreifliche ihnen zur inneren Gewissheit wurde und sie erhob zu jubelnder Gewissheit glaubenden Vertrauens: „Er ist auferstanden, er ist wahrhaftig auferstanden.“
Wir feiern Ostern in der hoffenden freudigen Gewißheit des Frühlings, wo die wärmere Sonne neues Leben weckt in Feld und Wald und wo die ersten Blumen aus dem erwachten Mutterschoß der Erde sieghaft, freudig und farbenprächtig aufbrechen.
So verkündigt der ewige Gott den kämpfenden und sieghaften Menschen auch in dem gewaltigen Frühlingswunder der Natur die große heilige Osterbotschaft: „Verzage nicht in der Karfreitagsnot deines Lebens. Sieh und erkenne den Sieg des Lebens über den Tod, den Sieg der Mächte des Lichtes über alle Gewalten der Finsternis!“ Diese Wahrheit haben wir erlebt und erleben wir täglich auch in dem Neuwerden unseres erwachten deutschen Volkes nach drückender, schwerer Zeit vaterländischer Not.
Diese Wahrheit wird aber immer ein befreiendes Erlebnis, wo um sie gekämpft wird. Wie in unserem Volk und unserer Kirche die Kräfte der Finsternis dauernd ihr finsteres Werk zu treiben versuchen, so wird immer wieder von neuem nur da der Sieg errungen, wo Menschen des Lichtes voll Vertrauen und Glauben den Kampf wagen.
Ostermenschen sieghaften Kampfwillens sind aber nicht einfach da, sondern sie müssen werden und wachsen aus Kampf mit den Gewalten des Todes und der Finsternis. Christ sein heißt Christ werden. Wo dieses „Christwerden“ lebendiges eigenes Erlebnis wird, klingt immer wieder die jubelnde Freude

sieghaften Glaubens und Gottvertrauens in den Ruf aus: „Christus lebt, er ist auferstanden, er ist wahrhaftig auferstanden.“

Antwort des Pfarrernotbundes auf die Karfreitagsbotschaft des Reichsbischofs (Schmidt 2, 55ff):

„Der Herr Reichsbischof hat eine Karfreitagsbotschaft erlassen. Eine Botschaft, die uns aufs tiefste erschüttert, weil sie die ungeheurte Gefahr verschleiert, in der sich die evangelische Kirche befindet. In der Gewissheit, dass Gottes Segen von der Kirche weichen muss, wenn gegenüber diesem Schreiben nicht die Wahrheit bezeugt wird, müssen wir den Mund auftun. Unser Gelübde, das wir als Diener des Wortes Gottes abgelegt haben, gebietet uns zu reden.

Der Herr Reichsbischof ruft uns in seinem Schreiben unter den Namen Gottes und das Kreuz Christi, und zugleich greift er uns vor der Öffentlichkeit an. Statt sich unmittelbar und allein an die Pfarrer zu wenden, geht er den Umweg über die breite Öffentlichkeit. So entsteht kein Bußruf, den wir Pfarrer ernst nehmen könnten. Denn solange der Name und das Wort Gottes zu menschlichen Zwecken missbraucht werden, statt allein der Ehre Gottes zu dienen und den Menschen zu Buße und Glauben zu rufen, müssen wir gegen solchen Missbrauch mit unserem Zeugnis aufstehen. Alle, die die Erscheinung unseres Herrn Jesu Christi liebhaben, mögen unser Zeugnis hören und prüfen:

1. Der Herr Reichsbischof schreibt: „Wir müssen um ein Verständnis der Sachlage miteinander ringen.“ Aber dieses offene Ringen ist uns ja gerade unmöglich gemacht. Der Reichsbischof und die Deutschen Christen dürfen jederzeit in der Öffentlichkeit reden – uns wird der Mund verboten. Wir haben darum gekämpft, aber unseren Kampf hat man als Auflehnung ausgelegt. – Darum haben wir die seit dem Sommer 1933 gebildeten Synoden als unkirchlich ablehnen müssen, weil in ihnen jegliches Ringen unterbunden wurde. Hatten auf ihnen die deutschen Christen die Mehrheit, dann wurde uns das Wort entzogen; hatten sie die Minderheit, dann ließen sie die Synoden auflösen.

2. Der Herr Reichsbischof ermahnt uns, wir sollten vor dem Kreuz Christi unsere Zunge zum Opfer bringen, das achte Gebot halten und niemanden mehr diffamieren. Zu gleicher Zeit lässt er (in Berlin und Dortund) ehrabschneidende Anwürfe gegen uns unwidersprochen; am gleichen Tage (24. März) setzt er uns in Dortmund vor der Öffentlichkeit herab und wirft uns in der Karfreitagsbotschaft „kirchenpolitisches Aufregungsbedürfnis“ und „Martyriumsbedürfnis“ vor. Ja, er unterstellt uns, wir wollten „fromm sein wie der Herr“, und merkt gar nicht, wie unchristlich und unkirchlich er damit redet.

In der Botschaft heißt es, ein männlicher Pfarrerstand suche das Unrecht zunächst bei sich selbst. Richtig, aber warum fehlt dann im Schreiben des Reichsbischofs jedes Wort von der Verwüstung der Kirche durch seinen Ämterraub vom Sommer 1933, von seinen Verfassungsbrüchen und seiner unevangelischen Diktatur? Solange der Bußruf nicht den Herrn Bischof selbst und seine Freunde einschließt, bleibt er ein von uns abprallendes Scheltwort.

Der Herr Reichsbischof sagt, das neue Geistliche Ministerium sei „bestürmt worden, als erstes eine Amnestie zu erlassen". Wir wissen nicht, wer das Geistliche Ministerium bestürmt hat; die zu Unrecht disziplinierten Pfarrer waren es jedenfalls nicht. Wie könnten verantwortliche Diener unserer Kirche, die die Sache des Bekenntnisses führen, eine Amnestie für sich fordern? Sie würden damit den Gewaltinhabern Recht geben, anstatt von ihnen die Wiedergutmachung des Unrechts zu verlangen? Eine Amnnestie, die mit echter Vergebung so wenig zu tun hat, dass zugleich restlose Unterwerfung zur Bedingung gemacht wird, weisen wir weit von uns. Wir sind guten Muts, dass Gott uns zu seiner Zeit rechtfertigen wird.

3. Der Herr Reichsbischof sieht einen Teil der Schuld an der kirchlichen Verwirrung in den „sehr robusten Methoden der nationalsozialistischen Männerwelt". Es handelt sich aber nicht um die Methoden der nationalsozialistischen Männerwelt; denn die politische Bewegung ist keine kirchliche und hält sich ihrem Wesen gemäß von jedem Einbruch in die Kirche fern. Es sind vielmehr die Deutschen Christen, die sich hinter der Partei verstecken, und der Herr Reichsbischof als ihr ehemaliger Schirmherr und heutiger Beschützer, der mit weltlicher Gewalt das Kirchenbundesamt besetzt, die Pfarrer in Massen aus ihrem Amt entfernt und die Herrschaft der unkirchlichen Methoden in der Kirche begründet, geduldet und zum Gesetz erhoben hat. Ist der Pharisäismus auf unserer Seite, wenn wir diese Dinge bei Namen nennen und in „schonungsloser Sachlichkeit" darüber wachen, dass in der Kirche alles ehrbar und ordentlich zugehe? Ist es „kleinbürgerliche Zaghaftigkeit", wenn wir die Reformation der Kirche allein vom Evangelium her erwarten, statt zu weltlichen Mitteln unsere Zuflucht zu nehmen?

4. Der Herr Reichsbischof ermahnt uns, „den Blick stur auf die eigene Gemeinde zu richten". Wir bekennen mit Ernst, dass uns der Dienst an der Gemeinde ganz in Anspruch nimmt. Unsere Gemeinden sind es aber, die von ihren Pfarrern das Zeugnis verlangen und verlangen müssen, dass sie ihnen auch zu dem bekenntniswidrigen Handeln des Kirchenregiments von Evangelium her das weisende Wort sagen. Sogar beim Krankenbesuch begegnet uns die schwere Sorge um die Kirche.

Jeder klare und zielbewusste Aufbau der Einzelgemeinde wird unmöglich, weil die Kirchenleitung den Deutschen Christen und ihren gemeindeauflösenden Methoden Vorschub leistet. Die Gemeinden machen

sich auf, weil sie die Bespitzelung und Maßregelung ihrer Hirten und Lehrer nicht mehr ertragen. Denn sie sehen im kirchlichen Kampf mehr als einen Streit der Pfarrer. Sie selbst sind zum Bekennen aufgerufen durch die in die Kirche eingedrungenen Irrlehren und Gewaltmethoden. Es ist unsere große Freude in dieser kämpferischen Zeit, dass evangelische Gemeinden sich zusammengefunden haben zu freien Synoden. Dass uns dies hat Gott erleben lassen, ist uns eine lebendige Erfahrung seiner Gnade.

5. Der Herr Reichsbischof schreibt, es gehe in unserem Kampf nicht um das Bekenntnis, sondern um die Ordnung. Aber was die Ordnung in der Kirche zerstört, ist allein das fremde Evangelium, das der Reichsbischof verkündigen lässt und für das seine eigene, jüngst an die Gemeinden ergangene Osterbotschaft ein erschütterndes Beispiel ist. Nach ihr soll die Gemeinde die Lebensnot des Menschen als „Karfreitagsnot", das „Frühlingswunder der Natur" als „heilige Osterbotschaft", die Volkswende unserer Tage als österliches Geschehen ansehen. Nach Bibel und Bekenntnis aber ist die Karfreitagsnot die Not Gottes um die Sünde der Welt, ist Ostern die Durchbrechung des Todesgesetzes, ist allein der Gekreuzigte und Auferstandene die Rettung vom Zorne Gottes und vom ewigen Gericht.

Daher will die Gemeinde Jesu Christi von allem toten Liberalismus endlich befreit sein. Sie verlangt die alleinige Geltung der Heiligen Schrift und die lautere Verkündigung des Evangeliums. Weil wir an diesem entscheidenden Punkte uns von allem geschieden wissen, was der Herr Reichsbischof und seine Freunde lehren, darum können wir nicht zusammenkommen, darum ist noch immer Krieg in der Kirche, darum kommt es zum Widerstand der Pfarrer und Presbyterien, darum wird unser Kampf von dem Herrn Reichsbischof fortdauernd missdeutet.

So ermahnn wir denn unsere Brüder und Schwestern, sich mit in die Reihe derer zu stellen, die vom Gericht Gottes und von der Erlösung durch Jesus Christus wissen. Dann werden wir auch einmal wieder Kirche haben, die ihre Gestalt aus dem Belenntnis findet, Kirche, die uns allen lieb ist und werter als das eigene Leben. Laßt uns in der Zuversicht auf die Hilfe des heiligen Geistes getreue Zeugen Jesu Christi in unserem Volke sein!

Dortmund, 5. April 1934."

Erste Kundgebung des Bruderrates der Westfälischen Bekenntnissynode zu Bildungen eigener Presbyterien und Synoden (Schmidt II 45f)

28. März 1934:

Rundschreiben Nr. 12 des Pfarrernotbundes (WNP 197 ff)

Brief von Meiser an seine Pfarrer (Stoll III, 33 ff)

31. März 1934:

Rundschreiben von Meiser an seine Pfarrer (Stoll III, 33 ff)

März bis Juni 1934:

Schriftwechsel über das Uniformverbot für konfessionelle Jugendverbände (Nic II, 88 ff)

April 1933:

Diakone des Stephanstiftes Hannover als Wachmänner in einem Emslandlager

Walter Schönfelder: „Staat und Weltanschauung“ (GB 1934, 51 ff)

2. April 1934:

Abschiedsbrief von Freiherr von Pechmann an den Reichsbischof (Schmidt 2, 58f):

„…Nun habe ich zwar, Sie wissen es ja, seit April vorigen Jahres oft und oft protestiert: gegen die Vergewaltigung der Kirche, gegen ihren Mangel an Widerstandskraft, auch gegen ihr Schweigen zu viel Unrecht und zu all dem Jammer und Herzeleid, das man, aus einem Extrem ins andere fallend, in ungezählte „nichtarische“ Herzen und Häuser, christliche und jüdische, getragen hat. Aber ich habe bisher nur in Wort und Schrift protestiert, und immer ganz vergeblich. Es ist Zeit, einen Schritt weiterzugehen, d. h. durch den Austritt aus einer Kirche zu protestieren, die aufhört, Kirche zu sein, wenn sie nicht ablässt, die auch von Ihnen wieder proklamierte „Einheit zwischen Nationalsozialismus und Kirche“ zu einem integrierenden Bestandteil ihres Wesens, zur Richtschnur ihrer Verwaltung zu machen; wenn sie nicht ablässt sich einem Totalitätsanspruch zu unterwerfen, in dem ich schon an sich, vollends aber in seiner Anwendung auf Glauben und Kirche, nichts anderes zu erkennen vermag als einen Rückfall in vor- und widerchristlichen Absolutismus: Matth. 22, 21, Mark. 12, 27, Luk. 20, 25!

Solange als irgend möglich habe ich diesen Schritt hinausgeschoben, von dem ich nicht zu sagen brauche, was er mich kostet. Nun aber kann und darf ich nicht mehr zögern. Ich bitte Sie, die Erklärung meines Austritts aus der Deutschen Evangelischen Kirche hiermit engegenzunehmen.

Verehrungsvollst bleibe ich, hochwürdigster Herr Reichsbischof, Ihr sehr ergebener

gez. D. Wilhelm Frhr. v. Pechmann, verfassungsmäßiger Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages 1924-1930.“

6. April 1934:

Anweisung der Ev. Kirchenkanzlei, Briefe mit „Heil Hitler“ zu unterzeichnen (GB 168)

Beschwerde von Gauleiter Rövers über einen Hirtenbrief von Galens

(Nic II, 93f)

7. April 1934:

Brief von Bonhoeffer an Henriod (Boyens 327f):

„… Ich hätte ja sehr gern mit Ihnen über die Lage gesprochen, da ich die Langsamkeit des ökumenischen Hamdelns allmählich nicht mehr für verantwortlich halte. Man muss sich eben einmal entscheiden und kann nicht ewig auf ein Zeichen vom Himmel warten, das einem plötzlich die Lösung der Schwierigkeit in den Schoß fallen lässt. Auch die Ökumene muss sich entscheiden und ist dabei dem allgemein menschlichen Schicksal des Irrens unterworfen. Aber aus lauter Angst vor Irrtum überhaupt nicht zum Handeln zu kommen und zur Stellungnahme, wo andere – nämlich die Brüder in Deutschland unendlich schwer Entscheidungen täglich neu zu fällen haben,- scheint mir fast gegen die Liebe zu gehen. Verzögerte oder verpasste Entscheidungen können sündiger sein als falsche Entscheidungen, die aus dem Glauben und aus der Liebe kommen. „Erlaube mir, dass ich zuvor hingehe…“ heißt es im Evangelium, oh, wie oft schützen wir das vor! – und gerade hier heißt es Jetzt oder Nie. „Zu spät“ heißt „Nie“. Wenn nicht die Ökumene das jetzt nicht begreift, und wenn da nicht ein paar „Stürmer sind, die das Himmelreich an sich reißen“ Mtth 11, 12, dann ist die Ökumne nicht mehr Kirche, sondern ein nichtsnutziger Verein, in dem schöne Reden gehalten werden. „Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht“, glauben heißt aber sich entscheiden. Und in welcher Richtung die Entscheidung zu gehen hat, kann denn darüber überhaupt noch ein Zweifel sein?
Bekenntnis – heißt es heute in Deutschland, Bekenntnis heißt es heute auch für die Ökumene.Weg mit der Angst vor diesem Wort – die Sache Christi ist auf dem Spiel, wollen wir schlafend gefunden werden?
Ich schreibe das an Sie, weil ich aus Ihrem letzten Brief an mich ähnliche Töne vernommen zu haben glaube. Und wenn alle die „Weisen“ und Alten und Mächtigen hier nicht mitwollen und zurückscheuen aus vielerlei

Bedenken – dann greifen Sie an, gehen Sie vorwärts, lassen Sie sich nicht aufhalten und irremachen; wir wissen ja wirklich, was hier recht und unrecht ist - wenn wir nur ganz aufrichtig sind mit uns selbst – es muss einer vorangehen unerschrocken und furchtlos –seien Sie es! Es geht hier wirklich um mehr als um Personen und Organisationsschwierigkeiten – Christus sieht auf uns herab und fragt, ob da noch einer sei, der ihn bekenne. – Ich glaube gewiß sein zu dürfen, dass wir in dieser Schau der Dinge zusammenstehen.“

9. April 1934:

„Erklärung zur kirchlichen Lage“ durch den DC-Provinzialrat im Rheinland (GB 1934, 169)

9. – 19. April 1934:

Verhandlungen zur Auslegung des Reichskonkordats in Rom (Nic II, 96 ff)

11. April 1934:

Treffen des „Nürnberger Ausschusses“: Beginn des organisatorischen Aufbaus einer „Bekennenden Kirche“ mit einem Bruderrat für die DEK

12. April 1934:

August Jäger wird im Geistlichen Ministerium mit der Aufgabe der Gleichschaltung der Landeskirchen betraut (Nic II, 108 ff):

„… Das Ziel dieser Arbeit ist es, unter voller Wahrung des Bekenntnisstandes und des Glaubensgutes unserer Kirche, wie es in den einzelnen Gauen Ausprägung gefunden hat, unter Berücksichtigung auch des geschichtlkich gewordenen kirchlichen Eigenlebens, die angebahnte rechtliche Einheit in der Deutschen Evangelischen Kirche zu vollenden.“

Botschaft des Reichsbischofs und des Geistlichen Ministeriums (KJ 62):

„Mit dem nationalsozialistischen Aufbruch im deutschen Volke, das zu den Urquellen seines Lebens zurückgefunden hat, ist auch die Evangelische Kirche in Bewegung geraten. Die das Volk bewegenden Fragen sind als Forderungen an die Kirche gedrungen.

Im Zuge der Entwicklung entstand in der EvangelischenKirche harter Streit. Neben dem Kampf um geistliche Dinge brach bei der äußeren Umformung

der Kirche ein Kampf um äußere Ordnung, um Disziplin und Führung aus. Unglücklicherweise wurden diese verschiedenen Auseinandersetzungen vielfach miteinander verquickt. Der Streit um geistliche Dinge wurde auch mit kirchenpolitischen Machtmitteln und der Kampf um die äußere Ordnung mit geistlichen Argumenten ausgefochten.
Geistliches Ringen folgt eigenen inneren Gesetzen. Mit äußeren Mitteln soll und kann es nicht entschieden werden. Aber eine feste äußere Ordnung hilft, dass um unseren Glauben wirklich nur geistlich gerungen wird. Darum ist es notwendig, unter Vermeidung von Glaubensstreitigkeiten zunächstt die äußere Ordnung der Deutschen Evangelischen Kirche zu festigen und auszubauen.
Zur Inangriffnahme dieser Aufgabe hat der Reichsbischof unter Zustimmung des Geistlichen Ministeriums den Ministerialdirektor und Leiter der evangelischen Angelegenheiten Jäger im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung unter seinem Verbleiben in dieser staatlichen Dienststelle als rechtskundiges Glied in das Geistliche Ministerium berufen.
Es wird die verantwortliche Aufgabe des rechtskundigen Mitgliedes im Geistlichen Ministerium sein, in Fortführung des Verfassungswerkes des Jahres 1933 die organisatorischen Fragen der Kirche der Lösung zuzuführen. Das Ziel dieser Arbeit ist es, unter voller Wahrung des Bekenntnisstandes und des Glaubensgutes unserer Kirche, wie es in den einzelnen Gauen Ausprägung gefunden hat, unter Berücksichtigung auch des geschichtlich gewordenen kirchlichen Eigenlebens, die angebahnte rechtliche Einheit in der Deutschen Evangelischen Kirche zu vollenden."

<u>13. April 1934:</u>

Kirchengesetz zur Befriedung der kirchlichen Lage:

„Das Geistliche Ministerium der Deutschen Evangelischen Kirche hat folgendes Kirchengesetz beschlossen:

§ 1: Die Verordnung des Reichsbischofs betreffend die Wiederherstellung geordneter Zustände in der Deutschen Evangelischen Kirche vom 4. Januar 1934 … wird außer Kraft gesetzt.

§ 2: Maßnahmen, die gegen kirchliche Amtsträger wegen ihres kirchenpolitischen Verhaltens eingeleitet sind, sind nicht durchzuführen.

Ausgenommen bleiben Verfahren mit staatspolitischem Einschlag. Ob ein solches Verfahren vorliegt, entscheidet das rechtskundige Mitglied des Geistlichen Ministeriums.

§ 3: Abgeschlossene Maßnahmen unterliegen der Nachprüfung des Reichsbischofs. Er bestimmt den Zeitpunkt der Nachprüfung und trifft die erforderlichen Durchführungsbestimmungen.."

Botschaft des Reichsbischofs zum kirchlichen Frieden

(Stoll III, 58f; Schmidt 2, 59f):

„Die wiederhergestellte Einheit in Volk und Staat verlangt auch nach geordneter Einheit im äußeren Leben der evangelischen Kirche. Bekenntnisstand und Glaubensgut unserer Kirche, die uns wichtigste Verantwortung sind, werden wir um so besser und treuer pflegen können, wenn organisatorisch in der Kirche Ordnung gehalten wird.
Nachdem auf der Grundlage der Neuregelung des Verhältnisses von Staat und evangelischer Kirche die Bahn zu weiterer aufbauender Arbeit frei gemacht ist, soll unter Trennendes in der Vergangenheit ein Strich gezogen werden. Es werden daher die schwebenden Verfahren, die aus kirchenpoolitischen Gründen anhängig gemacht worden sind, eingestellt werden, mit Ausnahme jedoch derjenigen Verfahren, die staatspolitischen Einschlag haben. Es wird auch in einer Überprüfung bereits abgeschlossener Verfahren eingetreten werden, sobald Ruhe und Frieden in der Kirche eingekehrt sind.
Wer ungeachtet des hierdurch bezeugten Willens zum Frieden dennoch in Auflehnung gegen die notwendige äußere Ordnung den Frieden stört, wird die volle Strenge des Gesetzes zu tragen haben.
Ich erwarte von den Amtsbrüdern und Beamten der Kirche volle Einfügung in die Gemeinschaft des Dienstes und ihre Vereinigung in berufsmäßiger Kameradschaft.
Alle willigen Kräfte rufe ich zur Mitarbeit auf. Ludwig Müller. Jäger.“

14. April 1934:

2 Erlasse des Reichsbischofs (DEW 108)

15. April 1934:

Eingriff von Müller in die Württembergische Kirche (GB 177 ff)
Ein Bericht (Stoll III, 49 ff)

Predigt von Wurm in der Stiftskirche Stuttgart mit anschließender Erklärung (Hermelink 83f)

Fühlungnahme zwischen dem ständigen Ausschuss des Landeskirchentags in Stuttgart mit bekenntniskirchlichen Führern aus Rheinland und Westfalen (Hermelink 84 ff)

16. April 1934:

Aide – Mémoire der Deutschen Reichsregierung (Friedrichs 2, 115f)

Runderlass des Reichsinnenministers zur Lage in der Ev. Kirche

(Nic II, 113)

Antwort des Bruderrats der Freien Evangelischen Synode in Berlin-Brandenburg auf die Botschaft des Reichsbischofs zum kirchlichen Frieden vom 13. April 1934 (Schmidt 2, 60 ff; Stoll III, 44 ff):

„Der Reichsbischof hat zum Frieden gerufen. Wollte Gott, wir könnten den harten Kampf um unsere evangelische Kirche in einem wahren und echten Frieden beschließen. Wir haben diesen Streit wahrlich nicht begonnen. Wir erhoffen und wir erbitten in all unserer Arbeit und inmitten des uns verordneten Kampfes nichts sehnlicher als die wirkliche Heilung und den wahren Frieden unserer armen zerrissenen evangelischen Kirche. Nach unserer Erkenntnis der Schrift und auf Grund unseres Verständnisses der reformatorischen Bekenntnisse unsrer Kirche können wir in dem Friedensvorwschlag des Reichsbischofs den Weg zum wahren Frieden unserer Kirche nicht erkennen. Die von dem Reichsbischof angestrebte Lösung verdeckt die eigentliche Schuld, Not und Gefahr der Kirche. Infolgedessen kann diese Lösung die Kirchenkrankheit nicht heilen, droht im Gegenteil die Krankheit nur zu verschlimmern. Unsere Hauptgründe sind folgende:

1. In der Friedensbotschaft des Reichsbischofs werden der Bekenntnisstand und die äußere Ordnung der Kirche in einer Weise getrennt, der wir grundsätzlich nicht zustimmen können. Christus ist der Herr im Himmel und auf Erden. Er regiert die unsichtbare und die sichtbare Kirche. Darum müssen auch Gestalt, Regiment und Ordnung der Kirche dem Regiment Jesu Christi unterworfen sein. Das geschieht, wenn die Gemeinden mit ihren Hirten und Ältesten dem Wort und der Weisung der Heiligen Schrift gehorchen.

2. Das gegenwärtige Kirchenregiment ist nicht auf dem Grunde der Schrift, sondern auf dem weltlichen Führerprinzip aufgebaut und gipfelt mit seiner bischöflichen Verfassung in der Alleinherrschaft des Reichsbischofs. Eine solche Diktatur, bei der die Gemeinde als eine verstummende Herde entmündigt wird, müssen wir als protestantische Christen verwerfen.

Ein Bischof hat nicht über die Kirche zu herrschen, sondern hat zu dienen. Er steht nicht über der Gemeinde, sondern auf eine Stufe mit seinen Brüdern im geistlichen Amt an der Gemeinde. Der rechte Hirtenstab, mit dem die Gemeinde geweidet und geleitet wird, ist allein das Wort der Heiligen Schrift,

auf das Hirten und Herde gemeinsam zu hören haben. Gerade die Gesetze des Reichsbischofs sind nicht aufgehoben, in denen er seine Diktatur über die Kirche ausgestaltet und behauptet hat, insbesonder die Verodnungen vom 26. Januar, vom 3. Februar und 2. März 1934 – obwohl das Landgericht Berlin in seinem Urteil vom 27. März 1934 ihre Rechtsungültigkeit festgestellt hat. Auch sitzen noch immer in leitenden Ämtern der Kirche und in den Gemeindekörperschaften Männer, die sich der Irrlehre und der unkirchlichen Metoden schuldig gemacht haben.

3. Das gegenwärtige Kirchenregiment verdankt seine Macht dem Irr- und Gewaltwege der „Deutschen Christen", deren Lehren und Methoden wir von Schrift und Bekenntnis her verwerfen. Die kirchliche Legitimität, das ist die Rechtmäßigkeit und Vollmacht eines solchen mit weltlichen Mitteln errungenen und diktatorisch behaupteten Kirchenregiments, können wir nach wie vor nicht anerkennen.

4. Darum müssen wir – in Übereinstimmung mit dem Bekenntnis und den Beschlüssen der freien Evangelischen Synode in Berlin-Brandenburg vom 7. März 1934 –auf einer radikalen Revision der Kirchenrevolution von 1933 bestehen. Unter diese ganze Kirchenrevolution muss ein Strich gezogen werden. Sie hat nicht im Gehorsam gegen die Heilige Schrift begonnen. Sie stand von Anfang an im Zeichen von Irrlehre und Gewalt. Ein falscher Weg wird dadurch nicht richtig, dass man ihn weitergeht. Die äußere organisatorische Einheit, die auf diesem Wege erreicht wurde, erwies sich als eine allzu dünne Decke über einer furchtbaren inneren Spaltung und Zerrissenheit.

Die wahre Einheit der Kirche muss von innen her erwachsen, in einem neuen gemeinsamen Gehorsam allein unter das Wort der Heiligen Schrift. Jeder wahrhaft neue Weg der Kirche beginnt mit der Buße. Amt und Gemeinde müssen daher die volle Freiheit haben, im gemeinsamen Hören auf Wort und Weisung der Schrift das Regiment und die Ordnung der Kirche dem Wesen der Kirche gemäß zu gestalten. Weg und Richtung sind uns dabei gewiesen durch die freien Bekenntnissynoden und ihre aus Geistlichen und Laien zusammengesetzten Bruderräte.

5. Die Freiheit des geistlichen Amtes in seiner alleinigen Bindung an das Wort der Schrift ist ohne Einschränkung wiederherzustellen. Alle gewaltsamen Eingriffe (Suspensionen, Versetzungen, Zwangspensionierungen, Absetzungen, Beurlaubungen) sind rückgängig zu machen und zwar nicht nur die noch schwebenden, sondern auch die abgeschlossenen Verfahren. Die Entscheidung über den staatspolitischen Einschlag eines Verfahrens kann nimmermehr in den Händen eines einzelnen Mitgliedes der Kirchenregierung liegen. Derartige Entscheidungen sind überhaupt nicht Sache der Kirche, sondern Amt des Staates. Findet er

wirklich berechtigten Grund zum Eingreifen, so wird er nach seinem Gesetz richten.

6. Das Wesen des geistlichen Amtes sehen wir auch in dem angedeuteten Plan verkannt, die Pfarrer in eine Berufskameradschaft einzugliedern, deren Vorbild offenkundig bei der ständischen Organsation der Beamtenschaft liegt. Die Zusammengehörigkeit der Diener am Wort findet ihre kirchliche Gestalt nicht in einer Berufsfachschaft, sondern in einer auf bekenntnismäßiger Einmütigkeit beruhenden Bruderschaft am Wort und in Hirtensynoden, auf denen die Träger des geistlichen Amtes in der Wachsamkeit über der reinen Lehre der Kirche brüderlich zusammenstehen.

Ginge es uns in alledem um die Sicherung von Amt und Existenz, dann können wir uns in die von dem Reichsbischof verordnete Friedenslösung leicht und schnell fügen. Weil aber nicht die Pfarrernot, sondern die Kirchennot unser Bekenntnis und unsern Widerstand forderte, können wir von dem uns vorgeschriebenen Wege nicht einen Schritt weichen. Wir würden unsere Kirche preisgeben und würden auch unserm Volk den schlechtesten und verhängnisvollsten Dient erweisen, wenn wir in eine falsche und scheibare Heilung der Kirchenwunde willigten – die der Herr der Kirche auf seine Weise und zu seiner Zeit heilen wird.

Den Vorwurf, dass wir Friedensstörer wären, sowie die Drohung mit der Strenge des Gesetzes, die auch in diesem Friedensangebot des Reichsbischofs nicht fehlt, dürfen wir nicht fürchten und fürchten wir nicht. Man tue uns dies und das – wir Prediger und Älteste kennen in Gemeinschaft mit den bekenntnistreuen Gemeindegliedern, die in dieser Sache mit uns zusammenstehen, nur eine Sorge: „Weise uns, Herr, Deinen Weg, dass wir wandeln in Deiner Wahrheit, erhalte unser Herz bei dem einigen, dass wir Deinen Namen fürchten."

16./24. April 1934:

Schriftwechsel über den geplanten Besuch des Reichsbischofs im Saarland (Nic II, 114 ff)

18./19. April 1934:

Erster reformierter Kirchenkonvent in Osnabrück (GB 187)

19. April 1934:

Verordnung des Reichsbischofs zur Neuregelung der Verwaltung der DEK (KJ 64; Stoll III, 59)

20. April 1934:

Ernennung Himmlers zum Chef des Geheimen Polizeiamtes in Preußen

22. April 1934:

Bekenntnistag in Ulm: Die „Ulmer Erklärung“ als Gründungsurkunde der Bekennenden Kirche der DEK (Schmidt 2, 62f; KJ 65f; Stoll III, 52f):

„Im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes!

Wir versammelten Vertreter der württembergischen und bayrischen Landeskirchen, der freien Synoden im Rheinland, in Westfalen und Brandenburg, sowie vieler bekennender Gemeinden und Christen in ganz Deutschland erklären als rechtmäßge evangelische Kirche Deutschlands vor dieser Gemeinde und der gesamten Christenheit:

Auf uns lastet die schwere Sorge um die deutsche Evangelische Kirche. Zwar hat die Reichskirchenregierung in ihren neuesten Verordnungen und Gesetzen vom Frieden geredet. Ihre Taten stehen zu diesen Erklärungen im Widerspruch. Sie offenbaren, dass dieser „Friedenswille“ nicht aus Gottes Wort und Geist geboren ist.

Man kann nicht Frieden verkündigen und unmittelbar darnach einer bekenntnismäßig gebundenen Landeskirche wie der württembergischen Gewalt antun. Das aber ist geschehen durch das Kirchengesetz des Reichsbischofs, das im Widerspruch zu der Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche den Zusammentritt des württembergischen Landeskirchentages verhindert hat.

Um der dauernden Gefährdung des Bekenntnisses und der Kirche willen, auch um der Wahrhaftigkeit willen stellen wir uns der Christenheit und Allen, die es hören wollen, dar als eine Einheit, die durch die Kraft Gottes treu zum Bekenntnis zu stehen gedenkt, obschon wir damit rechnen müssen, dass uns dadurch viel Not erwachsen wird. Wir versammelten Kirchenführer, Vertreter freier Synoden und Christen in deutschen Gauen sind aber in Gottes Wort getrost und freudig, alles auf uns zu nehmen, was Gott uns auferlegt, - komme, was da wolle, - damit das Kreuz Christi wirklich das Leben der Kirche beherrsche. Daran werden wir uns auch nicht hindern lassen, wenn weiterhin die ganze deutsche Öffentlichkeit so irregeleitet werden sollte, wie neuerdings über die kirchlichen Zustände in Württemberg. Entgegen der Darstellung der Reichskirchenregierung stellen wir fest, dass von einem schweren kirchenpolitischen Zwist in der württembergischen Landeskirche nicht die Rede sein konnte. Auch was sonst über den Besuch des Reichsbischofs in Württemberg gesagt worden ist, entspricht nicht den Tatsachen. Der Reichsbischof hat den württembergischen Landesbischof weder gesehen noch gesprochen. Wir gedenken mit Gottes Hilfe der Anwendung von Gewalt und

übler Nachrede das Wort Gottes und das Bekentnis unserer Kirche in Wort und Tat entgegenzusetzen, in der gewissen Zuversicht, dass Gott seine Sache nicht verlassen wird.

Die unausgesprochene Absicht der Reichskirchenregiertung bei der Verordnung zur Wiederherstellung des kirchlichen Friedens in Württemberg war offenbar nicht die Herbeiführung des wahren Friedens innerhalb der Reichskirche, sondern die gewaltsame Niederkämpfung eines der letzten Bollwerke der Bekenntniskirche in Deutschland. Wir bezeugen: Die deutsche Evangelische Kirche muss den Segen Gottes verlieren, wenn sie so der Unwahrheit Raum gibt. Sie muss in Unordnung versinken, wenn in dieser Weise die oberste Kirchenleitung selbst die Würde und Autorität des Leiters einer Landeskirche untergräbt und die Gemeinden geistlich und rechtlich entmündigt.

Darum rufen wir auch alle Gemeinden, Ältesten und Kirchengemeinderäte, Kirchenvorsteher und Pfarrer auf, mit uns zusammenzustehen gegen solche Gefährdung der Kirche. Aller Verschleierung zum Trotz bezeugen wir: Das Bekenntnis ist in der Deutschen Evangelischen Kirche in Gefahr! Das geistliche Amt wird seines Ansehens durch die Deutschen Christen und ihre Duldung durch die oberste Kirchenbehörde beraubt. Das Handeln der Reichskirchenregierung hat seit langer Zeit keine Rechtsgrundlage mehr. Es geschieht Gewalt und Unrecht, gegen welche alle wahren Christen beten und das Wort bezeugen müssen. Als eine Gemeinschaft entschlossener, dem Herrn Christus gehorsamer Kämpfer bitten wir Gott, den Allmächtigen, er möge allen Christen die Augen auftun, dass sie die Gefahr sehen, welche unserer teuren Kirche droht. Er möge uns nicht wanken lassen, dass wir zu seiner Ehre und in seinem Dienst fest bleiben, auch alles tun, was er von uns an Treue und Gefolgschaft gegen Volk und Staat verlangt. Pfarrer und Gemeinden der württembergischen Landeskirche, schart euch um euren Landesbischof!

Ihr Christen deutscher Zunge, steht mit uns allen zusammen, fest gegründet auf Gottes Wort, unverrückt im Gebet, freudig im Glauben und in der Liebe! Dann wird von diesem Tage Segen kommen auf unsere Kirche und unser ganzes Volk! Das walte Gott!“

Kanzelansprache von Wurm (Hermelink 86f)

<u>23. April 1934:</u>

Besprechung zwischen Vertretern nord- und mitteldeutscher Landeskirchen und Jäger (Nic II, 110 ff)

24. April 1934:

Gesetz zur Veränderung von Vorschriften des Strafrechtes und des Strafverfahrens (Friedrichs 2, 349 ff)

25. April 1934:

Rede von Goebbels gegen jeden Konfessionalismus in Düsseldorf

(Nic II, 116):

„… Wenn heute wieder das Zentrum den neuen Staat zu sabotieren versucht, so sollen die hohen Herren doch nicht glauben, dass sie unserem Scharfsinn entgehen, wenn sie sich heute die trügerische Maske einer heuchlerischen Frömmigkeit umbinden; sie sind erkannt. Das Volk hat ferner für die Kämpfe, die sich innerhalb der protestantischen Kirche abspielen, in dieser ernsten Notzeit kein Verständnis. Das Volk würde viel eher verstehen, wenn die Kirche sich mit dem wahren Christentum beschäftigt und wenn die Kirche von tiefer Dankbarkeit dafür erfüllt wäre, dass der Nationalsozialismus sie vor dem Ansturm der Gottlosen und des Bolschewismus bewahrt hat. Der Nationalsozialismus steht auf dem Boden positiven Christentums; aber er duldet keinen Gewissenszw ang, sondern er handelt nach alten preußischen Traditionen, dass jeder nach seiner Fasson selig werden soll. Das Volk ist des Streites müde; es will sich christlich betätigen, aber nicht gegen den Staat, sondern für den Staat. Eine Regierung, die 320 Millionen Mark in einem Winter für die Ärmsten des Volkes ausgegeben hat, hat es nicht nötig, ihre christliche Gesinnung unter Beweis zu stellen. Diese Regierung darf es nicht zulassen, nachdem der Klassenkampf überwunden ist, dass das deutsche Volk in einen Konfessionskrieg geführt wird. Wir lassen die Kirche in Ruhe, aber die Kirche soll uns auch in Ruhe lassen…“

26. April 1934:

Einführung des Hessischen DC-Bischofs Ernst Ludwig Dietrich in Wiesbaden durch andere DC-Bischöfe (GB 1934, 186, 188)

27. April 1934:

Rede von Außenminister von Neurath vor der Presse (Friedrichs 2, 116 ff)

Aufruf von Hierl zum 1. Mai (ebd.2, 298)

45 Massenversammlungen in Stuttgart: „Für den Sozialismus der Tat – gegen die Reaktion in allen Lagern“, Rede des stellvertr. Gauleiters und DC-Synodalen Friedrich Schmidt (GB 182f)

Erklärung von Wurm gegen Schmidt (ebd. 182f)

28. April 1934:

Rede von Alfred Rosenberg in Königsberg vor dem Kampfbund für Deutsche Kultur (GB 188)

Verbot der Doppelmitgliedschaft in konfessionellen Berufsverbänden und in der deutschen Arbeitsfront (Nic II, 120 ff)

29. April 1934:

Bericht über eine Rede von Alfred Rosenberg in Königsberg über Rolle der Konfessionen (Nic II, 125):

„…Weiter sprach Pg. Rosenberg vom positiven Christentum. Bestimmt sei es positiveres Christentum, drei Millionen Menschen Arbeit gegeben zu haben als sieben Millionen arbeitslos beschert zu haben. Scharf wandte er sich gegen Polemiken, die protestantischerseits jetzt gegen die an sich tote Götterwelt germanischen Urpsrungs geführt werden. Die Götterwelt ist tot, aber die Geisteshaltung, die in ihr enthalten ist, ist uns als lebendiges Gut überkommen, sie heißt: Ehre, Treue, Kampfesmut. Und wenn es heute protestantischerseits für richtig gehalten wird, über diese Vorstellungen herzufallen, so werden wir Mittel und Wege finden, um auch das abzustellen... Wir kämpfen nicht mehr um Dogmen, dieser Kampf ist zu Ende, ein neuer Kampf der Charakterwerte hat begonnen…“

Gemeinsame Tagung der Westfälischen Bekenntnissynode und der Freien Evangelischen

Synode im Reinland (Schmidt 2, 63 ff; Stoll III, 64f; Sonderdruck über die Tagung, Essen 1934)

Eröffnungsrede von Koch (DEW 124 ff)
Beschlüsse von Dortmund (ebd. 126 ff)

30. April 1934:

Aufruf des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zum 1. Mai (Friedrichs 2, 205) – Aufruf von Rudolf Hess

Bericht des deutschen Botschafters von Hoesch in London über den Besuch von Bischof Bell (Boyens 328f)

Brief von Wurm an die Gauleitung der NSDAP (DEW 133f)

April/Mai 1934:

Verbot der Katholischen Jugendorganisationen in Schweinfurt (Nic II, 117 ff)

1. Mai 1934:

Schaffung eines Reichskulturministeriums unter Bernhard Rust, *die kirchlichen Angelegenheiten unterstehen dem Innenministerium (GB 190)*

2. Mai 1934:

Berliner Erklärung der Bekenntnisgemeinschaft der DEK

(Stoll III, 53f; Schmidt 2, 69):

„I. Der Streit, der seit langem die Deutsche Evangelische Kirche erschüttert, schadet der Volksgemeinschaft. Das Kirchegesetz zur Befriedung der kirchlichen Lage vom 13. April 1934 hat die Spannung nicht beseitigt, sondern verschärft.

II. Ein Ausgleich der Gegensätze zwischen Deutschen Christen und der Bekenntniskirche ist nicht möglich. Es stehen sich hier gegenüberr eine in ihrem Denken und Handeln unkirchliche Machtbewegung und der Wille, Kirche aus ihrem Wesen heraus zu erneuern.

III. Die derzeitige Reichskirchenregierung hindert durch ihr Handeln den Frieden, da sie

1. ***sich nicht auf Vertrauen, sondern auf Gewalt stützt;***
2. ***an die Stelle von Recht Willkür setzt;***
3. ***das Bekenntnis nicht behütet, sondern verletzt;***
4. ***die bekennende Kirche, nicht die Feinde der Kirche bekämpft.***

IV. Zur Herbeiführung des Friedens ist notwendig:

1. ***Die Verfassung der deutschen Evangelischen Kirche muss wiederherstellt werden. Einer Weiterentwicklung der Verfassung auf legalem Wege soll nicht grundsätzlich widerstrebt werden.***
2. ***Die von maßgebender Seite als rechtswidrig festgestellten Verordnungen und Gesetze des Reichsbischofs und der Reichskirchenregierung müssen zurückgenommen werden.***

3. ***Sämtliche Maßregelungen müssen wieder gut gemacht werden. Ob ein „Verfahren mit staatspolitischem Einschlag“ vorliegt, hat der Staat zu entscheiden.***
4. ***Der grundsätzliche Entschluss, dass der Staat und die Partei in die kirchlichen Auseinandersetzungen nicht eingreifen, muss streng durchgeführt werden.“***

Beschluss, eine reichsdeutsche Bekenntnissynode abzuhalten. Bildung eines Theologenausschusses mit Karl Barth, Thomas Breit und Hans Asmussen

Aufzeichnung von Erzbischof Eidem über seinen Besuch bei Hitler

(Nic II, 126 ff)

4. Mai 1934:

Rundschreiben Nr. 13 des Pfarrernotbundes (WNP 199 ff)

Beschluss der Brandenburgischen Provinzialsynode (Schmidt 2, 70):

„Getragen von dem Bewusstsein der hohen Verantwortung gegenüber dem durch Adolf Hitler geeinten deutschen Volk bekennt sich die Syode erneut zur einigen deutschen Kirche des Evangeliums vom lebendigen Christus. In Dankbarkeit gegen die göttliche Vorsehung erkennt sie im nationalsozialistischen Staat ein Werkzeug des Allmächtigen, um durch das Prinzip der Freiheit und Ordnung vor aller Welt sichtbar völkisches Leben zu garantieren. Die brandenburgische Provinzialsynode ist es allen nationalsozialistisch denkenden Volksgenossen und Kirchengliedern der Mark schuldig, über die Ordnung in den Gemeinden und in der Kirche zu wachen. Sie verurteilt das ordnungswidrige Verhalten von Geistlichen und Nichtgeistlichen, die versucht haben, neben und gegen die gesetzlichen Vertretungen der Kirche und ihre Gesetze sogenannte freie Synoden in das kirchliche Leben des deutschen Volkes einzuschalten und dadurch die vom Führer mit Recht geforderte deutsche Einigkeit aufs schwerste zu gefährden. Evangelische Nationalsozialisten haben für derartige Willkürakte, die sich selbst bei weitherzigster Auslegung nicht mit evangelischer Gewissensfreiheit begründen lassen, kein Verständnis. Die brandenburgische Provinzialsynode hat im Bereich ihrer Verantwortung und Zuständigkeit den festen Willen, eine Kirche der Ordnung zu erhalten, und ruft daher alle, die es angeht, erneut auf, mit Selbstzucht und Treue diese Kirche im Dritten Reich zu bauen.“

6. Mai 1934:

Rede von Goebbels auf dem „Tag der Saar“ in Zweibrücken (Friedrichs 2, 123 ff)

Kundgebung der Bekenntnisgemeinschaft der Ev.-luth. Kirche in Sachsen (Stoll III, 65 ff; Schmidt 2, 70 ff)

Aufruf des Landesleiters der DC Württemberg Wilhelm Rehm (GB 183)

7. Mai 1934:

Kasseler Erklärung der Bekenntnisgemeinschaft der DEK (Stoll III, 54f; Schmidt 2, 72f; Meiser 274 ff):

„I. Wir haben wiederholt die derzeitige Reichskirchenregierung zur Abkehr von ihrem bekenntnis- und verfassungswidrigen Wege aufgefordert. Sie hat unseren aus ernster Sorge um Kirche und Volk kommenden Warnungen kein Gehör geschenkt, sondern hat weiterhin die Grundlage, auf der der verfassungsmäßige Zusammenschluss der deutschen evangelischen Landeskirchen erfolgt ist, und damit ihre eigene Autorität völlig zerstört. Deshalb sind wir gezwungen, dem jetzigen Reichskirchenregiment den Charakter einer wahrhaft evangelischen Kirchenleitung abzusprechen.
II. Wir wollen die einige, geistlich geleitete Deutsche Evangelische Kirche, klar und fest im Bekenntnis des Evangeliums, gehorsam dem Herrn der Kirche und darum auch treu im Dienst am Volk und Staat.
III. Wir lehnen es ab, uns zu unterwerfen: 1. einem ungesetzlichen Machtregiment, das sich auf Willkür, nicht auf die beschworene Verfasung gründet; 2. einer ungeistlichen Führung, die sich nicht an das Wort Gottes, sondern an menschliche Maßstäbe hält; 3. einer unevangelischen Bedrückung der Gewissen, die die freie Wortverkündigung zu hindern sucht.
IV. Wir wissen uns dafür verantwortlich, das Bekenntnis unserer Väter zu hüten und die Verfassung unserer Deutschen Evangelischen Kirche zu schützen. Dabei sehen wir uns getragen von der Hoffnung und dem Vertrauen aller derer, denen Bestand, Reinheit und Ansehen der Deutschen Evangelischen Kirche innerstes Anliegen ist. Wir wollen und dürfen die Kirche der Reformation nicht denen überlassen, die sie in ihrem Kern und Wesen ändern.
V. Wir erklären feierlich, dass wir bekenntnis- und verfassungswidrigen Anordnungen nicht Folge leisten werden. Wir, als die rechtmäßige Deutsche Evangelische Kirche, können diese Haltung nicht aufgeben, solange nicht

Gewähr dafür besteht, dass in der Deutschen Evangelischen Kirche ausschließlich auf der Grundlage der Verfassung und wahrhaft im Geiste des evangelischen Bekenntnisses gehandelt wird.
VI. Wir fordern alle evangelischen Christen und Gemeinden auf, sich in Gebet und Handeln hinter uns zu stellen. Wir bitten und ermahnen alle, die mit uns zu gehen gewillt sind, sich zu örtlichen Bekenntnisgemeinschaften, unter Verbleib in ihrer Kirche, zusammenzuschließen. Wenn uns die Zeit gekommen erscheint, werden wir zu einer gemeinsamen Kundgebung des Bekennens aufrufen. Gott segne unser Werk, das unternommen wird allein um Seiner Ehre willen."
(Koch, Wurm, Meiser, Niemöller, Beckmann, Lücking, Niesel, Jacobi, Link, Fiedler)

Vorläufige Bekenntnissynode für Pommern in Stettin (GB 1934, 191)

Bildung eines Bruderrates aus vier Pfarrern und Laien mit dem Laien-Vorsitzenden Reinhold von Thadden-Trieglaff

11. Mai 1934:

Rede von Goebbels im Berliner Sportpalast über „Staatsschädlinge"

(Nic II, 131):

„… Wenn die uns feindliche Reaktion nun versucht, den Kampf gegen den Nationalsozialismus auf dem Umweg über die Kirchen fortzusetzen, so werden wir auch das zu verhindern wissen, wenn es eine Gefahr für uns bedeutet. Nicht die Kirchen führen diesen Kampf gegen uns, sondern ganz kleine Klüngel. Man kämpft nicht aus religiösen, sondern aus politischen Motiven. Sie schimpfen uns Neuheiden, uns, die wir ihnen die Möglichkeit gesichert haben, überhaupt noch auf den Kanzeln zu stehen! Was hat das Zentrum gegen die Unsittlichkeit getan? Ich habe niemals gelesen, dass Kardinal Faulhaber seinerzeit Protest gegen die Entsittlichung des Volkes in Theater, Kino usw. eingelegt hätte.
Alle diese streitbaren Gottesmänner sind aufgefordert, mit mir zusammen einmal zu den Armen von Wedding und von Neukölln zu gehen. Wir stellen uns dann vor diese Armen und fragen sie, was sie für christlich halten: dass man im vergangenen Winter über Dogmen stritt, oder dass man diesen Armen Brot und Wärme gegeben hat. Diese streitbaren Gottesmänner sollen sich nicht darüber täuschen, wie das deutsche Volk über sie denkt. Das deutsche Volk ist des ewigen Streitens längst müde.
Wir werden das in Zukunft nicht mehr zulassen; denn nicht Gotteswort wird dort verkündigt, sondern das Wort des Zentrums, das dem deutschen

Volk auf dem Umweg über die Kanzeln vorgeredet werden soll. Was würden die kirchlichen Würdenträger sagen, wenn wir in ihrer Papstgeschichtew herumschnüffelten, wo dem Vernehmen nach auch nicht alles so gewesen sein soll, wie es dem christlichen Sittenkodex entspricht. Wir weisen das weit von uns. Ein Kirchenfürst soll über die Kirche, aber nicht über den Nationalsozialismus reden. Wenn die Kirche die tiefe Sehnsucht nach Frieden, die nach der nationalsozialistischen Revolution eintrat, nur mit Streit zu erweidern verstand, so darf sie sich nicht wundern, wenn diese Sehnsucht sehr bald wieder auf das Politische überschlägt. Der Nationalsozialismus hat die Gegensätze überwunden. Es kann deshalb weder eine katholische noich eine protestantische Presse geben. Wenn die Nation wieder in ihre alten Interessensphären zurückfallen wollte – weshalb hätten wir dann überhaupt eine Revolution zu machen brauchen?“

Zwölf Thesen der Kirchlichen Einheitsfront in Württemberg (Schmidt 2, 73f)

Auflösung des Kurmärkischen Kirchentages in Wannsee durch die Polizei (GB 1934, 191)

Wort der Westfälischen Bekenntnissynode an die Gemeinden

(GB 1934, 193; DEW 158f)

13. Mai 1934:

Wort des Schlesischen Kirchentages an die Gemeinden und Pfarrer

(Schmidt 2, 74 ff)

Kirchentag der Schlesischen Bekenntnisfront: Wort von Bischof Otto Zänker an die Schlesischen Gemeinden (ebd. 77 ff)

Bonner Thesen von Karl Barth (Nicolaisen, Weg 73)

15. Mai 1934:

Hannoversches Gutachten zur Eingliederung (Emanuel Hirsch u. a.)
(Schmidt 2, 83 ff)

Erklärung von Marahrens gegen die Erklärung (ebd. 85f)

Mitte Mai 1934:

Rund Dreiviertel aller evangelischen Deutschen in der Reichskirche gleichgeschaltet

15./16. Mai 1934:

Treffen des erweiterten Theologenausschusses (Karl Barth, Hans Asmussen, Thomas Breit) im Hospiz „Baseler Hof" in Frankfurt a. M.:

Beginn der Textgeschichte der Barmer Erklärung
(Mitschrift von Asmussen: Nicolaisen, Weg 74 ff)

17. Mai 1934:

Bericht des Bayrischen Landesbischofs an das Reichsinnenministerium

(Stoll III, 60 ff)

Brief von Asmussen an Koch (Nicolaisen, Weg 80f)

Nicht arische Ärzte oder Ärzte mit nicht arischen Ehepartnern verlieren die Zulassung zu den Krankenkassen, auch wenn sie Frontkämpfer waren (Walk 80f)

18. Mai 1934:
Gesetz über die Reichsfluchtsteuer. Die Freigrenze wird von 200.000 RM auf 50.000 RM herabgesetzt (Walk 81)

Erklärung der theologischen Fakultät Erlangen (Stoll III, 70f)

19. Mai 1934:

Erklärung der theologischen Fakultät Leipzig (Stoll III, 70)

Geheime Vorlage des Ministerialrats Conrad „zur kirchenpolitischen Lage auf katholischem Gebiet" (Nic II, 132 ff)

21. Mai 1934:

Brief von Hermann Sasse an Meiser (Nicolaisen, Weg 83 ff)

Brief von Althaus an Meiser (ebd. 86 ff)

22. Mai 1934:

Sitzung des „Nürnberger Ausschusses“ der DEK in Leipzig
(Mitschrift von Niemöller und Lücking: Nicolaisen, Weg 89 ff)

23. Mai 1934:

Theologische Lehrer zum „Bekenntnis und Verfassung in den evangelischen Kirchen“ (Stoll III, 71 ff)

Erklärung von 2000 Abgeordneten aus 560 hannoverschen Gemeinden gegen die Eingliederung der Landeskirche in die Reichskirche

(Stoll III, 68f; Schmidt 2, 86f; Klügel 34f)

Brief von Karl Barth an Hans Asmussen mit der Zustimmung des späteren Referates in Barmen (Nicolaisen, Weg 93)

Entwurf von Asmussen für eine spätere Synodalvorlage (ebd. 84f)

24. Mai 1934:

Einladung von Präses Koch zur Bekenntnissynode der DEK

25. Mai 1934:

Rundschreiben Nr. 14 des Pfarrernotbundes (WNP 203 ff)

Im Laufe der Jahre wurden 582 Pfarrer des Pfarrernotbundes gemaßregelt (Die Namen: WNP 88 ff)

26. Mai 1934:

Brief von Asmussen an Koch und Meiser (Nicolaisen, Weg 99f)

29. Mai 1934:

1. Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union in Barmen (Niesel 7 ff):

„Die am 29. Mai 1934 in Wuppertal-Barmen versammelte Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union ruft um der gegenwärtigen kirchlichen Not willen, in der unsere evangelische Kirche zusammenzubrechen und zu versinken droht, zum Zusammenschluss der bekennenden Kirche auf. Zu dieser bekennenden Kirche gehören alle evangelischen Christen im Bereich der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union, die gewillt sind, sich um Schrift und Bekenntnis zu sammeln und auf dieser unveräußerlichen Grundlage eine wahrhaft evangelische Gestalt der Kirche zu gewinnen.
Die Sammlung erfolgt innerhalb der LÖandeskirche und bedeutet keinen Kirchenaustritt; vielmehr erhebt die bekennende Kirche vor jedem christlichen Gewissen und vor aller Öffentlichkeit den Anspruch, dass sie allein die rechtmäßige Evangelische Kirche der altpreußischen Union ist, weil nur die die bekenntnismäßige Grundlage und eine daran zu bindende verfassungsmäßige Ordnung der Kirche festhält. Die bekennende Kirche sieht sich genötigt, sich zusammenzuschließen und sich eine eigene äußere Ordnung zu geben, weil sie sich dafür verantwortlich weiß, eine rechte kirchliche Versorgung ihrer Glieder mit Wort und Sakrament wieder herzustellen und zu sichern. Dafür gibt es heute keinen anderen Weg mehr als den, die bekennende Kirche innerhalb der Landeskirche selbständig zu sammeln und zu ordnen.

I. Der Aufbau der „Bekennenden Kirche der altpreußischehn Union“

Für diese Sammlung und Ordnung werden folgende Grundsätzr als vorläufiges Arbeitsprogramm aufgestellt und für die bekennende Kirche als verbindlich erklärt:

1. Der Aufbau der bekennenden Kirche muss mit dem Aufbau der „Bekenntnisgemeinde“ seinen Anfang nehmen.
Dazu müssen alle Gemeindeglieder aufgerufen werden, denen es ernst damit ist, dass sie sich zu Gottes Wort und zum Tisch des Herrn halten und ein christliches Leben führen wollen. Wer diesem Ruf Folge leistet, wird auf Grund einer schriftlich zu vollziehenden Verpflichtung durch den Gemeindebruderrat aufgenommen und und in die Gemeindeliste eingetragen. Der Gemeindebruderrat ist für die Leitung der Bekenntnisgemeinde verantwortlich und soll künftighin von den im kirchlichen Leben tätigen und bewährten Gliedern erwählt werden. Die Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union wird einheitliche Richtlinien für die Verpflichtung der Gemeindeglieder und für die Gemeindeliste sowie

einheitliche Grundsätze für die Aufnahme in die Bekenntnisgemeinde und für die Wahl des Gemeindebruderrates aufstellen und in Kraft setzen. Sie wird ferner Weisungen ergehen lassen, nach denen Sammlung, Pflege und Dienst der Bekenntnisgemeinde geschehen sollen.

2. Die „Bekenntnissynode des Kirchenkreises“ schließt die Bekenntnisgemeinden ihres Bezirks in sich zusammen und wird aus den Gemeindebruderräten der zugehörigen Bekenntnisgemeinden gebildet. Sie hat den Aufbau der Bekenntnisgemeinden in ihrem Bezirk, vor allem auch in kirchlich verwaisten und unkirchlich geleiteten Gemeinden zu fördern und dem gemeinsamen Dienst Anregung, Weisung und Ordnung zu geben. Ihre Leitung liegtbein einem Bruderrat, der aus seiner Mitte einen Synodalen Arbeitsausschuss für die laufenden Aufgaben bestellt. Das Nähere regelt eine von der Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altprußischen Union ergehende Ordnung.

3. Die Bekenntnisgemeinden einer Kirchenprovinz bilden in ihrer Gesamtheit die bekennende Kirche der Provinz. Sie findet ihre Vertretung in der „Bekenntniusynode der Provinz“, die aus den Bekenntnisgemeinden der Kirchenkreise gebilet wird. Ihr liegt es ob, für eine einheitliche Leitung und Haltung der bekenennden Kirche der Provinz zu sorgen und gemeinsame Aufgaben durchzuführen.

Sie soll sich der außeren und inneren Mission annehmen und sich für die Pflege des Pfarrerstandes und die Ausbildung des Pfarrernachwuchses vewrantwortlich wissen. Im Provinzialbruderrat sollen die einzelnen Gebiete der Provinz möglichst vertreten sein; auch aus seiner Mitte ist wiederum ein Arbeitsausschuss für die laufenden Aufgaben zu bilden. Für die verschiedenen Aufgabengebiete sind Ämter und Arbeitskreise zu schaffen. Nähere Anweisungen erlässt die Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union.

4. Die „Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union“ stellt die Vertretung der gesamtenb bekennenden Kirche im Gebiet der altpreußschen Provinzen dar. Siue allein vertritt die bekennende Kirche gegenüber den kirchlichen Behörden und allen Organen des staatlichen und öffentlichen Lebens. Sie regelt das Verhältnis der bekennenden Kirche in Altpreußen zu der Bekenntnisgemeinschaft der Deutschen Evangelischen Kirche und bestimmt die altpreußischen Mitglieder der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche. Für die bekennende Kirche der altpreußischen Union übernimmt sie sinngemäß die Aufgaben der Generalsynode und durch ihren Bruderrat diejenigen des Kirchensenats, während ein vom Bruderrat zu wählender Arbeitsauschuss von fünf Mitgliedern die ständige Leitung und Vertretung übernimmt. Das Nähere wird in einer von der Bekentnissynode zu erlassenden Geschäftsordnung geregelt.

5. Die bekennende Kirche erkennt ausdrücklich an, dass alle ihre Glieder vonihr ausreichende kirchliche Versorgung erwarten dürfen. Wo die kirchliche Versorgung heute Not leidet, indem der bekenenden gemeinde und

ihren rechtmäßigen Pfarrern die Benutzung der kirchlichen Räume unmöglich gemacht wird oder indem es an Predigern fehlt, die das Wort Gottes schrift- und bekenntnisgemäss verkünden, hat ihre Hilfe einzusetzen, die in der Errichtung von Predigtstätten und in der Bestellung von Pfarrern der bekenenenden Kirche besteht und solange aufrecht zu erhalten ist, bis der Notstand behoben ist.
Die hierfür und für den sonstigen Dioenst der bekennenden Kirche erforderlichen Mittel werden in der weise aufgebracht, dass von den Glieden der bekennenden Kirche eine freiwillige Selbstbesteuerung in Höhe von mindestsn 10 Prozent der in der Kirchengemeinde veranlagten Kirchensteuern durchgeführt wird. Das Aukommen ist an die Bekenntnissynode der Provinz abzuführen, die irerseits die Bekenntnisgemeinden, die Bekenntnissynoden der Kirchenkreise und die Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union mit den erforderlichen Mitteln zu versehen hat.
Die regelung der in den Gottesiensten der Bekenntnisgemeinden einzusammelnden Kollekten wird demnächst erfplgen; es soll aber schon jetzt darauf Bedacht genommen werden, dass in jedem Gottesdienst wie auch bei sonstigen Veranstaltungen regelmäßig für die Not der bekennenden Kirche gesammelt wird. Die Mitel sind, soweit sie nicht in der Gemeinde selbst benötigt werden, an den Provinzbrruderrat abzuführen.

II. Die Rechtslage der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union

I. Die Evangelische Kirche der altpreßischen Union begründet im Vorspruch ihrer Verfassungsurkunde vom 29. 9. 22 ihren Anspruch, die bestehende eavangelische Landeskirche der älteren Provinzen Preußens neu zu verfassen und nicht etwa eine neue Kirche zu gründen, darauf dass sie „getreu dem Erbe der Väter und dem in der Heiligsn Schrift gegebenen Evangelium von Jesus Christus, dem Sohn des lebendigen Gottes, dem für us Gekreuzigten und Auferstandenen, dem Herrn der Kirche“ steht und die fortdauernde Geltung ihrer im einzelen aufgeführten Bekenntnisse anerkennt. „Das in diesen Bekenntniossen bezeugte Evangelium ist die unantastbare Grundlage für die Lehre, Arbeit und Gemeisnchaft der Kirche.“ Soweit die gegenwärtigen Amtsträger und Vertretungen, gleichgültig auf welcher Stufe des kirchlichen Aufbaus, die unaufgebbare Grundlage der Kirche verlassen haben, haben sie das recht verwirkt, im Namen der rechtmäßigen Kirche zu sprechen, sie zu vertreten oder zu leiten. Es ist nicht tragbar, dass auf Grund formalrechtler Auslegung der Verfassung ihrem Sinne entgegen dieser Anspruch behauptet wird. Vielmehr steht das Recht, die Kirche zu gestalten, zu leiten und zu vertreten, allein denen zu, die das in den bestehenden Bekenntnissen bezeugte Evangelium als unveränbderliche Grundlage der Verfassung und Rechtsgestaltung der Kirche festhalten. Sie sind die rechtmäßige Evangelische Kirche der altpreußischen Union.

II. Die bekkenntnistreuen Gemeinden haben sich weithin bereits sichtbar gesammelt und zu freien Synoden zusammengeschlossen. Aber auch da, wo diese noch nicht geschehen ist, sind sie vorhanden und stellen die rechtmäßige Kirche dar, selbst wo sie Minderheit sind. Darum ist die aus Vertretern der freien Bekenntnsisynoden und der bekennenden Gemeinden zusammengetretene Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union berufen und befugt, im Namen dieser Kircherechtmäßig zu sprechen und zu handeln.
Anstelle einer Generalsynode, die durch ihre unkirchliche Zusammensetzung wie durch ihr unchristliches Handeln ihre Unrechtmäßigkeit bewiesen hat, tritt mit dem Anspruch, alle rechte der Generalsynode auf sich zu vereinigen, die Bekenntnssynode der altpreußischen Union.
Sie wird dazu gezwungen durch den gegenwärtigen Notstand der Kirche und übt ihr Amt solange aus, bis auf dem Wege wirklich kirchlicher Wahlen wieder eine Generalsynode geschaffen ist, der sie die von ihr übernommenen Aufgaben übertragen kann.

III. Die Bekenntnissynoder der altpreußischen Union stellt fest:
1. Die Kirchenwahlen vom 23.7.33 sind weithin unter Missachtung kirhcklicher Gesichtspunkte und unter Anwendung unchriostlicher Gewalt vollzogen worden. Die so gewählten Vertretungen der Gemeinden bis hinauf zur Generalsynode stehen auf einer anderen Grundlage als dem in den geltenden Bekenntnissen bezeugten Evangelium. Das zeigt sich in ihrer Zusammensetzung wie in ihrem Handeln. Soweit dies aber der Fall ist, stellen sie keine rechtmäßige und rechtswirksame kirchliche Vertretung dar und werden deshalb als soche nicht anerkennt.
2. Mit Hilfe solcher unkirchlicher Körperschaften ist die Leitung der Kirche in die Hand von Männern gekommen, die sich durch ihr unkirchliches und unchristliches Handeln ständig verraten. Sie haben die ihnen hörigen Körperschaften dazu mißbracht, alle Macht in der Kirche an sich zu reißen. Zielbewußt haben sie die Stimme der wahren Gemeinde mundtot gemacht und das bischöfliche Amt mit dem unevangelischen Inhalt hierarchischer Macht und Willkür erfüllt. Die Bekenntnsisynode spricht ihnen darum die Macht ab, die sie sich selbst angemaßt haben.
3. Die seit dem Tage der Kirchenwahlen von den unkirchlichen Synoden beschlossenen Kirchengesetze und die von den ungeistlich verfahrenden Bischöfen und ihren Organen erlassenen Verordnungen haben kirchliche Geltung nie besessen und werden von der Bekenntnisynoder der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union ausdrücklich für kraftlos erklärt. Das gilt in Sonderheit für die unzulässige Pauschalübertragung der Vollmachten durch den Landesbischof und die Bischöfe auf ihre Person, für den verfassungswidrigen Raub der Verwaltung und des Vermögens der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union durch die Deutsche Evangelische Kirche. Die Synode stellt fest, dass die in Artikel 1 der

Verfassungsurkunde festgelegte Selbstständigkeit der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union unvermindert fortbesteht.

IV. Die Bekenntnissynoder der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union hat in der gegenwärtigen kirchlichen Notlage folgende Aufgaben:

1. *sie wacht über die Verfassung gemäß dem Bekenntnis,*
2. *sie sammelt in der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union die bekennende Gemeinde und vertritt sie,*
3. *sie berät ihre Glieder, fördert deren Gemeinschaft und nimmt gemeinsame Aufgaben in Angriff,*
4. *sie setzt an die Stelle der bekenntnis- und verfassungswidrigen Körperschaften und Behörden Notorgane, die sich zu der unantastbaren Grundlage der Kirche im Evangelium gemäß den reformatorischen Bekenntnissen bekennen.*

V. Die Bekenntnisynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union trägt die Neubesinnungt auf die reformatorisdchen Sonderbekenntnisse Rechnung, indem sie ihre Gemeinden aufruft, die Bedeutung ihres Bekenntnisses für den Aufbau der Gemeinde zu erkennen und ihren Bekenntnisstand festzustellen. Sie erwartet, dass die Mitglieder der Bekenntnissynodenb auch gelegentlich der Synodaltagungen zu Arbeitskreisen ihres Sonderbekenntnisses zusammentreten, um an dden gemeinsamen Anliegen ihres Bekenntnisses Anteil zu nehmen und mitzuarbeiten. Die Bestimmungen der Verfassungsurkunde über die Gemeindezugehörigkeit un d die in der Union bestehende Abendmahlsgemeinschaft werden nicht berührt.

VI. Die Bekenntnissynode der altpreußischen Kirche der Union ist sich der starken Kräfte bewusst, die trotz der Verschiedenheit der in Geltung bleibenden Bekenntnisse zu einem festen Zusammenschluss der Deutschen Evangelischen Kirche drängen. Die Evangelische Kirche der altpreußischen Union ist bereit, bei voller Wahrung i9hres eigenen Bestandes mit den anderen selbständigen Kirchen in der Deutschen Evangelischen Kirche treu zusammenzustehen und gemeinsam zu handeln.

VII. Den Weg zu einer solchen Einheit sieht die Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union nicht in dem gewaltsamen Ausbau einer zentralen Befehlsgewalt, die ihre Rechtfertigun dem der Kirche wesensfremden weltlichen Führerprinzip entnimmt. Wohl aber ist das Bewusstsein der gemeinsamen reformatorischen Grundlage, bei aller Achtung und Anerkennung der bekenntnismäßigen Verschiedenheiten stark genug, um das Vertzrauen zu schaffen, auf das die Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche sich gründen muss.

Der Bruderrat:

Prsäses D. Koch, Bad Oeynhausen. Pfarrere Lic. Dr. Beckmann, Düsseldorf, Pastor Karl Immer, Wuppertal-Barmen, Pfarrer Jacobi, Berlin, Kaufmann Link, Düsseldorf, Pfarrer Niemöller, Berlin-Dahlem“

„Die Kirche erkennt im Staate auf Grund der Weisung des Wortes Gottes die Anordnung des göttlichen Befehls und der göttlichen Geduld, kraft welcher der Mensch es versuchen darf und soll, im Rahmen seines Verständnisses von Vernunft und Geschichte, verantwortlich dem Herrn aller Herren, Recht zu finden und mit Gewalt aufzurichten und aufrecht zu erhalten. Die Kirche kann dem Staat dieses sein besonderes Amt nicht abnehmen. Sie kann sich aber auch ihr eigenes Amt nicht vom Staat abnehmen, sie kann ihre Botschaft und ihre Gestalt nicht vom Staat her bestimmen lassen. Sie ist, gebunden an ihren Auftrag, grundsätzlich freie Kirche in dem in der Bindung an seinen Auftrag grundsätzlich ebenso freien Staat.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: Als sei der Staat die höchste oder gar einzige („totale“) Form sichtbar-zeitlich gestalteter geschichlicher Wirklichleit, der sich darum auch die Kirche mit ihrer Botschaft und Gestalt „gleichzuschalten“, unter – oder gar einzuordnen habe.“

<u>29. - 31. Mai 1934:</u>

Erste Bekenntnissynode der DEK in Barmen

Dokumentationen von Karl Immer: „Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche. Vorträge und Entschließungen“, Barmen 1934 und „Die Kirche vor ihrem Richter. Biblische Zeugnisse auf der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche“ Barmen 1934 (Stoll III, 75 ff, KJ 69 ff; Schmidt 2, 92 ff)

Aus der Eröffnungsrede von Präses Koch:

„Wir stehen hier aber auch im Bewusstsein unserer Verbundenheit mit allen Deutschen und Volksgenossen zu einer Schicksalsgemeinschaft. Wer die Ehre hatte, am 25. Januar von dem Herrn Reichskanzler in jener geschichtlichen Stunde empfangen zu werden, war beeindruckt von dem Ernst, mit dem der Herr Reichskanzler von der Lage des deutschen Volkes sprach. Diese ernste Lage hat sich seitdem nach meinem Urteil nicht geändert, und darum ist die Schicksalsgemeinschaft, in der wir mit allen Deutschen stehen, eine ganz ernste, verpflichtende Schicksalsgemeinschaft. Wir haben in allem Überlegen es drauf abzustellen, wie wir mithelfen, dass Deutschland seinen schweren Weg zu einem glücklichen Ende führen kann. Wie sollte uns, die wir hier als Vertreter der Deutschen Evangelischen Kirche versammelt sind, das nicht packen, was unser deutsches Volk anlangt? Wie sollte das Schicksal unseres

Volkes uns, die Vertreter der evangelischen Kirche unberührt lassen? Es ist gerade immer die evangelische Kirche gewesen, die ihre enge Verbundenheit mit dem Volk und dem Schicksal des Volkes anerkannt und bewährt hat.“

Asmussen:

„… wir protestieren nicht als Volksglieder gegen den neuen Staat, nicht als Untertanen gegen die Obrigkeit, sondern wir erheben Protest gegen dieselbe Erscheinung, die seit mehr als 200 Jahren die Verwüstung der Kirche schon langsam vorbereitet hat.“

Reichsgerichtsrat Flor:

„Der neue deutsche Staat ist Rechtsstaat. Ich darf als Mitglied des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen mit dem Führer dieses Bundes, dem Justizminister und Reichsjustizkommissar Dr. Frank, auf die nüchterne, klare Tatsache hinweisen – ich zitiere jetzt Frank wörtlich – „der Nationalsozialismus im Rechte vom ersten Tag seines Wirkens an die sicherste Grundlage seines Aufbaues und Wirkens erkannt hat“.

(Die Barmer wollen „keine Widerstandsbewegung“ gegen den Staat sein, sondern eine „kirchliche Erneuerungsbewegung“ gegen die Deutschen Christen und gegen die Religionspolitik des Staates)

Verlauf der Synode (GN, 93ff)

- *Plenarsitzung der Bekenntnissynode der DEK*
- *(Meiser, 280 ff; 286 ff; 290-297 ff; Nic. Weg, 110 ff)*
- *Andacht von Bischof Marahrens über Hesekiel 3, 22f (GN, 44 ff)*
- *Eröffnung der Synode durch Präses Karl Koch (Immer, 6 ff)*
- *Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Eangelischen Kirche (KJ 70 ff; KDS 2, 92 ff; Immer, 8 ff; GN, 196 ff)*
- *Vortrag über die Theologische Erklärung von Hans Asmussen (Immer, 11 ff)*
- *Schlussberatungskommission: Meiser, Merz, Barth, Putz, Niesel, Obendiek, Sasse, Asmussen (Meiser, 291)*
- *Bericht von Asmussen in der Plenarsitzung über Änderungen des Textes im Entwurf (Nic. Weg, 147 ff)*
- *Vortrag von Dr. Eberhard Fiedler: „Bekenntnisgemeinschaft und Reichskirchenverfassung“ (Immer, 28 ff; GN, 76 ff)*
- *Erklärung zur Rechtslage der Deutschen Evangelischen Kirche (Immer, 37f; GN, 202f; KJ 72f; KDS 95f)*
- *Vortrag von Reichsgerichtsrat Flor: „Studium der neuesten Kirchlichen Gesetzgebung“ (Immer, 38 ff; GN 87 ff)*
- *Andacht von Fritz von Bodelschwingh (GN, 109 ff)*

- *Vortrag von Oberkirchenrat Dr. Meinzolt: „Unsere Vorstellung von der richtigen Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (Immer 51ff; GN 116ff)*
- *Rede von Asmussen über einzelne Änderungen der Erklärung (GN, 141 ff)*
- *Annahme der Theologischen Erklärung durch die Synode (GN, 156f)*
- *Beschluss der Synode. Das gegenwärtige Kirchenregiment ohne Vollmacht und Recht (Immer, 60)*
- *Vortrag von Georg Schulz: „Die praktischen Aufgaben der Bekenntnisgemeinden derDeutschen Evangelischen Kirch (Immer 61ff; GN 160 ff)*
- *Erklärung zur praktischen Arbeit der Bekenntnissynode der DEK (Immer, 70 ff; GN 206 ff; KJ 73f; KDS 2, 96)*

1. Aufruf an die evangelischen Gemeinden und Christen in Deutschland (KJ 69f; KDS 2, 92; Immer 74f: GN 190f):

„In Barmen hat vom 29. – 31. Mai 1934 die Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche
getagt. Hier haben sich Vertreter aus allen deutschen Bekenntniskirchen im Bekenntnis zu dem einen Herrn der einen, heiligen, apostolischen Kirche einmütig zusammengefunden. Glieder lutherischer, reformierter und unierter Kirchen haben aus der Treue zu ihrem Bekenntnis heraus ein gemeinsames Wort zur Not und Anfechtung der Kirche in unseren Tagen gesucht. Mit Dank gegen Gott glauben sie gewiß, dass ihnen das gemeinsame Wort in den Mund gelegt worden ist. Sie wollten weder eine neue Kirche gründen noch eine Union schaffen. Denn nichts lag ihnen ferner als die Aufhebung des Bekenntnisstandes unserer Kirchen. Vielmehr war ihr Wille, der Zerstörung des Bekenntnisses und damit der Evangelischen Kirche in Deutschland im Glauben und in der Einmütigkeit zu widerstehen. Den Versuchen, durch falsche Lehre, durch Anwendung von Gewalt, Unlauterkeit des Vorgehens die Einheit der Evangelischen Kirche herzustellen, setzt die Bekenntnissynode entgegen: Die Einheit der Evangelischen Kirche kann nur werden aus dem Worte Gottes im Glauben durch den Heiligen Geist. So allein wird die Kirche erneuert.
Darum ruft die Bekenntnissynode die Gemeinden auf, sich im Gebet hinter sie zustellen und sich unverrückt um ihre bekenntnistreuen Hirten und Lehrer zu scharen.

Lasset euch nicht durch lose Rede verführen, als wollten wir der Einheit des deutschen Volkes
widerstreben! Höret nicht auf die Verführer, die unser Wollen verkehren, als hätten wir vor, die Einheit
der Evangelischen Kirche zu sprengen oder die Bekenntnisse der Väter zu verlassen!

Prüfet die Geister, ob sie von Gott sind! Prüfet auch die Worte der Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche, ob sie mit der Heiligen Schrift und den Bekenntnissen der Väter übereinstimmen. Findet ihr, dass wir wider die Schrift reden, dann höret nicht auf uns. Findet ihr aber, dass wir in der Schrift stehen, dann lasset keine Furcht und Verführung euch abhalten, mit uns den Weg des Glaubens und des Gehorsams gegen das Wort Gottes zu beschreiten, auf dass Gottes Volk in einerlei Sinn auf Erden stehe und wir glaubend erfahren, dass er selbst gesagt hat: „Ich will euch nicht verlassen noch versäumen." – Darum: „Fürchte dich nicht, du kleine Herde, denn es ist eures Vaters Wohlgefallen, euch das Reich zu geben."

2. Entschließung der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche

1. Synode erkennt die Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen EvangelischenKirche im Zusammenhang mit dem Vortrag von Pastor Asmussen als christliches, biblisch-reformatorische Zeugnis an und nimmt sie auf ihre Verantwortung.
2. Synode übergibt diese Erklärung den Bekenntniskonventen zur Erarbeitung verantwortlicher Auslegung von ihren Bekenntnissen her.

3. Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der deutschen Evangelischen Kirche:

Die Deutsche Evangelische Kirche ist nach den Eingangsworten ihrer Verfassung vom 11. Juli 1933 ein
Bund der aus der Reformation erwachsenen, gleichberechtigt nebeneinanderstehenden Bekenntniskirchen. Die theologische Voraussetzung der Vereinigung dieser Kirchen ist in Art. 1 und Art. 2, 1 der von der Reichsregieurng am 14. Juli 1933 anerkannten Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche angegeben:

Art. 1: Die unantastbare Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche ist das Evangelium von Jesus Christus, wie es in der Heiligen Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen der Reformation neu ans Licht getreten ist. Hierdurch werden die Vollmachten, deren die Kirche für ihre Sendung bedarf, bestimmt und begrenzt.

Art. 2,1: Die deutsche Evangelische Kirche gliedert sich in Kirchen (Landeskirchen).

Wir, die zur Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche vereinigten Vertreter lutherischer,
reformierter und unierter Kirchen, freier Synoden, Kirchentage und Gemeindekreise erklären, dass wir
gemeinsam auf dem Boden der Deutschen Evangelischen Kirche als eines Bundes der deutschen
Bekenntniskirchen stehen. Uns fügt dabei zusammen das Bekenntnis zu dem einen Herrn der einen
heiligen, allgemeinen und apostolischen Kirche.

Wir erklären vor der Öffentlichkeit aller evangelischen Kirchen Deutschlands, dass die Gemeinsamkeit
dieses Bekenntnisses und damit auch die Einheit der Deutschen Evangelischen Kirche aufs schwerste
gefährdet ist. Sie ist bedroht durch die in dem ersten Jahr des Bestehens der Deutschen Evangelischen
Kirche mehr und mehr sichtbar gewordene Lehr- und Handlungsweise der herrschenden Kirchenpartei der Deutschen Christen und des von ihr getragenen Kirchenregimentes. Diese Bedrohung besteht darin, dass die theologische Voraussetzung, in der die Deutsche Evangelische Kirche vereinigt ist, sowohl seitens der Führer und Sprecher der Deutschen Christen als auch seitens des Kirchenregimentes dauernd und grundsätzlich durch fremde Voraussetzungen durchkreuzt und unwirksam gemacht wird. Bei deren Geltung hört die Kirche nach allen bei uns in Kraft stehenden Bekenntnissen auf, Kirche zu sein. Bei deren Geltung wird also auch die Deutsche Evangelische Kirche als Bund der Bekenntniskirchen innerlich unmöglich.
Gemeinsam dürfen und müssen wir als Glieder lutherischer, reformierter und unierter Kirche heute in
dieser Sache reden. Gerade weil wir unseren verschiedenen Bekenntnissen treu sein und bleiben wollen, dürfen wir nicht schweigen, da wir glauben, dass uns in einer Zeit gemeinsamer Not und Anfechtung ein gemeinsames Wort in den Mund gelegt ist. Wir befehlen es Gott, was dies für das Verhältnis der Bekenntniskirchen untereinander bedeuten mag.

Wir bekennen uns angesichts der die Kirche verwüstenden und damit auch die Einheit der Deutschen
Evangelischen Kirche sprengenden Irrtümer der „Deutschen Cjhristen“ und der gegenwärtigen Reichskirchenregierung zu folgenden evangelischen Wahrheiten:

1. „Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich“ (Joh 14, 6)
„Wahrlich wahrlich ich sage euch: Wer nicht zur Tür hineingeht in den Schafstall, sondern steigt anderswo hinein, der ist ein Dieb und ein Mörder. Ich bin die Tür; so jemand durch mich eingeht, der wird selig werden.“ (Joh. 10, 1.9)

Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu
hören, dem wir im Leben und im Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als müsse und könne die Kirche als Quelle ihrer Verkündigung außer und neben diesem einen Worte Gottes auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung anerkenen.

2. „Jesus Christus ist uns gemacht von Gott zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung.“(1. Kor. 1, 30)

Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem dankbaren Dienst an seinen Geschöpfen.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in den wir nicht der Rechtfertiung und Heiligung durch ihn bedürften.

3. „Lasset uns aber rechtschaffen sein in der Liebe und wachsen in allen Stücken an dem, der das Haupt ist, Christus, von welchem aus der ganze Leib zusammengefügt ist.“ (Eph. 4. 15-16)

Die christliche Kirche ist die Gemeinde von Brüdern, in der Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist als der Herr gegenwärtig handelt. Sie hat mit ihrem Glauben wie mit ihrem Gehorsam, mit ihrer Botschaft wie mit ihrer Ordnung mitten in der Welt der Sünde als die Kirrche der begnadigten Sünder zu bezeugen, dass sie allein sein Eigentum ist, allein von seinem Trost und von seiner Weisung in Erwartung seiner Erscheinung lebt und leben möchte.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als dürfe die Kirche die Gestalt ihrer Botschaft und ihrer Ordnung ihrem Belieben oder dem Wechsel der jeweils herrschenden weltanschaulichen und politischen Überzeugungen überlassen.

4. „Ihr wisset, dass die weltlichen Fürdsten herrschen und die Oberherren haben Gewalt. So soll es nicht sein unter euch; sondern so jemand will unter euch gewaltig sein, der sei euer Diener."
(Matth. 20, 25-26)

Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und dürfe sich die Kirche abseits von diesem Dienst besondere, mit Herrschaftsbefugnissen ausgestattete Führer geben oder geben lassen.

5. Fürchtet Gott, ehret den König! (1. Petr. 2, 17)

Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und emschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen.
Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft de Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne und solle sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben aneigenen und damit selbst zu einem Organ des Staatzes werden.

6. „Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis ander Welt Ende" (Matth. 28, 20). „Gottes Wort ist nicht gebunden" (2. Tim. 2, 9)

Der Auftrag der Kirche, in welchem ihre Freiheit gründet, besteht darin, an Christi statt und also im Dienst seines eigenen Wortes und Werkes durch Predigt und Sakrament die Botschaft der freien Gnade Gottes auszurichten an alles Volk.
Wir verwerfen die falsche Lehre, als könne die Kirche in menschlicher Selbstherrlichkeit das Wort und Werk des Herrn in den Dienst irgendwelcher eigenmächtig gewählter Wünsche, Zwecke und Pläne stellen.

Die Bekenntnissynode der deutschen Evangelischen Kirche erklätrt, dass sie in der Anerkennung dieser Wahrheiten und in der Verwerfung dieser Irrtümer die unumgängliche theologische Grundlage der Deutschen Evangelischen Kirche als eines Bundes der Bekenntniskirchen sieht. Sie fordert alle, die sich dieser Erklärung anschließen können, auf, bei ihren

kirchenpolitischen Entscheidungen dieser theolgische Erkenntnisse eingedenk zu sein. Sie bittet alle, die es angeht, in die Einheit des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung zurückzukehren. Verbum Dei manet in aeternum:“

- Erklärung zur Rechtslage der Deutschen Evangelischen Kirche (KJ 72f)
- Erklärung zur praktischen Arbeit der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche (ebd. 73 ff):
I. Der Dienst zur geistlichen Erneuerung des Pfarrerstandes
II. Aufbau der Bekennenden Gemeinde
III. Sendung der Bekennenden Gemeinde

Sitzung des lutherischen Konvents (Meiser, 285; Mitschrift von Kloppenburg, (Nic. Weg, 141)

Besprechung des interkonfessionellen Ausschusses der Bekenntnissynode (Mitschrift Asmussen (Nic. Weg, 142 ff)

Sitzung des Bruderrates der DEK in Barmen: Koch, Meiser, Wurm, Beckmann, Bosse, Fiedler, Hesse, Jacobi, Link, Niemöller, Asmussen

Über die Synode:

- ***„Unter dem Wort“ v. 10.6.1934 (GN, 27 ff)***
- ***„Basler Nachrichten“ (ebd. 31 ff)***
- ***Bericht von Martin Niemöller (ebd. 34 ff)***

30. Mai 1934:
Erklärung des Evangelischen Jugendwerkes in Münster (DEW 158f)

Beispiele für den Hitlerrausch 1933 des größeren Teils des Protestantismus

Wilhelm Niemöller:

„SA-Fahnenweihe in Eckardsheim:
Die Straßen waren geschmückt, von vielen Häusern wehten im Morgenwind die Fahnen der nationalen und sozialen Revolution… unter dem erhebenden Klang alter preußischer Armeemärsche rückten sie an, die brauen Scharen des SA-Sturms 13/174 .. und eine stattliche Abordnung der Schupo-SA aus Bielefeld mit ihrer Fahne. Als Festprediger war Herr Pastor (Wilhelm) Niemöller aus Bielefeld geladen und erschienen… Der Prediger hatte das Wort des Propheten

Micha 7, V. 7-11 als Text erwählt. nach Gebet, Vaterunser, und Segen wurde die neue Fahne entrollt und von dem Geistlichen geweiht. `Ehre, Freiheit, Vaterland`, der alte Wahlspruch der deutschen Burschenschaft solle mit des Herrn Hilfe auch dieses Banner geleiten, dass es in Ehren stets freien deutschen Männern in einem freien Vaterland voranwehe."
(Aufwärts Jg. 15, 1933, 11. Mai 1933)

Fahnenweihe auf der Sparrenburg:
Die NSDAP-Ortsgruppe „Sparrenburg" wird am 13. Mai auf der Sparrenburg ihre neue Fahne weihen. Die Weihe vollzieht Parteigenosse Pfarrer Niemöller … Die SA-Kapelle wirkt mit." (Westfalenzeitung 4. Mai 1933)

„Drei Hakenkreuzfahnen geweiht. Die nationalsozialistische Beamten-Vereinigung Bielefeld-Stadt sowie die Reichseisenbahn SS Bielefeld und die Fachschaft Versorgungsamt Bielefeld weihten am Samstagabend gemeinsam ihre neuen Fahnen. Im Kyffhäusersaal waren die Fahnenabteilungen und Abordnungen vor dem Bilde des Volkskanzlers Hitler auf der Bühne aufmarschiert. Bielefelds Beamtenschaft füllte den Saal bis zum letzten Platz. …Dann weihte Parteigenosse Pfarrer Niemöller die drei neuen Hakenkreuzfahnen. Während man sich den Anschein gegeben habe, dass man in einer großen Volksgemeinschaft verbunden sei, habe das deutsche Volk aus zwei und mehr Völkern bestanden. Jetzt sei endlich diese Einigung durchgeführt und sie sei in alle Schichten des Volkes eingedrungen. Und mit dieser nationalen Einigung sei zugleich der alte echt preußische Dienstbegriff, das Rückgrat eines gesunden staatsfördernden Beamtentums wieder erwacht. Derselbe Dienstbegriff, wie er das Volk 1914, wie er die Freikorps, die Wehrmacht und alle die vielen Verbände in den vergangenen Jahren beseelt habe, sei nun wieder im gesamten Beamtentum erwacht. Nur diese streng nationale Dienstauffassung sei in der Lage, Volk und Vaterland aufwärts zu führen. Die Weihe der Fahnen vollzog sich unter einem alten deutschen Schöffeneid. Mit erhobenen Enden gelobte man dem Wahrzeichen der Einigkeit, der Hakenkreuzflagge, die Treue. Die Fahnenweihe klang aus im Horst-Wessel-Lied."
(Westf. Zeitung 22. Mai 1933)

„Fahnenweihe im Hitlerpark. Wo die Fahne weht, steht der Führer. Das festliche Stadtviertel stand am Sonnabend im Zeichen des Hakenkreuzes. Die Bevölkerung nahm lebhaften Anteil am Ehrentag der Ortsgruppe Siegfried. Gewiss hatte es schon viele Fahnenweihen gegeben, aber noch keine dieser Art. Unter Vorantritt der SA-Kapelle bewegte sich der über 2000 Menschen umfassende Festzug durch die geschmückten Straßen. Für den verhinderten Pastor Köhler, Köln, nahm unser alter Kämpfer Pfarrer Niemöller, Bielefeld, die Fahnenweihe vor. Er führte dabei folgendes aus: Adolf Hitler redete und warb für seine Idee und betonte immer wieder, dass dem Einzelnen wie dem ganzen Volke nur dann geholfen werden könne, wenn die Klüfte ausgefüllt würden und

die Menschen Gemeinschaft hätten. Miteinander leben heißt, miteinander teilen und opfern. Es ist kürzlich von maßgebender Stelle gesagt worden, dass die Kirche ohne den Staat nicht leben könne. Ich darf heute getrost sagen, dass der Staat in sich tot ist ohne die Kirche… Heute ist für uns ein großer tag. Unsere Herzen erglühen und die Erkenntnis, dass wir für Deutschland und nicht von Deutschland leben sollen, muss sich in uns verfestigen. Ich weihe die Fahne und schreibe uns allen ins Herz: Die Liebe ist eine Macht, die zusammenwachsen lässt… Ortsgruppenleiter Seifert übernahm die Fahne und gelobt… die Fahne nie verlassen zu wollen, es sei denn im Tode. Drei Worte schreibe er auf die Fahne: Treue, Glaube, Liebe … und dankte insbesondere dem Pfarrer Parteigenossen Niemöller für die eindrucksvolle Weiherede. Siegheil … Horst-Wessel-Lied – Deutschlandlied.“ (Westf. Zeitung v. 4. Juli 1933)

Fritz Söhlmann:

„Unsere Linie steht fest. Wir erkennen die staatsmännische Leistung Hitlers ohne Vorbehalte an und stehen ihm, dem nationalsozialistischen deutschen Reichskanzler, für die jetzt kommenden politischen Entscheidungen und Aufgaben als Mitarbeiter zur Verfügung. Das neue Deutschland ist ohne Nationalsozialismus nicht mehr denkbar, der damit den Rahmen der Partei als solcher gesprengt hat. Wir sehen in Hitler den Garant dieser Entwicklung, d. h. die am machtvollsten in die Zukunft weisende Kraft von heute.“
(Der Vormarsch. Unabhängige Monatsschrift für reformatorisches Christentum, Hg. Fritz Söhlmann, Heft 7/8 1933. S. 1959)

Hans Beyer:

„Der Nationalsozialismus ist Glaubensbewegung. Er besitzt eine unfehlbare Autorität in Hitler, einen Katechismus im Parteiprogramm und eine strenge Lehre. Der Glauben hat ihn durchgesetzt: vor unseren Augen zerbrachen die bürgerlich-sozialdemokratischen Zweifler ihre Gewehre. Und vor unsern Augen wurde der bolschewistische Atheismus in die unterirdischen Keller der Verschwörung gejagt.
Mit dem Siege des Nationalsozialismus hat sich die Stellung des deutschen Volkes zum Glauben grundlegend geändert: der müde Zweifel und die offene Leugnung sind einer Hoffnung auf Glauben gewichen. Die Gefahr ist: weltliche Religion als Verführung vom Menschen her. Die Entscheidung im Nationalsozialismus gilt auch hier als Entscheidung des deutschen Volkes.“ (ebd. S. 208)

„Des Volkes Stunde:
Deutsche Christen, das ist eure Stunde! Kniet nieder und dankt dankt. Dankt dem Herrn und Vater unseres Herrn Jesu Christi, dem Herrn beider Welten. Lobt

seinen Namen und lasst euer Lob ausströmen zu der nun nie mehr ermüdenden Bitte: „Herr recke deine Hand gnädig aus über dem Volk der Deutschen. Wache du selbst über dem Heiligtum der großen Stunde.“
(Reichsleitung DC)

„Dann endlich am 30. Januar die Stunde: der greise Marschall Hindenburg ruft den Führer des jungen kämpfenden Deutschlands an die Spitze der Reichsregierung. Wie einst sein Kaiser ihn in großer Not rief, so ruft er heute den denkbar besten Mann, ein Mann aus einem Guss, gegossen aus Reinheit, Frömmigkeit, Energie und Charakterstärke, unseren Adolf Hitler. Es war ein Tag der Erfüllung und eine glückhafte Stunde, als die Bataillone der braunen Armee im Verein mit den alten Frontsoldaten durch das Brandenburger Tor einzogen, um den Marschall des Weltkrieges und den Schmied des Dritten Reiches zu grüßen. Der Glaube an das Leben hat gesiegt.“
(Hossenfelder Predigt)

„Die Obrigkeit des Dritten Reiches ist echte Obrigkeit+, die zwischen gut und böse sich entscheidet. Sie ist nach Römer 13 „Gottes Dienerin uns zu gut“; „sie trägt das Schwert nicht umsonst, eine Rächerin zur Strafe über den, der Böses tut.“ Wir unterstützen darum die reinigungs- und Säuberungsaktion des Staates, wo sie auch vor sich geht: auf dem Schulgebiet, im Kampf gegen Schmutz- und Schundliteratur, gegen den Sexualbolschewismus, in der Überwachung der Reste der Gottlosigkeit, in der christlich-deutschen Schulung, die der Staat um seines Charakters willen aufnehmen muss. Dabei übersehen wir nicht, dass das Judentum in Presse, Kunst und Recht die Gottlosigkeit weithin gefördert und unterstützt hat.“ (Themel)

Flugblatt Hossenfelder:
„Deutsche Volks- und Glaubensgenossen! Die Stunde ist da, dem herrlichen Reiche Adolf Hitlers die Kirche des Evangeliums zu geben, die das deutsche Volk lieb hat und vom deutschen Volk geliebt wird. Gott segne unseren Kampf.“

„Kein einziges Volk der Welt hat so wie das unsere einen führenden Staatsmann, dem es so ernst ist um das Christliche ist; als Adolf Hitler am 1. Mai seine große Rede mit einem Gebet beschloss, hat die ganze Welt die wunderbare Aufrichtigkeit darin gespürt. Die Kirche hat dem Nationalsozialismus also viel zu danken. Eben darum hat er aber auch von der Kirche etwas zu fordern. Sie soll um Gottes willen nicht Politik treiben und soll um Gottes willen nicht anfangen, sich die befehlende Art des Staates anzueinen. Aber die Arbeitsgemeinschaft mit dem werdenden nationalsozialistischen S5taate muss sie freudig bejahen.“ (Hirsch, 169)

Aus der sozialen Botschaft der DC:
„Die Deutschen Christen sind die SA Jesu Christi im Kampf zur Vernichtung der leiblichen, sozialen und geistlichen Not. Sie sind alle Kameraden in der Front des Christlichen und nationalen Sozialismus….
Ehe, Familie Rasse, Volk, Staat und Obrigkeit sind uns Gottes Schöpfungsordnungen, die wir heilig halten; wo menschliche und völkische Sünde sie zerstört haben, suchen wir sie nach Gottes Gebot in ihrer Reinheit wieder herzustellen.

Mammonismus und Kapitalismus, Marxismus und Liberalismus, weltanschaulicher und praktischer Materialismus sind uns gottfeindliche Mächte. Sie zu bekämpfen und den Staat und das Staatsvolk in diesem Kampf zu unterstützen, ist uns heiligstes Anliegen. Se haben nicht nur Volk, Staat und Wirtschaft untergraben, sondern auch die Verkündigung des Wortes Gottes."

Leutheuser:

„Christus ist zu uns gekommen durch Adolf Hitler. Der ist der entscheidende Mensch gewesen, als ein ganzes Volk bereit war, unterzugehen. Hitler schlug für uns in sich, durch seine kraft, seine Ehrlichkeit, seinen Glauben und seinen Idealismus fand der Heiland zu uns. Jedes Geschehen ist zwiefach: ein inneres und ein äußeres. Wir spüren heute: der Heiland ist zu uns gekommen. Wenn ein Volk das weiß, dann ist es dankbar und klagt nicht über das, was noch nicht da ist an Wohlstand und äußerer Freiheit. Aber das Volk ist fähig, ein wirkliches Volk zu werden, heimzukehren in den Himmel der deutschen im großen Himmel, wo auch andere Völker ihr heim haben mögen. Im deutschen Himmel wird unsere deutsche Sprache die Verbindung von Menschenseele zu Menschenseele herstellen, denn in dieser Sprache schwingt die Urschöpfung mit. Das merken wir erst, wenn wir bei fremden Völkern mit fremder Zunge sprechen müssen.
Wir haben eigentlich nur eine Aufgabe: werdet deutsch! Nicht: werdet Christen!"
(Junge Kirche 1933, Nr. 14)

Fritz Lörzer:

„Aber die große geschichtliche Stunde der Wende, in der wir stehen, der Beginn neu werdender deutscher Gemeinschaft zwingt uns, dieser neu erkannten Schöpfungsordnung des Ewigen die Ehre zu gebe. Der einzelne im Volke mag seine besonderen Wege gehen, um zu den Heiligen Bezirken religiöser Erkenntnis zu gelangen. Aber alles Individuelle findet seine Schranken an der Norm, die über dem einzelnen steht. Und diese Norm heißt für das Dritte Reich Adolf Hitlers Christentum….
Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, über die wir uns nie gewundert haben, dass der Nationalsozialismus und das Christentum zusammen gehören…
Neu bauen wollen wir das deutsche Volk und das deutsche Reich als deutsche und Christen, unter dem Zeichen des Kreuzes und unter dem Zeichen des Hakenkreuzes. Diese beiden Symbole sind verankert im Programm der NSDAP und –was mehr ist – im Herzen unseres Führers. Auf diesen beiden Säulen ruht die Zukunft unseres Volkes…" (196 ff)

Reichsleitung DC:

„Denn auch bei der Hitlerjugend ist im Letzten das Wort des Führers Adolf Hitlers entscheidend…Wenn Hitler es erreicht, auch das religiöse Problem im Sinne des Christentums in Deutschland zu lösen, ist er der größte Mann für tausend Jahre." (202)

Hossenfelder zum 12. November:

„Heute steht an der Spitze des Deutschen Volkes und des Deutschen Staates ein Mann, der aus einem Sieg frommen Gemüts, aus einem fanatischen, unbeugsamen Glauben an den Sieg des Guten heraus das ungeheure, das weltgeschichtliche Wagnis unternehmen will und unternommen hat, der Politik der Lüge eine Politik der Wahrheit entgegen zu stellen…

In diesem Kampf des Führers gegen die Mächte der Finsternis in der Weltgeschichte, in der Weltpolitik, gehört jeder Christ, sei er evangelisch, sei er katholisch, an die Seite Adolf Hitlers….
Wir danken Gott, dass er uns den Mann geschenkt hat, der diesen Kampf für die Wahrheit wagte.“ (205)

Bischof Adler:
„Mit Gott für Hitler und Deutschland!“ (208)

Bischof Thom:
„.. vor dem Bolschewismus und vor dem Bettelstab hat Adolf Hitler den deutschen Bauern gerettet. Darum steht er mit seinen Fäusten und mit seinen Gebeten hinter dem Führer und hinter den Männern der Bewegung.“ (209)

Bischof Johannes Beermann:

„Aus dem Grenzlande sandte Gott den Führer unserem Volke, dessen Tun nur reines heißes Gebet, dem Gott Erhörung schenkte. …
Bete und ringe darum, dass Gott am 12. November aus seiner ewigen Kraft den Glauben schenke, der ketten zerreißt, der die Welt überwindet, den Glauben unverbrüchlicher Treue zu dem von Gott bestellten Führer, der seinem Heiland folgt!“ (210)

Präses Schäfer vor dem Ev. Pfarrerverein:

„Immerhin konnte es nicht umgangen werden, dass das im Staate geltende Führerprinzip auf die Kirche und ihre Verfassung übertragen wurde. Der Führergedanke liegt den neuesten deutschen Reichsgesetzen zugrunde, er ist ein maßgebender deutscher Rechtsgedanke geworden….
Die Tore der Kirche sollen weit geöffnet werden. Das Evangelium schlichter, frischer und verständlicher als bisher den Gemeinden verkündet werden. Alle Kräfte sollen angespannt werden, um das Werk Adolf Hitlers zu fördern und sittlich-religiös zu untermauern.“ (215)

Nationalkirchliche Bewegung:

„Wie jedem Volk, so hat auch unserem Volk der ewige Gott ein arteigenes Gesetz eingeschaffen. Es gewann Gestalt in dem Führer Adolf Hitler und in dem von ihm geformte nationalsozialistischen Staat….
Der Weg zur Erfüllung des deutschen Gesetzes ist die gläubige deutsche Gemeinde. In ihr regiert Christus, der Herr, als Gnade und Vergebung. In ihr brennt das Feuer heiliger Opferbereitschaft. In ihr allein begegnet der Heiland dem deutschen Volke und schenkt ihm die Kraft des Glaubens. Aus dieser Gemeinde Deutscher Christen soll im nationalsozialistischen Staat Adolf Hitlers die das ganze Volk umfassende „Deutsche Christliche Nationalkirche“ erwachsen. (229)

Die entstehende Bekennende Kirche:

Vorwort von Heinrich Vogel zu seinen Thesen „Kreuz und Hakenkreuz“:

„Nicht abseits von unserem Volk und seinem Aufbruch, weder aus einer politischen, noch aus einer klerikalen Sonderstellung heraus, sondern in der mithoffenden und fürhoffenden

Solidarität mit dem Kampf, den der deutsche Nationalsozialismus Adolf Hitlers um unser Volk geführt hat und führt, erhebe ich durch das Evangelium, dessen Prediger und Theologe ich bin, gezwungen, Protest gegen die Vermengung von Göttlichem und Irdischen, von Evangelium und Politik, wie sie in der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ das Wesen nicht nur der Kirche, sondern auch des Staates und des Volkes verkennt und im Fundament bedroht.“ (242 ff)

Fritz Söhlmann: „Bekenntnis ist not!“

„Unsere Linie steht fest. Wir erkennen die staatsmännische Leistung Hitlers ohne Vorbehalt an und stehen ihm dem nationalsozialistischen deutschen Reichskanzler, für die jetzt kommenden politischen Entscheidungen und Aufgaben als Mitarbeiter zur Verfügung. Das neue Deutschland ist ohne Nationalsozialismus nicht mehr denkbar, der damit den Rahmen der Partei als solcher gesprengt hat. Wir sehen in Hitler den Garant dieser Enzwicklung, d. h. die am machtvollsten in die Zukunft weisende Kraft von heute.“ (Vormarsch, H. 9, 1933)

Forderungen der Jungreformatorischen Bewegung:

„11. Wir fordern, dass die evangelische Kirche in freudigem Ja zum neuen Staat den ihr von Gott gegebenen Auftrag in voller Freiheit von aller politischen Beeinflussung erfüllt und sich zugleich in unlöslichen Dienst an das deutsche Volk bindet.“ (246)

Erklärung zur kirchlichen Lage der „Positiv-kirchlichen Vereinigung, der Volkskirchlichen Evangelischen Vereinigung und der Freunde der freien Volkskirche:

„1. Wir danken Gott, dass er uns den neuen, auf christlicher Grundlage gestellten Staat geschenkt hat und wollen mit voller Hingabe an seinem Aufbau mitarbeiten.“ (247)

Vorwort bei Künneth/Schreiner „Die Nation vor Gott“:

„Die epochalen Ereignisse in den ersten Monaten dieses Jahres haben das Gesicht der deutschen Nation neu geprägt. Der auch durch Versailles nicht zerstörbare deutsche Selbsterhaltungswille ist in gewaltiger nationaler Bewegung unter Führung Adolf Hitlers und gesegnet von dem greisen Reichspräsidenten zu politischer Gestaltung durchgebrochen. In Anknüpfung an die ruhmreichen Traditionen preußisch-deutscher Geschichte, getragen von den besten volkhaften Kräften, ist ein neues Reich deutscher Nation im Werden. Im Kampf gegen Zersetzung im Innern und gegen die Bedrohung von außen soll es erstehen, und dieses Werk ruft alle, die Deutschland lieben, hinein in die Front der Nation.“ (248)

JK 1933, 45:

Der kirchliche Kampf ist unsererseits völlig von jeder politischen Verquickung frei gehalten…Man sollte uns nehmen als das, was wir sind: eine junge entschlossene Bewegung von Menschen, die auf dem Boden der nationalen Revolution stehen, und die der Revolution im Staate die Reformation in der Kirche als etwas innerlich Gleichwertiges zur Seite zu stellen gedenken.“

JK 1933, 107:

„Wir brauchen nicht immer wieder die Versicherung zu geben, dass wir den gegenwärtigen Staat bejahen und ihm ohne Einschränkung dienen wollen. Viele von uns sind eingeschriebene Mitglieder der NSDAP. Viele haben ohne es zu sein schon vor Jahren die Bewegung als die Hoffnung unseres Volkes bezeichnet, alle sind in dem Aufbruch des Volkes mit hinein gezogen worden in die neue Verantwortung. Für eine Reaktion irgendwelcher Art ist in unsern Reihen kein Platz. Unser Wille zu Volk und Staat ist frei von törichten Vorbehalten."

(s. auch die Erntedankfestpredigt von Martin Niemöller am 1. Oktober 1933, vN 295 ff)

Telegramm an den Herrn Reichskanzler vom 15. Oktober 1933 aus Anlass der Ankündigung, aus dem Völkerbund auszutreten:

„In dieser für Volk und Vaterland entscheidenden Stunde grüßen wir unsern Führer. Wir danken für die mannhafte Tat und das klare Wort, die Deutschlands Ehre wahren. Im Namen von mehr als 2500 evangelischen Pfarrern, die die Glaubensbewegung Deutsche Christen nicht angehören, geloben wir treue Gefolgschaft und fürbittendes Gedenken.
Harnisch, Berlin. Messow, Steglitz. Niemöller, Dahlem, Röhricht, Dahlem (299)

Aus „Licht und Leben":

„In dieser Beziehung dürfen wir in Deutschland besonders dankbar sein, dass die Sprache Adolf Hitlers so schlicht und männlich, so fest und so klar, so ehrlich und so wahr ist." (301)
„Im Staate Adolf Hitlers haben wir Glaubens- und Gewissensfreiheit. Das ist uns von Hitler selbst feierlich versprochen worden und wir halten uns an dieses Wort." (302)

Landesbischöfliche Erklärung vom 29. November 1933 endet mit dem Satz:

„Mit allen gläubigen evangelischen Christen bekennen wir uns fest und entschlossen zu unserem Volk und seinem Führer." (303)

Diakon Schoch:
„Und wo sind jene Gottlosen noch? Sendet hinein in die Konzentrationslager Männer des Volkes mit der brennenden Heilandsliebe im Herzen, diakonisch geschult zum werbenden Dienst an den Irrenden. Gemeindediakone, Stadtmissionare, Diakone im sonstigen Dienst, es mag nicht zu euerm Aufgabengebiet gehören. Denkt an die, die im Konzentrationslager eures Ortes sind. …" (100 Jahre männliche Diakonie, 45)

Aus der Festschrift zum 100jährigen Jubiläum des Rauhen Hauses:

„…wollen an unserem Teil den irdischen Führern Dienst tun, SA-Leute sein am innerlichsten Aufbau des Volkes, damit der himmlische Führer treuere Gefolgschaft habe." (30)

Das Motto:
Zur blauen Schürze gehört das braune Hemd.

Abkürzungen und Literatur:

AELKZ: Allgemeine Evangelisch-lutherische Kirchenzeitung 1933 und 1934

Baumgärtel: Friedrich Baumgärtel: Wider die Kirchenkampflegenden, Neuendettelsau 1958

Boyens: Armin Boyens: Kirchenkampf und Ökumene 1933-39, München 1969

Brakelmann: Hans Ehrenberg, ein Judenchristliches Schicksal in Deutschland, 2 Bde.,

Waltrop 1977 u. 1999

Ders.: Evangelische Kirche und Judenverfolgung, Waltrop 2001

Ders.: Hitler und Luther, Bochum 2008

Ders.: Evangelische Kirche in Bochum 1933, Zustimmung und Widerstand,

Bochum 2012

Ders.: Evangelische Kirche im Entscheidungsjahr 1933/34: Der Weg nach Barmen, Berlin 2010

DEB: Das Evangelische Deutschland, Ausgabe für Berlin 1933/34

DED: Das Evangelische Deutschland 1933/ 34

DBW: Dietrich Bonhoeffer, Werke

DEW: Das Evangelische Westfalen

Domarus: Max Domarus (Herausgegeben und kommentiert): Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. 1 1932-1934, Wiesbaden 1973

Friedrichs: Axel Friedrichs (Hg.):
Bd. 1: Die nationalsozialistische Revolution 1933, Berlin 1940
Bd. 2: Der Aufbau des deutschen Führerstaates, Berlin 1940
Bd. 3: Deutschlands Weg zur Freiheit, Berlin 1940
Bd. 4: Deutschlands Aufstieg zur Großmacht 1936, Berlin 1940
Bd. 5 (bearbeitet von Hans Volz): Von der Großmacht zur Weltmacht 1937, Berlin 1939

GB: Gotthardbriefe: 10. und 11. Bd. 1933 und 1934, hg. von Joseph Gauger, Elberfeld

Dazu: Chronik der Kirchenwirren

Herrmann: Herrmann, Gotthilf (Hg.): Religionsfreiheit. Amtliche Dokumente, Worte führender Männer, 2 Teile, Zwickau 1936

Hermelink: Heinrich Hermelink (Hg.): Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1933-1945, Tübingen/Stuttgart

HH: Ernst Rudolf Huber – Wolfgang Huber: Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert, Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, Band IV: Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik, Berlin 1988

Jäger: August Jäger: Kirche im Volk. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalsozialistischen Rechtsentwicklung, Berlin 1936

JK: Junge Kirche. Halbmonatsschrift für reformatorisches Christentum, Göttingen 1933

KJ: Kirchliches Jahrbuch 1933 – 1944, hg. Joachim Beckmann Gütersloh 1976

Klügel: Eberhard Klügel: Die lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933-1945, Berlin/Hamburg 1965

Kupisch: Karl Kupisch (Hg.): Quellen zur Geschichte des eutschen Prozestantismus (1871-1945), Göttingen 1960

Meiser: Hans Meiser: Verantwortung für die Kirche. Stenographische Aufzeichnungen von Landesbischof Hans Meiser 1933-1955, Bd, 1: Sommer 1933 bis Sommer 1935, Göttingen 1985

Münch: Ingo von Münch / Uwe Brodersen (Hg.): Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems, Paderborn u. a, 1982

Nic.: Carsten Nicolaisen / Georg Kretschmar (Hg.): Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches, Bd. I Das Jahr 1933, Bd. II 1934/35, München 1971 u. 1975

Nic. Weg: Carsten Nicolaisen, Der Weg nach Barmen, Neukirchen-Vluyn 1985

Niemöller: Wilhelm Niemöller: Kampf und Zeugnis der Bekennenden Kirche, Bielefeld 1948 (WNK)
Ders.: Die Evangelische Kirche im Dritten Reich. Handbuch des Kirchenkampfes,
Bielefeld 1956 (NH)
Ders.: Texte zur Geschichte des Pfarrernotbundes, Berlin 1958
Ders.: Der Pfarrernotbund. Geschichte einer kämpfenden Bruderschaft, Hamburg 1973 (WNP)

Opitz: Günter Opitz: Der christlich-soziale Volksdienst, Düsseldorf 1969

Röhm, Eberhard /Thierfelder, Joachim: Juden – Christen- Deutsche, Bd. 1:1933-1935, Stuttgart 1995

Schäfer (Hg.): Gerhard Schäfer: Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus. Eine Dokumentation zum Kirchenkampf,
Bd. 1: Um das politische Engagement der Kirche 1932-1933

Bd. 2: Um eine deutsche Reichskirche 1933

Bd. 3: Der Einbruch des Reichsbischof in die Württembergische Landeskirche 1934

Bd. 4: Die intakte Landeskirche 1935-1936

Bd. 5: Babylonische Gefangenschaft 1937-1938

Bd. 6: Von der Reichskirche zur Evangelischen Kirche in

Deutschland 1938-1945

Ergänzungsband: Landesbischof D. Wurm und der

nationalsozialistische Staat 1940 – 1945

Schmidt: Schmidt, Kurt Dietrich (Hg.): Die Bekenntnisse und grundsätzlichen Äußerungen zur Kirchenfrage des Jahres 1933, 1934 und 1935, 3 Bde., Göttingen 1934 ff

Scholder: Klaus Scholder: Die Kirchen und das Dritten Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und
Zeit der Illusionen 1918-1934, Berlin 1977

Stoll: Christian Stoll: Idee und gegenwärtige Erscheinung der Deutschen Evangelischen Kirche. Dokumente zum Kirchenstreit, 6 Teile, München 1934 u. 1935

UF: Ursachen und Folgen, Bd. I – XI, Berlin o. J.
Vertrags-Ploetz: Konferenzen und Verträge Teil II, 4. Bd.: Neueste Zeit 1914-1959,

vN: Günther van Norden: Der deutsche Protestantismus im Jahre der nationalsozialistischen Machtergreifung, Gütersloh 1979

Wright: Jonathan R.C.: „Über den Parteien". Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1918-1933, Göttingen 1977

Evangelische Presse:

Evangelischer Preßverband:

Söhngen: Zum Verfassungsneubau der evangelischen Kirche
Zum Wiedereintritt in die evangelische Kirche. Ein Merkblatt

Friedrich Koch: Die deutsche Evangelische Kirche und ihre Verfassung

Deutsches Pfarrerblatt:
Heinrich Vogel / Friedrich Gebhardt: Kreuz und Hakenkreuz (1932/33, s. 581 ff)

W. Kühnhaupt: Nationalismus und Internationalismus im Lichte des Christentums,
(Nr. 5/1932)

Junge Kirche:
W. Künneth: Revolution in der Kirche? (1 ff)
Ein Brief an Hitler (29 ff)
Kundgebung der Jungreformatorischen Bewegung
Krummacher: Staat und Kirche (52 ff)
Totalitätsanspruch der Deutschen Christen? (117 ff)

Hanns Lilje: Theologische Existenz und kirchliches Handeln
(Gedanken zu Karl Barths Schrift „Theologische Existenz heute" (137 ff)
Siegfried Knak: Die Äußere Mission in der neuen Kirche (208 ff)
Martin Niemöller: Predigt am Erntedankfest (221 ff)
Künneth: Echte Fronten? (239 ff)
Niemöller: Sätze zur Arierfrage in der Kirche (269 ff)
Reinhold von Thadden: „Laienkirche" oder lebendige Gemeinde? (293 ff)

Paul Fleisch: Zur lage des deutschen Luthertums (300 ff)
Heinrich Vogel: Wider die Gleichschaltung von Gottesgesetz und Staatsgesetz (333 ff)
E. F. von Rabenau: Nicht Reaktion, sondern Reformation! (365 ff)
Johannes Kühne: Zeitgeist und heiliger Geist (386f)
Georg Merz: Die Barmer Kundgebung und das deutsche Luthertum (526 ff)

Pastoralblätter 1933/34:
Gerhard Kunze: Ansprache bei der Weihe der Fahne der Nationalsozialistischen Kriegsopfervereinigung über Jenermia 17,7 (S. 342 ff)

Wort und Tat:
Zur kirchenpolitischen Lage (6/1933)
Walter Künneth: Um die Kirche! (8/1933)
Heinz Dietrich Wendland: Leitsätze zur Frage der Theologischen Fakultäten (8/1933)

Der Aufbau. Evangelische Hefte zur Gegenwart:

Klinge, G: Ist Gott tot?
Karl Themel: Kapitalsknechtschaft?
Gerhard Krause: Neuordnung der Dinge
G. Kinge: Glaube oder Wissenschaft?
Ernst Rudolph: Klassenkkampf oder?
Otto Henneberger: Stimme des Blutes oder Wort Gottes?
Wilhelm Koepp Offenbarung?
Karl Themel: Dienst an der Gemeinde. Ein Wegweiser für altpreußische KirchenvertreterWerner Rautenberg: Sippentod oder Volksaufbau?

Otto Michaelis: heute war es. Begleiter durch das Jahr
Zuckschwerdt, O.: Wie feiern wir den Schulgottesdienst am Reformationsfest?
Emanuel Hirsch: Das kirchliche Wollen der deutschen Christen
Der Tag der Toten. Gedanken zum Totensonntag

Eckart. Dichtung – Volkstum – Glaube:

Hg.: August Hinderer, Schriftleiter: Kurt Ihlenfeld

Rundgespräche: Die Ungeborenen, Politik statt Religion
Eduard Juhl: Grundfragen evangelischer Jugendführung
Der 21. März in Potsdam als Nationalfeiertag. Ein Bildband mit 50 Bildern und Zwischentiteln

Der Tag von Potsdam. Ein Agfa-Schmalfilm
Adolf Ehrt: Totale Krise/Totale Revolution? Die „schwarze Front“ des völkischen Nationalismus
Ders.: Bewaffneter Aufstand! Enthüllungen über den kommunistischen Umsturzversuch am Vorabend der nationalen Revolution
Hungerpredigt. Deutsche Notbriefe aus der Sowjet-Union
Das erste Bild des Reichsbischofs als Photogravüre

Bildband Johann Hinrich Wichern, hg. von Pastor Engelke

Eiserne Blätter:

Rudolf Paulsen: Deutschtum, Mystik und Rationalismus (6/1933)
Besprechung des Buches von Reinhold Wulle „Schuldbuch der Republik“ (15/1933)
Bemerkungen von Gottfried Traub zum „Geist von Potsdam“ (18/1933)
P. Pl: Die weltanschaulichen Hintergründe der gegenwärtigen deutschen Lage in Volk und Staat (20/1933)
Friedrich Konrad Arter: Deutschlands Weg zum autoritärwn Führerstaat (43/1933)
Friedrich Hochstetter: Altes Te4stament und völkische Frömmigkeit (51/1933)
Gottfried Traub: Zum Sonntag (56/1933)
Ders.: Zu den augenblicklichen Wirrnissen in der evangelischen Kirche (56/1933)

Furche-Verlag:

Walter Grundmann: Gott und Nation. Ein evangelisches Wort zum Wollen des Nationalsozialismus und zu Rosenbergs Sinndeutung

Elisabet van Randenborgh. Neu ward mein Tag
Gertrud Staewen-Ordemann: Menschen der Unordnung. Die proletarische Wirklichkeit im Arbeiterschicksal der ungelernten Großstadtjugend

Theodor Wurm: Lebensrätsel und Gottesglaube. Ein Wort zu den Nöten der Gegenwart
Martin Haug: Die Kirche des Neuen Testaments
Volker Herntrich: Völkische Religiosität und Altes Testament

Der Aufbau. Evangelische Hefte zur Gegenwart:

Karl Themel: Kapitalsknechtschaft?
Gerhard Krause: Neuordnung der Dinge

G. Kinge: Glaube oder Wissenschaft?
Ernst Rudolph: Klassenkkampf oder?
Otto Henneberger: Stimme des Blutes oder Wort Gottes?
Wilhelm Koepp Offenbarung?
Karl Themel: Dienst an der Gemeinde. Ein Wegweiser für altpreußische Kirchenvertreter
Werner Rautenberg: Sippentod oder Volksaufbau?
Otto Michaelis: heute war es. Begleiter durch das Jahr
Zuckschwerdt, O.: Wie feiern wir den Schulgottesdienst am Reformationsfest?
Emanuel Hirsch: Das kirchliche Wollen der deutschen Christen
Der Tag der Toten. Gedanken zum Totensonntag

<u>Der Vormarsch. Unabhängige Monatsschrift für reformatorisches Christentum, Leipzig 3. Jg., hg. von Fritz Söhlmann</u>
Bringt in Heft 7/8: Nationale Revolution – Reformation:

- **Söhlmann: Bekenntnis ist not!**
- **Hans Beyer: Die Entscheidung fällt im Nationalsozialismus**
- **Friso Melzer: Der evangelische Sinn des „Reiches“**
- **Heinrich Steege: Dienst an der nationalen Erhebung**
- **Andreas Pfennig: Ständestaat und soziale Frage**

- **Söhlmann bringt in der Umschau unter dem Titel „Politik und Christentum“**
  einen Überblick über die theologische und kirchliche Literatur 1932/33:
- **Wach auf, wach auf du deutsches Land“. Vier Vorträge zum Altonaer Bekenntnis, Hamburg 1933**
- **Hans Asmussen: Politik und Christentum, Hamburg 1933**
- **Friedrich Gogarten: Politische Ethik, Jena 1932**

Heft 9:

- **Zum letzten Heft des „Vormarsch“**
- **Dr. Otto Henning Nebe: Zu Luthers Lehre von der Obrigkeit**
- **Fritz August: Die Kirche als Schicksalsfrage der nationalen Revolution**
- **Andreas Pfenning: Die „soziale Frage“ im Faschismus und Nationalsozialismus**
- **Söhlmann: Weltprotestantismus und Nationalsozialismus**

Der Weg der Gemeinde. Schriften von Glaubenserkenntnis und Glaubensgehorsam:
Thomas: Besinne Dich!
Ders.: Die Kirche Christi in der Welt
Ders. Im Kampf zweier Welten,
Jeep: Kennen wir Jesus Christus?
Ders.: Das Rätsel Gott
Ders.: Hat Beten Zweck?
Otto: Politik und Christ
Richter: Astrologie. Wahrheit oder Wahn?
Zimmermann: Das Wagnis der Ehe

Adolf Schlatter: Die neue deutsche Art in der Kirche
Fritz Engelke: Christentum deutsch!
H. Rust: Morgenglanz der Ewigkeit. 12 Predigten
Paul Le Seur: Erinnerungen an Adolf Stoecker
B. Laun: Die geschlossene Wirtschaft. Soziologische Grundlegung des Autarkieproblems
F. Kattenbusch: Zeitenwende auch in der Theologie
F. Fischer: Die Sendung der christlichen Kirche im deutschen Freiheitskampf
Grünagel: Die Geisteslage der Gegenwart in evangelischer Schau
F. Koch: Die Kirche im Dritten Reich

Bekennende Kirche:
H. 1: Niederauer Thesen. Thesen zur Volksmission
H. 2: Christian Stoll: Das Bekenntnis der Kirche
H. 3: Theodor Ellwein: Gesetz und Evangelium
H. 4: Eduard Putz. Völkische Religiosität und christlicher Gottesglaube
H. 5: Friedrich Loy: Menschenfragen und Gottes Antwort
H. 7: A. Schlatter/G. Schmidt/Chr. Stoll: Das alte Testament als Buch der Kirche
H. 8: Wilhelm Vischer: Hiob, ein Zeuge Jesu Christi
H. 9: Christian Keyßer: Das größte Werk der Welt
H. 10: Eduard Ellwein: Der Menschensohn
H. 11: Hans Lauerer: Kirche und Staat, ein evangelischer Unterricht
H. 12: H. Steege: Das Bekenntnis der Kirche in den Liedern der Reformation
H. 13: G. Schmidt: Das alte Testament und der evangelische Religionsunterricht
H. 14: Christian Stoll: Mythus? Offenbarung!
H. 15: Julius Sammetreuther: Die falsche Lehre der „Deutschen Christen“
H. 16: Georg Merz: Bekenntnis, Glaubensgewißheit, Lebensführung
H. 17: Alfred Lukait: Was ist evangelischer Glaube?
H. 18: Tobias Pöhlmann: Theologie der Geschichte

H. 19: Kurt Frör: Von der Landeskirche zur Reichskirche
H. 20: Hermann Sasse: Das Volk nach der Lehre der Kirche

<u>Weitere Veröffentlichungen:</u>

Bodelschwingh: Lebendig und frei. Predigt in der Zionskirche Berlin am 1. Pfingsttag
(DEB Nr. 24)
Karl Barth:
Erklärung des Philipperbriefes
Ders.: Theologische Existenz heute
Ders.: Reformation als Entscheidung
Ders.: Lutherfeier 1933
Ders.: Für die Freiheit des Evangeliums
Georg Wobbermin: Wort Gottes und evangelischer Glaube. Eine Auseinandersetzung mit Karl Barth
W.v. Loewenich: Luthers theologia crucis
Meinzold: Die neue Reichskirche
Wilhelm Richter: Ein deutsches Vaterunser. Fünf Predigten vom 10. Juli bis 13. August im Berliner Dom
Paul Althaus: Die deutsche Stunde der Kirche
A. Dannemann: Jugend bekennt sich zu Jesus Christus und Nationalsozialismus
L. Reeg: Ein deutscher Weg zu Jesus

Evangelische Bildkammer:

„Deutsche Christen“ 80 Bilder mit Text

Fortpflanzung und Vererbung, insbesondere beim Menschen

Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik
Rassenkunde und Familienforschung

Das Evangelische Berlin:

Vortrag von Emanuel Hirsch am 30. Januar vor der Luthergesellschaft über „Luther und die Politik“, Bericht Nr. 6

Prälat Schoell: Gebt dem Staate, was des Staates und der Kirche, was der Kirche ist!
(Nr. 14)
Paul Althaus: Stellvertretung. Zum Karfreitag 1933 (Nr. 16)

Friedrich von der Ropp: Die Kirche in der Entscheidung. Forderungen der christlichen Kampfschar (Nr. 16)

Gottesdienste zum Tag der Arbeit (Nr. 19)
Hindenburg im Gottesdienst bei Semesterbeginn (Nr. 20)
Beratungsstelle zum Wiedereintritt (Nr. 21)
Pfingstpredigt von Bodelschwingh (Nr. 24)
Rede von Rust (Nr. 27)
Die Gründe für die Bestellung des Staatskommissars (ebd.)

Das große Werk der Neuordnung der Kirche (S. 239 ff)
Neue Männer in der Führung (Nr. 27)
Brandenburgische Provinzialsynode am 24. August (Nr. 33):

Massentrauungen (ebd.)
Pfarrer Loerzer über das Programm der DC (ebd.)
Müller: Wir brauchen ein neues Pfarrergeschlecht (ebd.)
Der Kampf der Studenten für die neue Kirche (ebd.)
Die Beschlüsse der Brandenburgischen Provinzialsynode (Nr. 35)

Die Führer der deutschen Christen (Nr. 36)
Hossenfelder Bischof von Brandenburg (Nr. 37)
Rede von Frick in Wittenberg (Nr. 38)
Wittenberg feiert Martin Luther und sein Werk (ebd.)
Zahlen und Tatsachen aus der Wiedereintrittsbewegung (ebd.)

Das Programm der Nationalsynode (Nr. 39)
Was erwartet der SA-Mann von der Kirche? (Nr. 41)
Das evangelische Berlin huldigt dem Reichsbischof (Nr. 41)

Die Minister des Reichsbischofs (ebd.)
Müller-Schwefe: Die Männer in der Kirche (Nr. 42)
Die Innere Mission unter neuer Führung (Nr. 43)
Kundgebung des Reichsbischofs zu Luthers Geburtstag (Nr. 44)
Dr. Karow Bischof von Berlin (Nr. 45), seine feierliche Einführung (ebd.)
Reichspräsident und Reichsbischof vor den Studenten (Nr.46)
Das evangelische Berlin feiert das Gedächtnis Luthers (ebd.)
Zänker: Volksmission im Dritten Reich (ebd.)
Alfred Jeremias: Evangelisches Christentum und Katholizismus
Eduard Thurneysen: Die Vergebung der Sünden
Adolf Köberle: Menschenkraft und Gotteskraft
S. Laukamm: Kirchgang. Eine Führung zu neuem Verständnis evangelischen Gottesdienstes

Wilhelm Rehm (Hg.) Mit Gott wollen wir Taten tun. Predigten und Ansprachen

Der Hochweg:
Georg Muntschick: Das Wort der Kirche zum Feiertag der nationalen Arbeit (S. 205 ff)

Glaube und Volk, hg. Heinrich Rendtorff, ab 1. Januar 1932
<u>Nr. 1:</u>
Rendtorff: Kampfaufgaben
Hermann Wolfgang Beyer: Opfertod
Emanuel Hirsch: Etwas von der christlichen Stellung zum alten Testament, 1. Teil
Gustav Hartz: Glaube und Arbeitertum
Nr. 2:
Rendtorff: Furcht und Vertrauen
Hirsch: Etwas von der Stellung zumn alten Testament, Teil 2
Magdalene von Tiling: Vom Staat
Graf von der Goltz: Zusammenarbeit
Heft 3:
Rendtorff: Entscheidung
Gensichen: Evangelische Kirche und Nationalsozialismus
Machleidt: Bündische Jugend und Kirche
Heft 4:
Rendtorff: Das Wort vom Kreuz
Graefe-Goldebee: Christlich und Deutsch
Pflugk: Deutscher Gottesglaube
Günther: Protestantismus und Demokratie
Heft 5:
Hirsch: Das Ewige und das Zeitliche
Zoellner: Die synodal verfasste Landeskirche vor der Forderung der Gegenwart
Von Arnim-Kröchlendorf: Mit Luther zum Sieg
Von Berg-Markienen: Was will die Positive Union?
Heft 6:
Von Walter: Die Annahme des Christentums durch die Germanen
Machleidt: Ludendorff als Feind des Reiches
Günther: Der Christliche Staatsmann
Heft 7:
Die christlich-deutsche Bewegung zur Kirchenpolitik
Rendtorff: Christus der Herr
Klinge: Kirchenwahlen und Parteipolitik
Grell: Neuer Most in neuen Schläuchen!
Eger: Das Gebot der Stunde (Grundsätze und Ziele der Volkskirchlichen ev. Vereinigung)
Sudemund: U/nter Gottes Gericht?

Reinhard: Reichsreform und Kirche
Heft 8:
Rendtorff: Die Kirche und das Dritte Reich
Günther: Der Ludus de Antichristo, ein christlicher Mythos vom Reich und dem deutschen Herrscheramte
Stackelberg: Was heißt Glauben?
Heft 9:
Günther: Um die Obrigkeit
Hasse: Glaube und Volkstum
Kögel: Glaube und Volkstum in der afrikanischen Religiosität
Höllenriegel: Das Nerin der Mitarbeit
Heft 10:
Rendtorff: Der Dienst der Theologie an der Geschichte
Beyer: Die Kirche im Kampf
Machleidt: Bismarck, der christliche Staatsmann
Heft 11:
Althaus: Das Reich
Beyer: Die Kirche im Kampf (Schluss)
Gennrich: Ostpreußens geschichtliche Sendung
Caspari: Der Mischmensch
Heft 12:
Rendtorff: Begründung echter Obrigkeit
Günther: Die Geschichte des deutschen Glaubens
Becker: Ressentiment gegen das Leben
Schmidt-Rohr: Von der seelischen Schädigung durch Zweisprachigkeit

Christlich-deutsche Schriftenreihe:
Hans Blüher: Deutscher Katechismus des Christentums
Georg Schultze: Unsere Verantwortung vor Gott und vor der Geschichte
Friedrich Wieneke: Christentum und Nationalsozialismus
Werner Wilm: Nie wieder Krieg – einer falsche Parole
Werner Wilm: Der Kampf um die Kirche und die Kirchenverfassung
Heinrich Rendtorff: Das Wort Gottes über das Volk
Eberhard Kautter: Wirtschaft, Schöpfungsrdmnung, Kirche
Handtmann: Dier Stellung der Kirche zu Volk und Staat
Andreas Duhm: Der Kampf um die deutsche Kirche. Eine Kirchengeschichte
des Jahres 1933/34,
Sieben Hefte Gotha 1933/34

Der Weg der Gemeinde. Schriften von Glaubenserkenntnis und Glaubensgehorsam:
Thomas: Besinne Dich!,
Ders. Die Kirche Christi in der Welt

Ders. Im Kampf zweier Welten
Jeep: Kennen wir Jesus Christus?
Ders.: Das Rätsel Gott
Ders.: Hat Beten Zweck?
Otto: Politik und Christ
Richter: Astrologie. Wahrheit oder Wahn?
Zimmermann: Das Wagnis der Ehe
Adolf Schlatter: Die neue deutsche Art in der Kirche
Fritz Engelke: Christentum deutsch!
H. Rust: Morgenglanz der Ewigkeit. 12 Predigten
Paul Le Seur: Erinnerungen an Adolf Stoecker
B. Laun: Die geschlossene Wirtschaft. Soziologische Grundlegung des Autarkieproblems
F. Kattenbusch: Zeitenwende auch in der Theologie
F. Fischer: Die Sendung der christlichen Kirche im deutschen Freiheitskampf
Grünagel: Die Geisteslage der Gegenwart in evangelischer Schau
F.Koch: Die Kirche im Dritten Reich

Deutschchristliche Publizistik

Christuskreuz und Hakenkreuz, hg. Friedrich Coch, Hauptschriftleiter Dr. Walter Grundmann, Weimar 1933

Briefe an Deutsche Christen, hg. Siegfried Leffler, Weimar 1932 ff
Der deutsche Sonntag, hg. Dr. Schairer, Stuttgart 1933 ff
Evangelium im Dritten Reich, hg. Johannes Schleuning, Berlin 1933 ff
Dazu eine Fülle von Zeitungen und Zeitschriften auf örtlicher und regionaler Ebene

Zum Lutherfest

Karl Bauer: Luthers Aussehen und Bildnis
Will Vesper: Martin Luthers Jugendjahre
Dekorationsfähnchen mit Lutherbild und Spruch „Ein feste Burg ist unser Gott“
„Luthertag“. Liturgische Zettel für den Gemeindegottesdienst
Joachim Iwand: Leben und Lehre. Etwas über vergessene Schätze aus Luther-Theologie
A. Thiel; Luther 1483-1522
Martin Luther. Dargestellt von Freunden

Weiteres zum neuen Religionsunterricht:

Otto Eberhard: Zur volks- und staatspolitischen Aufgabe der religiösen Unterweisung (Pastoralblätter 33/34, 600 ff)

H. Traue: Millionen arischer Menschen im Glaubenskampf. 40 arische Fragen an Bibel und Kirche, 40 bekenntnismäßige Antworten, Braumschweig 1934

Tögel: Der Religionsunterricht im neuen Deutschland, Leipzig 1933

L.F. Clauß: Die nordische Seele, Artung, Prägung, Halle 1923, München 1933

Hans Schlemmer: Vererbungsawissenschaft und Religionsunterricht, Frankfurt /M. 1934

Kurt Frör: Was ist evangelische Erziehung? München 1933

<u>Zeitgenössische Literatur: Weimarer - und frühe NS-Zeit</u>

Ahlhorn, Knud: Das Freideutschtum in seiner politischen Auswirkung, 1923

Ders.: Die freideutsche Jugendbewegung, München 1924

Algermissen, Konrad: Die Gottlosenbewegung der Gegenwart und ihre Überwindung, Hannover 1933

Altonaer Bekenntnis: Wach auf, wach auf, du deutsches Land, Hamburg 1933

Alpers, Paul (Hg.): Der Krist. Bekenntnisse deutscher Christen vom Heliand bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. 1934

Alter, Junius: Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum, Leipzig 1930

Darin: Heinrich Claß, Wolfgang Kapp, Albrecht von Graefe, Reinhard Wulle, Graf Ernst zu Reventlow, Hermann Ehrhardt, Artur Mahraun, Franz Seldte, Adolf Hitler, Alfred Hugenberg, Graf Rüdiger v. d. Goltz, Erich Ludendorff, Die Stahlhelmprinzen

<u>Althaus, Paul:</u>
Das Erlebnis unserer Kirche, Leipzig 1924
Ders.: Evangelium und Leben. Gesammelte Vorträge, Gütersloh 1927
Ders.: Leitsätze zur Ethik, Erlangen 1928

Ders.: Der völkische Wille im Lichte des Evangeliums, Gütersloh 1928 (Rede auf dem Königsberger Kirchentag 1927)
Ders.: Das Vaterland. In: Der Student vor Gott. Motive zur Neugestaltung des inneren Lebens in der deutschen akademischen Jugend, hg. von Georg Muntschick, Berlin 1930
Ders.: Staatsgedanke und Reich Gottes, Langensalza 1931
Ders.: Artikel Vaterlandskliebe, in RGG 5, 2. Aufl. 1931
Ders.: Gegen den nationalsozialistischen Bazillus, in: AELKZ 1932, 62ff
Ders.: Gott und Volk, in: AELKZ 65, 1932, Sp. 722 ff u. 746 ff
Ders.: Die deutsche Stunde der Kirche, Gütersloh 1933
Ders.: Christus und die deutsche Seele, Gütersloh 1934
Ders.: Theologie der Ordnungen, Gütersloh 1934
Ders.: Kirche und Staat nach lutherischer Lehre, Leipzig 1935
Ders.: Politisches Christentum. Ein Wort über die Thüringer Deutschen Christen,
1935
Ders.: Obrigkeit und Führertum. Wandlungen des evangelischen Staatsethos,
Gütersloh 1936

Althaus, Paul / Hirsch Emanuel: Evangelische Kirche und Völkerverständigung. Eine Erklärung, in: ThBl 41, 1931, 177f

Anacker, Heinrich: Die Trommel. SA-Gedichte, München 1932

Andachtsbuch der Bekennenden Kirche: „Ihr sollt meine Zeugen sein“ 1935

Andersen, Friedrich (u. a.): Deutschchristentum auf rein evangelischer Grundlage, 95 Leitsätze zum Reformationsfest 1917, Leipzig 1917
Ders.: Der richtige Jesus. Versuch, durch alle zeitgeschichtlkichen Hüllen hindurch zu dem tiefsten Wesen des Christentums zu führen,
Stuttgart 1926
Ders.: Nicht Steine, sondern Brot! Nicht Theologie, sondern Religion, Berlin-Schlachtensee 1931
Ders.: Der deutsche Heiland. Versuch einer Darstellung des deutschchristlichen Gkaubens- und Kirchenideals,
Berlin- Schlachtensee 1932

Anonym: Die NSDAP als politische Ausleseorganisation:
Die geschichtliche Stellung der NSDAP
Der Nationalsozialismus als Idee und Organisation
Die NSDAP als politische Ausleseorganisation
Die deutsche Führerverfassung

Anonym: Was erwartet der SA-Mann von der Kirche?

(Wort und Tat 11, 1933)

Anonym: „Gegen den nationalsozialistischen Bazillus“ (AELKZ 1932, 62 ff)

Anton (Hg.): Nationale Feiertagspredigten und Ansprachen, Leipzig 1935

Apologetische Zentrale (Hg.): Der Kampf gegen Gott. Ein Merkbuch,

Berlin-Steglitz 1931

Dies.: (Hg.): Stoffsammlung für Schulungsarbeit Nr. 23-25: Vom Ringen um eine arteigene „Deutschreligion“, Berlin 1934

Dies.: Der Weg der Kirche von 1932 bis 1937, Berlin-Spandau 1937

Arbeitslosigkeit und Siedlung. Berichte. Hg. vom deutschen Archiv für Siedlungswesen, 1932

Archiv für Jugendwohlfahrtspflege (Hg.): Kleines Handbuch der Jugendverbände, Berlin

Arnold, Eberhard: Die Religiosität der heutigen Jugend, Berlin 1919

Asmussen, Hans:
Politik und Christentum, Hamburg 1933
Ders.: Christ – Kirche- Staat im politischen Leben der Gegenwart, o. J.
Ders. (Hg.): Das Wort und Bekenntnis Altonarer Pfarrer in der Not und Verwirrung des öffentlichen Lebens, 1933 (Krumwiede, Ev. Kirche und Theologie in der Weimarer Republik, 240 ff)

Ders: Reichskirche? 1933

Ders.: Neues Bekenntnis? Ein Beitrag zum Neubau der Kirche, Berlin 1933
Ders.: Kreuz und Reich, 1934
Ders.: Barmen! München 1935
Ders.: Theologie und Kirchenleitung, München 1935
Ders.: Gottesgebot und Menschengebot, München 1936
Ders. mit Rechtsanwalt Dr. Fiedler: Glaube und Recht in der Kirche

Bäumler, Alfred: Nitzsche, der Philosoph und Politiker, Leipzig 1932

Baerwald, Fr.: Das Erlebnis des Staates in der Jugendbewegung, Berlin 1921

Baetke, Walter: Arteigene germanische Religion und Christentum, Berlin und Leipzig 1933
Ders.: Art und Glaube der Germanen, Hamburg 1934
Ders.: Wesenszüge nordischer Frömmigkeit, Gütersloh o.J.

Baltrusch, Friedrich: Gewerkschaftsbewegung und Wirtschaftsgestaltung, Berlin-Wilmersdorf 1924

„Bamberger Erklärung“ des Alldeutschen Verbandes, in: Alldeutsche Blätter v. 1.3.1919

Bartels, Adolf: Der völkische Gedanke. Ein Wegweiser, Weimar 1923
Ders.: Der Nationalsozialismus, Deutschlands Rettung, Leipzig 1925

Barth, Karl:

Der Christ in der Gesellschaft. Eine Tambacher Rede mit einem Geleit von Hans Ehrenberg, Würzburg 1920 (in: Krumwiede, Kirche und Theologie in der Weimarer Republik, 33ff)

Ders.: Quousque tandem? In: Zwischen den Zeiten 1930, 1ff (Krumwiede, Kirche und Politik in der Weimarer Zeit, 227ff)
Ders.: Die Not der evangelischen Kirche, in: Zwischen den Zeiten 1931, 89ff
In: Theologische Existenz heute:
Nr. 1: Theologische Existenz heute, 1933
Nr. 2: Für die Freiheit des Evangliums, 1933
Nr. 3: Reformation als Entscheidung, 1933
Nr. 4: Lutherfeier 1933 (Karl Barth)
Nr. 5: Die Kirche Jesu Christi, 1933
Nr. 7: Gottes Wille und unsere Wünsche, 1934
Nr. 9: Offenbarung, Kirche, Theologie, 1934
Nr. 10: Der gute Hirte, 1934
Nr. 12: Der Christ als Zeuge, 1934
Nr. 13: Der Dienst am Wort Gottes, 1934
Nr. 14: Nein! Antwort an Emil Brunnder, 1934
Nr. 17: Drei Predigten, 1934
Nr. 19: Vier Bibelstunden über Luk 1, 1935
Nr. 22: Vier Predigten, 1935
Nr. 25: Das Evangelium in der Gegenwart, 1935
Nr. 27: Die Kirche und die Kirchen, 1935
Nr. 28: Die theologischen Voraussetzungen kirchlicher Gestaltung, 1935
Nr. 32: Evangelium und Gesetz, 1935
Nr. 29: Das Bekenntnis der Reformation und unser Bekennen, 1935
Nr. 37: Calvin, 1936
Nr. 43: Calvinfeier, 1936
Nr. 47: Gottes Gnadenwahl, 1936

Gegen Karl Barth und die Bekennende Kirche:

Lehbrink, Th.: Von Gott und Obrigkeit, Gladbeck 1935

Lorenz: Warum wir die „Bekennende Kirche“ ablehnen, Breslau o. J.

Tügel, Franz: Unmögliche Existenz! Ein Wort wider Karl Barth, Hamburg 1933

Schlemmer: Von Karl Barth zu den deutschen Christen. Ein Wort zum Verständnis der heutigen theologischen Lage, Gotha 1934

Werdermann, Hermann: Martin Luther und Adolf Hitler, 1935

Petersmann, Werner: Das Barmer Bekenntnis. Text und Erörterung, Gnadenfrei 1935

Gogarten, Friedrich: Gericht oder Skepsis. Eine Streitschrift gegen Karl Barth, Jena 1937

Barth, Richard: Das Vaterunser-Evangelium. Die frohe Botschadft unseres Heilandes im Rahmen des Vaterunsers, Weimar 1934

Bäumler, A.: Nietzsche, der Philosoph und Politiker, Leipzig 1931

Bauer: Schwert im Osten?

Bauer, Wilhelm: Feierstunden Deutscher Christen, Weimar 1935

Baumgarten, Otto: Kreuz und Hakenkreuz, Gotha 1926
Ders.: Meine Lebensgeschichte, 1929

Bausch, Paul: Der Kampf um die Freiheit des Christen im politischen Leben. Sozialistisch? Bürgerlich? Oder christlich? Korntal-Stuttgart o. J.

Bavink, Bernhard: Organische Staatsauffassung und Eugenik, Berlin 1933

Bechly, H.: Die Führerfrage im neuen Deutschland, Hamburg 1928

Beckmann, Joachim:
Die völkische Bewegung und die evangelische Kirche,
(Das Ev. Westfalen, Juli/August 1931)
Ders.: Der Kollektivmensch und der wirkliche Mensch, (Ziele und Wege, Jan./März 1932, Heft 1 und 3)

Blüher, Hans

Wandervogel. Die Geschichte der Jugendbewegung, Bd. 1: Heimat und Aufgang, (1911), Bd. 2: Blüte und Niedergang, Bd.3: Der Wandervogel als erotisches Phänomen, Berlin-Tempelhof 1913

Ders.: Der Charakter der Jugendbewegung, Lauenburg 1921

Ders.: Die Aristie des Jesus von Nazareth. Philosophische Grundlegung der Lehre und der Erscheinung Christi (Christologie), Prien 1921

Ders.: Gesammelte Aufsätze, Jena
Ders.: Führer und Volk in der Jugendbewegung, Jena
Ders.: Deutscher Katechismus des Christentums, Küstrin 1930
Ders.: Der Standort des Christentums in der lebendigen Welt, Hamburg 1931
Ders.: Die Erhebung Israels wider die christlichen Güter, Hamburg 1931
Ders.: Streit um Israel (zusammen mit Hans-Joachim Schoeps), Hamburg 1933

Bodelschwingh, Friedrich von: seine Berufung zum Reichsbischof, Gotha 1933

Ders.: Wort und Bekenntnis nach Luthers kleinem Katechismus,

Bethel 1934

Ders.: Wort und Dienst nach dem 2. Korintherbrief, Bethel 1934

Böhm, Hans: Kirche und junge Generation im Ringen der Zeit,

Berlin 1933

Boehm, Max Hildebert: Die deutschen Grenzlande, 1930

Ders. und Karl C. von Loesch (Hg.): Zehn Jahre Versailles, Berlin 1930
Ders.: Das eigenständige Volk. Volkstheoretische Grundlagen der Ethnopolitik und Geisteswissenschaften, Göttingen 1933

Ders.: Der Bürger im Kreuzfeuer, Göttingen 1933

Böhme, Theodor: Die christlich-nationale Gewerkschaft, Stuttgart 1930

Böhmer, Heinrich: Der junge Luther, Gotha 1925

Boge, Manfred: Volk ringt um Gott, Breslau 1935

Bogner, Hans: Die Bildung der politischen Elite, Oldenburg 1932

Bornkamm, Heinrich: Luther und der deutsche Geist, Tübingen 1934

Brandt, Theodor: Die Kirche im Wandel der Zeit, Bd. IV Die neue Zeit, Bad Salzuflen 1936

Brauweiler, Heinz: Berufsstand und Staat. Betrachtungen über eine neuständische Verfassung des deutschen Staates, Berlin 1926

Bornhausen, Karl: Gott, Christus, Volk. Mit einem Vorwort von Siegfried Leffler, Weimar 1934

Bornkamm, Heinrich: Luther und der deutsche Geist, Tübingen 1934

Brand, Wilhelm: Das Gesetz Israels und die Gesetze der Heiden bei Paulus und im Hebräerbrief, München 1934

Braun, Walter: Heidenmission und Nationalsozialismus, Berlin 1932

Brausewetter, Artur: Eine neue Kirche, Leipzig 1933

Breit, Thomas (Hg.):
Reformation gestern und heute, München 1930
Ders.: Staat und Kirche, Eine Predigt zur nationalen Revolution, in: Wort und Tat 1933, 129ff
Ders. (Hg.): Die Deutsche Evangelische Nationalsynode am 9. August 1934 (Als Manuskript gedruckt)
Ders.: Bekenntnisgebundenes Kirchenregiment, München 1936

Brunner, Emil:
Der Staat als Problem der Kirche, Bern und Leipzig 1933
Ders.: Um die Erneuerung der Kirche, Leipzig 1934
Ders.: Von den Ordnungen Gottes, Bern und Leipzig
Ders.: Die reformatorische Botschaft und die Wirtschaftsfrage, Bern und Leipzig
Ders.: Um die Erneuerung der Kirche. Ein Wort an alle, die sie lieb haben, Bern/Leipzig 1934
Ders.: Der Mensch im Widerspruch. Die christliche Lehre vom wahren und wirklichen Menschen, Berlin 1937

Breitling, Richard: Hans Blüher und Wilhelm Stapen, in: ChW 47, 1933, Sp. 451 ff

Brunstäd, Friedrich:
Eigengesetzlichkeit des Wirtschaftslebens? Leipzig 1925
Ders.: Deutschland und der Sozialismus, Berlin 1927

Ders.: Die soziale Aufgabe der Kirche, 1930
Ders.: Das Eigentum und seine Ordnung, 1930
Ders: Adolf Stoecker. Wille und Schicksal, Berlin 1935
Ders.: Die Kirche und ihr Recht, Halle 1935

Büchner, Fritz (Hg.): Was ist das Reich? Eine Aussprache unter Deutschen.

Mit Beiträgen von E. Frh. von Aretin, Rudolf Borchardt, Fritz Büchner, Eugen Diesel, Hans Grimm, Gunther Ipsen, Tim Klein, Albert Mirgeler, Friedrich Reck-Malleczewen, Erwin Reisner, Wilhelm Schäfer, Franz Schauwecker, Friedrich Alfred Schmid Noporr, Heinrich Ritter von Srbik, Oldenburg 1932

Büchsel, Friedrich: Die artgemäße Religion der Deutschen, Schwerin 1934

Bultmann, Rudolf:

Die Aufgabe der Theologie in der gegenwärtigen Situation (Gegen Denunziantentum und Diffamierung der Juden) (Theolog. Blätter 6, 1933)

Ders.: Der Arier-Paragraph in der Kirche Theol. Bl. (12/1933)

Bund Religiöser Sozialisten:

Erklärung gegen den Faschismus

(Zeitschrift Religiöser Sozialismus 1930, 311)

Christentum und Faschismus sind unvereinbar (Internationaler Ausschuss der Religiösen Sozialisten) Kirchliche Unschuldspropaganda (Zeitschrift Religiöser Sozialismus 3, 1932)

Der Bund religiöser Sozialisten zur Reaktion in der Kirche (ebd. 7, 1933)

Buttmann, Rudolf: Nationalsozialismus und Kirche

(Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932)

Chamberlain, Houston Steward: Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, ,

2 Bde München 1922

Ders.: Der Verkünder und Begründer einer deutschen Zukunft, hg. von Alfred Rosenberg, München 1927

Ders.: Chamberlain: Der Seher des Dritten Reiches, Auslese aus seinen Werken von Georg Schott, München 1933

Coch, Friedrich: Die Kirche im 3. Reich, Leipzig 1933

Cordes, J.G.: Die soziale Aufgabe der Kirche, Göttingen 1932

Cordier, Leopold:
Die religiöse Krisis der Gegenwart, Herborn 1924
(Christdeutsche Bücherei)
Ders.: Evangelische Jugendkunde Band I – III, Schwerin 1925, 1927, 1929
Ders. (Hg.): Der junge Mann. Eine Physiologie, Psychologie und Soziologie des jungen Mannes, sowie ein Überblick über die Geschichte und Zielsetzung des evangelischen Jungmännerwerkes in Deutschland, Kassel-Wilhelmshöhe 1927

Darin: Kertz, Gustav: Der junge Industriearbeiter

Craemer, Rudolf: Der Kampf um die Volksordnung, Hamburg 1933
Ders.: Reformation als politische Macht, Göttingen 1933

Cramer, Karl: Mit Luther gegen den Bolschewismus, Erlangen o. J.

Curtius, Ernst Robert: Deutscher Geist in Gefahr, Stuttgart/Berlin 1932

Czech-Jochberg: Hitler. Eine deutsche Bewegung, 1931

Dähnhardt, Heinz: Der Faschismus (Deutsches Volkstum 1/1927)

Dannenmann, Arnold:

Die Geschichte der Glaubensbewegung Deutsche Christen, Dresden 1933

Ders.: Deutsche Jugend bekennt sich zu Christus und Nationalsozialismus,

Dresden 1933

Ders.: Gegen die Unentschiedenen, Berlin 1938

Darré, Walter: Neuadel aus Blut und Boden, München 1930

Das neue Deutschland und die Judenfrage. Aufsätze, 1933:

Ernst von Reventlow, Ernst Wolzogen, Gottfried Feder, Hans Blüher, Artur Dinter, Major Buchrucker, Wilhelm Stapel, S. Passarge u. s.)

Degenfeld, Udo (Karl Udo Iderhoff): Jesus in unserem Schülerleben. Bilder aus einer Jugendbewegung, Berlin 1917, 1920

Dehn, Günther:
Proletarierjugend, Berlin-Lichterfelde 1912
Ders.: Großstadtjugend, Berlin 1919
Ders.: Das Problem der Arbeiterjugend, Sollstedt 1920
Ders.: Jugendpflege, Jugendbewegung –und was weiter? Halle 1922
Ders.: Freie proletarische Jugend, ihre Entwicklung und Aufgabe, Lauenburg 1922
Ders.: Proletarische Jugend. Berlin 1929
Ders.: Kirche und Völkerversöhnung. Dokumente zum Halleschen Universitätskonflikt, Berlin 1931 (in: Krumwiede, Kirche und Politik in der weimarer Republik, 209ff)

Delekat, Friedrich: Die Kirche Jesu Christi und der Staat, Berlin 1933

Der Christliche Student. Mitteilungen aus einer christlichen Studentenbewegung, hg. von der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung (DCSV) Nr. 377-390, 1932-1934

Deubel, Werner (Hg): Deutsche Kulturrevolution. Weltbild der Jugend, Berlin 1931

Deutsche Politik. Ein völkisches Handbuch, hg. von Wilhelm Berensmann, Wolfgang Stahlberg, Friedrich Koepp, Frankfurt/M. 1926, darin: - Ottmar Freiherr von Verschuer: Rasse, Martin Voelkel und Friedrich Koepp: Deutsches Volkstum,

Deutschvölkischer Katechismus, von einem deutschen Hochschullehrer,

3 Bände Leipzig 1929-32

Dibelius, Otto:
Das Jahrhundert der Kirche, Berlin 1927
Ders.: Friede auf Erden? Berlin 1930
Ders.: Die Verantwortung der Kirche. Eine Antwort an Karl Barth, Berlin 1931
Ders.: Predigt zur Reichstagseröffnung (Past.blätter 1932/33, 475ff)
Ders.: Christus und die Deutschen. Schriften in sechs Heften:

1. **Die Germanisierung des Christentums. Eine Tragödie**
2. **Die echte Germanisierung der Kirche**
3. **Der Kampf der Kirche als geschichtliche Tat**
4. **Die große Wendung im Kirchenkampf**
5. **Die Kraft der deutschen, in Gegensätzen zu leben**
6. **Der Gallier siegt doch, Berlin 1934-36**

Ders.: Heimkehr zum Wort. Ein Andachtsbuch aus der Bekennenden Kirche, Göttingen 1934

Diehl, Guida:
Erneuertes Christentum, Eisenach 1932
Dies.: Die evangelische Frau zur Reichstagswahl (EDR 4/1932)
Dies.: Frauenstolz und Frauenwürde (ebd. 7/1932)

Diem, Hermann: Die Substanz der Kirche, München 1935
Ders.: Die Sichtbarkeit der Kirche, München 1936

Diesel, Eugen: Die deutsche Wandlung. Das Bild eines Volkes, Stuttgart 1929

Dietrich, Max: Ludwig Müller (EDR 1933, 236f)

Dinggräve: Wo steht die junge Generation? Jena 1931
Ders.: Wohin treibt Deutschland? Jena 1932

Dinter, Arthur: Die Sünde wider das Blut, Leipzig 1918
Ders.: Urprung, Ziel und Weg der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung
Ders.: Das völkische Programm, Weimar 1924

Doehring, Bruno:

Entscheidungskampf, Berlin 1932

Ders.: Christus bei den Deutschen. Eine Predigtreihe im Dom zu Berlin gehalten von Hofprediger D. Bruno Doehring, Berlin 1934

Ders.: Die Fehlleitung der nationalen Bewegung durch Adolf Hitler. Aus seiner Weltanschauung erklärt, Berlin 1932

Dörries, Hermann:
Kirche vor dem Anspruch der Nation, Leipzig 1933
Ders.: Bildungslehre der evangelischen Theologie, Berlin 1933
Ders.: Luther und Deutschland, Tübingen 1934
Ders.: Germanische Religion und Sachsenbekehrung, Göttingen 1934
Ders.: Was heißt Volkskirche? Leipzig 1935

Dollinger, Robert: Nationale und christliche Jugend (Sonderdruck)
Ders: Deutsche Männer vor Gott. Ein Gang durch die deutsche Geschichte, Berlin 1937

Domschke, Max: Glaube aus dem Blut? Die heidnisch-religiösen Strömungen der Gegenwart und das Christentum, Berlin 1934

Draeger, Hans: Der Arbeitsausschuss Deutscher Verbände, Berlin 1931

Drahn, Ernst / Berg, Ludwig / Seibert, Theodor / Gough, A. W.:
Im Kampf gegen Gott (Süddeutsche Monatshefte VIII/1931)

Duensing, Friedrich:
Die Gestaltung der Christlichen Pfadfinderschaft (CP) In: Handbuch für das evangelische Jungmännerwerk Deutschlands, Bd. 2, Wuppertal 1929, S. 308ff, hg. von Erich Stange
Ders. (Hg.): Der Ruf der Kirche, Steyerberg, darin:

- **Zeuge Gottes (Paul Gerhard Schäfer)**
- **Bekenntnis (Will Vesper)**
- **Die Stimme der alten Kirche**
- **Die Glocken Gottes (Wilei)**
- **Gespräch über die Kirche (Paul Jäger)**
- **Die Stimme Martin Luthers**
- **Christus und die werktätige Gemeinde (Wilei)**
- **Stimme des 19. Jahrhunderts**
- **„Der Ruf der Kirche in unserer Zeit" (Dr. Machleidt)**
- **Reichtum der Kirche (Rudolf Angermann)**
- **Die Stimme der Kirche in der Gegenwart**
- **Christliche Kirche oder völkische Religion? (Alexander Müller)**
- **Gottesdienst, Predigt und Gemeinde (Robert Dollinger)**
- **Gedicht: Das Lied vom letzten Reich (Horst Wesenberg)**

Ders. (Hg.): Für Jugend und Gemeinde:

- **Deine Kirche**
- **Feiernde Jugend**
- **Vom Lied**
- **Familie und Ehe**
- **„Waffenträger"**

(Sonderausgaben von „Auf Neuem Pfad")

Ders.: Artikel in: Evangelische Wahrheit, 1933/34 (Klügel 91f)
Ders.: Rundschreiben „Landeskirchliche Sammlung"

Ders.: Rechte lebendige Kirche – Das Evangelium derKirche und die neue Verkündigung der Thüringer deutschen Christen, Steyerberg 1937

Duhm, Andreas (Hg.): Der Kampf um die deutsche Kirche. Eine Kirchengeschichte des Jahres 1933/34 dargestellt für das evangelische Volk, 7 Teile, Gotha 1934

Dwinger, Edwin Erich: Wir rufen Deutschland. Heimkehr und Vermächtnis, Jena 1933

Eckart, Dietrich: Der Bolschewismus von Moses bis Lenin. Zwiegespräch zwischen Adolf Hitler und mir, München 1924

Eberhard, Otto: Volk und Gott. Zur volks- und staatspolitischen Aufgabe der religiösen Unterweisung, in: Past.bl. 32/33, 600ff

Eger, Hans: Luther und seine Bibel, München 1934

Eger, Johannes: Kirche und Volk, Berlin / Leipzig 1933

Ehlers, Hermann: Berlin marschiert, in: Neue Jugend. Älterenblatt des Bundes Deutscher Bibelkreise 1933, 74 ff

Ehrenberg, Hans:

Deutschland im Schmelzofen. Gewalten – Fronten – Entscheidungen,

Berlin 1932

Ders.: (Hg.): Wort und Bekenntnis westfälischer Pastoren zur Stunde der Kirche und des Volkes (Schmidt I, 33 ff)

Ders.: 72 Leitsätze zur judenchristlichen Frage (ebd. 66 ff)

Ders.: Bekenntnisfront (ebd. 73ff)

Ehrt, Adolf:

Bewaffneter Aufstand! Enthüllungen über den kommunistischen Umsturzversuch am Vorabend der nationalen Revolution,

Berlin-Leipzig 1933

Ders.: Totale Krise – totale Revolution? Die „Schwarze Front“ des völkischen Nationalismus, Berlin 1933

Eichler: Feldgottesdienst vor der SA bei einem Deutschen Tage über 1. Petrus 2, 10 (Past.bl. 33/34)

Eilemann, Johannes (Hg.): Kämpfen und Glauben. Wege zu Gott und Volk. Zeugnisse und Bekenntnisse deutscher Menschen, Leipzig 1935

Elert, Werner:
Ecclesia militans. Drei Kapitel von der Kirche und ihrer Verfassung, Leipzig 1933
Ders.: Bekenntnis, Blut und Boden, Leipzig 1934
Ders.: Die Herrschaft Christi und die Herrschaft von Menschen, Leipzig 1936

Ellwein, Theodor: Evangelische Lehre. Eine Laiendogmatik, München 1933
Ders.: Gesetz und Evangelium. In: Bekennende Kirche 3, München 1933
Ders.: Der Menschensohn, München 1934
Ders.: Kleine Glaubenslehre, München 1934

Engel, Wilhelm: Christenkreuz, Hakenkreuz oder Sowjetstern, Werdau 1932

Engelhardt, V.: Die deutsche Jugendbewegung als kulturhistorisches Phänomen, 1923

Engelland, Hans: Allein aus Gnaden! Die Lehre von der Rechtfertigung, München 1936

Engelke, Fritz: Christentum deutsch, Hamburg 1933
Ders.: Evangelische Kirche und NSDAP, in: NS-Monatshefte, H.. 27, München 1932
Ders.: Entchristlichung der Jugend. Eine Materialsammlung, Wuppertal-Barmen O. J.

Erb, J.: Vom Heiligen deutschen Reich, Göttingen 1932

Eschmann, Ernst Wilhelm: Wo findet die deutsche Jugend neuen Lebensraum? Bericht über die Rundfrage des deutschen Studentenwerkes, 1932

Ders.: Der Sinn der Revolution, 1933

Ernst, L. (Hg.): Völkische Scherenschnitte, München um 1925

Ernst, Paul: Der Zusammenbruch des deutschen Idealismus, München 1931

Ev. Ausschuss für Kommunalwahlen in Berlin (Hg.): Die evangelische Front in der Kommunalpolitik

Ev. Preßverband (Hg.): Der Kampf gegen Gott. Ein Merkbuch, Berlin-Steglitz 1931
Ders.: Die „Dritte Konfession?“. Materialsammlung über die nordisch-religiösen Bewegungen, Berlin-Stelitz 1934

Fabricius, Cajus: Deutsche Christen im Kampf für das Evangelium. Berlin 1934
Ders.: Positives Christentum im neuen Staat, o. J.

Fabricius, Hans: Der Nationalsozialist im Kampf um die Kirche, Berlin-Schöneberg 1933
Ders.: Das Programm der NSDAP, in: Verwaltungs-Akademie
Ders.: Schiller als Kampfgenosse Hitlers, Berlin 1933

Fascher, Erich: Keine Kirche ohne Geist! Ein Pfingstwort an alle Deutschen Christen, Weimar 1934
Ders.: Volksgemeinschaft und Christusglaube. Die theologischen Grundlinien der Kirchenbewegung Deutsche Christen, Weimar 1936

Fausel, Heinrich: Luther und die deutsche Nation, München 1935

Faut, Adolf: Romantik oder Reformation? Gotha u. Stuttgart 1925

Feder, Gottfried:
Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1931
Ders.: Was will Adolf Hitler? Das Parteiprogramm der NSDAP, München 1932
Ders.: Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes, München 1932
Ders.: Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage, 1932

Fendt, Leonhard: Wir glauben an den dreieinigen Gott – was ist das? Berlin 1933

Ders.: Von der Nachfolge Christ. Drei Reden, Berlin 1934

Feine, Paul: Heilige Schrift, Evangelium. Ein Wort zur evangelischen Kirchenverfassung vom 11. Juli 1933, Gütersloh 1933

**Fiedler, Eberhard: Kirche und Staat! Ein Beitrag zur grundsätzlichen Klärung,
München 1935**

Fischer, Karl: Zur Neubesinnung auf die Schöpfungsordnungen, in: Zeitwende 2/ 1932

Flemming: Gespräch zwischen einem „deutschen Christen“ und einbem „christlichen Deutschen“, Wuppertal-Barmen 1934

Flex, Walter: Der Wanderer zwischen beiden Welten, München 1917

Florin, Wilhelm: Rosenbergs Mythus und evangelischer Glaube, Gütersloh 1934

Foertsch, Karl: Der Kulturbolschewismus und die deutsche Jugend, Berlin 1931

Forsthoff, Ernst: Der totale Staat, Hamburg 1933
Ders.: Liberaler und totaler Staat, in: Die deutsche Volkswirtschaft 1933

Forsthoff, Heinrich: Das Ende der humanistischen Illusion, Berlin 1933

Franz, H.: Die Straße frei – dem Jungvolk, Berlin 1934

„Freideutscher Jugendtag 1913“, hg. von Mittelstraß und Schneehagen, 1913

Freitag, Albert:

Luthers Ruf an unsere Zeit (EDR 4/1932)

Ders.: Was für eine Kirche wollen wir? (ebd. 5/1932)

Ders.: Dankgottesdienst für die Berufung Adolf Hitlers ins Kanzleramt des Deutscvhen Reiches (ebd. 1/ 1933)

Ders.: Totenfeier im Berliner Dom (ebd.)

Ders.: Hitlertöter von einst (ebd. 9/1933)

Ders.: Christi Auferstehung in der deutschen Schicksalswende

(ebd. 15/1933)

Ders.: Die „Deutschen Christen“ und die Zukunft der Kirche

(EDR 31/1933)

Freytag-Loringhoven, Axel von: Die Weimarer Verfassung in Lehre und Wirklichkeit, 1924

Freyer, Hans:
Der Staat, Leipzig 1925
Ders.: Gemeinschaft und Volk, Berlin 1929
Ders.: Revolution von rechts, Jena 1931
Ders.: Herrschaft und Planung. Zwei Grundbegriffe der politischen Ethik, Hamburg 1933

Frick, Heinrich: Religiöse Strömungen der Gegenwart, Leipzig 1923
Ders.: Die politische Sendung der Gemeinde Jesu, Berlin 1931

Frick, Wilhelm: Erziehung zum lebendigen Volke (Ansprachen) Berlin 1933

Fried, Ferdinand (Ps. Friedrich Zimmermann): Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931
Ders.: Autarkie, Jena 1932

Friedrich, Hans Eberhard: Artikel Nationalsozialismus, in:
ChW 1931, Sp. 406ff, 417ff, 553ff, 617ff

Fritsch, Theodor: Handbuch der Judenfrage, Leipzig 1933

Frobenius, Mit uns zieht die neue Zeit. Eine Geschichte der deutschen Jugendbewegung, Berlin 1927

Frör, Kurt:
Was ist evangelische Erziehung? München 1933
Ders.: Die babylonische Gefangenschaft der Kirche, Erlangen 1937
Ders.: Recht und Auftrag christlicher Erziehung, München 1936
Ders.: Von der Landeskirche zur Reichskirche. Grundsätzliches zur Haltung des bayerischen Luthertums, München 1934

Füllkrug, Gerhard (Hg.): Vom Werk des Glaubens. Neues Handbuch der Volksmission, Schwerin 1931

Gasset, José Ortega y: Aufstand der Massen, Stuttgart o. J.

Gebhardt, Hermann: Das Buch von der deutsch-völkisch-christlichen Religion, Breslau 1933

Gedat, Gustav Adolf: Auch das nennt man Leben, Stuttgart 1935

Gerber, Hans:
Die Idee des Staates in der neueren evangelisch-theologischen Ethik, Berlin 1930
Ders.: Die weltanschaulichen Grundlagen des Staates, 1930
Ders.: Freiheit und Bindung der Staatsgewalt, Tübingen 1932
Ders.: Staatsrechtliche Grundlinien des neuen Reiches, 1934
Ders.: Politische Erziehung des Beamtentums im Nationalsozialistischen Staat, Tübingen 1933
Ders.: Auf dem Weg zum neuen Reiche. Eine Sammlung politischer Vorträge und Aufsätze aus deutscher Notzeit 1919-1931, 1934

Gerhardt, Martin: Volksmission im Geiste Wicherns, Bonn 1934

Gerhard, Walter (Ps. Waldemar Gurian): Um des Reiches Zukunft,. Nationale Wiedergeburt oder politische Reaktion? Freiburg 1932

Gerstenhauer, Max Robert: Der völkische Gedanke in Vergangenheit und Zukunft. Aus der Geschichte der völkischen Bewegung, Leippzig 1933

Ders.: Deutscher Glaube im Dritten Reich, Leipzig 1934

Gerstenmaier, Eugen

(Hg.): Kirche, Volk und Staat. Stimmen aus der deutschen evangelischen Kirche zur Oxforder Weltkirchenkonferenz, Berlin 1937

Ders.: Die Kirche und die Schöpfung. Eine theologische Besinnung zu dem Dienst der Kirche an der Welt, Berlin 1938

Giesebracht, Artur Ernst: Volksart, völkische Religionen, Blutmaterialismus (Dtsch. Pfarrerbl. 27/1931)

Glaube und Volk in der Entscheidung, hg. von Johann Duken und Gerhard Pfahler unter Herausforderung der Theologen Hermann Wolfgang Beyer, Heinrich Bornkamm, Adolf Cramer, Friedrich Gogarten, Ernst Haenchen, 3. Jg. Frankfurt/Main 1934

Goebbels, Joseph:
Revolution der Deutschen. 14 Jahre Nationalsozialismus. Reden, 1933
Ders.: Signale der neuen Zeit. 25 ausgewählte Reden, 1934

Göring, Hermann: Aufbau einer Nation, 1934

Gogarten, Friedrich:
Religion und Volkstum, Jena 1915
Ders.: Gemeinschaft oder Gemeinde? 1923
Ders.: Die Schuld der Kirche gegen die Welt, Jena 1928
Ders.: Wider die Ächtung der Autorität, Jena 1930
Ders.: Politische Ethik. Versuch einer Grundlegung, Jena 1932
Ders.: Die Selbstverständlichkeiten unserer Zeit und der christliche Glaube, Berlin 1932
Ders.: Einheit von Evangelium und Volkstum? Hamburg 1933
Ders.: Ist Volksgesetz Gottesgesetz? Eine Auseinandersetzung mit meinen Kritikern, 1934

Ders.: Das Bekenntnis der Kirche, Jena 1934

Ders.: Wort Gottes und Schrift, Berlin 1936
Ders.: Gericht oder Skepsis. Eine Streitschrift gegen Karl Barth, Jena 1937
Ders.: Weltanschauung und Glaube, Berlin 1937

Grabert, Herbert: Die Kirche im Jahre der deutschen Erhebung. Dokumente zur innerkirchlichen Auseinandersetzung, Stuttgart 1934

Grimm, Friedrich: Hitlers deutsche Sendung, 1933

Grimm, Hans:
Volk ohne Raum, München 1926
Ders.: Der Schriftsteller und die Zeit. Bekenntnis, München 1931
Ders.: Der Schriftsteller und die Zeit, München 1931
Ders.: Von der bürgerlichen Ehre und der bürgerlichen Notwendigkeit, München 1932

Gröschel, Curt: Wege zur Gemeinde. Einsatz der Helfer, in: DED Januar 1937, 14f

Grünagel, Friedrich: Haltung statt Hetze. Ein Ruf zur Besinnung im Kirchenstreit, Bonn 1934

Gründel, E.G.: Die Sendung der jungen Generation. Versuch einer umfassenden revolutionären Sinndeutung der Krise, München 1932

Grundmann, Walter:

Die nationalsozialistische Bewegung und das Christentum. Zehn Thesen (Mitteilungen zur Förderung einer deutschen christlichen Studentenbewegung, Nr. 362/ 1931)

Ders.: Die nationale Bewegung unter dem Worte Gottes,

(Past.bl. 1932/33, 321ff)

Ders.: Gott und Nation. Ein evangelisches Wort zum Wollen des Nationalsozialismus und zu Rosenbergs Sinndeutung, Berlin 1933

Ders.: Religion und Rasse. Ein Beitrag zur Frage „nationaler Aufbruch“ und „lebendiger Christusglaube“, Werdau 1933

Ders.: Die 28 Thesen der sächsischen Volkskirche erläutert, Breslau 1934

Ders.: Totale Kirche im totalen Staat, Dresden 1934

Günther, Albrecht Erich (Hg.): Was wir vom Nationalsozialismus erwarten. Zwanzig Antworten, Heilbronn 1932

Ders.: Sollen die Nationalsozialisten „regieren“?

In: Deutsches Volkstum 2. Maiheft 1932, 381 ff

Günther, Gerhard: Das werdende Reich. Reichsgeschichte und Reichsreform, Hamburg 1932

Günther, Hans F. K.: Ritter, Tod und Teufel. Der heldische Gedanke, 3. Aufl. 1928
Ders.: Rassenkunde Europas, München 1929
Ders.: Rassenkunde des deutschen Volkes, 14. Aufl. 1930
Ders.: Rassenkunde des jüdischen Volkes, 1930

Gurian, Waldemar: Der Kampf um die Kirche im Dritten Reich, Luzern 1936

Gutmann, Bruno: Zurück auf die Gottesstraße, Kassel 1934

Haack, K.: Wir Pfarrer und die völkische Frage,
in: Deutsches Pfarrerblatt 29/1930

Hagen, Rüdiger: Hie Kommunist, hie Christ, Göttingen 1933

Halfeld, Adolf: England, Verfall oder Aufstieg? Jena 1933

Hardtmann, Gottfried: 4 Irrtümer des Tannenbergbundes, Berlin-Spandau 1931

Ders.: Die große Täuschung durch Mathilde Ludendorff, Hamburg 1931

Ders.: Die Stellung der Kirche zu Volk und Staat, Küstrin 1933

**Hartmann, Hans: Die nationalsozialistische Bewegung,
in: Neuwerk 1930/31, 49 ff**

**Hasselblatt, Dora (Hg.): Wir Frauen und die nationale Bewegung,
Hamburg 1933**

Häusler: Christentum und Volkstum, (Positive Union 6/1931

Hauck, Heinrich: Völkisches Erwachen und Evangelium, München 1932

**Hauer, Jakob Wilhelm:
Der Kampf um einen freien Deutschen Glauben, Stuttgart 1933
Ders.: Verfassungsänderung oder Revolution der Kirche, Stuttgart 1933
Ders.: Was will die Deutsche Glaubensbewegung? Stuttgart 1933
Ders.: Unser Kampf um einen freien Deutschen Glauben, Stuttgart 1933
Ders.: Deutsche Gottschau. Grundzüge eines deutschen Glaubens,
Stuttgart 1935**

Hauptmann, Hans: Jesus der Arier, München 1930

Hauser, Otto: Rasse und Protestantismus, Danzig 1933

**Haushofer, Karl und Trampler, Karl: Deutschlands Weg an der Zeitwende,
München 1931**

**Heiden, Konrad: Adolf Hitler. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit.
Eine Biographie, Zürich 1936**

**Heiler, Friedrich (Hg.): Kirche und Volk, München 1933
Ders.: Kirchliche Erneuerung, München 1934**

**Heim, Karl:
Deutsche Staatsreligion oder Evangelische Volkskirche? Berlin 1933
Ders. (Hg. u. a.): Deutsche Politik und deutsche Christenheit, Berlin 1932
Ders.: Leben aus dem Glauben. Beiträge zur Frage nach dem Sinn des
Lebens, ?
Ders.: Glaube und Denken, ?**

**Heinrich, Walter: Das Ständewesen, Leipzig 1933
Heinrichs u. a. (Hg.): Frisch gesungen. Singbuch A., Hannover 1938**

Heinz, Friedrich Wilhelm: Sprengstoff, Berlin 1930
Ders.: Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus, Berlin 1933

Heitmüller, Friedrich: Göttliche Ordnungen für den völkischen Neubau, Hamburg 1933

Heller, Hermann:
Die politischen Ideenkreise der Gegenwart, Breslau 1926
Ders.: Europa und der Faschismus, Berlin 1929
Ders.: Rechtsstaat oder Diktatur, Tübingen 1930
Ders.: Europa und der Faschismus, Berlin-Leipzig 1931

Heitmann, Ludwig: Großstadt und Religion, 3 Bde., Hamburg 1913-1920

Heitmüller, Friedrich: Religiöse Irrtümer der Gegenwart. Hamburg 1934
Hellpach, Willy: Politische Prognose für Deutschland, Berlin 1928

Henneberger; Otto:
Kirche und Freidenkertum und vom Sinn der Kirche,
Berlin-Spandau 1931
Ders.: Stimme des Blutes oder Wort Gottes, Berlin 1932
Ders.: Die religiöse Gestalt der deutschen Nation, Braunschweig 1934

Herntrich, Volkmar: Völkische Religiosität und Altes Testament, Gütersloh 1933
Ders.: Neuheidentum und Christenglaube, Gütersloh 1935

Herrfahrdt, Heinrich: Der Aufbau des neuen Staates. Vorträge zur Verfassungsreform. Mit einem Plan für die Übergangsregelung um Reich und Preußen, Berlin 1932

Ders.: Werden und Gestalt des Dritten Reiches, Berlin 1933

Herrle, Th.: Die deutsche Jugendbewegung in ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen, 1921, 1924

Herrmann, Gotthilf: Religionsfreiheit. Amtliche Dokumente Worte führender Männr, 2 Teile, Zwickau 1936 (6. Auflage)

Herrmann, Wolfgang: Der neue Nationalismus und seine Literatur,

Stettin 1933

Darin: Die geistigen Wegbereiter: Möller van den Bruck, Ernst Jünger, Putschisten und Revolutionäre

Heuss, Theodor: Hitlers Weg, Berlin-Leipzig 1932

Heydt, Friedrich von der:
Kirche, Volk und Staat, Berlin 1933
Ders.: Die Ziele der deutschen Christen, Bonn 1934
Ders.: Gute Wehr. Werden, Wirken und Wollen des Evangelischen Bundes. Zu seinem fünfzigjährigen Bestehen, Berlin 1936

Hielscher, Friedrich: Das Reich, Berlin 1931

Ders., Günther Dehn und Erich Przywara: Drei Reden

(Rezension in: Wort und Tat 2 / 1933)

Hiller, Kurt: Der Sprung ins Helle, Leipzig 1932

Hirsch, Emanuel:

Deutschlands Schicksal. Staat, Volk und Menschheit im Lichte einer ethischen Geschichtsansicht, Göttingen 1920

Ders.: Nation, Staat und Christentum, 30 Thesen (in: Krumwiede, Kirche und Politik in der Weimarer Republik, 90ff)

Ders.: Die Liebe zum Vaterland, 1924

Ders.: Grundlegung einer christlichen Geschichtsphilosophie, in: Die idealistische Philosophie und das Christentum, Ges. Aufsätze, Gütersloh 1926

Ders.: Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert, Gütersloh 1929

Ders.: Schöpfung und Sünde in der natürlich-geschichtlichen Wirklichkeit des einzelnen Menschen, Tübingen 1931

Ders.: Offener Brief an Karl Barth, in Deutsches Volkstum, 1. Aprilheft 1932, 266 ff
Ders.: Das kirchliche Wollen der deutschen Christen, Berlin-Charlottenburg 1933
Ders.: Die wirkliche Lage unserer Kirche (Pastoraltheologie 1933, 182 ff)
Ders.: Vom verborgenen Souverän (Glaube und Volk, Jg. 2, 1933)
Ders.: Deutsches Volkstum und evangelischer Glaube, Hamburg 1934
Ders.: Die gegenwärtige geistige Lage im Spiegel philosophischer und theologischer Besinnung, 1934

Ders.: Christliche Freiheit und politische Bindung, Hamburg 1936

Hitler, Adolf:
Mein Kampf, Bd. 1: Eine Abrechnung, München 1925,
Bd. 2: Die nationalsozialistische Bewegung, München 1927
Ders.: Das zweite Buch, Ein Dokument aus dem Jahr 1928,
hg. von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961
Hitler. mein Kampf. Eine kritische Edition, hg. Christian HarOthmar Plöckimger5, Roman Töppel, zmann, Thomas Vor3dermayer, 2 Bde, München-Berlin 20126

Hiertsiefer, Alois (Hg.): Jugendpflege in Preußen. Aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Preußischen Ministeriums für Volkswohlfahrt, Eberswalde 1930 Hofer, Hans: Die biblische Weltanschauung und die völkische Bewegung, Wuppertal-Elberfeld 1933

Hofmannsthal, Hugo von: Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation, München 1927

Höhn, Reinhard: Der bürgerliche Rechtsstaat und die neue Front, Berlin 1929
Ders.: Staat und Rechtsgemeinschaft, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen 1935

Hoff: Erste Reichstagung des Studentenkampfbundes „Deutsche Christen“ (EDR, 329f)

Hofer, Hans: Nationalismus und Christentum, Wernigerode 1924

Hölter, E. u. a.: Das deutsche Soldatenlied mit Geleitwort von Generaloberst von Seeckt, Wolfenbüttel-Berlin 1932

Hölzel, Pfarrer: Die Arbeit der Volksmission an Arbeitslosen, in: Die Volksmission 8/ 1930

Holl, Karl: Gesammelte Aufsätze zur Kirchengeschichte, Band 1: Luther; Band 3, darin: Zur Geschichte des Wortes „Beruf“, Tübingen 1923
Ders.: Kleine Schriften, hg. von Robert Stupperich, 1966

Holtz, Gottfried: D. Martin Luthers Großer Katechismus. Vollständige Ausgabe, sprachlich durchgesehen und dem Menschen der Gegenwart dargebracht, Berlin 1933

Homann, Walter: Der Mythus und das Evangelium, Witten 1935

Hopf, Friedrich Wilhelm: Lutherische Kirchenordnung, München 1935
Ders.: Vom weltlichen Regiment nach evangelisch-lutherischer Lehre, München 1937

Hosemann, Johannes (Hg.): Der deutsche Evangelische Kirchenbund in seinen Gesetzen, Verordnungen und Kundgebungen, Berlin 1932

Hossenfelder, Joachim:
Partei, Politik, Kirche und „Deutsche Christen“ (EDR 2/1932)
Ders.: Unser Kampf: Zum neuen Jahr (EDR 1/1933)
Richtlinien der deutschen Christen, Berlin 1933
Trauerrede am 5. Februar für die Ermordeten Maikowski und Zauritz (EDR 8/1933)
Ders.: Unser Kampf, Berlin-Charlottenburg 1933
Ders.: Anordnung der Organisationsgrundsätze mit den Namen der Amtswalter (EDR, 1933, 240)
Ders.: Volk und Kirche (Reichstagung Juli 1933)
Zu den Angriffen der Professoren Fezer, Weiser und Rückert (EDR 1933, 538 ff)
Der 12. November (ebd. 475f) (Weitere Stellungnahmen der Bischöfe Kessel, Adler, Paulsen, Thom, Peter, Lörzer)
Will Ulmenried: Hossenfelder, Berlin 1933

Huber, Ernst-Rudolf:
Reichsgewalt und Staatsgerichtshof, Oldenburg 1932
Ders.: Die Totalität des völkischen Staates, in: Die Tat 1933/343 ff
Ders.: Die Gestalt des deutschen Sozialismus, 1934
Ders.: Die deutsche Staatswissenschaft, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen 1935

Hüffmeier, Wilhelm: Evangelische Antwort auf Rosenbergs Mythus des 20. Jahrhunderts, Berlin 1935

Hüttig, Helmut: Die politischen Zeitschriften der Nachkriegszeit in Deutschland, Magdeburg 1928

Humburg, Paul: Der nationale Gedanke im ev. Jungmännerwerk“

(Cord. 798)

Ders.: Die Entscheidungsstunde der Deutschen Evangelischen Kirche. Ein Wort zur Lage, 1934

Hupfeld, Hans (Hg.): Reichstags-Eröffnungsfeier in Potsdam. Das Erlebnis des 21. März in Wort und Bild, Potsdam 1933

Hupfeld, R.: Christentum und heldischer Gedanke, 1928

Ders.: Das Problem der „Anknüpfung“ im Licht der Arbeit an der Hitler-Jugend (Past.bl. 32/33, 513ff)

Hutten, Kurt: Kulturbolschewismus, Stuttgart 1931
Ders.: Um Blut und Glauben. Evangelium oder völkische Religion?, Stuttgart 1932
Ders.: Christus oder Deutschglaube? Ein Kampf um die deutsche Seele, Stuttgart 1934

lljin, Iwan:

Welt vor dem Abgrund – Politik, Wirtschaft und Kultur im kommunistischen Staate, Berlin-Steglitz 1931Ders.: Wider die Gottlosigkeit, Berlin-Steglitz 1931

Ders.: Gift – Geist und Wesen des Bolschewismus, Berlin-Steglitz 1931
Ders. mit Julius Schweickert: Entfesselung der Unterwelt, Berlin 1932

Immer, Karl:
Bekenntnissynode der DEK Barmen 1934. Vorträge und Entschließungen
Ders. (Hg.): Die Lebensordnungen einer nach Gottes Wort erneuerten Kirche. Vorträge auf einer Rüstzeit von Pastoren und Ältesten, Wuppertal-Barmen 1935
Ders. (Hg.): Entchristlichung der Jugend (Eine Materialsammlung). Barmen- Gemarke 1936

Iwand, Hans Joachim: Der Name des Herrn. Geistliche Reden, München 1936

Jacob, Günter: Die Versuchung der Kirche. Theologische Vorträge der Jahre 1934 – 1944, Göttingen 1946,
darin: Christliche Verkündigung und politische Existenz (1934) und Glaube und Fanatismus (1935)

Jaeger, August: Kirche im Volk. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalsozialistischen Rechtsentwicklung, Berlin 1936

Jaeger, Paul: Vom Sinn des Lebens. Briefe über das Evangelium,

Heilbronn (o.J.

Jaeger, Samuel: Gott allein die Ehre, Bethel 1930

Jahoda, Marie, Lazarsfeld, Paul F., Zeisel, Hans: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit, 1930

(Nachdruck Frankfurt/Main 1975)

Jamboree 1924 in Kopenhagen, eine Zeichnungssammlung von L. Marton

Jeep, Walter: Volksmission und Kirche (Wort und Tat 1/1933)

Jensen, Paul Theodor: Die Würde des Menschen, Berlin 1923

Jentsch, Werner: Das Jugendwerk der Kirche, Dresden/Leipzig 1938

Jobst: Traurede bei der Massentrauung über Ruth 1, 16-17 (Past.bl. 33/34)

Juhl (Barmen): Mannhafte Jugend. 50 Jungenandachten, Barmen 1931
Ders.: Der evangelische Jugendführer und die „junge Generation“,
In: Wort und Tat 1933, 137,f; 171ff
Ders.: Grundfragen evangelischer Jugendführung, Barmen 1933

Jünger, Ernst
In Stahlgewittern, Berlin 1920
Ders.: Der Kampf als inneres Erlebnis, 3. Auflage Berlin 1928
Ders.: Das abenteuerliche Herz. Aufzeichnungen bei Tag und Nacht, Berlin 1929
Ders.: (Hg.): Der Kampf um das Reich, Berlin 1929
Ders.: (Hg.): Krieg und Krieger, Berlin 1930
Ders.: Die totale Mobilmachung, Berlin 1930
Ders.: Der Arbeiter., Herrschaft und Gestalt, Hamburg 1932

Jünger, Friedrich Georg: Aufmarsch des Nationalismus, hg. und eingeleitet von Ernst Jünger, Leipzig 1926

Ders.: Das Gesicht der Demokratie, ein Bilderwerk zur Geschichte der deutschen Nachkriegszeit, hg. von E. Schultz mit einer Einleitung von F.G. Jünger,

Leipzig 1931

Jung, Edgar J.:

Die Herrschaft der Minderwertigen, ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein neues Reich, 1928/1930

Ders. (Hg.): Deutsche über Deutschland. Die Stimme des unbekannten Politikers, München 1932

**Ders. Sinndeutung der deutschen Revolution, Oldenburg 1933
(2007 herausgegeben von Detlef Weigt)**

Jungklaus, Ernst: Christenwaffen im Geisteskampf der Gegenwart, Gütersloh 1935

Kahl, Wilhelm / Meinecke, Friedrich / Radbruch, Gustav: Die deutschen Universitäten und der heutige Staat, Tübingen 1926

Kampffmeyer, Karl (Hg.): Dein Wort ist Deiner Kirche Schutz. Predigten von der Kirche, Göttingen 1934

Kappes, Heinz: Der theologische Kampf der religiösen Sozialisten gegen das nationalsozialistische Christentum, in: Georg Wünsch (Hg.): Reich Gottes, Marxismus, Nationalsozialismus. Ein Bekenntnis religiöser Sozialisten, Tübingen 1931

Karwehl, Hermann: Deutschland für Christus. Das Wort eines Frontkämpfers zur kommenden Kirche, Göttingen 1933

Neue Kirche im neuen Staat. Bekenntnis, Gemeindeaufbau und Kirchenleitung im nationalsozialistischen Staat, Gütersloh 1933

Karwehl, Richard: Politisches Messiastum. Zur Auseinandersetzung zwischen Kirche und Nationalsozialismus, in: Zwischen den Zeiten 1931, 519ff

Kauffmann, Gerhard (Hg.): Handbuch der evangelischen Presse, Leipzig 1929

Kautter, Eberhard: Wirtschaft, Schöpfungsordnung, Kirche, Küstrin 1933

Kehnscherper, Gerhard: Mythos des Blutes? – Jesus Christus! Eine Auseinandersetzung mit der nordischen Glaubensbewegunbg, Potsdam 1935

Keller, Adolf: Vom unbekannten Gott, Gotha o.J.

**Kelsen, Hans: Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen 1929
Ders.: Der Staat als Integration, Tübingen 1930**

Kern, Helmut (Hg.): Brennende Gegenwartsfragen. Eine Handreichung für Gemeindebesprechungsabende. Im Auftrag der Neuendettelsauer Volksmission, Neuendettelsau 1933

Kessel, Fritz: Die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ (EDR-Berlin 5/1932)

Kessler, Wilhelm / Weber, Ernst: Gott und Volk nach dem Zeugnis der Bibel, München 1934

Keysser, Christian: Das größte Werk der Welt, München 1934

<u>Kinder, Christian:</u>

An die evangelischen Volksgenossen! Der neue Reichsleiter gibt bekannt (EDR 53/1933)

Ders.: Volk vor Gott. Mein Dienst an der deutschen evangelischen Kirche,

Hamburg 1935

Kirchenbundesamt (Hg.): Der Deutsche Evangelische Kirchenbund

in den Jahren 1927 – 30, Berlin 1930

Kirchlich-sozialer Bund (Hg.): Wesen, Form und Bedeutung der deutschen Gewerkschaften, MS 1932

Kirste, G.: Nationalsozialismus und Kirche, (Dtsch. Pfarrerblatt 4/12 1931)

Kisting, Dörte: Die NSDAP und das Christentum (Positive Union Mai 1929, 65ff)

Kittel, Gerhard: Die Judenfrage, Stuttgart 1933

Klagges, Dietrich: Das Urevangelium Jesu, der deutsche Glaube, Gütersloh 1933

Klagges, Ludwig: Der Geist als Widersacher der Seele, 3 Bände 1929-1932
Ders.: Idee und System. Vorträge an der Deutschen Hochschule für Politik über Ders.: Grundfragen nationalsozialistischer Weltanschauung, Leipzig 1934

Klein, Ernst Ferdinand: Zeitbilder aus der Kirchengeschichte der letzten hundert Jahre, Berlin 1936

Kleinschmidt, Otto: Blut und Rasse. Die Stellung des evangelischen Christen zu den Forderungen der Eugenik, Berlin 1933

Kleist-Schmenzin, Ewald von:

Grundsätze und Aufgaben konservativer Arbeit ((Scheurig, Kleist-Schemzin, 245 ff)

Ders.: Religiös-konservative Revolution, In: Der Nahe Osten 3/1930)

Ders.: Reformation oder Revolution? Berlin 1930

Ders.: Der Nationalsozialismus – eine Gefahr, Berlin 1932 (Scheurig, 255 ff)

Ders.: Selbsterlebte wichtige Begebenheiten aus den Jahren 1933 und 1934 (ebd. 264 ff)

Klinge, Gerhard: Ist Gott tot? (Der Aufbau 1, Berlin-Steglitz 1932)

Ders.: Glaube oder Wissenschaft (ebd. 4, 1932)

Klotz, Leopold (Hg.): Die Kirche und das dritte Reich. Fragen und Forderungen deutscher Theologen, 2 Teile, Gotha 1932:

(Ernst Bizer, Alfrd Depuhl, Karl Eger, Paul Fiebig, Emil Fuchs, Friedricvh Heiler, Johannes Hempel, Otto Henneberger, Ferdinand Kattenbusch, Walter Künneth, Hans von Lüpke, Reinhartd Mumm, Friedrich Niebergall. Friedrich Peter, Otto Piper, Martin Rade, Karl Bernhard Ritter, Wihelm Schubring, Hermann Strathmann, Paul Tillich, Heinrich Weinel, Joseph Wittig)

Knevels, Wilhelm:

Der Nationalsozialismus am Scheidewege, in: Christentum und Wissenschaft 1932, 82ff

Ders.: Deutsches Wesen und christlicher Glaube, Frankfurt/M. 1933

Ders.: Rezension zu Ernst Krieck, Nationalpolitische Erziehung (Theol. Lit.ztg 1/1933)

Ders.: Brücken zum Ewigen; Braunschweig

Knittermeyer, Hinrich: Grenzen des Staates, Berlin 1932

Koch, Hugo: Rosenberg und die Bibel, Leipzig 1935

Koch, Karl:

(Geleitwort) zu: Ihr sollt meine Zeugen sein. Das Andachtsbuch der Bekennenden Kirche, Gütersloh

Ders. (Hg.): Zeugnisse der bekennenden Kirche, Oeynhausen 1934

Kochheim, Gustav: Die neue deutsche Jugend, Witten 1920

Ders.: Hakenkreuz unter dem Kreuz? (Wort und Tat 10/1933)

Ders.: Die führbare Gemeinde, Hamburg 1933

Koeberle, Adolf:

Die Seele des Christentums. Beiträge zum Verständnis des Christusglaubens und der Christusnachfolge in der Gegenwart, 5. Aufl. 1935

Ders.: Evangelium und Zeitgeist. Studien zum Menschenverständnis der Gegenwart, Leipzig 1934

Ders.: Wort, Sakrament und Kirche im Luthertum, Gütersloh 1934

Köhler, Walther: Luther und das Luthertum in ihrer weltgeschichtlichen Auswirkung, Leipzig 1933

Koellreutter, Otto: Der Sinn der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 und die Aufgaben der deutschen Staatslehre, Tübingen 1930Ders.: Der deutsche Führerstaat, Tübingen 1934

Körber, Normann: Die deutsche Jugendbewegung, Versuch eines systematischen Abrisses, Berlin 1920

Ders.: Die Schicksalsstunde der deutschen Jugend, Berlin (Schlüchtern) 1923

Kolbenheyer, Erwin. G.: Stimme. Eine Sammlung von Aufsätzen, München 1931

Kolfhaus,Wilhelm: Christusbekenntnis und Politik, Elberfeld 1933

Kotz, Alfred: Führen und Folgen. Ein Katechismus für Hitlersoldaten, 1934
Krause, Gerhard: Neuordnung der Dinge (Der Aufbau 3, Berlin-Steglitz 1932)

Krause, Reinhold:

Der „Fall Krause“ und seine Folgen. Von den Deutschen Christen zur Deutschen Volkskirche, Berlin 1933

Ders.: Meine Sportpalastrede vom 13. November 1933, Leipzig 1935

Kremers, Hermann:

Zur Frage einer deutsch-protestantischen Politik, Berlin 1929

(hier: 15 Thesen zur Frage einer deutsch-protestantischen Politik (147f) und Entwurf zu Grundlinien einer deutsch-protestantischen Politik (149 ff)

Ders.: Nationalsozialismus und Protestantismus, Berlin 1931

Ders.: Denkschrift für die Mitglieder und Freunde des Evangelischen Bundes,

Berlin 1934

Krieck, Ernst:
Völkischer Gesamtstaat und nationale Erziehung, Heidelberg 1931
Ders.: Nationalpolitische Erziehung, Leipzig 1932
Ders.: Volk im Werden, Oldenburg 1932
Ders.: Nationalsozialistische Erziehung, in: Verwaltungs-Akademie

Kriegsbriefe gefallener Studenten, hg. Philipp Wittkopp

Krull, Karl: Gott und die Völker oder Rasse, Volk und Nationalsozialismus im Lichte der Heiligen Schrift, Bundesverlag Witten 1933

Krummacher, Gottfried Adolf: Weltwirtschaftskrise und Christentum, Bonn 1933

Kübel, Johannes: Der Vertrag der evangelischen Landeskirchen mit dem Freistaat Preußen, Berlin-Steglitz 1921Ders.: Die Bekennende Kirche im Selbstgericht,

Gotha 1937

Künneth, Walter

Pfarrer Will, Lehrer Schemm: Was haben wir als evangelische Christen zum Rufe des Nationalsozialismus zu sagen? Dresden 1931

Ders.: Kirche und national-völkische Bewegung. Leitsätze für die Auseinandersetzung, in: Wort und Tat 1932, 61ff

Ders.: Die völkische Religiosität der Gegenwart, Berlin-Spandau 1932

Ders (Hg.).: Das Gesicht der „Deutschen Christen“. Zeugnisse und Bekenntnisse kirchenpolitischer Führer, Berlin-Spandau 1933

Ders.: Die nationale Revolution und die Kirche, in: Wort und Tat 1933, 108ff

Ders.: Heidnischer Geist oder heiliger Geist? Berlin 1934

Ders.: Antwort auf den Mythus. Die Entscheidung zwischen dem nordischen Mythus und dem biblischen Christus, Berlin 1935

Ders.: Evangelische Wahrheit! Ein Wort zu Alfred Rosenbergs Schrift „Protestantische Rompilger“, Berlin 1937

Ders. und Schreiner, Helmuth: Die Nation vor Gott, Berlin 1933

Kunze, Otto: Der politische Protestantismus in Deutschland, München 1926

Kunze, Gerhard: Ansprache bei der Weihe der Fahne der nationalsozialistischen Kriegsopfervereinigung über Jeremias 17,7 (Past.blätter 33/34)

Kuptsch, J.:

Der wirkliche Christus, Heiligenbeil 1931
Ders.: Revolution der Revolution, Riesenburg 1931
Ders.: Die Stellung des Nationalsozialismus zum Christentum (Dtsch.Pfbl. 46, 1932)
Ders.: Durch Wiedergeburt des deutschen Volkes zur Wiedergeburt des Reiches, Soldin 1932
Ders.: Im dritten Reich zur dritten Kirche, nach der nationalsozialistischen Revolution die christliche! Leipzig 1933

Ders.: Christentum und Nationalsozialismus, München 1933

Kurpiun, Robert: Entrissenes Land. Bilder aus Oberschlesien, Gleiwitz 1922
Lagarde Paul de: Schriften für das deutsche Volk, 2 Bde München 1927

Laible: Drei Bitten an die Nationalsozialisten, in: AELKZ Nr. 11, 1931
Ders.: Arische Frömmigkeit und das „artfremde“ Alte Testament (ebd. 1932)

Lambach, W.: Politische Praxis, Berlin 1926
Ders.: Die Herrschaft der Fünfhundert. Ein Bild des parlamentarischen Lebens im neuen Deutschland, Hamburg und Berlin 1926

Langbehn, Julius: Rembrandt als Erzieher, Leipzig 1922Langenfaß, Fr.: Die reformatorische Botschaft in der Jugendbewegung, in:

Jugend und Gemeinde, H. 3, 1929)

Langner, Erwin: Die kirchliche Erscheinung von heute, Weimar 1933
Ders.: Seelsorge und Gemeindeaufbau, Weimar 1934

Langmann, Otto: Deutsche Christenheit in der Zeitenwende, Hamburg 1933
Lauerer, Hans: Kirche und Staat – ein evangelischer Unterricht, München 1934
Leers, Johann von: Adolf Hitler, Leipzig 1932

Leese, Kurt: Krisis und Wende des christlichen Geistes. Studien zum anthropologischen und theologischen Problem der Lebensphilosophie, Berlin 1932
Ders.: Natürliche Religion und Christlicher Glaube, Berlin 1936

Leisegang, Hans: Kirche und Volk, 1931

Leffler, Siegfried:

Von unseren Pflichten (Beiheft zum Gedankenkreis der Deutsch-Akademischen Gildenschaft, Aufsburg 1925)

Ders.: Christus im Dritten Reich der Deutschen. Wesen und Ziel der Kirchenbewegung „Deutsche Christen“, Weimar 1935

Ders.: Christus im Dritten Reich der Deutschen. Wesen, Weg und Ziel der Kirchenbewegung „Deutsche Christen“, Weimar 1935

Lehbrink, Th.: Von Gott und Obrigkeit, Gladbeck 1935

Leibholz, Gerhard: Die Auflösung der liberalen Demokratie in Deutschland und das autoritäre Staatsbild, München und Leipzig 1933

Leinert, Martin: Der Staat des Fascismus und das Christentum (Die Eiche 1930, 49 ff)

Le Seur, Paul: Christentum und Volkstum (Der Hochweg10/1931)

Leinert, Martin: Der Staat des Fascismus und das Christentum, in: Die Eiche 1930, 49ff

Lerche: Martin Luther deutscher Kämpfer, 1933

Lesser, Jonas: Von deutscher Jugend, Berlin 1932

Leutheuser, Julius:

Der Heiland in der Geschichte der Deutschen oder: Der Nationalsozialismus, vom Evangelium her gesehen, Weimar 1933

Ders.: Die Christusgemeinde der Deutschen. Der Weg zur deutschen Nationalkirche,

5. Aufl. Weimar 1936

Ders.: Die deutsche Christusgemeinde und ihre Gegner. Weimar 1934

Lilje, Hanns:
Das technische Zeitalter, Berlin 1928/1932
Ders.: Luthers Geschichtsanschauung, 1932
Ders.: Das politische Gesicht der Zeit, 1932 (?)
Ders.: Christus im deutschen Schicksal, Berlin 1933
Ders.: Bekenntnis und Bekennen, München 1935
Ders. / Schmidt, Gerhard: Die Kirche vor der Welt, München 1936

Lindwart, Beate: Ein täglich Wort fürs deutsche Volk, Evangelischer Grenzverlag Olbernhau 1933

Loch, Friedrich: Die Kirche im Dritten Reich, Leipzig o. J.
Löns, Hermann: Das deutsche Buch, Hannover 1933

Loerzer: Durch Kampf zum Sieg (EDR 9/1933)
Ders.: 1. Mai (ebd. 157)

Lorenzen: Kirche und Volkstum im Lichte des Kleinen Katechismus, Rendsburg 1932

Lother, Helmut: Neugermanische Religion und Christentum, Gütersloh 1934
Loy, Friedrich: Die bekennende Gemeinde. Evangelisch-lutherische Glaubenslehre, München 1934
Ders.: Menschenfragen und Gottes Antwort. Rundfunkreden, München 1934

Ludendorff, Mathilde: Triumph des Unsterblichkeitswilens, München 1922
Dies.: Deutscher Gottesglaube, Leipzig 1930
Dies.: Erlösung von Jesu Christo, München 1932

Lütkens, Charlotte: Die deutsche Jugendbewegung. Ein soziologischer Versuch, 1925
Lüpke, Hans von: Kirche und Nationalsozialismus in ihrer Entscheidungsstunde, Berlin 1932

Lüst, Hero: Denkschrift über Geschichte und Aufgaben der Nationalvereinigung, Barmen 1920
Ders.: Glaube und Tat Jahrbuch 1931, Wuppertal-Barmen
Ders.: Jugend im Volk ohne Raum, Heilbronn 1933

Lütgert, Wilhelm: Die theologische Krisis der Gegenwart und ihr geistesgeschichtlicher Ursprung, Gütersloh 1936Lukait, Alfred: Was ist evangelischer Gaube? München 1934

Maass, Hermann (Hg.): Geistige Formung der Jugend unserer Zeit, Berlin 1931

Mahraun, Arthur: Gegen getarnte Gewalten, Berlin 1928
Ders.: Jungdeutsches Manifest
Ders., Flor, Hugo, Hahn, Wilhelm: Um eine lutherische Kirche deutscher Nation, Göttingen 1934

Mann, Thomas: Betrachtungen eines Unpolitischen, Berlin 1918
In: Politische Schriften und Reden I, Frankfurt/M. 1968
Mannheim, Karl: Das konservative Denken, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 57. Bd., Tübingen 1927Marahrens, August: Reichsreform! – Und die Kirche?, Raddestorf 1932

Martin, Alfred von: Weltanschauliche Motive im altkonservativen Denken. Deutscher Staat und deutsche Parteien, in Festschrift Meinecke, München-Berlin 192

Matthiat, E.: Die Kirche hat den Ruf zu hören? Hannover 1933

Maurenbrecher, Max: Der Heiland der Deutschen. Der Weg der Volkstum schaffenden Kirche, 2. Aufl. 1933

May, Gerhard: Die volksdeutsche Sendung der Kirche, Göttingen 1934
Michael, Horst / Lohmann, Karl: Der Reichspräsident ist Obrigkeit! Ein Mahnruf an die Evangelische Kirche, Hamburg 1933
Meier, Fritz: Der Kampf um die Erneuerung des christlichen Glaubens, Dresden 1934
Meinecke, Friedrich: Republik, Bürgertum und Jugend, Frankfurtt/M. 1925
Meinzolt, Hans: Die neue Reichskirche. Wesen und Verfassung der deutschen Evangelischen Kirche, München 19

Meiser, Hans: Wir sind nicht von denen, die da weichen, München 1934
Mensching, Gustav: Die Artgemäßheit der christlichen Sündenidee, Gotha 1934
Messer, A.: Die Freideutsche Jugendbewegung (Ihr Verlauf von 1913-1919), Langensalza 1920

Merz, Georg
Kirche und Staat in der Gegenwart, in: Past. Th. 1933, 176ff
Ders.: Glaube und Politik im Handeln Luthers, München 1933
Ders.: Bekenntnis, Glaubensgewißheit, Lebensführung, München 1934
Ders.: Evangelisch-lutherische Kirche Deutschlands, München 1935
Ders.: Amt und Gemeinde, München 1935

Meyer, Heinrich: Wie stellst Du Dich, deutscher Christ, zum Nationalsozialismus?

Hg. von der Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Geistlicher innerhalb des nationalsozialistischen Lehrerbundes, Leipzig 1933

Meyer, G. A. Wilhelm: Die deutsche Wende in 9 Predigten, Dresden-Leipzig 1933

Meyer, Pfarrer (Frankfurt): Gegen das alte System in der Kirche (EDR 14/1933)

Meyer, Karl: Gott und die deutsche Jugend, Berlin 1932

Meyer-Erlach, Wolf:

Kirche im Kampf. Sechs Rundfunkansprachen über den 3. Glaubensartikel,

Nürnberg 1932

Ders.: der Pfarrer im Dritten Reich, Weimar 1933

Ders.: Kirche oder Sekte. Offener Brief an Herrn Landesbischof

D. Meiser, Weimar 1934

Ders.: Das neue Deutschland und die christliche Verkündigung, Weimar 1934

Ders.: Verrat an Luther, 3. Aufl. Weimar 1936

Michael, Horst / Lohmann, Karl: Der Reichspräsident ist Obrigkeit. Ein Mahnruf an die evangelische Kirche, Hamburg 1932

Mleinek, Clara: Die Jugendlichen in der Erwerbslosenfürsorge

(in: Soziale Praxis 1927, 25 ff; 62 ff)

Moderegger, Richard: Evangelische Jugendarbeit im Staat der nationalen Erziehung, Schwerin 1933

Moellendorf, Wichard von: Konservativer Sozialismus, Hamburg 1932

Möller, Paul: Wider das weibische Wesen, Kampfschriften Barmen o. J.

Moeller van den Bruck, Arthur:
Das Dritte Reich, 3. Aufl. bearbeitet von Hans Schwarz, Hamburg 1931
Ders.: Der Preußische Stil, mit einem Vorwort von Hans Schwarz, Breslau 1931
Ders.: Das ewige Reich, hg. von Hans Schwarz, Breslau 1933
Ders.: Das Recht der jungen Völker, bearbeitet von Hans Schwarz, Berlin 1932
Ders.: „Der politische Mensch“ (Hg. Hans Schwarz), Breslau 1933
Ders.: Möller van den Bruck: An Liberalismus gehen die Völker zugrunde

Moeller van den Brock, Heinrich von Gleichen, Max Hildebert Boehm (Hg.):

Die neue Front, Berlin 1922. Darin:

Martin Spahn: 1648 und 1918

Max Hildebert Boehm: Körperschaftliche Bindung
Hans Roeseler: Monismus und Dualismus als metapolitische Grundanschauungen
Willy Schlüter: Wege zur Führungskunde
Rudolf Pechel: Das Wort geht um
Werner Wirths: Das Erlebnis des Kriegesd
Wilhelm Stapel: Volk und Volkstum
Karl Bernhard Ritter: Religiöse Grundeinstellung der Jugend
Kurt Ziesché: Politik vom Menschen aus gesehen
Ernst Krieck: Erziehung und Entwicklung
Albert Dietrich: Wissenschaftskrisis
Paul Fechter: Wandlungen der Form
Frank Glatzel: Die Jugendbewegung
Wilhelm von Kries: Der Wert
Bernhard Leopold: Der Unternehmer
Franz Röhr: Die deutsche Arbeiterschaft
Fritz Weth: Sozialistische Wandlung
Fritz Ehrenforth: Politisierung der Landwirtschaft
Reinhold Quaatz: Wirtschaftsföderalismus
Heinrich Herrfahrdt: Zukunftsfragen der Volksvertretung
Heinz Brauweiler: Rückkehr zum deutschen Recht
Walther Schotte: Die deutsche Presse und das Ausland
Carl C. von Loesch: Die Grenzfrage
Wilhelm Büderich: Wir im Westen
Hermann Ullmann: Das Deutschtum und der Südosten
Hermann Albrecht: Nach Ostland wollen wir fahren!
Hans Heinrich Schaeder: Die Lehre des Ostens
Paul Ernst: Die Rasse
Hans Grimm: Übervölkerung und Kolonialproblem
August Winnig: Die neue Weltlage
Karl Hoffmann: Zwischen zwei Zeitaltern
Heinrich von Gleichen: Staatsführung in Krisis
Heinrich Goesch: Macht und Recht
Helmut Göring: Macht und Staat
Georg Escherich: Selbsthilfe und Staat
Eduard Stadler: Die Nationalisierung der deutschen Revolution

Mühle, Hans:

Das proletarische Schicksal. Ein Querschnitt durch die Arbeiterdichtung der Gegenwart, Gotha 1931

Ders.: Reich und Kreuz. Streitgespräch zwischen dem revolutionären Hielscher, dem Jesuitenpater Przywara und dem ev. Theologieprofessor Günther Dehn am 10.1. 1933

(in: ChW 1933, Sp. 140f)
Ders.: Die deutsche Männerwelt und die evangelische Kirche. 1. Der Handwerker (DED 1935, 33f), 2. Der Arbeiter (ebd. 146ff)
Ders.: Tag der Arbeit (DED 1936, 155f)

Ders.: Der Tag der Arbeit (DED 1937, 147)
Ders. Reinhold Seeberg gestorben (DED 1935, 381)

Mulert, Hermann: Luther lebt. Seine Tischgespräche für unsere Zeit, Berlin
Ders.: Volkskirche und Parteipolitik (ChW 1932, 369ff)

Müller, Alfred: Die neugermanischen Religionsbildungen der Gegenwart. Ihr Werden und Wesen, Bonn 1934

<u>Müller, Alfred Dedo:</u>

Religion und Alltag. Gott und Götze im Zeitalter des Realismus, Berlin 1927,

2. Auflage 1929

Ders.: Du Erde höre! Der Realismus und die Verwirklichgung der christlichen Botschaft. Reden und Bertrachtungen, Berlin 1930

Ders.: Gottes Hausgenossen. Die Kirche Christi als Urbild menschlicher Lebensordnung, Berlin 1933

Ders.: Der Kampf um das Reich. Wegweisungen zur Verdeutschung und Vergegenwärtigung biblischer Texte, Frankfurt/m. 1935

Müller, Eberhard:

Luther und die Kirche, Berlin 1933

Ders. (Hg.): Wahrheit und Wirklichkeit der Kirche. Vorträge und geistliche reden gehalten auf der Deutschen Evangelischen Woche 26. – 30. August 1935 in Hannover, Berlin 1935

(Beiträge von Wurm, Humburg, Präses Koch, Riethmüller, Schöffel, Lilje, Marahrens, Visser,t Hooft, Immer, Dannenbaum, Asmussen, Haug, Meinzolt, Martin Niemöller, Künneth, Rendtorff, Thadden-Trieglaff)

Ders. (Hg.): Der Gott der Wahrheit. Das Wort der Kirche bezeugt auf der deutschen Evangelischen Woche Stuttgart 1936. Vorträge und geistliche Reden, Berlin 1936

Ders. (Hg.): Was ist Wahrheit? Zehn Predigten über die Pilatusfrage gehalten auf der Ev. Woche in Stuttgart 1936, Berlin 1936 (H. Lilje, O. Riethmüller, E. Stange, H. Iwand. und T. Schenk)

Ders.: Gesunde Lehre. Ziel und Aufgabe einer christlichen Laiendogmatik

(DED 1936, 265f)

Ders.: Verstandenes Dogma. Das christliche Bekenntnis für Menschen der Gegenwart in zwölf Kapiteln dargestellt, Berlin 1938

Müller, Erich: Nationalbolschewismus, Hamburg 1933

Müller, Hans-Michael:
Macht und Glaube, München 1933
Ders.: Christ und Wirtschaft (Wort und Tat 3/1933)
Ders.: Das Hauptmißverständnis gegenüber den Deutschen Christen (EDR 26/1933)
Ders.: Das politische Missverständnis und das religiöse Ärgernis des Kreuzes,

Tübingen 1933
Ders.: Der innere Weg der deutschen Kirche, Tübingen 1933
Ders.: Was muß die Welt von Deutschland wissen? Nationale Revolution und Kirche, Tübingen 1933
Ders.: Macht und Glaube, München 1933
Ders.: Vom Staatsfeind, Hamburg 1934
Ders.: Elmauer Chronik 1933-1949. Aus Johannes Müllers letzter Zeit, Elmau 1950

Müller, Joachim: Wir Christen in der sozialen Revolution unserer Tage, Bern 1933

Müller, Johannes
(Hg) : Die grünen Blätter
Ders.: Die Volkskirche, Elmau 1932
Ders.: Das dritte Reich, Elmau 1933
Ders.: Die nationale Revolution, Elmau 1933
Ders.: Die Verwirklichung des Reiches Gottes, München 1933
Ders.: Das deutsche Wunder und die Kirche, Elmau 1934
Ders.: Brennende Zeitfragen, Elmau 1934

Müller, K.: Christentum und Nationalsozialismus (Dtsch. Pfr.bl. 3/ 1931)

Müller, Ludwig:
Müller, Ludwig / Dr. Kinder: Reden am 28. Februar 1934 in der Reichssporthalle, Berlin 1934
Porträt von Müller: EDR 26/1933)
Besuch in einem Predigerseminar (MS)
Ders.: Rede zur Lage am 17. Mai 1933 (EDR 1933, 206)
Ders.: Deutsche Gottesworte: Aus der Bergpredigt verdeutscht, Weimar 1936

Müller, Manfred: Christus und die junge Generation (DED Februar 1936, 40f)

Mulert, Hermann: Volkskirche und Parteipolitik (Chr.W. 1932, 369 ff)
Ders.: Luther lebt. Seine Tischgespräche, ausgewählt für unsere Zeit, Berlin 1933

Mumm, Reinhard: Die christlich-soziale Fahne empor! Siegen 1930
Ders.: Der christlich-soziale Gedanke. Bericht über eine Lebensarbeit in schwerer Zeit, Berlin 1933

Mundschick, Georg: Das Wort der Kirche zum Feiertag der nationalen Arbeit, Hochweg Verlag 1933
Ders. (Hg.): Der Student vor Gott. Motive zur Neugestaltung des inneren Lebens in der deutschen akadmischen Jugend, Berlin o. J.

Mundt, Fritz: Pietismus – eine Schicksalsfrage an die Kirche heute, Marburg 1937
Nationalsozialistische Monatshefte, hg. von Adolf Hitler, Schriftleitung: Alfred Rosenberg, München 1930 ff

Neeße, Gottfried: Reichsjugendführer, in: Die Verwaltungsakademie, Band 1 Berlin
Neumann, Sigmund: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932

Niebergall, Friedrich: Im Kampf um den Geist. Von Weltanschauungen und Religionen, München 1927
Niedlich, Joachim Kurd: Jahwe oder Jesus? Die Quelle unserer Entartung, Leipzig 1921
Noack, Joachim: Luther und die Juden, hg. vom Bund für Deutsche Kirche, Berlin 1933

Niekisch, Ernst:
Grundfragen der deutschen Außenpolitik, Berlin 1925
Ders.: Gedanken über deutsche Politik, Dresden 1929
Ders.: Entscheidung, Berlin 1930
Ders.: Hitler – ein deutsches Verhängnis, Berlin 1932
Ders. / Weber, A. Paul (Hg.): Widerstand 3. Heft 1934

Nikodemus: Nationalsozialismus und Luthertum, Oldenburg 1932

Niemöller, Martin:
Vom U-Boot zur Kanzel, Berlin 1934
Ders.: Alles und in allen Christus! 15 Dahlemer Predigten, Berlin 1935
Ders.: „ dass wir an ihm bleiben", 16 Dahlemer Predigten, Berlin 1935
Ders.: Dennoch getrost! Die letzten 28 Predigten des Pfarrers Martin Niemöller vor seiner Verhaftung, gehalten in den Jahren 1936 und 1937, Zürich 1939

Ders. (Hg.): Das Bekenntnis der Väter und die bekennende Gemeinde. Zur Besinnung dargeboten von einem Kreis ev. Theologen, München 1934

Ders.: Alles und in allen Christus! 15 Dahlemer Predigten , Berlin 1935

Ders.: „… dass wir an Ihm bleiben. 16 Dahlemer Predigten, Berlin 1935

Ders.: Dienst der Kirche am Volk, Berlin 1935

Niesel, Wilhelm: Was heißt reformiert? München 1934

Nobiling, Siegfried: Kirchliches Führertum

Nohl, Hermann: Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie, Frankfurt/M. 1935

Nothmann, Walter: Der Irrweg der evangelischen Kirche. Deutschkirche Berlin 1930

Odenwald, Theodor: Verkündigung und Theologie in neuer Wirklichkeit, Bonn 1934

Pabst, C. (Hg.): Neue Kirche im neuen Staat (Das Tecklenburger Bekenntnis), Gütersloh 1933

Paetel, K.O.: Handbuch der deutschen Jugendbewegung, Flarchheim 1930
Ders.: Die Struktur der nationalen Jugend, Flarchheim 1930

Pastoraltheologie 1933/34:
- **Erich Stange: Das evangelische Wort an die Jugend des neuen Staates**
- **Von einem SA-Mann: Der Weg der Botschaft**
- **Juhl, Eduard: Die evangelische Jugendgruppe als missionarischer Stoßtrupp innerhalb der Gemeinde**
- **Grießbach, H.: Kirche und Hitler-Jugend**

Peisker, Lic.: Die „Richtlinien der Deutschen Christen", in: Positive Union 1932, 99ff

Peter, Friedrich:
Wenn die Würfel fallen! Ein Buch von Evangelium und Politik, 1932, 2. Aufl. 1933 (Rezension in: Positive Union 9/1932)
Ders.: Kirche und Volk, 1933
Ders.: Wie stellt sich ein evangelischer Mensch zur Ordnung und Gewalt des Staates? Berlin 1933
Ders.: Kirchlicher Glaube und Staatsgewalt des Dritten Reiches vom Standpunkt der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ (EDR 22/1933)
Ders.: Adolf Hitler und die „Deutschen Christen“ an seinem 44. Gbeurtstage (ebd. 15/1933)

Peters, Hans Helmut: Schwertkreuz. Vom Wollen deutscher evangelischer Jungenschaft im Bund deutscher Bibelkreise, Hannover 1929

Petersmann: Werner: Der „kultische Sinn“ von Erde und Volk, Gotha 1934

Ders.: Das Barmer Bekenntnis. Text und Erörterung, Gnadenfrei 1935

Ders.: Mensch und Maschine. Eine kultische Sinnerschließung, zum Ethos der Arbeit in der Gegenwart, Bonn 1937

Petras, Otto: Luther und wir, Berlin 1932

Pfennigsdorf, Oskar: Luthers Katechismus für die deutsche Gegenwart. Eine deutsche Christenlehre im Dritten Reich, Schwerin 1935

Pflugk, Heinz: Die Christlich-Deutsche Bewegung, Küstrin 1931
Przybylski, Lic.: Die Geschichte der evangelischen Gesellenvereine. Dortmund 1933

Piper, Otto:
Jugendbewegung und Protestantismus, Rudolfstadt 1923
Ders.: Weltliches Christentum. Eine Untersuchung über Wesen und Bedeutung der außerkirchlichen Frömmigkeit der Gegenwart, Tübiungwn 1924
Ders.: Theologie und reine Lehre. Eine dogmatische Grundlegung von Wesen und Aufgabe protestantischer Theologie, Tübingen 1925
Ders.: Die Grundlagen evangelischer Ethik Bd. 1, Gütersloh 1928, Bd. 2 Gütersloh 1930
Ders.: Vom Machtwillen der Kirche. Tübingen 1929
Ders.: Die politische Lage und der evangelische Akademiker (ChrW 46, 1932)
Ders.: Kirche und Politik, Calw 1933
Ders.: Sinn und Geheimnis der Geschlechter. Grundzüge einer evangelischen Sexualethik, Berlin 1935
Ders. zusammen mit Georg Wobbermin: Die heutige Lage der evangelischen Theologie, speziell ihrer Systematik. Zwei Thesenreihen zur Verständigung (Christentum und Wissenschaft 9, 1933)

Pöhlmann, Tobias: Theologie der Geschichte. Gott und die Geschichte, München 1934
Pohl, L.: Die Vernichtung Gottes, Berlin (?)
Pohl, Werner: Die bündische Erziehung, Diss. Jena 1933
Pokuntke: Kirche und christliche Gewerkschaftsbewegung,
(Positive Union 1930, 107 ff)
Politisches zur Kirchenwahl. Ein nationalsozialistisches Rundschreiben

(Chr. W. 7/ 1932)
Posse, Ernst H.: Die politischen Kampfbünde Deutschlands, Berlin 1931
Prägungen germanischer Religiosität, Süddeutsche Monatshefte VI, 1935
Preisker: Die „Richtlinien der Deutschen Christen“ (Pos. Union 10/1932)

Preuß, Hans:
Martin Luther, der Künstler, Gütersloh 1931
Ders.: Martin Luther der Prophet, Gütersloh 1933
Ders.: Martin Luther – ein Psalter von zehn Saiten, Erlangen 1933
Ders.: Luther und Hitler (AELKZ 42/1933)

Ders.: Martin Luther der Deutsche, Gütersloh 1934

Preuß. K. Th.: Der religiöse Gehalt der Mythen, Tübingen 1933

Pribram, Karl: Deutscher Nationalismus und deutscher Sozialismus, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 1922

Przybylski, Lic.: Der evangelische Geselle und Meister im Dritten Reich, Dortmund 1933
Puttkammer, Lic.: Unser Dienst an Arbeitslosen, in: Die Volksmission 8/1930

Putz, Eduard:
Völkische Religiosität und christlicher Gottesglaube, München 1933
Ders.: Warum Bekenntnisgemeinschaft? (JK 5/1934)
Ders.: Ist der Christus der Bibel der Heiland der Deutschen? Göttingen 1935

Quervain, Alfred de:

Gesetz und Freiheit, 1930

Ders.: Die theologischen Voraussetzungen der Politik. Grundlinien einer politischen Theologie, Berlin 1931

Ders.: Kirche und Nationalsozialismus, in: Die Furche 1931, 351ff

Ders.: Theologie und politische Gestaltung, Berlin 1931
Ders.: Das Gesetz des Staates. Wesen und Grenze der Staatlichkeit, Berlin 1932
Ders.: Ein Wort an alle Parteien, in: Positive Union September 1932, 91f
Ders.: Konfession und Katholizität der Kirche, Berlin 1933
Ders.: Vom christlichen Leben. Eine Auslegung von Römer 12 und 13, Berlin 1934
Ders.; Vom christlichen Leben. Eine Auslegung von Römer 12 und 13, Berlin 1934

Ders.: Die Freiheit der Kirche und ihr Dienst an Volk und Staat, Leipzig 1934

Ders.: Vom rechten Verständnis der christlichen Freiheit und von der Bewährung dieser Freiheit im bürgerlichen Leben, Berlin 1935

Ders.: Volk und Obrigkeit eine Gabe Gottes, Frankfurt/M. 1937
Ders.: Konfession und Katholizität der Kirche, Berlin 1939
Ders.: Freude am Evangelium (Festschrift zum 70. Geburtstag), hier: Bibliographie

Rade, Martin:
Die Verpflichtung der Kirche zur Friedensarbeit, München 1927

Ders.: Warnung an die Kirche. Vom Nationalsozialismus (Chr.W. 7/ 1931)
Ders.: Nationalsozialismus und Christentum, Leipzig 1933

Ragaz, Leonhard:
Der Faschismus, in: Neue Wege 1926, 73ff
Ders.: (Hg.): Christentum und Kirche im Dritten Reich, in: Neue Wege 1933
Ders. (Hg.): Memorandum sozialistischer Vereinigungen Europas: „Das Kreuz Christi und das Hakenkreuz, in: Neue Furche 1933, 242 ff

Raschke, Hermann: Revolution um Gott, Leipzig 1933

Rauschning, Hermann: Die Revolution des Nihilismus, Zürich - New York 1938

Rehm, Wilhelm: Mit Gott wir wollen Taten tun! Predigten und Ansprachen „Deutscher Christen“, Heilbronn 1934

Reinke, Elisabeth: Christentum und Frieden (Die Eiche 1931, 110f)

Reisner, Erwin: Die Kirche des Kreuzes und das deutsche Schicksal, München 1934

Rendtorff, Heinrich
Der Deutsche und sein Volk. 2 Reden, Kiel 1929
Ders.: Die Kirche des wirkenden Wortes. Vom Dienst der Kirche in der Krise der Gegenwart, Berlin 1930
Ders.: Kirche und Nationalsozialismus, (Ev. Westfalen Juni 1931)
Ders.: Kirche und Nationalsozialismus. 8 Thesen, (Die Furche 1931, 351 ff)
Ders.: Das Wort Gottes über das Volk, Küstrin 1931
Ders.: Ich weiß, an wen ich glaube. Ein evangelisches Bekenntnis vor Freund und Feind, Berlin 1932
-Ders.: Deutscher Protestantismus. In: Deutscher Geist. Kulturdokumente der Gegenwart, hg. Carl Lange u. Ernst Adolf Dreyer, Leipzig 1933
Ders.: Unsere Stellung zum Nationalsozialismus, in: Glaube und Volk, H. 2/1933
Ders.: Kirche im Kampf. Evangelische Rufe und Reden aus der Zeit des Kampfes um Deutschlands Erneuerung, Schwerin 1934

Ders.: Gottes Aufgebot in der Welt. Evangelische Predigten, Berlin 1935

Ders.: Soldatentum und Gottesglaube. Ein Buch für den deutschen Soldaten,

Berlin 1936

Reventlow, Graf E. zu:
Für Christen, Nichtchristen, Antichristen. Die Gottfrage der Deutschen, 1928
Ders.: Deutscher Sozialismus. Civitas Dei Germanica, Weimar 1930
Ders.: Nationaler Sozialismus im neuen Deutschland, Berlin 1932

Riederauer Thesen zur lutherischen Volksmission, München 1933

Riethmüller, Otto:
Die Zukunft der ev. Jugendarbeit, in: Pastoraltheologie 8/9/10, 1934
Ders.: Die Zukunft der evangelischen Jugendarbeit. Göttingen 1934
Ders.: Evangelische Jugendführung heute, Berlin 1936
Ders.: Wehr und Waffen. Lieder der kämpfenden Kirche, Berlin 1936
Ders.: Der König aller Gewalten, Berlin 1936

Ders.: Was sagt Christus unserem Volk? Berlin 1937
Ders.: Junger Glaube (DED 1937, 35f; 45 ff)
Ders.: Am Tisch des Königs. Der Weg evangelischer Jugend zum Abendmahl, Berlin 1938
Ders. / Staewen, Gertrud: Auf der Brücke. Aus der Verkündigung von Otto Riethmüller, Berlin 1939

Rittelmeyer, Friedrich: Deutschtum, Stuttgart 1934

Ritter, Gerhard: Martin Luther, Gestalt und Symbol, München 1925

Roch, Hans: Gott segne den Kanzler! Rundfunkpredigt am Geburtstage des Reichskanzlers Hitler, Dresden 1933

Röder, Fritz: Parteien und Parteienstaat in Deutschland (?)
Rönck, Hugo: Deutsche Helden oder Deutsche Christen? Fragen und Antworten um die Religion im Dritten Reich, Weimar 1935
Rohrbach, Paul: Deutschland! Tod oder Leben! 1930
R. M.: Sind Christentum und Nationalsozialismus vereinbar? (Dtsch. Pfarr.bl. 8/ 1931)

Ropp, Friedrich von der: Die Kirche in der Entscheidung, Berlin 1933
Ders.; Weihnachten im Neuen Deutschland (EDR, 554)
Ders.: Deutsche vor Gott, Berlin 1935

Rosenberg, Alfred:

Das Parteiprogramm. Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP, München 1922,

25. Aufl. 1943

Ders.: Der völkische Staatsgedanke, München 1924

Ders.: Dreißig Novemberköpfe, 1927

Ders.: Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1931

Ders.: Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus. Grundlagen der deutschen Wiedergeburt, München 1932

Ders.: Totaler Staat? in: Völkischer Beobachter v. 9. 1. 1934
Ders.: Der Apostel Paulus und das Urchristentum. Nachtrag zum Mythus des 20. Jahrhunderts, Köln 1934
Ders.: Nationalsozialismus, Religion und Kultur, in: Die Verwaltungs-Akademie, Band 1, Berlin
Ders.: Protestantische Rompilger. Der Verrat an Luther und der Mythus des 20. Jahrhunderts, München 1935

Ders.: An die Dunkelmänner unserer Zeit, München 1935

Ders.: Der Sumpf. Querschnitte durch das „Geistes“ - Leben der November-Demokratie, 3. Aufl. München 1939

Zu und gegen Rosenberg:

Florin, Wilhelm: Rosenbergs Mythus und evangelischer Glaube, Gütersloh 1935

Künneth, Walter: Antwort auf den Mythus. Die Entscheidung zwischen dem nordischen Mythus und dem biblischen Christus, Berlin 1935

Homann, Rudolf: Der Mythus und das Evangelium. Die evangelische Kirche in Abwehr und Angriff gegenüber dem „Mythus des 20. Jahrhunderts“, Wittzen 1935

Stoll, Christian: Mythus? Offenbarung! München 1935

Rosenstock, Eugen: Die europäischen Revolutionen. Volkscharakter und Staatenbildungen, Jena 1931

Ders. und Carl Dietrich von Trotha: Das Arbeitslager. Bericht aus Schlesien von Arbeitern, Bauern und Studenten, 1931

Roth (Pfarrer): Tannenbergbund und evangelische Kirche, Berlin 1931

Roth, Hans: Die Mitarbeit der evangelischen Kirche an der Bekämpfung des Versailler Diktats, Berlin 1933

Rückert, Hanns: Der völkische Beruf des Theologen, Tübingen 1933
Ders.: Die Christianisierung der Germanen, Tübingen 1934

Rühle, G. Das Dritte Reich (Jahrbücher), dokumentarische Darstellung des Aufbaus der Nation, Berlin 1933-1936
Rust, Hans: Theologie und Verkündigung in der neuen Kirche, Königsberg 1933
Salomon, Ernst: Die Geächteten, Berlin 1930
Salletz, K.G.: Christentum und Nationalsozialismus (Dtsch. Pfarrerbl. 18/1931)
Sammetreuther, Julius: Die falsche Lehre der „Deutschen Christen“, München 1934

Sasse, Hermann:
Die Kirche und die politischen Mächte der Zeit, in: KJ 1932, 64 ff
Ders.: Vom Sinn des Staates, Berlin 1932
Ders.: Das Volk nach der Lehre der evangelischen Kirche, München 1934
Ders.: Was heißt lutherisch? München 1934
Ders.: Kirchenregiment und weltliche Obrigkeit nach Lutherischer Lehre, München 1935
Ders.: Union und Bekenntnis, München 1936
Ders.: Zeugnisse. Erlanger Predigten und Vorträge vor Gemeinden 1933-1944, hg. Friedrich Wilhelm Hopf, Erlangen 1979

Schaade, Georg: Predigt am Tage der Reichstagswahl am 5. März 1933, in: Past.Th. 1932/33, 471ff
Schäfer, Walter: Glaubst Du, so hast Du. Gespräche mit jungem Volk, Göttingen 1933
Ders.: Junge Gemeinde und ihr Gottesdienst. Mit fünfzig Feiern für die Jugend, Frankfurt/M., 1935Schafft, Hermann: Vom Kampf gegen die Kirche für die Kirche, Schlüchtern 1925

Schairer, Erich: Gottlosigkeit, Stuttgart 1932

Schairer, J. B.:

Volk – Blut – Gott. Ein Gruß des Evangeliums an die deutsche Freiheitsbewegung, Berlin 1933

Ders.: Luther – ein Volksbuch. Der Volksdeutsche, Reformator und Mensch

Stuttgart 1933

Ders.: Protestantismus und Nationalsozialismus im Austausch ihrer geschichtlichen Sendung, München 1934

Ders.: Das große Vertrauen (EDR 1933, 226f)

Schauwecker, F.: Aufbruch der Nation, Berlin 1929

Ders.: Deutsche allein. Schnitt durch die Zeit, Berlin 1931

Scharf, Kurt: Für ein politisches Gewissen der Kirche. Aus Reden und Schriften 1932-1972, hg. Wolfgang Erk, Stuttgart 1972

Scharfe, Siegfried: Evangelische Kirche und Nationalsozialismus

(Dtsch. Pfarrerbl. 8/1931)

Schemp, Paul – Bizer, Ernst – Diem, Hermann: Die Kirche der Geistlich-Armen, München 1933

Scheuermann, Karl: Aufruhr wider Gott! Der Deutschglaube und die Wahrheitsfrage, Göttingen 1935

Scheunemann, Walther: Einige Bemerkungen zum Problem des Nationalsozialismus

(Chr. W. 11/ 1931

Ders.: Der Nationalsozialismus. Quellenkritische Studie seiner Staats- und Wirtschaftsauffassung, Berlin 1931

Scheuner, Ulrich: Die nationale Revolution. Eine staatsrechtliche Untersuchung, in: Archiv für Öffentliches Recht 1934

Schick, Erich: Heiliger Dienst. Ein Buch von evangelischer Wortverkündigung und Seelsorge, Berlin 1935

Schieder, Julius: Kirche im Gericht. Bekenntnisgottesdienst, Nürnberg 1935

Schiller, Wilhelm: Das Alte Testament als Buch der Kirche, Neuendettelsau 1934

Schirach, Baldur von
(Hg.): Wille und Macht, Führerorgan der nationalsozialistischen Jugend
Ders.: Hitler-Jugend, Idee und Gestalt, Berlin 1934
Ders.: Revolution der Erziehung, München 1938

Schirmacher, Horst: Männer in der Kirche. Die evangelische Männerdienst-Bewegung, Berlin 1931

Schlatter, Adolf:
Das Unser-Vater und unsere gegenwärtige Lage, Berlin 1923
Ders.: Die Gabe des Christus. Eine Auslegung der Bergpredigt o.J.
Ders.: Die Schulpolitik der evangelischen Kirche Preußens, Görlitz 1928
Ders.: Was fordert die Lage unseres Volkes von unserer evangelischen Christenheit? Korntal-Stuttgart 1929

Ders.: Wir Christen und die Juden, Velbert 1930

Ders.: Die neue deutsche Art in der Kirche, Bethel 1933

Ders. / Schmidt, Gerhard / Stoll, Christian: Das Alte Testament als Buch der Kirche, München 1934

Ders.: Die Verkündigung der Rechtfertigung unter allen Völkern, Essen 1935

Ders.: Wird der Jude über uns siegen? Velbert 1935

Ders.: Wird der Jude über uns siegen? Essen 1936

Schlegel, Werner: Nationalsozialismus – Marxismus – Bolschewismus. Eine dialektische Auseinandersetzung, Berlin 1934

Schlemmer, Hans: Der Geist der deutschen Jugendbewegung, München 1923

Ders.: Jugendliches in der Philosophie und Philosophisches in der Jugend, 1925

Ders: Von Karl Barth zu den deutschen Christen. Ein Wort zum Verständnis der heutigen theologischen Lage, Gotha 1934

Schlier, Heinrich: Das Schifflein der Kirche, München 1935

Schlink, Edmund:

Pflicht und Versuchung christlichen Bekennens, München 1935

Ders.: Der Mensch in der Verkündigung der Kirche. Eine dogmatische Untersuchung, München 1936

Ders.: Die Verborgenheit Gottes des Schöpfers nach lutherischer Lehre. Ein Beitrag zum lutherischen Verständnis der ersten Barmer These, München 1937

Ders.: Gesetz und Evangelium. Ein Beitrag zum lutherischen Verständnis

der 2. Barmer These, München 1937

Schlund, Erhard: Neugermanisches Heidentum im heutigen Deutschland, München 1924

Schmidt, Albert: Die Weltanschauung des Pazifismus im Lichte des christlichen Glaubens, 1927
Ders.: Der christlich-soziale Volksdienst, Hamburg 1932

Schmidt, Gerhard: Das Alte Testament und der evangelische Religionsunterricht, München 1934

Ders.: Luther und das Alte Testament, Göttingen 1934

Schmidt, Hans: Luther und das Buch der Psalmen. Ein Beitrag zur Wertung des Alten Testaments, Tübingen 1933

**Schmidt, Kurt-Dietrich
(Hg.): Die Bekenntnisse und grundsätzlichebn Äußerungen zur Kirchenfrage, Göttingen
Bd. 1: Das Jahr 1933, Bd. 2: Das Jahr 1934, Bd. 3: Das Jahr 1935**

Schmidt-Pauli, Edgar von: Die Männer um Hitler, 1932
Schmidt-Japin, Joh. Wilh.: Zur politischen Ethik Alfred de Quervains und Friedrich Gogartens (Theol. Bl. 1931, 43 ff)
Schlund, Erhard (OFM): Religion, Christentum. Kirche und Nationalsozialismus (Gelbe Hefte 8/ 1932)
Schott, Georg: Das Volksbuch vom Hitler, München 1924

Schmitt, Carl:
Politische Romantik, 1919
Ders.: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, 1922
Ders.: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, München 1923
Ders.: Verfassungslehre, 1928
Ders.: Der Völkerbund und das politische Problem der Friedenssicherung, 1930
Ders.: Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931
Ders.: Der Begriff des Politischen, München 1932
Ders.: Legalität und Legitimität, 1932
Ders.: Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit, 1933
Ders.: Ende des Säkularismus, Hamburg 1935
Ders.: Gefährlich leben. Hamburg, 1935
Ders.: Lebensfremde und lebensnahe Weisheit, Leipzig 1936

Schneider, Georg: Deutschglaube oder Christentum Deutsch? Die religiöse Entscheidungsfrage unseres Volkes, Stuttgart o. J.

Schöffel, Simon/Köberle, Adolf: Luthertum und soziale Frage, Leipzig 1931
Schöffel, Simon: Kreis und Gerade. Gedanken zur völkischen Bewegung, (Past.Th. 1931, 178ff)
Ders.: Ewige Wahrheit – wandernde Zeit. Die Neugestaltung der Hamburgischen Landeskirche 1933, Hamburg 1933

Schomersus, Hans: Kaiser und Bürger, Hamburg 1934

Ders.: Gefährlich leben, Hamburg 1935

Schott, Erdmann: Die nationalsozialistische Bewegung als theologisches Problem. 1933 im Lichte von 1866, Tübingen 1933

Schotte, W.: Der Neue Staat, Berlin 1932

Schramm, Wilhelm: Radikale Politik. Die Welt diesseits und jenseits des Bolschewismus, München 1932

Schreiber, A. W.: Internationale kirchliche Einheitsbestrebungen, Leipzig 1921

Schreiner, Helmut:
Das Christentum und die völkische Frage, Berlin-Dahlem 1925
Ders.: Das Geheimnis des dunklen Tores. Von der Wahrheit des Glaubens im Kampf unserer Zeit, Schwerin 1928
Ders.: Pädagogik aus Glauben, 1930
Ders.: Die Säkularisierung als Grundproblem der deutschen Kultur, Berlin 1930
Ders.: Der Nationalsozialismus vor der Gottessfrage. Illusion oder Evangelium? Berlin-Spandau 1931
Ders.: Evangelische Kirche und Politik (Pastoraltheologie 5/6, 1931)
Ders.: Von der Klarheit Gottes im Angesicht Jesu Christi. Predigten, Schwerin 1934
Ders.: Der neue Mythus und der alte Glaube, Berlin 1935
Ders.: Ehre und Glauben. Völkischer Menschenglaube im Angriff der Christusbotschaft, Berlin 1934

Ders: Ernst Moritz Arndt. Ein deutsches Gewissen, Berlin 1935

Ders.: Der neue Mythos und der alte Glaube, Berlin 1935

Schröder, Ch. Matthias: Christentum und völkische Religiosität, Elsflet 1933

Schütz, Paul:

Der Anti-Christus. Eine Studie über die widergöttliche Macht und die deutsche Sendung, Berlin 1933

Ders.: Luther-Fibel, Breslau 1934

Ders.: Vom Urgrund der Gemeinschaft, Breslau
Ders.: Warum ich noch Christ bin, Berlin 1937

Schultz-Hencke, Harald: Die Überwindung der Parteien durch die Jugend, Gotha 1921
Schultze-Naumburg: Kunst und Rasse, München 1928
Schultze, Fr.: Volk und Gott. Grundlagen neuer Religionspädagogik, Frankfurt/M. 1933

Schultze, Georg: Unsere Verantwortung vor Gott und vor der Geschichte, Küstrin 1930
Schulz: Adolf Hitlers Stellung zum Christentum (Positive Union 7.8 / 1931)

Schumann, Friedrich Karl:
Gegenwartsdämonie und Christusglaube, Nördlingen 1932
Ders.: Wort und Gestalt. Gesammelte Aufsätze zwischen 1927 bis 1953, Witten 1956

Schumann, Harry: Geist von Langemarck. Das Erlebnis von 1914, Dresden 1934

Schwarz, Hans: Die preußische Frage, Berlin 1933
Schwarz, Karl: Aber das Wort unseres Gottes bleibt ewiglich. 27 Predigten aus bewegten Zeiten, Braunschweig 1934
Schwarz, Walter: Welche Bedeutung hat die Spannung zwischen Nationalsozialismus und evangelisches Christentum für die apologetische Wortverkündigung?

(Wort und Tat 3/1931, 12ff)

Schweitzer, Carl
(Hg.): Das religiöse Deutschland der Gegenwart, Berlin 1928
Ders.: Antwort des Glaubens. Handbuch der neuen Apologetik, Schwerin 1928
Schweitzer, Carl / Künneth, Walter (Hg.): Freidenkertum und Kirche, Berlin 1932

Schultz, Edmund (Hg.) Das Gesicht der Demokratie. Mit einer Einleitung von Friedrich Georg Jünger, Leipzig 1931

Seeberg, Reinhold: Christliche Ethik, Stuttgart 1936
Selchow, Bogislav von: Der Glaube in der deutschen Ich-Zeit. Ein Zeitbild, Leipzig 1933
Seldte, F.: Fronterlebnis, Leipzig 1929/30
Sellin, Ernst: Abschaffung des Alten Testaments? Leipzig 1932
Semmelreuther, Julius: Die falsche Lehre der „Deutschen Christen“, München 1934
Siemering, Hertha.: Die deutschen Jugendverbände, Berlin 1931
Sinn, Georg: Christuskreuz und Hakenkreuz
(Dtsch.Pfr.bl. 50/ 1930 u. 6/ 1931)
Smend, Rudolf: Protestantismus und Demokratie. In: Krisis. Ein politisches Manifest, Weimar 1933, auch in: Staatsrechtliche Abhandlungen,

Berlin 1968

Smidt, Udo: Das Leben ruft, Leipzig 1936

Soden, Hans Frh. von: Von deutschen Christen. Beiträge zur völkischen Wandlung in der Gegenwart, Frankfurt/Main 1933

Ders.: / Rudolf Bultmann: Die werdende Kirche. Verkündigung und Gestalt, Kassel 1933

Sombart, Werner:

Volk und Raum. Eine Sammlung von Gutachten zur Beantwortung der Frage: „Kann Deutschland innerhalb der bestehenden Grenzen eine wachsende Bevölkerung erhalten?“ 1928

Ders.: Deutscher Sozialismus, Berlin 1934

Sommer, Ernst (Hg.): Christliche Kampflieder der Deutschen, Kassel 1933

Sommerfeld, Martin H. / Schmidt, Rudolf / Geiger Hansludwig: Des Kirchenstreites Ende, Berlin 1935

Spann, Othmar:
Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und und Neubau der Gesellschaft,
Jena 1921
Ders.: Gesellschaftsphilosophie, 1928
Ders.: Vom Wesen des Volkstums. Was ist deutsch? 3. Aufl. 1929

Spengler, Oswald:
Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte,
Bd. 1: Gestalt und Wirklichkeit, Bd. 2: Welthistorische Perspektiven,
Ders.: Preußentum und Sozialismus (1919), München 1924
Ders.: Politische Pflichten der deutschen Jugend, München 1924
Ders.: Neubau des deutschen Reiches, München 1924
Ders.: Die Wirtschaft. Das Geld Die Maschine, München 1924
(Sonderdruck aus „Untergang des Abendlands, Bd. 2)
Ders.: Der Staat. Das Problem der Stände, Staat und Geschichte, Philosophie der Politik, München 1924

(Sonderdruck aus „Untergang des Abendlandes“ Bd. 2)

Ders.: Politische Pflichten der deutschen Jugend, München 1924

Ders.: Der Mensch und die Technik. Beitrag zun einer Philosophie des Lebens, München 1931

Ders.: Politische Schriften, München 1932

Ders.: Jahre der Entscheidung, Erster Teil: Deutschland und die weltgeschichtliche Entwicklung, München 1933

Spoerri, Theophil: Die Götter des Abendlandes. Eine Auseinandesetzung mit dem Heidentum in unserer Kultur unserer Zeit, Berlin 1932

Spranger, Eduard: Der Kampf gegen den Idealismus, Berlin 1931

Stäglich, Martin: Unser Kampf gegen das Freidenkertum, Berlin 1931

Stählin, Otto: Die deutsche Jugendbewegung. Ihre Geschichte, ihr Wesen, ihre Formen, Leipzig 1930

Stählin, Wilhelm:
Der neue Lebensstil (Ideale deutscher Jugend), Hamburg 1919, 1926
Ders.: Unsere geistige Lage und die Aufgabe der Führer, Berlin
Ders.: Jesus und die Jugend, Sollstedt bei Nordhausen
Ders.: Vom Sinn und Segen des Dienens, ebd.
Ders.: Die völkische Bewegung und unsere Verantwortng, ebd.
Ders.: Das Kreuz Christi. Drei Vorträge, München
Ders.: Schicksal und Sinn der deutschen Jugend, Wülfingerrode Sollstedt 1926
Ders.: Evangelische Kirche und Jugendbewegung, in: Der Protestantismus der Gegenwart, unter Mitwirkung führender Persönlichkeiten des kirchlichen und theologisch-wissenschaftlichen Lebens hg. von Stadtpfarrer Dr. Schenkel,

Stuttgart 1926, 598 - 615

Ders.: Fieber und Heil der deutschen Jugendbewegung, Hamburg 1928

Ders.: Jugendbewegung: Geschichte und Bedeutung, Jugendbewegung und Protestantismus, in: RGG III, 1929

Ders: Vortrag auf dem 10. Bundestag des BDJ über „Vom Heiligen Deutschen Reich“ (Priepke, 20f)

Ders.: Die deutsche Jugendbewegung. Ihre Geschichte, ihr Wesen, ihre Formen, Leipzig 1930
Ders. (Hg.): Vom heiligen Kampf. Beiträge zum Verständnis der Bibel und der christlichen Kirche, Kassel 1932
Ders.: Das Reich als Gleichnis, Münster 1933
Ders.: Vom Sinn des Leibes, Stuttgart 1934

Staeven-Ordemann, Gertrud: Menschen der Unordnung. Die proletarische Wirklichkeit im Arbeitsschicksal der ungelernten Großstadtjugend,

Berlin 1933

Stange, Erich:
„Übermorgen“, Hamburg 1921
Ders.: Missionarisches Wollen, Barmen 1922
Ders.: Wandlungen innerhalb des ev. Jugendwerkes nach innen und außen, in: AELKZ 1922, 37f
Ders.; Die Sendung, Lindhorst 1923
Ders.: Jugend als Spiel oder Tat? Barmen 1923
Ders.: Zeitgeist und Urchristentum. Die sittlich-religiösen Strömungen der Gegenwart im Spiegelbild des Neuen Testaments, Berlin 1923

Ders.: Weg und Sendung der evangelischen Bewegung innerhalb der Jugend, Rudolfstadt 1924
Ders.: Die kommende Kirche, Dresden 1925
Ders.: Was Jugend von der Kirche erwartet, Herborn 1925
Ders.: Wille und Form. Zur gegenwärtigen Aufgabe der Christlichen Pfadfinderschaft,
in: ANP 1925, 291f
Ders. (Hg.): Führerdienst. Neue Folge der Rundschau für evangelische Jugendführung und Jungmännermission, Kassel-Wilhelmshöhe 1925ff

Ders.: Evangelische Jugendbünde, in: RGG III, 523ff

Ders.: Volkskirche als Organismus, Dresden 1928
Ders.: Handbuch für das Evangelische Jungmännerwerk, 3 Bände, Kassel-Wilhelmshöhe 1929
Ders.: Jugend als Spiel oder Tat, Barmen 1929
Ders.: Jugend vor dem Wagnis mit Gott, Barmen 1930
Ders.: Die Verkündigung der Kirche angesichts der nationalen Bewegung der Gegenwart, in: AELKZ 7/193

Ders.: Wo steht die Front? In: Pastoralblätter 1931, 257 ff

Ders.: Durchbruch der Kirche zum Volk? In: Past.bl. 1932/33, 449 ff
Ders.: Das deutsche Jahr, Handreichung 1933, Kassel 1933
Ders.: Durchbruch der Kirche zum Volk? (Past.bl. 132/33, 449 ff)
Ders. u. a.: Kirche und Jugend im Dritten Reich (Past.bl. 1933/34, 193 ff)
Ders.: Die Einordnung der freien Werke in die Volkskirche,
in: Führerdienst März/April 1935
Ders.: Der 1. Korintherbrief, Leipzig 1935
Ders.: Klares Ziel, Berlin 1936
Ders.: Das Wort und die Wörter. Das Sprachgut der Christenheit in seiner Bedrohung durch die Sprache der Welt, Dresden 1936

Ders.: Elternbüchlein, Kassel-Wilhelmshöhe 1938

Ders.: Zeitgeist und Urchristentum, Berlin o. J., In: Unser Glaube und unsere Geschichte. Stimmen aus der deutschen christlichen Studentenbewegung, Nr. 21

Stapel, Wilhelm:

Volksbürgerliche Erziehung. Versuch einer volkskonservativen Erziehungslehre, Hamburg, ab 1917 verschiedene weiter entwickelte Auflagen

Ders.: Die Fiktionen der Weimarer Verfassung, Hamburg 1928

Ders.: Antisemitismus und Antigermanismus. Über das seelische Problem der Symbiose des deutschen und des jüdischen Volkes., Hamburg

Ders.: Sechs Kapitel über Christentum und Nationalsozialismus, 1931
Ders.: Der christliche Staatsmann. Eine Theologie des Nationalismus, Hamburg 1932
Ders.: Preußen muss sein, Hamburg 1932
Ders.: Das Gesetz des Staates. Wesen und Grenze der Staatlichkeit, 1932
Ders.: Die Kirche Christi und der Staat Hitlers, Hamburg 1933
Ders.: Führertum und Manneszucht. Ein Beitrag zur Erkenntnis des nationalsozialistischen Staats (Deutsches Volkstum 1933, 709 ff)
Ders.: Volkskirche oder Sekte? Hamburg 1934

Stauffer, Ethelbert:

Paulus und Akiba, der erlösende und tragische Ausgang des Judentums

(AELKZ 24/1932)

Ders.: Unser Glaube und unsere Geschichte. Zur Begegnung zwischen Kreuz und !
Ders.: Theologisches Lehramt in Kirche und Reich. Ein Wort zur geschichtlichen Stellung und Aufgabe der Theologischen Fakultäten, Bonn 1935

Stege, Heinrich: Das Bekenntnis der Kirche in den Liedern der Reformation, München 1934
Stehn, Hugo: „Unser Weg“. Geschichte des Bundes deutscher Jugendvereine, Sollstedt 1922

Steil, Lutz (Hg): Christus-Herrschaft. Vom Nein und Ja Gottes zum Menschen, zur Gemeinschaft, zum Volk, Heft 32 der Stimmen aus der deutschen christlichen Studentenbewegung, Berlin 1925

Ders.: Die werdende Volkskirche (Pastoraltheologie 2/3 1933)

Steinbach, Ernst: Die Auflösung des Protestantismus, München 1936

Steinbrück, Martin: Das kommende Abendland und der Geist der neuen Jugend, Rudolfstadt 1925Stenbock-Fermor, Graf A.: Meine Erlebnisse als Bergarbeiter, Stuttgart (?)Steinhausen, Georg: Deutsche Geistes- und Kulturgeschichte von 1870 bis zur Gegenwart, Halle 1931Stickelberger, Emanuel: Reformation, Stuttgart 1933Stöhr, Hermann: Die christlichen Einigungsbewegungen, München 1930 Stoffregen, Goetz Otto (Hg.): Aufstand. Querschnitt durch den revolutionären Nationalismus, Berlin 1931

Stoffsammlung für Schulungsarbeuit, hg. Apologetische Zentrale, Nr. 23-25: Vom Ringen um eine arteigene „Deutschreligion", Berlin 1934

Stoll, Christian:

Hg.: Der Kampf um das Bekenntnis, München 1934, VI Teile mit Eingangsartikeln:

I: Die deutsche Evangelische Kirche, ihre Idee und ihre Erscheinung im Lichte des lutherischen bekenntnisses (4 ff)

Teil II: Die gegenwärtige Not der Deutschen Evangelischen Kirche (5 ff)

Teil III: Der Kampf um das Bekenntnis, Kirchliche Chronik (7 ff)

Ders.: Kirche oder Schwärmertum? München 1934

Ders.: Der deutsche Lutherische Tag von Hannover, München 1935

Ders.: Interim! München 1935

Ders.: Konfessionen? München 1935

Ders.: Vom Abendmahl Christi. Bekenntnis der lutherischen Kirche, München 1935

Strasser, Gregor: Freiheit und Brot, Hammer und Schwert. Ausgewählte Reden und Schriften eines Nationalsozialisten, o. J.

Ders.: Kampf um Deutschland. Reden und Aufsätze eines Nationalsozialisten, Leipzig 1932

Strasser, Otto: Aufbau des deutschen Sozialismus, Leipzig 1932
Strathmann, Hermann: Nationalsozialistische Weltanschauung? Nürnberg 1931
Ders.: Kirche und Politik, Berlin 1931
Ders.: Adam, wo bist Du? 12 Predigten aus bewegter Zeit, Bielefeld 1947
Telle, Hans: Die Gleichnisse Jesu im Licht des volksorganischen Denkens

(Dtsch. Pfr,bl. 36/1030)

Thadden-Trieglaff, Reinold von: Das Recht und das Amt des Laien in der Kirche, Berlin o. J.

Themel, Karl:

Sozialfragen (?)

Ders.: Der 13. November 1932 (Ein Wort zur Kirchenwahl) (EDR 7/1932)

Ders.: Der Reichsführer der Inneren Mission (?)

Ders.: Arbeit ein Segen Gottes (EDR 1933, 156)

Theuerkauff, Johannes: Deutsche Jugend im Ringen um Glaube und Kirche, Gotha 1933

Tilemann: Staat und Kirche im Zeichen der nationalen Revolution, Berlin 1933

Thielicke, Helmut: Geschichte und Existenz. Grundlegung einer evangelischen Geschichtstheologie, Gütersloh 1935
Ders.: Kritik der natürlichen Theologie, München 1937

Thieme, Kurt: Aus dem Wieratal ins Reich! Ursprung und Aufbruch deutschen Christentums, Weimar 1939
Thiess, Frank: Wiedergeburt der Liebe. Die unsichtbare Revolution, Berlin-Leipzig 1931
Thimme, Ludwig: „Unsere Religion ist Christus". Predigten und Ansprachen im Dritten Reich, Schwerin 1934

Thimme, F. / Rolffs, E. (Hg.): Revolution und Kirche, 1919:

(Mit Beiträgen von Baumgarten, Otto / Bousset, Wilhelm / Dibelius, Otto, Heim, Karl/ Otto, Rudolf / Rade, Martin / Titius, Arthur / Troeltsch, Ernst)

Thom, Martin: Christenkreuz und Hakenkreuz. Predigten aus der Zeit vom 1. März 1930 bis zum 20. April 1933 einschließlich einiger Rundfunkpredigten, Berlin 1933

Evangelische Reden im Dritten Reich, gesammelt von Dr. Martin Thom, Berlin 1933 (Hossenfelder, Loerzer, Thom, Peter, Wieneke, Nobiling, Tausch, Meichßner, Koch, Schade)

Thüringer Landesbibliothek: Bücherverzeichnis: Der neue Nationalismus, Volkstum und Rasse, Gera 1933

Thulin, Oskar / Klinge, Gerhard (Hg.): Die deutsche Bibel im deutschen Volke, Halle 1934

Thurneysen, Eduard:

Ders.: Die Kraft der Geringen. Drei Predigten, München 1934

Die Fülle in Jesus Christus, München 1935

Ders.: Lebendige Gemeinde und Bekenntnis, München 1935

Tiling, Magdalene von:

Leitsätze zur völkischen Frage

Dies.: Vom Sinn der Ordnungen menschlichen Lebens, Berlin 1929

Dies.: Grundlagen pädagogischen Handelns, Stuttgart 1932

Dies. (Hg.): Nachrichten des Evangelischen Rechtausschusses der DNVP, Berlin 1930-1934

Tillich, Paul:

Der Sozialismus als Kirchenfrage, 1919 (Krumwiede, Ev. Kirche und Theologie in der Weimarer Republik, 60 ff)

Ders.: Die religiöse Lage der Gegenwart, 1926

Ders.: Klassenkampf und religiöser Sozialismus, 1928/30 (Krumwiede, Ev. Kirche und Politik in der Weimarer Republik, 233ff)

Ders: Protestantisches Prinzip und proletarische Situation, Bonn 1931

Ders.: Zehn Thesen: Die Kirche und das Dritte Reich (in: Krumwiede, Ev. Kirche und Theologie in der Weimarer Republik, 239f)

Ders.: Die sozialistische Entscheidung, Potsdam 1933

Titius, Arthur: Die Anfänge der Religion bei Ariern und Israeliten, Göttingen 1934

Tögel, Hermann / Klinge, Gerhard (Hg.): Germanisches Gottgefühl im christlichen Religionsunterricht. Zwölf Unterrichtsentwürfe
Tönnies, Ferdinand: Gemeinschaft und Gesellschaft, 6. Auflage Berlin 1926

Traub, Gottfried:
Die Hitlersche Bewegung, in: Eiserne Blätter, 1923, 501-505
Ders.: Heldische Weltanschauung, Berlin 1927
Ders.: Das nationalsozialistische Kirchenprogramm (Eiserne Blätter 14, 1932)
Ders.: Christentum und Germanentum, Köln 1936

Traue, Georg: Arische Gottzertrümmerung. Wider falsche Propheten im neuen Deutschland, Braunschweig 1934
Ders.: Millionen arischer Menschen im Glaubenskampf! 40 artgemäße Zweifelsfragen an Bibel und Kirche. 40 bekenntnisgemäße Antworten, Braunschweig 1934

Troeltsch, Ernst: Deutscher Geist und Westeuropa, 1922/1923
(in: Krumwiede, Kirche und Theologie in der Weimarer Republik, 93ff)
Ders. Spektaror-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik, hg. H. Baron, Tübingen 1924

Truckenbrodt, H.: Der Pfarrerstand am Scheidewege, Frage und Aufruf des Bundes antimilitaristischer Pfarrer und Theologen (Die Eiche 1931, 241ff; Chr.W. 11/ 1931)

Tügel, Franz: Wer bist Du? Fragen der Kirche an den Nationalsozialismus,

Hamburg 1932

Ullmann, Hermann: Das werdende Volk. Gegen Liberalismus und Reaktion, Hamburg 1929
Ders.: Durchbruch zur Nation, Geschichte des deutschen Volkes 1919-1933, Jena 1933

Ulmenried, Will: Joachim Hossenfelder, Berlin 1933
Ders.: Ludwig Müller, Berlin 1933
Unger, Ernst: Das Schrifttum des Nationalsozialismus von 1919 bis zum 1. Januar 1934, Berlin 1934

Urbig, Günther: Gedanken über den Nationalsozialiosmus Rezension des Buches von Theodor Heuß „Hitlers Weg“ (Neuwerk 3/1932)

Veidt, Karl – Bunke, Ernst – Thieme, Walter: Adolf Stoecker. Der Herold für Volk und Kirche, Berlin 1935

Veigel, Fritz: Die braune Kirche, Stuttgart 1934
Ders.: Deutsche Gebete, Weimar 1936

Verhandlungen des deutschen Evangelischen Kirchentages 1919 in Dresden, Berlin o. J.
Verhandlungen des 2. Deutschen Evangelischen Kirchentages 1921 in Stuttgart,
Berlin o. J.
Verhandlungen des ersten deutschen Evangelischen Kirchentages 1924 in Bethel,

Berlin o. J.
Verhandlungen des zweiten Deutschen Evangelischen Kirchentages 1927 in Königsberg, Berlin o. J.

Verhandlungen des dritten deutschen Evangelischen Kirchentages in Nürnberg 1930, Berlin o. J.

Verwaltungsakademie. Ein Handbuch für den Beamten im nationalsozialistischen Staat, Berlin, darin:

Vahlen, Theodor: Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung im nationalsozialistischen Staat

Vesper, W. (Hg.): Deutsche Jugend 1935

Vischer, Wilhelm: Das Christuszeugnis im Alten Testament, München 1934

Ders.: Hiob, ein Zeuge Jesu Christi, München 1934

Voelkel, Martin: Hie Ritter und Reich. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1923

Vogel, Heinrich:
Acht Artikel Evangelischer Lehre. Um der gegenwärtigen Irrlehre willen den Verirrten zur Weisung, den Angefochtenen zum Trost bekannt auf dem Grunde der Heiligen Schrift, Berlin 1933
Ders.: Gottes Wort im Menschenmund. Um die Predigt, Dresden/Leipzig 1933
Ders.: Wer regiert die Kirche? Über Amt, Ordnung, Regiment der Kirche, München 1934
Ders.: Die Autorität des Richters und das Zeugnis der Kirche. Erläuterungen zur Einleitung der Konkordienformel für den gegenwärtigen Kriegszustand der Kirche, München 1935
Ders.: Eiserne Ration eines Christen, München 1936
Vogel, Heinrich / Gebhardt, Friedrich: Kreuz und Hakenkreuz. Ein Vergleich zwischen ihnen in den Pastoralblättern 1932/33, 581ff

Vogel, Heinrich: Gottes Wort in Menschenmund. Ausgewählte Schriften 1929-1939, hg. Karl Kupisch, Berlin-Stuttgart 1962

Vogelsang, Erich: Umbruch des deutschen Glaubens von Ragnarök zu Christus, Tübingen 1934

Ders.: Luthers Kampf gegen die Juden, Tübingen 1933

Volk und Heer des ewigen Königs. Gemeindejugendtag der evangelischen weiblichen Jugend Westfalens 1935, Witten 1936 Volz, Paul: Der Kampf um das Alte Testament, Stuttgart 1932

Voß, Otto/Schön, Herbert: Die Cliquen jugendlicher Verwahrloster als sozialpädagogisches Problem, in: Erfahrungen der Jungen, Potsdam 1930Voß, Th. (Landesjugendpfarrer): Die Neuordnung der evangelischen Jugendarbeit, Frankfurt/M. 1935

Wagner, Martin: Die „Deutschen Christen" im Kampf um die innere Erneuerung des deutschen Volkes, Berlin-Charlottenburg 1933

Waldenmaier, Hermann: Deutsche um Christus (Hindenburg, Graf Zeppelin, Gorch Fock, WalterFlex, Schlageter, Thoma, Rudolf Koch), Stuttgart 1936

Weber, Alfred: Die Krise des modernen Staatsgedankens, Stuttgart 1925

Weber, Max: Politik als Beruf (in: Krumwiede, Kirche und Theologie in der Weimarer Republik, 66ff)

Weber, Otto: Das Lebensgefühl unserer Zeit, Neukirchen 1932

Weber, Werner: Staatskirchenrecht. Textausgabe der neueren staatskirchenrechtlichen Bestimmungen mit Verweisen,

München und Berlin 1936

Weinel, Heinrich: „Schöpfungsordnungen", eine neue Grundlegung der Sozialethik? (ChW 47, 1933)

Ders.: Die deutsche Evangelische Kirche, ihre Notwendigkeit, ihre Aufgaben, ihre Gestaltung, Gotha 1933

Weippert: Das Prinzip der Hierarchie, Hamburg 1932

Weiß, Max: Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1928, Leipzig 1928,

Darin:

- Friedrich Brunstäd: Die Weltanschauung der DNVP

- W. Kähler: Deutschnationale Kulturpolitik

- Emil Hartwig: Deutschnationale Arbeiterbewegung

- Heinz Dähnhardt: Jugendbwegung und Studententum

- Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei

Wendland, Heinz-Dietrich:

Gott und Volk, Hamburg 1926

Ders: Das religiöse Problem in der Jugendbewegung, in: C. Schweitzer, Das religiöse Deutschland, 1928

Ders.: Christlich-soziale Grundsätze. Gedanken zu einem neuen christlich-sozialen Programm (Christlich-soziale Reichsvereinigung), Berlin 1929

Ders.: Die Eschatologie des Reiches Gottes bei Jesus, Gütersloh 1931
Ders.: Die evangelische Staatsanschauung, Durlach 1932
Ders.: Der soziale Gehalt der reformatorischen Verkündigung, Berlin 1933
Ders.: Leitsätze zur Frage der Theologischen Fakultät (Wort und Tat 8/1933)
Ders.: Reichsidee und Gottesreich, 1934
Ders.: Der Herr der Zeiten. Christus und die geschichtlichen Stunden, Kassel 1936

Werdermann, Hermann: Martin Luther und Adolf Hitler. Ein geschichtlicher Vergleich, Gnadenfrei 1938

Werner, Gottfried: Das Land des Grauens. Aus dem Reiche des Gottlosentums, Erlangen 1933

Wien, Alfred: Die Stadt in den Wolken. Zur religiösen Kulturkrise der Gegenwart, Braunschweig 1929

Wieneke, Friedrich:
Die Entwicklung des philosophischen Gottesbegriffes bei Ernst Troeltsch, Soldin 1929
Ders.: Die Stellung des Nationalsozialismus zum Christentum (Dtsch. Pfarrerbl. 28/1930)
Ders.: Christentum und Nationalsozialismus (Nachtrag) (ebd. 50/1930)
Ders.: Christentum und Nationalsozialismus, Küstrin 1931
Ders.: Die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, Soldin 1932, 3. Aufl. 1933
Theologie und Politik (EDR 1/1933)
Gleichschaltung der Theologischen Fakultäten (ebd. 14/1933)
Ders.: Deutsche Theologie im Umriß, Soldin 1933
Ders.: Evangelische Volksmission im Dritten Reich, Göttingen 1934
Ders.: Die Kampf- und Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, Soldin 1935

Wiesner, Werner: Das Evangelium im Dritten Reich. Grundsätzliches zur Verkündigung des 2. und 3. Artikels, Göttingen 1933

Ders.: Die Lehre von der Schöpfungsordnung, Anthropologische Prolegomena zur Ethik, Gütersloh 1934

Wilhelm: Ein deutsches Vaterunser. Predigten im Dom zu Berlin, Berlin 1933

Wilm, Walter: Deutschchristlich und deutschreligiös (Volksmission 11, 1930)

Ders.: Praktische Arbeit der Volksmission und nationale Bewegung

(ebd. 12, 1931)

Wilm, Werner: Nie wieder Krieg – eine falsche Parole! Küstrin 1931

Ders.: Der Kampf um die Kirche und die Kirchenverfassung, Küstrin o. J.

Wilkens, Johannes: Das Lebensgesetz der Volksgemeinschaft, (Heft 37 der Stimmen aus der deutschen christlichen Studentenbewegung, Berlin 1926)

Winckler, Hans: Die evangelische Kirche und die Revolution,

in: Ev. Westfalen Mai 1933, 88f

Winckler, Lucie: Der Totalitätsanspruch des Nationalsozialismus - an den deutschen Menschen – und die Kirche (EDR 1933, 335)

Winckler, Paul:

Erziehung zur Gemeinschaft auf religiöser Grundlage; Witten 1927

Ders.:Wie ichn es sah und sehe: vom Weg durch bewegte deutsche Jahrzehnte; Lebensewrinnerungen eines Theologen, Bochum 1965

Winkel, M. Erich: Der Sohn. Die evangelischen Quellen und die Verkündigung Jesu von Nazareth in ihrer ursprünglichen Gestalt und ihre Vermischung mit jüdischem Geist. Nach textlich revidierten kannonischen und außerkanonischen Aussprüchen und Berichten, Kampen 1935

Winnig, August
Das Reich als Republik, Stuttgart 1928
Ders.: Vom Proletariat zum Arbeitertum, Hamburg 1930
Ders.: Der weite Weg, Hamburg 1932
Ders.: Wir hüten das Feuer. Aufsätze und Reden aus zehn Jahren 1923-1933, Hamburg 1933
Ders.: Europa, Berlin-Steglitz 1937

Winzler, Pfarrer: sogenannte Euthanasie (Pos. Union 10/ 1930)

Wirsing, Giselher.: Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft, Jena 1932

Wirth, Hermann: Der Aufgang der Menschheit. Untersuchungen zur Geschichte der Religion, Symbolik und Schrift der atlantisch-nordischen Rasse, 1930

Ders.: Was heißt deutsch? Ein urgeistesgeschichtlicher Rückblick zur Selbstbesinnung und Selbstbestimmung, 1931

Wirth, Konrad: Volk und Kirche. 3 Zeitpredigten, Nürnberg 1933

Witte, Karl: Mythus und Offenbarung. Eine Kampfschrift gegen die deutsche Glaubensbewegung, Berlin 1934

Ders.: Deutschglaube und Christusglaube, Göttingen 1934

Ders.: Der Weltheiland und das artgemäße Christentum; Die dritte Konfession? Blut und Glaube eine Einheit? Gott in uns? Rasse und Rassenseele, Laiengespräche, Neue Feste und Feiern? (Ev Pressverband Berlin-Steglitz)

Witte, Johannes: Die Christus-Botschaft und die Religionen, Göttingen 1936

Wittig, Joseph: Aussichten und Wege, Gotha

Wyneken, Gustav: Was ist Jugendkultur? München 1913
Ders: Die neue Jugend, ihr Kampf um Freiheit und Wahrheit in Schule und Elternhaus, in Religion und Erotik, München 1913

Ders: Schule und Jugendkultur, Jena 1913

Wobbermin, Georg: Deutscher Staat und evangelische Kirche,

Göttingen 1934

Wolf, Erik: Das Rechtsideal des nationalsozialistischen Staates, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie 1934/35

Wolf, Ernst: Martin Luther, das Evangelium und die Religion,

München 1934

Wolff, Richard: Wir nichtarische Christen. Drei Reden, Berlin 1934: Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung, 1934

Wünsch, Georg: Bergpredigt bei Luther. Zum Verhältnis des Christentums zur Welt, Tübingen 1920

Ders.: Evangelische Wirtschaftsethik, Tübingen 1927

Ders.: Evangelische Ethik des Politischen, Tübingen 1936

Wulle, R.: Die Sendung des Nordens. Der Sinn des deutschen Freiheitskampfes, Leipzig 1931
Ders.: Das Schuldbuch der Republik, Rostock 1932

Wundt, Max: Staatsphilosophie. Ein Buch für Deutsche, München 1923
Ders.: Deutsche Weltanschauung. Grundzüge völkischen Denkens, München 1926

Wurm, Theophil

Auftrag, Not und Ziel der Kirche. Predigt zur Eröffnung der ersten Nationalsynode am 27. September 1933 in Wittenberg, Stuttgart 1933

Ders.: Die Botschaft der Kirche. Predigten, Stuttgart 1935

Ders.: Lebensrätsel und Gottesglaube, Stuttgart 1936

Zahn, K. F.: Kirche und Hitlerjugend, Berlin 1934
Ziegler, Adolf: Die rusische Gottlosenbewegung, München 1932
Ziegler, H.O.: Die moderne Nation, Tübingen 1931Ders.: Autoritärer oder totaler Staat, Tübingen 1932
Ziegler, Leopold: Fünfundzwanzig Sätze vom deutschen Staat, Darmstadt 1931

Zoellner, Wilhelm:

Die ökumenische Arbeit des deutschen Evangelischen Kirchenausschusses und die Kriegsschuldfrage, Berlin-Steglitz 1931

Ders.: Staat und Kirche. Ein Wort vom Werdenden, Potsdam 1932

Ders.: Die Kirche der Geschichte und die Kirche des Glaubens. Beiträge zum Neubau der Kirche, Berlin 1933

Ders. / Stählin, Wilhelm (Hg.): Die Kirche Jesu Christi und das Wort Gottes. Ein Studienbuch über das Wort Gottes als Lebensgrund und Lebensform der Kirche,

Berlin 1938

Zeitgenössisches zu Barmen

Althaus, Paul: Bedenken zur „Theologischen Erklärung“ der Barmer Bekenntnissynode
(AELKZ 1934, 560ff.)
Ders.: Ansbacher Ratschlag von 1934, in: Stoll IV, 11ff.
Asmussen, Hans: Die konfessionelle Bedeutung der Bekenntnissynode der DEK 1934 in Barmen (JK 1934, 484ff.)
Ders.: Barmen! München 1935

Barth, Karl / Kittel, Gerhard: Ein theologischer Briefwechsel,
Stuttgart 1934
Beckmann u. a: Wort der Arbeitsgemeinschaft lutherischer Pfarrer im Rheinland (Archiv LKA Düsseldorf)
Coch, Friedrich: Stellungnahme am 15. Juni 1934 „Erklärung an das evangelische Sachsenvolk“, in: G. Niemöller, 183ff.)
Ehrenberg, Hans: Die Gabe Gottes und das Gesetz Gottes. Zur Kritik an Barmen (JK 1934, 727ff., 848ff.)

Elert, Werner: Confessio Barmensis (in: G. Niemöller, 602ff.)
Ders.: Karl Barths Index der verbotenen Bücher, in: Theologia militans 2, 1935

Immer, Karl (Hg.): Bekenntnissynode der Deutsche Evangelischen Kirche,
Barmen 1934. Vorträge und Entschließungen, Wuppertal-Barmen 1934
Ders.: Die Kirche vor ihrem Richter. Biblische Zeugnisse auf der Bekenntnissynode der DEK, Wuppertal-Barmen 1934

Kittel, Gerhard: Offener Brief (G. Niemöller, 156f.)
Lilje, Hanns: Kritik an Barmen (JK 1934, 692ff.)
Merz, Georg: Die Barmer Kundgebung und das deutsche Luthertum
(JK 1934, 526ff., 565)
Trillhaas, Wolfgang: Die genuin lutherische Stimme?
(zum AnsbacherRatschlag) (JK 1934, 745ff.)
Walther, Georg: Was will denn eigentlich der Pfarrernotbund?
Leipzig 1934
Wie können wir Kirche bleiben? Ein Wort württembergischer
Pfarrer (Diem u. a.) (JK 1934, 533ff.)

Allgemeines Literaturverzeichnis:

Baier, Helmut: Das Verhalten der lutherischen Bischöfe gegenüber dem nationalsozialistischen Staat 1933/34, in: Tutzinger Texte, 87ff.
Ders. / Henn, Ernst (Hgg.): Chronologie des bayerischen Kirchenkampfes 1933-1945, Nürnberg 1969

Barmer Theologische Erklärung 1934-1984. Geschichte – Wirkung – Defizite. Vorträge und Podiumsgespräch des Barmen-Symposiums in Arnoldshain vom 9.-11. April 1983, bearb. von Wilhelm Hüffmeier und Martin Stöhr, Bielefeld 1984
Barth, Christoph: Bekenntnis im Werden. Neue Quellen zur Entstehung der Barmer Erklärung, Neukirchen-Vluyn 1979

Barth, Karl: Karl Barth zum Kirchenkampf. Beteiligung. Mahnung. Zuspruch, München 1956 (Theologische Existenz heute, N. F. 49)
Ders.: „Der Götze wackelt." Zeitkritische Aufsätze, Reden und Briefe von 1930-1960, hg. von Karl Kupisch, Berlin 1961
Ders.: Texte zur Barmer Theologischen Erklärung, hg. von Martin Rohkrämer, Zürich 1984
Ders.: Theologische Existenz heute! (1933), neu hg. und eingeleitet von Hinrich Stoevesandt, München 1984
Baumgärtel, Friedrich: Wider die Kirchenkampf-Legenden, Neuendettelsau 1976 (unveränd. Nachdr. der 2., erw. Aufl. 1959)

Beckmann, Joachim: Der Kampf der Bekennenden Kirche im Rheinland um die Presbyterial-synodale Kirchenordnung, in: Zeitschrift für Evangelisches Kirchenrecht Nr. 1, 1951
Ders.: Rheinische Bekenntnissynoden im Kirchenkampf. Eine Dokumentation aus den Jahren 1933-1945, Neukirchen-Vluyn 1975
Ders. (Hg.): Die Briefe des Coetus reformierter Prediger 1933-1937. Präses lic. Karl Immer zum 60. Geburtstag, Neukirchen-Vluyn 1976
Ders. (Hg.): Briefe zur Lage der evangelischen Bekenntnissynode im Rheinland, Dezember 1933 – Februar 1939, Neukirchen-Vluyn 1977

Bering, Dietz: Gibt es bei Luther einen antisemitischen Wortschatz? Zur Widerlegung einer politischen Legende, in: ? (Kopie)

Besier, Gerhard: Bekenntnis und Widerstand. Stationen auf dem Weg zur Barmer Bekenntnissynode und lutherische Konsequenzen im Horizont von Barmen V ihrer theologischen Erklärung, in: Pastoraltheologie, 73 (1984), 277ff.
Ders. u. a.: Evangelische Kirche und Drittes Reich. Ein Arbeitsbuch für Lehrer der Sekundarstufe I und II, hg. vom Dozentenkollegium des Religionspädagogischen Instituts Loccum, Göttingen 1983

Bonhoeffer, Dietrich: Werke, Bd. 12, Gütersloh 1997
Boyens, Armin: Kirchenkampf und Ökumene 1933-1939. Darstellung und Dokumentation, München 1969
Bracher, Karl-Dietrich: Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, 7. Aufl. Köln 1993
Bracher, Karl Dietrich / Sauer, Wolfgang / Schulz, Gerhard: Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland, 2. durchges. Aufl. Köln und

Opladen 1962

Brakelmann, Günter: Hoffnungen und Illusionen evangelischer Prediger am Beginn des Dritten Reichs, in: Detlev Peukert/ Jürgen Reulecke (Hgg.): Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981
Ders.: Barmen V. Ein historisch-kritischer Rückblick, in: Evangelische Theologie, 45 (1985), 3ff.
Ders.: Die Bochumer Bekenntnisse des Jahres 1933, in: Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Festschrift für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag, hg. von Ursula Büttner, Hamburg 1986
Ders.: Verhängnis – Versagen – Irrtum – Schuld. Anmerkungen zum Umgang mit kirchlicher Zeitgeschichte, in: Kirchliche Zeitgeschichte, 4 (1991), H. 2
Ders.: Nationalprotestantismus und Nationalsozialismus, in: Christian Jansen (Hg.): Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Festschrift für Hans Mommsen, Berlin 1995
Ders.: Hans Ehrenberg. Ein judenchristliches Schicksal in Deutschland, 2 Bde, Waltrop 1997 u. 1999
Ders.: Evangelische Kirche und Judenverfolgung. Drei Einblicke, Waltrop 2001
Ders.: Hitler und Luther 1933, Bochum 2008

Brandenburg, Hans-Christian: Lyrische Herzensergüsse nationaler Begeisterung – Politische Bekenntnislieder evangelischer Jugendführer 1933, in: Buhr u. a. (Hgg.): Kirche
Braun, Hannelore / Grünzinger, Gertraud (bearb.): Personenlexikon zum deutschen Protestantismus 1919-1949, Göttingen 2006
Bräuer, Siegfried: Die Lutherfestwoche vom 19. bis 27. August 1933 in Eisleben, in: Lutherinszenierung und Reformationserinnerung, hg. Stefan Laube und Karl-Heinz Fix, Leipzig 2002
Broszat, Martin: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung, München 1969
Brunotte, Heinz: Die Theologische Erklärung von Barmen 1934 und ihr Verhältnis zum lutherischen Bekenntnis, Berlin 1955
Buhr, Hermann de / Küppers, Heinrich / Wittmütz, Volkmar (Hgg.): Kirche im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft. Festschrift für Günther van Norden, Köln 1993

Burgsmüller, Alfred (Hg.): Zum politischen Auftrag der christlichen Gemeinde (Barmen II). Votum des Theologischen Ausschusses der Evangelischen Kirche der Union, Gütersloh 1974
Ders.: Kirche als „Gemeinde von Brüdern“ (Barmen III), 2 Bde., Gütersloh 1980 und 1981
Ders. / Weth, Rudolf (Hgg): Die Barmer Theologische Erklärung.

Einführung und Dokumentation, Neukirchen-Vluyn 1983
Busch, Eberhard: Karl Barths Lebenslauf. Nach seinen Briefen und autobiographischen Texten, München 1975
Ders.: Juden und Christen im Schatten des Dritten Reiches. Ansätze zu einer Kritik des Antisemitismus in der Zeit der Bekennenden Kirche, München 1979
Ders.: Unter dem Bogen des einen Bundes. Karl Barth und die Juden 1933-1945, Neukirchen-Vluyn 1996

Conrad, Walter: Der Kampf um die Kanzeln. Erinnerungen und Dokumente aus der Hitlerzeit, Berlin 1957
Cornehl, Peter: Biblische Predigt und politischer Widerstand im Kirchenkampf 1933-1945, in: Vestigia, 3 (1981), 70ff.
Dibelius, Otto: So habe ich's erlebt. Selbstzeugnisse, hg. von W. Dittmann u. W.-D. Zimmermann, Berlin 1980
Dierker, Wolfgang: Himmlers Glaubenskrieger., Der Sicherheitsdienst der SS und seine Religionspolitik 1933-1941, Paderborn 2002
Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, Bd. 1, 1. Halbbd., Wiesbaden 1973
Erbacher, Hermann: Die Evangelische Landeskirche in Baden in der eimarer Zeit und im Dritten Reich, o. O. 1983
Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991
Fest, Joachim: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M. u. a. 1973
Fleischmann-Biesten, Walter: Der evangelische Bund in der Weimarer Republik und im sog. Dritten Reich, Frankfurt a. M. 1989

Frei, Norbert: Nationalsozialismus, in: TRE XXIV, 34ff. (Lit.)
Ders.: Der Führerstaat. Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 2001

Freitag, Werner: Nationale Mythen und kirchliches Heil: Der „Tag von Potsdam", in: Westfälische Forschungen, 41 (1991)

Friedrichs, Axel: Die nationalsozialistische Revolution 1933; 6. Aufl. Berlin 1940 (Dokumente zur deutschen Politik, Bd. 1)
Ders.: Der Aufbau des deutschen Führerstaates 1934, Berlin 1940 (Dokumente der Deutschen Politik, Bd. 2)

Fürst, Walther (Hg.): „Dialektische Theologie" in Scheidung und Bewährung 1933-1936. Aufsätze, Gutachten und Erklärungen, München 1966
Grab, Walter / Julius H. Schoeps (Hg.): Juden in der Weimrer Republik, Bonn 1986

Greschat, Martin (Hg.): Die Schuld der Kirche. Dokumente und Reflexionen zur Stuttgarter Schulderklärung vom 18./19. Oktober 1945, München 1982
Ders: Bekenntnis und Politik. Voraussetzungen und Ziele der Barmer

Bekenntnissynode, in: Evangelische Theologie, 44 (1984), 524ff.
Ders.: Neue Literatur zur Geschichte des Kirchenkampfes, in: Pastoraltheologie, 75 (1986), 475ff.
Ders.: Kirchliche Zeitgeschichte. Versuch einer Orientierung, Leipzig 2005

Häusler, Michael: „Dienst an Kirche und Volk". Die deutsche Diakonenschaft zwischen beruflicher Emanzipation und kirchlicher Formierung (1913-1947), Stuttgart u. a. 1995
Hagemann, Waltraut / Schoenborn, Paul Gerhard: Bekenntnis im Widerstand, 1934 und heute. Eine Werkmappe zur Theologischen Erklärung von Barmen für Religions- und Konfirmandenunterricht, Jugend- und Gemeindearbeit, Wuppertal-Barmen und Gelnhausen 1984
Hahn, Hugo: Kämpfer wider Willen. Erinnerungen aus dem Kirchenkampf 1933-1945, bearb. und hg. von Georg Prater, Metzingen 1969

Hauschild, Wolf-Dieter: Zur Erforschung der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, in: Theologische Rundschau, April 1986
Ders. / Kretschmar, Georg / Nicolaisen, Carsten (Hgg.): Die lutherischen Kirchen und die Bekenntnissynode von Barmen. Referate des Internationalen Symposiums auf der Reisensburg 1984, Göttingen 1984

Heidtmann, Günter (Hg.): Hat die Kirche geschwiegen? Das öffentliche Wort der evangelischen Kirche aus den Jahren 1945-1964, 3., stark erw. Aufl. Berlin 1964
Hermelink, Heinrich (Hg.): Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1945, Tübingen und Stuttgart 1950
Hey, Bernd: Die Kirchenprovinz Westfalen 1933-1945, Bielefeld 1974
Huber, Ernst Rudolf / Huber, Wolfgang (Hgg.): Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, Bd. 4: Staat und Kirche in der Zeit der Weimarer Republik, Berlin 1988

Huber, Wolfgang: Folgen christlicher Freiheit. Ethik und Theorie der Kirche im Horizont der Barmer Theologischen Erklärung, Neukirchen-Vluyn 1983
Ders.: Dietrich Bonhoeffer. Auf dem Weg zur Freiheit, München 2019

Hüffmeier, Wilhelm (Hg.): Für Recht und Frieden sorgen. Auftrag der Kirche und Aufgabe des Staates nach Barmen V, Gütersloh 1986
Immer, Karl (Hg.): Bekennende Gemeinde im Kampf. Westfälische Provinzial-Synode und Westfälische Bekenntnis-Synode Dortmund, den 16. März 1934; Rheinisch-Westf. Gemeindetag „Unter dem Wort" am 18. März 1934, Westfalenhalle Dortmund. Vorträge, Berichte, Entschließungen, Wuppertal-Barmen 1934
Ders.: (Hg.): Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche, Barmen 1934. Vorträge und Entschließungen, Wuppertal-Barmen 1934

Ders.: Die Kirche vor ihrem Richter. Biblische Zeugnisse auf der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche, Wuppertal-Barmen 1934

Jacobsen, Hans-Adolf / Jochmann, Werner: Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bielefeld 1966
Jüngel, Eberhard: Mit Frieden Staat zu machen. Politische Existenz nach Barmen V, München 1984
Karnetzki, Manfred (Hg.): Ein Ruf nach vorwärts. Eine Auslegung der Theologischen Erklärung von Barmen 30 Jahre danach, München 1964
Kershaw, Ian: Hitler 1889-1936, 2. Aufl. Stuttgart 1998
Kirchliches Jahrbuch 1933-1945, hg. von Joachim Beckmann, Gütersloh 1948
Kißener, Michael (Hg.): Der Weg in den Nationalsozialismus 1933/34, Darmstadt 2009
Klappert, Bertold / Norden, Günther van: Tut um Gottes willen etwas Tapferes! Karl Immer im Kirchenkampf, Neukirchen-Vluyn 1989
Klee, Ernst: „Die SA Jesu Christi". Die Kirchen im Banne Hitlers, Frankfurt a. M. 1989
Klügel, Eberhard: Die lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933-1945. Dokumente, Berlin und Hamburg 1965
Konukiewitz, Enno: Hans Asmussen, ein lutherischer Theologe im Kirchenkampf, Gütersloh 1984
Kriele, Martin: Die Präzedenz-Wirkung der Barmer Theologischen Erklärung, in: Barmer Theologische Erklärung und heutiges Staatsverständnis. Symposion aus Anlaß des 50. Jahrestages der Barmer Theologischen Erklärung. Dokumentation einer Veranstaltung des Kultusministers des Landes NRW in Wuppertal am 30. Mai 1984, Köln 1986, 17 ff.
Lehmann, Wolfgang: Hans Asmussen. Ein Leben für die Kirche, Göttingen 1988
Lessing, Eckhard: Zwischen Bekenntnis und Volkskirche. Der theologische Weg der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union (1922-1953) unter besonderer Berücksichtigung ihrer Synoden, ihrer Gruppen und der theologischen Begründungen, Bielefeld 1992
Lochman, Jan Milic / Thimme, Hans: Barmen 1974. Romantik? – Orthodoxie? – Ruf nach vorwärts! Vorträge vor der Synode der Evangelischen Kirche der Union, Witten 1974
Lücking, Karl / Held, Heinrich (Hgg.): Tagung der Westfälischen Bekenntnissynode und der Freien Evangelischen Synode im Rheinland am Sonntag, dem 29. April 1934, in Dortmund, Essen 1934
Maser, Peter (Hg.): Der Kirchenkampf im deutschen Osten und in den deutschsprachigen Kirchen Osteuropas. Peter Hauptmann zur Vollendung des 65. Lebensjahres am 25. März 1993, Göttingen 1992

Mehlhausen, Joachim: Bekenntnis und Staat. Die historische und gegenwärtige Bedeutung der 5. Barmer These, in: Trutz Rendtorff (Hg.): Charisma und Institution, Gütersloh 1985, 211 ff.

Ders.: Die Methode kirchlicher Zeitgeschichtsforschung, in: Evangelische Theologie, 48 (1988), 508ff.
Ders.: Die erste Bekenntnissynode der DEK in Barmen 1934 und ihre Theologische Erklärung. Ein Literaturbericht 1983-1989, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 34 (1989), 38ff.

Meier, Kurt: Die Deutschen Christen. Das Bild einer Bewegung im Kirchenkampf des Dritten Reiches, Halle 1964
Ders.: Der evangelische Kirchenkampf, Bd. 1: Der Kampf um die Reichskirche, Halle, Göttingen 1976
Ders.: Kreuz und Hakenkreuz. Die Evangelische Kirche im Dritten Reich, München 1992
Meiser, Hans: Verantwortung für die Kirche. Stenographische Aufzeichnungen und Mitschriften von Landesbischof Hans Meiser 1933-1955, bearb. von Hannelore Braun u. Carsten Nicolaisen, Bd. 1: Sommer 1933 bis Sommer 1935, Göttingen 1985
Mensing, Björn: Pfarrer und Nationalsozialismus: Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, 2. durchges. Aufl. Bayreuth 1999
Meyer, Hans Philipp: Predigt und politische Verantwortung nach der Theologischen Erklärung der Bekenntnissynode von Barmen. Mit dem Text der Barmer Theologischen Erklärung und mit einer Thesenreihe der VELKD zu ihrem Verständnis, Hannover 1984
Moltmann, Jürgen (Hg.): Bekennende Kirche wagen. Barmen 1934-1984, München 1984

Mommsen, Hans: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze. Zum 60. Geburtstag, hg. von Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod, Hamburg 1991
Ders.: Von Weimar nach Auschwitz. Zur Geschichte Deutschlands in der Weltkriegsepoche. Ausgewählte Aufsätze, Stuttgart 1999

Müller, Hans: Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930-1935, München 1965
Münch, Ingo von / Brodersen, Uwe (Hgg.): Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems, 2., durchges. u. erw. Aufl. Paderborn u. a. 1982

Nicolaisen, Carsten (Bearb.): Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches, Bd. I: Das Jahr 1933; Bd. II: Das Jahr 1934/35. Vom Beginn des Jahres 1934 bis zur Errichtung des Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten am 16. Juli 1935, München 1971 und 1975
Ders.: Barmen 1934-1984. Bibliographie der 1983-1986 erschienenen Titel, in: Kirchliches Jahrbuch, 111 (1984), 379ff.
Ders.: Der Weg nach Barmen. Die Entstehungsgeschichte der Theologischen Erklärung von 1934, Neukirchen-Vluyn 1985
Ders.: Zwischen Theologie und Geschichte. Zur „kirchlichen Zeitgeschichte“ heute, in: Evangelische Erziehung, 42 (1990), 410ff.
Ders.: Nationalsozialismus und Kirchen, in: TRE, Bd. XXIV, 43ff. (Lit.)

Niemöller, Gerhard: Die erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Barmen. Text, Dokumente, Berichte, Göttingen 1959

Niemöller; Wilhelm: Bekennende Kirche in Westfalen, Bielefeld 1952
Ders.: Die Evangelische Kirche im Dritten Reich. Handbuch des Kirchenkampfes, Bielefeld 1956
Ders.: Texte zur Geschichte des Pfarrernotbundes, Berlin 1958
Ders: Chronik des Kirchenkampfes in der Kirchenprovinz Westfalen, Bielefeld 1962
Ders.: Westfälische Kirche im Kampf, Bielefeld 1970
Ders.: Der Pfarrernotbund. Geschichte einer kämpfenden Bruderschaft, Hamburg 1973

Niesel, Wilhelm: Kirche unter dem Wort. Der Kampf der Bekennenden Kirche der altpreußischen Union 1933-1945, Göttingen 1978
Ders. (Hg.): Um Verkündigung und Ordnung der Kirche. Die Bekenntnissynoden der evangelischen Kirche der altpreußischen Union 1934-1943, Bielefeld 1949

Norden, Günther van: Der deutsche Protestantismus im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung, Gütersloh 1979
Ders. (Hg.): Der Kirchenkampf im Rheinland. Die Entstehung der Bekennenden Kirche und die Theologische Erklärung von Barmen 1934, Köln 1984
Ders. (Hg.): Zwischen Bekenntnis und Anpassung. Aufsätze zum Kirchenkampf in rheinischen Gemeinden, in Kirche und Gesellschaft, Köln 1985
Ders.: Quellen zur Rheinischen Kirchengeschichte, Bd. 5: Das 20. Jahrhundert, Düsseldorf 1990
Ders.: Die Weltverantwortung der Christen neu begreifen. Karl Barth als homo politicus, Gütersloh 1997
Ders. / Schoenborn, Paul Gerhard / Wittmütz, Volkmar (Hgg.): Wir verwerfen die falsche Lehre. Arbeits- und Lesebuch zur Barmer Theologischen Erklärung und zum Kirchenkampf, 2., korrigierte Aufl. Wuppertal-Barmen 1984
Dies. (Hgg.): Barmer Theologische Erklärung. Kirchenkampf 1933-1945. Eine Sammlung ausgewählter Dokumente, Wuppertal-Barmen 1984

Nowak, Kurt: Kulturprotestantismus und Judentum in der Weimrer Republik, Göttingen 1993
Ders.: Evangelische Kirche und Weimarer Republik, Zum politischen Weg des deutschen Protestantismus zwischen 1918 und 1932, Göttingen 1988

Opitz, Reinhard: Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933, Köln 1973
Ratschow, Carl-Heinz: Theologische Erklärung zur gegenwärtigen Lage der Deutschen Evangelischen Kirche Barmen-Gemarke 29.-31. Mai 1934,

in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht, 28 (1983), 370ff.
Reese, Hans-Jörg: Bekenntnis und Bekennen. Vom 19. Jahrhundert zum Kirchenkampf der nationalsozialistischen Zeit, Göttingen 1974
Riedel, Heinrich: Kampf um die Jugend. Evangelische Jugendarbeit 1933-1945, München 1976
Rittner, Reinhard (Hg.): Barmen und das Luthertum. Beiträge von Kurt Nowak, Friedrich Hübner, Wolf-Dieter Hauschild und Albrecht Peters, Hannover 1984

Röhm, Eberhard / Thierfelder, Jörg (Hgg.): Evangelische Kirche zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Bilder und Texte einer Ausstellung, Stuttgart 1981
Dies.: Juden, Christen, Deutsche 1933-1945, Bd. 1: 1933-1935, Stuttgart 1990

Schäfer, Gerhard (Hg.): Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus. Eine Dokumentation zum Kirchenkampf, Bd. I: 1932-1933, Bd. II: 1933, Stuttgart 1971 und 1972
Schmidt, Jürgen: Martin Niemöller im Kirchenkampf, Hamburg 1971
Schmidt, Kurt Dietrich: Die Bekenntnisse des Jahres 1933 und 1934, 2 Bde., Göttingen 1934 und 1935
Schneider, Thomas Martin: Reichsbischof Müller. Eine Untersuchung zu Leben, Werk und Persönlichkeit, Göttingen 1993
Ders.: Zwischen historischem Dokument und Bekenntnis. 75 Jahre Barmer Theologische Erklärung, in: Pastoraltheologie (2009), 138ff.

Scholder, Klaus: Die Bedeutung des Barmer Bekenntnisses für die Evangelische Kirche und Theologie, in: Evangelische Theologie, 8/9 (1967)
Ders.: Die evangelische Kirche in der Sicht der nationalsozialistischen Führung bis zum Kriegsausbruch, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 16 (1968), 15ff.
Ders.: Die theologische Grundlage des Kirchenkampfes. Zur Entstehung nd Bedeutung der Barmer Erklärung, in: Evangelische Theologie, 44 (1984), 505ff.
Ders.: Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. I: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen, Frankfurt a. M. u. a. 1977, Bd. II: Das Jahr der Ernüchterung 1934. Barmen und Rom, Berlin 1985

Schulze, Rudolf (Hg.): Barmen 1934-1984. Beiträge zur Diskussion um die Theologische Erklärug von Barmen, Berlin 1983
Siegele-Wenschkewitz, Leonore: Nationalsozialismus und Kirche Religionspolitik von Partei und Staat bis 1935, Düsseldorf 1974
Sonne, Hans-Joachim: Die politische Theologie der Deutschen Christen. Einheit und Vielfalt deutsch-christlichen Denkens, dargestellt anhand des Bundes für deutsche Kirche der Thüringer Kirchenbewegung „Deutsche Christen“ und der Christlich-Deutschen Bewegung, Göttingen 1982
Stephan, Hans-Ulrich (Hg.): Das eine Wort für alle. Barmen 1934-1984. Eine Dokumentation, Neukirchen-Vluyn 1986

Stiebe, Martin: Die Geschichte der Auslegung der Barmer Theologischen Erklärung durch den Theologischen Ausschuss der Evangelischen Kirche der Union, in: Joachim Ochel (Hg.): Der Dienst der ganzen Gemeinde Jesu Christi und das Problem der Herrschaft, Bd. 1, Gütersloh 1999
Stoll, Christian: Dokumente zum Kirchenstreit, 6 Teile, Teil I-III München 1934, Teil IV-VI München 1935 (I: Idee und gegenwärtige Erscheinung der Deutschen Evangelischen Kirche; II: Kirche in Not!; III: Der Kampf um das Bekenntnis; IV: Zwischen den Synoden; V: Der Weg der Evang.-Luth. Kirche in Bayern; VI: Um das Reichskirchenregiment)
Stupperich, Robert: Otto Dibelius. Ein evangelischer Bischof im Umbruch der Zeiten, Göttingen 1989
Sührig, Rainer (Hg.): Dann werden die Steine schreien. 50 Jahre Theologische Erklärung Barmen. Kirchenkampf im Dritten Reich, 2. Aufl. Bielefeld 1983
Theologie zwischen den Zeiten. Zum 100. Geburtstag von Karl Barth, in: Evangelische Theologie, 4/5 (1986)
Tutzinger Texte, hg. von Paul Rieger u. Johannes Strauß, Sonderbd. 1: Kirche und Nationalsozialismus. Zur Geschichte des Kirchenkampfes, München 1969
Verhandlungen der 33. Westfälischen Provinzialsynode in ihrer ordentlichen Tagung zu Soest vom 22. bis einschließlich 4. August 1933, Herford o. J.
Verhandlungen der 33. Westfälischen Provinzialsynode in ihrer außerordentlichen Tagung zu Dortmund vom 13. bis einschließlich 16. Dezember 1933, hg. von Hans Steinberg, (Bielefeld) 1978
Vollnhals, Clemens: Kirchliche Zeitgeschichte nach 1945. Schwerpunkte. Tendenzen. Defizite, in: Konfession und Gesellschaft. Beiträge zur kirchlichen Zeitgeschichte, 2 (1990), 176ff.
Welker, Michael: Historik kirchlicher Zeitgeschichte und systematisch-theologische Urteilsbildung, in: Kirchliche Zeitgeschichte, 5 (1992), 31ff.
Wengst, Klaus: Der Beitrag der neutestamentlichen Zitate zum Verständnis der Barmer Theologischen Erklärung, in: Theologische Zeitschrift, 1985, 295ff.
Weth, Rudolf: „Barmen" als Herausforderung der Kirche. Beiträge zum Kirchenverständnis im Licht der Barmer Theologischen Erklärung, München 1984 (Theologische Existenz heute, 220)
Wolf, Ernst: Barmen. Kirche zwischen Versuchung und Gnade, München 1957, 3. Aufl. 1984
Wright, Jonathan R. C.: „Über den Parteien". Die politische Haltung der evangelischen Kirchenführer 1918-1933, Göttingen 1977
Zipfel, Friedrich: Kirchenkampf in Deutschland 1933-1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1965

Literatur zum Thema Nationalsozialismus und Christentum vor 1933 und im Jahre 1933:

Walter Schwartz: Welche Bedeutung hat die Spannung zwischen Nationalsozialismus und evangelischem Christentum für die apologetische Wortverkündigung? In: Wort und Tat, H. 3, 1931
Helmuth Schreiner: Der Nationalsozialismus vor der Gottesfrage, Berlin 1932
Engel, Wilhelm: Christenkreuz-Hakenkreuz-Sowjetstern, in H. 1 der Arbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Pfarrer, Werdau 1932
Christlicher Glaube und Rasseforschung. Leitsätze des Oldenburgischen Generalpredigervereins 1932 (ChW 1933, 79)

Schrifttum 1933:

Abegg, Pfarrer: Hinein in die Volkskirche, Leipzig 1933
Adolph, H.: Theologie – Kirche – Universität, Tübingen 1933
Althaus, Paul: Die deutsche Stunde der Kirche, Göttingen 1933
Andreae, Wilhelm: Kapitalismus, Bolschewismus, Faschismus, Jena 1933
Apologetischen Zentrale (Hg.): Der Weg zur deutschen Nationalkirche. Stoffsammlung für Schulungsarbeit, Berlin 1933
Asmussen, Hans: Politik und Christentum, Hamburg 1933
Ders.: Reichskirche? Hamburg 1933
Ders.: Neues Bekenntnis? Ein Beitrag zum Neubau der Kirche, Berlin 1933
Avemarie, Friedrich: Volk und Familie, Potsdam 1933

Barth, Karl: Theologische Existenz heute! München 1933
Ders.: Für die Freiheit des Evangeliums, München 1933
Ders.: Die Kirche Jesu Christi, München 1933
Ders.; Lutherfeier 1933, München 1933
Ders.: Reformation als Entscheidung, München 1933
Kupisch, Karl (Hg.): Karl Barth. Der Götze wackelt. Zeitkritische Aufsätze, Reden und Briefe 1930-1960, Berlin 1961
Bäumer, Gertrud: Krisis des Frauenstudiums, Leipzig 1933
Beyer, Hans: Deutschland ohne Protestantismus? Breslau 1933
Ders.: Die Entscheidung fällt im Nationalsozialismus, in:
Der Vormarsch Nr. 9, 1933
Beyer, Hermann Wolfgang: Der Christ und die Bergpredigt nach Luthers Deutung,München 1933
Böhm, Hans: Kirche und junge Generation im Ringen der Zeit, Berlin 1933
Büchner, F. (Hg.): Was ist das reich? Eine Aussprache mit Beiträgen von Eugen Diesel, Hans Grimm, Wilhelm Schäfer, Franz Schauwecker u. a.,
Oldenburg 1933

Coch, Friedrich: Die Kirche im 3. Reich. Ansprache in der Thomaskirche zu Leipzig am 19. 10. 1933 zur Eröffnung der sächsischen Volksmissionswoche, Leipzig 1933
Craemer, Rudolf: Reformation als politische Macht, Göttingen 1933
Delekat, Friedrich: Die Kirche Jesu Christi und der Staat, Hamburg 1933
Deutscher Diakonenverband (Hg): 100 Jahre männliche Diakonie,
Berlin-Friedenau 1933:
Dibelius, Otto: Das Wiedererwachen des Glaubens in der Gegenwart,
Berlin 1933
Diehl, Guida: Der Ruf der Wende, Erneuertes Christsein, Eisenach 1933
Doerne, Martin: Die Kirche vor dem Anspruch der Nation, Leipzig 1933#
Eberhard, Otto: Evangelische Erziehung: Erziehung in dem Herrn, Leipzig 1933
Elert, Werner: Ecclesia militans, Leipzig 1933

Ehrt, Adolf: Totale Krise – Totale Revolution? Die „Schwarze Front“m des völkischen Nationalismus, Berlin 1933
Ders.: Bewaffneter Aufstand, Berlin-Steglitz 1933

Engelke, Fritz: Christentum deutsch, Hamburg 1933

Feine, Paul: Kirche – Heilige Schrift – Evangelium. Ein Wort zur evangelischen
Festschrift zum 100jährigen Jubiläum des Rauhen Hauses, Hamburg 1933: F. Engelke: Kirche, Innere Mission und Diakonie in der nationalen Revolution
Diakon Schoch: Die volksmissionarische Bedeutung der männlichen Diakonie in der neuen Kirche
Forsthoff, Heinrich: Das Ende der humanistischen Illusion, Berlin 1933
Freyer, Hans: Herrschaft und Planung Hamburg 1933
Friedrich, Hans G.: Martin Luthers Glaube und der Staat, Frankfurt/M. 1933
Fuchs, Hans: Erziehung zum Lande, Langensalza 1933

Gerber, Hans: Deutsche Kirche im deutschen Staat, in: Deutsche Theologie, Januar 1934
Gogarten, Friedrich: Einheit von Evangelium und Volkstum? Hamburg 1933
Grundmann, Walter: Gott und Nation, Berlin 1933
Ders.: Die Neubesinnung der Theologie und der Aufbruch der Nation, in: Deutsche Theologe Januar 1934
Grünagel, Friedrich: Die Geisteslage der Gegenwart in evangelischer Schau, Essen 1933
Ders.: Der Liberalismus und sein Ende, Aachen 1933
Ders.: Dienst am Wort und Dienst am Menschen, Aachen 1933
Hagen, Rüdiger: Hie Kommunist, hie Christ! Göttingen 1933
Hasselblatt, Dora: Wir Frauen und die nationale Revolution, Hamburg 1933
Haupt, J: Neuordnung im Schulwesen und Hochschulwesen, Berlin 1933

Heckel, Theodor: Zur Methodik des evangelischen Religionsunterrichtes, München 1933
Heim, Karl: Deutsche St6aatsreligion oder Evangelische Volkskirche, Berlin 1933
Herntrich, Volkmar: Völkische Religiosität und Altes Testament. Zur Auseinandersetzung der nationalsozialistischen Weltanschauung mit dem Christentum, Gütersloh 1933
Herrmann, Wolfgang: Der neue Nationalismus und seine Literatur, Stettin 1933
Hesse, Hermann: Zur kirchlichen Lage. Offener brief an Professor D. Fezer, Berlin /Wuppertal-Barmen 1933
Hiller, Friedrich: Deutscher Kampf um Lebensraum, Leipzig 1933
Ders.: Die deutsche Schule (nach Hitlers „Mein Kampf“, Langensalza 1933
Hirsch, Emanuel: Nationalsozialismus und Kirche. Um die Berufung des evangelischen Reichsbischofs, in: Völkischer Beobachter, Jg. 26 vom 28./29, Mai 1933

Hoffmann, Friedrich: Die bündisch-revolutionäre Ideologie in der deutschen politischen Gegenwart, Greifswald 1933
Ders. (Hg.): Die amtlichen Berichte der ersten Reichstagung 1933 der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, Berlin 1933

Hossenfelder, Joachim: Unser Kampf, Berlin 1933
Ders.: Das kirchliche Wollen der deutschen Christen. Zur Beurteilung des Angriffs von Karl Barth, Berlin 1933

Karwehl, Hermann: Deutschland für Christus. Das Wort eines Frontkämpfers zur kommenden Kirche, Göttingen 1933
Kirchenverfassung vom 11. Juli 1933, Gütersloh 1933
Kloeber, W. von: Vom Weltkrieg zur nationalen Revolution, München 1933
Koch, Friedrich: Die Deutsche Evangelische Kirche und ihre Verfassung, Berlin-Steglitz 1933
Kochheim, Gustav: Die führbare Gemeinde, Hamburg 1933
Kolfhaus, Wilhelm: Christusbekenntnis und Politik, Elberfeld 1933
Krummacher, Gottfried Adolf: Weltwirtschaftskrise und Christentum, Berlin 1933
Künneth, Walter: Theologie der Auferstehung, München 1933
Künneth, Walther / Schreiner, Helmuth Prolsch, O.: Der Staatsgedanke in der Prophetie, Gütersloh 1933
Ders.: (Hg.): Die Nation vor Gott. Zur Botschaft der Kirche im Dritten Reich, Berlin 1933

Kuhn, Pfr.: Die Führerfrage der Deutschen, Stuttgart 1933
Kupisch, Julius: Im dritten Reich zur dritten Kirche, Leipzig 1933

Langmann, Otto: Deutsche Christenheit in der Zeitenwende, Hamburg 1933
Leutheuser; Julius Der Heiland in der Geschichte der Deutschen. Oder: Der Nationalsozialismus, vom Evangelium aus gesehen, Weimar 1933
Lilje, Hans: Theologische Existenz und kirchliches Handeln. Gedanken zu Karl Barths Schrift „Theologische Existenz“, in: JK 1933, 137 ff

Meinzolt, Hans: Die neue Reichskirche, München 1933
Merz, Georg: Glaube und Politik im Handeln Luthers, München 1933
Meyer-Erlach, Wolf: Der Pfarrer im dritten Reich, Berlin 1933
Meyer, Heinrich: Wie stellst du dich, deutscher Christ, zum Nationalsozialismus? Leipzig 1933
Meyer, Wilhelm: Die deutsche Wende (Predigten) Dresden 1933
Michael, Horst / Lohmann, Karl: Der Reichspräsident ist Obrigkeit! Ein Mahnruf an die Evangelische Kirche, Hamburg 1933
Moderegger, Richard: Evangelische Jugendarbeit im Staat der nationalen Erziehung, Schwerin 1933
Moeller van den Bruck: Sonder- und Volksausgabe „Das Dritte reich“
Hamburg 1933
Müller, Alfred Dedo: Gottes Hausgenossen. Die Kirche Christi als Urbild menschlicher Lebensordnung, Berlin 1933

Müller, Hans Michael: Das politische Missverständnis und das religiöse Ärgernis des Kreuzes, Tübingen 1933
Ders.: Was muss die Welt von Deutschland wissen? Nationale Revolution und Kirche, Tübingen 1933
Ders.: Macht und Glaube, München 1933
Müller, Joachim: Wir Christen in der sozialen Revolution unserer Tage,
Bern 1933

Müller, Johannes: Grüne Blätter 1933, enthält u. a.: Die nationale Revolition und das deutsche Schicksal; Nationale Zeitfragen; Adolf Hitler und seine Gegner; Die Botschaft des Führers an die Völker; Die schöpferische Wirkung der nationalsozialistischen Bwegung; Die nationalsozialistische Bewegung und die christliche Kirche; Die Deutschen Christen; Das göttliche Evangelium

Ohls, H.: Der wiederentdeckte Glaube, Berlin 1933
Oltmann, Hermann: Staat und Kirche, Neumünster 1933

Pabst, Karl u. a. Neue Kirche im neuen Staat, Gütersloh 1933 (Tecklenburger Bekenntnis)
Pfenning: Ständestaat und soziale Frage, mitverantwortlich fühlen für die Zukunft unseres Volkes, München 1933
Proksch, O.: Der Staatsgedanke in der Prophetie, Gütersloh 1933

Przybylski, Lothar: Die Geschichte der evangelischen Gesellenvereine, Dortmund 1933

Quervain, Alfred de: Konfession oder Katholizität der Kirche, Berlin 1933

Raschke Hermann: Revolution um Gott, Leipzig 1933
Rautenberg, Werner: Schule und Erziehung im autoritativen und totalen Staat in Deutschland, Berlin 1933
Rein, Adolf: Die Idee der politischen Universität, Hamburg 1933
Rendtorff, Heinrich: Unsere Stellung zum Nationalsozialismus,
in: Glaube und Volk 1933, 13f
Ropp, Friedrich von der: Die Kirche in der Entscheidung, Berlin 1933
Rosenberg, Alfred: Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus, München 1933
Roth, Hans Die Mitarbeit der evangelischen an der Bekämpfung des Versailler Diktates, Berlin 1933

Schäfer: Der Pfarrerverein in der Wende der Zeit (DPfBl. Jg. 37, Nr. 49)
Schi:: Die Aufgaben der Kirche in den Konzentrationslagern. In Wort und Tat Nr. 5/1933
Schiebold, Rolf: Deutschlands Führung, Altenburg 1933
Schlange-Schöningen: Acker und Arbeit, Oldenburg 1933
Schlatter, Adolf: Die neue deutsche Art in der Kirche, Bethel 1933
Schneider, Johannes / Bonhoeffer. Dietrich: Das kommende Reich, Berlin 1933
Schulze-Pfältzer, Gerhard: Hindenburg und Hitler zur Führung vereint; Berlin 1933
Schwarz, Hans: Der politische Mensch, Breslau 1933 (zu Moeller van den Bruck)
Soden, Hans von: Luthers Gottesbotschaft an das deutsche Volk (Vortrag am Luthertag 1933, Marburg 1934
Sommerfeld, Martin H.: Hermann Göring (Ein Lebensbild) Berlin 1933
Staemmler, M.: Rassenpflege im völkischen Staat. Ein Mahnruf an alle, die sich
Stapel, Wilhelm: Die Kirche Christi und der Staat, 3. Aufl. Hamburg 1933
Stark, Johannes: Nationalsozialismus und Lehrerbildung
Staewen-Ordemann, Gertrud: Menschen der Unordnung, Berlin 1933
Stauffer, Ethelbert: Unser Glaube und unsere Geschichte. Zur Begegnung zwischen Kreuz und Hakenkreuz, Berlin 1933

Thom, Martin (Hg.): Evangelische Reden im 3. Reich, Berlin 1933
Tielemann-Oldenburg: Staat und Kirche im Zeichen der nationalen Revolution, Berlin 1933
Heinrich Weinel: Die deutsche Evangelische Kirche, ihre Notwendigkeit, ihre Aufgaben, ihre Gestaltung, Gotha 1933
Tillich, Paul: Die sozialistische Entscheidung, Potsdam 1933
Trummel: Im Konzentrationslager, in: Licht und Leben Nr. 3/ 1934

Tügel, Franz: Unmögliche Existenz! Ein Wort wider Karl Barth, Hamburg 1933

Wagner, Martin: Die „Deutschen Christen“ im Kampf um die innere Erneuerung des deutschen Volkes, Berlin 1933
Werdermann, Hermann: Luther als Erzieher und die Religionspädagogik der Gegenwart
Westphal. Otto: Theologie der deutschen Geschichte, Hamburg 1933

Wieneke, Friedrich: Die Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, 4. Aufl. Soldin 1933
Ders.: Volk und Kirche. Die amtlichen Berichte der ersten Reichstagung 1933 der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, Berlin 1933:

Karl Themel: Die Vernichtung der Gottlosenbewegung
Friedrich Werner: Die Rechtsgrundlage der kommenden Reichskirche
Siegfried Nobiling: Kirchliches Führertum
Wir Jungen und die Kirche, Gotha 1933

Zahn, K.F.: Evangelische Jugendarbeit bis zur deutschen Revolution 1933, in: Kirche und Hitlerjugend, Berlin 1934
Zoellner, Wilhelm: Die Kirche der Geschichte und die Kirche des Glaubens, Beiträge zum Neubau der Kirche, Berlin 1933

Die Barmer Erklärung - Größe und Grenze

Als der Westfälische Präses Karl Koch aus Oeynhausen am 29. Mai 1934 die erste „Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche“ in der reformierten Kirche von Barmen-Gemarke eröffnete, lag der „Tag der Machtübernahme“ durch eine „Regierung der „nationalen Konzentration“ gerade 16 Monate zurück. Und in diesen Monaten hatte esinnerkirchliche Auseinandersetzungen gegeben, wie sie der deutsche Protestantismus seit der Reformation nicht gekannt hatte. Ohne diese Vorgeschichte ist Barmen nicht zu verstehen.

Die neue Regierung bekannte sich zum „Christentum als dem sittlich

-moralischen Fundament von Volk und Staat“. Hitler sprach eine mit religiösen

Versatzstücken durchsetzte Propagandasprache. Die Erwartungen vor allem der

nationalprotestantischen Teile der

evangelischen Kirche waren riesengroß. Man feierte die „Wende“ als Anbruch der Wiedergeburtn eines neuen Deutschland. In Verlautbarungen und Pressekommentaren wurde die „nationale Befreiungsbewegung“ als Überwinderin einer verfehlten Vergangenheit gefeiert: Man feierte das Ende eines aufgeklärt liberal-individualistischen Zeitalters, man feierte die politisch-weltanschauliche Überwindung der Demokratie, des Marxismus und des Bolschewismus und man feierte auch das Ende des politischen Katholizismus. Die alten Gegner der Kirche, der glaubenslose bürgerliche Liberalismus, die demokratisch-republikanischen Parteien, der atheistische Sozialismus und Kommunismus, waren durch die Hitlerbewegung gebrochen und zugunsten einer neuen Volksgemeinschaftsidee überwunden. Die Mehrheit der Kirchenmitglieder war dem Führer und dem neuen Kanzler für seine „revolutionäre Tat“ sehr dankbar. Sie priesen den in der Geschichte handelnden Gott, der der geschlagenen und verwundeten Nation einen Retter geschenkt hatte. Sie konnten dabei darauf hinweisen, dass der Mehrheitsprotestantismus schon immer gewesen war, was nun gesiegt hatte: antiaufklärerisch, antiliberal, antidemokratisch, antisozialistisch und antisemitisch. Und in der Tat: Hitler holte seine Stimmen in der Wahl vom 5. März 1933 bei den Protestanten, die rund zwei Drittel der Bevölkerung ausmachten. Vor allem in Nord- und Ostdeutschland stimmte man der „Vereinigten Rechten“ (NSDAP und DNVP) zwischen 70 und 80% zu. Auf dem Hintergrund des traditionellen staatsautoritären Denkens ist es zu verstehen, dass man die neue Gesetzgebung

des Staats und die Praxis gegen die Weimarer „Systemträger“ als Notwendigkeiten auf dem Wege zu einem neuen Volksstaat begrüßt hat. Man akzeptierte die Aufhebung der personalen Grundrechte der Weimarer Reichsverfassung und das Ermächtigungsgesetz. Deshalb gibt es kein kirchliches Wort gegen die Aufhebung der Parteien, gegen die Verhaftung und Inhaftierung von Kommunisten und Sozialdemokraten, gegen die beginnende Entrechtung und gesellschaftliche Ausgliederung von Juden und gegen den Judenboykott. Kritischen Anfragen aus der Ökumene begegnete man mit Solidarisierungen mit der Innenpolitik Hitlers. In der Außenpolitik stand man voll auf der Seite Hitlers. Man begrüßte emphatisch seine Revisionspolitik gegen „die Schmach von Verrsailles“ und den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund.

Wie tief die Identifizierung mit dem neuen Staat ging, zeigt die Osterbotschaft der Altpreußischen Kirche (sie war innerhalb des 28 Landeskirchen umfassenden Evangelischen Kirchenbundes die größte):

„Die Osterbotschaft von dem auferstandenen Christus ergeht in Deutschland in diesem Jahr an ein Volk, zu dem Gott durch eine große Wende gesprochen hat.
Mit allen evangelischen Glaubensgenossen wissen wir uns eins in der Freude über den Aufbruch der tiefsten Kräfte unserer Nation zu vaterländischem Bewusstsein, echter Volksgemeinschaft und religiöser Erneuerung....
In der Überzeugung, dass die Erneuerung von Volk und Reich nur von diesen Kräften getragen und gesichert werden kann, weiß die Kirche sich mit der Führung des neuen Deutschland dankbar verbunden. Sie ist freudig bereit zur Mitarbeit an der nationalen und sittlichen Erneuerung unseres Volkes.
Zur Ausrichtung dieses Dienstes bedarf die Kirche voller Freiheit für die Entfaltung ihres Lebens und ihrer Arbeit. Sie vertraut der Regierung, die uns die feierliche Zusicherung dieser Freiheit gegeben hat.“

Diese Zustimmung zum neuen System eines autoritären Volksstaates und seine geschichtstheologische Interpretation als gnädigen Eingriff Gottes in die deutsche Geschichte findet sich nicht nur bei den Deutschen Christen, die seit Herbst 1932 angetreten waren, die Kirche über Kirchenwahlen für den Nationalsozialistmus zu erobern, sondern genauso bei Männern der späteren Opposition und bekennenden Kirche. Die Verehrung des Reichskanzlers als gottgewollte Obrigkeit verband sie alle. Nationalpolitische Unterschiede

zwischen Joachim Hossenfelder, dem Reichsleiter der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ und dem Vorsitzenden des Pfarrernotbundes Martin Niemöller, hat es in dieser Aufbauphase eines sich bald totalisierenden Staates nicht gegeben. Der binnenpolitische Konflikt in der Kirche war zunächst vorrangig kirchenpolitischer Natur. In der Frage einer Kirchenreform im Sinne des Aufbaus einer einheitlichen Reichskirche mit einem Reichsbischof an der Spitze waren sich alle kirchlichen Gruppen zunächst einig.

Am 27. Mai wählten die Vertreter der Landeskirchen Friedrich von Bodelschwingh gegen den Protest des Beauftragten des Führers für Kirchenfragen Ludwig Müller zum Reichsbischof, der aber schon am 24. Juni zurücktrat, als August Jäger als Staatskommissar für die preußischen Kirchen eingesetzt wurde. Es wurde deutlich, dass der Staat massiv als kirchenpolitischer Akteur in den Reformprozess eingreifen wollte. Jäger trat erst zurück, als am 14. Juli das Gesetz über die Verfassung der DEK als Reichsgesetz verabschiedet und Kirchenwahlen für den 23. Juli ausgeschrieben wurden.

Mit massiver Unterstützung der Partei und mit einer Rede Hitlers aus Bayreuth gewann die GDC bei den Kirchenwahlen am 23. Juli rund 2/3 aller Sitze gegen die Liste „Evangelium und Kirche“. Es begann nun der Aufstieg des Wehrkreispfarrers Ludwig Müller. Er ließ sich zum Landesbischof ohne Bindung an die Kollegialbeschlüsse wählen, er schaltete auf der Preußischen Generalsynode die Gruppe „Evangelium und Kirche“ aus, besetzte neu geschaffene Bistümer mit Deutschen Christen, bevor er sich einstimmig am 27. September auf der Deutschen Nationalsynode in Wittenberg zum Reichsbischof wählen ließ. Mit Hilfe einer rigiden Gesetzgebung durch die Reichskirchenregierung wollte er schließlich die Gleichschaltung aller Gliedkirchen unter seinem Regiment erreichen. Die GDC unter Hossenfelder führte unterdessen einen leidenschaftlichen Kampf um die theologische und kirchliche Führerschaft im evangelischen Deutschland. Anfangs wurde sie auch von prominenten Universitätstheologen unterstützt.

Erst langsam bildete sich eine innerkirchliche Opposition gegen die DC-Theologie und die DC-Kirchenführung. Von größter Bedeutung wurde der von Martin Niemöller ins Leben gerufene Pfarrernotbund, zu dem bald Tausende von Pfarrern gehörten. Schon vorher hatte es gegen die DC- Irrtümer und gegen die DC-Usurpation der Kirchenleitungen Einsprüche von Pfarrbruderschaften und neu formulierte Bekenntnisse gegeben (wie etwa das Bochumer Pfingstbekenntnis). In der Notbundverpflichtung kommt in Kürze zum Ausdruck, worum es ging:

„Ich verpflichte mich, mein Amt als Diener des Wortes auszurichten allein in der Bindung an die Hl. Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation als die rechte Auslegung der Hl. Schrift.
Ich verpflichte mich, gegen alle Verletzung solchen Bekenntnisstande mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren.
Ich weiß mich nach bestem Vermögen mit verantwortlich für die, die um solchen Bekenntnisstandes willen verfolgt werden.
In solcher Verpflichtung bezeuge ich, dass eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christi geschaffen ist.“

Überall im Lande regte sich nun zunächst in kleinen Kreisen die Opposition gegen Theologie und Kirchenpraxis des Reichsbischofs und seiner Satrapen. Von Anfang an wurde die Opposition der „Reaktion“ verdächtigt, da sie ja gegen eine Kirchenpolitik und einen Reichsbischof protestieren musste, die die volle Rückendeckung des Führers hatte. Unzählig sind die Bekundigungen der Oppositionsgruppen, in denen sie nur um einen schriftgemäßen und bekenntnisgebundenen Aufbau der Kirche geht und sie in unerschütterlicher Treue zum Führer als Reichskanzler standen. Die Gestapo sah das anders: sie beobachtete die Notbundpfarrer und hat später Dutzende von ihnen verhaftet.
Als die Unruhe in den Kirchen durch die kirchenpolitischen Auseinandersetzungen zunahm, griff der Reichsbischof zum Erlass einer Ordnung, die den Pfarrern jegliche öffentliche Beteiligung an der kirchenpolitischen Diskussion verbot. Dieser „Maulkorberlass“ vom 4. Januar 1934 verschärfte die Lage ungemein. Einen Tag vorher hatte sich zum ersten Mal eine Freie Reformierte Synode in Barmen-Gemarke gebildet. Der Bonner Prof. Karl Barth, der schon im Juni in seiner Schrift „Theologische Existenz“ eine richtungweisende Konzentration der Kirche und ihrer Pfarrer auf theologisch-kirchliche Arbeit empfohlen hatte, hielt einen Vortrag „Über das rechte Verständnis der reformatorischen Bekenntnisse in der DEK der

Gegenwart“, den die Synode „dankbar auf ihre Verantwortung“ nahm. Ähnliche Versammlungen bekennender Christen gab es in der Folge vor allem im Rheinland, in Westfalen und Brandenburg. Zu diesen Versammlungen strömten jetzt Gemeindevertreter und Gemeindeglieder. Am 18./19. Februar hält Joachim Beckmann auf der Freien Evangelischen Synode im Rheinland einen Vortrag über „Reformatorisches Bekenntnis heute“.

Ein Problem war es für die Bekenntnisgemeinschaften in den „nichtintakten Kirchen“, wie sich in dem großen Konflikt die süddeutschen „intakten Kirchen“, die sich nicht in das DC-Kirchenregiment hatten eingliedern lassen, verhalten würden. Die Bischöfe Wurm (Württemberg) und Meiser (Bayern) haben immer wieder versucht, in direktem Kontakt zu Hitler die Kirchenprobleme durch einen Kompromiss zu lösen. Aber auch bei dem Empfang am 13. März mussten sie sich von Hitler sagen lassen, dass er mit Müller zusammen auf eine einheitliche, geschlossene Reichskirche hinarbeite.

Beide Bischöfe suchten den zwischenzeitlich unterbrochenen Kontakt zu den Brüdern in Preußen und anderswo wieder aufzunehmen.

Am Morgen des 16. März wird die Westfälische Provinzialsynode durch die Gestapo aufgehoben und es konstituiert sich am Nachmittag eine „Westfälische Bekenntnissynode“. Sie erklärt das Kirchenregiment zur „ungeistlichen Gewaltherrschaft“ und fordert die Gemeinde auf, sich der Leitung eines Bruderrates zu unterstellen. Bekenntnispfarrer und Bekenntnisgemeinden bilden bald das Fundament einer sich langsam bildenden Bekennenden Kirche.

Am 18. März folgt ein rheinisch-westfälischer Gemeindetag „Unter dem Wort“ mit 25.000 Teilnehmern in der Dortmunder Westfalenhalle. Die Bedeutung dieser **Dortmunder Ereignisse kann für den Weg nach Barmen kaum überschätzt werden.** Denn Meiser lud schon am 19. März neben Wurm und Koch weitere Vertreter der westdeutschen Pfarrerschaft nach Frankfurt /M. ein. Das Ergebnis war die Bildung einer „Bekenntnisgemeinschaft“

zwischen dem Westen und dem Süden. Gemeinsam war ihnen klar geworden, dass die Zeit lavierender Kirchenpolitik vorbei war und der Kampf nun um die Freiheit der biblischen und bekenntnisgebundenen Verkündigung der Kirche ging.

Schon am 11. April fand ein nächstes Treffen im Predigerseminar von Nürnberg statt. Anwesend waren neben Meiser Wurm, Koch, Martin Niemöller, Joachim Beckmann, Johannes Bosse, Georg Fiedler, Johannes Theodor Horn, Gerhard Jacobi und Hans Asmussen. Das Ergebnis war die Bildung eines „Nürnberger Ausschusses", der sich in einen „Aktionsausschuss" und einen „Theologischen Ausschuss" untergliederte. Es ist der Beginn eines organisatorischen Aufbaus einer sich bildenden „Bekennenden Kirche" (BK).

Nach erneuten Angriffen von Müller, die Kirche auf seine Weise zu befrieden, kam es am 22. April in Ulm nach einem Gottesdienst von Wurm zu einer von Bischof Meiser verlesenen „Ulmer Erklärung", in der es am Anfang heißt:

„Wir versammelten Vertreter der württembergischen und bayrischen Landeskirchen, der Freien Synode im Rheinland, in Westfalen und Brandenburg, sowie vieler bekennender Gemeinden und Christen in ganz Deutschland erklären als rechtmäßige evangelische Kirche Deutschlands vor dieser Gemeinde und der gesamten Christenheit.."

Diese Ulmer Erklärung ist die Gründungsurkunde der Bekennenden Kirche auf Reichsebene. Aus der Bekenntnisgemeinschaft war die Bekennende Kirche geworden. Am 29. April kam es zu einer gemeinsamen Tagung der Westfälischen Bekenntnissynode und der Freien Evangelischen Synode im Rheinland in Dortmund. Auch sie bekundete: die Bekennende Kirche ist die legitime Kirche des Wortes und des Rechtes.

Die Reichskirchenregierung antwortete mit verschärfter Eingliederungs- und Gleichschaltungspolitik. Auf der nächsten Sitzung des „Nürnberger Ausschusses" schlägt Karl Immer einen Theologenausschuss zur Vorbereitung einer Theologischen Erklärung auf einer Bekenntnissynode vor. Karl Barth, Thomas Breit und Hans Asmussen, später ergänzt durch Hermann Sasse, werden mit einer Ausarbeitung beauftragt. Schon am 7. Mai tagt man erneut, jetzt in Kassel. In einer „Kasseler Erklärung" heißt noch einmal: wir sind die rechtmäßige DEK.

Für den 15./16. Mai beruft Karl Koch den Theologischen Ausschuss nach Frankfurt/M. ein. Hier beginnt nun die Text- und Redaktionsgeschichte der späteren Barmer Theologischen Erklärung.

Viele Kontroversen zwischen den Theologen sind zu überwinden. Im Ganzen liegen acht Textfassungen vor. Es wird eine von hohem theologischen Verantwortungsbewusstsein getragene Arbeit, die aufregend und konfliktreich gewesen ist. Noch auf der letzten Sitzung am 22. Mai in Leipzig wird im erweiterten Kreis um jede Formulierung und um die Abfolge der Synode gerungen. Es war Hans Asmussen, der viele Wochen an der Abfassung einer Synodalrede gearbeitet hat, immer in Kontakt zu seinen Mitstreitern.

Als die Bekenntnissynode schließlich begann, lag harte Arbeit der Verfasser in nationalgeschichtlich und kirchengeschichtlich turbulenter Zeit hinter ihnen.

Zum Ganzen:

Günter Brakelmann: Evangelische Kirche im Entscheidungsjahr 1933/34: Der Weg nach Barmen, Berlin 2010

Inhaltsverzeichnis:
Erster Teil: Der Weg nach Barmen

Die ersten Monate nach dem 30. Januar 1933
Predigt von Otto Dibelius beim Tag von Potsdam am 21. März 1933
Dibelius zum Judenboykott am 1. April 1933
Kampf der Geister
Solidarisierungen protestantischer Verbände mit der „nationalen Revolution“
und die Osterbotschaft des EOK
Der Aufbau des NS-Staates und seine staatsrechtliche Interpretation
durch protestantische Staatsrechtslehrer
Die Judenfrage
Die Reichstagung der Deutschen Christen
Der erste Konflikt in Mecklenburg-Schwerin
Der Fortgang der innerlichlichen Diskussion
Der Fortgang der Kirchenpolitik
Widerstand von Berliner Pfarrern

Zweiter Teil: Um das Kirchesein der Kirche

Karl Barth: Theologische Existenz heute!
Das Bochumer Pfingstbekenntnis
Die Kirchenwahlen vom 23. Juli 1933 in Bochum und die „Bekenntnisfront“
Hans Ehrenberg: 72 Leitsätze zur judenchristlichen Frage
Das Tecklenburger Bekenntnis
Begegnung mit niederländischen Christen
Das Betheler Bekenntnis

Dritter Teil: Kirche zwischen nationaler Zustimmung und theologischer Neubesinnung

Die Nation vor Gott
Beginn der Distanzierung der Partei von den Deutschen Christen
Der Austritt aus dem Völkerbund
Die große Aufgabe: Volksmission
Die Lutherfeiern zum 450. Geburtstag des Reformators
Die Sportpalastkundgebung
Die kirchenpolitischen und theologischen Reaktionen auf die Sportpalastkundgebung
Der letzte Versuch der Bischöfe
Die Dortmunder Ereignisse
Die Karfreitagsbotschaft des Reichsbischofs und die Antwort des Pfarrernotbundes
Ein neuer Angriff des Reichsbischof Müller und die Antworten der „Bekenntnisgemeinschaft" der DEK

Vierter Teil: Die Verwerfungsthesen der Barmer Theologischen Erklärung im Kontext der politischen Realitäten

Ja zum Hitlerstaat – Nein zur innerkirchlichen Häresie – Kampf um die Freiheit der Kirche
Die sechs Verwerfungssätze

Wie die Situation vor Ort war, zeigen exemplarisch die Stadt und die Synode Bochum:

4. Dezember 1924.: Erste NS-Versammlung im Schützenhof

Februar 1926: Vortrag von Gottfried Feder über Wirtschaftspolitik im Ev. Vereinshaus, Schlägerei zwischen SA und Kommunisten

15. Juni 1926: Verammlung mit Hitler im Evangelischen Vereinshaus

Oktober 1926: Versammlung mit Josef Goebbels im Schützenhof

26. April 1927: Versammlung mit Hitler im Parkhaus

17. November 1927: Versammlung mit Hitler in der Panzergrotte

27. November 1928: Versammlung mit Wilhelm Kube im ev. Vereinshaus, Schägerei zwischen SA und Rotfrontkämpferbund

1928: Bochum wird Gauhauptstadt mit Gauleiter Josef Wagner

13. / 14. April 1929: Gautag der NSDAP

29.1.1929: Rede von Josef Wagner im Evangelischen Vereinshaus,

dort weitere Reden von:

Gregor Strasser: „Totentanz des deutschen Volkes"

Hans Schemm: „Der Staatsbankrott vollendet"

Gottfried Feder: „NS-Wirtschaftspolitik"

Josef Wagner: „Der 14. September ein Wendepunkt der deutschen Geschichte"

Bernhard Rust, Joseph Goebbels, Wilhelm Schepmann, Emil Stürtz, Ernst Reimenschneider und Otto Voß über aktuelle politische Themen

Dazu:

Mitgliederversammlungen der NSDAP, der Hitler-Jugend u. NS-Frauenschaft im Ev. Vereinshaus,

Weihnachtsfeier der SA mit Pastor Philipp Klose

1931: Bildung des Gaues Westfalen Süd (35.000 Mitglieder)

September 1931: Propagandamarsch zum Stadion, Reden von Ernst Röhm, Wilhelm Kube und Hans Frank

24. Juli 1932: Hitler im Stadion

23. August 1932: Im ev. Vereinshaus Kundgebung der Deutschen Christen: Reden von Hossenfelder und Pfarrer Adler

31. Juli 1932: Reichstagswahlen: NSDAP 29,4, SPD 19,2, Zentrum 21,8, KPD 20,8 %

1. Oktober 1932: Ernst Riemenschneider wird Kreisleiter von Bochum

6. November 1932. Reichstagswahlen NSDAP 27,2, SPD 17,5, Zenztrum 21,7, KPD 22,1

<u>1932: Gründung einer „Hochschule für Politik der NSDAP“ in Bochum:</u>

Ein Leitfaden von Gauleiter Dr. Josef Wagner und Gaukulturwart Dr. Alfred Beck:

I. Einleitung

1. Josef Wagner: Die Aufgabe der Hochschule für Politik

2. Alfred Beck: Die Idee der nationalsozialistischen Hochschule für Politik

II. Wagner: Gegenwartspolitik:

1. **Begriff und Idee der nationalsozialistischen Politik**
2. **Die Idee der Führerschaft als staatspolitische Notwendigkeit**
3. **Die deutsche Lebensfrage als politisches Problem**
4. **Politische Tagesfragen unter dem Blickpunkt der nationalsozialistischen Idee**

III. Beck: Die philosophischen Grundlagen politischer Weltanschauung und Lebensgestaltung unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Politik

IV. Beck: Die pädagogische Problematik der Gegenwart als nationalpolitische Aufgabe

V. Beck: Idee und Grundlinien einer Deutschen Nationalkultur

VI. Dr. Friedrich Jeß: Rassenkunde des Deutschen Volkes

VII. Dr. Hans Schulz: Die Vererbungslehre

VIII: Robert Keimer: Das Recht und der Nationalsozialismus

IX. Dr. Rudolf Roebling: Staat und Volk

X. Heinrich Kirchheim: Die deutschen Heere von den germanischen Volksheeren bis zum Reichsheer. Wie wird das deutsche Heer der Zukunft aussehen?

XI. Dr. M.A. Schlitter: Wirtschaftsbegriffe und ihre Problematik

XII. Hans Heiner: Die Brechung der Zinsknechtschaft als wirtschaftspolitiches Grundproblem

XIII. Emil Stürz: Die Organisation als Verwirklichung der Idee

XIV. Albert Meister: Psychologie und Praktik der Propaganda

XV. Dr. Erich Schwarzschuld: Vom Germanen zum Deutschen. Aufriss der großgermanischen Frühgeschichte

Vorlesungsplan: 1. Allgemeine Politik 2. Rassenlehre 3. Erbgesundheitslehre

4. Deutsche Nationalgeschichte 5. Deutsche Philosophie 6. Deutsche Rechtslehre,

7. Propaganda-Lehre, 8. Organisationslehre 9. Deutsche Wirtschaftslehre,

10. Deutsche Wehrwissenschaft 11. Deutsches Arbeitsrecht

Friedrich Alfred Beck aus Bochum-Harpen:
Hochschule für Politik der NSDAP. Ein Leitfaden, hg. unter Mitarbeiterschaft der Dozentenschaft von Dr. Josef Wagner und Dr. Alfred Beck, München 1933

Weitere Schriften:
- **Geistige Grundlagen der neuen Erziehung, dargestellt aus der nationalsozialistischen Idee, Osterwiek/Harz 1933**
- **Deutschlands Wiedergeburt durch den Nationalsozialismus, Bielefeld / Leipzig 1933**
- **Schöpferische Philosophie. Grundlagen geistiger Lebensführung und Lebensgestaltung, Breslau 1933**
- **Idee und Wirklichkeit. Eine Untersuchung über den Nationalsozialismus als ganzheitliche Einheit vonn Geist und Leben, Würzburg 1936**
- **Im Kampf um die Philosophie des lebendigen Geistes. Ein Aufruf in zehn Thesen, Breslau 1936**
- **Die Erziehung im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Pädagogik der politischgeistigen Persönlichkeit**

- **Politische Gemeinschaft und geistige Persönlichkeit, Dortmund 1938**
- **Kampf und Sieg. Geschichte der NSDAP im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme, im Auftrage des Gauleiters Josef Wagner, Dortmund 1938**

5. Februar 1933: Siegesfeier am Fuße des Bismarckturmes: NSDAP, Deutschnationale, Stahlhelm. Deutschnationaler Kampfring, Arbeitsgemeinschaft Vaterländischer Verbände u.a. rechtsgerichtete Vereine und Verbände, Rede von Wagner

5. März 1933: Reichstagswahlen: NSDAP 36,3, SPD 16,4, Zentrum 21,3, KPD 16,3 %,

Mitglied des Reichstags Lic. Albert Schmidt für den Ev. Volksdienst

6. März 1933: Hissen der Hakenkreuzfahne auf dem Bochumer Rathaus

11. März 1933: Beurlaubung des Oberbürgermeisters Dr. Otto Ruer

21. März 1933: Kundgebung aus Anlaß des „Tages von Potsdam" auf dem Ksier-Friedrich-Platz mit Ansprache von Pfarrer Hardt

12. April 1933: Hitler Ehrenbürger Bochums

1. Mai 1933: Interkonfessioneller „Feldgottesdienst" auf dem Kaiser-Friedrich-Platz, Ansprache von Pfarrer Matthieu

21. Mai 1933: Predigt von Albert Schmidt „Der Christ und die Obrigkeit"

29. Mai 1933: Treuegelöbnis der Evangelischen Jugend zum Führer am Ruhrlandheim

4. Juni 1933: Das „Bochumer Pfingstbekenntnis" (Hans Ehrenberg und Ludwig Steil)

Ehrenberg: „72 Leitsätze zur judenchristlichen Frage"

22. Juni 1933: Kreissynode: Reden von Niederstein und Niedermeier

9. Juni 1933: Bücherverbrennung mit Teilnahme evangelischer Jugendverbände

23. Juli 1933: Kirchenwahlen: fast 2/3 der Stimmen für die DC

28. Juli 1933: Wahl von Dr. Otto Piclum zum Oberbürgermeister

August 1933: Ehrenberg „Bekenntnisfront"

16. August 1933: Wahlsynode, Herrschaft der DC, Spaltung der Synode

1. November 1933: Ernennung des SS-Standartenführers Fritz Schleßmann zum Bochumer Polizeipräsidenten

4. November 1933: Gründung der Evangelischen Akademie durch die DC

9. November 1933: Gedenkrede von Pfarrer Dr. Martin Siebold (DC)

19. November 1933: die große Lutherfeier mit Festgottesdiensten und einer Veranstaltung auf dem Sportplatz auf der Krümmede mit ca 25.000 Teilnehmern, Reden von Pfarrer Schmidt II und Siebold

Kleinschrifttum:
- **Deutschlands Wiedergeburt durch den Nationalsizialismus, Bielefeld/Leipzig 1933**
- **Schöpferische Philosophie. Grundlagen geistiger Lebensführung und Lebensgestaltung, Breslau 1933**
- **Idee und Wirklichkeit. Eine Untersuchung über den Nationalsozialismus als ganzheitliche Einheit von Geist und Leben, Würzburg 1936**
- **Im Kampf um die Philosophie des lebendigen Geistes. Ein Aufruf in zehn Thesen, Breslau 1936**
- **Die Erziehung im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Pädagogik der politischgeistigen Persönlichkeit**
- **Politische Gemeinschaft und geistige Persönlichkeit, Dortmund 1938**
- **Kampf und Sieg. Geschichte der NSDAP im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme, im Auftrage des Gauleiters Josef Wagner, Dortmund 1938**

Nationalsozialistischer Antisemitismus (1919-1932) und NS-Judenpolitik (1933-1938). Zuspruch und Widerspruch der Evangelischen Kirche

Dokumente:
Jäckel, Eberhard / Axel Kuhn (Hg.): Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1925, Stuttgart 1980

1 9 1 9:
Gutachten von Hitler über den Antisemitismus, erstellt im Auftrag seiner militärischen Vorgesetzten (NS-Archiv, Kopie)

Dietrich Eckart: „Auf gut deutsch“, Wochenschrift für Ordnung und Recht, München 1918-1920, dann bis zu seinem Tode Herausgeber des „Völkischen Beobachters“ von 1920 - 1923

1 9 2 0
24. Februar 1920:
Parteiprogramm der Deutschen Arbeiterpartei, die sich später NSDAP nannte (Punkt 4, 5, 6, 7 und 8) (Walk 3):

„4. Staatsbürger kann nur sein, wer Volksgenosse ist. Volksgenosse kann nur sein, wer deutschen Blutes ist ohne Rücksicht auf Konfession. Kein Jude kann daher Volksgenosse sein.
5. Wer nicht Staatsbürger ist, soll nur als Gast in Deutschland leben können und unter Fremdengesetzgebung stehen.
6. Das Recht, über Führung und Gesetze des Staates zu bestimmen, darf nur dem Staatsbürger zustehen. Daher fordern wir, dass jedes öffentliche Amt, gleichgültig welcher Art, gleich ob im Reich, Land oder Gemeinde, nur durch Staatsbürger bekleidet werden darf….
7. Wir fordern, dass sich der Staat verpflichtet, in erster Linie für die Erwerbs- und Lebensmöglichkeit der Staatsbürger zu sorgen. Wenn es nicht möglich ist, die Gesamtbevölkerung des Staates nicht zu ernähren, so sind die Angehörigen fremder Nationen (Nicht-Staatsbürger) aus dem Reiche auszuweisen.
8. Jede weitere Einwanderung Nicht-Deutscher ist zu verhindern. Wir fordern, dass alle Nicht-Deutschen, die seit dem 2. August 1914 in Deutschland eingewandert sind, sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.“

25. Februar 1920:
Abdruck der „Protokolle der Weisen von Zion“ im Völkischen Beobachter

Kontakte von Hitler zur „Thule Gesellschaft“ im Hotel „Vierjahreszeiten“

<u>Schriften von Housten Stewart Chamberlain:</u>

- Richard Wagner, München 1896
- Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts, 2 Bde., München 1899
- Worte Christi, München 1901
- Arische Weltanschauung, München 1905
- Immanuel Kant, München 1905
- Goethe, München 1910
- Der Wille zum Sieg, München 1917
- Mensch und Gott, München 1921
- Rasse und Persönlichkeit, München 1925
- Deutsches Wesen, München 1925
- Natur und Leben, München 1928
- Briefe 1882-1924 und Briefwechsel mit Kaiser Wilhelm II, München 1928

Viel gelesen: Dühring, Eugen: Die Judenfrage als Frage der Racenschädlichkeit für Existenz, Sitte und Kultur der Völker, Karlsruhe 1881, 6 Auflagen bis 1930

---

1 9 2 2

Hitlers Christusbild, in: Völkischer Beobachter, Sonderdruck Nr. 32/1922

12. April 1922:
Rede Hitlers. „Die „Hetzer“ der Wahrheit“ (Boepple, 6 ff)

28. Juli 1922:
Rede Hitlers: „Freistaat oder Sklaventum?“ (Boepple, 21 ff)

18. September 1922:
Rede Hitlers: „Die Teuerung als Folge der Börsenrevolution“ (Boepple, 36 ff)

1923:
Herausgabe der „Protokolle der Weisen von Zion“ (1905) durch Alfred Rosenberg

10. April 1923:
Rede Hitlers: „Deutschland am Scheidewege“ (Boepple, 39 ff)

13. April 1923:
Rede Hitlers: „Weltjude und Börsenjude, die Urschuldigen am Weltkrieg“ (Boepple, 43 ff)

17. April 1923:
Rede Hitlers: „Der Friedensvertrag von Versailles als ewiger Fluch der Novemberrepublik“ (Boepple, 50 ff)

20. April 1923:
Rede Hitlers: „Politik und Rasse. Warum sind wir Antisemiten?“ (Boepple, 53 ff)

24. April 1923:
Rede Hitlers: „Rasse und Wirtschaft“ (Boepple, 56 ff)

27. April 1923:
Rede Hitlers: „Judenparadies oder deutscher Volksstaat“ (Boepple, 59 ff)

April 1923:
Hitler zum 1. Mal in Bayreuth (Mit Frau Helene Bechstein)

1. Mai 1923:
Rede von Hitler; „Große d e u t s c h e Maifeier“ (Boepple, 63f)

4. Mai 1923:
Rede Hitlers: „Parlamentariersumpf oder Freiheitskampf?“
(Boepple, 64 ff)

1. August 1923:
Rede Hitlers: „Teuerung, Republik und Faschistenstaat“ (Boepple, 68 ff)

21. August:
Rede Hitlers: „Triumph der Börsendiktatur“ (Boepple, 73 ff)

5. September 1923:
Rede von Hitler: „Deutschlands Leidenweg von Wirth bis Hilferding“
(Boepple, 80 ff)

12. September 1923:
Rede von Hitler: „Der Zusammenbruch der Novemberrepublik und die Mission unserer Bewegung“ (Boepple, 88 ff)

29. September 1923:
„Deutscher Tag“ in Bayreuth mit Gottesdiensten, Predigten, Festmärschen , Fahnenweihen und Großkundgebungen. Rede Hitlers vor 6000 Menschen in der markgräflichen Reiterhalle

9. November 1923:
Marsch auf die Feldherrnhalle, Versuch eines Putsches

26. Februar 1924:
Rede Hitlers vor dem Volksgerichtshof (Boepple, 96 ff)

27. März 1924:
Hitlers Schlusswort vor dem Volksgerichtshof (Boepple, 110 ff)

(Am Schluss der Reden Hitlers steht eine Sammlung von einzelnen Aussprüchen Hitlers (Boepple, 122 ff)

20. Dezember 1924:
Entlassung Hitlers aus der Feste Landsberg

Dietrich Eckart: Der Bolschewismus von Moses bis Lenin. Zwiegespräch zwischen Adolf Hitler und mir, 1924

Dokumente 1925-1933: Hitler. Reden und Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933.hg. vom Institut für Zeitgeschichte, 1992 ff, 6 Bände in 12 Teilbänden mit einem Ergänzungsband zum Hitler-Prozess 1924 in 4 Teilbänden

Hitler: „Mein Kampf" Bd. I, München 1925, Bd. II, München 1927, Ausgabe 1941, 7.800.000 Auflage

Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, hg. von Christian Hartmann, Thomas Vordermayer, Othmar Plöckinger, Romann Töppel, München-Berlin 2016

Hitlers Zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahre 1928, Stuttgart 1961

Adolf Hitler. Reden zu Kunst und Kulturpolitik 1933-39, hg. Robert Eikmeyer, Frankfurt a. M. 2004

<u>Reden und Schriften von Alfred Rosenberg:</u>

- **Unmoral im Talmud, München 1920**
- **Die Spur der Juden im Wandel der Zeit, München 1920**
- **Die Verbrechen der Freimaurerei. Judentum, Jesuitismus, Deutsches Christentum, München 1921**
- **Pest in Russland. Der Bolschewismus, seine Häupter Handlanger und Opfer, München 1922**
- **Der staatsfeindliche Zionismus auf Grund jüdischer Quellen erläutert, Hamburg 1922**
- **Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik, München 1922**
- **Wesen, Grundlagen und Ziele der national-sozialistischen deutschen Arbeiterpartei**
- **Das Programm der Bewegung, München 1923**
- **Houston Stewart Chamberlain als Verkünder und Begründer einer deutschen Zukunft, München 1927**
- **Dreißig Novemberköpfe, München 1927**

- **Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik, München 1927**
- **Der Sumpf. Querschnitte durch das „Geistsleben“ der November-Demokratie, München 1927**
- **Der Weltverschwörerkongress in Basel, München 1927**
- **Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, München 1930**
- **Das Wesensgefüge des Nationalsozialismus. Grundlagen der deutschen Wiedergeburt, München 1932**
- **Krisis und Neubau Europas, Berlin 1934**
- **Die Religion des Meisters Eckehart, München 1934**
- **An die Dunkelmänner unserer Zeit. Eine Antwort auf die Angriffe gegen den Mythus des 20. Jahrhunderts, München 1935**
- **Der entscheidende Weltkampf. Rede auf dem Parteikongress in Nürnberg 1936, München 1936**
- **Blut und Ehre, Bd. 1: Ein Kampf für deutsche Wiedergeburt. Reden und Aufsätze von 1919-1933, München 1936**
- **Blut und Ehre, Bd. 2: Gestaltung der Idee. Reden und Aufsätze von 1933-1935, München 1936**
- **Protestantische Rompilger. Der Verrat an Luther und der „Mythus des 20. Jahrhunderts“, München 1937**
- **Der Kampf zwischen Schöpfung und Zerstörung. Kongressrede auf dem Reichsparteitag der Arbeit am 8. September 1937, München 1937**
- **Blut und Ehre, Bd. 3: Kampf um die Macht. Aufsätze von 1921-1932, München 1937**
- **Weltanschauung und Glaubenslehre. Vortag am 4. November 1938 an der. Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle/Saale 1939**

<u>Reden und Schriften von Dr. Joseph Goebbels:</u>

- **Das kleine Abc des Nationalsozialismus; Berlin 1926**
- **Lenin oder Hitler? Zwickau1926**
- **Die zweite Revolution. Briefe an Zeitgenossen, Zwickau 1926**
- **Wege ins Dritte Reich. Briefe und Aufsätze für Zeitgenossen, München 1927**
- **Das Buch Isidor. Ein Zeitbild voll Lachen und Hass, München 1928**
- **Knorke. Ein neues Buch Isidor für Zeitgenossen, München 1929**
- **Michael. Ein deutsches Schicksal in Tagebuchblättern, München 191929 (15. Aufl. 1939)**
- **Die verfluchten Hakenkreuzler. Etwas zum Nachdenken, München 1929**
- **Vom Proletariat zum Volk, München 1932**
- **Preußen muss wieder preußisch werden, München 1932**
- **Kampf um Berlin, München 1932**
- **„Goebbels spricht“. Reden aus Kampf und Sieg, hg. von Werner Beumelburg, Oldenburg 1933**
- **Revolution der Deutschen. 14 Jahre Nationalsozialismus. Goebbelsreden mit einleitenden Zeitbildern von Heinz Schlecht, Oldenburg 1933**
- **Nation im Aufbau, Berlin 1933**
- **Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus, Berlin 1933**
- **Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern (vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933), München 1934**
- **Das erwachende Berlin, München 1934**
- **Signale der neuen Zeit. 25 ausgewählte Reden, München 1934**

- **Der Faschismus und seine praktischen Ereignisse, Berlin 1934**
- **Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, 12. Auflage 1936**
- **Student, Arbeiter und Volk, Frankfurt 1934**
- **Kommunismus ohne Maske. Rede auf dem Nürnberger Parteitag 1935, München 1935**
- **Nationalsozialistischer Rundfunk, München 1935**
- **Goebbels spricht zur Welt, Berlin 1935**
- **Richtlinien für die Gesamthaltung der deutschen Presse, Berlin 1935**
- **Der Angriff. Aufsätze aus der Kampfzeit, München 1935, Bd. 2 München 1938**
- **Der Bolschewismus in Theorie und Praxis. Rede auf dem Parteitag in Nürnberg 1936, München 1936**
- **Die Wahrheit über Spanien. Rede auf dem Nürnberger Parteitag 1937, Berlin 1937**
- **Wetterleuchten. Aufsätze aus der Kampfzeit, München 1939**

Gedichte von Baldur von Schirach (Wollstein 85 ff)

Gottfried Feder:

Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage (mit einem Vorwort von Hitler), 1923

1927: Erste Ausgabe : Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen (benutzte Ausgabe 1932)

13. März 1930:
Gesetzesinitiative der NSDAP-Reichstagsfraktion (Walk 3)

„… wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutsgemeinschaft oder farbigen Rassen zur rassischen Verschlechterung und Verletzung des deutschen Volkes beiträgt oder beizutragen droht, wird wegen Rassenverrats mit Zuchthaus bestraft. … in besonders schweren Fällen (kann) an Stelle von Zuchthaus auf Todesstrafe anerkannt werden."

6. Mai 1932:
10 Richtlinien der „Glaubensbewegung Deutsche Christen":

„Pkt 7: Wir sehen in Rasse, Volkstum und Nation uns von Gott geschenkte und anvertraute Lebensordnungen, für deren Erhaltung zu sorgen uns Gottes Gesetz ist. Daher ist der Rassenvermischung entgegen zu treten. Die deutsche Äußere Mission ruft auf Grund ihrer Erfahrungen dem deutschen Volke seit langem zu: „Halte deine Rasse rein!" und sagt uns, dass der Christusglaube die Rasse nicht zerstört, sondern vertieft und heiligt."
Pkt 9: In der Judenmission sehen wir eine schwere Gefahr für unser Volkstum. Sie ist das Eingangstor fremden Blutes in unseren Volkskörper. Sie hat neben der Äußeren Mission keine Daseinsberechtigung. Wir lehnen die Judenmission in Deutschland ab, solange die Juden das Staatsbürgerrecht besitzen und damit die Gefahr der Rassenverschleierung und Bastardierung besteht. Die Heilige Schrift weiß auch etwas zu sagen vom heiligen Zorn

und versagender Liebe. Insbesondere ist die Eheschließung zwischen Deutschen und Juden zu verbieten.“ (Schmidt 1,135 ff; NH 376)

---

7. Dezember 1932:
9 Thesen „Christlicher Glaube und Rasseforschung“ (Schmidt 1, 18f)

Klotz, Leopold (Hg.): Die Kirche und das Dritte Reich, Gotha 1932:
Beiträge von Ernst Bizer, Alfred Depuhl, Karl Eger, Paul Fiebig, Emil Fuchs, Friedrich Heiler, Johannes Hempel, Otto Henneberger, Ferdinand Kattenbusch, Walter Künneth, Hans von Lüpke, Reinhard Mumm, Friedrich Niebergall, Friedrich Peter, Otto Pieper, Martin Rade, Karl Bernhard Ritter, Gotthilf Schenkel, Wilhelm Schubring, Hermann Strathmann, Paul Tillich, Heinrich Weinel, Joseph Wittig

Rudolf Buttmann: Nationalsozialismus und Kirche,
in: Nationalsozialistisches Jahrbuch 1932, S. 191 ff

Eberhard Schlund: Religion, Christentum, Kirche und Nationalsozialismus,
in: Gelbe Hefte 1932, Heft 2

Wilhelm Laible: Arische Frömmigkeit und das „artfremde“ Alte Testament,
in AELKZ, Nr. 27 u. 28

Ethelbert Stauffer: Paulus und Akiba, der erlösende und der tragische Ausgang des Judentums, ebd. Nr. 24

Gespräch zwischen Heinrich Vogel und Friedrich Gebhardt: Kreuz und Hakenkreuz (Pastoralblätter 1932/33)

Friedrich Wieneke: Die Stellung des Nationalsozialismus zum Christentum
(in: Deutsches Pfarrerblatt Nr. 45 u. 50 / 1930)

Hermann Kremers: Nationalsozialismus und Christentum, in: Volksschriften des Evangelischen Bundes H. 35, 1931

1 9 3 3

11. Januar 1933:
„Wort und Bekenntnis Altonaer Pastoren in der Not und Verwirrung des öffentlichen Lebens“ (KJ 17 ff)

30. Januar 1933:
Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch Hindenburg
Aufruf von Hitler an seine Gefolgsleute:

„…An Euch, meine Parteigenossen, richte ich nur die eine große Bitte: Gebt mir Euer Vertrauen und Eure Anhänglichkeit in diesem neuen und großen Ringen genauso wie in der Vergangenheit – dann wird uns auch der allmächtige Gott seinen Segen zur Wiederaufrichtung eines Deutschen Reiches der Ehre, der Freiheit und des sozialen Friedens nicht versagen,“ (Friedrichs 1, 4f)

1. Februar 1933:
Aufruf der Reichsregierung an das deutsche Volk (UF IX, 15 ff):

„So wird es die nationale Regierung als ihre oberste und erste Aufgabe ansehen, die geistige und willensmäßige Einheit unseres Volkes wiederherzustellen. Sie wird die Fundamente wahren und verteidigen, auf denen die Kraft unserer Nation beruht. Sie wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen."

3. Februar 1933:
Erste Besprechung Hitlers mit den Befehlshabern der Reichswehr (JJ)

4. Februar 1933:
Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz des Deutschen Volkes (Münch 64 ff):

„§ 1: Öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel sind spätestens achtundvierzig Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Verhandlungsgegenstandes der Ortspolizeibehörde anzumelden."

28. Februar 1933:
Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat (Münch 69 ff)

Febr./März 1933:
Zahlreiche Gewaltakte von Mitgliedern der NSDAP gegen einzelne Juden und Geschäfte

4. März 1933:
Entschließung des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses (DEKA) zur Wahl (Schäfer 1, 251 ff), vorher Entwurf von Bischof Wurm und Prälat Schoell über „Die Stellung zum Staat (gegen das Winkelchristentum)" (ebd. 245 ff)

Rede Hitlers in Königsberg/Ostpreußen:

„…Wir alle sind stolz, dass wir durch Gottes gnädige Hilfe wieder zu wahrhaften Deutschen geworden sind." (Friedrichs 1, 14)

5. März 1933:
Reichstagswahlen (43,9 % NSDAP, 8 % DNVP). Große Mehrheiten in den „protestantischen Stammlanden"

6. März ff 1933:
Übergriffe gegen Juden auf dem Kurfürstendamm in Berlin

8. März 1933:
Hirtenschreiben von Otto Dibelius: „Es werden unter uns nur wenige sein, die sich dieser Wendung nicht von Herzen freuen" (Gauger, 68; Karl Barth-Archiv)

9. März 1933:
Schreiben des Dr. Lammers an den Reichsminister des Innern Dr. Frick (UF IX, 383

12. März 1933:
Beginn der Breslauer Vorgänge gegen jüdische Juristen im Staatsdienst (Scholder, 323f)

15. März 1933:
Reichsinnenminister: „Zur Einleitung einer völkischen Politik ist erforderlich:
1. Die Zuwanderung von Ostjuden abzuwehren
2. Ostjuden, die ohne Aufenthaltserlaubnis in Deutschland sind, zu entfernen
3. Ostjuden nicht mehr einzubürgern.“ (Walk 4)

18. März 1933:
Jüdische Rechtsanwälte und Notare dürfen nicht mehr in Rechtsangelegenheiten der Stadt Berlin tätig sein (Walk 5)

21. März 1933:
Der Tag von Potsdam (s. Hans Hupfeld: Reichstagseröffnungsfeier in Potsdam, Potsdam 1933)

Predigt von Otto Dibelius in der Nicolaikirche in Potsdam (vN 52 ff):

„Mit Gott zu neuer Zukunft! Ein neuer Anfang staatlicher Geschichte steht immer irgendwie im Zeichen der Gewalt. Denn der Staat ist Macht. Neue Entscheidungen, neue Orientierungen, Wandlungen und Umwälzungen bedeuten immer den Sieg des einen über den anderen. Und wenn es um Leben und um Sterben der Nation geht, dass muss die staatliche Macht kraftvoll und durchgreifend eingesetzt werden, es sei nach außen oder nach innen.
Wir haben von Dr. Martin Luther gelernt, dass die Kirche der rechtmäßigen staatlichen Gewalt nicht in den Arm fallen darf, wenn sie tut, wozu sie berufen ist. Auch dann nicht, wenn sie hart und rücksichtslos schaltet. Wir kennen die furchtbaren Worte, mit denen Luther im Bauernkrieg die Obrigkeit aufgerufen hat, schonungslos vorzugehen, damit wieder Ordnung in Deutschland werde. Aber wir wissen auch, dass Luther mit demselben Ernst die christliche Obrigkeit aufgerufen hat, ihr gottgewolltes Amt nicht zu verfälschen durch Rachsucht und Dünkel, dass er Gerechtigkeit und Barmherzigkeit gefordert hat, sobald die Ordnung wiederhergestellt war.
Das muss die doppelte Aufgabe der evangelischen Kirche auch in dieser Stunde sein. Wenn der Staat seines Amtes waltet gegen die, die die Grundlagen eder staatlichen Ordnung untergraben, gegen die vor allem, die mit ätzendem und gemeinem Wort die Ehe zerstören, den Glauben verächtlich machen, den Tod für das Vaterland begeifern – dann walte er seines Amtes in Gottes Namen! Aber wir wären nicht wert, eine evangelische Kirche zu heißen, wenn wir nicht mit demselben Freimut, mit dem Luther es getan hat, hinzufügen wollten: staatliches Amt darf sich nicht mit persönlicher Willkür vermengen! Ist die Ordnung hergestellt, so müssen Gerechtigkeit und Liebe wieder walten, damit jeder, der ehrlichen Willens ist, seines Volkes froh sein kann.“ (vN 14f)

Scharfe Kritik des Schweizer Leonhard Ragaz, in: Neue Wege, 174f; Scholder, 325

Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung (Münch 90f):

„§ 3: Wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellter Behauptung tatsächlicher Art aufstellt oder verbreitet, die geeignet ist, das Wohl des Reichs oder eines Landes oder das Ansehen der Reichsregierung oder einer Landesregierung oder der hinter ihnen stehenden Parteien oder Verbände schwer zu schädigen, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren und, wenn er die Behauptung öffentlich aufstellt oder verbreitet, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.
Ist durch die Tat ein schwerer Schaden für das Reich oder das Land entstanden, so kann auf Zuchthausstrafe erkannt werden.“

Bericht des britischen Botschafters an seinen Außenminister (UF IX, 399 ff)

22. März 1933:
In Sachsen Verbot des Schlachtens ohne Betäubung (Walk 5)

In Thüringen gibt es keine Geschwisterermäßigung mehr für jüdische Kinder (Walk 5)

23. März 1933:
Reichstagsitzung in der Krolloper. (UF IX, 139 ff)

Aus Hitlers Rede:

„Die nationale Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen die wichtigsten Faktoren zur Erhaltung unseres Volkstums. …. Ihre Rechte sollen nicht angetastet werden. Sie erwartet aber und hofft, dass die Arbeit an der nationalen und sittlichen Erneuerung unseres Volkes, das sich die Regierung zur
ng des Führerrates der Evangelischen Jugend Deutschlands (ebd. 70)

Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft für Albert Einstein, der am 5. April an die Preußische Akademie der Wissenschaften schreibt:

„Ich erkläre… den Zustand im jetzigen Deutschland als einen Zustand psychischer Erkrankung der Massen … In einem Schriftstück, das ich der internationalen Liga zur Bekämpfung des Antisemitismus zu Werbezwecken überließ, … forderte ich ferner alle besonnenen und den Idealen einer bedrohten Zivilisation treu gebliebenen Menschen auf, alles daran zu setzen, dass diese in Deutschland in so furchtbarer Weise sich äußernde Massen-Psychose nicht weiter um sich greift.“

1. April 1933:
Beurlaubung aller jüdischen Lehrkräfte in den Berliner Schulen (Walk 9)

Gespräch des Kirchenpräsidenten Kappler mit dem Innenminister Frick

1. – 3. April:
Von der Partei organisierter „Judenboykott“

Proteste des Freiherrn von Pechmann aus München bei Kapler (Scholder 338f)
Brief von Wilhelm Menn an den Rheinischen Generalsuperintendenten Stoltenhoff
(ebd. 340)

(„Aber so sehr all diese Stimmen auch drängten: die Kirche als ganze blieb stumm. Kein Bischof, keine Kirchenleitung, keine Synode wandte sich in den entscheidenden Tagen um den 1. April öffentlich gegen die Verfolgung der Juden in Deutschland.“ (Scholder 340)

2. April 1933:
Dank des Landesbischofs Ihmels für die Wende (Tutzinger Texte, 89f)

3. April 1933:
Jüdische Rechtskandidaten nicht mehr zum Referendariat zugelassen (Walk 9)

Erklärung der Reichsregierung über den Abbruch des Boykotts gegen die jüdischen Geschäfte (UF IX, 392)

Briefwechsel zwischen Hindenburg und Hitler über die Entlassung jüdischer Beamter (UF IX, 393 ff)

Jüdische Ärzte in Münchener Krankenhäuser dürfen nur noch jüdische Patienten behandeln (Walk 10)

Der deutsche Boxer-Verband schließt Juden von der Beteiligung an Wettkämpfen aus (Walk 10)

3. April 1933:
Brief des Schwedischen Erzbischof Eidem an den Deutschen Evangelischen Kirchenausschuss (DEKA) (Boyens, 290f)

3. – 5. April:
Erste Reichstagung der Glaubensbewegung Deutsche Christen (GDC)
(s. „Volk und Kirche.“ Die amtlichen Berichte der ersten Reichstagung 1933 der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“, Heft 4 der Schriftenreihe der „Deutschen Christen“; KJ 23 ff)
Vorträge:
- Friedrich Wieneke: Die Theologie der Gegenwart (vN 151 ff)
- Karl Themel: Die Vernichtung der Gottlosenbewegung (ebd. 156 ff)
- Friedrich Werner: Die Rechtsgrundlage der kommenden Reichskirche (ebd. 158 ff)
- Siegfried Nobiling: Kirchliches Führertum (ebd. 160 ff)

Entschließung:
„Gott hat mich als Deutscher geschaffen. Deutschtum ist Geschenk Gottes. Gott will, dass ich für mein Deutschtum kämpfe. Kriegsdienst ist in keinem Falle Vergewaltigung des christlichen Gewissens, sondern Gehorsam gegen Gott. Der Gläubige hat einem Staate gegenüber, der die Mächte der Finsternis fördert, das Recht der Revolution; dieses Recht hat er auch einer Kirchenbehörde gegenüber, die die nationale Erhebung nicht vorbehaltlos anerkennt. Die Kirche ist für einen Deutschen die Gemeinschaft von Gläubigen, die zum Kampf für ein christliches Deutschland verpflichtet ist. Das Ziel der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ ist eine evangelische deutsche Reichskirche. Der Staat Adolf Hitlers ruft nach der Kirche, die Kirche hart den Ruf zu hören.“ (ebd. 165)

Wilhelm Kube:

„Sie, meine Freunde, werden die 211 Mann der Preußenfraktion als Ihren Schutz und Ihre Vorkämpfer sehen bei dem Bestreben, die deutsche Revolution im Sinne Martin Luthers auch im 20. Jahrhundert voran zu tragen." (Nic. I, 30)

4. April 1933:
Ansprache von Dibelius über Kurzwellensender an die amerikanischen Christen (Ökumenisches Archiv in Genf)

6. April 1933:
Verbot, Hochschulassistentenstellen mit Juden zu besetzen (Walk 11)

Keine Zulassung mehr für Juden als Steuerberater (Walk 11)

Kundgebung der Hessischen Kirchenleitung (vN 67f)

7. April 1933:
Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (Münch 29 ff):

§ 3: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.
Das gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen sind.."

In Bayern keine Zulassung mehr für jüdische Medizinstudenten (Walk 13)

Kundgebung des Alten Verbandes deutscher evangelischer Lehrer und Lehrerinnen (vN 69)

8. April 1933:
In Baden Beurlaubung aller jüdischen Dozenten und Assistenten (Walk 13)

Stadt Köln: Rechnungen von jüdischen Ärzten werden nicht mehr vergütet (Walk 13)

11. April 1933:
Osteransprache des Evangelischen Oberkirchenrats der Altpreußischen Union (vN 60f):

„Die Osterbotschaft von dem auferstandenen Christus ergeht in Deutschland in diesem Jahr an ein Volk, zu dem Gott durch eine große Wende gesprochen hat.
Mit allen evangelischen Glaubensgenossen wissen wir uns eins in der Freude über den Aufbruch der tiefsten Kräfte unserer Nation zu vaterländischem Bewusstsein, echter Volksgemeinschaft und religiöser Erneuerung.“
(In 10.000 Exemplaren an die Superintendenten zur Verteilung geschickt)

13. April 1933:
Aufruf von Wilhelm Zoellner „An alle Lutheraner“

„…Die Arbeit an der neuen Gestaltung der Verfassung ist das Höchste. Wir brauchen Bischöfe an der Spitze und keine Kirchenparlamente. Die falsche Angleichung an das demokratische Prinzip des Staates von Weimar muss fallen.“ (vN 55f) :

16. April 1933:
Kundgebung des Landeskirchenrats in Bayern (Hermelink 33)

20. April 1933:
Hitlers Geburtstag. Glückwunsch von Kapler (vN 76f)

„Was der deutschen evangelischen Kirche Herz bewegt, bringe ich zum Ausdruck mit den Worten der Fürbitte, die an Ostern vor Gottes Thron gebracht wurde:
Lass Deinem Schutz und Schirm den Kanzler des Deutschen Reiches befohlen sein. Rüste ihn in seinem neuen Lebensjahr aus mit Kraft aus der Höhe. Hilf ihm die Bürde der Verantwortung im Regiment tragen und lege Deinen Segen auf das schwere Werk der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes zum Wohle des ganzen Volkes und zur Ehre deines Namens.“

21. April 1933:
Gesetz über das Schlachten von Tieren. Das Schlachten nach jüdischem Ritus ist verboten (Walk 15)

Der Ministerpräsident von Mecklenburg Walter Granzow setzt für die Landeskirche einen Staatskommissar für die Landeskirche ein, der „die gesetzgebende, richterliche und ausführende Gewalt“ bekommt (Nic. I, 37)

22. April 1933:
Verordnung des Reichsarbeitsministers Seldte über die Zulassung von Ärzten zur Tätigkeit bei den Krankenkassen (UF IX, 395 ff)

Ausschluss von Juden aus den Lehrervereinigungen und aus dem Apothekerverein, Entziehung der Waffenscheine (Walk 16f)

23. April 1933:
Aufruf Kaplers für eine Reform der Verfassung des deutschen Protestantismus (Hermelink 35f)

Erklärung des Reichsverbandes deutscher evangelischer Schulgemeinden (vN 70f)

Entschließung des Evangelischen Reichselternbundes (ebd. 71)

25. April 1933:
Gesetz gegen die Überfüllung von deutschen Schulen und Hochschulen (Walk 17f)

Ausschluss jüdischer Mitglieder aus den Sport- und Turnvereinen (Walk 18)

Hitler ernennt den Königsberger Wehrkreispfarrer Ludwig Müller zum „Bevollmächtigten für die Angelegenheiten der evangelischen Kirche“

Erstes Gespräch zwischen Kapler und Hitler (Scholder 384 ff)

Kundgebung des Drei-Männer-Kollegiums (vN 77f):

„Eine mächtige nationale Bewegung hat unser deutsches Volk ergriffen und emporgehoben. Eine umfassende Neugestaltung des Reiches in der erwachten deutschen Nation schafft sich Raum. Zu dieser Wende der Geschichte sprechen wir ein dankbares Ja. Gott hat sie uns geschenkt. Ihm sei die Ehre!
In Gottes Wort gebunden, erkennen wir in dem groϑen Geschehen unserer Tage einen neuen Auftrag unseres Herrn an Seine Kirche.“

25./26. April 1933
Sitzung des Deutsch-Evangelischen Kirchenausschusses (DEKA) unter Hermann Kapler, einziger Tagungspunkt: die Judenfrage (Niederschrift in: Boyens 295 ff)

26. April 1933:
Rücknahme des Staatskommissars für Mecklenburg

30. April 1933:
Aufruf von Hossenfelder an die Glaubensbewegung Deutsche Christen (vN 165f)
Dagegen: Forderungen der jungreformatorischen Bewegung (ebd. 245f)

28. April 1933:
Bericht von Henriod, Generalsekretär des Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirche über seinen Besuch in Berlin (Boyens 291 ff; Scholder 329f)

2. Mai 1933:
Aufhebung staatlicher Zuschüsse für die Bezahlung von Rabbinern (Walk 19)

Entschließung des Vorstandes des Verbandes der deutschen evangelischen Pfarrervereine (vN 71f

4. Mai 1933:
Forderungen der deutschen Christen anlässlich der Verhandlungen des Dreimännerkollegiums (v.N. 166f)

5. Mai 1933:
***Trauverbot von Angehörigen verschiedener Rassen durch die Landeskirche Thüringens* (NH 377)**

Gesetz der Thüringischen Kirche betr. Marxismus in der Kirche (vN 91)
Erklärung der religiösen Sozialisten (ebd. 92)

Die Konversion von Georg Wünsch: Die christliche Aufgabe im Zeitenwechsel (ebd. 94 ff)
Wilhelm Menn: Die Kirche und der nationale Sozialismus (ebd. 97 ff)
Helmuth Kittel: Christliche Erziehung im Dritten Reich (ebd. 100 ff)
Friedrich Gogarten: Der göttliche Auftrag der Kirche in der zeit (ebd. 102 ff)
Der Kampf gegen den Bolschewismus (ebd. 105 ff)

6. Mai 1933:
Gesetz über die Zulassung von Steuerberatern: keine Zulassung mehr von Nichtariern (Walk 20)

7. Mai 1933:
Kündigung aller jüdischen Arbeiter und Angestellten aus der Wehrmacht (Walk 21)

10. Mai 1933:
Bücherverbrennung (UF IX, 489 ff)

12. Mai 1933:
Auflösung aller jüdischen Vereine in München (Walk 22)

Rechtfertigung von Heinrich Rendtorff zum Eintritt in die Partei (Tutzinger Texte 90f):

„Ich will als deutscher Mann mich öffentlich zur NSDAP bekennen; denn sie ist allein die große Volksbewegung, die imstande ist, unser Volk und reich cor dem Sturz in den Abgrund zu retten, und sie erfüllt unter der Führung des unserem Volk von Gott geschenkten Führers Adolf Hitler mit ihrem Kampf um Deutschlands Freiheit und Erneuerung, was seit zwanzig Jahren das Ziel unserer Sehnsucht und unseres Kampfes war. Ich kann als Christ mich öffentlich zu der NSDAP bekennen; denn sie hat durch die feierlichen Zusagen Adolf Hitlers und durch die Einsetzung eines Bevollmächtigten für die evangelischen Kirchenfragen die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirche für den ihr von Gott befohlenen Dienst zugesichert, und sie hat aufgehört, Partei zu sein in dem alten trennenden und spaltenden Sinne, will vielmehr alle deutschen Aufbaukräfte über Klassen und Stände und Parteien hinweg zur Volksgemeinschaft sammeln. Ich will als Seelsorger inmitten der NSDAP dienen.“

15. Mai 1933:
Preußen: nur Deutsche dürfen einen Erbhof besitzen (Walk 23)

16. Mai 1933:
Die neuen Richtlinien der DC:
„Wir treten ein für das Werk der deutschen evangelischen Heidenmission, das der Missionsbefehl Christi von der Kirche fordert und das wir als ein heiliges Erbe von den Vätern übernehmen. In der Anerkennung der Verschiedenheit der Völker und Rassen als einer von Gott gewollten Ordnung für diese Welt fordern wir, das durch die Heidenmission das Volkstum fremder Völker nicht zerstört werde…“ (NH 377)

20. Mai 1933:
Loccumer Manifest (vN 78f):

„Unser heißgeliebtes deutsches Vaterland hat durch Gottes Fügung eine gewaltige Erhebung erlebt. In dieser Wende der Geschichte hören wir als evangelische Christen im Glauben den Ruf Gottes zur Einkehr und Umkehr, den Ruf auch zu einer einigen Deutschen Evangelischen Kirche.“ (vN 78f)

Ja der evangelischen Arbeitervereine zur Arbeitsfront und zum Führerprinzip (vN 88 ff)
Bericht von einer Tagung der ev. Arbeitervereine (ebd. 90f)

24. Mai 1933:
Vollarisierung des Deutschen Turnerbundes (Walk 25)

27. Mai 1933:
Wort des Reichsbischofs von Bodelschwingh an die evangelische Christenheit Deutschlands (vN 79f) (Reichsbischof vom 27. Mai bis 24. Juni 1933)

Pfingsten 1933:
„Wort und Bekenntnis westfälischer Pastoren zur Stunde der Kirche und des Volkes“ (Schmidt 1, 33 ff)

Denkschrift von Pastor Lic. Leo, Osnabrück „Kirche und Judentum“ (Klügel 189 f)

Walter Künneth / Helmut Schreiner (Hg.): Die Nation vor Gott. Zur Botschaft der Kirche im Dritten Reich, Berlin 1933

2. Juni 1933:
Inanspruchnahme von Krankenkassen für die Tätigkeiten nichtarischer Zahnärzte und Zahntechniker nicht mehr möglich (Walk 28)

7. Juni 1933:
Kirchenbundesamt: Memorandum über die gegenwärtige Lage in Deutschland, insbesondere über die Judenfrage (Boyens 299 ff)

8. Juni 1933:
Rücktritt Kapplers von seinen Ämtern

15. Juni 1933:
Gesetz zur Gleichschaltung der Aufsichtsräte von Körperschaften des öffentlichen Rechts (Walk 30) (vN 55f) :

Karl Barth: „Theologische Existenz“ (München 1933)

21. Juni 1933:
Ausweisung von Friedrich Siegmund-Schultze, Herausgeber der Zeitschrift „Die Eiche“ wegen Hilfe für Juden (Scholder 327)

Erscheinen der „Jungen Kirche“

22. Juni 1933:
Sitzung der lutherischen Kirchenführer (Meiser 6 ff)

24. Juni 1933:_
Einsetzung des Staatskommissars August Jäger für die Altpreußische Kirche

Rücktritt von Bodelschwingh: „Wort an alle, die unsere Deutsche Evangelische Kirche lieben“(JK 14f)

26. Juni 1933:
Aufruf von Dr. Werner an die Geistlichen (vN 85)

Aufruf der altpreußischen Generalsuperintendenten an die Gemeinden (vN 81f)
Antwort von Dr. Werner (ebd. 86f)

27. Juni 1933:
Besetzung des Kirchenbundesamtes mit SA durch Müller, der die Leitung des Kirchenbundes und der Altpreußischen Kirche übernimmt

Beflaggung der kirchlichen Gebäude (vN 87)
Gestaltung der Gottesdienste am 2. Juli (ebd. 87)

29. Juni 1933:
Brief einiger Berliner Theologen an den Reichskanzler Hitler (vN 82 ff)

Juni 1933:
Gründung des jüdischen Kulturbundes zur Förderung der Auswanderung.
Zahl der Juden in Deutschland: 499.000 (O,76 % der Gesamtbevölkerung)
Etwa 37.000 Juden verließen 1933 Deutschland

Hans Ehrenberg u. a.:
- „Wort und Bekenntnis westfälischer Pastoren zur Stunde der Kirche und des Volkes (Sog. Bochumer Pfingstbekenntnis, (Schmidt 1, 33 ff)
- 72 Leitsätze zur Judenchristlichen Frage (ebd. 66 ff)
- Bekenntnisfront (ebd. 73 ff)

---
2. Juli 1933:
Widerstand gegen deutschchristliche Anordnungen (vN 266)

11. Juli 1933:
Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche (KJ 27 ff)

14. Juli 1933:
Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses (Münch 116 ff)

Gesetz über Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit (insbesondere auf Juden aus Osteuropa angewendet)

Verbot der Aufnahme nicht arischer Bürger in den Deutschen Handlungsgehilfenverband (Walk 37)

„Gesetz über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit" gegen die Ostjuden (RGBl I, S. 225)

20. Juli 1933:
Auch die Bräute von Soldaten müssen arische Abstammung nachweisen (Walk 41)

Die soziale Botschaft der deutschen Christen: Gott will Volk:

„Ehe, Familie, Rasse, Volk und Obrigkeit sind uns Gottes Schöpfungsordnungen, die wir heilig halten; wo menschliche und völkische Sünde sie zerstört haben, suchen wir sie nach Gottes Gebot in ihrer Reinheit wiederherzustellen.
Mammonismus und Kapitalismus, Marxismus und Liberalismus, weltanschaulicher und praktischer Materialismus sind uns gottfeindliche Mächte. Sie zu bekämpfen und den Staat und das Staatsvolk in diesem Kampf zu unterstützen, ist uns heiligstes Anliegen. Sie haben nicht nur Volk, Staat und Wirtschaft untergraben, sondern auch die Verkündigung des Wort Gottes bekämpft." (vN 190 ff)

Wahlaufruf der Jungreformatorischen Bewegung: Kirche muss Kirche bleiben! (ebd. 268)

22. Juli 1933:
Empfang von Marahrens, Meiser und Tielemann durch Hitler: Überreichung der Kirchenverfassung

Rundfunkansprache Hitlers aus Bayreuth zu den Kirchenwahlen am nächsten Tag (KJ 30 ff)

23. Juli 1933:
Kirchenwahlen, in der Regel mit absoluten Mehrheiten für die DC-Kandidaten. In Berlin erreicht die GDC 82 % der Stimmen

Arierparagraph im Reichsverband deutscher Schriftsteller (Walk 42)

26. Juli 1933:
Jüdische Auswanderung erwünscht, aber eine Reichsfluchtsteuer wird erhoben (Walk 42)

28. Juli 1933:
Stimmungsberichte der Polizeileitstellen Kassel und Minden zur innenpolitischen Lage (UF IX, 404 ff)

Juli 1933:
Ordnung der Rheinischen Pfarrbruderschaft (Niemöller Pfarrernotbund, 9 ff)
Ergebnisse der Beratungen in Essen (ebd. 20f)

4. August 1933:
Wahl von Müller zum Bischof der Altpreußischen Kirche

10. August 1933:
Vertretungsverbot arischer und nicht arischer Ärzte bei Kassenbehandlung (Walk 45)

13. August 1933:
Kundgebung des Bischofs Marahrens (JK 131)

16. August 1933:
Arierparagraph für Sänger (Walk 46)

17. August 1933:
Arische Abstammung des Ehegatten von Beamten erforderlich (Walk 46)

22. August 1933:
Badeverbote in vielen Orten für Juden (Walk48)

25. August 1933:
Haavara-Abkommen zwischen jüdischen Organisationen und dem Reichsministerium für Wirtschaft über die Emigration von Juden nach Palästina und über wirtschaftliche Beziehungen zwischen jüdischen Handelsgesellschaften und Deutschland
(Prägen einer Münze: auf der Vorderseite der Davidstern, auf der Rückseite ein Hakenkreuz)

27. August 1933:
„Neue Kirche im neuen Staat" (Tecklenburger Bekenntnis) (Schmidt 1, 47 ff)

28. August 1933:
Devisenbestimmungen für Auswanderer (Walk 48)

Dankbares Ja von Marahrens zum neuen Staat (Tutzinger Texte 100):

„Nach Jahren immer weiter um sich greifenden Zerfalls sei ein Staat Wirklichkeit geworden, der die gesamten Beziehungen im Leben unseres Volkes zu erfassen, mit Ernst und Entschlossenheit bemüht sei. Was dieser Staat tue, solle nicht nur der Gegenwart gelten, sondern Generationen unse5res Volkes zu ihrem Segen umspannen. Jeder einzelnen habe die gesamten Beziehungen seines Lebens in das Gefüge des staatlichen Lebens einzugliedern. Wie noch nie in der Geschichte des Volkes sei der einzelne mit dem Volksganze verbunden, und zu dieser Tatsache sage die lutherische Landeskirche Hannovers ein dankbares Ja.“

30. August 1933:
Rede des Pfarrers Leutheuser (vN 195):

„Christus ist zu uns gekommen durch Adolf Hitler. Der ist der entscheidende Mensch gewesen, als ein ganzes Volk bereit war, unterzugehen. Hitler schlug für uns in sich, durch seine Kraft, durch seine Ehrlichkeit, seinen Glauben und seinen Idealismus fand der Heiland zu uns.“

August 1933:
Das Tecklenburger Bekenntnis (Schmidt 1, 47 ff)
(Punkt 5: Unsere Stellungnahme zu den „Deutschen Christen“)

4. / 5. September 1933:
Sitzung der Generalsynode der Altpreußischen Union in Berlin
(„Braune Synode: „Das Bild der Generalsynode ist eindeutig bestimmt, geistig durch die Glaubensbewegung und durch das braune Ehrenkleid der Hitlerbewegung.“)
Die Preußische Kirche fest in deutsch-christlicher Hand

6. September 1933:
Arierparagraph in der „Altpreußischen Union“:

„§1. 1. Als Geistlicher oder Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung darf nur berufen werden, wer die für seine Laufbahn vorgeschriebene Vorbildung besitzt und rückhaltlos für den nationalen Staat und die Deutsche Evangelische Kirche eintritt. 2. Wer nicht arischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet ist, darf nicht als Geistlicher und Beamter der allgemeinen kirchlichen Verwaltung berufen werden. Geistliche und Beamte arischer Abstammung, die mit einer Person nichtarischer Abstammung eine Ehe eingehen, sind zu entlassen. Wer als Person nichtarischer Abstammung zu gelten hat, bestimmt sich nach den Vorschriften der Reichsgesetze.
§3: Geistliche und Beamte, die nach ihrer bisherigen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat

und die Deutsche Evangelische Kirche eintreten, können in den Ruhestand versetzt werden…." (vN 357)
(Aufstellung über nicht arische Pfarrer in Deutschland: Deutsches Pfarrerblatt 1933, Nr. 44)

September 1933:
Dietrich Bonhoeffer: „Die Kirche vor der Arierfrage" (vN 351 ff)

Wort der „Sydower Bruderschaft zum Beamtengesetz und Arierparagraphen": „Das Beamtengesetz und der Arierparagraph entstammen nicht kirchlichem, sondern politischem Geiste…- das vorliegende Gesetz müssen wir ablehnen, im Gewissen gebunden an Gottes Wort, das in der Kirche des Evangeliums nur evangelische Maßstäbe zur Beurteilung der Amtsträger zulässt. Der Arierparagraph im besonderen bedeutet in seiner gesetzlichen Festlegung eine Verletzung des kirchlichen Bekenntnisses… wird der Paragraph auf die bereits ordinierten Geistlichen angewandt, so ist dadurch die Bedeutung der Ordination für uns alle aufgehoben." (NH 378)

8./9. November 1933:
Treffen von deutschen und niederländischen Theologen in Kattenvenne (Hans Ehrenberg, Carl Pabst, Hans Fischer, Ludwig Steil, Karl Schmitz und Walter Thiemann von deutscher Seite und von niederländischer Seite u. a. Philipp Kohnstamm und G.W. Oberman)

13. September 1933:
Vererbungslehre und Rassenkunde Pflicht in allen Schulen (Walk 51)

14. – 21. September 1933:
Entschließung des Exekutivkomitees des Weltbundes der Kirchen in Sofia zur Rassenfrage (Boyens 312):

„Wir beklagen insbesondere die Tatsache, dass die staatlichen Maßnahmen gegen die Juden in Deutschland eine solche Wirkung auf die öffentliche Meinung gehabt haben, dass in manchen kreisen die jüdische Rasse als eine Rasse minderen Wertes angesehen wird. Wir protestieren gegen den Beschluss der preußischen Generalsynode und anderer Synoden, die den Arierparagraphen des Staates auf die Kirche übertragen, wodurch sie das Urteil einer Unfähigkeit für den Dienst in der Kirche über Geistliche und Kirchenbeamte aussprechen, die durch ihre Geburt nicht Arier sind; das aber halten wir für eine Verleugnung der deutlichen Lehre und des Geistes des Evangeliums von Jesus Christus."

19. September 1933:
In Bayern Durchsuchung aller Geschäftsstellen und Heime jüdischer Organisationen (Walk 39)

20. September 1933:
Gutachten der Marburger Fakultät zum Arierparagraphen (vN 363 ff)

21. September 1933:
Aufruf von Martin Niemöller zur Gründung des Pfarrernotbundes und die Verpflichtungsformel (KJ 34 f; Niemöller, Pfarrrernotbund 26):

„1. Ich verpflichte mich, mein Amt als Diener des Wortes auszurichten allein in der Bindung an die Hl. Schrift und an die Bekenntnisse der Reformation als die rechte Auslegung der Hl. Schrift.
2. Ich verpflichte mich, gegen alle Verletzung solchen Bekenntnisstandes mit rückhaltlosem Einsatz zu protestieren.
3. Ich weiß mich nach bestem Vermögen mit ve4rantwortlich für die, die um solchen Bekenntnisstandes willen verfolgt werden.
4. In solcher Verpflichtung bezeuge ich, dass eine Verletzung des Bekenntnisstandes mit der Anwendung des Arierparagraphen im Raum der Kirche Christ geschaffen ist.“

22. September 1933:
Reichskulturkammergesetz, Goebbels als Präsident (Münch, 163f)
(Juden werden nicht in die Kammern aufgenommen)

23. September 1933:
Gutachten von 21 Neutestamentlern „Neues Testament und Rassenfrage“ (vN 367 ff)

25. September 1933:
Gutachten der Erlanger Fakultät über die Zulassung von Christen jüdischer Herkunft zu den Ämtern der DEK (vN 371)

27. September 1933:
Pfarrernotbund an die Nationalsynode in Wittenberg (Niemöller, Pfarrernotbund 24 ff):

„Unter stillschweigender Billigung des neuen Kirchenregiments sind auf landeskirchlichen Synoden Gesetze beschlossen und in Kraft gesetzt, die mit der Heiligen Schrift und dem Bekenntnis der Kirche im Widerspruch stehen. Hier ist besonders der Arierparagraph zu nennen…“

Eingabe von 22 Berliner Pfarrern an die Nationalsynode (Junge Kirche 201 f)

Nationalsynode in Wittenberg: einstimmige Wahl von Ludwig Müller zum Reichsbischof (KJ 35 ff)
(Im Chor der Kirche stand ein „Theologensturm" junger Studenten in feldgrauer Uniform, mit einem lila Kreuz und SS-Runen auf dem Arm und schwerem Feldgepäck auf dem Rücken)

Kundgebung des Reichsbischofs Ludwig Müller (vN 110 ff)
Berufung von Hossenfelder (uniert), Landesbischof Schöffel aus Hamburg (Lutherisch) und Otto Weber (reformiert) ins Geistliche Ministerium

29. September 1933:
„Reichserbhofgesetz" verlangt von Erbhofbauern den Nachweis arischer Herkunft

30. September 1933:
Nichtarier dürfen den Kriegervereinen des Kyffhäuserbundes nicht angehören
Keine Aufnahme von Juden in die Automobilverbände
Verbot von Nichtariern als Jockeys und Herrenreiter (Walk 54)

1. Oktober 1933:
Erntedankfestpredigt von Martin Niemöller (vN 295 ff)

4. Oktober 1933:
Schriftleitergesetz: nur Arier können Schriftleiter sein (Walk 55)

20. Oktober 1933:
Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund verbietet den Besuch von jüdischen Repetitorien (Walk 57)

25. Oktober 1933:
Aufruf des Landeskirchentages von Hannover (vN 116)

Aufruf an die Gemeinden in Thüringen (ebd. 116f)

31. Oktober 1933:
Anordnung des mecklenburgischen Landeskirchenführers Schulz (ebd. 117f)

Oktober 1933:
Die Rengsdorfer Thesen (Schmidt 1, 91)

2. November 1933:
Martin Niemöller: „Sätze zur Arierfrage in der Kirche" (JK 1933, 269 ff)

Rudolf Bultmann: „Der Arier-Paragraph im Raume der Kirche“ (vN 377 ff)

Rundschreiben Nr. 1 des Pfarrernotbundes (Niemöller, Pfarrernotbund 27 ff)

Treuegelöbnis der Landeskirchenführer (vN 118)

Proklamation des Reichsbischofs zum 10. November (Geburtstag Luthers) (vN 118 ff)

4. November 1933:
Anordnung der Bayrischen Kirchenregierung zum 12. November (vN 120 ff)
Aufruf des Evangelischen Jugendwerks Deutschlands (ebd. 122f)
Rede von Bischof Marahrens (ebd. 123 ff)

7. November 1933:
Beamte der Reichsbahn können Nichtarier nicht sein (Walk 59)

10. November 1933.
Aufruf von Kirchenminister Hossenfelder zur Volksmission (vN 127 ff)
Richtlinien für die Volksmission der deutschen Evangelischen Kirche (ebd. 129f)

13. November 1933:
Juden können nicht Schöffen und Geschworene sein (Walk 60)

Sportpalastkundgebung des Gaues Berlin der GDC:

Aus der Rede des Dr. Krause:

„Die neue Kirche kann niemals neben dem Staat, sondern nur in ihm wachsen, und für sie gelten restlos die gleichen Lebensgesetze wie für ihn.
Wir erwarten von unserer Landeskirche, dass sie den Arierparagraphen … schleunigst und ohne Abstriche durchführt, dass sie darüber hinaus alle fremdblütigen evangelischen Christen in besondere Gemeinden ihrer Art zusammenfasst und für die Begründung einer judenchristlichen Kirche sorgt….
Die Juden aber sind nicht Gottes Wir erwarten, dass unsere Landeskirche als eine deutsche Volkskirche sich frei macht von allem Undeutschen in Gottesdienst und Bekenntnis, insbesondere vom Alten Testament mit seiner jüdischen Lohnmoral…
…dass alle offenbar entstellten und abergläubigen Berichte des Neuen Testaments entfernt werden und dass ein grundsätzlicher Verzicht auf die ganze Sündenbock- und Minderwertigkeitstheologie des Rabbiners Paulus aus gesprochen wird. Wir kennen keine Trennung Gott-Mensch, wenn der

Mensch sich nicht durch seinen Willen von Gott löst … Der reine Jesusglaube muss wieder die Grundlage der Kirche bilden. Wenn wir das aus den Evangelien herausnehmen, was zu unseren deutschen Herzen spricht, dann tritt das Wesentliche der Jesuslehre klar und leuchtend zutage, das sich – und darauf dürfen wir stolz sein – restlos deckt mit den Forderungen des Nationalsozialismus…
Wenn Luther heute lebte, wir dürften sicher sein, dass er der Vorkämpfer dieser deutschen Volkskirche wäre. In der Volksgemeinschaft des Dritten reiches wird die Glaubensgemeinschaft, das heißt die Gemeinschaft der sich mit Gott verbundenen Führenden, unaufhaltsam wachsen. …
Und wir werden erleben, wie eng sich dann die Verwandtschaft des nordischen deutschen Geistes mit dem heldischen Jesusgeist zeigt. Es wird dann offenbar werden, dass die Vollendung der Reformation Luthers den endgültigen Sieg des nordischen Geistes über orientalischen Materialismus bedeutet. Heil!...
Wir brauchen nur ein Regiment, das Regiment Adolf Hitlers und seiner Ratgeber. Wir brauchen nur eine Jugenderziehung im Geiste Adolf Hitlers. Und das Wichtigste: Wir brauchen jetzt eine Mission: Das ist die, unsere deutschen Menschen restlos bis in ihre Seele zu deutschen Nationalsozialisten umzuschmelzen. Unser Kampf geht um nichts weiter als um das seelische Erwachen unseres Volkes. Unsere Religion ist die Ehre der Nation im Sinne eines kämpfenden, heldischen Christentums."

Entschließung des Gaues Berlin der GDC (KJ 38f; Schmidt 1, 133f):

„5. Wir fordern, dass eine deutsche Volkskirche ernst macht mit der Verkündigung der von aller orientalischen Entstellung gereinigten schlichten Frohbotschaft und einer heldischen Jesus-Gestalt als Grundlage eines artgemäßen Christentums, in dem an die Stelle der zerbrochenen Knechtsseele der stolze Mensch tritt, der sich als Gotteskind dem Göttlichen in sich und in seinem Volke verpflichtet fühlt.
6. Wir bekennen, dass der einzige wirkliche Gottesdienst für uns der Dienst an unseren Volksgenossen ist, und fühlen uns als Kampfgemeinschaft unserem Gott verpflichtet, mitzubauen an einer wehrhaften und wahrhaften völkischen Kirche, in der wir die Vollendung der deutschen Reformation Martin Luthers erblicken, und die allein dem Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates gerecht wird."

14. November 1933:
Aussprache zwischen Reichsbischof Müller, Otto Weber, Martin Niemöller, Wilhelm Niemöller und Gerhard Jacobi über den 13. November (Niemöller, Pfarrernotbund 37 ff)

Erklärung des Reichsbischofs (Gauger Chronik II, 110)
Entlassung von Krause aus allen kirchlichen Ämtern

16. November 1933:
Vorläufige Außerkraftsetzung des Arierparagraphen durch den Reichsbischof (vN 387f)

17. November 1933:
Tagung von 1200 Amtswaltern der GDC in Berlin, nach kontroverser Diskussion Auszug der Radikalen, die unter Krause eine „Glaubensbewegung Deutsche Volkskirche“ begründen (Schmidt 1, 134f)

18. November 1933:
Protestkundgebung in Dortmund

19. November 1933:
Kanzelerklärung des Pfarrernotbundes gegen die DC-Kundgebung (Niemöller, Geschichte des Pfarrernotbundes 42 f)

Bericht über die Lutherfeier (vN 131 ff)

23./24. November 1933:
Führertagung der GDC in Weimar:
Siegfried Leffler und Julius Leutheuser gründen „Kirchenbewegung deutsche Christen (Nationalkirchliche Bewegung)“, Brief von Leffler an Hossenfelder (vN 223 ff), neue Richtlinien (ebd. 229)

Aufruf von Hossenfelder am 26. November (ebd. 225f)
Kundgebung des Reichsbischofs (ebd. 228f)

25. November 1933:
Protestkundgebung in Augsburg

27. November 1933:
Jüdische Fest- und Feiertage dürfen nicht mehr in Behördenkalender aufgenommen werden

29. November 1933:
Forderung nach Rücktritt von Hossenfelder durch etliche Landesbischöfe (vN 302f)
Am Schluss heißt es:

„Wir verwahren uns mit allem Ernst dagegen, dass unser pflichtgemäßes Handeln im Dienst an Kirche und Volk als Zeichen reaktionärer Gesinnung

oder mangelnder Reichstreue böswillig missdeutet wird. Mit allen gläubigen evangelischen Christen bekennen wir uns fest und entschlossen zu unserem Volk und seinem Führer.“

30. November 1933:
Anordnung des Reichsinnenministers: Rückzug des Staates aus unmittelbarem Eingreifen in die Kirchlichen Auseinandersetzungen (Nic. I, 181)

November 1933:
Das Bekenntnis der Väter und die bekennende Gemeinde (sog. Betheler Bekenntnis (Schmidt 1, 105 ff), Artikel 5: Die Kirche und die Juden)

1. Dezember 1933:
„Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat (Münch 78f)

3. Dezember 1933:
Einführung von Müller als Reichsbischof im Berliner Dom

4. Dezember 1933:
Kirchengesetz über die kirchenpolitische Unabhängigkeit der Reichskirchenregierung:
„Den Mitgliedern des Geistlichen Ministeriums sowie den Beamtem und Hilfsarbeitern der Reichskirchenregierung wird die Zugehörigkeit zu kirchenpolitischen Parteien, Bünden, Gruppen und Bewegungen untersagt.“ (vN 227f)

7. Dezember 1933:

10. Dezember 1933:
28 Thesen der Sächsischen Volkskirche zum inneren Aufbau der DEK (KJ 39 ff; vN 230 ff)

11. Dezember 1933:
Richtlinien der GDC (KJ 41f)

13. – 16. Dezember 1933:
Westfälische Provinzialsynode mit Vortrag von Karl Lücking (Verhandlungen 19 ff)

19. Dezember 1933:
Eingliederung des Evangelischen Jugendwerks in die Hitlerjugend:
Brief von Müller „An die evangelischen Pastoren und Jugendführer!“ (vN 134 ff)

Protest gegen die Eingliederung der lutherischen Landeskirchenführer (ebd. 136)

Weihnachtswort des Reichsbischofs (ebd. 137f)

21. Dezember 1933:
Kundgebung des neuen Reichsleiters der DC Dr. Kinder (vN 233)

26. Dezember 1933:
Rundschreiben des Reichswirtschaftsministeriums zur ungestörten Abwicklung der Weihnachtsgeschäfte (Schutz jüdischer Firmen)

1 9 3 4

3./4. Januar 1934:
Erste Freie Reformierte Synode in Barmen-Gemarke:

„Die Kirche Jesu Christi ist, was ihre Botschaft und ihre Gestalt betrifft, eine und dieselbe in den verschiedenen Zeiten, Rassen, Völkern, Staaten und Kulturen. Das Recht kirchlicher Verschiedenheiten da und dort steht und fällt damit, dass sie mit der Einheit ihrer Botschaft und Gestalt vereinbar sind.
Damit ist abgelehnt die Ansicht:
a) Als sei das Recht zeitlicher, nationaler und lokaler Verschiedenheiten der kirchlichen Formen aus besonderen Offenbarungen Gottes in der Geschichte abzuleiten.
b) Als sei es mit der Einheit der Botschaft und gestalt der Kirche vereinbar, die Gliedschaft und die Befähigung zum Dienst in ihr auf die Angehörigen einer bestimmten Rasse zu beschränken.
Die Kirche erkennt im Staate auf Grund der Weisung des Wortes Gottes die Anordnung des göttlichen Befehls und der göttlichen Geduld, kraft welcher der Mensch es versuchen darf und soll, im Rahmen seines Verständnisses von Vernunft und Geschichte, verantwortlich dem Herrn aller Herren, Recht zu finden und mit Gewalt aufzurichten und aufrechtzuerhalten. Die Kirche kann dem Staat dieses sein besonderes Amt nicht abnehmen. Sie kann aber auch ihr eigenes Amt nicht vom Staat abnehmen, sie kann ihre Botschaft und ihre Gestalt nicht vom Staat her bestimmen lassen. Sie ist, gebunden an ihren Auftrag, grundsätzlich freie Kirche in dem in der Bindung an seinen Auftrag grundsätzlich ebenso freien Staat.
Damit ist abgelehnt die Ansicht: Als sei der Staat die höchste oder gar einzige („totale“) Form sichtbar-zeitlich gestalteter geschichtlicher Wirklichkeit, der sich darum auch die Kirche mit ihrer Botschaft und Gestalt „gleichzuschalten“, unter – oder gar einzuordnen habe.“ (Schmidt 2, 22 ff)

4. Januar 1934:
„Maulkorberlass" von Müller (KJ 44):
„Die kirchenpolitischen Kämpfe zerstören Frieden und Ordnung in der Kirche; sie zerrütten die notwendige Verbundenheit der ev. Kirche mit dem nationalsozialistischen Staat und gefährden sowohl die Verkündigung des Evangeliums als auch die neu errungene Volkseinheit." Daher:
- Kirchenpolitische Auseinandersetzungen gehören nicht in den Gottesdienst
- Wer mit Schriften, Flugblättern oder Rundschreiben die Kirchenleitung angreift, verletzt die Amtspflichten
- Wer dagegen verstößt, bekommt ein Disziplinarverfahren

7. und 14. Januar 1934:
Kanzelabkündigung des Pfarrernotbundes (KJ 45f):

„Mit dieser Verordnung nimmt das gegenwärtige Kirchenregiment von Amts wegen den Kampf gegen alle diejenigen auf, die eine Befriedung der Kirche nur in der Rückkehr zur biblischen Grundlage erkennen und in schwerer Sorge waren um Bestand und Einheit der Kirche… Wir müssen uns auch dem Reichsbischof gegenüber nach den Worten verhalten: Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen!"

13. Januar 1934:
Juden dürfen nicht bei der Freiwilligen Feuerwehr sein (Walk 67)

20. Januar 1934:
Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit (Münch 148 ff)

24. Januar 1934:
Rosenberg bekommt das Amt zur „Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der Partei und aller gleichgeschalteten Verbände sowie des Werkes `Kraft durch Freude`"

25. Januar 1934:
Empfang evangelischer Kirchenführer bei Hitler
(Nic. II, 17 ff; Tutzinger Texte 106 ff)

Erklärung der Bischöfe:

„Unter dem Eindruck der großen Stunde, in der die Kirchenführer der deutschen Evangelischen Kirche mit dem Herrn Reichskanzler versammelt waren, bekräftigen sie einmütig ihre unbedingte Treue zum Dritten Reich und seinem Führer. Sie verurteilen auf schärfste alle Machenschaften der Kritik an Staat, Volk und Bewegung, die geeignet sind, das Dritte Reich zu

gefährden. Insbesondere verurteilen sie es, wenn die ausländische Presse dazu benutzt wird, die Auseinandersetzung in der Kirche fälschlich als Kampf gegen den Staat darzustellen. Die versammelten Kirchenführer stellen sich geschlossen hinter den Reichsbischof und sind gewillt, seine Maßnahmen und Verordnungen in dem von ihm gewünschten Sinne durchzuführen, die kirchenpolitische Opposition gegen sie zu verhindern und mit allen ihnen verfassungsgemäß zustehenden Mitteln die Autorität des Reichsbischofs zu festigen.“

30. Januar 1934:
„Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ (Münch 48)

26. Januar 1934:
Runderlass der bayrischen Polizei über die Beobachtung der politischen Einstellung der Mitglieder des Pfarrernotbundes (Nic. II, 5)

5. Februar 1934:
Deutschjüdische Studenten werden von der Prüfung für Ärzte und Zahnärzte ausgeschlossen

7. Februar 1934:
Britischer Botschafter an seinen Außenminister (UF IX, 413 ff)

18./19. Februar 1934:
Freie Evangelische Synode in Barmen (KJ 48 ff; Schmidt 2, 36f)
Rede von Joachim Beckmann über „Reformatorisches Bekenntnis heute“

21. Februar 1934:
Erste Mitgliederversammlung des „Reichsverbandes christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung.“

28. Februar 1934:
Einführung des Arierparagraphen in der Wehrmacht

Februar 1934:
Leitsätze des Pfarrernotbundes (Schmidt 2, 38 ff)

5. März 1934:
Auftritt von jüdischen Schauspielern nicht gestattet (Walk 73)

Verbot des Vertriebs nationalsozialistischer Literatur durch Juden und Verbot der Auslieferung an jüdische Firmen und Warenhäuser (Walk 75)

13. März 1934:
Wurm und Meiser bei Hitler und Gespräch mit Hauptmann von Pfeffer (Nic. II, 79 ff; Meiser 250 ff)

16. März 1934:
Westfälische Provinzialsynode, die von der Gestapo aufgelöst wird

Konstituierung einer Westfälischen Bekenntnissynode (Verhandlungen)

18. März 1934:
„Gemeindetag unter dem Wort" in Dortmund

19. März 1934:
Frankfurter Treffen: „Bekenntnisgemeinschaft" zwischen den freien Synoden des Westens und den „intakten" Kirchen des Südens

21. März 1934:
Ruhesetzung von Superintendent und Präses Karl Koch

Bericht des britischen Botschafters an seinen Außenminister (UF IX, 418 ff)

23. März 1934:
Empfang von Wurm und Meiser durch Hitler (Nic. II 78 ff)

24.. März 1934:
Karfreitagswort des Reichsbischofs an die Pfarrer (Schmidt 2, 53 ff)
Antwort vom 5. April des Pfarrernotbundes „Unser Wort an die Gemeinden" (ebd. 55 ff)

11. April 1934:
Treffen in Nürnberg: Beginn des organisatorischen Aufbaus einer „Bekennenden Kirche"

13. April 1934:
Botschaft des Reichsbischofs zum kirchlichen Frieden (Schmidt 2, 59f)
Außerkraftsetzung des Gesetzes vom 4. Januar 1934

22. April 1934:
Bekenntnistag in Ulm: Die „Ulmer Erklärung" als Gründungsurkunde der BK der DEK (Schmidt 2, 62f)

29. April 1934:
Gemeinsame Tagung der Westfälischen Bekenntnissynode und der Freien Evangelischen Synode im Reinland (ebd. 63 ff)

2. Mai 1934:
Berliner Erklärung der Bekenntnisgemeinschaft der DEK (Schmidt 2, 69)
Beschluss, eine reichsdeutsche Bekenntnissynode abzuhalten. Bildung eines Theologenausschusses mit Karl Barth, Thomas Breit und Hans Asmussen

7. Mai 1934:
Kasseler Erklärung der Bekenntnisgemeinschaft der DEK (Schmidt 2, 72f)

15./16. Mai 1934:
Treffen des erweiterten Theologenausschusses im Hospiz „Baseler Hof“ in Frankfurt a. M.: Beginn der Textgeschichte der Barmer Erklärung

17. Mai 1934:
Nicht arische Ärzte oder Ärzte mit nicht arischen Ehepartnern verlieren die Zulassung zu den Krankenkassen, auch wenn sie Frontkämpfer waren (Walk 80f)

18. Mai 1934:
Gesetz über die Reichsfluchtsteuer. Die Freigrenze wird von 200.000 RM auf 50.000 RM herabgesetzt (Walk 81)

29. Mai 1934:
Grundsätze der Ersten Altpreußischen Bekenntnissynode (KJ 68f)

29.-31. Mai 1934:
Erste Bekenntnissynode der DEK in Barmen
Dokumentationen von Karl Immer: Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche. Vorträge und Entschließungen, Barmen 1934 und „Die Kirche vor ihrem Richter. Biblische Zeugnisse auf der Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche, Barmen 1934“
(KJ 69 ff; Schmidt 2, 92 ff)

Aus der Eröffnungsrede von Präses Koch:

„Wir stehen hier aber auch im Bewusstsein unserer Verbundenheit mit allen Deutschen und Volksgenossen zu einer Schicksalsgemeinschaft. Wer die Ehre hatte, am 25. Januar von dem Herrn Reichskanzler in jener geschichtlichen Stunde empfangen zu werden, war beeindruckt von dem Ernst, mit dem der Herr Reichskanzler von der Lage des deutschen Volkes sprach. Diese ernste Lage hat sich seitdem nach meinem Urteil nicht geändert, und darum ist die Schicksalsgemeinschaft, in der wir mit allen Deutschen stehen, eine ganz ernste, verpflichtende Schicksalsgemeinschaft. Wir haben in allem Überlegen es drauf abzustellen, wie wir mithelfen, dass Deutschland seinen schweren

Weg zu einem glücklichen Ende führen kann. Wie sollte uns, die wir hier als Vertreter der Deutschen Evangelischen Kirche versammelt sind, das nicht packen, was unser deutsches Volk anlangt? Wie sollte das Schicksal unseres Volkes uns, die Vertreter der evangelischen Kirche unberührt lassen? Es ist gerade immer die evangelische Kirche gewesen, die ihre enge Verbundenheit mit dem Volk und dem Schicksal des Volkes anerkannt und bewährt hat.“

Asmussen:
„… wir protestieren nicht als Volksglieder gegen den neuen Staat, nicht als Untertanen gegen die Obrigkeit, sondern wir erheben Protest gegen dieselbe Erscheinung, die seit mehr als 200 Jahren die Verwüstung der Kirche schon langsam vorbereitet hat.“

Reichsgerichtsrat Flor:
„Der neue deutsche Staat ist Rechtsstaat. Ich darf als Mitglied des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen mit dem Führer dieses Bundes, dem Justizminister und Reichsjustizkommissar Dr. Frank, auf die nüchterne, klare Tatsache hinweisen – ich zitiere jetzt Frank wörtlich – „der Nationalsozialismus im Rechte vom ersten Tag seines Wirkens an die sicherste Grundlage seines Aufbaues und Wirkens erkannt hat“.

(Die Barmer wollen „keine Widerstandsbewegung“ gegen den Staat sein, sondern eine „kirchliche Erneuerungsbewegung“ innerhalb des neuen Sytems)

1. Juni 1934:
Bericht der Staatspolizeileitstelle Kassel (UF IX, 421 ff)

11. Juni 1934:
Der „Ansbacher Ratschlag“ gegen die Barmer Erklärung (Schmidt, Bd. 2, 102 ff):

„Als Christen ehren wir mit Dank gegen Gott jede Ordnung. Also auch jede Obrigkeit, selbst in der Entstellung, als Werkzeug göttlicher Entfaltung, aber wir unterscheiden auch als Christen gütige und wunderliche Herren, gesunde und entstellte.
In dieser Erkenntnis danken wir als glaubende Christen Gott dem Herrn, dass er unserem Volk in seiner Not den Führer als „frommen und getreuen Oberherrn“ geschenkt hat und in der nationalsozialistischen Staatsordnung „gut Regiment“, ein Regiment mit „Zucht und Ehre“ bereiten will.
Wir wissen uns daher vor Gott verantwortlich, zu dem Werk des Führers in unserem Beruf und Stand mitzuhelfen.“

13. Juni 1934:
Bericht des britischen Botschafters an seinen Außenminister über seinen Besuch bei Göring (UF IX, 423)

23. Juni 1934:
Runderlass der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung: die Zuteilung von ausländischer Währung wird von 10.000 RM auf 2000 RM herabgesetzt

26. Juni 1934:
Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind nicht zu befördern (Walk 84)

17. Juli 1934:
Entzug des Doktortitels, wenn deutsche Staatsangehörigkeit aberkannt ist (Walk 85)

22. Juli 1934:
Bei der Meldung zum 1. Juristischen Staatsexamen haben die Kandidaten ihren und ihrer Frau arischen Nachweis zu erbringen (Walk 86)

28. Juli 1934:
Im Rahmen des „Haavara“ - Abkommens ist es Juden erlaubt, durch Ankauf deutscher Waren Vermögen nach Palästina zu übertragen (Walk 87)

2. August 1934:
Tod Hindenburgs

Bayern verbietet, Jüddisch oder Hebräisch auf Viehmärkten zu sprechen (Walk 88)

Juli 1934:
Denkschrift der Reichskirchenregierung „Über Kirche und Bekenntnis“ (Schmidt 2, 107 ff)

10. August 1934:
Erklärung des Reichsbruderrates (KJ 78)

21. August 1934:
Der Arierparagraph wird wieder in Kraft gesetzt

31. August 1934:
Prüfungsordnung für Tierärzte. Nachweis, am Arbeitsdienst teilgenommen zu haben (Walk 90)

5. September 1934:
Proklamation Hitlers auf dem Nürnberger Parteitag (Nic. II 169):

„Wir alle aber glauben im Sinne eines wahrhaften Christentums zu wirken, wenn wir schon in diesem Jahr einen großen Kampf begannen gegen die soziale Not und das menschliche Elend."

15. September 1934:
Befehl des Reichsführers SS zur Haltung von SS-Angehörigen bei religiösen Veranstaltungen (ebd. 170)

18. September 1934:
Jüdischen Jugendverbänden wird das Tragen von Uniformen, der Aufmarsch und sportliche Vorführungen verboten wie Fahnen und Abzeichen zu zeigen, Übernachtungen in der Gemeinschaft zu organisieren und Zeitungen zu verbreiten (Walk 92)

19./20. Oktober 1934:
Botschaft der 2. Bekenntnissynode der DEK in Berlin-Dahlem (KJ 82 f; Schmidt 2, 157 ff)

30. Oktober 1934:
Die Bischöfe Wurm, Marahrens und Meiser beim Empfang durch Hitler (Nic. II 196 ff)

8. Dezember 1934:
Nichtarische Apotheker nicht zur Prüfung zugelassen (Walk 98)

13. Dezember 1934:
Habilitation nur bei arischer Abstammung möglich (Walk 99)

20. Dezember 1934:
Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniform (Münch 75 ff)

Jasper, Gerhard: Die evangelische Kirche und die Judenchristen, Göttingen 1934

Günter Jacob: Christliche Verkündigung und politische Existenz (Jacob 7 ff)

1934 verlassen ca. 23.000 Juden Deutschland

1 9 3 5

14. Januar 1936:
Leitsätze von Dr. Frank über die Stellung des Richters im nationalsozialistischen Staat (UF XI, 144f)

16. Januar 1935:
Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nur beim Nachweis arischer Abstammung (Walk 102)

20./21. Januar 1935:
Denkschrift und Gesetzesentwürfe des Staatsekretärs Stuckart über die Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Evangelischer Kirche (Nic. II 249 ff)
Fortsetzung am 8. Februar (ebd. 263 ff)

25. Januar 1935:
Zionistische Gruppen besser behandeln (Walk 103)

5. Februar 1935:
Änderung der Prüfungsordnung für Ärzte und Zahnärzte (Walk 104)

10. Februar 1935:
Jüdische Versammlungen, die für das Verbleiben in Deutschland Propaganda machen, sind verboten (Walk 105; UF XI, 155)

12. Februar ff 1935:
Jüdisches Kultur- und Vereinswesen (UF X, 155 ff)

12. Februar 1935:
Verbot des Hissens der Hakenkreuz- und der schwarz-weiß-roten Flagge für Juden (Walk 105)

März 1935:
Jüdischen Schriftstellern wird jede literarische Tätigkeit in Deutschland untersagt (Walk 110)

4. – 5. März 1935:
Wort der Bekenntnissynode der Altpreußischen Union in Berlin-Dahlem (KJ 90 ff):

„Die neue Religion ist Auflehnung gegen das erste Gebot.
1. In ihr wird die rassisch-völkische Weltanschauung zum Mythos. In ihr werden Blut, und Rasse, Volkstum, Ehre und Freiheit zum Abgott.

2. Der in dieser neuen Religion geforderte Glaube an das „ewige Deutschland“ setzt sich an die Stelle des Glaubens an das ewige Reich unseres Herrn und Heilandes Jesus Christus.
3. Dieser Wahnglaube macht sich seinen Gott nach des Menschen Bild und Wesen. In ihm ehrt, rechtfertigt und erlöst der Mensch sich selbst. Solche Abgötterei hat mit positivem Christentum nichts zu tun. Sie ist Antichristentum.“

12. März 1935:
Das Handwerkszeichen wird an nicht arische Handwerker nicht mehr abgegeben (Walk 108)

20. März 1935:
Schreiben des Verbandes Nationaldeutscher Juden an Hitler (UF XI, 159 ff)

23. März 1935:
Schreiben des Reichsbundes Jüdischer Frontkämpfer zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht (UF XI, 161f):

„Der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten als Wahrer der soldatischen Tradition und der soldatischen Erziehung der deutschen Juden hält es für deren unveräußerliches Recht, mit der Waffe unter der allgemeinen Wehrpflicht Deutschland zu dienen. Diese Ehrenpflicht gilt uns neben dem Recht auf unsere Heimat als höchstes Gut.“

11. April 1935:
Anordnung von Rudolf Heß zum persönlichen Verkehr von Parteigenossen mit Juden (UF XI, 158f, Walk 112)

12./13. April 1935:
Staatszionistische Jugendgruppen, die zur Auswanderung raten, können in geschlossenen Sälen Uniformen tragen (Walk 112)

24. April 1935:
Zeitungsverleger werden aufgefordert, ihre arische Abstammung bis zum Jahr 1800 zu erweisen (Walk 113)

27. April 1935:
An die im Weltkrieg gefallenen Juden darf nicht mehr erinnert werden (Walk 114)

Rundschreiben des Reichsleiters Alfred Rosenberg über „Allgemeine weltanschauliche Haltung und unsere Gegner“ (Nic. II 297 ff)

21. Mai 1935:
Wehrgesetz. Für den aktiven Wehrdienst ist arische Abstammung Voraussetzung (Walk 115f)

4. – 6. Juni 1935:
Dritte Bekenntnissynode der DEK in Augsburg (KJ 94 ff):

„Die Obrigkeit hat ihre Gewalt von Gott. Nach Gottes Gebot ist ihr der Christ untertan. Der Gehorsam gegen die Obrigkeit findet seine Grenze dort, wo der Christ durch diesen Gehorsam zur Sünde wider Gottes Gebote gezwungen würde. Wo das Zeugnis, von dem die Christenheit nicht lassen darf, gehindert oder verboten wird, da ist es Pflicht gegen Gott, ohne Menschenfurcht im Handeln und im Leiden die Gnade und Herrlichkeit Jesu Christi jedermann zu bezeugen.“

11. Juni 1935:
Im Hinblick auf die Olympiade sind Schilder wie „Juden unerwünscht“ zu beseitigen (Walk 117)

18. Juni 1935:
Für die Diplomprüfung für Landwirte ist der Nachweis arischer Abstammung geboten (Walk 118)

26. Juni 1935:
Nichtarier nicht zum Reichsarbeitsdienst zugelassen (Walk 119)

4. August 1935:
Rede von Goebbels in Essen über „Wir und die Konfessionen“ (Nic. III 36 ff):

„Bei uns kann jeder nach seiner Facon selig werden. Wir sind religiös tolerant. Wir beschäftigen uns mit dem Diesseits und überlassen den Kirchen die Beschäftigung mit dem Jenseits.
Die Jugend zur Religiosität zu erziehen, mag Sache der Kirchen sein. Die Jugend aber politisch zu erziehen, das ist unsere Sache. Wir lassen uns in diese Arbeit von niemandem hineinpfuschen.“

13. August 1935:
Richtlinien für die Tätigkeit des Reichsverbandes der jüdischen Kulturbünde (UF XI, 155f)

17. August 1935:
Anlegen einer „Judenkartei“ durch die Gestapo

1. September 1935:
Bayrische Politische Polizei über jüdische Sportabteilungen (UF XI, 157)

6. September 1935:
Verkauf von jüdischen Zeitschriften auf den Straßen verboten (Walk 126)

10. September 1935:
Rassentrennung in den öffentlichen Schulen (UF XI, 162f; Walk 126)

10. – 16. September1935:
Parteitag der Freiheit in Nürnberg (Offizieller Bericht München 1935)

11. September 1935:
Pässe für Juden sind nur für das Inland gültig (Walk 126f)

Proklamation Hitlers auf dem Reichsparteitag in Nürnberg (Nic. III 84f):

„Denn wir sehen die jüdisch-bolschewistische Gefahr, wie sie sich über der heutigen Welt erhebt, zu klar, um nicht zu wünschen, alle Kräfte zu ihrer Bekämpfung zusammenzufassen.“
(Ein Sieg des Bolschewismus würde das Ende der evangelischen und katholischen Kirchen bedeuten)

15. September 1935:
Rede Hitlers auf dem Parteitag (Wollstein 169 ff)

Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre
(Münch 123f, UF XI, 163 f; Walk 127)

Kommentar von Wilhelm Stuckart und Hans Globke zu den Nürnberger Gesetzen, Berlin 1936

Bericht zur Entstehung der Nürnberger Gesetze von Dr. Bernhard Lösener (UF XI, 165 ff)

15. September 1935:
Reichsbürgergesetz (Münch 122f; UF XI, 164)

Mitte September 1935:
Elisabeth Schmitz: „Zur Lage der deutschen Nichtarier“ (Erhart 185 ff)

18. September 1935:
Schutzhaftnahme wegen Rassenschändung (Walk 131)

23. – 26. September 1935:
Bekenntnissynode der Altpreußischen Union (KJ 101 ff),
Beschluss zur Judenfrage, 103:

„Alle Menschen, gleichviel, welcher Rasse und Nation, auch die Glieder des deutschen Volkes, stehen unter dem Todesfluch der Erbsünde, die allein in dem für uns gekreuzigten und auferstandenen Christus vergeben wird. Alle Christen, gleichviel, welcher Rasse und Nation, verdanken ihr Heil allein der schrankenlosen Liebe Gottes, die aus grundlosem Erbarmen Sünde vergibt. Darum sind wir durch den Willen Gottes und den Befehl unseres Herrn Christus gebunden, allen Völkern, auch den Juden, das Heil in Christus anzubieten.“

26. September 1935:
Jüdische Cartell-Verbands-Zeitung: Planung des jüdischen Lebens (Wollstein 171 ff)

30. September 1935:
Beurlaubung sämtlicher jüdischer Richter, Staatsanwälte und Beamten (Walk 134)

17. Oktober 1935:
Jüdische Kinobesitzer müssen ihre Kinos an Arier verkaufen (Walk 136)

18. Oktober 1935:
Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Erbgesundheitsgesetz)
(Hirsch, 357 ff; Münch, 121 f; UF XI, 170f)

19. Oktober 1935:
Aufruf des Reichskirchenausschusses und des Landeskirchenausschusses für die Evangelische Kirche der altpreußischen Union:

„Wir bejahen die nationalsozialistische Volkwerdung auf der Grundlage von Rasse, Blut und Boden.“ (NH 379)

29. Oktober 1935:
Redeverbot für Martin Buber (UF XI, 158)

30. Oktober 1935:
Juden wird das Führen von Künstlernamen verboten (Walk 138)

14. November 1935:
Erste Verordnung zur Ausführung des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre (Hirsch 351ff), Entlassung aller jüdischer Beamten, einschließlich der Frontkämpfer (UF XI, 173ff; Walk 139f)

18. November 1935:
Auflösung des Verbandes Nationaldeutscher Juden (Walk 141)

11. Dezember 1935:
Thesen zur Deutschen Arbeitsfront von Robert Ley (Wollstein 179 ff)

Interpretation des Parteiprogramms im „Handbuch für den Beamten im nationalsozialistischen Staat" von Dr. Hans Fabricius, Reichsamtsleiter der NSDAP

Alfred Rosenberg: An die Dunkelmänner unserer Zeit, München 1935
Ders.: Protestantische Rompilger, München 1935

Walter Künneth: Antwort auf den Mythos. Die Entscheidung zwischen dem nordischen Mythos und dem biblischen Christus, Berlin 1935

Ökumenische Studienkonferenz in Paris: „Die Kirche und das Staatsproblem in der Gegenwart", Berlin 1935

Günter Jacob: Glaube und Fanatismus (Jacob 22 ff)

1935 verlassen ca. 21.000 Juden Deutschland

1 9 3 6

11. Januar 1936:
Juden nicht mehr als Steuerhelfer zugelassen (Walk 151)

21. Januar 1937:
Anordnung der Beschlagnahme der Broschüre von Martin Niemöller „Die Staatskirche ist da" (Nic. III 168f)

4. Februar 1936:
Erschießen von Wilhelm Gustloff (Schweizer NS-Führer) durch den Juden David Frankfurter

14. Februar 1936:
Entziehung der Lehrbefugnis von jüdischen Honorarprofessoren, nicht beamteten außerordentlichen Professoren und Dozenten an wissenschaftlichen Hochschulen (Walk 155)

17. – 22. Februar 1936:
4. Bekenntnissynode der DEK in Oeynhausen (KJ 125 ff)

24. März 1936:
Juden bekommen keine Kinderbeihilfen mehr (Walk 157)

26. März 1936:
Juden als Pächter von Apotheken ausgeschlossen (Walk 158)

1. April 1936:
Erklärungen der 1. Westfälischen Gautagung der Deutschen Christen in Bochum (Schmidt, Dokumente I, 554 ff)
Gegen das Barmer Bekenntnis:

„Der Staat ist als Werkzeug der Partei (Bewegung), die ihn im Dienste des Volkes braucht. Die Einheit der Gemeinschaft ist gesetzt in der Person des Führers….
Die evangelischen Kirchen haben 1933 die geschichtliche Lage nicht erkannt und die Forderungen der Stunde nicht erfüllt, das sie durch die Barthsche Theologie verführt und durch den Bischofsstreit vom Wesentlichen abgelenkt waren“

2. April 1936:
Auswanderung nach Palästina (Walk 160)

15. April 1936:
Juden können nicht Mitglied der Reichspressekammer sein (Walk 161)

24. April 1936:
Rede Hitlers auf der Ordensburg Crössin (Wollstein 189 ff)

8. Mai 1936:
Anfrage des Reichskirchenausschusses bei den Behörden der ev. Landeskirchen über die Zahl der im Sinne des Beamtengesetzes nicht arischen Pfarrer.
Bescheid der Vorläufigen Leitung: „Wir sehen keinen kirchlichen Grund zur Beantwortung einer Anfrage betr. Rassenzugehörigkeit der kirchlichen Amtsträger, deren Amt allein auf der Taufe und auf dem Auftrag der Gemeinde beruht.“ (NH 379)

26. Mai 1936:
Juden können nicht Mitglied der Reichskammer für bildende Künste sein (Walk 164)

28. Mai 1936:
Erklärung der Vorläufigen Kirchenleitung der DEK an den Führer und Reichskanzler
(KJ 132 f; Schmidt II, 695 ff; Greschat 152 ff):

„Das evangelische Gewissen, das sich für Volk und Regierung mitverantwortlich weiß, wird auf das härteste belastet durch die Tatsache, dass es in Deutschland, das sich selbst als Rechtsstaat bezeichnet, immer noch Konzentrationslager gibt und dass die Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei jeder richterlichen Nachprüfung entzogen sind. Bekenntnistreue evangelische Christen, die in ihrer Ehre angegriffen waren, fanden und finden oft nicht den Ehrenschutz, der anderen Staatsbürgern zuteil wird.
Die evangelische Kirche erkennt auch in diesen Dingen die Gefahr, dass in unserem sittlich-rechtlichen Denken ein antichristlicher Geist zur Herrschaft kommt.“

30. Mai 1936:
Pfingstgruß von Wilhelm Zoellner an die Gemeinden
(Schmidt Dokumente II, 725f)

6. Juni 1936:
***Überreichung der Denkschrift der Vorläufigen Kirchenleitung in der Präsidialkanzlei* (KJ 132 ff):**

„Von den evangelischen Angehörigen der NS-Organisationen wird gefordert, sich uneingeschränkt auf die nationalsozialistische Weltanschauung zu verpflichten. Diese Weltanschauung wird vielfach als ein positiver Ersatz des zu überwindenden Christentums dargestellt und ausgegeben.
Wenn hier Blut, Rasse, Volkstum und Ehre den Rang von Ewigkeitswerten erhalten, so wird der evangelische Christ durch das erste Gebot gezwungen, diese Bewertung abzulehnen. Wenn der arische Mensch verherrlicht wird, so bezeugt Gottes Wort die Sündhaftigkeit aller Menschen.
Wenn den Christen im Rahmen der nationalsozialistischen Weltanschauung ein Antisemitismus aufgedrängt wird, der zum Judenhass verpflichtet, so steht für ihn dagegen das christliche Gebot der Nächstenliebe. Einen besonders schweren Gewissenkonflikt bedeutet es für unsere Gemeindeglieder, wenn sie das Eindringen dieser antichristlichen Gedankenwelt bei ihren Kindern, ihrer christlichen Elternpflicht entsprechend, bekämpfen müssen….
Das evangelische Gewissen, das sich für Volk und Regierung mitverantwortlich weiß, wird aufs härteste belastet durch die Tatsache, dass es

in Deutschland, das sich selbst als Rechtsstaat bezeichnet, immer noch Konzentrationslager gibt und dass Maßnahmen der Geheimen Staatspolizei jeder richterlichen Nachprüfung entzogen sind.
Bekenntnistreue erwachsene Christen, einmal in ihrer Ehre angegriffen, finden oft nicht den Ehrenschutz, der anderen Staatsbürgern zuteil wird.
Die evangelische Christenheit erkennt auch in diesen Dingen die Gefahr, dass in unserem sittlich-rechtlichen Denken ein antichristlicher Geist zur Herrschaft kommt.“

17. Juni 1936:
Heinrich Himmler wird Chef der deutschen Polizei (Uf XI, 11f)

19. Juni 1936:
Die Apothekerkonzession darf an Juden nicht mehr verliehen werden (Walk 165)

29. Juni 1936:
Düsseldorf: Behandlung von Juden in Krankenhäusern nur ambulant (Walk 166)

11. August 1936:
Joachim von Ribbentrop wird deutscher Botschafter in London

23. August 1936:
Kanzelabkündigung der Vorläufigen Kirchenleitung „An die Evangelische Christenheit und an die Obrigkeit in Deutschland“
(KJ 137ff; Schmidt II 984 ff; Greschat 189 ff)
(Zu beachten die Unterschiede zwischen dem Text an Hitler und der Kanzelabkündigung)

27. August 1936:
Stellungnahme des Reichskirchenausschusses zur Denkschrift der Vorläufigen Kirchenleitung an den Führer
(Schmidt II 996 ff; Greschat 164 ff)

4. September 1936:
Aufhebung des jüdischen Religionsunterrichtes auf die Mittelschulen ausgedehnt (Walk 171)

8. – 14. September 1936:
Auf dem „Parteitag der Ehre“ (Offizieller Bericht München 1936)
Vorstellung der Denkschrift zum Vierjahresplan mit Rede von Hitler
(VJH 1958/H.2; Hofer, 84 ff)

Hitler: „Ich stelle damit folgende Aufgabe: I. Die Armee muss in vier Jahren einsatzbereit sein. II. Die deutsche Wirtschaft muss in vier Jahren kriegsfähig sein.“

Hitler überträgt am 18. Oktober Hermann Göring die Durchführung des Vierjahresplans

September1936:
Der Kampf gegen den Teufel. Ausführungen Julius Streichers über die Judenfrage als Weltfrage (UF XI, 179f):

„Die Weiterarbeit des Stürmers wird dazu beitragen, dass auch noch der letzte Deutsche mit Herz und Hand sich in die Front derer begibt, die sich zum Ziele gesetzt haben, , der Schlange Alljuda den Kopf zu zertreten. Wer mithilft, dass dies so komme, der hilft mit, den Teufel zu beseitigen. Und dieser Teufel ist der Jude.“

Zustimmung von Heinrich Himmler (ebd. 180)

3. Oktober 1936:
Rede des Reichsministers Dr. Frank über das Judentum in der Rechtsgeschichte (UF XI, 180f)

4. Oktober 1936:
Taufe von Juden ohne Bedeutung für die Rassenfrage (Walk 172)

Schlusswort von Carl Schmitt auf der Tagung der Deutschen Rechtswissenschaft gegen den jüdischen Geist (Wollstein 203 ff)

9. Oktober 1936:
Verbot der politischen Betätigung des Reichsbundes jüdischer Frontkämpfer, Beschränkung auf Betreuung jüdischer Kriegsopfer (Walk 173)

11. Oktober 1936:
Rede Himmlers in der konstituierenden Sitzung des Ausschusses für Polizeirecht der Akademie für Deutsches Recht (JJ)

15. Oktober 1936:
Juden dürfen keinen Nachhilfeunterricht an Schüler deutschen oder artverwandten Blutes erteilen (Walk 173f)

18. Oktober 1936:
Rede von Rosenberg über „Germanische Lebenswerte und Weltanschauungskampf“ (Wollstein 209 ff)

21. Oktober 1936:
Der „Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ muss seinen Namen in „Jüdischer Centralverein“ ändern

31. Oktober 1936:
Kundgebung des Bundes der nationalsozialistischen Pastoren Mecklenburgs zum Reformationsfest 1936 (Schmidt II, 1125):

„… bekennen wir uns als Jünger des Heilands und im Geiste Martin Luthers zu einem freien, frohen und bedingungslosen Gehorsam gegenüber dem Führer und der von ihm bestellten Obrigkeit, in der Gewissheit, dass kein anderer uns durch sie an das Werk ruft als Gott, der Herr der Geschichte.“

19. November 1936:
Rede von Walter Frank „Deutsche Wissenschaft und Judenfrage“ (Wollstein 212 ff)

16. – 18. Dezember 1936:
Vierte Altpreußische Bekenntnissynode (KJ 154 ff; Schmidt II 1217 ff)
Vortrag von Günter Jacob: „Kirche oder Sekte? (Jacob 36 ff)

21. Dezember 1936:
Verbot jüdischer Versammlungen und Veranstaltungen (Walk 178)

Oldham, J. H (Hg.): Kirche, Volk und Staat. Ein ökumenisches Weltproblem, Genf 1936

29./30. Dezember 1936:
Bericht über eine Verhandlung des Reichskirchenausschusses und der Vorläufigen Kirchenleitung über die theologische Erklärung von Barmen (Schmidt Dokumente II, 1305 ff)

1 9 3 7

Januar 1937:
Rede Himmlers über Wesen und Aufgabe der SS und der Polizei (UF XI, 16 ff)

25. Januar 1937:
Berufsverbot für „nichtarische Viehhändler“ (Walk 181)

26. Januar 1937:
Deutsches Beamtengesetz (Münch, 31 ff)

30. Januar 1937:
Reichstagsrede von Hitler:

„Die große Revolution des Nationalsozialismus ist es, das Tor der Erkenntnis dafür aufgerissen zu haben, dass alle Fehler und Irrtümer der Menschen zeitbedingt und damit wieder verbesserungsfähig sind, außer einem einzigen: dem Irrtum über die Bedeutung der Erhaltung seines Blutes, seiner Art und damit der ihm von Gott gegebenen Gestalt und des ihm von Gott geschenkten Wesens.“ (Zipfel 430)

5. Februar 1937:
Deutschen Juden wird der Jagdschein entzogen und die Jagdpachtung verboten (Walk 182)

12. Februar 1937:
Rücktritt des Reichskirchenausschusses (Schmidt II 1339 ff)

13. Februar 1937:
Juden dürfen nicht zum Notar bestellt werden (Walk 182)

9. März 1937:
Verbot von Seelsorge und Gottesdiensten in Konzentrationslagern (Nic. IV, 20f):

13. März 1937:
Einrichtung von jüdischen Sonderklassen an Berufsschulen (Walk 185)

14. März 1937:
Päpstliche Enzyklika „Mit brennender Sorge“ gegen die NS-Weltanschauung und den NS-Totalitätsanspruch (Denzler 284 ff)
Reaktionen vom 21. März – 30. April 1937 (Nic. IV. 23 ff)

18. März 1937:
Besondere Überwachung „assimilatorisch eingestellter Juden“ (Walk 185)

10. April 1937:
Auflösung von jüdischen Logen und anderer jüdischer Organisationen mit Beschlagnahmung ihres Vermögens (Walk 187)

15. April 1937:
Juden nicht mehr zur Doktorprüfung zugelassen (Walk 187f)

10.– 13. Mai 1937:
Altpreußische Bekenntnissynode in Halle/Saale (KJ 180 ff),
Beschluss:

„Die Synode gedenkt der Brüder und Schwestern, die um des Evangeliums willen Verfolgung leiden, ihren Gemeinden und Familien entzogen und im Gefängnis oder Konzentrationslager der Freiheit beraubt sind."

13. Mai 1937:
Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage: Die Deutsche Evangelische Kirche und ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus seit seiner Machtübernahme. Eine geschichtliche Übersicht aus nationalsozialistischer Sicht (Zipfel 384 ff)

3. Juni 1937:
Protokoll über eine Ratsherrensitzung in Berlin (UF XI, 181 ff)

11. Juni 1937:
Aufhebung der Steuer- und Gebührenfreiheit für mildtätige jüdische Stiftungen (Walk 191)

12. Juni 1937:
Direktive des Chefs der Sicherheitspolizei betreffend Schutzhaft für jüdische Rassenschänder (Walk 191f)

19. Juni 1937:
Predigt von Martin Niemöller (Wollstein 220 ff)

23. Juni 1937 – 3. März 1938:
Prozess gegen Martin Niemöller (Hermelink 402 ff)

16. – 26. Juli 1937:
Weltkirchenkonferenz von Oxford: s. „Kirche und Welt in ökumenischer Sicht", Frauenfeld und Leipzig 1938

Ökumene: „Totaler Staat und christliche Freiheit", Genf 1937

Verbot der Teilnahme einer offiziellen Delegation der Evangelischen Kirche an den ökumenischen Weltkonferenzen in Oxford und Edinburgh (Nic. IV 64 ff)

19. Juli 1937:
Rede Hitlers bei der Einweihung des „Hauses der Kunst“ in München (UF XI, 79f)

21. – 27. August 1937:
Fünfte Bekenntnissynode der Altpreußischen Union in Lippstadt (KJ 199 ff)

8. September 1937:
Juden endgültig nicht mehr als Kassenärzte zugelassen (Walk 200)

Rede Rosenbergs auf dem Parteikongress der NSDAP über die Rolle der Kirche (Nic. IV 108 ff)

13. September 1937:
Rede Hitlers auf dem Reichsparteitag der Arbeit (Wollstein 234 ff)

18. September 1937:
SS-Hauptschulungsamt: Die naturgesetzlichen Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung (Zipfel, 426 ff):

„Aufgabe ist es, den biologischen Gehalt der nationalsozialistischen Weltanschauung verständlich zu machen und die großen Gesichtspunkte unseres rassischen Denkens, das ein ganz neues Weltbild vermittelt, aufzuzeigen.“

Juden können aus der Schutzhaft entlassen werden, wenn eine Auswanderung nach Palästina oder nach Übersee gewährleistet ist (Walk 200)

4. Oktober 1937:
Jüdisch „versippte“ Richter sind in Zukunft nur in Grundbuch-, Verwaltungssachen und ähnlichen Bereichen zu beschäftigen (Walk 202)

21. Oktober 1937:
Erlass des Reichsführers SS und Chef der deutschen Polizei Himmler: Rückkehrer von Emigranten in das Reichsgebiet werden verhaftet und in „Schulungslager“ eingewiesen (Walk 203)

4. November 1937:
Im Verkehr mit den Justizbehörden wird Juden der „Deutsche Gruß“ nicht mehr gestattet (Walk 204)

5. November 1937:
Gesetz über erbrechtliche Beschränkungen wegen gemeinschaftswidrigen Verhaltens (UF XI, 183f)
Besprechung in der Reichskanzlei: Das sog. Hoßbachprotokoll (UF XI, 545 ff)

16. November 1937:
Erlass des Reichsinnenministers: Auslandspässe dürfen Juden nur in Ausnahmefällen ausgestellt werden, nämlich:
1. für die Auswanderung
2. für Reisen im volkeswirtschaftlichen Interesse Deutschlands
3. bei schwerer Erkrankung oder bei Todesfällen von Angehörigen
4. bei eigener Erkrankung
5. zum Besuch von Kindern in ausländischen Erziehungsanstalten (Walk 205)

17. Dezember 1937:
Verbot des Unterrichts in hebräischer Sprache an höheren Schulen (Walk 208)

Gedicht von Will Vesper: „Der Grundstein“ (Wollstein 216)

Darstellung des „Illustrierten Beobachters“: „Das Deutschland Adolf Hitlers. Die ersten vier Jahre des Dritten Reiches, München 1937

Alfred Rosenberg erhielt als erster den „Deutschen Nationalpreis“:

„A. Rosenberg hat in seinen Werke in hervorragendem Maße die Weltanschauung des Nationalsozialismus wissenschaftlich und intuitiv begründet und festigen geholfen.“

1937: ca. 23.000 Juden wandern aus

1 9 3 8

Anfang 1938 lebten im „Altreich“ noch 350.000 bis 365.000 Juden. 160.000 waren seit 1933 ausgewandert oder gestorben oder Selbstmord begangen, 60 bis 70 Prozent der jüdischen Betriebe existierten nicht mehr oder waren in „arischen Besitz“ übergegangen

1. Januar 1938:
Inkrafttreten des „Gesetzes über die jüdischen Kulturvereinigungen“: Aberkennung als „Körperschaft des Öffentlichen Rechts“

Ausschluss von jüdischen Ärzten aus den Ersatzkassen (Walk 209f)

Juden können nicht mehr Mitglieder des Roten Kreuzes sein (Walk 209)

5. Januar 1938:
Gesetz über die Veränderung von Familiennamen und Vornamen (Walk 210)

12. Januar 1938:
Ausschluss von jüdischen Zahnärzten aus den Krankenkassen (Walk 212)

4. Februar 1938:
Entlassung von Reichskriegsminister von Blomberg und Generaloberst Freiherr von Fritsch,
Hitler übernimmt Oberbefehl über die Wehrmacht, Umwandlung des Kriegsministeriums in das Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Oberbefehlshaber des Heeres Walther von Brauchitsch

Joachim von Ribbentrop wird Außenminister als Nachfolger des Freiherrn von Neurath

7. Februar 1938:
Walter Funk wird Reichswirtschaftsminister als Nachfolger von Hjalmar Schacht

12. Februar 1938:
Gespräch zwischen Hitler und Schuschnigg auf dem Obersalzberg (Kießling, 174 ff)

2. März 1938:
Amtliche Mitteilung über den Prozess Niemöller (UF XI, 279)

12. März 1938:
Einmarsch deutscher Truppen in Österreich
(190.000 Juden in Österreich)
Kundgebung Hitlers an das deutsche Volk (UF XI, 659f)
Großkundgebung mit Hitler in Linz (ebd. 661)

Verhaftung von ca 10.000 bis 20.000 Menschen in Österreich unter dem Befehl von Himmler und Heydrich, Übergriffe auf Juden besonders in Wien, das 9% jüdische Einwohner hatte

Judenfeindliche Akte im ganzen Reich unter der Parole „Juden raus aus der Wirtschaft“

13. März 1938:
Kanzelabkündigung der Vorläufigen Kirchenleitung zur Überführung von Niemöller in ein Konzentrationslager (UF XI, 279f)

15. März 1938:
Triumphaler Einzug des Führers in Wien, Rede auf dem Heldenplatz

18. März 1938:
Gesetz über die Herstellung von Waffen (RGBl I, S. 265; Walk 218)
Verbot der Produktion und des Verkaufs von Waffen und Munition durch Juden

28. März 1938:
Aberkennung des öffentlich-rechtlichen Status der jüdischen Kulturvereine (Walk 219)

31. März 1938:
Gespräch von Wurm mit Reichsstatthalter Murr über die Rassengesetzgebung (Hermelink 441 ff)

1. April 1938:
Ernst Freiherr von Weizsäcker wird Staatssekretär im Auswärtigen Amt

22. April 1938:
Verordnung gegen die Unterstützung der Tarnung jüdischer Gewerbebetriebe (Münch 124f; Walk 228)

26. April 1938:
Verordnung über die Anmeldung des Vermögens von Juden ab 5000 RM (Münch 125f; Walk 223)

Der Beauftragte für den Vierjahresplan kann über den Einsatz jüdischer Vermögen verfügen

31. Mai 1938:
Juden von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen (Walk 227)

3. Juni 1938:
Martin Bormann wird Leiter der „Kanzlei des Führers der NSDAP“

8. Juni 1938:
Auf dem Jahrestreffen des Allgemeinen Rabbinerverbandes in München Befehl an die jüdische Gemeinde, die Synagoge und das Gemeindehaus an den Staat abzutreten. Synagoge ln München wird abgerissen, später auch die in Nürnberg und Dortmund

9. Juni 1938:
Verbot für Juden, als Gasthörer an deutschen Universitäten Vorlesungen zu hören (Walk 228)

11. – 13. Juni 1938:
Sechste Altpreußische Bekenntnissynode in Berlin-Nikolassee (KJ 239 ff)

14. Juni 1938:
Registrierung und Kennzeichnung der jüdischen Gewerbebetriebe (Walk 229)

15. Juni 1938:
Etwa 1500 Juden aus Berlin in der Aktion „Asoziale“ in KZs verbracht

20. Juni 1938:
Ausschluss aller Juden aus allen Börsengeschäften (Walk 230)

Juni 1938:
Gewalttätige Ausschweifungen gegen Juden in Berlin und in anderen Städten

6. Juli 1938:
Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich (Münch 127f; Walk 232)

6. – 15. Juli 1938:
Konferenz von Evian mit 32 Ländern zur Lösung der Flüchtlingsprobleme der Juden: im Ganzen keine Hilfe für die deutschen Juden

12. Juli 1938:
Brief von Wurm an Hitler (Hermelink 446 ff)

23. Juli:
Kennkartenzwang für Juden (Walk 233)

25. Juli 1938:
Zulassungsverbot für die noch ca 3000 jüdischen Ärzte, 709 konnten ihre Tätigkeit für jüdische Patienten als „Krankenbehandler“ fortsetzen (Walk 234)

27. Juli 1938:
Entfernung jüdischer Straßennamen (Walk 235)

Gründung eines „ Reichsverbandes der Juden in Deutschland“ (RTh 3/ I, 164f)

31. Juli 1938:
Beschluss der Bekenntnissynode der Altpreußischen Union zur Eidesfrage (KJ 251f)

18. August 1938:
Deutsche Kinder dürfen keine jüdischen Namen tragen (Walk 237)

10. August 1938:
Zerstörung der Nürnberger Synagoge durch Julius Streicher

17. August 1938:
Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (Münch 128f): für Männer den Vornamen „Israel“, für Frauen „Sarah“ (Walk 237)

20. August 1938:
Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien eröffnet (Leiter: Adolf Eichmann)

August 1938:
Gründung einer „Hilfsstelle für nichtarische Christen“ durch Propst Heinrich Grüber, Auflösung durch die Gestapo Anfang 1941

5. September 1938:
Reichsparteitag „Großdeutschland“ in Nürnberg

Aufsatz von Roland Freisler: Kernelemente eines NS-Strafrechts (Wollstein 239 ff)

12. September 1938:
Rede von Hess in Nürnberg (Zipfel 450f)

15. September 1938:
Treffen von Hitler mit Chamberlain in München und Berchtesgaden über die „tschechoslowakische Frage“

19. September 1938:
Brief von Karl Barth an Prof. Hromadka, Prag
(UF XI, 281f; Hermelink 453f)

22. – 24. September 1938:
Treffen von Hitler und Chamberlain in Bad Godesberg über die „sudetendeutsche Frage“ (UF XII, 374 ff)

26. September 1938:
Rede Hitlers über das Sudetenland (Kießling, 204 ff)

27. September 1938:
Untersagen für Juden als Rechtsanwälte (Walk 242)

28. September 1938:
Verordnung über die berufsmäßige Ausübung der Krankenpflege und die Errichtung von jüdischen Krankenpflegeschulen (Walk 243)

29./30. September 1938:
Münchener Konferenz: Hitler, Chamberlain, Mussolini und Daladier vereinbaren die Abtretung der Sudeten aus der CSR
(UF XII, 438 ff; Kießling, 208 ff)

30. September 1938:
Gebetsliturgie der Vorläufigen Leitung der DEK
(KJ 256 ff; Hermelink, 455 ff)

1. Oktober 1938:
Jüdische Ärzte verlieren ihre Approbation, können nur noch Juden behandeln

1. – 10. Oktober 1938:
Einmarsch ins Sudentenland

Im Herbst 1938 leben in Deutschland, Österreich und im Sudetenland etwa 600.000 Juden, davon etwa 300.000 Glaubensjuden

4. Oktober 1938:
Jüdische Rundschau: Die letzten Dinge (Wollstein 274f)

5. Oktober 1938:
Verordnung über Reisepässe von Juden (Münch 130), Kennzeichnung mit rotem J

9. Oktober 1938:
Polnisches Gesetz: Polnischen Juden, die über 5 Jahre im Ausland leben, wird bis zum 30. Oktober das Staatsbürgerecht entzogen

14. Oktober 1938:
Sitzung im Luftfahrtministerium Görings über die Zuführung des jüdischen Besitzes für die Durchführung des Vierjahresplanes (UF XII, 522 ff)

19. Oktober:
Geschlossener Arbeitseinsatz von Juden, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden (Walk 246)

27.- 29. Oktober 1938:
Rund 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit werden verhaftet und mit Sonderzügen oder Autobussen an die polnische Grenze bei Bentschen deportiert (1. Massendeportation) (Walk 247)
Tagelanges Warten im Niemandsland
(Über die Ereignisse in Bochum berichtet Ottilie Schönwald, Auszüge bei Thalmann, 32 ff)

29. Oktober 1938:
Besprechung im Reichskirchenministerium mit den Bischöfen Kühlewein, Marahrens, Meiser und Wurm über die „Gebetsliturgie“ (Nic. IV 241 ff)

31. Oktober 1938:
Juden können keine Patentanwälte mehr sein (Walk 247)

Oktober 1938:
„Das Heil kommt von den Juden“. Schweizerisches Memorandum zur Judenfrage (Kopie)
(Ernst Hurter, Karl Barth, Oskar Farner, Gottfried Ludwig, Wilhelm Vischer)

3. November 1938:
Karte der Schwester Berta an ihren Bruder Herschel Grünspan in Paris (Thalmann, 41)

7. November 1938:
Attentat des siebzehnjährigen Juden Herschel Grünspan (1921-1942(?)) in der Pariser Deutschen Botschaft auf den Legationssekretär Ernst Eduard vom Rath (1909-1938), der schwer verletzt wird und am 9. November stirbt

Artikel von Goebbels über die Ermordung des Legationssekretärs Ernst vom Rath im Völkischen Beobachter vom 7. November, veröffentlicht am

12. November
(UF XII, 580f; Graml 17f; Thalmann, 79f):

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass er (Grünspan) von einer jüdischen Organisation versteckt und auf diese zynische Mordtat systematisch vorbereitet worden ist…
Es liegt auf der Hand, dass eine Nation von 80 Millionen auf die Dauer derartige Provokationen nicht stillschweigend und wehrlos hinnehmen wird. … Nach dem Tode des Gesandtschaftsrats vom Rath ist es ganz spontan zu Vergeltungsaktionen gegen die Juden in Deutschland geschritten. Der eruptive Ausbruch der Empörung der Bevölkerung in der Nacht vom 9. zum 10. November ist daraus zu erklären und zeigt nur, dass die Geduld des deutschen Volkes nunmehr restlos erschöpft ist…
Wir stehen auf dem Standpunkt, dass die Reaktion des deutschen Volkes auf den feigen Meuchelmord on Paris eben durch die ruchlose Gemeinheit dieser Tat erklärt werden muss. Sie wurde weder organisiert noch vorbereitet, sondern sie brach spontan aus der Nation heraus.
Das deutsche Volk kann beruhigt sein: Der Jude Grünspan war Vertreter des Judentums. Der deutsche vom Rath war Vertreter des deutschen Volkes. Das Judentum hat also in Paris auf das deutsche Volk geschossen. Die deutsche Regierung wird darauf legal, aber hart antworten.“

Am 7. November gab es erste Übergriffe an verschiedenen Orten gegen jüdische Wohnungen, Geschäfte, Gemeindehäuser und Synagogen

<u>8. November 1938:</u>

Artikel im Völkischen Beobachter (Br. 45f):

„Es ist klar, dass das deutsche Volk aus dieser neuen Tat seine Folgerrungen ziehen wird. Es ist ein unmöglicher Zustand, dass in unseren Grenzen Hunderttausender von Juden noch ganze Ladenstraßen beherrschen, Vergnügungsstätten bevölkern und als `´ausländische` Hausbesitzer das Geld deutscher Mieter einstecken, während ihre Rassengenossen draußen zum Krieg gegen Deutschland auffordern und deutsche Beamte niederschießen. Die Linie von David Frankfurter zu

Herschel Grünspan ist klar gezeichnet. Wir können heute schon in der jüdischen Weltpresse erleben, dass man sich auch diesmal bemüht, den Täter rein zu waschen und zu verherrlichen und den Niedergeschossenen zu verdächtigen.
Wir werden uns die Namen jener merken, die sich zu dieser feigen Meucheltat bekennen, so wir auch die Namen jener nicht vergessen haben, die in der kritischen Septemberwoche das französische Volk zum Krieg gegen Deutschland aufhetzen wollten. Es sind dieselben Kräfte wie in Kairo und Davos, es sind Juden und keine Franzosen. Die Schüsse in der deutschen Botschaft in Paris werden nicht nur den Beginn einer neuen deutschen Haltung in der Judenfrage bedeuten, sondern hoffentlich auch ein Signal für diejenigen Ausländer sein, die bisher nicht erkannten, dass zwischen der Verständigung der Völker letzten Endes nur der internationale Jude steht.“

Verbot der jüdischen Kulturverbände (Walk 249)

Gedächtnisrede Hitlers zum 9. November 1923 im Münchener Bürgerbräukeller (Domarus 966 ff), ohne Bezug zu den aktuellen Ereignissen

Örtliche Aktionen: Anzünden der Synagogen, Demolierung jüdischer Wohnungen und Betriebe, Gewalt gegen einzelne Personen

9. November 1938:

Erinnerungsmarsch an die „alten Kämpfer“ zur Feldherrnhalle und zum „Königlichen Platz“ in München

Maßnahmen gegen Juden: Gestapo an alle Staatspolizeiämter (Walk 249)

Antijüdische Demonstrationen (Walk 249)

16.30 Uhr: Tod des vom Rath, Beileidstelegramm von Hitler an die Eltern

Am Abend um 20 Uhr „Kameradschaftsabend“ der „Alten Kämpfer“ im Alten Rathaussaal:
Während des Essens wird Hitler vom Tod vom Raths unterrichtet. Intensives Gespräch Hitlers mit Goebbels. Hitler verlässt ohne Rede den Abend, empfiehlt aber, der SA freien Lauf zu lassen. Goebbels hält entscheidende Rede und wird die Hauptfigur bei den kommenden Ereignissen

(s. Walter Buch, Oberster Parteirichter der NSDAP über den 9. November

(UF XII, 582; Thalmann, 86f):

„Am Abend des 9. November 1938 teilte der Reichspropagandaleiter Pg. Dr. Goebbels den zu einem Kameradschaftsabend im Alten Rathaus zu München versammelten Parteiführern mit, dass es in den Gauen Kurhessen und Magdeburg-Anhalt zu judenfeindlichen Kundgebungen gekommen sei, dabei seien jüdische Geschäfte zertrümmert und Synagogen in Brand gesteckt worden. Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, dass derartige Demonstrationen von der Partei weder vor zu bereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegen zu treten..
Die mündlich gegebenen Weisungen des Reichspropagandaleiters sind wohl von sämtlichen
anwesenden Parteiführern so verstanden worden, dass die Partei nach außen nicht als Urheber der Demonstrationen in Erscheinung treten, sie aber in Wirklichkeit aber organisieren und durchführen sollte. Sie wurden in diesem Sinne sofort – also geraume Zeit vor Durchgabe des ersten Fernschreibens – von einem großen Teil der anwesenden Parteigenossen fernmündlich an die Dienststellen ihrer Gaue weitergegeben.“

SA-Führung unter Viktor Lutze gibt telephonisch und telegraphisch vom „Rheinischen Hotel“ aus die Befehle an ihre Organe vor Ort, Beispiel:
Befehl an die SA-Gruppe Nordsee (Br. 47f):

„Sämtliche jüdische Geschäfte sind sofort von SA-Männern in Uniform zu zerstören.
Nach der Zerstörung hat eine SA-Wache aufzuziehen, die dafür zu sorgen hat, dass keinerlei Wertgegenstände entwendet werden können. Die Verwaltungsführer der SA stellen sämtliche Wertgegenstände einschließlich Geld sicher. Die presse ist heranzuziehen.
Jüdische Synagogen sind sofort in Brand zu stecken, jüdische Symbole sind sicherzustellen. Die Feuerwehr darf nicht eingreifen. Es sind nur Wohnhäuser arischer deutscher zu schützen, allerdings müssen die Juden raus, da Arier in den nächsten Tagen dort einziehen werden.
Die Polizei darf nicht eingreifen. Der Führer wünscht, dass die Polizei nicht eingreift…
Sämtliche Juden sind zu entwaffnen. Bei Widerstand sofort über den Haufen schießen. An den zerstörten jüdischen Geschäften, Synagogen u.s.w. sind Schilder anzubringen, mit etwa folgendem Text:
Rache für Mord an vom Rath
Tod dem internationalen Judentum.
Keine Verständigung mit Völkern, die judenhörig sind. Das kann auch erweitert werden auf die Freimaurerei.“

SS-Führung unter Reinhard Heydrich (Chef der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes) im Hotel „Vier Jahreszeiten“

<u>9./10. November 1938:</u>

„Reichspogromnacht“: Verhaftung von 26.000 Männern, 91 Menschen ermordet, Schändung und Zerstörung von Synagogen, Zerstörung von 7.000 Geschäften. Einlieferung von männlichen Juden in die KZs Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen

Geheimrede Hitlers vor der Presse, ohne auf die laufenden Ereignisse einzugehen (Kießling, 228 ff; Domarus 973 ff; VfZ 6, 1958)

Ansprache Hitlers um Mitternacht bei der Vereidigung vor SS-Rekruten auf dem Odeonsplatz in München (vor 10.000 Rekruten, im Ganzen werden in Deutschland 50.000 vereidigt) (Domarus 971)

23.55 Uhr: Fernschreiben des Chefs der Geheimen Staatspolizei in Berlin Heinrich Müller, das sich in vielen Punkten von den Anweisungen der SA-Führer an ihre Gaue unterscheidet:

„1. Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden, insbesondere gegen deren Synagogen, stattfinden. Sie sind nicht zu stören, jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, dass Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.
2. Sofern sich in Synagogen wichtiges Archivmaterial befindet, ist dies durfch eine sofortige Maßnahme sicher zu stellen.
3. Es ist vorzubereiten die Festnahme von etwa 20-30.000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.
4. Sollen bei den kommenden Aktionen Juden im Besitz von Waffen angetroffen werden, so sind die schärfsten Maßnahmen durchzuführen. Zu den Gesamtaktionen können herangezogen werden Verfügungstruppen der SS sowie Allgemeine SS. Durch entsprechende Maßnahmen ist die Führung der Aktionen durch die Stapo auf jeden Fall sicherzustellen.“

10. November 1938:

Nachts 1.20 Uhr: Befehl des Chefs der Sicherheitspolizei, Reinhard Heydrich, an die Staatspolizeileit – und Staatspolizeistellen
(UF XII, 582 ff; Walk 253)
(Konkretisierung des Müller-Fernschreibens: (Thalmann, 83 ff)

Mitteilung an alle Polizeileitstellen, dass in den Konzentrationslagern Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen je 10.000 Häftlinge aufgenommen werden können (Walk 253)

Maßnahmen gegen Juden:

„An alle Hauptbüros und Ämter der Staatspolizei; an alle Abteilungen und Unterabteilungen des SD:
Plündern verboten, Plünderer sind zu verhaften. Die verhafteten Juden sind in Staatspolizeigefängnissen unterzubringen. Verhaftungsbefehle sind nicht notwendig. Der Reichsjustizminister hat dien Staatsanwaltschaft angewiesen, keine Untersuchungen über die Judenaktionen einzuleiten.“ (Walk 253f)

Erlebnisberichte:
Max Eschelbacher: Der zehnte November 1938
Vorgänge in Baden-Baden (RTh 3/I, 25)
Bericht von Siegfried Weitlinger über seine Erlebnisse am 10. November (UF XII, 284 ff)
Tagebücher der Luise Schmitz (JJ)

Konrad Heiden: Eine Nacht im November 1938. Ein zeitgenössischer Bericht, Göttingen 2013
Berichte über Vorgänge in Breslau, Berlin, Potsdam. Leipzig. München, Bayern, Stuttgart:
Thalmann 90 ff, Vorgänge in Baden-Baden (ebd. 103 ff), in Frankfurt (ebd. 105 ff), in Düsseldorf (ebd. 108 ff, s. Eschelbacher)

Zerstörung jüdischer Altersheime, Krankenhäuser und Waisenhäuser (Beispiele: Thalmann, 117 ff)

Örtliche Arisierungen und Konfiskationen von jüdischem Besitz

20.00 Uhr: Aufruf zur Beendigung aller Aktionen gegen die Juden über den Rundfunk:

„Die berechtigte und verständliche Empörung des deutschen Volkes über den feigen jüdischen Meuchelmord an einem deutschen Diplomaten in Paris hat sich in der vergangenen Nacht in ungangreichem Maße Luft verschafft. In zahlreichen Städten und Orten des reiches wurden Vergeltungsmaßnahmen gegen jüdische Gebäude und Geschäfte vorgenommen.
Es ergeht nunmehr an die gesamte Bevölkerung die strenge Aufforderung, von allen weiteren Demonstrationen und Aktionen gegen das Judentum, gleichgültig welcher Art, sofort abzusehen. Die endgültige Antwort auf das

jüdische Attentat in Paris wird auf dem Wege der Gesetzgebung bzw. der Verordnung dem Judentum gegeben werden.“
(Thalmann, 124)

Einlieferung von ca 26.000 Männern in KZs (Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen), organisiert von Müller und Heydrich,
Berichte über Dachau, Sachsenhausen, Buchenwald (Thalmann, 163 ff)

Der Präsident des Verbandes der ausländischen Presse in Berlin, Louis P. Lochner, über die Pressekonferenz im Propagandaministerium
(UF XII, 586f)

11. November 1938:

Rapport einer SA-Brigade über ihren Einsatz (Hofer 291f)

Bericht von Heydrich an den preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring über die Aktion gegen die Juden (UF XII, 587f; Hofer 292f):

„In zahlreichen Städten haben sich Plünderungen jüdischer Läden und Geschäftshäuser ereignet. Es wurde, um weitere Plünderungen zu vermeiden, in allen Fällen scharf durchgegriffen. Wegen Plünderns wurden 174 Personen festgenommen…
An Synagogen wurden 191 in Brand gesteckt, weitere 76 vollständig demoliert. Ferner wurden 11 Gemeindehäuser, Friedhofskapellen und dergleichen in Brand gesetzt und weitere 3 vollständig zerstört. Festgenommen wurden rund 20.000 Juden…“

Verordnung gegen den Waffenbesitz der Juden (Münch 130; Walk 254)

12. November 1938:

Artikel von Goebbels im Völkischen Beobachter über den „Fall Grünspan“ (UF XII, 580f)

11 Uhr: Stenographische Niederschrift über eine Besprechung im Reichsluftfahrtministerium betr. die Judenfrage (Ausführliches Protokoll über die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben
(UF XII, 588 ff)
Teilnehmer: Göring, Goebbels, Funk, Schwerin von Krosigk, Frick, Gürtner, Heydrich, Daluege, Wörmann, die Gauleiter Österreichs und des Sudentenlandes (Thalmann, 129 ff)

Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan über eine Sühneleistung der Juden deutscher Staatsangehörigkeit durch Göring (Münch 131f; UF XII, 602; Walk 255)
(1 Milliarde Reichsmark als Sühneleistung)

Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben (UF XII, 603; Münch 132f; Walk 254)

Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben durch Göring (Münch 133; UF XII, 603f; Walk 254):

„Alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes über die Hetze des internationalen Judentums gegen das nationalsozialistische Deutschland am 8., 9. und 10. November 1938 an jüdischen Gewerbebetrieben und Wohnungen entstanden sind, sind vom jüdischen Inhaber oder jüdischen Gewerbetreibenden sofort zu beseitigen. Die Kosten der Wiederherstellung trägt der Inhaber der betroffenen jüdischen Gewerbebetriebe und Wohnungen. Versicherungsansprüche von Juden deutscher Staatsangehörigkeit werden zugunsten des Reiches beschlagnahmt.“

Verordnung der Reichskulturkammer: Verbot für Juden zum Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten u. a. durch Goebbels (UF XII, 604; Walk 255)

Wiederherstellung der abgebrannten Synagogen ist nicht erlaubt (Walk 254)

14. November 1938:

Erziehungsminister Rust: Ausschluss von Juden aus deutschen Schulen und Hochschulen (UF XII, 604)

Abzug des USA-Botschafters aus Berlin

15. November:

Jüdische Kinder können nur noch jüdische Schule besuchen (Walk 256)

16. November 1938:

Buß- und Bettag
Entwurf einer Gottesdienstordnung der Landesbrüderräte der Bekennenden Kirche mit Gebet für die Juden (RTh Bd. 3/I 48f)

Predigt von Julius von Jan (RTh Bd. 3/ I 73 ff)
Predigt von Helmut Gollwitzer (ebd. 64ff)

Thüringer Landeskirchenrat ruft zum „Kampf gegen den volksverhetzenden Geist des Judentums“ auf

Juden wird das Tragen von militärischen Uniformen verboten (Walk 256)

17. November 1938:

Trauerfeier für vom Rath in Düsseldorf (ohne Rede Hitlers),
Ansprache vom DC- Bischof Friedrich Peter (RTh 3/I 43)

18. November 1938 – Frühling 1939:

Entlassungen aus den KZs mit der Zusage, Deutschland zu verlassen

Artikel in der nationalsozialistischen Partei-Korrespondenz Nr. 270: „Martin Luthers Rezept. Vorschläge zur Lösung der Judenfrage“.

19. November 1938:

Juden haben nur noch Anspruch auf jüdische Wohlfahrtsunterstützung (Walk 257)

21. November 1938:

Judenvermögensabgabe beträgt 20% des Vermögens für die „Sühneleistung“ (Walk 257)

22. November 1938:

Brief von Wurm an Himmler in der Sache von Julius von Jan
(Schäfer, Bd. 6, 143 ff)

23. November 1838:

Schrift des Sächsischen Bischofs Sasse: „Martin Luther und die Juden. Weg mit ihnen“ (RTh Bd.3/I 43)

24. November 1938:

Brief von Elisabeth Schmitz an Gollwitzer (RTh Bd. 3/1 67f)

„Ein Mahnwort zur Judenfrage“, in: Kirchliches Amtsblatt Mecklenburg:

„Kein im christlichen Glauben stehender Deutscher kann, ohne der guten und sauberen Sache des Freiheitskampfes der deutschen Nation gegen den jüdischen antichristlichen Weltbolschewismus untreu zu werden, die staatlichen Maßnahmen gegen die Juden im Reich, insbesondere die Einziehung jüdischer Vermögenswerte bejammern. Und den maßgebenden Vertretern von Kirche und Christentum im Auslande müssen wir ernstlich zu bedenken geben, dass der Weg zur jüdischen Weltherrschaft stets über grauenvolle Leichenberge führt.“

25. November 1938:

Beginn der Verfolgung des Julius von Jan (RTh Bd 3/I 69 ff)

26. November 1938:

Behandlung der anlässlich der Protestaktion gegen die Juden sichergestellten Sachwerte (Walk 260)

27. November 1938:

Gnadengesuch des Verteidigers des von Jan an das Reichsjustizministerium (Schäfer, Bd. 6, 145f)

28. November 1938:

Polizeiverordnung über das Auftreten der Juden in der Öffentlichkeit (Münch 133f; UF XII, 605; Walk 260)

Erfassung und Wohnungsveränderung von Juden (Walk 260)

Entlassung von jüdischen Schutzhäftlingen, die Frontkämpfer waren (Walk 260)

Das Verhalten der Juden am Tage der Nationalen Solidarität (Walk 260)

Haftbefehl gegen Julius von Jan (Schäfer, Bd. 6, 124f)
Brief von Wurm an Justizminister Gürtner (ebd. 146 ff)
Ausführlicher Schriftwechsel des Bischofs in Sachen von Jan (ebd. 152 ff)

29. November 1938:

Juden ist das Halten von Brieftauben verboten (Walk 261)

Günter Jacob: Die Sendung der Kirche (Jacob 50 ff) und Wo stehen wir heute? (ebd. 75 ff)

---

29. November 1938:
Brief von Gerhard Ritter an seine Mutter:

„Was wir in den letzten beiden Wochen erlebt haben im Ganzen des Vaterlandes, ist das Beschämendste und Schrecklichste, was seit langen Jahren geschehen ist."
(Schwabe, 339)

Beginn der Arbeit des Freiburger Widerstandskreises mit der Denkschrift im November 1938 „Kirche und Welt. Eine notwendige Besinnung auf die Aufgaben des Christen und der Kirche in unserer Zeit". (Schwabe, 635 ff)

20. November 1938:
Brief von Helmuth James von Moltke an Lionel Curtis:

„Ich kehre in tiefer Besorgnis über Europas Zukunft nach Deutschland zurück. Wenn dieser Kontinent für längere Zeit unter die Herrschaft der Nazis geriete, würde unsere in Jahrhunderten aufgebaute und letztlich auf das Christentum und die Klassik gegründete Zivilisation verschwinden, und wir wissen nicht, was stattdessen entstünde. Aber was auch entstehen mag, es würde anders sein als das, wozu wir erzogen worden und wofür wir eingetreten sind. Als ich wieder in Deutschland war, merkte ich sofort, dass der radikale Flügel der Partei die Oberhand bekommen hatte und dass schreckliche innerdeutsche Entwicklungen zu erwarten waren. So hatte ich gleich sehr viel Arbeit damit, mich aufs Schlimmste gefasst zu machen und vor allem Juden aus dem Land zu bringen. Etwa eine Woche vor vom Raths Ermordung begannen die Parteiorgane Andeutungen über Ghettos und Vermögenseinziehung zu machen, und unter normalen Umständen hätte der Weg von den Tageszeitungen bis zu den amtlichen Gesetzblättern drei bis sechs Monate gedauert. Der Mord hat natürlich die Ereignisse beschleunigt, und was dann passierte, ist allgemein bekannt…" (in: Freya von Moltke / Michael Balfour / Julian Frisby: Helmuth James Graf von Moltke 1907-1945, Berlin 1984, S. 88f)

1938/ 39 Beginn des Aufbaus des Kreisauer Widerstandskreises

2. Dezember 1938:
Strafanzeige wegen Landfriedensbruch durch den EOK in Sachen von Julius von Jan (Schäfer, Bd. 6, 120 ff)

3. Dezember 1938:
Ausgehverbot für Juden am 3.12.38, 12-20 Uhr (Tag der nationalen Solidarität) (Walk 261)

Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens
(Münch 134 ff; UF XII, 605ff; Walk 262)

„Verordnung über die Einziehung von Fahrerlaubnissen für deutsche Juden" durch Himmler (UF XII, 605)

4. Dezember 1938:
Erklärung des Oberkirchenrats Württembergs zum Fall Jan
(Schäfer, Bd. 6, 123f)

5. Dezember 1938:
Ruhegehälter ausgeschiedener Juden werden herabgesetzt

6. Dezember 1938:
Unterzeichnung einer Nichtangriffserklärung zwischen Frankreich und Deutschland in Paris (UF XII, 627)

Brief von Bischof Wurm an den Reichsjustizminister wegen der Ereignisse am 10. und 11. November (Schäfer, Bd. 6, 116 ff)

Runderlass des OKR Stuttgart an alle Dekanatsämter (ebd. 133 ff)

Rede von Hermann Göring: „Über die Judenfrage",
in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 2 (1993)

Bestimmte Gebiete innerhalb Berlins dürfen von Juden nicht mehr betreten werden: Theater, Kinos, Kabaretts, Museen, Rummelplätze, Ausstellungshallen, Sportplätze, Badeanstalten und bestimmte Straßen in der Innenstadt

9. Dezember 1938:
Nichtzulassung von Juden zu handwerklichen, kaufmännischen u. a. Prüfungen (Walk 265)

10./11. Dezember 1938:
Kirchentag der Bekennenden Kirche in Berlin-Steglitz im Advent 1938 (KJ 266 ff)

12. Dezember 1938:
Beschränkung der Ausfuhr von Wertsachen und Devisen von Juden

15. Dezember 1938:
Mehr als 30 nicht arische Pfarrer und ihre Familien erhalten eine Einladung und Visum durch Bischof Bell zur Übersiedlung nach England (RTh Bd. 3/I, 280 ff)
(etwa 90 Personen kamen nach England)

27. Dezember 1938:
Schreiben des Ev. Pfarrvereins Württemberg an den Reichsstatthalter wegen schwerer Willkür gegen Pfarrer (Schäfer, Bd. 6, 118f)

28. Dezember 1938:
Anordnung von Göring betr. Hitlers Entscheidungen zur Judenfrage (UF XII, 614f)

Der „Judenbann" für bestimmte öffentliche Einrichtungen, u. a. Verbot der Benutzung von Speise- und Schlafwagen

Berichte des Sicherheitshauptamtes:
- Jahresbericht 1938 (Zipfel 458 ff)
- Die Entwicklung des Protestantismus in der Deutschen Evangelischen Kirche (ebd. 473 ff)

Aufsatz von Roland Freisler: „Schutz des Volkes, Sühne für Unrecht, Festigung des Willens zur Gemeinschaft sind Sinn und Zweck des Strafrechts" (Wollstein, 239 ff):

„Schutz des Volkes, Sühne für Unrecht, Festigung des Willens zur Gemeinschaft sind Sinn und Zweck des Strafrechts…
Wer die Reinheit des Blutes, die Einheit der Volksgemeinschaft, die Stellung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Volke, die Unerschütterlichkeit des Reiches, die Gefolgschaftstreue zum Führer, den Wehr- und Arbeitswillen der Nation oder ihre Ehre anrührt, der rührt damit an die Grundlagen unseres Volkes und seines Staates."

Komplizierte Geschichte des französischen Prozesses gegen Grünspan (Thalmann, 63 ff)

(Am 18. Juli 1940 wurde er den deutschen Behörden übergeben. Vorbereitung von Prozessen gegen ihn, die aber nicht stattfanden. Er selbst behauptet, homosexuelle Beziehungen zu dem Ermordeten gehabt zu haben. Sein Tod nie ganz geklärt)

Wilhelm Stuckart / Rolf Schiermair: Rassen- und Erbpflege in der Gesetzgebung des Dritten Reiches, Leipzig 1938

Jahreslagebericht 1938 des Sicherheitshauptamtes, darin: Die Entwicklung des politischen Protestantismus in der Deutschen Evangelischen Kirche (Zipfel 473 ff)

Abkürzungen:

AELKZ:
Allgemeine Lutherische Kirchenzeitung

Boepple:
Boepple, Ernst (Hg.): Adolf Hitlers Reden, München 1934

Boyens:
Boyens, Armin: Kirchenkampf und Ökumene 1933-1939, München 1969

Br.:
Brakelmann, Günter: Evangelische Kirche und Judenverfolgung. Drei Einblicke, Waltrop 2001

Denzler:
Denzler, Georg/ Fabricius, Volker (Hg.): Die Kirchen im Dritten Reich. Christen und Nazis Hand in Hand? Bd. 1: Darstellung, Bd. 2: Dokumente, Frankfurt a. M. 1984

Domarus:
Domarus, Max: Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945, 2 Bde., Wiesbaden o.J.

Erhart:
Hannelore Erhart / Ilse Meseberg-Haubold / Dietgard Meyer: Katharina Staritz 1903-1953,
Dokumentation 1903-1942, Neukirchen-Vluyn 1999

Gauger, J.:
Chronik der Kirchenwirren, 1. Teil, Elberfeld 1934

Greschat:
Martin Greschat (Hg.): Zwischen Widerspruch und Widerstand. Texte zur Denkschrift der Bekennenden Kirche an Hitler (1936), München 1987

Graml:
Ders.: Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich, München 1998

Hermelink:
Hermelink, Heinrich: Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der Evangelischen Kirche Deutschlands, Tübingen und Stuttgart 1950

Hirsch:
Hirsch, Martin/Diemut Majer/Jürgen Meinck: Recht, Verwaltung und Justiz im Nationalsozialismus, Köln 1984

Hofer:
Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945, hg. und kommentiert von Walther Hofer, Frankfurt a. Main 1957

Jacob:
Günter Jacob: Die Versuchung der Kirche, Göttingen 1946

JJ:
Hans Adolf Jacobsen / Werner Jochmann (Hg.): Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bielefeld 1961

JK:
Junge Kirche, Halbmonatsschrift, Göttingen 1933 - 1938

Kießling:
Friedrich Kießling (Hg.): Quellen zur deutschen Außenpolitik 1933-1939, Darmstadt 2000

KJ:
Kirchliches Jahrbuch 1933-1945, hg. Joachim Beckmann, Gütersloh 1976

Klügel:
Eberhard Klügel: Die Lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933-1945. Dokumente, Berlin und Hamburg 1965

Meiser:
Verantwortung für die Kirche. Stenographische Aufzeichnungen und Mitschriften von Landesbischof Hans Meiser 1933-1955, Göttingen 1985

Metzger:
Metzger, Hartmut: Kristallnacht. Dokumente von gestern zum Gedenken heute, Calw 1978

Münch:
Ingo von Münch/Uwe Brodersen (Hg.): Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems, Paderborn u. a. 1982

Nic:
Carsten Nicolaisen: Dokumente zur Kirchenpolitik des Dritten Reiches, Bd. I,: Das Jahr 1933, München 1971; Bd. II: 1934/35, München 1975; Bd. III: 1935-37, Gütersloh 1994, Bd. IV 1937-39, Gütersloh 2000

v N:
Günther van Norden: Der deutsche Protestantismus im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung, Gütersloh 1979

RGBL:
Reichsgesetzblatt

RTh:
Eberhard Röhm / Jörg Tierfelder: Juden- Christen-Deutsche, Bd. 1 1933-1935 bis Band 3/I: 1938-1941, Stuttgart 1990 ff

Schäfer:
Schäfer, Gerhard (Hg.): Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus, Bd. 6, Stuttgart 1986

Schmidt:
Kurt Dietrich Schmidt (Hg.):
Die Bekenntnisse des Jahres 1933, Bd. 1, Göttingen 1934#
Die Bekenntnisse des Jahres 1934, Bd. 2, Göttingen 1935
Die Bekenntnisse des Jahres 1935, Bd. 3, Göttingen 1936
Dokumente des Kirchenkampfes II: Die Zeit des Reichskirchenausschusses 1935 – 1937,
2 Teile, Göttingen 1965

Scholder:
Klaus Scholder: Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen, Frankfurt/M. u. a. 1977

Schwabe:
Klaus Schwabe und Rolf Reichardt (Hg.): Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard am Rhein 1984

Thalmann:
Rita Thalmann / Emanuel Feinermann: Die Kristallnacht, Frankfurt/Main 1987

Tutzinger Texte:
Sonderband „Kirche und Nationalsozialismus“, München 1969

UF:
Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1818 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Berlin 1958 ff, Bd. I – XIX

Wollstein:
Günter Wollstein (Hg.): Das „Dritte Reich“ 1933-1945, Darmstadt 2013

Zipfel:
Friedrich Zipfel: Kirchenkampf in Deutschland 1933-1945, Berlin 1965

Literatur:

Adam, Uwe Dietrich: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972

Allen, William Sheridan: Die deutsche Öffentlichkeit und die „Reichskristallnacht“ – Konflikte zwischen Werthierarchie und Propaganda im Dritten Reich, in: Peukert / Reulecke: Die Reihen fast geschlossen Wuppertal 1981

Aly, Götz: Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus,
Frankfurt a. M. 2005

Baier, Helmut:
Die deutschen Christen Bayerns, Nürnberg 1968

Ders.: Das Verhalten der lutherischen Bischöfe gegenüber dem nationalsozialistischen Staat, in: Tutzinger Texte, München 1969

Bärsch, Claus E.: Antijudaismus, Apokalyptik und Satanologie. Die religiösen Elemente des nationalsozialistischen Antisemitismus, in: Zeitschrift für Religion und Geistesgeschichte 1988

Ders.: Der junge Goebbels. Erlösung und Vernichtung, 1995

Barkai, A.: Vom Boykott zur „Entjudung". Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im „Dritten Reich" 1933-1943, Frankfurt a. M. 1988

Baumgärtel, Friedrich: Wider die Kirchenkampflegenden, Neuendettelsau 1959

Bell, George- Alphons Koechlin: Briefwechsel 1933-1954, Zürich 1969

Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988
Ders.: Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung, München 2007
Ders. Hg.: Handbuch des Antisemitismus,

Bergen, Doris L.: Die „Deutschen Christen" 1933-1945: Ganz normale Gläubige und eifrige Komplizen? In: Geschichte und Gesellschaft 4/2003

Biermann-Rau, Sibylle: An Luthers Geburtstag brannten die Synagogen – eine Anfrage, Stuttgart 2014

Dies.: Elisabeth Schmitz. Wie sich die Protestantin für Juden einsetzte, als ihre Kirche schwieg, Hamburg 2017

Boberach, Heinz: Berichte des SD und der Gestapo über Kirchen und Kirchenvolk in Deutschland 1934-1944, Mainz 1971

Botz, G.: Wien vom `Ànschluß` zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübername und politische Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39, Wien 1978

Brakelmann, Günter: Hoffnungen und Illusionen evangelischer Prediger zu Beginn des Dritten Reiches, in: Peukert/Reulecke: Die Reihen fast geschlossen, Wuppertal 1981

Ders.: Evangelische Kirche im Entscheidungsjahr 1933/34: Der Weg nach Barmen, Berlin 2010

Ders. mit Martin Rosowski: Antisemitismus. Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie, Göttingen 1989

Ders.: Hans Ehrenberg. Ein judenchristliches Schicksal in Deutschland,
Bd. 1 Leben, Denken und Wirken 1883-1932, Waltrop 1997
Bd. 2: Widerstand, Verfolgung und Emigration 1933-1039, Waltrop 1999
Hg: Hans Ehrenberg. Autobiographie eines deutschen Pfarrers,
Waltrop 1999

Breitman, Richard: Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden, Paderborn u. a. 1991
Broszat, Martin / Möller, Horst (Hg.): Das Dritte Reich.
Herrschaftsstruktur und Geschichte, München 1985

Bruck, Arthur van den: Das dritte Reich, Hamburg 1922

Brumliek, Micha / Kunik, Petra (Hg.): Reichspogromnacht.
Vergangenheitsbewältigung aus jüdischer Sicht, 1988

Buchheim, Hans: Glaubenskrise im Dritten Reich: Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik, Stuttgart 1953

Büttner, Ursula (Hg.): Die Deutschen und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Hamburg 1992

Büttner, Ursula / Greschat, Martin (Hg.): Die verlassenen Kinder der Kirche. Der Umgang mit Christen jüdischer Herkunft im „Dritten Reich“, Göttingen 1998

Cornehl, Peter:
Biblische Predigt und politischer Widerstand im Kirchenkampf 1933-1945, in: Vestigia Bibliae, Bd. 3, 1981

Cornelißen, Christoph: Gerhard Ritter. Geschichtswissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert, Düsseldorf 2001

Deuerlein, Ernst: Hitlers Eintritt in die Politik und in die Reichswehr,
in: VGZ 1959

Ders.: Der Hitler-Putsch. Bayrische Dokumente zum 8./9. November 1923, Stuttgart 1962

Ders. (Hg.): Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, Düsseldorf 1968,

Theodor: Die evangelische Bekenntnisgemeinschaft in Württemberg 1933-1945, Göttingen 1966

Döscher, Hans-Jürgen: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der `Èndlösung`, Berlin 1887
Ders.: `Reichskristallnacht`. Die Novemberpogrome, 2000

Ericksen, Robert P.: Theologen unter Hitler. Das Bündnis zwischen evangelischer Dogmatik und Nationalsozialismus, München-Wien 1986
Gross, Raphael: November 1938,. Die Katastrophe vor der Katastrophe, München 2013
Fabry, Philipp W.: Mutmaßungen über Hitler. Urteile von Zeitgenossen, Düsseldorf 1979
Fandel, Thomas: Protestantische Pfarrer und Nationalsozialismus in der Region. Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs, in: Geschichte und Gesellschaft 4/2003
Fleming, G.: Hitler und die Endlösung, Berlin 1987
Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden, Bd. 1: Die Jahre der Verfolgung 1933-1939, München 1998

Friedrich Weißler und die Denkschrift der Bekennenden Kirche, Berlin 1996
Fröhlich, E.: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, München 1987

Gailus, Manfred:
Elisabeth Schmitz und ihre Denkschrift gegen die Judenverfolgung, Berlin 2008
Ders.: Mir aber zerriss es das Herz – der stille Widerstand der Elisabeth Schmitz, Göttingen 2011
Ders. (Hg.): Kirchliche Amtshilfe. Die Kirche und die Judenverfolgung im Dritten Reich, Göttingen 2008
Ders.: Antisemitismus im protestantischen Sozialmilieu Berlin 1930 bis 1945, in: Geschichte und Emanzipation, Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt a. M. u. a. 1999
Ders.: Protestantismus und Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin, Köln 2001
Ders.: 1933 als protestantisches Erlebnis: emphatische Selbsttransformation und Spaltung, in: Geschichte und Gesellschaft 4/2003
Ders. / Vollnhals, Clemens (Hg.): Mit Herz und Verstand. Protestantische Frauen im Widerstand gegen die NS-Rassenpolitik, Göttingen 2013

Ders. / Krogel, Wolfgang (Hg.): Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen, Berlin 2006

Genschel, H.: Die Verdrängung der Juden aus der deutschen Wirtschaft im Ditten Reich, Göttingen 1966
Gerlach, Wolfgang: Als die Zeugen schwiegen. Bekennende Kirche und die Juden, Berlin 1993
Goschler, C.: Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen Februar 1925 – bis Januar 1933, München 1994
Greschat, Martin: Zwischen Widerspruch und Widerstand. Texte zur Denkschrift der Bekennenden Kirche im Banne Hitlers, München 1987
Gruchmann, L.: Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988
Heer, Friedrich: Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität, Frankfurt a. M. 1968
Heiden, Konrad: Eine Nacht im November 1938. Ein zeitgenössischer Bericht, Göttingen 2013
Heimsohn, Gunnar: Warum Auschwitz? Reinbek bei Hamburg 1995
Herbst, Ludolf: Hitlers Charisma. Die Erfindung eines deutschen Messias, Frankfurt a. M. 2010
Hermann, Angela: Hitler und sein Stoßtrupp in der `Reichskristallnacht`., in: Vierteljahresschrift für Zeitgeschichte 2008, Heft 4, 2008
Herzig, A. / Lorenz, I (Hg.): Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus, Hamburg 1992
Heusler, Andreas / Weger, Tobias: Kristallnacht. Gewalt gegen die Münchener Juden im November 1938, Berlin 2008
Hilberg, R.: Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945, Frankfurt a. M. 1993
Hofmann, Hanns Hubert: Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920-1924, München 1961
Jäckel, Eberhard: Hitlers Weltanschauung, Stuttgart 1981
Jäckel, Eberhard / Kuhn (Hg); Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924, Stuttgart 1980
Jochmann, Werner: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870-1945, Hamburg 1988
Jünger, Ernst: Über Nationalismus und Judenfrage, in: Süddeutsche Monatshefte Heft 12. 1930 (Das ganze Heft geht über die Judenfrage)
Kaiser, J. Chr. / Greschat, Martin (Hg.): Der Holocaust und die Protestanten. Analyse einer Verstrickung, Frankfurt a. M 1988
Katz, Jacob: Vom Vorurteil zur Vernichtung. Der Antisemitismus 1700-1933, München 1989

Kaufmann, Thomas / Oelke, Harry (Hg.): Evangelische Kirchenhistoriker im „Dritten Reich“, Gütersloh 2002
Kellerhof, Sven Felix: Kristallnacht. Der Novemberpogrom 1938 und die Verfolgung der Berliner Juden, Berlin 2008

Kershaw, Jan: Antisemitismus und Volksmeinung, in: Bayern in der NS-Zeit II, München Wien 1979
Ders.: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg 1994
Ders.: Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart 1999

Klee, Ernst: Die SA Jesu Christi. Die Kirche im Banne Hitlers, Frankfurt a. M. 1993
Klingler, Fritz (Hg.): Dokumente zum Abwehrkampf der deutschen evangelischen Pfarrerschaft gegen Verfolgung und Bedrückung, Nürnberg 1946
Klotz, L. (Hg): Die Kirche und das Dritte Reich. Fragen und Forderungen deutscher Theologen, 2 Bde. Gotha 1932
Klügel, Eberhard: Die lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933-1945, Hamburg 1965
Koop, Volker: Gedichte für Hitler. Zeugnisse von Wahn und Verblendung im „Dritten Reich“, Berlin 2013
Korb, Alexander: Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Novemberpogrome, Saarbrücken 2008
Kropat, Wolf-Arno: Reichskristallnacht: Der Judenpogrom vom 7. – 10. November 1938. Urheber, Täter, Hintergründe mit ausgewählten Dokumenten, Wiesbaden 1997
Kretschmar, Georg:
Die Auseinandersetzung der Bekennenden Kirche mit den Deutschen Christen, in: Tutzinger Texte, München 1969
Lauber, H.: Judenpogrom – „Reichskristallnacht“, November 1938 in Deutaschland, Gerlingen 1981
Ley, M.: Genozid und Heilserwartung. Zum nationalsozialistischen Mord am europäischen Judentum, Wien 1993
Lindemann, Gerhard: Antijudaismus und Antisemitismus in den evangelischen Landeskirchen während der NS-Zeit,
in: Geschichte und Gesellschaft 4/2003
Lohalm, U.: Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des deutsch-völkischern Schutz- und Trutzbundes 1919-1923, Hamburg 1970

Longerich, Peter: Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989
Ders.: Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998

Lorenz, Elisabeth: Ein Jesusbild im Horizonz des Nationalsozialismus, Tübingen 2017
Ludwig, Hartmut / Röhm, Eberhard / Thierfelder, Jörg (Hg.): Evangelisch getauft – als „Juden“ verfolgt, Stuttgart 2014
Lustiger, A.: „Zum Kampf auf Leben und Tod“. Vom Widerstand der Juden 1933-1945, Köln 1994
Mann, Heinrich: Der Pogrom, Paris 1939
Marks, Stephan: Warum folgten sie Hitler? Die Psychologie des Nationalsozialismus, Stuttgart 2011
Martin, Bernd: Judenverfolgung und –vernichtung unter der nationalsozialistischen Diktatur, in: B. Martin (Hg.): Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1985
Maigünther, Wilfried: Reichskristallnacht. Hitlers Kriegserklärung an die Juden, Kiel 1997

Meier, Kurt: Kirche und Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Problem der nationalsozialistischen Kirchenpolitik, , in: Zur Geschichte des Kirchenkampfes, Göttingen 1965
Ders.: Kirche und Judentum. Die Haltung der evangelischen Kirche zur Judenpolitik im Dritten Reich, Göttingen 1968
Ders.: Der evangelische Kirchenkampf, 3 Bde.. Göttingen 1976 – 1984
Ders.: Evangelische Kirche in Gesellschaft, Staat und Politik 1918-1945, Berlin (Ost) 1987

Mensing, Björn: Pfarrer und Nationalsozialismus. Geschichte einer Verstrickung am Beispiel der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, Göttingen 1998

Mommsen; Hans: Die Realisierung des Utopischen. Die „Endlösung der Judenfrage“ im „Dritten Reich“, in: Geschichte und Gesellschaft 1983
Ders.: Die Pogromnacht und ihre Folgen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/1988
Ders.: Die Funktion des Antisemitismus im „Dritten Reich“, in: Brakelmann/Rosowski, Göttingen 1989
Ders.: Die verspielte Freiheit. Der Weg der Weimarer Republik in den Untergang, Berlin 1990
Ders.: Modernität und Barbarei. Anmerkungen zur Genesis des Holocaust, Berlin 1994
Ders. /Willems, S. (Hg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte, Düsseldorf 1988

Müller-Claudius, M.: Der Antisemitismus und das deutsche Verhängnis, Frankfurt a. M. 1948

Münch, Ingo von / Brodersen, Uwe (Hg.): Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems, Paderborn u. a. 1982

Niemöller, Wilhelm:
Wort und Tat im Kirchenkampf. Beiträge zur neuesten Kirchengeschichte, München 1969
Ders. (Hg.): Die Synode zu Steglitz. Die dritte Bekenntnissynode der Evangelischen Kirche der Union. Geschichte – Dokumente – Berichte, Göttingen 1970

Norden, G. van: Kirche in der Krise. Die Stellung der evangelischen Kirche im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung, Düsseldorf 1963
Ders.: Der deutsche Protestantismus im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung, Gütersloh 1979
Ders. (Hg.): Zwischen Bekenntnis und Anpassung, Köln 1985

Nowak, Kurt: Evangelische Kirche und Widerstand im Dritten Reich, in: GWU 1987

Obst, Dieter: „Reichkristallnacht". Reaktionen der Bevölkerung auf den Novemberpogrom, Diss. Bochum 1989
Ders.: Reichskristallnacht`. Ursachen und Verlauf des antisemitischen Pogroms vom November 1938, Frankfurt a. M. 1991

Pätzold, Kurt / Runge, Irene: Kristallnacht. Zum Pogrom 1938, Köln 1988
Pehle, Walter H. (Hg.): Der Judenpogrom 1938. Von der Reichskristallnacht zum Völkermord, Frankfurt a. M. 1988
Piper, Ernst: Alfred Rosenberg, 2005
Poliakow, Léon / Wulf, Joseph: Das Dritte Reich und die Juden, Berlin
Prolingheuer, Hans: Der ungekämpfte Kirchenkampf 1933-1945. Das politische Versagen der Bekennenden Kirche, Köln 1983
Reichelt, Werner: Das braune Evangelium. Hitler und die NS-Liturgie, Wuppertal 1990
Sammons, Jeffrey L.: Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Grundlage des modernen Antisemitismus. Eine Fälschung, Text und Kommentar, Göttingen 2011
Schadt, Martha: Sie liebten den Führer – Wie Frauen Hitler verehrten, München 2009
Scheffler, W.: Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Novemberpogroms 1938, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 44/78 vom 4. November 1978
Scherff, Rebecca: Evangelische Kirche und Konzentrationslager 1933-1945, Göttingen 2018

(Kurzfassung in: Mitteilungen zur Kirchlichen Zeitgeschichte 12/2018)

Scholder, Klaus: Die evangelische Kirche in der Sicht der nationalsozialistischen Führung, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1/1968
„Schicksalsjahr 1938“. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, ?
Schmid, Harald: Erinnern an den Tag der `Schuld`. Der Novemberpogrom 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Ergebnisse, Hamburg 2002
Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962
Steinweis, Alan E.: Kristallnacht 1938. Ein deutsches Pogrom, Stuttgart 2013
Thalmann, Rita: Der 9. November 1938, in: Brakelmann/Rosowski, Antisemitismus, Göttingen 1989
Thomaszewski, Jerzy: Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938, Osnabrück 2002
Treue, Wilhelm: Rede Hitlers vor der deutschen Presse am 10. November 1938, in: VfZ 1958
Tyrell, Albrecht: Vom „Trommler“ zum „Führer“. Der Wandel von Hitlers Selbstverständnis zwischen 1919 und 1924 und die Entwicklung der NSDAP, München 1975
Volkow, S.: Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus 1978-1945, in: VZG 1985
Waibl-Stockner, Jasmin: „Die Juden sind unser Umglück“. Antisemitische Verschwörungstheorien und ihre Verankerung in Politik und Gesellschaft, Berlin 2009
Willms, Johannes: Der 9. November. Fünf Essays zur deutschen Geschichte„München 1995
Wojak, Irmtrud / Hayes, Peter (Hg.): „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis, Frankfurt a. M. 2000

Kriegsvorbereitung und Kriegsausbruch

2. August 1939:

Tagesbefehl des Oberbefehlshabers des Heeres von Brauchitsch

(UF XIII 332):

„Heute vor 25 Jahren zog das deutsche Heer in den Krieg. Niemals hat ein Heer tapferer gekämpft, mehr Opfer gebracht und größere Siege errungen als die deutsche Armee von 1914-1918.

Wieder versuchen die gleichen Kräfte, die uns damals zum Verteidigungskampf gezwungen haben, Deutschland einzukreisen. Wir wollen den Frieden! Wenn uns aber ein neuer Kampf aufgezwungen werden sollte, wird das Heer mit derselben inneren Geschlossenheit, Einsatzbereitschaft und Tapferkeit wie 1914 um Deutschlands Lebensrechte kämpfen und die Überlegenheit des deutschen Soldaten erneut unter Beweis stellen.

Aus zwei Gründen haben wir gegenüber 1914 ein entscheidendes Übergewicht gewonnen:

Die Erfahrungen von 1918 haben uns gelehrt, was es heißt, der Willkür hasserfüllter Feinde schutzlos preisgegeben zu sein.

Der Führer hat uns ein klares politisches Ziel gegeben, für das wir kämpfen, und die Einheit der politischen und militärischen Führung bürgen dafür, dass die Wehrkraft unseres 80-Millionen-Volkes in einem solchen Kampf restlos eingesetzt wird.

Diese Erkenntnis und das verpflichtende Vermächtnis des Heeres von 1914 erfüllt uns mit zähem Siegeswillen und wird uns zu unerbittlichen Kämpfern um die Freiheit und Ehre des deutschen Volkes machen.

Es lebe der Führer!“

9. August 1939:

Hermann Göring: „Das Ruhrgebiet werden wir auch nicht einer einzigen Bombe feindlicher Flieger ausliefern.“

20. August 1939:
Telegramm Hitlers an Stalin (UF XIII 415f)

22. August 1939:
Ansprache Hitlers vor den Oberbefehlshabern über seinen Entschluss zum Krieg gegen Polen (UF XIII 477 ff; Jacobsen 98 ff; Kießling 288 ff)

Schreiben von Chamberlain an Hitler (UF XIII 486f, Antwort Hitlers

ebd. 492 ff)

23. August 1939:
Deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt (Vertrags-Ploetz 173 ff):

„Artikel 1: Die beiden vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich jeden Gewaltaktes, jeder aggressiven Handlung und jeden Angriffs gegeneinander, und zwar sowohl einzeln als auch gemeinsam mit anderen Mächten zu enthalten.“

Artikel 6: Der gegenwärtige Vertrag wird auf die Dauer von zehn Jahre abgeschlossen…“

25. August 1939:

Hitlers Angebot an England (Vertrags-Ploetz 177 ff)

Englisch-polnischer Bündnisvertrag (ebd. 180 ff)

Bericht von Botschafter Henderson über eine Unterredung mit Hitler:

„…er sei Künstler von Natur und nicht Politiker, und wenn einmal die polnische Frage bereinigt sei, würde er sein Leben als Künstler beschließen und nicht als Kriegsmacher…“ (UF XIII 533)

26. August 1939:
Deutsche Neutralitätserklärungen für Belgien, die Niederlande, Luxemburgund die Schweiz

27. August 1939:
Einführung des Bezugscheinsystems

31. August 1939:
Hitlers Weisung Nr. 1 für die Kriegsführung (Hubatsch 19f):

„Nachdem alle politischen Möglichkeiten erschöpft sind, um auf friedlichem Weg eine für Deutschland unerträgliche Lage an seiner Ostgrenze zu beseitigen, habe ich mich zur gewaltsamen Lösung entschlossen…“

Anschlag auf den Sender Gleiwitz (UF XIII 595f)

Erlass der Kirchenkanzlei: Bildung eines Geistlichen Vertrauensrates aus Bischof Marahrens, Bischof Schultz, komm. Geistlicher Vizepräsident Hymmen (KJ 452f)

Der alte Pfarrer a. D. und völkische Volksschriftsteller Gustav Frenssen schreibt kurz vor dem Krieg die Broschüre „Recht oder Unrecht - Mein Land“:

„Und nun.. will ich kurz sagen, was der Nationalsozialismus ist, und was er, infolge dieses seines Wesens, für das deutsche Volk bedeutet. Ich will es nicht sagen, wie es als Programm und Leitsätze niedergelegt ist, sondern wie ich, ein unpolitischer, schlichter deutscher Mensch, es in Erscheinung und Wirkung sehe.

1. Das innerste Wesen des germanischen Menschen ist in diesen drei Dingen enthalten: in der natürlichen, angeborenen Ehrfurcht vor dem Geheimnis der Schöpfung…zweitens in dem persönlichen, also auch nationalen Stolz (denn wie die Person, so ist die Nation ein heiliges Geheimnis und Werk der Schöpfung) … drittens aus solcher geistig-sittlicher Haltung folgend soziale Gerechtigkeit, daraus, als Forderung: klare, saubere Ordnung. Diese drei. Und diese kommen alle drei im Führer und seiner Staatsform zu ihrem Recht.

2. Da also der Nationalsozialismus die Zuführung des gesamten Volkes zu seinem angeborenen, germanischen und wesentlichen Fühlen und Denken bedeutet, hat er das ganze Volk bejahend, und sowohl dicht wie fest zusammengeführt. Da es so steht, sind seine Gegner innerhalb unseres Volkes an Zahl und Gewicht gering. Es sind zuerst die Gegner der Ordnung und Sauberkeit, also die Menschen der Unterwelt. Dann jene Konservativen, Liberalen oder Kommunisten, die es doktrinär sind, die es also bleiben würden, wenn auch, unter diesen ihren Grundsätzen, zu ihren Füßen, ihr Land zusammenbräche. Ferner die Übergeistigen und Überfeinerten, darunter manche an den Universitäten, die sofort für den Geist und die Geistigkeit fürchten, dazu noch die Volksnähe und jede Art rauer Luft nicht lieben. Zuletzt die Verschrobenen und davon Schiefwinkligen, darunter manche im Kirchenvolk und in allerlei Sekten, die in einer Welt angesiedelt sind, die nicht deutsch (germanisch) ist und es auch nicht werden kann. Die Masse des Volkes, alles, was unverbogen, recht und gutwillig ist – mehr als fünfundneunzig vom hundert – steht zum Nationalsozialismus, in dem Gefühl, dass er alles Gute des deutschen Wesens in sich fasst.

3. Da der Nationalsozialismus nicht bloß mit Worten sozial ist, sondern nach seinem Grundwesen, in starken Taten, zu allen Volksgenossen gerecht und billig, vor allem den Nichtkapitalisten, und zwar als staatliches Recht, guten Lohn, Fürsorge und Zugang zu den kulturellen Gütern zukommen lässt, hat er bewirkt, dass die innere politische Spaltung, die während der früheren Regierungen das deutsche Volk ungefähr in der Mitte zerschnitt, jetzt ungefähr so ist, dass fünfundneunzig vom hundert für die Regierung sein mögen. Da zu gleicher Zeit weder der alte Besitz beraubt ist, noch der Nichtbesitzende zu Hoffnungen geführt ist, die wirtschaftlich nicht tragbar sind, ist dem Sinn des germanischen Menschen der alte Besitz beraubt ist, noch der Nichtbesitzende zu Hoffnungen geführt ist, die wirtschaftlich nicht tragbar sind, ist dem Sinn des germanischen Menschen für Gerechtigkeit und Billigkeit allseitig genug getan. Und so sind wir jetzt tatsächlich ein einiges Volk, was wegen der inneren Ruhe und Ordnung und für die Kraft nach außen deutsche Staatsnotwendigkeit ist.

4. Die Bewegung hat, aus den Tiefen des deutschen Gemüts aufgebrochen, der ehrlosen und jämmerlichen geistigen, seelischen und wirtschaftlichen Überfremdung unsres Volkes ein Ende gemacht und uns wieder zu Herren in unserem eigenen germanischen Wesen und unserem Land gemacht.

5. Während andere Großmächte mit viel besseren Grenzen, auch mit reicheren Einnahmequellen sich demokratische Verfassungen, die loser, unruhiger, langsamer und teurere arbeiten, mögen leisten können, braucht unser Volk, rings von möglichen Gegnern umgeben, auch ärmer an Gütern, ein Regiment, das planmäßiger, gestraffter, rascher und auch billiger arbeitet. Dies bessere Regiment, dem deutschen Ordnungssinn gemässere und darum ersehnte, hat die Bewegung gebracht.

6. Auch wegen der Frage unseres Lebensraumes, um 85 Millionen Menschen auf 635.000 Quadratkilometer, ist ein ziemlicher Grad von Staatsplanung nötig, eine straffere Ordnung aller Staatsnotwendigkeiten.

7. Die Bewegung hat, eben durch die Staatsplanung, auch der entsetzlichen Volksplage, der Arbeitslosigkeit, ein Ende gemacht und statt ihrer überall Arbeit geschafft und zwar aufbauende.

8. Die Bewegung hat der ungermanischen, verderblichen Anschauung der früheren Regierungen, dass der Grund und Boden des Staates eine Ware sei, die jeder sich kaufen und zusammenkaufen könne, der Geld hat, ein Ende gemacht. Die ganze Erde unseres Volkes ist mehr oder weniger als Fideikommiß erklärt. D. h. den derzeitigren Besitzern zu treuen Händen überlassen.

9. Die Rückständigkeiten und Lässigkeiten der früheren Regierungen in allen Zweigen des Staatslebens, in biologischen Bereichen, in militärischer Kraft und Bereitschaft, in Diplomatie, Bank- und Zollbetrieb, Schule und Justiz,

dem lebensvollen germanischen Wesen ein Hindernis und Gräuel, sind überall auf dem Wege, behoben zu werden.

10. Es ist Tatsache, dass die praktische Arbeit in Landwirtschaft, Industrie und Soldatentum sich vorgedrängt hat und somit die Universitäten etwas bedrängt sind. Es scheint aber unserem Volk, dass die Universitäten unter den früheren Regierungen allzu bevorzugt, ja verhätschelt gewesen sind. Sie stehen jetzt in den Ehren, die ihnen zukommen.

11. Eine Beschränkung der persönlichen Freiheit ist insofern staatsnotwendig und eingetreten, als die Feinde des Volksganzen, nämlich die geborenen Asozialen und die geborenen Nörgler und Opponenten gehindert werden, die Einigkeit und damit die Wohlfahrt unseres immer gefährdeten Volkes offenkundig zu schwächen…

Und so hat der Nationalsozialismus eine völlige Erneuerung, ja eine Neuschaffung und damit eine gewaltige Gesundung und Kräftigung unseres Volkes gebracht.

Uns so steht nun das deutsche Volk und wehrt sich, zum letzten, entscheidenden Mal, gegen seine beiden Nachbarn, die Neider und Widersacher seines Ur-Rechts, des Ur-Rechts aller Völker der Erde.

Ein gänzlich anderes deutsches Volk als jemals früher. Und als vor zwanzig Jahren! Fest begründet und einig in seinem angeborenen Wesen. Seine Wehrmacht stark und aufs beste gerüstet, tapfer und tapfer geführt. Hinter dieser Wehrmacht eine Arbeiterschaft, geschlossen und geordnet, klug, besten Willens wie nie zuvor. Eine Bauernschaft, mit Weib, Kindern und Gefolgschaft vorsorglich erhaltend, was vorhanden, beschaffend, was möglich ist. Eine Erfinder- und Gelehrtenschaft, altbewährt als die beste in der Welt. Speicher und Scheuern wohlgefüllt und vorsichtig gepflegt. Zur Seite und hinter uns Freunde, die uns bringen, dessen wir bedürfen.

Dennoch … irgendwo, eine Hoffnung für unsere Feinde?... Welche wäre es?

Verwirrung und Schwäche? Eine innere Mutlosigkeit und Zusammenbruch wie vor zwanzig Jahren, wenn der Krieg vielleicht länger dauerte? …Dank sei dem Frieden von Versailles! Dank ihm! Von dem her weiß das deutsche Volk, was es bedeutet, wehrlos unter den Händen dieser beiden Völker zu liegen! Die Geschichte der Völker kennt gewisse Begebenheiten, grausig haftend im Gedächtnis der ganzen Menschheit. Die Christenverfolgungen! Die Vernichtung der Indianer in Mittelamerika! Die Vernichtung der Waldenser und Albigenser! Die Hexenprozesse! Die Bartholomäusnacht! Die Schlächtereien im Anfang der französischen Revolution! Untermenschliche Taten. Taten, vor denen die Menschheit schauert und deren sie sich schämt. Unsere Feinde wagten nicht, das deutsche Volk vor ihre Maschinengewehre zu stellen, um es auszurotten. So beschlossen sie, es langsam verwesen zu lassen. Sie strengten ihre Geister an ... klägliche, niedrige Geister… wie es zu

machen wäre, ein ganzes großes Volk verwesen zu lassen. Sie überdachten ein ganzes Jahr lang, wie es zu erreichen wäre, dass aus der Mitte Europas ein Sumpf würde. Uns es war nicht weit davon, dass es ihnen gelungen wäre. Noch einmal Kriegsgefangene in Frankreich? Diesmal drei oder vier Jahre? Noch einmal wieder die Milchkühe über die Grenze nach Frankreich, diesmal die doppelte Zahl, damit der deutsche Nachwuchs ganz gewiss verkomme? Noch einmal Massen von Negern im Land, diesmal bis an die Elbe? Noch einmal ein großes Polen? Diesmal noch zweimal so groß, dass sie, statt 50.000 zweimal soviel ermorden können und bis zur Oder Millionen aus der Heimat treiben? Noch einmal hochmütige Späher und Verwüster in all unseren Speichern, Läden, Kaufmannskontoren und auf den Werften? Und das deutsche Reich und Volk enger, eingeschlossener und ehrloser als je? … Wir haben zu danken für den Vertrag von Versailles! Er hat dem deutschen Volk gegeben, was ihm fehlte: er hat es kalt und hart gemacht. Und hat dem deutschen Heer den Gram gegeben und den Zorn. Und die Notwendigkeit und den Willen ins Herz gestoßen, zu schlagen und zu siegen.

Oder haben unsere Feinde eine Hoffnung auf eine Revolution? Auf eine Trennung vom Führer? … Von welchem Volksteil aus? Von der Ostmark her und dem Sudentenland? Denen er tausendjährige Sehnsucht erfüllte, heimzukehren ins große Deutsche Reich? Vom Heer? Das er geschaffen hat und zu dieser hohen Kraft und stolzen Ehre geführt? Von der Arbeiterschaft? Deren Kamerad und Held er ist? Von den Bauern? Von Frauen und Kindern? Die ihn wie einen Bruder lieben? Revolution… gegen den Führer? ….Man macht keine Revolution gegen sein eigenes Wesen, gegen das eigne Herz.“

(Faksimiledruck 2005, 52 ff)